

Thomas Klein

„Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1022>

Reprint von:

Thomas Klein, „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Böhlau Köln, 2002 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 20), ISBN 3-412-13401-5

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Thomas Klein (2002), „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1022>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Klein, „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Böhlau Köln, 2002 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 20), ISBN 3-412-13401-5

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 20

Thomas Klein

„Für die Einheit und Reinheit der Partei“

Die innerparteilichen Kontrollorgane
der SED in der Ära Ulbricht



2002

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 14256 (H33 ZZF)

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Klein, Thomas:

„Für die Einheit und Reinheit der Partei“: die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht/Thomas Klein. – Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 2002 (Zeithistorische Studien ; Bd. 20)

ISBN 3-412-13401-5

© 2002 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 91 39 00, Fax (0221) 91 39 011

vertrieb@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: IV. Parteitag der SED, April 1954 (Foto: Bundesarchiv, Berlin)

Druck und Bindung: Strauss Offsetdruck GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13401-5

Inhalt

Vorbemerkung.....	9
Einleitung	10
KAPITEL 1	
Abwehrarbeit in der SED und die Liquidierung von Opposition und Widerstand gegen die Partei neuen Typus – Zur Vorgeschichte der Parteikontrolle (1946–1949)	17
1. KPD und SPD im Nachkriegs-Ostdeutschland.....	18
2. Organisatorische und politische Ausgangsbedingungen für die neue Einheitspartei	23
3. Sowjetische Einflußnahme auf die sicherheitspolitische Konzeption der SED in Ostdeutschland	25
4. SED-Abwehrtätigkeit in den vierziger Jahren.....	27
5. Die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED bis Ende 1948.....	31
6. Linker Widerstand und die Verfolgung dissidenter Kommunisten	48
6.1. KPO in der SED.....	52
6.2. Internationale Kommunisten Deutschlands: Trotzistische Opposition in der Ostzone.....	56
6.3. Von der KAPD zur Gruppe „Neues Beginnen“: Der Versuch einer vereinigten Opposition	58
7. Die Gefahr der „dritten Kraft“.....	64
7.1. Die Bearbeitung der FKPD durch den SED-Apparat.....	66
7.2. Die USPD	81
8. Das Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED vor und während ihrer Formung zur „Partei neuen Typus“	91

KAPITEL 2

Über die Konstruktion von Parteifeinden zur Kontrolle der Gesamtpartei – Die Stalinisierung der SED aus der Sicht der Parteikontrolltätigkeit (1948–1953).....	94
1. Die Bildung der Parteikontrollorgane und die Einleitung einer Politik der Säuberungen	94
1.1. Parteikontrolle und die Zukunft der Abwehrarbeit in der SED	94
1.2. Konstituierung der Parteikontrolle und die Frage der Arbeitsrichtlinien	101
1.3. Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus mit Hilfe der Parteikontrollorgane	112
1.4. Die Suche nach der kommunistischen Opposition in der SED	116
1.4.1. Die „trotzkistisch-titoistischen Agenturen“	118
1.4.2. Die KPO (Teil 2)	124
2. Die Tätigkeit der ZPKK und die Parteüberprüfungen 1949–1952	129
2.1. Apparatesäuberung von Westemigranten und „Splittergrupplern“ 1949/50	130
2.2. Der „Field-Komplex“ und die Untersuchungspraxis der Parteikontrollorgane	134
2.3. Parteikontrolltätigkeit während der Mitgliederüberprüfung 1951	145
2.4. Kontrollierte Entspannung und Konsensbildungsversuche als Kampagne: „Kritik und Selbstkritik“ 1952	152
2.5. Das Ende der Entspannung: Die Parteikontrolle nimmt neuen Anlauf	156
2.6. Die Tätigkeit der Parteiorgane in der „Slánský-Sache“	160
3. Der unangepasste Antifaschismus: VVN-Mitglieder entziehen sich der Parteikontrolle	166
3.1. Die Kontrolle der VVN durch die SED	168
3.2. Der Antizionismus und die Lage der Juden in der VVN, der jüdischen Kommunisten und der jüdischen Gemeinden in der DDR	179
3.3. Walter Bartel und die „Buchenwald-Sache“	181

KAPITEL 3

Die SED als stalinistische Partei: Grenzen terroristischer Gesellschaftsformierung (1953–1956).....	185
1. Anlauf zur zweiten Parteisäuberung	185
2. Spagat der Parteikontrollorgane: Kampf gegen Überspitzungen in Zeiten des „sich verschärfenden Klassenkampfes“	192

3. Der Fall Dahlem	195
4. Die Umleitung der Parteisäuberung nach dem 17. Juni 1953.....	197
5. Die Bearbeitung des Falles Herrstadt/Zaisser durch die ZPKK	203
6. Die Tätigkeit der Parteikontrollorgane bei der Überprüfung der Parteileitungen und Grundorganisationen im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953	226
7. Krise der Parteikontrollarbeit und Neubestimmung der Richtlinien 1954	249
8. Zwischen Normalisierungsanstrengungen und Säuberungsvollzug	254
9. Versuch einer Konsolidierung der Parteikontrollarbeit 1955	261
10. Die bürokratische Logik innerparteilicher Verfolgung während der Stalinisierung der SED (Resümee).....	266

KAPITEL 4

Poststalinistische Rekonstruktion: Die SED zwischen Entstalinisierung und Kampf gegen den Revisionismus (1956–1960).....	268
1. Rehabilitierung oder Vertuschung? Das Dilemma der Parteikontrolle nach dem XX. Parteitag der KPdSU	268
2. Vom Kampf gegen den Dogmatismus zum Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus	283
2.1. Der Kampf gegen den Dogmatismus und seine Grenzen: Unruhe an der Berliner Universität	285
2.2. Die Tätigkeit der ZPKK im Fall Harich und Genossen	288
2.3. „Jugoslawischer Revisionismus“ an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“	297
2.4. Der Kampf gegen den Revisionismus an der Parteihochschule „Karl Marx“ 1957	302
2.5. „Aufweichungserscheinungen auf kulturellem Gebiet“: Die Untersuchungen der ZPKK im Ministerium für Kultur und im Rundfunk	308
3. Neubefestigung der Autorität des Politbüros und der „große Sprung“ 1958.....	315
3.1. Revisionismus im Politbüro: Die Abrechnung mit der Schirdewan-Wollweber-„Fraktion“ 1958	315
3.2. Die Rekonstruktion der Machtarroganz beim Kampf gegen den Revisionismus und die neuerliche Verschärfung des innenpolitischen Kurses der SED	321
3.3. Parteikontrolltätigkeit während der Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“	327

KAPITEL 5

Abgrenzung und Konsensbildung: Reformpolitik als politbürokratisches Integrationsprojekt (1960–1965)	349
1. Der Übergang vom Kampf gegen den Revisionismus zum Kampf gegen Überspitzungen und Sektierertum	349
1.1. Der Umtausch der Mitgliedsbücher 1960/61	349
1.2. Der Beginn des Kampfes gegen Überspitzungen und Sektierertum	353
2. Die Herstellung „innerparteilicher Normalzustände“ nach dem 13. August 1961	368
3. Reformpolitik nach dem VI. Parteitag 1963	384
3.1. Die SED und der Konflikt mit China	388
3.2. Kontrolle des Normalzustandes: Die Suche nach dem Gleichgewicht	392
3.3. Der Fall Havemann und die Kontrolle der Auswirkungen in der SED	412
3.4. Kursverschärfung zwischen Chruschtschows Ablösung und „Kulturplenum“	418

KAPITEL 6

Das Ende des Aufbruchs – Entwickelte poststalinistische Praxis der innerparteilichen Repression und Disziplinierung (1966–1971)	427
1. Die Ernte des 11. Plenums: Versuch der Isolierung von Parteidissidenten	428
2. Die Methoden der Parteikontrolle bei der Immunisierung der Partei	434
3. Die tschechoslowakische Krise	447
4. Der Ausgang des Reformexperiments und die Stabilisierung des innerparteilichen Normalzustands	455
Schlußbemerkungen	478
Abkürzungsverzeichnis	487
Personenregister	493

Vorbemerkung

Die vorliegende Untersuchung wurde seit 1996 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Projekt am Zentrum für Zeithistorische Forschung gefördert. Viele meiner Kollegen am Zentrum waren mir in dieser Zeit durch ihre Hinweise behilflich. Besonderen Dank schulde ich Herrn Konrad H. Jarausch, dessen Ratschlag mir unentbehrlich war. Dies gilt in gleichem Maße für die geschliffene Kritik von Frau Sigrid Meuschel aus Leipzig. Ich denke, jeder Autor würde sich solche Leser wünschen.

In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR wäre ich ohne den Rat und die Hilfe von Frau Solveig Nestler in vielen Fragen sicher nicht zum Ziel gekommen. Das anstrengende Korrekturlesen des Manuskripts während seiner Entstehung übernahmen Nora Gehrke und Silvia Müller, die es überdies nicht an wertvollen Hinweisen fehlen ließen. Ebenso konnte ich mich auf die Sorgfalt von Frau Waltraud Peters bei der Endredaktion der Studie verlassen. Allen hier genannten und ungenannten FreundInnen und KollegInnen sage ich hier meinen herzlichen Dank.

Sommer 2001

Thomas Klein

Einleitung

Als im September 1948 der SED-Parteivorstand den Aufbau eines Apparates zur Parteikontrolle beschloß, war wohl nur den Initiatoren dieses Schrittes und erfahrenen früheren KPD-Kadern wirklich klar, welche Rolle diese Institution in der SED zukünftig spielen würde. Die Entstehung, die Aufgaben und die Tragweite der Tätigkeit dieses Organs sollten kongenial mit der Geschichte dieser Partei, ihren Krisen und den Strategiewechseln bei dem der Gesellschaft aufgezwungenen politischen Kurs verbunden bleiben. Im kollektiven Gedächtnis der SED-Mitglieder war mit dem Namen „Parteikontrolle“ zumeist das Bild der Überwachung ihrer „Linientreue“ verbunden. Wer SED-Geschichte aus dem Blickwinkel der Geschichte der Formierung, Disziplinierung und Konditionierung ihrer Kader und Mitglieder untersucht, wird deshalb nicht unbedingt *den* Schlüssel zum Verständnis des durch die SED vermittelten Herrschaftssystems zutage fördern. Jedoch zeigt sich, daß die Tiefe des Einblicks in die Natur dieses Systems wegen dessen autoritär-repressivem und anfangs sogar diktatorisch-terroristischem Charakter weitgehend vom präzisen Verständnis der Funktion seiner Disziplinierungsinstrumente abhängt. So wie der Erfolg einer Formierung solcher politbürokratisch organisierter Gesellschaften wesentlich von der Effizienz staatlicher Sicherheitsorgane abhing, war die Effizienz der innerparteilichen Kontrollorgane entscheidend für die Potenz der SED als Kader- und Massenpartei, ausgearbeitete politbürokratische Zwecksetzungen mit ihrer Hilfe überhaupt in Gang setzen zu können.

Doch hat sich im Verlauf meiner Analyse sehr rasch gezeigt, daß die Fixierung auf die Funktion der Parteikontrollorgane als „innerparteiliche politische Polizei“ und damit als Instrument zur Verfolgung oder Disziplinierung vermeintlicher oder tatsächlicher „Abweichler“, zur Ausschaltung von „Parteifeinden“ und zum „Durchrütteln“ des SED-Mitgliederbestands zu eng ist. So zentral diese repressionsorientierten Aufgaben für die Parteikontrolle auch gewesen sind, so wichtig ist es ebenso, ihre Rolle beim „Durchstellen“ konsensorientierter und entspannungsgeleiteter Kurswechsel der SED-Führung bei der Erziehung ihrer Funktionäre und Mitglieder zu verstehen. Gerade in Phasen, in denen kurzzeitig eine realistischere, selbstkritischere und moderatere SED-„Innenpolitik“ verabredet wurde, kam den Parteikontrollorganen eine wichtige Funktion bei der Regulierung vergangener „Überspitzungen“ auch der eigenen Tätigkeit zu. Gerade in solchen Zeiten kann auch davon gesprochen werden, daß Parteimitglieder mit Erfolg die Parteikontrollorgane für den Schutz gegenüber Funktionären ihrer eigenen Partei oder des Staatsapparates in Anspruch nahmen. Ohne die Frage nach der politischen Verantwortung für frühere Exzesse je ernsthaft gestellt

zu haben, waren die Kontrollorgane zum Beispiel Anfang der sechziger Jahre glaubwürdig bemüht, die unhaltbare Lage eines permanenten politischen „Ausnahmestands“ mit seinem absurden Verfolgungseifer und seiner kontraproduktiven Unzahl von Disziplinierungsopfern zu ändern. Dies hatte, wie immer bei Kurswechseln, zu geschehen, ohne die eigene federführende Rolle sowie die der hauptverantwortlichen Parteiführung bei der Durchsetzung des „alten Kurses“ ins Blickfeld zu rücken, wenn die obligate Selbstkritik geübt wurde und die schlimmsten Schäden auszubessern waren. Es galt, die „richtigen“ Schuldigen an „Überspitzungen“ zu finden, die Kurskorrektur im Kaderkorps zu verankern, sie den Mitgliedern plausibel zu machen und all dies mit den geringsten politischen Unkosten und unter Umgehung allzu grundsätzlicher Rückfragen. Dieses Prinzip ist eine weitere herrschaftstechnische Konstante machtgeleiteter Umorientierungen, für welche die Parteikontrolle geradezu prädestiniert schien.

Ein dritter Aspekt der Parteikontrolltätigkeit war die Aufdeckung ordinärer, den Geschäftsgang parteiherrschaftlicher Normalität behindernder und den Ruf der SED schädigender Verfehlungen krimineller oder moralischer Art. Eine besondere Rolle spielten hier Auswüchse funktionsbedingter Anmaßung und von Vorteilsnahmen, Unterschlagungen und Korruption bei Staats- oder Parteifunktionären. Diese Erscheinungen unterschied die SED zunächst nicht von anderen Parteien auch in anderen politischen Systemen – selbst wenn es bizarr anmutet, daß gerade Mitglieder der solche Vergehen öffentlich mißbilligenden SED-Führung diese selbst zuhauf begingen und bestenfalls dann dafür zur Rechenschaft gezogen wurden, wenn sie zuvor politisch ins Abseits geraten waren. Doch auch dies zeichnet die SED nicht unbedingt vor anderen Parteien aus. Die spezifische „Arroganz der Macht“ in Parteien wie der SED gewann ihre verbrecherische Intensität jenseits der Gefilde gewöhnlicher Korruption, einfacher Kriminalität oder ordinären Machtmißbrauchs vielmehr im Bereich kontrollfreier politischer Repression, deren Ahndung auch den Parteikontrollorganen unzugänglich bleiben mußte, da sie diese selbst umzusetzen hatten. Hier darf der Blick nicht durch die Tatsache verstellt werden, daß die alltägliche Parteikontrolltätigkeit besonders auf der Kreisebene natürlich zu einem großen und oft überwiegenden Anteil aus Untersuchungen „unpolitischer“ Verfehlungen bestand. Immer wieder ermahnt von der Politbürokratie, verloren aber die Parteikontrollleute aller Ebenen dabei nie den Blick für die erstrangige Gefährdung der „Einheit und Reinheit der Partei“ durch *politische* Abweichungen, deren gefährlichster Formenkreis der des Widerstands und der Opposition war. So sah dann auch der statuarische Sanktionenkatalog, aber mehr noch die Parteikontrollpraxis aus: In beiden erschienen Korruption und Machtanmaßung fast schon als läßliche Sünden gegenüber der politischen Dissidenz. Dies heißt jedoch keineswegs, daß ersteres nicht konsequent geahndet wurde, wenn dem nicht politische Gründe entgegenstanden. Gleichzeitig wurden aber politische Vergehen zeitweise überaus drastisch geahndet – allerdings wieder nur dann, wenn dem nicht politische Gründe zuwiderliefen. Die besondere Verbindung von „Politischem“ und „Kriminellem“ (oder „Moralischem“) ergab sich vielmehr daraus, daß politisch Ausgestoßene oder Disziplinierte oft zusätzlich nach Kräften kriminalisiert oder – wenn es aus Opportunitätsgründen nicht anders ging – sie zunächst krimineller Delikte oder moralischen Fehlverhaltens „überführt“ wurden und die Parteikontrollorgane solche Verfehlungen dann in einem politischen Kontext interpretierten und abstrafte.

Dieses überaus vielfältige und in wechselhaften Zeiten selbst wechselhafte Geschehen der Parteikontrolltätigkeit hat im Schriftgut der Kontrollkommissionen einen eigentümlichen Niederschlag gefunden. Hier spiegelt sich auf einzigartige Weise das vielschichtige

Konfliktpotential der DDR-Gesellschaft. Trotz verzerrender zweckbestimmter Überformungen der Untersuchungen und Analysen dieser Kommissionen hat sich in ihren Dokumenten die tabuisierte Widersprüchlichkeit der Gesellschaft eindrucksvoll abgebildet. Ebenso gilt dies für die von der Parteiführung gefürchteten Strömungen gegen den verordneten Einheitszwang, für das wirkliche Ausmaß der Folgen verhängnisvoller Kursbestimmungen und nicht zuletzt für die Vielzahl menschlicher Tragödien derer, die ihr Leben so oder so mit der Partei verbunden hatten. Keine Quellensammlung gewährt unfreiwillig derart reichhaltige Einblicke in die ansonsten so wirkungsvoll verschleierte DDR-Wirklichkeit, wie die schriftlich überlieferten Widerspiegelungen der vielfältigen Versuche von Parteikontrolleuren, die Partei zusammenzuhalten. Denn deren Anstrengungen konnten überhaupt nur dann gelingen, wenn wenigstens im Kontrollapparat die Konfrontation mit einer sonst so sorgsam verschleierte Wirklichkeit gewagt wurde, welche sich zumeist so anders präsentierte, als ihre manipulativen Ideologisierung dies weiszumachen trachteten. Deshalb konnten nur gegen Zweifel besonders resistente und in ihrer Ergebnisheit zur jeweiligen Parteiführung besonders zuverlässige und entschlossene „Parteisoldaten“ die höchsten Ränge der Parteikontrolle erklimmen. Und so entsteht aus den Dokumenten der Parteikontrolle ein doppeltes Abbild der DDR: Hier finden sich die wirklichen Widersprüche, Konflikte und daran gebundenen Schicksale, weil es aus der Sicht des SED-Apparats zu gefährlich war, sie einfach zu ignorieren. Um aber ihrer Herr zu werden, mußte damals der Apparat diese öffentlich verschwiegenen oder dementierten Konflikte nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern es ging ihm ebenso darum, Techniken zu ihrer „Lösung“ zu entwickeln und zu verbessern. So sind wir heute imstande, mit Hilfe der Parteikontrollakten nicht nur detailliertere Einsichten in das tabuisierte Widerspruchsgefüge von Partei und Gesellschaft zu erhalten, als dies andere Quellenarten ermöglichen, sondern auch die Entwicklungsgeschichte in der SED angewandter Herrschaftstechniken besser zu verstehen und ihre Ergebnisse zu beurteilen.

Schließlich findet der Leser eine Vielzahl von Fallbeispielen, die das tatsächliche Ausmaß des von den Kontrollorganen aufgeklärten politisch abweichenden, oppositionellen und widerständigen Verhaltens umreißt. Jenseits des vom Herrschaftswillen und Verfolgungseifer der Politbürokratie in den Anfangsjahren diktierten Bildes allgegenwärtiger Verschwörungen und andererseits der parteioffiziellen Leugnung der Existenz von Opposition und Widerstand in der SED der späteren Jahre eröffnen Einblicke in die Akten und Gespräche mit Zeitzeugen eine ganz andere Perspektive: Trotz immer wieder errungener Siege der Parteiführung über ihre eigene Parteibasis zeigen Recherchen in den Aktenbeständen des Parteikontroll-, Sicherheits- und Justizapparats den erheblichen Umfang von innerparteilichem Widerspruch, von Opposition und Widerstand, die sich zwar ständig nur punktuell aber doch periodisch manifestierten. Seit Ende der vierziger Jahre konnten sich diese Gegenbewegungen nicht mehr politisch oder organisatorisch verankern oder verstetigen, jedoch konnten die Parteikontrollorgane sie auch niemals ganz eindämmen. Die Ursachen und Beweggründe persönlicher oder kollektiver Auflehnung von Parteimitgliedern gegen die Parteilinie, die Zielstellungen ihres Protests und seine Ergebnisse, die daraus erwachsenden persönlichen Schicksale und schließlich die sehr unterschiedlichen Methoden und Techniken, mit denen die Kontrollorgane dieser Dissidenten Herr werden wollten, geben in ihrer Zusammenschau das wohl differenzierteste und klarste Bild des wirklichen Zustands der SED während ihrer jeweiligen Entwicklungsperiode. Es ist nicht übertrieben, aus diesem Bild auch zu schlußfolgern, daß die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR

nicht ohne ihre innerparteiliche Komponente begreifbar wird und viele Kapitel dieser Geschichte ohne jene Formen innerparteilicher Dissidenz nicht geschrieben werden können.

Um solche Aussagen treffen zu können, muß inhaltlich und begrifflich präzise dargestellt werden, welche Ausdrucksformen und Inhalte von *Widerspruch*, *Opposition* und *Widerstand* sich bis zu Beginn der siebziger Jahre in der DDR entwickelt hatten. Ich orientiere mich dabei an einem *Oppositionsbegriff*, der sowohl die Herstellung von Öffentlichkeit durch offen auftretende Akteure als auch die weitgehende Vermeidung von Legalitätsverletzungen einschließt und schließlich durch die gemeinschaftliche Anstrengung der konzeptionellen Ausarbeitung politischer Alternativen gekennzeichnet war. Dagegen wird die definitiv sich „staatsfeindlich“ artikulierende, Legalitätsfragen mißachtende politische Arbeit als *widerständig* bezeichnet, sofern sie gleichfalls politisch eingreifend, also etwa auf Öffentlichkeit oder auf Organisation bzw. Strukturbildung abzielend, betrieben wurde. Solcherart auf Kontinuität angelegter politischer Widerstand war nur konspirativ zu betreiben. Ebenso wie im Falle *politischen Widerspruchs*, aber anders als im Falle politischer Opposition, gehört gemeinschaftliches Handeln nicht notwendig auch zu den Kennzeichen widerständigen politischen Agierens, sehr wohl jedoch die planmäßige entschiedene politische Gegnerschaft im Sinne der Aufkündigung des der Gesellschaft aufgezungenen Basis-„konsenses“. Letzteres unterscheidet auch das widerständige Handeln vom *politischen Widerspruch*, der ebenso wie oppositionelle Betätigung in der Regel keineswegs jene entschiedene politische Gegnerschaft ausdrückte. Diese Begrifflichkeit ermöglicht die präzise Darstellung sich überschneidender oder ineinander übergehender Formen politischer Gegnerschaft und der dazu gehörenden Risikobelastung. Das Spektrum innerparteilicher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. Die Anwendung einer solchen Begrifflichkeit führt auch zum Verständnis des politischen Gewichts der Unterscheidung von Opposition und Widerstand im Selbstverständnis der Akteure. Gleichzeitig wird deutlich werden, wie sich Inhalte und Formen dieser Typen politisch abweichenden Verhaltens in den Dekaden der SED-Geschichte veränderten. Eine so entwickelte Charakterisierung solchen Verhaltens emanzipiert den Blick des Betrachters von deren herrschaftsoffizieller „Würdigung“ in Gestalt wechselnder Definitionen und Strafmaße parteifeindlichen oder -schädlichen Verhaltens durch die Parteikontrollorgane. Der Gegenstand dieser Arbeit ist vorrangig die Geschichte der Kontrolle und „Liquidierung“ innerparteilicher Abweichungen von der „Parteilinie“ und nicht die Geschichte von Opposition und Widerstand in der SED. Der Natur des Themas dieser Monographie entsprechend wird aber auch davon die Rede sein, ohne einer überfälligen systematischen Darstellung innerparteilicher Dissidenz vorgreifen zu können.

Die Darstellung von Kontrolltätigkeit in der SED erfolgt in dieser Monographie weitgehend im Kontext des geschichtlichen Prozesses, dem Partei, Staat und Gesellschaft unterlagen und verweist somit stets sowohl auf die Einbindung dieser Tätigkeit in ihren geschichtlichen Zusammenhang, als auch auf die so entstehende Relativität bzw. Begrenztheit der jeweils verfügbaren Kontrollmaßnahmen. So soll die Geschichte der Parteikontrolle immer im Spiegel der Partei- und Gesellschaftsgeschichte betrachtet, als auch der Beitrag dieser Kontrolltätigkeit für letztere verdeutlicht werden. Die in der DDR von der SED aufgebaute Herrschaftspyramide fußte von Anfang an weitgehend auf dem Machtmonopol der sowjetischen Besatzungsmacht und alle Entwicklungen hatten deren Interessengefüge, insbesondere ihren jeweiligen deutschlandpolitischen Zwecksetzungen, zu entsprechen. Sehr

bald zeigte sich, daß die Stalinisierung der SED Kernstück und Voraussetzung der Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft war. Daher kam dem Verlauf dieses Transformationsprozesses in der SED auch eine Schlüsselrolle zu. Diese Monographie soll nun klären helfen, welche Aufgaben den Parteikontrollorganen in diesem Prozeß zufielen, wie sich das Tätigkeitsprofil dieser Organe im Zeitverlauf veränderte und wie das Verhältnis von Eigenständigkeit und sowjetischer Einflußnahme während der Stalinisierung der SED und in dem sich anschließenden Entwicklungsabschnitt ihrer poststalinistischen Formierungsgeschichte zu bewerten ist. Dies schließt nicht nur die Prüfung der selbstgewollten bzw. unter bestimmten Voraussetzungen von den ostdeutschen Kommunisten forcierten Sowjetisierung der SBZ/DDR ein. Hier werden ebenso die dem sowjetischem Einfluß geschuldeten Verzögerungen oder Modifikationen dieses Prozesses betrachtet. Es wird deutlich, welche organisationshistorischen Entwicklungen, welche Faktoren, Bedingungen und Verhältnisse einen Prozeß vorantrieben, in dessen Verlauf die SED als „Partei neuen Typus“ zum Motor für die Sowjetisierung der SBZ/DDR wurde und später auf dieser Grundlage eigene spezifische gesellschaftliche Zielprojektionen zu verfolgen imstande war. Dabei wurde die Funktion und der Anteil der Parteikontrollorgane beim zu untersuchenden innerparteilichen Transformationsprozeß in seinen Bestandteilen Parteierziehung (ideologische Formierung der Massenpartei SED), Parteisäuberungen (repressive Selektion der Mitglieder- und Kaderpartei) und Funktionsrotationen (als organisationspolitischer Stabilisierungsfaktor der Kaderpartei) bewertet. Nach Meinung des Autors wird in der Forschung häufig die besondere Rolle der Parteikontrollorgane im Prozeß der Stalinisierung der SED und bei der Umsetzung parteidisziplinarischer Normen in ihren poststalinistischen Entwicklungsphasen unterschätzt – ebenso, wie die Eigenverantwortung und das interessengeleitete selbstbestimmte Handeln des SED-Parteiapparates gegenüber dem sowjetischen Machtmonopol in der SBZ/DDR.

Um die hier formulierten Fragen zu beantworten, wird in sechs Kapiteln die Geschichte der Parteikontrolltätigkeit während der „Ära Matern“, also bis zum Jahr 1971, umrissen. Hermann Matern war als Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission von 1949 bis zu seinem Tod 1971 für die „Einheit und Reinheit der Partei“ in der „Ära Ulbricht“ hauptverantwortlich. Doch setzt diese Monographie zeitlich schon vor dem Beschluß der Gründung von Parteikontrollorganen durch die 13. SED-Parteivorstandstagung im September 1948 ein: Im ersten Kapitel wird entwickelt, wie sich die frühe Parteikontrollpraxis auf die vorhergehende informelle Abwehrarbeit der Personalpolitischen Abteilungen sowie die Tätigkeit dann formell gegründeter Abwehrreferate dieser Abteilungen zurückführen läßt. Dem ist zu entnehmen, daß die Parteikontrollarbeit eher an die Tradition des KPD-Abwehr- und Nachrichtendienstes anknüpfte, als an die von Parteischiedsgerichten. Außerdem ließ sich darstellen, wie die Verfolgung politischer Abweicher immer mehr von der „Konstruktion“ von Parteifeinden überlagert wurde. Schließlich erfolgte die Disziplinierung vermeintlicher und tatsächlicher Parteifeinde ganz im Dienst der SED-Stalinisierung. Überdies wird im ersten Kapitel entwickelt, wie Zonengrenzen überschreitende Parteiabwehraufgaben, insbesondere die „Westabwehr“ von die SED bedrohenden Einflüssen, mit der „inneren“ Abschirmung der SED vor parteifeindlichen Tendenzen korrespondierten und wie die Zusammenarbeit mit der KPD organisiert war.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit der Konstituierung der Parteikontrollorgane und ihrem maßgeblichen Anteil an den Parteisäuberungen. Als im Ergebnis dieser zwischen 1948/49 und 1952 stattgefundenen Überprüfungen die SED endlich „stalinisiert“ war, ließen sich

auch die „politischen Unkosten“ dieses Sieges der Parteiführung über ihre Basis erkennen: Jene unter dem Vorwand einer Jagd auf sozialdemokratische Abweichler und kommunistische „Splittergruppler“, Westemigranten, Jugoslawienheimkehrer und „Field-Agenten“ veranstaltete Zurichtung der SED änderte nichts am Scheitern der Parteiführung während der Krise des 17. Juni 1953. Die Kader- und Mitgliederpartei SED war weder bei deren Verhinderung, noch im Versuch ihrer Meisterung der Parteiführung sonderlich dienstbar. Im dritten Kapitel sind die Resultate der Aufarbeitung dieses Desasters durch die Parteikontrollorgane und erste Schlußfolgerungen daraus wiedergegeben. Dies und die demonstrative Ausschaltung prominenter Parteifunktionäre signalisierten sowohl das nahende Ende der Anwendbarkeit von Konzepten stalinistischer als auch die Fortdauer des Prinzips politbürokratischer Gesellschaftsformierung. Wie dies 1954 auch in eine Krise der Parteikontrollarbeit mündete, wird im dritten Kapitel ebenso deutlich, wie die Richtung der bevorstehenden Krisenbewältigung. Dem vierten Kapitel kann dann ausführlich entnommen werden, wie nach 1956 die Parteiführung in der SED mit Hilfe der Parteikontrollorgane poststalinistische Linienbestimmungen vornahm und anpassungsunwillige Parteiintellektuelle disziplinierte. Beim Pendeln zwischen antidogmatischen und antirevisionistischen Kampagnen hatte die Parteiführung in den Kontrollorganen einen zuverlässigen Moderator ihrer jeweiligen Erziehungsziele. Wieder standen dabei auch demonstrative Abrechnungen mit mehr oder weniger prominenten Parteimitgliedern und Funktionären im Dienst dieser Kursveränderungen und neuerlich waren die Parteikontrollorgane für die nachhaltige Verankerung dieser Paradigmen in der Partei verantwortlich.

Schon vor dem nominellen Beginn politbürokratischer Reformpolitik und sogar noch vor dem Mauerbau wurde Anfang 1961 die überfällige parteidisziplinarische Umsteuerung hin zum „Kampf gegen Überspitzungen und Sektierertum“ eingeleitet. Der zweite „Entstalinisierungsschub“ nach 1956 war seit 1963 in ein Wirtschaftsreformprojekt eingebettet, das durch die Ablösung Chruschtschows in der UdSSR und durch den Konflikt mit China sofort unter Druck geriet. Im fünften Kapitel ist nachzulesen, wie die Parteikontrollorgane die daraus resultierenden beträchtlichen innerparteilichen Turbulenzen meisterten und ein weiteres Mal bei der Bändigung unbotmäßiger Intellektueller, diesmal auch unter den Kunst- und Kulturschaffenden, behilflich waren. Neuerlich geschah dies im Rahmen der Rückkehr zum Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, dem allerdings auch das Reformprojekt selbst zum Opfer fiel. Offenkundig wurde dies spätestens 1968/69, als auch in der DDR und speziell in der SED durch die Parteikontrolle die Folgen des Einmarsches in die ČSSR zu bewältigen waren. Der relativ reibungslose Verlauf dieser innerparteilichen Bereinigungsaktion kann, wie dem Kapitel 6 zu entnehmen ist, den inzwischen erreichten hohen Standard erfolgsorientierter Parteikontrollarbeit bezeugen. Trotz der sich auf höherem Niveau erneut einstellenden ökonomischen Verwerfungen etablierten und stabilisierten sich Ende der sechziger Jahre innerparteilicher „Normalzustände“, auf deren Grundlage die drohende Krise erfolgreicher als 1952/53 und 1960/61 beherrschbar schien. Honeckers Start in die Periode der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ war also vielversprechend. Doch konnte man mit geschärftem Blick schon vorher den Analysen der Parteikontrollorgane entnehmen, daß bereits Anfang der siebziger Jahre viele Merkmale der Stagnation und des Verfalls erkennbar geworden waren, deren weitere Entfaltung knapp 20 Jahre später das Ende dieses Systems nach sich ziehen sollte. Auch dies kann im letzten Kapitel dieser Monographie nachvollzogen werden.

In der vorliegenden Darstellung steht die Geschichte der Tätigkeit dieses Parteiorgans und die politische Analyse der Folgen dieses Wirkens im Mittelpunkt. Die Geschichte des Parteikontrollapparates selbst und die Darstellung des personellen Wandels in ihm ist mittels dieser Monographie ebenfalls nachvollziehbar, ohne daß sich die Darstellung daran orientiert. Sie erfolgt gleichsam nebenbei. Dies bedeutet keine Geringschätzung struktureller oder personeller Fragestellungen, sondern ist Ausdruck der Überzeugung, daß sich auch diese Bedeutungen am besten aus der Wirkungsgeschichte dieses Apparates erschließen lassen.

KAPITEL 1

Abwehrarbeit in der SED und die Liquidierung von Opposition und Widerstand gegen die Partei neuen Typus – Zur Vorgeschichte der Parteikontrolle (1946–1949)

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen zur Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR erschienen, die dieses auch schon zuvor sehr aufmerksam verfolgte Kapitel der Repressionsgeschichte auf der Grundlage jetzt zugänglicher Dokumente aus Archivbeständen der SED und aus russischen Quellen anreichern.¹ Jene Akten belegen auch die Härte und den Stellenwert der Verfolgung von oppositionellen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED. Der linke Widerstand gegen den Nachkriegskurs der KPD, gegen die Stalinisierung der SED, schließlich die Verfolgung von linken Kritikern und Oppositionellen innerhalb und außerhalb dieser Partei sowie der westdeutschen KPD und endlich die Säuberung beider Parteien war aus mehreren Gründen immer eine besondere Dunkelzone der Parteigeschichte. Daß dabei weder die Stalinisten noch das vielfältige sozialismusfeindliche Spektrum an der Würdigung linker Dissidenz interessiert waren und sind, bleibt durchaus nachvollziehbar. Doch unabhängig davon bestehen ebenso zeithistorische Interpretationsdefizite. Zunächst fällt das enorme Mißverhältnis zwischen dem beträchtlichen formellen und informellen Aufwand zur Eliminierung solcherart Dissidenz und dem realen politischen Gewicht linken Widerstands innerhalb der SED auf. Wäh-

1 Siehe z.B.: Andreas Malycha, *Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951*, in: Michael Lemke (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln 1999, S. 81–117; ders. (Hg.), *Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Eine Quellenedition*, Bonn 1995; ders., *Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950*, Berlin 1996; ders. *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn 2000; Frank Moraw, *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948*, Bonn-Bad Godesberg 1973, Neuauflage 1990; Beatrix Bouvier, *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953*, Bonn 1996; Alexandr Haritonow, *Freiwilliger Zwang. Die SMAD und die Verschmelzung von KPD und SPD in Berlin, Deutschland Archiv 3/1996*, S. 407 ff; Harold Hurwitz, *Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949*, Opladen 1997; Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!“ Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), *Terror, Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998.

rend der operative und propagandistische Aufwand zur Niederhaltung sozialdemokratischer Tendenzen durchaus deren potentieller Gefährlichkeit – schon wegen der numerischen Stärke des nominell sozialdemokratischen Mitgliederflügels – entsprach, fehlt dieser Deutungszugang im Falle linken oder kommunistischen Widerstands. Allerdings belegen die Quellen, daß die Praxis jener Handvoll konspirativ arbeitender linker Widerstandsgruppen sowie einer Minderheit offen gegen die Stalinisierung der SED opponierender Parteimitglieder tatsächlich die Transformation der SED in eine stalinistische „Partei neuen Typus“ ernsthaft zu behindern drohten, wenn es ihnen gelungen wäre, die Parteimitglieder zu erreichen oder in der Partei Fuß zu fassen. Der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ trug angesichts der eher verhaltenen Widerstandsarbeit einer, gemessen an ihrer Gesamtzahl, kleinen Schar von Sozialdemokraten innerhalb der SED vor allem der erkannten Notwendigkeit Rechnung, diesen großen innerparteilichen Unsicherheitsfaktor durch Einschüchterung zu neutralisieren und das Infiltrationspotential des externen Faktors Ostbüro zu berücksichtigen. Anders als im Falle der Sozialdemokraten spiegelt dagegen die Verfolgung linkssozialistischer und kommunistischer Antistaliner vor allem die Würdigung des befürchteten Wirkungsgrades konzeptioneller Widerstandsarbeit vielfach erfahrener und überwiegend konspirativ arbeitender Aktivisten wider, deren politische Sozialisation sie über ähnliche Erfahrungshintergründe wie ihre Gegner und deshalb auch über eine genaue Kenntnis der stalinistischen Politikmuster und -ziele verfügen ließ.

Vor diesem Hintergrund wird in den folgenden Ausführungen der Stellenwert stalinistischer Verfolgungen linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz innerhalb der SED bestimmt und die erfolgreiche Niederhaltung und schließlich die Zerschlagung antistalinistischer sozialistischer Strömungen innerhalb des Transformationsprozesses dieser Partei bewertet. Und es soll deutlich werden, welchem eigentlichen Zweck die in Parteisäuberungen mündende innerparteiliche Repression diene: Über die „Liquidierung“ tatsächlicher oder vermeintlicher „Parteifeinde“ hinaus war sie ein Beitrag zur nachhaltigen Immunisierung der Kader- und Massenpartei gegen jede Form der Dissidenz im Prozeß ihrer Verwandlung in ein Instrument der Bürokratie. Wie groß unter den besonderen ostdeutschen Bedingungen die Eigenverantwortung der „deutschen Parteiführung“ für den Prozeß der Stalinisierung der SED war und wie der sowjetische Einfluß in diesem Zusammenhang zu bewerten ist, wird im Rahmen der Hypothese untersucht, daß die Stalinisierung der SED gleichsam Voraussetzung und wichtigster Bestandteil der Sowjetisierung der SBZ/DDR war.

1. KPD und SPD im Nachkriegs-Ostdeutschland

Unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Besatzungs- und Kontrollregimes trat die reorganisierte KPD bereits als überwiegend stalinistisch geführte, kaderorientierte Partei auf den Plan. Die in den zwanziger Jahren „bolschewisierte“ Partei hatte sich damals ihrer Dissidenten weitgehend entledigt. Die KPD-Exil-Kader in der UdSSR, welche die Säuberungen der dreißiger Jahre überlebt hatten, waren auf die sowjetische Parteiführung eingeschworen. Die Exil-Partei war als „Kaderpartei“ bereits gesäubert. Anders als in der Sowjetunion stand der stalinisierten KPD in der SBZ allerdings die „Liquidierung“ alternativer politischer Strömungen im Nachkriegs-Ostdeutschland noch bevor, während die Beseitigung konkurrierender Plattformen innerhalb und außerhalb der sowjetischen Partei die Vorausset-

zung der damaligen stalinistischen Vernichtungsauslese im politbürokratischen Parteiapparat und im Parteikörper war. Eigentlich war die in Deutschland wiedererstehende Massenpartei KPD erneut zu säubern. Überhaupt stellte die Situation im besetzten Deutschland die KPD vor grundsätzlich neue Aufgaben. Die sowjetische Distanzierung von der sofortigen Übertragung des eigenen Modells auf ihr Besatzungsgebiet erhöhte noch zusätzlich das politische Gewicht der KPD, sollte doch nach Stalins Maßgaben vom Juni 1945 in einer „parlamentarisch-demokratischen Republik“ „die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei ... gesichert sein“.² Insofern war es folgerichtig, daß Stalin bei dieser Gelegenheit für die unmittelbare Zukunft entgegen Walter Ulbrichts Auffassung³ dem Ausbau und der Festigung von KPD-Strukturen gegenüber der Bildung einer Einheitspartei Vorrang einräumte. Dies war gewiß mit später nicht einlösbaren Hoffnungen auf eine Dominanz der KPD insbesondere gegenüber der SPD verbunden. Also lehnte Ulbricht am 12. Juni 1945 auch gehorsam den Vorschlag der sozialdemokratischen Zentralaussschuß-Minderheit zur frühzeitigen Schaffung einer Einheitspartei ab, den Gustav Dahrendorf der KPD unterbreitete.⁴ Ebenso gehorsam hatte das KPD-Sekretariat zuvor in seinem Aufruf vom 11. Juni den Eindruck vermittelt, mit der zu vollendenden bürgerlich-demokratischen Revolution in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung einen ganz neuen Weg jenseits der alten Losung vom „Sowjetdeutschland“ beschreiten zu wollen. Mit dem Verzicht auf die Betonung des Übergangscharakters dieser propagierten Umgestaltung ging zunächst (und nicht nur bei ostdeutschen Kommunisten) das Aufwerten des Beschreitens nationaler Wege zum Sozialismus einher. In der deutschen Partei verband sich damit vor allem der Name des ZK- und Sekretariatsmitglieds Anton Ackermann.⁵

-
- 2 So votierte Stalin in Moskau gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern Ulbricht, Ackermann und Sobottka anlässlich der bevorstehenden sowjetischen Genehmigung von politischen Parteien in ihrem Besatzungsgebiet. Vgl. auch Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, *Deutschland Archiv*, H. 3/1996, S. 355ff.
 - 3 Nach Anton Ackermanns 1963 gegebenem Bericht über das Zustandekommen des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 erklärte Stalin bei dem erwähnten Vorgespräch mit Pieck und den nach Moskau zurückbeorderten deutschen Funktionären hinsichtlich des Tempos der Schaffung der Einheitspartei, er sei „gegen eine rasche Vereinigung von KPD und SPD, wie sie die von Genossen Ulbricht vorgetragene Konzeption vorsah.“ (vgl. Laufer, *Genossen*, S. 357). Stalins Votum gegen eine „Mischmasch-Partei“ unter den Bedingungen der erwarteten Einmischung der „imperialistischen Mächte“ war aber durchaus kompatibel mit den bis Kriegsende ausgearbeiteten Planungen der Moskauer KPD-Führung über den Parteaufbau. Vgl. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 99 ff.
 - 4 Allerdings kam es am 19. Juni 1945 zur Bildung eines zentralen Arbeitsausschusses von KPD und SPD. Vgl. dazu: Andreas Malycha, *Die Geschichte der SED – Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961*, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), *Die SED, Geschichte – Organisation – Politik*, ein Handbuch, Berlin 1997, S. 17.
 - 5 Ackermann publizierte im Februar 1946 seinen Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ (*Einheit*, Monatszeitschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, 1946, Heft 1, S. 22) bereits im Dienst der Umsteuerung des KPD-Kurses auf eine schnelle Verschmelzung mit der SPD: Er half mit seinem Bekenntnis zum „demokratischen, gesetzlichen Weg“ zum Sozialismus, die sozialdemokratischen Ressentiments gegenüber den Kommunisten zu dämpfen. Gleichzeitig entsprach diese Position dem sowjetischen Nachkriegs-Konzept, die Zusammenarbeit mit den Westalliierten fortzusetzen: Die Tolerierung nationaler Sonderwege suggerierte, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, in solche Versuche einzugreifen. Daher ist es auch folgerichtig, daß die spätere Abrechnung mit Ackermanns Sonderweg-Thesen nach dem Zusammenbruch dieser alliierten Kooperation 1948 stattfand. Vgl. auch Malycha, *Die SED*, S. 123ff.

Angesichts dieser komplizierten und vorerst unübersichtlichen Situation war nur eines von Anfang an klar: Alles hing davon ab, ob innerhalb der KPD unverzüglich die kader- und später auch massenparteilpolitischen Voraussetzungen für die zentralistische Beherrschung der Partei durch die Stalinisten geschaffen werden konnten, um notwendig werdende unverhoffte politische Schwenks über eine disziplinierte Partei reibungsarm und schnell realisieren zu können. Dies war allerdings eine bekannte und vielfach bestandene Herausforderung: Es ging um die Stalinisierung einer freilich erst wieder neu zu schaffenden Massenpartei, deren „Einheit und Reinheit“ dann zu schützen war. Eine solcherart formierte Partei hatte jedoch nicht einfach nur im Dienste der deutschen Parteiführung zu agieren, sondern mußte auch die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht durchsetzen helfen. Dabei konnte sie sich der sowjetischen Beihilfe sicher sein, solange sie vor allem deren Maßgaben folgte. Neben der sowjetischen Hilfestellung waren 1945 jedoch für die anstehende Parteiformierung nur die führungspolitischen Voraussetzungen an der Parteispitze relativ günstig, da die „Moskowiter“ die Initiative von Anfang an nicht aus der Hand gaben. In der kaderpolitischen Kontrolle des zum Teil beunruhigenden „Wildwuchses“ bei den spontan sich gründenden Basisorganisationen bestand die nächste Aufgabe. Dies mußte einhergehen mit dem Aufbau eines zuverlässigen Apparats. Wenn mit dessen Hilfen dann die Massenpartei KPD unter Kontrolle war, konnte man im Sinne der Stalinschen Empfehlung dazu übergehen, die Einheitspartei zu bilden und in einem neuerlichen Anlauf diesen noch problemreicheren Partei- und Funktionärskörper zu säubern.

Der hohe Stellenwert des Schutzes der Partei vor „feindlichen Elementen“ und ihrer Säuberung nach sich fortlaufend ändernden Maßgaben war einer der wichtigsten konstituierenden Faktoren der KPD seit ihrer Stalinisierung in den zwanziger Jahren. Begünstigt wurde dies auch durch weitere Faktoren wie langjährige Illegalität namentlich in den 12 Jahren Hitlerdiktatur. Unter diesem Gesichtspunkt ist nachvollziehbar, daß in der Kaderarbeit der KPD sicherheitspolitische Kriterien im Sinne des Schutzes der Partei gegenüber Bedrohungen „von außen“, aber besonders vor „feindlichen Elementen“ in ihr selbst, höchste Priorität erhielten. Dabei zeigt auch die Geschichte der stalinisierten KPD, wie konsequent die jeweiligen Parteiführungen nach dem Vorbild der sowjetischen Partei interne Säuberungen mit dem Szenario einer Bedrohung durch in die eigenen Reihen geschleuste Agenten äußerer feindlicher Mächte oder Ideologien verbanden und legitimierten.

Ulbricht entwarf bereits am 15. Februar 1945 im Moskauer Exil „Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation“, nach denen ehemalige Parteimitglieder, die „wegen Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen (Brandleristen, Trotzlisten, Neumanngruppe) ausgeschlossen wurde[n] oder aus der Partei ausgetreten“ waren, nicht wieder in die KPD aufgenommen werden sollten.⁶ Nach 1945 erweiterte sich für die neuerstandene KPD in der SBZ dieses Sicherheitsdenken über den Parteihorizont hinaus: Das kaderpolitische Bestreben der KPD, entscheidende Positionen in der öffentlichen Verwaltung mit bewährten (also auch sicherheitspolitisch einwandfreien) Genossen zu besetzen, verband sich mit der freiwilligen Unterordnung unter die sowjetischen (insbesondere sicherheitspolitischen) Interessen sowohl beim Verwaltungs- als auch beim Parteaufbau.

Die Bedingungen für die Durchsetzung einer strikt stalinistischen Kaderpolitik waren damals in der KPD insgesamt noch denkbar schlecht. Das Ulbricht-Konzept vom Februar

6 Vgl. Erler/Laude/Wilke, Nach Hitler, a.a.O., S. 327 f.

1945 war nicht durchsetzbar und seine Umsetzung wurde erst einmal aufgeschoben. Zunächst verfügte das Zentralsekretariat zwecks Parteiabsicherung im Juli 1945 die Bildung eines „Abwehrapparates zur Beobachtung und Beschaffung von Informationsmaterialien“.⁷

Die KPD-Führung verfolgte argwöhnisch die Entwicklung der SPD besonders in der SBZ. Das schnelle Erstarren der SPD in der Ostzone war vom Rückzug des sozialdemokratischen Zentralausschusses (ZA) von seinen früheren Offerten einer organisatorischen Verschmelzung⁸ zugunsten des eigenen Führungsanspruchs begleitet. Vor dem Hintergrund katastrophaler Wahlergebnisse der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn schwenkte die KPD-Führung Ende 1945 nach Abstimmung mit Stalin auf die ehemalige Position des SPD-ZA vom Juni 1945 um. Es ist inzwischen belegt, daß der KPD-Druck in Richtung Einheitspartei nicht in erster Linie aufgrund einer mehrheitlichen Ablehnungsfront innerhalb der SPD gegen diese Vereinigung, sondern zur Durchsetzung des schnellen Zusammenschlusses noch vor den Wahlen ausgeübt wurde. Es liegt auf der Hand, daß die KPD-Führung angesichts der wachsenden Akzeptanz der Ende 1945 gut konsolidierten SPD ihre angestrebte Hegemonie um so mehr gefährdet sah, als sich die formal in Aussicht gestellte Fusion verzögerte. Überdies wuchsen im Verlaufe des Jahres 1945 Skepsis und Mißtrauen in den SPD-Basisorganisationen gegenüber der KPD-Führung. Die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft der SBZ befürwortete daher einen längeren Prozeß der Zusammenarbeit, ehe die Perspektive der gleichberechtigten Vereinigung in Reichweite käme.⁹ Aus den genannten Gründen wandten die KPD-Führung und die sowjetische Besatzungsmacht erheblichen Druck und zum Teil terroristische Methoden überall dort an, wo seitens vereinigungsunwilliger SPD'ler Widerstand gegen die sofortige Verschmelzung geleistet oder erwartet wurde. Die Haltung Erich Gniffkes¹⁰ zur Einheitspartei ist seinem Brief vom 23. Februar 1946 an Otto Grotewohl über seine Begegnung mit Kurt Schumacher in der SPD-Zentralausschußsitzung vom 22. Februar zu entnehmen. Dort heißt es:

„In meinem Schlußwort, das ich vor Schumacher nahm, habe ich dann eindeutig darauf hingewiesen, daß bei einem Parteitag, auf dem die Verschmelzung beschlossen wird, die

7 Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, 5 Bände, Band 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis April 1946, München 1993, S. 35.

8 Vgl. den Aufruf des provisorischen Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, in: Herbst/Stephan/Winkler, Die SED, a.a.O., S.534–536.

9 Die Ernüchterung durchaus einheitswilliger Sozialdemokraten gibt am besten das Rundschreiben Nr. 18 des Thüringischen SPD-Landesvorsitzenden Hermann Brill vom 6. November 1945 wieder. Hier heißt es, es gäbe Anzeichen für eine Rückkehr der KPD zu ihrer Einheitsfront-Taktik, deren Zweck stets die Zerstörung der SPD und die Alleinherrschaft der KPD gewesen sei. Diese Taktik sei die Trennung der „ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter“ von ihren „reformistischen Führern“, wie die Versammlungen mit Pieck in Erfurt und Ackermann in Gera belegt hätten. Der Thüringer Landesparteitag richtete an den Berliner SPD-Zentralaussschuß die Aufforderung, mit einem gesamtdeutschem Aktionsprogramm die sozialistische Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu befördern. Die Einheit der Arbeiterklasse sei im Reichsmaßstab von Zentralinstanz zu Zentralinstanz durch gemeinsame Beschlüsse der Parteitage herzustellen, weshalb auch Einigungen auf Länder-, Provinz- oder sogar Gemeindeebene nicht in Frage kämen. Andere Bindungen an die KPD, als die der Fraktionsgemeinschaft und gemeinsame Funktionärsitzungen seien nicht zulässig. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarhiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, DY 30), IV 2/4/364, Bl. 7f.

10 Gniffke war 1945/46 mit Max Fechner und Otto Grotewohl im SPD-Zentralaussschuß sowie Vorsitzender des Bezirksvorstands Berlin und dann in der SED Parteivorstands- und Zentralsekretariatsmitglied.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht allein in der östlichen Zone aufhört zu existieren, sondern auch in Groß-Berlin, weil die Existenz der SPD auch in Groß-Berlin auf dem Befehl Nr. 2¹¹ beruht. Dieser Befehl ist ausdrücklich von dem Kontrollrat für Berlin übernommen worden ... Berlin spiegelt durch seine Besatzungssektoren das deutsche Zonengebiet wider; auch im Reichsmaßstab gesehen wird sich eine solche Entwicklung zeigen, so daß nach meiner festen Überzeugung das Ergebnis einer Schumacher'schen Bemühung auch nur sein wird, daß die SPD im Westen eine kleinbürgerliche Partei wird und Schumacher wird dann der Führer dieser kleinbürgerlichen Partei sein.“¹²

Jedoch hat es in der deutschen Nachkriegs-Sozialdemokratie nicht an Versuchen gefehlt, von Anfang an eine nicht an die alten Organisationsformen anknüpfende wirkliche Einheitspartei für die ganze Arbeiterklasse aufzubauen. Neben den dominanten Bestrebungen, die SPD nach Kriegsende wiederzugründen, scheiterte der Versuch des Thüringer Sozialdemokraten Hermann Brill, eine Einheitspartei mit dem Namen „Bund demokratischer Sozialisten“ (BdS) ins Leben zu rufen, an der Zustimmungsverweigerung der SMAD. Die BdS-Initiatoren verwiesen in ihrem Selbstverständnis auf das im Weimarer Konzentrationslager Buchenwald von Brill verfaßte Manifest, das sie als Aktionsprogramm für die Zeit der freien Entfaltung der Arbeiterbewegung ansahen. Die Thüringer Buchenwald-Genossen bestimmten einen provisorischen Bezirksvorstand des BdS aus Hermann Brill, Rudolf Jungmann und Kurt Böhme. Bereits am 8. Juli 1945 rief ein provisorischer Landesvorstand, bestehend aus Kurt Böhme und Heinrich Hoffmann zu einer Landeskonferenz des „BdS – S.P.D. – Groß Thüringen“ in Weimar auf, bei der Regierungspräsident Dr. Hermann L. Brill, zur politischen Lage referieren sollte. Dieser Aufruf erlaubt auch einen prägnanten Einblick in die damaligen Vorstellungen der Thüringer Sozialisten, die keinen Zweifel daran hatten, daß ein Neuanfang wesentlich von einem sozialdemokratischen Politikverständnis bestimmt werden würde.¹³ Auch in der französischen Zone erstickte die Bildung einer „So-

11 Gemeint ist der Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 (Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone).

12 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379. Nach der SED-Gründung im April wurde im Mai 1946 nach Vereinbarung in der Alliierten Kommandantur die Zulassung der SED in Groß-Berlin und der SPD auch im Ostsektor vereinbart. Grnifke behauptete übrigens am 11. Februar 1948 gegenüber seinem US-amerikanischen Gesprächspartner Morris, in Berlin hätten die Vereinigung 19.500 Sozialdemokraten nicht mitgemacht. Davon waren 3.900 sozialdemokratische Mitglieder vor 1933. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379, Bl. 258.

13 So heißt es in diesem Dokument: „Neuer Beginn von oben her! ... Die in Buchenwald und anderen Konzentrationslagern inhaftierten Führer der modernen Arbeiterbewegung konnten nicht wissen, daß ... die deutsche Arbeiterklasse geistig und moralisch, politisch und organisatorisch derart zermürbt, ermattet und zerfallen war, wie dies tatsächlich der Fall ist ... Während früher die Masse sich ihre Führer erwählte und diese sich in der Organisation für die späteren Aufgaben schulte, müssen jetzt die Führer erst ihre Gefolgschaft suchen, sie organisieren und ihr eine einheitliche Meinungs- und Willensbildung anerkennen. Es kann daher zur Zeit, noch in naher Zukunft, weder von einer demokratischen Organisationsform noch von einer Demokratie im öffentlichen oder staatlichen Leben die Rede sein. Wir werden vielmehr zu einem System kommen müssen, das eine Synthese von Autokratie und Demokratie darstellt: die autoritäre Demokratie! ... Nachdem nun der Weg für den Aufbau unserer Organisation frei geworden ist, haben wir für den 8. Juli 1945 eine Landeskonferenz der in der ehemaligen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Groß-Thüringen aktiv tätig gewesenen Genossinnen und Genossen einberufen. Der Bund demokratischer Sozialisten – SPD ist also der rechtmäßige Nachfolger der alten S.P.D. auf einer völlig neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Grundlage ... Eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe ist so bald als möglich einzuberufen, damit der einstweilig proviso-

zialistischen Partei“ unter Einschluß der Kommunisten an der Wiedergründung der KPD. Spontan gegründete Einheitsparteien gab es ebenso in der britischen und amerikanischen Zone.¹⁴ In der sowjetischen Zone hatten zu diesem Zeitpunkt weder die Sowjets noch die KPD-Wortführer Interesse an einer Einheitspartei. Jedoch drückten solche sozialdemokratischen Initiativen ebenso wie der von der KPD-Führung abgewiesene frühe Versuch des Berliner Zentralaussschusses der SPD, die organisatorische Einheit zu erörtern, eine reale Stimmung großer Teile der Sozialdemokraten aus. Und die äußerst kritische Sicht auf die Politik der eigenen Partei während der Weimarer Republik war nicht nur bei den deshalb eine Einheitspartei befürwortenden Sozialdemokraten verbreitet, sondern auch bei den überzeugten SPD-Wiedegründern aller Zonen.

2. Organisatorische und politische Ausgangsbedingungen für die neue Einheitspartei

Der Kurs in Richtung Einheitspartei wurde bereits besprochen, noch bevor die Stalinisierung der sich neu formierenden KPD systematisch hatte begonnen werden können. Nicht nur das unerwartete Tempo der politischen Entwicklung in den ersten Nachkriegsmonaten, sondern auch die erwähnten „programmatischen Manöver“, zu denen sich die KPD-Führung durch Stalin gezwungen sah, komplizierten die Situation: Sowjetischerseits war gerade im vierfach besetzten Deutschland das Primat der Erhaltung unbedingter Souveränität im eigenen Besatzungsgebiet mit der Notwendigkeit politischer Rücksichtnahme auf die Westalliierten zu kombinieren. Mehr noch als im sowjetisch besetzten Ost- und Südosteuropa hätte deshalb eine in der SBZ vollzogene unverblümete Säuberung oder direkte Ausschaltung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten nach „osteuropäischem Szenarium“ das sowjetische Verhältnis zu den Kriegesverbündeten besonders belastet.¹⁵ Die KPD-Führung mußte daher unter sowjetischer Anleitung einen „besonderen deutschen Weg“ zur politischen Neutralisierung der SPD und der bürgerlichen Parteien ausarbeiten, ohne ihren Führungs- und letztendlich Alleinherrschaftsanspruch zu gefährden. Eine erfolgreiche „Neutralisierungstaktik“ war die einzige Alternative zur offenen terroristischen Ausschaltung politischer Konkurrenten der KPD durch die sowjetische Besatzungsmacht. Ohne gewaltsame Eingriffe seitens der SMAD war jedoch auch diese Neutralisierung nicht zu haben. Unter solchen Bedingungen ergab sich die Praxis des verdeckten Terrors als sowjetischer Lösungsweg in

risch fungierende Vorstand durch einen Vorstand abgelöst werden kann, der durch freie Urwahl der Mitglieder gebildet ist ... stellt der Bund demokratischer Sozialisten den interalliierten Besatzungsarmee Mitarbeiter für die Zivilverwaltung zur Verfügung ... Der vorläufige Bezirksvorstand.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/364, Bl. 1ff.

14 Vgl. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 54.

15 Wenn später (seit der 1. Parteikonferenz vom Januar 1949) verschiedene Parteifunktionäre im nachhinein sogar den Eindruck erweckten, sie glaubten nun, es sei damals fehlerhaft gewesen, nicht wie in anderen ost- und südosteuropäischen Volksdemokratien die sozialdemokratische Partei schon vor der Parteivereinigung gesäubert zu haben (Malycha, Illusion der Einheit, a.a.O., S. 11), so ist dies eindeutig als zeitgenössisches propagandistisches Manöver angesichts der inzwischen notwendig gewordenen Vermittlung jener damals herangereiften Periode systematischer Säuberungen anzusehen und nicht als wirkliche „Selbstkritik“.

Ostdeutschland. Verhaftungen, Funktionsenthebungen und andere Repressionen durch sowjetische Sicherheitsorgane schwächten die politische Akzeptanz der „Russenpartei“ KPD/SED.¹⁶ Hier findet man auch den Grund dafür, daß sich später SED-Gremien und -Politiker immer wieder an SMAD-Organen wandten, um durchaus ernsthaft die Freilassung bzw. Aufklärung der Verhaftung von Parteimitgliedern (vor allem ehemaliger SPD-Angehöriger) zu erwirken. Andererseits ließ der KPD-Bezirksleiter für Sachsen, Hermann Matern, auf einer sächsischen Sekretärskonferenz am 14. Februar 1946 parteiintern keinen Zweifel am eigentlichen Sinn der bevorstehenden Vereinigung mit der SPD: Es gehe um „die Vereinigung von zwei Arbeiterparteien, um auf diesem Weg den reformistischen, opportunistischen und Paktiererinfluß in der Arbeiterklasse auszuschalten. Aber, Genossen, ... das ist ein Prozeß, der sich auch nach der Vereinigung fortsetzt. Ich weiß nicht, ob ihr mich verstanden habt, Genossen?“¹⁷

Das Projekt der Einheitspartei zwang den auf die Sowjets orientierten Teil der Parteiführung daher zum Vollzug der Partei-Stalinisierung, ohne daß dies für ihren kommunistischen Teil schon abgeschlossen war.¹⁸ Gleichzeitig war jedoch für die deutsche Parteiführung die schwierige Stalinisierung einer unübersichtlichen Einheitspartei der einzige Weg, in dieser komplizierten Gemengelage von widersprüchlichen deutschen und sowjetischen Interessen die Macht später auch ohne permanente sowjetische Hilfestellung zu behaupten.

Unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD war die SED aus der Sicht der tonangebenden „Moskauer“ KPD-Führungsgruppe „zusammengewürfelt“ und deshalb im Lichte ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit „Fremdkörpern“. Das Parteistatut der SED, welches auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD am 21./22. April 1946 beschlossen wurde, bot aus ihrer Sicht für restriktive politische Beitrittsbeschränkungen oder Aussonderungsoptionen wenig Spielraum. So war neben der Mitgliedschaft in der SPD und KPD sogar die Zugehörigkeit zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) oder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) vor 1933 auf die Mitgliedschaft in der SED anzurechnen.¹⁹ Parteiaus-

16 In einem Brief an Gniffke (damals Mitglied des Landtags Mecklenburg) vom Januar 1947 gab ein SED-Mitglied aus dem Kreis Salzwedel Aufschluß über die Wahlschlappe der SED bei den vorjährigen Kommunal- bzw. Kreis- und Provinziallandtagswahlen: „Die beiden ... noch nicht vereinigten Arbeiterparteien waren diejenigen, die sich für die Bodenreform und gleichzeitig für die Schaffung neuen Privateigentums eingesetzt haben. Denen wurde durch die Flüsterpropaganda in die Schuhe geschoben, daß es kein Jahr mehr dauert und das ganze Privateigentum wird aufgehoben und die jetzt geschaffenen Neusiedlerstellen werden mit den Altbauern zusammen zur kolchosen Wirtschaft vereinigt. Hier haben viele Flüchtlinge und auch Landarbeiter, die durch die Initiative beider Arbeiterparteien auf Grund der Bodenreform Land erhalten haben, sich von uns abgewandt und der LDP zugewandt und ihre Stimme gegeben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379.

17 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirksparteiarchiv SED-Bezirksleitung Dresden, I/A/007. Zitiert nach: Malycha, Die SED, a.a.O., S. 96.

18 Hermann Matern hatte bereits am 7. Januar 1946 in einer Rede vor sächsischen KPD-Funktionären auf das Problem der überfälligen „Reinigung unserer Reihen“ hingewiesen, weil „bei dem stürmischen Durcheinander ... die Möglichkeiten der Nachprüfung gering sind“ weshalb „sich in unseren Reihen manche schmutzigen Elemente an die Spitze gestellt (haben), sowohl in den Verwaltungen ... als auch im politischen Apparat und an vielen anderen Stellen ... Wir müssen mit diesem Zustand aufräumen.“ SAPMO BArch, NY 4182/876; zitiert nach Malycha, Die SED, a.a.O., S. 359.

19 Paragraph 3 des Parteistatuts der SED von 1946. Die USPD konstituierte sich 1917 als Gegner der mehrheitssozialdemokratischen Weltkriegspolitik und befürwortete seit 1919 ein Räte-system. Die Parteilinke schloß sich 1921 der KPD und die Parteirechte 1922 wieder der SPD an, während eine Minder-

schlüsse wegen ehrlosen Handelns oder Verstoßes gegen Beschlüsse oder Parteigrundsätze waren demokratisch geregelt und durch Schiedsgerichte oder Anrufung des Parteitags beschwerdefähig.²⁰ Hinzu trat der Umstand, daß in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der Nachkriegs-KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden.²¹ Dies setzte sich für die Neuzugänge zu der jungen Einheitspartei SED fort. Zum Defizit stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED trat das Dilemma hinzu, daß die Bevölkerung der SBZ natürlich in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den „Repressionsbedarf“ nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste und letztlich entscheidende Instrument der Stalinisten zunächst zur Partei- und dann auch der Gesellschaftsformierung.

3. Sowjetische Einflußnahme auf die sicherheitspolitische Konzeption der SED in Ostdeutschland

Die noch in den Anfängen steckende Erforschung linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz erbringt überraschende Einblicke in die beachtliche Widerstandsbereitschaft und Entschlossenheit einer kleinen Anzahl von Zirkeln und Gruppen gegen die Stalinisierung der SED. Daß und wie man sich sowohl auf sowjetischer Seite als auch in dem mit ihr verbündeten Parteiführungsflügel dieses Widerstandspotentials bewußt war, spiegelt etwa die schon im Mai 1946 ergangene Warnung Tjul'panovs (Chef der Propagandaverwaltung) und Bokovs (Mitglied des Militärrats) an die Mitglieder des Zentralsekretariats (ZS) Pieck, Ulbricht und Grotewohl vor illegalen Organisationen aus „trozkistischen Elementen“ innerhalb der SED wider, verbunden mit der Forderung nach operativen Gegenmaßnahmen.²²

Im August 1946 informierte Generaloberst Serow (Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung und Chef der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ) Pieck über die Aktivitäten von Anhängern der früheren Kommunistischen Arbeiter-

heit 1931 zur SAPD ging. Die SAPD wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet. Vor 1933 hatte sie rund 17.000 Mitglieder.

20 Paragraph 5 des SED-Parteistatuts von 1946.

21 Herta Geffke gab an, daß etwa in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der schon vor 1933 der KPD angehörenden KPD-Mitglieder vor der Bildung der SED etwa 10% betrug. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 417.

22 Rolf Badstübner und Wilfried Loth (Hg.), Wilhelm Pieck, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 73f.

partei Deutschlands (KAP)²³ in Berlin gegen die Politik der SED: Warnend hieß es, die illegal arbeitenden oppositionellen Gruppen sähen es als ihre Hauptaufgabe an, Leitungen der SED mit ihren Leuten zu besetzen, und planten, Flugblätter und Broschüren zu verbreiten. Ihre Aktivitäten zielten gegen die Moskauer Kader und deren Versuche, sowjetische Methoden auf die speziellen Verhältnisse anderer Länder zu übertragen und so die imperialistischen Ziele der Sowjetunion zu unterstützen. Die in den Pieck-Notizen überlieferten, allerdings fragwürdigen, konkreten Informationen besagen unter anderem, daß gemäß den Aussagen eines verhafteten Mitglieds aus Berlin-Mitte die Berliner Gruppe 200 frühere KPD-Mitglieder zähle und im Juli 1946 die Schöneberger Gruppe auch mit Angehörigen der amerikanischen Armee in der Wohnung eines Mannes namens Weiland²⁴ zusammengekommen sei.²⁵

Angesichts der naheliegenden Vermutung, diese Warnungen seien zweckvolle Übertreibungen gewesen, ist es sinnvoll, nach der Bewertung linker Opposition in der SED insbesondere in Berlin auch aus der Sicht der deutschen Parteiführung zu fragen. Solche Fragen hatte offenbar auch die SMAD: Am 25. September 1946, nach den SBZ-Septemberwahlen und vor den Oktoberwahlen in Berlin, fand ein Informationsgespräch einer Moskauer ZK-Delegation zur Prüfung der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung statt. Bei dieser Gelegenheit befragte der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte, Burcew, den neuen Vorsitzenden des SED-Landesverbands Groß-Berlin, Hermann Matern, zur Situation in der Berliner SED. Matern erwiderte auf dessen Frage, ob die wirkliche Einheit der Partei ohne Säuberungen erreichbar sei, wörtlich:

„Eine Säuberung ist notwendig ... die Schwierigkeiten mit dem sozialdemokratischen Teil der Partei [in Berlin sind] nicht so groß wie manche denken. Erheblich mehr Schwierigkeiten haben wir auf der Seite der Kommunisten. Fraktionsarbeit wird in Berlin meist von Kommunisten geführt. Außerhalb Berlins ist die Situation umgekehrt. Außerhalb Berlins sind in die SED fast alle Sozialdemokraten eingetreten ... Ein Teil der Sozialdemokraten dort muß entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rausschmeißen. In Berlin dagegen müssen wir uns mehr mit den Kommunisten befassen ... in Berlin befinden sich die Hauptopportunisten [sozialdemokratische SED-Kritiker] in der Sozialdemokratischen Partei.“

Auf die direkte Frage Panjukins (1. Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des ZK), ob eher ehemalige rechte Sozialdemokraten oder ehemalige linke Kommunisten gefährlicher (insbesondere für die Parteieinheit) seien, antwortete Matern:

23 Die KAP organisierte seit 1920 solche Teile der linkskommunistischen Opposition der KPD, die über die Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAU) hinaus eine politische Partei für notwendig hielten. Sie zerfiel rasch und ihre Mitglieder wurden vornehmlich von der AAU und der SPD absorbiert. Ehemalige KAPler in der SPD beteiligten sich 1931 an der Gründung der „Roten Kämpfer“, die als Widerstandsgruppe bis 1937 agierte. Die AAU wurde 1920 von linkskommunistischen Gruppen als revolutionäre Einheitsorganisation der Lohnarbeiterschaft gegründet. Nach raschem Aufschwung stagnierte die Union und verlor noch vor 1923 an Bedeutung. Wieder vereinigt mit der 1921 abgespaltenen AAU-Einheitsorganisation existierte sie als Kommunistische Arbeiterunion Deutschlands (KAUD) bis zur Zerschlagung durch die Faschisten.

24 Vgl. dazu auch die Abschnitte 6.2 und 6.3.

25 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 77ff.

„Die Ultralinken ... Eine eigene Organisation (haben sie) nicht, aber sie mach(en) fraktionelle Arbeit ... die größere Gefahr ist die 'linke', sowohl im organisatorischen, als auch im ideologischen Sinne.“²⁶

Dies sind allerdings Indizien dafür, daß neben dem klaren Bewußtsein von der gewichtigen potentiellen „sozialdemokratischen Gefahr“ in der SED die Wachsamkeit bezüglich der akuten Gefährdung durch oppositionelle Linke erhalten blieb. Das verrät schon ein noch früher datierter Bericht Fritz Großes²⁷ vom August 1946 über die Lage in Sachsen²⁸, der Moskau die Bildung eines vom NKWD unabhängigen Parteiabwehrapparats in der SED zur Bekämpfung und zur Beobachtung der Blockparteien vorschlug. Da dies seiner Meinung nach auch von den früheren Sozialdemokraten in der SED gebilligt würde, könne nach Großes Auffassung dieser Apparat dann in eigener Regie zur Beobachtung von Trotzlisten, ehemaligen Oppositionsgruppen und schließlich auch von „Schumacherleuten“ eingesetzt werden.

4. SED-Abwehrtätigkeit in den vierziger Jahren

Die Geschichte der Parteikontrolle in der SED begann nicht erst mit der 1948/49 erfolgten Bildung von Parteikontrollkommissionen. Die Parteiführung mußte sich bereits unmittelbar nach Gründung der SED mit Fragen der Entwicklung von Instrumenten und Methoden befassen, mit deren Hilfe sie den verschiedenen Formen realer und befürchteter innerparteilicher Dissidenz begegnen konnte. Die Parteikontrollkommissionen sollten dann sowohl die Quintessenz bisheriger Erfahrungen anderer Institutionen der SED mit abweichenden oder widerständigen innerparteilichen Tendenzen als auch eine Antwort der Parteiführung auf die besonderen Herausforderungen im Vollzug der Stalinisierung der Partei werden. Doch gerade das, was sich vor der Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs“ hinsichtlich der Verfolgung tatsächlicher und vermeintlicher Opposition ereignete, läßt diese Parteikontrollkommissionen in einem viel klareren Licht erscheinen, als dies ihre Gründungsdokumente vermögen. Diese Vorgeschichte belegt in aller Deutlichkeit, daß sowohl die Parteikontrollorgane, als auch jene Institutionen, die als ihre Vorgänger gelten können, weniger an das Aufgabenprofil der Schiedsgerichte und -kommissionen von SPD und KPD anschlossen, als vielmehr in Tradition und Selbstverständnis dem Abwehr- und Nachrichtendienst der KPD verpflichtet waren.

Bei der Sichtung der Aktenbestände der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) und der Kommissionen auf Landesebene (LPKK) fällt auf, daß dort auch eine Vielzahl von Unterlagen aus der Zeit vor ihrer Bildung erfaßt sind. Die interessantesten stammen aus der Abteilung Personalpolitik (PPA)²⁹. Einige Dokumente lassen ihre Herkunft aus der Abtei-

26 Parteiarchiv RGASPI Moskau, f17, op.128, d.151, 1.120–136. Das Dokument wurde übersetzt und kommentiert von Elke Scherstjanoi, BzG 38/96 Heft 3, S. 59–88.

27 Große war 1945 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Sachsen neben deren 1. Sekretär Matern.

28 Ulrich Mählerl „Im Interesse der Sache würde ich empfehlen ...“ Fritz Große über die Lage der SED in Sachsen, Sommer 1946, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung 1996, S. 215 ff. Berlin 1996.

29 Die Personalpolitische Abteilung wurde am 25. 4. 1946 unter der „gleichberechtigten“ Leitung von Margarete Keilson und Alexander Lösche gebildet. Margarete Keilson leitete seit 1945 bereits die Ab-

lung Kader des alten KPD-Apparats erkennen. Und immer wieder tauchen sowohl unter den Adressaten von Meldungen als auch unter den Urhebern von Anfragen die Namen Laufer, Haid und Dahlem auf. Noch vor bekannten Namen aus dem Bereich späterer Parteikontrolltätigkeit wie Hermann Matern, Herta Geffke³⁰ und andere verdienen Paul Laufer³¹, Bruno Haid³² und Franz Dahlem³³ gerade hinsichtlich der frühen Formen solcher Kontrolle besondere Aufmerksamkeit.

Die Abwehr verschiedener Gefährdungen einer Transformation der frühen SED in eine stalinistische Kaderpartei bündelten sich schon damals in der Frage „Wer ist Wer?“ Dieses später im MfS zu trauriger Berühmtheit gekommene Motto war 1946 innerparteilich am besten in den Bereichen Kader- und Personalfragen des Zentralsekretariats aufgehoben und wurde durch Erkenntnisse des Ressorts Westverbindungen flankiert. Beides waren Domänen von Franz Dahlem³⁴. Auch das auf Weisung des Zentralsekretariats vom 3. März 1947 errichtete PPA-Referat mit dem unverfänglichen Namen „Parteigeschichte und Illegalität“ trug dazu bei, in der SED die Abwehrarbeit der KPD verdeckt fortzusetzen: Hier wurden die vor allem im Dienst der Abwehrarbeit nutzbaren wiederaufgebauten Kaderarchive der KPD auch um Erkenntnisse der politischen Vergangenheit von Neuzugängen in der SED erweitert und deren politische Biographien durchleuchtet.³⁵ Hinzu kamen die Erkenntnisse des PPA-

teilung Kader beim ZK der KPD und bekleidete ihr leitendes Amt in der PPA beim SED-Parteivorstand bis 1948.

- 30 Matern bekleidete die Funktion des Vorsitzenden der ZPKK von 1949, dem Jahr ihrer Konstituierung, bis zu seinem Tod 1971. Geffke war von 1949 bis 1958 Mitglied der ZPKK und ab 1954 stellvertretende Vorsitzende.
- 31 Laufer war der „SPD-Spezialist“ in der SED. Seit 1927 als SPD-Mitglied im Dienste der KPD mit Abwehrarbeit in der SPD befaßt und 1935 sogar Mitglied der illegalen Berliner SPD-Bezirksleitung, arbeitete er 1946 in der PPA des Zentralsekretariats. Zusammen mit Haid baute er dort das Referat „Abwehr“ auf. Ab 1949 blieb er seinen spezifischen Fähigkeiten gemäß in der ZPKK tätig, zuletzt als Sektorenleiter. Anzumerken wäre noch, daß er ab 1955 als Major der HVA im MfS zuständig war für die Ressorts SPD und DGB; insbesondere führte er das Ehepaar Guillaume.
- 32 Haid, von Beruf Jurist und früheres Mitglied der KPD-Auslandsleitung in Paris, sollte sich in der Westarbeit und als Spezialist im Aufspüren linker Abweichler in der SED verdient machen. 1945/46 in der Kaderabteilung des KPD-ZK tätig, wirkte er dann bis 1947 in der PPA und danach bis 1952 in der Westkommission bzw. der Westabteilung beim PV bzw. Zentralkomitee (ZK) der SED.
- 33 Dahlem, im KPD-ZK-Sekretariat für Parteiarbeit und Kaderfragen zuständig, war im Zentralsekretariat der neuen Einheitspartei Leiter der Abteilung Personalpolitik, des Büros für internationale Zusammenarbeit und der Westabteilung. Damit saß er gleichzeitig an den Schaltstellen für die innere und „äußere“ Parteiaufklärung.
- 34 Dahlem blieb später gemäß der internen Verteilung der Zuständigkeiten im neu gewählten Politbüro der SED ab Februar 1949 für Kaderfragen und die Westkommission zuständig – für ersteres allerdings nur kurze Zeit. Er leitete die Westkommission bis 1951. Seit 1950 gehörte er dem Politbüro an.
- 35 Karl Schirdewan leitete als Parteivorstandsmitglied die Abteilung Parteigeschichte, bevor er für die Arbeit der Westabteilung des Parteivorstands verantwortlich wurde. Er hielt es zum Beispiel für ange raten, am 23.6.47 Dahlem, Pieck und Ulbricht in einer Hausmitteilung (versehen mit der handschriftlichen Notiz „Abwehr/Verhaftungen in SU“) über einen Artikel des in München lebenden KPD-Dissidenten Erich Wollenberg in der Zeitschrift „Echo der Woche“ zu informieren. In diesem Artikel hieß es unter anderem: „Die Führer der SED-KPD sind aber nicht die Ottmar Geschke und Oskar Müller, alte Antifaschisten und KZler und heute Mitglieder des Interzonensekretariats, sondern Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, die zumindest in der Zeit von September 1939 bis Juni 1941 ihren Waffenstillstand mit dem deutschen Militarismus geschlossen hatten ... Wilhelm Pieck hat in Moskau als leitendes Mitglied der Komintern nicht dagegen protestiert, als 1940 Hunderte deutsche Sozialisten und Kommunisten an Deutschland ausgeliefert wurden, die in der UdSSR ein Asyl gefunden zu haben

Referats „Untersuchungen und Schiedsgerichte“ über Parteimitglieder, die dort mit „feindlichen Auffassungen“ aufgefallen waren.³⁶

Tatsächlich nahm man auf raffinierte Weise in der SED den alten KPD-Sekretariatsbeschuß vom Juli 1945 wieder auf, um schließlich unter Dahlems und Haids Regie einen informellen Abwehrapparat zur Beobachtung und Beschaffung von Informationsmaterialien zu bilden. Damals sammelten Abwehrleute der alten KPD in legendierten Institutionen³⁷ solches Material, so unter anderem Paul Laufer, der nach seiner Rückkehr in die SBZ im KPD-Auftrag in der SPD verblieb. Zusammen mit ihren Akten gingen sie nach der Parteienvereinigung im Frühjahr 1946 in die PPA des SED-Zentralsekretariats. Hier ging die *informelle* Zusammenarbeit von ehemaligen KPD-Abwehrspezialisten innerhalb und außerhalb der PPA weiter. Auf den Kommandohöhen der PPA kooperierte Paul Laufer (eine

glaubten und die auf Veranlassung von Pieck verhaftet worden waren, weil sie Kritik an dem Verhalten und der Politik der Führer der KPD geübt hatten. [Handschriftlich angestrichen:] Diese deutschen Antifaschisten mußten damals das GPU-Gefängnis oder das sowjetische KZ mit dem Gestapo-Gefängnis oder dem deutschen KZ vertauschen, wie heute viele ehrliche Antifaschisten, kaum aus dem Gestapo-KZ befreit, auf Geheiß der Pieck und Ulbricht in das SED-KZ wandern müssen. [Ende Anstreichung] ... Als vor einem Jahr am Hause des 1934 von der SS im KZ ermordeten Erich Mühsam in Berlin-Britz eine Gedenktafel angebracht wurde, hielt Pieck die Gedächtnisrede. Warum hat er bei diesem Anlaß verschwiegen, [Beginn handschriftliche Unterstreichung:] was mit Kreszentia Mühsam, der Witwe des Ermordeten, die auf Einladung Piecks nach Moskau emigriert war, geschehen ist? [Ende Unterstreichung].“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 35. Auf diese Weise wurde Schirdewan, selbst ehemaliger KZ-Häftling, schon früh mit jenen Sachverhalten aus der Gemeinde der deutschen Exilkommunisten in der SU bekannt, die 1956 durch den XX. Parteitag der KPdSU auch die SED wieder einholten und dessen Turbulenzen dann aber nicht etwa Ulbrichts und Piecks, sondern insbesondere Schirdewans Parteikarriere bestimmen sollten. Erich Wollenberg, der Verfasser des von Schirdewan so aufmerksam registrierten Artikels, gehörte seit 1919 der KPD an, entwickelte sich dort zum führenden Militärspezialisten der Partei mit militärischer Schulung in der SU und opponierte 1932 gegen die ZK-Linie der KPD. Seinem Parteiausschluß 1933, der während eines Moskau-Aufenthalts stattfand, folgte die Flucht aus der SU, die ihn vor und während des Krieges über Prag, Paris und Marokko nach dem Krieg wieder nach Paris und schließlich nach München führte. 1947 arbeitete er als außenpolitischer Redakteur bei der amerikanisch lizenzierten Zeitschrift „Echo der Woche“.

36 In (nicht datierten) „Richtlinien für die Organisation und Durchführung der Untersuchungs- und Schiedsverfahren in der SED“ hieß es zum Thema „Überprüfungen“: „Um Unklarheiten über die Vergangenheit von Parteimitgliedern insbesondere von Funktionären zu beseitigen, sollen von der Personalpolitischen Abteilung des Kreisvorstandes bzw. von diesem von Fall zu Fall zu benennenden Genossen Überprüfungen vorgenommen werden. Im Landes- und Zentralmaßstab ist dies im Prinzip Aufgabe der Ab[teilung] Personalpolitik, wenn das Zentralsekretariat in besonderen Fällen nicht anders entscheidet.“ Im „Anhang zu den Richtlinien für das Parteiverfahren“, wo sich die Definition der Parteistrafen Verweis, Rüge, Funktionsverbot und Ausschluß findet, hieß es unter anderem zum Funktionsverbot: „Welche Funktionen werden von dem Verbot erfaßt? In erster Linie jede Funktion in der Partei. Da aber nach § 6 des Parteistatuts nicht von Parteifunktionen, sondern allgemein von Funktionen und Ämtern gesprochen wird, sind in den Begriff auch alle leitenden Funktionen und Ämter in den Massenorganisationen der Verwaltung und der Wirtschaft bei der Beurteilung einzubeziehen. Über das Ausscheiden aus außerparteilichen Funktionen ist jedoch von Fall zu Fall zu entscheiden ... Aus der Erkenntnis, daß der Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei von höchster politischer Bedeutung ist, und daß unter den heutigen und auch für die Zukunft geltenden politischen Verhältnissen der Ausschluß nicht nur eine schwere politische Strafe darstellt, sondern u[nter] U[mständen] auch schwere wirtschaftliche Folgen für den Betroffenen haben kann, erwächst den Schiedsinstanzen in Parteiverfahren eine hohe Verantwortung.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 17ff.

37 So etwa in der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums, welche unter anderem Akten und Dokumente der NS-Repressionsapparate sammelte.

nominell sozialdemokratische „Parität“!) 1946 mit dem PPA-Hauptreferenten Bruno Haid (zuvor KPD). Beide umgingen die Sozialdemokraten im PPA-Referat Untersuchungen und Schiedsgerichte und arbeiteten überdies mit dem Stahlmann-Apparat (Kurierdienste West) und Ernst Wollweber (Abwicklung illegaler Transporte) zusammen.³⁸

Die Personalpolitische Abteilung im Zentralsekretariat sammelte akribisch Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer „organisierter feindlicher Oppositionsgruppen“, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, „daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden.“³⁹ Die Einrichtung eines besonderen Referats für die gezielte Erfassung dieser Aktivitäten war angesichts solcherart Einschätzungen folgerichtig: Am 10. Juni 1947 brachte Erich Gniffke im Zentralsekretariat den Antrag ein, in der Abteilung Personalpolitik eine Unterabteilung „für die Untersuchung aller Versuche der Zersetzung und des Eindringens feindlicher Elemente in die Partei“ zu schaffen.⁴⁰ Unter der Leitung von Grotewohl beschloß das Zentralsekretariat die Bildung solcher Referate beim ZS und den Landesvorständen unter Federführung der PPA. So wurde durch den ZS-Beschluß vom Juni 1947 die *informelle* Abwehrarbeit innerhalb der PPA zu einer *systematischen*. Wie unauffällig der Start dieses Unternehmens erfolgte, verrät eine erstaunte Anfrage Paul Merkers, der selbst bei der erwähnten ZS-Sitzung zugegen war, an Franz Dahlem: Im April 1948 teilte Dahlem ihm mit, daß in der Abteilung Personalpolitik seit Monaten ein Referat „Abwehr gegnerischer Propaganda“ unter der Leitung von Haid und Laufer arbeite.⁴¹ Hier wurde mit zum Teil geheimdienstlichen Methoden Material über oppositionelle Gruppen in der SED (und mittels der Kontakte zur KPD übrigens auch in den anderen Besatzungszonen) gesammelt, welches Verbindungsleute beschafften, die solche Gruppen infiltrierten oder aus ihnen rekrutiert wurden.⁴² In jener Zeit vor der ersten großen Überprüfungs- und Säuberungswelle 1949–51 wurden derartige Informationen, sofern nicht verwertbar für sofortige Maßnahmen, zur späteren Verwendung angehäuft. Um auf systematische Weise sowohl die SED vor „Zersetzung“ abzuschirmen als auch Entwicklungen zu überblicken, die in den Westzonen die Chance der

38 Vgl. Michael Kubina, „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem zweiten Weltkrieg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, September 1996, Heft 3, S. 344 ff; Thomas Klein, SED-Parteirolltätigkeit in den vierziger Jahren, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit, Berlin 1997, S. 89ff; siehe auch: Deckname Stabil. Stationen aus dem Leben und Wirken des Kommunisten und Tschekisten Paul Laufer, Leipzig 1988.

39 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

40 Protokoll 109 des ZS, TOP 5: Richtlinien über die Untersuchungs- und Schiedsgerichtsverfahren; TOP 7: Schaffung des Referats Abwehr bei der PPA, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2.1/98.

41 Hausmitteilung von ZS-Mitglied Paul Merker an Dahlem vom 5.4.48 und Hausmitteilung von Franz Dahlem an Paul Merker vom 7.4.48 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 410.

42 Hinsichtlich des „Stahlmann-Apparats“ wurde übrigens später bei der Schaffung einer speziellen Westabteilung gemäß Zentralsekretariatsbeschluß vom 31.8.48 ausdrücklich verfügt, „daß die Abteilung Verkehr unter Leitung des Genossen Stahlmann als selbständige Abteilung erhalten bleibt und nach wie vor dem Genossen Dahlem untersteht.“ Mit dieser Abkopplung trug man dem operativen Charakter der von dieser Abteilung verantworteten Westarbeit Rechnung. Diesbezüglich ist eine Notiz (vermutlich zu Händen Laufers bei der PPA des ZS) vom 26.4.1948 aufschlußreich: „Unsere Magdeburger Genossen haben außerdem Schwierigkeiten mit Genossen aus dem Westen, die mit nummerierten Ausweisen, die für den Gen. Stahlmann gelten, versehen sind ...“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 542f.

Beeinflussung oder Infiltration boten, haben die Abwehroorgane der SED, die sowjetischen Sicherheits- und Spionageorgane sowie Beauftragte des KPD-Apparats zusammengearbeitet – allerdings durchaus nicht immer zur allseitigen Zufriedenheit, wie im Folgenden noch deutlich werden wird.⁴³ Im Rahmen dieser komplexen sicherheitspolitischen Verflechtung von Abwehrarbeit, Westarbeit, Spionage, Infiltration und Desinformation sind neben den hier interessierenden Aktivitäten zur Kontrolle der SED und ihrer Abschirmung vor innerer und äußerer „Zersetzung“ auch viele Informationen über mit der KPD konkurrierende oder innerhalb der KPD oppositionelle westdeutsche bzw. Westberliner Gruppierungen zusammengetragen worden.⁴⁴ Hier ging es natürlich um die Verhinderung der für höchst gefährlich gehaltenen politischen Zusammenarbeit solcher gegen die SED gerichteten linken Strömungen über die Zonengrenzen hinweg. So konnte sich die Abwehrarbeit in der SED nicht allein auf die Abschirmung vor „inneren“ Gefährdungen beschränken, sondern mußte von Anfang an ressortübergreifend die Erkenntnisse der Westabwehrarbeit anderer Abteilungen des SED- und KPD-Apparats berücksichtigen.

5. Die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SED bis Ende 1948

Inzwischen ist zur Geschichte und zum Umfang der Behinderung, Disziplinierung und Verfolgung sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre in der SED sowie zur Eliminierung sozialdemokratischer Strömungen in der Einheitspartei eine Vielzahl von inhaltsreichen Monographien erschienen.⁴⁵ Gerade in Berlin, wo die SPD im sowjetischen Sektor der Stadt neben der SED weiterhin zugelassen war, blieb die Lage besonders brisant. Sensorisch registrierte man im SED-Parteiparat alle Anzeichen sozialdemokratischer Versuche, von Berlin aus die Wiederezulassung der SPD in der Ostzone zu befördern. So reagierte das SED-

43 Zum Zusammenwirken des SED-Parteiparats mit den sowjetischen Organen vgl. insbesondere Abschnitt 5. Wie seitens der KPD in einem Fall die „Zusammenarbeit“ der sowjetischen Spionageorgane mit Kursanten der KPD aus Schleswig-Holstein an der Parteischule in Mecklenburg bewertet wurde, belegt der „Bericht 143 vom 24.6.1948“ in den Akten der Abwehr, welcher sich eigentlich mit „Versuche[n] d[es] Eindringens des engl[ischen] Geheimdienstes in die Partei“ befaßte. Jedoch heißt es hier unter anderem: „Wir haben feststellen müssen, daß unsere Schüler auf der Parteischule ... von russ[ischen] Offizieren vernommen wurden und während der Schulzeit (bei Urlaubstagen) mit Aufträgen nach Schleswig-Holstein gefahren sind. Auch nach der Schulzeit haben noch solche Verbindungen bestanden, die mit Wirtschaftsspionage zusammenhängen und die zu Besuchen von russ[ischen] Agenten bei Kieler Betriebsräten führten. Wir haben sofort, wenn wir so etwas erfuhren, von den Genossen verlangt, alle Verbindungen abubrechen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 64ff.

44 Wie akribisch solche die SED-Abwehr interessierenden Informationen über die Arbeit linker „Parteien und parteifeindlicher Gruppen“ in den Westzonen zusammengetragen wurden, belegen die Materialsammlungen der ZPKK-Bestände SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, 381, 384, 385, 400–402 und 432.

45 Vgl. Fußnote 1; siehe auch: Helga Grebing/Christoph Kleßmann/Klaus Schönhoven/Hermann Weber, Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950, Marburg 1992. Der SPD-Parteivorstand hat 1996 in Zusammenarbeit mit den Landesvorständen der Neuen Bundesländer anläßlich des 50. Jahrestags der Zwangsvereinigung von KPD und SPD diese Verfolgungsgeschichte für die Länder der SBZ/DDR länderspezifisch dokumentiert.

Zentralsekretariat im November 1946 sofort umtrieblich auf die Mitteilung, die SPD habe „eine Aktion ... gestartet, [um] in der Zone von der SED Adressen festzustellen, die gegen die Vereinigung sind und sich für die Wiederzulassung der SPD in der Ostzone einzusetzen.“⁴⁶ Die so von Gniffke ins Bild gesetzte PPA ließ über den Landesverband Groß-Berlin umgehend die Wilmersdorfer SED-Kreisleitung tätig werden, um die dortige Deckadresse der Aktion aufzuklären. Laufer und seine PPA-Abwehrleute waren dann zusammen mit ihren Wilmersdorfer Genossen noch bis in den Januar 1948 tätig, um (zumindest in diesem Fall mit wenig Erfolg) zu ermitteln, wer in Westberlin solcherart „Ostzonenarbeit“ betreibt.⁴⁷

Die deutliche Unruhe der SED-Führung wegen der Aussicht auf ein Wiedererstehen der SPD in der SBZ war nicht ganz unbegründet: Beratungen im alliierten Kontrollrat zu einem gesamtdeutschen Parteiengesetz 1946/47 warfen die Frage der Konsequenzen einer Kampagne für die SED-Zulassung in den Westzonen (die sich dann mit der dortigen KPD umgehend vereinigt hätte) auf. Die aktenkundige ausdrückliche Ablehnung einer dann im Gegenzug in Kauf zu nehmenden Wiederzulassung der SPD in der SBZ durch die SED-Führung bekräftigt die Annahme, daß sowjetischerseits zur Stärkung ihres Durchgriffs auf Gesamtdeutschland eine solche Konstruktion ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.⁴⁸ Dagegen spricht höchstens eine kolportierte Mitteilung Max Fechners gegenüber dem Präsidenten der DZV für Gesundheitswesen, Paul Konitzer, die Fechner angeblich über die Gespräche der SED-Führung mit Stalin vom 30. Januar bis 7. Februar 1947 in Moskau gemacht hat. Demnach habe die SU nicht die Absicht gehabt, die SPD in der Ostzone zuzulassen.⁴⁹ Jedenfalls

46 SED-Hausmitteilung von Gniffke (Zentralsekretariat) an Dahlem, Lösche und Grete Keilson (PPA) vom 15.11.1946. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 173.

47 Ebenda, Bl. 163–172.

48 Vgl. dazu Michael Kubina, *Der Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED*, in: Manfred Wilke (Hg.), *Die Anatomie der Parteizentrale*, Berlin 1998, S. 427ff.

49 „Dr. Konitzer berichtete über ein Gespräch mit Fechner am 13.2.1947. Fechner habe folgendes mitgeteilt: Konitzer berichtet, Pieck, Ulbricht, Grotewohl und er seien eine Woche in Moskau gewesen. Sie hätten mit Stalin und Molotow persönlich verhandelt. Er habe den Eindruck, daß Stalin in Bezug auf Deutschland eine ehrliche Politik im Sinne der Einigung versuche. Die Russen hätten nicht die Absicht, die SPD in der Ostzone zuzulassen. Dagegen sei die Anweisung gegeben worden, in den westlichen Zonen eine Spaltung der SPD zu versuchen. Es sei notwendig, für den Westen einen Mann zu finden, der der Gegenspieler Schumachers werden könne. Die Russen hofften, daß Schumacher mit der Zeit abwirtschaften werde, weil er sich durch sein nationalistisches Gebaren bei den westlichen Alliierten unbeliebt gemacht habe ... Es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Inhalt der Moskauer Besprechungen, soweit Fechner an ihnen beteiligt war, über Dr. Konitzer an die SPD und LDP und damit an die amerikanischen, englischen und französischen Dienststellen gelangt.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 158. Michael Kubina vermutet, hier habe Fechner in Kenntnis von Konitzers Verbindungen zu den Westalliierten und den Westberliner Sozialdemokraten bewußt desinformiert, um die Sowjets im Westen mit einem etwaigen SPD-Zulassungsangebot für die SBZ unglaubwürdig erscheinen zu lassen, oder es sei der SED-Delegation gelungen, Stalin von seinen ursprünglichen Plänen abzubringen, oder Fechner sei Opfer der mangelhaften Übersetzung von Stalins Standpunkt in dieser Besprechung gewesen. Kubina, *Der Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED*, in: Manfred Wilke (Hg.), *Die Anatomie der Parteizentrale*, Berlin 1998, S. 430. Was allerdings Fechners eigene Meinung vor den Moskauer Gesprächen betrifft, so teilte der gleiche Informant über ein Gespräch Fechners und Konitzers am 20.12.46 mit, Max Fechner habe geäußert, im Zentralsekretariat der SED bestünden 2 Gruppen, die in vielen grundsätzlichen Fragen verschiedener Auffassung seien. Grotewohl habe an Gewicht und Ansehen verloren, da er sich keinem Flügel angeschlossen habe, sondern zu vermitteln suchte. Er, Fechner, sei überzeugt, daß die SPD in der Ostzone wieder zugelassen würde und

war diese für die SED beunruhigende Episode sowjetischen deutschlandpolitischen Planungsdenkens erst mit dem Scheitern der Kontrollratsverhandlungen zum Parteiengesetz im Spätsommer 1947 beendet.

Doch auch in der Ostzone selbst blieb man wachsam. Unter den früh einsetzenden Aktivitäten innerhalb der SED auf Landesebene ist ein Bericht aus Bautzen an die PPA Sachsen vom 27. August 1946 über Tendenzen zur Fraktionsbildung im Bezirk Lausitz typisch: Zusammen mit einer namentlichen Aufzählung „rechter Elemente“ mit besonderer Kennzeichnung der „Schumacherleute“⁵⁰ und derer, die Verbindungen ehemaliger SPD-Mitglieder untereinander reorganisieren⁵¹, wird hier über den Stand ihrer Fraktionsarbeit und deren Leitung sowie von Kandidaten-Gegenlisten der Rechten in der gegenseitigen Bauernhilfe berichtet⁵². Überdies ist von Versuchen die Rede, den sozialdemokratischen Einfluß in den Verwaltungsorganen zu stärken und aus der FDJ eine „Sozialistische Jugend“ zu machen.⁵³

Der solchen Berichten häufig anhaftende denunziatorische Gestus überstieg mitunter sogar die Toleranz der auf solche Mitteilungen angewiesenen Informationssammelstellen von Landesparteiorganen. So kritisierte etwa die Abteilung Presse und Information des Landesvorstands Sachsen eine Mitteilung der gleichnamigen Abteilung im SED-Kreisvorstand Radebeul vom September 1947. Diese Mitteilung wurde von deren „Radebeuler Informationsmann aus der Org.-Abteilung“ erarbeitet. Ihr Gegenstand war die Denunziation zweier Genossen, „die ganz offen sich mit der Politik Schumachers einverstanden erklärten“.⁵⁴ In der Antwort an den Kreisvorstand hieß es:

„Was denkt sich der Genosse G. mit einer derartigen Formulierung ... 'zwei Genossen, die sich ganz offen mit der Politik Schumachers einverstanden erklärten' ... ? Glaubt der Genosse G., daß wir die Gestapo sind und gegen die von ihm gemeldeten Genossen [einen] Haftbefehl ausstellen ? Der Genosse G. dürfte wissen, daß wir eine politische Partei sind und eine politische Berichterstattung wünschen – und ganz besonders in Fällen wie die von ihm erwähnten. Wir wollen wissen, was die beiden erwähnten Genossen gesagt haben, was sie bei dem Genossen G. zu Schumacher-Anhängern stempelt. Unsere Meinung dazu bilden wir uns dann schon selbst. Der

daß sich dann nicht nur die ehemaligen Mitglieder der SPD, sondern auch ein großer Teil der Mitglieder der ehemaligen KPD dann der SPD anschließen würde. Aktenvermerk vom 14.1.1947, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 162.

- 50 Dies erfolgt für Löbau, Zittau sowie für Bautzen und die Verbindung dortiger SPDler nach Hoyerswerda.
- 51 Dies wird für Kamenz konstatiert.
- 52 Für Hoyerswerda wird die Fraktionsarbeit ehemaliger SPDler als weit gediehen eingeschätzt, während für Görlitz, wo „rechte Elemente“ die Parteipolitik beherrschten, aufgrund des Umstands, daß vor der Vereinigung die SPD zweimal so stark wie die KPD war, solche Fraktionsarbeit als „schwer nachweisbar“ qualifiziert wird.
- 53 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirksparteiarchiv SED-Bezirksleitung Dresden, Bestandsbezeichnung SED-Landesleitung Sachsen, Abteilung Landespartei kontrollkommission, Bestandssignatur IV/A/2/2, Archivsignatur A/2005, Band 3. Tatsächlich haben viele sozialdemokratische SED-Mitglieder vielfach in Konsumgenossenschaften und im Gewerkschaftsapparat ihr Betätigungsfeld gesucht. Später sollten diese „Konzentrationen“ bereits als „Schumachermester“ beargwöhnt werden. So wurde im April 1948 an die PPA des Zentralsekretariats gemeldet: „Es kam zum Ausdruck, daß in den Altmärkischen Kreisen der Konsum sich wahrscheinlich in den Händen von Schumacherleuten befindet. In Magdeburg gilt das Gleiche von der SVA.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 542f.
- 54 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005, Bd. 3.

*Genosse G., der nach allem was ich weiß, kein unerfahrener Genosse ist, dürfte auch wissen, daß zur Beurteilung mehr gehört, als eine kurze Meldung. Vor allem genügt es nicht, nur die Namen zu nennen, sondern zumindest gehört Adresse, Alter, Beruf und Parteilalter noch dazu.*⁵⁵

Auch die Inhaftierungen durch sowjetische Sicherheitsorgane, welche schon vor der Parteivereinigung einsetzten und danach andauerten, stellten insbesondere die regionalen Parteileitungen vor erhebliche Probleme. Bald mußte sich auch Dahlem in der Zentrale mit der Frage der Schadensbegrenzung befassen. So forderte er bereits im September 1946 die Leiterin der PPA Margarete Keilson und ihren Mitarbeiter Hans Seigewasser⁵⁶ auf, sich angesichts drohender Kampagnen im Westen über solche Inhaftierungen zu informieren.⁵⁷ Tatsächlich scheint es, daß solche Nachforschungen der PPA bis 1947 noch in erster Linie durch Veröffentlichungen der Presse in den Westzonen ausgelöst wurden.⁵⁸

Lange vor dem Höhepunkt der 1948 beginnenden Säuberungen der SED von ehemaligen Sozialdemokraten wegen „Schumachertätigkeit“ oder „Fraktionismus“ mußte sich das SED-Zentralsekretariat immer wieder mit illegalen Flugschriften über Amtsenthebungen, Verfolgungen und Verhaftungen früherer SPD-Mitglieder in der SED durch sowjetische Organe und seit August 1947 auch durch die nach SMAD-Befehl dazu ermächtigten Kommissariate 5 (K 5) der Volkspolizei befassen. Nicht selten waren solche Inhaftierungen vom Parteiapparat mitzuverantworten. Die Flugschriften dazu wurden natürlich überwiegend im Westen hergestellt und häufig auch dort verbreitet. So wertete zum Beispiel das SED-Zentralsekretariat im Februar 1948 ein ihm vom Zentralbüro der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD⁵⁹ übermitteltes, in Hessen verteiltes SPD-Flugblatt mit umfangreichen Angaben über Hunderte verhafteter und abgesetzter ehemaliger sozialdemokratischer Mitglieder und Funktio-

55 Ebenda. Eine ironische Konklusion der Ereignisse führte dazu, daß im gleichen Monat in anonymen Schreiben einer „SPD Chemnitz Mitte“ im Postskriptum die Frage gestellt wurde: „Verbrecher Hitler verfolgte solche Flugblattverteiler mit Gestapo und KZ. Ihr doch auch?“ Infobereich des KV Chemnitz vom 23.9.47, ebenda. Daß diese Problematik nicht unbedingt einen Einzelfall darstellt, belegt eine von Haid am 16. Februar 1948 aufgenommene Meldung aus Nordhausen: „Zwischen dem 6. und 8.2.48 hat der Nordhausener Kreisvorstand 12 SED-Mitglieder, gegen die Beweise vorgelegen haben sollen, daß sie mit Schumacher in Verbindung stehen, verhaften lassen. Es hat dabei Differenzen zwischen dem Kreisvorstand und der örtlichen Polizei gegeben. Der Kreisvorsitzende hat sich einige Polizisten bestellt und mit ihnen die Verhaftung durchgeführt. Der Kreisvorsitzende ist der Genosse S.. Er soll lt. Auskunft des Z. S. in Österreich mit der Gestapo zusammengearbeitet haben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 328.

56 Seigewasser war schon vor der Parteivereinigung seit Juli 1945 in der KPD-Kaderabteilung mit Recherchen zur Vergangenheit von Parteimitgliedern befaßt.

57 Hausmitteilung Dahlems an Keilson vom 4.9.1946; vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 365.

58 Bezug nehmend auf die Forderung Gniffkes und Schmidts vom SED-Landesvorstand Thüringen, Namen angeblich aus Gesinnungsgründen verhafteter SPD-Mitglieder zu nennen, veröffentlichte die SPD-Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie am 1. August 1946 prompt eine solche Namensliste, die in dieser Form auch das Informationsbedürfnis Dahlems befriedigen konnte. (Eine Abschrift dieses Artikels wurde in den PPA-Dokumenten erfaßt; vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 366f). Auch die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung vom 27. September 1947 publizierte eine Liste verhafteter sozialdemokratischer Funktionäre in der SED und in der Verwaltung. Versehen war diese Liste mit der Anmerkung „Unsere Nachrichtenquellen sind illegal, weil man unsere Gesinnungsfreunde verfolgt. Daraus ergeben sich gelegentliche Mängel.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 313.

59 Die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD existierte von Februar 1947 bis Januar 1949. Zuvor war die KPD seit der Gründung der SED mit 20 Mitgliedern im SED-Parteivorstand vertreten.

näre in der SBZ aus. Das in den ZPKK-Akten als Abschrift dokumentierte Flugblatt weist auf zwei im „Neuen Deutschland“ (ND) vom 12. August 1947 veröffentlichte Briefe von SED-Zentralsekretariatsmitglied Erich Gniffke bezüglich verschwundener früherer SPD-Mitglieder hin, die nach dessen Einlassungen nicht „verschwunden“ seien. Der Titel des Flugblatts paraphrasiert einen weiteren ND-Artikel unter der Überschrift „Tatsachen sind stärker als Lügen“, in dem auf Gniffke Bezug genommen wurde. Im Flugblatt selbst wurde die „Entschließung an die SPD-Genossen im Westen“ des Kreisvorstands der SED Leipzig vom 10. August 1947 aufgegriffen. In dieser Entschließung war beteuert worden, in der Ostzone gebe es weder Verhaftungen von Sozialdemokraten noch neue Konzentrationslager, und politische Meinungen könnten „in voller Freiheit“ geäußert werden. Dazu hieß es in dem Flugblatt: „Zu dieser Erklärung der SED Leipzig stellen wir Sozialdemokraten der Ostzone fest, daß die Behauptungen über Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit in der Ostzone im schreienden Gegensatz zur Wirklichkeit stehen.“ Das Flugblatt konfrontierte die Empfehlung der Leipziger Kreisvorstands-Entschließung für „freundschaftliche Zusammenarbeit“ und „baldige Vereinigung“ mit einer detaillierten Liste verhafteter ehemaliger SPD angehörender Parteifunktionäre, führender Verwaltungsfunktionsträger (besonders in höheren Polizeiamtern) und Hunderter weiterer ehemaliger SPD-Mitglieder und junger Sozialdemokraten.⁶⁰ Auszüge veröffentlichte auch „Der Sozialdemokrat“ vom 28. Oktober 1947 unter dem Titel „Namen in der Ostzone Verhafteter – Wird Erich Gniffke sich jetzt für deren Befreiung einsetzen?“ Prompt reagierte am 29. Oktober „Neues Deutschland“ mit dem Artikel „Vorgetäuschte ‘SPD-Märtyrer’ – In der Ostzone wird niemand wegen demokratischer Haltung verfolgt.“ Hier hieß es:

„Verhaftet wurden und werden in der Ostzone, außer kriminellen Elementen, nur Faschisten, Naziaktivisten und Kriegsverbrecher ... Es gibt hierunter Leute, die früher verschiedenen Parteien angehörten, nach 1945 in die SPD oder auch KPD eintraten, mit zur SED kamen und sich unter der Tarnkappe antifaschistischer, demokratischer oder auch sozialistischer Gesinnung als Helfer der Reaktion und der neuen Kriegstreiber betätigen. Es ist dabei bekannt, daß von Hannover aus versucht wird, Leute, die vor 1933 der SPD angehörten, dann Nazianhänger und PG's wurden, heute für illegale antisowjetische Propaganda zu gewinnen. Es ist weiter bekannt, daß sich Angehörige von aktiven Nazis, die sich wegen ihrer Vergehen in Lagern oder Zuchthäusern befinden und die vor 1933 der SPD angehörten, vielfach an die SPD-Leitungen ... wenden, um nachzuweisen, daß sie ... zu Unrecht festgesetzt sind. Der Versuch, von Hannover aus auf diese Weise das Vorhandensein einer SPD-Bewegung in der Ostzone vorzutauschen und Märtyrer der angeblich verfolgten SPD zu schaffen, ist um so verwerflicher, als Schumacher es selbst ablehnt, Schritte zur Zulassung der SPD in der Ostzone zu unternehmen. Wenn durch diese unverantwortliche, vom Haß gegen die demokratische Entwicklung in der Ostzone diktierte Haltung heute Personen in der Ostzone schuldig werden, so haben sie sich für die Folgen in erster Linie bei Dr. Schumacher, Franz Neumann und ihrem Kreis zu bedanken ... Genosse Gniffke hat in unserer Ausgabe vom 12. August bereits zu einer Reihe solcher Fälle Stellung genommen ... Wir müssen es ... als unerhörte Verleumdung zurückweisen, daß uns der ‘Sozialdemokrat’ unterstellt, wir hätten Kenntnis von dem Umfang der Verhaftungen oder von dem Aufenthalt von Verhafteten. Der

60 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 401ff.

*'Sozialdemokrat' weiß genau, daß dies ausschließlich Angelegenheit der Besatzungsmacht ist.*⁶¹

Solche ebenso geschickte wie angesichts der Tatsachen allerdings wenig wirksame Propaganda entspannte die Situation keineswegs. Dies galt um so mehr, als sich seit November 1947 die Agitation der SED immer offener gegen die westdeutsche „Schumacher-SPD“ richtete⁶² und sozialdemokratische Positionierungen nun direkt als Komplizenschaft ausgelegt wurden. Da jedoch Meldungen über Verhaftungen in der Ostzone auch aus der Sicht der KPD-Führung Westdeutschlands abträglich für deren Bemühungen um oppositionelle SPD-Mitglieder waren⁶³, verlegte man sich auf die hektische Produktion von Gegenkampagnen.⁶⁴ Die Akten belegen für die Jahre 1947/48 einen regen Informationsaustausch der PPA des ZS mit den Personalpolitischen Abteilungen mehrerer Landesvorstände über im Westen bekanntgemachte Inhaftierungen.⁶⁵ In Vordergrund stand das Ziel, die Presse der Länder und die KPD mit Material zum Reagieren auf die angelaufene SPD-Kampagne „Verteidigung der Grundrechte und Menschenrechte“ in der Ostzone auszustatten.⁶⁶ So schrieb ZS-

61 ND vom 29.10.1947.

62 Zur Bedeutung der SED-Parteivorstandstagung vom 12./13. November 1947 vgl. Malycha, Die Illusion der Einheit, a.a.O. S. 109f.

63 In der erwähnten Mitteilung des Zentralbüros vom 9. Februar 1948 an Dahlem und Gniffke wird berichtet, Walter Fisch (KPD) hielte eine Antwort auf solche Flugblätter wegen deren Abträglichkeit für die angestrebte Zusammenarbeit mit SPD-Mitgliedern für notwendig. Fisch habe bedauert, daß das Zentralsekretariat nicht, wie schon früher von ihm angeraten, die immer wieder zitierten „Fälle“ richtigstellt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 400.

64 In einer auf den 15. Februar datierten handschriftlichen Anmerkung von Dahlem auf der erwähnten Zentralbüro-Mitteilung bittet dieser um Vorschläge zu einer Gegenkampagne. Dazu vermerkte Laufer am 24. Februar: „Man soll eine Gegenkampagne machen, die zum Gegenstand hat Begünstigung von Reaktion, Faschismus und Korruption. Dazu internes Material aus der SP verwenden.“ (Ebenda.) Natürlich waren die ZS-Ressorts mit Westverbindungen verantwortlich und hilfreich für derartige Informationen. Vermutlich tat sich die Abteilung Verkehr (Stahlmann-Apparat) dabei besonders hervor. Solcherart meist undatierte und unsignierte Dossiers auch mit detaillierten Angaben über Interna aus SPD-Vorständen finden sich ebenfalls im PPA-Bestand der ZPKK-Akten.

65 Wie konkret solche Informationen waren, belegt zum Beispiel eine Meldung im „Sozialdemokrat“ vom 3.1.1948 über die Ende 1947 erfolgte Verhaftung eines Stadtverordneten, ehemals SPD, in Brandenburg/Havel durch die sowjetischen Organe wegen abfälliger Bemerkungen über die Besatzungsmacht. Bei der Hausdurchsuchung seien SPD-Flugblätter gefunden worden. Die Amtsenthebung erfolgte am 30. Dezember 1947. Solcherart Veröffentlichungen wurden in der PPA penibel erfaßt, da sie Rückschlüsse auf die Dichte von Verbindungen ostdeutscher Sozialdemokraten in den Westen erlaubten. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 70.

66 Ein Beispiel für eine solche Anfrage ist die an den SED-LV Potsdam vom 14.4.48 wegen jener SPD-Kampagne zur „Verteidigung der Grundrechte und Menschenrechte“. Hier seien unter anderem die Fälle Werner Schliericke (Verhaftung wegen des Besitzes einer „Schumacher-Broschüre“) und Paul Volkmann (Direktor des Arbeitsamtes Berlin-Wilmersdorf, verhaftet im Dezember 1945 in Neustadt-Dosse, Kreis Ruppín, während einer Versammlung wegen seiner Kritik an der Bodenreform) benannt. Der Landesvorstand wurde um Nachricht gebeten, ob die Fälle bekannt seien und nähere Einzelheiten mitgeteilt werden könnten. Die Antwort des Mitglieds des Sekretariats des LV Brandenburg, Arthur Wölk, vom 23.4.48 vermeldete lediglich Kenntnis bezüglich Werner Schliericke, Lehrer in Bielgühe, Krs. Lützen: Er sei im August 1946 durch eine besondere Dienststelle der sowjetischen Militärmacht verhaftet worden; nach Angaben von Lützen Genossen wegen der Verteilung von „Schumacher-Material“, nach anderen Angaben aus Lützen wegen Propaganda für die Wendenbewegung. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 61f. Solche Briefwechsel sind auch im Bestand SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21 und IV 2/4/23, insbesondere Bl. 312–320, gesammelt. Einbezogen wurden auch die Abtei-

Mitglied Franz Dahlem am 23. April 1948 an die Abteilung Abwehr: „Bitte nochmals um Mitteilung über welche der verhafteten ‘Sozialdemokraten’ in der Ostzone wir konkrete Unterlagen haben, die man veröffentlichen könnte (siehe die im Westen veröffentlichte Liste.) Kann man nicht schneller über die ZV Auskünfte über solche Namen bekommen?“⁶⁷

Auch die Abwehr beteiligte sich angesichts der Klagen seitens der KPD und der äußerst unzureichenden Informationen durch die sowjetische Besatzungsmacht an der Schadensbegrenzung. Ein solcher Versuch der Abstimmung mit den sowjetischen Organen ist in Form eines (namentlich nicht gezeichneten) Schreibens an Tjul’panov vom 17. April 1948 überliefert.⁶⁸ Ähnliche regionale Versuche solcher Abstimmungen führten in den meisten Fällen noch nicht einmal zur Aufklärung der konkreten sowjetischen Vorwürfe gegen Inhaftierte. So bemühte sich Anfang Mai 1948 der 1. Sekretär der SED-KL Magdeburg, Erich Eichholz, vergeblich bei der sowjetischen Kommandantur um die Aufklärung der Verhaftung von acht ehemaligen SPD-Mitgliedern im Kreis Haldensleben.⁶⁹ Die sowjetischen Sicherheitsorgane sahen sich nicht gehalten, ihre zum Teil bedrohlichen Anwerbepraktiken gegenüber SED-Mitgliedern, die sie zur Entlarvung „sozialdemokratischer Nester“ einzusetzen beabsichtigten, mit den Parteigremien zu erörtern.⁷⁰ Andererseits rangen SED-Abwehr und -Ifo-Dienste

lungen Werbung, Presse, Rundfunk der Landesvorstände. An diese Abteilung des besonders heiklen LV Berlin erging am 26. November 1947 folgendes Schreiben: „Wie Ihr wißt, sind wir bemüht, der Hetze gegen die Ostzone und gegen die SED systematisch durch Tatsachenmaterial entgegenzutreten. Zu diesem Zweck werden alle Hetzmeldungen von uns unverzüglich telefonisch den Redaktionen der SED-Organen der betreffenden Länder übermittelt, die die notwendigen Dementis und Stellungnahmen zu ‘konkreten’ Lügen oder Verleumdungen einholen. In der Rubrik ‘Aus dem Reich der Lüge’ des Presse dienstes erfolgt dann die Widerlegung; sofern sich negative Meldungen über die Ostzone usw. bestätigen, wenden wir uns an die entsprechenden Stellen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/ 23.

- 67 Die Antwort an Dahlem vom 26. April hatte folgenden Wortlaut: „Betr. ‘In der Ostzone verhaftete Sozialdemokraten’. In Ergänzung der Dir übergebenen Auskünfte zu der Liste der – wie die SPD im Westen sie bezeichnet – ‘In der Ostzone verhaftete Sozialdemokraten’ reichen wir Dir in der Anlage die Auskünfte über die 6 Berliner Fälle ein, die wir erhalten haben. Wir würden vorschlagen, da von der vorhandenen Liste nur noch 2 Fälle – nämlich einer aus Thüringen und einer aus Brandenburg – ausstehen, und die anderen 4 – nämlich die des Polizeimajors Heinrich, Willy Jesse, Pawlowitsch und Geye – bekannt sind, nun dazu überzugehen, das gesamte Material zusammenzustellen und es den Landesleitungen der KPD schnellstens zuzuleiten. Es dürfte für diese nicht uninteressant sein zu erfahren, daß es sich bei den meisten überhaupt nicht um Sozialdemokraten handelt.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 200f.
- 68 Zusammen mit der Übermittlung von „2 Meldungen aus zuverlässigen Händen der KPD“ erhielt Tjul’panov die „Fotokopie eines auswechselbaren Plakats des SPD-Parteivorstands, in dem die Namen der Verhafteten ehemaliger Sozialdemokraten immer wieder ausgewechselt werden. Ich habe eine Rückfrage gemacht, ob es möglich ist, in der Gegenkampagne zu sagen, warum Willi Jesse und Peter Pawlowitsch von der SMA verhaftet wurden. Die Genossen von der KPD verlangen von uns eine Entgegnung auf diese in allen drei Zonen in Durchführung begriffene Hetzkampagne.“ SAPMO-BArch, DY 30, 2/4/22, Bl. 396.
- 69 Der zuständige NKWD-Major informierte lediglich allgemein über die Existenz von bei Hausdurchsuchungen gefundenes belastendes Material zum Beweis von „Schumacher-Tätigkeit“ und andere Dinge, über die er nicht sprechen könne. Otto Walter, Leiter der PPA des LV Sachsen-Anhalt, wurde in diesem Bericht des SED-Bezirkssekretariats Magdeburg vom 10.5.1948 allerdings auch darüber informiert, daß der einige Verhaftete als Schumacheragenten belastende Spitzelbericht des parteieigenen Ifo-Dienstes verspätet im Bezirkssekretariat angekommen sei. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 193–194. Zur Geschichte der Ifo-Dienste vgl. Kubina, In einer solchen Form ..., S. 355ff.
- 70 Der Abwehr wurde im September 1948 aus Kreisen der ND-Redaktion der Bericht einer Dresdner Genossin zugänglich gemacht, die aus Angst vor Repressalien bei der sie einvernehmenden SMA-Stelle

auch selbst um die Aufdeckung von Ostbüro-Kontakten und parteifeindlichen Aktivitäten, wie ein weiteres nicht gezeichnetes Schreiben (vermutlich der Abwehr) an Otto Walter vom LV Sachsen-Anhalt vom 26. Mai 1948 belegt.⁷¹ Der SED-Abwehrrapparat pflegte zu diesem Zweck auch direkte Kontakte mit KPD-Parteiorganen⁷² und führte Spitzel in enger Kooperation mit den regionalen SED-Apparaten gegen das SPD-Ostbüro.⁷³

Hinzu kam, daß im Frühjahr 1948 der erfolgreiche Vertrieb westlich lizenzierter Pressezeugnisse in der SBZ verstärkt die Aufmerksamkeit nicht nur der Abwehrorgane auf sich lenkte. So meldete Erich Gniffke im Februar, daß in Magdeburg die „gegnerische Presse“ (Telegraf, Der Sozialdemokrat, Die Welt, Neue Zeitung) eine Parität mit den eigenen

einen Verpflichtungsschein unterschrieb, Mitteilung über Äußerungen von Personen zu machen, die sich mißliebig gegenüber Maßnahmen der SMA aussprechen oder negative Kritik an „Erscheinungen unseres demokratischen Lebens“ üben. „In Dresden existieren, gab sie zu verstehen, Widerstandsgruppen der SPD ... Weil sie der SMA Dresden nicht das Material liefern kann, das von ihr gewünscht wird, lebt sie, wie sie mir versicherte, in ständiger Angst, weggeholt zu werden.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 309f.

- 71 In diesem Schreiben heißt es: „Im Zusammenhang mit den kürzlich erfolgten Verhaftungen von Schumacherleuten in Sachsen Anhalt ist einer unserer Genossen in der britischen Besatzungszone gefährdet. Es kann sein, daß er die britische Zone kurzfristig verlassen muß. Wir haben unseren Genossen in Hannover als ein Provisorium mitgeteilt, dem gefährdeten Genossen aufzugeben, falls er in die Ostzone gehen muß, bei dem Gen[ossen] Eichholz/Magdeburg oder bei Dir anzulaufen. Wir teilen Dir das hierdurch mit und bitten Dich, dem Genossen gegebenenfalls behilflich zu sein. Unterrichte bitte den Gen[ossen] Eichholz. Personalien des Genossen geben wir Dir mündlich.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 191. Dieses Beispiel zeigt, daß die Abwehr natürlich von Anfang an besser informiert war, als das Sekretariat der Kreisleitung Magdeburg.
- 72 So nahmen die PPA und der KPD-LV Niedersachsen Verbindung miteinander auf, da zwei aus Sachsen geflohene SED-Mitglieder Kontakt mit der SPD Hannover fanden, sich aus Dresden mit Material versorgten und „gegen die DDR hetzen“. Es erging daraufhin die Anforderung an die Dresdner PPA, den dortigen Bekanntenkreis der Geflohenen festzustellen, um zu erforschen, über welche Verbindungen sie mit Informationen beliefert wurden. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 1ff.
- 73 Es ist ein Schreiben der SED-Landesleitung in Weimar an Paul Laufer vom September 1948 überliefert, welches der Berliner Zentrale die Ankunft eines solchen Spitzels avisiert: „Im Einverständnis mit dem Gen[ossen] Töpfer [von der PPA] bemüht sich M., Verbindungen zur illegalen sozialdemokratischen Partei in Thüringen herzustellen.“ Mit einem Empfehlungsschreiben eines der von M. identifizierten Ostbüro-Kontaktpersonen sprach M. im Ostbüro Ziethenstraße vor. „In der Unterhaltung im Ostbüro wurde ihm erklärt, daß die Sozialdemokratische Organisation in der Ostzone keine Organisation unterhalte. Es handelt sich nur um einen Freundeskreis und darum, daß Informationen aus der Ostzone gebraucht werden. M. bekam von dort den Auftrag, die Stimmung der Polizei, die Stimmung des Volkes, der Reichsbahn-Direktion und die in der Max-Hütte auszukundschaften ... Eine besondere Frage des M. war, ob er mit uns bzw. mit Töpfer oder der sowjetischen Besatzungsmacht zusammenarbeiten soll. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß diese Frage in Weimar zu entscheiden ist, daß aber, da er nicht Mitglied unserer Partei ist und bei der sowjetischen Besatzungsmacht in Haft war und er mit dieser seit längerem zusammenarbeitet, er sich strikte an die Vereinbarungen mit der letzteren halten muß.“ Telegramm der SED LL Weimar an das ZS (Laufer) vom 2.9.48 und Information über M. von der LL Weimar vom 10.9.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/399, Bl. 21ff. In Berlin interessierte man sich besonders für den von M. bei seinem Ostbüro-Besuch identifizierten Ostbüro-Kurier aus Neuruppin. Ebenda, Bl. 23. Im November 1948 stimmte sich die Berliner Zentrale (Laufer) mit Magdeburg über den Einsatz zweier geeigneter Genossen für Auftragsbesuche bei der SPD in Hannover oder Berlin-Ziethenstraße ab, um so an Informationen über eine vermeintliche illegale Magdeburger SPD-Zelle und über die Lage in einem ehemals von der SPD beherrschten Magdeburger Stadtteil zu kommen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 79.

Publikationen (je 28.000 Exemplare) erreicht habe.⁷⁴ Und eine „Information über unterirdische Propaganda gegen die SED“ vermeldete unter Berufung auf einen Bericht aus Dresden vom 16. März 1948 für Sachsen eine erhöhte Zahl anonymer Zuschriften, geschürt durch zunehmenden Vertrieb westlich lizenzierter Zeitschriften.⁷⁵

Schließlich sah sich Gniffke sogar gegenüber den Amerikanern zu einer Erklärung hinsichtlich der Lage der Sozialdemokraten in der SBZ genötigt. Am 11. Februar 1948 mußte er bei einem auf amerikanische Initiative zustande gekommenen Treffen, an dem auch Otto Buchwitz in Vertretung des ebenfalls eingeladenen Grotewohl teilnahm, auf den Vorhalt seiner Gesprächspartner Morris und Biel von der Militärregierung reagieren, daß „eine Abdrosselung von Parteien ... in der Ostzone festzustellen (ist), nämlich die Abdrosselung der SPD und die Verhaftung von Sozialdemokraten“. Gniffke erklärte gemäß seinem nach dem Treffen angefertigten Bericht,

„KPD und SPD haben sich vereinigt und später hat Dr. Schumacher, trotz der Erklärung des Oberst Tjulpanow vor einem Jahr, keinen Antrag auf Zulassung gestellt. Die SED ist die einzige Partei, die in den Westzonen 'unter Ausnahmerecht' gestellt ist. Obwohl Dr. Schumacher durch seine längs der Ostzone eingerichteten 'Sekretariate der Ostzonenländer' sehr dilettantisch, aber verbrecherisch leichtsinnig mit Hilfe einer Antisowjethetze eine illegale Arbeit leisten läßt, ist kein Sozialdemokrat seiner Gesinnung wegen verhaftet worden.“⁷⁶

Die internen Meldungen des SED-Apparats sprechen eine andere Sprache. So war zum Beispiel in einem Thüringen betreffenden Informationsbericht vom 13. April 1948 im Zusammenhang mit „Verhaftungen in SPD-nahen Kreisen der letzten 14 Tage“ von 15 Studenten der Jenaer Universität die Rede, die wegen fraktioneller Betätigung im Sinne der SPD (allerdings auch wegen Verschweigens ihres Status als Wehrmachtsoffiziere während des Krieges) festgenommen wurden.⁷⁷

Von Mitte 1948 an war die längst stattfindende Verfolgung ehemaliger SPD-Mitglieder vom Übergang zur offenen Propaganda gegen „Sozialdemokratismus und Schumachertum“ in der SBZ begleitet. Nicht nur im Westen sorgte so die Situation der Sozialdemokraten in der SBZ für vermehrte Unruhe, sondern vor allem in der SBZ selbst waren Parteimitglieder im höchsten Maße verunsichert. So meldete die Thüringer SED im Juni 1948 an die Berliner PPA-Zentrale drei Parteiausschlüsse im Zusammenhang mit der Liquidierung einer Schumachergruppe⁷⁸. Das Referat Untersuchung der PPA des LV Sachsen informierte Bruno Haid in Berlin von der Verhaftung einer größeren Gruppe in Annaberg wegen Spionage im August 1948 durch das NKWD, darunter drei SED-Mitglieder, bei denen als Beweismittel

74 Erich Gniffke am 21. 2. 1948 an die Abteilungen Organisation, Personalpolitik und Verwaltung/Parteibetriebe SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 397.

75 Ebenda, Bl. 408ff.

76 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379, Bl. 255f. Von amerikanischer Seite wurde in diesem Gespräch übrigens noch zusätzlich ausgeführt: „Die amerikanische Militärregierung erlaubt die Vereinigung von SPD und KPD, wenn die Parteileitungen zustimmen und erlaubt auch die Kongreßbewegung [gemeint ist die im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz 1947 von der SED initiierte und in Westdeutschland verbotene Volkskongreßbewegung], wenn nicht nur die KPD, sondern auch die anderen Parteien im Westen mitmachen.“ Ebenda, Bl. 257f.

77 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 509f.

78 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 15f.

Schumacher-Artikel und SPD-Informationsmaterialien gefunden wurden.⁷⁹ Den Grad der Verunsicherung belegt eine von Haid auch Dahlem Anfang November 1948 zur Kenntnisnahme vorgelegte parteiinterne Information über Vorgänge in Luckau:

„Den ehemaligen Landrat von Luckau – Karl H. – besuchte am 20.10. ein Kurier des Ostbüros namens Rüdiger ... und teilte ihm mit, daß das Ostbüro vom Landeskriminalamt Potsdam die Mitteilung erhalten hat, daß er sowie eine Reihe anderer Mitglieder unserer Partei in Zukunft von K. 5 beobachtet werden. H. und die anderen sollen daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Gen. Karl H. wandte sich mit einem Schreiben ... an den Kreisvorstand Luckau ... Da im Zuge der Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei H. von der Kreis-Organisation Luckau angegriffen war, waren unsere Genossen der Auffassung, daß Gen. H. das Schreiben an den Kreisvorstand richtete, um sich von Verbindungen zum Ostbüro zu rehabilitieren. Wir machten Gen. Wiesner darauf aufmerksam, daß es einen Kurier des Ostbüros namens Rüdiger gibt und daß der im Schreiben des Gen. H. geschilderte Vorgang unserer Erfahrung nach den Tatsachen entsprechen wird.“⁸⁰

Der zweifellos vielschichtige Charakter der SPD-Ostbüro-Tätigkeit⁸¹ sollte keinesfalls die Frage nach dem Umfang und der Konsequenz illegaler Aktionen sozialdemokratisch geprägten Widerstands verstellen. Jedoch ist es nur in wenigen Fällen möglich, die Authentizität und Autonomie solcher Aktivitäten allein anhand des Aktenmaterials einzuschätzen. Unter den von verschiedenen Parteiorganen registrierten und weitergemeldeten Vorgängen zu Schriften und Flugblättern der Jahre 1948 und 1949⁸² finden sich neben Pamphleten militant antikommunistischen, faschistischen und nationalistischen Inhalts auch illegale Flugschriften und Rundbriefe antifaschistischer und sozialdemokratischer Tendenz. Ihre Herkunft (also ob in der SBZ oder in den Westzonen hergestellt) war nur in wenigen Fällen nachweisbar.⁸³ In Hoyerswerda forderte im Juni 1948 eine Losung (die zur Empörung der

79 Schreiben des LV Sachsen PPA (Untersuchung) an Bruno Haid (ZV PPA) vom 18.8.48. Unter den Verhafteten war auch der Stadtbezirksleiter der SED-Stadtorganisation Annaberg. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 10. Am 21.8.48 ließ Franz Dahlem bei Fritz Große (der 1947 Sekretär für Kaderfragen im SED-LV Sachsen geworden war) anfragen, welche früheren SED-Funktionäre in Sachsen wegen Schumachertätigkeit und Fraktionsarbeit verhaftet wurden und bat um Mitteilung der besonderen Gründe und Einzelheiten. Ebenda, Bl. 7.

80 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 92f. Haid versah seine Mitteilung mit der handschriftlichen Anmerkung: „Die Taktik scheint augenblicklich zu sein, um jeden Preis Leute zur Flucht zu bewegen. Wahrscheinlich will man so den Beweis für Terror etc. in der Ostzone bringen. Sollten wir nicht beginnen, das Fazit zu ziehen und eine Gegenkampagne entwickeln?“

81 Wie akribisch die Tätigkeit insbesondere des SPD-Ostbüros seit seiner Gründung 1946 ausgespäht und die Resultate apparatintern vermittelt wurden, zeigen anschaulich zwei Quellen des späteren MfS: Über die Periode 1946 bis 1956 informiert das vermutlich 1957 entstandene MfS-Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam „Aufbau, Struktur und Tätigkeit des Ostbüros der SPD“ auf der Grundlage der Sachakte „Zentrale“, BStU, MfS JHS 23265. Die noch 1988 verfaßte rückblickende Zusammenfassung der sich danach anschließenden Periode findet sich in einer Diplomarbeit „Charakterisierung und Spezifik des Ostbüros der SPD im Kampf gegen die DDR und dessen Zerschlagung durch das MfS (1957–1961)“, BStU, MfS JHS-Nr. 270/88.

82 Die folgenden Beispiele sind, sofern nicht anders vermerkt, den unter dem Titel „Hetzschriften“ gesammelten Unterlagen im Bestand SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 437–506 entnommen.

83 Ein Beispiel für die Verschleierung der Herkunft sind die ohne Impressum, Lizenz und Hersteller gedruckten, laut „Berlin am Abend“ im SPD-Haus in der Ziethenstraße verteilten, aber nach Meinung des „Telegraf“ vom 19.7.1947 im Osten gefertigten Klebezettel „Einheit mit Zwang hält nimmer lang“,

sächsischen SED-Funktionäre erst nach 8 Tagen entfernt wurde) auf: „Kämpft mit der illegalen SPD gegen die SED-Diktatur, nur Schumacher macht uns frei!“⁸⁴ Das Landeskriminalamt Brandenburg wußte von der Vorbereitung zweier Flugblattaktionen größeren Ausmaßes aus SPD-Kreisen im Juli 1948 in Brandenburg/Havel zu berichten. Aus Sachsen-Anhalt wurde ein Exemplar einer „Zeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ namens „Freie Presse“, Ortsgruppe Weißenfels, Nr. 13 vom Juli 1948, beige-steuert, die für ein monatliches Erscheinen avisiert war. Ein Bericht aus Halle meldete im Oktober 1948 die Verteilung des Telegraf mit auf Schreibmaschine reproduzierten Parolen des Ostbüros in der Magdeburger Maschinenfabrik Wolf, der man mit Schriftprobenvergleichen nachging.⁸⁵ Als Einzelfall ist ein „Offener Brief“, dem Leipziger Empfänger am 9. November 1948 zugegangen, insoweit interessant, als er ein sozialdemokratisches Bekenntnis mit für die SPD durchaus untypischen Positionen verknüpft. Er begann mit den Sätzen: „Ein Gespenst geht um in der Ostzone – das Gespenst der illegalen SPD ... Es ist hohe Zeit, daß die illegale SPD ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke und Ziele vor allen Menschen offen darlegt. Ein Teil dieser Manifestation unseres Willens ist dieser Brief.“ Nach einem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats mit dem Ziel der Abschaffung der Klassen, für die völlige politische Freiheit der Arbeiterschaft und für das Ende der Unterdrückung in der Ostzone hieß es: „Der Bolschewismus ... hat das Ziel von Marx und Engels zur Hure russischer Welteroberungspläne gemacht ... Die *Sozialdemokratische Partei* ist heute die Avantgarde des Sozialismus.“ Anknüpfend an einen positiven Verweis auf Stalins „Grundlagen des Leninismus“ von 1924 findet sich folgende Einschätzung: „Aber die Macht der Bourgeoisie stürzen ... heißt noch nicht, den vollen Sieg des Sozialismus zu sichern ... Zum endgültigen Sieg des Sozialismus ... genügen nicht die Anstrengungen eines Landes, zumal eines Bauernlandes wie Rußland, dazu sind die Anstrengungen der Proletarier mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig.“ Der mit „Ihre wirklichen Genossen“ unterzeichnete Text wurde in Leipzig anläßlich des 31. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution herausgegeben.

Im April 1948 informierte Reiß vom Referat Untersuchung der PPA des Landesvorstands Sachsen die Berliner PPA-Zentrale über eine Widerstandsgruppe an der Universität Leipzig, die sozialdemokratisch geprägt war. In dem Schreiben an Bruno Haid hieß es: „Wir erhielten vor kurzem eine Information, daß an der Universität Leipzig eine Gruppe besteht, welche sich in Verbindung mit Berlin – Ziethenstraße befindet. Beim Nachgang dieser Angelegenheit stellen wir fest, daß sich unsere Freunde [die sowjetischen Abwehroorgane] für diese Sache schon interessiert haben und der einzige Mensch, welcher uns in dieser Angelegenheit behilflich sein könnte, sich schon verpflichtet hat. Aus diesem Grunde hängt diese Sache in

auf denen die verschlungenen Hände des Parteiemblems, durch Handfesseln verbunden, zu sehen sind. Das Material der Untersuchung dieses Vorgangs ist zu finden in: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 461ff. Vgl. auch den Artikel „Feige Propaganda“ im ND vom 29.10.47. Allerdings wurden offenbar auch Ostbüro-Flugblätter, die per Post aus Berlin oder Hannover versandt wurden, in der SBZ selbst vervielfältigt, wie ein Bericht aus Thüringen an Bruno Haid (der diese Mitteilung an Dahlem weiterleitete) über im Kreis Suhl auf Vervielfältigungsapparaten nachgefertigte Flugblätter aussagt. Bericht aus Thüringen vom 18.9.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 511.

- 84 Diese Mitteilung kam vom Zonenvorstand der IG Holz und ging an den FDGB-Bundesvorstandsvorsitzenden Jendretzky und schließlich am 11.6.48 auch an Bruno Haid von der Berliner PPA-Zentrale. Die sächsische SED wurde daraufhin vergeblich gebeten, beim KV Hoyerswerda Näheres über die dortige „illegale SPD“ in Erfahrung zu bringen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 354ff.
- 85 Bericht aus Halle vom 27.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 212ff.

der Schweben.⁸⁶ 1948 agierten jedoch an der Universität Leipzig sogar zwei illegale Gruppen, von denen eine Opfer von Verhaftungen war, wie aus einem Flugblatt der anderen Gruppe vom Dezember 1948 entnommen werden konnte. Es offenbart in einer etwas obskuren Sprache zum Teil ungewöhnliche Schlußfolgerungen sowie eine gleichfalls für die SPD untypische politische Sicht – nicht nur wegen der Berufung auf Lenin in der Kritik an der SED, statt die Arbeiterschaft zu bewaffnen, eine Volkspolizei gegen das Volk aufzubauen. Außerdem hieß es:

„Mit Stolz können wir heute bekannt geben, daß sich unter den Verhafteten nicht ein Genosse unserer sozialdemokratischen Zelle befindet! ... Wir kämpfen weiter! ... Studenten und Studentinnen! Denkt daran, daß man eure Ideale schon einmal zertrümmerte Werdet Mitkämpfer! Organisiert euch selbständig in sozialdemokratischen Zellen und arbeitet, wie ihr denkt, daß ihr der gerechten Sache nützt. Proletarier aller Länder vereinigt euch! ... Der Sozialismus ist nicht allein die Sache einer Clique, einer Partei, einer Klasse. Sie muß sich konstant von unten nach oben entwickeln ... Wir erklären, mit der sog[enannten] 'ersten Widerstandsgruppe an der Universität Leipzig' weder identisch zu sein, noch sein zu wollen. Auch mit anonymen Briefschreibern aus christlichen Kreisen haben wir nichts zu tun ... Wir kämpfen für den Weltsozialismus!“⁸⁷

Als weiteres Beispiel für sozialdemokratisch geprägte illegale Aktionen mag eine Mitteilung der PPA des LV Sachsen, Abteilung Untersuchung, vom 12. Januar 1949 an Haid und die PPA des SED-ZS über ein wieder aufgelegtes altes Flugblatt „Ein Jahr SED. Ein Jahr der Enttäuschungen für Sozialisten.“ dienen. In diesem ursprünglich 1947 verbreiteten Text hieß es unter anderem:

„In der KPD, in der ihrem Aufbau entsprechend der Befehl und die jeweilige 'Linie' des Zentralkomitees mehr gilt als die Meinung und das Urteil der Mitgliedschaft, war man sich darüber klar, daß die Ablage des Namens nichts an dem Charakter der Partei ändern dürfe. Die SED ist so von vornherein nur als Fortsetzung der KPD gedacht gewesen.“

Im Februar 1948 wurde das Zentralsekretariat auch über „Schumachertätigkeit und linke Gruppen innerhalb des FDGB“ im Erzgebirge, in Cottbus und in Potsdam informiert.⁸⁸ In allen Ländern wurde fieberhaft nach illegalen sozialdemokratischen Zusammenschlüssen

86 Mitteilung des LV Sachsen PPA, Ref. Untersuchung vom 12.4.1948 an den ZV, PPA, Genossen Haid, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/400 Bl. 306.

87 In dem Begleitschreiben zu diesem Flugblatt „Die Glocke – Denn die Glocke wird den Sturm einläuten!“ an Dahlem und Ackermann vom 15.12.48 war auch von der anderen Widerstandsgruppe die Rede. Ebenda, Bl. 307ff. Diese andere Gruppe, welche sich „Erste Widerstandsgruppe der Universität Leipzig“ nannte, informierte im November 1948 in einem illegalen Mitteilungsblatt über die Verhaftung von Wolfgang Natonek und anderer Kommilitonen am 12./13.11.48 durch die sowjetischen Organe und die VP vor den bevorstehenden Studentenratswahlen. Es war die Rede von einer Verhaftungswelle zur Brechung des passiven Widerstands aller Studenten an der Universität Leipzig. Im Namen der „freiheitlichen, demokratischen Studenten“ wurde im Flugblatt zur „Verteidigung der Freiheit in der Zone“ aufgerufen: „Verfaßt Aufrufe gegen die Unterdrückung! ... Jeder freiheitliche Student ein Widerstandskämpfer der Tat! .. denkt nach über die hinter euch liegende Zeit der Nazidiktatur! Vergleicht die Terrormethoden von einst und jetzt!“ Diese einer Mitteilung der SED-Betriebsgruppe Universität vom 18.11.48 entnommene Information an die PPA des LV Sachsen über das von den Anschlagbrettern der Universität Leipzig entfernte Mitteilungsblatt der illegalen Gruppe wurde am 12.1.49 an Bruno Haid von der Berliner PPA-Zentrale zugestellt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/400 Bl. 316ff.

88 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 45.

gesucht.⁸⁹ Obwohl im oben erwähnten Flugblatt vom 9. November 1948 sogar die Existenz einer geheimen SPD in der Ostzone beschworen wurde⁹⁰, kann aber angenommen werden, daß es über Einzelaktionen und Funktionärsproteste hinaus kaum organisierte Gegenwehr ostdeutscher Sozialdemokraten innerhalb der SED gegeben hat – schon gar nicht im Maßstab der dann gegen sie angewandten Repressionen. Die parteiinternen Einschätzungen des Falles „Volkshauskreis“ Leipzig⁹¹ sind ein Beispiel für die Bewertung der sozialdemokratischen Dissidenten in der SED. So wandte sich die Berliner Zentrale am 6. Juli 1948 nach Dresden an die PPA des sächsischen LV:

„Wir bitten Euch ..., dem Volkshauskreis alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von ihm ist bekannt, daß er es als seine Aufgabe betrachtet, Personalpolitik zu machen. Das ist mit der Entwicklung unserer Partei unvereinbar.“

In dem gleichen Schreiben wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, einen Informanten „trotz seiner KPD-Vergangenheit“ in den Volkshauskreis einzuschleusen.

„Außerdem machen wir Euch auf folgende Politik, die von Teilen des FDGB/Leipzig gemacht wird, aufmerksam: Das graphische Institut nach Leipzig zu holen und es in die Hände von Mitgliedern, die auf dem Boden des Volkshauskreises stehen, zu geben ... Für uns ist folgende Frage von Interesse: Welche Mitglieder unserer Partei

89 Zum Beispiel hieß es in einem Bericht des Dresdner Landesvorstands vom 25. Mai 1948: „Gen[osse] Reiss überbrachte den Bericht des Gen[ossen] Boeme betr. der Neugründung der S.A.P. In der Identifizierung der Gruppe 'Rote Kämpfer' ist Dresden nicht weitergekommen. Es sind genaue Personenbeschreibungen erforderlich. In Leipzig ist in der letzten Zeit ISK – Material verteilt worden ... Bezüglich der Bearbeitung der *Roten Falken* ist kein Fortschritt zu verzeichnen ... In Dresden gab es am 1. Mai eine Gegenaktion von Seiten der Schumacherleute. Am 30.5. soll eine illegale SPD-Konferenz stattfinden.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 360. Auch im Juni 1948 konnte Dresden lediglich Kontakte zweier „SPD-Gruppen“ (eine davon in Dresden-Neustadt) und von Jugendlichen aus Partei und FDJ im Stadtteil II zu den Berliner Falken weitermelden. Im Kreis Glauchau konnte zwar eine „allgemeine Hetze der Rechten gegen die SMA“ und „führende Genossen in der Verwaltung“ ermittelt werden, jedoch keine Angriffe auf führende Genossen in der Partei. In Chemnitz mußte man sich lediglich mit der Annahme von Schumacher-Sympathien aufgrund anonymer Flugschriften begnügen. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A 2005, Bd. 3.

90 Ein ähnliches Indiz meldete noch einmal die PPA aus Weimar am 31.1.49 an die PPA des ZS in Form des Auftauchens von Flugblättern der „illegalen Sozialdemokraten in der Ostzone“ am 26.12.1948. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 246f. Als Abschrift in den Akten der PPA im zentralen Parteiarchiv ist folgendes Flugblatt nachweisbar: „Berlin Anfang April 1948: An alle alten Sozialdemokraten in der Ostzone! Die Befreiung vom kommunistischen Joch rückt immer näher. Versorgt Euch schon jetzt mit weißen Armbinden; diese werden im Ernstfall nach Aufruf abgestempelt. Sie gelten als Ausweise für die Befreiungsgruppen. Sie sind als Versorgungsmann für ihre Stadt bestimmt. Stellen Sie sofort eine Befreiungskolonie von 60 alten Sozialdemokraten in einer Liste auf. Eine Durchschrift der Liste ist nach Aufruf an einer bestimmten Stelle abzugeben. Diese Durchschrift muß die im obigen Schreiben bezeichnete Nummer tragen. Die Befreiungskolonie wird in 10 Befreiungsgruppen a 6 Mann als Straßengruppe eingeteilt. Die Straßengruppen übernehmen nach Aufruf die Überwachung der Ruhe und Ordnung in der Stadt. Plakate 'Die Freiheit ruft!' 'Haltet Ruhe und Ordnung, bleibt bei der Arbeit!' gehen nach Aufruf den Vertrauensmännern zu. Sie sind dann sofort zu verteilen und von den Straßengruppen als Transparente zu tragen. Werbt unermüdlich für die alte Sozialdemokratie! Der Aufruf wird in viertelstündigen Meldungen durch den Berliner Sender bekanntgegeben. Dann heißt es handeln! Die Berliner Reichs-SPD.“ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A 2005, Bd. 3.

91 Dieser Kreis von etwa 80 ehemaligen Sozialdemokraten, die sich für den Wiederaufbau des zerstörten Leipziger „Volkshauses“ engagierten, wurde 1948 mit dem Ausschluß von 13 Mitgliedern aus der SED gesprengt. Vgl. Grebing/Kleßmann/Schönhoven/Weber, Situation der Sozialdemokratie, S. 43f.

stehen hinter dieser Politik? Wer ist ihr zentraler Wortführer und gibt es uns interessierende Zusammenhänge?“

Eine Abschrift dieses Briefes ging auch nach Leipzig an den Vorsitzenden des SED-Bezirks Westsachsen, Ernst Lohagen, versehen mit der Ergänzung, daß „die Angelegenheit Volkshauskreis intern zu behandeln“ sei⁹². Am 20. Juli 1948 meldete dann das Referat Untersuchung der PPA des LV Sachsen an Haid im Berliner ZV, daß der erwähnte Informant „zukünftig alle Einladungen wahrnehmen (wird), um festzustellen, wer die einzelnen Teilnehmer dieser Zusammenkünfte sind. Er hatte den Eindruck bei der Besichtigung des Volkshauses, als ob es sich um einen alten Veteranenverein handelt, der in seiner Gesamtheit keine größere Beachtung verdient, bis auf einige wenige, die aber eine sehr schlaue Politik betreiben.“⁹³ Und schließlich hieß es am 29. September 1948 in einem Bericht aus Leipzig, „Gen[osse] Ullmann glaubt feststellen zu können, daß die rechten Elemente in der Partei, speziell die, die mit dem Volkshauskreis in Zusammenhang gebracht werden, bestrebt sind, in Wirtschaftsfunktionen, namentlich in volkseigenen Betriebe unterzukommen.“⁹⁴

Trotz der dünnen Beweislast begann eine vom Kreissekretariat Leipzig eingesetzte „Sonderkommission zur beschleunigten Durchführung von Ausschlußverfahren gegen Schädlinge und Parteifeinde“ ab Sommer 1949, die vermeintlichen Fraktionäre des „Volkshauskreises“ abzustrafen. Die abenteuerlichen Konstruktionen, mit denen die leugnenden Opfer dieser Sonderkommission wegen sozialdemokratischer Fraktionstätigkeit (Erich Schilling), Ostbürokontakten (Curt Kaulfuß), und Schumacher-Agententätigkeit (Ernst Schönfeld) aus der SED ausgeschlossen wurden⁹⁵, zeigen eher, daß man parteiintern kaum davon ausging, es mit organisierter politischer Widerstandsarbeit zu tun zu haben. Es ging eher darum, in der ehemaligen SPD-Hochburg Sachsen-Anhalt und speziell in Leipzig der sozialdemokratischen Strömung das Rückrat zu brechen und deren Funktionärsbesatz innerhalb der SED zu dezimieren.

Wie bedeutsam Ende 1948 das Zusammenwirken von parteiinterner Abwehrtätigkeit und K 5-Arbeit eingestuft wurde, belegt ein Lagebericht der PPA aus Dresden vom 26. November 1948 bezüglich aktueller Erhebungen zur „Schumachertätigkeit“. Neben den eher geringfügigen Resultaten über tatsächlich nachweisbare Aktivitäten von Schumacher-Anhängern wurde für jeden Kreis die Zusammenarbeit mit der K 5 eingeschätzt. Klagen über noch unzureichende Verbindungen belegen deutlich den Grad des Aufgebens bisheriger Rücksichtnahmen auf ehemalige Sozialdemokraten in der SED. Für den Kreis Freiberg hieß es: „Die K 5 ist sehr schwach. Sie macht ihre Arbeit ohne die Partei. Die Vorschläge für die Besetzung von K 5 sind seinerzeit auch ohne Befragen der Partei gemacht worden und eingesetzt worden.“⁹⁶ Unbeeindruckt vom spärlichen Ertrag des Forschens nach echten Agentennestern ging die Suche weiter, wie ein typischer Bericht aus Sachsen vom Februar 1949 an die Berliner Zentrale zeigt: Im Kreis Bautzen sei im vergangenen Jahr der Kopf der Schumachergruppe zerschlagen worden, doch gebe es nach wie vor Schumachertätigkeit. In Reichenbach und Crimmitschau (wo Agitationsmaterial verteilt wurde) sei es noch nicht

92 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 20.

93 Ebenda, Bl. 15f.

94 Ebenda, Bl. 22

95 Vergl. Malycha, *Die SED*, a.a.O. S. 383ff.

96 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005, Bd. 3.

gelingen, an das Zentrum der Schumacher-Agentur heranzukommen. In den Kreisen Borna und Grimma lebe die Schumachertätigkeit wieder auf.⁹⁷

Angereichert wurde die Jagd nach Zentren der Verbreitung west-sozialdemokratischer Ideologie durch die Untersuchung bemerkenswerter Pannen: So wurde von Oktober 1948 bis in den Februar 1949 hinein geprüft, wie eine Broschüre des englischen Lizenzträgers des „Telegraf“, Arno Scholz, mit dem Titel „Politik am Kreuzweg“, die Aufsätze aus dem „Telegraf“ enthielt, in thüringischen Buchhandlungen verkauft werden konnte.⁹⁸ Einen ähnlichen Vorgang stellt der Vertrieb einer „antisowjetischen Hetzschrift“ des ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten und SU-Emigranten Fred M. Larsen unter dem Titel „30 Jahre Sowjetunion“ durch den Berliner FDGB-Verlag „Freie Gewerkschaft“ dar. Die Suche nach den Verantwortlichen für den Vertrieb dieses Buches und deren Motive beschäftigten Philipp Daub (Leiter der Kaderabteilung beim SED-PV) und Anton Plenikowski (Abteilungsleiter Staatliche Verwaltung) im Juni/Juli 1948.⁹⁹

Wo man jedoch den planmäßigen Vertrieb und Transport westlich lizenzierte Zeitungen und illegalen Materials des Ostbüros als politisch planmäßige Handlung identifizierte, schritt man im Herbst 1948 bereits zur Verhaftung, wie im Falle eines altkommunistischen Magdeburger Zeitungshändlers, in dessen Wohnumfeld bereits 1947 trotzkistische Zeitungen aufgetaucht waren.¹⁰⁰ Der Landesvorstand Berlin informierte im Dezember 1948 sowohl den Berliner Zentralvorstand als auch den Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern, Erich Mielke, über die Versorgung des Ortes Freudenberg bei Werneuchen mit westlich lizenzierte Presse (Telegraf, Kurier, Sozialdemokrat), woraufhin der Leiter der K 5, Erich Jamin, im Juni 1949 endlich die Verhaftung des Täters an Laufer melden konnte.¹⁰¹ Wochenlang kontrollierte, beschlagnahmte und ermittelte die Polizei Anfang 1949 aufgrund des illegalen Versands des Westberliner „Telegraf“ unter Verwendung der Ostberliner „Tribüne“ als Vertriebstarnung.¹⁰²

Es stellt sich natürlich die Frage, was sich denn substantiell hinter den immer wieder erhobenen Vorwürfen von „Schumachertätigkeit“ und „sozialdemokratischer Fraktionsarbeit“ wirklich verbarg. Jenseits vereinzelter sozialdemokratischer politischer Selbstorganisation und punktuell nachweisbarer konspirativer Gruppenbildung innerhalb der SED wurde die von Sozialdemokraten schon während der Nazizeit erprobte Gruppensolidarität auch in der Einheitspartei und darüber hinaus praktiziert. Ihre Denunziation als „Fraktionsarbeit“ war folgerichtig, weil es in der SED keine anderen Loyalitäten als die zu der jeweiligen Parteiführung geben durfte. Mitglieder sozialdemokratischer Gruppenzusammenhänge innerhalb von SED-Grundorganisationen versuchten in der Regel, jedem Anschein von oppositioneller oder fraktioneller Betätigung entgegenzuwirken. Dieses Verhalten war nicht allein taktisches Kalkül. Der Verzicht auf solche Methoden entsprach auch dem gleichfalls in der Nazizeit dominierenden politischen Selbstverständnis der meisten (jedoch keineswegs aller) Sozialdemokraten. Jenseits dieser Tatsachen, aber durchaus im Einklang mit dem zunächst verdeckten und dann seit 1948 immer offeneren SED-Kurs gegen sozialdemokratische

97 Ebenda.

98 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 189ff.

99 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 414ff. Der Verfasser der Broschüre, Fred Larsen, brach 1947 mit der SED und floh aus Ostzone in die Bizone.

100 Bericht aus Halle vom 27.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 212ff.

101 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 368ff.

102 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 476.

„Überreste“ in der Partei wurden demonstrative Abstrafungen von ehemals sozialdemokratischen Partei- und Staatsfunktionären durch sowjetische und deutsche Organe in den Dienst der Vermittlung innerparteilicher Stalinisierung und öffentlichkeitswirksamer Verurteilung des „Sozialdemokratismus“ mit Blick auf die westdeutsche „Schumacher-SPD“ gestellt. Die innerparteiliche Eskalationslinie dieser Kampagnen begann mit der politischen Verurteilung von Abweichungen, führte über die Entlarvung parteifeindlicher Verschwörungen und endete mit der Anklage und juristischen Ahndung angeblicher Spionage- oder Agententätigkeit bzw. behaupteter Sabotage- oder Bereicherungsdelikte. In diesem Zusammenhang stehen die frühe Verhaftung und spätere Deportierung des PV-Mitglieds Willi Jesse durch sowjetische Sicherheitsorgane im Juli 1946, sowie die Verhaftung und Verurteilung der ehemaligen sächsischen SED-Landessekretariatsmitglieder Arno Haufe und Arno Wend und anderer im Sommer 1948 durch die Sowjets. Haufe und Wend standen tatsächlich in Verbindung zum Ostbüro, hielten aber illegale Gruppenarbeit für sinnlos oder für zu gefährlich. Trotzdem wurde ihre Haltung mit jeweils 25 Jahre Zwangsarbeit bedacht, von denen sie 5 Jahre in einem sowjetischen Arbeitslager verbüßten und dann nach Westdeutschland gingen. Wegen „Sozialdemokratismus“ erfolgte im Herbst 1948 die Festnahme des Schweriner Gewerkschaftsfunktionärs Alfred Mertens. Im September 1948 wurden der Ministerialdirektor der Landesregierung Sachsen-Anhalts, Fritz Drescher und andere wegen „Führung einer sozialdemokratischen Untergrundbewegung“ in Verbindung mit dem Ostbüro verhaftet. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte ihn 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Im Oktober 1948 wurde das sächsische SED-Landessekretariatsmitglied Stanislaw Trabalski wegen vermeintlicher Wirtschaftsverbrechen im Zusammenhang mit dem Fall Gniffke inhaftiert.¹⁰³ Erich Gniffke war im gleichen Monat aus der SBZ nach Westdeutschland geflohen. Er ging seit September auf Distanz zur „Partei neuen Typus“ und stand vor seiner Ablösung als PV-Verantwortlicher für Organisation, Personalpolitik und Parteibetriebe.¹⁰⁴ Auf Vorschlag des SED-ZS wurde Gniffke auf einer außerordentlichen PV-Sitzung am 30. Oktober 1948 wegen „Parteibetrugs“ aus der SED ausgeschlossen und „parteionzulässiger geschäftlicher Manipulationen“ sowie „Verbindungen zu parteifeindlichen Elementen“ bezichtigt.¹⁰⁵

103 Zu Einzelheiten der hier genannten und weiterer Fälle juristischer Sanktionen vgl. Beatrix Bouvier, *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953*, Bonn 1996 und Malycha, *Die SED, a.a.O.*, insbesondere S. 389ff.

104 Vgl. Malycha, *Die SED, a.a.O.*, S. 321f.

105 Protokoll der ZS-Sitzung vom 30.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2.1/245, Bl. 1f. Noch am 29. Oktober 1948 wurden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl von Gniffke über dessen Absichten informiert: „Ich hatte am Freitag, den 29. Oktober Gelegenheit, im Gespräch mit Dir und Otto Grotewohl ausführlich die Methoden aufzuzeigen, die, bei genauer Betrachtung, die Frage zur Entscheidung bringen mußte, ob ein Sozialist, der sich in erster Linie den deutschen Werktätigen und deren Interessen verbunden fühlt, den Kurs der SED mitmachen und die Verantwortung dafür mittragen darf. Von niemandem beeinflußt habe ich mich für das 'Nein' entschieden ... Meine Einstellung ist kritisch. Sie war es vor der Vereinigung, sie ist es nach der Vereinigung geblieben und wird es auch in Zukunft sein. Ich ziehe mich eher aus dem politischen Leben zurück, als daß ich meine mir bewahrte Unabhängigkeit im politischen Denken und Handeln aufbe. Die Behauptungen der Presse, ich hätte meinerseits vor dem Austritt aus der SED 'Verbindungen' gesucht, sind unwahr ... Was ich kritisch zu sagen hatte, habe ich außerhalb der SED nicht gesagt, denn jede Unwahrhaftigkeit lehne ich ab.“ Aus dem offenen Brief Gniffkes an Pieck vom 4.11.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379, Bl. 17. Wilhelm Pieck kommentierte diesen Brief Gniffkes folgendermaßen: „Der Inhalt des Briefes ist eine einzige Lüge, der bei der Veranlagung Gniffkes sicher noch weitere Lügen folgen werden. Mit einem Parteibetrüger gab es keine

Es liegt auf der Hand, daß viele Sozialdemokraten Kontakte zur SPD-West suchten, woraufhin dann die SED-Organe jede Form von „Sozialdemokratismus“ in der Regel als vom Ostbüro der SPD gesteuert bewerteten. Die Tatsache, daß auch das SPD-Ostbüro propagandistisch in die SBZ hineinwirkte¹⁰⁶, erlaubte es der Parteiführung, solche Kontakte schließlich als Ausdruck gezielter Diversion einzuschätzen. Insofern ist es auch folgerichtig, daß seit 1948 und auch schon früher die Informationsbeschaffung für das Ostbüro in den Kontext von Spionagetätigkeit gerückt wurde. Insofern war es gleichgültig, ob ostdeutsche Sozialdemokraten für das Ostbüro arbeiteten, mit ihm Kontakt aufnahmen oder völlig autonom agierten: In jedem Fall galten sie als „gesteuert“. So wurde zum Beispiel Haid am 25. Mai 1948 aus Weimar über „Verhaftungen von ehemaligen SED-Mitgliedern, die vom Oktober 1947 bis jetzt durch besondere Stellen auf Anordnung der sowjetischen Staatsanwaltschaft vorgenommen wurden“, folgendermaßen informiert: „Bei Verbindungen, soweit sie Gruppen angehörten, arbeiteten sie neben den Aufträgen, die sie sowohl von der englischen als auch amerikanischen Geheimpolizei erhalten haben, im Auftrage der Schumacherpartei des Westens, um die SED zu zersetzen.“ Diese Meldung war begleitet von Informationen zur 11-köpfigen, in Weimar, Erfurt und Jena operierenden „Schumacher-Gruppe Lucas Crnach“¹⁰⁷, die im März 1948 verhaftet wurde. Diese soll, so wurde im Bericht behauptet, in englischem und amerikanischem Auftrag und gesteuert von „der Zentralleitung der Schumacher-Partei von Hannover“ unter anderem die politischen Parteien bespitzelt und ihre Verbindungen zur SMA, die Bevölkerungsmeinung zum Marshall-Plan, die ökonomische Lage in Thüringen sowie die Meinung der Bevölkerung zu den Demontagen und die Gründe für Verhaftungen ausgespäht haben.¹⁰⁸ Im August 1948 berichtete die PPA des LV Thüringen erneut über die Inhaftierung ehemaliger SED-Mitglieder wegen Verbindungen zum Berliner SPD-Ostbüro und über die Aufklärung einer Westberliner „Anlaufstelle für Ostbüro-Agenten“ aus der Ostzone.¹⁰⁹

Vereinbarungen und demzufolge auch keinen Wortbruch. Der Brief ist nur der Ausdruck der Wut darüber, daß die Partei sofort mit einem Ausschluß Gniffkes auf seinen Parteibetrug geantwortet hat.“ Mitteilung im Berliner Rundfunk am 7. November 1948, ebenda, Bl. 19. Alle Veröffentlichungen Gniffkes wurden 1949 auf Vorschlag des Kleinen Sekretariats an das Politbüro eingezogen und vernichtet. Protokoll 44/49 des kleinen Sekretariats vom 1.8.49, TOP 18. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3 – 44.

106 Typisch dafür sind Meldungen an das SED-Zentralsekretariat wie die über das Auffinden von 45 kg Druckschriften der SPD in 3 Waggons eines Leerzugs von Wustermark über Tempelhof, Merseburg nach Mücheln (Grube Cäcilie). Es handelte sich um die Broschüre „Ihr Schicksal in der SU (Deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD)“, gedruckt in Druckhaus Tempelhof, den „Telegraf“ im Kleinformat-Sonderdruck und um das Kleinformat der Berliner Ausgabe „Die Neue Zeitung“ vom 12.10.1948. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 380.

107 Die Erfurter Gruppe hieß dem Bericht zufolge „Plakat“.

108 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 309–311.

109 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 333.

6. Linker Widerstand und die Verfolgung dissidenter Kommunisten

Die Entstehung innerparteilicher Abwehrgänge und ihre Verflechtung innerhalb des Apparats ist ein besonderes Kapitel der SED-Organisationsgeschichte.¹¹⁰ Was nun der Ertrag jener Abwehrtätigkeit war und was die operative Arbeit solcher Organe in Richtung der linken, politisch abweichenden Strömungen in der SED und an ihrem Rande erbracht und bewirkt hat, soll in diesem Kapitel an einigen Beispielen skizziert werden. Zuvor jedoch sind einführend, ebenfalls anhand ausgewählter Beispiele, kurz die Besonderheiten solcherart linker Dissidenz und die Wahrnehmung dieser Spezifika durch den Abwehrrapparat zu umreißen.

Schon innerhalb der 1945 neu formierten KPD oder in ihrem Umkreis gab es aus der Sicht der stalinistischen Parteiführung genug „verdächtige Subjekte“, die mit in die Einheitspartei schlüpfen oder der SED ab 1946 beitraten. Eine wichtige Rolle spielten jene Linken, die vor 1945 in eigenen Organisationen der KPD und SPD kritisch, ablehnend oder feindlich gegenüberstanden und den faschistischen Terror oder sowjetische Säuberungen überlebt hatten. Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, SAP, Leninbund, KAP, AAU)¹¹¹ sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen (und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung) die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Für alle Zonen verdichteten sich Informationen, wonach im Laufe des Jahres 1947 eine Tendenz der Sammlung der „fraktionellen Gruppen und Grüppchen“ stattfand, wobei „ehemalige KPO-Leute und ehemalige KAP-Leute die entscheidende Rolle spielen“.¹¹² Im Berliner Raum vermeldete ein Bericht „in Potsdam und Neu-Babelsberg eine Anzahl ehemaliger Trotzlisten, die bis 33 als solche eine Rolle gespielt haben, in der Partei.“¹¹³ Die Gruppe Steinicke aus dem Wedding trat gemäß einem anderen Bericht für die Zusammenarbeit und Zusammenfassung der verschiedenen Opposi-

110 Ausführlich beschrieben findet man diese Verflechtung bei Kubina, In einer solchen Form ..., S. 340 ff.

111 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der „Rechtsopposition“ gebildet und von den KPD-Gründungsmitgliedern August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Besonders stark war sie in Thüringen und Sachsen. Nachdem 1932 unter der Führung von Paul Frölich und Jakob Walcher ein Teil von ihr zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) übertrat, verblieben in der KPO ca. 3.000 Mitglieder. Die SAPD, eine Linksabspaltung der SPD von 1931, hatte vor Hitlers Machtergreifung ca. 17.000 Mitglieder. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksoption um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) ist das Resultat der KPD-Spaltung im Oktober 1919. Viele Linksradikale verließen die KPD und gründeten im April 1920 die KAPD. Die rätekommunistische KAPD und die ihr nahestehende unionistische Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAUD) verloren rasch an Bedeutung.

112 „Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen“ vom 28.1.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 62ff.

113 Aktennotiz betreffend „Neues Beginnen“ (Weiland-Schröder-Gruppe) vom 21.5.1948, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Absichtsvoll (vgl. dazu Kapitel 2, Abschnitt 1.2.) wurden von den Stalinisten nicht nur (zutreffend) die (ehemaligen) Mitglieder der Vereinigten Linken Opposition (vgl. Abschnitt 6.2.), sondern häufig auch KPO'ler, KAP'ler, Leninbündler und andere (ehemalige) „Splittergruppler“ ebenso pauschal wie unzutreffend als „Trotzkisten“ bezeichnet, um die Gefährlichkeit dieser „ParteiFeinde“ zu betonen.

tionsgruppen ein. In dieser uneinheitlichen Gruppe gab es offenbar ebenfalls trotzkistische Tendenzen, da ein Vertreter sich für das Programm der „Spartakus“-Gruppe aussprach und ein anderer Teilnehmer Material von Trotzki in die Diskussion einbringen wollte.¹¹⁴ Zur „Opel-Gruppe“ wurde ermittelt, daß deren führender Kopf, der Zehlendorfer Trotzkist Fritz Opel, „in ständiger Verbindung mit trotzkistischen Gruppen in New York“ stand und „außerdem der Mittelpunkt eines größeren Kreises von SED-Mitgliedern“ war.¹¹⁵ Reorganisationsversuche der „Roten Kämpfer“ innerhalb der SED soll es in Sachsen-Anhalt und Dresden gegeben haben.¹¹⁶

Andererseits sind nicht alle kommunistischen Gegner der Parteienfusion auch der SED ferngeblieben, sondern sie entfalteten innerhalb der SED klassisch-sektiererische antisozialdemokratische Aktivitäten ohne jedes Verständnis für die kluge Taktik der moskauorientierten Parteiführungsgruppe zur Neutralisierung der Sozialdemokraten.¹¹⁷ Für wirklich

114 Bericht „Organisierte feindliche Oppositionsgruppen“, o. D. (wahrscheinlich Januar 1947), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 52ff.

115 Ebenda. Ein anderer Bericht aus dem Januar 1948 identifizierte Fritz Opel als Angehörigen der US-Armee, der seit einigen Wochen nach Nürnberg versetzt wurde. „Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen“, 28.1.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 62ff. In einem weiteren undatierten Bericht über die politische Vergangenheit Opels und einem von ihm geleiteten Hilfskomitee, das Trotzkisten, ehemalige SAP'ler und KPO'ler unterstützte, hieß es: „Wir glauben, daß, wenn es möglich wäre, diese drei Komplexe unter Kontrolle zu haben, es ohne größere Schwierigkeiten möglich wäre, die gesamte Aktivität dieser Agenturen zu kontrollieren ... es (handelt) sich hier ... unseres Erachtens nach um die Zentren ... Es sei noch betont, daß der sogenannte Thomas-Münzer-Kreis, der in Stuttgart arbeitet, ebenfalls von ... Opel mitkontrolliert wird ...“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Ordner „Berichte über Parteien und parteifeindliche Gruppen“, Bl. 317.

116 Die „Roten Kämpfer“ waren eine revolutionäre Gruppe, die 1929/30 aus persönlichen und politischen Verbindungen ehemaliger, dann in der SPD organisierter KAP-Mitglieder um Karl Schröder entstand. Die Vereinigung wurde von der Berliner Gründungsgruppe der KAP geprägt und stellte sich früh auf die Bedingungen des illegalen Kampfes ein. Erst ab November 1936 wurde ihre Organisation von der Gestapo aufgerollt. Nach späteren Recherchen der Zentralen Parteikontrollkommission (Bericht vom 7. April 1955) sollen nach 1945 in Dresden, deren RK-Gruppe 30 Mann stark gewesen sein soll, sich die Mitglieder gegenseitig in Funktionen (zum Beispiel in der VP) gebracht haben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

117 So gab es in Berlin-Hohenschönhausen ein „Zentrum sektiererischer Tendenzen“: Hier wurde das Vermögen der ehemaligen KPD in einer zweiten Kasse geführt, „damit es den SPDlern nicht in die Hände fiel“. Der verantwortliche SED-Stadtbezirkssekretär wurde deshalb im Januar 1949 aus der SED ausgeschlossen. (Dieser Sachverhalt wurde später von Max Sens, 1949 Vorsitzender der Landespartei kontrollkommission Berlin, am 14. Dezember aktenkundig gemacht.) SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Es gab auch Versuche alter KPD-Mitglieder, innerhalb der SED konspirativ den alten Rotfrontkämpferbund (RFB) zu revitalisieren: Eine streng vertrauliche Mitteilung an Bruno Haid vom 13.7.48 über eine „Versammlung alter Kameraden im Bezirk Friedrichshain und Lichtenberg“ vermeldet, daß laut Aussage eines Teilnehmers der illegalen Zusammenkunft „jetzt mit den Worten des Genossen Hermann Matern, im Friedrichstadtpalast, am Montag, dem 5.7.1948, die Zeit gekommen ist, innerhalb der Partei an Kader zu denken, die die Avantgarde der Partei werden sollten ... Umstände, die alte Genossen vom RFB zwingen, sich wieder zu formieren, so wie es früher war.“ Ein anderer Teilnehmer „wies darauf hin, ... daß bei bevorstehenden Aktionen sie von keiner Stelle, auch von der Partei nicht, gedeckt werden.“ Es sollten Fünfergruppen und ein Aktionsauschuß der illegalen Arbeit gebildet und eine illegale Beitragszahlung organisiert werden. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 106ff. Schließlich fand sich in den Akten das nicht datierte Flugblatt einer „Kampfgruppe Ernst Thälmann“, welches mit dem handschriftlichen Zusatz „linkes Sektierertum Provokation“ versehen war und folgenden Wortlaut hatte: „Streng Vertraulich! Weitergeben! Äußerste Wachsamkeit ist notwendig! Söhne der

gefährlich wurde aber offenbar die erste Gruppe von linken Abweichlern gehalten, wie bereits die Einlassungen Materns gegenüber Panjukin vom September 1946 (vgl. Abschnitt 3) zeigten. Sicherlich eine Marginalie sind Flugblätter einer „KPD-Sektion der Ostzone“ von 1947, die jedoch über ihren eigentlichen Gehalt hinaus vermutlich die Stimmungslage nicht weniger ehemaliger KPD'ler in der SED widerspiegeln.¹¹⁸

Und schließlich lassen sich auch schon sehr früh Beispiele von innerparteilichem Widerspruch jüngerer Genossen finden, die ohne alte dissidentische Rückbindung die sich entwickelnden Verhältnisse in der SED in offener und scharfer Sprache mißbilligten. So verfaßte Friedrich Wolff¹¹⁹ an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität anlässlich des II. Parteitag der SED im September 1947 den Entwurf einer Resolution, die zugunsten der „baldigen Schaffung einer realen Demokratie in der Partei“ „die Öffnung der Presse für eine allseitige innerparteiliche Diskussion“ verlangte. Weitere Forderungen betrafen die „freie nicht vorher bestimmte Diskussion auf Parteitag, Delegiertenkonferenzen usw.“, die „Aufgabe aller sonstigen mit dem Wesen einer echten Demokratie unvereinbaren Praktiken“ und die „Anerkennung des Prinzips, daß auch die bitterste Wahrheit besser ist als notwendig kurzlebige Lügen.“ Es hieß: „Die Gruppen der SED maßen sich Rechte an, die zu Vergleichen mit der NSDAP herausfordern und die das Bestreben der Bevölkerung, nach 12 Jahren endlich frei zu sein, mißachten.“ Die Resolution schließt mit der Forderung nach „vollste(r) Offenheit unserer Genossen bei der Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Zone.“¹²⁰

Revolution! Im Namen des illegalen Kampfbundes Ernst Thälmann überbringen wir Euch die revolutionärsten, brüderlichsten Grüße. Wir wenden uns an Euch, laßt Eure SED zur wahren Partei des Marxismus-Leninismus werden ... Die Sozialdemokraten von heute treten wiederum die Klasseninteressen des Proletariats mit Füßen. Im Westen offen und gemein, bei Euch auf Anweisungen der westlichen Sozialdemokratie mit den Mitteln der schmierigsten Demagogie ... Der 2. Parteitag Eurer Partei ist erneut ein Gradmesser zwische Reformismus und kommunistischer Aufklärung ... Deshalb Brüder der russischen Besatzungszone, schlagt die verkalkten SPD-Bonzen wo ihr sie trifft ... Die Arbeiterschaft erkennt immer stärker, daß nur die kommunistische Partei die einzige antifaschistische Kraft ist. Rot Front! Mit proletarischem Gruß! Kripto.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 59.

118 Dieses Flugblatt entstand vermutlich vor dem Hintergrund der kurzzeitigen Kampagne für die Zulassung der SED in den Westzonen mit der Perspektive der baldigen dortigen Verschmelzung von KPD und SED (vgl. Abschnitt 5). Hier hieß es unter anderem: „Die Parteileitung der SED will den organisatorischen Zusammenschluß mit der KPD der Westzone ... Die sozialistisch-kommunistische Bewegung ist durch das politische und charakterliche Unvermögen der SED-Leitung nicht nur völlig heruntergewirtschaftet, sondern auch bei den Massen in einen üblen Ruf gekommen. Im Interesse der kommunistischen Bewegung und ihrer Zukunftsaufgaben ist es daher notwendig, daß die KP der Westzone von der SED unberührt und in ihrem eigenen Bestand erhalten bleibt.“ Dieses mit wüsten Beschimpfungen des SED-Parteiparats angereicherte Flugblatt ist vermutlich im Mai 1947 entstanden und ist mit „Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion Ostzone“ gezeichnet. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/426, Bl. 10f.

119 Bei dem in den Parteiakten sogenannten „Fritz Wolff“ handelt es sich um Friedrich Wolff, späterer Vorsitzender des Rates der Kollegien der Rechtsanwälte, der 1946–49 ein Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin absolvierte.

120 Im Oktober 1947 hielt Wolff vor der eingesetzten Untersuchungskommission zur Feststellung des verunglimpfenden und parteischädigenden Charakters der Resolution seinen Entwurf aufrecht. Wolfgang Heise und Heinz Klein stellten sich als Kommissionsmitglieder schützend vor Wolff. Im September 1950 wurde die Sache nochmals von der Zentralen Parteikontrollkommission im Zusammenhang mit den Recherchen zur angeblichen Tätigkeit einer 1948/49 aktiven parteifeindlichen „Möller-Gruppe“ an der SED-Betriebsgruppe der juristischen Fakultät untersucht. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4 – 383.

Befunde anarchistischer Opposition in der SED bzw. in der SBZ sind in den ZPKK-Akten spärlich dokumentiert. Allerdings zeugen Abschriften von Zeitungen bzw. Texten der (anarchistischen) „Freien sozialistischen Blätter“, die dem Abwehrreferat aus Westdeutschland übermittelt wurden, davon, daß man zumindest deren Verbreitung in der SBZ fürchtete.¹²¹ Im September 1949 erhielt Paul Laufer in der seit einigen Monaten arbeitenden ZPKK von einem Mitarbeiter des Zentralsekretariats eine Mitteilung über eine in die SED hineinreichende Gruppe „Berliner Syndikalisten“, die von einer „parteitreuen Genossin“ entdeckt und im Auftrag dieses Mitarbeiters observiert wurde „da wir wissen müssen, wer hinter diesen ‘Syndikalisten’ steckt, wo bzw. in welchen Betrieben sie eine bewußte, organisiert[e] Tätigkeit entfalten.“¹²² Im unvollständig überlieferten Bericht über die Erkenntnisse der solcherart eingesetzten Genossin war die Rede von einem 25 Personen umfassenden anarchosyndikalistischen Schulungs- und Diskussionskreis, der sich in Berlin-Schöneberg im Restaurant ‘Stadt Merseburg’ traf. „Man sprach davon, daß am 7.10 zwischen 23 und 24 Uhr vom Rundfunk München aus ein gewisser Rocker¹²³, der aus Amerika kommt, sprechen wird. Außerdem wurde ein gewisser J[...], in einem Löwe-Betrieb von Berlin beauftragt, eine Jugendgruppe aufzubauen ... Die Vereinigung nennt sich Gilde freiheitlicher Bücherfreunde (GfB) und des freiheitlich-sozialistischen Arbeiterkreises ..., Berlin ... Auch will man die Briefe einer Frau, die noch in Rußland festgehalten wird, veröffentlichen. Unsere Vertrauensperson hat den Namen nicht mehr im Gedächtnis, glaubt aber, daß er Zenzi oder Zenia Mühsam¹²⁴ gewesen sein kann. Die Gruppe ... scheint ... das Vertrauen der Besatzungsmacht zu besitzen, denn sie tagt offen im Lokal. Man gab eine Zeitschrift ‘Der freie Gedanke’, Organ für alle freiheitlichen Gruppen des Main- und Rheingebietes vom September 1949 sowie ‘Die Internationale’ Föderation freiheitlicher Sozialisten Deutschlands [Seite 2 fehlt]...“¹²⁵

Eine recht bizarre Episode stellt die sich von 1947 bis 1952 hinziehende Bearbeitung von Anhängern der anarchistischen „Freien Arbeiterunion Deutschlands“ (FAUD) in der PPA und später durch die ZPKK dar.¹²⁶ Die Abteilung Untersuchung der PPA Sachsen meldete bereits 1948 an Haid in der Berliner Zentrale, daß namentlich bekannte ehemalige FAUD-Aktivistinnen aus Sachsen, Berlin und Thüringen seit 1947 ihre Verbindungen reaktivierten. Die SMAD übernahm den Fall Ende 1948, gab ihn aber wieder an die SED zurück. Nach-

121 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 415ff. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß auch die KAPD, deren anarchosyndikalistische Positionen in den „Freien sozialistischen Blättern“ gelobt werden und deren Abkömmlinge, wie noch beschrieben wird, eine sehr intensive Untergrundarbeit in der SBZ entfalteten, mit ihren anarchosyndikalistischen Rätekonzepten der anarchistischen Strömung verwandt war. Der Bezug anarchistischer Mitteilungsblätter in Arnstadt beschäftigte im März 1949 auch die PPA des LV Thüringen. Mitteilung des LV Thüringen/PPA an das ZS Berlin vom 14.3.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 67.

122 SED-Hausmitteilung aus dem ZS an die ZPKK (Paul Laufer) vom 20.9.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 374.

123 Gemeint ist der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker.

124 Gemeint ist Kreszentia (Zenzi) Mühsam, Ehefrau des 1934 im KZ Oranienburg ermordeten Erich Mühsam, die über Prag nach Moskau emigrierte und in der Sowjetunion zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Sie kam Mitte der fünfziger Jahre in die DDR.

125 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 373. Ein weiterer Bericht vom 7.11.49 enthält die komplette Namensliste der Teilnehmer der Gruppe und die Mitteilung, daß organisatorische und technische Fragen des Vertriebs der Zeitschrift „Die freie Gesellschaft“ behandelt wurden. Ebenda, Bl. 375.

126 Für das weitere vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

dem 1949 der Dresdner V-Mann der PPA in der FAUD abgehängt wurde¹²⁷, informierte Anfang 1950 der sächsische Landesvorstand Paul Laufer von der inzwischen gebildeten ZPKK darüber, daß die Sache der Polizei übergeben worden war. Die Untersuchungsrichtung der Polizei (Agententätigkeit) veranlaßte diese zu der Empfehlung an die Parteigremien, mit der Entfernung der Delinquenten aus der SED noch zu warten, um die Ermittlungen nicht durch Verdunklungshandlungen derart Vorgewarnter zu stören. Selbst als die LPKK Sachsen dann ab 1951 mit dem inzwischen installierten MfS korrespondierte, da sie die FAUDler immer noch nicht loswerden konnte, fruchtete dies nichts. Noch im Jahr 1952 finden sich vergebliche Anfragen der ZPKK an die BPKK Dresden, wie denn nun die Angelegenheit beendet wurde. Und dieses Ende ist in den ZPKK-Akten nicht dokumentiert.

6.1. KPO in der SED

Unabhängig von der Betonung der Gefährlichkeit linksoppositioneller Kräfte in der SED schien die SED-Führung allerdings die traditionellen „Rechtsabweichler“ (früher von der KPD zur KPO gewechselte Kommunisten) besonders ernst zu nehmen. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf (angeblich zwischen 3.000 und 4.000 Mitglieder) hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPOler in beträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. In Berlin trafen sich bereits im Mai 1945 ehemalige KPO-Mitglieder und verständigten sich über ihre weitere politische Arbeit. Hier sammelte sich ein Teil einer Gruppe von ehemals 20 bis 25 KPO-Aktivisten um Heinrich Krause und Käthe Draeger, die in der Nazizeit erfolgreich gearbeitet hatte und nicht zerschlagenen wurde. Die Gruppe unterhielt Verbindungen zu Jakob Walcher und Hermann Duncker¹²⁸ sowie nach Cuba zu Heinrich Brandler und August Thalheimer. Zu ihnen stießen nach 1945 auch neue Anhänger und es wurde über die Reorganisation der KPO, ihre Überführung in die KPD oder den individuellen Beitritt zur KPD diskutiert. Ein Treffen ehemaliger KPO-Mitglieder in Berlin fand schon einen Tag nach der Erlaubnis demokratischer Parteien statt. Nach dem Beitritt aller zur KPD arbeitete die Gruppe als eigene Plattform weiter. Nach der Gründung der SED kam es 1946/47 neuerlich zu Begegnungen ehemaliger KPO-Mitglieder, an denen unter anderem auch Walcher und Duncker teilnahmen. Walcher und (im Sommer 1947 bei zwei Treffen)

127 In einem „Bericht über parteischädigende Elemente und zersetzende Gruppen innerhalb unserer Partei“ der PPA Sachsen vom 3.1.1949 war von FAUD-Sitzungen in Dresden seit über einem Jahr die Rede. Es handelte sich um 20 Parteimitglieder, alle vor 1933 bei den Syndikalisten. Die Unterlagen seien beim Landesvorstand; die Sache sollte im Januar 1949 zur Verhandlung kommen. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A 2005.

128 Walcher, ein Mitbegründer der KPD und als Zentralemitglied verantwortlich für Gewerkschaftsfragen, war nach seinem KPD-Ausschluß 1928 Gründungsmitglied der KPO und Mitglied ihrer Reichsleitung bis zu seinem Übertritt in die SAPD im Jahre 1932. Er kehrte 1946 aus den USA nach Deutschland zurück. Duncker, ebenfalls Mitbegründer der KPD und später Leiter der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH), war 1933 vom NS-Regime inhaftiert und kehrte 1947 aus seinem letzten (US-amerikanischen) Exil nach Deutschland zurück.

Duncker sprachen sich gegen KPO-Plattformarbeit aus.¹²⁹ Dies schien jedoch für Draeger und Krause nicht zu gelten.¹³⁰

Noch ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse wurden im Januar 1947, als „eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei ... noch nicht (existierte)“¹³¹, laut einem späteren „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen“ vom 28. Januar 1948 in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO sowie Gründungen von Spartakus, der KAP und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz, zum Teil mit Beteiligung oder unter der Führung von SED-Mitgliedern ausgemacht.¹³² Die Parteiakten dokumentieren schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus verantwortlicher Position in der Volksbildung entfernte KPO-Aktivistin der illegalen Arbeit nach 1933, Käthe Draeger¹³³. Heinz Krause, in Berlin aufgefallen als Verteiler von KPO-Material sowie durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegen Stalin, trat schon Mitte 1945 für eine KPO-Fraktionstätigkeit in der SED ein.¹³⁴

Ein Bericht über „Die Tätigkeit der KPO in Thüringen“ vom 30. September 1946 meldete die als Kurierfahrten bezeichneten Besuche von Theodor Bergmann¹³⁵ bei überlebenden KPO-Genossen in Weimar, Gera und Jena, denen er auch Brandlers und Thalheimers Aufsatz „Neun Fragen“ vom Dezember 1945 übergab. Anlaß zu der Recherche der Thüringer PPA bot offenbar eine Information über Bergmanns Besuch im September 1946 in Halle, welche der Landesvorsitzende Werner Eggerath nach Berlin gab. Der Informant Eggeraths bot Beihilfe zur Verhaftung Bergmanns im Falle eines weiteren Besuchs an.¹³⁶ Die Meldungen über Bergmanns Kontaktaufnahmen verstärkten den bereits geweckten Argwohn der Personalpolitischen Abteilungen hinsichtlich Infiltrationen der SED „von außen“. Bergmann

129 Die hier wiedergegebenen Informationen sind einem von der KPKK Leipzig am 19. Oktober 1950 erstellten „Protokoll über die Angelegenheit des Genossen Hans-Georg Meyer“ zu entnehmen. Die ablehnende Haltung Walchers („Fraktion ist verbrecherisch“) wird auch durch die Angaben von Fritz Paul, einem Teilnehmer der Treffen, bestätigt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Eine weitere diese Angelegenheit betreffende Notiz in den ZPKK-Akten ist auf den 14. November 1950 datiert. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385. Die Rekonstruktion der hier beschriebenen Nachkriegs-KPO-Kontakte wurde erst nach Beginn des Säuberungsschubs der Parteikontrollorgane ab Sommer 1950 systematisch betrieben. Für Berlin sind sie im „Vorläufige(n) Bericht über die KPO Berlin vom 11.8.1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK“ zusammengefaßt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

130 „Protokoll über die Angelegenheit des Genossen Hans-Georg Meyer“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Hier wird Käthe Draeger als zur „übergeordneten Leitung“ gehörig und Waldemar Bolze als westdeutscher Koordinator der Gruppe bezeichnet.

131 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385, vgl. auch „Organisierte feindliche Oppositionsgruppen“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 52–56.

132 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

133 Bis 1947 in der SED, fällt sie 1950 erneut wegen „feindlicher Propaganda“ (Weitergabe einer Thalheimer-Broschüre) auf und wird nun wegen „republikfeindlicher Haltung“ auch von ihrer Tätigkeit als Lehrerin an der Berliner Fröbelhaus-Schule ausgeschlossen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

134 Er kam 1950 seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvor. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

135 Bergmann wurde 1929 als Dreizehnjähriger Mitglied der Jugendorganisation der KPO und arbeitete, 1933 aus Deutschland vertrieben, später in der Exilorganisation der KPO. Im März 1946 kehrte er nach Deutschland zurück.

136 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385; vgl. auch Jochen Cerny, KPO in der SED ?, in: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hg.), Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000. Hamburg 1996, S. 100f.

wurde von der in dieser Sache kontaktierten Hamburger KPD als im Schweizer Exil „offen gegen die Partei“ und die Sowjetunion auftretender Agitator eingeschätzt.¹³⁷ Die erwähnte von ihm verteilte Schrift „Neun Fragen“ findet sich als Abschrift in den Parteiakten.¹³⁸ Unter den hier formulierten Positionen finden sich die Ablehnung der sofortigen Fusion beider Arbeiterparteien und der Kollaboration mit den Besatzungsmächten, eine äußerst kritische Haltung zur Besatzungspolitik, insbesondere zu den Vertreibungen, zur Ostgrenze und den Gewalttaten gegen die Bevölkerung. Und es findet sich auch der Ratschlag, „illegale Kaderorganisationen“ in den lizenzierten Strukturen aufzubauen. Brandler und Thalheimer bekräftigten die „Idee der proletarischen Diktatur in der Gestalt der Räte“ sowie der „Idee der proletarischen Demokratie“ unter Berufung auf Rosa Luxemburg und unter Abgrenzung vom „heutigen russischen Sowjetregime ..., wo die Räte eine leere Hülse geworden sind, und die Bürokratie das Monopol der Macht in der Partei, im Staate, in der Wirtschaft hat.“

Angesichts solcher die Zonengrenzen überschreitender Aktivitäten der KPO'ler war es folgerichtig, daß deren Tätigkeit in den Westzonen von der SED und der KPD aus nicht weniger aufmerksam beobachtet wurde, wie das Reorganisationspotential der KPO innerhalb der SED: Seit 1947 registrierte man systematisch die Arbeit von KPO'lern im Hamburger Raum, insbesondere die Verstärkung oppositioneller Stimmungen in der KPD durch die sehr aktiven deutschen KPO-Remigranten aus Skandinavien. Diese Remigranten unternahmen intensive Versuche, mit den deutschen KPO'lern vor allem in der russischen und englischen Zone, wo bereits in Skandinavien hergestellte KPO-Flugblätter verteilt wurden, Verbindungen aufzubauen.¹³⁹ Ebenso wurden die Kontakte und die Vortragstätigkeit Brandlers im Juni 1949 (so auch die taktischen Absprachen Brandlers zum Auftreten der KPO-Leute in Funktionärskonferenzen) registriert.¹⁴⁰ Nach den energischen politischen Gegenmaßnahmen der KPD konstatierte die SED-Abwehr 1949 einen Wandel der KPO-Taktik vom die KPD offen bekämpfenden Auftreten in Ortsgruppen und Funktionärsversammlungen zu verdecktem (getarntem) Agieren mit dem Ziel, der KPO in der Partei wieder Positionen zu erobern.¹⁴¹ Von der KPO-Zeitung „Arbeiterpolitik“ hieß es, sie werde auch in der Ostzone vertrieben.¹⁴²

Es gab also auch nicht nur sozialdemokratische „Infiltrationen von außen“ in Richtung politischer Partner in der SBZ, sondern auch im Falle der KPO. Der Unterschied: Die KPO war in allen Zonen illegal.

137 Ebenda.

138 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385, Bl. 630–636.

139 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Ordner „Berichte über Parteien und parteifeindliche Gruppen“, Bl. 345.

140 Ebenda, Bl. 356, 359, 364ff., 370f., 374f. „Brandler lehnt eine eigene Organisation ab und will sich ... auf Kaderbildung innerhalb der Partei beschränken. Um diese Kader zu schaffen, führt er Schulungsabende durch.“ Bericht vom 1.7.49, Ebenda, Bl. 376. Unter den „sechs KPO-Hauptvertretern“ im Gebiet Waterstedt-Salzgitter, mit denen Brandler sich im Juni 1949 traf (Bericht vom 6.6.49, ebenda, Bl. 356), war auch Waldemar Bolze, der als Trotzlist und Hauptorganisator der dortigen KPO bezeichnet wurde (Bericht vom 18.6.49, ebenda, Bl. 367) und an anderer Stelle („Protokoll über die Angelegenheit des Genossen Hans-Georg Meyer“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384) als westdeutscher Koordinator der ostdeutschen Gruppe Draeger/Krause bezeichnet wurde.

141 Bericht vom 6.6.49, ebenda, Bl. 356.

142 Ebenda, Bl. 374f.

Exemplarisch war die Abrechnung mit dem früheren KPD-Landtagsabgeordneten, KPO-Reichsleitungsmitglied und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt.¹⁴³ Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands, Hans Jendretzky, unterrichtete die PPA des ZS (und auch Ulbricht sowie Merker) im Juli 1947 von seinem Vorhaben, mit Hilfe des SED-Landesvorstands Thüringen den von ihm schon lange beobachteten dortigen Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten und 2. Vorsitzenden der IG im Zonenmaßstab abzusetzen.¹⁴⁴ Unter anderem wurde Schmidt bezichtigt, Flugblätter der „trozkistischen Opposition“ weitergegeben zu haben. Nach Schmidts Absetzung im August 1947 durch den IG-Landesvorstand wegen falscher Gewerkschaftspolitik hagelte es Proteste aus Betrieben gegen die Maßregelung des beliebten Gewerkschaftsfunktionärs.¹⁴⁵ Offenbar hatte Schmidts mutiges Auftreten im Rahmen seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär gegen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Auswirkungen auf die Ernährungs- und Versorgungslage dazu geführt, daß ihm von den Arbeitern seines gewerkschaftlichen Wirkungsbereiches großes Vertrauen entgegengebracht wurde. Dies war ein Warnsignal hinsichtlich der von den Stalinisten immer gefürchteten eigentlichen Gefahr, die von Trägern innerparteilichen Widerspruchs ausging, wenn sie sich in ihrem öffentlichen Wirken auch auf konspirativ arbeitende politische Zellen stützten. Am 4. September 1947 behauptete Jacob Schlör in einer Notiz an Dahlem im Berliner Zentralsekretariat, bei der durch den Zentralvorstand der IG Nahrung und Genuß veranlaßten Absetzung Schmidts hätte sich herausgestellt, daß letzterer geheime KPO-Arbeit betriebe und Verbindung zu Brandler unterhalte.¹⁴⁶ Im Januar 1948 bemühte sich das Zentralsekretariat um ein Gesamtbild. Der bereits erwähnte „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, den Ost- und Westzonen“ vermerkte eine von KPO- und KAP-Aktivisten ausgehende Sammlungstendenz mit Impulsen von trozkistischen Kreisen aus Frankreich und der Schweiz bzw. durch trozkistische Angehörige der amerikanischen Besatzungsmacht. Für die SBZ wird insbesondere auf Schmidts Erfurter KPO-Aktivitäten hingewiesen.¹⁴⁷ Im Juni 1948 wurde dieser entschiedene Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen aus der SED ausgeschlossen und einige Tage später mit anderen Parteimitgliedern zusammen von der sowjetischen Besatzungs-

143 Schmidt arbeitete nach 1933 in der Illegalität mit Otto Engert zusammen und war 1934–39 in Gestapo- und KZ-Haft.

144 Nachdem sich Jendretzky in seinem Schreiben über die Passivität des Thüringer SED-Landesvorstands beklagte, den er zuvor schon auf Schmidt aufmerksam gemacht hatte, schlug er vor: „Wir werden ihn bei den kommenden Gewerkschaftswahlen versuchen auszubootten, doch muß hier eine intensive Unterstützung, insbesondere durch die Landesleitung Thüringen, einsetzen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

145 Bericht über das Entstehen der KPO in Erfurt, Thüringen sowie der gesamten russischen Zone, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385. Der im Bericht suggerierte Eindruck, Schmidt hätte zonenweit die KPO reorganisiert, wurde hier zwar für Erfurt, aber keineswegs für die SBZ und noch nicht einmal für Thüringen durch Tatsachen gestützt.

146 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385. Schlör war von 1945 bis 1947 Leiter des Sekretariats und persönlicher Referent des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und 1947 Leiter der Abteilung Verwaltung. Er war KPD- und KPO-Gründungsmitglied und nach 1933 wegen illegaler Arbeit von den Nazis mehrfach inhaftiert. 1951 wurde auch er mit einem Parteiverfahren überzogen, das jedoch zumindest nach außen hin nicht mit seiner früheren KPO-Mitgliedschaft in Verbindung stand.

147 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385; vgl. auch Bericht „Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen“, 28.1.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 62ff.

macht in Erfurt verhaftet.¹⁴⁸ Tatsächlich hatte Schmidt ab 1945 seine „Kader“ in Erfurt nach dem im antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert und sorgte so auch für die Verbreitung der von Bergmann eingeschleusten Diskussionsmaterialien.¹⁴⁹ Die geheimen Informanten des Thüringer Parteivorstands wußten zu berichten, daß Schmidt in der Erfurter Gruppe unter anderem erklärte, Stalin betreibe Hegemonialpolitik in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung und seine Politik würde zu einer Niederlage gegenüber dem Westen führen. Die Demontagen und der Hunger würden die Deutschen demoralisieren.¹⁵⁰ Neben Schmidts Gruppe hörte man auch von 5 Saalfelder Parteimitgliedern, die des Trotzismus verdächtig wären und die illegale Zeitschrift „Neues Beginnen“ (von der noch die Rede sein wird) bezögen und verbreiteten. Vor einer Funktionärskonferenz mußten sich 12 bis 15 Mitglieder der „Schmidt-Organisation“ verantworten.¹⁵¹ Schmidt wurde am 2. Dezember 1948 von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt.¹⁵² Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland.¹⁵³

6.2. Internationale Kommunisten Deutschlands: Trotzistische Opposition in der Ostzone

In seiner Bautzener Strafhaft sollte Schmidt auf Oskar Hippe treffen, den das sowjetische MWD im September 1948 in Halle festgenommen und wegen antisowjetischer Propaganda sowie illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt hatte. Hippe wollte die trotzistische Opposition durch Unterstützung von Gruppenbildungen in Weißenfels, Merseburg, Leuna und im Mansfelder Land organisieren.

148 „Bericht von der Aussprache mit den Gen[ossen] Töpfer und Leßig am 7.8.1948 in Weimar“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Dem Bericht zufolge wurde Schmidt am 20.6.1948 auf Beschluß des KV Erfurt ausgeschlossen. Die Verhaftung erfolgte am 6. Juli 1948. Theodor Bergmann, *Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition*, Hamburg 1987, S. 420f.

149 Bericht über die Zusammenkunft der KPO-5er-Gruppen in Erfurt, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385; vgl. auch Bergmanns Erinnerungen in der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“, Nachdruck „Arbeiterpolitik November 1948 – Juli 1950“, o. O., 1975, S. 270.

150 Ebenda. Bergmann verweist insbesondere auf Schmidts Kritik an den Demontagen und dessen Eintreten für die Einschränkung der Reparationslasten. Schon im Oktober 1947 war die PPA des ZS von Schmidts scharfen Angriffen gegen die Politik der SMAD in seinen Gewerkschaftsreferaten und seiner Aufforderung, die Partei solle nicht alles kritiklos hinnehmen, informiert worden: „Für uns in Deutschland muß es zuerst heißen: Reparaturen und dann Reparationen.“

151 „Bericht von der Aussprache mit den Gen[ossen] Töpfer und Leßig am 7.8.48 in Weimar“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 324–326.

152 Bergmann, *Gegen den Strom*. S. 420f.

153 Die Flucht „des bekannten Erfurter KPO-Funktionärs“ Paul Elflein zusammen mit seinen Genossen Richard Gernhardt und Heinz Walk wird später von der Landesparteikontrollkommission Thüringen in einem Bericht vom 19. Juli 1949 über die KPO dokumentiert. Dort heißt es auch, die KPOler seien nach der Verhaftung der maßgeblichen Funktionäre vorsichtiger geworden. Ebenso sei nicht bekannt, ob „ihr bekanntes Fünfersystem noch besteht in ihren Stützpunkten.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Vgl. auch: Paul Elflein, *Immer noch Kommunist? Erinnerungen*, Hamburg 1978, S. 110 ff.

Zu Oskar Hippe hieß es schon in einem vermutlich Anfang 1947 erstellten Bericht, er sei „wahrscheinlich der gefährlichste. Hippe war bereits vor 1933 in trotzkistischen Gruppen organisiert ... Große Erfahrung im Aufbau illegaler Gruppen.“¹⁵⁴ Tatsächlich war Hippe nach seinem KPD-Ausschluß 1929 Mitglied des Lenverbunds und ging 1930 in die trotzkistische „Vereinigte Linke Opposition“. Dort war er 1933 Mitglied der Reichsleitung in Berlin. Während der Hitlerdiktatur arbeitete er illegal und wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Gemäß einer Vereinbarung der überlebenden Trotzkisten, vorerst in der KPD zu wirken, wurde er 1945 in zwei Westberliner KPD-Ortsgruppen nacheinander politischer Leiter und Instrukteur. Mit der Klarstellung seiner Unterbezirksleitung, ehemals aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder könnten nicht aufgenommen werden, war dieses Kapitel für Hippe schnell erledigt. Auch seine Mitarbeit in Weilands Sozialistischer Arbeitsgemeinschaft „Neues Beginnen“, einem Versuch der Zusammenführung und konzeptioneller Debatte von oppositionellen Linken verschiedener Tendenz (vgl. Abschnitt 6.3.), stellte er 1946 bald wieder ein. Die nach dem Krieg mühsam wiederentstehende trotzkistische Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) gab ein eigenes hektographiertes Blatt „Der Marxist“ als ihr Berliner Organ heraus.¹⁵⁵ Oskar Hippe organisierte mit Hilfe von Emil Bohn aus dem Weiland-Kreis und dessen alten Verbindungen die Arbeit der IKD in Mitteldeutschland sowie die Einschleusung von politischem Material. Hippes Verhaftung erfolgte in Halle wenige Tage nach seinem öffentlichen Auftritt auf der großen Funktionärsversammlung der ÖTV in Berlin-Friedrichshain, auf der er die Politik der Besatzungsmächte kritisierte.¹⁵⁶ Bei den Verhören in Halle und dem zentralen MWD-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen wurden er und die gleichfalls verhafteten Gruppenmitglieder Walter Haas und Walter Silberstein mit dem Vorwurf illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Tätigkeit konfrontiert. Seine Haftzeit, die er unter anderem in der StVA Luckau verbüßte, in die ihn schon die Nazis eingesperrt hatten, wurde nach seiner Übergabe an die DDR-Organen auf 15 Jahre herabgesetzt. Nach seiner Haftentlassung im Sommer 1956 überwachte das MfS Hippe nach gescheiterten Anwerbungsversuchen bis in die sechziger Jahre hinein.¹⁵⁷

154 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

155 Über die Aktivitäten der IKD in Westdeutschland und die politische Vergangenheit von Jungclas als einem der wichtigsten politischen Köpfe dieser Gruppe wurde von der Abwehr fortlaufend Material gesammelt (SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Ordner „Berichte über Parteien und parteifeindliche Gruppen“; zu Jungclas siehe Bl. 326ff.). So gab es Informationen über die IKD-Konferenz vom 25.–26.10.47 in Hamburg, über die KPD-Teilnehmer an dieser Konferenz und ihre Taktik innerhalb der KPD (Bericht über oppositionelle Kommunisten vom 28.10.47, ebenda, Bl. 342f.), eine Mitteilung des Landesverbandsvorstands der KPD, Bezirk Wasserkante, an die Personalabteilung der SED Dresden über die Teilnahme eines Dresdner Trotzkisten an diesem Hamburger Treffen (SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 74) sowie über die enge Verbindung der IKD mit den „Brandlerleuten“ (Bericht vom 9.12.47 über die Hamburger Trotzkisten, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Ordner „Berichte über Parteien und parteifeindliche Gruppen“, Bl. 344) und bis in das Jahr 1949 hinein weitere Berichte (ebenda, Bl. 59f., 69, 303, 350).

156 Hippe trat auf der Funktionärsversammlung am 9. September 1948 auf und trat seine Reise nach Halle mit politischen Material am 11. September an. Dort wurde er nach Verlassen der Wohnung Emil Bohns verhaftet. Vgl. Oskar Hippe, „... und unsere Fahn' ist rot“. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979.

157 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Operativ-Vorgang (OV) „Renegat“, Archivnummer 943/61. Die Überwachung Hippes in diesem OV wurde nach 1961 innerhalb des OV „Abschaum“, dem zentralen OV zur Ausforschung des

6.3. Von der KAPD zur Gruppe „Neues Beginnen“: Der Versuch einer vereinigten Opposition

Auch die KAP regte sich insbesondere in Berlin. Der Kopf eines zentralen Kreises von Berliner KAP-Leuten mit internationalen Verbindungen namens Jahn¹⁵⁸ aus Berlin Friedrichshain wurde im August 1947 mittels V-Mann-Arbeit eingeschätzt als „unbestechlich trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse ... Bei eventueller Verhaftung würde mit Gewalt oder Drohungen nichts erreicht werden ... Teilnehmer an den Spartakus-Kämpfen, Hamburger Aufstand, ... KAP, gemeinsame Arbeit mit oppositionellen SPD-Genossen, ... zeitweise mit Trotzlisten, Korsch, Ruth Fischer, ... Münzenberg.“ Arbeitsweise und Mitgliederstruktur der KAP-Organisation wurden beschrieben als „völlig konspirativ“, „in Vierergruppen organisiert“, „mit Decknamen und in SED, SPD, FDGB verankert, überwiegend OdF“.¹⁵⁹

Auch die schon erwähnte Gruppe „Neues Beginnen“ Weilands hat Wurzeln in der KAP, jedoch ging dieser Versuch in Form der Bildung einer „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (SAG)“ weit über die Revitalisierung alter Strukturen hinaus. Berichte über die Weiland-Gruppen in Ost- und Westberlin sind seit Juli 1946 (von der SED-Kreisleitung Kreuzberg an die PPA des LV Berlin)¹⁶⁰, verstärkt ab September 1946, nachweisbar.

Weilands politische Biographie führte seit den zwanziger Jahren über die KAP, AAU und KAU schließlich 1945 in die KPD, wo er bereits 1945 an der illegalen KAU-Revitalisierung mitwirkte. 1946 in der SED arbeitete er für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung sowie 1947 beim Aufbau des Instituts für Publizistik in Ostberlin. Die schon erwähnte ab Sommer 1946 einsetzende Gruppenarbeit erfolgte ab Ende 1946 infolge der zunehmenden Überwachung auch verstärkt konspirativ. Sie vereinte vor allem ehemalige KAP-, ISK¹⁶¹- und SAP-Mitglieder zur Verdichtung ihres Berliner Organisationsnetzes (Schöneberg, Steglitz, Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Moabit, Wedding, Reinickendorf)¹⁶² und besaß

westdeutschen Trotzskismus und seiner internationalen Verbindungen, fortgesetzt. Ebenda, OV „Abschaum“, Archivnummer 102/77, Bände 1–4.

158 Bericht vom 15.8.47, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Über „unseren Verbindungsmann zu diesem Kreis“ hieß es in dem Bericht: „Intelligent, würde bei intensiver Bearbeitung ein guter Funktionär innerhalb des Gegner-Apparates werden.“ Die „Jahn-Gruppe“ aus Berlin-Friedrichshain wurde auch im bereits erwähnten „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, den Ost- und Westzonen“ vom 28.1.1948 genannt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

159 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Die Jahn-Gruppe wurde in einem Bericht „Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen“ vom 28. Januar 1948 als Herausgeber eines abgezogenen Materials unter dem Titel „Solidarität“ vermutet. Ebenda, Bl. 62ff.

160 Kubina, In einer solchen Form ..., S. 368.

161 Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) entstand 1925 aus dem Internationalen Jugendbund, einer Gründung des Göttinger neukantianischen Philosophen Leonard Nelson, nachdem die Mitglieder dieser radikal linken, nichtmarxistischen Organisation aus der SPD ausgeschlossen worden waren. Bereits vor 1933 auf einen langfristigen Kampf unter dem Faschismus vorbereitet, konnte die Gruppe bis zu ihrer Zerschlagung 1937 eine organisierte illegale Arbeit leisten. Über den ehemaligen Vorsitzenden des ISK, Willi Eichler, beeinflussten die Positionen der Organisation stark die Umbildung der programmatischen Grundlagen der SPD nach 1945.

162 Bericht „Organisierte feindliche Oppositionsgruppen“, o. D. (wahrscheinlich Januar 1947), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 52ff. Nach diesem Bericht war die Schöneberger Gruppe aus der Eisenacher Straße (dem Wohnsitz Weilands) als führend anerkannt und wurde als theoretisch klarste und organisatorisch stärkste eingeschätzt.

Verbindungen nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schwerin, Hamburg, Braunschweig und Stuttgart sowie ins Ausland. Die Gruppe war in Dresden mit 15 Mitgliedern präsent. Sie zählte in Potsdam angeblich 100 und in Forst 40 Personen.¹⁶³ Ihre Mitglieder gehörten gemäß dem Kenntnisstand in der PPA vom April 1948 der SED, der SPD oder der KPD an. Akribische, wenngleich unprofessionell¹⁶⁴ erarbeitete Informationen über Weiland gingen an die Berliner PPA, die auch ausführliche Informationen über dessen Anstrengungen zur Integration linkssozialistischer Kräfte in den Westzonen von Informanten aus der Westarbeit erhielt. Es existiert eine Vielzahl vollständiger Sitzungsprotokolle von konspirativen Zusammenkünften, insbesondere der Gruppensitzungen von Weilands Schöneberger Gruppe aus der Feder eines oder mehrerer Informanten der PPA, welche belegen, daß man in dieser Einrichtung schon vor der Gründung der Abteilung Abwehr mit geheimdienstlichen Methoden zu arbeiten mußte.¹⁶⁵ So ergibt sich im nachhinein ein sehr plastisches Bild der Diskussionen und Aktionen dieser Gruppe. Trotz der zum Teil heftigen kontroversen Debatten zwischen Weiland und Hippe zur Einschätzung der UdSSR¹⁶⁶, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie zur Konzeption der eigenen politischen Arbeit in der SED¹⁶⁷ wurde man sich in diesem Kreis in einigen wichtigen Fragen durchaus einig. So wurde einmütig die Auffassung vertreten, in der Sowjetunion habe sich die Partei zum Instrument einer inzwischen herrschenden Bürokratie verwandelt¹⁶⁸, welche die Interessen des eigenen Landes höher stelle, als die Interessen des Weltproletariats.¹⁶⁹ In der Gruppe setzte sich 1946/47 Weilands Sichtweise durch, es sei „notwendig, daß wir in den politischen Parteien immer revolutionär zu arbeiten haben, entweder in der SED oder in der SPD

163 Vgl. dazu: „Bericht von den in Berlin festgestellten Arbeiten der KAP-Gruppe“ (vermutlich vom März 1948), „Bericht aus Halle über Arbeit linker Gruppen in Sachsen-Anhalt“ vom 14. April 1948, „Neues Beginnen – Ostzonenkonferenz“ vom 7. Mai 1948; SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Vgl. auch: Sylvia Kubina, Die Bibliothek des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978), Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek der FU Berlin, Juni 1995.

164 „Der Genosse, der seit 1948 die Verbindung in diese trotzkistische Organisation hatte, hat diese Verbindung schleifen lassen ... weil er ... mit Parteiarbeit zugedeckt ist ... weil wir von Berlin aus keine Zeit hatten, diese Arbeit anzulehnen und wir in Sachsen-Anhalt keine entsprechend klaren Verhältnisse hatten, um diese Arbeit von dort aus machen zu lassen.“ Aus: „Betr. Gruppe Neues Beginnen“, Bericht vom 5. Juni 1950. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

165 Für das Folgende siehe: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

166 Typisch für solche Kontroversen war die Einschätzung des stalinistischen Regimes entweder als „entartete proletarische Revolution“ oder als eine von der bolschewistischen Partei gelenkte Arbeiterrevolution, die wegen des überwiegenden bäuerlichen Elements seit der NÖP schnell ins Bürgerliche abrutschte und die Macht von den Betriebsräten an die Bürokratie übergang. Bericht über die Sitzung vom 29.9.1946.

167 Während Weiland erklärte, „wir (müßten) uns trotz alledem an die Sowjet-Union anlehnen ..., weil sie immerhin der Arbeiterklasse größere Möglichkeiten für ihre Entfaltung bietet“, plädierte Hippe im Gegensatz zu Weiland in Anlehnung an Positionen der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartakus“ für illegalen Kampf, aus dem heraus Maßnahmen erwogen werden müssen. Er bezeichnete den Arbeitskreis als Grundstock für eine neue Partei (Spitzelbericht über die Gruppensitzung vom 13. Oktober 1946). Weilands Vorschlag zur Ausrichtung der Gruppe hinsichtlich der SED lief dagegen darauf hinaus, „drin zu bleiben“ und oppositionelle Stimmungen zu nutzen, um die Partei in die richtigen Bahnen zu lenken. Bericht über die Sitzung am 27. Oktober 1946.

168 So hieß es einvernehmlich, heute herrsche in der Sowjetunion eine Form des Staatskapitalismus. Bericht über die Sitzung vom 29.9.1946.

169 So stellte Oskar Hippe in der Gruppensitzung vom 10. November 1946 fest, es herrsche Einvernehmen darüber, daß die SMA in Deutschland als verlängerter Arm der sowjetrussischen Außenpolitik agiere.

... Wem es aber nicht gegeben ist, in den Parteien zu arbeiten, der soll in die Gewerkschaften oder in andere Organisationen gehen ...¹⁷⁰ Diskutiert wurde in der Folgezeit insbesondere die Verlegung der Gruppenkader weg von den scharf kontrollierten Parteien hin zur Basisarbeit im FDGB.¹⁷¹

Die Aktivitäten der Weiland-Gruppen wurden seitens des SED-Apparats mit wachsender Unruhe registriert. Daß dieser Argwohn sich zu einer Gefahr verdichtete, blieb auch der Schöneberger Kerngruppe nicht verborgen.¹⁷² Zum politischen Profil des Zusammenhangs wurde durch die PPA zutreffend eingeschätzt: „In der Gruppe Weiland wird versucht, eine Plattform auszuarbeiten ... Ideologische Abgrenzung von der Sowjetunion. SED in Deutschland und kommunistische Parteien sind mehr denn je der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik.“¹⁷³ Eine in diesem Bericht zitierte Spitzelinformation besagte: „Hippe hat in der letzten Besprechung bei Weiland in Schöneberg darauf hingewiesen, daß die SED versuche, die Oppositionsbewegung in den westlichen Sektoren Berlins genau zu beobachten und Anschluß an die Gruppen zu bekommen. Aus konspirativen Gründen soll ... nur noch in der jeweiligen Gruppe gearbeitet werden. Zu Sitzungen in Schöneberg sollen nur von Fall zu Fall Bezirksdelegierte entsendet werden.“¹⁷⁴ Die Vorstellung verdeckter Infiltration dieser Gruppen in die SED hinein wirkte auf den Parteiapparat alarmierend. In einem späteren von der ZPKK im Juni 1950 verfaßten resümierenden Bericht hieß es dann schon etwas übertrieben: „In der ersten Hälfte 1948 stellten wir durch eine vertrauliche Verbindung fest, daß über die gesamte damalige sowjetisch besetzte Zone ... eine trotzkistische Organisation existiert, der, soweit wir feststellen konnten, ausnahmslos Funktionäre unserer Partei bzw. der staatlichen Verwaltung angehörten.“¹⁷⁵ Wirklich gefährlich war

170 Bericht über die Sitzung am 10. November 1946. Auf dieser Gruppensitzung wurde der für oppositionelle Kommunisten damals und auch später zentrale interne Dissens deutlich, welcher letztlich zum Ausscheiden der Trotzkisten aus dem Weiland-Projekt führte: Oskar Hippe bekräftigte seinen Standpunkt, eine Reformierung der SED sei unmöglich; nur ihre Zerschlagung könne das Thema sein. Dagegen argumentierte Alfred Weiland, eine Reformierung oder die Zerschlagung der SED stünde überhaupt nicht zur Debatte und sei eine falsch gestellte Frage. Man müsse in den bisherigen Organisationen revolutionär arbeiten.

171 Bericht aus Halle vom 14. April 1948. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

172 Auf der Sitzung der Schöneberger Gruppe am 24. November 1946 verkündete ein Sitzungsteilnehmer, auf der letzten Funktionärssitzung in Lichtenberg habe der Genosse S. davon gesprochen, es gäbe „Kenntnis von Gruppen, die sich innerhalb der Partei gebildet hätten, die zum Teil von amerikanischen Soldaten beeinflusst werden, wie das wohl in Schöneberg der Fall sei.“ Spitzelbericht über die Sitzung vom 24.11.1946, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Tatsächlich war in einem früheren Spitzelbericht an die PPA vom 29. September 1946 von der Teilnahme eines amerikanischen Offiziers an der Schöneberger Gruppensitzung die Rede. Bericht über Zusammenkunft von 18 Personen bei Weiland am 29.9.46, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

173 Undatierter Bericht über „Organisierte feindliche Oppositionsgruppen“, wahrscheinlich Januar 1947, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

174 Dieser Beschluß wurde auf der Sitzung der Schöneberger Gruppe am 8. Dezember 1946 gefaßt, über die ebenfalls und sogar zwei verschiedene Berichterstatter Protokolle bei der PPA abliefern. Auf dieser Sitzung hatte Oskar Hippe mitgeteilt, 10 Genossen der Abteilung Presse und Information der SED beobachteten im Westen Berlins die oppositionelle Bewegung und versuchten Verbindung aufzubauen. Zwei weiteren Spitzelberichten über die Sitzung der Schöneberger Gruppe vom 5. Januar 1947 zufolge gab es die Gruppe Nord (Wedding, Pankow, Reinickendorf, Mitte – diese Gruppe sollte geteilt werden), die Gruppe Moabit (8 Personen), Gruppen in Charlottenburg (mit Schwerpunkt Jugendarbeit), Zehlendorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg. Ebenda.

175 „Betr[iff]t Gruppe Neues Beginnen“, Bericht vom 5. Juni 1950. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

wohl weniger die Infiltration von Partei und Verwaltung, als vielmehr ein drohender Zusammenschluß der verschiedenen widerständigen Zellen innerhalb und am Rande der SED.¹⁷⁶ Weiland bemühte sich auch um die Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartakus“¹⁷⁷ und anderen Berliner KAP-Leuten. Seinem drohenden Parteiausschluß kam er im Mai 1948 durch Austritt zuvor.¹⁷⁸ Ein weiteres führendes Gruppenmitglied, der KAP-Mitbegründer und (bis 1937) Kopf der „Roten Kämpfer“, Karl Schröder, war Leiter der Volkshochschule Neukölln, was der Gruppe die Verbreitung ihrer theoretischen Positionen durch Schulungsabende erleichterte.¹⁷⁹ Der Hallenser Emil Bohn saß in der Abteilung Handel und Versorgung der Provinzialregierung, ein weiteres Gruppenmitglied in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung.

Besonders provozierend war natürlich, daß der Kreis um Weiland eine eigene nicht lizenzierte hektographierte Zeitung „Neues Beginnen – Blätter Internationaler Sozialisten“ mit Redaktionskommissionen in Frankfurt/M. und Berlin sowie Mitarbeitern im Ausland herausgab¹⁸⁰, die auch in der SBZ illegal vertrieben¹⁸¹ und an vielen Orten in den Westzonen

176 Allerdings war es Konsens im Schöneberger Kreis, daß alle Gruppenmitglieder sich für eine Kandidatur zu den Gewerkschaftswahlen bereitzuhalten haben. Bericht über die Sitzung vom 5.1.1947, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

177 Das gleichnamige Organ der trotzkistischen Gruppe „Neuer Spartacus“ erschien seit März 1946. In der 1. Nummer dieses Periodikums wurde von Drohungen Hermann Materns berichtet, daß nach der Wahl (gemeint sind die Wahlen zu den Land- und Kreistagen in der SBZ sowie zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20. Oktober 1946) mit der Opposition Schluß gemacht und die KAP herausgeschmissen würde. Bericht über die Sitzung der Schöneberger Gruppe am 6. Oktober 1946. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

178 „Betr[iff]t Trotzkistische Organisation Weiland/Schröder“, Berlin, vom 6.8.1948, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

179 Weiland hielt ab 26. Oktober 1946 auch Volkshochschulkurse in der Volkshochschule Berlin-Steglitz über Planwirtschaft. Gesammelt sind Spitzelberichte der SED-Kreisleitung Steglitz, welche die persönlichen Verbindungen des Referenten Weiland mit Kurssteilnehmern und den Inhalt der Referate zum Gegenstand haben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 210ff. Schröder und Weiland (der nach seinen Angaben auch an der Neuköllner Volkshochschule dozierte) wurden 1949 auf Veranlassung der Amerikaner, die keine Kommunisten als Lehrkräfte tolerierten, von der SPD als Dozenten an der Neuköllner Volkshochschule entfernt. An der Schöneberger Volkshochschule konnte sich die Gruppe bis zum Frühjahr 1950 halten, bis die Arbeit ihrer Referenten auch dort von der SPD aus den genannten Gründen beendet wurde. Aussage Weilands in einer Vernehmung des MfS, BStU, ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 205.

180 MfS-Vernehmung Weilands zu den „Gruppen Internationaler Sozialisten“, BStU, ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 204.

181 Die Auflage der Zeitung für Berlin und die Ostzone betrug gemäß den Aussagen Weilands bei den Vernehmungen des MfS anfangs 200 und stieg im Laufe des Jahres 1948 auf 300. Für den Westen stieg die Auflage von 500 auf über 1.000. BStU, ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 205. Der bereits zitierte „Bericht über Aktivitäten ...“ stellte für Sachsen-Anhalt als Vertriebsorte Halle und Magdeburg fest. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385. Am 10. April 1948 berichtete die Personalpolitische Abteilung des Magdeburger Bezirkssekretariats an Bruno Haid von der PPA in der Berliner Zentrale über eine Versandaktion der Zeitung „Neues Beginnen, wobei die Weiland-Gruppe fingierte Absender benutzte. Gleichzeitig reklamierten die Magdeburger bei der Berliner Zentrale Abstimmungsbedarf über den von ihnen im illegalen Zeitschriftenvertrieb eingesetzten Spitzel: „Hoffentlich habt ihr in der Aussprache über diese Frage den richtigen Weg gefunden und mir wird dies möglichst bald durch den Genossen Otto Walter mitgeteilt, damit der Genosse R. über sein weiteres Verhalten unterrichtet werden kann.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Der hier erwähnte Otto Walter war 1946 bis

nachgedruckt wurde. Überdies gelang es ihm, das MWD durch gefälschte Spitzelberichte zu desorientieren.¹⁸² Um das Maß voll zu machen, bemühte sich Weiland offenbar auch noch um die zonenübergreifende Vernetzung linksoppositioneller Strömungen. So fand am 5. und 6. Mai 1948 in Berlin-Neukölln eine Ostzonenkonferenz (48 Teilnehmer) statt, die auch zur Klärung offener organisatorischer Fragen diente.¹⁸³ Kurze Zeit später wurde Otto Walter (PPA des Landesvorstands Sachsen-Anhalt) über einen Besuch Alfred Weilands in Westdeutschland informiert.¹⁸⁴ Weiland entfaltete also eine rege Reisetätigkeit sowohl in der SBZ¹⁸⁵ als auch in Westdeutschland¹⁸⁶. Die Gruppe Internationaler Sozialisten spaltete sich im Herbst 1949 an der Frage des Aufbaus einer eigenen Organisation aus den bestehenden Kreisen, wobei die Anhänger Karl Schröders, die eine solche Entwicklung befürworteten,

1950 Abteilungsleiter und Mitglied des Sekretariats des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt und ab 1955 stellvertretender Minister für Staatssicherheit.

182 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380; siehe auch S. Kubina, Weiland.

183 Angeblich hat am 5. Mai auch der seit 1926 in den USA lebende und mit Weiland befreundete Rätekommunist Paul Mattick über die Lage in den USA vorgetragen. Dem Spitzelbericht vom 7.5.48 zufolge hatte die Berliner Weiland-Gruppe Verbindung nach Apolda (Thüringen) und nach Zeitz, Aschersleben, Oschersleben, Genthin (alle Sachsen-Anhalt), Schwerin (Mecklenburg) und Dresden (Sachsen). Der Dresdner Kreis hatte angeblich 15 Mitglieder, davon 3 Referenten aus der SED. Dagegen sei die Gruppe in Leipzig zerfallen. Unter den Verbindungen nach Westdeutschland nennt der Bericht solche nach Wuppertal, Düsseldorf, Duisburg, Braunschweig, Stuttgart, Hamburg und Bremen. Berichte vom 7.5.48 und vom 14.5.48 über die Zonenkonferenz der Weiland-Gruppen am 5./6. Mai 1946, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Ein Bericht über die Tagung der in Hamburg vorbereiteten „Neuen Sozialisten“ am 14./15.6.48 in Düsseldorf, auf der Weiland einer der Hauptreferenten war, erinnerte nochmals an die „Zonenkonferenz“ der Weiland-Gruppe im Mai: „In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Weiland-Gruppe am 5. und 6.5.48 in Berlin-Neukölln eine Ostzonenbesprechung durchführte. Am 5. waren 48 größtenteils Berliner Teilnehmer und am 6., wo in der Hauptsache organisatorische Fragen in Zusammenhang mit der Ostzone besprochen wurden, 8 anwesend.“ Bericht Nr. 122, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 53.

184 „Informiere bitte unseren Gardelegener Genossen, daß am 14. und 15.5.48 in Düsseldorf die Neuen Sozialisten zu einer Konferenz zusammentraten. Eine Vorbereitung fand einen Tag vorher in Hamburg statt, an der einer der Hauptreferenten der Düsseldorfer Tagung, Weiland, Berlin, teilnahm.“ Vertrauliche Mitteilung vom 2.6.1948 betreffs Weiland/Berlin, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

185 „Vor ca. 14 Tagen war Weiland in Dresden und hatte dort eine Konferenz mit ca. 30 Gesinnungsgenossen. Für die 2. Augushälfte ist ein ähnliches Treffen wie das, [welches] am Himmelfahrtstag in Berlin stattfand, in Halle geplant. Es ist in Aussicht genommen, Verbindungsleute aus dem Land Sachsen, aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einer Konferenz zusammenzufassen. Weiland denkt an den Ausbau seiner Stützpunkte in den Industriezentren dieser drei Länder. Die Vorbereitungen für diese Konferenz hätte das Mitglied unserer Partei Emil Bohn/Halle zu erledigen ... Kommt die Konferenz in Halle nicht zustande, dann wird versucht, in jedem Land eine Konferenz ... durchzuführen. In den Mittelpunkt der Tagung in Halle denkt Weiland die Verbindungen zu den Betrieben bzw. die Betriebsrätewahlen zu stellen. Die organisatorische Linie seiner Organisation geht dahin, es nicht zu einer selbständigen Partei kommen zu lassen. Im Westen Deutschlands wird versucht werden, in zunehmendem Maße innerhalb der SPD zu arbeiten und in unserer Zone steht für seine Organisation die Aufgabe, an die ehemaligen SPD-Funktionäre heranzukommen.“ Aktennotiz „Betrifft ‚Neues Beginnen‘, Weiland“ vom 30.7.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380. Bohn war im Raum Halle für den Vertrieb der Zeitschrift „Neues Beginnen“ verantwortlich. Bericht aus Gardelegen vom 28. Juli 1948, ebenda.

186 Zur Pfingstreise Weilands nach Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Köln, Ulm, Stuttgart, Hannover, und Braunschweig hieß es: „In jedem dieser Orte hat er an einer Konferenz der KPA [muß heißen: KAP] bzw. von Gesinnungsgenossen, die sich um die Zeitung „Neues Beginnen“ sammeln, teilgenommen. Aktennotiz vom 30.7.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380.

sich dann dem Schlömer-Kreis um die Zeitschrift „Pro und Contra“ (vgl. dazu Abschnitt 7.1) anschlossen.¹⁸⁷

Am 11. November 1950 fand die vom sowjetischen MWD in Auftrag gegebene Entführung Weilands aus Westberlin statt.¹⁸⁸ Das MWD verhörte Weiland ein Jahr in Berlin-Lichtenberg und Karlshorst; weitere Verhaftungen in Berlin, Magdeburg, Halle und anderen Orten folgten. Im Rahmen der von den sowjetischen Sicherheitsorganen verfolgten Untersuchungsrichtung „Spionage“ interessierte man sich unter anderem für Weilands Rolle bei der im Herbst 1949 aus der zerfallenden Gruppe Internationaler Sozialisten (Neues Beginnen) hervorgegangenen „wissenschaftlich-sozialen Vereinigung“ und deren Kontakte nach Ostberlin und in die DDR. Die Verbindung zu den illegalen Gruppen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg (für die Weiland verantwortlich war) und nach Sachsen und Brandenburg wurde gemäß Weilands Aussagen durch V-Leute hergestellt, wobei im konspirativen Verbindungssystem die V-Leute die jeweiligen Gruppenleiter zum Schutz der Gruppen nicht benennen durften. Diese V-Leute transportierten auch die Schriften der Organisation in den Osten. Unter diesen Verbindungsleuten war wiederum Emil Bohm. Den vier Westberliner Gruppen waren (ebenfalls in konspirativer Logistik) arbeitsteilig die Verbindungen zu den Ostberliner Bezirken zugeordnet.¹⁸⁹ Interesse zeigten die Sowjets besonders für den schon der Gruppe „Neues Beginnen“ angehörenden und innerhalb der „wissenschaftlich-sozialen Vereinigung“ für die Weddinger Gruppe arbeitenden Adam Metzger. Von Metzger war der SED-Abwehr ein Brief in die Hände gefallen, in dem es hieß:

„Ich habe erlebt und gesehen, daß nach Lenin in ‘Staat und Revolution’ auch die ‘Demokratische Republik’ ein ‘Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse’ ist ... Noch nie in der Geschichte ist die Arbeiterklasse so ausgebeutet worden wie unter Stachanow und Hennicke. Die Nutznießer sind eine Staats- und Parteibürokratie ... Der Stalin-Pieck-Rummel hat seine philosophische Grundlage in der Nietzsche-Theorie, verbrämt mit marxistischen Zitaten. Die Nietzsche-Moral kommt schon beim kleinsten Funktionär zum Ausdruck, der sich schon als kleiner Gott vorkommt und sein Klassenbewußtsein im Gebetbuch ‘Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)’ personifiziert ... Jede offene Kritik wird als Verbrechen gestempelt (Einheit Juni 49) und dementsprechend gehandelt. Die Allianz mit dem verfaulten Bürgertum widerspiegelt sich in den eigenen Reihen wie Korruption, Betrug, sinkende Moral, kurz alles, was in einer untergehenden Welt an stinkendem Unrat an die Oberfläche geschwemmt werden kann. Bezeichnend ist, daß einer von dem anderen bespitzelt [wird] und jeder Aufrechte wird eines Tages fallen ... Man verherrlicht Rosa Luxemburg als Theoretikerin und Kämpferin, man verlegt aber nicht ein einziges ihrer Werke, außer den Zuchthausbriefen.“¹⁹⁰

187 Aussage Weilands in einer Vernehmung des MfS, BStU ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 206. Karl Schröder verstarb im Frühjahr 1950.

188 Vgl. auch Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 63, S. 580 und: Der Staatssicherheitsdienst, BM für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), Bonn/Berlin 1962, S. 143–148 (Erlebnissbericht Weilands).

189 Ein Teil der Vernehmungsprotokolle wurde von den Sowjets später dem MfS übergeben. Diese Protokolle finden sich in BStU, ZA, U 258/52 („Untersuchungsakten der Freunde“), Vernehmungen vom 1.12.50 bis 31.5.51.

190 Brief Metzgers vom 8.1.1950, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/405, Bl. 168ff.

Weiland widerrief seine Aussagen – insbesondere die den Vorwurf der Spionage für die Amerikaner betreffenden Angaben.¹⁹¹ Der vom MfS verfolgte Spionageverdacht gegen Weiland wurde 1951 niedergeschlagen und er wurde dem MfS der DDR übergeben. Dieses eröffnete seine Untersuchungen gegen Weiland am 11. Dezember 1951 wegen Leitung einer trotzkistischen Gruppe und Spionage für die Amerikaner. Die Beschuldigungen wegen „trotzkistischer Betätigung“ erstreckten sich auch auf alle anderen im Zusammenhang mit seinem Fall Verhafteten. Auch Oskar Hippe wurde an seinem Haftort StVA Bautzen zu Weiland und zu Emil Bohn vernommen. Untersuchungsgegenstand waren ebenfalls die Reisen Weilands im März 1950 in viele Städte Westdeutschlands, seine Tätigkeit für amerikanische Journalisten und Dienststellen und die im Westen operierenden „antisowjetischen Organisationen“.

Alfred Weiland wurde am 27. August 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Sühnemaßnahmen wegen Boykottethetze und Spionage verurteilt.¹⁹² Unter den neun Mitangeklagten (verurteilt zu Zuchthausstrafen zwischen 2 und 10 Jahren) waren unter anderem Emil Bohn (verurteilt zu 8 Jahren), Adam Metzger (10 Jahre) und Karl Gertich (7 Jahre).¹⁹³ Der MfS-Schlußbericht bezeichnete die Beschuldigten als „Verbrecherbande von Spionen“ und als „minderwertige bezahlte Subjekte des amerikanischen Imperialismus“, deren „nationaler Verrat“ „härteste Sühne“ verlange. Die Anklage bewertete die politische Arbeit der Gruppe als „Gefährdung des Friedens“ und die Gruppe Internationaler Sozialisten selbst als „verbrecherische Organisation“.

Das von den Sicherheitsorganen dann zerschlagene Gruppennetz hatte weit über Berlin hinaus erheblichen Umfang, wie man vorsichtig aus den Untersuchungsprotokollen¹⁹⁴ schließen kann.

7. Die Gefahr der „dritten Kraft“

Das, was sich mit Beginn des Besatzungsregimes in Deutschland entwickelte, blieb weitab vom politischen Willen und von den Hoffnungen vieler Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten unterschiedlicher Tendenz, Anarchisten und Anarchosyndikalisten auf einen Neuanfang. Dies betrifft nicht nur den offenkundigen stalinistischen Kurs der KPD/SED in der sowjetischen Zone und Westberlin sowie der KPD in den Westzonen, sondern auch den Kurs der „Schumacher-SPD“ in Westdeutschland und in Westberlin. Vielfach wurden sie, sofern sie sich überhaupt der KPD/SED oder SPD angeschlossen hatten, schon bald aus diesen Parteien mehr oder weniger rasch hinausgedrängt – im Falle der SED auch schon vor Beginn des harten Säuberungskurses, im Falle der SPD (besonders in Westberlin) immer dann, wenn sie in Verdacht gerieten, mit der SED zu sympathisieren. Andere resignierten

191 Vgl. dazu den Brief Weilands an Ulbricht vom 18.11.1958 in den Akten des MfS, hier: BStU ZA, AU 258/52, Band 2b (Ermittlungsverfahren), Bl. 106f.

192 Weiland wurde nach Verminderung seiner Strafe auf 8 Jahre am 8. November 1958 nach Westberlin entlassen.

193 Karl Gertich, seit 1947 Mitglied der SED und Inspekteur bei der HV der DVP, informierte Weiland von der ihm durch seine Dienststellung bekannt gewordenen Beobachtung der Weiland-Gruppe. BStU, ZA, AU 258/52, Band 3 (Gerichtsakten), Bl. 49f.

194 Zu Weiland und anderen siehe BStU, ZA, AU 258/52 und ZA, AS 102/77.

und traten aus. Es kann daher nicht verwundern, daß es in allen Zonen und in ganz Berlin starke Minderheiten in diesen großen Parteien, an ihren Rändern und in ihrem politischen Umfeld gab, die für Versuche aktivistischer Kerne erreichbar schienen, eine linke politische Alternative zu KPD/SED und SPD aufzubauen.¹⁹⁵ Doch auch unter ehemaligen SAP-Mitgliedern beispielsweise unterschied sich der Zustandsbefund nicht wesentlich von dem der enttäuschten SED- bzw. SPD-Mitglieder. Gegenüber neuen Parteigründungen ebenso skeptisch eingestellt, wie zur Frage der eigenen Wiedergründung, schätzte man gemäß einem Bericht eines KPD-Informanten auf einer Versammlung der ehemaligen SAP'ler in Köln im Mai 1948 ein:

„Die KPD hätte ihr Firmenschild geändert [gemeint ist die kurze Episode des Versuchs, die KPD unter dem Namen „Sozialistische Volkspartei Deutschlands“ umzuetikettieren], weil sie sich ihres Namens schäme und allmählich im Straßengraben endete. Die Mitglieder seien empört über die Apparatebürokratie und verließen in großer Anzahl die Partei. Auch die Mitglieder der SPD wären unzufrieden ... Voraussetzungen ... schaffen, daß alle diese enttäuschten Arbeiter gesammelt und der marxistischen revolutionären Bewegung zuzuführen seien ... noch nicht aus der KPD und SPD austreten. Es wäre noch nicht soweit. Es müßte vorsichtig und klug gearbeitet werden, damit die Parteiapparabürokratie keine Gelegenheit zum [Ausschluß] erhalte ... KPD keine marxistische proletarische Partei mehr ... SED ... nicht die führende Kraft in der Ostzone, sondern die Sowjet-Besatzungsmacht auf den Bajonettspitzen.“¹⁹⁶

195 Daß solchen Bestrebungen, in Deutschland eine alternative „dritte Kraft“ neben der SED und der SPD zu bilden, seitens der international agierenden trotzkistischen Bewegung besondere Beachtung geschenkt wurde, kann kaum verwundern. Als Beispiel mag ein streng vertraulicher Bericht eines Informanten der SED-Westabwehr über ein Gespräch mit dem der 4. Internationale nahestehenden Berliner Vertreter der französischen Zeitschriften „Le Combat“ und „Franc Tireur“, Sternberg, mit dem der amerikanischen trotzkistischen Shachtman-Gruppe nahestehenden Paul Parisot (Paris) sowie mit einer Frau Weill (Mitarbeiterin des Vorsitzenden der 4. Internationale, Germain) vom 13.12.49 dienen. Hinsichtlich der Bestrebungen, die linken Gruppen in Deutschland lose zusammenzubringen, hieß es laut diesem Bericht seitens der französischen Trotzkisten: „Die durch die Rußlandpolitik verschuldete Niederlage der KPD in Westdeutschland und das Absinken der SPD in bürgerliches Fahrwasser habe einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft von der Politik abgestoßen. Wenn es gelänge, diese Arbeiter und überhaupt die deutschen Arbeiter von der Notwendigkeit einer neuen Bewegung zu überzeugen, würde das auch im internationalen Maßstab Wirkung haben. Wahrscheinlich würden die deutschen Genossen ... dem Klassenkampf eine neue Richtung geben und in der Lage sein, eine wirkliche sozialistische Bewegung auszulösen, die ... dann auch die Richtigkeit einer Vereinigung bestätige.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Ordner „Berichte über Parteien und parteifeindliche Gruppen“, Bl. 387f.

196 Bericht Nr. 133 eines KPD-Mitglieds über die SAP-Versammlung in Köln vom 2.5.1948, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 57f. Im Bericht Nr. 122 über die erste Konferenz ehemaliger SAP-Mitglieder in Köln am 15./16.5.48 zur Frage der Neugründung der SAP wurde übermittelt, man habe dort zugunsten der fraktionellen Arbeit in der SPD (ähnlich der schon bestehenden fraktionellen Arbeit der ISK'ler und der religiösen Sozialisten) von einer solchen Neugründung Abstand genommen. Man wolle oppositionelle SPD-Funktionäre in den Kreis einbeziehen, um die Massenbasis zu erhalten und eigene Rundbriefe (auch in die Ostzone) versenden. Wenn es dann durch die politische Arbeit der eigenen marxistischen Fraktion zur Spaltung der SPD komme, sei die Gründung einer neuen Arbeiterpartei möglich, der man jetzt den Boden bereiten müsse. Die dort vertretene Positionierung der Teilnehmer zur SU wurde vom KPD-Berichterstatter als „antisowjetisch“ eingeschätzt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 53. Zu dem im Bericht genannten SAP-Aktivisten Dr. Pauli wurde seitens der SED-Abwehr intensiv Material gesammelt.

Es ist aus heutiger Sicht eher erstaunlich, daß es angesichts der Aussichtslosigkeit des Unterfangens von Parteigründungen gegen den Willen der großen Parteien SED und SPD sowie der Besatzungsmächte, die ja Parteien lizenzierten, überhaupt derartige Versuche gab. Daß sie stattfanden und auf welche eigentümliche Weise sie von allen interessierten Seiten benutzt und schließlich verhindert wurden, ist nur aus der besonderen „Dialektik“ des sich entwickelnden Kalten Krieges nachvollziehbar. Denn es ging nicht nur um die Blockade solcher Versuche, sondern auch um die Frage, wie sie im Dienste des Kalten Krieges Ost gegen West auf deutschem Boden gegen die jeweils „andere Seite“ zu deren Schwächung instrumentalisiert, manipuliert oder umgeleitet werden konnten. Ebenso ließen sich merkwürdige Interessenkonklusionen der Gegner im Kalten Krieg beobachten, wenn es darum ging, erstarkende oder sich der Infiltration entziehende Projekte dieser Art zu zerschlagen.

Jene Infiltration fand seitens der SED zu großen Teilen durch einen Apparat statt, für den der Gebrauch geheimdienstlicher Operationen, verdeckter Unterwanderung und konspirativer Informationsbeschaffung nichts Ungewöhnliches war: Die Personalpolitischen Abteilungen (besonders der Berliner Zentrale), ab 1947 mit ihrem Abwehrreferat, waren hier vielversprechend. Dieses Abwehrreferat war die Wurzel sowohl der künftigen Parteikontrollorgane als auch eine Schnittstelle zur Westarbeit der SED. Das in diesem Kapitel beschriebene Agieren des Parteiparates zur Kontrolle von Bestrebungen zur Bündelung politischer Kräfte jenseits von SED und SPD umfaßt den Zeitraum bis 1950, weshalb auch der im September 1948 angeordnete und 1949 gebildete Parteikontrollapparat (allerdings nur in geringen Anteilen) beteiligt war. Weil es nur in den Westzonen bzw. -sektoren Spielräume für ein öffentliches Propagieren alternativer Organisationsprojekte gab, die allerdings gerade in Berlin auch empfindlich in den Osten hineinzuwirken drohten, spielte die Westkommission beim SED-Parteivorstand eine wichtige Rolle.

7.1. Die Bearbeitung der FKPD durch den SED-Apparat

Es soll in diesem Kapitel nicht die hochinteressante Geschichte von Versuchen der Etablierung einer linken „dritten Kraft“ im Nachkriegsdeutschland, sondern es sollen nur einige mit der SED-Abwehr- und Parteikontrolltätigkeit in Verbindung stehenden Aspekte ihrer Verhinderung präsentiert werden. Auf welcher bizarren Weise sich dabei „SED-Alltagsgeschichte“, regionale Funktionärsscharmützel, SED-Westarbeit, Parteikontrolltätigkeit und eine im Westen wuchernde Wirklichkeitsverleugnung anpassungsunwilliger oppositioneller Linker miteinander vermischten und was aus dieser Mischung wurde, kann wie kaum ein anderes Beispiel die Verwicklung des kleinen Thüringer KPD-Funktionärs Otto Schlömer in die Westarbeit der SED nachzeichnen.

Otto Schlömer war als Gewerkschaftsaktivist der Weimarer Republik 1930 zur KPD gekommen und wurde im April 1945 „von der von uns neu gebildeten KPD“¹⁹⁷ in das Antifa-Komitee Neustadt/Orla entsandt. Er stand als Hauptausschuß-Mitglied dem Wirtschafts- und Ernährungsausschuß vor. Nach Abzug der Amerikaner und dem Einzug der Sowjets leitete Schlömer das Wirtschafts- und Ernährungsamt in der Stadtverwaltung. Hier oblag ihm die Organisation der sofortigen Beschäftigung der Arbeitsfähigen in den örtlichen Betrieben und vor allem die Sicherung der Ernährung durch Kompensationsgeschäfte sowie die Lö-

197 Erklärung Schlömers zu seiner Tätigkeit in Neustadt/Orla und zu seiner politischen Vergangenheit, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/280, Bl. 1f.

sung des Transport- und Kohleproblems.¹⁹⁸ Offensichtlich räumte er der Lösung dieses Ernährungsproblems den Vorrang vor der Einhaltung gesetzlicher Normen ein: Zur Jahreswende 1945/46 wurden ihm die dazu getätigten Kompensationsgeschäfte mit örtlichen Anbietern, die Schlachtung ohne tierärztliche Untersuchung und die normwidrige Ausgabe von Fleisch an eine Verbrauchergruppe vorgehalten und seine Amtsenthebung verfügt.¹⁹⁹ Nun folgte eine von Parteikreisleitungs- und Verwaltungsfunktionären betriebene Kampagne zum Parteiausschluß von Schlömer aus der KPD. Dieser umstrittene Ausschluß wegen Korruption erfolgte am 15. März 1946 in seiner Abwesenheit durch eine Funktionärsitzung, also auf statutenwidrige Weise. Eine Mitteilung an den Betroffenen über seinen Ausschluß unterblieb. Vier Tage später meldete sich Schlömer ebenso ahnungslos wie ordnungsgemäß bei seiner Ortsgruppe ab, da er inzwischen in Berlin bei der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie eine Beschäftigung aufgenommen hatte. Von seinem Parteiausschluß erfuhr er in Form seiner Entlassung nun auch bei der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) am 31. August 1946, welche durch den Vorstand der SED-Ortsgruppe Neustadt/Orla (neuerlich parteiwidrig) auf direktem Wege informiert wurde.²⁰⁰ Nun begann Schlömer sich zu wehren. Er protestierte beim SED-LV Thüringen sowie beim Bürgermeister Neustadt/Orla, verlangte Aufschluß über die erhobenen Beschuldigungen und unterrichtete die PPA beim Berliner Zentralsekretariat der SED.²⁰¹ Er erhob formell Einspruch gegen seinen am 24. Juni 1946 nunmehr vom Kreisvorstand Gera verfügten Ausschluß und gegen das ganze Verfahren bei der PPA des SED-ZS. Der Thüringer Landesvorstand reagierte gegenüber Anfragen der Berliner Zentrale mit weiteren nicht beweisbaren Beschuldigungen Schlömers²⁰². Die irritierte Berliner PPA-Zentrale bemühte sich über Monate vergeblich bei der Thüringer PPA um die Parteiunterlagen zum Ausschluß Schlömers²⁰³, um seinen Einspruch in ihrem Referat Untersuchungen und Schiedsgerichte überhaupt behandeln zu können. Auch die massiven Rügen der Zentrale am Thüringer Verfahren²⁰⁴ führten zu nichts und schließlich wandte sich

198 Ebenda.

199 Ebenda, Bl. 10ff. Es hieß unter anderem, Schlömer habe eine Kuh schlachten und an die Bevölkerung verteilen lassen, obwohl Neustadt/Orla mit seinem Fleischlieferungssoll an den Landkreis Gera im Rückstand war. Stellungnahme des Parteischiedsgerichts des LV Thüringen zur Ausschlußsache Schlömer vom 1.3.1948, ebenda, Bl. 67f.

200 Schreiben der SED-Betriebsgruppe Deutsche Zentralverwaltung der Industrie vom 27. 8.1946 an den Vorstand der SED-Ortsgruppe Neustadt/Orla, Ebenda, Bl. 38.

201 Ebenda, Bl. 41f.

202 „Mit einer Frechheit kommt er hierher und verlangt mit einem Schreiben der dortigen Betriebsgruppe die Begründung für seinen Ausschluß ... In den Akten der damaligen Bezirksleitung der KPD Berlin muß der Vorgang noch vorhanden sein, da wir dort eine Auskunft über seine Vergangenheit in der Hitlerzeit verlangten, die für ihn nicht günstig gegeben wurde. Wir bitten nunmehr dafür zu sorgen, daß Schlömer aus der Zentralverwaltung entfernt und zumindest aus der Parteigruppe ausgeschlossen wird.“ Aus dem Schreiben des SED-LV Thüringen an die PPA des PV der SED vom 3.9.1946. Ebenda, Bl. 41; Siehe auch ebenda, Bl. 48f.

203 Der Thüringer Landesvorstand erklärte der Berliner PPA-Zentrale, er verstehe nicht, warum sich die Berliner PPA nach dem Ausschluß Schlömers durch den Kreisvorstand Gera noch mit Schlömers Protest beschäftige und abschriftlich die Akten anfordere: „Wir müßten dazu einen technischen Apparat haben, um ständig solche Bände bewältigen zu können.“ Aus dem Schreiben an die PPA des Berliner PV vom 14.11.46, ebenda, Bl. 48f.

204 „Wir müssen feststellen, daß der schriftliche Weg [„direkt von einer Ortsgruppe der Partei zu einer Behördenstelle noch dazu in einer ganz anderen Landesleitung“], den der Genosse S[...] von der Ortsgruppe Neustadt gegangen [ist] absolut untragbar ist und, wenn immer so gehandelt würde, persönlicher

die PPA des Parteivorstands mit ihrer Beschwerde über die Thüringer PPA direkt an die beiden Parteivorsitzenden des Thüringer Landesverbandes.²⁰⁵ Nun endlich wurden die Fragen der Berliner Zentrale beantwortet. Es wurde eingeräumt, daß der Ausschluß Schlömers nicht ordnungsgemäß vollzogen wurde, Schlömer nicht zu den erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen konnte, ihm der Parteiausschluß nicht schriftlich mitgeteilt wurde und die Akten zu seiner Parteisache nicht auffindbar waren.²⁰⁶ Trotzdem konnte die Berliner PPA-Zentrale Schlömer am 31. Mai 1947 nur mitteilen, daß die Thüringer PPA seinen Parteiausschluß, obwohl statutenwidrig, doch für gerechtfertigt hielt. Schlömer beantragte nun auf der Grundlage seines Beweismaterials in Thüringen das Schiedsgerichtsverfahren und behielt sich den Weg der „Privatklage“ gegen die Thüringer Genossen vor, obwohl „ich als Sozialist das bürgerliche Gericht für solche Streitfälle eigentlich grundsätzlich ablehne.“²⁰⁷ Außerdem wandte er sich an die Beschwerdekommision des II. SED-Parteitag, der im September 1947 zusammentrat. Das Referat Untersuchungen und Schiedsgerichte der PPA-Zentrale bezog in seiner Stellungnahme an den II. Parteitag eine Schlömer in jeder Hinsicht entlastende Haltung.²⁰⁸ Der Beschwerdekommision des II. Parteitag fiel jedoch nichts

Gehässigkeit Tür und Tor geöffnet werden. Genosse S[...] hätte den Weg über die Partei gehen müssen ... Aus dem Schreiben der PPA des PV der SED an die PPA des LV in Weimar vom 21.11.46, ebenda, Bl. 51. „Jedem Genossen steht gegen seinen Ausschluß seitens des Landesvorstands das Einspruchsrecht beim Reichsparteitag und in Ermangelung dessen beim Zentralsekretariat zu. Wenn wir nun ohne jegliche Prüfung allen Ausschluß-Beschlüssen zustimmen wollten, wie ihr es verlangt, so wäre das Einspruchsrecht vollkommen illusorisch. Ohne den Beschluß einer Landesleitung auch nur im geringsten und in irgend einer Weise herabsetzen zu wollen, müssen wir demnach vorurteilslos und unparteiisch eine jede solche Angelegenheit genauestens überprüfen, um sowohl einerseits die Partei sauber zu halten, als auch andererseits den Genossen ihr Recht zukommen zu lassen. Wir bitten euch daher, sämtliche in unserem Schreiben vom 21.11. gestellten Fragen korrekt zu beantworten und uns das wichtigste Material, sowohl belastendes, als auch entlastendes, zukommen zu lassen.“ Aus dem Schreiben der PPA des PV der SED an die PPA des LV in Weimar vom 18.12.46, ebenda, Bl. 54.

205 Dieses Schreiben der PPA des PV der SED an Werner Eggerath und Heinrich Hoffmann vom 21.3.47 enthielt den Hinweis, daß insbesondere die von der Thüringer PPA behaupteten Vorstrafen Schlömers nicht belegbar seien. Ebenda, Bl. 58.

206 In diesem auf Druck der Thüringer Landesleitung zustande gekommenen Briefs der Thüringer PPA an die PPA des SED-ZS vom 10.4.47 hieß es zum Beispiel bezüglich des KPD-Ausschlusses von Schlömer im März 1946, „infolge der damaligen Zusammenschlußarbeiten [von KPD und SPD zur SED] konnte eine Mitgliederversammlung nicht vorgenommen werden, die diesen Fall zum Abschluß gebracht hätte. Ein Protokoll hierüber ist nicht bei den Akten.“ Der Ausschluß Schlömers wäre nach SED-Statut als irregulär zu beurteilen. Der im Landesvorstand für die PPA zuständige Genosse W[...] erklärte ergänzend: „Wie die Ausschlüsse in der ehemaligen KPD gehandhabt wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.“ Ebenda, Bl. 60.

207 Schlömer an den SED-LV Thüringen vom 22.5.47, ebenda.

208 „Diese Handhabung läßt den Schluß zu, daß der betreffende Genosse, der den Bericht [an die Betriebsgruppe der DVdI] gab, persönlich an einer Schädigung Schlömers interessiert ist und sich auch politisch nicht über den Weg klar ist, den er in einem solchen Fall zu gehen hat. Nach unseren Überprüfungen ist die ganze Angelegenheit vom Landesvorstand Thüringen nicht ordnungsgemäß behandelt worden. Alle Anschuldigungen ... gründen sich auf Gerüchte ohne konkrete Unterlagen. Wenn die Anschuldigungen stimmen würden und Beweise vorhanden wären, müßte längst von Seiten des Gerichts gegen Schlömer vorgegangen worden sein ... Aus den Unterlagen geht hervor, daß alle Kompensationsgeschäfte sowie auch Schlachtungen zum Nutzen der Allgemeinheit durchgeführt wurden; die persönliche Bereicherung kann nicht bewiesen werden ... Wir sind der Ansicht, daß man auf Grund von Gerüchten, die wahrscheinlich durch persönliche Differenzen noch gefördert und kolportiert werden, keinen alten Genossen

Besseres ein, als den Fall an den Thüringer LV zur nochmaligen Bearbeitung zurückzuweisen. Dort wurde die Sache weiter verschleppt. Letztlich wies das dortige Parteischiedsgericht den Einspruch Schlömers erwartungsgemäß zurück. Obwohl man dort sogar auf dem Standpunkt beharrte, daß sein Ausschluß aus der KPD zu Recht erfolgt sei, entsprach das Schiedsgericht der Weisung des ZS „und hat von sich aus Schlömer aus der SED ausgeschlossen.“²⁰⁹

Damit war Schlömer trotz massiver Unterstützung durch die Berliner Zentrale an der Hartleibigkeit des Thüringer Parteiapparates gescheitert. Dies war auch eine nicht gerade häufige Niederlage der Zentrale gegenüber einem regionalen Parteiapparat. Dieser Vorgang sollte jedoch nicht nur im Sinne eines aufschlußreichen Blicks in die Praxis apparatgeleiteten Umgangs mit regelwidrig handelnden Provinzfunktionären bedeutsam bleiben. Er bildete außerdem die Basis für eine Episode der SED-Abwehrarbeit in Richtung Westen. Denn in Berlin war mit Schlömers Sache der Funktionär Huldreich Stroh aus dem Referat Untersuchungen und Schiedsgerichte der PPA-Zentrale befaßt. Stroh, dem militärpolitischen Apparat der KPD vor 1933 entstammend, arbeitete nach Kriegsende zusammen mit Laufer in der bereits erwähnten „Pressestelle“ des Berliner Polizeipräsidiums an der Erfassung von NS-Aktenbeständen. Beide nutzten dort ihre Erfahrungen als KPD-Abwehrleute, um dem KPD-Apparat Informationen über die politischen Aktivitäten und Haltungen insbesondere von Parteimitgliedern zukommen zu lassen. Durch ihre Überführung in den faktisch die Abwehrarbeit aufbauenden Kaderapparat von Bruno Haid, seit Frühjahr 1946 innerhalb der PPA des ZV der SED²¹⁰, gelangte Stroh in jenes PPA-Referat Untersuchungen und Schiedsgerichte, wo er mit dem Fall Schlömer konfrontiert wurde. Stroh war offenbar trotz des Parteiausschlusses Schlömers von dessen Integrität, zumindest jedoch von seiner Ergebenheit gegenüber der SED überzeugt, da er seine Neuaufnahme in die SED betrieb und auch Schlömer dahingehend ermunterte²¹¹. Schlömer war fälschlicherweise so sehr vom positiven Ausgang seiner Bemühungen um Wiederaufnahme überzeugt, daß er sich bei seiner neuen Arbeitsstelle, dem Deutschen Bauernverlag, bereits als SED-Mitglied vorstellte und seine tatsächliche Situation nur in einer dem Verlagsleiter übergebenen Anlage zum Fragebogen darlegte²¹². Er wurde prompt wegen Fragebogenfälschung entlassen und mußte deshalb (vermutlich von Stroh selbst) auch infolge neuer Vorwürfe gegen Schlömer wegen Unregelmäßigkeiten bei einer früheren Berliner Arbeitsstelle zur Aufnahmen in die Warnliste der Partei vorgeschlagen werden.²¹³ Allerdings informierte Stroh den gerade zum ZPKK-

aus der Partei ausschließen kann und schlagen deshalb vor, ihn weiterhin als vollwertiges Mitglied unserer Partei ohne jede Einschränkung zu betrachten.“ Ebenda, Bl. 64f.

209 Parteischiedsgericht des LV Thüringen zur Ausschlußsache Schlömer vom 1.3.48, ebenda, Bl. 67f.

210 Vgl. Michael Kubina, Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946, in: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale, Berlin 1998, S. 90.

211 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4 – 280, Bl. 69f und Bl. 81ff.

212 „Auf mein Ersuchen unternahm das Zentralsekretariat, personalpolitische Abteilung (Gen[osse] Stroh) einen Klärungsversuch, der aber ebenfalls mißlang. Auf meine danach eingereichte Beschwerde an den 2. Parteitag der SED wurde die Landesleitung Thüringen zur nochmaligen Bearbeitung der Angelegenheit aufgefordert. Eine daraufhin in Weimar stattgefundene Verhandlung verlief ebenfalls negativ (Ich) habe ich auf Empfehlung des Zentralsekretariats, pers[onal].pol[itische] Abt[eilung], einen neuen Aufnahmeantrag gestellt, der z. Zt. beim Z.S. zur Bearbeitung vorliegt.“ Aus einer von Schlömer verfaßten Anlage zum Fragebogen zu seiner SED-Mitgliedschaft, datiert auf den 28.7.48, ebenda, Bl. 75.

213 Schreiben (wahrscheinlich von Stroh) an die PPA des SED-LV Berlin in der Angelegenheit Schlömer vom 30.10.48, ebenda.

Vorsitzenden bestimmten Hermann Matern von Schlömers Fall durch die Weiterleitung eines Briefes von Schlömer in dessen Sache vom Januar 1949²¹⁴.

Schlömer erschien nun seine Lage aussichtslos. Zermürbt vom negativem Ausgang seiner Wiederaufnahmebemühungen und durch die dem ZS zugetragenen Gerüchte über ihm vorgeworfene neue Unregelmäßigkeiten aus seiner beruflichen Tätigkeit in Berlin, wandte er sich nach 2½-jährigem vergeblichen Ringen um Rehabilitation appellativ an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. In diesem Brief hieß es:

*„Eine klare eindeutige Entscheidung verlange ich jetzt darüber, ob ich noch mitarbeiten soll oder nicht, ja oder nein! ... Ich mache auch kein Hehl daraus, daß ich diese Entscheidung deshalb [brauche], da ich so in unserem Sektor keine wirtschaftliche Existenz mehr bekomme; ich also, als alter Sozialist, in den kapitalistischen Westen gehen muß.“*²¹⁵

Die von Schlömer verlangte Entscheidung fiel dann auf ganz andere Weise, als er es selbst wohl erwartet hatte. Zunächst ging er Anfang 1949 wie von ihm angekündigt in den ungeliebten „kapitalistischen Westen“, genauer, nach Westberlin. Dort war gerade der Aufruf einer „Kommunistischen Parteiopposition“ in Umlauf, in dem es hieß:

„Der schändlichste Verrat ... ist die Zerschlagung der ... KPD durch die aus Rußland zurückgekehrten Emigranten. Die KPD, die schon bis 1933 im Fahrwasser der sowjetischen Interessen stand, unterordnete sich nach Beendigung des Krieges sofort wieder den Befehlen Moskaus ... die Einheitspartei (wurde) weiterhin und sogar in noch verstärkterem Masse für die Interessen der imperialistischen Machthaber des Kreml unter Nichtachtung der elementarsten Menschenrechte eingesetzt ... Als Rückgrat dienen der SED die schon versklavte sowjetische Besatzungszone und die Bajonette der Roten Armee. Mit den gleichen Mitteln zerschlugen sie auch die immer stärker werdende Opposition in ihren eigenen Reihen und warfen die Opposition Anhänger in die neugeschaffenen Konzentrationslager ... Der Weg Rußlands ist für uns Deutsche niemals anwendbar, denn Rußland treibt eine Weltpolitik, die auf den Schultern der internationalen Arbeiterklasse ausgetragen wird und sich bereits jetzt schon für uns Deutsche untragbar erweist. Rußland glaubt, daß es zumindest Europa für seine imperialistischen Ziele auf dem kalten Weg erobern kann ... Diesen Betrug an der Arbeiterschaft gilt es zu erkennen und ihm entgegenzutreten. Dazu ist die Schaffung einer Opposition unerläßlich ... Unsere Parole ist: Demokratischer Sozialismus – mit dem Ziel, die nationalen Interessen über die internationalen zu stellen. Vor allem ist es auch unser fester Wille, die Vormundschaft Sowjetrußlands endgültig abzulehnen und eine rein deutsche Partei zu sein. Da wir auch weiterhin auf dem Boden der Einheit der Arbeiterschaft stehen, werden wir den[m] parlamentarischen Weg der Demokratie folgen.“

Dieser Aufruf operierte mit durchaus demagogischen Überspitzungen, indem er den Terror der sowjetischen Besatzungsmacht ohne Umschweife noch brutaler nannte, als den der Nazis.²¹⁶ Der Initiator, ein gewisser Karl-Heinz Scholz, orientierte auf die Schaffung einer neuen Partei namens „Freie Kommunistische Partei Deutschlands“ (FKPD). Über diese

214 Anmerkung auf einem zu den Akten der PPA des ZS genommenen Brief von Schlömer an die PPA vom 6.1.49, ebenda, Bl. 81ff.

215 Ebenda, Bl. 80.

216 Aufruf der Kommunistischen Parteiopposition vom 12.1.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/387, Bl. 5ff.

Parteigründungsinitiative erhielt die PPA den Bericht eines geheimen Informanten, in dem es hieß, ein an der Initiative beteiligter ehemals aus der SED wegen krimineller Delikte ausgeschlossener Aktivist behaupte, bei der entstehenden Organisation seien angeblich ca. 3.400 Personen registriert, davon allein 400 von der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), die am 1. Februar 1949 zwei Autos zur Verfügung gestellt hätten. Im Büro des Unternehmens, der Westberliner Wohnung von Scholz, sei auch ein Mann aus Sachsen oder Thüringen aktiv, der das Netz in der Zone aufbauen solle. Das Büro stünde unter dem Schutz der französischen Militärregierung. Ab 1. März 1949 solle durch die Parteigründungsinitiative die „Rote Fahne“ herausgegeben werden.²¹⁷ Die Informationen wurden durch einen weiteren Spitzelbericht über eine Zusammenkunft bei Scholz am 1. Februar 1949 erhärtet: Hier habe ein früherer Abwehrmann aus Sachsen, erfahren in Polizeidingen und aus SED und VVN ausgeschlossen, teilgenommen. Der Informant der PPA selbst wurde in der Gruppe mit der Organisation des Drucks der erwähnten Zeitung, die in englischer Lizenz herauskommen solle, im französischen oder englischen Sektor betraut. Mit den Besatzungsmächten werde zwecks finanzieller Unterstützung verhandelt.²¹⁸ Ein anderer Bericht vermeldete die Teilnahme weiterer SED-Mitglieder an der Scholz-Organisation (unter anderem vom Ostberliner Verlag Kultur und Fortschritt) und Verbindungen der Gruppe zu einem Mitglied des ZS, in die PPA des Berliner Landesverbands, einem Mitglied des Kreissekretariats Mitte, nach Karlshorst und einem Angehörigen der SMV. Weiterhin existierten zonale Verbindungen mit Leninbündlern und westdeutschen Trotzlisten, mit denen die Gruppenleitung eine gemeinsame Plattform diskutieren wolle. Schließlich stehe die Lizenzierung der geplanten Zeitung bevor. Der Gruppenleitung sei bekannt, daß 1939 im Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt „mehrere Hundert“ deutscher Kommunisten von der SU den Nazis ausgeliefert wurden.²¹⁹

So sehr auch der Wahrheitsgehalt vieler Details dieser Berichte bezweifelt werden muß, kann doch angenommen werden, daß sich die SED-Westabwehr an ihnen orientierte. In wenigstens einem Fall ist aktenkundig, daß bereits im Februar 1949 durch die PPA untersucht wurde, ob Parteimitglieder der sich bildenden FKPD angehörten.²²⁰ Man entschied in Berlin, auf die erwähnten westlichen Pressemeldungen über die entstehende FKPD mit einer Pressekampagne zu reagieren, die am 4. und 5. März 1949 stattfand. So hieß es in einem kurzen Artikel auf der Titelseite des ND am 4. März 1949 unter der Überschrift „Geheimdienste gründen Parteien“, eine Kommunistische Parteiopposition habe sich in Berlin als „Freie Kommunistische Partei“ (FKP) unter dem Patronat von Biel, der amerikanischen Militärregierung zugehörig, und Kurt Mattick als Mitglied des Berliner SPD-Parteivorstands vorgestellt.²²¹ Am nächsten Tag brachte das ND Einzelheiten zur Biographie ihres Gründers Karl-Heinz Scholz, der im Sommer 1945 wegen seiner kriminellen Vergangenheit aus der KPD ausgeschlossen worden sei. Daß Biel und Mattick²²² die Hintermänner dieser „Agen-

217 Bericht vom 2.2.49, ebenda, Bl. 8f.

218 „Bericht betr. FKPD“ vom 4.2.49, ebenda, Bl. 10.

219 Undatierter Bericht, ebenda, Bl. 11.

220 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 343ff. Die Parteikontrollorgane, deren Bildung im September 1948 beschlossen wurde (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 1.), und denen seither eigentlich solche Untersuchungen anstelle der Personalpolitischen Abteilungen zustanden, waren erst ab Frühjahr 1949 arbeitsfähig.

221 ND vom 4.3.49, S. 1.

222 Kurt Mattick (Jahrgang 1908) war seit 1924 Mitglied der SDAJ sowie des Deutschen Metallarbeiterverbands und trat 1926 der SPD bei. Während der NS-Zeit war Mattick illegal in der Widerstandsgruppe

tenblüte“ seien, würde durch die Tatsache bekräftigt, daß der „Telegraf“ und der „Sozialdemokratische Informationsdienst“ Nr. 687 von 12.2.49 seitenlange Presse-Notizen über die FKP brachte.²²³ Allerdings wurde die Zweckdienlichkeit und vor allem die Umsetzung dieser Pressekampagne von SED-Abwehrleuten durchaus in Zweifel gezogen.²²⁴

Obwohl der erste Anlauf zur Lizenzierung der FKP im März 1949 scheiterte, gab der neue ZPKK-Vorsitzende Hermann Matern den Landespartei-Kontrollkommissionen präventiv eine Orientierung zur Einschätzung dieser Parteiiinitiative. So führte er im April 1949 vor den Landesvorsitzenden der entstehenden Partei-Kontrollkommissionen aus:

„Ihr wißt, Genossen, daß die Amerikaner ... versucht haben, ein organisiertes Zentrum für die trotzkistische Terror- und Zersetzungsarbeit zu schaffen, das ist die FKP in Berlin. Sie hatte die Aufgabe, unsere Partei gewissermaßen von links zu kritisieren und zu bekämpfen. Nun, diese Partei wurde jetzt nicht zugelassen, d[as] h[eißt], die Amerikaner haben ihr eigenes Kind wieder weggeworfen, weil sich die Leute als unfähig erwiesen, ihre Aufgabe zu lösen. Man ist also dabei, eine zweite weitere Krücke neben den Schumacher-Agenturen zu schaffen. Sehr wahrscheinlich wird in kurzer Zeit eine offen antikommunistische Partei entstehen, in der dann das ganze Gesindel organisiert wird, das man zur Zersetzungs-, Sabotage- und Terrorarbeit einsetzen kann. Für alles ist in jedem Fall der Organisator die Amerikaner und

pe „Neu Beginnen“ tätig. 1945 wurde Mattick Kreissekretär und 1946 Kreisvorsitzender der SPD in Berlin-Wilmersdorf. Er war ab September 1945 als Sachbearbeiter und Persönlicher Referent von Otto Suhr in der Zentralverwaltung der Deutschen Industrie für die Sowjetische Besatzungszone tätig. Vom 1. Mai 1946 bis Ende Mai 1947 arbeitete Mattick hauptberuflich als Sekretär der SPD-Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Anschließend wechselte er in den Beruf des Journalisten und wurde Redakteur beim „Jugendtelegraf“. Außerdem war er Mitarbeiter des „Telegraf“, der „Berliner Stimme“ und des „Sozialdemokrat“. 1946 bis 1951 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1951 bis 1953 Mitglied des Abgeordnetenhauses von (West-)Berlin. Am 1. Juni 1947 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD für Groß-Berlin gewählt, eine Funktion, die er bis zum Mai 1952 innehatte. Seit September 1953 Mitglied des Bundestages in verschiedenen parlamentarischen Funktionen für die SPD bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im November 1980. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), zu Kurt Mattick, www.fes.de/archiv/index_gr.html.

223 ND vom 5.3.49, S. 2. Auch Alfred Weiland schrieb sich öffentliche Enthüllungen im Winter 1948/49 über die zwielichtige Vergangenheit von Scholz zu. BStU ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 154f.

224 In einer „streng vertraulichen“ Einschätzung vom 5.3.49 hieß es seitens eines namentlich nicht bezeichneten Beteiligten: „Der Artikel im ‘Neuen Deutschland’ vom 4.3. ‘Geheimdienst gründet Parteien’ hat von der FKP nur eine kurze Stellungnahme an die Presse erzielt. Der Artikel ‘Partei Gründungen und ihre Hintergründe’ vom 5.3. wird durch eine Flugblattaktion in der Ostzone und im Ostsektor beantwortet werden. Der Inhalt, besonders des letzten Artikels, ist nicht gut, da er viele leicht beweisbare Unwahrheiten enthält. Er stützt sich teilweise auf anonyme Mitteilungen, die an alle, auch westliche, Nachrichtenbüros und Zeitungsredaktionen gingen, aber nicht benutzt wurden, da sie anonym waren. Ich sehe in der Veröffentlichung der beiden Artikel im jetzigen Stadium auch einen taktischen Fehler. Wir haben der FKP damit jetzt schon eine Bedeutung gegeben, die sie noch nicht hat; ich meine bei der großen Masse. Das Z.K. der FKP betrachtet diese Artikel als den Ausfluß einer Sorge, daß sie zu einer Gefahr werden könne und wird auch in diesem Sinne ihre Antwort geben und alles entsprechend für sich auswerten.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 146. Der (möglicherweise gleiche) Informant fragte am 12.3.48 beunruhigt bei der Ostberliner Leitung nach: „Ist festzustellen, wer für den Artikel im ‘Neuen Deutschland’ von Burger ‘Militärbehörden gründen Parteien’ (4.3.49) die Unterlagen gebracht hat? Hier scheinen bewußt falsche Meldungen gegeben worden zu sein, um von den Tatsachen abzulenken.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/387, Bl. 13f.

das Ostbüro. Die FKPD wurde auch vom Ostbüro organisiert. Es ist bekannt, was das Ostbüro ist: Die Schumacher-Agentur für die Zersetzung und die Terrorarbeit in der sowjetischen Besatzungszone mit seinem Sitz in Hannover und teilweise in Berlin. Einer der Hauptmatadoren ist Mattick. Er war der Vater der Freien Kommunistischen Partei Deutschlands und ist jetzt dabei, eine neue Partei zu starten, um eine bessere Ausgangsposition zu haben.²²⁵

Diese Warnung war nicht ganz unbegründet: Die Brandenburger Parteikontrolle meldete eine zunehmende Aktivität der Splittergruppen und nannte neben der KPO auch die FKPD, deren Flugblatt-Verschickungsaktion an leitende Direktoren und Funktionäre des Stahlwerks Henningsdorf auf der ZPKK-Konferenz ausführlich thematisiert wurde. Zu dieser als „auf Schumacher-Linie“ liegend bezeichneten Aktion hieß es „Uns (sind) nur wenige Exemplare dieser Flugblätter in die Hand gekommen. Ich bin davon überzeugt, daß noch einige ... Genossen in Henningsdorf diese Flugblätter ... herumtragen und sogar verbreiten ... Diesen Zustand haben wir noch in der Partei.“²²⁶ Arthur Ullrich aus Dresden berichtete, daß nur wenige der in großen Mengen anhängigen Flugblätter der FKPD in den Betrieben abgeliefert würden.²²⁷ Interessant ist die Kommentierung der Ausführungen Materns zur FKPD durch den Berliner LPKK-Vorsitzenden Max Sens:

„Genosse Matern ... war der Meinung, daß [die FKPD] die ihr gestellte Aufgabe nicht erfüllen konnte und daß man mit der Bildung einer anderen Organisation rechnen muß ... Ich glaube aber, ... wir müssen [die] Nichtanerkennung der Freien Kommunistischen Partei doch von einem anderen Standpunkt aus sehen. Wahrscheinlich hat man ursprünglich die Absicht gehabt, unsere Mitglieder mit der Mitteilung über die Lizenzierung einer solchen Partei durcheinander zu bringen und hatte dabei die Hoffnung, daß besonders aus den Kreisen der Genossen, die aus der Kommunistischen Partei gekommen sind, größere Mengen zu dieser FKPD hinüber gehen. Das ist zweifellos mißlungen. Aber wir wissen ja, daß die KPO, die Trotzkisten, eine Agentenzentrale sind und ich meine, daß eine Organisation besser ohne Lizenzierung arbeitet, denn dadurch werden erstens die Westmächte weniger in der Öffentlichkeit belastet und diese Gruppen erhalten auch das Prädikat, als wenn sie von den Westmächten nicht gefördert werden. Sie können also aus der Tatsache, daß ihre Lizenzierung abgelehnt wurde, nach außen hin so auftreten, als wenn sie mit den imperialistischen Westmächten nichts zu tun hätten und das scheint bei der gegenwärtigen Entwicklung in Berlin von Bedeutung zu sein ... in den westlichen Sektoren von Berlin ... ist ... eine leichte Stimmungsänderung zu verzeichnen ... eine gewisse Ableh-

225 Rede Materns auf der Konferenz der ZPKK mit den Landesparteikontrollkommissionen am 6.4.49 in Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 16ff.

226 Die Forderungen der FKPD in diesem Flugblatt waren unter anderem: 40-Stunden-Woche als gesetzliche Normarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich (was als Torpedierung des 2-Jahr-Plans bewertet wurde), Abschaffung des ausbeuterischen Hennicke-Systems. Auflösung der in der Ostzone und im Ostsektor Berlins bestehenden Konzentrationslager, Freilassung der Kriegsgefangenen in der SU, Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie. Die 1945 aus der SU zurückgekehrten Emigranten (Pieck und Genossen) wurden als Angehörige der Roten Armee und russische Staatsangehörige bezeichnet, die nicht die deutschen Interessen vertreten könnten. Beitrag von Heinrich Mosler (LPKK Brandenburg) auf der ZKPP-Konferenz am 6.4.49, ebenda, Bl. 48ff.

227 Ebenda, Bl. 57ff.

*nung der Bevölkerung gegenüber den Westmächten ... [in Zusammenhang mit der Währungsumstellung].*²²⁸

Die FKPD-Sache bearbeitete inzwischen der erwähnte Referent Stroh von der PPA, welcher 1949 als Abwehrmann in die Westkommission übernommen wurde.²²⁹ Beim Politbüro (das im Rahmen der Umstrukturierung des Parteiapparats das Zentralsekretariat ablöste) stellte diese dort eingerichtete Kommission das Äquivalent zur ursprünglich geplanten Westabteilung beim alten ZS dar. Stroh erinnerte sich nun Ende Januar 1949 des Falles von Otto Schlömer. Der war inzwischen in Westberlin als ausgeschlossenes SED-Mitglied angekommen und damit nicht einfach nur Träger einer ausgezeichneten Legende, sondern sogar das Opfer eines realen und überprüfbaren Vorgangs.

*„Schlömer ging auf den Vorschlag des Gen[fossen] Stroh ein und begann, sich Anfang Februar um die FKPD zu kümmern. Bis zu seiner Reise im Juni nach Westdeutschland hat er sich hier in der Hauptsache um die lokalen Erscheinungen in der FKPD bemüht, d[as] h[eißt] in Fragen, die die Lizenzierung, die Schaffung einer Zeitung, die Verbindung zu der Militärregierung angehen. Er hatte in der Zwischenzeit eine Reihe von Malen signalisiert, daß westdeutsche Splittergruppen und ihre Vorsitzenden mit der FKPD in Verbindung getreten wären ... Unsere Veröffentlichungen im Laufe des Monats März gegen den eigentlichen Initiator und Vorsitzenden der FKPD, Scholz, führten dann zu einer Spaltung, wobei Scholz nach Verweigerung der Lizenz auch von den westlichen Alliierten fallen gelassen wurde. Von nun an hatte Schlömer eine Reihe von Fällen in die Hände bekommen, die ihm gestatteten, mit verschiedensten Persönlichkeiten in Berlin und den Westzonen Fühlung zu haben. Mitte April, Anfang Mai wurde von uns die Linie festgelegt, daß Schlömer seine Position bei den trotzkistischen Gruppen und Grüppchen dazu benutze, um in ein Verhältnis zur SPD zu kommen, mit der sie allerdings schon vorher einige Aussprachen gehabt haben.*²³⁰

In dem hier zitierten Bericht wurde sowohl Bilanz der bisherigen Arbeit Schlömers gezogen, als auch in aufschlußreicher Weise sein weiterer Einsatz erörtert:

„Es ist ohne Frage, daß er heute nach etwa einem Vierteljahr Arbeit in der festgelegten Richtung über einige Beziehungen zur SPD verfügt, die ihm logischerweise gestatten müßten, sich dort fester hineinzuarbeiten. Auch erscheint uns seine Verbindung über den französischen Trotzkisten Sternberg und zu den Jugoslawen wertvolle Ansatzpunkte für eine künftige Arbeit zu haben. Wir glauben, daß es bei dieser Lage verlohnen würde, ihm eine gewisse Basis zur Betätigung durch die Schaffung eines

228 Ebenda, Bl. 70ff.

229 Vgl. Michael Kubina, Der Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED, in: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale, Berlin 1998, S. 475.

230 Bericht vom 8.8.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/280, Bl. 99f. Über seine Gespräche mit Willy Brandt in Westberlin hinaus gelang es Schlömer in der SPD durch seine im Juni beginnende Reisetätigkeit in die Westzonen Kontakte zu Erich Gniffke, Herbert Wehner, Franz Neumann sowie zu Moewes, Tausch, Heine und Schwelin aufzubauen. Unter den von Schlömer kontaktierten „Querdenkern“ waren Hubert aus Hannover und Bender aus Dortmund sowie Gerstenberg (Leninbund) und der USPD-Initiator Kischkat in Berlin. Von der amerikanischen Militärregierung waren Franklin, Biel und Mertius, von der englischen Militärregierung Long und von der französischen Militärregierung Ziegelmeier Gesprächspartner von Schlömer. Der Vertreter der Zeitung „Combat“, Sternberg, verschaffte Schlömer die Verbindung zum trotzkistischen Internationalen Büro in Paris und zu Vertretern der jugoslawischen Militärmission in Berlin.

*Verlages dieser linken Splittergruppen zu geben. Die Absicht, finanziell zu diesem Unternehmen beizutragen, soll bei der SPD nach wie vor bestehen und soll unmittelbar nach den Wahlen in Westdeutschland realisiert werden ... Zusammenfassend würden wir vorschlagen, als politische Stoßrichtung zu belassen: Fußfassung bei der SPD auf Grund seiner Beziehungen zu den linken Gruppen unter weiterer Betätigung in diesen Gruppen, damit sie unter Kontrolle gehalten werden, Ausnutzung der internationalen Trotzlisten-Verbindungen Sternbergs und der Jugoslawen unter Auspielung dieser Position bei der SPD, finanzielle Teilnahme an der Schaffung eines Verlages, aber alles als Mittel zum Zweck und nicht zum Selbstzweck, wobei nach wie vor in starkem Ausmaße die Schaffung dieses Verlages von der finanziellen Teilnahme der SPD, Gniffkes usw. abhängig gemacht werden muß.*²³¹

Tatsächlich entfaltete Schlömer eine überaus kreative Arbeit in Richtung FKPD, aber in diesem Zusammenhang auch ein Doppelspiel gegenüber der FKPD in Richtung SPD. Sein Einfluß und seine Verbindungen im FKPD-Umfeld auf Kosten des Initiators Scholz wuchsen und er versorgte seine Ostberliner Auftraggeber mit detaillierten Informationen über die Führungsstrukturen der sich bildenden Gruppe. Es kann angenommen werden, daß zumindest ein Teil der ungezeichneten Informationen der in den ZPKK-Bestand übernommenen Informationen der Abwehr über die FKPD von ihm stammen.²³² Diese Berichte enthielten auch Informationen zu Verbindungen der FKPD nach Ostberlin und zu linken Splittergruppen in Westdeutschland. Die Schlömer eindeutig zuzuordnenden Berichte geben überdies einen interessanten Einblick in seine Beobachtungen zur Interessenlage der Westalliierten und innerhalb der SPD. So schrieb er im Juni 1949: „Ich habe das Empfinden, daß die Franzosen sich mit Hilfe der franz[ösischen] Opposition der KPF und der deutschen Opposition der SED – KP u[nd] SP eine politisch stärkere Basis gegen die anglo-amerik[anischen] Kräfte errichten.“²³³ In seiner Unterredung mit Willy Brandt am 10.6.49 wurde er eingehend über seine frühere Tätigkeit in der SED und die Ausschlußgründe befragt. Brandt äußerte dann für die SPD seine Wünsche für Schlömers Arbeit in der FKPD, so das Auffangen der aus der SED kommenden Flüchtlinge (insbesondere der aus der SPD kommenden, um sie wieder für die SPD zu gewinnen). Schlömer solle ungefähr drei bis vier Monate nach seinem Eintritt in die SPD dort eine besondere Institution dafür schaffen. Zu diesem Zweck sei der Ausbau der Verbindung mit den FKPD-Kreisen und anderen (insbesondere westdeutschen) Gruppen nötig. Über Brandts angebliche Vorstellungen über Schlömers Rolle erklärte letzterer wörtlich in einem Bericht an seine Ostberliner Auftraggeber:

„Dann in die SED und in die KP vorstoßen und alle wackligen Elemente bearbeiten. Diese Tätigkeit soll ausdrücklich nicht mit dem Ostbüro zusammengehen. Es soll beim Hauptvorstand in Hannover hierfür eine besondere Stelle geschaffen werden, so daß ich wahrscheinlich bei Heine in Hannover meinen Sitz haben werde ... Ich soll in den sogenannten marxistischen Arbeitskreis, der ja nicht nur in Berlin existiert, eingeführt werden, um die jüngeren, in Opposition zur Führung der SP stehenden,

231 Bericht vom 8.8.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/280, Bl. 99f. Es kann angenommen werden, daß die oben zitierte anonyme Kritik an der Ostzonen-Pressekampagne vom 4. und 5.3.49 von Schlömer geäußert wurde.

232 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/387, Bl. 8ff.

233 Schlömer-Bericht Nr. 2 vom 9.6.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/280, Bl. 83f.

*Mitglieder zu beobachten. Man verlangt zu diesem Zweck, daß ich die neu zu gründende Zeitung zur Verfügung stelle.*²³⁴

In einem Bericht Schlömers über „die Lage in Westdeutschland“ ist zu lesen:

*„Die Mitteilungen über Oppositions- und Fraktionsbildungen in der KP und die Gründe insbesondere der Fraktionsbildung, nämlich die Unzufriedenheit mit der Parteiführung, habe ich besonders von Hubert-Hannover und Wehner-Hamburg. Über Hubert werde ich zu diesen Kreisen persönlich Kontakt bekommen und komme dann darauf zurück.*²³⁵

Interessant sind die Schlußfolgerungen Schlömers aus seiner Unterredung mit Brandt, die er seinen Osterliner Residenten mitteilte:

„Die SP ist durch meine Tätigkeit in der FKP, also einer Oppositionsgruppe, auf mich aufmerksam geworden, besonders als ich durch das persönliche Fiasko Scholz's hier als der Organisator von etwas Neuem in die Erscheinung trat und es zu erkennen war, daß die Anhänger mit mir gingen ... da man in der SP wußte, daß wir auch Kontakt mit oppositionellen SP-Leuten hatten, trat man zunächst sehr unverfänglich ... an mich heran. Schon bei dieser Gelegenheit wies mich ja Mattick auf die Möglichkeit hin, daß man auch in der SP mitarbeiten und seine Meinung durch Opposition vertreten könne ... Ich hatte mich also zu fragen, was wollen sie? Die Antwort ist mir gegeben worden: Arbeit in der Opposition ... Man ... will mich scheinbar für das Ostbüro ködern. Meine ablehnende Haltung als Ostbürospitzel zu dienen, bringt [ein] neues Angebot durch Moewes zu einer Zusammenkunft mit Brandt und dann mit Heine. Jetzt kommt der weitergehende Vorschlag: Arbeit in den Oppositionsgruppen sowohl außerhalb der Partei als in der Partei selbst direkt für den Hauptvorstand, ohne Ostbürobindung. Das Ergebnis meiner Westreise und die Unterredungen mit führenden Oppositionsleuten sowie das hierbei ausgereifte Zeitungsobjekt ist der SP nicht unbekannt geblieben. Deshalb wünscht man die Durchführung dieses Projekts und will so durch mich Einfluß auf die Oppositionsgruppen gewinnen ... Diese Zeitung wird für die nächste Zeit Konzentrationspunkt jeder Arbeit in der Opposition sein ... Da ich in den Kreisen der Opposition als ihr Vertrauensmann gelte und die Verbindungen zwischen den einzelnen Gruppen und den einzelnen Persönlichkeiten bei mir zusammenlaufen, insbesondere auch das Zeitungsobjekt in meinen Händen liegt, habe ich alle Möglichkeiten die Dinge zu lenken, wie ich will. Voraussetzung ist aber dabei, daß ich bei der Finanzierung mindestens 51% des Kapitals vertreten kann, d[as] h[eißt] im Interesse meiner wirklichen Partei [der SED]. Die SP will wahrscheinlich durch mich die Zeitung in ihren Besitz bringen ... das Interesse der SP an meiner Person besteht so lange, als ich in diesen Oppositionskreisen Einfluß besitze, denn SP weiß, daß junge SP-Mitglieder

234 Schlömer-Bericht Nr. 1, ebenda, Bl. 85f. Beim „marxistischen Arbeitskreis“ meinte die sowjetisch kontrollierte „Tägliche Rundschau“ bereits am 29.1.48 ein „Aufbegehren gesunder Kräfte in der SPD feststellen zu können. Ein solches gesundes Aufbegehren stellt das Auftreten der marxistischen Arbeitsgemeinschaft in Berlin dar, die sich offenbar nicht den Köpfen aus Hannover unterwirft. Einer unter ihnen, Dr. Josef Grunner, hat seine Gedanken unter anderem so formuliert: '... Viele halten aus Mangel an politischer Bildung und aus Phantasielosigkeit zeitgebundene Aktionsprogramme für ein grundsätzliches und dauerhaftes Parteiprogramm. Unter den Sozialdemokraten hat sich ein Kreis zusammengefunden, der mit Sorge sieht, daß in der Tagespolitik die Lehren von Marx oftmals vergessen werden.'“

235 Schlömer-Bericht Nr. 1, ebenda, Bl. 85f.

*(auch Marx[istischer] Arbeitskreis) bereits mit Opposition Verbindung haben. Meine Tätigkeit in den Oppositionsgruppen ist auch über die eigentliche Abwehr hinausgewachsen, das beweist das Interesse der SP, mich für ihre Arbeit einzuspannen ... Die SP erkennt klar, daß der Kampf dieser Oppositionsgruppen sich ... gegen sie als stärkste 'Arbeiterpartei' richten wird und richten muß. Meine Stellung in der SP würde unter diesen Umständen absolut fest und für lange Zeit sicher sein ... M[eines] gewinnt langsam persönlich Vertrauen zu mir. Er beklagt sich, daß er in der Berliner Parteileitung immer mehr zu kämpfen habe um sich durchzusetzen, da man besonders das Ostbüro anders einsetzen wolle. Besonders der Telegraf (Scholz über Nieke) spiele hierbei eine Rolle, aber er habe in Hannover noch genügend Einfluß.*²³⁶

Schlömer weitete seine Kontakte in die oppositionellen Strömungen immer intensiver aus. So traf er im Juni 1949 auch Hermann Möhring, mit dem er dann später in Berlin einem Förderkreis für die entstehende Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD) angehören sollte. Im Juni ging es noch um die Fortsetzung der eingeleiteten Diskussionen mit anderen „oppositionellen Gruppen“, um eine gemeinsame ideologische Plattform auch mit Hilfe der schnellen Gründung einer eigenen Zeitung von hohem Niveau mit bekannten Autoren. Beschwörend insistierte Schlömer bei seinen Ostberliner Auftraggebern:

*„Werde ich soviel Kapital zur Verfügung gestellt bekommen, um den entscheidenden Einfluß in diesem Unternehmen zu haben[?] ... In diesem Zusammenhang weise ich nochmals darauf hin, daß man das, was sich in den Kreisen der Opposition als ein neues werdendes Gebilde zu zeigen beginnt, nicht verkennen soll. Die Aktivität und das Organisationsvermögen der sich jetzt damit beschäftigenden Männer, dazu die zweifellos in der Arbeiterschaft vorhandene Aufnahmebereitschaft für eine den richtigen Ton treffende neue Partei, dürfen nicht übersehen werden.“*²³⁷

Schlömer bekräftigte seine Schwerpunktsetzung unter Hinweis auf die Interessen der SPD anhand eines Berichts über eine Unterredung mit Brandt:

*„Durch meinen Einfluß in den Oppos[itions]gruppen will man versuchen, diese – besonders die von der SP absplittierenden – auf Wege zu lenken, wie es für ihre Politik erforderlich ist. Mein erster Auftrag lautet deshalb, Verbindung mit der Berliner USP unter Kischkat aufzunehmen.“*²³⁸

Hinsichtlich der Interessenlage beteiligter westallierter Gesprächspartner ergänzte Schlömer:

„Welches Gewicht man ihr [der Oppositionsbewegung] von allen Seiten, u. a. auch von den westlichen Besatzungsmächten beilegt, geht aus meiner heute mit Kpt. Zielmeier (franz.) gehaltenen zweistündigen Unterredung hervor ... Er erklärte mir, ... er nähme an, daß die ganze Oppos[itions]bewegung z[ur] Z[ei]t in meinen Händen zusammenlaufe ... Aufgrund meiner Reiseberichte [Schlömers Reise nach Westdeutschland] würde er es begrüßen, wenn ich baldigst auch eine Reise in die französische Zone machen würde, um auch dort den Kontakt mit oppositionellen Elementen herzustellen ... Z[iegelmeier] ging zunächst auf die Angelegenheit Scholz über, der auch in Westdeutschland war. (Nach mir inzwischen zugegangenen Berichten von Bender, Gniffke u[nd] Löwenthal hat Scholz im Westen ein Fiasko erlitten – nur mit einer in Worms ... zugelassenen politischen Vereinigung (nicht Partei) 'Sammlung

236 Schlömer-Bericht Nr. 1, ebenda, Bl. 87.

237 Bericht vom 16.6.49, ebenda, Bl. 88f.

238 Vgl. hier Abschnitt 7.2.

zur Tat' hat er Fühlung aufnehmen können[]] ... Z[iegelmeier] erklärte nochmals eindeutig, daß Scholz nie eine Lizenz, schon wegen seiner kriminellen Vergangenheit, erhalten würde. Z[iegelmeier] kam dann auf die Bildung einer neuen Arbeiterpartei zu sprechen und erklärte, daß eine solche bei allen drei Militärbehörden größte Sympathien finden würde ... Z[iegelmeier] sagte ... weiter: Die SP genießt im Ausland – besonders in der Arbeiterbewegung und in sozialistischen Kreisen – keinen guten Ruf ... Man betrachte sie deshalb [Verhalten der SP 1914/Kriegskredite, gegenüber Hitler und Papen 1932–33] im Ausland als einen unsicheren Partner. ²³⁹

Schlömer traf sich im Juni auch mit Heumos und Sternberg von der Zeitung „Le Combat“ in der Wohnung von Gerstenberg (Leninbund) in Lankwitz. Dort waren, wie er nach Ostberlin meldete, auch drei anonyme Mitglieder der SED aus dem Ostsektor mit guter Schulung und „in nicht unbedeutenden Funktionen“. Diskutiert wurden die Verhältnisse in der SBZ. Schlömer verabredete mit den drei ihm namentlich unbekanntem SED-Mitgliedern ein Treffen in seiner Wohnung und versprach den Empfängern seines Berichts: „Sobald ich näheres weiß, gebe ich Nachricht.“²⁴⁰ Anlässlich eines Gesprächs bei der amerikanischen Besatzungsmacht wegen seiner Zuzugsgenehmigung in den amerikanischen Sektor berichtete Schlömer nach Ostberlin, sein amerikanischer Gesprächspartner von der Militärbehörde stünde dem Unterfangen der Gründung einer Zeitung und eventuell einer neuen Arbeiterpartei absolut wohlwollend gegenüber „in der Hoffnung, daß wir unseren Kampf besonders gegen die SED-KP und die ... richten würden. Sie wissen schon, wen ich meine !!“²⁴¹ Anlässlich des definitiven Scheiterns des ersten Anlaufs der FKPD, die Lizenzierung zu erreichen, äußerte sich Schlömer Ende Juni 1949 gegenüber seinen Ostberliner Auftraggebern nochmals generell zur Lage und zu seiner Sicht über die ihm gestellten Aufgaben:

„Meine erste Aufgabe war, in die Oppositionskreise einzudringen, deren Vertrauen zu erwerben und maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Das ist mir gelungen und ich konnte alle Verbindungen aufdecken. Das Verbot der FKP bedeutet aber nicht die Zerschlagung der Opposition ... Die west[lichen] Militärbehörden ... erklären mir ..., daß sie einer neuen Arbeiterpartei unter guter einwandfreier Führung sympathisch gegenüberstehen. Die oppos[itionellen] Kreise bestehen aus den früheren Splittergruppen KAP, Leninbund, Trotzlisten, SAP usw., oppositionellen KP-SED und SP. Die Oppos[ition] der SED sind die aus der Ostzone Geflohenen sowie noch der Partei Angehörnde, hauptsächlich frühere SP aber auch alte KP. In der KP gibt es stärkere oppos[itionelle] Strömungen noch in der Partei, aber viele sind bereits ausgeschieden. Den größeren Anteil Oppos[ition] hat aber die SP. Die SP ist ja auch im Westen die stärkere Partei ... In den oppos[itionellen] Kreisen wird allgemein als größtes Manko das Fehlen einer wirklichen Publikationsmöglichkeit angesehen und empfunden. Es waren Bestrebungen im Gange, diese Möglichkeit zu schaffen ... In Berlin war es Weiland, der zu diesem Zwecke versuchte, alle oppos[itionellen] Gruppen zusammen zu trommeln. Im Westen hat Gniffke deswegen mit Galm Verbindung aufgenommen, Hubert – Hannover seinen Einfluß bei der Arbeiterpartei Bremen in gleicher Richtung geltend gemacht. Gniffke und Galm beabsichtigen, eine Wochenzeitung herauszugeben. In dieser Situation war eine von der FKP (vor dem Verbot) geplante Zeitungsherausgabe bekannt geworden und man wartete darauf.

239 Bericht vom 17.6.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/280, Bl. 88ff.

240 Weiterer Bericht Schlömers vom 17.6.49, ebenda.

241 Bericht vom 28.6.49, ebenda, Bl. 94.

*Als ich dies erkannte, nahm ich diesen, nach dem Verbot der FKP zunächst nicht weiter verfolgten Plan wieder auf und machte ihn als meinen eigenen Gedanken in den oppos[itionellen] Kreisen bekannt und erhielt bei meinen Besuchen in Westdeutschland ebenso Zustimmung wie in Berlin, nachdem ich mir bei den westl[ichen] Bes[atzungs]-Behörden deren Genehmigung gesichert hatte. Die SP, die ... mir zu verstehen gab, daß ich bei einem Eintritt in die SP ja Opposition treiben könne, ... änderte ihre Einstellung mir gegenüber und ließ durch Moewes mit mir verhandeln bzw. mich bearbeiten. Durch den Plan des Zeitungsobjekts ... kam ich gegenüber der SP in eine grundveränderte Situation. Man erkannte sehr richtig, daß eine gut geleitete Zeitung, bzw. die diese beherrschenden Kreise, die gesamte Opposition zusammenbringen könne ... Auf der anderen Seite ist es aber klar, daß mir mit dieser Resonanz ein Einbruch in die SP gelingen wird, der uns ... Aufklärung aus erster Hand bringen wird, wie sie benötigt [wird]. – Ist es notwendig, daß ich nochmals erkläre, daß ich nichts anderes will, als meiner Partei dort zu dienen, wo sie glaubt, daß ich es am besten kann!? Es ist aber notwendig, daß ich für meine nicht gerade leichte Aufgabe volle Unterstützung und Vertrauen habe.*²⁴²

Scholz selbst geriet mit seinem FKPD-Unternehmen nicht zuletzt auch durch Schlömers Aktivitäten seit dem gescheiterten Lizenzierungsanlauf vom März 1949 immer mehr ins Abseits. Spätestens im Juni 1949 stellte sich auch heraus, daß die beunruhigenden Berichte an die PPA vom Jahresanfang über die starken Verbindungen der Parteiinitiative in den Osten entweder von Anfang an stark übertrieben oder bis zur Jahresmitte im Sande verlaufen waren.²⁴³ Scholz schätzte im Juni 1949 den Zustand der Partei in Berlin als sektenförmig ein und orientierte nun darauf, seine Haupttätigkeit nach dem Westen Deutschlands zu verlegen. Dort sollte die „Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands“ gemäß der alten Orientierung der FKPD unter massiver Abgrenzung gegenüber der SED die „Massenbasis“ aus zwischen der SPD und KPD Schwankenden bei den nächsten Bundestagswahlen auffangen.²⁴⁴ Der dann doch am 21. August 1949 stattfindende zweite Anlauf zur Konstituierung der FKPD in Westberlin²⁴⁵ wurde in der SED-Presse nur noch höhnisch kommentiert.²⁴⁶ Die

242 Schlömer-Bericht Nr. 7 vom 25.6.49, ebenda, Bl. 95ff.

243 So hieß es in einem Bericht vom 16.6.46, Scholz habe dem Abwehr-Informanten, der am Vortag weisungsgemäß Verbindung aufnahm, „um zu erkunden, wieweit er [Scholz] mit seiner Opposition nach unserem Kreis hineinreicht“, in einem Gespräch erklärt, „er freue sich, daß jemand aus der Zone käme, da er wenig Verbindung zur Zone habe, nur in Halle und Magdeburg habe er feste Verbindungen.“ Hier gab Schlömer auch die Nachrichten-Deckadresse in der Ostzone preis. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/405, Bl. 107.

244 Ebenda. Daß auch dies scheiterte, ist Schlömers Bericht vom 17.6.49 zu entnehmen.

245 In der Presseerklärung der FKPD war die Rede von einer „Partei, die sich im Gegensatz zur SED und KPD als ‚Zusammenschluß aller den Sowjetimperialismus ablehnenden deutschen Kommunisten‘“ verstand, „Die Welt“, 22.8.49.

246 Scholz wurde neuerlich als Krimineller bezeichnet, der mit Hilfe vor allem der französischen Besatzungsmacht eine völlig überschätzte Sekte aufbaue und vor allem darauf abziele, Stalin und die Sowjetunion zu verleumden. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/387, Bl. 31ff. Letztere Bemerkung bezog sich auf die erste Nummer der „Roten Fahne“ vom 21.8.49, in der im Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt 1939 auf die Auslieferung von in die SU emigrierten deutschen Kommunisten an die Nazis und von Lenins Warnungen vor Stalin die Rede war. Weitere FKP-Forderungen waren die Auflösung der Konzentrationslager in der Ostzone und im Ostsektor und die Freilassung sämtlicher Kriegsgefangener. Ebenda, Bl. 56f.

FKPD hatte sich totgelaufen. Schlömer erschien inzwischen bereits auf einer Warnliste der FKPD und galt „wegen Spitzeldienste[n] für eine Besatzungsmacht“ als ausgeschlossen.²⁴⁷

Schlömer nahm konsequenterweise Kurs auf seine Tätigkeit als Herausgeber einer oppositionellen Zeitschrift.²⁴⁸ Seine Kontakte zu Brandt erlaubten ihm (und denen, die seine Berichte empfangen) gleichzeitig Einblick in die inneren Verhältnisse der SPD.²⁴⁹ Ab 1950 gab er die von Willy Huhn und Hermann Möhring redaktionell gestaltete Zeitschrift „Pro und Contra“ heraus.²⁵⁰

Tatsächlich hat sich im Falle der Bearbeitung der FKPD wie auch in den Fällen noch zu benennender anderer linker Organisationsansätze der Doppelcharakter des Bearbeitungsziels der Abwehrstrategen aus der SED-Westkommission besonders deutlich niedergeschlagen: Einerseits ging es natürlich darum, die Entstehung einer Organisation zu verhindern, die im Westen durch ihre Attraktivität die angeschlagene KPD und die SED in Berlin schwächen sowie im Osten die SED diskreditieren könnte. Deshalb mußte die Abwehr unter anderem durch Infiltration die Kontrolle über solche Organisationsansätze zu erlangen versuchen. Andererseits gab es jedoch auch die Option, über diese Kontrolle entweder die politische Stoßrichtung solcher Gruppierungen gegen die SPD zu bestärken, oder im Falle der Kooperation dieser Gruppierungen mit der SPD gleichzeitig auch einen Weg zur Infiltration letzte-

247 Ebenda, Bl. 60.

248 Über einen Aufenthalt Gniffkes in Berlin heißt es in einem vermutlich Ende 1949 erstellten und am 28.11.49 an Dahlem weitergeleiteten anonymen Bericht, bei dem einiges dafür spricht, daß auch er von Schlömer stammt: „Kurz nach seiner Ankunft hatten wir eine Besprechung betr. der Zeitung usw. an der Möhring, Huhn, Moewes ... und Sternberg teilnahmen. Es wurde beschlossen, von der Broschüre nunmehr zur Zeitschrift überzugehen, so daß die nächste Nummer bereits als Zeitschrift unter dem Titel: „Pro und Contra“ erscheint. Den Hauptartikel dieser Nummer schreibt Gniffke, einen zweiten Smolka, einen weiteren Moewes.“ Zum Besuch eines Vertreters des Daily Express beim anonymen Berichterstatter und Gniffke hieß es: „Wir haben ... ihm auseinandergesetzt, was wir wollen: die notwendige Opposition in Deutschland zu mobilisieren, um der Arbeiterbewegung wieder den rechten Weg zu zeigen. [Er] wird nun einen Artikel über unsere Bestrebungen veröffentlichen. [Das] ist für mich sehr gut, da so die SPD meine Wirksamkeit noch besser erkennen wird. Es ist möglich, daß ich dadurch immer stärker in die Öffentlichkeit komme, aber das muß ich auf mich nehmen, ich glaube, die Situation reift dazu heran, daß es nicht zu umgehen ist.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379, Bl. 51 ff.

249 „Brandt teilte mir folgendes für meine weitere Arbeit mit: Schumachers Bestreben geht darauf hinaus, sich mehr nach links zu orientieren ... Er wird deshalb seine Opposition gegen Adenauer noch bedeutend verschärfen ... Schumacher ist, wie Brandt mir sagte, sowohl im Hauptvorstand als auch in der Bundestagsfraktion bereits mehrere Male bei Abstimmungen ganz knapp nur einer Niederlage entgangen. Brandt, der ja bisher treuer Anhänger Schumachers ist, befürchtet, daß es unter Umständen schon fast zu spät für die Umkehr Schumachers, mehr an den linken Flügel wieder Anschluß zu bekommen, ist. Das Schlimme sei, daß diese oppositionellen Bestrebungen nicht so sehr bei den leitenden Funktionären seien, sondern bei den unteren Funktionären und bei den einfachen Mitgliedern. Besonders auch bei den Betriebsräten, den Gewerkschaftsmitgliedern und eben im Betrieb. Ich soll deshalb versuchen, besonders in diesen Kreisen Anschluß zu bekommen, um im gegebenen Augenblick vermittelnd zu arbeiten. In den nächsten Tagen erhalte ich nähere Anweisungen, auch das Zusammentreffen mit Schumacher wird in diesem Zusammenhang jetzt stattfinden ... Über das Verhältnis zur Ostzone nach der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik meinte B., daß die SPD ganz entschieden gegen jede Zusammenarbeit mit der neuen Regierung in der Ostzone eintrete und selbst die wirtschaftlichen Beziehungen ablehne, so lange nicht allgemeine Wahlen und die Zulassung der SPD in völlig freier Ausübung gestattet würden.“ Information, wahrscheinlich von Schlömer, Ebenda.

250 Siegfried Heimann, Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen zwischen SPD und KPD/SED nach 1945: Die Beispiele USPD und UAPD, in: Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984, S. 314 ff.

rer zu bahnen. Allerdings war die Mehrgleisigkeit dieser Zielkombination durchaus widersprüchlich. Aber auch die SPD orientierte auf ähnliche Techniken, um entweder die Opposition in den eigenen Reihen zu marginalisieren, zu kontrollieren oder gegen die SED zu lenken. Vertreter der Besatzungsmächte schließlich nutzten ihr Lizenzierungsmonopol, um oppositionelle Strömungen auf ihre Brauchbarkeit gegen die SED zu prüfen, aber auch, um sie (je nach spezifischer politischer Präferenzenbildung) als Gefahr für die SPD oder als Gegengewicht zu ihr zu behandeln.²⁵¹

7.2. Die USPD

Wie außerordentlich interessiert man im SED-Apparat am Verlauf der inneren Differenzierung der SPD und andererseits unzufrieden mit den diesbezüglichen Handreichungen seitens der KPD war, belegt ein anonymes Dokument vom 27. September 1948:

„In einem Brief, gerichtet an sämtliche Landesvorstände der KPD im Westen und an die Genossen, die sich mit Fragen der Abwehr bei den Landesvorständen beschäftigen, vom 14. Juli 1948 ersuchten wir diese, uns innerhalb von 4–6 Wochen eine Übersicht über den Kreis der führenden SPD-Leute in ihrem Bezirk und der oppositionellen Kräfte in der [Sozialdemokratie] zu geben. Diese Übersicht ist uns mit Ausnahme von Hamburg von keinem Landesvorstand und auch nicht vom Parteivorstand in Frankfurt bis heute zugegangen ... Der einzige zur SPD bestehende Kontakt sind die früheren Mitglieder der Einheitsausschüsse. Diese sind innerhalb der SPD wenig verankert und die mit ihnen gehenden oppositionellen Sozialdemokraten sind durch ihr offenes Eintreten für die Einheitsausschüsse entweder bereits aus der SPD ausgeschieden oder ohne Funktion ... Gen[osse] Ledwohn (Vorsitzender der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD) ... (war) nicht in der Lage ..., eine Übersicht über die Lage in der Sozialdemokratie und der oppositionellen Kräfte ... zu geben ... Durch diese mangelhafte Verbindung zur SPD und zu den in der SPD befindlichen linken Kräften wird zweifellos die Tendenz der Schaffung einer 3. Arbeiter-Partei, die insbesondere von den trotzkistischen Elementen in der SPD gefördert wird, ohne daß es von uns ein Gegengewicht gibt, gestärkt. Die Wagner, Enderlein usw. erhalten durch die Inaktivität unserer Freunde in immer stärkerem Maße die Möglichkeit, zusammen mit den Leuten aus dem ehemaligen I.S.K. und Ruth Fischer und ihrer Sekretärin, die Opposition zu organisieren ... Die Arbeit des Gen[ossen] Grünert in Hamburg sowie

251 In dem am 28.11.49 an Dahlem weitergeleiteten anonymen Bericht heißt es zu den Auffassungen des amerikanischen Offiziers Williams: „Es gebe nur eins hier, das sei der unerbittliche Kampf gegen die Bolschewisten. Amerika stehe auf dem Standpunkt, Rußland müsse seine Position in Europa verengen, wenn nicht ganz aufgeben. Es sei ganz undenkbar, daß Amerika in absehbarer Zeit (Jahren) die Besetzung in Deutschland aufgebe. Es könne wohl möglich werden, daß der Bundesrepublik wieder volle Souveränität verliehen würde, aber die Besetzung würde trotzdem bleiben. Sie, die Amerikaner, sind deshalb auch gegen die SPD eingestellt, weil sie Adenauer unberechtigte Schwierigkeiten machten. Aus diesem Grunde sei auch in der pol[itischen] Abteilung der Amerikaner bei der Berliner Kommandantur eine Umbesetzung erfolgt. Insbesondere sei Dr. Franklin abgelöst, da er ein ausgesprochener Freund und Anhänger der Sozialdemokraten gewesen sei. Die Besatzungsmacht würde viel lieber die Bildung einer neuen linken (Arbeiter-)Partei sehen, und dieser alle Chancen einräumen. – Zum Schluß kam W[illiams] wieder darauf zu sprechen, ich möchte ihm Leute, die aus der Ostzone bei uns ankämen und die wesentliche Nachrichten hätten, zuführen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/379, Bl. 51.

die Berichte, die der Gen[osse] Sperling uns gelegentlich der letzten Parteivorstandssitzung aus Bayern gab, schließlich auch das Echo, das Arp mit seinem Auftreten in Düsseldorf [auf dem SPD-Parteitag] hatte, beweist, daß es in der sozialdemokratischen Partei im Westen eine Basis für die Entwicklung einer marxistischen Opposition gegen den Kurs Schumachers und seiner Clique gibt.²⁵² ... Wir haben den Eindruck, daß die KPD selbstzufrieden sich an den fiktiven Zahlen der Teilnehmer an den Einheitsausschüssen berauscht und selbst anfang, kritiklos zu glauben, daß auf Grund des Herner Beschlusses 10.000 die SPD verlassen und der KPD beitreten würden.²⁵³

Am 7. November 1948 erschien nun im ND ein Artikel unter dem Titel „Vor der Gründung der USPD – Eine richtungsweisende Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten“. Demnach bildeten Sozialdemokraten aus 14 Berliner Bezirken in einem Lokal in der Wallstraße am Vortag einen Aktionsausschuß zur Gründung einer „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Einer der Ausschußmitglieder, Erich Geske, zweiter Vorsitzender der IG Bekleidung und Leitungsmitglied der Berliner VVN, habe erklärt, „daß die Gruppe der aus der SPD ausgeschlossenen oppositionellen Sozialdemokraten als wahrer moralischer Träger sozialdemokratischen Gedankenguts anzusehen ist.“ Aus dem Aktionsausschuß hieß es, die SPD habe das Aktionsprogramm der Partei verraten und sei eine kleinbürgerliche Partei, kriegshetzerisch, dem Einfluß ausländischer kapitalistischer Interessengruppen folgend. Die USPD strebe die Lizenzierung in ganz Deutschland und die Zusammenarbeit mit der SED und der CDU an.²⁵⁴

Doch schon am 10. November vermeldete eine interne Information zur USPD aus dem SED-Landesvorstand Berlin:

„Die diesbezüglichen Zeitungsmeldungen haben erhebliche Verwirrung in die Reihen der SED getragen ... In einer Stadtbezirks-Mitgliederversammlung in Altglienicke wies in einem Schlußwort der Vorsitzende auf diese Zeitungsmeldungen hin. Er begrüßte diese Neugründung der USPD und hob besonders hervor, daß diese Genossen im Demokratischen Block positiv mitarbeiten wollen. Nur einige geschulte Funktionäre stellten im persönlichen Gespräch anschließend fest, daß obige Haltung mit der bisherigen Einstellung zur SPD-Linken nicht übereinstimme.“²⁵⁵

252 Tatsächlich schlossen sich 1948 als Reaktion auf die immer radikaleren Maßnahmen der SPD-Führung gegen oppositionelle Sozialdemokraten etwa zwei- bis dreihundert aus der Partei ausgeschlossene oder vom Ausschluß bedrohte Sozialdemokraten in Hamburg zu den „Oppositionellen Sozialdemokraten“ unter der Führung des Hamburger Schriftstellers und Dramaturgen Heinrich Meier zusammen, zu denen 1949 auch Erich Arp stieß. Rainer Dohse, *Der dritte Weg*, Hamburg 1974, S. 63.

253 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 109f.

254 ND 7.11.48.

255 Information über die USPD vom 10.11.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 53. Der handschriftliche Vermerk „Da u. Wald“ deutet darauf hin, daß Franz Dahlem und wahrscheinlich Eduard Wald diese Information erhielten. Michael Kubina weist darauf hin, daß „Edu“ Wald, Ende der zwanziger Jahre als „Versöhler“ aus der KPD ausgeschlossen und Mitbegründer des „Komitees für proletarische Einheit“, 1945 am Aufbau der KPD in Hannover beteiligt war, aber im Oktober 1948 aus Protest gegen die „Russifizierung der KPD“ aus der Partei austrat und 1950 SPD-Mitglied wurde. So ist es in der Tat bemerkenswert, daß er auch noch danach vertrauliche Informationen aus dem SED-Apparat (so aus seiner Westarbeit) bekam. Vgl. Kubina, *Der Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED*, a.a.O., S.481f. Anlaß für den Austritt von Wald war vermutlich die KOMINFORM-Erklärung zu Jugoslawien. Vgl. Material zu Wald in SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/21, Bl. 48.

Daraufhin (wahrscheinlich von Laufer) angestellte Recherchen über das Zustandekommen dieser Berichterstattung und die beteiligten Journalisten und Koordinatoren hielten unter anderem fest, daß ein Genosse „für das Stattfinden der Versammlung bei der Kommandantur die Lizenz erwirkt und das Lokal mit Hilfe unserer Kreisorganisation beschafft“ habe. Eine handschriftliche Notiz auf dem Bericht, wahrscheinlich von Bruno Haid, lautete: „Der Reporter löste das zwar aus, aber den polit[ischen] Fehler haben Chefredakteure u[nd] Direktoren gemacht und nicht der junge Reporter.“²⁵⁶

Seitens der SPD war die Reaktion eindeutig: Der „Sozialdemokrat“ vom 9. Noveber 1948 zitierte unter der Überschrift „Im Auftrag der Sowjets“ die Einschätzung des Aktionsausschusses ausgeschlossener oder ausgeschiedener Berliner SPD-Mitglieder durch Franz Neumann, erster Vorsitzender der Berliner SPD: „Auch diese Satellitengruppe wird den Schwindsuchtprozeß der SEP nicht aufhalten können.“ Nach gescheiterten Versuchen, die SPD zu spalten, käme jetzt eine Parteineugründung.

Sprecher der ausgeschlossenen Sozialdemokraten und Teilnehmer an der Parteigründungsinitiative war auch der ehemalige sozialdemokratische Kreisvorsitzende für Schöneberg und Stadtbezirksverordnete Wilhelm Kischkat, vor 1945 Mitglied der KPD und sowohl Gegner der „Zwangsvereinigung“, als auch des „blinden Antikommunismus“ der Berliner SPD.²⁵⁷ Am 4. Dezember berichtete das Aktionsausschußmitglied August Burde, die sowjetische Kommandantur habe im Namen der Einheit der Arbeiterbewegung die Gründung der USPD abgelehnt. Die Sowjets wollten einen SPD-Landesverband im sowjetischen Sektor. Vom Verlauf dieses Treffens findet sich ein Spitzelbericht an das SPD-Ostbüro.²⁵⁸ Von den im Dezember 1948 stattfindenden Sitzungen der Gründungsaktivisten gingen auch der SED-Abwehr Berichte zu. So meldete ihr Gewährsmann als Teilnehmer der internen Besprechung der USPD'ler am 18. Dezember in Schöneberg:

„Aus Gesprächen der Anwesenden gingen ... folgende Tendenzen hervor: Nachdem die zentralen Bestrebungen zur Gründung einer USPD durchkreuzt wurden und damalige Verfechter wie Burde ... sich durch Posten haben kaufen lassen“²⁵⁹, kommen diese Leute nicht mehr in Frage. Trotzdem sind Verbindungen genug vorhanden, um die neue Partei zu schaffen. Die amerikanische Lizenz wird erteilt und die Engländer und Franzosen machen dann keine Schwierigkeiten mehr. Politisch will die Partei oppositionelle Sozialdemokraten und sonstige kritische Elemente erfassen. An der Arbeitsgemeinschaft der 'linken' Sozialdemokraten wollen sie sich nicht beteiligen. Den Demokratischen Block lehnt die USPD ebenfalls ab.“²⁶⁰

256 Bericht „Betr.: Gründung der USPD“, gezeichnet mit „24/11 Hd.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 55.

257 Siegfried Heimann, Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen, a.a.O., S. 312.

258 Ebenda, S. 310.

259 Bei der Spaltung der Berliner Verwaltung traten die USPD-Aktionsausschuß-Gründungsmitglieder Erich Geske, Arnold Munter und Hans Bullerjahn auf der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am 30. November 1948 als Sozialdemokraten auf und ließen sich zum stellvertretenden Bürgermeister bzw. in Stadtratfunktionen des neu gebildeten Ostberliner Magistrats wählen. Damit stützten sie entsprechend der sowjetischen Vorgabe die Fiktion einer SPD-Beteiligung am Ostberliner Magistrat. Siegfried Heimann, Zum Scheitern ..., a.a.O., S. 310f. Zur künftigen Rolle dieser „sozialdemokratischen“ Magistratsmitglieder bei der „sozialdemokratischen Aktion“ vgl. ebenda, S. 311.

260 Eine durchgestrichene Passage der Notiz lautet: „Unser Gewährsmann hat den Auftrag erhalten, sein taktisches Verhalten so einzurichten, daß er die politische Linie extrem überspitzt, um sich eine feste Vertrauensstelle zu schaffen, möglichst in den Kopf hineinzukommen, um die wirklichen Hintermänner

Über die Sitzung am 28. Dezember berichtete der Gewährsmann, hier sei es um die Klärung der Lage gegangen, die durch das Ausscheiden der Genossen, die im Ostsektor Funktionen übernommen hatten, entstanden war. Hinsichtlich der Haltung der Besatzungsmächte hieß es in der Runde, die der Franzosen sei unklar (hier vollziehe sich gerade ein Personalwechsel mit Verstärkung der Gaullisten), die Engländer warteten die Meinungsbildung der Russen ab und die Amerikaner (welche erstaunt seien, daß sich ein Teil der Opposition im Ostsektor festgelegt habe) würden keine Schwierigkeiten bereiten. Bekannt sei, daß die Russen keine organisatorische Neubildung, sondern eine lose Arbeitsgemeinschaft wollen. Lizenzanträge sollen durch Kischkat an alle Besatzungsmächte gehen.²⁶¹ Bei dieser Sitzung war neben Kischkat auch der Verfasser des vorläufigen Aktionsprogramm des Gründungsausschusses der USPD Groß-Berlin, nämlich der aus der SPD ausgetretene ehemalige Pressechef der Lüdemann-Landesregierung Schleswig-Holstein, Heinz Krüger, zugegen. Dieser Programmentwurf beschrieb anschaulich das damals angestrebte Profil dieser Parteieninitiative:

„Der SED fehlt der demokratische, der SPD der sozialistische Wille. Die einen mißachten persönliche Freiheit und Menschenwürde, die anderen entbehren der sozialistischen Gestaltungskraft aus Mangel an politischen Grundsätzen. Ihre Parteien und Gewerkschaften verbrauchen Geld und Energien der schaffenden Menschen in ihren fruchtlosen Gegensätzen, wie es SED und SPD, FDGB und UGO²⁶² so deutlich demonstrieren. Es geht deshalb um die Sammlung neuer Menschen, die frei und unabhängig mit dem Mut zur Verantwortung den Weg zum Neuen weisen ohne Verdienste von Parteibuchtraditionen, ohne die Belastung mit historisch falschem und ohne die einseitige Bindung an fremde, außenstehende Kräfte und Mächte ... Die USPD fordert ... Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, des Verkehrs und der Versorgungsbetriebe, der Banken und Versicherungen, Überführung dieser Produktionsmittel in Gemeinbesitz staatlicher, kommunaler, öffentlich-rechtlicher oder genossenschaftlicher Art, je nach den wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten und demokratischen Erfordernissen ... Produktion und Bedarf müssen unter öffentlicher Lenkung und Kontrolle stehen, wobei Planwirtschaft ein freies, aber zweckmäßiges Wirtschaften garantiert ... Die USPD fordert daher Planwirtschaft umfassendster Art durch Mitbestimmung aller Schaffenden, Förderung des Genossenschaftswesens in Form der Produktiv-, Einkaufs-, Handels-, Absatz- und Konsumgenossenschaften ...

zu ergründen.“ Eine handschriftliche Anmerkung lautet: „Das Vorstehende unterstreicht unsere These, daß K. [bedeutet vermutlich Kischkat] ein Agent ist u[nd] in Berlin die amerikanische Linie auf Schaffung einer 3. Arbeiterpartei zu verwirklichen sucht.“ Das Dokument hat die handschriftliche Aufschrift „Da, Wald“, so daß vermutet werden kann, daß sie Franz Dahlem und „Edu“ Wald vorgelegen hat. Notiz „Betrifft USPD“ vom 20.12.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 65.

261 „Sitzung der oppositionellen SPD am 28. Dezember 1948“, ebenda, Bl. 64.

262 Die allmählich entstehende Berliner innergewerkschaftliche Opposition innerhalb der im Februar 1946 gegründeten Einheitsgewerkschaft FDGB war gegen deren Instrumentalisierung durch die SED gerichtet. Mit der im Mai 1948 gebildeten unabhängigen Gewerkschaftsopposition UGO im Westteil der Stadt wurde die Spaltung des FDGB in Berlin vollzogen. Der FDGB (UGO) war im Gegensatz zum FDGB, welcher seit 1946 in Berlin und der SBZ wirkte, eine Dachorganisation mit autonomen Industriegewerkschaften und Angestelltenverbänden in Westberlin. Zur Geschichte der Neugründung, Spaltung und Westintegration der Westberliner Gewerkschaften vergleiche Siegfried Mielke, FDGB-UGO-DGB: Kampf um eine demokratische Gewerkschaftsbewegung (1945–1950), Zeitschrift Beiträge zur Geschichtswissenschaft 4/99, S. 52ff.

*Im demokratischen Staat gilt die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Es darf kein Recht ohne Gesetz, keine Haft und Strafe ohne Gericht und freigewählte Verteidiger geben ... Die USPD fordert daher ... keine Verfolgung wegen politischer Gesinnung, keine Konzentrationslager, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege.*²⁶³

Über Krügers Verbindung zu dem im Januar 1949 aus der SPD ausgetretenen ehemaligen Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsminister Erich Arp²⁶⁴ erhielt die SED-Westabwehr folgende Information:

*„Aus dem vorläufigen Vorstand der sich bildenden USPD wurde uns berichtet, daß Ende dieser Woche der Gen[osse] Arp nach Berlin kommen soll ... Der Zweck seines Aufenthalts und [seiner] Verbindung mit Krüger ist der, daß sie die Statuten für die USPD gemeinsam ausarbeiten wollen. Der amerikanische Verbindungs-offizier, höchstwahrscheinlich Biel, hatte verlangt, daß die Statuten unbedingt eingereicht werden müssen. Die Statuten müssen so sein, daß sie sich wesentlich unterscheiden von denen der SED resp. SPD. Aus den Worten der amerikanischen Verbindungs-offiziere wurde entnommen, daß die Amerikaner dagegen sind, daß die USPD ein Sammelbecken ... der evtl. verbotenen SED im Westsektor Berlins (wird). Diese Mitteilung wurde an Ernst Hoffmann und Major Markow gegeben. Major Markow bestätigt heute, daß Arp in Berlin anwesend sein soll.“*²⁶⁵

263 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 429ff.

264 Erich Arp wurde im April 1947 Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. Sein Rücktritt erfolgte nach schweren Differenzen mit dem Ministerpräsidenten Lüdemann im Januar 1948. Michael Kubina verweist darauf, daß Arp im August 1948 seine Argumentation für eine Bodenreform auf dem bevorstehenden SPD-Parteitag im September 1948 konspirativ mit Gniffke und Ulbricht bei einem Treffen in der SBZ abstimme. Vgl. Kubina, Der Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED, a.a.O., S. 481. Zu Arps Parteaustritt im Januar 1949 hieß es in der SBZ-Presse, er habe erklärt, seine Mittel wären erschöpft, um innerhalb der SPD eine sozialistische Politik zu betreiben gegen eine Parteiführung, die gleiche und schlimmere Fehler machte wie 1918. Der Austrittsanlaß sei ein Redeverbot am 15. Januar und die Untersagung der Teilnahme an der Fraktionsdiskussion über die Verbesserung der Großgrundbesitzerentschädigung gewesen. Es ging um die Erhöhung von 30 auf 100%, während die SPD 1945 noch die entschädigungslose Enteignung forderte. Mit dem Parteaustritt sei er einem Ausschluß mit langandauernder Betätigungsbeschränkung während des Ausschlußverfahrens zuvorgekommen und habe sich so die Freiheit der Kritik und Diskussion erhalten. „Ich werde als unabhängiger Sozialist für einen revolutionären und demokratischen Sozialismus weiterarbeiten.“ „Tägliche Rundschau“ und „Berliner Zeitung“ vom 18.1.49. „Der Sozialdemokrat“ vom 18.1.49 meldete, ein Ausschlußverfahren gegen Arp sei gemäß den Resultaten einer Untersuchungskommission vom sozialdemokratischen Bezirksvorstand Schleswig-Holstein gegen die Stimme des Betroffenen beschlossen worden wegen Verbindungen Arps zu Walter Ulbricht und wegen der Vorbereitung von Zellenbildung in der SPD. Am 11.2.49 reagierte Arp mit einem „Offenen Brief“ auf die Anwürfe seitens der SPD-Funktionäre, die seinen Ausschluß forciert hatten. Zu Herbert Wehner, der zu diesen gehört hatte, bemerkte Arp: „Wenn es heißt, daß 'die reaktionären sozialdemokratischen Führer versuchen, die [deutsch-sowjetische] Freundschaft zu unterwühlen und zu zerstören, ... damit Deutschland unter dem Protektorat des englischen Imperialismus zu einer Festung und zu einem Aufmarschfeld gegen die UdSSR werde', dann hat diese Formulierungen nicht der von Wehner als 'sowjetisch infiziert' angeklagte Arp, sondern Wehner selbst 1940 im Heft 1 der 'Kommunistischen Internationale' geschrieben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 58.

265 Information vom 28.1.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 53.

Die Verbindung von KPD- und SED-Funktionären zu Erich Arp bestand schon längere Zeit²⁶⁶ und sollte für die KPD-Optionen und die SED-Westarbeit fruchtbar gemacht werden.²⁶⁷ Auf Grund von aktuellen Informationen aus Westdeutschland, welche die Gefahr

266 „Seit Ende 1945 ... gab es in Hamburg eine enge Verbindung zwischen der KPD und der SPD. Von der KPD waren die Genossen Dettmann, Grünert, Tastesen, Westphal und Dettleffs, von der SPD Meithmann, Schmedemann, Elsner, Tesloff und Borchers beauftragt, eine gemeinsame Plattform für die Zusammenarbeit auszuarbeiten. Als Vertreter von Schleswig-Holstein nahm der Gen[osse] A[rp] teil ... Die Freunde von der SPD vertraten die Meinung, sofort eine gemeinsame Partei zu bilden und dazu ein gemeinsames Programm auszuarbeiten. Die Genossen der KPD waren gegen eine sofortige Vereinigung und stellten die Frage eines Aktionsprogramms. Bei den Diskussionen, die über Wochen gingen, stellte sich A[rp] auf die Seite der Kommunisten. Er versuchte ..., zwischen den beiden Richtungen auszugleichen ... A[rp] traf ich dann zufällig einige Male, wobei er, wie es seine Art ist, kritisch zu Maßnahmen der SPD, KPD und SED-Politik Stellung nahm. Seine Kritik an der KPD und SED war aber nicht feindlich ... A[rp] hielt zu Elsner und anderen SPD-Leuten engen Kontakt ... A[rp] stand damals [beim 1. Parteitag der SPD in Hannover] stark unter dem Einfluß von Elsner, welcher mit seiner Hamburger Oppositionsgruppe den Plan hatte, im Laufe von einem oder zwei Jahren durch politische Schulung und kleine Zirkel sowie Arbeitsgemeinschaften eine marxistische Ausrichtung von guten SPD-Genossen vorzunehmen ... Durch diese Arbeit wollten sie in einer bestimmten Zeit die überwiegende Mehrheit der SPD in Hamburg erobern. A[rp] wurde dann in Schleswig Holstein Minister ... In der letzten Zeit seiner Ministertätigkeit näherte sich A[rp] mehr der KPD ... [Er] lieferte [uns] wichtiges Material über Differenzen in der Schleswig-Holsteinischen Regierung und Partei. Als wichtigster Fall ist zu erwähnen die Mitteilung aus einer internen Besprechung, die Schumacher mit den sozialdemokratischen Ministern durchgeführt hat. Schumacher legte dort [für die von Erhard einberufene Ministerpräsidentenkonferenz in München] eine Methode fest, um zu erreichen, daß die Ostzonen-Ministerpräsidenten ausgeschaltet werden sollten. Diese wichtige Mitteilung wurde sofort von dem Gen[ossen] Gundelach nach Berlin gebracht. Ich erinnere mich ... daß Gundelach, da er Gen[ossen] Ulbricht, Dahlem, Grotewohl nicht in Berlin traf, diese Nachricht zuerst an Gniffke gegeben hat. Deswegen hat Gen[osse] U[lbricht] Gundelach am anderen Tage etwas kritisiert. A[rp] hat, nachdem er nicht mehr Minister war, mit mir sehr engen Kontakt gehalten und er hat uns viele Berichte über Partei, Verwaltung, Regierung und Personen usw. gegeben ... Seine Rede auf dem letzten Parteitag der SPD in Düsseldorf hatte noch gewisse Mängel, die erst mit Hilfe unserer Berliner Freunde korrigiert wurden. Wenn man heute seine Rededisposition vor der Opposition in Hamburg vom 30.10.48 betrachtet, dann ist seit dieser Zeit eine bemerkenswerte aufsteigende Entwicklung zu verzeichnen ... [Arp] hat während der ganzen Zeit ... niemals etwas von mir oder anderen Genossen über unsere Partei ... zu wissen verlangt, vielmehr hat er immer von sich selbst aus Berichte gegeben ... A[rp] bewegt sich immer sehr konspirativ, macht aber oft ... Dummheiten, indem er Leute, die an und für sich schwatzhaft sind, über seine politischen internen Ansichten unterrichtet. Den Fall Gniffke hat er mit einer gewissen Ruhe aufgenommen. Er selbst hat ... schon bevor sich Gniffke aus der Ostzone entfernte, Äußerungen gemacht, daß Gniffke viele Versprechungen ihm gegenüber gemacht habe in Bezug auf Unterstützung der Oppositionsarbeit der SPD ... Gniffke aber nichts ... gehalten habe ... (Man) muß A[rp] weiter arbeiten lassen, ihn noch mehr kontrollieren, um daraus dann die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.“ Bericht über A[rp] vom 19.11.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 53. Einer handschriftlichen Anmerkung auf diesem nicht gezeichneten Bericht zufolge („Da“) ging der Bericht an Dahlem.

267 „Wenn man eine größere Oppositionsbewegung vorbereiten will, ist es notwendig, aus dem Rahmen der kleinen konspirativen Arbeit zu halblegalen oder legalen Methoden zu gelangen ... Es wäre besser, wenn A[rp] erst die Kräfte in Hamburg – Schleswig-Holstein – Niedersachsen sammelt ... Verbindungen, die in anderen Ländern mit einzelnen SPD-Leuten bestehen, müssen schnellstens verbessert und entwickelt werden. Das muß eine der Hauptaufgaben ... sein. Vielleicht wäre es ratsam, direkt eine Abteilung für SPD-Fragen beim Parteivorstand oder im Landesmaßstabe einzurichten ... A[rp] hat im Laufe seiner Verbindung zu den kommunistischen Freunden besonders in der letzten Zeit viel gelernt ... Hätten wir in der SPD einige solcher Genossen, wäre es [um] unsere Einheitsarbeit besser bestellt.“ Bericht

signalisierten, daß Arp sich an „trotskistische Elemente“ anschließt, meldete Bruno Haid am 9. Februar 1949 an Dahlem:

„Die Beurteilung, daß er selber noch nicht entschlossen ist ... müßte uns Anlaß geben, ernsthaft über die organisatorische Form einer SPD-Opposition nachzudenken, denn bei der intensiven Bearbeitung der SPD wird es ohne Zweifel noch eine Reihe anderer Persönlichkeiten geben, die aus dieser Partei ausgeschlossen sind oder behindert werden, da sie ein Betätigungsfeld außerhalb dieser Partei suchen. Wir müssen für eine solche etwaige Oppositionsbewegung zusammen mit unseren Freunden im Westen arbeiten und dabei könnten die Richtlinien über organisatorische Grundsätze der sozialdemokratischen Opposition, die Arp entworfen hat, ... eine Diskussionsgrundlage abgeben. Diese ... Form könnte eine Gruppierung um eine Zeitschrift sein, könnte aber auch eine Arbeitsgemeinschaft sein, die sich klar darüber ist, daß sie sich nicht zu einer selbständigen Partei entwickeln darf, sondern daß sie unabhängig auftreten muß, einmal mit der Zielsetzung, auch die Opposition in der SPD zu fördern und zum anderen mit der Zielsetzung, mit der KPD ein Arbeitsverhältnis zu finden. In einer weiteren Perspektive könnte ich mir vorstellen, daß solche nichtgebundenen Sozialdemokraten sogar auf der Liste der KPD an aussichtsreicher Stelle kandidieren könnten.“²⁶⁸

Über die Entwicklung in der westdeutschen Opposition²⁶⁹ und innerhalb der sich bildenden USPD in Westberlin waren die Meldungen, welche inzwischen Ostberlin erreichten, alarmierend. Am 8. Januar 1949 meldete ein Informant:

„Kischkat sagte: ... Die Genossen der opposit[ionellen] SPD, die eine Stellung im neuen Magistrat (im sowj[etischen] Sektor) angenommen haben und nicht mehr mitarbeiten, werden ausgeschaltet. Neue Verbindungen zu allen Kreisen wurden geschaffen. Auch zum sowj[etischen] Sektor. Die USPD wird gebildet! Führende Persönlichkeiten sind schon bei ihm gewesen. Gniffke soll durch Verbindungsleute versucht haben, mit ihm in Verbindung zu treten ... Kischkat hat es abgelehnt und will keine ausgeschlossenen Mitglieder der SED aufnehmen. Genehmigung für die USPD hofft er in erster Linie von der sowjet[ischen] Besatzungsmacht zu bekommen. Bei den Amis und Briten ist K[ischkat] schon gewesen. Sie haben ihm die Genehmigung zugesagt. Er soll Nachricht bekommen, wann er Programm usw. einreichen soll. Franz Neumann ist an ihn herangetreten, um ihn wieder in die SPD zurück zu rufen, ebenso die besten Kräfte. Neumann brauche ein Gegengewicht, um Mattick auszuschalten. Es ist nicht richtig, daß die Behrenstraße gegen die USPD ist. Die Behrenstraße ist für eine Arbeitsgemeinschaft wie sie jetzt die CDU und LDP hat. Dies ist nicht richtig, denn in der Praxis ist dies nur für den sowj[etischen] Sektor, die USPD aber soll für ganz Berlin arbeiten. In Berlin sind jetzt schon etwa 800 opposit[ionelle] SPD-Genossen zusammengefaßt. Darunter führende Funktionäre. In den kommenden Abteilungsversammlungen der SPD will K[ischkat] durch die oppo-

M 61 „Fragen der Opposition um A. Elsner und der Nordrhein-Westf[älischen] Gruppe“ (vermutlich eine KPD-Analyse), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 197ff.

268 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 52. Wieder ging diese Mitteilung auch an „Edu“ Wald.

269 Hier hieß es in einem Bericht, eine Reihe der Leute aus NRW seien ehemalige KPO'ler, Versöhnlere und Trotskisten; gefährlich für „die fortschrittlichen und ehrlichen oppositionellen Sozialdemokraten“, da sie auf deren „Entlarvung“ aus wären. Bericht M 61 „Fragen der Opposition um A., Elsner und der Nordrhein-Westf[älischen] Gruppe“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 197ff.

sitionellen Genossen Resolutionen einbringen, die sich gegen die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien aussprechen und für die Durchführung des alten Aktionsprogramms sind. Kischkat sagt weiter: 95% der Politik der SED erkennt er an, 5% müssen diskutiert werden. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß die USPD eine weitere Spaltung der Arbeiterklasse bedeute, verneinte er dies. Die Genossen in der Behrenstraße haben keine Ahnung, wie es in der SPD wirklich aussieht. Der Apparat, der in der SPD besteht, unterdrückt jede opposit[ionelle] Regung. Entweder werden die opposit[ionellen] Genossen ausgeschlossen oder man gibt ihnen in einem anderen Bezirk einen gutbezahlten Posten und macht sie damit mundtot. Als ich K[ischkat] darauf aufmerksam machte, daß es ihm zu denken geben müßte, wenn die amerikanische Besatzungsmacht als Vertreter der reaktionärsten Monopolisten die USPD genehmigen, während der FDGB und Kulturbund verboten sind, sagte er, [die] USA will bürgerlichen Parteien zum Zuge verhelfen und hofft, durch Unterstützung der USPD die SPD zu schwächen.²⁷⁰

Krüger erklärte im Januar gegenüber dem Westberliner „Kurier“, die USPD habe unerwartet starken Zulauf nicht nur aus Kreisen der SPD und der SED, sondern auch von jungen, bisher apolitischen Menschen. Die ehemaligen Sozialdemokraten Geske, Bullerjahn und Burte aus dem Ostsektor hätten zeitweise Fühlung mit dem Kreis um Kischkat gehabt, seien dann aber „Gott sei Dank“ gegangen. Bei der Gründung des Ost-Magistrats seien Krüger und Kischkat Bürgermeisterposten „und anderes“ im Ostsektor angeboten worden. Beide hätten abgelehnt.²⁷¹

Um die Jahreswende 1948/49 schätzte ein Informant der KPD ein:

„A[rp] lehnt die Schaffung einer dritten Partei ab. Er sagt, daß er diese Gedanken durch seine Diskussionen mit den Berliner Freunden gefestigt bekommen hat. Das Echo, welches diese Frage bei den anwesenden SPD-Leuten, besonders bei Elsner, hervorgerufen hat, zeigt, daß die Frage der dritten Partei bei den wirklich politisch ehrlichen SPD-Leuten keine solche entscheidende Rolle spielt. Der Gedanke der dritten Partei kommt vielmehr von den ehemaligen Kommunisten, welche jetzt in der SPD sind und die im Auftrage fremder Einflüsse ihre Arbeit in dieser Richtung leisten ... Für mich ist ... klar, daß das Ziel dieser dritten Partei sein soll, einmal die kommunistische Partei zu spalten und zum anderen bestimmte oppositionelle SPD-Kreise unter dem Einfluß der SPD-Führung zu halten.“²⁷²

Im ND erschien nun auch in bezug zur USPD der überfällige Klartext. Im gleichen Artikel, der die FKPD „entlarvte“, wurde Biel von der US-Militärregierung auch als Helfer von Krüger und Kischkat bei deren Lizenzierungsbegehren für die USPD vorgestellt. Dann heißt es:

„Nach bewährter Methode wird versucht, diese Gründung der SED in die Schuhe zu schieben, um nämlich von den eigenen Machenschaften abzulenken und die sich zur SPD-Zentrale in der Ziethenstraße in Opposition befindenden Sozialdemokraten, die zusammen mit der SED und den anderen Parteien im Berliner Magistrat zusammenarbeiten, verdächtigen und verleumden zu können. Dabei weiß man sehr gut, daß die SED als oberstes Ziel die Erlangung der Einheit der Arbeiterklasse hat und nicht der

270 Information vom 8.1.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 59.

271 „Der Kurier“ Nr. 11, 14.1.49.

272 Bericht M 61 „Fragen der Opposition um A., Elsner und der Nordrhein-Westf[älische] Gruppe“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 197ff.

*Auffassung ist, daß man zu diesem Ziel durch die Schaffung von Splitterparteien gelangen kann. Andererseits aber braucht man diese USPD in Berlin, um in Westdeutschland leichtes Spiel mit allen linken und unzufriedenen Mitgliedern der SPD zu haben ... Wo sie sich in marxistischen Zirkeln zusammenfinden, um zu der Politik ihrer eigenen Partei Stellung zu nehmen, dort verdächtigen sie Schumacher und Heine sofort der Parteispaltung und sie werden wie der holsteinische sozialdemokratische Abgeordnete Arp, wenn sie sich nicht mundtot machen lassen, als Parteigründer diskreditiert und aus der SPD hinausgeworfen.*²⁷³

Hermann Matern, der als neuer ZPKK-Vorsitzender im April 1949 die wegweisenden Orientierungen auch im Umgang mit linken Parteigründungsinitiativen gab, bekräftigte neben seinem Verdikt gegenüber der FKPD auch das SED-offizielle Bild von der USPD:

*„Ich weiß, daß einige Leute sehr ernsthaft darüber diskutiert haben, wie man, da die Vereinigung [der großen Arbeiterparteien] nicht in ganz Deutschland zustande kam, zunächst noch eine USPD schaffen müsse, die dann die Brücke aber auch das Sammelbecken für die KPD auf der einen Seite und die SPD auf der anderen Seite sein sollte, d. h. ein Mittelding mit radikaler Phraseologie und rechtsopportunistischer Politik Zu diesen Leuten gehörte unter anderem Gniffke. Bei Gniffke kommt alles zusammen: Politische Hochstapelei, kriminelle Hochstapelei und moralischer Zerfall ... Wenn die rechtsopportunistischen Feinde und die amerikanischen Agenturen sehen, daß sie die Partei in ihrer großen Masse nicht zu sich auf ihren Boden ziehen können, dann werden sie zu simplen terroristischen und Sabotageeinrichtungen. Das haben wir in der Sowjetunion erlebt.*²⁷⁴

Offenbar konnte Arp auch Krüger im Sinne der Lösung von der USPD beeinflussen. Im Mai 1949 trennte sich letzterer von ihr.:

*„Dieser Schritt ist weitgehend auf meinen Rat erfolgt, so schnell wie möglich dieses Unternehmen zu liquidieren, das keine Aussicht auf Erfolg, sondern nur die Gefahr der Spaltung mit sich gebracht hat. Ich empfehle dringend, Krüger in der KP- und SED-Presse nicht weiter anzugreifen und etwa als Wirrkopf oder als westlich beeinflussten Agenten darzustellen. Krüger ist beides nicht. Ich lege allergrößten Wert darauf, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten ... Ich habe keine Bedenken, wenn Krügers Programmwurf [Vorläufiges Aktionsprogramm des Gründungsausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands/USPD Groß-Berlin], der ja eine starke Kritik an der SPD enthält, in der Ost- und Westpresse öffentlich erörtert wird. Krüger wird den Programmwurf selbst auch wohl in Kürze der Presse übergeben, obwohl er einen klaren Trennungsstrich auch öffentlich zur USPD gezogen hat.*²⁷⁵

Erich Arp lehnte jedoch zusammen mit Meier 1949 auch die Offerten des Leiters der Westabteilung des SED-PV, Karl Schirdewan, bei dessen Besuch in Hamburg ab, eine mit der KPD zusammenarbeitende sozialistische Oppositionsgruppe zu bilden und eine durch den Osten finanzierte Wochenzeitung herauszugeben.²⁷⁶ Die USPD wartete auf ihre Lizenzierung in den Westsektoren und die SPD-Presse schlug ebenso wie die SED-Presse auf

273 „Parteigründungen und ihre Hintergründe“, ND 5.3.49, S. 2.

274 Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 6./7.4.1949 in Potsdam. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 16ff. Materns Äußerungen zur FKPD auf dieser Konferenz siehe Abschnitt 7.1.

275 Betr. Schreiben von Arp an Krüger, 17.5.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/432, Bl. 428.

276 Dohse, Der dritte Weg, a.a.O., S. 68.

diese Initiative ein, wobei natürlich lediglich die Frage, ob der amerikanische oder der sowjetische Geheimdienst dahinter stünde, strittig blieb. Die geheimen Informanten beider Parteien hielten ihre Auftraggeber durch Spitzelberichte stets auf dem laufenden. Doch das Interesse an der Parteinitiative war auch bei der Berliner Bevölkerung nicht unbeträchtlich. Trotzdem waren die Furcht sowohl der SPD wie der SED vor einer neuen USPD unbegründet: Nach der Lizenzierung der Partei am 2. November 1950 kurz vor den Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenwahlen scheiterte die USPD mit knapp 10.000 Stimmen an der 5%-Hürde.²⁷⁷ Inzwischen war Schlömer, der zusammen mit Möhring²⁷⁸ die Zeitschrift „Pro und Contra“ herausgab (vgl. Abschnitt 7.1.), Teilnehmer an einem Berliner Förderkreis zur Unterstützung einer zu gründenden „Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands“ (UAPD), die am 30. März 1951 in Worms gegründet wurde.²⁷⁹ Der Streit zwischen der linkssozialdemokratischen „Kischkat-Gruppe“ und der für eine revolutionäre sozialistische Sammlungsbewegung votierenden „Schlömer-Möhring-Gruppe“ der UAPD-Förderer führte bald zum Zerreißen der Berliner USPD. Die UAPD war wiederum durch den Streit zwischen den aus der KPD ausgeschlossenen „titoistischen“ Abweichlern (zu denen auch der aus Jugoslawien nach Westdeutschland zurückkehrende Wolfgang Leonhard stieß) und den aus der trotzkistischen IKD am UAPD-Projekt teilnehmenden Kommunisten gelähmt, was zur Auflösung der Partei im September 1952 führte.

Die Parteikontrollorgane hatten angesichts dieser Entwicklung keine Mühe, die in den Osten ausstrahlenden politischen Aktivitäten einer solchen „dritten Kraft“ aus dem Westen einzudämmen.²⁸⁰

277 Siegfried Heimann, *Zum Scheitern ...*, a.a.O., S. 313ff.

278 Hermann Möhring wurde am 7.11.1952 als im Oktober 1948 nach Westberlin geflüchteter ehemaliger Lehrer der SED-Parteihochschule in Ostberlin erkannt und verhaftet. Das ehemalige SED-Mitglied war dem MfS auch als Mitglied des Weiland-Kreises und der „sozialwissenschaftlichen Vereinigung“ bekannt und wurde mitsamt dem aufgehäuften Belastungsmaterial den Sowjets übergeben. Ein SMT verurteilte ihn am 13.5.1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Ende 1954 aus Workuta von den Sowjets wieder in deutschen Gewahrsam übergeben, wurde der als „Trotzkist“ eingestufte Möhring weder zur Amnestie 1956/57, noch zu der im Jahre 1960, sondern erst anlässlich der Amnestie 1964 mit „bedingter Strafaussetzung“ aus der Haft nach Westberlin entlassen. BStU ZA, Archiv-Nr. 309/52, Untersuchungsvorgang Bl. 7 und Gefangenenaakte S.25ff.

279 Zur weiteren Entwicklung der USPD und ihren Beziehungen zur UAPD siehe ebenda, S. 314ff.

280 Die ZPKK informierte am 18.1.50 die LPKK beim LV Berlin (Max Sens), daß in Bohnsdorf, Kreis Treptow sämtliche Funktionäre der SED Werbematerial und Aufnahmescheine der „Unabhängigen“ erhalten hätten. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 25. Daraufhin erfolgte auf Veranlassung der LPKK Berlin von Februar bis März 1950 eine Überprüfung auf parteifeindliche Tätigkeit in Bohnsdorf durch die Kreispartei kontrollkommission. Im November 1950 konnte die LPKK Berlin der ZPKK das Abflauen der USPD/UAPD-Propaganda melden. Ebenda, Bl. 23.

8. Das Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED vor und während ihrer Formung zur „Partei neuen Typus“

Die „sozialdemokratische Gefahr“ in der SED für die stalinistisch dominierte Parteiführung entsprang von Anfang an zwei Quellen: Einerseits fürchtete man, daß ehemals sozialdemokratische Funktionäre über den beherrschbaren Rahmen von „offenen“ Diskussionen in den Leitungsgremien hinaus sich in Krisensituationen an alle Parteimitglieder wenden könnten und damit in der Gesamtpartei, besonders aber bei den zahlreichen ehemaligen SPD-Mitgliedern in der SED, erheblichen Widerhall erwarten konnten. Andererseits fürchteten die Stalinisten, daß ehemalige SPD-Funktionäre umgekehrt die massenhafte Unzufriedenheit insbesondere ehemaliger sozialdemokratischer Parteimitglieder an der Basis zu einer offenen Kampfansage an den stalinistischen Funktionärskörper in den Leitungsgremien ausnutzen könnten. Die politische Substanz dieser Gefahr bestand keineswegs in einer drohenden Renaissance sozialdemokratischer Politikansätze in der SED, sondern in der größeren Bereitschaft ehemals sozialdemokratischer SED-Funktionäre, die tatsächliche Lage im Land (sowjetische Demontagen, Ernährungssituation, Übergriffe der Besatzungsmacht auf die Bevölkerung etc.) zu thematisieren.²⁸¹ Demgegenüber waren Grundsatzdiskussionen über sozialdemokratisches Demokratie- und Politikverständnis in den Leitungsgremien eher den defensiven Versuchen ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre geschuldet, in der Phase der stillen Gleichschaltungspraktiken bis zum Sommer 1947 die naive Option der freien Diskussion innerhalb der SED über strittige Positionen zu behaupten. In diesem Sinne ist „innerparteiliche Demokratie“ besonders von ehemaligen Sozialdemokraten immer wieder eingefordert worden. So wenig auch sozialdemokratische „paritätische“ Parteifunktionäre oder sozialdemokratische Basisgruppenzusammenhänge zu entschiedeneren Schritten bereit waren, um so konsequenter sollten dann die Stalinisten in der SED dieser „sozialdemokratischen Gefahr“ ab Ende 1947 auf dem Wege der politischen Ausschaltung ihrer potentiellen Träger (Kadertausch jenseits der Parität und Säuberung) begegnen. Doch noch bevor 1948 dann die innerparteilichen Säuberungen begannen, war insbesondere die Mehrzahl der früheren sozialdemokratischen Funktionäre in der SED auf Anpassungskurs gegangen und reagierte höchstens mit internem Widerspruch in ihren Gremien. Wie groß dabei das Gewicht sowjetischer Repressionen gegenüber dem des Funktionsopportunisten zu bemessen ist, bleibt umstritten. Bis 1950 sind etwa 5.000 Sozialdemokraten mindestens zeitweilig inhaftiert worden.²⁸²

In der Mehrzahl erlagen auch *die* Kommunisten, welche dem jeweiligen Kurs der Parteiführung reserviert gegenüberstanden, letztlich dem Druck und der Versuchung *aktiver Anpassung* an die jeweils herrschende Parteidoktrin. Dagegen verblieb die Mehrzahl anpassungsunwilliger Sozialdemokraten überwiegend in *passiver Distanz* zu der sich ihnen immer mehr entfremdenden SED. Anders als bei den zahlreichen anpassungsunwilligen Sozialdemokraten führte die politische Sozialisation und die praktische Erfahrung der wenigen widerstandsbereiten Kommunisten und Linkssozialisten jedoch eher zu entschiedeneren For-

281 Vgl. Malycha, Die Illusion der Einheit, a.a.O.

282 Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 41 (1990), S. 305.

men der Gegenwehr. Während der zahlenmäßig große „SPD-Flügel“ in der SED weitgehend auf organisierte Opposition verzichtete, leisteten die wenigen Aktivisten ehemaliger linker Splittergruppen einen zeitweise beträchtlichen Widerstand gegen die Stalinisierung der SED und waren härtesten Verfolgungen ausgesetzt.

Gegenüber den Versuchen mutiger Sozialdemokraten und einiger Kommunisten, innerhalb der SED der vierziger Jahre offen zu opponieren, also „parteioppositionell“ wirken zu wollen, wußten die klarer Denkenden unter den handlungsbereiten dissidenten Kommunisten genau, daß nicht „Opposition“ in der Partei, sondern Widerstand gegen die immer mehr stalinistisch dominierte SED geboten war. Und da sie aus eigener Erfahrung die von Ulbricht und Genossen in die SED überführte Thälmannsche KPD sehr genau kannten, wußten sie auch, daß dies unter den gegebenen Kräfteverhältnissen konspirativ und durch den Aufbau eigener Strukturen am effektivsten zu tun war. Im Bewußtsein des eigentlichen Zwecks solcher Techniken, nämlich die Bevölkerung zu erreichen, standen sie neuerlich vor folgenden Fragen:

1. Bis wann ist die Bevorzugung entrüstischer Methoden gegenüber der Bildung eigener Organisationen vertretbar?
2. Wie weit konnte man in der Praxis antistalinistischer Bündnispolitik im Lichte der Erfahrungen der linken Splittergruppen am Ende der Weimarer Republik gehen?

Das frühe Scheitern einer „dritten Kraft“ in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD wird immer wieder und durchaus nicht zu Unrecht mit stalinistischem Terror, russischer und amerikanischer Interessenlage sowie durchgängig präsentem Antikommunismus erklärt.²⁸³ Doch zeigt die Geschichte auch des linken antistalinistischen Widerstands in der SBZ/DDR und der kommunistischen Opposition gegen die KPD bzw. der linkssozialdemokratischen Opposition gegen die SPD in Westdeutschland, daß die sektiererischen Tendenzen um so größer wurden, je kleiner die Gruppen und je auswegloser ihre Lage war. Daß diese Lage auch prekär werden konnte, zeigt der Versuch der Instrumentalisierung solcher in ihren politischen Motiven aufrechten Sozialdemokraten wie Erich Arp durch die SED-Abwehr trotz dessen erfolgreicher Bemühungen, seine Unabhängigkeit zu bewahren. Das einigende Band der meisten oppositionellen und widerständigen Strömungen, nämlich der negative Bezug zur SED/KPD bzw. zur SPD, konnte die Defizite bei der Entwicklung einer kooperativen Praxis, der Ausarbeitung einer linken antistalinistischen Theorie und der Erlangung eines Minimums organisatorischer Konsistenz nicht aufwiegen. In Kombination mit den erstgenannten Faktoren war ihr Scheitern also folgerichtig. Andererseits kann durchaus angenommen werden, daß die Bemühungen des SED-Abwehrapparats auch zu diesem Scheitern beigetragen haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Aussage des inhaftierten und vom MfS verhörten Alfred Weiland zu den oppositionellen Gruppierungen des Jahres 1949 (vgl. Abschnitt 6.3). Der ahnungslose Weiland erklärte in einer Vernehmung Anfang 1952, „die Tatsache, daß die verschiedenen linksoppositionellen Gruppen

283 So erklärte Oskar Hippe 1977 in einem Gespräch mit Siegfried Heimann rückblickend: „Damals haben wir geglaubt, daß wir es schaffen, eine dritte Kraft in der Arbeiterklasse und unter den Arbeiterorganisationen zu werden ... Heute meine ich, daß es damals nicht möglich war, weil alles dem russischen Interesse untergeordnet war, dazu kam der Antikommunismus der bürgerlichen Kräfte und der Einfluß der Amerikaner. Von daher waren die Chancen für die anderen linken Gruppierungen gleich Null.“ Siegfried Heimann, *Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen ...*, a.a.O., S. 302.

abseits der SED/KPD und SPD keine politische Schlagkraft entwickeln konnten, förderte den Entschluß, den bisherigen Rahmen endgültig zu verlassen und eine größere politische Plattform anzustreben. Im Herbst 1949 entstanden aus dieser Tendenz erste Zusammenkünfte oppositioneller Kreise.“ Gemeint waren die Treffen von Anhängern der USPD und KPO mit Trotzlisten, den Mitgliedern der ehemaligen FKPD-Gruppe, der Marxistischen Arbeitsgruppen, den „Neu-Beginnen“/Miles-Leuten und mit Weilands Gruppe „Neues Beginnen“. Diese Bemühungen seien nach Weiland jedoch am Führungsanspruch der FKPD-Gruppe (insbesondere Schlömers) und wegen deren unbekanntem Geldquellen gescheitert.²⁸⁴

284 BStU ZA, AU 258/52, Band 2a (Ermittlungsverfahren), Bl. 181.

KAPITEL 2

Über die Konstruktion von Parteifeinden zur Kontrolle der Gesamtpartei – Die Stalinisierung der SED aus der Sicht der Parteikontrolltätigkeit (1948–1953)

1. Die Bildung der Parteikontrollorgane und die Einleitung einer Politik der Säuberungen

Das nun in den Kalten Krieg mündende Zerwürfnis der früheren Partner in der Anti-Hitler-Koalition korrespondierte im sowjetischen Besatzungsgebiet mit eskalierenden innerparteilichen Friktionen bei der Umformung der SED in eine „Partei neuen Typus“. Diese Zuspitzungen bildeten sich auch in der Schärfung des Instrumentariums zur Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher „Parteifeinde“ ab und umgekehrt. Die „Parteiabwehr“ wurde um die „Parteikontrolle“ ergänzt. Diese Effektivierung und apparatspezifische Differenzierung des „äußeren und inneren“ Schutzes der SED und insbesondere die „Geburt“ der Parteikontrollorgane, ihre Bewährung in den anstehenden Parteisäuberungen und ihr eigentlicher Zweck sind Gegenstand der nächsten Ausführungen. Nun tritt die systematische Konstruktion von Feindgruppen in der Partei in den Dienst einer inhaltlichen Bestimmung ihrer „Einheit und Reinheit“.

1.1. Parteikontrolle und die Zukunft der Abwehrarbeit in der SED

Die beschriebenen Verhaftungen von Schmidt, Hippe und anderen sind durchaus im Kontext der politischen Mobilmachung vom Sommer 1948 zu sehen.¹ Der Parteivorstand sonderte neben dem Beschluß zur Jugoslawienfrage im Juli auch die erste Säuberungsverfügung

¹ Zeitgleich mit Grotewohls Kritik auf der 11. Parteivorstandstagung vom 29./30. Juni 1948, die Schumacherpolitik nicht von Anfang an entschieden genug bekämpft zu haben, erschienen im ND auch die Enthüllungen des Ende 1946 von den sowjetischen Organen verhafteten Westberliner SPD-Funktionärs Wilhelm Lohrenz. Das MWD hatte sein Geständnis über die im Auftrag westlicher Dienste ausgeführte Spionagetätigkeit des Ostbüros der SPD an die Parteiführung weitergegeben. Vgl. Wilfriede Otto, Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949-1989, Frankfurt/Oder 1997, S. 148f.

zum beschleunigten Ausschluß partei- und sowjetfeindlicher Mitglieder ab.² Im August folgte die erste öffentliche Drohung unter anderem gegen die Trotzlisten und „KPO-Leute“, wie es im ND vom 22. August 1948 hieß. Als 1949 dann die systematischen Säuberungen in der SED begannen, verfügte die Parteiführung bereits über ein wirksames Instrument, als es die Materialsammler der Abwehrreferate bei den Personalpolitischen Abteilungen sein konnten: Nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine „Partei neuen Typus“ auf der 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 veranlaßte das gleiche Gremium im September die Bildung von sogenannten „Parteikontrollkommissionen“ auf allen Ebenen:

„Um die Sauberkeit der Partei zu sichern, beschließt der Parteivorstand die Bildung einer Zentralen Partei-Kontrollkommission und von Partei-Kontrollkommissionen für jedes Land und jeden Kreis. Die Partei-Kontrollkommissionen haben die Aufgabe, den Kampf zu führen gegen die im Auftrage ausländischer Kräfte tätigen feindlichen Agenten, die besonders vom sogenannten 'Ostbüro' der SPD entsandt werden. Ihre weitere Aufgabe besteht im Kampf gegen Korruptionserscheinungen, gegen den Mißbrauch von Parteifunktionen und staatlichen Funktionen sowie gegen Karrierismus.“³

Nach der Effektivierung der zentralen Abwehrarbeit seit 1947/48 und dem immer deutlicher werdenden Übergang zu einer Säuberung der SED bestand gerade bei den Landesfunktionären ein erheblicher Bedarf an einer Systematisierung dieser nun in der Partei anhängigen Säuberungstätigkeit.⁴ Daß in einzelnen Landesverbänden jedoch die Bereitschaft selbständigen Handelns auch auf dem Gebiet der Abwehrarbeit bestand, zeigt das thüringische Beispiel: Nachdem Ulbricht von Mitteilungen des 2. Sekretärs der Landesleitung Thüringen, Kurt Leßig, über dort existierende „Aktivgruppen“ der besten und zuverlässigsten Genossen für den Kampf gegen Industriespionage und Zersetzungsbau erfuhr, veranlaßte er Anfang

2 Beschluß der 12. Parteivorstandstagung am 29. Juli 1948 „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“, Dokumente der SED, Band II, Berlin 1952, S. 8ff.

3 Aus der Entschließung der 13. Tagung des Parteivorstands vom 15./16. September 1948, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 1ff. In den (allerdings noch sehr vagen) Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen wurde die Bildung der Parteikontrollkommissionen eindeutig in den Kontext der Umformung der SED zur „Partei neuen Typus“ gestellt. Die neuen Kommissionen „haben das Recht von sich aus, ohne vorherigen Auftrag, in ihrem Arbeitsgebiet Untersuchungen durchzuführen und Beschlüsse zu fassen.“ Außerdem hieß es: „Die Kontrollkommissionen leisten Hilfe bei der Entfernung von SED-Mitgliedern aus Partei- und Staatsfunktionen, wenn dieselben das Ansehen der Partei schädigen und den Aufbau hindern.“ Für die Mitglieder der Kontrollkommissionen wurde auch die erforderliche Dauer ihrer Zugehörigkeit zu politischen Organisationen der Arbeiterbewegung (mindestens 10, 8 bzw. 5 Jahre für Mitglieder der ZPKK, LPKK bzw. KPKK, also vor 1945 politisch organisiert) festgelegt. Die Schiedsgerichte und Beschwerdekommmissionen der Partei waren den Kontrollkommissionen anzuschließen. Ebenda, Bl. 25ff. Vgl. auch: Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949 bis 1958, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 415.

4 Wie stark dieser Druck der regionalen Parteiapparate war, belegt die Klage aus der Thüringer PPA vom 18. September 1948: „Gen[osse] Töpfer bemängelte das Fehlen zentraler Direktiven, namentlich betr[effs] Ausschlußverfahren gegen Parteifeinde.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 511. Bereits am 23. September 1948 bat Töpfer im Namen der Thüringer PPA Paul Laufer oder Bruno Haid von der Berliner Zentrale, auf einer für Oktober geplanten Schulung von Kreisfunktionären diese internen Orientierungen zu geben: „Ich habe mir vorgestellt, daß Ihr als Thema behandelt 'Methoden und Mittel der Abwehr in der Geschichte der Arbeiterbewegung' und als zweites Thema 'Agententätigkeit gegen die SED und Methoden ihrer Bekämpfung.'“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 323.

Oktober 1948 Franz Dahlem, der Sache nachzugehen.⁵ Dahlem reichte die Sache an den ahnungslosen Bruno Haid als dem Leiter der Abwehr der PPA im ZS weiter, der sofort Paul Laufer nach Thüringen schickte, um die Sache aufzuklären.⁶ Laufer berichtete daraufhin, die Initiative für die Bildung solcher „Aktivgruppen“ sei angeblich von einem Oberstleutnant der SMA über den Weg des thüringischen Innenministers Willy Gebhardt ohne SED-LV-Beschluß gegangen. Das Referat 9 habe nun in jedem Kreis Fünfergruppen unter Beteiligung von Genossen der K 5, des FDGB, der FDJ und der Wirtschaft gebildet, die ihrerseits wieder Fünfergruppen aufbauten usw. Nach Laufers Angaben umfaßte dieser autonome Landesparteiabwehrdienst rein rechnerisch über 3.500 Genossen. Laufer urteilte, dies stimme nicht mit der politischen Linie der Partei überein, denn diese Parteiaktivkader verstärkten so höchstens die Arbeit der K 5. Die dem Referat 9 gestellten Parteiaufgaben würden so nicht von der Partei gelöst. In Thüringen erfolge die Bekämpfung der „Freundeskreise“ des Ostbüros (die in fast jedem Kreis vorhanden seien⁷ und denen in vielen Fällen KV-Mitglieder der SED angehörten) im wesentlichen unter der Führung der K 5.⁸ Haid belehrte nun die Weimarer Genossen über die notwendige Trennung der Arbeit der K 5 und der Abwehr beim Thüringer LV und erstattete im November Dahlem Bericht über die Sache. Die Anregung für die Bildung der Initiativgruppen aus der Administration sei vom Verbindungsmann für innere Angelegenheiten, Schipko, gekommen und die Tendenz der Gebhardt-Initiative gehe in Richtung von Arbeiter-Miliz-Gruppen. Haid erklärte gegenüber Dahlem:

„Ich bin allerdings der Auffassung, daß das Prinzip der Arbeit, wie es in Thüringen entwickelt worden ist, nicht falsch ist. Der Gen[osse] Töpfer hat Recht, wenn er sich Mitarbeiter bei den wichtigsten Kreisvorständen geschaffen hat, die ihrerseits mit Hilfe der Parteiorganisation versuchen, über alle parteischädigenden Einwirkungen auf dem Laufenden zu sein (Agenten, Ostbüro-Spitzel, Korruptionisten usw.). Die Genossen haben selbstkritisch zugegeben, daß sie bisher durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei ihre besondere politische Aufgabe nicht gesehen haben ... Immerhin bin ich der Meinung, daß der Bericht, den ich Dir in der Anlage über die

5 Hausmitteilung Ulbricht an Dahlem vom 8.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/399, Bl. 26. In einem anderen Dokument ist ein „Bericht von der Aussprache mit den Gen[ossen] Töpfer und Leßig am 7.8.48 in Weimar“ enthalten. Darin heißt es: „Der L.V. Thüringen hat einmütig den Beschluß gefaßt, das Referat 9 der PPA (Abwehr) zu einer Abteilung zu verselbständigen und in jedem Kreisvorstand einen Genossen auf diesem Gebiet arbeiten zu lassen. Bisher ist in zwei Kreisen ein Genosse für diese Arbeit gefunden worden. Mit dem Genossen Töpfer arbeiten im Landesvorstand auf dem Gebiet Abwehr insgesamt 5 Genossen. Ihre bisherigen Aufgaben sind: Auskünfte, Untersuchungen und Charakteristiken in Zweifelsfällen, Personalpolitik hins[ichtlich] der Polizei, z. Zt. Polizeibereinigung.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 324. Daß auch in den Westen etwas über solche Gruppen durchgesickert sein mußte, zeigt eine Notiz von Haid an Dahlem vom 1.10.48 betreffend „Gegenmaßnahmen der SPD/Mattick gegen sogenannte Aktivistengruppen der SED“. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 11.

6 Bericht Haid an Dahlem vom 30.4.49, ebenda, Bl. 27f.

7 Diese gewagte Einschätzung Laufers erfuhr ihre Untersetzung durch Meldungen gerade der Aktivgruppen, deren Tätigkeit zu kontrollieren Laufer sich nach Weimar auf den Weg gemacht hatte: Meldungen über die Existenz dieser Freundeskreise bilanzierte (vermutlich Laufer selbst) in dem Bericht über Thüringen vom 19.10.48. So schloß man in Rudolstadt auf Grund von Flugblattfunden bei einem Genossen und in Eisenach auf Grund eines Kneipenkreises auf deren Existenz. Das Referat 9 war ihnen bereits auf der Spur. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 507f.

8 Bericht Laufers über die Aktivgruppen in Thüringen vom 19.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/399, Bl. 33f.

*Schumacher-Tätigkeit in Thüringen zur Verfügung stelle, eine Reihe von interessanten Aufschlüssen gibt und zeigt, daß der Gen[osse] Töpfer auf diesem Gebiet vielfältige Initiativen entwickelt hat.*⁹

Auf Anforderung von Dahlem ergänzte Haid rückblickend seine Mitteilungen über Thüringen nochmals im April 1949: Töpfer habe trotz der in der Luft hängenden Abwehrarbeit Nützliches geleistet. Allein in Jena hätten über 100 Mann den Aktivgruppen angehört „Im ZS waren mit dieser Arbeit im ganzen zwei Genossen [gemeint waren er und Laufer] betraut, denen man außerdem nahegelegt hat, sich zweckmäßig um Westdeutschland auf dem Gebiet der Information zu bemühen ... eine tatsächliche Leitung der Arbeit [gemeint ist die Abwehrarbeit in den Ländern] (ging) über unsere Kräfte.“¹⁰

In einem anderen Schreiben an Dahlem weitete Haid seine Erklärung zu einer interessanten Gesamteinschätzung der bisherigen von ihm verantworteten Abwehrarbeit aus. Haid erklärte:

„Ich möchte auch nicht mit meiner Meinung hinter dem Berg halten, daß diese Aktivgruppen nicht etwa entstanden sind, weil hier unkontrolliert irgendeine Abwehrarbeit gemacht worden ist, sondern weil die Abwehrarbeit, die damals im ZS innerhalb der PPA aufgrund eines Beschlusses des ZS durchgeführt wurde, auf einen viel zu engen Rahmen gestellt war, den Bedürfnissen der Landesvorstände und der gesamten Partei nach Sicherheit nicht entsprochen hat und aus dieser Schwäche heraus allen kontrollierbaren und unkontrollierbaren Initiativen und Einflüssen in den Landesvorständen Raum gegeben wurde ... Nicht wir haben solche Methoden weder in Berlin bei Bauer noch in Thüringen bei Töpfer gefördert, sondern wir sind aufgrund der Einengungen und dauernden Schwierigkeiten technischer und politischer Art, die uns gemacht wurden, nicht in der Lage gewesen, solch ein Abgleiten bei den Landesvorständen zu verhindern bzw. rechtzeitig zu korrigieren ... Ich habe, weil mir die Arbeit notwendig erschienen ist, gerade auf dem Gebiet der Abwehr ohne klare und eindeutige Beschlüsse gearbeitet ... aber ich glaube, daß es an der Zeit ist, auch mich aus einer solchen Situation herauszubringen und mich nicht mit dem Argument der politischen Notwendigkeit jetzt erneut durch den Komplex Stroh auf eine solche Ebene zu bringen, die morgen wieder zu Behauptungen, Gerüchten und Anklagen Anlaß bieten kann.“¹¹

Herta Geffke beschrieb dagegen in ihren Erinnerungen diesen Vorgang aus einer ganz anderen Perspektive: Sie verwies darauf, daß in Thüringen die SPD bei der Parteienvereinigung zahlenmäßig stärker gewesen sei als die KPD. Wenn auch der illegale Überwachungsapparat in der Absicht geschaffen wurde, starken versöhnlerischen Tendenzen in der Politik ehemals sozialdemokratischer Funktionäre (etwa gegenüber zu enteignenden früheren Nazi-unternehmern) entgegenzuwirken und vor allem solche sozialdemokratischen Funktionäre zu überwachen, so wurden auf diese Weise doch „die notwendigen politischen Auseinandersetzungen unterlassen und alles auf dem Wege der Konspiration und einer kriminalistischen Untersuchung“ zu erledigen versucht. In der Thüringer Landesleitung löste dies „eine berechtigte Empörung bei den von der SPD kommenden Genossen aus.“¹²

9 Bericht Haid an Dahlem vom 15.11.48, ebenda, Bl. 36.

10 Bericht Haid an Dahlem vom 30.4.49, ebenda, Bl. 27f.

11 Bericht Haid an Dahlem vom 26.4.49, ebenda, Bl. 30f.

12 Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949 bis 1958, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 423f.

Wie weit regionale Parteifunktionäre angesichts einerseits deutlicher Maßgaben einer Kursverschärfung in den Fragen „revolutionärer Wachsamkeit“ und andererseits fehlender Richtlinien für deren Umsetzung zu gehen bereit waren, belegt eine Mitteilung Laufers vom Dezember 1948 über ein Konzept von Trautzsch (PPA Sachsen), der forderte, es sei die Kontrollfähigkeit zu schaffen über alle verantwortlichen Vorsitzenden der Kreisorganisationen der SED, LDP, CDU, NDP, BP, FDJ, DFD, VdGB, Kulturbund, VVN und FDGB. Die SED müsse sich vor allem in der LDP und CDU durch qualifizierte Kräfte stärker verankern. Laufer kommentierte: „Ich habe, als ich das vorletzte Mal in Dresden war, seinen Entwurf ... kritisiert.“¹³

Neben den inzwischen immer klarer werdenden Wegweisungen zur politischen Stoßrichtung der anstehenden Parteireinigung waren die Parteifunktionäre auf einheitliche Richtlinien bei den nun anstehenden Verfahren angewiesen. Diese auszuarbeiten, war nun eine der ersten Aufgaben zu bildender Parteikontrollorgane. Doch auch die sowjetische Besatzungsmacht konnte jetzt nach Vollzug ihrer deutschlandpolitischen Richtungsbestimmung im beginnenden Kalten Krieg ohne interalliierte Rücksichtnahmen den SED-Kadern solche Wegweisungen geben. Wenn sie zunächst auch sehr allgemein ausfielen, zeigen die Äußerungen des Vertreters der SMA Sachsen auf der SED Landeskonferenz vom 4. Dezember 1948 doch deutlich, wie hart das bevorstehende Durchgreifen nach sowjetischen Vorstellungen ausfallen sollte. In einer Mischung aus medizinischem und militärischem Jargon übermittelte Oberst Kusminow, daß am Beginn der Säuberung eine Bereinigung des Funktionärskorps zu stehen hätte:

„Man darf in seiner Mitte nicht die Opportunisten dulden, wie man in einem gesunden Organismus kein Geschwür dulden darf ... Um den Sieg zu erreichen, muß man vor allen Dingen die Partei der Arbeiterklasse, ihren führenden Stab, ihre vorgeschobene Festung von Kapitulant, von Deserteuren, von Streikbrechern und von Verrätern säubern.“¹⁴

Bruno Haid steuerte aus der Sicht seiner bisherigen Abwehrpraxis Konkretisierungen des Inhalts der bevorstehenden Parteikontrollaufgaben bei. Es sind drei kurze Stellungnahmen überliefert, von denen zwar nicht bekannt ist, welche Verbindlichkeit die darin von ihm formulierten Orientierungen parteioffiziell erhielten, jedoch spiegeln sie sehr genau die realen Kriterien wieder, nach denen sich in der Abwehr erfahrene Parteifunktionäre dann auch bei der nun einzurichtenden Parteikontrolltätigkeit verhielten:

„Ohne Zweifel befinden sich unter den annähernd 2 Millionen in der SED Organisierten solche, die in einer sozialistischen Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Marxismus und Leninismus steht, nichts verloren haben ... Es war unmöglich, in der Aufbauperiode der Partei von vorneherein die Spreu vom Weizen zu trennen ... Kriminell Vorbestrafte, Hochstapler, und sonstiges charakterloses Gesindel glaubte nun, in die Partei ... gehen zu können, um dort nicht dem Sozialismus zu dienen, sondern, um selbst leicht und schnell zu verdienen ... Aber in die Partei strömten auch Menschen, die weder auf dem Boden des Sozialismus standen, noch sich um die Beschlüsse und das Statut der Partei zunächst viel bekümmerten ... Wir wissen, ... in unsere Partei sind auch von der Bourgeoisie und den Junkern ... im Bündnis mit dem amerikanischen und englischen Geheimdienst Spitzel und Agenten geschickt worden, um hier die Aufbauarbeit ... zu sabotieren ... Eine besondere Rolle bei dieser Zerset-

13 Aktennotiz vom 3.12.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 357ff.

14 Malycha, Die SED, a.a.O. S. 359.

*zungs-, Sabotage- und Spionagearbeit spielt das sog[enannte] Ostbüro des SPD-Parteivorstands in Hannover. Unter der Führung langjähriger Agenten des Intelligence Service vom Schlage eines Heine und Sigggi Neumann wird der Versuch unternommen, ... die Maßnahmen der deutschen Verwaltung und der sowjetischen Besatzungsmacht auszuspionieren und Sand in des Räderwerk des staatlichen Verwaltungsapparats und der Wirtschaft unserer Zone zu streuen ... Die auf der 13. Tagung des Parteivorstands beschlossene Kontrollkommission wird der Parteiorganisation helfen, dort, wo diese mit dem normalen Parteiverfahren es nicht verstanden hat, mit den entarteten, schädlichen und feindlichen Elementen fertig zu werden, aufzuräumen.*¹⁵

Das von nun an geltende zweckvolle Parteikontrollparadigma, Parteifeinde möglichst in die Nähe auftragsgeleiteter Spionage-, Zersetzungs- oder Diversionsarbeit für ausländische bzw. westdeutsche Zentralen zu rücken, formulierte Haid bereits vollständig aus, nicht ohne warnend wenigstens in einem Satz auf die darin enthaltene Gefahr der Ausschlußhysterie zu verweisen:

*„Vor der gesamten Mitgliedschaft steht die Aufgabe, in höherem Maße wachsam zu sein, als bisher und die Versuche des Klassengegners, Zersetzung in die Reihen unserer Partei zu tragen, zunichte zu machen. Seit der 11. Tagung des Parteivorstandes ist auf die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes immer wieder aufmerksam gemacht worden ... An der Spitze der Agenten und Provokateure, die dieses schmutzige Handwerk sich zur Aufgabe gestellt haben, stehen die Mitglieder des sog. Ostbüros der SPD in Hannover und ihres Ablegers in der Ziethenstrasse und in Dahlem. Sie sind nichts weiter als Agenten ausländischer Geheimdienste, denn ihre internen Materialien beweisen, daß es sich einzig und allein ... um Spionage und Sabotage dreht ... Gemeinsam mit den Agenten des Ostbüros versuchen bezahlte Achtgroßenjungen des CIC (amerik[anischer] Geheimdienst) und der FSS (engl[ischer] Geheimdienst) sowie des Zweiten Büros der Franzosen Verwirrung in unseren Reihen zu stiften ... Es geht ... nicht an, weiterhin jene wankenden und schwankenden Mitglieder in unserer Partei, die nach mehr als zwei Jahren nach dem Vereinigungsparteitag noch immer mit der Frage der proletarischen Einheit und mit der Sowjetunion nicht ins Reine gekommen sind, weiterhin ... zu tolerieren. Sie sind sehr oft nur Ballast ... Wir haben kein Ausschlußsoll zu erfüllen, wir ringen um jeden ehrlichen Sozialisten ...“*¹⁶

Auch das zweite wesentliche Element der Sorge um die „Einheit und Reinheit der Partei“, nämlich die auch außerhalb des Apparats der professionellen Parteikontrolleure von jedem Parteimitglied einzuübende allgegenwärtige revolutionäre Wachsamkeit, konnte Bruno Haid schon kongenial charakterisieren:

„Agenten des westlichen Monopolkapitals gelang es, verantwortliche Funktionen in die Hände zu bekommen ... Heute, wo die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland unbestreitbar ist, benötigt unsere Partei eine wirkliche revolutionäre Wachsamkeit ... Jedes Parteimitglied muß lernen, wachsam zu sein. Noch über unsere Reihen hinaus muß eine echte Massenwachsamkeit insbesondere mit Hilfe der Volkskontrolle, die von den Massenorganisationen (FDGB, VdGB usw.)

15 Bruno Haid, „Mitglieder, auf die wir keinen Wert legen“, 6.10.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/403, Bl. 87f.

16 Bruno Haid, „Keine falsche Toleranz“, 18.11.48, ebenda, Bl. 99f.

getragen sein soll, entwickelt werden. Völlig zu Recht stellt der L. V. der SED in Sachsen zu den Vorfällen in Glauchau und Meerane fest, daß auch unsere Partei ein hohes Maß von Verantwortung neben dem Versagen der staatlichen Kontrollorgane trifft.¹⁷

Mit der Bildung der Parteikontrollorgane wurde das Referat Abwehr der PPA¹⁸ aufgelöst. Vor allem Bruno Haid schien sich Sorgen über die weitere Organisation insbesondere der Westabwehr zu machen, wie sein Schreiben vom Februar 1949 an Dahlem anlässlich einer sich gerade bietenden Chance der Ausforschung des politischen Redakteurs Nieke vom Westberliner „Telegraf“ belegt:

„Aus der Fülle der Materialien, die noch von der Abwehrarbeit vorhanden sind, hier eine Aktennotiz von Gen[osse] Laufer, der die Frage aufwirft, ob eine solche Verbindung angeknüpft werden soll und ferner, wer dafür die Verantwortung nach der Reorganisation übernimmt. Es muß sowieso entschieden werden, was mit den Mitarbeitern bei den Landesverbänden geschehen soll und wer sich in Zukunft um den Gegner kümmern wird. Ich möchte Dich sehr bitten, mitzuhelfen, schnellstens hier klare Verhältnisse herbeizuführen.“¹⁹

Haid stellte im Februar 1949 bereits Überlegungen an, wie man über die parteizentrierten Westabwehr-Aspekte hinaus die Westarbeit politisch weiterentwickeln könne. So hieß es in seinem Dossier „betreffs Arbeit im Westen“:

„Die in zunehmenden Maße sich regende Opposition gerade bürgerlicher Kreise in den Westzonen gegen die Spaltung Deutschlands bzw. gegen die Vorbereitung zur Schaffung einer westdeutschen Wehrmacht und der Entwicklung Westdeutschlands zu einem Aufmarschgebiet gegen den Osten ... veranlaßte mich, mit dem Gen[ossen] Professor Rompe darüber zu sprechen, an welche Universitätsprofessoren und Intellektuelle man sich wenden könnte, um dem Schein nach zuerst von Westdeutschland her eine Bewegung in Gang zu bringen, die darauf abzielt, die Kräfte des Friedens ... zu mobilisieren ... (Wir) sind in der Aussprache, an der auch der Gen[osse] Leo Bauer teilgenommen hat, zu der Überzeugung gekommen, daß es bei der beinahe pathologischen Angst, sich mit den Kommunisten einzulassen, das Zweckmäßigeste wäre, entweder geeignete Leute im Westen für die Mobilisierung dieser Leute ... zu finden, oder aber einige nicht abgestempelte Professoren aus der Ostzone und Berlin ...“

In diesem Zusammenhang entwickelte Haid Überlegungen, mit Hilfe des Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, Westprofessoren zu Fachbesprechungen herzuholen „und sie dann entsprechend zu beeinflussen.“ Dabei klagte Haid, es

17 Bruno Haid, „Schluß mit der Sorglosigkeit. Wachsamkeit – eine sozialistische Pflicht“, 13.12.48, ebenda, Bl. 115ff.

18 Aus der PPA waren damit die Abwehraufgaben ausgegliedert und sie hatte als Kaderabteilung nun noch über das Nomenklatursystem zu wachen.

19 Haid an Dahlem am 8.2.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/405, Bl. 109. Ein handschriftlicher Zusatz lautet: „Franz [Dahlem] ist einverstanden.“ Die Einschätzung Laufers in seiner Information an Haid über die Möglichkeit einer Verbindungsaufnahme mit Nieke lautet: „Skeptisch macht mich, da mir die Arbeitsmethoden des N[ieke] ein Begriff sind, die Tatsache, daß der Kampf mit Nieke keine einfache Sache ist. Meine persönliche Meinung ... : ... Aufrechterhalten der Verbindung u[nd] herausholen, was wir herausholen können. Selbstverständlich darf N[ieke] von uns nichts Wesentliches bekommen. Falls wir nicht für die weitere Aufrechterhaltung dieser Verbindung sind, ist noch zu erwägen, ob Gen[osse] W. sie in Potsdam den Freunden übergibt.“ Schreiben Laufers an Haid vom 8.2.49, ebenda, Bl. 110.

sei untragbar, daß „unsere kommunistischen Genossen mehr und mehr die Diskussion mit solchen Kreisen meiden.“²⁰

Angesichts solcher Planungen war klar, daß Bruno Haid seine Abwehrrerfahrungen aus der PPA im Sinne der Sicherung der Partei nach „außen“ künftig am besten in der Leitung der Westkommission anwenden würde.²¹ Paul Laufer nahm die Abwehraufgaben der inneren Sicherung und insbesondere des Parteiapparats in der neuen Zentrale der Parteikontrolle in Berlin wahr. In der Sitzung des kleinen Sekretariats vom 10. März 1949 hieß es unter dem Tagesordnungspunkt „Bearbeitung von Untersuchungen gegen verdächtige Elemente in der Partei“: „Alle Untersuchungsangelegenheiten werden der Kontrollkommission übergeben. Fälle von Agententätigkeit, bei denen Material vorliegt, werden von der Personalabteilung direkt zur Beschlußfassung vorgelegt. Genosse Laufer wird als Mitarbeiter in die Kontrollkommission versetzt.“²² Es versteht sich, daß für die notwendige künftige Zusammenarbeit beider Apparate in Gestalt des bewährten Gespanns Laufer-Haid die besten Voraussetzungen bestanden.

1.2. Konstituierung der Parteikontrolle und die Frage der Arbeitsrichtlinien

Die ZPKK begann mit ihren Gliederungen auf Landes- und Kreisebene nach deren personeller Konstituierung erst Anfang 1949 tatsächlich zu arbeiten. An die Spitze der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) wurde gemäß Beschluß der Parteivorstandssitzung vom 24. Januar 1949 neben dem früheren Sozialdemokraten Otto Buchwitz mit Hermann Matern ein Kommunist gestellt, der zuvor bereits als Parteichef in Sachsen und Berlin nachgewiesen

20 Bruno Haid, „betr. Arbeit im Westen“, 13.2.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 197f.

21 Einen Einblick in die nun von Haid geleitete Westkommissionsarbeit gestattet folgender Vorgang aus dem Jahre 1949: Im September 1949 erhielt die Westkommission Kenntnis von einem Vorschlag, die Zeitschrift „Freie Meinung“ der französisch lizenzierten Partei „Sammlung zur Tat“ durch die KPD über eine Deckadresse zu übernehmen. In dem Vorschlag hieß es: „Es wird von der Partei 'Sammlung zur Tat' vermutet, daß die Franzosen die Lizenz erteilt haben, um in dieser Partei die Unzufriedenen gesammelt zu sehen ...“ Die Zeitschrift solle „die Ideologie der KPD vertreten, ohne als KPD-Organ hervortreten, ohne offen auf ideologische Dinge einzugehen ... R[...] ist der Auffassung, daß viele der Ideologie der KP folgen, aber durch die Hetze vom Lesen der KP-Zeitung 'Unser Tag' abgehalten werden“ Diese Mitteilung war an das ZS-Mitglied Wilhelm Koenen seitens eines westdeutschen Genossen R[...] gelangt und wurde im September 1949 von der Westkommission für interessant genug erachtet, sie an Ulbricht und Dahlem weiterzuleiten. Letzterer forderte die Westkommission auf, die Entstehungsgeschichte des Vorschlags zu kommentieren. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 504ff. Die auf Anfrage der Westkommission bei der KPD in Frankfurt eintreffende Antwort vom Oktober 1949 charakterisierte die Partei „Sammlung zur Tat“ als parteifeindlich und den vorschlagenden Genossen als französischen Agenten. Dahlem wurde davon informiert, Haid von Dahlem zur Stellungnahme aufgefordert und Koenen im November 1949 seitens der Westkommission zu dessen Beziehungen zu dem „undurchsichtigen und unzuverlässigen Element“, von dem der Vorschlag stamme, befragt. Ebenda, Bl. 502f.

22 Protokoll der Sitzung des kleinen Sekretariats am 10.3.49, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/11. Paul Laufer war von 1949 bis 1954 Referent und dann Sektorenleiter in der ZPKK und ging dann nach dem Besuch der Parteihochschule 1954/55 im Jahr 1955 zum MfS, wo er bis zu seinem Ausscheiden 1969 als Leiter der Abteilung II der Hauptverwaltung Aufklärung folgerichtig für die Bearbeitung der SPD und des DGB zuständig war.

hatte, daß ihm Probleme der Reinhaltung der Partei vertraut waren.²³ Die Zusammensetzung der ZPKK bestimmte das Zentralsekretariat. Die neun Mitglieder und drei Kandidaten der ZPKK wurden gleichfalls auf der Parteivorstandssitzung vom 24. Januar bestimmt: Neben den beiden Vorsitzenden waren dies Herbert Wittholz, Felix Stanislawski, Ernst Altenkirch, Ernst Schmidt, Herta Geffke, Max Reitersleben und Kurt Riemer als Mitglieder und Emma Gerbing (Leipzig), Paul Gscheitle (Schwerin) und Ernst Braun (Weimar) als Kandidaten.²⁴ Auf Landes- und Kreisebene entschieden die jeweils zuständigen Sekretariate über die Zusammensetzung der Parteikontrollkommissionen.²⁵ An die Spitze der jeweiligen Landespartei kontrollkommissionen (LPKK) wurden Max Sens (Berlin), Otto Sepke (Mecklenburg), Heinrich Mosler (Brandenburg), Arthur Ullrich (Sachsen) Erich Besser (Sachsen-Anhalt) und Richard Eyermann (Thüringen) gestellt. Sie kamen alle aus der KPD.²⁶ Diese Kommissionen bestanden aus jeweils vier Mitgliedern und zwei Kandidaten. Die Kreispartei kontrollkommissionen (KPKK) hatten drei Mitglieder und zwei Kandidaten.²⁷

Am 8. Februar 1949 fand die konstituierende Sitzung der ZPKK statt.²⁸ Die verabschiedeten „Richtlinien für die Arbeit der Kontrollkommissionen“ definierten unter anderem einen den Kontrollkommissionen nun zur Verfügung stehenden innerparteilichen Sanktionenkatalog: Als Parteistrafen konnten Verwarnungen, Rügen, strenge Rügen, Zurücksetzung in den Kandidatenstand sowie der Parteiausschluß als höchste Parteistrafe verhängt werden. Zusätzlich waren die Kommissionen befugt, Parteimitglieder nicht nur aus Partei-

-
- 23 Vgl. Kapitel 1, Abschnitte 2 und 3. Materns Nominierung durch das ZS am 18. Oktober erfolgte nach Rücksprache mit der SMAD. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, a.a.O., S. 240. Otto Buchwitz schied bereits im Sommer 1949 auf eigenen Wunsch aus dem Amt. Herta Geffke, die für Überprüfungen des Verhaltens von Genossen vor der Gestapo, in der Haft und im KZ zuständig war, zog bei Untersuchungen und Aussprachen gegen ehemalige Sozialdemokraten immer Buchwitz hinzu. „Ihm war jedes Mal anzumerken, daß ihm diese Aussprachen immer sehr unangenehm waren. Wir waren ja persönlich gezwungen, kritisch zu den Fragen und Antworten der Genossen Stellung zu nehmen.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 419f.
 - 24 Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 24. Januar 1949, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/59. Herta Geffke verwies in ihren Erinnerungen auf die 1. Parteikonferenz vom 25. bis 28. Januar 1949, auf der die Bildung der ZPKK beim Parteivorstand der SED und die Wahl der Mitglieder und Kandidaten der ZPKK erfolgte. Hier wurde auch die Kandidatenzeit in der Parteimitgliedschaft und die Verbesserung ihrer sozialen Zusammensetzung beschlossen. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 418.
 - 25 Im März 1949 beschloß das Politbüro ein von der PPA im Auftrag des Kleinen Sekretariats des PB ausgearbeitetes Nomenklatursystem, welches unter anderem festlegte, welche Funktionen ausschließlich durch das Politbüro zu besetzen waren. Das Nomenklaturgrundprinzip, nämlich die Bestimmung des Funktionärskaders, dessen Einstellung und Entlassung der übergeordneten Nomenklaturstelle bedurfte (Nomenklaturkader), wurde im August 1952 nochmals fixiert. So waren dann neben den ersten und zweiten Sekretären der Landesleitungen (später Bezirksleitungen) auch die Vorsitzenden der LPKKen (später BPKKEn) vom Politbüro zu bestätigen (Kadernomenklatur der Landesebene). Ebenso waren die Mitglieder der KPKKen in der Kadernomenklatur der Kreisebene. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 451f.
 - 26 Die paritätische Besetzung wichtiger Parteifunktionen war Anfang 1949 bereits aufgehoben worden.
 - 27 Zur weiteren Entwicklung der personellen Zusammensetzung der Zentralen und der Landespartei kontrollkommissionen und später der Bezirkspartei kontrollkommissionen vgl. Andreas Herbst, Führungsstrukturen und Führungskader der SED, in: Herbst/Stephan/Winkler (Hg.), Die SED (Handbuch), a.a.O., S. 845ff.
 - 28 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 8.2.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/437.

funktionen, sondern auch aus staatlichen Funktionen abuberufen oder in eine niedrigere Funktion zu versetzen.²⁹ Die Kontrollkommissionen waren auch ohne Auftrag befugt, von sich aus Untersuchungen in ihrem Wirkungskreis durchzuführen. Beschlüsse der Landes- bzw. Kreiskontrollkommissionen mußten von den jeweiligen Vorständen oder Sekretariaten der gleichen Ebene und Beschlüsse der ZPKK vom Parteivorstand bzw. Politbüro bestätigt werden. Strafrechtsrelevante Untersuchungsergebnisse waren den zuständigen Staatsorganen mitzuteilen und nur diese waren zu weiteren Ermittlungen befugt: Die Parteikontrolle sollte ihre Tätigkeit nicht mit einer polizeilichen verwechseln oder identifizieren. Matern betonte vor den ebenfalls anwesenden LPKK-Vorsitzenden ansonsten jedoch die schrankenlosen Kontrollrechte der Parteikontrollorgane, wiederholte die inzwischen einschlägig gewordenen Abwehrziele (unter anderem der Kampf gegen das Ostbüro und die KPO) und kündigte erwartungsgemäß als eine der ersten Aufgaben die Überprüfung der Parteileitungen und der Parteiapparate an.³⁰ Politische Vorgaben für die Tätigkeit der Parteikontrollorgane formulierte der Parteivorstand in seiner Sitzung vom März 1949: „Trotzkisten, KPO-Leute usw. (vertreten) heute nicht politische Strömungen in der Arbeiterbewegung, sondern (sind) bezahlte Agenten der imperialistischen Geheimdienste.“³¹

Auf der ersten zentralen Konferenz der ZPKK am 6. und 7. April 1949³² bestimmte Matern schließlich detailliert die Verantwortungsbereiche und Arbeitsziele der Parteikontrolle und bettete ihre Arbeit in den politischen Kontext des anhängigen Parteiformierungsprozesses ein. Zuvor hatte Otto Buchwitz Gelegenheit, Wegweisendes zum Unterschied der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der SBZ zu dem System der Volksdemokratien sowie zum Primat der Einheit Deutschlands zu äußern:

„Wir haben genug darüber geredet, aber jetzt müssen wir endlich anfangen, bei den Blockparteien zu differenzieren, die reaktionäre[n] von den fortschrittlichen Elementen zu scheiden ... Die Ostzone allein – so brachte Gen[osse] Grotewohl auf der ... Ministerkonferenz [der Minister der Ostzone] zum Ausdruck – würde eine Belastung für die Sowjetunion und die Volksdemokratien bedeuten. Die Einheit Deutschlands ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus, unseres historischen Ziels ... die Entscheidung über Krieg und Frieden steht und fällt mit der Einheit Deutschlands.“³³

Das entscheidende Referat hielt Hermann Matern.³⁴ Er hob hervor, daß heute die Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehe, was zuvor nicht selbstverständlich war. Zum Zustand der KPD nach dem 11. Juni 1945 (dem Datum der Wiedererrichtung der legalen Organisationen) erklärte er, die KPD habe aus der Niederlage 1933 gelernt, ihre Strategie

29 Diese Vollmacht wurde den Parteikontrollkommissionen bereits in den Ausführungsbestimmungen zum PV-Beschluß vom 16.9.1948 verliehen und dezimierte die Autonomie der gewählten Parteiorgane beträchtlich.

30 Herta Geffke gab an, daß es bis zur ersten Parteikonferenz in der SED bereits 11.291 Ausschlüsse gegeben habe und bei den mit der Bildung der Parteikontrollorgane aufgelösten Schiedsgerichten etwa 14.000 Parteiverfahren anhängig waren. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 418f.

31 Der Parteivorstand zum Bericht des Politbüros über die Tätigkeit seit der 1. Parteikonferenz, Dokumente der SED, Band II, a.a.O., S. 214.

32 Für das Folgende vgl.: Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 6./7.4.1949 in Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 2ff.

33 Ebenda, Bl. 2ff.

34 Ebenda, Bl. 16ff.

und Taktik entwickelt, sowie Fehler korrigiert; jedoch sei das Gros der alten Mitglieder auf dem Stand von 1933 stehengeblieben bzw. in die KPD seien neue Mitglieder eingetreten, die zuvor nicht politisch organisiert waren. Das habe doppelte Erziehungsarbeit bedeutet. Auch das Gros der SPD-Mitglieder sei auf dem Stand von 1933 stehengeblieben, wenn sie nicht ebenfalls Neuzugänge waren. Ebenso seien in die SED viele zuvor nicht in der Arbeiterbewegung organisierte neue Mitglieder eingetreten. Auch heute gebe es in der SED noch starke antisowjetische Stimmungen. Jedoch sei in der SED inzwischen die Praxis der paritätischen Besetzung der Funktionen überwunden (was als Zeichen für die Einheit in allen Grundfragen gelte)³⁵ und die falsche Vorstellung vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus erledigt. Deutlich betonte Matern nun das sowjetische Vorbild: Jetzt gelte es, die Zielstellung einer Partei neuen Typus gemäß der 11. Tagung des Parteivorstands und nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei zu verwirklichen. „In einer Partei neuen Typus (sind) Fraktionen und Gruppierungen unzulässig.“ Matern ergänzte dazu in seinem Schlußwort:

„Die Einrichtung von Parteikontrollorganen haben wir bisher in der deutschen Arbeiterbewegung nicht gekannt, weder in der Sozialdemokratischen Partei vor 1914 noch in der SPD nach 1914 noch in der Kommunistischen Partei. Deswegen ist diese Einrichtung für uns und für die ganze Partei etwas Neues, wobei wir uns allerdings auf die Erfahrungen der Bolschewistischen Partei stützen können.“³⁶

In der Partei gebe es Karrieristen ohne Klassenbewußtsein, Auffassungen von der Notwendigkeit der sofortigen Proklamation des Sozialismus, feindliche Strömungen in Gestalt linker Abweichungen, die in der Parteivereinigung die Gefahr einer rechtsopportunistischen Politik sehen, und den rechten Opportunismus in der SED als Hauptgefahr. Matern verdeutlichte nach seinen Ausführungen zu den Versuchen, neben der SED und der SPD eine dritte linke Partei zu initiieren³⁷, vor allem die bevorstehenden Hauptaufgaben der Kontrollorgane:

„Die Schumacherpartei ist eine Agentur des amerikanischen Imperialismus ... Man kann sagen, daß bisher ein verhältnismäßig systematisches Aufrollen der Schumacher-Agenturen nur in Sachsen gelungen ist ... Schumacher-Agenturen sind [aber] in allen Ländern ... das ist eine der Aufgaben ... deren Lösung noch vor uns steht ... die zweite Krücke des anglo-amerikanischen Imperialismus ist der Trotzismus. Er ist gegenwärtig nicht die Hauptgefahr, aber er ist gefährlich ... Der amerikanische Imperialismus ... versucht die Sektierer, den linken Opportunismus ... zusammenzuschließen unter der Losung, daß angeblich unsere Partei zu opportunistisch sei, daß in ihr der Sozialdemokratismus vorherrschend sei ... Bei dieser systematischen Organisation des Trotzismus durch den amerikanischen Imperialismus ... kommt jetzt eine neue Seite hinzu, nämlich die bewußte Organisation, die Tito-Jugoslawien mit heimkehrenden Kriegsgefangenen versucht ... Ich will damit nicht sagen, daß jeder Heimkehrer aus der jugoslawischen Kriegsgefangenschaft damit behaftet ist ..., aber

35 In seinem Schlußwort fügte Matern allerdings hellsichtig hinzu: „Wir haben ... in der Partei den etwas komplizierten Zustand, daß im Parteiapparat, wie ich offen ausspreche, die früheren Kommunisten überwiegen und daß im Verwaltungsapparat, Konsum, Sozialversicherungen die früheren Sozialdemokraten überwiegen. Das ist eine Gefahr. Gerade deswegen müssen wir bei der Überwindung der Parität eine sehr kluge und vernünftige Politik machen, um nicht Menschen in eine Lage zu drängen, wo sie glauben, sich wehren zu müssen und wo sie dazu Ursache haben.“ Ebenda, Bl. 143ff.

36 Ebenda, Bl. 143ff.

37 Materns Bemerkungen zur FKPD und USPD vgl. Kapitel 1, Abschnitt 7.

*die Voraussetzungen dafür sind vorhanden ... Das Material, das die Jugoslawen ... in der Partei verbreiten, wird verhältnismäßig sehr wenig abgegeben, ein Zeichen, das wir uns mit dieser Seite noch nicht genügend beschäftigt haben.*³⁸

Die Hauptgefahrenpunkte für organisierte feindliche Zersetzungsarbeit seien die Parteistellen in der Verwaltung und ihrem Apparat. Hier würden alte Verbindungen ausgenutzt, erfolge Gruppenbildung, Nachrichtensammlung und Zersetzungspropaganda. Begünstigend für das Eindringen wirkten sich die Entfernung der Partei von den Massen oder die persönliche Ausnutzung der Machtpositionen von Parteifunktionären (Cliquesbildung), moralischer Verfall, Betrug und Korruption aus. Als Beispiele nannte Matern das Kreissekretariat der Partei in Dresden, das aus gutmütiger Duldung eine Konzentration von Schumacher-Agenten, moralisch Verkommenen und Unfähigen tolerierte, sowie Hoyerswerda. Die Parteihochschule „Karl Marx“ sei (im Zusammenhang mit dem Fall Wolfgang Leonhard) ein Beispiel titoistisch-trotzkistischer Zersetzung. Die Aufgaben der Parteikontrolle bestünden in der Untersuchung von Ursachen der Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, in der Liquidierung des Einflusses des anglo-amerikanischen Imperialismus auf Parteimitglieder, in der Wahrung von Reinheit und Sauberkeit der Partei sowie der inneren Parteidemokratie. Die große Gefahr der Entartung in der SED liege in ihrer Funktion begründet:

„Unsere Partei ist in gewisser Hinsicht Staatsapparat ... Vor der Parteikontrolle sind alle Parteimitglieder gleich ... Natürlich werden Genossen, die in führenden Positionen sitzen, von der entsprechenden verantwortlichen Führung der Partei kontrolliert ... aber ... jedes Parteimitglied (hat) das Recht, unter Umgehung aller Parteinstanzen sich an die Parteikontrolle zu wenden und niemand darf einem Mitglied daraus einen Vorwurf machen ... Dort, wo wir auf Agentenzentralen und auf Spionagezentralen stoßen ..., geben wir diese Fälle an die Sicherheitsorgane ab. In keinem Falle aber soll die Parteikontrolle zusammen mit der Polizei operieren. Das ist nicht praktisch – warum? Wir sind kein Polizeiorgan und auch kein Gericht, wir sind ein politisches Organ ... Mit den Kontrollkommissionen der DWK muß selbstverständlich eine Zusammenarbeit erfolgen. Die Kontrollkommission der DWK ist ein amtliches Organ und erstreckt sich auf alle Menschen, während sich unsere Befugnis nur auf die Partei und die Parteimitglieder erstreckt. Wo also bei den Untersuchungen der ZPKK oder der LPKK Parteimitglieder der DWK mit belastet und hineingezogen werden, muß eine Zusammenarbeit erfolgen, damit sich die Partei, wenn polizeiliche oder gerichtliche Maßnahmen notwendig sind, von dem Gauner trennt und auch in der Partei klargestellt wird, wie es möglich ist, daß solche Leute in der Partei arbeiten ... konnten.“

Zur Stellung der Parteikontrollorgane im Organisationsgefüge der SED erklärte Matern: „Die ZPKK und ihre Organe ... sind ... nicht etwas, was über oder neben der Partei steht, sondern sie sind ein Organ der Partei ... Die KPKK ist ... nicht nur dem Kreisvorstand verantwortlich, sondern auch der LPKK.“ Dabei bearbeite die KPKK Fragen auf Kreisebene,

38 In der Diskussion zu Materns Ausführungen bemerkte Erich Besser (LPKK Sachsen-Anhalt) zu den „Erscheinungen, die von den linken Elementen ausgehen, die zwar weniger stark sind, aber auf der anderen Seite sehr schwer faßbar sind“: „Man kann sehr schlecht herankommen, schon dadurch, weil ein Teil der Leute ... in Haft genommen ..., zum Teil über die Grenzen gewandert [ist]. Ich bin trotzdem der Überzeugung, daß wir in diesem oder jenem Kreissekretariat Vertreter dieser Tendenzen haben.“ Diskussionsbeitrag von Erich Besser auf der Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 6./7.4.1949 in Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 73ff.

sofern es sich nicht um Mitglieder des Kreisvorstands oder des Kreissekretariats (die der LPKK-Zuständigkeit unterliegen) handelt. Ebenso verhielte es sich für die LPKK auf Landesebene, wobei für Mitglieder des Landessekretariats oder Minister die ZPKK zuständig sei. Ansonsten sollten die Parteikontrollorgane den Ortsgruppen helfen, die Dinge selbst zu regeln. Mit der Bildung der ZPKK und den Parteikontrollorganen auf Landes- und Kreisebene seien alle anderen Untersuchungs- und Schiedseinrichtungen in der Partei aufgelöst. Zur grundsätzlichen Abgrenzung von Parteikontroll- und Kaderpolitik (also zur Regelung der Beziehungen zwischen Kontrollorganen und den Personalpolitischen Abteilungen) bemerkte Matern in seinem Schlußwort, daß die jeweilige Kontrollkommission die PPA über ihre Entscheidungen informiere und die PPA sich angewöhnen solle, bei der Kontrollkommission Rückfrage zu halten, ob gegenwärtig gegen einen betreffenden Genossen etwas vorliege. Charakteristiken über einen Genossen gebe es grundsätzlich nur bei der PPA.³⁹

Matern verkündete auf dieser Konferenz auch die inhaltliche und territoriale Arbeitsteilung innerhalb der ZPKK. So waren die Vorsitzenden Matern und Buchwitz für die Kontrolle und Anleitung der ZPKK selbst sowie der LPKKen, für die Verbindung zur ZKK der DWK und für die Beziehungen zu den Sicherheitsorganen verantwortlich, Wittholz für das Ostbüro und die Schumacher-Gruppen, Ernst Schmidt für „das linke Sektierertum, das Trotzkiestengesindel“ (Matern), Altenkirch für die Emigration und die Heimkehrer (unter anderem für die aus Jugoslawien), Stanislawski für Presse, Information und bürgerliche Parteien, Geffke für die Vergangenheit von Funktionären, Riemer (der damals Hauptabteilungsleiter in der DWK im Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums war) für die Lenkung der Arbeit in der DWK und Reiterleben für die Gewerkschaften sowie die Beziehungen zur Partei zuständig. Territorial waren für Sachsen Wittholz, für Brandenburg Altenkirch, für Sachsen-Anhalt Stanislawski, für Thüringen und Berlin Schmidt sowie für Mecklenburg Geffke zuständig.

Schon auf der April-Konferenz waren seitens der Länderkontrollkommissare Klagen über die Vorbehalte und Ablehnung gegenüber den geschaffenen Parteikontrollinstanzen besonders auf der Kreisebene zu vernehmen. Mosler aus Brandenburg sprach vom Ruf der Parteikontrolle als „Parteipolizei“, Ullrich aus Sachsen beschrieb die bis in das Landessekretariat hineinreichenden Widerstände gegen die Kommissionsbildung, Sens aus Berlin berichtete von der Kritik Berliner Kreisvorsitzender an der Auflösung der Schiedsgerichte und Besser aus Sachsen-Anhalt informierte über die Meinung dortiger Kreisvorsitzender, die Parteikontrollkommissionen seien „nichts anderes ... als eine sogenannte Henkertuppe.“⁴⁰ Als

39 Die Reorganisation des innerparteilichen Warnmeldesystems behielten sich trotzdem die Parteikontrollorgane vor. Laut Beschluß der ZPKK-Konferenz mit den LPKKen vom 8.6.49 zur Reorganisierung des Warnmeldewesens (Praxis zu ergänzender Warnkarteien statt periodisch herauszugegebender Warnlisten) wurden die Modalitäten der Aufnahme der Kandidaten für diese Karteien bei den Parteikontrollkommissionen aller Ebenen festgelegt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 4f. Seinen Unmut über das Niveau der SED-Kaderpolitik drückte Matern in seinem Schlußwort zur April-Konferenz der ZPKK folgendermaßen aus: „Ich sehe die Personalpolitik bei uns immer so: Die Partei und alles, was dazu gehört, ist ein großer Baum mit vielen Ästen und Zacken, auf denen Vögel sitzen, das sind die Funktionäre. Dann gibt einer einen Schuß ab und ein Teil oder alle fliegen hoch, um sich dann wieder zu setzen. Dann sitzen sie sehr oft an anderen Stellen, aber sonst hat sich nichts geändert.“ Schlußwort Materns auf der Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 6./7.4.1949 in Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 143ff.

40 Diskussionsreden auf der Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 6./7.4.1949 in Potsdam, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 48ff; siehe auch Malycha, *Die SED*, a.a.O., S. 369.

Matern am 9. April anlässlich der Beratung der sächsischen LPKK erfuhr, daß die Parteikontrolleure in Pirna als „Kopfschmuggler“ verschrien seien, empfahl er den sofortigen Parteiausschluß von Trägern solcher Parolen.⁴¹

Im August 1949 versuchte die ZPKK erstmals auf der Grundlage der bis dahin eingegangenen Informationen der LPKKen und KPKKen⁴² einen Überblick über die wirkliche Lage in der Partei zu geben. In diesem Dokument findet sich, wie es bei solchen Versuchen auch in Zukunft häufig der Fall sein sollte, jenseits der obligatorischen ideologischen Verbrämung bei der öffentlichen Präsentation dieser Lage und der politischen Anleitung regionaler Parteikontrolleure durch die Zentrale eine weitgehend realistische Beschreibung der Verhältnisse:

„Viele Genossen aus der SPD haben sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen und sind in den Verwaltungen, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und Sozialversicherungen. Erneut trat ein Zurückziehen von der Parteiarbeit nach der 11. Tagung des Parteivorstandes in Erscheinung ... Politisch und organisatorisch ist der Verschmelzungsprozeß in allen Kreisen vollzogen. Ideologisch ist der Verschmelzungsprozeß noch nicht vollzogen. Die Schwächen liegen allgemein in den kleinen Städten und in der Ortsgruppenmitgliedschaft, vor allem unter den Genossen der ehemaligen SP.“

In vielen Fällen sei die Verwaltung und nicht die Partei die führende Kraft. Als außerordentlich problematisch wurden die Verhältnisse an der Zonengrenze und die Stimmungen um die Einrichtung der Handelsorganisationen (HO) bezeichnet. In den Konsumgenossenschaften sei das „Nur-Genossenschaftlertum“ verbreitet. Der Bürokratismus, etwa in den Sozialversicherungen, sei beträchtlich. In der Bevölkerung werde der Volksrat als Abbild der Sowjets angesehen und der UGO-Streik in Berlin⁴³ als richtig empfunden. Verbreitet seien antisowjetische Stimmungen (so in Sachsen-Anhalt). Aus allen Berichten gehe hervor, daß die Arbeit parteifeindlicher Gruppen spürbar sei. Während in Brandenburg bis vor kurzem ideologische Schwächen den bewußt parteifeindlichen Handlungen und Äußerungen gleichgesetzt wurden, begannen nun die Kontrollkommissionen in den Kreisen beide Begriffe zu trennen, was das Vertrauen zu den KPKKen gefestigt habe. Schwerpunkte parteifeindlicher Auffassungen und Tätigkeit seien Cottbus (in Form von Ostbüro-Einflüssen), Rathenow, Potsdam, Luckenwalde und Niederbarnim. In Werneuchen/Kreis Oberbarnim gebe es Linkssektierertum und eine Ablehnung der Nationalen Front. In Forst vertrete eine Minder-

41 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 370.

42 Der Zustand der Partei wurde seitens der ZPKK vom 25.7. bis 10.8.49 mit dem Versand von Fragebögen zu erfassen versucht. Der Bericht fußte aber auf den Monatsberichten der LPKKen. Wittholz lobte hinsichtlich dieser Berichtstätigkeit nur Mecklenburg als vorbildlich, da dort die eigentliche Aufgabe der Parteikontrolle erfaßt worden sei. Vgl. Referat von Herbert Wittholz auf der Zonenkonferenz der ZPKK 3./4.9.49 in Halle, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/436, Bl. 4ff.

43 Als am 20. März 1949 die Währung der Bank deutscher Länder zum alleinigen Zahlungsmittel auch in Westberlin erklärt wurde, weigerte sich die für ganz Berlin zuständige sowjetische Reichsbahndirektion, die Westmark als Zahlungsmittel anzuerkennen und die Westberliner Eisenbahner in Westmark zu entlohnen, obwohl die Fahrpreise in Westberlin in Westmark zu entrichten waren. Nach gescheiterten Verhandlungen begann am 20. Mai 1949 der UGO-Streik der Westberliner Eisenbahner, welcher nach 38 Tagen und harten Auseinandersetzungen (bewaffneter Einsatz der Bahn- und Volkspolizei gegen Westberliner Eisenbahner) zu der Vereinbarung führte, daß die Reichsbahn-Direktion künftig 60% des Lohnes Westberliner Reichsbahner in Westmark zu zahlen habe. FDGB-UGO-DGB, Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950, Berlin 1971, S. 230ff.

heit ehemaliger KPD-Mitglieder eine ablehnende Haltung zur neuen Massenpartei. Die Cliquenbildung sei überall verbreitet. In Thüringen seien noch Nachwirkungen innerparteilicher Auseinandersetzungen vor 1933 mit der KPO spürbar; in kleineren Ausmaßen auch im Zusammenhang mit der SAP und dem ISK. In Mecklenburg, wo neben den einschlägigen ideologischen Problemen auch die Zweifel an der führenden Rolle der KPdSU, die Stellung zur Intelligenz und die Rolle der MAS zu nennen seien, gebe es keine offenen Diskussionen; zum Teil würden die Mitglieder ihre Auffassungen nur in kleinen Gruppen vertreten. In Sachsen gebe es Cliquenbildung (Volkshauskreis), in Sachsen-Anhalt vereinzelt „Nur-Gewerkschaftlertum“ und besonders in Döbeln hielten KPO'ler und die Reformisten Verbindung. In Sachsen-Anhalt verschlechtere sich das Verhältnis von Partei und Verwaltung, das auf Landesebene noch gut sei, hin zur Kreis- bzw. Ortsebene deutlich. In den Kreisen sei fast überall die Qualität der Verwaltungsfunktionäre besser als die der Parteifunktionäre. Im graphischen Gewerbe sei das „Nur-Gewerkschaftlertum“ reichlich verbreitet. Zum Ruf der Partei in der Bevölkerung wurde eingeschätzt, daß dieser sich in Mecklenburg differenziert habe; im Kreis Ludwigslust sei das Ansehen der Partei unter der Arbeiterschaft schlecht. Die Partei habe bei den werktätigen Bauern an Vertrauen gewonnen im Zusammenhang mit dem Befehl 209 (Seßhaftmachung der Umsiedler, Hektarveranlagung für tierische Produkte, Senkung der Soziallasten, Differenzierung der pflanzlichen Produkte, Bildung der MAS). In Brandenburg sei das Ansehen der Partei in der Bevölkerung kaum gestiegen, in Thüringen (besonders in Gera) stünden ihr die Klein- und Mittelbauern reserviert gegenüber, wogegen die Kleinbauern in Erfurt Vertrauen zur Partei hätten. Die Partei gewinne bei den werktätigen Bauern an Vertrauen im Zuge des Aufbaus der MAS. Die Neubauern in Sachsen-Anhalt hätten ein ablehnendes Verhältnis zur Partei. Die Stimmung sei gegenwärtig allgemein gegen die MAS, weil diese größere Teile der Verträge nicht realisieren konnten. Die Großbauern seien überall feindlich eingestellt und die Kleinbauern seien beunruhigt wegen der Kollektivierungsgerüchte, auf welche die Partei und die VdgB nicht reagierten.⁴⁴

Wie wenig solche relativ sachlichen Bestandsaufnahmen dann in die Anleitungstätigkeit der ZPKK für die LPKKen und einige KPKK-Vorsitzende einfließen, belegt beispielhaft die Zonenkonferenz der ZPKK am 3./4. September 1949 in Halle.⁴⁵ Der ZPKK-Hauptverantwortliche für Sachsen-Anhalt und Zentralkontrollleur für die Angelegenheit „Ostbüro und Schumacher-Gruppen“, Herbert Wittholz, hielt das Einführungsreferat. Nach seiner griffigen Charakterisierung der rechtsopportunistischen Gefahr (Nichtanerkennung des Leninismus, Hetze gegen die SU, Zurückweichen vor amerikanischer Propaganda, Versöhnlertum gegenüber der Schumacherideologie, versteckter Kampf gegen die Parteibeschlüsse und Passivität) weitete er nun den Parteikontrollrahmen politisch auf die „trozkistisch-terroristisch-titoistische-faschistische Gefahr“ aus und verhängte auf der Grundlage dieser militanten Feindbildzuweisung praktisch ein Diskussionsverbot:

„Gegenwärtig bemühen sich die amerikanischen und englischen Spionagezentralen, besonders die trozkistische Propaganda zu fördern. So wie der Trozkismus als terroristische Gruppe zu einer faschistischen Gruppierung wurde, die im Dienste westlicher Spionagezentralen stand und steht, so betreibt auch die Tito-Gruppe ihre Ver-

44 ZPKK-Information von 18.8.49 „Zur Lage in der Partei“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/29, Bl. 1ff.

45 Für das Weitere vgl.: Unkorrigierter stenografischer Bericht über die Zonenkonferenz der ZPKK 3./4.9.1949 in Halle mit den LPKKen und den Vorsitzenden einiger KPKKen, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/436, Bl. 4ff.

leumdungskampagne gegen die Sowjetunion und vertritt die Politik der Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus. Die Tito-Clique wurde infolge ihrer maßlosen nationalistischen Überheblichkeit zu einer Bande von Agenten des Imperialismus, die Jugoslawien in die Abhängigkeit des amerikanischen Imperialismus gebracht hat. Trotzdem in unserer Literatur und Presse fortgesetzt aufgezeigt wurde, daß Trotzkiismus und der besondere Weg Jugoslawiens nichts weiter ist, als getarnter Faschismus, gibt es in unseren Reihen ein Versöhnlerum. Der Fall Leonhard auf der Karl-Marx-Hochschule und auch Erscheinungen an anderen Parteischulen und in der Partei zeigen uns, daß es Genossen gibt, die sich direkt bemühen, trotzkistische Literatur und Material der Tito-Clique in die Hand zu bekommen. Dann bemüht man sich, Diskussionen zu entfachen, anstatt auf die festgestellten und sichtbaren Auswirkungen des Treibens dieser Clique hinzuweisen.“

Ein deutliches Warnsignal in Richtung der VVN enthielt Wittholz' Formulierung, das „sektiererische Element“ (welches die Block- und Bündnispolitik der SED in der Nationalen Front absichtsvoll als „Politik des Augenzwinkerns“ mißversteht) liierte sich häufig mit parteifeindlichen Elementen „und kämpft ... in der Gewerkschaft und besonders in der letzten Zeit sehr oft auch in der VVN als Plattform gegen die Partei.“⁴⁶ Außerdem betonte er ausdrücklich die Befugnis der Parteikontrollorgane, neben der Reinhaltung der SED ebenso „die Kontrolle der Durchführung der von der Partei gefaßten Beschlüsse“ auszuüben. Damit hatten die Parteikontrollorgane praktisch unbegrenzte Vollmachten: Verhängung von Parteistrafen, Veranlassung von Funktionsenthebungen und nun auch die Beschlußkontrolle.⁴⁷ Wittholz gab schließlich Auskunft über die Zahl der Parteiausschlüsse während der Anlaufphase der Parteikontrolltätigkeit in den letzten vier Monaten: Unter den insgesamt 1.170 Ausschlüssen seien 23% wegen Inaktivität und gegenüber klassenfremden Elementen, 30% wegen parteifeindlicher Haltung, 6% wegen sowjetfeindlicher Einstellung, 34% wegen Korruption und sonstigen kriminellen Delikten und 7% wegen falscher Angaben erfolgt. Für alarmierend hielt Wittholz, daß etwa in Buchstedt auf Grund einer RIAS-Meldung, daß die SPD bald wieder in der Ostzone zugelassen werde, von 50 nur 8 Genossen zur fälligen Mitgliederversammlung erschienen.

Matern bekräftigte in seinem Referat das Diskussionsverbot und zeigte durch seine Ausführungen, für wie gefährlich die Parteikontrolle die selbständige Auseinandersetzung von Genossen mit den von der SED-Führung formulierten politischen Einschätzungen hielt:

„In der Partei muß man sich mit ... komischen Fragen [auseinandersetzen], die sich darin ausdrücken, daß eine hinterhältige Zersetzungspolitik betrieben wird, indem systematisch in den Versammlungen gefragt wird, daß man sich über die und die Dinge nicht im Klaren ist ... unversöhnlicher gegen Feindmaterial ... die sogenannte These vom Quellenstudium ... Sie meinen damit, die Partei könne in der Charakterisierung des Trotzkiismus unrecht haben ... Wenn die Partei einen Beschluß faßt und den Trotzkiismus politisch charakterisiert, als eine Bande von Faschisten bezeichnet, dann beginnen wir Quellenmaterial zu sammeln, um uns davon zu überzeugen, ob die Partei recht hat ... Das könnte den Feinden so passen. Nein, Genossen, gegen diese scheinbare Objektivität müssen wir in der Partei unversöhnlicher werden und müs-

46 Vgl. dazu Abschnitt 3.1.

47 Diese Aufgabenstellung folgte dem sowjetischen Vorbild der Kommissionen für Parteikontrolle, wie Wilhelm Pieck bereits am 3.11.1948 bei der SMAD erfuhr. Mählert, Die Partei ..., a.a.O., S. 375 unter Hinweis auf Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, a.a.O., S. 243.

sen die Dinge ... charakterisieren als das, was sie sind, nämlich bewußt oder unbewußt – das kann sich in der Auseinandersetzung ergeben – Helfer des Feindes.“

Und in seinem Schlußwort ergänzte Matern:

„Ich denke, wir sollten uns mit dem Inhalt dieses Materials nicht so auseinandersetzen, daß wir ihn zitieren und dann widerlegen ... wir sollten die Absichten und die Ziele brandmarken, die damit verfolgt werden ... Genossen, in unserer EntschlieÙung wenden wir uns gegen die These des Quellenstudiums ... Was hat es für einen Zweck, wenn wir jetzt anfangen, über Opportunismus, Reformismus und Sozialdemokratismus abstrakt aus der Vergangenheit zu diskutieren? ... wenn wir Opportunismus, Reformismus und Sozialdemokratismus erklären wollen, dann können wir das erklären aus den Erscheinungen, aus den Tatsachen, die wir tagtäglich erleben ... Genossen, brauchen wir heute zu diskutieren über die Frage des Sozialismus in einem Land und über andere Dinge? Dies hat die Geschichte doch längst erledigt.“

Angesichts der Tatsache, daß offenbar überall an den Kreisparteischulen anstandslos Feindmaterial verbreitet wurde, befahl Matern dessen Unterbindung mit Hilfe der Kreissekretariate:

„Auf diesen Schulen [sind] die Genossen Lehrer ... [die] keine Parteierfahrung haben und jetzt tritt dort irgendein Schüler auf, der irgendein Feindmaterial in die Hand gedrückt bekommen hat. Dieser Schüler fragt den Lehrer nun nach einem Problem des Trotzkismus von 1920 ... Die ganze Situation in der Schule kommt dadurch in eine schiefe Lage. Deshalb muß (man) diese ... These vom Quellenstudium bekämpfen und liquidieren.“

Um den Ernst der Lage für jene, die Zweifel oder sogar Widerspruch zu äußern bereit waren, zu benennen, beschrieb Matern ohne Umschweife, in welchem Lager diese Parteimitglieder stünden und benannte mit dem Axiom der Ergebnisheit gegenüber der Sowjetunion gleichzeitig das entscheidende Kriterium für die erwartete Parteitreue:

„Nach dem Beschluß des Informbüros der kommunistischen Parteien und anderer Parteien über die Entartung der Tito-Clique ... gab es in der Partei Diskussionen, daß das doch nicht möglich sein könne, daß Tito doch ein Kommunist ist usw ... heute wird es ... nicht sehr schwer sein, ... den letzten prinzipiellen Grundsatz klarzumachen: Wer sich in Widerspruch zur Sowjet-Union begibt, landet unvermeidlich im Lager des Feindes ... Das braucht man heute nicht mehr mit besonderem Material zu belegen ... Material von der Tito-Bande ist Material des amerikanischen Imperialismus, denn Tito wird heute vom amerikanischen Imperialismus materiell ausgehalten.“

Doch angesichts des von den Parteikontrollorganen selbst erarbeiteten Befunds sowjetfeindlicher Stimmungen bis hinein in die SED, an die nicht zuletzt auch der antisowjetische Propagandaapparat im Westen in Kombination mit antikommunistischen Spitzelentlarvungsmeldungen anknüpfte, formulierte Matern folgende wenig hilfreiche Fragen:

„Der RIAS und die Westzeitungen bringen ... einfach Serien von Namen und bezeichnen diese als sowjetische Spitzel. Habt ihr ... darauf geachtet, ... wie manche Genossen sich von solchen distanzieren und wie sie sagen, ... das brauchten sie doch ... nicht zu tun? ... warum lassen wir uns in die Defensive drängen, wir seien Agenten der Russen? Genossen, sind wir nicht stolz darauf, Schüler Stalins zu sein?“

Und schließlich formulierte Matern jenen Grundsatz, der neben der Jagd auf Parteifeinde und der Verfolgung von Abweichlern das Agentenparadigma über den rein politisch-

ideologischen Bereich hinaus auf alle Bereiche ausdehnte und der für längere Zeit den innerparteilichen Terrorismus unter dem Deckmantel der Terrorabwehr verallgemeinerte:

„Interessant ist es auch, festzustellen, wenn irgendwo in der Produktion etwas schief geht, ... unsere Genossen in ihrer Untersuchung meist von dem Grundsatz ausgehen, daß irgendein unvorhergesehener Unglücksfall die Ursache ist ... und unsere Presse bringt immer ... eine Mitteilung, das ist aus diesem oder jenem Grunde entstanden, anstatt in jedem Fall von der Voraussetzung der Sabotage auszugehen ... wir müssen in der Partei und in den Parteileitungen einen Zustand entwickeln, daß man zunächst einmal an die Arbeit des Feindes denkt und von diesem Gesichtspunkt aus an die Untersuchung herangeht.“

Es ist deutlich erkennbar, daß dieses kampagnenhafte, von Formeln diktierte, feindbildgesteuerte und von Argwohn und Entlarvungseifer gespeiste Säuberungsvorhaben ein ideales Instrument zur Konditionierung und Disziplinierung der SED war. Sie sollte zur „Partei neuen Typus“ nicht dadurch werden, daß die angekündigte Säuberung von „Erfolg“ gekrönt werde, sondern dadurch, daß sich alle Parteimitglieder an dieser Jagd beteiligen sollten. Dieser Vorgang und nicht die Ergebnisse der Jagd auf Verräter machten den Sinn der Kampagne aus. Wen man nun bei dieser Jagd erwischte und ob zu „Recht“ oder Unrecht, war durchaus unerheblich.⁴⁸ Eine solche „Partei neuen Typus“ war vom Inhalt selbst des ursprünglich von Lenin stammenden klassischen Begriffs meilenweit entfernt. Die billigend in Kauf genommenen politischen „Unkosten“ eines so rabiaten „Durchrüttelns“ der Partei bestanden allerdings auch in der „Liquidierung“ durchaus treu ergebener stalinistischer Parteikader und -mitglieder. Wenigstens einer der Diskutanten auf der ZPKK-Zonenkonferenz wies mehr oder weniger beiläufig auf die fatalen Nebenwirkungen dieser Kontrollpraxis hin: Das ZPKK-Mitglied Max Reitersleben, verantwortlich für die Gewerkschaften, teilte mit, daß vor kurzem ein Genosse des Trotzismus beschuldigt wurde, weil er die Formulierung gebrauchte, der Sieg der russischen Revolution sei mit Hilfe des Weltproletariats errungen worden. Dies trug diesem Genossen den Vorwurf ein, er lehne sich an die trotzkistische These vom Sieg der russischen Revolution, abhängig vom Erfolg der Weltrevolution, an. Dieser unberechtigte Vorwurf gegenüber dem ungeschickten Formulierer sei, so Reitersleben, ein Beispiel dafür, „wie unklar bei uns teilweise noch diskutiert wird“. Allerdings gebrauchte Reitersleben auf der Tagung selbst eine „ungeschickte Formulierung“, indem er vom Trotzismus als einer „bürgerlichen Strömung innerhalb der Arbeiterklasse“ sprach und prompt von Matern gerügt wurde: Matern zitierte den Parteibeschuß, nach dem der Trotzismus von einer terroristischen zur einer faschistischen Gruppierung wurde, die im Dienst westlicher Spionagezentralen stehe. „Dort steht also nichts von Strömungen in der Arbeiterbewegung.“

48 Die Entschließung der ZPKK-Sitzung mit den Landespartei kontrollkommissionen in Halle betonte die Wachsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber Antisowjetismus, Titoismus, Trotzismus, und Schumacher-Agententum, bezeichnete die Kritik und Selbstkritik als wichtigstes Instrument der Partei zur Verbesserung ihrer Arbeit und geißelte den „Objektivismus“ und die These vom Quellenstudium als bewußte oder unbewußte Komplizenschaft mit dem Klassenfeind. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 420ff.

1.3. Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus mit Hilfe der Parteikontrollorgane

Nach Ausrufung der unverhüllten „Sozialdemokratismus“-Kampagne auf der SED-Parteivorstandssitzung vom 29./30. Juni 1948 durch Ulbricht und Grotewohl⁴⁹ und dem Parteivorstandsbeschluss „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ vom 28./29. Juli 1948 schwankten die Praktiken der Grundorganisationen wegen fehlender Konkretisierungen zunächst zwischen Passivität und wildem Ausschlußfeier.⁵⁰ Diese Situation milderte sich in dem Maße, wie die Parteikontrollorgane arbeitsfähig wurden. Auf der ersten Parteikonferenz im Januar 1949 wurde bereits die Zahl von 400 ausgeschlossenen „Schumacher-Leuten“ bekanntgegeben und darauf verwiesen, daß viele durch ihren Austritt dem Ausschluß zuvorgekommen seien.⁵¹ Nach wie vor bestätigten Meldungen insbesondere aus der KPD, daß Verbindungen von SED-Funktionären zur SPD-West bestanden⁵² und sich ehemalige SPD-Mitglieder in der SED organisierten und Kontakt nach Hannover hielten.⁵³ Vermutlich aus gegebenem Anlaß wies Hermann Matern am 9. Juli 1949 alle Landespartei kontrollkommissionen an, Anfragen an den KPD-PV in Frankfurt/Main seien nunmehr nur über die ZPKK abzuwickeln und überdies zu legendieren (also ohne Unterschrift auf dem Original und nur mit Zeichen zu versehen).⁵⁴ Paul Laufer leitete Informationen über das Ostbüro, insbesondere Erkenntnisse über die „Leipziger Schumacher-Clique“, ferner über SPD-Arbeit in Dresden, Chemnitz, Senftenberg und Kamenz weiter.⁵⁵ Der Kreisvorsitzende Zwickau meldete im Mai 1949 Verhaf-

49 Grotewohl sprach vom „Krankheitskeim“ in der SED und bedauerte, der sowjetischen Besatzungsmacht die Verfolgung illegaler Betätigung von Schumacherer-Leuten überlassen, statt sich seitens der Partei mit der SPD-Politik in der SBZ befaßt zu haben. Ulbricht bezeichnete es als Hauptaufgabe der Personalpolitik, die Schumacher-Leute rücksichtslos aus der Partei zu entfernen. Malycha, *Die SED*, a.a.O., S. 377.

50 Ebenda, S. 377f.

51 Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28. Januar 1949, Berlin 1949, S. 363. Siehe auch Malycha, *Die SED*, a.a.O., S. 380. Es kann angenommen werden, daß bei diesem ersten Anlauf zur Parteisäuberung ca. 5000 Parteimitglieder aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen, über 400 Sozialdemokraten wegen „Agententätigkeit“ verhaftet und 37.000 Mitglieder ausgetreten waren. Mählert, „Die Partei hat immer recht!“, a.a.O., S. 358.

52 So hieß es, SED-Funktionäre aus dem Kreis Gardelegen hätten nach Informationen von Braunschweiger KPD-Genossen über den Bürgermeister des grenznahen Ortes Döhren in der britischen Zone regelmäßig Verbindung mit der SPD Hannover, die von dort aus diese Funktionäre mit einem Auto abholen ließe. Information vom 20.3.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/400, Bl. 25.

53 Information aus Magdeburg vom 6.8.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 527.

54 Vertrauliche Mitteilung der ZPKK (Matern) an die Vorsitzenden der LPKKen vom 9.7.49 „Betr. Post der Partei-Kontrollkommissionen nach den Westzonen“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 3. Wegen Nichteinhaltung der Weisung dieses Rundschreibens durch verschiedene KPCKen und daraus folgender parteischädigender Pannen wurde diese Aufforderung am 19.10.49 nochmals wiederholt und am gleichen Tag in Schreiben Materns an alle KPCK-Vorsitzenden verfügt, daß selbständige Anfragen der KPCK oder von jeglichem anderen Parteiorgan an Parteiorgane, Amtsstellen oder Privatpersonen in den Westzonen bzw. Antworten auf Anfragen solcher Stellen oder Personen verboten seien. Nur die ZPKK wäre dazu befugt und an sie (über die jeweilige LPKK) seien Anfragen und Antworten zu übermitteln. Ebenda, Bl. 29f. Am 23.3.50 wurden innerhalb der ZPKK „mit Wirkung vom 1. April ... für den Postverkehr mit unseren Freunden im Westen“ Unterschriftzeichen-Codes eingeführt. Mitteilung an die Mitglieder und Mitarbeiter der ZPKK vom 23.3.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/12, Bl. 65.

tungen bei der Aushebung einer „Schumacher-Bande“ im Kreisvorstand.⁵⁶ Die sächsische LPKK konnte der Berliner Zentrale aus fast jedem Kreis wenigstens von „Schumacher-Tendenzen“ berichten.⁵⁷ Es gab auch Berichte über Fraktionstätigkeit in Parteigruppen, wie eine Mitteilung aus Bautzen vom August 1949 ausführte.⁵⁸ In Gera wurden gemäß einer

- 55 Laufer standen Berichte aus Leipzig zur Verfügung, die dort im März 1949 eintrafen. Über den Genossen M., dessen detaillierte Berichte der Informationsabteilung der SED-KL Leipzig zur Verfügung standen und der sich bereit erklärte, „jederzeit im Interesse der Partei wieder zum Ostbüro zu fahren“, hieß es in einer Anmerkung: „Die Freunde wollen nicht, daß wir mit M. sprechen. Sie glauben, daß wir irgend etwas kaputt machen. Wir haben daraufhin 1 ½ Stunden mit M[...] politische Fragen diskutiert und uns absichtlich bezüglich seiner Verbindungen zu Parteigängern Schumachers und zum Ostbüro desinteressiert erklärt ... Die Frage, wie soll sich unsere Partei gegenüber Mitgliedern verhalten, die mit dem Ostbüro zusammenarbeiten, beantwortete M. wie folgt: 'Mit einer einzigen Ausnahme ... ist er in Sachsen unter den Parteigängern Schumachers keinem einzigen Spion oder Agenten des Ostbüros begegnet. Bei allen Parteigängern Schumachers handelt es sich um nicht genügend aufgeklärte Menschen.' M. schlug vor, unter den Mitarbeitern des Ostbüros mit den Mitteln der Überzeugung zu arbeiten ... Mir erscheint M. ehrlich – soweit ein Sozialdemokrat ehrlich sein kann – und als ein Element, daß noch nicht hoffnungslos vom Sozialdemokratismus beherrscht wird ... Es erscheint möglich, daß er seine sozialdemokratischen Standpunkte aufgibt und nicht nur alles aussagt, was er weiß, sondern auch für uns tätig wird ... In dem Fall, daß wir M. nicht entsprechend bearbeiten können, muß er in absehbarer Zeit inhaftiert werden. Die Freunde verhören M. und wir müssen ihn politisch bearbeiten, zumindest solange er in der Partei ist und es nicht ausdrücklich feststeht, daß er inhaftiert wird.“ Berichte der Informationsabteilung der SED-KL Leipzig, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/405, Bl. 329ff.
- 56 Aussprache mit dem Kreisvorsitzenden Zwickau am 9.5.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/31, Bl. 49. Im übrigen berichtete der Kreisvorsitzende über den in der Bevölkerung verhassten SED-Oberbürgermeister, der ein Schlemmerleben führe. Dessen Verhaftung „wäre die beste Propaganda für die Wahl zum 3. Volkskongreß in Zwickau gewesen ... In Planitz, ein Vorort von Zwickau, wohnen bisher die Spitzen der Partei in prachtvollen Häusern und mit viel sichtbarem Aufwand. Sie lebten in der Isolierung von den Massen und machten Planitzer Politik.“
- 57 In einem 1950 verfaßten nichtdatierten Bericht aus Sachsen über Schwerpunkte von „Erscheinungen des Sozialdemokratismus“ im Zeitraum 1948/49 wurden auch nach der Verhaftung der „führenden Ostbüro-Leute“ in Zwickau, Werdau und Crimmitschau weiterhin Ostbüro-Aktivitäten besonders in Werdau und Crimmitschau konstatiert. Sozialdemokratismus gebe es besonders in der Crimmitschauer Stadtverwaltung, in den KWU-Betrieben, im VEB Pleissengrund, VEB Crimmitschauer Trikotagenfabrik, VEB Spengler und im Treuhand-Reißereibetrieb Somonis. In Werdau sei der Oberbürgermeister Weck 1948 als Agent des Ostbüros verhaftet worden. In der Ortsgruppe Neumark sei der bis vor einigen Monaten amtierende Ortsgruppenvorsitzende ein rechter Sozialdemokrat. In der Kreisverwaltung Zwickau habe es nach 1945 eine Konzentration von Mitgliedern der SPD und SAP unter der Leitung eines inzwischen durch die Partei von der Kreisverwaltung abgelösten Genossen gegeben. Die Stadtverwaltung Zwickau unter der Leitung des ehemaligen Oberbürgermeisters Müller (früher SPD) sei vor den inzwischen vorgenommenen personellen Veränderungen stark sozialdemokratisch orientiert gewesen. Neben der Auflistung von wegen Sozialdemokratismus oder Schumachertätigkeit entfernter Sozialdemokraten aus Betrieben vermeldete der Bericht im Stadtteil Zwickau-Planitz drei Strömungen in der SED: Die der KPD, der SAP und der SPD. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005 (LPKK). Vgl. auch Malycha, Die SED, a.a.O., S. 379.
- 58 Die Rede war von „geheimen Treffen im FDGB-Zimmer“, bei denen es hieß: „Die Politik der SED beruht auf den Bajonetten der Roten Armee, die Politik der SED ist keine nationale Politik“, weshalb ein Teilnehmer heute bedauert, daß er 1946 den Einheitsrummel mitgemacht habe. Überdies vermeldete der Bericht, daß in der Waggonfabrik Bautzen Parolen über nicht gehaltene Versprechen der SED (SED verhindernde Einheit Deutschlands) angebracht waren und illegale Briefe, abgezogen auf Abzugapparat, vertrieben, nicht abgeliefert und nur in einem Exemplar zufällig bekanntgeworden wären. In einem Brief an den KV der FDJ wurde die SED als rückschrittliche Partei und die SPD als einzige marxisti-

Meldung der dortigen KPKK im September „Schumacher-Broschüren“ und im November 1949 „Schumacher-Flugblätter“ verteilt.⁵⁹

Es darf angenommen werden, daß, wie bei allen Kampagnen, die parteigeleitete Interpretation solcher Meldungen und die Tatsachen beträchtlich auseinander lagen, womit aber nicht etwa das Fehlschlagen dieser Kampagne, sondern ihr Erfolg signalisiert wurde: Das Entdecken wirklicher „Agenten-Nester“ in der SED war gerade im Falle der SPD nicht sehr wahrscheinlich und auch nicht der eigentliche Zweck der Kampagne. Dieser bestand vielmehr in der unmißverständlichen Stigmatisierung des „Sozialdemokratismus“ unter Strafan drohung nicht nur gegenüber den vielen unzufriedenen ehemaligen SPD-Mitgliedern in der SED. Diese einschüchternden Signale begünstigten die Transformation der Partei in eine solche „neuen Typus“. Zweifellos existierten Verbindungen ehemaliger SPD'ler in der SED untereinander sowie von Einzelnen oder Gruppen zur West-SPD und zum Ostbüro (was 1949 nach den Maßstäben der Parteikontrolle und der Justiz eine Untersuchung auf wirkliche Agententätigkeit schon beinahe erübrigte), ohne daß es sich um Auftragsstätigkeit gehandelt haben dürfte. Selbstverständlich war das SPD-Ostbüro nicht nur an Informationen aus dem Osten interessiert, sondern es beschaffte und sammelte sie planmäßig auch durch den Einsatz von Agenten.⁶⁰ An letzterem dürfte weniger Zweifel angebracht sein, als an dem Bild, das die Parteikontrolleure vom Erfolg dieser Bemühungen des Ostbüros zeichneten. Insgesamt jedoch ist die Überprüfung der Parteikontrollberichterstattung, die allerdings zum Teil sehr detailliert ausfiel, auf ihren rationalen Gehalt schwer möglich. Überdies ging die ZPKK davon aus, daß bei der Verbreitung von Flugblättern und Propagandamaterial das SPD-Ostbüro auch mit anderen Einrichtungen im Westen zusammenarbeitete und sammelte alle erreichbaren diesbezüglichen Informationen.⁶¹

Bereits 1948 gab die Zerschlagung des „Volkshauskreises“ in Leipzig, einer früheren sozialdemokratischen Hochburg, den nun verantwortlichen Parteikontrolleuren Anlaß zur Gewißheit, dort auf „Schumacher-Nester“ zu stoßen. Die Einsprüche damals der Kampagne zum Opfer gefallener Volkshauskreis-Akteure gegen ihren Parteiausschluß wurden im Jahre 1950⁶² durch die sächsische LPKK und die ZPKK zurückgewiesen. Darüber hinaus wurde

sche Partei bezeichnet. Mitteilung eines Redakteurs der „Lausitzer Rundschau“ an den 1. Sekretär des SED-LV Sachsen, Ernst Lohagen vom 30.8.49. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/31, Bl. 77f.

59 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 267f.

60 Vgl. Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD, München 1991.

61 So übermittelte Gerhart Eisler, der das Amt für Information in Berlin leitete, der ZPKK (Hermann Matern) am 3. Oktober 1950 einen Bericht vom 27.9.50 über ein Treffen von Vertretern Westberliner Organisationen, die den illegalen Transport DDR-feindlicher Flugblätter betrieben. Demnach versammelten sich im Sitzungsraum der Freien Universität ein Parteienvertreter der CDU, der Leiter der Abteilung „Ost“ der FDP, je ein Vertreter des SPD-Ostbüros und der UGO, Bevollmächtigte einiger Flüchtlingsorganisationen, der Bonner Minister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser und „ein Vertreter der britischen Organisation zur Durchführung von Transporten solcher Flugblätter“ (an anderer Stelle heißt es „ein britischer und amerikanischer Vertreter“) gegen die Volkskammer-Wahlen am 15. Oktober 1950. Es ging um die Finanzierung der Aktion, die Schaffung von Transportkolonnen und Anlaufstellen für die Transporteure. Der Vorschlag des SPD-Ostbüro-Vertreters zur zentralen Erfassung aller den Organisationen und Parteien zur Verfügung stehenden Personen und Adressen aus der DDR und zur Bildung einer gemeinsamen Kommission für die Entscheidung über die Einsätze wurde abgelehnt. Der FDP-Vertreter verwahrte sich dagegen mit dem Argument der in Westberlin agierenden SED-Spitzen und schlug Finanzzuwendungen an jede beteiligte Organisation vor. Die Aussprache blieb ohne Ergebnis. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/402, Bl. 28f.

62 Vgl. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 385f.

Leipzig mit der am 18. November 1950 in der Leipziger Volkszeitung eröffneten Kampagne „Räuchert die Nester der Schumacher-Agenten aus! Die Kreisleitung der SED Leipzig im Kampf gegen den Sozialdemokratismus aller Schattierungen“ zum Paradebeispiel für die Ausschaltung von nach Meinung der Parteiführung nicht hinreichend berechenbarer ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre. Der Parteiausschluß von etwa 200 solcher Funktionäre und Mitglieder im Kreis Leipzig war begleitet von Parteiarbeiterkonferenzen zu ihrer parteipädagogischen Entlarvung. Die Vorbildfunktion dieses Vorgehens bekräftigte der ZK-Beschluß vom 26. November 1950 über „Die Lage der Parteiorganisation in Leipzig“⁶³. Die Kampagne hatte nicht nur ihren Höhepunkt erreicht, sondern auch ihre verbindliche Form gefunden.

Daß nicht nur Parteiausschlüsse, sondern wie bereits 1948 erst recht ab 1949 auch juristische Sanktionen gegen sozialdemokratische Funktionäre Ausdruck der nun geübten Unduldsamkeit waren, zeigten Verhaftungen und Parteiausschlüsse von Kreisfunktionären in Mecklenburg 1949/50 wegen jahrelanger „Zersetzungsarbeit“. 1950 fand die Verurteilung des PV-Mitglieds Max Frank wegen Spionage und (im April) der Schauprozeß gegen den ehemaligen Ministerialdirektor für Wirtschaft und Verkehr Sachsen-Anhalts Willi Brundert und andere statt.⁶⁴ Der erwähnte Schauprozeß stellte auf juristischer Ebene das dar, was in Leipzig die geschilderte Anti-Sozialdemokratismus-Kampagne vom November 1950 auf politischer Ebene abgab. Die Verquickung von angeblichen Wirtschaftsverbrechen und Agententätigkeit (wie schon im Fall Gniffke) ergänzte in diesem Schauprozeß das Bild vom politischen Saboteur um das des konzernergebnen Schädling am Volkseigentum. Diese bewährte Mischung sollte auch im Schauprozeß gegen den 1950 verhafteten und aus der SPD stammenden Rathenower Oberbürgermeister Paul Szillat, Mitglied des SED-PV, angewandt werden. Wegen Wirtschaftsverbrechen 1951 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, traf das Verfahren einen Funktionär, der sich bekannterweise von den Stalinisierungsauswüchsen innerhalb der SED distanziert hatte. In Thüringen wurde im Frühjahr 1949 der Kreisvorstand Saalfeld durch die Verhaftung der Funktionäre um Paul Kreutzer dezimiert: Das sowjetische Militärgericht ahndete konspirative Organisationsarbeit für die SPD mit langjährigen Haftstrafen. In Brandenburg waren gleichfalls Kreisvorstände, wie der in Cottbus um ihren Vorsitzenden Albert Brämigk, im November 1949 Ziel von Verhaftungen durch die sowjetischen Sicherheitsorgane.⁶⁵

63 Ebenda, S. 387ff.

64 Im Entwurf des Berichts der ZPKK vom 9. Mai 1950 zum bevorstehenden III. Parteitag hieß es: „Genau so wie in den volksdemokratischen Ländern hatten es die feindlichen Agenten verstanden, sich in führende Positionen in die Partei einzuschleichen, um von dort aus ihre Agententätigkeit auszuüben. Ein Beispiel dafür ist der hinter uns liegende Prozeß gegen die Herwegen-Brundert-Clique in Sachsen-Anhalt. Wie der Prozeß aufzeigte, ging es dieser Clique darum, den alten reaktionären Kräften, den Monopolkapitalisten, zu ermöglichen, ihr verbrecherisches Spiel von früher von vorn zu beginnen. Diese Clique setzte sich über den Befehl 124 des Obersten Chefs der SMA vom 30.10.45 hinweg. Das frühere Mitglied der Partei, Brundert, aber war der gedungene und ausgebildete Agent des englischen und somit des amerikanischen Imperialismus.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 2ff.

65 Einzelheiten in: Malycha, Die SED, a.a.O., S. 401ff.

1.4. Die Suche nach der kommunistischen Opposition in der SED

In der Hallenser Septemberkonferenz der ZPKK von 1949 wurde bereits deutlich, daß nach der 1948/49 vollzogenen Bereinigung der Partei von Trägern sozialdemokratischer Politikansätze nun die Abrechnung mit widerständigen und oppositionellen Strömungen kommunistischer Abkunft folgen sollte. Diese Schwerpunktverlagerung war (wie im Falle der Sozialdemokraten auch) keineswegs die Folge einer politisch relevanten Zunahme von Widerstandsarbeit innerhalb oder außerhalb der Einheitspartei gegen die SED-Politik und ihre Führung. Sie verfolgte vielmehr den Zweck, das Politikmonopol der SED-Politbürokratie nach seiner Absicherung gegen die Gefahr „rechtsopportunistischer und revisionistischer“ Herausforderungen durch eine in der SED überlebende SPD nun auch gegen Herausforderungen von links zu immunisieren. Die „große“ Gefahr in Gestalt der allein schon numerisch gewaltigen Zahl ehemaliger SPD-Mitglieder und sozialdemokratisch orientierter Neuzugänge in der SED mitsamt ihrer Funktionäre war, gemessen an ihrer vermeintlichen Potenz und der ihres natürlichen Bündnispartners in Gestalt der „Schumacher-SPD“, durch den SED-Apparat verhältnismäßig reibungslos zu bezwingen gewesen. Die schon vor 1945 durch die stalinisierte KPD ständig unter Beschuß stehenden und wegen ihrer im Vergleich zur illegalen SPD weitaus aktiveren Widerstandsarbeit gegen die Nazis essentiell dezimierten kommunistischen und linkssozialistischen Splittergruppen bildeten dagegen als potentielle antistalinistische Widerstandszellen gegen den SED-Nachkriegskurs einen vergleichsweise unbedeutenden Faktor. Daß der Kampf gegen sie mit noch abstruseren Feindbildzuweisungen und noch radikaleren Drohgebärden geführt wurde, als gegen die Sozialdemokraten, deutet bereits darauf hin, daß hier noch anderes bezweckt wurde, als wirklichen linken antistalinistischen Widerstandsgruppen den Garaus zu machen: Die Abrechnung sollte ausgedehnt werden auf alle potentiellen linken Kritiker sowie auf Kommunisten in der SED, die sich an anderen Politikmodellen orientierten, mögliche Alternativen zum Kurs der „Moskau-Kader“ erwogen oder auch nur politisch anders als durch die stalinistische Schule sozialisiert waren. Je härter diese Abrechnung ausfiel, desto unwahrscheinlicher war es, daß die dem Einfluß der stalinistischen Inquisitoren ausgesetzten „neuen“ SED-Mitglieder, also insbesondere die Nachwuchskader, sich für solche Alternativen begeistern oder auch nur interessieren könnten. Eine weiterer Grund für die Schärfe der Attacken auf die „Splittergruppler“ bestand darin, daß es sich, falls sie wirklich Widerstandszellen bildeten, dann um Gegner handeln würde, die wegen ihrer Erfahrung aus dem Überlebenskampf gegen die stalinisierte KPD und der konspirativen Routine aus ihrem antifaschistischen Kampf außerordentlich gefährlich wären.

Mit den ehemaligen „Splittergrupplern“ zusammen sollten also auch alle anderen zunächst unverdächtigen „Erfahrungskollektive“⁶⁶ außerhalb des stalinistischen Führungskerns der Reihe nach ins Visier genommen werden. Der Bruch Stalins mit Tito 1948, gleichzeitig mit dem definitiven Bruch der Anti-Hitler-Koalition und dem nun durch den Kalten Krieg absichtsvoll geförderten Westagenten-Syndrom, erübrigte die Auswahl der ersten Kandidaten: Es waren die Westemigranten sowie die aus westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten. Die Eigenständigkeit Titos gegenüber Stalin und die Behauptung der Unabhängigkeit Jugoslawiens von der Stalin'schen Sowjetunion ließen Tito 1948 als einen „zeitgenössischen Trotzki“ erscheinen; die Unabhängigkeit von der SU mußte

66 Diesen ausgezeichneten Begriff verwendet Ulrich Mählert in seinem Aufsatz „Die Partei hat immer recht!“, a.a.O., S. 383.

nach sowjetischer Lesart die Abhängigkeit von den USA bedeuten, was wiederum Jugoslawien zu einer amerikanischen Agentur und die ehemaligen jugoslawischen Kriegsgefangenen zu möglichen amerikanischen oder wenigstens jugoslawischen Agenten machte (wobei ersteres die ehemaligen Westemigranten und aus westlicher Gefangenschaft Heimgekehrten auch ohne diesen Umweg schon waren). Sie alle trafen sich an dem Ort, wo bereits seit 1947 die Ostbüro-Agenten saßen: Diese erledigten bekanntlich das Geschäft ihrer amerikanischen Auftraggeber. Jene griffige Logik wurde nun noch mit der am weitestgehenden Beziehungskonstruktion einer Gleichsetzung mit dem Faschismus angereichert, so als ob die Todesdrohung gegen die Troztkisten aus den Moskauer Schauprozessen der dreißiger Jahre noch nicht hinreichend gewesen wäre. Allein wegen dieser bizarren Konstruktionen sind die Ausfälle Materns aus der ZPKK-Zonenkonferenz vom September 1949 gegen die Verlockung des „Quellenstudiums“ nachvollziehbar. Verrat, Spionage, Agententätigkeit und Faschismus wurden nun in eins gesetzt und fortan hatte es jedes Parteimitglied schwer, weder Opfer, noch Täter, noch Mitwisser zu sein.⁶⁷

Zu diesem Zeitpunkt hatten die osteuropäischen Schauprozesse bzw. deren Vorbereitungen bereits begonnen: Seit Mai 1949 setzte der mit sowjetischer Unterstützung inszenierte Budapest-Schauprozess gegen die „troztkistischen Verschwörer und Agenten“ Lázló Rajk und Genossen Maßstäbe für die nun folgenden Prozesse gegen hochrangige Parteiführer und Funktionäre in der Tschechoslowakei (Slánský und Husák), Polen (Gomułka), Bulgarien (Kostoff), Albanien (Xoxe) und Rumänien (Patrascanu). Jenseits des entscheidenden Gewichts der erwähnten ideologischen Konstruktion von Parteifeinden konnte die Tatsache, daß es unbestritten und gerade im Kalten Krieg intensive Spionagetätigkeit der westalliierten Dienste sowie aus dem Westen gesteuerte antikommunistische Diversions- und Agententätigkeit usw. tatsächlich gab, solchen tödlichen Anschuldigungen überhaupt zu einem Minimum an Glaubwürdigkeit verhelfen. Warum Schauprozesse solcher Dimension als Bestandteil der Parteisäuberung in der SBZ/DDR unterblieben (was nicht heißt, daß sie niemals geplant waren), obwohl durchaus Inhaftierungen kommunistischer SED-Funktionäre und Prozesse gegen sie stattfanden, hat spezifische Ursachen, auf die noch eingegangen wird. Ende 1949 begannen die Landes- und Kreispartei-Kontrollkommissionen mit der Zusammenstellung von Namens- und Informationslisten ehemaliger Westemigranten und aus westlicher Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrter sowie ehemaliger Angehöriger von Splittergruppen.

67 Der am 12.10.49 erschienene Artikel „Gegen Übertreibung der Gefahr des ‘Titoismus’ in der KPD“ von Willi Belz im Zentralorgan der KPD „Freies Volk“, war dem KPD-PV einen Sekretariatsbeschluss wert: Wie das „Freie Volk“ am 22.10.49 berichtete, wurde in diesem Beschluss unter der Losung „Stärkt die politische Wachsamkeit der Partei!“ der Artikel und seine Veröffentlichung als „ernster politischer Fehler“, Irreführung und objektiv dem Klassenfeind dienend schärfstens verurteilt. Es handle sich um eine Unterschätzung der Gefahr des Titoismus trotz der Entschließung des KPD-PV vom 14./16.9.49 „Über die Lehren der Wahlen“ und trotz des Artikels des Genossen Kurt Müller „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“, welcher vom Sekretariat ausdrücklich gebilligt werde. Zu Belz hieß es: „Objektiv geben derartige Artikel parteifeindlichen Elementen die Plattform, die sie für ihr Auftreten in der Partei suchen“. Im Zusammenhang mit einer Kritik an Drögemüller war zu lesen, es sei falsch, wenn man die „Spalten unserer Presse für fremde und falsche Auffassungen öffnet. Der sogenannte Objektivismus, der besagt, daß ‘man auch die andere Seite hören’ müsse, ist eine bürgerliche Betrachtungsweise.“ Auch der KPD-Vorstand hatte Matern also verstanden. Müller und Drögemüller sollten bald persönlich erfahren, wie ernst gemeint die hier enthaltene Forderung nach mehr Wachsamkeit war.

1.4.1. Die „trotskistisch-titoistischen Agenturen“

Die Richtung der künftigen Behandlung „trotskistischer Agenturen“ wurde von Ulbricht selbst auf der Parteivorstandssitzung vom 9. März 1949 vorgegeben: Demnach wären Zusammensetzungen „auch aus allen möglichen früheren Splintern der Arbeiterbewegung“ doch „ihrem Wesen nach trotskistische Agenturen“, die nicht als politische Strömung, sondern als „antisowjetische Agentur“ zu behandeln seien. Bei dieser praktischen Wegweisung war sich Ulbricht als profunder Kenner der Geschichte der KPD-Stalinisierung und als ihr Schrittmacher in der SED vollkommen darüber klar, daß dieses Bild eines „Eintopfes“ jeder kommunistischen Opposition nur weiter aufrechterhalten werden konnte, wenn die Verfälschung der Geschichte des Kampfes der verschiedenen Strömungen kommunistischer und linkssozialistischer Opposition gegen den Stalinismus dem „Parteiolk“ weiterhin vermittelbar blieb. Beflissen assistierte der thüringische Landesvorsitzende Korps auf dieser PV-Tagung mit seiner Bemerkung, statt mit solchen Elementen zu diskutieren, sei mit drakonischen, polizeilichen Maßnahmen zu antworten.⁶⁸

Der Logik, titoistische Tendenzen jenseits aller Tatsachen als „Trotskismus“ zu bewerten, folgte auch die Behandlung des Falles Wolfgang Leonhard, der nach dem Kominform-Beschluß zu Jugoslawien im März 1949 die SBZ verließ. Am 23. März 1949 verfügte das kleine Sekretariat des Politbüros den Parteiausschluß Leonhards „wegen trotskistischer Tätigkeit“ und die Veröffentlichung einer politischen Begründung, in der die Verbindung von Leonhard mit der jugoslawischen Militärmission in Berlin besonders hervorzuheben sei. Es müsse in der Veröffentlichung auch erwähnt werden, daß die Angehörigen der jugoslawischen Mission die trotskistische Tätigkeit in der SBZ im Interesse des amerikanischen Imperialismus organisierten.⁶⁹ Das Sekretariat rügte die Tatsache, daß weder die Parteihochschule „Karl Marx“, an der Leonhard Dozent war, noch die Abteilungen Personalpolitik und Parteischulung die in solchen Fällen notwendigen Maßnahmen sofort durchführten. Außerdem schlug das Sekretariat dem Politbüro vor, die Angelegenheit der Parteikontrollkommission zu übergeben, die Landesvorstände zu informieren und diese aufzufordern, jene Genossen, die in Jugoslawien waren, daraufhin zu überprüfen, ob sie von der jugoslawischen Agentur beeinflusst würden und Materialien erhielten. Ebenso sei die Verwaltung für Inneres über den Fall Leonhard zu informieren.⁷⁰

Die ZPKK trat umgehend in Aktion. Zunächst wurde die zuständige KPKK mit den einschlägigen Überprüfungen beauftragt. Am 4. April schätzte sie in ihrem Bericht ein, daß die Wachsamkeit in der Parteihochschule (PHS) „Karl Marx“ in Kleinmachnow „außerordentlich schwach entwickelt“ sei. Sie bestätigte die Parteiausschlüsse von Leonhard und Ilse Streblov als „Verräter“ und wegen Zersetzungsarbeit, bezeichnete Leonhard als „Agent der

68 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/61; vgl. auch Malycha, Die SED, a.a.O., S. 417.

69 Die Veröffentlichung erfolgte dann im ND vom 26.4.49. Am 14.4.49 hatte das Kleine Sekretariat des PB nochmals über eine Publikation zum Ausschluß von Wolfgang Leonhard und Ilse Streblov beraten. Protokoll Nr. 21 des Kleinen Sekretariats, TOP 10: Publikation über den Ausschluß von Wolfgang Leonhard und Ilse Streblov, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/21.

70 Protokollauszug der Sitzung des kleinen Sekretariats (Protokoll Nr. 14) vom 23.3.1949 „betreffend: Trotskistische Tätigkeit des Lehrers Wolfgang Leonhard auf der Parteihochschule“. Der Protokollauszug ging an Parteivorstandsmitglied Fred Oelßner, selbst dem Kleinen Sekretariat zugehörig und bis Februar 1949 Leiter der Abteilung Parteischulung beim PV, an die PPA (Daub), ZPKK (Matern), Abteilung Parteischulung (Hager), Abteilung Staatliche Verwaltung (Plenikowski). SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/398, Bl. 93f.

Tito-Clique“ und empfahl die Entfernung eines mit Leonhard befreundeten Lehrers von der PHS. Dieser mußte wegen Unterlassung der Meldung von Leonhards Aktivitäten zusammen mit einem weiteren Lehrer, welcher von Leonhard mit „jugoslawischem Material“ versorgt worden war, eine Rüge als Parteistrafe einstecken. Weil der Einfluß Leonhards insbesondere bis in den FDJ-Zentralrat reichte, seien dort und in der Betriebsgruppe, in der Berliner FDJ-Landesleitung sowie in der Betriebsgruppe der Gesellschaft zum Studium der Kultur der SU Gespräche zu führen. Überhaupt seien alle Genossen, die engen Kontakt mit Leonhard hatten, zu überprüfen.⁷¹

Die ZPKK selbst sah sich vor allem für die erzieherische Wirkung der ideologischen Aufräumarbeiten nach der peinlichen Flucht eines Angehörigen der „Gruppe Ulbricht“ verantwortlich. Der Parteisekretär der PHS berichtete am 24. April 1949 der ZPKK beflissen über das Trommelfeuer von auswertenden und richtungsweisenden Veranstaltungen an der PHS nach Leonhards Flucht: So habe am 26. März die erste Parteiversammlung der Lehrer, Assistenten und Aspiranten und am 29. März in einer allgemeinen Parteiversammlung die erste allgemeine Vorlesung über Trotzismus durch den Dozenten Heinz Abraham stattgefunden. Die Parteiversammlung sei am 30. März fortgesetzt worden mit einem Referat des Direktors der PHS Rudolf Lindau über den Fall Leonhard und den Trotzismus an der PHS mit einem Schlußwort von Kurt Hager. Vom 2. bis 7. April habe die Diskussion in den Parteiorganisationen aller Lehrgänge und im Lehrerkollektiv angedauert. Am 10. April fand eine weitere allgemeine Parteiversammlung statt, auf der ein Resolutionsentwurf einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution sei die Grundlage für weitere vier Versammlungen des Lehrerkollektivs gewesen, die in der Verabschiedung einer besonderen Entschließung zu den Lehren aus dem Fall Leonhard gipfelten.

Die ZPKK konnte also in dieser Hinsicht zufrieden sein.

Andere Mitteilungen des Parteisekretärs der PHS waren dagegen weniger erfreulich: So teilte er der ZPKK mit, die jüngeren Genossen hätten fast keine Kenntnisse über den Trotzismus, aber es gebe einen großen Kreis von Genossen, die „trotzkistisches“ Material der Tito-Clique bekämen. Angeblich erhielten Berliner Genossen (namentlich aus Jugoslawien heimkehrende Kriegsgefangene) Zusendungen von der FKPD. Es gebe bei vielen jüngeren Genossen eine Verkennung des parteilichen Charakters unserer Wissenschaft in Gestalt des Verlangens nach objektivem Studium aller trotzkistischer Argumente.⁷²

Solche Einschätzungen dürften Fred Oelßner außerordentlich gereizt haben. Schließlich war er bis Februar 1949 das für die Abteilung Parteischulung verantwortliche PV-Mitglied. So verband er in der Politbüro-Sitzung vom 3. Mai 1949 in seinem dann auch vom PB bestätigten Antrag an den Parteivorstand zur Verbesserung des Studiums des kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B) die Kritik mangelnder Klassenwachsamkeit an der

71 KPKK-Beschlüsse zur Angelegenheit Leonhard vom 4.4.49, ebenda, Bl. 94ff.

72 Schreiben des Parteisekretärs der PHS „Karl Marx“ vom 21.4.49 an die ZPKK (Verteiler: Grotewohl, Pieck, Ulbricht, Ackermann, Oelßner, Hager, Matern, Dahlem, Lindau), ebenda, Bl. 228f. In der erwähnten Resolution der PHS vom 2.4.49 hieß es unter anderem: „Welches gefährliche Ausmaß die trotzkistische Gefahr annehmen kann, das zeigt ... die verräterische, verbrecherische, trotzkistische, sowjet- und friedensfeindliche Politik der Tito-Clique in Jugoslawien. Die neuesten Mitteilungen über die Errichtung trotzkistischer Agenturen (wie FKP, UKP usw.) durch den amerikanischen Imperialismus in Deutschland beweisen, wie systematisch die trotzkistischen Verbrecherbanden im Dienste der amerikanischen Reaktion eingesetzt werden ... Es wird selbstkritisch festgestellt, daß Schulleitung, Parteisekretariat, Lehrkörper und Parteiorganisation ... daß wir uns im Kampf gegen diese Gefahr der ernstesten Versäumnisse schuldig gemacht haben.“ Ebenda, Bl. 289ff.

Parteihochschule „Karl Marx“ wegen des Falles Wolfgang Leonhard mit einer Polemik wegen angeblich trotzkistischer Tendenzen an der Hochschule und mit der Behauptung, in der Berliner Parteioorganisation existierten trotzkistische Elemente und Stimmungen. Daher, so hieß es weiter in Oelßners Antrag, „ist in Berlin ein besonderes Seminar der Propagandisten über die Frage des ideologischen Kampfes Lenins und Stalins gegen den Trotzkismus und über den Kampf der bolschewistischen Partei gegen die Trotzkisten, als eine Bande von Spionen und Mördern, durchzuführen“.⁷³

Am 27. April 1949 gab die ZPKK ihren abschließenden Bericht in der Angelegenheit Wolfgang Leonhard. Erwähnt wurden Leonhards enge Freundschaften zu jugoslawischen Genossen bereits in der Sowjetunion. Er habe während seiner Tätigkeit im SED-Zentralsekretariat, Abteilung Parteischulung, bereits Kontakte zur jugoslawischen Militärmission in Berlin gehalten und 1947 Jugoslawien besucht. Gegenüber Paul Wandel und Anton Ackermann habe er kein Hehl gemacht aus seinen Zweifeln am Kommuniqué des Informbüros über Jugoslawien, sei aber dann vor offenen Diskussionen ausgewichen und habe mit der konspirativen Beeinflussung von Genossen an der PHS und der Verteilung jugoslawischen Materials begonnen. Neben der Rekonstruktion der Umstände von Leonhards Flucht und Mitteilungen über seine Familienverhältnisse stellte die ZPKK fest, daß besonders bei Jugendlichen auf Parteischulen (so auf der Landesparteihschule Berlin) über die Argumente der Jugoslawen gesprochen, auf einer Kreisparteihschule über das „Testament Lenins“ diskutiert und auf einer Polizeischule in Sachsen vom einem inzwischen ausgeschlossenen Genossen „trotzkistisch“ argumentiert wurde. Am 23. April 1949 nachmittags habe Leonhard über den Belgrader Sender die jugoslawische Partei verteidigt.⁷⁴

Weil das große Interesse vieler Parteimitglieder nach Informationen über Jugoslawien der ZPKK bestens bekannt war, mußte ihre Beunruhigung angesichts des Erscheinens von Wolfgang Leonhards Broschüre „Die Wahrheit über das sozialistische Jugoslawien“ ebenso groß sein. Am 9. August informierte die ZPKK alle LPKKen, Fred Oelßner und Erich Mielke von der DVdI über das Erscheinen der Schrift und bat um Meldung bei ihrem Auftauchen oder ihrer Verbreitung in der SBZ.⁷⁵ Ebenso ist zu vermuten, daß die Erkenntnisse über die Situation an den Parteischulen im Zusammenhang mit den Untersuchungen im Fall Leonhard Anlaß für die von der ZPKK angeordnete Prüfung der politischen Arbeit an den Kreisparteihschulen im Oktober 1949 gewesen sind.⁷⁶

Nach einer Vorlage des Kleinen Sekretariats faßte das Politbüro am 26. Juli 1949 den berechtigten Beschluß zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus.⁷⁷ Demnach sollte „auf Grund der Berichte und Vorlagen über die von den Trotzkisten in allen Zonen Deutschlands betriebene Zersetzungsarbeit“ eine Arbeitsgruppe auf höchster Ebene zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus tätig werden. Gleichzeitig wurde der Parteivorstand der KPD angewiesen, eine parallel zu dieser Kommission arbeitende eigene Kommission zu bilden. In der „Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949“ hieß es über die Situation in der Partei bereits: „Wo trotzkistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik]

73 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/20.

74 Bericht der ZPKK in der Angelegenheit Wolfgang Leonhard vom 27.4.49, ebenda, Bl. 107ff.

75 Meldung der ZPKK vom 9.8.49, ebenda, Bl. 235ff.

76 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 419.

77 Protokoll 35 des PB, TOP 7: Ideologische Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus; Anlage Nr. 3 (Vorlage des Kleinen Sekretariats vom 23.7.49), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/ 2/35.

sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.⁷⁸ Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses⁷⁹ die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert. Linienbewußt forderte Ernst Schmidt, in der ZPKK verantwortlich für die Bearbeitung des linken Sektierertums und insbesondere für die Trotzlisten, am 16. September alle LPKKen auf, ihre Erkenntnisse über illegales trotzkistisches Material, über parteifeindliche Tätigkeit im trotzkistischen Sinne oder solche Betätigung von ehemaligen KPO-Leuten (die begünstigt durch das Verbot von „Quellenstudien“ immer im gleichen „politischen Topf“ wie die Trotzlisten landen sollten) sowie über titoistische Tendenzen in der Partei zu melden.⁸⁰ Vermutlich war Paul Laufer in Berlin mit der Erfassung des Rücklaufs beauftragt, wie zum Beispiel der Begleitbrief der LPKK Sachsen vom 3. Oktober an Schmidt zu dem dort zusammengestellten Material belegt. Die ZPKK bediente sich auch der Hilfe der DVdI, wie ein Schreiben an Jamin vom 13. Oktober 1949 mit der Bitte um Postkontrolle zur Fahndung nach „Material der Tito-Clique“ verrät.⁸¹ Innerhalb Westberlins registrierte die LPKK Berlin die Versendung solchen Materials an Genossen vor allem in Wilmersdorf, wo sechs Monate zuvor ehemalige FDJler aus dem Freundeskreis Leonhards „heftige Diskussionen über Jugoslawien“ anzettelten.⁸² Die Berliner LPKK meldete der ZPKK am 25. Oktober 1949 den Ausschluß des Neuköllner Genossen Walter Pohl als „trotzkistischer Agent des Imperialismus“, unter anderem, weil er an der Landespartei-schule „Friedrich Engels“ seine „trotzkistische Kritik“ am Marxismus/Leninismus hinter heuchlerischen Vorschlägen zur „Verbesserung der Unterrichtsmethode“ tarnte.⁸³ Die Appelle der ZPKK, angesichts des festgestellten fortwährenden Auftauchens trotzkistischen Materials dieses zu melden und einzusenden⁸⁴, verhalten offenbar nicht wirkungslos: Es bleibt dahingestellt, ob Jürgen Kuczynskis gehorsame Meldungen über den Erhalt „titoistischer Hetzschriften“ am 11. und 15. Oktober an die ZPKK bzw. den Empfang solcher Schriften aus Ungarn, die er außer an die ZPKK am 11. November auch Grotewohl zur Kenntnis gab, und Wilhelm Girnus' penible Auflistung dieses Materials in seinem Schreiben an Matern vom 9.

78 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8.

79 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten „Anti-Tito-Resolution“, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs.

80 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384 und Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2005 (LPKK).

81 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

82 Bericht der LPKK Berlin (Sens) über die Versendung von Materialien der Tito-Clique in die Berliner Westsektoren vom 25.10.49. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

83 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

84 So wird in einem weiteren Schreiben der ZPKK vom 8.11.49 an alle LPKKen von der Versendung „trotzkistischer Hetzschriften“ berichtet, welche aus Ungarn ihre Adressaten erreichten. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

November 1949 als listige Prävention befürchteter Provokationen oder als parteisoldatische Linientreue gedeutet werden sollen.⁸⁵

Die ZPKK löste auch gezielte Recherchen nach jugoslawischen Kontaktversuchen aus: Nachdem sie Anfang 1950 Kenntnis von Zusendungen jugoslawischen Propagandamaterials an ostdeutsche Hochschulen erhielt⁸⁶, forderte die ZPKK im März 1950 in einem Rundschreiben alle LPKKen auf, an allen Universitäten in ihrem Verantwortungsbereich zu ermitteln, ob Material aus Jugoslawien dorthin gesandt wurde und ob Einladungen aus Jugoslawien zu Gaststudien an die Universitäten oder an Einzelpersonen bekanntgeworden seien.⁸⁷

Als die LPKK Brandenburg am 22. November 1949 auf der Grundlage der Zuarbeit der KPKKen und eigener Feststellungen an Matern von der ZPKK über „sektiererische und trotzkistische Tendenzen“ berichtete, stellte sie unter anderem fest: „Erst nachdem durch die Entschließung des Parteivorstands die linke Gefahr als die Hauptgefahr herausgestellt wurde und durch die Diskussionen in der innerparteilichen Kampagne diese Frage besonders in den Vordergrund gestellt wurde, kommen diese Tendenzen und Gruppierungen mehr an die Oberfläche.“ So konstatierte man auf der Ortsdelegiertenkonferenz Fürstenberg/Oder eine organisierte Opposition gegen die präsentierten Wahlvorschläge, welche zur geheimen Wahl des von der Opposition aufgestellten Kandidaten mit 100 zu 50 Stimmen führte. Die Konferenz wurde „später wiederholt und entsprechend der neue Vorstand richtig besetzt.“ Man vermeinte, in fast allen Kreisen linke Tendenzen zu beobachten, so ehemalige Lenin-Bündler in Rathenow und Trotzkismus sowie linkes Sektierertum im Kreis Oberbarnim. Die Brandenburger Parteikontrolleure konnten auch eine Gruppe im SAG-Betrieb Staatliche Sowjet-Oder-Schiffahrt ausmachen, von der allerdings noch nicht einmal feststand, ob sie eine trotzkistische oder eine Schumacher-Gruppe war.⁸⁸ Im Juni 1949 wurde eine „trotzkistische Gruppe“ an der mecklenburgischen VP-Landesschule um ihren Leiter Paul Scharenberg in Rostock ausgehoben.

Es kann keine Rede davon sein, daß jene Parteimitglieder, die 1949/50 als „Trotzkisten“ parteidisziplinarischen oder juristischen Sanktionen ausgesetzt waren, in ihrer Mehrzahl tatsächlich dieserart Zuordnung verdienten. Die trotzkistische Opposition war nicht erst nach Kriegsende, sondern schon zuvor so gründlich liquidiert worden, daß sie nur in Westdeutschland nochmals mühsam als politische Kraft auflebte. Ihre Verbindungen in die SBZ/DDR sowie ihre dortigen Anhänger wurden von den Partei- und Sicherheitsorganen überaus konsequent beobachtet und niedergehalten. Auch bei geringstem Anlaß waren in den seltensten Fällen die Konsequenzen für die Beteiligten so glimpflich, wie im Falle eines Dozenten der Humboldt-Universität, wo eine der 1951 arbeitenden Überprüfungskommissionen nur seinen sofortigen Abzug aus dem Lehrverhältnis und den Parteiausschluß wegen

85 Bei den aus Ungarn eingehenden Materialien handelte es sich offenbar um die von der ZPKK in ihrem Rundschreiben vom 8.11.49 avisierten Schriften. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

86 So meldete die Abteilung Kultur und Erziehung der ZPKK (Matern) am 17.2.50, daß der LV Potsdam einen Brief der Jugoslawischen Militärmission vom 19.1.50 an das Slawistik-Institut der Hochschule Potsdam mit einer Einladung zu einem Sommerkurs mit Rundreise nach Jugoslawien übermittelte. Der LV habe erst jetzt Kenntnis vom seit Sommer 1949 andauernden Versenden von Material der jugoslawischen Mission an die Slawistik-Fakultät erhalten und die Einziehung des Materials veranlaßt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 46f.

87 Schreiben des ZPKK-Büros an alle LPKKen vom 11.3.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/23, Bl. 45.

88 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

„bewußten Aufbewahrens trotzkistischer Bücher“ empfahl.⁸⁹ Daß es jedoch selbst der Parteipresse versehentlich unterlief, aus im Ausland erscheinenden, als trotzkistisch geltenden Publikationen zu zitieren, belegt ein kurioser Fall aus dem Jahre 1951.⁹⁰

Wenige Indizien reichten im allgemeinen aus, um zu Verdächtigungen zu schreiten, wie etwa gegenüber Professor Walter Markov von der Leipziger Universität, der in einem Bericht der LPKK Sachsen vom Januar 1950 als Trotzkist beargwöhnt wurde.⁹¹ Daß auch die obersten Parteikontrolleure, welche die Partei vor solchen „Elementen“ schützen sollten, der Gefahr ausgesetzt waren, selbst als „solche Elemente“ entlarvt zu werden, beweist der Fall des gerade zum Chef der LPKK Sachsen-Anhalt berufenen Landessekretariatsmitglieds Erich Besser, dessen Ausführungen etwa auf der April-Konferenz der ZPKK 1949 (vgl. Abschnitt 1.2) ihn als treuen Parteisoldaten auswiesen.⁹² Jedoch wurde er im Frühjahr 1950 wegen „Trotzkismus“ aus SED und VVN ausgeschlossen und ihm der VdN-Status aberkannt. Besser war wegen illegaler kommunistischer Arbeit zwischen 1933 und 1945 mehrfach inhaftiert und in Konzentrationslagern festgehalten worden. Am 13. Juli 1950 wurde er verhaftet und Wilhelm Pieck denunzierte ihn daraufhin auf dem III. SED-Parteitag als „Trotzkist und Gestapo-Agenten“. Im Dezember verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal in Halle zu 25 Jahren Straflager. Ein Hintergrund: Als KPD-Mitglied seit 1920 war er 1927 kurzzeitig wegen „ultralinker Opposition“ (Fischer-Maslow-Gruppe) aus der KPD ausgeschlossen, jedoch 1928 wieder aufgenommen worden.⁹³

Die LPKK Sachsen-Anhalt berichtete der ZPKK im September 1950 über die Entlarvung, den Parteiausschluß und die Festnahme des Kulturdirektors des Magdeburger Buckau-Wolf-Werks durch die Staatssicherheitsorgane. Er sei der Kopf einer „trotzkistischen Gruppe“ mit Verbindungen zu westlichen trotzkistischen Elementen und habe in der Betriebsparteischule sowjetfeindliche Literatur verwandt. Der Parteiausschluß eines weiteren „Versöhnlers, Op-

-
- 89 Bericht über die Ergebnisse der Arbeit der Sonderkommission und der Grundkommissionen zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten 1.–28.2.1951, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/47.
- 90 Ein Mitarbeiter des Marx-Engels-Instituts teilte Paul Laufer am 28.3.51 mit, daß im ND vom 14.3.51, Berliner Ausgabe, eine ADN-Meldung folgenden Wortlauts zu finden sei: „Einige Deutsche bieten ihrem Land eine Zukunft. Bonns Kanzler bietet Deutschland die Vergangenheit.“ Diese Feststellung trifft die amerikanische Zeitschrift „The New Leader“ in einem Artikel, der in Bonn stark beachtet wird.“ Der Mitarbeiter kommentierte dies in seinem Brief an Laufer wie folgt: „The New Leader‘ ist eine der schmutzigsten trotzkistischen Zeitschriften in USA, in der u.a. nach meiner Erinnerung auch Ruth Fischer ihren Unrat gegen die SU und gegen uns abgeladen hat. Dem Zentralorgan unserer Partei sollte es möglich sein, sich vor Benutzung einer ihr unbekannteren amerikanischen Zeitschrift wenigstens im Amt für Information Auskunft über den Charakter derselben einzuholen.“ Handschriftlich merkte der Mitarbeiter an: „In der ... Notiz ist unverkennbar die Schumacher-Bande gemeint, die sich diesen Artikel bei ihren ‚amerikanischen‘ Freunden bestellt hat.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/20, Bl. 226.
- 91 Bericht der LPKK Sachsen über parteifeindliche Gruppierungen vom 5.1.1950, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385. Der Historiker Walter Markov, seit 1934 KPD-Mitglied und wegen illegaler Widerstandsarbeit 1935 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde 1946 SED-Mitglied. Sein Parteiausschluß wegen „Titoismus“ und die Aberkennung des Status „VdN“ erfolgte 1951.
- 92 Auf der ZPKK-Konferenz vom 25.10.49 forderte Besser sogar die Entfernung ehemaliger KPO'ler aus hohen Parteifunktionen und Ministerämtern, wogegen Matern und Geffke hier noch auf die Verhinderung lediglich von Konzentrationen der „Splittergruppler“ bestanden. Ulrich Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 383.
- 93 Immerhin gehörte Erich Besser nach 5 Jahren im sibirischen Arbeitslager zu den 1956 durch die ZK-Kommission „zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern“ nichtöffentlich rehabilitierten Personen und wurde wieder in die SED aufgenommen. Herbst/Stephan/Winkler (Hg.), Die SED, Handbuch, a.a.O., S. 911 und Malycha, Die SED, a.a.O., S. 421.

portunisten und Trotzlisten“ der Reichsbahndirektion Magdeburg wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Parteisekretariats der RBD Magdeburg und der Kreisleitung unter Hinzuziehung aller Spitzenfunktionäre der Betriebsgruppen zur „Auswertung des öffentlichen Briefes des Z.K.“ (vgl. Abschnitt 2.2.) ausgewertet.⁹⁴

1.4.2. Die KPO (Teil 2)

Wenn auch die konspirative Reorganisation der KPO innerhalb der SED unterblieb, schien nach den Erhebungen der Personalpolitischen Abteilungen aus den Jahren 1947/48 die Furcht der SED-Führung vor einer Revitalisierung innerparteilicher Kritik entlang den Inhalten der „rechten Abweichler“ alles in allem keineswegs abwegig. Deren Anhänger, welche wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber allen Besatzungsmächten in den Westzonen nie eine Legalisierung für sinnvoll hielten, waren geschult in konspirativer politischer Arbeit und ausgestattet mit den Erfahrungen des illegalen Kampfes gegen das Naziregime. Besonders provozierend für die SED-Stalinisten war es, daß die KPO für sich in Anspruch nehmen konnte, mit ihrer damaligen Faschismusanalyse und ihrer Kritik einerseits an der Sozialfaschismuskonzeption der KPD, andererseits an der verfehlten SPD-Politik in der Weimarer Republik vor der Geschichte Recht behalten zu haben. Da bekannt war, daß KPO'ler insbesondere durch die Emigrantenzeit über zahlreiche Auslandsverbindungen verfügten, beobachtete man (auch mit Hilfe der KPD) aufmerksam solche Kontaktaufnahmen.⁹⁵ In der Konferenz der ZPKK mit den LPKKen am 21. Oktober 1949 rückte Matern das Problem der Verhinderung der „Konzentration“ ehemaliger Splittergruppier bei den Parteileitungen in den Blick der Parteikontrolleure.⁹⁶ Anknüpfend an einen Beschluß des Politbüros vom 26. Juli 1949⁹⁷ zur Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus verband Matern den Anlaß der Kampagne mit ihrem eigentlichen politischen Hintergrund: Kampf gegen den Trotzkismus als einer Agentur des Feindes und Überprüfung der Parteileitungen auf Konzentrationen ehemaliger Mitglieder der KPO, SAP und SPD. Dies erforderte natürlich eine entsprechende Überprüfung dieser Leitungen, deren Höhepunkt allerdings erst im Sommer 1950 erreicht werden sollte. Der Begriff der „Konzentration“ sollte auch in Zukunft immer wieder Anwendung bei der Frage des Umgangs mit Abweichlern oder sonstigen unsicheren Kandidaten finden.

In der Sekretariatssitzung vom 21. November 1949 wurde von der Berliner Zentrale aus die Leipziger Volkszeitung angewiesen, „auf Grund des Auftretens trotzkistischer Gruppierungen und Schumacher-Agenten“ im Kreisverband Leipzig Artikel zu veröffentlichen. Die Kaderabteilung des KV Leipzig sollte die Konzentration und Verbindung früherer KPO- und ausgeschlossener SED-Mitglieder „sowie anderer feindlicher Elemente“ in Massenor-

94 Schreiben der LPKK Sachsen-Anhalt vom 28.9.50 an die ZPKK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 305ff. und Bericht der Landesleitung der SED Sachsen-Anhalt (Kaderabteilung) vom 27.9.50 an die LPKK, ebenda, Bl. 310f.

95 Gemäß einer Aktennotiz der LPKK Dresden vom 22.4.49 wurden die Auslandskontakte des Direktors der Landesdruckerei, welcher „die Verbindung mit zahlreichen ehemaligen KPO-Leuten aufrecht erhält und der Kopf der Tätigkeit dieser Leute ist“, überwacht und eine Liste sämtlicher KPO-Leute dieses Kreises zusammengestellt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 303.

96 Vgl. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 425.

97 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/35.

ganisationen und Verwaltungen untersuchen.⁹⁸ Die LPKK Berlin berichtete der ZPKK im Dezember 1949 von zwei KPO-Gruppen in Wedding und Friedrichshain.⁹⁹ Die späteren bereits erwähnten genaueren Erhebungen der ZPKK rekonstruierten die Versuche der vom Naziterror nicht so stark dezimierten KPOler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren.¹⁰⁰ Die ZPKK behauptete in diesem Bericht, die Taktik der KPOler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. Diese als Behauptung niedergeschriebene Befürchtung geht natürlich unter anderem auf die früher bekanntgewordene obenerwähnte Schrift „9 Fragen“ von Brandler/Thalheimer zurück. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht hieß es jedoch auch, aus Befragungen ehemaliger KPOler ginge hervor, daß sie in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ablehnten. Praktisch-politisch ist die Mehrheit der Inlands-KPOler offenbar tatsächlich nicht der Empfehlung Brandlers und Thalheimers gefolgt, da sie vor allem keine Gefährdung der auch von ihnen befürworteten Parteieinheit heraufbeschwören wollten. Sie gingen aber häufig in ihrer Kritik an den Besatzungsmächten weiter als andere SED-Mitglieder.

Seit den Verhaftungen in Erfurt (Schmidt-Gruppe; vgl. Kapitel 1, Abschnitt 6.1) registrierte die Thüringer SED schon im September 1948 keine Zusammenkünfte von KPO-Angehörigen in Erfurt mehr. Auch die Verbreitung des Erfurter KPO-Materials in Saalfeld (die Saalfelder KPO-Gruppe umfaßte 6–7 Genossen) sei seither unterblieben.¹⁰¹ Trotzdem lieferte die LPKK im Juli 1949 Informationen über die früheren Hauptstützpunkte der KPO in Greiz, Gera, Jena, Erfurt und Weimar, denn nach der Aushebung der Schmidt-Gruppen im Vorjahr vermutete man, die KPO'ler gingen nun noch vorsichtiger zu Werke.¹⁰² Eine Meldung im Zusammenhang mit der trotzdem fortgesetzten Jagd auf KPO-Leute in Thüringen berichtete über den Ausschluß eines ehemaligen KPO-Manns in Arnstadt im Juli 1950, der 50 von 60 Mitgliedern der dortigen Konsumgenossenschaft „trotzkistisch“ beeinflusst hätte.¹⁰³ Eine undatierte Meldung berichtete über die Verhaftung von Heinz Härtling, Kopf einer KPO-Gruppierung in Greiz.¹⁰⁴ Zur Rekonstruktion früherer KPO-Verbindungen wurden von den Parteikontrollorganen sogar die Akten der Gestapo Thüringen vom Februar 1935 über deren Verfolgung von KPOlern ausgewertet.¹⁰⁵ Doch bis auf die genannten Fälle blieb die Suche selbst nach „Konzentrationen“ von KPO'lern in Thüringen nunmehr erfolglos, wie die LPKK Thüringen am 20. März 1950 der ZPKK gegenüber feststellte.¹⁰⁶

98 TOP 1 der Sekretariatssitzung vom 21.11.49 zur Lage im Kreisverband Leipzig. Hier wurde auch veranlaßt, daß die Vergangenheit des Leipziger Professors und Historikers Walter Markov untersucht werden solle. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/64.

99 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

100 „Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11.8.1951“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

101 Bericht aus Thüringen vom 18.9.48, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/401, Bl. 511.

102 Bericht der LPKK Thüringen vom 19.7.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384; vgl. a. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 424f.

103 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

104 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

105 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

106 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 425.

In Sachsen meldete die LPKK Anfang 1950 im Rahmen der gerade angelaufenen Überprüfung des Parteiapparats (vgl. Abschnitt 2.1.) auch die Entfernung des Vorsitzenden der KPKK Oelsnitz/Vogtland, Süß, wegen seiner früheren KPO-Zugehörigkeit.¹⁰⁷ Doch die eigentliche KPO-Säuberung sollte in Sachsen erst im Sommer beginnen: In dem Beschluß des ZK-Sekretariats zur „Säuberung des Parteiapparats von früheren Angehörigen der KPO“ vom 24. August 1950 hieß es: „Die ZPKK wird ersucht, gemeinsam mit der LPKK Sachsen unverzüglich alle früheren Mitglieder der KPO, ihre Beziehungen und Tätigkeit festzustellen und die notwendigen Maßnahmen zu beschließen.“¹⁰⁸ Die festgestellten KPO'ler sollten nicht als Parteischullehrer oder Redakteure arbeiten dürfen. Es erfolgte eine Überprüfung der Parteiapparate der Kreise mit ehemals starkem KPO-Einfluß, besonders in Oschatz und in Oelsnitz/Vogtland, durch sechs Kommissionen aus Mitgliedern der ZPKK, der LPKK und der Kaderabteilung. Die vertraulichen Richtlinien für die Sonderkommissionen vom November 1950 lauteten:

*„Ehemalige Angehörige parteifeindlicher Gruppierungen, die ihre damaligen Fehler nicht vorbehaltlos und ehrlich selbstkritisch anerkennen und nicht in ihrer praktischen Tätigkeit ihre Parteiverbundenheit beweisen, sind Parteifeinde auch dann, wenn sie nur einzelne Punkte der feindlichen Ideologie oder der Tätigkeit ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen offen oder versteckt verteidigen. Sie sind auszuschließen.“*¹⁰⁹

Bereits am 7. September schätzte die LPKK Sachsen ein, daß Landesleitung und Landesparteiapparat frei von ehemaligen KPO'lern waren. Am 3. Oktober wurde im wesentlichen das Gleiche für die sächsische Kreisebene festgestellt.¹¹⁰ In der Parteiorganisation Leipzig wurden nach eingehender Überprüfung von 25 der 60 noch vorhandenen ehemals der KPO angehörenden SED-Mitglieder bei 6 von ihnen die Funktionsenthebung beschlossen.¹¹¹ Die Kritik der Berliner Zentrale am laschen Vorgehen der sächsischen Parteikontrolleure war mit der von Paul Laufer formulierten Aufforderung verbunden, nicht allein KPO-„Fraktionäre“ innerhalb der Parteigruppen zu suchen, sondern auch deren Aktivitäten am Rande der Partei zu ermitteln, um erhärtbare Ausschlußgründe zu finden. So wenig es möglich und (wegen der dünnen Funktionärsdecke) sinnvoll war, in ehemaligen KPO-Hochburgen alle „KPO'ler“ einfach aus der SED auszuschließen, so gefährlich war es nach Laufers Einschätzung, sich auf politische Diskussionen mit ihnen einzulassen. Das Ziel bestand darin, sie zu einer rückhaltlosen Distanzierung von ihren früheren Positionen zu zwingen.¹¹²

Im resümierenden „Bericht über die Tätigkeit von Genossen ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen“ vom 16. November 1950¹¹³ wird kein Anhaltspunkt für eine breitere Fraktionstätigkeit ausgemacht. Der Parteiapparat sei im wesentlichen frei von ehemaligen KPO-

107 Protokoll der LPKK-Sitzung vom 7.1.50, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/1977 und Bericht der LPKK Sachsen vom 27.2.50 (Aktenbestand „Ermittlungen der LPKK über parteifeindliches Verhalten von Genossen und über Genossen, die in westlicher Emigration waren“), Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A/2022.

108 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

109 Richtlinien zur Parteiüberprüfung, veröffentlicht von Angelika Klein in: BzG, Heft 6/1990, S. 786.

110 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 426.

111 Mähler, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 389.

112 Sitzung der LPKK und der KPKK Dresden mit Vertretern der ZPKK Berlin am 3. Oktober 1950. Vgl. Mähler, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 399.

113 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384 und 385.

Leuten, wogegen dies im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat anders wäre. Das magere Ergebnis wurde mit der abenteuerlichen Interpretation versehen, daß Brandlers 1946 durch Kurier an Otto Heyer übermittelte Anweisung, den Eindruck jeder Fraktionstätigkeit zu vermeiden und in enger Fühlung zu bleiben¹¹⁴, offenbar befolgt würde. Überdies wurde (diesmal realistischer) vermerkt, daß bei ehemaligen KPOlern keine entschiedene Distanzierung vom „Verrat der KPO“ erfolge¹¹⁵ und bemängelt, daß dies von den Parteileitungen auch nicht verlangt worden wäre. Die wichtigsten Hinweise des Berichts betreffen die traditionell starke Präsenz ehemaliger KPO-Leute im graphischen Gewerbe und insbesondere die Aktivitäten von Paul Hempel, Mitglied des Interzonenausschusses der Gewerkschaften des graphischen Gewerbes.¹¹⁶ Auf den fast 70jährigen KPO-Mitbegründer Arthur Lieberasch wurde in Zusammenhang mit seinem Briefwechsel mit Hans Tittel¹¹⁷ und Brandler hingewiesen.¹¹⁸

Die Säuberungsimpulse wurden seitens der Parteiideologen durch die Konstruktion politischer Verbindungen zwischen unangepaßter Gewerkschaftsbetätigung, Sozialdemokratismus und KPO-Tätigkeit verstärkt. So erklärte Fred Oelßner am 19. Juli 1950: „Während das Ostbüro Schumachers sich vornehmlich Gegenden für seine Zersetzungsarbeit aussucht, die früher einmal Hochburgen der rechten SPD waren, suchen sich die Brandlerianer ehemalige KPO-Gruppen aus, um ihre Parolen an den Mann zu bringen ... Die von den Brandlerianern ins Leben gerufene KPO vertrat den Sozialdemokratismus, den sie in die KPD hineintragen wollte. Soweit heute noch diese KPO-Traditionen in der Partei vorhanden sind, bilden sie ohne Zweifel ein Einfallstor für Agenten des amerikanischen Imperialismus, in dessen Dienst heute Brandler selbst steht.“¹¹⁹ Es blieb der Leipziger Volkszeitung vom 18. November 1950 vorbehalten, für Sachsen unter der Überschrift „Räuchert die Nester der Schumacher-Agenten aus!“ (vgl. auch Abschnitt 1.3) und unter Berufung auf Stalins 12 Bedingungen für eine Partei neuen Typus den „Sozialdemokratismus“, das „Nur-Gewerkschaft-

114 Diese Information findet sich in den ZPKK-Akten als undatierter Auszug aus einem Bericht Otto Heyers über den Umlauf eines derartigen Schreibens von Brandler Anfang 1946. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Heyer, KPD- und ab 1929 KPO-Mitglied, war ab Herbst 1933 politischer Leiter der illegalen Arbeit und ab 1934 in Gestapo-, Zuchthaus- und KZ-Haft.

115 Vgl. dazu auch den von J. Cerny beschriebenen Verlauf der Kreisdelegiertenkonferenz in Oelsnitz/Vogtland vom November 1949, in der „frühere KPO-Angehörige in provokatorischer Weise auf(traten)“, woran sogar der damalige KPKK-Vorsitzende Arthur Süß beteiligt war. Süß, in der KPD bis 1929 und danach KPO-Mitglied, nach 1933 illegal für die Partei tätig, wurde 1951 aus der SED ausgeschlossen. Vgl. auch Cerny, S. 107f; SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

116 Paul Hempel, Spartakus- und KPD-Mitglied, seit 1929 KPO, ab 1933 illegale Gewerkschaftsarbeit und nach 1945 KPD- und SED-Mitglied, wurde im Dezember 1950 aus der Partei und dem FDGB wegen Opposition gegen den Parteikurs und „Kosmopolitismus“ ausgeschlossen. Theodor Bergmann, *Gegen den Strom*, S. 387.

117 Der KPD- und KPO-Mitbegründer Hans Tittel schied 1939 in Paris aus der KPO aus und gelangte in die USA.

118 Die Arthur Lieberasch abgeforderten Erklärungen wurden als unbefriedigend erachtet und auch er wurde im Februar 1951 „als alter professioneller Parteifeind“ aus der SED ausgeschlossen. Theodor Bergmann, *Gegen den Strom*, S. 402.

119 Fred Oelßner, „Konkreter Kampf zur Überwindung des Sozialdemokratismus“, ND, 14. Juli 1950. Auf ähnliche Weise ließ sich auch immer wieder die Brücke von der „Schumacher-Tätigkeit“ zum Trotzkismus in Gestalt des „Trotzkisten“ Sigi Neumann als Gründer des SPD-Ostbüros schlagen.

lertum“ sowie die Verwerflichkeit ehemaliger KPO-Tätigkeit zusammenzuführen.¹²⁰ Der Artikel zum Kampf der SED-Kreisleitung Leipzig gegen den „Sozialdemokratismus aller Schattierungen“ wartet mit einer detaillierten Aufzählung von vermeintlichen sozialdemokratischen Zentren nach Bezirken und Industriegewerkschaften auf. Damit war die Lesart vorgegeben, nach der in allen Ländern nun jede Linienabweichung, ob sozialdemokratisch oder im Sinne ehemaliger Splittergruppen, verfolgt werden sollte.

Doch auch wer als ehemaliges Mitglied oppositioneller Splittergruppen jeglicher Opposition abschwor, war verdächtig. So wurde zum Beispiel der aus faschistischem Zuchthaus und KZ in die KPD und dann SED zurückgekehrte Robert Siewert, Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, 1950 wegen seiner KPO-Vergangenheit abgesetzt. Der sächsische LPKK-Vorsitzende Arthur Ullrich wies aus Anlaß von Siewerts selbsterniedrigendem Artikel „Der Weg der KPO – von der parteifeindlichen Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse“¹²¹ dessen Selbstkritik als unzureichend zurück. Er äußerte sich über früher parteifeindlichen Gruppierungen angehörende und 1946 in die SED geschlüpfte Personen wie folgt:

„Sie stimmen doppelzünglerisch den Beschlüssen der Partei zu, mißbrauchen das Vertrauen der Partei und nutzen ihre Positionen erneut zu parteischädlicher, zersetzender Tätigkeit aus. In fast allen solchen Fällen führt ihr Verhalten in gleicher Richtung zu staatschädlichen und zersetzenden Handlungen ... Es waren nur recht wenige derjenigen Mitglieder unserer Partei, die zum Beispiel früher in der parteifeindlichen KPO gegen die KPD und ihr ZK unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann kämpften, gegen die Sowjetunion hetzten, den Klassenfeind in seinem Kampf gegen die Arbeiterklasse unterstützten, die nun nach dem Beschluß des ZK vom 24.8.1950 zur Partei kamen und zu diesen Fehlern offen und überzeugt Stellung nahmen. Es bedurfte vielmehr der höchsten Wachsamkeit, die hartnäckigen Feinde in ihren Schlupflöchern aufzustöbern, ihre Verbindungen aufzudecken, sie der Doppelzünglerei zu überführen und als Feinde der Partei zu entlarven. Es waren vielfach jene Elemente der Partei, die sich in Positionen in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in den Massenorganisationen eingeschlichen hatten, Verbundenheit mit der Partei vortäuschten, die Parteiarbeit in den dort vorhandenen Massenorganisationen hemmten und alle mit ihren Positionen verbundenen Möglichkeiten zu einer mehr oder weniger 'unsichtbaren' Gruppenarbeit ausnutzten.“¹²²

Jakob Walcher, inzwischen Chef der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, wurde in einer Stellungnahme der Landesüberprüfungskommission vom 29. April 1951 als seit Jahrzehnten „zu den ärgsten Feinden der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei“ gehörend für den

120 Dem Direktor der Industrie- und Handelskammer, Anton Schneiderheinze, wurde vorgeworfen, seine KPO-Mitgliedschaft verschwiegen zu haben. Dies war eine deutliche Warnung an die noch unentdeckten KPÖler im Zusammenhang mit der in allen Kontrollkommissionen verbreiteten Vermutung, unzulängliche Überprüfungsergebnisse erzielt zu haben. Vgl. dazu Cerny, KPO, S. 110.

121 Das ND veröffentlichte am 25. Januar 1951 eine Stellungnahme Siewerts.

122 Kritische Bemerkungen zu dem Artikel des Genossen R. Siewert „Der Weg der KPO – von der parteifeindlichen Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/49. Dieser von Ullrich an Max Sens geschickte Text sollte laut einer handschriftlichen Notiz von Sens auf einer Hausmitteilung nicht veröffentlicht werden. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/ 385. Dafür erschien am 14. März 1951 im ND eine „notwendige Richtigstellung“ Walter Schellenbergs zu Siewerts Erklärung vom Januar, in der es hieß, die KPO sein von „Anfang an eine konterrevolutionäre Agentur im Lager der Arbeiterklasse“ gewesen.

Parteiausschluß vorgeschlagen.¹²³ Walcher gehörte zu jenen ehemaligen Oppositionellen, die ihren Genossen nahelegten, „die alten Sachen“ ruhen zu lassen und sich ganz und gar auf die SED einzulassen.¹²⁴ Nun wurde er selbst mit diesen „alten Sachen“ konfrontiert und hatte die Rechnung zu bezahlen: Nach der öffentlichen Denunziation, in KPO und SAP „verbrecherischen Fraktionen und Cliques zugehörig“ gewesen zu sein, wurde er 1952 aus der SED ausgeschlossen. Solche an prominenten früheren KPO- oder SAP-Mitgliedern statuierten Exempel hatten tatsächlich den Zweck, alle potentiellen Abweichler in die Dekkung zu treiben.¹²⁵

2. Die Tätigkeit der ZPKK und die Parteiüberprüfungen 1949–1952

Was ab Oktober 1949, dem Monat der Gründung der DDR¹²⁶, im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigranten sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens in den Apparaten und dann ab August 1950 im Kontext der Mitgliederüberprüfung wieder verstärkt gegen die ehemaligen Splittergruppler in der Partei eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerten Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Die offen betriebene Stalinisierung der Partei sollte insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliedskörpers in den einer

123 „Nach seinem Ausscheiden aus der KPO führte er seine zersetzende Tätigkeit im Lager der Arbeiterklasse weiter fort, indem er sich führend in der SAP beteiligte und dort die Antisowjet-Hetze durch die trotzkistische These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande noch verstärkte.“ Die Stellungnahme der Landesüberprüfungskommission beschuldigte ihn ferner, in der Zeit nach 1933 die „arbeiterfeindliche SAP“ im Ausland geführt und „in dieser Zeit mit dem Verbrecher Trotzki und anderen bezahlten Agenten zusammen gearbeitet“ zu haben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/48.

124 So verzeichnet in einem undatierten Protokoll der KPKK Leipzig, demgemäß Walcher im Sommer 1947 sich ebenso wie Duncker derart geäußert habe. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/385.

125 Daß bei der Jagd auf überlebende ehemalige KPOler die Ausmerzung der Erinnerung an die toten mitunter vergessen wurde, zeigt der Fall Otto Engerts, der, aus der KPD ausgeschlossen, 1929 aktiver KPO-Funktionär und im gleichen Jahr zum Bürgermeister von Neuhaus gewählt wurde. Nach illegaler Arbeit ab 1933, Gestapo- und KZ-Haft war er der Kopf der Schumann-Engert-Gruppe, für die er zusammen mit Alfred Schmidt deren politische Plattform schrieb. Nach erneuter Verhaftung 1944 wurde er im Januar 1945 hingerichtet. Die nach ihm benannte Parteihochschule in Neuhaus wurde erst 1953 auf Veranlassung der BPKK umbenannt. Obwohl bereits eine Anzahl ehemaliger KPO-Leute von der Parteikontrolle entfernt worden waren, findet sich im Arbeitsplan für Suhl der Auftrag an die KPKK Neuhaus, für diese ehemalige KPO-Hochburg eine Analyse auf „Stützpunktbildung“ durchzuführen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384.

126 Bereits am 17.10.49 stellte das Sekretariat auf dem Beschlußweg grundsätzlich klar: „Gesetze und Verordnungen von Bedeutung einschließlich Materialien sonstiger Art, über die Regierungsbeschlüsse herbeigeführt werden sollen, weiterhin Vorschläge zum Erlaß von Gesetzen und Verordnungen müssen vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer oder die Regierung dem Politbüro bzw. Sekretariat des Politbüros zur Beschlußfassung übermittelt werden. Für alle anderen wichtigen Verwaltungsmaßnahmen ist vor ihrer Durchführung die Entscheidung der zuständigen Abteilung beim Parteivorstand herbeizuführen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/22, Bl. 568ff.

disziplinierten Massenpartei bewirken. Der kaderpolitische und erziehungspolitische Zweck war dabei stets von einem „linienpolitischen“ Aspekt, nämlich dem „Durchstellen“ neuer Formierungsziele begleitet, welche die Kader- und Massenpartei in die Gesellschaft hinein vermitteln sollte.

Nach der abgeschlossenen „Sozialdemokratismus-Kampagne“ 1948/49 umfaßt der Komplex der inzwischen gut erforschten Parteisäuberung 1949–52 die Apparatesäuberung 1949/50, die Mitgliederüberprüfung 1950/51 und die Kampagnen im Kontext des Rajk/Field-Komplexes 1949/50 sowie der „Slánský-Sache“ 1952/53. Ihre Reichweite erstreckte sich bis in das Jahr 1955 – nicht zu reden von den dann fälligen Schadensbegrenzungsversuchen. Die stalinistische Parteiführung erweiterte dabei mit Hilfe der Parteikontrollorgane die 1948 begonnene Kampagne gegen sozialdemokratische Funktionäre unter der Losung des „Schumachertums“ und die seit 1949 unter der Losung des Kampfes gegen den „Sozialdemokratismus“ fortgesetzte Pressionspolitik um eine weitere Dimension. Die meisten Opfer des Ende der vierziger Jahre von der Parteiführung entfesselten Kampfes „gegen die Tito-Faschisten“, gegen den Trotzismus, zur „Abwehr imperialistischer Agenten- und Spionagetätigkeit“ und zur „Entlarvung zionistischer Verschwörungen“ in der Partei im Umfeld der Prozesse um Lázló Rajk¹²⁷ in Budapest (später um Rudolf Slánský¹²⁸ in Prag) bekamen keineswegs die Quittung für oppositionelle Tätigkeit. Sie waren vielmehr Geiseln im Dienst der SED-Stalinisierung und der Transmission wechselnder sowjetischer außenpolitischer (insbesondere ost- und südosteuropapolitischer) Interessen während der Entfesselung des Kalten Krieges.

2.1. Apparatesäuberung von Westemigranten und „Splittergrupplern“ 1949/50

Besonders geeignet für Verschwörungslegenden erschienen jene Genossen, bei denen sich aufgrund ihrer ehemaligen Westemigration oder infolge dortiger bzw. jugoslawischer Kriegsgefangenschaft außerordentlich leicht parteifeindliche Verbindungen behaupten ließen. Das Politbüro verfügte auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1949 die systematische Überprüfung aller früheren Westemigranten oder ehemals in westalliierte bzw. jugoslawische Kriegsgefangenschaft geratenen führenden SED-Funktionäre.¹²⁹ In der ZPKK-Sitzung

127 Der ehemalige ungarische Außenminister Rajk wurde nach konstruierten Beschuldigungen im September 1949 zum Tode verurteilt und einen Monat später hingerichtet.

128 Rudolf Slánský, Generalsekretär der KPTsch, wurde im September 1951 seiner Parteiämter enthoben, im November 1951 mit anderen zusammen verhaftet und am 3. Dezember 1952 mit 10 weiteren Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zudem kam eine große Zahl von „Slánský-Anhängern“ mit hohen Strafen ins Zuchthaus.

129 Damals wurden auf Politbürobeschluß bereits pauschal alle beim Berliner Rundfunk tätigen ehemaligen Westemigranten entlassen sowie der Berliner Rundfunk selbst der Leitung und Kontrolle der Amtes für Information unterstellt. Heinz Schmidt, seit 1947 Intendant des Berliner Rundfunks und Remigrant aus London, wurde „wegen nationalistischer Überheblichkeit und ‚englischer Krankheit‘ seiner Funktion enthoben“ und der ZPKK die Untersuchung seines Falles übertragen. Mit dem wegen ideologischer Sorglosigkeit nur gerügten Bruno Goldhammer (zu dieser Zeit Chefredakteur beim Berliner Rundfunk) sollte dann ein Jahr später abgerechnet werden. Die Lage am Berliner Rundfunk (Berichterstatter: Ulbricht), Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 18.10.49, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/51. Gemäß dem Bericht des Sekretariatsmitglieds Horst Sindermann vor dem Kleinen Sekretariat seien ab

vom 21. Oktober 1949, auf der von Matern die Überprüfung der Parteileitungen auf Konzentration ehemaliger „Splittergruppler“ angewiesen wurde (vgl. Abschnitt 1.4.2), erging deshalb auch die Aufforderung an die LPKK-Vorsitzenden, die „Westler“ auf die Art ihrer heutigen Verwendung in der Partei zu überprüfen – zunächst nur, um auch bei dieser Personengruppe Konzentrationen sowohl in der Partei, als auch in der Verwaltung zu verhindern.¹³⁰ Die Festlegungen des Kleinen Sekretariats vom 28. Oktober 1949 zu diesem Vorhaben sahen die Bildung jeweils zweier Prüfungskommissionen für einerseits den Parteiapparat und die Leitungen der Massenorganisationen und andererseits den Regierungsapparat, die Verwaltungen und große Industrieunternehmen auf zentraler und Länderebene durch die zuständigen Parteikontrollkommissionen vor.¹³¹ Die Bestätigung der beiden Kommissionen und ihrer namentlichen Aufstellung sowie der Verantwortlichen für die inzwischen angelaufenen Field-Untersuchungen erfolgte am 14. November 1949 vom PB-Sekretariat.¹³²

Die Kommissionen begannen, anhand der Kaderunterlagen die Funktionäre der Partei und in den Apparaten auf Genossen zu überprüfen, die sich ehemals in westlicher Emigration oder Kriegsgefangenschaft (auch in jugoslawischer) befunden hatten. Die Tatsache, daß deren Zahl sehr groß und fast jeder im Ausland irgendwann einmal in irgendeiner Form in Berührung mit „feindlichen Gruppen“ oder Geheimdiensten gekommen war, ließ einerseits ihre pauschale Ablösung illusorisch erscheinen und andererseits die ungeschulten Kontrolleure an der Bewertung der komplexen „Exilwirklichkeit“ zu Überprüfender verzweifeln. Die Zweifelsfälle zeitigten dann persönliche Befragungen, deren Ergebnisse Stoff für durchaus differenzierte Analysen der ZPKK hinsichtlich der Verhältnisse in den einzelnen Emigrationsländern sowie deren Kriegsgefangenenlager und Hilfestellungen für die weiteren Befragungen durch die Landesüberprüfungskommissionen abgaben. Die Ergebnisse der Überprüfung von 4.068 Fällen bis März 1950 (überwiegend ehemals in jugoslawischer oder westeuropäischer Gefangenschaft und lediglich 9% ehemals in westlichem Exil) wiesen bei nur 8,5% aller Überprüften Angriffspunkte für Bedenken aus. Diese unterteilten sich in 102 Genossen, bei denen „starke Bedenken“ und 242 Genossen, bei denen „Bedenken“ bestan-

1.11.49 insgesamt 16 führende Mitarbeiter des Berliner Rundfunks zu entlassen. Bericht über bisher durchgeführte Maßnahmen am Berliner Rundfunk, Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 28.10.49, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/60, Bl. 8ff.

130 Vgl. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 410. Ulrich Mählert vermutet, die von Matern in dieser ZPKK-Konferenz vom 21.10.49 angewiesene Überschreitung der PB-Verfügung vom 18.10.49 Oktober in Richtung der Überprüfung von Konzentrationen auch ehemaliger „Splittergruppler“ sei ein Alleingang seines Apparats gewesen und verweist auf Materns Rückzug bei der ZPKK-Konferenz am 25.10.49, daß die „Westler“ den „Hauptkreis der zu Erfassenden“ bilden müßten. Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 382f. Für diese Annahme spricht auch, daß die Kampagne namentlich gegen die KPO'ler erst im Sommer 1950 begann und die angestrebte partielle Mitwirkung der „Splittergruppler“ bei der „Liquidierung“ der „Westler“ herrschaftstechnisch effektiver war, als die gleichzeitige Abrechnung mit beiden Gruppen schon ab Herbst 1949. Allerdings können auch schon ab Herbst 1949 Maßnahmen der Kontrollorgane gegen die „Splittergruppler“ verzeichnet werden (vgl. insbesondere Abschnitt 1.4.2).

131 Protokoll Nr. 60 des Kleinen Sekretariats vom 28.10.49, TOP 9: Plan zur Überprüfung der Genossen aus westlicher Emigration und Kriegsgefangenschaft, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/60.

132 Protokoll 63/49 des Sekretariats, TOP 33: Kommissionen zur Überprüfung von Parteimitgliedern aus westlicher Emigration oder Kriegsgefangenschaft und in der Field-Sache, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/63. In der ersten Kommission wurden unter anderem Altenkirch von der ZPKK und Ullrich als Vorsitzender der LPKK Sachsen, in der zweiten Kommission Wittholz von der ZPKK und Mosler als Vorsitzender der LPKK Brandenburg bestimmt.

den. Sie wurden meist aus ihren Funktionen entfernt, ohne daß dies gleich ihren beruflichen Absturz bedeutete.¹³³

Das Politbüro bekräftigte am 16. Dezember 1949 in seiner Stellungnahme zu den jüngsten Beschlüssen des KOMINFORM-Büros, daß „die verächtlichen Kreaturen des amerikanischen Imperialismus, die Tito-Agenten, Vertreter des Ostbüros Schumachers, frühere KPO-Leute und andere Feinde der Arbeiterklasse versuchen, auch in der DDR durch ihre Zersetzungsarbeit die Einheit der Arbeiterklasse und die demokratische Ordnung zu unterwühlen.“¹³⁴ Die im Dezember 1949 von der ZPKK an die LPKKen ergangene Aufforderung, nach parteifeindlichen Gruppierungen innerhalb der Landesverbände zu suchen, erbrachte überall Negativresultate.¹³⁵ Jedoch erwies sich die Überprüfung der wegen des Falles Leonhard in Verruf geratenen PHS „Karl Marx“ auf Konzentration von ehemaligen Angehörigen parteifeindlicher Gruppierungen (dem erwähnten zweiten Überprüfungsziel) im Februar 1950 als ertragreicher:

„Die Überprüfung der Lehrkräfte an der Parteihochschule 'Karl Marx' ergab, daß von 40 Genossen Lehrer 7 ehemaligen oppositionellen Gruppierungen angehören. Es ist somit eine Konzentration von Genossen festzustellen, die nach den Vorgängen an der 'Karl Marx'-Hochschule die Vermutung zuläßt, daß eine bewußte Konzentration entwickelt wurde ... Die Kommission hält es für unbedingt erforderlich, daß Genossen ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen an Parteischulen als Lehrkräfte nicht eingesetzt werden, es sei denn, daß der Parteivorstand eine direkte Kontrolle ausübt.“

Die hier getroffenen Einschätzungen geben ein charakteristisches Bild des sich inzwischen durchsetzenden Bewertungsrasters bei einschlägigen „Problemfällen“ der im Visier der Parteikontrolle befindlichen Personengruppen: Im einzelnen wurden einer Genossin, die seit 1926 den „Roten Kämpfern“ (RK) angehörte und dort die SU als staatskapitalistisch und diktatorisch bezeichnete, ihre auch nach 1949 noch „falsche Einstellung zur Geschichte der KPdSU und zum Genossen Stalin“ sowie ihre (auf Beschluß der RK erfolgte) Emigration in die Schweiz und die USA vorgerechnet. Sie kam nach 1945 aus der SPD in die SED. Zu einem anderen Genossen, 1931 aus der SPD gleichfalls in die RK und dann in die KAP gewechselt und für seine illegale Arbeit von den Nazis mit 4 Jahren Zuchthaus bedacht, hieß es: „Die Ausübung leitender Funktionen in der KAP zeigt, daß Genosse T. in entscheidenden Fragen der Politik der KPD (Massenarbeit unter den Bauern, Intelligenz) entgegengesetzte Auffassung vertrat ... 1946 bestanden nach seinen eigenen Angaben starke Vorbehalte in Bezug auf Blockpolitik, Bauernpolitik sowie auf die SU und Genossen Stalin.“ Einem weiteren Genossen, der 1932 aus der SPD über die SAP in die KPO ging, und nach 1945 die Polizei-Verwaltung in Jena aufbaute, wurde folgende Einschätzung zuteil: „Seine Zugehörigkeit zur SAP und KPO in der illegalen Zeit und seine dadurch bedingte ablehnende Einstellung zur KPD bieten nicht die Gewähr alle politischen Fehler aus dieser Zeit überwunden zu haben.“ Einem anderem ehemaligen KPO'ler an der PHS, der nach 1933 ebenfalls

133 Entwurf des Berichts der ZPKK an den III. Parteitag vom 9.5.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1; vgl. auch Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 389.

134 Aus der Stellungnahme des PB zu den Beschlüssen des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Protokoll der PB-Sitzung vom 16.12.49. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/61. Das PB bemerkte zu der hier angenommenen Sekretariatsvorlage, daß hier noch „die speziellen Methoden der gegnerischen Arbeit ... in der DDR dargelegt werden“ müßten.

135 Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 396. Vgl. aber auch die Abschnitte 1.4.1 und 1.4.2.

illegal arbeitete, wurde vorgehalten: „Die Tatsache, 12 Jahre Illegalität in einer parteifeindlichen Gruppe gegen die Einheit und Sammlung aller antifaschistischen Kräfte unter der Führung der revolutionären Partei gewirkt zu haben, müßte allein zur Entfernung des Genossen E. von der Parteihochschule genügen ... Nach einem Bericht des Parteisekretärs der Parteihochschule war sich Genosse E. vor einem Jahr über die feindliche Rolle der KPO noch nicht im Klaren. 1945 oder 1946 noch Zusammenkünfte mit Genossen der ehemaligen KPO in Britz.“ Schließlich hieß es zu einem Genossen, dem keine derart diskreditierende politische Vergangenheit angelastet werden konnte, nicht weniger entschieden: „Nach Mitteilung der Genossin ... L. hat der Genosse ... T. bei der Behandlung des 10. Kapitels der Geschichte der KPdSU (B) trotzkistische Zitate in Anwendung gebracht ... Die Zitate sind dem Buch von Trotzki 'Die internationale Revolution' und 'Die kommunistische Internationale' entnommen ... zur Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande.“ Bei allen genannten Lehrkräften wurde die Abberufung empfohlen.¹³⁶

Diese an der PHS verfügten Maßnahmen waren nur ein Vorgriff auf die Empfehlung der ZPKK an das Politbüro vom März 1950, ehemalige Parteioptionelle nicht mehr an Parteischulen oder in Parteizeitungsredaktionen zu beschäftigen.¹³⁷

Die Säuberung erforderte auch neue Richtlinien für die gemäß Beschluß der ZPKK-Konferenz mit den LPKKen vom 8.6.49 der Parteikontrolle obliegenden Pflege der Warnkarteien. In einer streng vertraulichen Verschlusssache für Mitglieder der Kreispartei kontrollkommission gab das Büro der ZPKK in Ergänzung der ZPKK-Richtlinien vom 11. April 1950 im Juni 1950 ein Merkblatt für Warnmeldungen hinsichtlich der „Sammel-Delikte“ heraus. Dabei konnte „in besonderen Fällen ... die Warnmeldung auch vor Abschluß des Verfahrens ergehen“. Es hieß unter anderem:

„a.) Agent ... darunter sind zu verstehen: Saboteure, Provokateure, Spitzel und Veräter, die innerhalb der Partei und der demokratischen Organisationen für das Ostbüro ... oder andere in- und ausländisch[e] Agenturen des Imperialismus tätig waren oder sind, einschließlich der Absolventen von Schulen imperialistischer Regierungen, z.B. Wilton-Park-Schule in England, Schulen für Kriegsgefangene in Jugoslawien, insofern ersichtlich wurde, daß sie der auf der Schule verabreichten Ideologie erlegen sind. Ferner: Elemente, die einer 'links-' oder rechts-opportunistischen Gruppierung oder Organisation angehören bzw. damit Verbindungen unterhalten. Des weiteren: Entlarvte, frühere Mitarbeiter des Reichs-Sicherheits-Hauptamtes (SD, Gestapo und ähnlicher Ämter)

b.) Wirtschaftssaboteur (in besonders schweren Fällen Wirtschaftsverbrecher) und korruptes Element ...

c.) Kriminelles Element ...

d.) Asoziales Element ...

e.) Faschistisches oder reaktionäres Element ...

f.) Fragebogenfälscher“¹³⁸

Im Rahmen der im Sommer 1950 forciert betriebenen Suche nach „Splittergrupplern“ (namentlich aus der ehemaligen KPO – vgl. Abschnitt 1.4.2.) gelang es den Parteikontrollorga-

136 Von der ZPKK (wahrscheinlich Altenkirch) erstellte Namensliste der Parteihochschule mit handschriftlichen Anmerkungen und Beurteilungen von 8.2.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/147, Bl. 88ff.

137 ZPKK-Sitzung vom 9.3.1950, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/437.

138 Merkblatt des Büros der ZPKK vom 13.6.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 31f.

nen im Herbst 1950 auch, die noch lebenden Aktivisten der AAU in der SED des Gebietes um Leipzig durch die Rekonstruktion ihrer Aktivitäten vor 1945 aufzuklären und ihre heutige Haltung zur Politik der SED festzustellen.¹³⁹

Am 25. November 1950 erinnerte die Thüringer Zeitung „Das Volk“ seine Leser an die Erfurter Leninbund-Hochburgen: Unter dem Titel „Suhler 'Leninbund'-Tradition muß überwunden werden!“ hieß es, daß der „Kreis Suhl traditionsgemäß zu den unrühmlichen Quellen des Opportunismus, des Sozialdemokratismus und des Reformismus in Thüringen zählt ... Der ... Leninbund, an dessen Spitze die trotzkistischen Verräter Ruth Fischer, Maslow und Guido Heym standen ... Der Suhler 'Volkswille', das Blatt der KPD, wurde von diesen Renegaten mit Guido Heym an der Spitze als Organ des 'Leninbundes' mißbraucht ... Mit Recht fordert ... unsere Partei von allen ihren Mitgliedern, die früher solchen parteifeindlichen Gruppierungen angehörten, daß sie sich ernsthaft überprüfen ... Der Genosse Heym war vor 1933 zusammen mit seinem Vater – Guido Heym – Mitglied des 'Leninbundes' ... Der Diskussionsbeitrag des Genossen Heym bewies, daß er diese Grundfrage nicht erkannt hat.“ Karl Heym mußte wegen seiner als unzureichend eingeschätzten Selbstkritik sein Landratsamt räumen. Die LPKK Erfurt übermittelte im Dezember 1950 an Max Sens von der ZPKK die Erklärung Heyms gegenüber Mückenberger und Eyermann in der KL-Sekretariatsitzung zu seiner früheren Zugehörigkeit zum Leninbund:

„Ich lasse mich nicht persönlich anrempeln ... Bin nicht wieder in den Landesvorstand gewählt worden und aus der LPKK raus, aus dem Volksrat raus und habe trotzdem weiter aktiv gearbeitet ... Ich war kein Funktionär in dieser Sache, aber mein Vater ... Man kann ... nicht von mir verlangen, daß ich einen Stein ... nach meinem Vater werfe, der im Kampf gegen den Klassengegner sein Leben gab.“¹⁴⁰

2.2. Der „Field-Komplex“ und die Untersuchungspraxis der Parteikontrollorgane

Der Pilotprozeß gegen Lázló Rajk und Genossen in Budapest gab für ganz Osteuropa die Generallinie vor, alle in ihrer Westemigration mit dem „amerikanischen Agenten Noel H. Field“ in Berührung gekommenen Kommunisten der Agententätigkeit zu verdächtigen. Die „Lehren aus dem Rajk-Prozeß und dem Verrat der trotzkistischen Tito-Clique“¹⁴¹ verliehen der am 21. Oktober 1949 von der ZPKK angewiesenen Suche nach solchen Agenten unter

139 Material vom 31.10.50 und vom 30.11.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 297ff. Vgl. auch den Brief an die KPKK Leipzig „Verdacht der Zersetzungsarbeit der Genossen Walter Liebing und Alfred Florstedt“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Die Letztgenannten wurden auch in dem Abschlußbericht der LPKK Sachsen über die „Tätigkeit von Genossen ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen“ vom 16.11.50 (vgl. Abschnitt 1.4.2.) namentlich aufgeführt.

140 LPKK, Erfurt, an ZPKK (Sens) vom 21.12.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/384. Noch im September 1952 erschien in der Suhler Bezirkspresse im Rahmen der Kritik an der Kreisleitung Suhl und ihrem ersten Sekretär ein Artikel, in dem es hieß: „Im Kreis Suhl mußte durch verstärkte ideologische Arbeit erreicht werden, daß alle Tendenzen des ehemaligen Leninbundes sowie der anderen Splittergruppen in der Arbeiterbewegung restlos zerschlagen werden ... Zeigen sich nicht noch heute ähnliche Tendenzen im Kreisgebiet von jener parteifeindlichen Splittergruppe ausgehend, die ihre Hauptarbeit in der Hetze gegen die Sowjetunion, in der Spaltung der Partei und in der Zersplitterung der Arbeiterklasse sah?“ DfJ 15.9.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19.

141 Vgl. den Artikel von Bruno Haid am 6.10.49 im ND.

den Westemigranten eine besondere Dimension. Im Licht jener auf sowjetisch-ungarische Initiative¹⁴² in der DDR begonnenen Operation entschlüsseln sich sowohl die spätere Deklaration Paul Merkers¹⁴³ als Trotzkiist und die „Entlarvung“ der „Verräter“ Bruno Goldhammer, Maria Weiterer, Lex Ende, Leo Bauer und Willi Kreikemeyer¹⁴⁴ im August 1950¹⁴⁵, als auch die spätere Untersuchung gegen Franz Dahlem. Zu ermessen ist hier vor allem, ob diese wegen ihrer Biographie für Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit bestens geeigneten Genossen quasi „automatisch“ in die Verfolgungsmaschine geraten mußten oder ob ihre Auswahl (angesichts der großen Anzahl in Frage kommender hochrangiger Funktionäre und Persönlichkeiten) gleichzeitig bzw. sogar vorrangig im Kalkül innerbürokratischer Konkurrenzbereinigung erfolgte. Zum Dritten ist die sowjetische Einflußnahme auf solche Entscheidungen zu prüfen.

Es läßt sich, wie in der Analyse interessengeleiteten Handelns bei späteren Abrechnungen innerhalb der Parteispitze deutlich werden wird, stets erkennen, daß bei „Machtkämpfen“ in der Führung, ausgetragen als Säuberung, das Gewicht innerbürokratischer Rationalitätskonflikte stets größer war, als das Gewicht der hier auch zu beobachtenden politischen Intrigen im Ämterkampf oder als das Ausmaß persönlicher Mißgunst bei der Sicherung persönlicher Machtansprüche in der Führung. Nach Meinung des Autors übertrifft das Gewicht dieser Rationalitätskonflikte in der deutschen Partei auch das Gewicht spezifischer sowjetischer Einflußnahme in der Frage der konkreten (also „personenbezogenen“) Auswahl auszuwählender Funktionäre im Rahmen dieser hier beschriebenen wesentlich auf sowjetische Interessen zurückzuführenden Säuberungskampagne. Jedoch kann nicht geleugnet werden, daß gerade im Kontext des „Field/Rajk-Komplexes“ der sowjetische Druck in Form scharfer Kritik des politischen Beraters der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) Semenov im Dezember 1949 wegen des „völligen Versagens“ der SED beim Kampf gegen den „Titioismus“ enorm war.¹⁴⁶ Diese Kritik Semenovs konnte sich jedoch nur auf die fehlenden vor-

142 Den dabei bisher unterschätzten ungarischen Anteil (insbesondere den von Mátyás Rákosi) belegen die noch unveröffentlichten Forschungen von Bernd Rainer Barth zum Field-Komplex.

143 Paul Merker, seit 1920 in der KPD organisiert und nach seiner Rückkehr aus dem Exil Mitglied des PV, des Zentralsekretariats und des PB der SED, gab durch eine frühere Verbindung zu Noel Field den Anlaß für die Entfernung aus allen Funktionen und für seinen Ausschluß aus der SED im August 1950.

144 Bruno Goldhammer war zum Zeitpunkt seiner Ablösung und Verhaftung am 24. August 1950 stellvertretender Leiter des Amtes für Information der Regierung. Neben Kontakten zu Field machte ihn unter anderem sein und Bruno Fuhrmanns Eintreten für das Ehepaar Steinberger am 4.10.49 bei Matern verdächtig. Ibolya und Bernhard Steinberger waren im Mai 1949 bzw. Juni 1950 wegen Verbindungen zu Tibor Szöny, angeklagt im Rajk-Prozeß, verhaftet worden. Maria Weiterer war Organisationssekretärin im Frauenverband DFD. Lex Ende, bis Mai 1949 in der Chefredaktion des ND und dann als Herausgeber der DSF-Wochenzeitung „Friedenspost“ tätig, landete nach seinem Parteiausschluß wegen „Klassenverrats“ schließlich als Buchhalter in einem Hüttenwerk. Leo Bauer, Chefredakteur des „Deutschlandsenders“, erwies sich in der Untersuchung der ZPKK sogar als „Agent des Klassenfeinds, der auch heute noch Verbindungen zu Kreisen um Field hat.“ Willi Kreikemeyer war zum Zeitpunkt seiner „Entlarvung“ Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn. Alle Genannten wurden auf ZPKK-Beschluß vom 18.7.1950 aus der SED ausgeschlossen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106 und DY 30, IV 2/4/117

145 „Verbindungen ehemaliger deutscher Emigranten zu Mitarbeitern des anglo-amerikanischen Spionagedienstes“. Anlage Nr. 5 zum TOP 8 im Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 22. August 1950, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/105.

146 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, a.a.O., S. 319ff. Semenov empfahl im Zusammenhang mit der Überprüfung der Westemigranten, die Umgebung Gerhart Eislers aufzuklären.

weisbaren Ergebnisse der deutschen Partei, nicht jedoch auf den Eifer der Parteikontrollorgane beziehen: Unmittelbar nach dem Ende des Rajk-Prozesses in Budapest wurde im September 1949 auf Initiative von Dahlem das bereits 1947 von der PPA gesammelte Material über Kontakte deutscher Westemigranten zu Noel H. Field¹⁴⁷ hervorgeholt und Anfang Oktober der ZPKK überstellt. In der PPA lagen Grete Keilson damals neben Angaben von Merker aus dem Jahre 1946 auch Informationen Hans Teubners von 1945 an Franz Dahlem über Fields Arbeit mit deutschen Emigranten vor.¹⁴⁸ Matern hatte am 21. Oktober 1949 vor der ZPKK¹⁴⁹ sowohl auf die Dringlichkeit der Überprüfung einiger hundert Genossen in führenden Partei- und Staatsfunktionen im Zusammenhang mit der Field/Rajk-Sache, als auch auf die Form des vertraulichen Umgangs damit seitens der ZPKK-Kontrolleure verwiesen.

Matern empfahl Ulbricht am 24. Oktober 1949 die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Verbindungen Fields zu Genossen aus allen Zonen, in der auch Genossen aus dem Westen vertreten sein müßten: „Von der ZPKK schlage ich vor: Matern und Herta Geffke. Dazu müßte die Westkommission zwei Genossen benennen.“ Ulbricht antwortete Matern am 25. Oktober in einer Hausmitteilung bestätigend.¹⁵⁰ Am 14. November 1949 wurden vom PB-Sekretariat gemeinsam mit den Festlegungen für die Kommissionen zur Überprüfung der Apparate auf Konzentrationen der „Westler“ auch die Verantwortlichen für die inzwischen angelaufenen Field-Untersuchungen festgelegt: Es waren dies Hermann Matern und Herta Geffke von der ZPKK, Otto Sepke von der LPKK Mecklenburg sowie Genossen aus dem Westen für besondere Fälle.¹⁵¹ Die zentrale Sonderkommission für die Field-Sache arbeitete geheim. Jedoch konnten die erwarteten Ergebnisse ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie gegenüber der Partei in eine Kampagne eingebettet waren: Matern orientierte schon am Folgetag, dem 15. November 1949, in der „Leipziger Volkszeitung“ das Parteivolk über die „Methoden feindlicher Agententätigkeit“ und bezeichnete Mangel an Wachsamkeit sowie Versöhnlertum als Haupthindernis für die Aufdeckung der Field-Agenturen in der DDR.¹⁵²

Herta Geffke forderte bereits am 15. November 1949 neben den Kaderunterlagen von Goldhammer auch die von Weiterer, Kreikemeyer und Bauer sowie anderen dann im Juli/August 1950 im Zusammenhang mit der Field-Sache Disziplinierten an. Zuvor hatten Kreikemeyer, Bauer, Goldhammer, Paul Bertz (der eine führende Rolle in der Schweizer KPD-Emigration spielte) und Bruno Fuhrmann (stellvertretender Leiter der Westkommission) schon Angaben zu Field und zu ihren Verbindungen in der Emigration an die ZPKK

147 Der US-Amerikaner Field war während der Nazi-Zeit Beauftragter der Hilfsorganisation Unitarian Service Committee (USC) für Westeuropa und half einer Vielzahl politischer (insbesondere kommunistischer) Emigranten mit Geldmitteln, bewahrte sie vor der Auslieferungshaft im unbesetzten Frankreich durch Interventionen bei den französischen Behörden, besorgte Ausreisevisa und fungierte als politischer Kurier.

148 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106. Teubner, KPD-Funktionär und Emigrant, hatte wie auch Fuhrmann 1944/45 in der Schweiz durch Field Kontakt mit dem USC.

149 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/438.

150 Matern an Kleines Sekretariat/Ulbricht zu Field und Antwort Ubrichts, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

151 Protokoll 63/49 des Sekretariats, TOP 33: Kommissionen zur Überprüfung von Parteimitgliedern aus westlicher Emigration oder Kriegsgefangenschaft und in der Field-Sache, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/63.

152 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 412.

übermittelt¹⁵³. Überdies erreichten die ZPKK unaufgefordert eine Fülle von Denunziationen und Selbstanzeigen hellhörig gewordener Genossen, die sich wegen der Berichte aus Budapest in Gefahr wähnten. In der Folgezeit wurden auf Grund daraus erarbeiteter Unterlagen wiederum vielen anderen Parteimitgliedern Berichte über ihre Kontakte mit Field abverlangt. Auf diese Weise häufte sich bei den Parteikontrolleuren reichlich Material an, das zu immer neuen Befragungen Anlaß bot. Diese Befragungen zogen sich fast ein Jahr lang hin. Was hier auf dem Spiel stand, war seit dem Budapester Rajk-Prozeß allen Beteiligten klar. Rudolf Feistmann, unter dem Verdacht stehend, Kurierdienst für Field geleistet zu haben, wählte am 7. Juni 1950 den Freitod. Paul Bertz setzte seinem Leben am 19. April 1950 ein Ende.¹⁵⁴

Bemerkenswert ist das Protokoll der Befragung Leo Bauers vom 12. Juli 1950. Bauer bestätigte Rudolf Herrnstadts Angaben bei der ZPKK¹⁵⁵, er (Bauer) hätte ihm (Herrnstadt) gegenüber unter anderem Field als Verbindungsmann unter den Amerikanern zu sowjetischen Stellen empfohlen. Auf den Vorhalt der ZPKK-Vernehmer, daß die von Bauer geschilderte eigene Verbindung mit Field so harmlos doch nicht abgelaufen sein könne, antwortete Bauer: „Es lag doch damals der Beschluß der Partei vor, daß wir mit allen Mitteln die Lage der Emigration verbessern sollten. So sind wir auch zu den Komitees [gemeint war unter anderem Fields Hilfskomitee] gekommen. 1935 wurde ich von eurem heutigen Chef, Hermann Matern in diese Arbeit geschickt.“¹⁵⁶

Bei der manischen Jagd zur Aufdeckung möglicher Schwachstellen waren, wie schon erwähnt, allein persönliche Verbindungen zu entlarvten Parteifeinden hinreichend, um zumindest Untersuchungen auszulösen. Ein Beispiel ist etwa das am 19. Oktober 1950 im Sekretariat des ZK beschlossene Ersuchen an die ZPKK hinsichtlich Maßnahmen gegen Wieland Herzfelde. Herzfelde war ebenso wie sein Bruder John Heartfield (dessen geplante Ausstellung postwendend abgesetzt wurde) wegen seiner Verbindung zu Field aufgefallen und wurde aus der Partei entfernt.¹⁵⁷

Die Kontrollorgane nötigten selbst Hans Mayer¹⁵⁸ alle irgendwie verdächtigen Wahrnehmungen zu Bauer und Goldhammer, aber auch zum „Dulles-Agenten“ Robert Jungk und zum „Schweizer Trotzkiten“ Francois Bondy ab.¹⁵⁹

153 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106. Goldhammer informierte die ZPKK am 4.10.49, Kreikemeyer am 5.10.49, Bertz am 11.10.49, Bauer am 20.10.49 und Fuhrmann am 22.10.49. Goldhammer setzte sich in seinem Schreiben dafür ein, daß die ZPKK in Ungarn nach dem verhafteten Ehepaar Steinberger forschen und ihnen Beistand leisten solle. Herrnstadt machte der ZPKK gegenüber Angaben zu Merker und verdächtigte besonders Bauer, allerdings ohne jede konkrete Handhabe.

154 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 412.

155 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

156 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/114. Matern war damals im Parteiauftrag leitend für die „Rote Hilfe“ tätig.

157 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/147. Herzfelde wurde 1956 parteiintern rehabilitiert.

158 Hans Mayer, damals Professor in Leipzig und Berlin, war ehemaliger deutscher Emigrant in Frankreich und der Schweiz. Er gehörte nicht nur zeitweilig der SAP und KPO an, sondern bemühte sich ab Oktober 1944 in der Schweiz ausgerechnet beim später als „Agent“ entlarvten Fritz Sperling auch um die KPD-Mitgliedschaft. Seine „provisorische“ Aufnahme im Mai 1945 wurde später nicht legalisiert. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/ 115, Protokolle vom 11.10. und 18.10.1950; siehe auch: Hans Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Band 1, Frankfurt/M. 1988, S. 304.

159 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/ 115, Protokoll vom 4.12.1950. Mayer gibt außerdem an, vergeblich Informationen über Bauer auf Bitten Langhoffs zu beider Entlastung weitergegeben zu haben. Hans Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Band 2, Frankfurt/M. 1988, Seite 47f.

Der Abschlußbericht der zentralen Sonderkommission für die „Field-Untersuchungen“ vom 18. Juli 1950¹⁶⁰ wurde zur Grundlage der erwähnten August-Beschlüsse von Politbüro und ZK-Plenum. Doch schon vor dem vom 20. bis 24. Juli 1950 stattfindenden III. Parteitag formulierte die ZPKK in Vorbereitung ihres Berichts an den Parteitag in beispielhafter Klarheit politische Wegweisungen aufgrund der Erfahrungen bisheriger Überprüfungstätigkeit: „Mit der Neubildung der Arbeiterparteien im Jahre 1945 sind ... eine ganze Reihe alter, oppositioneller Elemente von vor 1933 in die Partei hineingelangt.“ Die zweckvolle Verwertung dieses Umstands lautete: „Gerade aber in der Zeit des sich verschärfenden Klassenkampfes mußte die Partei erkennen, daß die Gegner an diesen schwachen Stellen mit ihrer Agenten-, Sabotage- und Zersetzungstätigkeit einsetzen werden und auch eingesetzt haben.“ Nach Hinweisen auf das 1948 angeblich wiedererstarkte „Nur-Gewerkschaftlertum“, auf besonders ausgeprägte opportunistische, sektiererische und fraktionelle Tendenzen in Magdeburg und auf das Auftreten linker Radikaler in allen Ländern der DDR wurde im Zusammenhang mit den Verhältnissen in Thüringen die Nutzlosigkeit allein organisatorischer Maßnahmen (Ausschlüsse) erklärt: Diese Tendenzen

„konnten dort solche Ausmaße annehmen, weil sie nicht nur bei den einfachen Mitgliedern in den Grundeinheiten, sondern bis in der obersten Parteileitung Thüringens vorhanden waren. Hier konnte nur eine neue Methode helfen, die der Parteidiskussion auf breitester Grundlage. Diese Kampagne wurde auch vorbereitet und von den Grundeinheiten über die Kreisdelegiertenkonferenzen bis zur Landesdelegiertenkonferenz durchgeführt. Der Erfolg dieser Kampagne war nicht nur ein Erfolg für die Partei Thüringens, sondern gerade dadurch, daß sie dort in aller Öffentlichkeit durchgeführt wurde, ein Beispiel für die gesamte Partei ...“

Damit war nun deutlich der eigentliche Zweck der sich zunehmend auf die Massenpartei SED richtenden Kampagne beschrieben, die nach den Funktionärsüberungen im nächsten Schritt in die Überprüfung der Mitglieder münden sollte. Darauf aufbauend hieß es unmißverständlich:

„Zwölf Jahre Nazimoral, die Einflüsse des verfaulenden imperialistischen Systems, mit dem stinkenden Geschwür der Berliner Filiale des Ostbüros und dem östlichen Hauptquartier der imperialistischen Agenten- und Spionagezentrale werden uns noch lange zwingen, die Wachsamkeit zu steigern. Die Partei muß ein einziger großer Erziehungsapparat für die gesamten werktätigen Massen werden, damit auch sie immun gegen die feindlichen Einflüsse werden ... Es gab weite Kreise in- und außerhalb der Partei, die nach den Beschlüssen eine sogenannte 'Massenreinigung' in der Partei entweder befürchteten oder erwarteten ... Wenn am Anfang geringfügige Steigerungen in der Statistik die Zahl erhöhte, so nur deshalb, weil wir die aufgespeicherten Verfahren der alten Schiedsgerichte aufzuarbeiten versuchten ... Wir betrachten unsere Arbeit, auch soweit sie Parteiverfahren betrifft, nicht kriminalistisch, sondern immer politisch, weil wir uns nicht in die Arbeit der staatlichen Sicherheitsorgane einmischen oder dieselbe ersetzen wollen ... Jedes Mitglied unserer Partei muß wissen: Niemand hat ein Recht, Mitglied unserer Partei zu sein; Niemand ist gezwungen, Mitglied unserer Partei zu sein; Niemand wird gezwungen, Mitglied unserer Partei zu bleiben, wenn er aus irgendwelchen Gründen mit den Grundsätzen und Zielen und mit dem Statut der Partei nicht mehr einverstanden ist; im Gegenteil: ...“

160 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

*Jedes Mitglied muß wissen, ... daß auf Verrat an der Partei der Arbeiterklasse für jedes Mitglied die höchste Parteistrafe, der Ausschluß steht; daß parteischädigendes Verhalten dem Verrat gleichgesetzt wird.*¹⁶¹

Daß die ZPKK von Anfang an ihre Arbeit richtig verstand, zeigt schon die im Berichtsentwurf an den III. Parteitag 1950 enthaltene ausdrückliche Berufung auf Otto Grotewohls Einlassungen auf der 1. Parteikonferenz der SED vom Januar 1949. Grotewohl, wohl wissend, daß sich seine Sätze auch gegen ehemalige SPD-Mitglieder in der SED richten würden, sagte damals: „Die Schlagfertigkeit und Zuverlässigkeit hängen mit davon ab, ob wir die zersetzenden Elemente ausnahmslos abstoßen. Weichherzigkeit und Vertrauensseligkeit werden hier zu einem Vergehen gegen die Partei und damit gegen den Bestand einer gesunden Arbeiterbewegung.“

Die Grundlage für nun einsetzende Verfolgungsmaßnahmen bildete offiziell die vom erstmals auf dem III. Parteitag gewählten Zentralkomitee¹⁶² und der ZPKK verabschiedete Erklärung vom 24. August 1950.¹⁶³ In dieser Erklärung wurde Paul Merker¹⁶⁴ als „am engsten mit Field verbunden“ charakterisiert.¹⁶⁵ Die Entscheidung für diese Schwerpunktsetzung muß relativ spät gefallen sein, jedenfalls zu spät, um sie noch gründlich genug vorzubereiten: Im ursprünglichen Entwurf der ZPKK für diese Erklärung „zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field“ war lediglich davon die Rede, daß der frühere Frankreich- und Mexiko-Emigrant Paul Merker im Zusammenhang mit dem Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts auf „Verleumdungen der trotzkistischen Agenten des Imperialismus gegen die Sowjetunion hereinfiel“ (Seite 7 des dem Politbüro am 29. August 1950 zur redaktionellen Bearbeitung vorliegenden Textes)¹⁶⁶. Bei der Schlußredaktion des ZK-Dokuments im Politbüro an jenem

161 Entwurf des Berichts der ZPKK an den III. Parteitag, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1.

162 Nach dem auf dem Parteitag bestätigten neuen Statut der SED hatte das Sekretariat des Zentralkomitees die tägliche operative Führung der Tätigkeit der Partei sowie die allgemeine Organisationsarbeit zu gewährleisten und entwickelte sich mit ihrem Generalsekretär Walter Ulbricht an der Spitze zum eigentlichen Machtzentrum. In ihm fielen dann die in der Regel vom Politbüro bestätigten Vorentscheidungen. Vgl. auch Malycha, „Die SED ...“, a.a.O., S. 482ff.

163 Das ZK, in dessen Namen diese Erklärung öffentlich werden sollte, ermächtigte das PB mit der Redaktion der endgültigen Textfassung. ND 25.8.50.

164 Paul Merker, bis dato Politbüromitglied, wurde auf dem III. Parteitag nicht in das ZK gewählt.

165 Zum Fall Merker siehe auch: Jeffrey Herf, *East German Communists and the Jewish Question: The Case of Paul Merker*, Vortrag auf dem Jahrestreffen der American Historical Association in San Francisco, 6.–9.1.1993; Wolfgang Kießling, *Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker*, Berlin 1994; Thomas Klein, *Parteisäuberungen und Widerstand in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung*, in: Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder, *Visionen. Repression und Opposition in der SED*, Frankfurt/Oder 1996.

166 Anton Ackermann behauptete in einer von ihm am gleichen Tag unterzeichneten Protokollnotiz bei der ZPKK, Merker habe nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts im Sekretariat der Pariser operativen Führung der KPD in äußerster Erregung erklärt, „daß es immer wieder dasselbe sei, was die ausländischen Kommunisten aufbauen, wird durch die Außenpolitik der Sowjetunion wieder zerschlagen.“ Diese überaus hellsichtige Einschätzung Merkers wurde von Ackermann nach der PB-Sitzung vom 22.8.1950 aufgrund der dort gegen Merker erhobenen Verdächtigungen hinsichtlich dessen Verbindung zu Field bei der ZPKK kolportiert, wobei Ackermann beflissen darauf verwies, er habe schon zuvor über „die antisowjetischen Äußerungen des Genossen Merker ... nach Ankunft in Moskau den dort weilenden Mitgliedern des ZK der KPD wie auch den Genossen Dimitroff und Guljajew (Leiter der Kader-Abteilung der Komintern) mündlich Bericht erstattet“, dies auch schriftlich niedergelegt

Tag wurde nun zum einen der Text an dieser Stelle dahingehend verschärft, daß nunmehr auch von „trozkistischen Positionen“ die Rede war, die Merker und andere bezogen haben sollten. Und zum zweiten wurde schließlich im offenen Widerspruch zur Legende der im Dokument versuchten Entlarvung der „Hauptschuldigen“ und „Verräter“ Bruno Goldhammer, Maria Weiterer, Lex Ende, Leo Bauer und Willi Kreikemeyer¹⁶⁷ vom Politbüro angewiesen, die im Textentwurf ursprünglich vorgesehene Einordnung Merkers in die Reihe der nur mittelbar Verantwortlichen für die Verbindung zu Field (welche – wie etwa Bruno Fuhrmann¹⁶⁸ und Wolfgang Langhoff¹⁶⁹ – deshalb nur mit Funktionsverbot zu bestrafen seien) dahingehend abzuändern, daß „Merker an die Spitze der aus der Partei Auszuschließenden gestellt“ werden solle¹⁷⁰. Sein durch die Endfassung der ZK-Erklärung noch nicht einmal formal plausibel legendierter Ausschluß aus der Partei war als Signal für den Umgang mit „trozkistischen Elementen“ und die so präsentierte Entlarvung eines höchsten Funktionärs als Hinweis auf die Gefährlichkeit solcherart Parteifeinde zu verstehen. Der vom Politbüro am 29. August 1950 beschlossene geänderte Entwurf der ZK- und ZPKK-Erklärung für die Grundorganisationen wurde nun als von der ZK-Sitzung am 24. August 1950 beschlossenes Dokument in Umlauf gebracht. Am 1. September schließlich präsentierte die ZPKK der Öffentlichkeit das ausgeschlossene Politbüromitglied Paul Merker als jemanden, der schon vor 1945 dem Klassenfeind umfangreiche Hilfe geleistet habe.¹⁷¹

Goldhammer, Bauer und Kreikemeyer wurden im August 1950 verhaftet. Kreikemeyer kam in der Haft ums Leben, Lex Ende erlag im Januar 1951 einem Herzschlag. Bruno Goldhammer wurde im April 1954 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁷² Leo Bauer wurde zusammen mit Erika Glaser im Dezember 1952 von einem sowjetischen Gericht zum Tode verurteilt. Beide wurden dann zu 25 bzw. 15 Jahren Zwangsarbeit begnadigt.¹⁷³ Der Um-

und nochmals nach der Rückkunft Merkers aus der mexikanischen Emigration und dessen Kooptierung in den SED-Parteivorstand wiederholt. Merker selbst beteuerte am 28.8.1950 vergeblich, er habe „niemals eine falsche Auffassung zum Nichtangriffs-Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion gehabt“. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/117.

- 167 Alle Genannten wurden gemäß dem ZPKK-Beschluß vom 18.7.1950 am 24.8.1950 aus der SED ausgeschlossen. Der gleiche Beschluß vom Juli empfahl übrigens hinsichtlich Merker zunächst nur seine Aberufung aus allen Regierungs- und leitenden Parteifunktionen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.
- 168 Fuhrmann, damals in der Westkommission des Parteiapparats tätig, wurde als Befürworter einer Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) beschuldigt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.
- 169 Langhoff wurde am 8.7.1950 vor der ZPKK intensiv nach trozkistischen Tendenzen seiner schweizer Emigrationsgruppe und nach dem „Trozkisten Erich Wollenberg“ ausgefragt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/115. Das über ihn verhängte Funktionsverbot klammerte ausdrücklich seine Intendantenfunktion für das Deutsche Theater aus. Am 6.2.1951 wurde entschieden, Langhoff auch seine Mitgliedschaft in der Akademie der Künste zu erhalten. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.
- 170 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.
- 171 „Erklärung des ZK und der ZPKK der SED zu den Verbindungen ehemaliger deutscher Emigranten zu dem Leiter des USC, Noel H. Field“ vom 24. August 1950, veröffentlicht im ND vom 1.9.50, abgedruckt in: Dokumente der SED III, Berlin 1952, S. 197-213.
- 172 Nach seiner Rehabilitierung und Wiederaufnahme in die SED im Jahre 1956 arbeitete Goldhammer als Redakteur in Dresden und Halle.
- 173 Erika Glaser war mit Bauer und Field für die Schweizer Emigration in enger Kooperation mit Field und 1945 im Auftrag der KPD für den OSS tätig. Nach Mitteilung von Bernd Rainer Barth an den Autor wurde sie durch einen Brief Bauers, der unter Druck handelte, im August 1950 in die SBZ gelockt und dort verhaftet. Leo Bauer wurde ebenso wie Erika Glaser 1955 aus einem sowjetischen Zwangsarbeitslager in die Bundesrepublik entlassen.

stand, daß Merker vorerst auf freiem Fuß blieb, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Dürftigkeit der konstruierten Indizien, was jedoch nichts an seiner politisch-propagandistischen Einordnung als „Hauptverantwortlichem“ änderte.

Nach der Erklärung des ZK und der ZPKK vom August 1950 war für die Parteikontrollorgane wiederum Gelegenheit, die Wirksamkeit der Wachsamkeitsappelle im Kontext der Field-Kampagne zu beurteilen. Alfred Lemmnitz¹⁷⁴ übermittelte im September 1950 der ZPKK eine Namensliste im Zusammenhang mit der Mitteilung, „daß die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig eine Art Sammelpunkt von Professoren ist, die in westeuropäischen und amerikanischen Ländern in Emigration waren“ und „auch der amerikanische Agent Noel H. Field dort als Dozent untergebracht werden sollte.“¹⁷⁵ Für einen Einblick in die auf solchen und ähnlichen Mitteilungen fußende Untersuchungspraxis der Parteikontrollorgane im Zusammenhang mit dem Field-Komplex können als exemplarisches Beispiel die im Rahmen des „Field-Komplex“ durchgeführten Ermittlungen gegen den Physiker Robert Rompe gelten. Sein Fall verdeutlicht die Kooperation der Parteikontrollorgane, des MfS/SfS und sowjetischer Dienststellen bei solchen Untersuchungen.

Am 19. Juli 1950, also einen Tag nach der Fertigstellung des Abschlußberichts der zentralen Sonderkommission für die „Field-Untersuchungen“, wurde Robert Rompe¹⁷⁶ von der ZPKK nach seinen Kontakten zu Erika Glaser befragt. Er gab zu, Erika Glaser zu kennen, jedoch zu Field nur brieflich in Kontakt gestanden zu haben – so im Zusammenhang mit der Weiterleitung eines von Field aus Wrocław vom Schriftstellerkongreß übermittelten Briefes.¹⁷⁷ Hermann Axen berichtete am gleichen Tag der ZPKK, im August 1948 bei einer internationalen Konferenz der Arbeiterjugend in Warschau einen Brief eines Unbekannten (der Field gewesen sein könnte) an Rompe entgegengenommen und übermittelt zu haben.¹⁷⁸ Wolfgang Harich schließlich sah sich aufgrund der Meldung im „Neuen Deutschland“ vom 1. September 1950 veranlaßt, gegenüber der ZPKK seine Sorglosigkeit im Umgang mit dem Amerikaner Hans Holstein zu beklagen und berief sich zu seiner Entlastung auf Rompe, Bauer und sowjetische Offiziere, (unter anderem Major Panin, politischer Berater von Generalmajor Kotikov), die er „gelegentlich bei Holstein traf.“¹⁷⁹ Walter Florath, der vor seinem

174 Alfred Lemmnitz hatte 1948 an der Universität Leipzig promoviert und wurde anschließend Lehrstuhlinhaber für Politische Ökonomie an der PHS.

175 „Betr. Vorgänge auf der Leipziger Universität im Zusammenhang mit dem Beschluß des ZK über die Zusammenarbeit von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten.“ 19.9.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 115.

176 Robert Rompe, seit 1946 ordentlicher Professor für Physik an der Berliner Humboldt-Universität und Leiter des II. Physikalischen Instituts, war bis 1950 Mitglied des PV der SED.

177 Befragung Rompe vom 19.7.50 zu Field, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 16ff.

178 Hermann Axen, seit März 1949 im Parteiapparat für Massenagitation und Presse verantwortlich, sah deswegen offenbar einiges auf sich zukommen und bat ebenso eifertig wie vergeblich um Strafe: „Ich bitte die ZPKK, dem Politbüro noch heute vor dem Parteitag vorzuschlagen, mich wegen grober Verletzung der Klassenwachsamkeit und wegen objektiver Begünstigung eines feindlichen Agenten sofort von meiner gegenwärtigen Funktion zu entheben. Für mich ist selbstverständlich, daß ich nicht am dritten Parteitag teilnehmen kann und mein Mandat als Delegierter annulliert werden muß. Ich danke den Genossen des Politbüros und des Sekretariats für die Erziehung und Kameradschaft.“ Bericht über die Übergabe eines Briefes an Genossen Rompe, ebenda, Bl. 158f.

179 Harich bedauerte in seinem Brief vom 4. September 1950 an die ZPKK, der Partei über seine Beziehungen zu führenden Genossen nicht Mitteilung gemacht zu haben. „Ich gebe diesen Fehler unumwunden zu, mache mich darauf gefaßt, deswegen von der Partei zur Rechenschaft gezogen zu werden ... Als junges Parteimitglied glaubte ich, keine Veranlassung zu haben, den älteren, in führender Position be-

Studium an der Humboldt-Universität Gelegenheit hatte, im Vorzimmer Rompes während dessen Abteilungsleitertätigkeit in der Zentralverwaltung für Hochschulwesen die Besucher Rompes in Augenschein zu nehmen, bestätigte der ZPKK den Kontakt Rompes mit Erika Glaser sowie Leo Bauer und erging sich in Spekulationen über Personenverbindungen, die über Rompe und Bauer bis hin zur „Möller-Gruppe“ (vgl. Kapitel 1, Abschnitt 6.) gingen.¹⁸⁰ Ein weiterer Informant der ZPKK erhärtete die Informationen der ZPKK über Rompes Bekanntschaft mit Bauer und Glaser sowie mit Major Hans Holstein und anderen Amerikanern und fügte hinzu, er habe auf Initiative von Professor Markov und Rompe sowie auf Weisung von Paul Wandel versucht, den Genossen Goldhammer von München nach Leipzig oder Berlin für einen Lehrstuhl Neuere Literatur zu holen.¹⁸¹

Insgesamt hatte die ZPKK also eine Vielzahl von Hinweisen, denen sie nachgehen konnte. Nach einer weiteren Befragung von Rompe am 9. November 1950 zu Bauer, Glaser und Field¹⁸², bei der die ZPKK davon ausging, daß Rompe nach Kriegsende Kontakt auch mit Field hatte, erging am 11. Dezember 1950 seitens der ZPKK der Beschluß, Rompe dürfe „keine verantwortlichen Funktionen in der Partei, Massenorganisationen und Verwaltung bekleiden“, da er der Partei eine Begegnung mit Field im Jahre 1947 verschwiegen und mit Bauer, Glaser und Holstein Kontakt gehalten habe.¹⁸³ Doch schon im Juli 1951 wies Ulbricht Matern an, diese Entscheidung auf der Grundlage einer Überprüfung durch das ZK-Sekretariat rückgängig zu machen und verband dies mit der Empfehlung, Rompe als Mitglied in die DAW aufzunehmen. Das PB würde nun im Gegensatz zum Vorjahr auch keine Einwände mehr gegen die Verleihung des Nationalpreises mehr erheben.¹⁸⁴ Gehorsam beschloß die ZPKK am 12. September 1951 die Wiederherstellung der unbeschränkten Parteimitgliedschaft von Rompe.¹⁸⁵

Doch war die Angelegenheit damit immer noch nicht beendet. Im März 1953 informierte der Parteisekretär der Parteiorganisation Humboldt Universität, Werner Tzschope, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Hans Jendretzky, aufgrund von Informationen Robert Havemanns neuerlich über Rompes angebliche Kooperation mit amerikanischen

findlichen Genossen (Langhoff, Bauer, Rompe, Naas) und den sowjetischen Offizieren, die ich gelegentlich bei Hollstein traf [gemeint war Major Panin, politischer Berater von Generalmajor Kotikov], mißtrauen zu müssen ... Während der ganzen Zeit habe ich laufend die sowjetischen Genossen Major Dymshitz von der Kulturabteilung der SMA und Oberstleutnant Schemjakin von der 'Täglichen Rundschau' über meine Beziehungen zu Amerikanern unterrichtet ... Ich möchte bemerken, daß ich ein ausgezeichnetes Gedächtnis habe und mich an fast alle Einzelheiten genau erinnern kann.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 148ff. Harich war damals Lehrbeauftragter für marxistische Philosophie an der HU und nebenberuflich als Lektor beim Aufbau-Verlag tätig.

180 „In der damaligen Zeit lag die Leitung der Parteiorganisation an der Universität in den Händen einer der Partei völlig entfremdeten Intellektuellenclique, die später als Fraktionsmacher und Verfasser von trotzkistischen parteifeindlichen Resolutionen auftraten und zerschlagen wurde.“ Bericht von Walter Florath vom 12.9.1950 „Über die Verbindungen Leo Bauers zu Genossen im Volksbildungswesen und an der Universität Berlin“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 119ff.

181 Informationen von Genossen Walter Freund vom 20.9.1950, ebenda, Bl. 117f. Freund war 1949 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigt.

182 Ebenda, Bl. 131ff.

183 Ebenda, Bl. 107, 114.

184 Streng vertrauliche persönliche Hausmitteilung von Walter Ulbricht an Matern vom 21.7.51 betr. Rompe, Ebenda, Bl. 109.

185 Ebenda, Bl. 108. Am 20.9.51 nahm das ZK-Sekretariat diesen ZPKK-Beschluß zustimmend zur Kenntnis. Ebenda, Bl. 107.

CIC-Offizieren (insbesondere mit Hans Holstein) in den Jahren 1946/47. Hier habe eventuell die „Gefahr der Agententätigkeit im Staatssekretariat für Hochschulwesen, Abteilung Naturwissenschaften, in Verbindung mit dem Genossen Prof. Dr. Rompe“ bestanden. Ausschlaggebend für diesen Brief dürften diesmal Aktivitäten des MfS an der HU gewesen sein.¹⁸⁶ Dort war man seit spätestens November 1952 ebenfalls über die mögliche Verbindung Rompe-Bauer-Glaser-Holstein-Field informiert¹⁸⁷, löste im Februar 1953 die Postüberwachung Rompes aus¹⁸⁸ und ging im weiteren unter anderem der Frage nach, woher bekannt sei, daß Holstein für den CIC arbeite.¹⁸⁹

Am 16. März 1953 wurden von der ZPKK die Untersuchungen gegen Rompe wegen seiner Bekanntschaft mit Field, Glaser und Bauer und seinem angeblichen Versuch, Field als Dozent in Leipzig unterzubringen sowie wegen Rompes aufrechterhaltener Verbindung zu dem republikflüchtigen Kollegen Professor Hauße erneut aufgenommen.¹⁹⁰ Es kann angenommen werden, daß die erneuten Untersuchungen neben den aktuellen Erkenntnissen der ZPKK im Zusammenhang mit der Anfang 1953 projektierten erneuten Überprüfung der ehemaligen Westemigranten stand (vgl. Kapitel 3). Die verdeckte enge Kooperation der ZPKK mit ungenannten sowjetischen Stellen in Moskau bei diesen Untersuchungen geht aus einer Aktennotiz von Max Sens (seit 1950 Mitglied der ZPKK) vom 7. April 1953 hervor: Die in Moskau vorliegenden Ermittlungsergebnisse zum Fall Rompe dienten als Leitlinie für die von der ZPKK vorzunehmende Befragung Rompes.¹⁹¹ Wie selbstverständlich sicher nicht nur in diesem Fall die ZPKK als verlängerter Arm sowjetischer Stellen funktionierte und wie sorgfältig die Fassade einer parteiinternen Untersuchung aufrechterhalten werden sollte, ist einer weiteren leichtfertigen¹⁹² Aktennotiz von Max Sens am 14. April 1953 zu

186 Brief Tzschoppes an Jendretzky vom 4.3.1953. In diesem Brief hieß es unter anderem: „Einem Gespräch mit dem Genossen Schumann, Ministerium für Staatssicherheit, entnahm ich, daß westliche Geheimdienste die Liquidierung der gesamten Physik und Chemie an der Humboldt-Universität planen und vorbereiten. Deshalb ist die Lage meiner Ansicht nach äußerst ernst und die Untersuchung der obengenannten Tatsachen bzw. Vermutungen dringend erforderlich.“ Ebenda, Bl. 103.

187 BStU, Arch.-Nr. AP 54695/92, Robert Rompe, Abt. VI Ref. IV, Bericht vom 14.11.1952, Bl. 16f. Dort bezog man sich unter anderem auf einen Brief des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle an Minister Wandel vom 18.11.50, in dem es hieß, Rompe nutze seine Funktion an der AdW aus, um „subversive Elemente in die Universitäten zu schmuggeln bzw. sie zu unterstützen ... Verdacht ..., daß die Field-Gruppe über Prof. Rompe u. a. mit Erfolg versucht hat, Einfluß auf die Universitäten zu gewinnen.“

188 BStU, AOP 17/56 (Überprüfungsvorgang „Emigrant“), Band 1, Schreiben der Abt. VI, Referat V an Abt. M im Hause vom 23.2.1953, Bl. 22.

189 Charakteristik Rompes, Ebenda, Bl. 23ff.

190 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 19. Ein Politbürobeschluß zur Untersuchung unter anderem auch der Angelegenheit Rompe wurde am 17.3.53 gefaßt. Vgl. Protokoll der PB-Sitzung, TOP 2: Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei, (Untersuchung Dahlem, Bartel, Eisler, Kuczynski, Rompe), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/270.

191 Aktennotiz von Max Sens am 7.4.53. Hier heißt es unter anderem: „Genosse F. bat darum, die Fragen so umzuformulieren, daß der Befragte nicht erkennt, daß die Fragen nicht von einem Deutschen ausgearbeitet worden sind. Diese Umarbeitung habe ich bereits vorgenommen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 78.

192 Es spricht einiges dafür, daß solche heiklen Absprachen in der Regel mündlich erfolgten. Im überlieferten Aktenbestand finden sich an manchen Stellen Hinweise darauf, daß trotzdem existierende Verschriftungen solchen Inhalts nach Übermittlung vernichtet wurden.

entnehmen.¹⁹³ Am 27. April 1953 wurde Rompe durch die ZPKK über die ihn betreffenden „Beschuldigungen ... aus seiner Umgebung“ ins Bild gesetzt¹⁹⁴ und Rompe machte am 11. Mai 1953 gegenüber der ZPKK nochmals Angaben über Hans Holstein (O.S.S.), Hauptmann Richard Watt, Sullivan, Samuel Wahrhaftig¹⁹⁵, Leo Bauer, Noel Field und Erika Glaser – offensichtlich auf der Grundlage des in Moskau ausgearbeiteten Fragenkatalogs.¹⁹⁶ In der daraufhin erfolgten Befragung Rompes (offensichtlich ebenfalls auf der Grundlage des Moskauer Fragenkatalogs) durch Max Sens und Günter Tenner in der ZPKK am 19. Mai 1953 bekräftigte Rompe, Field nur einmal in der Schweiz und niemals (wie Glaser und Bauer behaupten) 1946 oder 1947 in Berlin gesehen zu haben.¹⁹⁷ Die (undatierte) Auswertung dieser Befragung offenbart endlich auch, daß die Bekanntschaft Rompes mit den (sowjetischen) „Freunden“ vom Frühjahr 1946 datierte und Rompe den von Harich in seiner Mitteilung vom 4. September 1950 erwähnten sowjetischen Major Panin durch Vermittlung von Paul Wandel kennenlernte. Der Auftrag der „Freunde“ an Rompe lautete, sich mit den Verbindungen des US-Amerikaners Hans Holstein zu beschäftigen. Field, den Rompe im Herbst 1947 in der Schweiz traf, kannte auch Panin und Holstein. Die Sowjets hatten kein Interesse daran, Field (dessen Wünschen entsprechend) in ihrem Besatzungsgebiet eine ständige Beschäftigung zu erlauben. Leo Bauer informierte Rompe im Herbst 1948 vom Versuch der Kontaktaufnahme Fields mit den Sowjets.¹⁹⁸ Damit war die Angelegenheit für die ZPKK erledigt. Dies galt jedoch nicht für die Sicherheitsorgane. Die ZPKK übergab am 11. Mai 1954 alle bei ihrer Untersuchung gegen Rompe angefallenen Materialien an Erich Mielke.¹⁹⁹ Im SFS wurde noch im Juni 1954 ein Überprüfungsvorgang gegen Rompe wegen Anwerbungsversuchen bei Wissenschaftlern 1946 und Verbindung zur „Agentin“ Erika Glaser sowie zur amerikanischen Militärregierung eingeleitet.²⁰⁰ Erst im Juni 1955 wurde seitens des MfS diese Untersuchungsrichtung beendet, denn „die im Vorgang [Ü-Vorgang vom 8.6.1954] erwähnten Verbindungen des Rompe haben für die weitere Bearbeitung wenig Bedeutung, da sie schon Jahre zurückliegen und unseren Freunden bekannt sind.“²⁰¹

193 „Heute kam Genosse F., um ... weiteres Material in der Angelegenheit Rompe ... zu überbringen. Er ... teilte mit, daß ein sowjetischer Freund hier im Haus erfahren hat, daß eine Untersuchung gegen Rompe wegen seiner Verbindungen zu Noel H. Field geführt wird. Ich habe ihm daraufhin erklärt, daß wir keine solche Mitteilung gegeben haben, daß aber ein Beschluß des Polit-Büros besteht, daß die ZPKK eine Untersuchung gegen Rompe durchführen soll, so daß es also möglich sei, daß ein sowjetischer Freund auf diesem Wege von der Tatsache der Untersuchung erfahren habe ... Genosse F. hat vorgeschlagen, Rompe zunächst durch uns zu befragen und ihn dann mit einer Delegation in die Sowjetunion zu schicken, damit er dort weiter befragt werden kann.“ Aktennotiz Sens vom 14.4.53, ebenda, Bl. 72.

194 Aktennotiz Sens vom 27.4.53, ebenda, Bl. 71.

195 Samuel L. Wahrhaftig war Leiter der Presse-Abteilung beim amerikanischen HICOG.

196 Niederschrift Rompes vom 11.5.53, ebenda, Bl. 42ff.

197 Ebenda, Bl. 20ff.

198 Ebenda, Bl. 1f.

199 Aufstellung übergebenen Materials in Sachen Rompe an Mielke vom 11.5.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/122, Bl. 16.

200 BStU, AOP 17/56 (Überprüfungsvorgang „Emigrant“), Band 1, Beschluß HA V/4/D, Anlegen eines Überprüfungsvorgangs über Rompe vom 8.6.1954, Bl. 76f.

201 Der am 4.6.1955 gegen Rompe eröffnete Operativvorgang (OV) enthielt allerdings die Maßnahme, bezüglich Holstein weiter zu ermitteln. Dieser Operativvorgang wurde eingeleitet, weil Rompe in fast allen Industriezweigen und zu wichtigen Wissenschaftlern Verbindung habe. Maßnahmeplan der Abteilung VI/2 zum Operativvorgang „Emigrant“, ebenda, Bl. 82ff. Der OV wurde schließlich am 9.1.1956 eingestellt, da der Verwaltungsdirektor der AdW im Gespräch mit Matern erfahren habe, „daß

Die hier nur in Ansätzen sichtbar werdende Beteiligung nachrichtendienstlicher Interessenlagen sind dafür maßgeblich, daß die Parteikontrollorgane zwar zu ihren Untersuchungen ermuntert wurden, diese jedoch nur bis zur Grenze solcher Interessenlagen ausdehnen konnten.²⁰²

2.3. Parteikontrolltätigkeit während der Mitgliederüberprüfung 1951

Es lag in der Logik der bisherigen Kampagnen, aber auch im herrschaftstechnischen Zweck der Säuberungen selbst begründet, daß nach der Apparatesäuberung von „Westlern“, „Jugoslaven“, „Splittergrupplern“ sowie „Field-Agenten und Spionen“ (also der Säuberung der SED als Kaderpartei) nun auch die Überprüfung der Mitgliederpartei SED folgen mußte. Zweifellos kann diese 1950/51 durchgeführte Parteisäuberung als Höhepunkt der Säuberungswelle 1949 bis 1952 angesehen werden. Sie war für die stalinistische Parteiführung und für ihre Kontrollorgane gleichzeitig auch das Kriterium für die politisch-„pädagogische Wirkung“ der bisherigen Kampagnen zur Säuberung des Apparats hinein in die Mitgliederpartei SED.

Die Überprüfung des Apparats war also nur der Anfang. Ihr schloß sich nun ab Januar 1951 eine Mitglieder- und Kandidatenüberprüfung gemäß zuvor ergangener Richtlinien an. Der vom III. Parteitag im Juli 1950 beschlossene Umtausch der Mitglieds- und Kandidatenbücher wurde dabei mit einer Mitgliederüberprüfung verbunden, über deren Maßgaben allein die Parteiführung befand und die deshalb zu einer Säuberung wurde.

Der ZK-Beschluß zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten vom 27. Oktober 1950 orientierte auf die Methode der Anwendung von „Kritik und Selbstkritik“ zur Entlarvung und Entfernung parteifremder, feindlicher, moralisch verkommener oder karrieristischer Elemente aus der Partei.²⁰³ Diese stalinistisch instrumentalisierte Methode stieg auf in den Rang einer permanenten Technik zum fortlaufenden „Durchrütteln“ der Mitglieder und des Funktionärskorps auch außerhalb solcher Kampagnen, wurde also quasi zu einem Instrument der permanenten Parteimobilisierung, -erziehung und -reinigung. Am 30. Oktober orientierte die ZPKK darauf, in der bevorstehenden Überprüfung die Erfahrungen der Bruderparteien und insbesondere der KPdSU zu berücksichtigen.²⁰⁴

die gegen Rompe vorgebrachten Anschuldigungen untersucht wurden und keine Bedenken bestehen. Eine ähnliche Auskunft wurde vom Genossen Berater gegeben. Auf Grund der genannten Sachlage wird vorgeschlagen, den operativen Vorgang 'Emigrant' abzuschließen und mit Prof[essor] Rompe offiziell zusammenzuarbeiten.“ Schlußbericht des operativen Vorgangs 81/55 betreffend Rompe, ebenda, Bl. 44f. Im Beschluß der Abteilung VI/2 über die Einstellung des operativen Vorgangs Reg.Nr. 81/55 zu Rompe hieß es dann: „Die Überprüfung der gegen Rompe vorgebrachten Belastungen ergab, daß sie von der ZPKK untersucht worden sind und gegenstandslos wurden. Eine ähnliche Antwort wurde von befreundeter Dienststelle [gemeint sind die sowjetischen Organe] gegeben.“ Ebenda, Bl. 46f.

202 Zu diesen Interessenlagen im Fall Rompe vgl. etwa Werner Stiller, Im Zentrum der Spionage, 1986, S. 165ff.

203 ZK-Beschluß vom 27.10.50 zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten sowie Umtausch der Parteimitgliedsbücher und Kandidatenkarten. Dokumente der SED, Band 3, S. 239ff.

204 26. Sitzung der ZPKK am 30.10.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/439, Bl. 128. Die Parteikontrollorgane werteten beispielsweise die Resolution der Plenartagung des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei über die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder (Auszug), den Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSch zum Umtausch der Parteimitgliedskarten und zur Überprüfung aller Mitglieder und

Neben der durch die zurückliegenden Kampagnen gespeisten Furcht von Parteimitgliedern, nun mit gefährlichen politischen Anklagen überzogen zu werden, gab es jedoch unter engagierten Parteimitgliedern auch Sympathien für eine Parteisäuberung in der Hoffnung, die zahlreichen korrupten Funktionsträger oder passiven bzw. karrieristischen „pro-forma-Mitglieder“ loszuwerden, von deren Existenz auch die Parteikontrollorgane immer wieder berichteten. Diese Sympathien müssen als eigenständiger Faktor abseits von den Motiven der säuberungswütigen Parteikontrollure beurteilt werden, selbst wenn sie personell hin und wieder zusammenfielen. Hinzu kamen die desillusionierenden Erfahrungen gerade klassenbewußter Arbeiter mit der Einführung der Akkordarbeit 1947 anstelle einer Orientierung auf erleichterte Arbeitsbedingungen und Zuwächse an wirklicher Mitbestimmung sowie angesichts einer der proklamierten sozialen Gerechtigkeit vielfach Hohn sprechenden Lebensrealität. Solcher Unmut drohte, sich gegen die parteidominierte „Funktionärskaste“ sowie auch gegen die mit Sonderzuteilungen privilegierte Intelligenz zu richten und so die Parteiüberprüfung in eine andere als die geplante Richtung zu lenken. Als besonders gefährlich schien die Parteiführung radikale Attitüden jener Aktivisten einzuschätzen, die mit einem Massenhinauswurf allen „Ballasts“ die Mitgliederpartei SED wieder in eine reine Kaderpartei verwandeln wollten.²⁰⁵ Dies hätte das angestrebte System einer Durchherrschung der Gesellschaft mittels einer von zuverlässigen Kadern dirigierten Massenpartei zerstört, da dann diese sperrige Gesellschaft nicht mehr über ihre „Poren“ (von „innen“ mittels kaderergebener Parteigenossen) formbar, sondern erklärtermaßen nur noch als Fremdkörper rein dirigistisch von „außen“ (von den Kaderkommandohöhen direkt befehlgebender Kader aus) beeinflussbar gewesen wäre. Natürlich hatte die Parteiführung kein Interesse daran, den sowieso latent existierenden Ausnahmezustand einer dem Apparat fremd gegenüberstehenden Bevölkerung in einen erklärten Kriegszustand umzuwandeln.

Die Unsicherheit unter den Parteimitgliedern, was mit dem erwähnten ZK-Beschluß auf sie zukäme, war also auch von wachsenden Befürchtungen im Parteiapparat selbst, der diese Parteiüberprüfung loszutreten im Begriff war, begleitet.²⁰⁶ Diese Irritationen wurden von der SED-Führung am 1. Dezember 1950 mit einem kommentierenden offenen Brief Walter Ulbrichts²⁰⁷ an das Parteivolk und vom Apparat mit fieberhaften Aktivitäten zur personellen Besetzung der Überprüfungskommissionen sowie zur Erarbeitung zentraler Richtlinien für die Parteiüberprüfung beantwortet.²⁰⁸ Das ZK-Sekretariat orientierte auf die präzise Überprüfung der Haltung unter anderem zur SU und zur Oder-Neiße-Grenze. Auszuschließen seien „Schumacher-Leute“, Anti-Sowjet-Hetzer, sektiererische Kritiker der SED-Block- und Bündnispolitik sowie uneinsichtige ehemalige „Splittergruppler“.²⁰⁹ Die Richtlinien der zen-

Kandidaten der Partei und sogar die Richtlinien der Zentralen Organisationskommission der Parteileitung der KPI zur Ausgabe der Mitgliedsbücher für 1951 aus. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/20/30.

205 ZK-Sekretär Paul Verner bezeichnete solche Tendenzen offen als „sektiererisch“. Paul Verner, Antwort auf die Fragen einiger Genossen, „Neuer Weg“, Heft 3 1951, S. 8.

206 Vgl. hierzu auch Mähler, „Die Partei ...“, S. 408f.

207 An alle Mitglieder und Kandidaten. ZK der SED, Walter Ulbricht, Generalsekretär, 1. Dezember 1950, in: Dokumente der SED, Bd. 3, S. 274ff. Hier war auch davon die Rede, im Zusammenhang mit der Überprüfung den Arbeiteranteil des SED-Mitgliederbestandes zu erhöhen.

208 Zu den fortlaufenden Korrekturen und apparatinternen Dissonanzen bei der Erarbeitung von Parteausschlußkriterien in den zu bildenden Überprüfungskommissionen sowie der Öffentlichkeitsarbeit siehe Mähler, „Die Partei ...“, S. 409.

209 Die speziellen Fragen seitens der einzurichtenden Grundkommissionen an die verschiedenen zu überprüfenden Mitgliedergruppen wurden vom ZK-Sekretariat am 4.12.50 kommentiert. Solche Fragen

tralen Überprüfungscommission, durch das Politbüro am 9. Januar 1951 bestätigt, insistierten auf eine genaue Erhebung der politischen Vergangenheit jedes Mitglieds und Kandidaten der SED sowie seiner in der SED zurückgelegten Entwicklung und seinem jetzigen Partei- und Klassenbewußtsein.²¹⁰ Gewarnt wurde vor dem als Fehler eingeschätzten generellen Mißtrauen gegenüber Westemigranten, wie bei der Umsetzung des ZK-Beschlusses vom 24. August 1950. In die Bewertung problematischer Tatsachen in der politischen Biographie von Überprüften hatte deren Umgang mit diesen Tatsachen (die erfolgreiche und glaubwürdige selbstkritische Auseinandersetzung damit oder Halbherzigkeit bzw. Unbelehrbarkeit) einzugehen. Überschreitungen der Vorgaben des ZK-Beschlusses vom 27. Oktober 1950, wie etwa die in Max Sens Artikel für die Funktionärszeitschrift „Neuer Weg“ mit der Maßgabe, nur Parteimitglieder aus der Arbeiterklasse könnten die Überprüfungen durchführen, wurden ebenso zurückgewiesen, wie die offenbar verbreitete Auffassung, Unternehmer und Großbauern könnten nicht länger Parteimitglied sein. Signalcharakter hatten dagegen die Richtlinien der Zentralen Kommission für die Anrechnung der Parteimitgliedschaft: Wurde die Mitgliedschaft in der KPD, SPD, USPD oder dem Spartakusbund durch Austritt, Ausschluß, Beteiligung an parteifeindlichen Gruppierungen oder aus anderen Gründen unterbrochen, zählte die Mitgliedschaft erst vom Zeitpunkt des Wieder- oder Neueintritts in die erstgenannten Organisationen. Zu den früheren Mitgliedern der SAP, denen noch im Parteistatut von 1946 ohne Einschränkung ihre dortige Mitgliedschaft angerechnet wurde, hieß es nun: „Die Mitgliedschaft in der SAP wird angerechnet, wenn das betreffende Mitglied früher der SPD oder weder der SPD oder KPD angehört hat und in diesem Falle unmittelbar der SAP beigetreten ist. Wer von der KPD in die SAP gegangen ist, oder wegen Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen aus der KPD ausgeschlossen wurde und von diesen parteifeindlichen Gruppierungen zur SAP ging, erhält die Mitgliedschaft in der SAP nicht angerechnet.“ Diese erläuterungsbedürftige parteioffizielle Neupositionierung der SED zu ehemaligen SAP'ern wurde dann auch im „Neuen Weg“ verbreitet.²¹¹

Eine Hierarchie aus Grund-, Kreis-, Landes- und Sonderkommissionen hatte unter dem Kommando der Zentralen Kommission die angestrebte Säuberung der SED als Massenpartei zu vollziehen.²¹² Und doch ist entgegen der Auffassung, jene damals angewiesenen Überprüfungen hätten ausschließlich ehemalige und vermeintlich andauernde Westverbindungen oder „Splittergruppler“ betroffen, darauf hinzuweisen, daß die zentrale Kommission in ihrer

dienten insbesondere der Klärung der früheren Mitgliedschaft zu Überprüfender in politischen Organisationen. Vgl. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 437f. Die zentrale Überprüfungscommission tagte am 13.12.1950 zu Fragen der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Besetzung und Überprüfung der Landes- und Sonderkommissionen. Protokoll der Sitzung der Zentralen Kommission vom 13.12.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV J IV 2/202/454.

210 Richtlinien der zentralen Kommission für die Arbeit der Kommissionen zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten sowie den Umtausch der Parteimitgliedsbücher und Kandidatenkarten vom 6.1.51. Diese Richtlinien wurden in der PB-Sitzung vom 9.1.51 bestätigt. Protokoll 25 des PB, TOP 8: Bericht zur Vorbereitung der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/125. Eine erste Fassung von solchen Richtlinien lag dem PB am 14.11.50 vor.

211 Protokoll der Sitzung der Zentralen Kommission zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten und zum Umtausch der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten am 6.1.1951 (Anlage Nr. 3 zum Protokoll der PB-Sitzung vom 9.1.51), ebenda.

212 Die Untersuchungszuständigkeiten der verschiedenen Kommissionen sind im Protokoll Nr. 20 der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 22. Januar 1951 (Anlage Nr. 1) festgelegt worden. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/168. Die Entscheidungen der Grundkommissionen waren durch die Kreiskommissionen zu bestätigen.

Sitzung vom 6.1.1951 ebenso beschloß, „bei der Überprüfung von Genossen, die in der Sowjetunion waren und bei denen Unklarheiten im Lebenslauf auftauchen, ... die Unterlagen der Zentralen Kommission zur Entscheidung zu überweisen.“²¹³ Damit wird klar, daß alle partikularen Zwecke spezieller Überprüfungen, seien es die Suche nach ehemaligen Mitgliedern linker „partei-feindlicher“ Gruppierungen, die Verhöre früherer Westemigranten, die Ermittlung „verdächtigen“ Verhaltens deutscher Emigranten in der Sowjetunion während dortiger Säuberungsexzesse bzw. nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages oder schließlich die Jagd auf westliche Agenten in der SED sich bruchlos miteinander verbanden und im eigentlichen Zweck – der Stalinisierung dieser Partei – aufgehen sollten.

Die prominente Beteiligung des Parteikontrollapparats an der Leitung dieser Tiefenprüfung war schon an der vom Politbüro beschlossenen Zusammensetzung der zentralen Kommission ablesbar: Es waren dies Walter Ulbricht, Hermann Matern (ZPKK), Erich Mückenberger (1. Sekretär der LL Thüringen und ZK-Mitglied), Elli Schmidt (ZK-Mitglied), Otto Schön (ZK- und Sekretariatsmitglied), Max Sens (ZPKK), Paul Verner (ZK-Sekretariatsmitglied), Ewald Munschke (Leiter der Abteilung Kader), Karl-Ernst Reuter, Heinz Wieland, Otto Funk und Richard Herber. In jeder der 11-köpfigen Landeskommissionen unter dem Vorsitz der 1. oder 2. Landessekretäre saß ein Beauftragter des ZK-Sekretariats. Die 7-köpfigen Kreiskommissionen leitete der jeweilige Kreissekretär. Die Grundkommissionen bestanden aus 4 Mitgliedern und ihren Vorsitzenden. So zählte der gigantische Prüfungsapparat ca. 30.000 Kommissionsmitglieder in 6.000 Grundkommissionen.²¹⁴ Die Bestätigung der Vollmitgliedschaft oder die Überführung in diesen Status bei Kandidaten, die Rückversetzung in den Kandidatenstand oder seine Bestätigung, die Streichung oder der Ausschluß als mögliche Ergebnisse der Überprüfung (Beschlüsse I-IV) waren mündlich mitzuteilen und einspruchsfähig.

Die bei den LPKKen bereits gesammelten Daten über „Problemfälle“, die während der vorangegangenen Überprüfungen angefallen waren, stellten eine wertvolle erste Hilfe für die anlaufende Arbeit der Mitgliederüberprüfungskommissionen dar. So präsentierte die LPKK Sachsen am 9. Januar 1951 eine Liste „partei-feindlicher Elemente“ (Trotzkisten, KPO- und SAP-Anhänger).²¹⁵ Alarmierend nahm sich das Überprüfungsergebnis der Parteiarbeit im Justizapparat des Landes Brandenburg durch die LPKK aus. In einem Bericht vom Februar 1951 hieß es: „Es besteht kein Zweifel, daß im Justizapparat organisierte Agententätigkeit geleistet wird. Das illegale Zersetzungsmaterial der amerikanischen Agenturen 'Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit' und die Gruppe der sogenannten 'Freiheitlichen Juristen in der Ostzone' enthält vorwiegend Informationen über die Brandenburgische Justiz. Das Material gelangt fortwährend per Post in die Hände der Justizfunktionäre. Offensichtlich wird nur ein Bruchteil an uns abgegeben. Am laufenden Band setzen sich

213 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/125.

214 Angelika Klein, Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1992, S. 20. Die mit der Überprüfung einhergehende Datenerhebung mittels Befragungen, Lebensläufen und Protokollen war mit der Erstellung von Grundbüchern für jedes Parteimitglied bei den Kreisleitungen und Nachweiskarten bei der Berliner Zentrale verbunden. Dies erleichterte sowohl die zentralisierte Erfassung der Parteimitgliedschaft als auch die systematische Kaderarbeit mit so registrierten Genossen.

215 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, IV/A/2/2, A 2005.

Richter und Staatsanwälte nach Westberlin ab ... Das Ansehen und das Vertrauen zu unserer Partei und der politische Einfluß ging immer mehr verloren.“²¹⁶

Daß die Parteikontrollorgane durchaus gewohnheitsmäßig mit den Staatssicherheitsorganen der DDR zusammenarbeiteten, dürfte gerade in Berlin nicht ohne Risiko gewesen sein. Dies belegt ein Bericht der LPKK Berlin über „Methoden des Klassenfeindes zum Einschleusen von Agenten“ in die Partei bzw. Massenorganisationen vom 31. Mai 1951. Hier wird gemeldet, daß ein aus der SED ausgetretener Provokateur seine angeblichen Verbindungen zu den DDR-Staatssicherheitsorganen über die LPKK wieder anknüpfen wollte. Ein Mitarbeiter der LPKK machte den Fehler, ihm gegenüber „die Verbindung mit den Organen der Staatssicherheit hier im Haus herauszustellen.“ Nach Auffassung der LPKK Berlin handelte es sich mit Blick auf Westberlin um einen „Versuch des Klassenfeindes, unsere Organisation in die Illegalität zu drängen, indem sie versuchen, Beweise zu bekommen, um zu behaupten, unsere Organisationen sind Spitzelorganisationen. Von uns wurden die Staatssicherheitsorgane nachträglich informiert, welche Rolle B ... gespielt hat.“²¹⁷

Die Praxis schwankte in der Zeit der Überprüfung zwischen einerseits unbegründetem schematischem Ausschluß passiver und ideologisch schwach entwickelter Parteimitglieder und andererseits Versöhnlerum bei den Befragungen.²¹⁸ Die Grundkommissionen waren bei der Überprüfung leitender Genossen aus Staat und Wirtschaft hoffnungslos überfordert, weshalb die Zentrale Kommission im Januar 1951 den Plan der Zuständigkeiten zur Überprüfung solcher Kader modifizierte.²¹⁹ Die Kontrolle der Einhaltung vorgegebener Überprüfungskriterien zeigte überdies ein äußerst niedriges Niveau, welches auf implizite Ablehnung der Überprüfung durch die Grundkommissionen selbst hindeutete bzw. von Matern auf Unkenntnis der jüngeren Geschichte der Arbeiterbewegung zurückgeführt wurde. Hinzu kam die breite Front der „Überprüfungsverweigerer“ besonders in Großbetrieben Sachsen-Anhalts. Viele entschieden sich eher für den Austritt, als für die Absolvierung einer solchen Überprüfung.²²⁰ Nicht wenige vor 1945 in der Illegalität kampferprobte alte Genossen lehnten es selbstbewußt ab, sich dieser von ihnen als diskriminierende Gesinnungsprüfung angesehenen Befragung auszusetzen. Andere alte Genossen weigerten sich, von wendigen Anpassern in den Grundkommissionen überprüft zu werden, die in Verdacht standen, früher Nazis gewesen zu sein. In den Überprüfungen selbst wurde mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern offenbar nicht selten behutsamer umgegangen, als mit früheren „Splittergruppeln“, obwohl gemäß der Säuberungsbilanz eine große Mehrheit letzterer dennoch das Mitgliedsbuch erhielt.

Der eigentliche Zweck der Überprüfung drohte, verfehlt zu werden: Zu lascher Umgang mit Parteifeinden durch Grundkommissionsmitglieder, die immerhin oft ihnen aus der täglichen Arbeit bekannte Genossen befragen sollten, eine nicht intendierte Austrittsbewegung unter Arbeitern (die eine mit der Überprüfung gleichzeitig angepeilte Verbesserung der

216 Schreiben der Landesleitung Potsdam vom 14.2.51 über die Untersuchung des Justizapparates durch die LPKK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/158, Bl. 7f.

217 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/402.

218 „Zu den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten“, 5. Tagung des ZK vom 17.3.51.

219 Es hieß, „daß in einigen Fällen leitende Genossen die Grundkommissionen ‘überfahren’ und sie durch ihr umfassendes Wissen so beeindruckten, daß sie keine Fragen zu stellen wagen.“ Zentrale Kommission, Anlage Nr. 1 zum Protokoll der Sekretariatssitzung vom 22.1.51, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/168, Bl. 10ff.

220 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 439ff.

„sozialen Zusammensetzung“ der Partei konterkarierte) und ein verbreiteter Unmut in der Mitgliedschaft gegenüber der Aktion führten zu Ermahnungen der Grundkommissionen durch die Zentrale.²²¹ Materns Hinweis auf die erstrangige Bedeutung der Entfernung von Parteifeinden aus der SED im Februar 1951 und die zusätzliche Motivierung der Grundkommissionsmitglieder durch in Aussicht gestellte spätere Indienstnahme für Kaderkarrieren²²² gipfelte in der ZK-Entscheidung vom 17. März 1951: Nun wurde der Charakter dieser Überprüfung als Säuberung mit der Akzentverschiebung weg von Warnungen vor „Sektierertum“ in Form unbegründeter Ausschlüsse wie noch im Januar hin zur Verurteilung von Versöhnlertum während der Parteiüberprüfung bekräftigt.²²³ Die vom Sekretariat des ZK auf seiner Sitzung vom 20. April 1951 bestätigte Anweisung an die Landes- und Kreissekretariate zur Verbesserung der Kommissionsarbeit bei der Überprüfung von Parteimitgliedern und Kandidaten betonte: „Es ist ... dringend erforderlich, parteifeindliche und zersetzende Erscheinungen anhand konkreter Fälle aus dem jeweiligen Kreis oder Land bis ins Einzelne zu behandeln und den Zusammenhang aufzuzeigen, der zwischen dem jetzigen schädlichen Auftreten dieses oder jenes Mitgliedes mit seiner früheren parteifeindlichen Zugehörigkeit oder mit Erscheinungen in seiner Vergangenheit besteht“²²⁴.

Angesichts dieser zentralen Maßgaben stieg ab April 1951 die Zahl der verfügbaren Ausschlüsse und Streichungen sprunghaft an.²²⁵ Letztlich wurde von den ca. 1.800 früheren kommunistischen Parteioppositionellen jeder zehnte aus der SED entfernt.²²⁶ Zu den in Verdacht stehenden Parteimitgliedern gehörten nun auch ehemals in der SAP organisierte SED-Genossen, von denen noch etwa 2.000 in der SED erfaßt waren. Hier wurde jeder zwanzigste entfernt.²²⁷ Solche ehemaligen SAP'ler waren zum Beispiel in Sachsen im Kreis Zwickau stark vertreten und gerieten, sofern sie nicht wie Max Seydewitz den öffentlichen

221 Malycha, Die SED, a.a.O., S. 443ff.

222 Matern auf der 30. ZPKK-Sitzung am 15.2.51; vgl. Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 413.

223 Entscheidung der 5. Tagung des ZK vom 17.3.51, a.a.O. Die öffentliche Wahrnehmung der immer angespannteren Atmosphäre im Frühjahr 1951 auch außerhalb der SED dokumentiert ein mit dem betreffend „Feindmaterial“ versehener von der SED-LL Thüringen am 3.4.51 an die ZPKK übermittelter Brief des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Mitzenheim, vom 1. März 1951 an den Präsidenten des Thüringischen Landtags in Weimar bezüglich der polizeilichen Verhaftungen mit fehlender Auskunft über deren Verbleib (mit Andeutungen in Richtung MfS): „Unter-schätzen Sie nicht die paralyisierende Wirkung von Maßnahmen, die nicht nur der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (Artikel 136), sondern auch dem allgemeinen Rechtsempfinden breiter Bevölkerungsschichten gröblich widersprechen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/402, Bl. 37ff.

224 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/108.

225 Während bis Ende April 1951 von den über 700.000 bis dahin Überprüften nur jeder fünfzigste gestrichen und jeder hundertste ausgeschlossen wurde, wurde von den danach überprüften über 600.000 Mitgliedern fast jedes zehnte entweder gestrichen oder ausgeschlossen. Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O. S. 415.

226 Gemäß einem Berichtsbogen der Zentralen Kommission von 22.8.51, der den Stand der von den Kreis-kommissionen bestätigten Beschlüsse vom 31.7.51 erfaßt, wurden 58 ehemalige Mitglieder der KPO ausgeschlossen, 10 gestrichen, 2 in den Kandidatenstand zurückversetzt oder in ihm belassen und 515 das Mitgliedsbuch ausgehändigt. Die entsprechenden Zahlen für ehemalige Mitglieder der KAP waren 21/9/-/275, des ISK 5/3/-/44, des Leninbunds 23/8/10/131, für andere parteifeindliche und oppositionelle Gruppierungen 32/16/7/641 und die Zahlen für die SAP 70/35/13/1939. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/47.

227 Vgl. auch Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O. S. 415.

Offenbarungseid ablegen²²⁸, auf die Abschußliste. Welcher Parteimitglieder sich die SED auf diese Weise entledigte, zeigt das eindrucksvolle Beispiel des Briefes eines ehemaligen SAP-Mitglieds aus Jena an die Überprüfungscommission vom 15. Februar 1951. Hier heißt es unter anderem:

„Ich erkläre meinen Austritt aus der Partei ... Ich war früher in der SAP und möchte nicht später in den Verdacht kommen, wie es im 'Volk' vom 6. Februar heißt: 'Die Imperialisten versuchen frühere Mitglieder von Spaltergruppen innerhalb der SED als Agenten zu benutzen.' Ich war 2½ Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Gefängnis. Alle meine Genossen taten gute illegale Arbeit. Meine Kraft werde ich, soweit noch möglich, der VVN wie bisher geben. Als Mensch, der ehrlich sein will, tue ich diesen Schritt. Eine Rücksprache erübrigt sich dadurch.“

In einem weiteren Schreiben erklärte dieser Genosse:

„Ich möchte in aller Freiheit, wie ich einst zur Partei ging, wieder austreten. Die Punkte kann ich nicht unterschreiben, auch bin ich in dem Sinne kein Marxist, wie es in Zukunft von der Partei verlangt wird.“²²⁹

Matern meldete dem Oktober-Plenum des ZK den erfolgreichen Abschluß der ursprünglich bis Juni geplanten und dann bis Juli 1951 verlängerten Parteiüberprüfung. Obwohl „verhältnismäßig wenig organisierte feindliche Gruppen in der Partei festgestellt“ wurden, warnte Matern davor, „anzunehmen, daß durch die Überprüfung alle Feinde und unsauberen Elemente entlarvt und aus der Partei entfernt sind.“ In Materns Rechenschaftsbericht war von 83.000 ausgesonderten Mitgliedern die Rede. Außerdem wurde das mit der Säuberung verbundene Problem eifertiger Entlassungen gestrichener oder ausgeschlossener Mitglieder aus ihren Arbeitsverhältnissen thematisiert. Matern verband seine Kritik an den angeblich dafür verantwortlichen Parteileitungen und staatlichen Kaderabteilungen mit dem Hinweis, solcherart zusätzlich disziplinierte ehemalige Genossen würden damit „in eine Basis für den Feind gedrängt.“²³⁰ Ein ZK-Sekretariatsbeschluß rügte bereits am 16. Juli 1951: „Mit dieser Praxis, Menschen, die aus unserer Partei ausgeschlossen wurden bzw. deren Mitgliedschaft gestrichen wurde, arbeitslos zu machen und ihnen keine Arbeit zu geben, muß unbedingt sofort Schluß gemacht werden.“²³¹

Ende 1951 wurde konstatiert, daß die Partei von Januar bis Dezember von ihren nominell 1.573.000 Mitgliedern im Ergebnis der Säuberung 317.000 Mitglieder, also jedes fünfte, wegen Ausschluß, Überprüfungsverweigerung, Austritt, Streichung oder statistischer Bereinigung verloren hatte.²³² Der am 22. April 1952 vom Politbüro bestätigte Abschlußbericht der zentralen Kommission vermeldete 150.696 ausgeschlossene oder gestrichene Mitglieder

228 Der sächsische Ministerpräsident und ehemalige Mitbegründer der SAP, Max Seydewitz, versuchte sich am 12.2.51 mit seinem Artikel „Was war die SAP?“ in der „Sächsischen Zeitung“ zu retten und handelte sich den argwöhnischen Kommentar von Hermann Matern ein, dies sei keine selbstkritische, sondern eine eher rechtfertigende und jedenfalls unmarxistische Stellungnahme. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 427. Er verlor 1995 fast alle Funktionen.

229 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/48.

230 Mähler, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 418ff.

231 Beschluß des Sekretariats des ZK vom 16.7.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/5/4991, Bl. 25; s. a. Malycha, Die SED, a.a.O., S. 446.

232 Ebenda, S. 418.

und Kandidaten der SED.²³³ Angesichts solcher Zahlen drohte neben dem aufgehäuften Konfliktpotential in Gestalt aus der Partei ausgeschiedener verbitterter ehemaliger Parteimitglieder auch der vielfach mit dem Parteausschluß verbundene Arbeitsplatzverlust zu einem Problem zu werden.

Die Bilanz der Massensäuberung war mithin widersprüchlich: Ihre Ergebnisse waren einerseits aus der Sicht der Parteiführung noch unbefriedigender, als die der Apparatesäuberung 1949/50. Man fürchtete, viele „unsichere Kantonisten“ seien wegen der Indifferenz und politischen Unqualifiziertheit der Kontrollinstanzen auf mittlerer und unterer Ebene durch die Maschen gerutscht. Andererseits waren die Säuberungen, einschließlich der Massensäuberung 1950/51, ein voller Erfolg: Sie verhinderten auch zukünftig jede politische Stabilisierung widerständiger, oppositioneller oder sogar nur kritisch sich artikulierender Strömungen und Zellen innerhalb der SED.²³⁴ Außerdem waren in Apparat und Mitgliedschaft potentiell für solche Stimmungen empfängliche Mitglieder präventiv zu stark eingeschüchtert worden, als daß sie ihnen künftig nachgeben würden. Dieser qualitative Fortschritt bei der Verwandlung der SED in eine stalinistische Kaderpartei und der Verwandlung der Massenpartei in eine disziplinierte Transformationsmaschine politbürokratischer Zwecksetzungen hatte jedoch ihren Preis: Unter der Oberfläche des gestrafften Parteikörpers hatte sich die Kluft zwischen aktiven, loyalen Parteisoldaten, die ganz nach den Vorstellungen der Parteiführung bewußt als disziplinierte Elite agieren wollten, und zum Schweigen gebrachter unzufriedener Parteimitglieder, deren kritische Distanz zur Parteiführung wuchs, vergrößert. Dies ging auf Kosten eines von dieser Parteiführung eigentlich angepeilten, auf aktiver Massenloyalität beruhenden, innerparteilichen Konsenses.

2.4. Kontrollierte Entspannung und Konsensbildungsversuche als Kampagne: „Kritik und Selbstkritik“ 1952

Die Beklommenheit nicht nur der obersten Parteikontrolleure angesichts ihres Pyrrhus-Sieges über ihre Parteibasis nach Abschluß der Säuberung dürfte mit der Besichtigung des eingeschücherten Parteikörpers zugenommen haben. Das SED-Zentralorgan zweifelte am 25. Januar 1952 offen daran, ob das reale innerparteiliche Leben dem Demokratismus des Parteistatuts entspreche und stellte fest, daß überhaupt die Demokratie in der DDR unterentwickelt sei. Der Chefredakteur des ND, Rudolf Herrnstadt, Mitglied des ZK und Kandi-

233 Protokoll 108 der PB-Sitzung vom 22.4.52, TOP 10: Bericht der Zentralen Kommission über das Ergebnis der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten (Anlage Nr. 6), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/208, Bl. 36.

234 Ein Beispiel für die Akribie, mit der zumindest die obersten Parteikontrollorgane jedem einzelnen Fall nachgingen, ist eine bei einer Hausdurchsuchung gefundene alte Solidaritätsbekundung „Erklärung zur russischen Frage“ für die russische Opposition (Leningrader Opposition) vom 1.9.1926 mit einer Unterschriftenliste von 700 Mitgliedern der KPD, auf der sich auch der Name Paul Böttchers befand. Dieser Fund wurde am 2.7.51 an Herta Geffke von der ZPKK übergeben. Paul Böttcher, früher Politischer Leiter im Berliner Bezirk Weißensee, gehörte der Weddinger Opposition an und wurde am 24.5.28 auf Beschluß Bezirksleitung Berlin aus KPD ausgeschlossen. Er war dann beim Leninbund für deren Zeitung „Volkswille“ verantwortlich, ging 1929 zur SPD und wurde nach 1945 als Sozialdemokrat Mitglied der SED. Aus seiner Akte geht hervor, daß er nach eingehenden Befragungen zur linken Opposition der 20iger Jahre am 27.9.1952 aus der SED ausgeschlossen wurde. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 241f.

dat des PB, hatte bereits im Oktober 1951 in einem Artikel scharf den Bürokratismus im Gewerkschaftsapparat und das Hinwegadministrieren über die Interessen der Arbeiter kritisiert und für diese Mißstände „die Partei“ verantwortlich gemacht.²³⁵

Es erscheint einleuchtend, daß die Parteiführung es für zweckmäßig hielt, dem Parteivolk, das vor der von oben inszenierten Säuberungsattacke in Deckung ging, eine „Kompensation von unten“ im Rahmen des „Kritik-und-Selbstkritik“-Ritus anzubieten. Jedoch mußte auch das „von oben“ inszeniert werden: Am 20. Dezember 1952 erschien in der „Täglichen Rundschau“ eine Kritik am 1. SED-Landessekretär Sachsens, dem Vorsitzenden der Nationalen Front Sachsens und Mitglied des ZK, Ernst Lohagen, für die Mißachtung der Kritik eines im September 1951 veröffentlichten anderen Artikels an der mangelhaften Arbeit der Nationalen Front in Sachsen.²³⁶ Die Kritik der „Täglichen Rundschau“ vom 20. Dezember 1951 wurde zwei Tage später im ND durch den theoretischen Artikel „Kritik und Selbstkritik als Triebkraft der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft“ ergänzt. In dem Artikel hieß es: „Eine der wichtigsten Vorbedingungen von Kritik und Selbstkritik ist die Einhaltung des Prinzips der wahren Demokratie in allen gesellschaftlichen Organisationen, den Partei-, Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendorganisationen. Ohne Demokratie kann es keine sachliche Kritik und Selbstkritik geben ... Eine sachliche und freie Diskussion über alle Fragen des Lebens und der Arbeit der betreffenden Organisation stellt die leitenden Kader unter die Kontrolle der einfachen Mitglieder der Organisation ...“²³⁷ Lohagen übte am 30. Dezember 1951 in ND Selbstkritik.²³⁸ Nach Feststellungen der SED-LL Sachsen in ihrer Sitzung vom 18/19. Januar 1952 über Erscheinungen der Mißachtung und Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik in der LL und im Sekretariat sowie der Verletzung der innerparteilichen Demokratie²³⁹ wurde die Pressekampagne gegen Lohagens ungenügende Selbstkritik vehement fortgesetzt und von der Parteiführung anhand dieses Falles der Parteibasis und der Bevölkerung insgesamt ein symbolisches Angebot gemacht: „Wir rufen zugleich den Massen innerhalb und außerhalb unserer Partei zu: Heraus mit der Sprache! Zeigt uns unsere Schwächen und wir werden unsere ganze Kraft daran setzen, sie zu beheben. Fürchtet keine Nackenschläge von der Seite oder von hinten ... die Partei steht hinter euch und

235 Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 120ff. Herrnstadts Artikel „Kollege Zschau und Kollege Brumme“, der weitere Artikel zur „Kritik und Selbstkritik“ des FDGB und seiner Leitung auslöste, erschien im ND vom 14.10.51. Müller-Enbergs weist zutreffend darauf hin, daß Herrnstadt glaubhaft seine Leser von der Notwendigkeit und Wirksamkeit einer Kritik an den Funktionären „von unten“ zu überzeugen versuchte. Herrnstadt wiederholte seine Kritik am Gewerkschaftsapparat im Februar 1952: „Befreit die Gewerkschaften vom bürokratischen Rost“, ND 19.2.52.

236 Artikel „Mangelhafte Aufklärungsarbeit in Sachsen“ vom 29.9.51 und „Genosse Lohagen unterdrückt die Selbstkritik“ vom 20.12.51 in der Täglichen Rundschau. Lohagen hatte veranlaßt, daß der Mitarbeiter Müller im Landesausschuß der Nationalen Front wegen vermeintlich falscher Auskünfte an die Pressevertreter der „Täglichen Rundschau“ entlassen wurde, die in deren kritischem Artikel vom 29.9.51 verwertet wurden. Während der nun folgenden Kampagne wurde der Ausdruck, jemand würde „gemüllert“, zum stehenden Begriff für disziplinarische Entlassungen.

237 Artikel „Kritik und Selbstkritik als Triebkraft der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft“ im ND vom 22.12.51.

238 Artikel von Lohagen, „Die Kritik der ‘Täglichen Rundschau’, eine Lehre und Hilfe für mich“, ND 30.12.51

239 Sächsische Zeitung vom 21.1.52. Die Leipziger Volkszeitung vom 23.1.52 sprach vom nicht überwundenen Sektierertum und von Hinweisen Otto Schöns (Leiter des Büros des PB des ZK und bis 1950 2. Sekretär des LV Sachsen) zur Überwindung der Methode des Kommandierens.

wird jede ehrliche Kritik schützen.²⁴⁰ Parallel zu der Kampagne wurde am 15. Januar 1952 auf Politbürobeschuß die „Abteilung leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen“ beim ZK und den Landesleitungen gebildet, um deren Anleitung, Kontrolle und den operativen Durchgriff auf diese sowie die Kaderarbeit in ihnen zu verbessern.²⁴¹ Diese Abteilung begann sofort, die Wirkung der Kampagne zu analysieren und meldete der ZPKK am 11. Februar 1952 einen positiven Befund der projektierten Kampagnenrichtung.²⁴² Dementsprechend wurde im Februar 1952 die Kampagne verstärkt: „In unserer Partei beginnt der frische belebende Wind der konkreten und prinzipiellen Kritik von unten her zu wehen. Einfache Mitglieder und Funktionäre rücken heraus mit der Sprache gegen die Verhöhner der innerparteilichen Demokratie.“²⁴³ Lohagen jedoch nutzte im Februar 1952 auch seine erweiterte Selbstkritik²⁴⁴ nichts mehr. Auf der 8. ZK-Tagung am 21./22. Februar 1952 stand der Fall Lohagen nicht nur symbolisch im Mittelpunkt der nun höchste ZK-Weihen erhaltenden Kampagne „Die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik als Hebel für die Überwindung von Rückständigkeit und Bürokratismus“.²⁴⁵ Lohagen wurde aus dem ZK ausgeschlossen und von seiner Funktion als 1. Sekretär der Sächsischen Landesleitung abgelöst.

Die Kampagne hatte jenseits des natürlich nicht erst 1952 offenkundigen und nicht nur in Sachsen sichtbaren Machtmißbrauchs von SED-Funktionären eine wichtige politische Funktion: Nach dem „Durchrütteln“ der Mitgliederpartei durch den Apparat sollte dem

240 Artikel „Heraus mit der Sprache! – Zur Kritik an Genossen Lohagen“, ND 25.1.52. Dieser Artikel war von Rudolf Herrnstadt verfaßt.

241 PB-Beschluß vom 15.1.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/5, Bl. 150ff. In dieser Verfügung war auch davon die Rede, daß diese neue Einrichtung auch die „Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse strenger zu gestalten“ befugt sei, womit ein Arbeitsgebiet der Parteikontrollorgane tangiert war (Vgl. die Ausführungen Materns auf der Potsdamer ZPKK-Konferenz am 6./7.4.1949 – siehe Abschnitt 1.2.)

242 In der Hausmitteilung des Leiters der ZK-Abteilung Leitender Organe, Heinz Glaser (der praktischerweise zuvor 2. Sekretär der LL Sachsen war), vom 11.2.52 an Hermann Matern, wurden durchweg „positive“ Abschriften von Briefen an eine Genossin A[...], die mit ihren offenen Briefen an Lohagen wegen seiner halbherzigen Selbstkritik die Kampagne voranzutreiben hatte, der ZPKK übermittelt. Darunter waren auch Zuschriften alter und ehemaliger „gemüllterter“ Genossen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/294, Bl. 35ff. Allerdings meldete der Sektor Parteiinformation bei der SED-LL Sachsen am 26.2.52 auch eine ablehnende Stellungnahme aus Dresden: „Der erste Sekretär des 14. Stadtbezirks der SED berichtete im RFT-Glühlampenwerk Dresden, daß im HO-Auslieferungslager Riesaer Straße die Meinung besteht, daß der Fall Ernst Lohagen eine Zeitungsschmiererei sei. Der 1. Sekretär des 14. Stadtbezirks berichtete weiter, daß dieses bereits an die Kreisleitung berichtet wurde.“ Ebenda, Bl. 60f. Hier zeigte sich, daß, wenn Kritik befohlen, aber verweigert wurde, dies bereits meldewürdig war. Die Kampagne hatte sich also, auch wenn sie vielerorts durchaus dem realem Unmut über Funktionärswillkür entsprach, keineswegs „von unten“ entfaltet, sondern war „von oben“ gesteuert.

243 „Zum Thema“, ND 10.2.52

244 „Stellungnahme des Genossen Lohagen zu seiner Selbstkritik vom 30. Dezember 1951“, ND 29.2.52.

245 So lautete der Titel von Ulbrichts Referat auf der 8. ZK-Tagung. Vgl. ND vom 27.2.52. Müller-Enbergs weist darauf hin, daß die Kritik des Volksbildungsministers Paul Wandel und des 1. Sekretärs der Landesleitung Mecklenburg, Karl Mewis auf dem 8. ZK-Plenum an der ND-Berichterstattung von Herrnstadt („Desorientierung“ bzw. Politik des ND, die der Zeitung nicht zustehe) daß Herrnstadt mit seiner Kampagne an die Grenze des von der Parteiführung Gewollten gestoßen war. Dies zeige auch die Reserviertheit Ulbrichts in seinen Schlußworten auf der ZK-Tagung zur ND-Kampagne. Müller-Enbergs schätzt ein, daß hier die Indienstellung dieser Kampagne zur „Herrschaftsabsicherung und Systemoptimierung“ durch Ulbricht und das Bemühen Herrnstads um den Zugewinn von Partizipation der Bevölkerung miteinander kollidierten. Tatsächlich wurde die Kampagne in ND eingestellt. Müller-Enbergs, Herrnstadt, a.a.O., S. 128f.

durch die gerade beendete Parteisäuberung gebeutelten Parteifußvolk neues Selbstbewußtsein durch eine ihm zugeschriebene vermeintliche Autorität bei der Aufdeckung von bürokratischen Fehlentwicklungen verliehen werden. Gleichzeitig berief sich die Politbürokratie nun auf die Parteibasis, um das Funktionärskorps in der Wirtschaft und der Verwaltung in Schach zu halten, womit tatsächlich auch Interessen der Opfer bürokratischer Funktionärsallmacht vertreten wurden.

Die ZPKK nahm den Fall Lohagen zum Anlaß, auch die Arbeit ihres eigenen „Mittelbaus“ zu überprüfen und war im Rahmen der laufenden Kampagne motiviert, besonders die LPKK Sachsen in Augenschein zu nehmen. Altenkirch und Eichhorn von der ZPKK kritisierten am 29. März 1952 scharf den Arbeitsstil und die Arbeitsmethoden der sächsischen LPKK unter Arthur Ullrich.²⁴⁶ Das Ergebnis der Überprüfung der LPKK Sachsen vom 9. April 1952 diagnostizierte ganz im Einklang mit der laufenden Kampagne, die „Kritik und Selbstkritik als die notwendige Voraussetzung für die Verbesserung unserer Arbeit in der Parteikontrollkommission und in der Arbeit der Parteileitung kamen nicht zur Anwendung“. Ullrich habe selbst Kritik unterdrückt, die LPKK habe die Lehren aus der Kritik an Lohagen unvollkommen ausgewertet, und insbesondere die Kritik Walter Ulbrichts an Ullrich in der Sitzung der sächsischen Landesleitung („Dinge offen auszusprechen, nicht Diplomatie zu betreiben“) nicht als ernste Mahnung verstanden. Die LPKK habe Anzeichen starker parteifeindlicher Tätigkeit in den Kreisen Löbau, Zittau und Freiberg nicht zum Anlaß der Überprüfung der Parteiorganisationen genommen.²⁴⁷ Die LPKK Sachsen konnte sich, gestählt an dieser Kritik, im obligatorischen Versuch üben, dem politisch vernichteten Lohagen nun auch einschlägiges moralisches Fehlverhalten in seinen privaten Verhältnissen nachzuweisen.²⁴⁸

Den Befund des Nachlassens der Wachsamkeit gegenüber parteifeindlichen Tendenzen und der unterbleibenden Ausdehnung der Auseinandersetzung mit diesen durch die Parteileitungen erhob die ZPKK auch für Thüringen. Paul Laufer rügte im Namen der ZPKK zum Beispiel am 10. April 1952 die Thüringische LPKK für deren Bericht über trotzkistische Tätigkeit²⁴⁹: „Es gibt in ihm kein Wort von der politischen Tätigkeit der Partei gegen diese einzelnen Erscheinungen ... Nehmen wir ... S[...] ... auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß S[...] nicht nur seine Meinung zum Ausdruck bringt. Eine Diskussion mit S[...] würde uns wahrscheinlich helfen, parteifeindliche Kräfte aufzudecken und zu zerschlagen. Ich denke,

246 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/72, Bl. 48ff.

247 Ebenda, Bl. 1ff. Ullrich „überlebte“ im Unterschied zu Lohagen diese Vorhaltungen und wurde später auch Vorsitzender der neuen Bezirksparteikontrollkommission Dresden. In dieser Funktion wurde er im Rahmen einer Überprüfung der Arbeit der BPKK Dresden im Februar 1953 erneut scharf kritisiert. Bericht über die Überprüfung der Arbeit der BPKK Dresden vom 16.2.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 123ff, vgl. auch Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 16.2.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, S. 35ff. Im August 1953 wurde dann festgestellt, daß die Kritik an der Arbeit von Genossen Ullrich vom Februar 53 sich positiv ausgewirkt habe. Bericht über die BPKK-Sitzung vom 31. August 1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, S. 128f.

248 Die Unterlagen zu den (dürftigen) Ergebnissen der Ermittlungen der LPKK Sachsen zum „moralischen Fehlverhalten“ Lohagens wurden am 25.4.52 von Ullrich an Matern gesandt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/294, Bl. 66ff. In der am 3.5.52 ausgesprochenen Rüge wegen parteischädigenden Verhaltens wurde Lohagen jedoch auch bescheinigt, daß er ein parteiverbundener Genosse sei. Ebenda, Bl. 85.

249 Dieser von der Thüringischen Landesleitung an die ZPKK übermittelte LPKK-Bericht vom 31.3.52 enthielt Angaben über parteifeindliche Äußerungen, daraufhin erfolgte Parteiausschlüsse und ehemalige Rückbindungen an Splittergruppen (KPO, Leninbund, Trotzkisten). SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/380, Bl. 229ff.

wir dürfen nicht nur registrieren, sondern müssen zumindest bei den HAUPTerscheinungen die Frage stellen, ob die Partei alle ihre Aufgaben erfüllt hat.“²⁵⁰

Auch die am 15. Mai 1952 abgeschlossene Überprüfung der LPKK Brandenburg folgte dem Kampagnenschema, neben der mangelhaften Kaderentwicklung und des unterentwickelten Berichtswesens eine „ungenügende Entwicklung der Kritik und Selbstkritik“ vorzufinden.²⁵¹

Den Parteikontrollorganen konnte nicht verborgen geblieben sein, daß die absolvierte Parteisäuberung die Parteibasis gelähmt hatte und diese Lähmung selbst durch den Versuch der Kumpanei der Parteiführung mit der Basis nicht gelöst werden konnte. Matern befand auf der ZPKK-Sitzung vom 4. April 1952, das in der Partei angewandte Strafprinzip der Vergeltung erziehe Feinde und die Parteikontrollorgane seien ein Schreckgespenst für die Mitgliedschaft geworden. Man war sich einig, daß der Aspekt der Erziehung gegenüber dem der Bestrafung hervorzuheben sei und Parteiverfahren zukünftig in der Hauptsache Angelegenheit der Grundorganisationen bleiben sollten.²⁵²

2.5. Das Ende der Entspannung: Die Parteikontrolle nimmt neuen Anlauf

Mit der Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 durch die Westmächte²⁵³ waren auch die moderaten Töne der Parteikontrolleure vom Frühjahr 1952 vergessen. Eine ostdeutsche Politik entlang den Maßgaben der Stalin-Note hätte auch die innenpolitische Mäßigung des Agierens der SED erfordert. Die deutschlandpolitische Antwort der SU und der DDR auf deren Ablehnung durch den Westen bestand in der militärischen Aufrüstung der DDR sowie dem sowjetischen Einverständnis zum Kurs der SED auf den planmäßigen Aufbau des Sozialismus gemäß dem Beschluß der 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Die jetzt abzusehenden enormen ökonomischen Mehrbelastungen stellten den Fünfjahrplan in Frage und führten in der Folgezeit nicht nur zu essentiellen Mehrbelastungen des privaten Sektors, sondern auch der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Der forcierte Kollektivierungskurs in der Landwirtschaft und die drakonischen Strafen für private Bauern, die das Ablieferungssoll unterschritten, aber auch für kleinste Vergehen privater Handwerker, die in die PGH gedrängt werden sollten und selbst bei Arbeitern für kleinere Diebstähle führten dazu, daß der Krieg gegen die eigene Bevölkerung, den die SED-Führung eigentlich vermeiden wollte, nun tatsächlich geführt wurde. Seine Legitimation fand unter der Losung des „sich verschärfenden Klassenkampfes“ und der Bekräftigung aller bereits ausformulierten verschwörungs-

250 Schreiben der ZPKK (Laufer) an die LPKK Thüringen (Eyer mann) vom 10.4.52, ebenda, Bl. 235.

251 Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Arbeit der Parteikontrolle im Lande Brandenburg vom 15.5.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/30, Bl. 44ff.

252 Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 421f.

253 Die sowjetische Note schlug den Abschluß eines Friedensvertrages aller alliierten Mächte mit Deutschland unter der Bedingung der Neutralisierung vor, wobei dem neutralen Deutschland sogar die Unterhaltung einer eigenen Verteidigungsstreitmacht zugestanden werden sollte. Die ablehnende Antwortnote der Westmächte vom 25. März monierte den Vorschlag der Neutralität Deutschlands in dem sowjetischen Vorstoß und die fehlende Zusicherung der Durchführung freier Wahlen. Die sowjetische Reaktion am 9.4.52 erklärte das Einverständnis zur Vorbereitung freier Wahlen in ganz Deutschland als erstem Schritt zur Wiedervereinigung, beharrte jedoch darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland „keinerlei Koalition oder Militärbündnisse“ eingehen dürfe, die sich gegen eine der Mächte richteten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen habe.

theoretischen Konstruktionen von Agententätigkeit, Diversion und von ausländischen Zentralen gesteuerter Infiltration statt. Die Lebenslage und die Versorgung verschlechterten sich überall zunehmend und führten zu einem raschen Anwachsen der Flüchtlingszahlen. Die spürbare wirtschaftliche Überanspannung und sich folgerichtig einstellenden Mißerfolge mußten auf anderes, als auf die strategischen Entscheidungen der Parteiführung umgeleitet werden: Der Brief Ulbrichts an alle Landesleitungen und Kreisorganisationen vom 3. Juni 1952 verwies auf die zunehmende „verbrecherische Tätigkeit der von westlichen Agenturen bezahlten Agenten, Provokateure, Terroristen und Mörder“, die „selbst in den Reihen unserer Partei ... unterschätzt und ... nicht oder nicht rechtzeitig als organisierte Arbeit der westlichen Agenturen erkannt (wurden).“ Mit einer Fülle von Beispielen führte Ulbricht die überall auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die (zweifelsohne auch vorhandenen) Aktivitäten dieser Agenturen und der Hetze der westlichen Rundfunksender zurück: Nun werde vermehrt der Schritt von der Schädlingensarbeit zum Terrorismus vollendet. Der Brief gipfelte in der Aufforderung, den Kampf nicht den staatlichen Organen zu überlassen, sondern die Partei und alle Bürger für den Kampf gegen Agenten, Staatsfeinde, Schieber und Saboteure zu mobilisieren.²⁵⁴ Was 1949 mit der Säuberung der führenden Partei begann, wurde im Sommer 1952 im Namen des Kampfes gegen terroristische Aktivitäten des Westens zum Terror der SED-Führung gegen die eigene Bevölkerung. Von diesem Terror war auch die vermeintlich „herrschende Klasse“ betroffen – ausgerechnet zum Zeitpunkt des Beginns des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“. Der „Krieg“ erfaßte in Form des „Kirchenkampfes“ und der Säuberung der Funktionärsschicht in den Blockparteien mit neuer Schärfe jetzt auch das bürgerliche Lager.

Daß die KPD mit der SED gemeinsam die Verschwörungskonstruktionen gemäß der jeweils geltenden Kampagnenlage modifizierte, belegt ein Brief des KPD-Mitglieds Emil Carlebach an Paul Laufer (ZPKK) vom 26. August 1952 wegen des gegen Carlebach anhängigen Prozesses in Sachen Margarete Buber-Neumann²⁵⁵: Nachdem bereits 1951 die SED-Führung die Bildung einer Kommission, bestehend aus Max Reimann (bzw. seinem Stellvertreter), Erich Mielke, Hermann Axen, Bruno Haid und Paul Laufer beschlossen hatte, um eine Kampagne gegen den „Buber-Neumann-Prozeß“ zu organisieren, schrieb Carlebach an Laufer: „Wir haben uns in den zurückliegenden Verhandlungen im wesentlichen um die Zerschlagung der trotzkistischen Lügen gegen die UdSSR konzentriert ... In dem Prozeß Faust²⁵⁶ gegen Carlebach wird die Linie unseres Auftretens insoweit geändert, daß Genosse Carlebach sich vor allem auf die Entlarvung der USA-Agentin und ihren Terrorismus konzentriert.“ Carlebach fordert sodann von der ZPKK Materialien an, die insbesondere „die Zusammenarbeit zwischen der Faust und der Tillich-Gruppe zeigen.“²⁵⁷

Die Umwandlung der Länderstruktur in 15 Verwaltungsbezirke am 23. Juli 1952 und die damit einhergehende Reorganisation der staatlichen Strukturen erleichterten neue Bereini-

254 Brief Walter Ulbrichts an alle Landesleitungen und Kreisorganisationen vom 3.6.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/5/4991, Bl. 48ff.

255 Margarete Buber-Neumanns Buch „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ erregte 1949 großes Aufsehen. Sie beschrieb darin die Auslieferungspraktiken des NKWD gegenüber der Gestapo. Buber-Neumann erhob im Juli 1950 Anklage gegen Emil Carlebach, nachdem dieser sie als Trotzkistin und amerikanische Agentin verleumdete. Dieses Verfahren wurde dann im Oktober 1952 nochmals aufge-
rollt.

256 Der Name des Ehemanns von Margarete Buber-Neumann war Faust.

257 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/382. Der Sozialdemokrat Ernst Tillich firmierte bei der SED als politischer Leiter der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU).

gungen ihrer Kaderdecke und stärkten den zentralistischen Durchgriff. Auch die Struktur der Parteikontrollorgane wurde von der Länderebene hin zur Einrichtung von Bezirksparteikontrollkommissionen (BPKK) angepaßt.²⁵⁸ Am 29. Juli 1952 beschloß das Politbüro Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen,²⁵⁹ gemäß denen erfahrene Parteimitglieder höheren „Parteialters“ strenger zu beurteilen seien, als junge Parteimitglieder. Damit wurde der Druck auf die „Altkader“ zugunsten der (schließlich durch die SED-Kaderformung gegangenen) jungen Kader erhöht.²⁶⁰

Die Parteikontrollorgane schienen so für einen neuen Säuberungsschub gerüstet. Den Sommer hindurch war die ZPKK jedoch zunächst damit beschäftigt, die Arbeitsfähigkeit der neuen BPKKen herzustellen. Neben der katastrophalen Kadersituation in der Gebietsparteikontrollkommission (GPKK) Wismut²⁶¹ und Tendenzen, nunmehr Parteiaustritte nicht mehr anzuerkennen und über die Parteikontrollorgane in Ausschlüsse umzuwandeln²⁶², traf die ZPKK auch auf den Fall eines Protests von Mitgliedern einer Erfurter SED-Betriebsgruppe gegen den Parteiausschluß einer kurz darauf verhafteten Kollegin.²⁶³ Durchaus gegen den

258 Zur Personalbesetzung der bezirklichen Parteikontrollorgane vgl. Andreas Herbst, Führungsstrukturen und Führungskader der SED, in: Herbst/Stephan/Winkler (Hg.), *Die SED (Handbuch)*, a.a.O., S. 845ff.

259 Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen, PB-Beschluß vom 29.7.52, in: *Dokumente der SED*, Bd. IV, S. 100f; siehe auch Beilage zur *Funktionärszeitschrift „Neuer Weg“*, 17/52. So konnte das Schwergewicht der Durchführung von Parteiverfahren in die Grundorganisationen verlagert werden, wodurch die PKKs freier für die Durchführung ihrer eigentlichen Aufgaben wurden. Die Reorganisation der Partei nach der 2. Parteikonferenz (was auch die Organisationsstruktur der Parteikontrolle betraf) wurden zum Beispiel aus dem Kreis Dresden (Stadt- und Landgebiet mit 74.000 Mitgl.) 11 Kreise mit eigenen Leitungen und eine Stadtleitung für Dresden gebildet. Vgl. dazu die rückblickenden Ausführungen im Bericht der BPKK Dresden auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz am 5./6.3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 298ff.

260 Ulrich Mähler charakterisiert zutreffend die Kaderpolitik jener Periode als Umbauprozess, der vorwiegend auf die Förderung jener „Jungkader“ abzielte. Vgl. Mähler, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 449.

261 „Eine solche Lage gab es in keiner Landesleitung und gibt es gegenwärtig in keiner Bezirksleitung.“ Gemäß dem Bericht von Max Sens erklärte der Genosse K[...] von der GPKK Wismut, „daß sich in unserer Parteiorganisation die ehemaligen Nationalsozialisten oder höheren militärischen Dienstgrade am besten entwickeln, während wir mit den alten Genossen oder mit denjenigen, die aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft kommen, die meisten Schwierigkeiten haben.“ Bericht über die Überprüfung der Arbeit der GPKK Wismut am 29. und 30.10.1952 durch die Genossin Hempel und den Genossen Sens vom 18.11.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 146ff. Im Februar 1953 hatte sich die Situation eher noch verschärft: „Die Art der ‚Verhöre‘ bei der GPKK muß endlich aufhören. Ich kann mir vorstellen, daß die GPKK in der Wismut zum Teil sehr gefürchtet wird, zum Teil auch nicht dadurch anerkannt wird ... Ich denke, daß ist keine gute Methode der Art der Aussprachen in der GPKK. Es wird dort eine Atmosphäre geschaffen, daß die, die zur GPKK kommen, schon die Nacht vorher nicht mehr schlafen können aus Angst ...“ Aus dem Bericht zur Auswertung der Monatsberichte aus den BPKKen Februar 1953 (durch ZPKK) vom 25.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 14ff.

262 In einem Bericht vom 22.10.52 über die Arbeit der Parteikontrolle im Bezirk Leipzig wurde über den Stadtbezirk 11 der Stadt Leipzig gemeldet, hier würde durch die Parteikontrolle jede Parteiorganisation veranlaßt, einen Austritt in einen Ausschluß umzuwandeln, der dann von BPKK überprüft und dem Sekretär zur Bestätigung unterbreitet wird. Grundlage sei eine mündliche Anweisung aus der ehemaligen PKK, „wonach Austritte aus der Partei nicht zulässig sind.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 137f.

263 In einem Protestbrief von Mitgliedern der SED-Betriebsgruppe der Maschinenfabrik Nicos Belojannis an das ZK der SED vom 1.9.52 gegen den Parteiausschluß der Genossin M[...] am 18.8.52 wurde die Kollegin als beliebte Vertrauensperson aller Betriebsangehörigen und Kritikerin der Betriebsleitung, die nicht von der BGL- und Parteileitung unterstützt wurde, charakterisiert. Der Betriebsgruppensekretär

von der Parteipropaganda öffentlich verbreiteten militanten Trend wurde in einer ZPKK-Arbeitsbesprechung vom 27. November 1952 „vorgeschlagen, die Kreis- und Bezirksparteikontrollkommissionen auf folgendes hinzulenken: 1. Sind Anzeichen vorhanden, daß es in den BPKK und KPKK Sektierertum gibt; 2. Gibt es Anzeichen, daß die allgemeine Parteierziehung durch Strafen ersetzt werden?“²⁶⁴ Auch in dem Referat von Altenkirch auf der ZPKK-Tagung vom 26. November 1952 finden sich Warnungen vor Sektierertum. Zentralen Raum in seinem Referat nahm allerdings aus gegebenem Anlaß die „Verschärfung des Klassenkampfes“ besonders auf dem Lande und die Haltung der Partei gegenüber der Kirche ein. Altenkirch betonte jedoch, es dürfe nicht vorkommen, daß Genossen wegen ihrer Kircheng Zugehörigkeit verstoßen werden, sondern „wir müssen es verstehen lernen, ihren Einfluß in kirchlichen Kreisen gerade jetzt in der Frage des Kampfes um den Frieden richtig auszuwerten.“ Angesichts der von Altenkirch genannten Republikflucht-Zahlen von Bauernfamilien, die in der Mehrzahl werktätige Bauern und keine Mittel- oder Großbauern seien, trete die Frage nach falscher Bündnispolitik der Kreisleitung oder der Verwaltungsstellen auf. Als Beispiele für schädliche Auffassungen zitierte Altenkirch aus Berichten der BPKK Potsdam: „Die Großbauern können verrecken!“ „Die Frage des Eintritts in die Produktionsgenossenschaften ist eine Frage auf Leben und Tod“, „Die Partei hat ein Programm auf dem Tisch und ein anderes unter dem Tisch.“ Altenkirch erwähnte das Beispiel des Kreises Hagenow, wo 100–120 Großbauern ihre Betriebe dem Rat des Kreises angeboten hätten. Außerdem verwies er auf die zunehmenden verbalen und tätlichen Angriffe auf in der Kollektivierungskampagne aktive Parteimitglieder.²⁶⁵

Hier hatte es also der noch nicht vollständig reorganisierte Parteikontrollapparat einerseits mit den Folgen der seit Sommer sich zuspitzenden Klassenkampf-Kampagnen in der Partei und andererseits mit den realen Wirkungen des überspitzten Parteikurses außerhalb der Partei zu tun. Auch wenn, wie in Altenkirchs Referat, diese Dinge offen zutage traten, blieb schließlich auch den Parteikontrollleuten nichts anderes übrig, sich entgegen ihrer Einsicht in die sich zuspitzende Lage dem verordneten Kurs unterzuordnen.

Vom 15. bis 21. Dezember 1952 fand eine Schulungskonferenz der ZPKK mit den BPKK in Leipzig statt, auf der als Gast der Genosse Orlov zur Praxis und zu den Erfahrungen der sowjetischen Parteikontrollorgane referierte. Orlov erklärte unter anderem, daß vor dem XIX. Parteitag gemäß dem Statut der KPdSU(B) die Kommission für Parteikon-

habe Material für den Parteiausschluß gesammelt, wonach sich die Genossin bei der Partei abmeldete, weil sie kein Vertrauen mehr in die Funktionäre hatte. Sie sei satzungswidrig ausgeschlossen und am nächsten Tag verhaftet worden. „Der Fall M[...] kommt uns wie der Fall Lohagen vor, nur daß hier Egoismus und Denunziantentum noch mehr im Vordergrund stehen.“ In dem Begleitschreiben KPKK Erfurt Stadt an die ZPKK (über die BPKK Erfurt) zu diesem Protestbrief hieß es, „Es ist anzunehmen, daß noch Agentengruppen im Betrieb vorhanden sind, die mit der M[...] in Verbindung standen und dieses Schreiben vom 1.9.52 an euch richteten.“ Nach Auskunft der VPKA Erfurt vom 7.11.52 wurde M[...] „... von hiesiger Dienststelle wegen antidemokratischer und zersetzender Handlungen ... am 19.8.1952 festgenommen.“ Es sei „einwandfrei nachgewiesen ..., daß sie als Tarnung der SED angehört hat und diese Stellung benutzte, [um] im Betrieb Propaganda für den Klassengegner zu betreiben.“ Sie wurde am 1.11.52 zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Schreiben der SED-KL Erfurt, KPKK Erfurt Stadt, an die ZPKK vom 16.11.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/402, Bl. 72ff.

264 Beschluß-Protokoll der ZPKK-Arbeitsbesprechung am 22.11.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/12, Bl. 19f.

265 Referat Altenkirchs auf der Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 26.11.52. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 1ff.

trolle die Erfüllung der Parteibeschlüsse und die Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen prüfte. Im neuen Statut des XIX. Parteitags sei dies zugunsten der Aufgabe des Kampfes um die Wahrung der Parteidisziplin und der Erfüllung der Parteibeschlüsse durch die Mitglieder und Kandidaten nicht mehr enthalten. Die neuen Komitees für Parteikontrolle seit dem XIX. Parteitag befaßten sich laut neuem Statut nicht mehr mit der Kontrolle der Durchführung von Beschlüssen, sondern dies sei ZK-Sache.²⁶⁶

2.6. Die Tätigkeit der Parteiorgane in der „Slánský-Sache“

Die Feindbilder wurden wieder bestimmend und der Wachsamkeitsgedanke beherrschte erneut die Parteikontrolltätigkeit. Eine weitere verschwörungstheoretische Konstruktion der tschechoslowakischen Partei feuerte auch in der SED die Wendung zu wachsender Militanz an: Im September 1951 wurde der Generalsekretär der KPČ, Rudolf Slánský, von seinen Parteiämtern abgelöst, im November verhaftet und mit 10 anderen Funktionären der KPČ zum Tode verurteilt und Anfang Dezember 1952 hingerichtet. Zudem kam eine große Anzahl von weiteren Parteifunktionären auch in Folgeprozessen mit hohen Strafen ins Zuchthaus. Der dortigen neuen Komponente der „zionistischen Verschwörung“ sollte nun auch in der deutschen Partei Rechnung getragen werden.²⁶⁷ Neuerlich wuchs der sowjetische Druck auf die SED, endlich wie in den anderen osteuropäischen Parteien Spitzenfunktionäre vor Gericht zu stellen und abzuurteilen, um das Paradigma amerikanischer Agenten auch in der SED zu erhärten.²⁶⁸

Am 23. November 1952, zwei Tage nach Beginn des Prager Prozesses, wies das ND schon darauf hin, daß der Name des „deutschen Trotzkiten“ Paul Merker gefallen sei. In einem Beschluß des Politbüros vom 25. November 1952²⁶⁹ wurde die Staatssicherheit mit Ermittlungen gegen den bereits aus der SED ausgeschlossenen Paul Merker und gegen Gerhart Eisler sowie Hans Schrecker²⁷⁰ beauftragt. Aufgrund der diese Weisung auslösenden Rundfunkmeldungen vom Prager Prozeß wandte sich Merker am 30. November 1952 vergeblich an Pieck um Hilfe und bestritt die ihm unterstellte persönliche Bekanntschaft mit

266 Schulungskonferenz der ZPKK mit den BPKKen in Leipzig 15.-21.12.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 7ff. Eine dem sowjetischen Vorbild entsprechende Korrektur des Aufgabenspektrums der Parteikontrollorgane der SED sollte erst nach dem IV. Parteitag 1954 erfolgen.

267 Zum Kurswechsel der UdSSR gegenüber Israel und der innenpolitischen antizionistischen Kampagne als Hintergrund dieser Vorgänge vgl. etwa: Wilfriede Otto, Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Mario Keßler (Hg.), Antisemitismus und Arbeiterbewegung, Bonn 1993, S. 97.

268 Vgl. dazu die Einlassungen des Politischen Beraters der SKK Semenow gegenüber Rudolf Herrnstadt wegen des fehlenden belastenden Materials gegen Gerhart Eisler. Vgl. N. Stulz-Herrnstadt (Hg.), Das Herrnstadt-Dokument, Hamburg 1990, S. 273.

269 Protokoll der PB-Sitzung vom 25.11.52, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/249.

270 Hans-Heinrich Straschitz-Schrecker, kommissarischer Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, arbeitete seit 1923 für die KPD in den verschiedensten Funktionen und hielt sich in ihrem Auftrag nach 1933 in der schweizer, französischen, tschechoslowakischen und englischen Emigration auf. Die vielfältigen Verbindungen insbesondere zu Kommunisten aus der Tschechoslowakei sollten ihm zum Verhängnis werden. Seine Festnahme erfolgte am 24.11.52 und seine Verurteilung am 4.2.1954 zu 8 Jahren Gefängnis wegen „Friedensgefährdung durch Propaganda für den Militarismus“. Ausführlichere Informationen über das Schicksal Schreckers finden sich in: Wilfriede Otto, Antizionismus, a.a.O., S. 101 ff.

Slansky.²⁷¹ An Paul Merker, „Trotzkist“ und „am engsten mit Field verbunden“, hatte die Parteiführung bereits ihre Lehren bei der Suche nach deutschen Field-Agenturen exekutiert. Aber er war, anders als einige seiner Leidensgefährten vom August 1950, immer noch auf freiem Fuß.²⁷² Am 1. Dezember 1952 wurde er nun verhaftet. Unzweifelhaft kam er für die neue Kampagne in Frage: Seine Emigrationsbiographie bot auch Anknüpfungspunkte für die Anklage als „Zionist“. Das Politbüro beauftragte bei seiner Sitzung vom 2. Dezember 1952 neben Walter Ulbricht und Hans Jendretzky auch den ZPKK-Vorsitzenden Hermann Matern, für das Parteivolk die anstehenden Lehren aus dem Prager Prozeß zu ziehen.²⁷³ Am 3. Dezember 1952 reichte das ND neben seiner Berichterstattung über den Prager Prozeß noch den von PB-Kandidat Rudolf Herrnstadt bereits im November auf dem 10. ZK-Plenum gehaltenen Beitrag „Gegen alle Erscheinungsformen des Sozialdemokratismus“ nach, um über der neuen Entwicklung die alten Feindbilder nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.²⁷⁴

In dem so entstandenen ZK-Beschluß „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský“ vom 20. Dezember 1952²⁷⁵ hieß es deutlich in Richtung der eigenen Partei: „Die Slánský-Verschwörung bestätigt auf neue, daß sich eine solche verbrecherische Tätigkeit feindlicher Agenturen in einer Partei nur entwickeln kann, wenn die Kritik und Selbstkritik nicht entfaltet ist.“ Dabei wurde in der ZK-Erklärung mehrfach auf die sowjetische Vorbildrolle bei der Jagd auf Verschwörer unter Berufung auf Malenkovs ZK-Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag der KPdSU verwiesen, der „die Bedeutung des unversöhnlichen Kampfes, den unsere Partei im Verlaufe einer Reihe von Jahren gegen ... den trotzkistisch-bucharinschen Abschaum, gegen die Kapitulanten und Verräter ... (führte)“, gewürdigt hatte. Nachdem daraufhin die SED-ZK-Erklärung betonte, daß auch „die SED keine ungeklärten Verhältnisse mehr dulden (darf)“, wurde die Gelegenheit genutzt, alle Elemente der laufenden Säuberungsaktivitäten zu bündeln: „Ebenso fand die Agentenrolle der Trotzkisten in diesem Prozeß eine erneute Bestätigung. Den Trotzkisten kam unter der Führung Slánskýs eine bedeutende Rolle zu ... Von besonderer Bedeutung im Prozeß gegen die Slánský-Bande waren die Enthüllungen über die verbrecherische Tätigkeit der zionistischen Organisationen ... Die zionistische Bewegung ... wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen der jüdischen Kapitalisten.“ Die Erklärung erinnerte nun an den Beschluß des ZK und der ZPKK vom 24. August 1950 zu den Field-Verbindungen ehemaliger deutscher politi-

271 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/117.

272 Das ehemalige Politbüro-Mitglied leitete nach seinem Parteiausschluß und der Funktionsentbindung als Staatssekretär streng überwacht eine HO-Gaststätte in Luckenwalde. Seit Mitte 1951 erledigte er Übersetzungsarbeiten für verschiedene Verlage. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/369.

273 Protokoll der PB-Sitzung vom 2.12.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/250.

274 Auch hier muß angemerkt werden, daß die Sichtweise Herrnstadts sich allerdings bedeutsam von der obligaten Sicht der SED-Propaganda gegen den „Sozialdemokratismus“ unterschied. Herrnstadt kritisierte unter diesem Begriff eine bürokratische Praxis insbesondere von Funktionären, die zur Passivität der Arbeiter und zu ihrer Lähmung als revolutionäres Subjekt führe. Darauf hat erstmals Müller-Enbergs hingewiesen. Müller-Enbergs, Herrnstadt. a.a.O., S. 132f.

275 Dokumente der SED, Band IV, Berlin 1954, S. 199ff. Das Politbüro stellte mit der Bestätigung dieses Beschlusses am 20.12.52 offenbar mit Blick auf die bevorstehende Untersuchung gegen das Politbüromitglied Franz Dahlem ausdrücklich fest, „daß im Dokument einige Fragen nicht aufgenommen wurden, da sie einer gründlichen Untersuchung bedürfen.“ Protokoll der PB-Sitzung vom 20.12.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/254.

scher Emigranten und stellte dann Paul Merker, damals bereits als Trotzkiist denunziert, nun als zionistischen Agenten heraus. Merkers Emigranten-Votum in der mexikanischen Exilzeitschrift „Freies Deutschland“ zur Entschädigung der jüdischen Opfer der Nazis wurde als Aufforderung zur „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ bezeichnet und man bezichtigte ihn der zionistisch-amerikanischen Agententätigkeit und des Verfechtens titoistischer Positionen: „Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der Deutschen Emigrantengruppe in Mexiko von 1942 bis 1946. Während dieser Zeit arbeitete Merker eng mit dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher Andre Simoné zusammen“.²⁷⁶

Die nun in der ZK-Erklärung folgende beispiellose Denunziation Merkers als „Feind der Sowjetunion und Feind des eigenen Volkes“ sowie als Titoist bestimmte sein weiteres Schicksal für Jahre: Merker sollte bis März 1955 in Untersuchungshaft der Staatssicherheitsorgane auf seinen Prozeß warten.

Zusätzlich finden sich in der ZK-Erklärung vernichtende Anklagen gegen Fritz Sperling (bis zu seiner Ablösung am 18. September 1950 zweiter Vorsitzender der KPD in Westdeutschland)²⁷⁷ als „eines der führenden Mitglieder der Züricher Emigrationsleitung, die unter trotzkistischer Führung stand“ und gegen Kurt Müller. Dann hieß es: „Kurt Müller, der eine Zeitlang Mitglied der Leitung der KPD in Westdeutschland war, gehörte früher zur trotzkistischen Gruppe Neumann/Remmele. Im Kommunistischen Jugendverband organisierte er einen illegalen Kampf gegen Ernst Thälmann und gegen das Thälmannsche Zentralkomitee. In Moskau nahm er Verbindung zum trotzkistischen Klüngel auf und organisierte illegale Zusammenkünfte mit Mitgliedern der deutschen Delegation der Kommunistischen Jugendinternationale. Müller hatte Verbindung mit dem Trotzkiisten Fedotow, dem er sich verpflichtete, an der Organisation und Durchführung der Schädlingsarbeit, Diversionsarbeit und von Terrorakten gegen Führer der KPdSU (B) teilzunehmen. Im März 1934 wurde er zur illegalen Arbeit nach Deutschland geschickt und stellte dabei im Auftrag des Fedotow die Verbindung zu einem belgischen Trotzkiisten her. Nach 1945 suchte er sich das Vertrauen der Kommunisten in Westdeutschland zu erwerben. Er nahm seine alten trotzkistischen Beziehungen wieder auf ... 1949 kam er mit Hilfe der westlichen Agenturen in Verbindung mit ausländischen Trotzkiisten wie Ruth Fischer und Buber-Neumann.“ Und schließlich hieß es mit nicht zu überbietendem Zynismus: „Inzwischen ist seiner Agententätigkeit ein Ende bereitet worden.“²⁷⁸

276 André Simoné (Otto Katz), einer der Hauptangeklagten in Prag, war Redakteur der Rude Pravo und sowohl im Exil, besonders in Mexiko, als auch bei einem Besuch der SBZ 1947/48 mit vielen deutschen Kommunisten zusammengetroffen. An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß die ZPKK bereits am 5.9.1950 Simoné beim ZK der KP der ČSR denunziert hatte, wie aus dem Protokoll der PB-Sitzung vom 25.11.1952 hervorgeht. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/249.

277 Bevor Sperling im Oktober 1949 Dahlems Aufforderung folgte, selbst einen schriftlichen Bericht über die Angelegenheit Field anzufertigen, erhielt er von Matern die Weisung, seine in eigener Initiative geplante Überprüfung der KPD-Kader zugunsten einer von Berlin aus zu führenden zentralen Untersuchung zu stoppen. Im August 1950 wurde Sperling von der ZPKK in Berlin einvernommen (SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4-115) und im Februar 1951 verhaftet.

278 Kurt Müller, vor Sperling zweiter Vorsitzender der KPD und MdB, wurde im März 1950 nach Ostberlin gelockt, durch das gerade gebildete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) inhaftiert und im März 1953 durch ein sowjetisches „Fernurteil“ zu 25 Jahren verurteilt. Müller und Bauer wurden 1955 aus der Haft entlassen. Müllers Brief an Grotewohl und Bauers Erinnerungen aus dem Jahre 1956 sowie Sperlings erst 1990 bekannt gewordene Angaben gegenüber einer KPD-Kommission (ebenfalls 1956)

Die Tatsache, daß in diesen wie auch später noch zu betrachtenden Fällen kaum die unterstellte Nähe zu trotzkistischen Positionen oder Zusammenhängen vorhanden war, führt erneut zur Frage nach der Rolle gerade dieser Anklage bei innerparteilichen Abstrafungen. Das in der ZK-Erklärung zitierte Credo Malenkovs aus seinem Referat auf dem XIX. KPdSU-Parteitag kann als Erklärung für die Zweckmäßigkeit des Vorwurfs trotzkistischer Aktivitäten in den diversen Vernichtungsauslesungen der sowjetischen und osteuropäischen kommunistischen Parteien verstanden werden:

„Durch die Zerschlagung der illegalen trotzkistisch-bucharinschen Gruppe, die der Hauptanziehungspunkt für alle antisowjetischen Kräfte im Lande war, durch die Säuberung unserer Partei- und Sowjetorganisationen von den Feinden des Volkes hat die Partei jede Möglichkeit des Auftauchens einer Fünften Kolonne in der UdSSR rechtzeitig zunichte gemacht.“

Hier drückt sich die für alle stalinistischen Parteiführungen obligate Angst vor dem Infragestellen ihres Monopols auf gesellschaftsstrategische Zielsetzungen aus, für die der Trotzismus in Verbindung mit ausländischer Agententätigkeit mehr und mehr Symbol ohne politischen Inhalt geworden war. Zum Symbol konnte er aber tatsächlich nur werden, weil der Trotzismus in der Sowjetunion der zwanziger Jahre für kurze Zeit die einzige den Stalinismus herausfordernde bedrohliche Alternative gewesen zu sein schien. Selbst als es 1954 im SED-Politbüro in der nächsten Runde des „Ziehens von Lehren“ um die Auswertung des Prozesses gegen die „Verschwörergruppe Berija“ ging, entblödete man sich nicht, diesen berüchtigten Henker Berija, der in der UdSSR massenweise Kommunisten unter dem Vorwurf des Trotzismus abholen ließ, unter anderem dafür zu verurteilen, daß er angeblich Trotzkisten zur Freilassung verholpen habe.²⁷⁹

Die neue Funktion der Beschuldigung trotzkistischer Betätigung seitens der stalinistischen Machthaber gegenüber Opponenten oder potentiell unsicheren Mitgliedern als Inkarnation des Verrats überwog bei weitem die politische Bedeutung der kleinen antistalinistischen trotzkistischen IV. Internationale und erst recht die der diversen trotzkistischen Splittergruppen, welche entgegen ihrer Berufung auf Trotzki vielfach ebenso wenig mit diesem zu tun hatten, wie Stalin mit Lenin, auf den sich beide gern beriefen. Und daß die Kategorie des „Verrats“ bereits im Falle von Differenzen über Zielsetzungen innerhalb der Parteiführungen von den Gewinnern gegenüber der letztlich unterlegenen Position geradezu naturgesetzlich in Anwendung zu bringen sei, enthüllt unfreiwillig ein letztes Zitat aus dem bemerkenswerten ZK-Beschluß zum Slánský-Prozeß:

„Die Entlarvung und Unschädlichmachung von Agenten wie Merker ist für die Partei heute von größter Wichtigkeit. In der Periode des sozialistischen Aufbaus kann die Partei keine Abweichungen, keine doppelten Meinungen in ihren Reihen dulden.“²⁸⁰

stützen die Annahme, daß in der DDR ein Prozeß unter Beteiligung dieser Inhaftierten nach dem Vorbild des Budapester Rajk-Tribunals erwogen wurde. Hermann Weber, Schauprozeßvorbereitungen in der DDR, in: Weber/Mählert, Terror, a.a.O., S. 464ff.

279 Beschluß des PB des ZK der SED über einige Lehren des Prozesses gegen die Verschwörergruppe Berija vom 15.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/342, Bl. 15ff.

280 Die ZK-Erklärung wurde, obwohl auf den 20. Dezember 1952 datiert, tatsächlich erst am 2. Januar 1953 vom Politbüro endgültig beschlossen und am 4. Januar 1953 im ND veröffentlicht. Vgl. Otto, Visionen, a.a.O., S. 218. Ulrich Mählert verweist auf ihren in der Forschung bisher unterschätzten Akzent einer massenpolitischen Mobilisierung der unzufriedenen Arbeiterschaft gegen bürokratische Auswüchse, die gemäß der ZK-Erklärung das Resultat von fremdgesteuerter Feindtätigkeit seien: Dies

Auf diese Weise war die Differenz zwischen einem „subjektiven“ und einem „objektiven“ Feind beinahe zum Verschwinden gebracht worden. Letztlich nahm auch bei Kontroversen zwischen konkurrierenden Anwärtern auf Richtlinienkompetenz in der Parteiführung die Entscheidung über Sieg oder Niederlage immer die Gestalt der Klarstellung an, wer die Macht hatte, diese Feindzuweisung vorzunehmen.

Folgerichtig fordert wie schon im Falle der Auswertung des Rajk-Prozesses 1950 die am 8. Januar 1953 bestätigte Direktive des ZK-Sekretariats zur Behandlung des Slánský-Beschlusses in allen Parteiorganisationen: „Im Ergebnis ihrer Stellungnahme nehmen die Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen eine Entschliebung an, in der sie ihre konkreten Aufgaben in Auswertung des Beschlusses des Zentralkomitees zur Erhöhung der politischen Wachsamkeit der Partei und der Bevölkerung festlegen.“²⁸¹ Mit der neuerlichen Berufung auf Malenkovs Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag der KPdSU und auf Stalin in der Direktive wird auch der eigentliche Zweck der Inszenierung von Abstrafungen hoher Parteifunktionäre unter schwersten Anklagen deutlich: Die Parteimitgliedschaft hatte sowohl zu lernen, welche Folgen Verrat nach sich zog (wobei die Frage, ob es sich hier tatsächlich um Verräter handelte, selbst schon fast dem Verrat gleichkam), als auch, sich daran zu gewöhnen, daß nur die Parteiführung befugt ist, jeweils neu zu entscheiden, was Verrat sei.

Es versteht sich von selbst, daß den Parteikontrollorganen die Hauptlast der innerparteilichen Untersuchungen für die Umsetzung von Lehren aus dem Slánský-Prozeß vorbehalten blieb. Matern wies in der ZPKK-Sitzung vom 17. Januar 1953 auf die mobilisierungspolitische Dimension der Sekretariats-Direktive hin: Der Feindarbeit im Zusammenhang von konkreten Vorkommnissen auf die Spur zu kommen sei Sinn dieser Direktive und nicht etwa die Erlangung allgemeiner Zustimmungserklärungen aus den Grundorganisationen.²⁸² Parallel dazu war wegen der staatsverbrecherischen Dimension dieser Angelegenheit auch der junge Staatssicherheitsapparat der DDR stets am Untersuchungsprozeß beteiligt. So sollte die Staatssicherheit auf die erwähnte Anweisung des Politbüros vom 25. November 1952 hin auch gegen Gerhart Eisler wegen „Verbindungen“ anlässlich Rundfunkmeldungen

drücke den reformpolitischen Versuch der Parteiführung aus, die verschwörungstheoretische Konstruktion auch dazu zu nutzen, neuerlich eine Brücke zur verprellten Arbeiterschaft durch ihre Ermunterung zur Kritik an den Mißständen in den Partei- und Staatsapparaten zu schlagen und ihnen gleichzeitig Sündenböcke für die von der Parteiführung selbst verantworteten Mißstände zu präsentieren. Mählert, „Die Partei ...“, S. 436ff. Nach Meinung des Autors hatte diese tatsächlich nicht abgebrochene Kampagne jedoch ihren Höhepunkt mit dem Ende der Lohagen-Kampagne bereits überschritten.

281 Direktive des ZK-Sekretariats zur Behandlung des „Slánský-Beschlusses“ des ZK, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/353. In Verwirklichung dieser Direktive beschloß zum Beispiel die Grundorganisation 17 in der Parteiorganisation beim ZK der SED in ihrer Mitgliederversammlung am 29.1.53 u. a., allen Mitgliedern die Aufgabe zu stellen, „in den Monaten Februar und März die Anklagereden des Genossen A. J. Wyschinski in den Prozessen gegen das trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum und das Referat des Genossen Stalin ‘Über die Mängel in der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung trotzkistischer und sonstiger Doppelzüngler’ zu studieren“ und „im Rahmen des Karl-Marx-Jahres mehrere Versammlungen durch(zu)führen, in denen über die Verfälschung des Marxismus gesprochen und die heutige Erscheinungsform des Sozialdemokratismus in unserer Partei behandelt werden.“ Beschluß der GO 17 in der PO beim ZK zum Beschluß des ZK über die Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský vom 29.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/355, S. 11f.

282 ZPKK-Sitzung vom 17.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 33.

über den in der ČSR laufenden Slánský-Prozeß ermitteln.²⁸³ Die weitere Untersuchung seiner Sache (bei ruhenden Funktionen) wie auch die Untersuchung von Verbindungen der Professoren Jürgen Kuczynski und Robert Rompe durch die ZPKK geschah wieder auf Beschluß des Politbüros in seiner Sitzung vom 17. März 1953.²⁸⁴ Selbst Kulturbundsekretär Alexander Abusch, damals und später jedem Verdacht kritischer Haltungen fleißig vorbeugend, hatte bei der Überprüfung vom Juli 1950 vorübergehend alle Funktionen verloren.²⁸⁵ Er wurde, seit 1951 wieder hauptamtlich im Kulturbund, vom Sekretariat des ZK am 15. Januar 1953 genötigt, im Kontext der Merker-Entlarvung eine Erklärung zu „zionistischen Tendenzen“ in der von ihm im mexikanischen Exil als Chefredakteur betreuten Zeitschrift „Freies Deutschland“, die Merker herausgab, abzugeben.²⁸⁶

Die ZPKK bestellte sich aus gegebenem Anlaß bei den ungarischen Parteikontrollorganen Material zu deren Untersuchungsmethoden, welches am 31. Januar 1953 als „Wegweiser der ungarischen Zentralen Kontrollkommission für die ZPKK“ mit der Bitte um Zusendung ähnlichen Materials der ZPKK an die ungarische ZKK eintraf. Die vom Empfänger dort handschriftlich markierten Passagen in den ungarischen Richtlinien zur Durchführung von Verfahren verraten, was den deutschen Parteikontrollleuten maßgeblich erschien. So war bei dem herausgestellten Erziehungsaspekt von Parteiverfahren hervorgehoben: „Aber auch auf die übrigen Mitglieder muß man erzieherisch wirken, indem man sie veranlaßt, die Schlußfolgerungen aus solchen Parteistrafen zu ziehen, um nicht in eine ähnliche Situation zu kommen, wie das gemaßregelte Parteimitglied.“ Für hilfreich hielt die ZPKK offenbar auch folgenden Hinweis ihrer ungarischen Kollegen: „Falsch ist, wenn das übergeordnete Organ ... an der Disziplinarsitzung der örtlichen Grundorganisation teilnimmt ... weil es allzu leicht den Anschein erwecken könnte, daß hier bereits ein übergeordnetes Organ entschieden hat.“²⁸⁷

Gerade für die Zeit des Prager Slánský-Prozesses dokumentieren die ZPKK-Akten, wie eifertig manche im antifaschistischen Kampf überaus mutige und aufrechte Genossen ihre Denunziationsphantasien als „Wachsamkeit“ verpackt Materns ZPKK andienten und wie furchtsam kontaktbelastete Ex-Emigranten jede Meldung aus Prag zum Anlaß überstürzter vorbeugender Selbstanzeigen nahmen, zumeist, um ihre eigene Harmlosigkeit durch pflichtschuldigst abgesonderte Empörung über den Verrat ehemaliger Genossen und Freunde herauszustellen. Hier finden sich Briefe, in denen zum Beispiel Elli Schmidt über Verbindungen Gerhart Eislers und Alexander Abuschs zu Andre Simoné Auskunft gibt, Max Zimmerring um eine möglichst komplette Auflistung der ihm erinnerlichen Begegnungen mit Parteifeinden ringt und Jürgen Kuczynski die Unverfänglichkeit seiner verfänglichen

283 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/249. Wilfriede Otto weist darauf hin, daß im Falle Eisler sogar eine Verwechslung mit dem im Prozeß tatsächlich genannten Otto Eisler, einem Direktor der chemischen Industrie in der ČSR, vorlag (Vgl. Wilfriede Otto, Antizionismus, a.a.O., S. 99). Angesichts dessen dürfte die Enttäuschung des ersten politischen Beraters des Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission, Semenov, im Winter 1952/53 darüber, daß die deutschen Sicherheitsorgane kein belastendes Material über Gerhart Eisler beizubringen imstande waren, nur auf den ersten Blick grotesk anmuten, wird dann aber eher als bezeichnend für die Zweckinstrumentalisierung solcher Untersuchungen gelten können. Vgl. N. Stulz-Herrnstadt (Hg.), Das Herrnstadt-Dokument, S. 273.

284 Protokoll der PB-Sitzung vom 17.3.53, TOP 2: Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei, (Untersuchung Dahlem, Bartel, Eisler, Kuczynski, Rompe), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/270.

285 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

286 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 15.1.51, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/355.

287 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 343ff.

Bekanntschaften betont, bevor er nach ihnen gefragt werden konnte.²⁸⁸ Viele der im Bestand der ZPKK gesammelten Materialien wurden (gemäß handschriftlicher Anmerkungen) von den Parteikontrolleuren an das MfS weitergereicht. In der Tat war allen mitdenkenden Genossen klar, daß es hier um nichts weniger als um ihren Kopf gehen könnte.

Selbst Mitglieder westeuropäischer kommunistischer Parteien (wo solche physischen Gefährdungen nun wirklich nicht akut waren) standen bei der ZPKK Schlange, um ihre Wachsamkeit unter Beweis zu stellen. Dabei tat sich schon im Dezember 1950 Mario Montagnana von der Kommunistischen Partei Italiens bei der Denunziation Merkers hervor und bewies zudem noch prophetischen Instinkt bei der Bewertung André Simonés: „Franzose, Deutscher, Tscheche, ebenso Jude; Katz machte mir den Eindruck eines typischen Kosmopoliten ohne Wurzeln in irgend einem Lande oder in irgend einem Volke. Ich ... habe immer (d[as] h[eißt] seit Ende 1941) den Verdacht gehabt, daß er der Agent einer imperialistischen Macht sei: wahrscheinlich Englands.“²⁸⁹

Derartig unappetitlich äußerten sich die in der DDR lebenden Mitglieder der österreichischen Partei Mitja Rapoport, Georg Knepler und Walter Hollitscher über ihre Bekanntschaft mit Smolka²⁹⁰ nicht, als sie der ZPKK ihre Bekanntschaft mit ihm beichteten. Anzumerken wäre noch, daß es Wolfgang Harich nicht gelang, mit seinen insgesamt drei Briefen an die ZPKK vom Dezember 1952, Hollitschers Verbindungen und seine Parteibiographie betreffend, dessen Selbstanzeige zuvorkommen.²⁹¹

3. Der unangepaßte Antifaschismus: VVN-Mitglieder entziehen sich der Parteikontrolle

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) für die SBZ wurde am 22./23. Februar 1947 in Berlin gegründet, nachdem die Bildung dieser Vereinigung bereits seit 1946 in den westlichen Zonen auf Länderebene begonnen worden war. Die VVN verstand sich als bewußt überparteiliche antifaschistisch demokratische Organisation aller unter der Naziherrschaft widerständiger und aus allen möglichen Gründen verfolgter Personen. Neben dem SED-Landesvorstandsmitglied Ottmar Geschke als Vorsitzendem, Karl Raddatz als Generalsekretär und Franz Dahlem gehörten dem Vorstand der VVN für die SBZ neben Probst Heinrich Grüber als zweitem Vorsitzenden auch Mitglieder anderer Parteien sowie jüdische Kameraden wie Julius Meyer (SED) an. Zuletzt wurde die VVN Berlin im Februar 1948 in

288 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124. Jürgen Kuczynski hatte bereits am 21.11.52 angesichts der veröffentlichten Liste der Angeklagten im Slánský-Prozeß in einem Brief an Matern und Ulbricht die ihm aus England bekannten Ludwig Freyka und André Simoné bekanntgegeben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl. 206f.

289 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/117. Otto Katz war der Parteiname von Andre Simoné.

290 Petr Smolka (Smollet) wurde von Löbl im Prager Prozeß als britischer Agent bezeichnet. Walter Hollitscher war 1949 bis 1953 Direktor des Philosophischen Instituts und Mitja Rappoport seit 1952 Direktor des Instituts für Biologie und Physiologische Chemie der Berliner Humboldt-Universität. Der Musikwissenschaftler Georg Knepler war seit 1950 Rektor der Hochschule für Musik in Berlin.

291 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

Berlin-Charlottenburg gegründet, womit die VVN als Organisation nunmehr in ganz Deutschland durch ihre Verbände präsent war.²⁹²

Es ist klar, daß öffentliche Äußerungen und Aktivitäten von Mitgliedern der VVN in der SBZ/DDR wegen deren hohem Ansehen und ihrer Autorität als Antifaschisten enormes Gewicht in der politischen Sphäre hatten und dieses Gewicht durch ihre Mitgliedschaft in dieser parteiunabhängigen Vereinigung noch zusätzlich vergrößert wurde. Ihre Position war wegen der antifaschistischen Fundamentalpositionierung sowohl des späteren Staates DDR als auch der in der SBZ/DDR führenden politischen Partei SED vermeintlich unanfechtbar und, da inmitten des verordneten gesamtgesellschaftlichen Grundkonsenses verortet, scheinbar jenseits jeder Infragestellung.

Andererseits war die VVN aus der Sicht der SED-Führung in der SBZ/DDR jedoch ähnlich zu behandeln, wie die Blockparteien: Entweder sie verhielten sich von vornherein diszipliniert, oder man bekam sie in den Griff, oder man mußte sie ausschalten. Die Blockparteien in den Griff zu bekommen, war letztendlich durch Anwendung auch rabiater Mittel (Verfolgung unangepaßter Funktionäre und Mitglieder) erfolgreich, während die von der SED selbst geschaffenen Parteien und Massenorganisationen des Einsatzes solcher Mittel kaum bedurften. Bei der VVN schien die Dominanz von aus der SED stammenden Spitzenfunktionären von Anfang an für die Anpassung der Organisation an die Maßgaben der führenden Partei zu sprechen. Andernfalls wäre aber das probate Mittel der Repression zur Erzwingung dieser Anpassung, angewandt gegen in der VVN organisierte Antifaschisten, mit hohen politischen Unkosten verbunden gewesen und deshalb möglichst zurückhaltend einzusetzen. Die Konsequenz: Wenn es den Sachwaltern der SED in der VVN nicht gelänge, diese Linientreue der VVN von innen heraus zu erzeugen, müsse man diese Organisation auflösen.

Es darf bezweifelt werden, daß diese Konstellation der SED-Führung von Anfang an in dieser Klarheit bewußt war, sondern es kann angenommen werden, daß sich diese Klarheit mit den zunehmenden Problemen der SED-Führung mit der VVN erst nach und nach einstellte. Dies um so mehr, als die VVN als Organisation in Gestalt ihrer offiziellen Politik und der Äußerungen ihrer Führung es selten an Anpassungswillen und Linientreue fehlen ließ und immer mehr zugunsten der SED-Dominanz ihre Überparteilichkeit aufgab²⁹³, auch wenn es mehrfach zu massiven Verstößen von VVN-Spitzenfunktionären aus der SED ge-

292 Zur Geschichte der VVN vgl. Elke Reuter/Detlef Hansel, *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953*, Berlin 1997.

293 Beschlüsse der VVN waren dem ZK-Sekretariat anzuzeigen, während das SED-ZS und später das PB viele die Arbeit der VVN betreffende Beschlüsse faßte. Reuter/Hansel, *VVN*, a.a.O., S. 445. Zu den dunklen Kapiteln dieser „überparteilichen“ Vereinigung zählen etwa die Zustimmung zur Verurteilung Jugoslawiens durch die SED gemäß der KOMINFORM-Linie, ihr Beifall zum Slánský-Beschluß der SED, ihre Indifferenz zur SED-Kampagne gegen jüdische Persönlichkeiten im Rahmen der Antizionismus-Doktrin und zur Verfolgung von ehemaligen Westemigranten sowie ihre Distanzierung von den Zeugen Jehovas nach deren Verbot. Die jüdische Opfergruppe meinte in der SBZ/DDR gerade in der VVN eine Plattform ihres Wirkens zu finden und mußte erkennen, daß sie dort keinen Schutz gegen den von antizionistischen Positionsbestimmungen der SED gespeisten Druck erwarten konnte. Diese Entsolidarisierung insbesondere auf Kosten der großen Opfergruppe jüdischer Verfolgter zugunsten der Hervorhebung des kommunistischen Widerstands hat das Ansehen der VVN auch unter ihren eigenen Mitgliedern schwer beschädigt. Diese einseitige Verabsolutierung war natürlich das Resultat der SED-Fixierung der VVN in der SBZ, wurde aber andererseits begünstigt durch die ebenso politisch motivierte absichtsvolle Abwertung kommunistischen antifaschistischen Widerstands in den Westzonen.

gen die Parteidisziplin und mitunter auch gegen die Parteilinie kam. Was sich aber unter dem Mantel dieser Linientreue tatsächlich zusammenbraute, sollte gerade durch die Untersuchungen der Parteikontrollorgane zutage treten: Hier sollte sich in der Tat ergeben, daß die erfolgreichen Parteisäuberungsanstrengungen in der SED kompensatorisch und punktuell zur Bildung von Zellen ausgeschlossener oder in der SED handlungsblockierter oppositioneller Strömungen mit anderen Antifaschisten innerhalb der VVN zu führen drohten. Allein die Tatsache, daß eine solche Option tatsächlich möglich zu sein schien, führte jenseits der wirklichen Bedeutung solcher Entwicklungstendenzen innerhalb der VVN zum äußersten Argwohn der SED-Führung gegenüber der VVN und schließlich zu deren Auflösung im Jahre 1953. An ihre Stelle trat ein vom ZK der SED installiertes und zentral kontrolliertes Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR unter Aufgabe des Status einer rechenschaftspflichtigen Mitgliederorganisation.

Die für die VVN beschriebene Konfliktslage überkreuzte sich mit einem anderen benachbarten Konflikt innerhalb der SED, welcher im gleichen Zeitraum ausgetragen wurde: Der Konflikt der in den Zuchthäusern und KZs überlebenden Kommunisten und Sozialdemokraten (zahlreich in der VVN vertreten) mit den aus sowjetischer Emigration nach Deutschland zurückgekehrten Kommunisten. Dieser Konflikt wurde nicht zuletzt durch die scharfe Kritik der „Moskowiter“ am Verhalten der den Nazis im illegalen Kampf oder während der Haft direkt gegenüberstehenden Genossen entschieden, wobei die Taktik der auf sowjetischer Linie eingeschworenen Funktionäre auch darin bestand, die zurückzudrängenden „Inlandskommunisten“ für den Kampf gegen die verdächtigten kommunistischen ehemaligen „Westemigranten“ zu instrumentalisieren.

3.1. Die Kontrolle der VVN durch die SED

Schon kurz nach der Gründung der VVN ordnete das kleine Sekretariat am 10. März 1949 auf der Grundlage eines Berichtes einer Untersuchungskommission aus Hermann Matern, Bruno Haid und Karl Schirdewan die Zurückziehung des Generalsekretärs Karl Raddatz aus dem VVN-Generalsekretariat wegen des dortigen „moralisch-politischen Zustands“ an und sprach eine strenge Rüge sowie ein einjähriges Funktionsverbot aus. Selbst wer der SED nicht angehörte, blieb von „beruflichen Veränderungen“ auf Parteiweisung auch in nominell „überparteilichen“ Organisationen wie der VVN nicht verschont: Eine in diesem Zusammenhang ebenfalls zu disziplinierende parteilose Stenotypistin sollte von Geschke entlassen werden.²⁹⁴

Die Parteikontrollorgane begannen sofort mit der Überprüfung der VVN-Landesverbände. Das Ergebnis der ersten Überprüfung des VVN-Landessekretariats Sachsens durch die sächsische LPKK datiert vom 14. März 1949. Hier wurden neben Mittelverschwendung und Korruption auch mangelnde Wachsamkeit wegen der Beschäftigung von Mitarbeitern mit Westkontakten sowie sektiererische Tendenzen in bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen seitens alter KPD-Mitglieder in allen VVN-Kreisorganisationen festgestellt. Der Bericht spricht hier sogar von „gewissen Zersetzungserscheinungen in der VVN.“ Ähnliche Überprüfungen auch in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen erbrachten auch ähnliche Ergebnisse.²⁹⁵ Doch zunächst sollte die sächsische VVN

294 Protokoll der Sitzung des kleinen Sekretariats am 10.3.49, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/11.

295 Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 448f.

weiterhin das Hauptaugenmerk der Parteikontrollorgane auf sich lenken: Ein an das ND adressierter und an die ZPKK weitergereichter Bericht über die Landesvorstandssitzung der sächsischen Partei am 21. Oktober 1949 in Dresden vermeldete, daß der paritätische Landesvorstandsvorsitzende Erich Mückenberger in seinem Referat von der Kritik vieler VVN-Kameraden wegen des opportunistischen Zusammengehens der SED mit ehemaligen Nazis in der Nationalen Front (NF) sprach. In Meißen würden Flugblätter einer gegen die NF gerichteten VVN-Gruppe verbreitet, die „unter dem Deckmantel eines Thälmann-Kollektivs“ Kritik an führenden, sich für die NF aussprechenden Genossen äußerten. In Dresden hätten in einer VVN-Versammlung bei der Behandlung der Frage der Einbeziehung von ehemaligen Nazis und Militärs in die NF viele VVN-Kameraden den Saal verlassen. Die schlechteste Rede habe der VVN-Landessekretär Genosse Otto gehalten, der auch den Landesvorstand angegriffen habe. Ein von der SED für den Volksausschuß vorgeschlagenes Mitglied der Partei wurde in Niesky vom VVN-Vertreter und vom VdGB wegen seines Autos und seiner schönen Wohnung mit dem Vorwurf der Bereicherung in der Partei abgelehnt. Der sächsische SED-Landesvorsitzende Ernst Lohagen erklärte in seinem Referat bezüglich der Lage der VVN in Sachsen, der Kampf solle nicht gegen die Organisation, sondern gegen einzelne ihrer Mitglieder geführt werden, wie gegen die abwegigen Ansichten des Leipziger Genossen M[...] von der „objektiven Beurteilung des Trotzismus“, welcher erklärte: „Ich glaube nicht daran, daß Trotzki ein bezahltes Element des Kapitalismus und der Gestapo war. Man muß Trotzki erst gut studieren, ehe man ihn verurteilen kann.“²⁹⁶

Als sich während des Jahres 1950 die Vorwürfe von SED-Funktionären wegen des „Sektierertums der VVN Sachsen“ häuften, sah sich der Vorstand veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß der Vorwurf des Sektierertums doch überwiegend gerade SED-Mitglieder in der VVN trafen, womit es sich verböte, seitens der SED diesen Vorwurf der VVN als Organisation zu machen.²⁹⁷

Im Oktober 1950 berichtete Ullrich für die LPKK Sachsen über den Fall eines 1948 wegen Trotzismus aus der SED ausgeschlossenen und nach Beginn der Field-Kampagne in den Westen geflüchteten VVN-Mitglieds aus dem Kreis Oelsnitz/Vogtland, welcher als „KPO-Nest“ bekannt sei. Dieser ehemalige Genosse hatte sich nach seinem Parteiausschluß in der VVN einen Stützpunkt geschaffen und bei der SED Einspruch gegen seinen Ausschluß erhoben. Die VVN-Ortsgruppe schlug ihn als Mitglied im Wohnungsausschuß vor, was die Partei ablehnte. Der VVN-Kreisvorstand Oelsnitz/Vogtland wandte sich Anfang April brieflich an die VVN-Zentrale. Am 19. April 1950 schrieb Hans Otto (im VVN-Generalsekretariat für die Kaderarbeit zuständig) daraufhin an das VVN-Kreissekretariat Oelsnitz, „daß der Tätigkeit des Kam[eraden] R[...] in den Ausschüssen nichts im Wege steht. Ein Ausschluß aus einer Partei bedeutet nicht Entzug der gesellschaftlichen Funktionen, zumal der Ausschluß eine Folge seiner ideologischen Haltung ist.“ Ullrich empfahl

296 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 22f, vgl. auch Brief an Trautzsch (LPKK Sachsen) vom 27.10.49, ebenda, Bl. 27. Gemäß einer Mitteilung des VVN-Generalsekretärs Harry Kuhn vom 11.11.49 an die ZPKK habe Hans Otto auf der Landessekretärs-Konferenz der VVN in Sacrow am 30.7.49 vom Ausscheiden von VVN-Kameraden auf Grund parteipolitischer Auseinandersetzungen berichtet, nachdem sie bereits aus der SED ausgeschlossen waren. Dieser Kreis habe sich zu einem „Thälmann-Aktiv“ zusammengeschlossen. Der SED-LV Dresden bearbeite die Sache weiter. In Potsdam sei bei der VVN-Landesorganisation Brandenburg ein ähnlicher Kreis unter Führung eines FDGB-Sekretärs entstanden, der ebenfalls vom SED-LV überwacht werde. Ebenda, Bl. 23.

297 Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 450.

daraufhin, mit Hans Otto zu sprechen, denn dies sei eine leichtfertige Haltung ohne Rückkopplung mit der Partei.²⁹⁸

Wenig erfreut dürfte die ZPKK auch über das Bild gewesen sein, das ihr Einblick in die Verhältnisse im VVN-Generalsekretariat anlässlich der Kampagne dieses Generalsekretariats gegen die bei der VVN tätige Berliner Sekretärin des Ravensbrücker Komitees Marga Schumacher zeitigte. Offensichtlich waren Ottmar Geschke und Harry Kuhn erheblich an der sich als völlig unbegründet erweisenden zeitweiligen Verhaftung Marga Schumachers am 23. Mai 1950 wegen Agententätigkeit beteiligt. Ihre Entlastung durch die Frauen des Ravensbrück-Komitees, welche im Auftrag der ZPKK das Belastungsmaterial prüften, trugen zwar zu der raschen Entlassung von Marga Schumacher bei; jedoch sah sich Lisa Ullrich vom Ravensbrück-Komitee im Dezember 1950 veranlaßt, bei der ZPKK gegenüber Altenkirch zu protestieren: „Zu meinem Schrecken höre ich, daß der Fall Marga Schumacher noch immer nicht erledigt ist. Das geht gegen die inzwischen festgelegten Beschlüsse der Partei ... jene Mitglieder, die oben in der Zentralen Leitung der VVN sitzen, haben ihre Fehler nicht unbewußt gemacht. Wer so handelt wie sie, der wird nicht nur in diesem einen Fall unliebsame Menschen rücksichtslos aus dem Weg räumen, sondern auch in ähnlichen Fällen parteilich ungerecht handeln. Wenn die Partei nun dazu übergegangen ist, ohne Rücksicht der Personen ihren Namen sauber zu halten, so hättest ihr doch etwas unternehmen und überprüfen müssen, und der Genossin und auch mir, die für die Sauberkeit unserer Reihen eintritt, eine Möglichkeit gegeben, an der Sache mitzuarbeiten.“²⁹⁹

Es gibt keinen Beleg dafür, inwieweit die Affäre Marga Schumacher dazu beitrug, daß Anfang 1951 neuerlich die VVN-Spitze ausgewechselt wurde: Nach Einschätzung des „derzeitigen Zustands“ des VVN-Generalsekretariats wurde Harry Kuhn durch die ZPKK gehört und abberufen.³⁰⁰ Seine Stelle sollte Fritz Beyling einnehmen. „Aus dem durch die LPKK in den einzelnen Ländern der DDR erstellten Material über den bedrohlichen Zustand der VVN ... ist zu erkennen, daß sich die schlechte politische und organisatorische Arbeit des Generalsekretariats hemmend auf die Landes- und Kreissekretariate und die gesamte Organisation auswirkte.“ Es wurde demnach „an manchen Stellen ... systematische Zersetzungsarbeit“ festgestellt. Ottmar Geschke sei aus gesundheitlichen Gründen „nicht mehr in der Lage, die Organisation straff zu führen und zu überschauen.“³⁰¹ Dies führte jedoch nicht zu seiner Ablösung, sondern zu noch aufmerksamerer Überwachung der VVN der DDR, denn dies war im Ergebnis der umfassenden Überprüfung der VVN auf Kreis-, Landes- und zentraler Ebene um die Jahreswende 1950/51 nach Meinung der ZPKK auch angeraten.

Ende 1950 kommandierten aufmerksame Partei-Beobachter der Verlagstätigkeit des VVN-Verlags die Zurückziehung des durch Anna von Fischer bearbeiteten Erlebnisberichts des jüdischen Autors Rolf Weinstock „Rolf, Kopf hoch“ über seine KZ-Haft wegen Überreibungen, Verfälschungen und dem völligen Verschweigen der illegalen Arbeit im KZ

298 Schreiben von Ullrich (LPKK Sachsen) vom 10.10.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 161f.

299 Brief von Lisa Ullrich an Altenkirch (ZPKK) vom 4.12.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 176f. Zum Fall Marga Schumacher vgl. ebenda., S. 177ff.

300 Die ZPKK-Untersuchung gegen Kuhn endete am 15.2.51 mit einer strengen Rüge wegen mangelnder Wachsamkeit gegenüber Parteifeinden und seiner Funktionsenthebung. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, vgl. auch Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 539 (Fußnote 19).

301 Bericht über den derzeitigen Zustand der VVN vom 26.2.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 133ff.

Buchenwald.³⁰² Im November 1950 begannen die Überprüfungen der VVN-Kreisorganisationen in allen Ländern, wurden in den Landesvorständen der VVN fortgesetzt und endeten im Generalsekretariat. In den Ländern beteiligten sich nicht nur die KPKKen, sondern auch die Instrukteurabteilungen der SED-Kreisleitungen, die Kaderabteilungen, die Abteilungen Agitation und Propaganda und die Sekretariate der Kreisleitungen an der Überprüfungs- und Berichtstätigkeit. Allein dies zeigt die Intensität und den Stellenwert dieser Überprüfung. Bereits Reuter/Hansel berichteten zutreffend in ihrer Monographie über die VVN, daß die LPKKen in erster Linie auf die Ermittlung negativer Erscheinungen orientiert war und ihre Zusammenfassungen der Berichte aus den Kreisen an die ZPKK entsprechend abfaßte.³⁰³ So konnte durch gezielte Recherchen erhebliches Belastungsmaterial zusammengetragen werden. Beispielsweise kolportierte die LPKK Potsdam am 7. März 1951 in ihrem Bericht politisch bedenkliche Erscheinungen in der VVN Brandenburg, die aus den ihr zugegangenen KPKK-Berichten zusammengestellt waren. Als Haupttendenzen dieser bedenklichen Erscheinungen registrierte sie in der VVN den Hang zum kleinbürgerlichen Traditionsverein, zur Sektiererpolitik und zum Sammelbecken bzw. Tummelplatz für aus der Partei ausgeschlossene Schädlinge. Besonders schwerwiegend sei der Fall der VVN Cottbus: Hier habe es im Kreis sogar eine Fraktionsbildung in der SED, geführt durch einen Genossen in der VVN, gegeben, der eine Zusammenkunft aller VVN-Genossen im Einverständnis mit dem VVN-Sekretär organisierte. „Mit den zentralen VVN-Organen sollen Wege und Grundlagen beraten werden, die es ermöglichen, entlarvte trotzkistische Elemente aus der Partei und ausgeschlossene Personen auch aus den VVN-Organisationen zu entfernen ... Darüber hinaus sollten sich die zentralen Stellen Gedanken machen, wieweit durch eine Veränderung der Organisationsform und der Struktur neue Bedingungen geschaffen werden, die die Entwicklung der o. a. negativen Erscheinungen einmal verhindern und zum anderen Garantien schaffen, daß die VVN als überparteiliche gesamtdeutsche Organisation in der DDR zu einem wirklich starken Wirkungsfaktor in der Massenmobilisierung für Einheit und Frieden wird.“³⁰⁴

Auf der Grundlage ähnlicher Berichte aus allen Ländern faßte die ZPKK am 19. März 1951 das Überprüfungsergebnis zusammen. Für das Generalsekretariat wiederholte die ZPKK das schon bekannte Ergebnis, daß der inzwischen abgelöste Generalsekretär Harry Kuhn keine kollektive Arbeit zu organisieren wußte, obwohl dem Sekretariat nur SED-Mitglieder angehören. Sorglosigkeit gegenüber Parteifeinden, der fehlende Überblick über den organisatorischen und politischen Zustand der VVN, ein fast vollkommen eingestelltes Berichtswesen, keine einheitliche Leitung und Kontrolle auch beim VVN-Verlag hatten zum ZPKK-Beschluß zu Kuhn vom 15. Februar 1951 geführt. Die Kritik an der Organisations- und Kaderarbeit des dafür verantwortlichen Funktionärs Hans Otto konzentrierte sich auf die von ihm geäußerten Bedenken im April 1950 gegenüber dem VVN-Kreisvorstand Oelsnitz hinsichtlich des Funktionsverbots eines aus dem SED ausgeschlossenen Trotzisten, der nun von der VVN aus agierte (vgl. oben). Ferner wurde die nachlässige Entsendung von Zeugen für Prozesse gegen Nazis in Westdeutschland kritisiert. Der Geschäftsführer des Generalsekretariats war nicht in der DSF und sei deshalb untragbar. Auch der VVN-Verlag wurde unter anderem für den erwähnten Fall des Erscheinens des Buches „Kopf hoch!“ von

302 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 62ff. Zu Anna von Fischer vgl. Kapitel 3, Abschnitt 8.

303 Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 452.

304 Bericht der LPKK über politisch bedenkliche Erscheinungen in der VVN Brandenburg vom 7.3.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 52ff.

Rolf Weinstock wegen Verherrlichung der amerikanischen Armee gerügt. Im Generalsekretariat und im Verlag existierten keine Agitationsgruppen und keine systematische politische Arbeit der Parteigruppe.

Der Bericht listete auch in den Ländern überwiegend negative Beispiele auf: Parteiverbundene aktive Kräfte stünden in verantwortlicher Position in der Verwaltung und in der Partei. In der VVN überwogen dagegen ältere, invalide und kranke Menschen. Da andererseits Kräfte der Arbeit für die Partei entzogen würden, sei eine oft von Genossen gestellte Frage: „Hat die VVN überhaupt eine Existenzberechtigung?“ Erwogen würde dabei, ob nicht ein Komitee der Widerstandskämpfer die gleiche und bessere Arbeit mit einem geringeren Organisationsapparat zu leisten imstande wäre. Zu berücksichtigen sei allerdings der gesamtdeutsche Charakter der VVN. Vordringlich seien die Beseitigung der Parteifeinde und der Feinde der SU in der VVN, die Reorganisation der VVN (das bedeutete unter anderem die Orientierung auf die Aufgabe der Stärkung der Front aller durch den Faschismus und den Krieg Geschädigten), die Betonung der Aufgabe der ideologischen Aufklärung der Jugend (FDJ/Pioniere). Ferner wurde die Bildung einer Redaktions- und Überprüfungs-kommission durch das Generalsekretariat beim VVN-Verlag für künftige Neuerscheinungen vorgeschlagen.

Im Befund für die Länder und Gemeinden hieß es, die VVN habe den „Charakter von kleinbürgerlichen Vereinen“, andererseits sei aber Sektiererpolitik vorherrschend, die sich zur Parteifeindlichkeit entwickle. So gäbe es in Sachsen Widerstände gegen die Mitarbeit in der NF wegen des Problems der Teilnahme ehemaliger Nazipartei-Mitglieder; viele Vorstände und Vorsitzende seien aus der Partei Ausgeschlossene. Im VVN-Kreisvorstand Meißen würde offen gegen die Partei aufgetreten. Bekannt war auch die sowjetfeindliche Einstellung des ehemaligen VVN-KV-Vorsitzenden im Kreis Flöha, der deswegen bereits von der Partei und VVN gerügt worden war. Berichtet wurde von der Zerschlagung einer linkssektiererischen Gruppe in Corstrau (Kreis Bautzen) innerhalb der VVN. Es gab kein Verständnis in einer VVN-Ortsgruppe in Dresden Strahlau dafür, daß ein ehemals in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesener Genosse nicht die VVN-Westarbeit machen sollte. Der Sozialdemokratismus, das Sektierertum und die Verkennung der führenden Rolle der Partei in der VVN-Ortsgruppe Leisnig (Kreis Döbeln) führte zu folgender von einem Genossen der VVN-Leitung verfaßten Einschätzung dieser VVN-Gruppe gegenüber der SED-Ortsgruppe: „Die Ortsgruppe der SED muß einsehen, daß sie einer selbständigen Organisation keine Weisungen oder Tadel aussprechen kann.“ In der VVN-KL Meißen arbeiteten drei Parteausgeschlossene. Solche Elemente nutzen nach Auffassung der ZPKK auch anderswo die VVN als neue Plattform, ohne daß die Auseinandersetzung darüber geführt werde. Auch in Brandenburg gäbe es in den VVN-Ortsgruppen (z.B. im Kreis Ruppín) Sektierertum, die Ablehnung der führenden Rolle der Partei, Versöhnlerertum sowie (im Kreis Cottbus) einen Fraktionsbildungsversuch innerhalb der Partei durch VVN-Mitglieder (siehe oben). Im Kreis Niederbarnim gab es gemäß einem Bericht der KPKK parteifeindliche Erscheinungen in den VVN-Kreisverbänden Lehnitz und Birkenwerder (Bourgeoisallüren und Demoralisierung unter Spitzenfunktionären in Ministerien und Organisationen). Insbesondere Karl Raddatz, „der wegen seiner moralischen Entartung von seiner Funktion als Generalsekretär der VVN abberufen wurde“, verschärfe den Gegensatz in der Partei durch seine Holzhammerpolitik. In Birkenwerder existiere eine „trozkistische“ VVN-Gruppe von ministeriellen Spitzenfunktionären, die systematische Parteizersetzung betreibe. So bestehe die VVN-Leitung unter anderem aus Genossen B[...] (Redakteur in ND, angeblich Wilton-Park-

Schulabsolvent), Staatsanwalt S[...] (vor kurzem wegen Fragebogenfälschung aus der Partei ausgeschlossen) und Genossen M[...] (der die LPKK im Zusammenhang mit dem Ausschluß von S[...] diffamierte). „Im Hintergrund dieses VVN-Komplexes wirkt der aus der Partei ausgeschlossene VVN-Kapitalist J[...], (Jude), mit dem sich der Staatssicherheitsdienst wegen seiner dunklen Westverbindungen beschäftigt ... Die KPKK und die KL Niederbarnim sind von uns veranlaßt worden, ... erforderlichenfalls mit der LPKK den Zustand in der PO Birkenwerder zu überprüfen und gegen die Parteifeinde Schlußfolgerungen zu ziehen.“ In Glienicke stand die Partei unter dem Einfluß des inzwischen aus der Partei ausgeschlossenen VVN-Trotzkisten S[...]. Im Kreis Frankfurt vermerkte die ZPKK: „Prinzipienloser VVN-Haufen“. Das Sektierertum in der VVN im Kreis Fürstenwalde und im Kreis Osthavelland basierte dem Bericht gemäß auf folgenden Auffassungen: „Durch [die] Nationale Front kommen wir nicht zum Kommunismus – Kommunismus ist unser Ziel und nicht die Einheit Deutschlands“. Im Kreis Rathenow habe es den demonstrativen Versuch gegeben, einen aus der Partei ausgeschlossenen Menschen zum VVN-Kreisvorsitzenden zu machen. In Lübbenow, Kreis Lübben wurde die Frage gestellt, ob nicht die VVN vor der SED den Führungsanspruch habe. Im Land Sachsen-Anhalt vermerkte die ZPKK im Kreis Wernigerode eine mangelhafte Zusammenarbeit mit der Partei und sektiererische Tendenzen in Form einer Wiederbelebung des alten RFB-Geistes im Kreis Bernburg. Im Land Mecklenburg sei die VVN in organisatorisch schlechtem Zustand. In Neubrandenburg „(wurden) durch den letzten Reinigungsprozeß innerhalb der VVN ... alle ... Elemente ausgeschlossen, z.B. Zeugen Jehovas, Trotzkisten sowie diejenigen, welche falsche Angaben gemacht und nicht mehr für die Vereinigung tragbar waren.“ Im Land Thüringen gäbe es Erscheinungen des Sektierertums in Gotha, Greiz und Waltershausen sowie allgemein eine schlechte Zusammenarbeit mit der Partei. Für Berlin meldete die ZPKK, daß 2.000 VVN-Kameraden in den demokratischen Sektor umgezogen seien, von den 300 VVN-Mitgliedern in Westberlin wären 280 parteilos.³⁰⁵

Auch wenn angenommen werden kann, daß die zweifellos vorhandenen Signale von „Sektierertum“, „Trotzkismus“ und anderen Formen parteifeindlichen Verhaltens absichtsvoll überinterpretiert worden waren, zeigte der Befund unzweideutig, daß die ZPKK diese Signale für hinreichend erachtete, bereits Anfang 1951 die Frage der Existenzberechtigung der VVN zu stellen. Dies belegt die ausdrückliche Erwähnung dieser Frage durch „einige Genossen“ im ZPKK-Abschlußbericht und deren Erwägung der Gründung eines Komitees der Widerstandskämpfer als Alternative (siehe oben). Auch die Antwort auf die Frage, warum die VVN trotz dieses vernichtenden Urteils noch bis 1953 weiterbestand, ist zumindest teilweise in Form des Hinweises auf den gesamtdeutschen Charakter der VVN bereits in diesem Bericht enthalten. Da andererseits die VVN ohne Widerspruch alle politischen Maßgaben der SED-Führung einschließlich der jeweils gültigen Säuberungsorientierungen organisationspezifisch mitvollzog³⁰⁶ und sich nur punktuell weigerte, ausgeschlossene Parteimitglieder auch in der VVN zu ächten, liegt es nahe, anzunehmen, daß die Sorgen der SED-Führung mit der VVN sich aus anderen Quellen speisten: Das Ansteigen der Zahl ausgeschlossener Parteimitglieder während und nach den Säuberungen sowie die wachsende Unzufriedenheit der gegenüber der „Moskau-Fraktion“ ins Hintertreffen geratenden „Inlands-

305 Bericht der ZPKK zum Ergebnis der Überprüfung der VVN vom 19.3.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 1ff.

306 Der Kurzbericht der LPKK Sachsen vom 29.5.51 über die Kreiskonferenzen der VVN vermerkte: „Im Kreis Leipzig wurden im vergangenen Jahr 17 Zeugen Jehovas aus der VVN ausgeschlossen.“

kommunisten“, welche in der VVN ihr zweites Standbein hatten, ließen gerade die VVN-Basisorganisationen als ein gefährliches Sammelbecken für oppositionelle oder dissidente Aktivisten erscheinen³⁰⁷, deren Neutralisierung sich wegen der nominellen Verfaßtheit der VVN als überparteilicher Organisation sich dort schwieriger gestalten würde, als in der dem Zugriff der Führung direkt ausgesetzten SED. Überdies hätte eine von der SED verfügte Auflösung der VVN bereits im Jahre 1951 angesichts des Umgangs mit der VVN im Westen erhebliche Irritationen ausgelöst: Es wäre das Bild entstanden, daß die VVN gleichermaßen im Osten wie im Westen verfolgt würde. Die VVN wurde in der BRD als „radikale Organisation“ eingestuft und ihre Mitglieder wurden seit September 1950 von Tätigkeiten im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Das in Frankfurt/Main eingerichtete gesamtdeutsche Büro des „Rates der VVN“ wurde am 2. August 1951 unter Einsatz von Polizei geschlossen. So wurde trotz der SED-Übergriffe auf die Integrität von Antifaschisten und ungeachtet der massiven Eingriffe in die Organisationsangelegenheiten der VVN durch die Parteikontrollorgane die nachhaltige Verbundenheit vieler Mitglieder der VVN in Ost und West zu ihrer Organisation auch durch die natürlich vor allem für Westberliner VVN-Mitglieder erfahrbare Behandlung seitens der deutschen Behörden verstärkt: Es wurden beispielsweise Anträge von Bedürftigen aus den Reihen der VVN oder der SED auf Gewährung zinsloser Darlehen zur Möbelbeschaffung von Westberliner Bezirksräten mit folgender Ablehnung beschieden: „Gemäß §2 Absatz 1 Ziffer 3 des zu erwartenden Gesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus sind Sie als Anhängerin eines totalitären Systems von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen.“ In einem anderen Brief in der gleichen Angelegenheit zögerte man nicht, Opfer des Naziregimes, die der SED angehörten, mit ihren ehemaligen Peinigern gleichzusetzen: „Aus den hier vorhandenen Unterlagen geht deutlich hervor, daß Frau S[...] Mitglied der SED sowie Funktionärin dieser Partei ist ... Die politische Einstellung der Frau S[...] ist somit eindeutig erwiesen. Über die Totalität des Systems, dessen Anhängerin Frau S[...] ist, dürfte ebenfalls kein Zweifel herrschen, zumal in jüngster Zeit von der sogenannten Volksjustiz der Ostzone gefällten Terrorurteile, die stark an das nationalsozialistische Regime erinnern, einen deutlichen Beweis hierfür erbracht haben. Wir weisen zudem darauf hin, daß auf die Gewährung eines Möbeldarlehen kein Rechtsanspruch besteht.“³⁰⁸

Die neue Führung der VVN bemühte sich nach der vernichtenden Kritik der ZKPP vom März 1951 offenbar verstärkt, den indirekten Säuberungsaufforderungen der Parteikontrollorgane so nachzukommen, als ob es sich bei der VVN um eine rechenschaftspflichtige Parteiorganisation handelte. So übermittelten Generalsekretär Fritz Beyling und der Sekretär für Kaderfragen Fritz Lober im Namen des Generalsekretariats der VVN am 21. Juni 1952 an die ZPKK einen Teilbericht ihrer Untersuchungen über parteifeindliche Umtriebe in den

307 In der VVN sei „Sektiererpolitik vorherrschend, die sich zur Überheblichkeit und Parteifeindlichkeit entwickelt. Des weiteren ist die VVN zu einem Sammelbecken und oft auch Tummelplatz von aus der Partei ausgeschlossenen Parteischädlingen und demoralisierten Elementen geworden.“ Bericht der ZPKK zum Ergebnis der Überprüfung der VVN vom 19.3.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 1ff.

308 Die hier zitierten Briefe des Bezirksamts Neukölln von Groß-Berlin, Abteilung Sozialwesen, vom Januar und Februar 1951 sowie weitere Briefe zur Abwehr von Ansprüchen aus der Umwertung von Wiedergutmachungsforderungen wegen erlittener Nazihaft bzw. zur Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung aus Gründen der offensichtlich verfolgungsbedingten Arbeitsunfähigkeit von Antragstellern wurden im Rahmen einer Untersuchung der Berliner VVN übergeben. Teilbericht der Untersuchung der Berliner VVN am 13.2.1951, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/261, Bl. 60ff.

Reihen der VVN. Obwohl hier das Generalsekretariat folgsam die Sichtweise der SED-Führung auf die Zustände in der VVN übernahm, findet sich in diesem Rapport auch eine deutliche Kritik an den selbstherrlichen Eingriffen von SED-Kreisleitungen in die VVN-Arbeit. Es hieß, Sinn des Berichts sei es, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kreisparteiorganisationen der SED, „die nicht selten für bestimmte Erscheinungen der oben bezeichneten Art eine wesentliche Ursache sind“ und der VVN zu verbessern. Wegen dieser unbefriedigenden Zusammenarbeit habe etwa der ehemalige KPKK-Vorsitzende das Büro der VVN-Kreisdienststelle Neuruppin versiegelt und Haussuchungen beim ehemaligen VVN-Kreisvorsitzenden veranlaßt, was der SED und der VVN schadete. Ein Genosse vom Kreissekretariat stand auf dem Standpunkt, daß, wer aus der SED ausgeschlossen wird, auch aus der VVN ausgeschlossen und ihm der Status „Verfolgter des Naziregimes“ aberkannt werden müsse. Nötig sei eine Klarstellung der Partei, daß bei Ausschluß von Parteimitgliedern, die gleichzeitig Mitglied der VVN sind, es auf den Parteiausschlußgrund ankäme und daher jeder VVN-Ausschluß individuell mit der jeweiligen VVN-Kreisorganisation klarzustellen ist. Jenseits dieser Kritik argumentierte der Bericht jedoch gemäß der ZPKK-Linie: Im VVN-Büro Neuruppin trafen sich ständig aus der SED ausgeschlossene Elemente, die dort ihre feindlichen Diskussionen gegen die SED entfachten. Gruppierungen parteifeindlicher Kräfte sowie das Einwirken feindlicher Propaganda seien in einigen Kreisen Sachsens besonders stark: In Frankenberg, Kreis Flöha sei der Urheber ein ehemaliger VVN-Kreisvorsitzender, bei dem sich die aus der SED und der VVN Ausgeschlossenen trafen und der von einem aus Flöha nach Westberlin geflohenen ehemaligen Mitglied angeleitet würde. Es würden insbesondere sowjetfeindliche Auffassungen geäußert. In Zittau konnte eine feindliche und organisationsschädigende Gruppe in öffentlichen VVN-Versammlungen isoliert werden. In Chemnitz und Zittau sei nichtjüdischen Kameraden Antisemitismus vorgeworfen worden, wobei der Berichtersteller versicherte, dies seien haltlose Anschuldigungen, welche auf Zersetzung und Spaltung abzielten. Ferner wurde versöhnlerisches Verhalten gegenüber feindliche Einstellungen äußernden Mithäftlingen aus dem KZ sowie Fälle von Unterdrückung der Kritik und Einschüchterung aufgezählt. So habe in Greifswald ein VdN-Dienststellenleiter, der gleichzeitig KPKK-Mitglied war, einem seiner Kritiker mit seiner KPKK-Mitgliedschaft gedroht. Berichtet wurde vom Ausschluß von Walter R[...] (11 Jahre KZ, vor 1933 Anarchist), der unter anderem erklärte, die Gesetze der Regierung der DDR seien gegen das werktätige Volk gerichtet. Wörtlich hieß es, es herrsche „seit einiger Zeit gesteigerte Wachsamkeit in den Reihen der Landes- und Kreisorganisationen der VVN ... Damit ist gleichzeitig eine stärkere Orientierung auf die Säuberung der VVN-Organisationen eingeschlagen worden, die vom Generalsekretariat der VVN ... kontrolliert wird.“ Offenbar reagierte das Generalsekretariat mittels solcher Passagen dieses Berichts auf den auf ihm lastenden Druck und ging zur Gegenkritik über: Es bemängelte die Unterschätzung der Arbeit der VVN durch die SED-Kreisleitungen, was in der mangelhaften Anleitung und Kontrolle in den Kreisen und Ländern zum Ausdruck käme. Dies jedoch widerspräche der von Pieck und Ulbricht am 24. Februar 1952 zum Ausdruck gebrachten Charakterisierung der Aufgaben der VVN.³⁰⁹

Nach dem neuerlichen Aderlaß durch die Flucht von VVN-Funktionären und vielen jüdischen Mitgliedern im Gefolge der antizionistischen Kampagne der Jahreswende 1952/53 (vgl. Abschnitt 3.2.) setzte das ZK-Sekretariat am 15. Januar 1953 eine Kommission aus

309 Schreiben des Generalsekretariats der VVN an die ZPKK vom 21.6.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 35ff. Am 24.2.52 beging die VVN in Berlin ihren 5. Gründungstag.

Schirdewan, Dahlem und Beyling ein, um innerhalb von 10 Tagen „einen Beschluß über die weitere Arbeit des Vorstands der VVN und der Einstellung der Tätigkeit der Organisation der VVN in der Deutschen Demokratischen Republik und im Demokratischen Sektor von Berlin auszuarbeiten“. Dieser die Organisationsautonomie der VVN zur Makulatur degradierende Beschluß, welcher die VVN und ihren Generalsekretär Beyling zu Befehlempfängern des ZK-Sekretariats sogar in der Frage des Organisationsbestands machte, war wohl der tiefgehendste (und auch letzte) Eingriff der SED-Führung in die Angelegenheiten der VVN. Es wurde, als ob der Beschluß auch in seinen Konsequenzen schon vollendet sei, mitverfügt, daß „im Etat der VVN für 1953 nur Mittel für den Vorstand und die Buchhandlung in Berlin einzuplanen sind“ und „die für Ende Januar 1953 vorbereitete Delegiertenkonferenz ... in diesem Sinne als Konferenz zur Beendigung der Arbeit der VVN-Organisation durchzuführen (ist)“.³¹⁰ Der zunächst geheimgehaltene Beschluß führte als erstes zur Suspendierung der ursprünglich für den 29. Januar 1953 geplanten VVN-Hauptkonferenz. Weil die innerhalb von 14 Tagen umzusteuern Hauptversammlung in Richtung der Beerdigung der VVN durch sie selbst nicht realisierbar war, wies das Politbüro die VVN am 3. Februar 1953 vertraulich an, auf die Hauptkonferenz ganz zu verzichten, die Selbstauflösung durch den VVN-Zentralvorstand verfügen zu lassen und die bezirkliche Zustimmung dazu durch die für die ausgefallene Hauptversammlung bereits gewählten Delegierten „auf bezirklichen Zusammenkünften“ zu organisieren. Diese definitiv gegen das VVN-Statut verstoßende Maßgabe wurde damit begründet, daß „die von der VVN seit 1945 gestellten Aufgaben ... durch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik gelöst (sind)“. Nach der deshalb zu vollziehenden Auflösung der VVN in allen Gliederungen auf Bezirks- und Kreisebene reiche es aus, einen „aus hervorragenden Kämpfern gegen den Faschismus“ zu bildenden neuen Vorstand die antifaschistischen Ziele popularisieren, den internationalen Verpflichtungen der VVN nachkommen und die VVN in Westdeutschland unterstützen zu lassen. Schließlich habe die am 15. Februar gebildete Kommission „eine vom Sekretariat des ZK zu beschließende Ordnung für die Einstellung der Tätigkeit der VVN und die Überleitung ihrer bisherigen Aufgaben auf andere Organisationen“ auszuarbeiten.³¹¹ Der hier angeforderte Plan lag in überaus detaillierter Form und immer noch geheim am 12. Februar 1953 als „vertraulicher Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zur Auflösung der VVN in der DDR und Berlin“ vor, womit überdies die VVN-Auflösung über den „demokratischen Sektor“ hinaus und anders als noch am 15. Januar vom ZK projektiert, konsequenterweise nun in ganz Berlin vollzogen werden sollte. Dieser Plan zur dezentralen Zwangsauflösung der VVN-Organisationen sah vor, daß durch planmäßiges Agieren der SED-Mitglieder der jeweiligen regionalen VVN-Körperschaften die Beendigung der VVN-Tätigkeit abgesichert und die Politbüroentscheidung vom 3. Februar durch scheidemokratische regionale Legitimierung als Selbstauflösung öffentlich werden sollte. Die Akten und Archivmaterialien der VVN auf Kreis- und Bezirksebene sollten diesem Plan gemäß in die Verfügung von SED-Einrichtungen und -Organen (im wesentlichen des MEL-Instituts) übergehen und darüber nach dortigen Maßgaben entschieden werden.³¹²

310 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 15.1.51, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/355, Bl. 3.

311 Vertraulicher Beschluß des Politbüros des ZK der SED über die Einstellung der Tätigkeit der VVN-Organisationen und zur weiteren Arbeit des Vorstands, Protokoll der PB-Sitzung vom 3.2.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/260.

312 Vertraulicher Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zur Auflösung der VVN in der DDR und in Berlin vom 12.2.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/362.

Bei einer solchen Entwicklung kann es kaum verwundern, daß am 21. Februar 1953 der VVN-Zentralvorstand und die Bezirkssekretäre bei ihrer gehorsamen Zustimmung zu dem Verfahren von Generalsekretär Beyling darauf verpflichtet wurden, „daß es in keinerlei Form geschehen soll, daß ... von der Auflösung der VVN gesprochen wird ... Um was es sich handelt, ist selbstverständlich die ... Einstellung der Tätigkeit ... der VVN.“³¹³ Bei den am nächsten Tag erfolgten Zustimmungen auf den bezirklichen VVN-Veranstaltungen wurde der Hinweis gegeben, daß keine VVN-Mitgliederversammlungen stattzufinden hätten, auf denen etwa der Auflösungsbeschluß diskutiert werden könnte. Denn gemäß der Entschließung des Zentralvorstands und der Bezirksdelegierten vom Vortag sei so etwas nicht vorgesehen.³¹⁴

Es ist unübersehbar, daß die nach dem ZPKK-Überprüfungsergebnis vom März 1951 befürchtete (wenngleich übertrieben reflektierte) Akkumulation „trotzkistischer“, „sektiererischer“ und sonstiger parteifeindlicher Kräfte unter dem Dach der VVN-Basisorganisationen nun noch durch das Bild eventuell entstehender „zionistischer“ Zellen unter dem gleichen Dach angefeuert wurde, weshalb neben den Jüdischen Gemeinden in der DDR nun auch die VVN finales Opfer der Slánský-Kampagne in der DDR geworden war. Der Ablauf der VVN-Zwangsauflösung und ihre Geheimhaltung bis zum Start der Operation ließen den VVN-Gremien keine Chance, diesen von ZK-Sekretariat und Politbüro veranlaßten und mittels der Handlangerdienste des der SED-Führung ergebenden VVN-Generalsekretariats umgesetzten Prozeß aufzuhalten. Die zu verhindernde Diskussion in den VVN-Mitgliederversammlungen konnte aber offenbar vielerorts nicht aufgehalten werden und dokumentierte logischerweise erheblichen Unmut.³¹⁵

Nachdem die ZPKK-Überprüfung vom März 1951 den Schlüssel und die Richtung der weiteren Entwicklung um die VVN abgegeben hatte, trat die Parteikontrolle in der VVN-Angelegenheit ein letztes Mal auf den Plan, als die Ereignisse in den Stunden nach der verfügten Auflösung in den Bezirken zu klären waren. Offenbar hatte sich mindestens im Bezirk Erfurt und in Halle das abgespielt, was beispielhaft der Berliner Zentrale in folgendem Bericht aus dem Kreis Gotha vertraulich mitgeteilt wurde:

*„Der Schriftsteller Genosse Fritz Hammer, ehemaliger Ortsgruppenvorsitzender der VVN Tabarz/Kreis Gotha (Thüringen) erklärte: Nach dem Beschluß der letzten Zentralvorstandssitzung der VVN vom 21.2.1953 über die Einstellung der Tätigkeit der VVN und nach Bestätigung dieses Beschlusses durch die Bezirksdelegiertenkonferenzen am folgenden Tag kam am darauffolgenden Morgen um 5.30 Uhr die Kriminalpolizei in seine Wohnung in Tabarz und beschlagnahmte alle schriftlichen Materialien der Ortsgruppe der VVN Tabarz. Diese Aktionen sollen nach Angaben des Genossen Hammer in allen Orten des Kreises Gotha von Seiten der Kriminalpolizei durchgeführt worden sein ... Die ehemaligen Kameraden der VVN fühlen sich durch die Art der Durchführung dieser Aktion vor den Kopf gestoßen und können sie nicht begreifen. Es ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß bei der Beschlagnahme des Materials selbst vor Privatpost des Kameraden nicht haltgemacht wurde.“*³¹⁶

313 In dem VVN-Zentralvorstandsbeschluß beschränkte jedoch die Auflösungsverfügung für Berlin wieder nur auf den demokratischen Sektor. Die VVN Westberlin reorganisierte sich dann im Mai 1953.

314 Vgl. Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 505ff.

315 Ebenda, S. 506.

316 Bericht vom 3.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 50. Dieser Bericht wurde gemäß einher Notiz an Dahlem weitergeleitet. Dahlem erhielt auch eine ähnliche Meldung aus Apolda und schlug

Die ZPKK erhielt während des Monat März 1953 eine Vielzahl von Berichten ähnlichen Inhalts von Bezirksabwicklungsstellen der VVN, aus denen hervorging, daß in der Nacht vom 22/23. Februar Mitarbeiter von Kreispolizeiämtern bzw. der Staatssicherheitsorgane und der SED-Kreissekretariate regelrechte Beschlagnahmeaktionen von VVN-Material durchführten³¹⁷, die den zu verwischenden Eindruck der Auflösung der VVN in den Augen der betroffenen ehemaligen VVN-Kreisfunktionäre sogar in den Bereich eines offenbar erfolgten Verbots der VVN erhoben. Dieses höchst peinliche Vorgehen, das keinesfalls von der Berliner Zentrale gedeckt, sondern von bezirklichen SED-Parteiorganen verantwortet wurde, war die Quittung der Geheimniskrämerei um die VVN-Auflösung: Diese Bezirksorgane fehlinterpretierten offensichtlich die plötzliche VVN-Auflösung als Handlungsanweisung im Sinne von „Gefahr im Verzuge“.³¹⁸ Die ZPKK begann zu ermitteln und stellte gegenüber der BPKK Erfurt im Mai 1953 abwiegelnd fest:

„Aus den Unterlagen, die ihr der ZPKK in dieser Angelegenheit übermittelt habt, ist ersichtlich, daß die Genossen der Kreispolizei und auch die ersten Kreissekretäre auf die Durchsagen verschieden reagiert haben. Verschieden insofern, als einige sofort, d[as] h[eißt] mitten in der Nacht die Sicherstellung der Unterlagen vornahmen, während andere in den frühen Morgenstunden diese Arbeit durchführten. Im Kreis Apolda und auch in einigen anderen Kreisen wurde die Übergabe kriminalistisch durchgeführt und es ist verständlich, daß die Genossen der VVN aus diesem Grunde schockiert waren. Wie aber weiter aus den Unterlagen hervorgeht, wurden dieselben überall in den Kreissekretariaten der Partei untergebracht. Aus einem Schreiben des Genossen Mückenberger entnehmen wir, daß der KPA-Leiter von Apolda schon zur Verantwortung gezogen und abgelöst wurde ... Wir denken, daß eine Rücksprache mit den KPS-Leitern und den ersten Kreissekretären von eurer Seite genügen würde, d. h., wir schlagen vor, den Genossen eine Belehrung zu erteilen.“³¹⁹

Noch mehr wiegelte die BPKK Erfurt selbst ab. Sie antwortete der ZPKK:

„Werte Genossen! Zu der Sache teilen wir euch mit, daß über diese Angelegenheit überhaupt nicht mehr gesprochen wird. Wir sehen die Sache so, daß es bei der Durchführung der Auflösung der VVN zwar einige überspitzte Maßnahmen gegeben hat, die sich aber im großen und ganzen nicht schädlich auswirkten. Wir halten es für richtig, wenn die Rücksprache mit den KPA-Leitern und 1. Kreissekretäre[n] nicht durchgeführt wird.“³²⁰

Die ZPKK konnte also mit Hilfe ihrer Bezirksorgane feststellen, daß letztendlich auch unter den früheren VVN-Mitgliedern die Disziplin gegenüber der Unruhe und Empörung überwog und konnte Entwarnung geben. Die „Operation VVN“ war kontrolliert abgeschlossen worden. Aus den nun verfügbaren Materialien der VVN bedienten sich auch die Partei-kontrollorgane, wie eine Aktennotiz vom April 1953 belegt: „Das Material, das jetzt bei der

vor: „Es müßte veranlaßt werden, daß die beschlagnahmten Materialien ordnungsgemäß, wie das beschlossen worden ist, von dem bisherigen Bezirksleiter der VVN in Verständigung und zusammen mit dem Bezirkssekretariat der Partei übernommen werden, damit sie nachher dem MEL-Institut übergeben werden können.“ Hausmitteilung von Dahlem an: Hermann Axen betr. Beschlagnahme von VVN-Material in Apolda, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 48.

317 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 51ff.

318 Vgl. Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 507f.

319 ZPKK an BPKK Erfurt am 12.5.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 45.

320 BPKK Erfurt an die ZPKK vom 6.6.53 betr. Beschlagnahmen von VVN-Material, ebenda, Bl. 44.

BPKK Erfurt liegt, müßte gesichtet werden. Dabei wäre es ratsam, wenn ein Mitglied der ZPKK anwesend sein könnte, um die wichtigsten Dinge, die für uns von Interesse sind, für die BPKK bzw. ZPKK sicherzustellen, und den Rest dem MELS-Institut zu übermitteln.“³²¹

3.2. Der Antizionismus und die Lage der Juden in der VVN, der jüdischen Kommunisten und der jüdischen Gemeinden in der DDR

Unter den überlebenden und den in die SBZ zurückgekehrten Juden hatten sich viele sowohl der SED, als auch der jüdischen Gemeinde angeschlossen und gehörten in der Regel auch der VVN an.³²² Dies alles bot, wie sich schon bald zeigen sollte, wenig Schutz vor den allenthalben stattfindenden Inhaftierungen: Ein Beispiel ist die Verhaftung von Fritz Katten, Mitglied der SED und des Vorstands der Berliner VVN sowie stellvertretender Vorsitzender der Repräsentanten-Versammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin, welche am 13. April 1949 durch die deutsche Kripo erfolgte. Seiner Frau wurde kein Grund angegeben; sie wandte sich daher nach langer Ungewißheit am 1. August 1949 an Wilhelm Pieck, ebenso taten dies am 2. August Persönlichkeiten der Jüdischen Gemeinde (unter anderem Hans Freund als ihr Vorsitzender, Heinz Galinski und Julius Meyer).³²³ Nachdem Pieck bei seinen Nachforschungen zunächst nur vom DVdI-Präsidenten Kurt Fischer erfuhr, daß Katten auf Anweisung der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet worden war, erhielt er auf dortige Nachfrage³²⁴ im Oktober den Bescheid, daß Katten der Spionage für die Amerikaner und Engländer beschuldigt würde. Außerdem habe er als stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde sowjetischen Juden mit falschen Dokumenten die Ausreise nach Palästina oder Amerika ermöglicht. „Die Jüdische Gemeinde hat außerdem eine Tätigkeit entfaltet, um Angehörige der sowjetischen Armee zum Landesverrat zu bewegen. K. hat sich für schuldig bekannt.“³²⁵

Im Zusammenhang mit den Rajk-Untersuchungen wurde 1949 Bernhard Steinberger als erster jüdischer Kommunist verhaftet. Lex Ende, Bruno Goldhammer, Leo Bauer, Rudolf Feistmann und Paul Bertz, ebenfalls jüdische Kommunisten, gerieten 1950 in die Untersuchungsmaschinerie des Field-Komplexes. Die Verhaftungen und Untersuchungen lassen die jüdische Herkunft der Beschuldigten nicht als Ursache für ihre Verfolgung erkennen, sondern der Zugriff erfolgte auf sie als ehemalige Westemigranten. Während zunächst die Verfolgung jüdischer Kommunisten im Rahmen der allgemeinen Repressionswellen keine Besonderheiten aufwiesen, verstärkten sich nach dem Prager Slánský-Prozeß (11 der 14 Angeklagten waren Juden) in Osteuropa mit der sich ausformenden antizionistischen Stoßrichtung deutlich auch antisemitische Tendenzen (vgl. Abschnitt 2.6.), die aber zunächst kaum auf die SED durchzuschlagen schienen. Allerdings wurde Merker wegen seiner For-

321 Aktennotiz vom 27.4.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/260, Bl. 46ff.

322 Zur jüdischen Frage in Ostdeutschland siehe auch: Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 130ff; Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000.

323 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/399, Bl. 101ff.

324 „Ich bitte Sie nachzuforschen, warum die Verhaftung erfolgte und ob nicht die Möglichkeit seiner Freilassung besteht. Es scheint so, als ob die Verhaftung von Katten große Unruhe in den beteiligten Kreisen hervorruft.“ Brief von Pieck vom 13.9.49, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/399, Bl. 111.

325 Ebenda, Bl. 112.

derung der Entschädigung verfolgter Juden in Hitlerdeutschland als Zionist verdächtigt und ihm wurde zusammen mit Leo Zuckermann die Rekrutierung von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde für die amerikanische „Spionageagentur“ American Joint Distribution Committee (Joint) vorgeworfen. Auch die Verhaftung des jüdischen kommissarischen Chefredakteurs Hans Schrecker im November 1952 stand im Zusammenhang mit seiner Emigrationsbiographie, obwohl die Verhöre eine stark antisemitische Note hatten.³²⁶ Die Situation änderte sich schließlich Anfang 1953: Die ZPKK überprüfte seit Dezember 1952 die Aktivitäten des der SED angehörenden Vorsitzenden des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR und Mitglied des Zentralvorstands der VVN, Julius Meyer, im Zusammenhang mit seinen Reisen nach Westdeutschland und Israel und der Verteilung der Hilfssendungen des „Joint“ für jüdische Empfänger. Schließlich berührten die Fragen auch eventuelle Verbindungen Meyers und anderer Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu den Angeklagten des Prager Slánský-Prozesses. Als Meyer die Listen aller Empfänger von „Joint“-Hilfssendungen an Mitglieder der Jüdischen Gemeinde abverlangt und belastende Aussagen gegen ins Visier der Parteikontrolle geratene Parteimitglieder erwartet wurden, floh er im Januar 1952 in den Westen,³²⁷ nachdem bereits im Dezember der im Slánský-Beschluß schwer belastete Leo Zuckermann diesen Weg gewählt hatte. Die sich verstärkende antijüdische Tendenz wurde mit der in der bereits erwähnten ZK-Sekretariatsitzung vom 15. Januar 1953 ausgesprochene Weisung an das Ministerium des Innern deutlich, das Verbot des Vertriebs der jüdischen Zeitung „Der Weg“ auszusprechen und zu überwachen. Diese Anordnung wurde noch übertroffen durch die Beauftragung der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK, „die Leitung der Jüdischen Gemeinde zu überprüfen und dem Sekretariat notwendige Vorschläge zu unterbreiten.“³²⁸ Dies alles geschah, als neuerlich „Lehren“ zu ziehen waren; diesmal „aus der Aufdeckung der terroristischen Tätigkeit einer [jüdischen] Ärztegruppe in der Sowjetunion“.³²⁹ In gewohntem Eifer wurden in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von Maßnahmen zur Überprüfung des Personals an den Gesundheitseinrichtungen, an der Spitze das Regierungskrankenhaus, beschlossen. Schon erwähnt wurde, daß der Kulturbundsekretär Alexander Abusch, welcher schon während der Field-Sache unter Druck geraten war (vgl. Abschnitt 2.6), genötigt wurde, als ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift „Freies Deutschland“ im Mexikanischen Exil, „in der zionistische Auffassungen vertreten wurden“, eine Erklärung zum Slánský-Beschluß des ZK abzugeben. Ferner wurde verfügt, daß dieser jüdische Kulturpolitiker „keinerlei Fragen der Arbeit nach Westdeutschland bearbeiten darf“.³³⁰

326 Vgl. Otto, Antizionismus, a.a.O., S. 103 und S. 113ff.

327 Reuter/Hansel, VVN, a.a.O., S. 470ff.

328 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 15.1.51, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/355, Bl. 4f.

329 ND 14.1.53. Am 17. Januar 1953 erklärte Matern vor der ZPKK: „Die Veröffentlichung der ‘TASS’ über die Ärztesache kommt auch nicht zufällig ... Die erste Seite ist die, daß es eine Warnung für uns ist, noch besser aufzupassen ..., wenn es sogar noch möglich ist, in der Sowjetunion nach all den Jahren solche Verbrechen durchzuführen; die zweite Seite ist ein klares Ansprechen der Imperialisten, daß, wenn sie glauben, eine Fünfte Kolonne in der Sowjetunion noch bilden zu können, sie sich irren ... Der ‘RIAS’ trommelt, daß wir plötzlich Anti-Semiten geworden sind, weil bei den Gaunern auch Juden sind. Uns ist Religion und Hautfarbe gleich, aber das, was jetzt ist, ist eine Klassenfrage und keine Rassenfrage. Wir reden auch nicht von Semiten, sondern von ‘Zionisten’.“ Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 17.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 32ff.

330 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 15.1.51, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/355, Bl. 3.

Daß angesichts dieser Entwicklung viele wichtige Vertreter der Vorstände jüdischer Gemeinden in der DDR und mit ihnen schubartig viele Juden (angeblich um die 400) das Land verließen, war folgerichtig.³³¹ Fünf der acht Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden flüchteten in den Westen. Auf andere Weise folgerichtig war auch die Verurteilung und der Ausschluß der geflohenen jüdischen Funktionsträger aus der VVN als entlarvte „zionistische Agenten“.³³² Es kann angenommen werden, daß deren Flucht von der SED-Führung erleichtert registriert wurde, da so der Vollzug der antizionistischen Kampagne weitergehen konnte, ohne daß durch etwaige Verhaftungen von jüdischen Funktionären der Vorwurf des Antisemitismus eskalierte. Allerdings standen diese geflohenen jüdischen Funktionäre nun nicht mehr als Kronzeugen für die Abrechnung mit den deutschen Opfern der Slánský-Kampagne zur Verfügung.

3.3. Walter Bartel und die „Buchenwald-Sache“

Die VVN war neben der SED nicht zuletzt auch die gemeinsame Organisation aller „Inlandskommunisten“, die den Terror der Nazis in den Zuchthäusern und KZ's überlebt hatten, in der SBZ sehr selbstbewußt Partei- und Staatsfunktionen reklamierten und auch erhielten. Ihre Zurückdrängung durch die „Moskau-Kader“ erfolgte auf allen Ebenen. Ein besonderer Aspekt dieses Prozesses war die Kritik der Parteiführung am Verhalten der illegalen Lagerleitungen in den KZ's.³³³ Die ZPKK hatte hier mit ihren Untersuchungen erheblichen Anteil am Zustandekommen dieser Bewertung. Exemplarisch zeigte sich dies am Fall von Walter Bartel, der als Kommunist nach Zuchthaus, Emigration in die ČSR und neuerlicher Verhaftung von den Nazis seit 1939 im KZ Buchenwald festgehalten worden war. Er gehörte dort der illegalen Parteileitung an und hatte seit 1943 den Vorsitz des illegalen Lagerkomitees inne. Ab 1946 war er persönlicher Referent Wilhelm Piecks in Parteifragen.

Bartel war seit 1950 gleich mehrfach Anlaß für Untersuchungen der Parteikontrollorgane: Sowohl die Verbindung mit Noel Field, seine Beziehung zu Franz Dahlem und auch seine Haltung zur Tätigkeit des illegalen Lagerkomitees und in der illegalen Parteileitung des KZ Buchenwald wurden nach und nach Untersuchungsgegenstand.

Zunächst stieß die ZPKK im September 1952 darauf, daß 1947 Noel Field angeblich vom Instrukteur beim FDGB Hellmuth Bock in Berlin (damals tätig im Büro-Hauptamt OdF für Groß-Berlin) bei Walter Bartel die Namen der politisch verfolgten (linken) OdF erhielt.³³⁴ Im Januar 1952 tauchte Bartels Name zusammen mit dem Harry Kuhns (als Mitglieder der illegalen Parteileitung im KZ Buchenwald) in einem Bericht über Verbindungen zur französischen Widerstandsbewegung im KZ auf, wobei es um die Rettung von französischen und britischen Häftlingen ging, die angeblich für den amerikanischen oder britischen Geheimdienst gearbeitet hatten.³³⁵ Am 26. März 1953 wurde Bartel bei der ZPKK von Matern in der

331 Vgl. Otto, Antizionismus, a.a.O., S. 106f.

332 ND, 21.1.53

333 Vgl. Lutz Niethammer (Hg.), Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994.

334 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 13f, 35, 44; vgl. auch das Schreiben Herbert Hanskys (Mann von Erika Hansky, Schwester von Erna Stark, geschiedene Bartel) an Laufer (ZPKK) vom 5.7.1952, ebenda, Bl. 47f.

335 Ausführungen von Karl Gärtig zu Verbindungen zur Widerstandsbewegung in Frankreich, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 53ff. Hier hieß es unter anderem: „Wir haben ... in der Praxis erlebt, daß

Field-Sache, am 29. Mai von Sens, Geffke und Tenner wiederum zur Field-Sache und zur Tätigkeit von Ernst Busse³³⁶ von der illegalen Lagerparteileitung in Buchenwald befragt. Ihm wurde vorgeworfen, die Identität Fields zum Zeitpunkt eines Treffens von Franz Dahlem mit diesem in Bartels Wohnung gewußt und versucht zu haben, dies der Partei gegenüber zu verschleiern.³³⁷ Um Bartels damalige Verantwortung in der Lagerparteileitung kreisten die Fragen zu den „Verbrechen Busses im Krankenbau Lager Buchenwald“, zur „Rettung imperialistischer Agenten im Lager Buchenwald“ und zu den „Verbrechen“ im Zusammenhang mit der unter Kontrolle der illegalen Lagerstrukturen stehenden „Arbeitsstatistik“. Zur Frage der Widerstandsarbeit im Lager hielt man Bartel seitens der ZPKK entgegen:

„Die sowjetischen Freunde in Mauthausen haben einen Ausbruch gemacht. Sie haben gekämpft. Ein Teil ist kaputtgegangen, sogar der größte Teil, aber sie haben gekämpft. Nur die Freunde haben das gemacht. Unsere Leute und die anderen haben nicht mitgemacht. Das ist der prinzipielle Unterschied ... wenn man von vornherein so eine Einstellung hatte, wir besetzen die Funktionen und versuchen selbst, die internationalen Kader zu retten und opfern dafür andere, bei einer solchen Linie konnte man zu keiner richtigen Einstellung kommen. Wenn man von vornherein die Einstellung gehabt hätte: Wir nehmen Funktionen überhaupt nicht an oder nur Funktionen, die notwendig sind, um Verbindung nach außen zu haben, Post, Kuriere usw., dann finden sich sicherlich im Laufe der Zeit auch Formen des Kampfes ... Die anderen Nationen, die dann ins Lager kamen, hätten eine ganz andere Basis vorgefunden...“³³⁸

Bartel war nicht bereit, die ihm in den Vernehmungen durch die ZPKK gemachten Vorhaltungen über ein falsches Verhalten der illegalen Lagerparteileitung in Form der Durchsetzung des Konzepts der Übernahme von Funktionshäftlingsposten unter der Kontrolle der Parteileitung zu akzeptieren. Unter anderem äußerte er in einer Erklärung vom 6. Juni 1953 der ZPKK gegenüber:

„In der Aussprache in der ZPKK vom 29. Mai 1953 hörte ich zum ersten Male, daß die Linie des Verhaltens und der Arbeit in den Konzentrationslagern falsch war und die deutschen Genossen dafür die volle Verantwortung tragen ... Der Ansicht, daß die politische Linie in den K-Z prinzipiell falsch war, kann ich nicht zustimmen ...“

diese eingefleischten Bourgeois zumindest verstanden haben, aufgrund ihres Bekanntseins mit einer Reihe von Kommunisten, welche immerhin im Lager Buchenwald Schlüsselstellungen inne hatten, sich an selbige heranzumachen, um dadurch ihr 'kostbares' Leben einigermaßen gut über die Lagerperiode hinwegzubringen. Das trifft besonders zu auf Leute wie Eugen Kogon, Werner Hilbert, Heinz Baumgärtner, Ballachowski (Professor des Pasteurinstituts), Rousseau, du Lubersac u[nd] a[ndere].“

336 Ernst Busse war bereits durch die Sowjets zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Zu den Untersuchungen zur Tätigkeit der „Roten Kapos“ in Buchenwald vergleiche ausführlich Niethammer, Antifaschismus, a.a.O.

337 In der Vernehmung wurde Bartels Erklärung „Betr. Amerikanischer Verbindungsoffizier der Cralog“ vom 5.10.49 zum Gegenstand, in der er angab, ein Treffen dieses Offiziers mit Dahlem in seiner Schöneberger Wohnung vermittelt zu haben. Bartel bestritt, die Identität dieses Offiziers (mutmaßlich Field) gekannt zu haben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 12.

338 Befragungen Bartels durch ZPKK am 26.3.53 (Matern) und am 29.5.53 (Sens, Geffke, Tenner), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 72ff, 105f und 111ff. Bartel erklärte unter anderem: „Ich kann nur darüber lächeln, daß wir eine Linie gehabt haben sollen, Agenten zu helfen ... Unsere Linie war, eine möglichst breite Gemeinschaft zu bilden aller Gegner Hitlers, aber keinesfalls Leute, die als Agenten bekannt waren, zu forcieren.“

Wie es die Arbeiter aller Länder verstanden haben, in Gefängnissen und Zuchthäusern Schulen des Sozialismus einzurichten, so verwandelte sich die Selbstverwaltung der Häftlinge in den K-Z unter der Führung der politischen Häftlinge aller Länder in ein Mittel des Massenwiderstands gegen SS-Mord und Kriegsproduktion ... Erst nach der Festigung der Parteiorganisation und der Herausbildung einer zentralen Leitung trat der Zustand ein, daß die Partei entschied, welche Lagerfunktionen nach Möglichkeit zu besetzen sind ... Die Partei entschied auch, welche Funktionen auf keinen Fall angenommen werden dürfen ... 1943 konstituierte sich das internationale Lagerkomitee ... niemals wurde auch nur von einer ausländischen Parteileitung die Richtigkeit unserer prinzipiellen Linie in Frage gestellt ... Zu der Ansicht, daß die Politik in den K-Z eine Politik des ständigen Zurückweichens war und deshalb zur Zersetzung der Kader führte, weil Kader nur im Kampf erzogen und erhalten werden können, ist folgendes zu sagen ... Die Übernahme einer Lagerfunktion war für einen politischen Häftling nicht das Ende des Kampfes gegen den Faschismus, sondern seine Fortsetzung ... Die Verbindung unserer Parteileitung zu den sowjetischen Freunden hatte ich ... Die sowjetischen Genossen stimmten vollständig mit unserer politischen Linie überein und unterstützen sie in jeder Weise ... Wir haben vom Lager aus den Faschismus nicht besiegen können. Aber ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir nicht schlecht gekämpft haben und daß zehntausende Antifaschisten diesem Kampf ihr Leben verdanken ...³³⁹

Als die Rede von Matern auf der 13. ZK-Tagung im Mai 1953 auszugsweise veröffentlicht wurde, erhielt die Parteiöffentlichkeit erstmals Kenntnis von den Vorwürfen gegen Franz Dahlem (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 3). In Materns Rede hieß es unter anderem: „Es wurde festgestellt, daß Genosse Dahlem im Sommer 1947 in der Wohnung des Genossen Bartel im amerikanischen Sektor von Berlin mit Field zusammengetroffen ist.“ Daraufhin erreichten die ZPKK Denunziationen, die gegen Bartel, Karl Raddatz (nach seiner Ablösung als Generalsekretär der VVN tätig als Lektor im Institut für Zeitgeschichte) und Heinz Brandt (Sekretär des Landesverbands Berlin) gerichtet waren. Bartel und Raddatz wurden mangelnder Wachsamkeit 1947 beim Zugänglichmachen der Kartei ehemaliger Häftlinge des KZ Buchenwald für einen holländisch-englischen Spion beschuldigt.³⁴⁰ Dieses Thema wurde auch in der erwähnten Befragung vom 29. Mai angeschnitten. Am 10. Juni 1953 rätselten die Fragesteller der ZPKK und Bartel gemeinsam, auf welche Quelle die am gleichen Tage erschienene „Neue Zeitung“ zurückgegriffen habe, als sie neben der offensichtlich übertriebenen Schlagzeile „Piecks Kanzleichef geflüchtet – Walter Bartel setzte sich nach Westberlin ab“ außerdem noch mit folgender, im Gegensatz dazu durchaus nicht aus der Luft gegriffener, Information aufwartete: „Im Zusammenhang mit seiner KZ-Haft während der Nazi-Zeit wurde Bartel von der Zentralen Parteikontrollkommission beschuldigt, unmittelbar nach dem Kriege alliierten Dienststellen Berichte geliefert zu haben.“ Eine andere Information dieser Zeitung („Bartel ... der Verbindung mit Franz Dahlem beschuldigt“) erklärten sich die Beteiligten aus der veröffentlichten ZK-Erklärung von ihrer 13. Tagung. Bartel versicherte, Informationen aus der Befragung vom 29. Mai und seiner schriftlichen Erklärung vom 6. Juni an niemanden weitergegeben zu haben. Überdies wurde aus gegebenem Anlaß nochmals die Beschuldigung der mangelnden Wachsamkeit gegenüber dem mutmaß-

339 Brief Walter Bartels an Max Sens (ZPKK) vom 6.6.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 215ff.

340 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 262ff.

lichen Spion, der sich 1947 für Häftlingskarteien interessierte, thematisiert. Bartel wies die Beschuldigung zurück.³⁴¹

Bartel wurde im Ergebnis der Untersuchungen von seinen Funktionen abgelöst. Der diesbezügliche ZPKK-Beschluß legte fest, daß Bartel für Funktionen außerhalb des Parteiapparats zu verwenden sei. Die Begründung verwies auf das von Bartel organisierte Treffen Dahlems mit Field im Sommer 1947 auf Wunsch der „amerikanischen Agentin und Trotzkiistin“ Herta Jurr-Tempi und darauf, daß er in seiner gegenüber Dahlem gegebenen Erklärung vom 5. Oktober 1949 wahrheitswidrig den Eindruck erweckte, die Identität Fields nicht gekannt zu haben. Ebenso habe er die Vermittlung bei der Übergabe von Material an Field verschleiert.³⁴²

Die Begründung enthielt keinen Bezug auf die Buchenwald-Sache. Am 10. Oktober 1953 beschwerte sich Bartel abschließend in einem Brief an Matern: „Bei der Überführung meiner persönlichen Materialien aus dem Büro zu mir nach Hause hat die Genossin Herta Geffke das Zurückbleiben des Buchenwald-Materials angeordnet. Es handelt sich um Unterlagen aus meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Buchenwald-Komitees. Das ist ein wenig guter Kommentar zu deiner Erklärung, daß die Lagerpolitik nicht mehr Gegenstand einer Untersuchung der ZPKK ist. Dasselbe hatte mir die Genossin Geffke gesagt.“³⁴³

Bartel ging nach Leipzig. Er arbeitete ab dem 19. Januar 1954 an der KMU Leipzig im Institut für Geschichte des Deutschen Volkes, das von Professor Engelberg geleitet wurde.

341 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 265ff. Die durch die Pressemeldung aufgeschreckte ZPKK beorderte Bartel mittels eines ihm geschickten Dienstwagens sofort zur ZPKK. Ebenda, S. 266.

342 ZPKK-Beschluß zu Walter Bartel vom 2.7.53, von Matern unterzeichnet am 4.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 2ff.

343 Bartel an Matern am 10.10.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/282, Bl. 383.

KAPITEL 3

Die SED als stalinistische Partei: Grenzen terroristischer Gesellschaftsformierung (1953-1956)

Die Analyse des Erfolgs der Parteikontrolltätigkeit, bei der Parteiformierung zu Diensten zu sein, damit die Politbürokratie mit Hilfe dieser konditionierten Partei auch die Gesellschaftsformierung leisten könne, erbringt für die Spanne zwischen 1953 und 1956 Ergebnisse, welche die Grenzen des terroristischen Typs dieser Formierung auch in der Tätigkeit der Kontrollorgane abbildeten. Die Durchkreuzung projektierte Parteisäuberungs- und Gesellschaftsformierungspläne (Tiefensäuberung von Westemigranten und Aufbauplan der 2. Parteikonferenz) durch den Aufstand am 17. Juni 1953 zwang zur strategischen Neubestimmung auch der Parteikontrollaufgaben. Der Druck in Richtung gesellschaftlicher Entspannung und Normalisierung (neuer Kurs) kreuzte sich mit überfälligen und immer schwerer zu verwirklichenden Säuberungsabschlüssen. Auf neue Überprüfungen infolge des 17. Juni, welche die Bedeutung der Kontrollorgane wieder verstärkten, folgte 1954 ihre Krise auf dem Fuße. Insgesamt erwiesen sich in diesen Jahren bis zum Beginn der anhängigen „Entstalinisierung“ die Aufgaben für die Parteikontrollorgane als schnell wechselnd und extrem widersprüchlich – ebenso wie deren politische Einordnung als Ausdruck restalinisierender und entstalinisierender Faktoren.

1. Anlauf zur zweiten Parteisäuberung

Anfang 1953 waren die katastrophalen Folgen des seit Juni 1952 die DDR-Ökonomie völlig überfordernden Kurses längst auch in Gestalt von Versorgungsengpässen spürbar. Am 17. Januar 1953 erklärte Hermann Matern vor der ZPKK unter Hinweis auf die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme, daß deren Ursachen auch in den Aktivitäten insbesondere englischer Agenten begründet seien könnten und daher eine neuerliche genauere Untersuchung der ehemaligen Westemigranten vonnöten sei. Nachgeordnet verwies er auch auf die Notwendigkeit, die Haltung früher im KZ inhaftierter Inlandskommunisten zu überprüfen.¹ Sens, Altenkirch und Wittholz wurden in der ZPKK-Arbeitsbesprechung vom 31. Januar 1953 beauftragt, bis Anfang Februar einen Plan für die Überprüfung der Genossen aus westlicher Emigration auszuarbeiten, wobei zuerst die im Maschinenbau, in den Staatsse-

1 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 17.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 32ff.

ekretariaten für die Energieversorgung und Kohle, im Ministerium für Handel und Versorgung verantwortlichen Genossen zu berücksichtigen seien. Im Zusammenhang damit mußten auch alle Genossen aus den für die Anleitung dieser Gebiete des Staatsapparats zuständigen Abteilungen des Parteiapparats durchleuchtet werden. Desgleichen sollten die Kreisleitungen überprüft werden, die in den genannten Ministerien und Staatsapparaten arbeiteten.² Am 2. März 1953 erhielten die Vorsitzenden der BPKKs einen vorläufigen „Plan zur Durchführung der Überprüfung von Genossen, die in kapitalistischen Ländern in der Emigration waren.“ Dieser Plan einer neuerlichen Untersuchung wurde folgendermaßen gerechtfertigt: „Die Überprüfung 1949/50 der Emigration in kapitalistischen Ländern war insofern unzureichend, weil ... die Parteikontrollkommissionen die Verhältnisse der Emigration noch ungenügend kannten, ... viele Tatsachen, die inzwischen in den verschiedensten Prozessen in den Volksdemokratien und eigenen Untersuchungen aufgedeckt wurden, noch nicht bekannt waren, ... die Überprüfung nur einen beschränkten Kreis von Genossen in höheren Funktionen erfaßte und sehr formal war ... Die in der ZPKK aus der Überprüfung 1949/50 vorliegenden Materialien müssen durchgearbeitet werden. Dabei muß für jedes Emigrationsland herausgearbeitet werden ... welche politischen Diskussionen und Probleme standen in dieser Emigration, ... welche Parteimitglieder waren in dieser Emigration führend, ... über welche Mitglieder gibt es hinsichtlich von politischen Abweichungen, Gruppierungen oder feindlichen Verbindungen bereits Hinweise.“³

Die so begonnenen Planungen der ZPKK zur erneuten gründlichen Überprüfung der Westemigranten⁴ wurden jedoch vom Politbüro am 3. März 1953 gestoppt und zugunsten des Vorhabens einer von Ulbricht selbst, Matern und Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser zu projektierenden Säuberung der Partei von „feindlichen Elementen“ ersetzt.⁵ Matern erklärte am 11. März 1953 auf der ZPKK-Sitzung zur Zielrichtung dieses modifizierten Vorhabens, gegenüber dem ursprünglichen Plan sei gegenwärtig eine neuerliche Säuberung der Leitungen im Staatsapparat, in der Wirtschaft sowie in der Partei selbst vordringlich und habe nicht nur die ehemaligen Emigranten, sondern alle Kader gleich welcher Vergangenheit zu erfassen.⁶ Offenbar sollte kein Zweifel darüber zugelassen werden, daß mit der Suche nach Agenten unter den üblichen Verdächtigen diesmal die Schuldigen an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gefunden werden sollten. Ulbricht bekräftigte in der erweiterten PB-Sitzung vom 25. März 1953 nochmals die Zielrichtung, die Partei- und Staatsapparate sowie die Massenorganisationen von „trotzkistische[n] und andere[n] feindliche[n] Elemente[n]“ zu säubern, da in der DDR offenbar Agenten und Saboteure unentdeckt ihr Unwesen trieben.⁷

Matern wies in der ZPKK-Sitzung vom 15. April 1953 ausdrücklich darauf hin, daß „keine generelle Säuberung“ des Regierungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsapparates geplant,

2 Protokoll über die ZPKK-Arbeitsbesprechung am 31. Januar 1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/12, Bl. 25f.

3 Anschreiben der ZPKK (Sens) an alle Vorsitzenden der BPKK vom 2.3.1953 zum „Plan für die in der letzten Sitzung der Vorsitzenden der BPKK besprochene Überprüfung“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, S. 118, „Plan zur Durchführung der Überprüfung von Genossen, die in kapitalistischen Ländern in der Emigration waren“, ebenda, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, S. 119ff.

4 Vgl. dazu auch Mählert, „Die SED ...“, a.a.O., S. 438f.

5 Protokoll der PB-Sitzung vom 3.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV J 2/2/265.

6 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 11.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 106ff. Vgl. auch Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 439.

7 Stenographisches Protokoll der PB-Sitzung vom 25.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/270, Bl. 82.

sondern schrittweise und anknüpfend an die vorausgegangene Überprüfung vorzugehen sei. Darauf aufbauend ergingen im April 1953 an alle BPKK-Vorsitzenden Informationen und Weisungen hinsichtlich der neuen Stoßrichtung der bevorstehenden Apparatsäuberung. Hier war die Rede von „der Verschärfung des Klassenkampfes“, „offen provokatorischem Auftreten“, „Überfällen auf Funktionäre und Genossenschaftsbauern“, „Sabotage in den Betrieben und Verwaltungen“, „Sabotage in der Ablieferung und Versorgung“. Hier notierte die ZPKK nur Erscheinungen, die zwangsläufig infolge der Kursverschärfung seit der Maßgabe des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ vom Juni 1952 tatsächlich auftreten mußten. Gleichzeitig waren in den Weisungen unter den dort genannten „großen Problemen“ vom „Widerspruch zwischen Kaufkraft und Warenmangel“ und vom „Problem der Preise (Angleichung der rationierten und HO-Preise)“ mit der „Perspektive: Aufhebung der Karten“ die Rede. Realistisch wurde vermerkt: „Die Belastungen der Partei werden größer – die Partei braucht aktivere Kampfkraft und härtere Disziplin.“ Speziell zu den „Maßnahmen aus dem Beschluß über den Slánský-Prozeß“ im Zusammenhang mit der durchzuführenden Säuberung hieß es knapp: „Wo Konzentrationen – Aufteilung veranlassen“ und „Gegenwärtig keine Beschäftigung mit Fragen der Emigration“. Vielmehr sollten die Parteikontrolleure „die Berichte der Überprüfungen bearbeiten“ und „alle Vorschläge und Maßnahmen auf ihre Durchführung kontrollieren“ sowie die „Entlarvung von Feinden nach der Überprüfung“ beachten. Es ginge (nacheinander) um „die systematische Arbeit zur Entlarvung von Feinden im Partei-, Regierungs-, Verwaltungs-, Massenorganisations-, und Wirtschaftsapparat“. Dabei sei „die Entlarvung von Feinden und Agenten in der Partei in der Bezirkspresse (zu) veröffentlichen und öffentlich auf(zu)fordern, über alle Erscheinungen an die Parteikontrolle zu berichten“. Hingewiesen wurde auf die notwendige „Kontrolle der Sicherung der Parteihäuser“ und die „Ständige Erziehung zur Wachsamkeit“.⁸

Solche Maßgaben erweckten den Anschein eines latenten Ausnahmezustands, auf den der SED-Apparat in dieser Form offenbar nur mit administrativen Sicherungs- und Prüfungsmaßnahmen antworten konnte. Deutlich werden aber auch die Befürchtungen, daß nach der lähmenden Wirkung der ersten Säuberungen von 1949-52 eine zweite Säuberungskampagne die Lage eher verschlechtern würde.

Die angewiesene Aufarbeitung der für unzureichend erachteten Ergebnisse der ersten Überprüfung des Apparats von 1949/50 als Vorbereitung der geplanten neuen war nicht zuletzt auch wegen der Neustrukturierung der Parteikontrollorgane kompliziert und auf Bezirksebene mußte praktisch wieder von vorn begonnen werden. Die ZPKK baute ein Archiv auf, das thematisch geordnet war und auch das „alte Feindmaterial“ enthielt.⁹

Während also dem Funktionärskorps aller von der SED kontrollierten Bereiche eine neue Säuberung bevorzustehen schien, übertraf die Quote der Parteiausschlüsse einfacher Mit-

8 Begleitschreiben „An alle Vorsitzenden der BPKK“ (wahrscheinlich von Laufer) zur Disposition „Die nächsten Aufgaben“ (vertrauliche Verschlusssache) vom 16.4.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 127ff.

9 Das am 1.6.53 noch im Aufbau befindliche ZPKK-Archiv untergliederte sich in „Altes Material“ (unter anderem altes Feindmaterial), „Laufendes Material“ und „besonderes Material mit Suchkartei“ (unter anderem Sondermappen zu den Sachgebieten Agententätigkeit, Emigration, Gelbe Gewerkschaften in Westberlin, Junge Gemeinde, Justiz, Kaderpolitik, Kirche, KPO, Leninbund, Wolfgang Leonhard, Namentliche Ablage, Opportunismus, Parteifeinde (ausgeschlossen in Sachsen), parteifeindliche Gruppierungen, Republikflucht, Riesa-Komplex, Sabotage, Sozialdemokratismus-Sektierertum, SPD, Trotzkiisten-Titoisten, Zeugen Jehovas und ZK-ZPKK. Aufbau und Inhalt des Archivs der ZPKK, Stand am 1.6.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/12, Bl. 55ff.

glieder in der Tat vielerorts bereits die der vorausgegangenen Säuberung von 1951.¹⁰ Matern erhob Anzeichen einer Nichtdurchführung der Parteilinie durch Parteimitglieder in den Rang eines Signals für Feindtätigkeit¹¹, womit er jedes Parteimitglied zwangsläufig zum potentiellen Agenten avancieren ließ, denn von nun an sei „Dussligkeit ... genauso ein Verbrechen wie bewußtes feindliches Handeln.“¹² Auf dem 13. ZK-Plenum vom 13./14. Mai 1953 wurde in Materns Erläuterungen zur ZK-Erklärung „Über die Auswertung des Beschlusses des ZK zu den 'Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slánský'“¹³ parteiöffentlich, daß auch höchste Funktionäre in Verdacht geraten waren: Die Funktionsenthebung unter anderem Franz Dahlems dokumentierte die Entschlossenheit der Parteiführung, „alle Fragen bis zu Ende zu klären“ und die Notwendigkeit, „daß die Konsequenz, die in diesem Beschluß zum Ausdruck kommt, auch in den Bezirken angewandt wird“, wie Max Sens am 20. Mai 1953 vor der ZPKK kommentierte.¹⁴ Die in der ZK-Erklärung vom Mai 1953 ansonsten bemängelte „völlig ungenügende Auswertung“ der Slánský-Entschießung vom Dezember 1952 signalisierte eine Kursverschärfung beim anstehenden Säuberungsprozeß. Wohin allerdings solche Signale zur Bestürzung der ZPKK auch führen konnten, zeigt der folgende Ausschnitt aus dem Bericht zur Auswertung der Monatsberichte aus den BPKKs vom Februar 1953. Die ZPKK-Berichterstellerin vermerkte:

„Ich möchte hier auf eine Gefahr hinweisen, die uns von Chemnitz mitgeteilt wird, aber auch Leipzig und Berlin-Lichtenberg zeig(en) uns solch ein Beispiel auf. In Zwickau-Stadt wurde der Beschluß gefaßt und die KPKK dafür verantwortlich gemacht, der besagt:

'1. Der Prozeß gegen die Slánský-Bande zeigt mit aller Eindringlichkeit die äußerst gefährliche Rolle der Trotzlisten auf. Für unseren Kreis ergibt sich daraus die Aufgabe, eine eingehende Überprüfung der Vergangenheit aller ehemaligen SAP-Mitglieder vorzunehmen. Zur Überprüfung aller ehemaligen Mitglieder der SAP ist eine Kommission zu bilden aus Mitgliedern der KPKK und dem Sektor Kader und dem Sekretariat zur Bestätigung vorzulegen ...

2. Alle Mitglieder unserer Partei, die während der Hitlerdiktatur in [die] Emigration gingen, haben vor der KPKK eine Erklärung über ihre Emigrationszeit abzugeben. Darin muß enthalten sein

a) in welchem Auftrage gingen sie in die Emigration.

b) Welche Stellung hat der Genosse in der Emigration zum Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland bezogen? (Die Einstellung muß er beweisen mit lebenden Zeugen, die von der Partei anerkannt sind.)

c) Wie reagierten die Genossen am 22. Juni 1941 am Tage des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion?

und

d) welche Einstellung hatten die Genossen, wie haben sie sich bewegt, was haben sie gemacht, als die Hitlertruppen in einer Vorstadt Moskaus standen? ...'

10 Mitteilung Materns auf der ZPKK-Sitzung vom 29.4.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 40.

11 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 25.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/445, Bl. 156.

12 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 29.4.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 40.

13 Dokumente der SED, Band 4, Berlin 1954, S. 394ff.

14 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 20.5.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 122.

In Leipzig faßte man in der Kreisleitung Stadtbezirk 6 [das folgende ist in der Vorlage gestrichen:] (und ich bin der Meinung, das Mitglied der BPKK, Genosse Trautzsch ist dabei nicht ganz unbeteiligt) [Ende Streichung] den Beschluß, alle Emigranten und Genossen jüdischer Abstammung zu ermitteln und sich mit diesen zu befassen. Es sollten Stellungnahmen abgegeben werden, die in Aktivkonferenzen ausgewertet werden sollten. Es heißt: Dieser Beschluß wurde formal durchgeführt. Von den jüdischen Genossen sind nur die Hälfte erschienen. Die Überprüfung sollte in Hinblick zionistischer Bewegungen vorgenommen werden. Es gibt noch einige Mitteilungen dieser Art. Wir denken, eine generelle Überprüfung, wie Emigranten oder jüdische Genossen, kann doch nur vom Zentralkomitee beschlossen werden. Solche Beschlüsse sind grundlegend falsch.“¹⁵

Offenbar hatte die ZPKK Mühe, ihren Bezirksapparat im Rahmen der Umorientierung vom 3. März 1953 die angestrebte Zielorientierung der angestrebten Überprüfung zu vermitteln. So gab es Meldungen über Kreispartei-Kommissionen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Potsdam, entgegen der Vorstellungen der Parteiführung „die Überprüfung der leitenden Kader zu einer generellen Parteiüberprüfung (zu) machen“.¹⁶ Ebenso bestand bei den Parteikontrolleuren Unsicherheit über die Frage der Zusammenarbeit mit staatlichen Organen: Mehrere Diskussionsredner bemängelten auf der ZPKK-Sitzung vom 20. Mai 1953 „die teilweise ungenügende Koordinierung sowie die schlechte Zusammenarbeit mit der Staatlichen Kontrolle und der Staatssicherheit“ bei der „Durchführung von Überprüfungen“. Hierzu erklärte Max Sens, offenbar unter Berufung auf die Schulungskonferenz der ZPKK mit den BPKK in Leipzig vom Dezember 1952 (vgl. Kapitel 2., Abschnitt 5.): „Zur Frage der Koordinierung der Arbeit scheint mir, daß das mit dem Ministerium für Staatssicherheit nicht zweckmäßig ist. Auch Genosse Orlow hat von einer gemeinsamen Arbeit mit der Staatssicherheit nicht gesprochen ... Wir stoßen in den Parteiorganisationen auf manche Dinge, aber wir können über die Partei nicht hinausgehen. Täglich stößt die Staatliche Kontrolle auf Parteilose und ist in der Lage, Überprüfungen fachlicher Art vorzunehmen, wozu wir auch kein Recht haben und nicht in der Lage sind.“¹⁷

Die Untersuchungsrichtung erneuter Ermittlungen in Richtung Westemigration Anfang 1953 (und vor allem der von Matern am 17. Januar hervorgehobenen britischen Emigration) wurde zwar als Schwerpunktsache für die gesamte Partei am 3. März korrigiert, jedoch für Spitzenfunktionäre und die Parteiprominenz keineswegs suspendiert, wie der schon mehr-

15 Bericht zur Auswertung der Monatsberichte aus den BPKK Februar 1953 (durch ZPKK) vom 25.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 14ff. Die Berichterstatlerin war vermutlich Elli Hempel, die auf der 2. Parteikonferenz zur Kandidatin der ZPKK gewählt worden war. Das Zwickauer Beispiel (jedoch nicht das Leipziger Beispiel) aus diesem Bericht wurde auch auf der ZPKK-Sitzung vom 27.5.53 mit den Vorsitzenden der BPKK verlesen: Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 27.5.53, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 151ff.

16 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 27.5.53, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 151ff.

17 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 20.5.53, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 69f. Andererseits schienen die sowjetischen Sicherheitsorgane ihrerseits wenig Neigung zu zeigen, mit den deutschen Parteiorganen zusammenzuarbeiten, obwohl letztere dies offenbar von ersteren erwarteten, wie ein Beschluß der außerordentlichen PB-Sitzung vom 9.6.53 zeigte: „Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche deutsche Bürger ständig Auskunft über das Schicksal ihrer von sowjetischen Besatzungsorganen verhafteten Angehörigen verlangen, bittet das Politbüro die Sowjetorgane, den deutschen Organen die Möglichkeit zu geben, diese Anfragen zu beantworten.“ Protokoll der PB-Sitzung vom 9.6.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/288.

fach erwähnte Politbürobeschuß vom 17. März 1953¹⁸ belegt. In einem nicht datierten Schreiben hieß es: „Die ZPKK wird beauftragt, eine Untersuchung über das Verhalten aller derjenigen Genossen durchzuführen, die mit dem Office of Strategic Service (OSS) in Verbindung standen bzw. in dessen Formationen tätig waren. Begründung: Während seiner Emigration in England war der Genosse Prof. Jürgen Kuczynski im OSS ... tätig. Auf seine Initiative wurden sowohl in England als auch in Frankreich zahlreiche Genossen für den Dienst im OSS bereitgestellt.“ Da die ZPKK allein in Frankreich von 40 Parteimitgliedern wußte und ihr bisher 20 Mitglieder namentlich bekannt waren, von denen ein Teil auch nach 1945 in amerikanischen Dienststellen in Deutschland beschäftigt war, sei vermutlich ein „erheblicher Teil dieser Genossen Verpflichtungen für den amerikanischen Spionagedienst eingegangen.“¹⁹ Jürgen Kuczynski war bereits am 3. Januar 1953 bei der ZPKK durch das ehemalige Mitglied der britischen KPD-Fünfer-Auslandsleitung Wilhelm Koenen wegen verdächtiger Beziehungen denunziert worden.²⁰ Am 1. April 1953 informierte der Direktor der Maxhütte Unterwellenborn, Adolf Buchholz, die ZPKK über diese Auslandsleitung²¹, deren Beziehungen zum sowjetischen Geheimdienst und über seinen parteiauftragsgemäßen und mit den sowjetischen Genossen abgesprochenen Eintritt in den OSS. Nach Kriegsende habe Buchholz Franz Dahlem über alles unterrichtet.²² Am 20. Juli 1953 wurde Jürgen Kuczynski²³ durch Herta Geffke, Günter Tenner, Max Sens und Otto Sepke zu seiner Tätigkeit in der englischen Emigration befragt. Er weigerte sich zunächst, über seine Arbeit im „United States Strategic Bombing Survey“ (USSBS) zu sprechen, wenn er nicht die Erlaubnis von Walter Ulbricht habe. Er sei auch einer „höheren Stelle“ gegenüber verpflichtet. Er weigerte sich auch, als Matern ihm im Falle der Aussageverweigerung ein Parteiverfahren androhte. Er erklärte, überdies nur im Rahmen dessen auszusagen, was „ihm erlaubt sei.“ Als sich bei der Befragung herausstellte, daß die ZPKK wußte, daß Kuczynskis Verbindung zu den sowjetischen Genossen durch seine Schwester²⁴ zustande kam, war er schließlich

18 Protokoll der PB-Sitzung vom 17.3.53, TOP 2: Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei, (Untersuchung Dahlem, Bartel, Eisler, Kuczynski, Rompe), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/270.

19 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl. 1.

20 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl. 238ff.

21 Buchholz kam im November 1938 aus der ČSR nach England. Nach Buchholz Angaben bestand die KPD-Auslandsleitung aus dem Komponisten Ernst Hermann Meyer, Margarete Wittkowski, Felix Albin (Kurt Hager), Wilhelm Koenen (als Sekretär der Parteiorganisation) und Jürgen Kuczynski (der sich als Beauftragter des ZK der KPD bezeichnete).

22 Befragung von Buchholz am 1.4.53 in der ZPKK durch Sens, Tenner, Matern. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl. 55ff.

23 Der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, seit 1930 KPD-Mitglied, studierte, lehrte und publizierte bis zu seiner Emigration 1936 nach Großbritannien in Deutschland und den USA.

24 Ursula Kuczynski (Ursula Beurton, Ruth Werner, „Sonja“), seit 1926 in der KPD, wurde über einen Kontakt zu Richard Sorge im November 1930 für den sowjetischen militärischen Nachrichtendienst GRU geworben, war nach verschiedenen internationalen nachrichtendienstlichen Einsätzen seit 1940 britische Staatsbürgerin und hielt sich von 1941 bis 1945 in England auf. Als sie im August 1953 um Auskünfte im Zusammenhang mit der Überprüfung deutscher Genossen aus der englischen Emigration ersucht wurde, antwortete sie Matern in einem Brief vom 29.9.53: „Diese Auskünfte stehen im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit für eine besondere Dienststelle, die mich zu absolutem Schweigen verpflichtet hat. Die anwesenden Genossen der ZPKK vertraten den Standpunkt, daß ich als Mitglied der Partei kein Recht habe, der ZPKK gegenüber eine Antwort zu verweigern, sie sprachen von der Möglichkeit eines Parteiverfahrens gegen mich bei fortgesetzter Weigerung meinerseits und stellten fest, daß ich 'nicht parteiverbunden' bin. Es ist mein eigener Wunsch zur Klärung der Angelegenheit der

doch bereit, Aussagen zu machen. Seine Arbeit für die sowjetischen Freunde datiere seit dem Jahr 1935. Kuczynski wurde auf Grund seines Buches zur Lage der Arbeiter in Deutschland vom USSBS um fachliche Hilfe als Wirtschaftsstatistiker gebeten, was von der sowjetischen Seite toleriert und von der deutschen und der englischen Partei genehmigt wurde. Zudem war sowjetischerseits das Interesse groß an der Vermittlung Kuczynskis im Rahmen einer Anfrage von der amerikanischen Partei nahestehenden Kreisen für die Anwerbung von Personen für Einsätze in Deutschland. Kuczynski gab die Sache an die deutsche Partei und an aus seiner Sicht zuverlässige Genossen mit Verbindung zu den sowjetischen Freunden²⁵ weiter. Auch sein amerikanischer Kontaktpartner, der OSS-Offizier Gould, sei von den sowjetischen Organen gedeckt gewesen. Ebenso sei seine spätere Tätigkeit für den OMGUS in Berlin bis Mai/Juni 1946 von Ulbricht und den sowjetischen Freunden befürwortet worden.²⁶ Kurt Hager bestätigte bei seiner Vernehmung durch Herta Geffke, Günter Tenner und Otto Sepke bei der ZPKK am 23. Juli 1953 im wesentlichen Kuczynskis Angaben zur Arbeit deutscher Antifaschisten in England bei den Amerikanern: „Damals war Koenen der ZK-Vertreter, aber Kuczynski hatte die Verbindung zu Komintern, zur englischen Partei, zu Emil Bourne, das war damals der Redakteur der Zeitschrift 'Left News' und verantwortlich für Agitation und Propaganda, und er hatte die Verbindung zu den sowjetischen Stellen. Das wurde nie angezweifelt ... Er sagte, er hätte die Verbindung zu dieser amerikanischen Stelle und die Freunde seien sehr interessiert daran, daß wir welche dort hineinbringen.“ Überdies teilte Hager mit, daß trotz der sowjetischen Weisung, nur einen kleinen Kreis im Sekretariat in die Sache einzubeziehen, dann aber in der gesamten Leitung der Parteigruppe besprochen und beschlossen wurde, die Amerikaner auszunutzen, um einen kleinen Kreis ausgewählter Genossen nach Deutschland zu bringen. Die ausgewählten Genossen hätten dann eine amerikanische Agentenschule in der Nähe von

betroffenen Genossen beizutragen, falls dies ohne Verletzung der Schweigepflicht möglich ist. Eine solche Verletzung wäre ein schwerer Disziplinbruch, der mit Recht ernste Folgen für mich nach sich ziehen würde. Ich bin am 2. Oktober zur ZPKK bestellt und möchte Dich wegen der Schwierigkeit meiner Lage bitten, mich persönlich zu befragen.“ In der dann stattfindenden Befragung bei der ZPKK am 5.10.53 bestätigte sie Angaben Kuczynskis bei dessen Vernehmung vom 20.7.53. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl. 46ff.

- 25 Der Kommunist Erich Henschke, Absolvent der Lenin-Schule und später Interbrigadist in Spanien, kam über Frankreich nach London und hielt dort die Verbindung der englischen KPD-Leitung zur sowjetischen GRU. In ihrem Auftrag stellte er („Castro“) den Kontakt zum amerikanischen OSS her, der deutsche Antifaschisten für den Einsatz in Deutschland suchte. 1950–55 war er stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“.
- 26 Protokoll der Befragung von Jürgen Kuczynski am 20.7.53 durch Herta Geffke, Günter Tenner, Max Sens, Otto Sepke, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl 180ff. Kuczynski wurde auch zu Kurt Hager befragt. Hier erklärte er: „Ich bin nicht befreundet mit Hager und trotzdem bin ich nicht der Meinung, daß er ein Agent ist ... Politisch ist er bei entscheidenden Fragen unzuverlässig. Wenn jemand vom ZK zu ihm kommt, von dem er weiß, er hat eine falsche Linie, so wird er diese Linie 100%ig durchführen, auch wenn diese Linie gegen das Volk gerichtet ist, einfach wegen seiner Loyalität und Parteitreu. Er steht absolut auf der Linie, die für ihn die Linie der Partei ist. Er wird nie innere Schwierigkeiten haben ... Er hat die Meinung, die er für die Meinung der Partei hält. Er hielt das damals für die Linie der Partei und darum bin ich der Meinung, daß er kein Agent ist ... Die Linie war, was er aus den Nachrichten der sowjetischen Freunde las, die Linie Ehrenburg, die tschechisch-nationalistische Linie. Das Nationalkomitee war für ihn Propaganda: Es wurde von ihm veröffentlicht, daß jede Möglichkeit des Widerstandes eine un reale Illusion ist. Trotzdem bin ich überzeugt, daß er treu zur Partei steht. Wenn man für Menschen die Hand ins Feuer legen würde, würde ich es für Hager, [Siegbert] Kahn und Grete Wittkowski tun.“

London absolviert und seien Ende 1944/Anfang 1945 in Zweiergruppen nach Deutschland gebracht worden. Gemäß Hagers Angaben sagte Kuczynski, „er sei die Verbindung zum ZK. Koenen erkannte er nicht an.“ Kuczynski wurde Sommer 1944 aus der Parteileitung wegen politischer Auseinandersetzungen mit ihm entfernt. „Wir sind vielfach angesteckt worden von dieser englischen liberalen Atmosphäre ... Kuczynski steht und fällt mit der einen einzigen Frage: Stimmt es, daß er wirklich im Auftrag der Freunde gehandelt hat. Sonst bin ich der Meinung daß er ein Agent ist ... Ich habe das aber schon vor Jahren den Freunden gesagt.“ Ansonsten äußerte Hager, nach Hans Schrecker befragt („Schrecker ist ein schwerer englischer Spion“): „Er war ein alter Kommunist. Als ich in die Tschechoslowakei kam, hat man mir erzählt, er hat eine rühmliche Rolle gespielt ... Ich wäre nie auf die Idee gekommen, zu sagen, ich halte Schrecker für einen Spion.“²⁷

Die spezifischen Untersuchungen der Parteikontrolle im Bereich der Westemigration waren 1953 spürbar von erhöhter Vorsicht angesichts des offenkundigen sowjetischen Anteils an der Arbeit dieser Emigranten für westalliierte Dienststellen geprägt. Dies nützte jedoch den bereits zuvor in ähnlichem Kontext inhaftierten Funktionären überhaupt nichts. Überdies trieben die generellen Verhältnisse im Lande und in der Partei mehr und mehr auf eine Eskalation zu: Seit der 2. Parteikonferenz wurde das Verhältnis der politischen Führung zu allen Schichten der Bevölkerung infolge der sich verschlechternden Lebenslage und dem sich erhöhenden Druck immer gespannter. Während die Parteiführung in völliger Verkennerung der Lage auf dem 13. ZK-Plenum auch noch die Erhöhung der Arbeitsnormen dekretieren ließ und den Bogen damit zu überspannen begann, befaßte sie sich innerparteilich weiter mit ausgefeilten Apparatsüberungsplänen. Die verspätete Wende sollte erst Anfang Juni 1953 auf sowjetische Intervention hin erfolgen.

2. Spagat der Parteikontrollorgane: Kampf gegen Überspitzungen in Zeiten des „sich verschärfenden Klassenkampfes“

Opfer der wirtschaftlichen Überspannung im Gefolge der Entwicklungen nach dem Frühjahr 1952 und der allgemeinen Schädlingspropaganda war insbesondere die arbeitende Bevölkerung, die einer überaus harten Strafgesetzgebung namentlich im Bereich von Vergehen gegen das „Volkseigentum“ unterworfen war. In einer Analyse der BPKK Halle über die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums hieß es, daß am 26. Januar 1953 zwei junge, gut beleumundete Arbeiter wegen Entwendung von je einer Weintraube aus einem offenen Eisenbahnwagen auf Antrag des Kreisstaatsanwalts Rosslau zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurden. Zu der gleichen Haftstrafe wurden am 23. Januar eine 42-jährige Arbeiterin wegen der Entwendung von 6 Briketts vom Kreisstaatsanwalt Dessau und eine 20-jährige HO-Verkäuferin wegen des Diebstahl von 5.- DM vom Stadtbezirksstaatsanwalt Halle sowie am 26. Februar eine 40-jährige HO-Verkäuferin wegen der Nichtab-

27 Protokoll der Befragung von Kurt Hager am 23.7.53 durch Herta Geffke, Günter Tenner, Otto Sepke, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/123, Bl 111ff.

rechnung von drei Kalendern für je 0.86 DM vom Stadtbezirksstaatsanwalt Halle verurteilt. „Diese Beispiele können vielfach erweitert werden.“²⁸

Am 18. März 1953 hieß es: „Die BPKK Chemnitz hat auf Signale hin, daß unsere demokratische Justiz das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums vom 6.10.52 nur formal in ihren Entscheidungen anwendet, eine statistische Erhebung angefertigt ... Aus der statistischen Erhebung ist auch zu sehen, wie unsere Justiz bei kapitalistischen Elementen entscheidet ... Es ist besonders zu beachten, daß vorwiegend Arbeiter sehr hart bestraft werden.“²⁹

Daß die Parteikontrollorgane ihre Bemühungen um die Veränderung der Strafpraxis „zum Schutz des Volkseigentums“ und ihrer empörenden Anwendung auf leichte Diebstähle³⁰ aber auch in Verbindung mit dem „Klassenkampf auf dem Land“ zu bringen vermochten, zeigt das eindrucksvolle Beispiel aus dem Monatsbericht der BPKK Karl-Marx-Stadt vom März 1953:

„Die BPKK ließ sich von allen KPCKen eine Aufstellung der Gerichtsurteile anfertigen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums gefällt wurden. Hieraus ist zu erkennen, daß dieses Gesetz völlig formal seine Anwendung findet. Selbst kleinste Vergehen werden sofort durch dieses Gesetz geahndet und mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus bestraft. Das Gesetz läßt eine andere Auslegung auch nicht zu ... Im Gegensatz hierzu stehen die Aburteilungen von Großbauern und sonstigen kapitalistischen Elementen, welche sich gegen unsere Gesetze vergehen, da diese im allgemeinen nach der Wirtschaftsstrafverordnung von 1948 abgeurteilt werden. So entstehen dann solche Gegensätze: ... 1 Reinemachfrau verwendete in ihrem Betrieb 1 Scheuertuch und erhielt dafür 1 Jahr Zuchthaus. Der Großbauer Gustav S[...] Kreis Zwickau-Land, 25 ½ ha Größe, der seinen Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht nachkam, erhielt bereits 1950 einen Erlaß folgender Produkte, die er dem Staat stahl: 1948 kg Milch, 625 kg Schweinefleisch, 62 dt Getreide. Jetzt schuldet er wiederum 466 kg Rindfleisch, 1119 hg Schweinefleisch, 12335 kg Milch und erhielt deshalb 9 Monate Gefängnis ... Diese Beispiele lassen sich beliebig erweitern ... Dies ist möglich, weil parteifeindliche, parteizeretzende Elemente dort tätig sind, wie z.B. der ehemalige Genosse und Staatsanwalt D[...].

28 Analyse über die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums bis zum 28.2.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/158, Bl 65f.

29 Schreiben des Büros der BPKK Chemnitz vom 18.3.1953 an die ZPKK, ebenda, Bl. 72. Herta Geffke bemerkte 1968 in ihren Erinnerungen: „Eine Ursache für die verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung war ... die Anwendung einer gesetzlichen Verordnung über die Achtung vor dem gesellschaftlichen Eigentum. Mit dieser Verordnung sollte erreicht werden, allen Menschen begrifflich zu machen: Das Verhältnis zum Volkseigentum ist besonders hochwertig zu betrachten ... Diese Maßnahmen waren notwendig geworden, weil besonders auf den Baustellen hochwertige Baumaterialien ... in großen Mengen entwendet wurden ... Plötzlich kamen aus den Kreisen und Bezirken Alarmrufe, weil diese Verordnung dazu benutzt worden war, auch geringfügige Diebstähle mit hohen Zuchthausstrafen zu belegen ... Wir veranlaßten die Genossen des Justizministeriums, solche Fälle nochmals zu überprüfen ... Wie damals jeder solcher Fälle erweckten auch diese den Eindruck von Feindarbeit. Jedenfalls trugen auch sie dazu bei, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu steigern, was ja im Interesse des Feindes lag.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 468f.

30 In einer Mitteilung der BPKK Leipzig im Monatsbericht April 1953 war von dem krassen Fall der Verurteilung eines Arbeiters wegen des Diebstahls von ¼ Liter Petroleum zu 3 Jahren Zuchthaus die Rede. Ebenda, Bl. 111.

*Frankenberg. D[...] wurde in einer Sekretariatsitzung der Bezirksleitung Chemnitz als Parteifeind entlarvt. D[...] weigerte sich in mehreren Fällen, Großbauern in Haft zu nehmen ... D[...] entschuldigt sein Verhalten damit, daß es nicht ginge, die Großbauern einzusperren, weil die Felder dieser Großbauern dann nicht bestellt würden. Man sollte ihnen erst Voraussetzungen schaffen und diesen Großbauern Arbeitskräfte geben, damit sie ihre Verpflichtungen dem Staat gegenüber erfüllen könnten.*³¹

Aus der BPKK Suhl hieß es im April schließlich zu diesem Thema: „Nachdem jetzt in letzter Zeit durch Staatsanwaltschaft und Kreisgerichte energische Maßnahmen gegen die sabotierenden Großbauern ergriffen wurden, einige zu empfindlichen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, zeigt es sich, daß eine ganze Anzahl der Übrigen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat plötzlich nachkommen.“³² Auch das Zentralorgan der SED widmete sich am 2. Juni 1953 dem Thema – jedoch nicht im Zusammenhang mit den drakonischen Abstrafungen der Werktätigen, sondern wegen zu milder Bestrafungen von Rechtsbrechern unter den Bauern: Im verschärften Klassenkampf auf dem Dorfe beim Kampf gegen reaktionäre Großbauern seien harte und gerechte Strafen für ihre gesetzwidrigen Handlungen von Großbauern und Hilfe für die Genossenschaften erforderlich.³³

Auch die Überspitzungen bei der Kollektivierungskampagne beschäftigten die Parteikontrollorgane: In einem Bericht vom 25. Februar 1953 vermerkte ein ZPKK-Mitarbeiter, Anfang Januar habe ein Berliner Funktionär im Kreis Wismar verlangt, die Großbauern müßten verschwinden, sie seien schlimmer als Junker und nichts weiter als Kulaken. Derselbe Funktionär erklärte auf der Kreisdelegiertenkonferenz der VdGB am 17. Januar 53 im Kreis Greifswald anläßlich der wetterbedingten Schwierigkeiten der Saatgutbeschaffung unter anderem, daß nicht das Wetter schuld, sondern die Regierung bis hinunter zu Bürgermeistern unfähig sei. Die Klasse der Großbauern sei endgültig zu beseitigen. Nach diesen Äußerungen setzte eine Flucht von Großbauern vor allem im Gebiet Neukloster/Lübbersdorf ein (allein 10 Familien im Zeitraum vom 25. bis 28. Januar 1953). Die ZPKK schätzte ein, dies seien staatsfeindliche Äußerungen, die uns die Großbauern verjagen. Die Partei müsse sich mit diesem Genossen befassen.³⁴ Der bereits erwähnte Bericht zur Auswertung der Monatsberichte aus den BPKKs vom Februar 1953 enthielt die Information, Agitatoren „diskutierten mit den Bauern folgendermaßen: 'Was, Du bist noch nicht bei der LPG? Da bist Du Staatsfeind und wirst eingesperrt!'“ In der BL Potsdam „nimmt (man) ... diese Feindlichkeit als politische Unklarheit hin und erkennt nicht, daß es sich nicht mehr um Unklarheit handelt, sondern in den Agitationsgruppen feindliche Elemente drin waren.“³⁵

31 Aus dem Monatsbericht Karl-Marx-Stadt März 1953, ebenda, Bl. 67.

32 Aus dem Monatsbericht Suhl April 1953, ebenda, Bl. 110.

33 „Unsere Genossen Richter zu Kämpfern erziehen! Eine Aussprache der Bezirksleitung Dresden mit Richtern und Staatsanwälten.“ Artikel im ND vom 2.6.53.

34 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, S. 28ff.

35 Bericht zur Auswertung der Monatsberichte aus den BPKKs Februar 1953 (durch ZPKK) vom 25.3.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 14ff.

3. Der Fall Dahlem

In den Akten der ZPKK findet sich die Niederschrift des Rundfunkabhördienstes der Presseabteilung von einer Sendung des RIAS am 11. September 1950, in der Herbert Wehners Sicht auf die geschilderten Exorzismen gegen Merker, Bauer und andere vorgestellt wurde.³⁶ Zu Dahlem bemerkte Wehner damals: „Franz Dahlem hat jetzt unruhige Nächte, weil er nicht sicher sein kann, daß Ulbricht nicht plötzlich auf Dahlems für kompromittierend und unzulässig gehaltene Briefe an den französischen Ministerpräsidenten Daladier zurückgreift.“³⁷ Tatsächlich wurden in der ZK-Erklärung zum Slánský-Prozeß vom Dezember 1952 dann auch schwere Anschuldigungen gegen die KPD-Exilleitung in Frankreich erhoben. Es hieß, der Grund für deren Aufforderung an die deutschen Emigranten nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, sich den französischen Behörden zu stellen und ihre Internierung in Kauf zu nehmen, sei

„in dem ungenügenden Vertrauen zur Sowjetunion und der darauf beruhenden falschen Einschätzung des Nichtangriffsvertrages zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland zu suchen. Der Beschluß zeigt weiter eine falsche Einschätzung der imperialistischen Westmächte, insbesondere Frankreichs, von denen diese Leitung einen ernsthaften Kampf gegen den Hitlerfaschismus erhoffte ... Nach der Okkupation Frankreichs wurde die Liquidationspolitik fortgesetzt, indem man die deutschen Emigranten nach dem amerikanischen Kontinent evakuierte. Merker floh nach Mexiko ... Es ist kein Zufall, daß die gleiche Liquidationspolitik auch in Dänemark betrieben wurde. Überall, wo die imperialistischen Westmächte ihren Einfluß in der Emigration geltend machen konnten, zeigten sich mehr oder weniger starke Tendenzen des Verzichts auf die Entfaltung der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Die Auslandsleitung der KPD in Frankreich hat ... schwere Schuld ... auf sich geladen.“³⁸

Der Hauptvorwurf richtete sich in diesen Passagen nicht gegen den genannten Merker, sondern gegen den hier ungenannten Franz Dahlem, der damals als Nachfolger von Walter Ulbricht Leiter des ZK-Sekretariats der Exil-KPD in Paris war, nach französischer Internierung der Gestapo übergeben wurde und bis 1945 im KZ Mauthausen saß. So zogen sich auch über dem Politbüromitglied Franz Dahlem, ähnlich wie Merker aufgrund seiner politischen Biographie geradezu prädestiniert für Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit, die Wolken der ZPKK zusammen: Das Politbüro beschloß am 17. März 1953, diese zu beauftragen, Dahlems Verbindungen zu Field zu untersuchen. Seine Funktionen und die anderer im Auftrag des PB zu überprüfender Genossen (Walter Bartel, Gerhart Eisler) hatten zu ruhen. Die ZPKK wurde überdies ermächtigt, bei ihren Untersuchungen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zu befragen.³⁹

36 Wehner war damals der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen und infolge seiner KPD-Biographie bekanntlich bestens mit den Details der Vergangenheit zeitgenössischer SED-Größen vertraut.

37 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

38 ZK-Beschluß „Lehren aus dem Prozeß gegen das ‘Verschwörerzentrum Slánský’“ vom 20. Dezember 1952, Dokumente der SED, Band IV, Berlin 1954, S. 199ff.

39 Protokoll der PB-Sitzung vom 17.3.53, TOP 2: Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei, (Untersuchung Dahlem, Bartel, Eisler, Kuczynski, Rompe), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/270.

Tatsächlich erfolgte also über zwei Jahre nach Wehners hellsichtiger Mutmaßung vom September 1950 nun das Verfahren gegen Dahlem. Sein Versuch, die Angelegenheit durch sowjetische Genossen untersuchen zu lassen, prallte an der Entdeckung des ZK der KPdSU ab, daß es sich hier um eine innere Angelegenheit der SED handele.⁴⁰ Dahlems Ausschluß aus dem ZK und damit aus dem Politbüro sowie dem ZK-Sekretariat wurde im Mai 1953 verfügt und die ZPKK aufgefordert, die Untersuchung weiterzuführen.⁴¹ Die 13. ZK-Tagung bestätigte am 13./14. Mai 1953 den Ausschluß Dahlems aus dem Politbüro, dem ZK-Sekretariat und dem ZK. Von nun an folgte die schleppende Fortsetzung jener Klärung seiner Verantwortung unter anderem für Handlungen der deutschen kommunistischen Exilleitung in Frankreich, während der sich die Inquisitoren neben Verdächtigungen einer Zusammenarbeit Dahlems mit dem amerikanischen und französischen Geheimdienst bis hin zu unklaren Vorwürfen seiner Zusammenarbeit mit der Gestapo während der Nazi-Haft verstiegen.⁴² Am 6. Januar 1954 entwarf die ZPKK ihren Beschluß zur Parteistrafe unter anderem von Franz Dahlem (strenge Rüge wegen des Versuchs, die Parteiführung zu spalten und gegeneinander auszuspielen sowie wegen Unterstützung Zaissers bei seiner parteifeindlichen Tätigkeit⁴³ unter der Voraussetzung, daß Dahlem den Beschluß des 13. ZK-Plenums vollinhaltlich anerkennt). In der Begründung dieses Beschlußentwurfs zu Dahlem argumentierte die ZPKK, daß Dahlem bei seiner Funktionsenthebung auf dem 13. ZK-Plenum die Anerkennung der Gründe dafür ablehnte. Die Feststellungen des Beschlusses des 13. Plenums (Fehler in der politischen Leitung der französischen Emigration und politische Blindheit gegenüber Agenten) seien durch die ZPKK-Untersuchung bekräftigt worden. Überdies gäbe es schriftliche Verleumdungen und Einsprüche von Dahlem gegenüber der Parteiführung und dem Beschluß des 13. Plenums, die auch von seiner Frau Käthe Dahlem in ihrer WPO vorgetragen wurden. Es wurde allerdings auch auf die Mitteilung während des 16. ZK-Plenums vom September 1953 verwiesen: „Die völlige Klärung über das Verhalten des Genossen Dahlem vor der Gestapo ist sehr schwierig. Wir brauchen dazu die Gestapo-Akten, die wir uns bemühen zu finden, um eine richtige Beurteilung und Entscheidung vorzuschlagen. Das wird eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Diese Akten wurden bisher nicht gefunden.“ Ergänzend hieß es: „Genosse Dahlem kann keine Parteifunktionen bekleiden.“⁴⁴ Dieser ZPKK-Beschluß wurde auf der Politbürositzung vom 12. Januar 1954 bestätigt.⁴⁵ Am 15. Januar 1954 verlor er auf Politbürobeschluß sein Volkskammerabgeordnetenmandat.⁴⁶ Das 17. ZK-Plenum am 22./23. Januar erteilte Dahlem dann eine strenge Rüge und Funktionsverbot wegen nicht parteimäßigen Verhaltens während der gegen ihn geführten Untersuchung, welche auf dem 21. ZK-Plenum im November 1954 in eine Rüge abgeschwächt wurde.

40 Mitteilung Ulbrichts auf der PB-Sitzung vom 14.4.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/275.

41 Das Politbüro wies gleichzeitig alle von Dahlem gegen die ZPKK-Untersuchung erhobenen Einwände zurück. Protokoll der außerordentlichen PB-Sitzung vom 6.5.53 und 12.5.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/279 und 280.

42 So wurde die ZPKK am 23.7.53 vom PB beauftragt, „die weitere Untersuchung ... in der Angelegenheit des Genossen Dahlem ... in der Richtung zur völligen Klärung seines Verhaltens bei der Gestapo nach seiner Auslieferung zu führen.“ Protokoll der Sitzung des PB vom 23.7.53, TOP 5 (Angelegenheit Dahlem), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/309.

43 Vgl. Abschnitt 5.

44 Beschlußentwürfe der ZPKK vom 6.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 5ff

45 Protokoll der PB-Sitzung vom 12.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/341, Bl. 1 und 6.

46 Protokoll der PB-Sitzung vom 15.1.54, TOP 6, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/342.

4. Die Umleitung der Parteisäuberung nach dem 17. Juni 1953

Während das Politbüro Mitte Mai 1953 trotz der Berichte über die Unruhe in der Bevölkerung und trotz der auf dem 13. ZK-Plenum deutlich werdenden wirtschaftlichen Überspannung sich weiter auf die Jagd nach Saboteuren und Agenten als Verursacher der ernststen Lage konzentrierte und gleichzeitig die Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens 10% forderte, führten die internen Berichte über die dadurch entstandene Lage in der DDR die sowjetische Parteiführung im gleichen Monat zu einer Umorientierung. Zuvor hatten gerade die sowjetischen Maßgaben zum Ausbau des militärischen Sektors der DDR sowie die anhaltenden Belastungen des Staatshaushalts durch die auferlegten Reparationsleistungen und Besatzungskosten sich verhängnisvoll mit den wirtschaftlichen Sonderanstrengungen im schwerindustriellen Bereich beim sowjetischerseits angeratenen und von der SED im Juni 1952 dekretierten Kurs zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus verbunden. Die Bereitschaft der sowjetischen Führung, nach Stalins Tod im Mai 1953 ihre Indifferenz gegenüber der nicht zuletzt durch sie selbst in der DDR entstandene Lage⁴⁷ zu korrigieren, dürfte auch im Zusammenhang mit den Planungen des Frühjahrs 1953 zu sehen sein, in Verfolgung sowjetischer Sicherheitsinteressen neuerlich die DDR als Staat in den Dienst eines weiteren Versuchs zu stellen, die gesamtdeutsche Option eines blockfreien Deutschland gegen die Westeinbindung der westdeutschen Bundesrepublik zu stärken.⁴⁸

Semenov, nach Auflösung der Sowjetischen Kontrollkommission im Mai 1953 inzwischen Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland, lieferte die Grundlage für die vom sowjetischen Ministerrat am 2. Juni verabschiedete Verfügung „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, die Ulbricht, Grotewohl und Oelßner Anfang Juni 1953 in Moskau zur Kenntnis gegeben wurde. Hier wurde der bisherige politische SED-Kurs des „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus in Ostdeutschland“ als „fehlerhaft“ (weil ohne die notwendigen innen- und außenpolitischen Voraussetzungen begonnen) eingeschätzt und als Ausdruck dessen die explodierenden Flüchtlingszahlen angeführt. Verworfen wurden die disproportionale Bevorzugung des schwerindustriellen Sektors zu Lasten der Konsumgüterindustrie, die „jähre Einschränkung der Privatinitiative“ und der Entzug der Lebensmittelkarten für private Produzenten, die administrative Einrichtung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die aus alledem erwachsenden Versorgungsmängel sowie allgemeine Unzufriedenheit und schließlich die Politik der Repressalien gegen die Kirche (insbesondere gegen die Junge Gemeinde), die Intelligenz und Bauernschaft. Neben der Aufforderung, diese Politik zu verändern, orientierte die Verfügung auch auf „Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und Gewährung der Bürgerrechte“ und auf gesetzgeberische Veränderungen zusammen mit der Überprüfung der Urteile in der „Angelegenheit der Repressalien unterworfenen Bürger.“ Die Verfügung schließt mit der interessanten Maßgabe: „Da zur Zeit die Hauptaufgabe der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist, müssen die

47 Das Stalinsche Politbüro der KPdSU hatte am 8. Juli 1952 den von der SED auf der Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 verkündeten „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ gebilligt.

48 Vgl. Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des sowjetischen Außenministeriums, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/1998, S. 497ff.; dies. „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“ Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv 6/1998, S. 907ff.

SED und die KPD ... die Durchführung einer elastischen, auf maximale Spaltung der Kräfte ihres Gegners und Ausnutzung jeder oppositionellen Strömung gegen die käufliche Clique Adenauers gerichtete Taktik gewährleisten. Da die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der ... bedeutende Massen der Werktätigen folgen, gegen die Bonner Verträge ... auftritt, ist deshalb die allgemein feindliche Position gegenüber dieser Partei für die heutige Periode zu verwerfen.“⁴⁹

In der sowjetischen Verfügung fand jedoch die entstandene Lage der Arbeiterklasse in der DDR nur indirekte Erwähnung. Auch im Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni⁵⁰ und im Ministerratsbeschluss vom 11. Juni 1953, welche die sowjetisch angemahnten Korrekturen zur Parteilinie bzw. zur Regierungspolitik erhoben,⁵¹ fehlte eine Rücknahme des am 28. Mai ergangenen Ministerratsbeschlusses zur administrativen Erhöhung der Arbeitsnormen um 10% für den 30. Juni. Das Politbüro schlug zwar in seiner Erklärung vom 16. Juni 1953 vor, diesen Regierungsbeschluss als unrichtig aufzuheben, betonte aber die Notwendigkeit einer freiwilligen Normenanhebung durch die Arbeiter selbst.⁵² Die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ dagegen bekräftigte am gleichen Tag ausdrücklich die Aufrechterhaltung der bevorstehenden Normenerhöhung. Als Walter Ulbricht und Otto Grotewohl auf einer außerordentlichen Parteikommunikation am 16. Juni in Berlin vom „neuen Kurs“ der SED sprachen, war das Faß bereits am Überlaufen. Ausgerechnet die angeblich „herrschende Klasse“ und ihre Lage wurde von den Politbürokraten bei ihren Fehlereingeständnissen hinsichtlich der Politik gegenüber dem bürgerlichen Lager und den Bauern „vergessen“.

Auch die ZPKK beschäftigte sich am 16. Juni 1953 mit der Interpretation des Politbüro-Kommunikés. Max Sens hob unter Berufung auf einen Artikel der „Prawda“ vom 24. Mai 1953 die entspannungspolitische Dimension des „neuen Kurses“ bei der geduldigen Lösung der Deutschlandfrage hervor: Diese Lösung im Sinne der Herstellung der Einheit Deutsch-

49 „Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, (Streng Geheim) SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/5, Bl. 160ff. und 280.

50 Das PB-Kommuniqué wurde am 11.6.53 im ND veröffentlicht.

51 Bereits am 11.6.53 veröffentlichte das ND ein Kommuniqué über die Besprechung von Vertretern des Ministerrats und Vertretern der evangelischen Kirche vom Vortag. Erzielt wurde Einvernehmen über die Wiederherstellung eines normalen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, über die Einstellung von Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde, die Prüfung der Wiedezulassung und Wiedereinstellung entfernter Schüler und Studenten aus der Jungen Gemeinde bzw. entlassener Lehrer, die in Zusammenhang mit Diskussionen über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde entlassen wurden. Ebenso wurde die Zurücknahme von Beschlagnahmungen kirchlicher Einrichtungen, die Überprüfung der Gerichtsurteile auf ungerechte Härten, und die Wiederaufnahme der Auszahlung staatlicher Zuschüsse an Kirchen vereinbart. Hinsichtlich der Zustände im Justizbereich meldete das ND am 14.6.53, daß bis 13.6.53 insgesamt 4.029 Haftentlassungen auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses vom 11.6.53 bezüglich Verurteilungen mit Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums verfügt wurden. Weitere 1.500 Entlassungen sollen noch folgen. Am 17.6.53 meldete das ND 782 Haftentlassene in Berlin in gleicher Sache. Am 20.6.1953 informierte das ND über eine zentrale Arbeitstagung des Ministeriums für Justiz (Fechner, Schumann, Benjamin, Melsheimer) am 16.6.53 zur Durchführung der PB- und Ministerratsbeschlüsse. Zitiert wurde Justizminister Fechner: „Strafgesetze dürfen sich nicht mehr mit aller Schärfe gegen Personen richten, die sich nur eines kleinen Vergehens schuldig machten ... Strafverfahren wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflicht gegen Klein-, Mittel- und Großbauern sind einzustellen. Große Wirtschaftsverbrechen bleiben von dieser Maßnahme unberührt.“ Das ND meldete am 7.7.1953 7.753 Haftentlassungen bis 1.7.1953, davon 2.058 Personen wegen Verletzung der Ablieferungspflicht oder Steuerschuld.

52 Erklärung des Politbüros am 16.6.53, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 432f.

lands habe ausgehend vom Potsdamer Abkommen zu erfolgen. „Wenn man vom Potsdamer Abkommen ausgeht, ist es klar, daß man nicht vom Aufbau des Sozialismus sprechen kann. Das Potsdamer Abkommen verlangt ein friedliches, demokratisches, einheitliches Deutschland.“ Sens berief sich auch auf den Leitartikel der „Täglichen Rundschau“ zum PB-Kommunique: „Die Beschlüsse ... sind auf das große Ziel der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem geeinten nationalen deutschen Staat ausgerichtet.“ Damit sei, so Max Sens, klar, „daß die neuen Beschlüsse keine Politik des Augenzwinkerns sind.“ Es seien „keine Schritte zu unternehmen, die zu noch größeren Hemmungen bei der Herstellung der nationalen Einheit führen.“ Zu den Fehlern des alten Kurses bemerkte Sens: „Die jetzt aufgehobenen Beschlüsse der Partei und Gesetze der Regierung waren bereits der Übergang von der Beschränkung und Einschränkung der kapitalistischen Elemente zu ihrer Liquidierung ... Diese Entwicklung hat zu einer Kluft zwischen Parteiführung, Regierung und Bevölkerung geführt ... Seit den verschärften Gesetzen haben 550.000 Menschen die DDR verlassen.“⁵³

Auch in den Überlegungen der Parteikontrolleure, die in den letzten Monaten aus den Bezirken und Kreisen über die Lage der Arbeiter in der DDR informiert worden waren, fehlte nicht der opportunistische Eifer bei der Vermittlung des neuen Bemühens zur Beseitigung überspitzter Maßnahmen gegen die „kapitalistischen Elemente“; sehr wohl aber fehlte ein angemessenes Verständnis für die erstrangige Bedeutung der Lohn- und Normenfrage. Die Lage der Arbeiterschaft wurde lediglich in Form der Anerkennung notwendiger Verbesserungen bei der Versorgung zur Kenntnis genommen.

Die jetzt losbrechende Empörung mündete am 16./17. Juni 1953 über Streiks und Demonstrationen in einen Arbeiteraufstand mit Schwerpunkten in den Industriezentren Ostberlin, Leipzig, Magdeburg, Halle und Merseburg, an dem sich auch viele andere Bevölkerungsschichten beteiligten und der schließlich durch die sowjetischen Truppen niedergehalten wurde.⁵⁴ In der Zeit der Unruhen erwies sich der Parteiapparat überraschend als nahezu handlungsunfähig. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von SED-Mitgliedern und eine Minderheit der unteren Funktionäre stellte sich auf die Seite der Streikenden; einige von ihnen führten die Streiks an. Viel weniger, als die Parteiführung hoffen konnte, stellten sich den protestierenden Menschen entgegen. Die Mehrheit der Parteimitglieder verhielt sich passiv und trat nicht als SED-Mitglied in Erscheinung. Die Parteiführung selbst saß ebenso beunruhigt wie sicher in Berlin-Karlshorst unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht und die hohen Parteifunktionäre in Berlin und den Bezirken warteten untätig auf die ausbleibenden Weisungen der Zentrale.

Nun zeigte sich in aller Klarheit, was innerhalb der Partei bereits mit dem Ende der Apparatsäuberung 1949/50, spätestens aber mit dem Abschluß der Parteisäuberung 1951 und hinsichtlich der gesamten Bevölkerung spätestens seit Beginn des Kurses nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 deutlich wurde: Nicht eine von geschulten und motivierten Funktionären geführte disziplinierte und aktive Massenpartei, sondern die Kluft zwischen einem hilflosen Funktionärscorps und einer überwiegend passiven und der Parteiführung distanziert gegenüberstehenden Mitgliedschaft war zu besichtigen. In allen Bevölkerungsschichten wurde die Politik der Staatspartei SED zu großen Teilen als ein Krieg gegen die Bevölke-

53 Protokoll der ZPKK-Tagung vom 16.6.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 170ff.

54 Unter den zahlreichen Veröffentlichungen zum 17. Juni 1953 analysiert die Monographie von Torsten Diedrich den Einsatz der Sicherheitsorgane der DDR (insbesondere der KVP) und der Sowjetarmee während des Aufstands. Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 1991.

rung empfunden und nur von einer Minderheit akzeptiert. Während die Widerstandsbereitschaft innerhalb der SED von der Parteiführung und ihrem Apparat erfolgreich gebrochen worden war, zeigte sich im Juni 1953, daß dies für die Bevölkerung nicht galt und deshalb die Gefahr einer Revitalisierung oppositioneller Strömungen in der SED noch nicht vollständig gebannt war.⁵⁵

Schon wenige Tage nach den Unruhen war auf der 14. ZK-Tagung vom 21. Juni 1953 bereits von einem „faschistischen Putsch“ der amerikanischen und westdeutschen Kriegstreiber die Rede. Im Rahmen des bekräftigten „neuen Kurses“ wurden die anhängigen Korrekturen des laufenden 5-Jahrplans zugunsten der Konsumgüterindustrie angeregt. Für die „Überspitzungen“ und konstatierten „Mißverständnisse“ bei den Arbeitern hinsichtlich der Politik der Parteiführung übernahm selbstkritisch „die Partei“ die Verantwortung.⁵⁶

Auf der Grundlage dieser Sprachregelungen rief die ZPKK am 29. Juni 1953 zu ihrer ersten Tagung seit den Juni-Unruhen die Vorsitzenden der BPKKs zusammen. Herta Geffke wartete mit einer selbstkritischen Fehlerbilanz des alten Kurses auf: Nun standen im Gegensatz zu den bisherigen Schwadronaden über den neuen Kurs vor dem 17. Juni plötzlich die Arbeiter und ihre schwierige Lage vor dem Aufstand im Mittelpunkt der Erörterungen.⁵⁷ Geffke konstatierte eine Entfremdung der Partei von den Massen infolge der falschen Politik der Partei vor dem 9. Juni 1953. Nach dem 9. Juni habe die Partei zwar „eine Wendung“ beschlossen, diese aber so schlecht vermittelt, daß sich Teile der verunsicherten Arbeiterklasse wegen ihres „schwach entwickelten Klassenbewußtseins“ durch „faschistische Provokateure“ und durch „Agenten ... auch solche, die sich in die Partei eingeschlichen hatten“, gegen Partei, Staat und Regierung aufhetzen ließen. Herta Geffke warnte vor übereilten Verfahren mit Parteiausschlüssen bei nur passiv an den Streiks beteiligten Parteimitgliedern, orientierte auf die Konzentration der Parteikontrollorgane auf die Ermittlung von Feindtätigkeit bei aktiver Beteiligung von Genossen an Streiks und setzte auf den erzieherischen Wert der Durchführung notwendiger Parteiverfahren vor allem in den Grundorganisationen. Hier war auch davon die Rede, daß ausgeschlossene ehemalige Parteimitglieder „sich gegenüber den Provokationen ... besser verhielten wie manche Parteimitglieder“ und daher ihr Ausschluß überdacht werden müsse. Im Zusammenhang mit der von Herta Geffke betonten Dringlichkeit, „bei der Entwicklung von neuen Kadern stärker von einer individuellen Beurteilung“ auszugehen, wurde erstmals erklärt, daß „wir ... mit den Übertreibungen bei Westgefängenschaft und Emigration aufhören müssen“. Herta Geffke teilte überdies mit,

55 Die KPKK Hildburghausen berichtete von einer Ortsparteiorganisationsversammlung (OPO-Grimmelshausen) am 25.6.1953, auf der es seitens des Parteisekretärs hieß: „Die Landbevölkerung liefert ab, weshalb bekommt die Stadtbevölkerung nicht mehr zu essen. Die Regierung soll ... uns das Elementarste geben, was wir als Menschen brauchen und zwar müssen wir etwas auf und in den Leib bekommen, wenn wir als Menschen unsere Arbeitskraft erhalten wollen.“ Dieser Parteisekretär wurde abgelöst und am 4.7.53 ein Parteiverfahren gegen ihn eröffnet. Schreiben der KPKK Hildburghausen vom 1.7.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 306ff.

56 „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter“ und „Ehrliche Arbeiter, die zeitweise irre gingen, haben deshalb nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein und sind als solche zu achten.“ Entschließung der ZK-Tagung vom 21. 6.53, Dokumente der SED, Band IV, Berlin 1954, S. 436.

57 Geffkes Fehlerbilanz enthielt den verfehlten Versuch des Überspringens von Entwicklungsetappen, die Bevorzugung des schwerindustriellen Bereichs zu Lasten der Konsumgüter produzierenden Industrie infolge des forcierten Ausbaus des Verteidigungssektors, die Unterschätzung der Bedeutung des Kampfes um die Einheit Deutschlands, die Politik des Administrierens.

daß die Parteikontrollorgane unter anderem der Justiz signalisiert hätten, daß Strafurteile überhöht wären, diese Signale jedoch auch innerhalb der Partei nicht immer ernst genug genommen wurden.

Bemerkenswert war die Art, in der Herta Geffke die Frage der politischen Verantwortung für die Fehler des bisherigen Kurses der Parteiführung thematisierte: Am Beispiel übertriebener Meldungen über die erreichte Kollektivierungsrate an die Parteiführung⁵⁸ erläuterte sie, „die falschen Berichte waren auch hier mit die Grundlage für die Maßnahmen, die von der Partei und der Regierung beschlossen worden sind ... Wenn solche Fehler bewußt gemacht werden, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man eine solche Führung ablösen muß, aber es stand die Frage, daß man ... Dinge lösen wollte, die in der jetzigen Zeit und mit den vorhandenen Mitteln nicht gelöst werden konnten. Das war der Fehler, der gemacht wurde.“ Unter Berufung auf ein halbes Jahr lang vor dem „Neuen Kurs“ angestellte Untersuchungen und Analysen⁵⁹ erklärte Herta Geffke in ihrem Schlußwort ohne Erwähnung der sowjetischen Intervention von Anfang Juni, die Parteiführung habe daraufhin selbst „diese Fehler erkannt ... und den neuen Kurs vollzog(en).“ Aus gegebenem Anlaß fügte sie hinzu, jeder Vergleich mit dem EKKI-Brief an die KPD-Führung von 1925 sei unangebracht, denn „dieser ... Brief ... war gerichtet an die Partei, um eine feindliche Parteiführung zu entlarven.“⁶⁰ Abschließend verwies Herta Geffke auf die Notwendigkeit, die bisherige fehlerhafte Kaderpolitik der einseitigen Konzentration auf junge, unerfahrene Kader in den Kreisleitungen zu ändern durch eine wieder stärkere Einbeziehung erfahrener Genossen in die Leitungsarbeit. Es wurde beschlossen, daß die Mitglieder und Mitarbeiter der ZPKK sich auf die Bezirke verteilen sollten, um bei den nun anstehenden Parteiversammlungen in den Grundorganisationen operativ anleitend tätig zu werden.⁶¹

Auf der Politbürositzung vom 14. Juli 1953 berichtete Matern über die ersten Parteistrafen gegen Funktionäre im Zusammenhang mit den Protesten auf der Warnow-Werft am 18. Juni 1953.⁶² Zu den Verhältnissen im Bezirk Dresden erhielt eine Kommission aus Hermann Matern, Karl Schirdewan, der seit Ende 1952 die Abteilung Leitende Parteiorgane des ZK-Apparats leitete und einem weiteren Mitarbeiter dieser Abteilung vom PB den Auftrag, „die Verhältnisse in Dresden und Görlitz“ zu untersuchen.⁶³ Vor allem aber wurde auf dieser

58 So seien nach Herta Geffkes Aussage angeblich gegenüber der Parteiführung 60% des Bodens als von Genossenschaften bewirtschaftet ausgewiesen worden, während es tatsächlich nur 15% waren.

59 Von Februar bis April 1953 hatte eine Kommission des ZK und der Regierung die Lage im Land analysiert und eine Überspannung sowohl der wirtschaftlichen Ziele als auch der Belastbarkeit der Bevölkerung festgestellt. Dieser Befund wurde gemäß Aussagen von Grotewohl nach dem 17. Juni als Hilfeeinsuchen im April 1953 an die SU über die SKK nach Moskau gegeben. Müller-Enbergs, Herrmstadt, a.a.O., S. 171f.

60 In den Beratungen des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im August 1925 wurde ein „Offener Brief an alle KPD-Mitglieder“ verabschiedet, in dem der Kurs der Fischer-Maslow-Führung der KPD, unter anderem ihr „Ultra-Zentralismus“, die Unterschätzung der Gewerkschaftsarbeit und administrative Methoden, kritisiert wurden.

61 Protokoll der ZPKK-Tagung vom 29.6.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/446, Bl. 232ff.

62 Herta Geffke berichtete in ihren Erinnerungen zum Warnow-Streik: „Hier hatte sich eine zentrale Streikleitung gebildet, die einen Vertreter der Regierung und ein Mitglied des Sekretariats veranlaßten, öffentlich diesen Forderungen [der Streikleitung] ihre Zustimmung zu geben.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 458.

63 Zu Dresden berichtete Herta Geffke später in ihren Erinnerungen, die in diesem Bezirk eingesetzte Elly Schmidt „stimmte in allen Betrieben, wo sie auftrat, ... unerfüllbaren Forderungen zu.“ Geffke verband

Sitzung beschlossen, den Justizminister Fechner, dessen Presseinterview zur Behandlung von Streikenden und ihrer Streikführer durch die Justiz als staatsfeindlich eingeschätzt wurde⁶⁴, seiner Funktion zu entheben, aus der Partei auszuschließen⁶⁵ und „in Untersuchungsarrest“ zu nehmen.⁶⁶

diese Darstellung mit dem Hinweis, „in diesem Bezirk hatte sich das Ostbüro der SPD viele Stützpunkte geschaffen, ja es war der Bezirk, wo das Ostbüro bisher am stärksten mit Parolen und Flugblättern aufgetreten war. Ebenda.

- 64 Im ND vom 30.6.53 erschien auf Seite 5 das Interview „Alle Inhaftierten kommen vor ein ordentliches Gericht“ mit Justizminister Max Fechner. Hier hieß es: „[Bei den Inhaftierten] handelt (es) sich zum großen Teil um von den Faschisten irreführende Werkstätige, zum Teil aber auch um bewußte Provokateure ... Es dürfen nur solche Personen bestraft werden, die sich eines schweren Verbrechens schuldig machten. Andere Personen werden nicht bestraft. Dies trifft auch für Angehörige der Streikleitung zu. Selbst Rädelsführer dürfen nicht auf bloßen Verdacht oder schweren Verdacht hin bestraft werden ... Es werden also nur diejenigen der Bestrafung zugeführt, die Brände anlegten, die raubten, mordeten oder andere gefährliche Verbrechen begangen haben. Es wird also nicht etwa gegenüber denen, die gestreikt oder demonstriert haben, eine Rachepolitik betrieben.“ In den ZPKK-Akten findet sich eine Erklärung von Heinz Friedrich (stellvertretender Chefredakteur des ND) vom 16.7.53 zur Veröffentlichung des Fechner-Interviews im ND vom 30.6.53. Demnach schickte der Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten, Genosse Beyling, am 29.6.53 Korrekturen zu dem Fechner-Interview. Diese seien sofort umgesetzt worden. Am 1.7.53 teilte Genosse Plenikowski (Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK) im dringenden Auftrag von Grotewohl mit, daß am nächsten Tag in beiden Ausgaben des ND der am Vortag entfernte falsche Text als eine Berichtigung zum Fechner-Interview zu bringen sei. Auf Nachfrage erklärte Plenikowski, dies sei kein erneutes Hervorheben der (korrekturbedürftigen) Erstveröffentlichung, da der RIAS sowieso den ganzen Tag über die Erstfassung des Interviews zitierte. Motiviert werden solle die erforderliche Richtigstellung mit einem technischen Versehen und im übrigen sei die Richtigstellung möglichst klein zu bringen. Der Genosse Beyling wußte an diesem Tag von alledem nichts. Beyling wies darauf hin, daß auch ADN mit der Begründung „technisches Versehen“ eine Richtigstellung bringen müsse, was die Sache noch unglaubwürdiger mache. Plenikowski blieb bei seinem Auftrag. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/390, Bl. 204ff. Daraufhin erschien am 2.7.53 auf Seite 6 folgende „Berichtigung [Änderungen kursiv hervorgehoben]. Durch einen technischen Fehler sind in der gestrigen Ausgabe in einem Teil der Auflage in dem Interview mit ... Max Fechner einige Sätze ausgelassen worden. Es muß richtig heißen: Es dürfen nur solche Personen bestraft werden, die sich eines schweren Verbrechens schuldig machten. Andere Personen werden nicht bestraft. Dies trifft auch für Angehörige der Streikleitung zu. *Das Streikrecht ist verfassungsmäßig garantiert. Die Angehörigen der Streikleitung werden für ihre Tätigkeit als Mitglieder der Streikleitung nicht bestraft. Dabei weise ich noch auf folgendes hin:* Selbst Rädelsführer dürfen nicht auf bloßen Verdacht oder schweren Verdacht hin bestraft werden ... Es werden also, *ich darf das noch einmal wiederholen*, nur diejenigen der Bestrafung zugeführt, die Brände anlegten, die raubten, mordeten oder andere gefährliche Verbrechen begangen haben. Es wird also nicht etwa gegenüber denen, die gestreikt oder demonstriert haben, eine Rachepolitik betrieben.“ Interessant ist, daß Plenikowski am 14. Juli auch Berichterstatter zum TOP 7 der Politbürositzung („Stellungnahme zum Interview des Justizministers Max Fechner“) war.
- 65 Herta Geffke bemerkte 1968 in ihren Erinnerungen zum Fall Fechner: „Solche Genossen, wie Max Fechner, gegen die damals ein Parteiverfahren durchgeführt wurde, welches mit Parteimaßnahmen endete, sprechen auch heute noch von diesen ungerechten Maßnahmen. Zweifellos waren einige dieser Maßnahmen überspitzt, wobei man jedoch nicht übersehen sollte, in welcher schwieriger Situation sich damals die Partei und ihre Führung befand. Es wurden ja dann auch eine Reihe dieser Maßnahmen wieder aufgehoben. Herta Geffke, *Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58*, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 466f.
- 66 Protokoll der PB-Sitzung vom 14.7.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/305, Bl. 204ff. Herta Geffke merkte später in ihren Erinnerungen zu Fechners Inhaftierung an: „Die Verhaftung erfolgte zuerst aus Sicherheitsgründen, denn die Familie Max Fechners hatte starke verwandtschaftliche Bindungen nach Westberlin ... Es bestand also die Furcht, er könnte sich nach Westberlin absetzen.“ Herta Geffke, *Die*

Genauere Orientierungen sollte die weitere Arbeit der Parteikontrollorgane jedoch erst durch die Entscheidungen des 15. ZK-Plenums vom 24.-26. Juli 1953 erfahren: Der 17. Juni 1953 wurde nun definitiv als „faschistischer Putsch“ der Kriegstreiber in Reaktion auf den „Neuen Kurs“ der SED eingeschätzt. Folgerichtig war bereits von einer in der DDR operierenden und gut organisierten faschistischen Untergrundbewegung die Rede, die nun, nachdem sie sich am 17. Juni gezeigt hatte, entlarvt werden müsse. In Leipzig und Magdeburg seien bei den Unruhen illegale SPD-Zellen leichtgläubige Opfer des SPD-Ostbüros geworden und müßten für die Partei zurückgewonnen werden. Wieder galt es, den reaktionären Charakter des Sozialdemokratismus zu entlarven. Zusätzlich hieß es, „brandleristische Spionagegruppen, Trotzlisten, SAP-Gruppen“ und andere feindliche Kräfte hätten sich an den Provokationen beteiligt. Vor der Selbstkritik am mißlungenen Sprung nach vorn nach den Maßgaben der 2. Parteikonferenz stand nun die Bekräftigung der Richtigkeit der Generallinie, in der DDR den Sozialismus aufzubauen. Neben der Kritik an dem Versagen von Parteiorganisationen, leitenden Parteiorganen und einigen leitenden Parteifunktionären verurteilte das ZK „die unrichtige, kapitulantenhafte Linie, die in einer Reihe von Aufsätzen des Organs des ZK ‘Neues Deutschland’, dessen Chefredakteur, Genosse Herrnstadt, in der Zeitung ... zum Ausdruck brachte.“ Gleichzeitig wurde Herrnstadt damit eine „im Wesen sozialdemokratische Auffassung“ unterstellt. Rudolf Herrnstadt und Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser wurden der Bildung einer parteifeindlichen Fraktion sowie spalterischer Plattform beschuldigt und aus dem ZK ausgeschlossen. Max Fechner (der bereits am 14. Juli verhaftet worden war) wurde beschuldigt, einerseits seine Funktion als Justizminister zur Strafvereitelung bei faschistischen Provokateuren ausgenutzt zu haben und andererseits für Ungesetzlichkeiten und ungerechtfertigt hohe Strafen gegenüber Werktätigen verantwortlich zu sein. Er wurde als Partei- und Staatsfeind aus ZK und SED ausgeschlossen. Die neue Kaderpolitik wurde folgendermaßen formuliert: „Die jungen Kader sind kühner als bisher zu fördern und gleichzeitig ist mit den alten Kadern sorgsamer als bisher umzugehen.“ Hier war wohl in erster Linie die in der Entschließung geforderte Beendigung von „Überspitzungen der Zurücksetzung und Nichtverwendung von Funktionären wegen Westverwandtschaft und Westgefangenschaft“ gemeint.⁶⁷

5. Die Bearbeitung des Falles Herrnstadt/Zaisser durch die ZPKK

Im Hintergrund nicht nur der deutschlandpolitischen Akzentverschiebung in den Auslassungen des Juli-Plenums des ZK gegenüber der Sicht unmittelbar nach dem PB-Kommunique vom 9. Juni (die sich besonders plastisch in den Ausführungen von Max Sens am 16. Juni vor der ZPKK niederschlugen) standen natürlich die Resultate der Auseinandersetzungen im SED-Politbüro und vor allem des Machtkampfes in der KPdSU-Führung zwischen dem 6. Juni und dem 7. Juli 1953. Der scharfen Kritik aus dem Politbüro auf mehreren seiner Sit-

Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 466.

67 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“, Entschließung der 15. Tagung des ZK vom 24.–26.7.53, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 432ff. Mählert weist darauf hin, daß die so eingeleitete Wiederkehr der „alten Kader“ die Suprematie der KPD- und KJVD-Generation bis zum Ende der DDR festgeschrieben hat. Mählert, „Die Partei ...“, a.a.O., S. 451.

zungen seit dem 6. Juni an der Allmacht und dem administrativen Arbeitsstil von Ulbricht und seinem ZK-Sekretariat, welches das Politbüro zum Bestätigungsorgan degradierte, schlossen sich auf der PB-Sitzung am 9. Juni alle Redner an und Ulbricht geriet in ärgste Bedrängnis.⁶⁸ Auch die Analyse Semenovs zur Situation in der DDR, die er am 24. Juni 1953 in Moskau vorlegte, enthielt Vorschläge zur Abwertung der Rolle des ZK-Sekretariats und für eine „radikale Erneuerung“ des Politbüros.⁶⁹

Nun erörterten Mitglieder einer Organisationskommission, zu der Wilhelm Zaisser gehörte, Vorschläge zur Reorganisation der Führungsstrukturen und des Apparats, aber auch Fragen der personellen Neubesetzung des Politbüros. Hier regte Herrstadt die Ablösung von Matern an, weil er als ZPKK-Vorsitzender Statutenverletzungen „zum Teil bewußt zulasse und dadurch fördere – während er andererseits auch in geringfügigen oder unbewiesenen Fällen mit der Unerbittlichkeit eines St. Georg auftrete. Das wirke zersetzend auf die Partei, vom Politbüro angefangen.“⁷⁰

In einer Redaktionskommission arbeitete unter anderem Rudolf Herrstadt seit dem 9. Juni an einer Entschließungsvorlage für eine ZK-Tagung. In dem vom Büro des Sekretariats an die Mitglieder des PB am 2. Juli 1953 weitergeleiteten Arbeitsentwurf für einen „Beschluß des ZK der SED – Der neue Kurs und die Erneuerung der Partei – hieß es noch ganz im Stil des selbstkritischen Gestus des PB-Kommuniqués vom 9. Juni im ersten Teil dieses Entwurfs zu den Fehlern der Partei unter anderem, daß für die alte Linie der 2. Parteikonferenz „die politischen und ökonomischen Voraussetzungen nicht vorliegen. (Das Leben) hat gezeigt, daß eine solche Orientierung die Lösung der gesamtdeutschen Frage nicht fördert, sondern behindert ... Die ohnehin vorhandenen Tendenzen unseres Parteiapparates und des Verwaltungsapparates, die Massen zu administrieren, statt mit den Massen zu arbeiten, wurden durch diese Maßnahmen angefacht. In vielen Fällen richteten sich Maßnahmen, die Feinde der Republik treffen sollten, gegen die Basis der Republik, die Werktätigen. Sie führten nicht zur notwendigen Verstärkung der Wachsamkeit, sondern – durch Verwischung der Fronten – zur Verdächtigung ehrlicher Menschen als Agenten und Quertreiber. Der falsche Kurs führte ferner dazu, daß die Prinzipien der Rechtssicherheit schwer verletzt wurden. Zahlreiche Personen wurden ohne ausreichenden Grund ... inhaftiert. In vielen Fällen wurden unvertretbar hohe Strafen verhängt, insbesondere bei Anwendung des Geset-

68 Siehe Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros der SED am 6. Juni 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1991, S. 658ff. Wilfriede Otto, Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1990, S. 58ff.

69 Vgl. Scherstjanoi, Semenov, a.a.O., S. 931.

70 In der ersten Sitzung der Organisationskommission am 26. Juni 1953 einigten sich Grotewohl, Ulbricht, Zaisser und Herrstadt auf den Vorschlag, das ZK-Sekretariat aufzulösen und in dem um einige Genossen zu ergänzenden Politbüro, welches in „Präsidium des ZK“ umbenannt werden sollte, eine „ständige Kommission“ des Präsidiums zu bilden. Die Funktion des ZK-Generalsekretärs sei aufzuheben. Beschluß der Kommission. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32/1990 5, S. 658f. In der zweiten und letzten Sitzung der Organisationskommission am 3. Juli 1953, an der auch Fred Oelßner und ein Mitarbeiter des Hohen Kommissars Semenov teilnahmen, schlug Zaisser vor, Herrstadt als 1. Sekretär eines neu zu bildenden PB-Sekretariats (bzw. Präsidiums) zu erwägen, was Herrstadt ablehnte. In einer Diskussion über personelle Veränderungen des Politbüros verlangte Zaisser von Oelßner, der sich „oft prinzipienlos, kleinlich und in entscheidenden Augenblicken auch feige benommen“ habe, sein Verhalten zu ändern, andernfalls Zaisser auf seinem Ausscheiden bestehen müsse. Hier machte Herrstadt auch den Vorschlag zur Ablösung Materns. Nadja Stulz-Herrstadt (Hg.), Das Herrstadt-Dokument, Hamburg 1990, S. 112ff.

zes zum Schutze des Volkseigentums, dessen Spitze häufig statt gegen Schieber und Spekulanten gegen Werktätige gerichtet wurde. Die Rechtsunsicherheit zeigte sich insbesondere auch darin, daß ... Sekretäre unserer Partei oder Vorsitzende von Bezirks- und Kreisräten in kategorischer Form Anträge auf Erlaß von Haftbefehlen stellten und daß von Seiten der Richter und Staatsanwälte solchen Anträgen ohne ... Kontrolle stattgegeben wurde.“ Falsch gewesen seien die einengenden Maßnahmen im Verkehr zwischen der DDR und Westdeutschland bzw. Westberlin mit der Maßgabe, so die Agenteninfiltration zu verhindern: „Die Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse der ehrlichen Menschen wird dazu führen, daß eingeschleuste Agenten mit ihrer Hilfe um so sicherer entlarvt werden.“ Falsch wäre es auch gewesen, angesichts der Flucht vieler irritierter, keineswegs feindlich gesonnener Menschen des Mittelstands, der Mittel- und Großbauern sowie der Intelligenz in den Westen diese pauschal zu Feinden zu stempeln und über ihre Abwanderung gleichgültig hinwegzusehen. Die Partei sei zu weit vorgeprellt und habe Verbindung mit den Massen verloren. Das Kopieren vieler (dort richtiger) sowjetischer Maßnahmen und Organisationsformen sei ein schwerer Verstoß gegen die Interessen des deutschen Volkes und den Geist des Marxismus-Leninismus. Das Kommuniqué des PB vom 9. Juni habe sich öffentlich zu allen Fehlern bekannt und eine DDR in Wohlstand, Rechtssicherheit, sozialer Gerechtigkeit und in freier Atmosphäre sei die beste Politik für die baldige Herstellung der Einheit Deutschlands: „Das wird wirksamer als alle Deklarationen oder guten Wünsche die Verständigung unter den Deutschen vorantragen ...“ Die Partei sei entschlossen, die breite Demokratisierung voranzutreiben, insbesondere die „Befreiung der Initiative der Werktätigen von den Fesseln der Überzentralisierung und des Bürokratismus“. Es ginge um die Beseitigung der Hemmungen in der Zusammenarbeit der SED und der Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks durch „Tendenzen der Überheblichkeit und des Sektierertums in unserer Partei.“

Der Kommissionsentwurf enthielt auch die von Herrmstadt verfaßten Stichpunkte zur Parteierneuerung. Hier hieß es unter anderem: „Welches sind die Gründe, durch die sich die Partei von den Massen entfernt hat? ... Der Hauptgrund liegt darin, daß große Teile des Parteiapparates verbürokratisierten und die Politik der Partei nicht mit den Massen und als deren Diener, sondern ohne die Massen und als deren Vormund durchzuführen versuchten.“ Kritisiert wurde die Nichtachtung der Werktätigen-Interessen, die Methode des Administrierens (welche zum „Persönlichkeitskult“ verführt und die Kollektivität bei der Lösung aller wichtigen Fragen erschwert habe), die Einschüchterung und Verdächtigung von Unbequemten, die Verhinderung wissenschaftlich begründeter Normenpolitik durch pauschale Normenerhöhung und schließlich Buchstabengelehrtheit und Dogmatismus in der propagandistischen Arbeit. Der Parteiapparat habe die Arbeit des Verwaltungsapparats auf sich gezogen, statt ihn anzuleiten. Die Folge: „Ganze Institutionen vegetieren (wie einzelne Ministerien) oder verfaulen unter hohen Kosten (wie die deutsche Bauakademie).“ Das Sektierertum habe mögliche Bundesgenossen teilweise sogar dem Gegner zugetrieben. „Millionen parteiloser Werktätiger ... bringen ... zum Ausdruck, daß sie die führende Rolle unserer Partei anerkennen ... bringen jedoch gleichzeitig zum Ausdruck, daß sie entschlossen sind, gegen die Partei aufzutreten, wenn die Überwindung der Schwächen trotz vorliegender günstigster Umstände ein neues Mal nicht zielbewußt genug in Angriff genommen wird.“ Die Erneuerung der Partei müsse von den Betrieben ausgehen, wozu eine grundsätzliche Umstellung der Arbeit der Gewerkschaften, insbesondere die „Durchsetzung der innerparteilichen Demokratie in den Gewerkschaften“ nötig sei. Die Partei als Partei der Arbeiter-

klasse müsse zur „Partei des Volkes“ werden. Zur Erhöhung der Kollektivität in der Arbeit der Leitungen wären organisatorische Maßnahmen wie die Erneuerung der zentralen Parteispitze, des zentralen Parteiapparates und eine neue Arbeitsweise der Bezirks- und Kreisleitungen nötig.⁷¹

In diesen Stichpunkten sind deutlich von Herrstadt auch schon früher geäußerte Positionen zu den Entartungen des Partei- und Gewerkschaftsapparats und der Parteiarbeit wiederzuerkennen. Bald sollte sich zeigen, daß seine Entwürfe zur ZK-Erklärung zusammen mit dem unglücklichen Agieren von Zaisser in der Organisationskommission die Basis für beider Ausgrenzung im ZK werden sollten.

Zaissers Reorganisationsvorschläge in der Organisationskommission zur Beschneidung von Ulbrichts Allmacht und Herrstadts vom Politbüro schon zurückgewiesenen weitgehenden Überlegungen in der Redaktionskommission zur „Erneuerung der Partei“ sollten in dem Moment zur Grundlage von Anschuldigungen wegen „Fraktionstätigkeit“ werden, als in Moskau der Machtkampf zwischen Stalins Erben entschieden war: Als Ulbricht, Oelßner und Grotewohl am 7. Juli 1953 wieder nach Moskau bestellt wurden, war Berija bereits gestürzt und am 26. Juni wegen des Verdachts der Vorbereitung eines „konterrevolutionären Putschs“ verhaftet worden. Der Vorwurf lautete u. a., er habe angeblich den Aufbau des Sozialismus in der DDR als Preis für die Einheit Deutschlands abbrechen wollen.⁷² Dies hatte zweierlei Konsequenzen: Zum einen war die deutschlandpolitische Dimension der sowjetischen Ministerratsverfügung vom 2. Juni 1953, welche die Vorlage für die Beschlüsse von SED-Politbüro und DDR-Ministerrat vom 6. bzw. 11. Juni war, nun wieder zugunsten entschiedener Sicherung des gesamten sowjetischen Machtbereichs und des Bekenntnisses zur Richtigkeit des Kurses „sozialistischer Aufbau in der DDR“ suspendiert. Es gab jetzt keine Bereitschaft mehr zum Entgegenkommen dem Westen gegenüber in der deutschen Frage auf Kosten des Staatsgebildes DDR, wohl aber die Billigung der Fortsetzung des damals angewiesenen „neuen Kurses“.⁷³ Zum zweiten ermöglichte diese Entwicklung Ulbricht, seine Hauptkritiker Herrstadt und vor allem Zaisser in die Nähe des entlarvten Staatsfeindes Berija zu rücken und beide, vor allem Herrstadt, der parteifeindlichen Plattformbildung zu zeihen.⁷⁴ Beide und auch Ackermann verteidigten sich auf der ZK-Sitzung

71 Büro des Sekretariats (Trautzsch) an die Mitglieder des PB vom 2.7.53, Entwurf „Beschluß des ZK der SED – Der neue Kurs und die Erneuerung der Partei“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 216ff. Später sollte Oelßner diese Auffassungen Herrstadts in einer Betriebsgruppenversammlung des ND am 5. August 1953 als „parteifeindlich“ und als „Trotzkismus“ bezeichnen. Müller-Enbergs, Herrstadt, a.a.O., S. 317.

72 Siehe Viktor Knoll/Lothar Kölm (Hg.), Der Fall Berija, Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, Berlin 1993.

73 Vgl. Scherstjanoi, Semenov, a.a.O., S. 936.

74 Zu den Diskussionen im Politbüro über den Entwurf der Erklärung für die bevorstehende 15. Tagung des ZK und die Diskussionen über Herrstadt und Zaisser vgl. Müller-Enbergs, Herrstadt, a.a.O., S. 245ff. So wurde Zaisser beschuldigt, dafür verantwortlich zu sein, daß das MfS sich über die Partei gestellt habe, woraufhin Zaisser die sich abzeichnende Tendenz der Selbstentlastung der Parteiführung zurückwies, ohne das Versagen des MfS wäre der 17. Juni nicht möglich gewesen. Herrstadt verteidigte seinen Entwurf zur „Erneuerung der Partei“ gegen die Angriffe Ulbrichts, seine Entschließungsvorlage würde zur „Zerstörung der Partei“, „Defätismus“ und Schlimmerem führen. Herrstadt wehrte sich zusammen mit Zaisser gegen die Konstruktion einer fraktionellen Plattformbildung im PB. Ebert schloß sich der Konstruktion Ulbrichts nicht an, während Elli Schmidt und Ackermann ebenso wie Grotewohl und Heinrich Rau den Rückzug antraten, ohne den Angriffen Ulbrichts beizupflichten. Jendretzky, Mückenberger, Matern und Honecker stellten sich auf Ulbrichts Seite. Oelßner konzentrierte sich auf

aus Gründen ihres Verständnisses von Parteidisziplin und zum Schutze der Interessen der Sowjetunion kaum gegen die abenteuerlichen Konstruktionen Ulbrichts und seiner Sekundanten im Politbüro.⁷⁵ Politbüro-Kandidat Anton Ackermann wurde als vermeintlicher Parteigänger der Herrstadt/Zaisser-Gruppe von allen Funktionen entbunden. Parteiöffentlich wurde dies nun auf dem 15. ZK-Juli-Plenum⁷⁶, auf dem allerdings auch das ZK-Sekretariat wieder zurückgestuft und Ulbricht zwar nicht als Generalsekretär, sondern als 1. Sekretär wiedergewählt wurde. Bei den Bezirks- und Kreisleitungen ersetzten Büros die bisher existierenden Sekretariate. Die Vorsitzenden der Parteikontrollkommissionen wurden nun Mitglieder der Büros der Bezirks- bzw. Kreisleitungen.

Die Kampagne gegen die „partei-feindliche Plattform Herrstadt/Zaisser“ wurde wochenlang in der Presse⁷⁷ zur Vorbereitung des anstehenden Parteiausschlusses geführt, da das ZK zur Verwunderung vieler Parteimitglieder für Delikte der Dimension, wie sie dem PB-Mitglied Zaisser und dem PB-Kandidaten Herrstadt vorgeworfen wurden, nur mit dem Ausschluß aus dem ZK geantwortet hatte, wogegen solche Vorwürfe in der Regel sofort den Parteiausschluß nach sich zogen. Besonders problematisch war die Darstellung der Lage gegenüber den Mitarbeitern des Zentralorgans „Neues Deutschland“, die wie die meisten Genossen das Verdikt gegen ihren Chefredakteur Herrstadt durch die Rundfunkberichterstattung über das ZK-Plenum erfuhren. Hier wurde Oelßner tätig, der in der ND-Betriebsgruppenversammlung am 5. August 1953 neben Vorwürfen des Sozialdemokratismus Herrstadt im Zusammenhang mit seiner Vorlage für das ZK zur „Erneuerung der Partei“ einer parteifeindlichen „trotzkistischen“ Plattformbildung beschuldigte.⁷⁸ Aufgrund ähnlicher Vorwürfe in der Presse wandte sich Herrstadt am 6. August ausgerechnet an Hermann Matern, dessen Ablösung aus dem Politbüro Herrstadt am 3. Juli wegen dessen ZPKK-Amtsführung gefordert hatte, und verband dies mit der unlösbaren selbstgestellten Aufgabe, einerseits aus Parteidisziplin der absurden Konstruktion gegen ihn selbst und Zaisser beizupflichten und andererseits seine Parteielehre gegen die Bekundungen umgefallener vermeintlicher einstiger Verbündeter im Politbüro zu verteidigen:

„Ich kann nicht einverstanden sein mit dem Verhalten des Genossen Jendretzky, der schon auf der ZK-Tagung erklärte, ich hätte ihm eine ‚Fußangel‘ gelegt, die er ‚nicht bemerkt‘ hätte ... Er war von sich aus völlig einverstanden mit den Vorschlägen, die auf der ersten Kommissionssitzung gemacht worden waren ... insbesondere auch

seine Attacken gegen Herrstadts „Sozialdemokratismus“ und erhob den Vorwurf, Herrstadt leite im Zentralorgan die Arbeiter zum Widerstand gegen die Regierung an. Zaisers Ablösung wurde auf der PB-Sitzung vom 18. Juli beschlossen. Am 22. Juli, zwei Tage vor der 15. ZK-Tagung kapitulierten Zaisser, Herrstadt und Ackermann vor dieser Konstruktion und übten im Politbüro Selbstkritik. Ulbricht ging dann in seiner Rede vor der 15. ZK-Tagung hinsichtlich der Schärfe seiner Anklagen gegen Herrstadt und Zaisser auf eigene Faust erheblich über die im PB verabredeten Maßgaben hinaus.

75 Vgl. Müller-Enbergs, Herrstadt, a.a.O., S. 262ff.

76 Entschliebung der 15. ZK-Tagung vom 24.–26. Juli 1953 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“, Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1953, S. 449ff.

77 Herrstadt äußerte sich in einem Brief an Matern vom 29.7.53 erschüttert über einen ND-Artikel vom gleichen Tage, wo es über ihn heißt, er wäre erfüllt von „Verachtung, Verleumdung und Beleidigung der Arbeiterfunktionäre in unserer Partei“. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 439ff.

78 Einige Mitglieder der Redaktion verwahrten sich gegen die Aussage der ZK-Entschliebung, im ND seien seit dem 9. Juni von Herrstadt „partei-feindliche Artikel“ veröffentlicht worden, mit der Begründung, dies richte sich gegen die ganze Redaktion, da alle Artikel im Redaktionskollegium diskutiert und gebilligt wurden. Zudem habe das Zentralorgan stets unter der Anleitung des Politbüros, insbesondere ihres Generalsekretärs Walter Ulbricht gearbeitet. Vgl. Müller-Enbergs, Herrstadt, a.a.O., S. 316ff.

*mit dem Vorschlag, Genosse Ulbricht solle die Parteiorganisation nicht mehr direkt anleiten; er stellte mir anheim, dieses sein Einverständnis auf der 2. Kommissionssitzung mitzuteilen ... Richtig ist, daß Genosse Jendretzki in keiner Weise im Auge hatte, daß dadurch die führende Position oder die Autorität oder die Reichweite der Tätigkeit des Genossen Ulbricht eingeschränkt werden sollte, aber dieser Meinung war niemand. Jetzt, wo klar ist, daß dieser Vorschlag falsch war, ... bleibt nichts übrig, als sich das einzugestehen ... ich suche die Erklärung für meine Fehler ... in mir selber, nicht aber in anderen Genossen oder in 'Fußangeln' die mir gelegt worden seien. Und ich kann nicht schweigen dazu, wenn andere Genossen, um ihren eigenen Anteil an den Fehlern abzuschwächen, ihn mir zuschieben wollen, so als ob sie meinen, es käme schon nicht mehr darauf an, was man mir jetzt alles aufpackt ... Zum Beispiel kann ich doch nicht schweigen zu der Äußerung, die laut ND der Genosse Schirdewan machte: 'Die Trotzlisten, die Neumann-Gruppe usw., die vor zwanzig Jahren Ernst Thälmann bekämpften, erleben jetzt ihre Neuauflage in der Gruppe Herrstadt-Zaisser' ... Mein ganzes bewußtes Leben lang habe ich den Trotzismus bekämpft ... Und jetzt soll ich mich mit einem Federstrich zum Trotzlisten stempeln lassen? ... Das sagte auch die Entschließung des 15. Plenums nicht. Aber warum gehen dann einzelne Genossen so weit?'*⁷⁹

Noch bevor die Untersuchungen der ZPKK gegen Herrstadt und Zaisser begannen, verwies am 8. August die Direktorin der Parteihochschule „Karl Marx“, Hanna Wolf, ebenso eifertig wie denunziatorisch in einem Brief an Matern und Ulbricht auf ihr früheres Schreiben an Herrstadt anlässlich dessen ND-Leitartikels „Unsere ganze Sorge muß den Menschen gelten“⁸⁰ vom 7. Juli 1953. In dem als Abschrift beigelegten bemerkenswerten Brief von Hanna Wolf an Herrstadt hieß es damals: „Liest man jetzt unsere Presse, so muß, glaube ich, der Eindruck entstehen, daß alle unsere Partei- und Wirtschaftsfunktionäre von unten bis oben ... verbontzt, enteelt, bürokratisiert und von den Massen losgelöst sind ... Ich glaube aber, daß es falsch wäre, sich ... gerade jetzt, angesichts der gesamten internationalen Situation und der gewaltigen Hetze der Feinde sich in eine Position drängen zu lassen, die etwa so aussehen könnte: Hier stehen die Entseelten, Bürokratisierten ... und ihnen gegenüber steht die von diesem Apparat 'unterdrückte Masse' ... Ich war kürzlich in einigen Betrieben im Bezirk Potsdam und mußte feststellen, daß viele Parteifunktionäre sehr deprimiert sind, weil

79 Brief Herrstadts an Matern vom 6.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 412f. In einer handschriftlichen Randnotiz von Walter Ulbricht auf dem Brief von Herrstadt an Matern heißt es: „Gen. Matern! Ich schlage vor, daß die Untersuchung gegen Herrstadt und Zaisser verbunden wird mit Vernehmungen von Jendretzky und Ackermann u. a., damit die Sache vollständig geklärt wird. 16.8.53. W. U.“ Aus dieser Anmerkung wurde am 17.8.53 eine offizielle Hausmitteilung von Ulbricht an Matern. Ebenda, Bl. 411. Die erwähnte Äußerung machte Schirdewan in einem Referat vor dem Parteiaktiv des Bezirks Magdeburg, von dem das ND am 5.8.53 berichtete. Karl Schirdewan, der auf der 13. ZK-Tagung am 14. Mai 1953 in das ZK und sein Sekretariat und mit dem 15. ZK-Plenum am 26. Juli 1953 in das Politbüro kooptiert und ZK-Sekretär für Kader wurde, war noch am 2. Juli 1953 auch wegen der Intervention Herrstadts gegen Schirdewan, welcher von Ulbricht für das Politbüro vorgeschlagen wurde, von der PB-Mehrheit nicht akzeptiert worden. Schirdewan und Herrstadt, die sich seit 1946 während eines gemeinsamen Kuraufenthalts in Sülzheyen kannten, hatten sich über die Auseinandersetzung mit Ackermann 1949 entzweit. Vgl. Brief Herrstadts an Matern vom 29.7.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 439ff, Stulz-Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, a.a.O., S. 111f und 115f sowie Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 59ff.

80 In diesem letzten Artikel Herrstadts im SED-Zentralorgan attackiert er den „seelenlosen Bürokratismus“ der Funktionäre als „reaktionär“ und „schlimmsten Opportunismus“, ND 7.7.53.

sie befürchten, daß die Masse der Belegschaft sich nun gegen sie wendet. Diese Genossen sagen: 'Ich habe ja nur das durchgeführt, was von der Partei beschlossen wurde – schuldig und verhaßt soll nur ich sein?' ... Das ist eine große Gefahr ...“ Zaisser betreffend setzte Hanna Wolf Matern und Ulbricht von einem Gespräch in Kenntnis, das sie angeblich mit Zaisser hatte und welches die Konstruktion seiner Verbindung mit der Berija-Gruppe zu stützen vermochte: „Nachdem er Mitglied des Politbüros und Minister für Staatssicherheit wurde, sagte er mir: 'Ich muß oft an die Szene denken, die Du mir gemacht hast [1945 in Krasnogorsk, als der größte Teil der Moskauer Emigration nach Deutschland fuhr und Zaisser, der von seinen Genossen, wie er sagte, 'nicht als Deutscher (betrachtet wurde), weil ich immer für die Sowjetunion gearbeitet habe', zurückblieb], als ich Dir sagte, sie werden abwirtschaften [lt. Hanna Wolf sagte Zaisser dann: '... und dann komme ich']. Siehst Du, daß ich recht hatte und im übrigen bin ich nicht etwa auf den Wunsch Walter Ulbrichts zu dieser Funktion gekommen, sondern auf den ausdrücklichen Wunsch Moskaus.'“⁸¹

Am 18. August 1953 beauftragte das Politbüro die ZPKK mit der Vernehmung der „Parteimitglieder, die im Zusammenhang mit Herrstadt und Zaisser hinsichtlich ihrer Plattform und ihrer fraktionellen Tätigkeit irgendwie zu tun hatten ... Im 'Neuen Deutschland' ist über die fraktionelle Tätigkeit und über die Plattform von Herrstadt und Zaisser ein ungezeichneter Artikel zu veröffentlichen.“ Überdies war Elli Schmidts Erklärung zu ihrer Rolle bei der Kritik an Ulbricht als unzureichend zurückgewiesen worden.⁸² Dieser von Oelßner verfaßte Artikel erschien termingemäß am 22. August 1953 und stellte anhand des Falles Herrstadt/Zaisser endgültig die nun gültige Sichtweise auch auf den 17. Juni dar: Herrstadts „Aufbauschung der Fehler der Partei“ hätte ihn „objektiv“ zum Komplizen der „faschistischen Provokateure“ gemacht; seine Appelle an die Selbsttätigkeit der Massen gegen die Bürokratie ähnelten der „menschewistischen Spontaneitätstheorie“⁸³ und schließlich habe er auf die „Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft in der DDR“ orientiert.⁸⁴

Herrstadt wurde von der ZPKK aufgefordert, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Dieser Erklärung ist zu entnehmen, daß Herrstadt getreu seiner Linie während der 15. ZK-Tagung, sich den erhobenen Beschuldigungen gegenüber einsichtig zu zeigen und über unwahre Selbstbezeichnungen seine Parteimitgliedschaft zu retten, nun versuchte, den schlimmsten Ausdeutungen seiner „Fehler“, die zum Ausschluß führen würden, vorzubeugen.⁸⁵ Die verzweifelte Lage, in der sich Herrstadt mit dieser Linie vor der ZPKK bei sei-

81 Mitteilung Hanna Wolffs an Ulbricht und Matern zur parteifeindlichen Gruppierung Zaisser/Herrstadt vom 8.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 252.

82 Protokoll der PB-Sitzung vom 18.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/316, Bl. 2.

83 Herrstadts feindselige Einstellung zum Parteiapparat wurde von Oelßner wie folgt charakterisiert: „Drei Tage vor dem faschistischen Putsch war in einem Artikel unter der Überschrift 'Es wird Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen' im 'Neuen Deutschland' zu lesen: 'Wenn eine Betriebsparteiorganisation und leitende Wirtschaftsfunktionäre, die Mitglieder unserer Partei sind, das Vertrauen der Arbeiter mißbrauchen, können sie nicht erwarten, daß sich die Arbeiter so einfach damit abfinden.' (ND 14.6.1953) ... Die rückständigsten Elemente der Arbeiter, die am 17. Juni auf die Provokationen hereinfielen, wurden als die echten Arbeiter gepriesen, während Funktionäre der Partei verleumdet wurden, die treu zur Sache der Arbeiter standen.“ Oelßner verband seine Kritik an Herrstadts Spontaneismus mit dessen Auftreten auf der 10. Tagung des ZK vom November 1952, wo Herrstadt geäußert hatte: „In Zwickau, in Fürstenberg, in Hettstedt, an der Stalinallee in Berlin bringen die Arbeiter die Funktionäre auf den Trab und nicht umgekehrt.“ (Einheit, Heft 12, S. 1335).

84 Fred Oelßner, Über die sozialdemokratische Ideologie der Gruppe Zaisser-Herrstadt, ND 22.8.53.

85 Vgl. dazu Herrstadts Rekonstruktion der Ereignisse aus dem Jahre 1956: Stulz-Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, a.a.O., S. 192ff. In Herrstadts Erklärung hieß es unter anderem: „Es hat sich heraus-

nem ersten Verhör am 11. September 1953 befand, wurde noch durch den Umstand verschärft, daß er auch nach Zaisser und anderen mutmaßlichen Verbündeten befragt wurde, die wie Zaisser bereits von Hanna Wolf belastet worden waren. So mußte Herrstadt seine Kenntnis der angeblichen Haltung Zaisers leugnen, daß die Sowjetunion zugunsten der Friedenserhaltung Kompromisse in der deutscher Frage für möglich halte. Matern konfrontierte Herrstadt auch mit kompromittierenden Mitteilungen Hanna Wolfs über Zaisser.⁸⁶ In eigener Sache erklärte Herrstadt:

„Ich kann mir vorstellen, daß ein Angeklagter dazu kommt, falsche Geständnisse zu machen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn die Partei das sagt, muß das sein ... Würde ich es tun und die Partei würde zwei Jahre später wieder auf mich stoßen und ich würde dann das alles erklären, würde sie mich hart anfassen und fragen, warum ich alles zugegeben habe ... [zu Matern:] Als Genosse Ackermann Dich in Verbindung zu bringen versuchte mit Slánský, bist Du auch hochgegangen. Wenn er es öffentlich gemacht hätte, hättest Du verlangt, daß er das öffentlich widerruft ... Genau so würde ich bitten, daß die Partei in irgendeiner Form sagt, was wirklich ist ...“⁸⁷

Auch Zaisser wurde am gleichen Tag in Anwesenheit des Sfs-Generalleutnants Erich Mielke und vier weiteren ehemaligen Mitarbeitern Zaisers im früheren MfS von Matern und Geffke bei der ZPKK einvernommen. Hier bestätigte Mielke Materns Einlassung, Zaisser habe Mitte 1952 bei einer Chef-Besprechung mit seinen Stellvertretern und den Chefs der Länderverwaltungen erklärt, daß die SU zur Erhaltung des Friedens auf die DDR verzichten und SED in kommenden Wahlen nicht mehr die Mehrheit bekommen könnte, leugnete aber gleichzeitig, das so aufgefaßt zu haben, daß dies von Zaisser als Feind der Sowjetunion gesagt wurde. Zaisser dementierte sowohl dies, als auch die ihn belastenden Angaben Hanna Wolfs in der Slánský-Sache.⁸⁸

Anton Ackermann schließlich versuchte in seiner Erklärung, die er an Matern schickte, den bizarren Spagat zu meistern, seine nicht zu leugnende frühere massive Kritik an Ul-

gestellt, daß die Zurückhaltung einiger Genossen, die ich lange nicht verstand und ihnen zum Vorwurf machte (z.B. der Genossen Matern und Honnecker) politisch richtiger und weitsichtiger war und den tatsächlichen Interessen der Partei weit mehr entsprach, als mein Verhalten.“ An die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zur Information, Persönliche Verschlussache ZK 01 Tgb.-Nr. 861/53, Erklärung Herrstadts „sowie für die ZPKK eine Schilderung meiner Beziehungen zu den Genossen Zaisser, Jendretzky, Ackermann und Elli Schmidt“ vom 31.8.53. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 181ff. Zum Zeitpunkt der Abgabe von Herrstadts Erklärung war dieser bereits nach Merseburg zur Arbeit in einem Archiv verwiesen worden.

86 So erklärte Matern gegenüber Herrstadt: „Ich weiß, wenn gegen einen Genossen in der Partei etwas beschlossen wird, dann beginnt das Brief-Geschreibe ... Die Genossin Wolff schreibt ...: Während einer seiner Besuche auf der Parteihochschule, als er die Lektion über 'Der Staat' hielt, hatten sie beide ein Gespräch über Slánský. Er sagte dabei: Nu was, ich kenne Slánský. Ich glaube das alles nicht. Aber wenn Gottwald das braucht, bin ich damit einverstanden.“ Ebenso konfrontierte Matern Herrstadt mit der Haltung der Ulbricht-Kritikerin Elli Schmidt, bis Juni 1953 Kandidatin des Politbüros: „Zu was eine solche Entwicklung führt, kommt in dem massivsten Satz von Elli Schmidt zum Ausdruck: 'Ohne Walter Ulbricht keinen 17.6.'“ Aussprache Matern, Geffke am 11.9.53 mit Herrstadt, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 144ff.

87 Ebenda.

88 Besprechung am 11.9.53 mit Matern, Geffke, Zaisser, Mielke, Walter, Gutsche, Weikert, Last, Menzel, ebenda, Bl. 114ff.

bricht mit einer Abgrenzung von der „Fraktion Herrstadt/Zaisser“ durch Betonung seiner diesbezüglichen Ahnungslosigkeit zu verbinden:

„Als der Genosse Matern ... länger und gründlicher mit mir sprach und mich darauf hinwies, es sei für die Haltung der Partei zu mir entscheidend, daß ich die Notwendigkeit der organisatorischen Konsequenzen gegen Zaisser-Herrstadt (Entfernung aus dem ZK) einsehe und mich entsprechend verhalte, war das eine große Hilfe für mich. Von diesem Tage an bin ich mit dem besten Wissen und Gewissen den Weg offener und ehrlicher Selbstkritik gegangen ... (Ich) vertrat ... auch in den persönlichen Gesprächen mit Herrstadt und Zaisser die Auffassung, daß der Genosse Ulbricht zu einer offenen Selbstkritik veranlaßt werden sollte, und zwar nicht nur bezüglich mancher seiner Arbeitsmethoden und des Arbeitsstils des Sekretariats, sondern auch als Generalsekretär in den politischen Grundfragen, vor allem in der Frage der Bauernpolitik ... Ich vertrat ferner den Standpunkt, daß durch die Schaffung eines Arbeitsstatus des Politbüros und durch eine klare Abgrenzung der Rolle und der Aufgaben der Sekretäre die Fragen der Arbeitsmethoden der Führung geklärt werden müssen und können ... was bei beiden auf Skepsis stieß. R[udolf] Herrstadt wie auch W[ilhelm] Zaisser haben aber mir gegenüber auch in den persönlichen Gesprächen allerdings nie eine Äußerung gemacht, daß der Gen[osse] Walter Ulbricht oder ein anderer aus der Führung entfernt werden sollte ... Mit R[udolf] Herrstadt wurde auch über die Arbeit des FDGB und die Bedeutung der Arbeiterfrage für die Partei gesprochen. Dabei habe ich den Gedanken geäußert man müsse ein Mitglied des Politbüros an der Spitze des FDGB haben. Hermann Matern sei der geeignete Mann dafür. Für die ZPKK würde sich auch eine andere Lösung finden ... Heute, nach allem, was ... über die Fraktion Zaisser-Herrstadt inzwischen bekannt ist, wird mir klar, welchen schweren Fehler ich in dieser Unterredung gerade bezüglich des Gen[ossen] Matern gemacht habe, denn ich leitete damit Wasser auf ihre Mühle.“⁸⁹

Inzwischen sah sich Herrstadt schließlich doch veranlaßt, angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Kampagne, die mit glatten Vorverurteilungen offensichtlich seinen bevorstehenden Ausschluß vorbereiten sollte und damit die laufende ZPKK-„Untersuchung“ als Farce entlarvte, seine defensive Haltung zu korrigieren. Am 15. September, zwei Tage vor der Einberufung des 16. ZK-Plenums, schrieb er an Matern, nach der Lektüre der Zeitschriften „Einheit“ Heft 9 und „Neuer Weg“ Heft 16 „kann ich meine Erklärung in der vorliegenden Form nicht mehr aufrecht erhalten; ich bitte Dich um eine zweite Unterredung.“ Er bat in diesem Zusammenhang, deshalb seine Angelegenheit noch nicht auf dem 16. Plenum abzuschließen.⁹⁰ In der Funktionärszeitschrift „Neuer Weg“ war offen die Frage gestellt worden, wo die „Schwankungen“ von Zaisser/Herrstadt in Agententätigkeit übergingen und es war im Falle von Herrstadt von „Verrat“ die Rede.⁹¹ Auf dem 16. ZK-Plenum vom 17.–19. September 1953 steigerte Ulbricht in seinem Referat seine Angriffe auf die beiden und bezeichnete sie als „bürgerlich entartet“ und als „Feiglinge“. Matern gab in seinem Zwischenbericht über die laufende Untersuchung dem Plenum bekannt, „daß die partei-

89 Brief Ackermann an Matern vom 14.9.1953 „Über meine Gespräche mit dem Genossen Zaisser und Herrstadt bezüglich Fragen der Parteiführung“, Ebenda, Bl. 234ff.

90 Herrstadt an Matern am 15.9.53, ebenda, Bl. 143.

91 Stulz-Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, a.a.O., S. 219ff.

feindliche Fraktionsarbeit der Genossen Herrstadt und Zaisser umfangreicher war, als es auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees bekannt wurde.“⁹²

Inzwischen wurde zur Abrundung der Vorwürfe gegen Zaisser auch intensiv nach Vergehen während seiner ehemaligen Amtsführung als Minister gesucht. Der Leiter der Abteilung Finanzen des ehemaligen MfS berichtete am 28. Oktober 1953 an den Vorsitzenden des Komitees für Staatliche Kontrolle, Fritz Lange, über irreguläre innerbetriebliche Fahrzeugkäufe und -verkäufe Zaisers und Mielkes.⁹³ Lange erhob in seinem Bericht an Ulbricht in dessen Eigenschaft als amtierender Ministerpräsident am 15. Dezember 1953 schwere Vorwürfe gegenüber Zaisser und Mielke wegen Verschwendung, Vorteilsnahme und Mißwirtschaft im Zusammenhang mit der Einrichtung und Verwaltung eines Erholungsheims des MfS, der Verwendung des Gesundheitsfonds, der Zweckentfremdung des Ministerfonds durch Zaisser und Mielke (insbesondere in Form von Krediten und geldlichen Zuwendungen an Mielke) sowie innerbetrieblichen Sonderverkäufen und Finanzierung von Wohnungsbauten.⁹⁴

Die zweite Vernehmung Herrstadts bei der ZPKK fand am 13. November 1953 statt. Neuerlich ging es lediglich um das von Herrstadt erwartete Geständnis, den Sturz Ulbrichts geplant sowie mit Berija und/oder Dahlem in Verbindung gestanden zu haben. Angesichts der Berichterstattung in der Presse, die Herrstadt zur Rücknahme seiner ersten Erklärung brachte und nach Kenntnisnahme der Eskalation auf dem 16. ZK-Plenum sah er sich hier zu folgenden Ausführungen veranlaßt: „Auf dem 15. Plenum wurde beschlossen, die ZPKK führt das Verfahren durch. In unserer Partei und überall ist es aber doch so, daß abgewartet wird, bis der Beschluß vorliegt. Bei uns war das aber nicht so. Die Ergebnisse des Verfahrens wurden in der Zwischenzeit veröffentlicht ... Es muß doch ein Ausweg gefunden werden, der die Interessen der Partei vollkommen wahrnimmt und trotzdem der objektiven Wahrheit nicht ins Gesicht schlägt.“⁹⁵

92 Müller-Enbergs, Herrstadt, a.a.O., S. 321.

93 „Der Genosse Mielke war stets darauf bedacht, nicht hinter dem Gen[ossen] Zaisser zurückzustehen. Er beanspruchte für sich die gleichen Rechte, die der Gen[osse] Zaisser für sich in Anspruch nahm ... Er war ... der Annahme, daß die finanziellen Dinge zu seiner Entlassung aus der Staatssicherheit führen könnten. In Erkenntnis der Sachlage zahlte er auf einen Schlag DM 9000.- in bar zurück ...“ Erklärung vom 28.10.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 281.

94 „Es ist zu prüfen, ob der ehemalige Staatssekretär Mielke im Dienst des Staatssekretariats verbleiben kann oder welche sonstigen disziplinarischen Maßnahmen erforderlich sind.“ Bericht der ZKSK an den amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht vom 15.12.53, ebenda, Bl. 266ff. Ulbricht schrieb daraufhin an den Sfs-Staatssekretär Ernst Wollweber am 22.12.53: „Das Material des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über die Vergeudung von Staatsmitteln durch Willi Zaisser habe ich durchgearbeitet. Meines Erachtens war es ein Fehler, die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle mit dieser Untersuchung zu beauftragen. Das wäre eine Aufgabe der Zentralen Parteikommission gewesen ... Zaisser hat das sogenannte Erholungsheim in Wollnetz so komfortabel ausgestattet, um zu erreichen, daß die Mitglieder des Politbüros und die Sekretäre des Zentralkomitees auf seine Einladung ihr Wochenende dort verbringen. Zaisser hat mir das selbst gesagt. Mehrmals hat er mich eingeladen, was ich abgelehnt habe, da mir zu dieser Zeit schon bekannt war, daß Zaisser beabsichtigte, eine Gruppe im Politbüro zu organisieren ... Mir hat Zaisser ... gesagt, daß er einen Kredit an Mielke gegeben hat und ob ich damit einverstanden bin, daß ihm ein Teil des Kredites erlassen wird. Dagegen hatte ich keine Einwendungen gehabt ...“ Ebenda, S. 263.

95 Aussprache Matern, Geffke, Tenner am 13.11.53 mit Herrstadt, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 86ff. Herrstadt beschreibt in seinen Erinnerungen sehr anschaulich den gegenüber der ersten Vernehmung schroffen Ton (und irrt sich nur in der Identität seines dritten Gesprächspartners, der nach den

Der von der ZPKK geäußerte Verdacht einer Konspiration Herrnstadts und vor allem Zaisers mit dem geächteten Dahlem, gegen den die ZPKK ebenso ermittelte, hatte noch einen anderen Hintergrund als den der üblichen Konstruktionen zur „Entlarvung“ parteifeindlicher Fraktionen. Am 3. Dezember 1953 berichtete der Chef der Staatssicherheit des Bezirks Rostock, Hermann Müller, der ZPKK, er sei zu Beginn der Untersuchungen gegen Dahlem zugegen gewesen bei einem Besuch zweier von Mielke angewiesener Mitarbeiter der Staatssicherheit aus Berlin bei dem 1. Sekretär der BL Rostock, Karl Mewis. Müller sagte vor der ZPKK aus, daß Mewis, der mit der Tochter von Franz Dahlem verheiratet war, sich gegenüber Müller am nächsten Tag wie folgt äußerte: „Er [Mewis] ... sagte, daß ihm jetzt vieles klar wird, auch, warum er damals nach Rostock mußte. ‘Genosse Matern versucht einen Genossen nach dem anderen, die ihm gefährlich werden können, abzuschießen. Bei Franz Dahlem fängt es an und wer weiß, wieweit das noch geht. Ich habe die Absicht, einen Bericht zu schreiben und gebe diesen an Genossen Zaiser, weil er der einzige Mann im Politbüro ist, dem ich Vertrauen schenke.’“ Matern fragte daraufhin Müller: „Hast Du den Eindruck, daß tatsächlich keine Akten nach dort gekommen sind, weshalb damals die beiden Genossen rauf kamen? ... Seinerzeit die Mitteilung die wir über die Akten bekamen, das war ... eine verhältnismäßig konkrete Mitteilung ... Wir haben den Genossen Mewis dann noch offiziell vor die Partei geholt und ihn erklären lassen, daß er keine solche Akten besitzt, nichts bekommen hat usw ... Ich muß jetzt Mielke fragen, welchen Auftrag er von Zaiser hatte.“⁹⁶ Mewis wurde am gleichen Tag in dieser Angelegenheit vor der ZPKK einvernommen. Aus dem Protokoll dieser Vernehmung geht deutlich hervor, wie beunruhigt die Parteikontrolleure wegen ihrer Mutmaßung waren, ihnen gehe die Kontrolle über die eventuell in Zaisers Besitz befindliche Dokumente kompromittierenden Inhalts verloren:

Geffke: „Diese Fragen, daß Matern alle erledigt: Lohagen, Käthe Dahlem und jetzt kommen diese Dinge noch hinzu, daß Matern alle diejenigen erledigt, die ihm gefährlich sind.“

Matern: „Du hast doch auch gesagt: ‘Zaiser ist der Fähigste’ und dem willst Du, weil Du nur zu ihm Vertrauen hast, alles schreiben.“

Tenner: „Genau wie Franz, der bei Zaiser Briefe hinterlegt hat, wie Du das auch machen wolltest.“

Geffke: „Wir haben vor einiger Zeit auch mit Dir über solche Dinge gesprochen. Du hast aber noch nichts davon gesagt, daß Du kein Vertrauen zu Matern hast ... Wir frugen Dich, weil Dahlem das schrieb und wir frugen Dich, warum hast Du diese Meinung vertreten?“

Matern: „Das von Ostpreußen, Neumann, konnte Dahlem doch gar nicht wissen. Das konnte doch nur von Dir sein; die Geschichte, daß ich Dich aus Berlin herausgebracht habe, kann auch nur von Dir sein und nicht von Dahlem.“ ...

Tenner: „Lohagen wurde beseitigt, – das wurde damals auch gesagt ...“

Geffke: „... und zwar wurde er beseitigt, weil er Möglichkeiten hatte nachzuweisen, daß Matern früher zur Neumann-Gruppe gehörte.“ ...

ZPKK-Akten nicht Sens, sondern Tenner war). Stulz-Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, a.a.O., S. 219ff.

96 Aussprache Matern, Geffke, Tenner mit Hermann Müller am 3.12.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 356ff.

Mewis: „Dahlem (war) damals bei mir und (hat) gesagt: 'Matern ist der Schlimmste.' Und dann so eine ähnliche Formulierung: 'Ich könne machen was ich wolle ich wäre jetzt dran und ginge zugrunde dabei.'“ ...

Matern: „Nachdem Franz Dahlem Ulbricht und mich beschuldigt, wir seien 'Jagodas' in seinem Dokument an Zaisser, kannst Du Dir vorstellen, was er eigentlich verdient hätte ... Alles, was über Franz in der Westpresse geschrieben wurde, sei von uns lanciert worden ... Jetzt bekommen wir die Mitteilung, daß von Dir in der gleichen Richtung Material angefertigt wird. Das ist doch keine Kleinigkeit ... Dahlem hat gesagt, er habe immer gegen Herrstadt und Zaisser gekämpft ... Dabei hat er dieselben Vorschläge schriftlich gemacht, wie sie Herrstadt und Zaisser im Politbüro vertreten haben ... Von Zaisser haben wir keine schriftliche Stellungnahme. Ich weiß auch nicht, was er verbrannt hat.“

Mewis: „Ist es das, was sie bei mir damals gesucht haben?“ ...

Matern: „Wir haben die Mitteilung erhalten, daß die Genossin Dahlem mit Akten nach Rostock gefahren ist.“ ...

Mewis: „Er sagte mir, daß er alles dem Politbüro und den Freunden geschrieben hat ...“

Matern: „... weil er damit rechnete, verhaftet zu werden ... Und daraus ist bei Dir wahrscheinlich der Gedanke entstanden, also mußt Du auch Deine Auffassungen an Zaisser schicken.“ ...

Mewis: „Dann konntest Du auch zu der Auffassung kommen, wie einige andere Politbüro-Mitglieder, daß einige Dokumente bei mir liegen.“ ...

Matern: „Es wurde im Politbüro beschlossen und zwar einstimmig, Dahlem war auch dabei, ... daß die Funktionen des Genossen Dahlem ruhen, bis die ZPKK die Untersuchung abgeschlossen hat ... Alle Schreiben, die an das Politbüro von Dahlem gingen, kamen zur ZPKK, nur von Zaisser nicht. Den haben wir erst durch Politbüro-Beschluß dazu zwingen müssen ... Und an ihn wolltest Du schreiben, nachdem Franz geschrieben hatte.“⁹⁷

In der von Herrstadt auf Anforderung der ZPKK verfaßten zweiten Erklärung gab Herrstadt seine Zurückhaltung der Einsicht folgend auf, es sei unmöglich, gleichzeitig bei der Wahrheit und in der Partei zu bleiben. Das von ihm am 1. Dezember 1953 verfaßte beeindruckende Schreiben „ist ... nicht für die ZPKK als Ganzes und nicht für das Politbüro als Ganzes bestimmt, sondern ich sende zwei Exemplare an Genossen Matern mit der Bitte, eine davon Genossen Ulbricht, das andere den sowjetischen Genossen zu geben. Nur das gibt mir die Möglichkeit, frei zu reden, ohne befürchten zu müssen, neuen Schaden anzurichten.“ Herrstadts Schreiben faßte nun endlich auf prägnante Weise den Zustand der SED zum Zeitpunkt der Turbulenzen um den 17. Juni und der Einführung des neuen Kurses aus der Sicht eines loyal-kritischen Parteifunktionärs zusammen:

„In den Betrieben, mit deren Belegschaften ich Kontakt hatte ... bestand ... folgende Lage: Die Parteigruppe schwach und innerhalb der Belegschaft weitgehend isoliert ... Ging man tiefer in die Belegschaften hinein, ... zeigte sich ein allgemeiner Unmut ... Sie hatten das Empfinden ... 'Ihr bestimmt ja doch alles ohne uns, auch wenn ihr formal unsere Zustimmung sucht' und antworten mit der Reaktion: 'Dann macht es halt alleine' ... Ein ... Fortbestehen preußisch-deutscher Methoden des Kommandie-

97 Aussprache Matern, Geffke, Tenner mit Karl Mewis am 3.12.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 365ff.

rens, Abfertigungs, Beiseiteschiebens, die unter solchen Umständen unsere besten Absichten in den Augen der Arbeiter häufig diskreditierten.“

Zur Abstellung dieser Situation empfahl Herrstadt

„die ... Anwendung der spezifischen, der Situation im einzelnen Lande entsprechenden Methoden der Einflußnahme auf breite Schichten der Werktätigen. In diesem Sinne gebrauchte ich später den Ausdruck 'Partei des Volkes', ohne zu ahnen, daß mir daraus der Vorwurf gemacht werden würde, ich wolle den proletarischen Charakter der Partei liquidieren ... Wir lassen ständig gewaltige revolutionäre Energien verkommen, die in der nationalen Frage verborgen liegen.“

Zur Rolle des Sekretariats in der Arbeit des Politbüros erklärte Herrstadt:

„Die Lage im Politbüro war nicht normal ... Wichtigste Fragen tauchten auf wie Kometen, wurden übers Knie gebrochen und verschwanden wieder. Andere, mitunter noch wichtigere Fragen wurden überhaupt nicht behandelt oder auf der Türschwelle berührt und wieder fallen gelassen ... Die Frage der Arbeiterklasse wich nicht mehr ... aus dem Politbüro. Sie schwelte ... wie ein beständiger Zündstoff in ihm. Ich kam allerdings zu der Auffassung, wenn das so weitergeht, ziehen wir diesen Zustand bis in die nächste bewaffnete Auseinandersetzung hinein und dann kann es dazu kommen, daß die Sowjetunion gezwungen ist, uns das Heft aus der Hand zu nehmen, um die Situation zu retten ... Inzwischen hatte sich ein unheilvoller Dualismus zwischen Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees herausgebildet ... Sekretariatsmitglieder, deren Mehrzahl hochmütig auf die Angehörigen des Politbüros herabsah und in der Zusammenarbeit mit uns eine betonte Zurückhaltung zeigte ... Genosse Ulbricht lud gelegentlich einzelne Angehörige des Politbüros (z.B. mich oder den Genossen Jendretzky) vor das Sekretariat, wo wir in seiner Gegenwart ... unter lebhafter Teilnahme einzelner Sekretariatsmitglieder 'zusammengestaucht' wurden ... Deshalb verstehe ich nicht, warum Genosse Matern kaum je zur Lage im Politbüro und Sekretariat Stellung nahm.“

Alle Rücksichten fallend, äußerte sich Herrstadt nun auch zu einzelnen Politbüromitgliedern:

„Außerdem ärgerte ich mich über die zweideutige Haltung des Genossen Oelfner, der sich in Abwesenheit des Genossen Ulbricht über die Zustände bekreuzigte, aber in seiner Anwesenheit schwieg (was er in der Sitzung am 6. Juni auch offen zugab: 'Zwei Jahre lang habe ich geschwiegen, von jetzt an werde ich reden!') ... Wir alle (z.B. Zaisser, Oelfner und ich) vertraten die Ansicht, würde es sich nur um den Genossen Ulbricht handeln, so wäre die Gefahr halb so groß ... (Es) handelt sich ... um einen bestimmten Typ von leitendem Funktionär, der aus diesen Umständen hervorsticht. Als Verkörperung dieses Typs erscheint mir ... der Genosse Verner ... Wir nannten ihn 'Geschäftsführer-Typ' ... und hatte folgende Eigenschaften im Auge: unerschöpflich, aber hurtig, energisch, schlau und jedem ernststen Meinungsstreit ausweichend ... Keine Einzelmaßnahmen können die Lage bei uns regulieren. Um den Durchbruch zu erzielen, ist ... eine Wendung der Partei in ihrem Herantreten an die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen (nötig), verbunden mit organisatorischen Maßnahmen, eine ... 'Erneuerung'. Diese 'Erneuerung' kann, was die Führung angeht, nur ausgehen von Genossen Ulbricht, denn er ist die Achse allen Geschehens im Politbüro, im Sekretariat und weit darüber hinaus ... Genossin Geffke ... sagt: 'Gib doch lieber zu, daß Du die Führung an Dich reißen, Genossen Ulbricht ver-

drängen wolltest' ... Und noch weniger kann ich verstehen, wenn mir – aufgebaut auf die Version, Zaisser und ich hätten Genossen Ulbricht stürzen und die Führung erobern wollen – ein Genosse der ZPKK [lt. Matern im Anschreiben an Semenov der Genosse Günther Tenner/ZPKK] zuruft: 'Das hätte für die Partei eine Katastrophe bedeutet, verstehst Du denn das nicht?!' ... Niemand hatte die Absicht, Genossen Ulbricht zu stürzen, niemand die Absicht, die Führung an sich zu reißen ...“

Zu den Ursachen des alten und neuen Kurses sowie der eigenen Verantwortung für beides erklärte Herrnstadt,

„Dafür habe ich mich Genossen Ulbricht immer besonders verbunden gefühlt, daß er eine mit den Genossen der KPdSU vereinbarte Entscheidung durchführt, koste es was es wolle. In der Durchsetzung dieses Prinzips haben wir uns (übrigens gerade Genosse Walter Ulbricht, Zaisser und ich) vor zehn Jahren in Moskau im Kampf gegen den 'besonderen deutschen Weg zum Sozialismus' gefunden ... Was mich erschütterte, war, daß wir alle im Grunde die Notwendigkeit des Kurswechsels längst erkannt ... hatten, aber ... daß wir ... unentwegt in der falschen Richtung weitermarschiert wären, wenn die sowjetischen Genossen nicht eingegriffen hätten ... Ich schrieb unser Versagen in dieser wichtigen Frage zu einem großen Teil dem oben beschriebenen Arbeitsstil zu ... Die Wendung vom 'nackten Administrieren' (im Dokument des ZK der KPdSU) schien mir das gleiche zu sagen. Und als ich – in den selben Tagen – in die beiden Kommissionen des Politbüros gewählt wurde, die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die organisatorischen Veränderungen in der Führung beauftragt waren, ging ich hinein mit der Auffassung: Diesmal muß die Wendung durchgesetzt werden ... Was wollte ich erreichen? ... Kollektivität in den Leitungen. Offener konzentrierter Kampf gegen den 'unerwünschten Funktionärstyp' ... mit der Begründung, daß er ... Furcht und Doppelpzüngigkeit erzeugt und die Massenarbeit in der Partei behindert ... breiteste Heranziehung geeigneter Genossen aus der Produktion anstelle von unverbesserlichen Bürokraten und nominellen Parteimitgliedern ... Die Zusammensetzung des Politbüros erschien mir für ein kollektives Arbeiten brauchbar. Deswegen ... war ich dafür, daß das Sekretariat in seiner alten Form aufgelöst und daß ein Puffer zwischen Genossen Ulbricht und dem Parteiapparat eingebaut wird. Aus analogen Erwägungen ist in der Nachtsitzung vom ... Juli die große Mehrheit des Politbüros zum gleichen Vorschlag gelangt ... Die operative Führung der Parteiarbeit: Genosse Ulbricht mit einer Gruppe von Genossen (Neues Sekretariat) ... Die Genossen, die ich vorschlug oder deren Kandidatur ich unterstützte, waren: Rau, Jendretzky, Selbmann, Maron, Stoph, Herta Bergmann, ... Zu den Kandidaturen Rau und Jendretzky kam ich, weil ich den 'Puffer' suchte ...“

Wie eingeschränkt Herrnstadt zu erkennen imstande war, daß es inzwischen nicht mehr um diese seine tatsächliche Rolle in den Politbüro-Kommissionen, sondern um eine ihm zugewiesene Rolle in dem Spiel „Haltet den Dieb“ zur Rettung Ulbrichts und seiner Kopflanger ging, wird ebenfalls deutlich:

„Daß ich den Fehler machte, noch nach dem 17. Juni die Auseinandersetzungen ... zu verschärfen, ohne in Rechnung zu ziehen, ... daß der Gegner gerade Genossen Ulbricht besonders heftig angriff ... bedauere ich aufs tiefste ... Nur die Fehler – oder gar Verbrechen – die ich nicht beging, die kann ich auch nicht anerkennen ... Genosse Matern teilt mir mit, Genosse Zaisser hätte zu einigen Genossen (Funktionären der Staatssicherheit) die Bemerkung gemacht, man müsse mit der Möglichkeit rech-

nen, daß die Sowjetunion, um übergeordneter Interessen willen, die DDR aufgabe ... Mir will es nicht in den Kopf, das Genosse Zaisser eine solche Auffassung gehabt haben soll ... Ich habe bezüglich des Genossen Matern nur einen ... Vorschlag gemacht – daß er den Vorsitz der ZPKK aufgeben solle ... Auf meine Darstellung des Sachverhalts und der Zusammenhänge erwiderte Genosse Matern mehrfach: 'Aber das nimmt uns doch die Partei nicht ab.' ... Auf dem 15. Plenum habe ich mich strikt an die Linie gehalten, kein Wort über die internen Auseinandersetzungen zu sagen, die allein den Mitgliedern des ZK mein Verhalten und auch meine Fehler hätten erklärlich machen können ... Ich bin auch heute davon überzeugt, daß dieses mein Verhalten vor dem 15. Plenum ... das einzig richtige war ... Ich rechnete damit, daß die Genossen des früheren Politbüros, die doch die Zusammenhänge miterlebt haben und meine Zwangslage sahen, ihr Rechnung tragen würden. Aber es trat etwas völlig Unerwartetes ein. Während ich mein Verhalten ... nicht einmal erklären konnte, ... wurden gegen mich Anschuldigungen erhoben, die völlig unzutreffend sind und das ganze Bild verschoben.“

Eingehend auf Passagen der Erklärung des 15. Plenums zu seiner angeblichen Verbindung zu Fechner, erklärte Herrstadt:

„Ich habe mit Fechner nie in meinem Leben etwas zu tun gehabt ... Aber das Plenum bekam den Eindruck: Fechner, das ist der offene Feind und Herrstadt der verkappte ... Inzwischen haben sich die Andeutungen von damals ... zu einer fürchterlichen Verdächtigung ausgewachsen ... Deshalb habe ich schon vor Wochen an die ZPKK geschrieben: Ich kann meine Erklärung vom 31. August nicht mehr aufrecht erhalten, ich brauche den Rat der Partei ... Mir wurde der Vorwurf des Sozialdemokratismus gemacht ... Aber ich kann doch nicht ein verlogenes 'Geständnis' nur deswegen abgeben, weil die Mitgliedschaft im anderen Falle den ganzen Hergang nicht mehr versteht! ... Als ich sagte 'Die Partei soll mich bestrafen für die Fehler, die ich gemacht habe – aber wird sie mir auch Gerechtigkeit wiederfahren lassen, dort, wo ich zu Unrecht beschuldigt worden bin?' schwiegen die Genossen [der ZPKK] ... Soll ich mir sagen: Du erkennst diese Erklärung nur nach außen an, für Dich selbst gilt sie nicht? Das wäre verlogen ... Nachdem die Angelegenheit bis zu diesem Punkt gediehen ist, kann niemand, am wenigsten ich, auf die restlose Klärung verzichten ... Aber auch die Gefahr des Ausschlusses aus der Partei wird mich nicht veranlassen, der Partei ins Gesicht zu lügen und Verbrechen auf mich zu nehmen, die ich nicht begangen habe.“⁹⁸

Damit war das Schicksal Herrstadts und Zaisers endgültig besiegelt. Die ZPKK bereitete im Januar 1954 die Beschlüsse der Parteistrafen für Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrstadt (Ausschluß wegen parteifeindlicher fraktioneller Tätigkeit), Hans Jendretzky (Rüge wegen zeitweiliger Unterstützung der Fraktion Herrstadt-Zaisser), Anton Ackermann (strenge Rüge wegen zeitweiliger Beteiligung an der Fraktionstätigkeit Herrstadt-Zaisser), Franz Dahlem (strenge Rüge wegen des Versuchs, die Parteiführung zu spalten und gegeneinander auszuspielen sowie wegen Unterstützung Zaisers bei seiner parteifeindlichen Tätigkeit) und Elli Schmidt (Rüge wegen nicht parteimäßigen Verhaltens) vor. Inzwischen war man sich

98 Erklärung Herrstadts vom 1.12.53. Herrstadt bat Semenov, seine Erklärung „den Genossen des ZK der KPdSU, namentlich den Genossen Malenkow, Molotow und Chruschtschow zur Kenntnisnahme zu übersenden.“ Das Anschreiben Matern an Semenov läßt darauf schließen, daß Herrstadts Schreiben am 11.12.53 nach Karlshorst übermittelt wurde. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 46ff.

auch über die Begründung für die Abstrafung Elli Schmidts schlüssig geworden: Sie sei in den Tagen des „faschistischen Putsches“ kapitulantenhaft und nicht entschlossen gegen den Feind aufgetreten und habe sich faktisch gegen die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR ausgesprochen. Nach dem 15. Plenum habe sie überdies keine selbstkritische Haltung zu ihrem nicht parteimäßigen Verhalten und keine klare Stellungnahme zu der parteifeindlichen Gruppe Herrstadt-Zaisser eingenommen.⁹⁹ Auf der Politbürositzung vom 12. Januar 1954, welche die Beschlüsse der ZPKK bestätigte, wurde Herrstadt als der aktivste, führende Teil einer „Fraktion“ bezeichnet, welche in einem „innerparteilichen Putsch ... die Parteiführung ... erobern“ wollte und mit ihrer „Anklageschrift gegen die Partei“ deren Geschlossenheit gefährdete. Während Herrstadt mit Hilfe von Zaisser den Parteiapparat beherrschen wollte, trachtete Zaisser diesen Begründungen zufolge nach der Beherrschung des Staatsapparats. Er habe die Staatssicherheit über die Partei gestellt und die Berija-Linie der Aufgabe der DDR zugunsten eines imperialistischen Deutschland im Interesse des Friedens vertreten.¹⁰⁰ In seinem Beschluß über „einige Lehren des Prozesses gegen die Verschwörergruppe Berija“ stellte das Politbüro nochmals eindeutig klar, daß Berija nach Stalins Tod „in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik ... sich gegen den Aufbau des Sozialismus (wandte) und ... die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (forderte) ... Berija führte eine Reihe von Maßnahmen durch, die die Vorbereitungen der Feinde der Deutschen Demokratischen Republik zum faschistischen Putsch am 17. Juni begünstigten.“¹⁰¹ Damit waren allerdings unüberwindliche Interpretationsschwierigkeiten der SED-Politik zwischen dem 9. Juni und dem 7. Juli 1953 und übrigens auch der Linie der ZPKK, wie sie beispielhaft in den zitierten Äußerungen von Max Sens in der ZPKK-Sitzung vom 16. Juni 1953 zum Ausdruck kamen (vgl. Abschnitt 4), aufgetreten. Eigentlich hätten demnach Sens und Matern statt als Ankläger der „Fraktion“ neben Zaisser auf der Anklagebank sitzen müssen.

99 Beschlußentwürfe der ZPKK zu Herrstadt, Zaisser, Jendretzky, Ackermann und Dahlem vom 6.1.54 sowie zu Elli Schmidt vom 20.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 5ff. Herta Geffke teilte in ihren späteren Erinnerungen zur Angelegenheit der 1. Vorsitzenden des DFD-Bundesvorstands Elli Schmidt, die im Zusammenhang mit ihrer Parteistrafe auch als DFD-Vorsitzende abgelöst wurde, mit: „Elli Schmidt hatte als Mitglied des Politbüros ... ihr besonderes Mißfallen über Walter Ulbricht ausgedrückt und damit ihre Bedenken verbunden, ob er noch der entscheidende Genosse in der Parteiführung sein kann ... Im DFD gab es dann nach dem Ausscheiden von Elli Schmidt noch einige unliebsame Erscheinungen ... Die neue Leitung unter Ilse Thiele ging dazu über ..., u. a. die Bildplakate von Elli Schmidt vor der gesamten Belegschaft zu verbrennen, anstatt sie einstampfen zu lassen. Gegen die besonders vertraulichen Mitarbeiterinnen wurden unliebsame Verdächtigungen erhoben. Das führte in einem Fall zum Selbstmord einer Genossin ... Die Genossin ... hatte einen Brief hinterlassen, in welchem sie zum Ausdruck brachte, daß sie durch die Schikanen und Verdächtigungen in ihrer Zusammenarbeit mit Elli Schmidt in den Tod getrieben wurde.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 465.

100 Protokoll der PB-Sitzung vom 12.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/341, Bl. 1ff. Herta Geffke bemerkte in ihren Erinnerungen zu Wilhelm Zaisser: „So hatte er zur Überwachung aller Genossen im Parteiapparat einen besonderen Apparat geschaffen. Dieser damalige Hinweis an die Führung der Partei führte zu einer sofortigen Auflösung dieses Apparates und zur Neubildung einer Sicherheitskommission in der Parteiführung.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 462.

101 Protokoll der PB-Sitzung vom 15.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/342, Bl. 15ff.

Am 19. Januar 1954 berichtete Matern dem Politbüro von der Mitteilung der PB-Beschlüsse gegenüber den Bestraften.¹⁰² Das Gremium bestätigte die nachgereichte Begründung zur Rüge Elli Schmidts und es wurde beschlossen, die Verfügungen im Kommuniqué des bevorstehenden 17. ZK-Plenums ohne Kommentar zu veröffentlichen.¹⁰³ Die 17. ZK-Tagung vom 22./23. Januar 1954 machte der Farce mit der Bestätigung der Parteistrafen gegen die Genannten und insbesondere mit dem Parteiausschluß von Zaisser und Herrnstadt ein vorläufiges Ende.¹⁰⁴

Else Zaisser, die Frau Wilhelm Zaisers¹⁰⁵, wandte sich vier Jahre später in einem „Memorial“ an die Delegierten des im Juli 1958 stattfindenden V. Parteitags der SED. Wilhelm Zaisser war zu diesem Zeitpunkt bereits gestorben und zwei Hauptakteure der Kampagne gegen ihn und Herrnstadt (Oelßner und Schirdewan) waren inzwischen selbst als parteifeindliche Fraktionäre aus dem Politbüro entfernt (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 3.1.). Else Zaisser ließ nun alle Rücksichten fallen und wurde in diesem Memorial noch deutlicher, als Herrnstadt in seiner Erklärung vom 1. Dezember 1953. Ihr Schreiben dokumentiert in aufschlußreicher Weise die Methoden, nach denen in der höchsten Parteispitze verfahren wurde, wenn es um die Produktion von Verschwörern ging:

Else Zaisser beschuldigte Matern in ihrem Memorial des falschen Spiels: Ein Teil der von Matern in seiner Rede auf dem vorangegangenen IV. Parteitag erhobenen ungeheuerlichen Beschuldigungen gegen Wilhelm Zaisser wurden in der ZPKK-Untersuchung nicht erwähnt, weshalb sich Zaisser auch nicht gegen sie wehren konnte. Unter anderem betraf dies die behauptete Einwirkung Berija's auf Zaisser trotz der Feststellung Materns in seiner Rede, daß es dafür keine Beweise gäbe. „Wie kommt es, daß diese beiden Genossen [Heinz Hoffmann und Hanna Wolf] und auch andere, vor allem E[rich] Mielke, die sich als die besten Freunde des Genossen Zaisser ausgaben, dessen 'Verbrechen' aus der Vergangenheit erst entdeckten, als er nicht mehr Mitglied des Politbüros und Minister für Staatssicherheit war und in einem hemmungslosen öffentlichen Verleumdungsfeldzug als Mitglied der Berija-Bande, Fraktionist, Vertreter des Sozialdemokratismus, Mann ohne Vergangenheit,

102 Einer Notiz Materns zufolge haben Ulbricht, Schirdewan, Rau und Matern selbst mit Herrnstadt, Zaisser und Dahlem gesprochen. „Zaisser hat abgelehnt, den Beschluß anzuerkennen. Herrnstadt hat ihn als unabänderlich hingenommen und den Wunsch ausgesprochen, ihm eine Perspektive zu geben. Genosse Dahlem hat schroff abgelehnt, aber versprochen, Parteidisziplin zu halten ... Dahlem hat die Arbeit im Staatsarchiv in Potsdam abgelehnt.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 34f. Vgl. auch die Erklärung Zaisers vom 18.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 82ff.

103 Protokoll der PB-Sitzung vom 19.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/343.

104 Beschlußfassungen Zaisser und Herrnstadt (Parteiausschlüsse) auf der 17. ZK-Tagung 22./23.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/391, Bl. 1ff.

105 Wilhelm Zaisser, der nach seinem Parteiausschluß als Übersetzer für das IML und den Dietz-Verlag arbeitete, war am 3. März 1958 verstorben. Else Zaisser wurde 1953 als Ministerin für Volksbildung abgesetzt. Auf Grotewohls Wunsch erfolgte dies als Rücktritt aus „gesundheitlichen Gründen“, wovon weder das ZK, noch die Parteiorganisation des Ministeriums für Volksbildung informiert wurden. Es wurde eine Kampagne der ZK-Abteilung Allgemeinbildende Schulen gegen Else Zaisser losgetreten, ohne daß der ZK-Sekretär Paul Wandel eingriff. Im Juni 54 verlor Else Zaisser ihren Sitz im Bundesvorstand des DFD. Sie suchte sich schließlich Arbeit als Übersetzerin im Verlag Volk und Wissen und im Dietz-Verlag. Im März 1954 wurde sie aus der Redaktion der theoretischen Zeitschrift „Pädagogik“ entfernt. Auf ihren schriftlichen Protest gegen diese Maßnahmen vom 30. Juni 1954 gegenüber Matern hat Else Zaisser nie Antwort erhalten. Sie arbeitete später als Lektorin und freiberufliche Übersetzerin. Vgl. Memorial Else Zaisers an den V. Parteitag der SED im Juli 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 7ff.

bourgeois Element, Kapitulant, 'Erbärmling' (H[ermann] Axen) und Verräter durch alle Städte und Dörfer gezogen wurde?" Mielke war nach Meinung von Else Zaisser der Hauptträger der sektiererischen Auffassung, sich als MfS über die Partei zu stellen (und mit dem Zaisser deshalb Auseinandersetzungen hatte). Else Zaisser erklärte zu Mielkes Behauptung, Wilhelm Zaisser hätte die Möglichkeit erwogen, daß zur Erhaltung des Friedens die DDR aufgegeben werden müsse zugunsten eines kapitalistischen Deutschland: „Ich kenne den Genossen Mielke sehr gut, seit 1932, und ich glaube ihm nicht ... Auch auf dem 15. Plenum gab es ZK-Mitglieder, denen diese plötzliche Erinnerung beim Genossen Mielke zweifelhaft vorkam. (Man lese im Protokoll die Diskussionsrede der betreffenden Genossen).“ Ebenso machte Matern die Vermutung, ein „innerparteilicher Putsch“ sei vorbereitet worden, „dessen fraktionelle Vorbereitungen ... nicht in allen Einzelheiten bekannt wurden“, zur vollendeten Tatsache in der innerparteilichen Darstellung. Oelßner habe in der PB-Sitzung nach der Kommissionssitzung vom 2. Juli 1953 wahrheitswidrig behauptet, Zaisser habe Herrstadt zum 1. Sekretär des ZK vorgeschlagen und daraus eine „Spaltung der Parteiführung“ aus eigennützigen Gründen konstruiert. Zaisser habe dagegen vorgeschlagen, Herrstadt als Verbindungsmann des PB zu dem entsprechend der Praxis der KPdSU neu zu schaffenden „kleinen Sekretariat“ zu machen, das die PB-Beschlußkontrolle vornehmen sollte und nichts mit dem eigentlichen ZK-Sekretariat, das für die kollektive Anleitung des Parteiapparats verantwortlich gewesen wäre, zu tun gehabt hätte. Hintergrund der verleumderischen Behauptung Materns, Zaisser hätte seine Mitarbeiter durch Zuwendungen aus Staatsmitteln korrumpiert und willfährig gemacht, könne sich nur auf den Kredit des MfS für Mielkes Haus beziehen, gegen den Zaisser Einwände hatte und den Mielke nach Rücksprache mit Ulbricht trotzdem erhielt.

Else Zaisser betonte, daß ihr Mann bereits im März 1952 vor dem Politbüro die Mängel in der Führung beklagt habe, die später erst mit der Schilderung der Situation der Partei auf dem 15. Plenum im Zusammenhang mit der Wende hin zum neuen Kurs ausgesprochen wurden. Dies zeige, daß Zaisser nicht auf einen Sturz der Führung, sondern auf eine Änderung des Führungsstils hingearbeitet hatte. Sie hielt zur Klärung der Vorgeschichte des 15. Plenums „vor allem eine Untersuchung der dramatischen Auseinandersetzungen in der Nachtsitzung des Politbüros vom 7. Juli 1953, besonders der Ausführungen des Genossen Anton Ackermann und der Genossin Elli Schmidt“ für nötig. Else Zaisser erklärte in ihrem Schreiben:

„In diesen Tagen erfolgte die Verhaftung Berijas. Nach der Rückkehr des Genossen Grotewohl und Ulbricht aus Moskau, wo man sie über die Verletzungen der innerparteilichen Demokratie durch Stalin, über die verbrecherische Rolle Berijas etc. informiert hatte ... verlangte Genosse Ulbricht (in der nächsten Politbürositzung) die Sache Zaisser/Herrstadt vor das Plenum des ZK zu bringen. Sehr bezeichnend für die damalige Situation sei z.B. der Protest des Genossen Ebert gegen diese Forderung (und auch anderer Genossen), die er sinngemäß damit begründete, kein Politbüromitglied würde mehr bereit sein, einen Entwurf auszuarbeiten, wenn man Entwürfe, die Fehler enthalten könnten, vor dem Plenum als Material gegen diese Genossen benutzen würde ... Nachdem der Entschließungsentwurf sowohl des Genossen Herrstadt als auch des Genossen Ackermann abgelehnt worden war, erhielt Oelßner den Auftrag, den endgültigen Entschließungsentwurf zu schreiben. In diesem Entwurf brachte Oelßner dann jenen verleumderischen Passus, der dann in die Entschließung des 15. Plenums des ZK geriet und für alle weiteren Angriffe ...

den Boden bereitete: 'Im Politbüro des ZK machte sich bei einigen Genossen ein Zurückweichen vor der feindlichen Propaganda bemerkbar, die das Hauptfeuer gegen den Kern der Parteiführung richtete. Diese Genossen traten als parteifeindliche Fraktion mit einer defätistischen, gegen die Einheit der Partei gerichteten Linie auf und vertraten eine die Partei verleumdende, auf die Spaltung der Parteiführung errichtete Plattform (Genossen Zaisser und Herrstadt).' ... Oelßner verschwieg ... bei seiner Darstellung der 2. Kommissionssitzung die ganze Vorgeschichte der Auseinandersetzungen im Politbüro, er verschwieg den Bericht des Genossen Willi Zaisser vor dem Politbüro im März 1952, er verschwieg die Auffassungen der Mehrheit des Politbüros, verschwieg vor allem auch Zaisers prophetische Worte, er, Oelßner, würde noch einmal wegen seiner Prinzipienlosigkeit aus dem Politbüro entfernt werden müssen ... Jedenfalls stand auf dem 15. Plenum des ZK nicht der Neue Kurs im Mittelpunkt der Diskussionen, wie erwartet wurde, sondern der Fall Zaisser/Herrstadt. Genosse Hager, der doch über die Vorgänge im Politbüro nicht orientiert sein konnte, gab den Startschuß zu dieser Diskussion ... Die ZPKK, deren Aufgabe es doch nach Statut u. a. ist, Genossen vor Verleumdungen zu schützen, griff hier nicht ein. War vielleicht der Genosse Matern der Meinung, er dürfe die Freiheit des Wortes und der Diskussion nicht beschneiden? ... Den Anfang der Verleumdungskampagne machte der Leitartikel im 'Neuen Deutschland' vom 29. Juli 1953. Am erschreckendsten waren die Ausführungen Schirdewans, der ins ZK, Sekretariat und Politbüro kooptiert worden war Für ihn waren die Genossen Zaisser und Herrstadt völlig vogelfrei; er war der erste, der vor dem ZK-Apparat von 'offenen und versteckten Feinden des deutschen Volkes und der Arbeiterklasse' sprach ... Er war es auch, der in Magdeburg zum ersten Mal von Trotzlisten zu sprechen wagte ... Wie leicht ist doch ein Karrierist bereit, jedes Maß zu überschreiten und alle Prinzipien zu vergessen, die er selbst so oft vor der Arbeiterklasse vertreten hat, wenn es gilt, um jeden Preis Unbeweisbares zu beweisen ... In ... Heft 16 des 'Neuen Weg' erschien ..., ich vermute ... auf Anweisung von Schirdewan, der damals Leiter der Abteilung Leitende Organe des ZK war ... u. a.: 'Wo beginnen die Schwankungen bei den Genossen Herrstadt und Zaisser und wo fängt die Agententätigkeit an?' Die neue Version ließ ... die Befürchtung aufkommen, daß die Angelegenheit nicht nur mit einem Parteiausschluß enden würde, sondern mit Verhaftung ... Ich habe mich ... voll Bitterkeit an die schweren Jahre des illegalen Kampfes erinnert, wo wir auch ständig in Sorge lebten ... Aber damals waren es unsere Feinde."

Welche Umstände Else Zaisser fünf Jahre nach der politischen Ächtung ihres Mannes dazu veranlaßten, im Jahre seines Todes alle Rücksichten fallen zu lassen, ist ebenfalls ihrem Schreiben an den V. SED-Parteitag zu entnehmen:

„Nach dem XX. Parteitag der KPdSU ... erklärte das Neue Deutschland: 'In der DDR wurde der damalige Minister für Staatssicherheit, Zaisser, bereits im Jahre 1953 von seinem Posten entfernt und aus der Partei ausgeschlossen und somit die Möglichkeit einer Einflußnahme der verbrecherischen Berija-Clique (!) schon seit Jahren (?) ausgeschaltet.' ... Dieser Passus hat meinem Mann ein weiteres Stück seines Lebens gekostet ... Am 29. April 1956 erklärte das Politbüro der SED: 'Wir haben keinen solchen Prozeß wie den Rajk- und Kostoff-Prozeß gehabt und demzufolge auch nicht so tiefgreifende Korrekturen durchzuführen.' ... Aber hat es

bei uns keinen Personenkult gegeben? ... Was ist ... der Grund, warum es bei uns keinen Rajk- und Kostoff-Prozeß gegeben hat? ... Weil Zaisser hartnäckig ... gegen alle Erscheinungsformen einer Verletzung der demokratischen Gesetzlichkeit gekämpft hat; ich erinnere mich noch, wie er einmal ... sagte: 'Die Sache mit Dahlem schmeckt mir nicht!' Mit seinem Wissen und seiner Einwilligung, geschweige denn auf seine Initiative hat es im Ministerium für Staatssicherheit keinen einzigen Fall von Verletzung der demokratischen Gesetzlichkeit gegeben ... Einen Willi Zaisser hätte kein Berija-Agent je für die Organisierung verbrecherischer oder zweifelhafter Prozesse gewinnen können ... Die Jahre 1953–1958 waren für meinen Mann Jahre des allmählichen körperlichen Verfalls ... Er war nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, der er 35 Jahre treu und selbstlos gedient hatte, er war auch von der Gesellschaft isoliert. Niemand von der Parteiführung erkundigte sich jemals nach seinem Befinden ... Der Selbstmord des Genossen Gerhard Ziller¹⁰⁶, zu dem wir einmal enge freundschaftliche Beziehungen hatten und den er immer wegen seiner Energie und seines Elans sowie seiner Parteiergebenheit und -treue geschätzt hatte, war ein neuer Schlag ... Nachdem er im Krankenhaus die Rede des Genossen H. Matern auf dem 35. Plenum des ZK der SED gelesen (hatte), erlitt er einen Schlaganfall, der ihn am 3. März 1958 von seinen seelischen und körperlichen Qualen erlöste ... Der Chefredakteur des Neuen Deutschland, Genosse Hermann Axen, hatte die Aufnahme einer Todesanzeige in seiner Zeitung verweigert!¹⁰⁷

Es ist offensichtlich, daß Else Zaisser die Tätigkeit ihres Mannes als Minister für Staatssicherheit aus nachvollziehbaren Gründen extrem beschönigte; jedoch dürfte ihre Darstellung der Rolle von Mielke der Wahrheit etwas näher gekommen sein, als im Falle ihres Mannes. Ihr Memorial ist eines der wenigen Zeugnisse der die Grenzen verinnerlichter Parteiloyalität überschreitender Darstellung von Techniken innerparteilicher Abrechnungen.¹⁰⁸ Doch auch dieses Dokument der durch Empörung über erlittenes Unrecht angefeuerten Klage verrät, daß den Betroffenen der eigentliche Sinn und der politische Kontext dieser exemplarischen Ausschaltung höchster Funktionäre entging. Denn niemand von den Betroffenen verstand sich als innerparteiliche Opposition; im Falle Herrnstadt-Zaisser noch nicht einmal als Anti-Ulbricht-Opposition.

Auch Rudolf Herrnstadt wurde 1959 wieder aktiv. Nachdem im Mai 1956 sein Antrag zur Überprüfung seiner Angelegenheit abschlägig beschieden wurde (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 1.), 1957 ein weiteres Schreiben ohne Antwort blieb, ein Schreiben an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Heinrich Rau ergebnislos war¹⁰⁹ und ebenso sein Antrag an das ZK und an die Delegierten des V. Parteitags 1958 mit der erneuten Bitte, seine Angele-

106 Vgl. dazu Kapitel 4, Abschnitt 3.1.

107 Memorial Else Zaisers an den V. Parteitag der SED im Juli 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 7ff.

108 Herta Geffke erklärte zu Else Zaisers Interventionen in der Sache Wilhelm Zaisser: „Er selbst hat auch keinen Einspruch gegen seinen Ausschluß aus der Partei erhoben. Nur seine Frau, gegen die ja kein Parteiverfahren durchgeführt wurde, schrieb einen Brief an das ZK, den die Parteikontrolle erhielt. Doch bei dem sonderbaren Inhalt reagierten wir nicht darauf.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 463.

109 Brief Herrnstadt an Rau, o. D., SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 174.

genheit zu überprüfen, ohne Erfolg blieb¹¹⁰, wandte er sich am 28. November 1959 nochmals an Ulbricht. Unter anderem hieß es in diesem Brief:

„In allem, was das Interesse der Partei erfordert, wird mich die Partei so zurückhaltend und einsichtig finden, wie das von einem Kommunisten zu verlangen ist ... Was Zaisser und mir gegenüber geschehen ist, sprengt jeden Rahmen, zwingt zu Widerstand und wird niemals von der Partei und der Arbeiterklasse verstanden werden ... Die Interessenten an solchen Methoden gehen davon aus ... daß Zaisser und ich das sind, was die Anklage uns bestritt, nämlich Kommunisten. Sie sagten ..., auf die kann man sich verlassen, die gehen mit den Händen an der Hosennaht für die Partei zugrunde. Das ist richtig ... Aber die Schlußfolgerung, die, wie die Jahre nach 1953 beweisen, daraus gezogen wird, nämlich: Dann braucht man sie auch nicht zu rehabilitieren, ... ist falsch ... Sie ist objektiv falsch, weil das Volk solche Methoden nicht mehr erträgt. Sie ist subjektiv falsch, weil sie von der Voraussetzung ausgeht, ich würde aus Furcht vor neuen Schlägen vor der Vertretung der Wahrheit zurückschrecken. Das ist nicht der Fall. Ich weiß sehr gut, daß mein Widerstand gegen das mir zedachte Schicksal, als Verleumdeter zugrunde zu gehen, bei einigen Menschen ... die Reaktion hervorrufen kann: Nun muß man ihn erst recht fertig machen.“¹¹¹

Dies war das nicht eben häufige Bekenntnis eines Parteisolddaten, der durchaus bereit war, sich politisch der Führung zu unterwerfen, nicht aber, sich ihr zu opfern.

Noch deutlicher wurde Herrstadt in seinem am gleichen Tag an Chruschtschow gesandten Schreiben. Hier erklärte er unumwunden, es sei kein wahres Wort an den Beschuldigungen von 1953. Die Überprüfung seiner Angelegenheit werde seit sieben Jahren mit wechselnden Gründen verweigert. Matern habe Herrstadt nach seinem ZK-Ausschluß vor der ZPKK höflich und kameradschaftlich vernommen, aber dann erfolgte statt einer Untersuchung die Bestätigung der als erwiesen behaupteten öffentlichen Denunziationen, die über die auf dem 15. Plenum erhobenen Vorwürfe inzwischen weit hinausgingen. Zu den damaligen Vorwürfen auf diesem Plenum ergänzte Herrstadt: „In der ... Diskussion trat der damalige Kandidat des ZK Fritz Lange auf (damals Leiter der Kommission für staatliche Kontrolle), gebärdete sich wie ein Wahnsinniger und behauptete zu wissen, daß Zaisser ähnlich wie Berija 'die DDR habe aufgeben wollen.'“ Zu der Behauptung, Herrstadt habe Fechner das ND zur Verbreitung dessen regierungsfeindlicher Ansichten zur Verfügung gestellt, bat ersterer den ihm bekannten Politischen Berater des Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, er möchte zur Widerlegung dieser Anschuldigung noch vor der Plenartagung eine Vernehmung Fechners und der Redakteure veranlassen, was dieser Genosse jedoch unterließ. Matern sagte zu Herrstadts Protest gegen seine Qualifizierung als „Agent“ in der Presse, daß dieser Vorwurf fallengelassen werde. „Ich fragte: 'Wird nun wenigstens auch das in den Zeitungen stehen?' Die Antwort lautete: 'Natürlich nicht.' ... gegen Ende der Vernehmungen wurde mir erklärt: 'Was Du bisher zugestanden hast, genügt nicht.'“ Herrstadt sei in Aussicht gestellt worden, auf der Grundlage einer Erklärung in der Partei bleiben zu können, wenn er „alles sage“ und dies schriftlich niederlege. „Nach langem Bemühen gelang es mir, festzustellen, was ich noch eingestehen sollte.“ Dies war, zusammen mit Zaisser den Vorsatz zum Sturz Ulbrichts verfolgt zu haben, daß Zaisser

110 Antrag Herrstadts an das ZK (zu Händen des Sekretariats des ZK) und an die Delegierten des V. Parteitag 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 167.

111 Brief Herrstadts an Ulbricht vom 28.11.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 175.

die Staatsmacht an sich reißen und er selbst in der DDR den Kapitalismus restaurieren wollte – was in der Zeitschrift „Einheit“ 19/53 inzwischen bereits behauptet wurde – und schließlich, daß eine Reihe hervorragender Funktionäre an der Verschwörung beteiligt waren. Hier, so Herrstadt,

„kam mir zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal der Verdacht, daß es sich im Fall 'Zaisser/Herrstadt' nicht nur um 'Mißverständnisse' handelt. Ich lehnte die Niederschrift der geforderten Erklärung ab. Statt dessen schrieb ich eine andere, von der mir klar war, daß sie Haß hervorrufen mußte. Zwar wagte ich nicht, die ganze Wahrheit zu schreiben – ... aber annähernd die ganze Wahrheit schrieb ich. Daraufhin wurde ich nach Berlin bestellt. Als ich das Zimmer betrat, wurde mir der Beschluß über den Ausschluß aus der Partei vorgelesen ... Zweieinhalb Monate später hielt der Vorsitzende der ZPKK vor dem IV. Parteitag einen Bericht, in dem, was meine Person angeht, jeder Satz der Wahrheit ins Gesicht schlägt.“

Der XX. Parteitag habe dann ein völlig neues Licht auf die Sachverhalte geworfen: „Nicht nur einzelne Gedankengänge, sondern auch wörtliche Formulierungen in den Vorschlägen und Anträgen, die Zaisser und ich ... in den Jahren 1951 bis 1953 dem Politbüro der SED mündlich und schriftlich zur Diskussion vorgelegt hatten, fanden sich nun im Referat und in den Diskussionsreden des XX. Parteitags.“ Dies betreffe vor allem Positionen Zaisers und Herrstadts zur Wiederherstellung der Kollektivität der Leitung. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz habe das Politbüro am 29. April 1956 erklärt, es werde allen, „die sich in ihren Rechten verletzt fühlen, Gelegenheit geben, ihre Angelegenheit erneut vorzutragen ... und, wenn sie unschuldig sind, ihnen ihre Rechte wiedergeben.“ Herrstadts Antrag vom 5. Mai wurde dagegen am 27. Mai abgelehnt. Ein Mitglied der ZPKK überbrachte den Beschluß. „Da er meine Bestürzung sah, fragte er: 'Das wird doch Deine Haltung gegenüber der Partei nicht verändern?' Ich erwiderte: 'Selbstverständlich nicht.' Das beruhigte ihn sofort und er ging.“ Herrstadt habe dann dem ZK während der Ungarn-Krise mitgeteilt, mit Rücksicht darauf den Antrag auf Überprüfung zeitweilig zurückzuziehen.

Herrstadt berichtete Chruschtschow auch von den Schikanen, denen er persönlich auf seiner Arbeitsstelle ausgesetzt sei. So habe das Innenministerium im April 1957 dem Deutschen Zentralarchiv Merseburg vertraulich mitgeteilt, daß der Antrag auf Herrstadts Auszeichnung als Aktivist vom ZK abgelehnt worden sei: „Es sei aus den verschiedensten politischen Gründen z. Zt. nicht angängig, den Namen des Kollegen Herrstadt ... in die Öffentlichkeit zu rücken. Aus den gleichen Gründen erschiene auch seine Arbeit [Untersuchung zum Kölner Kommunistenprozeß 1852] nicht.“ Es werde gebeten, „von einer schriftlichen Begründung der Ablehnung Abstand zu nehmen.“ Herrstadt wurde vom Archivdirektor (der Herrstadt von der Mitteilung berichtete) die Möglichkeit entzogen, seine Arbeit fortzusetzen. Seine schriftliche Beschwerde vom 29. Mai 1957 bei der Parteiführung (mit Kopie beim ZK der KPdSU) blieb ohne Antwort. Sein schließlich doch veröffentlichtes Buch sei vom ND und der „Einheit“ nicht angezeigt und besprochen worden, der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen habe die Durchführung der Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig mit obiger Arbeit verhindert und der Präsident des Deutschen Historikerverbandes, Professor Ernst Engelberg sei wegen seiner Befürwortung der Promotion von Herrstadt unter Druck geraten. Er habe sich geweigert, das Buch von Herrstadt schlecht zu beurteilen. Nach Zaisers Tod (der auf die letzten Verleumdungen zurückging),

„konnte ich der Erkenntnis nicht mehr ausweichen, daß die Verweigerung der Überprüfung keine zufällige Sache war, daß es nicht um den 'günstigen' oder 'ungünstigen' Zeitpunkt für sie ging, sondern daß auch von mir nur eines erwartet wird, die Todesnachricht ... Bei Zaisers Beerdigung sprach der inzwischen entlassene 'Staatsfeind' Fechner meine Frau und mich an. Er bat um Entschuldigung, daß wir mit Berufung auf ihn verleumdet wurden. Durch ihn erfuhr ich fünf Jahre später einiges über den tatsächlichen Hergang der Sache, um deren rechtzeitige Aufklärung ich seinerzeit vergeblich gebeten hatte.“

Am 29. Juni 1958 teilte das ND die Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft des 'Staatsfeinds' Fechner, der laut Herrstadt im Gegensatz zu dem 'Gehilfen' Zaiser in der Phase des 17. Juni 53 wirklich kapitulantenhaft aufgetreten sei, mit. Herrstadt erwähnte in seinem Brief an Chruschtschow, für Fechner hätten sich zuvor ehemalige Mitglieder der SPD in der SED eingesetzt. Hinter ausgeschlossenen Kommunisten wie Herrstadt stehe, wie Herrstadt vorwurfsvoll vermerkte, niemand. Auch sein Schreiben an den V. Parteitag im Juli 1958 sei ohne Antwort geblieben. Am 1. Mai 59 erklärte der ehemalige Kandidat des ZK, Fritz Lange, bei einer Begegnung mit Herrstadt auf der Demonstration in Halle diesem, er hätte nur an Zaisers Verbindung zu Berija geglaubt und hätte nichts gegen Herrstadt gehabt.

„Dann ließ ich mir erzählen, wie er zur Beschuldigung gekommen sei, Zaiser sei Mitglied der Berija-Bande. Die Erklärung, die Fritz Lange gab, war so alarmierend, daß ich sie nicht wiedergebe, bevor sie nicht nachgeprüft wurde. Wenn Fritz Langes Darstellung stimmt, der zufolge nicht er der Ausgangspunkt der Verleumdung sei (was ich nach den Worten des Vorsitzenden der ZPKK bisher glaubte und was das ganze Plenum bisher glaubt), dann läßt sich die Schlußfolgerung nicht mehr umgehen, daß es sich um eine kaltblütige, genau berechnende Provokation gehandelt hat ... Wohin soll ich diesen Antrag auf Überprüfung richten – angesichts der Tatsache, daß meine eigene Partei, an die ich ihn richten müßte und möchte, seit 6 ½ Jahren auf Überprüfungsanträge nicht einmal antwortet. In dieser Lage wende ich mich an Sie mit der oben genannten Bitte.“¹¹²

Abschriften des Briefes an Chruschtschow sandte Herrstadt an eine Reihe Moskauer Funktionäre und an Grotewohl, Rau sowie Max Reimann. Letzterer versah den von ihm am 9. Dezember 1959 an Ulbricht weitergesandten Brief Herrstadts mit folgendem Anschreiben: „Ich bin sehr erstaunt über diese durchsichtige Machenschaft von Herrstadt und schicke Dir den ganzen Zinnober zu. Gelesen habe ich davon nur die erste Seite mit dem persönlichen Schreiben und den Brief, den er angeblich an Dich geschrieben haben will und das hat mir genügt.“¹¹³ Auch die Kopie des Briefes Herrstadts an Grotewohl findet sich in den Akten der ZPKK.

112 Brief Herrstadts an Chruschtschow vom 28.11.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 178ff. Herta Geffke schrieb dazu später in ihren Erinnerungen: „Wenn ich seine langen Einspruchsschreiben gegen seinen Parteiausschluß einschätzen soll, so gelange ich zu der Überzeugung, daß er hoffte, in seiner Parteiangelegenheit eine Unterstützung von bestimmten sowjetischen Stellen zu erhalten.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 452.

113 Anschreiben Reimanns an Ulbricht zum Brief von Herrstadt vom 9.12.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 197.

6. Die Tätigkeit der Parteikontrollorgane bei der Überprüfung der Parteileitungen und Grundorganisationen im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953

Mit dem Juli-Plenum des ZK und seiner Entschließung „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“ hatten die Parteikontrollorgane endlich eine stabile Orientierung für ihre weitere Kontrolltätigkeit, die jene Orientierung des ZK-Mai-Plenums (bzw. des PB-Beschlusses vom 3. März 1953) ersetzte. Doch auch schon unmittelbar nach dem 17. Juni bemühte sich die ZPKK um eine erste Übersicht zum Verhalten der Parteifunktionäre beim Aufstand und zum Umfang der Teilnahme von Parteimitgliedern an den Streiks. Am 6. Juli 1953 meldete Herta Geffke seitens der ZPKK an den Leiter der Abteilung Leitende Parteiorgane, Karl Schirdewan, erste Erkenntnisse über das Ausmaß nicht parteimäßigen Verhaltens von Funktionären auf Kreis- und Bezirksebene. Demnach habe das gesamte Kreissekretariat Jena-Stadt am 17. Juni versagt, indem die Kreisleitung sich auf Diskussionen mit den „Provokateuren“ einließ, woraufhin das gesamte Sekretariat abgelöst werden mußte.¹¹⁴ In Magdeburg verhandelte der Vorsitzende des Rates des Kreises Halberstadt mit den Streikleitungen und zog dabei auch Betriebe hinzu, die überhaupt nicht streikten. Ein Mitglied der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle Magdeburg billigte das Verhalten der „Provokateure“ in Magdeburg und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Parteileitung des Stadtbezirks 10 Leipzig kapitulierte vor den Protestierenden. Der Werkleiter des RAW Engelsdorf, ein Kandidat der BL Leipzig, gehörte zur der Betriebsdelegation, die ihre Forderungen (unter anderem die Absetzung der Regierung) über den Leipziger Rundfunk verbreiten wollte.¹¹⁵ In Gera stimmte der Kaderleiter des Stahlwerks Silbitz offen für den Streik und die Streikleitung. In Halle seien die Parteileitungen der wichtigsten Großbetriebe vor den Aufständischen zurückgewichen.¹¹⁶ In Berlin marschierte ein Mitglied der BL an der Spitze des Demonstrationzugs. In Görlitz unterschrieb der Oberbürgermeister den Provokateuren eine Bescheinigung auf Entlassung der politischen Häftlinge. Im Kreis Sömmerda verhandelten der 1. Sekretär der KL und der Vorsitzende des Rates des Kreises mit den Streikleitungen und machten Konzessionen. Im Bezirk Cottbus forderten der Bezirksvorsitzende der IG

114 „In Jena drangen die Provokateure sogar bis in die Räume der Staatssicherheit vor, ohne auf einen ernsthaften Widerstand zu stoßen. Die Waffen waren im Panzerschrank eingeschlossen und der Verantwortliche telefonierte solange mit seiner höheren Dienststelle, bis die Provokateure im Raum standen und ihn daran hinderten, weiter zu telefonieren.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 459.

115 Die Bestätigung des Beschlusses der BPKK Leipzig über Ausschluß des Werkleiters erfolgte durch das Sekretariat der BL Leipzig und am 11.8.53 durch die BL Leipzig wegen Verstoßes gegen die „Einheit und Reinheit der Partei“ mit dem Vorschlag der Funktionsenthebung. Der stellvertretende Minister für Eisenbahnwesen verfügte die Abberufung des kurzzeitig inhaftierten Werkdirektors am 18.7.53. Er wurde später gekündigt und aus dem Reichsbahndienst entlassen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 63f.

116 „In Halle drangen die Provokateure bis in das Haus der Bezirksleitung vor, ohne auf einen entsprechenden Widerstand zu stoßen. Ebenso gingen die Provokateure in Halle dreimal zum Sturm auf das Zuchthaus vor, ohne daß von den bewaffneten Kräften auch nur ein Schuß abgegeben wurde.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 459.

Transport und ein Instrukteur auch von nicht streikenden Betrieben, ihre Forderungen schriftlich zu stellen, damit sie sich für deren Erfüllung einsetzen könnten. Der Bezirksvorsitzende verfaßte ein „provokatorisches Schreiben“ an den ZV der IG Transport. Beide wurden inhaftiert und wurden bereits durch die BPKK aus SED ausgeschlossen. „Es gibt Betriebe, wo die gesamte Parteiorganisation mitdemonstrierte ... (Es) ist zu bemerken, daß am häufigsten die Forderung der Bestrafung und Absetzung von Walter Ulbricht ist. Otto Grotewohl wird am wenigsten genannt.“ Die Arbeiter bemängelten häufig die überhöhte Entlohnung der Intelligenz. Als Beispiel von Fehlverhalten von Funktionären wurde jedoch auch benannt, daß in der BL Erfurt der Instrukteur der Kulturabteilung verlangte, man müsse jeden dritten Arbeiter erschießen.¹¹⁷

Die enge Zusammenarbeit der ZPKK mit der Abteilung Leitende Organe ermögliche ersterer auch den Zugang zu weiteren Informationen über die Schwerpunkte des Geschehens am und nach dem 17. Juni. Am 14. Juli 1953 berichtete die Abteilung Leitende Organe über Parteiaustritte in Kreisen der Intelligenz unter anderem an der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Matthias-Thesen-Werft und dem Krankenhaus Dresden-Neustadt, die sich „zum Teil aus der Unkenntnis der Zusammenhänge der faschistischen Provokation ergeben haben bzw. einige Intelligenzler sich mit den Provokateuren solidarisch erklärten ... neben Austritten aus den Reihen der Intelligenz ist aber auch ein großer Anteil aus Arbeiterkreisen zu verzeichnen. So meldet die Kreisleitung Brandenburg aus dem RAW Kirchmöser ... , daß 63 Mitglieder ihren Austritt mit folgender Begründung erklärt haben: 'Wir sind keine Faschisten' (in bezug auf den Leitartikel im ND).“¹¹⁸ Am 21. Juli lieferte die Abteilung Leitende Organe eine Zusammenstellung der unmittelbar nach dem 17. Juni erfolgten Parteiaustritte. Demnach erfolgten 1.266 Austritte mit den Schwerpunktbezirken Halle, Leipzig, Dresden und Gera sowie besonderen Konzentrationen in Gera-Stadt (Betrieb „Roto-Record“), Kreis Altenburg (Betrieb Textima), Leipzig-Stadt, Buna, Kaliwerk Bernburg und RAW Kirchmöser. Der hohe Anteil ehemals der SPD angehörenden ehemaligen Parteimitglieder und angebliche Erkenntnisse der Kreisleitung Görlitz legten nahe, daß bei den individuellen Aussprachen mit den Ausgetretenen „festzustellen (ist), ob der Betreffende von anderer Seite beeinflußt wird (Ostbüro, trotzkistische Gruppierungen).“¹¹⁹

Wie das Juli-Plenum des ZK auf bezirklicher Ebene durch die Parteikontrollorgane umgesetzt werden sollte, belegt beispielhaft der Arbeitsplan der BPKK Gera und ihre Anleitung zur Erarbeitung des Arbeitsplans der KPKK für den Monat August 1953. Zur Auswertung des ZK-Plenum-Beschlusses in Verbindung mit der Durchführung des ZK-Beschlusses über das Verschwörerzentrum Slánský wolle man „sich darauf konzentrieren, Feinde in der Partei zu entlarven und aus der Partei zu entfernen. Es ist notwendig, daß mehr denn je ein entschlossener Kampf um die Festigung der Einheit und Reinheit geführt wird, wobei es gilt, jeden Versuch einer Gruppenbildung ohne Rücksicht auf Personen unnachsichtig zu zerschlagen. Auf eventuell bestehende illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitglie-

117 Mitteilung der ZPKK (Geffke) an die Abteilung Leitende Organe (Schirdewan) vom 6.7.53 betr. „Nicht parteimäßiges Verhalten von Kreisleitungen und 1. Kreissekretären sowie von Funktionären im Kreis- und Bezirksmaßstab“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 4ff.

118 „Auszüge aus den Informationsberichten der Bezirksleitungen anlässlich der faschistischen Provokation am 16. und 17. Juni 53“, Sektor einheitliches Mitgliedsbuch und Statistik, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/5/1674, Bl. 1ff.

119 Sektor einheitliches Mitgliedsbuch und Statistik zu Austritten, verlorengegangene Dokumente, Neuaufnahmen, 21.7.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/5/1674, Bl. 5ff.

dem oder anderen feindlichen Gruppen, wie Brandlersche Spionagegruppen, Trotzlisten und SAP-Gruppen, ist besondere Aufmerksamkeit zu legen. Sie sind zu entlarven und unschädlich zu machen.“ Bisher seien „feindliche Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen haben, aber namentlich bekannt sind – außer wenigen Ausnahmen – noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden.“¹²⁰ Die BPKK Gera konstatierte organisierte Parteiaustritte im VEB Roto-Record Gera, VEB Wälzlager Ronneburg und im VEB Werkin (Königsee, Kreis Rudolstadt) sowie „Feindarbeitszentren“ in Jena-Stadt, Jena-Land, Gera-Stadt, Weida, Ronneburg, Eisenberg, Rudolstadt und Saalfeld. Da die Bau-Union in fast allen Betrieben der DDR Ausgangspunkt von „faschistischen Provokationen“ war, wobei es Hinweisen auf eine zentrale Lenkung gäbe, sei die Überprüfung deren Parteioorganisationen durch die Parteikontrollorgane vorgesehen. Ähnlich starke feindliche Erscheinungen seien bei Zeiß, Schott, Jena-Pharm, im RAW Jena, EKM Kompressorenwerk Gera, Lederwerke Weida, sowie im Wälzlager und IFA-Felgenwerk in Ronneburg, zu verzeichnen, welche alle durch die KPKKen und SPKKen zu überprüfen wären.¹²¹ Damit hatte die BPKK Gera praktisch alle wichtigen Regionen und industriellen Zentren des Bezirks benannt und damit unfreiwillig das große Ausmaß der Unruhen umschrieben.

Die BPKK Leipzig konzentrierte sich ebenfalls auf die Bau-Union, die Braunkohlenwerke Böhlen auf Espenhain und das RAW „Einheit“. Als feindliche Schwerpunkte wurden hier unter anderem Textima Altenburg, die Zuckerfabrik Döbeln, die Leipziger Kugellagerfabrik, der Feuerungsbau Holzhausen, das RAW „Einheit“ in Engelsdorf genannt.¹²²

Am 1. August 1953 rief die ZPKK alle Vorsitzenden, Mitglieder und Kandidaten der BPKKen zusammen, um die Konsequenzen der Beschlüsse des ZK-Juli-Plenums zu erläutern. In der vorliegenden Direktive für die Arbeit der Parteikontrollorgane wurde festgestellt, daß der 17. Juni die bisherige Arbeit der Parteikontrollorgane als politisch unzureichend nachgewiesen und das 15. Plenum ihnen neue Aufgaben gestellt habe.¹²³ Die Kontrollorgane hätten nun die jetzt stattfindenden Mitgliederversammlungen und Parteitagsungen¹²⁴ zu unterstützen und die Parteileitungen zu kontrollieren, „daß gegenüber dem falschen, schwankenden oder sogar parteifeindlichen Verhalten von Genossen zur faschistischen Provokation am 17. Juni und der Durchführung des neuen Kurses keine versöhnliche Positionen geduldet werden.“ Unter Hinweis auf die „parteifeindliche Fraktion“ Zaiser/Herrnstadt folgte die Einschätzung, „daß der Klassenfeind noch Positionen in der Partei

120 Schreiben der BPKK Gera an die ZPKK vom 31.7.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 251ff.

121 Direktive der BPKK für die Arbeit der Parteikontrolle im Bezirk Gera vom 31.7.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 258ff.

122 BPKK Leipzig, Direktive für die Arbeit der Parteikontrolle vom 5.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 372ff.

123 An einer Stelle hieß es wörtlich und etwas unbeholfen: „Das 15. Plenum sowie die Ereignisse vom 17. Juni und den folgenden Tagen weisen auf, daß das politische Ergebnis der Parteikontrolle ungenügend war und deshalb der Partei nicht die notwendige Hilfe gegeben hat.“

124 Kowalczyk weist auf die Reaktivierung der bereits 1948 propagierten Idee des Parteiaktivs im Gefolge der Juni-Ereignisse hin. Hier wollte sich die Parteiführung zukünftig wenigstens auf den aktiven und loyalen Kern der Partei stützen. Ilko-Sascha Kowalczyk, „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt“. Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „interne Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995, S. 223. Die besondere Bedeutung der Parteiaktive wurde später auch auf dem ZK-Plenum vom 17.–19.9.53 betont.

hat.“¹²⁵ Forderungen nach dem Rücktritt Ulbrichts aus den Reihen der Demonstranten wurden als Resultat des Wirkens der „Tätigkeit der Untergrundbewegung des Ostbüros der SPD“ eingeschätzt. Aufgrund organisierter Austritte aus der Partei und wegen erfolgreicher „Bestrebungen, sich zu organisieren und politisch zu fundamentieren“¹²⁶ sollten in den „Zentren dieser Feindarbeit“ Görlitz, Niesky, Kirchmöser, Halle, Magdeburg, Jena und Berlin die Baustellen der Bau-Union durch die KPCKen und die Parteileitungen der zentralen Stellen der Bau-Union überprüft werden. Ebenso seien die Parteioorganisationen in anderen Schwerpunkten der Feindarbeit (Buna, Leuna, Stahlwerk Silbitz, Thälmann-Werk Magdeburg, Chemie-Betriebe) zu überprüfen. Während die Fälle von Parteiaustritten individuell bewertet werden sollten, sei „bei geschlossenen Austritten von früheren SPD-Mitgliedern ... eine ernste Überprüfung notwendig, um die feindlichen Träger der Bestrebungen des Ostbüros herauszufinden, um die Irregeleiteten für die Partei zurückzugewinnen. Austritte von ehemaligen Kommunisten sind im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Trotzlisten und früherer parteifeindlicher Gruppierungen zu untersuchen.“ Konzentrationen von Ausgeschlossenen seien zu verhindern, ihr Verhalten am 17./18. Juni individuell zu bewerten und im Falle vorbildlichen Verhaltens ihr Ausschluß nochmals auf Rechtmäßigkeit zu prüfen.¹²⁷

Im Monat August waren Mitglieder der ZPKK in den Bezirken unterwegs, um die Kontrollkommissionen anzuleiten. Wittholz referierte auf der Arbeitskonferenz der BPKK Karl-Marx-Stadt zum Fall Herrnstadt-Zaisser, wobei er bat, keine Notizen zu machen. In der Diskussion bekräftigte der Vorsitzende der KPKK Flöha, daß Zaisser/Herrnstadt versuchten, „der Partei eine Diskussion aufzuzwingen, um sie von ihren Hauptaufgaben abzuhalten. Aus

125 Der Leipziger BPKK-Vorsitzende Johannes Vogelsang erklärte in seinem Referat zur Auswertung dieser ZPKK-Tagung: „In der Entschließung [des 15. ZK-Plenums], so sagte uns der Genosse Matern, gibt es zwei Stellen, die nicht veröffentlicht wurden ... Die Staatssicherheit hat am 17.6. versagt. Zaisser griff nach der Parteiführung, Herrnstadt war vorgesehen als 1. Sekretär des ZK. Das heißt, es gab einen konzentrierten Angriff auf den proletarischen Kern unserer Partei. Auch der Genosse Jendretzky ließ sich von den Fraktionsmachern in's Garn ziehen. Ebenso Elli Schmidt. Anton Ackermann nahm gegenüber dieser parteifeindlichen Fraktion eine versöhnlerische Haltung ein. Aber in der Sitzung des Politbüros mußten sie alle Farbe bekennen ... Der Parteifeind Fechner wurde aus der Partei ausgeschlossen. Bei den Vorgängen am 17.6. mußte er sich entlarven. Auf der Tagung hat uns der Genosse Sepke von der ZPKK zwei Briefe zur Kenntnis gegeben, die sich mit dem Verhalten von Franz Dahlem beschäftigen. Der eine Brief, den er seinerzeit in Frankreich an Daladier schrieb, wo er sich über seine Behandlung in dem KZ beschwert, nachdem er die politischen Emigranten in Frankreich aufforderte, sich freiwillig in die Hände des französischen Imperialismus zu begeben und er selbst freiwillig in's KZ ging. Der andere Brief, der sich an den im Slansky-Prozeß entlarvten Parteifeind Geminder richtete und in welchem er diesen aufforderte, für seinen Freund, den amerikanischen Agenten Field die Aufenthaltsgenehmigung in der CSR zu besorgen ... Deshalb Schluß mit dem versöhnlerischen Verhalten; denn sonst wird es uns nicht möglich sein, die feindlichen Agenturen aufzudecken und auszürüchern.“ Vogelsang zitierte weiterhin Matern mit seinem Ausspruch: „Wenn die Partei eine Wendung macht, gehen wir in die Kurve und dabei fallen eben einige heraus.“ Referat „Das 15. Plenum und die Aufgaben der Partei-Kontrollkommission“ (o. D., eingegangen bei der ZPKK am 14.8.53), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 359ff.

126 Solche Feststellungen finden sich zum Beispiel in der Begründung des Arbeitsplans der BPKK Schwerin vom 3.8.53, wobei diese organisatorisch-politische Fundamentierung für Gewerkschaftsleitungen, und Wohngruppen konstatiert wurde. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 26ff.

127 Direktive für die Arbeit der Parteikontrolle, in: Protokoll der ZPKK-Tagung vom 1.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/447, Bl. 70ff; siehe auch SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 130ff. und SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 444ff. Im August 1953 gelangte der ZPKK auch ein Bericht über die Parteiüberprüfung in der KP Chinas zur Kenntnis. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/20/30, Bl. 201ff.

der Geschichte der KPdSU haben wir gelernt, daß gerade dort Trotzki sehr oft versucht hat, diese Methode anzuwenden ... Genossen! Das zeigt das Ziel ... von Zaisser und Herrstadt, nämlich, die Macht an sich zu reißen und somit unsere vom Vertrauen der Partei gewählten besten Kämpfer und Vertreter der Arbeiterklasse zu liquidieren. Die neue Plattform der Partei war die Linie Churchill – Berija – Zaisser, welche geendet hätte mit dem Errichten der alten kapitalistischen Herrschaft ... es ist die Pflicht eines jeden Genossen, einen harten Kampf gegen alle Gruppenbildungen zu führen.“ Der Vorsitzende der KPKK Hainichen wurde für seinen Diskussionsbeitrag kritisiert: Er hatte erklärt, der 17. Juni habe gezeigt, daß die Agitation der Partei erfolglos gewesen sei, wogegen ein „großer Teil unserer Arbeiter“ vom RIAS beeinflußt werde. „Ich bin am vergangenen Freitag in einer Versammlung der Bauarbeiter der Bau-Union Frankenberg gewesen. Dort tritt der Betriebsleiter herrisch auf ... Ich habe dort den Satz geprägt: 'Innerhalb eines volkseigenen Betriebes bestimmt nicht nur der Betriebsleiter, sondern die ganze Belegschaft.' Dort wäre ich daraufhin fast ausgepiffen worden ... Genossen, ist es so schwer für unsere Agitatoren, wenn von Kollegen die Forderung gestellt wird – Sturz der Regierung – darauf zu antworten: 'Nun, was wollt ihr für eine Regierung?' Hier muß man die Menschen aussprechen lassen, ... ihnen nicht gleich ins Gesicht springen.“ Gegenüber diesem KPKK-Vorsitzenden wurde mehrfach die Einschätzung bekräftigt, daß der 17. Juni ein faschistischer Putsch und nicht ursächlich das Resultat wirkungsloser Propaganda gewesen sei. Allerdings wurde in der Diskussion eingeräumt: „Eine Tatsache ist, daß viele Werktätige berechnete Forderungen hatten und es ist eine Tatsache, daß es ein Teil Leutchen gegeben hat, die diese berechtigten Forderungen schufen. Das Beispiel Bau-Union Dresden in Freiberg zeigte uns, daß die Arbeiter ein Recht zu solch einer Kritik hatten. Es gab kein Licht, kein Wasser, finanzielle Einschränkungen, die untragbar waren. Auf diese Dinge bauten die Agenten auf und hier versagte unsere Agitation.“ Ähnliche Einschätzungen gab es von einem Mitglied der KPKK Aue in bezug auf den VEB Nickelhütte: „Dieser Betrieb ist ein Betrieb, wo die Arbeit gesundheits-schädigend ist. Es ist dort ungefähr so gewesen wie anfangs bei der Wismut.“ Zur Erläuterung der in der Diskussion benannten Orientierungen für die weitere Analysearbeit fragte der Vorsitzende der KPKK Flöha hinsichtlich des sozialdemokratischen Zentrums Eppendorf und Grünhainichen: „Wer war 1945 gegen die Vereinigung der Partei, wer trat damals aus der SED aus bzw. wer trat der SED nicht bei und wer wurde von damals bis heute aus der Partei ausgeschlossen auf Grund seines Verhaltens der Partei gegenüber? Auf Grund dessen haben wir uns ein Material erarbeitet, wo wir jetzt besser die Gruppierungen erkennen und zur Zeit arbeiten wir gemeinsam mit den Organen des Staatsapparates in diesem Ort ...“ Im Schlußwort hieß es zu den aus der SED Ausgeschlossenen: „Die Partei muß wissen, was treibt dieses Element nachher ... Zur Zeit, wo noch die alten Kreise bestanden, hat es noch in den meisten KPKK bzw. Kaderabteilungen eine sogenannte Ausschlußkartei gegeben und die muß da sein ... Vervollständigt sie und die Partei hat einen Überblick, wo sitzt der Feind.“ Schumacherleute würden „eine stete Gefahr bilden, wenn man sie nicht entlarvt. Dasselbe trifft auf die Splittergruppen ... zu.“¹²⁸

Im Bezirk Frankfurt/Oder wurde bilanziert, daß es in StalinStadt im Bereich von 20 Grundorganisationen zu Provokationen kam und sich Genossen daran beteiligten oder feindlich verhielten. Der Parteisekretär der Parteiorganisation des VEM Cottbus unterzeichnete eine Entschließung mit der Aufforderung zur Absetzung der Regierung und überreichte

128 Protokoll der Arbeitskonferenz der BPKK Karl-Marx-Stadt am 17.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 384ff.

diese am 17. Juni der SED-Kreisleitung. Geahndet wurde dies mit einer strengen Rüge. Ein Genosse der Bau Union habe erklärt, die Arbeitsniederlegung „bei uns ... war richtig, weil es viele Unstimmigkeiten gab. Die Arbeiter mußten einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen.“ Ein anderer Genosse äußerte in Jänickendorf (Kreis Fürstenwalde/Spree), „der 17. Juni war ein Streiktag, wodurch die Arbeiter nur ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten und die Durchführung des neuen Kurses sei ein Erfolg des 17. Juni.“¹²⁹ Als der Bürgermeister von Alt-Stahnsdorf/Kreis Beeskow in der Ortsgrundorganisationsversammlung am 4. Juli 1953 über den neuen Kurs von Partei und Regierung sprach, erklärte er: „Eine Regierung, welche sich derartige Fehler hat zuschulden kommen lassen, muß abtreten, so wie es von jeher gewesen ist. Das Volk hat das Vertrauen zur Regierung verloren und deshalb fordert es wirklich freie Wahlen!“¹³⁰ Ein Kaderinstrukteur beim Kreisvorstand der VdgB Angermünde bezeichnete die Kampagne „Das erste Getreide dem Staat“ als Hermann-Göhring-Rummel und nannte die organisierte Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte eine faschistische Methode. Ein Genosse vom VEB Kabelwerk Schönow bemerkte, „die Partei hat einen ungünstigen Zeitpunkt gewählt, den Gen[ossen] Walter Ulbricht in dieser Zeit zum Helden der Arbeit zu machen. Ulbricht sei der meistgehaßteste Mann in der DDR und der Spitzbart muß verschwinden ... vor denen, die den Mut aufgebracht haben am 17. Juni vor das Ministerium zu ziehen, muß man den Hut abnehmen“. Im Bericht der BPKK wurde mitgeteilt, daß es in diesem Zusammenhang nicht gelungen sei, den Genossen „zu entlarven“: Nur 18 Genossen stimmten für den Ausschluß, 12 dagegen und 7 hätten sich der Stimme enthalten. Dagegen war ein Parteifeind im Kreis Seelow, der 40 Jahre in der Partei organisiert war, einstimmig ausgeschlossen worden. Er hatte erklärt, „Pieck, Grotewohl und Ulbricht müssen schon lange weg, das hätte noch ganz anders ausgehen müssen“. Vielerorts sei in Parteioorganisationen die Frage „Streik oder faschistische Provokation“ nach wie vor ungeklärt; so gingen viele Parteimitglieder weiterhin von einem Streik wegen verbreiteter Unzufriedenheit aus, der keine organisierte Sache gewesen war. Im Kreis Seelow, wo am 17. Juni der Vorsitzende der VdgB in Stolpe aus dem Fenster flüchten mußte, habe man von Genossen aus Seelow und Gusow gehört: „So lange die Rote Armee da ist, kann ja der SED nichts passieren.“ Insgesamt gäbe es keine bedeutenden Parteiaustritte im Bezirk, wohl aber in den Massenorganisationen (insbesondere im FDGB und vor allem bei der Bau-Union StalinStadt). Massenaustritte seien aus der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft Fürstenwalde zu vermerken.¹³¹

Die BPKK Potsdam stellte im RAW Kirchmöser als eine der Ursachen des Arbeiterprotests die schlechten betrieblichen Verhältnisse fest, die der an Sabotage grenzenden bürokratischen Arbeit der ehemaligen Generaldirektion und dem jetzigen Ministerium Eisenbahn begründet liege. „(Die) Partei (ist) ... in diesem Betrieb ... organisatorisch völlig zerfallen.“¹³² Dagegen informierte Herta Geffke von der ZPKK den Minister für Eisenbahnwesen, Chwalek, am 28. August 1953 darüber, daß im RAW Kirchmöser (Stadtkreis Brandenburg) „in den Tagen des 17. Juni ... von diesem Betrieb ... die Streikbewegung im Kreis Brandenburg aus(ging), die sich als eine offene Tätigkeit des Ostbüros der SPD herausstellte. Mit

129 Sitzungsprotokoll ZPKK/BPKK Frankfurt vom 18.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 118ff.

130 BPKK Frankfurt/Oder, 31.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 126ff. Die von der BPKK vorgeschlagene Absetzung dieses Bürgermeisters und sein Ausschluß als Parteifeind erfolgte am 18.9.53.

131 Aus dem Monatsbericht der BPKK Frankfurt vom August 1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 111ff.

132 Schreiben der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 20.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 45f.

dem 17. Juni setzte eine organisierte Austrittsbewegung aus der Partei ein, die inzwischen die Zahl von 75 Mitgliedern erreicht hat.¹³³ Die mit der genaueren Untersuchung beauftragte BPKK Potsdam meldete am 1. Oktober 1953 in ihrem Zwischenbericht der Überprüfung der BPO des RAW Kirchmöser, daß die Streikleitung am 17. Juni aus 20 Mitgliedern, davon 7 Genossen und 4 BGL-Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden bestand. Später seien 64 Parteimitglieder (davon 40 ehemals der SPD angehörig) ausgetreten. Die Streikleitungssitzungen hätten im BGL-Zimmer stattgefunden. „Genosse K[...] war Mitglied der Streikleitung. Er steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Streik berechtigt war und daß sie für die gerechten Forderungen der Arbeiter gekämpft haben. Er hat seit einem Jahr keine Beiträge gezahlt. Von 1928 bis 1933 war er in der KPD, nach 1945 wieder KPD ... Alle Genannten wurden ... im Betrieb belassen. Erst am ... 29.9. wurde ... durch uns ... die Anweisung gegeben, die Obengenannten aus dem Betrieb zu entfernen.“¹³⁴

Die Nachbeben der Ereignisse des Juni waren auch noch im September spürbar. Aus einem Bericht der KPKK Rostock/Land vom 10. September 1953 über die Kontrolle der Durchführung der Mitgliederversammlungen zur Auswertung des 15. Plenum wurde deutlich, daß es wenig Verständnis für die vermeintlichen Erkenntnisse über die Fremdsteuerung des Aufstands gab. So legte der Parteisekretär der Zuckerfabrik Tessin nach Bekanntwerden der Politbüroerklärung sein Dokument auf den Tisch mit der Begründung, er könne nicht länger Mitglied einer Partei sein, die solche Fehler mache. Auf einer Agitationskonferenz in Tessin hieß es: „Die übergeordneten Leitungen tragen die Schuld, weil sie mit dem Holzhammer gearbeitet haben, dadurch haben sie sich von den Massen entfernt. Es wird Zeit, daß man die Verantwortlichen zur Verantwortung zieht“ und „Die Partei hat durch die Normenerhöhungen und durch Bildung von Genossenschaften durch Druck dem Gegner Möglichkeiten in die Hand gespielt. Es platzte den Arbeitern der Kragen und sie streikten.“ In der GO beim Rat des Kreises vertrat ein Genosse die Meinung, die Regierung müsse abtreten. In der GO Ziesendorf erklärte ein Parteileitungsmitglied seine Absicht, aus der SED auszutreten, da er kein Vertrauen zur Partei und zur Regierung habe. Die Regierung müsse abtreten, da sie die Bauernwirtschaften ruiniere.¹³⁵ Auch die BPKK Rostock BPKK fand bei ihrer Analyse der Ursachen von Arbeitsniederlegungen auf der Neptun-Werft am 18. Juni ähnliche Verhältnisse vor. Nach Feststellung des völligen Versagens der zentralen Parteileitung und der BGL kam sie zu dem Schluß: „Die Kritik und die berechtigten Forderungen der Kollegen wurden nicht beachtet und waren zum Teil nicht bekannt. Somit verloren die Kollegen das Vertrauen zur Partei. Auf Grund dieser dort vorhandenen Mängel gelang es den Provokateuren die Unzufriedenheit der Kollegen für ihre Zwecke auszunutzen und diese zur Arbeitsniederlegung zu bewegen.“¹³⁶

Dagegen tat sich die BPKK Gera durch besonderen Eifer bei der Verifizierung der Feindbildkonstruktionen gemäß ZPKK-Direktive hervor. Sie verfügte zunächst die Absetzung des ersten Sekretärs der KL Jena-Stadt wegen der Kopflosigkeit und Unentschlossenheit des Kreissekretariats, die dazu beigetragen hätten, daß die Ausschreitungen in Jena-

133 Schreiben der ZPKK (Geffke) an den Minister für Eisenbahnwesen, Genossen Chwalek, vom 28.8.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 42f.

134 Zwischenbericht der Überprüfung der BPO RAW Kirchmöser, Erna Warnke (Vorsitzende der BPKK Potsdam) an die ZPKK vom 1.10.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 49ff.

135 Bericht SED-KL/KPKK Rostock/Land vom 10.9.53 7, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7 Bl. 12ff.

136 Monatsbericht der BPKK Rostock für den Monat August 1953 vom 14.9.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 2.

Stadt ein solches Ausmaß annahmen. Im EKM Kompressorenwerk Gera (neben dem VEB Roto-Record Gera Ausgangspunkt der Streiks am 17. Juni) machte die BPKK eine starke Konzentration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und einige Arbeiter, die bei der Parteiüberprüfung wegen trotzkistischer und anderer feindlicher Einstellungen ausgeschlossen wurden, für die Unruhen verantwortlich. Die BGL habe sich zum Sprecher von Rädelsführern gemacht, die hinter dem Rücken der IG Metall über die BGL eine Belegschaftsversammlung mit „provokatorischen Forderungen“ organisieren wollten. Ein Mitglied der KL Gera-Stadt nahm an den Demonstrationen vom 17. Juni teil. Äußerungen eines Genossen auf der Mitgliederversammlung des Porzellanwerks Kahla, daß die Politik der Partei vor dem 17. Juni nicht auf der Linie des Marxismus-Leninismus beruhte und die Ausführungen Ulbrichts, in der DDR werde die Diktatur des Proletariats ausgeübt, als „Quatsch“ bezeichnete, wurden als parteifeindlich eingestuft. Ein Mitglied der BPO im Stahlwerk Silbitz war Mitglied der Streikkomitees und setzte sich wissentlich für die „Durchsetzung der Forderungen des Klassengegners“ ein. Die BPKK meldete, daß im Berichtsmonat August im Bezirk Gera 7 Provokateure, 8 Parteimitglieder wegen Sowjetfeindlichkeit, 35 wegen anderer parteifeindlicher Delikte aus SED ausgeschlossen wurden, darunter 5 Funktionäre aus dem Partei-, Staats- oder Wirtschaftsapparat.¹³⁷

Die BPKK Suhl berichtete, daß nach der Untersuchung des Universal-Werks im Kreis Schmalkalden durch eine Instrukteursbrigade auf Grund des kurzen Streiks am 17. Juni im Werk I der Streikführer aus der Partei ausgeschlossen wurde. Im Mercedes-Werk Zellamhels habe ein Genosse ohne Widerspruch auf der Gewerkschaftsversammlung erklären können, daß die Partei nichts in der Gewerkschaft zu suchen habe und die Gewerkschaft in Opposition zur Partei stehen müsse. Die BPKK habe in der Bezirkspresse dazu einen Artikel veröffentlicht.¹³⁸

Auf der Arbeitskonferenz der BPKK Neubrandenburg zur Auswertung des 15. Plenums und der Arbeitskonferenz der ZPKK vom August hieß es seitens eines Referenten: „Hatte bis zum neuen Kurs die Partei ihr Augenmerk auf die LPG gerichtet und die individuell wirtschaftenden Bauern vernachlässigt, so gibt es genügend Beispiele, wo man jetzt in das andere Extrem verfällt.“ Die Erklärung des PB sei mit Beihilfe des ND falsch ausgelegt worden im Sinne dessen, daß die LPG ihre Bedeutung verloren hätten, weswegen von den 400 LPG des Bezirks sich 15 aufgelöst und in 26 LPG-Austritte beschlossen wurden.¹³⁹

Die BPKK Potsdam meldete den Parteiausschluß des Arbeitsdirektors im RAW Rathenow.¹⁴⁰

Nachdem sich das 16. ZK-Plenum vom 17.–19. September 1953 eingedenk der Lehren des 17. Juni nochmals für die Überwindung abstrakter und lebensfremder Propagandaarbeit aussprach und die besondere Bedeutung der Parteiaktive betonte, zog auch die ZPKK eine erste Bilanz der Berichte aus den BPKKs für die beiden Monaten nach dem Aufstand: Während es diesen Berichten gemäß kaum ein Zurückweichen vor den Provokateuren im

137 Monatsbericht der BPKK Gera für August 1953 vom 14.9.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 264.

138 Tätigkeitsbericht der BPKK Suhl und der KPKKs im Monat August 1953 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 311ff.

139 Monatsbericht der BPKK Neubrandenburg für August 1953 vom 16.9.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 57ff.

140 Tätigkeitsbericht der BPKK Potsdam für August 1954 vom 17.9.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 102ff.

Parteiapparat gegeben habe, gab es dies „dagegen in den Parteileitungen, besonders in Betrieben, mehrfach“, so etwa im Falle des ersten Kreissekretärs von Weißwasser gegenüber der Forderung der Provokateure, die VP und die sowjetischen Freunde zurückzuziehen. In fast allen Bezirken war die Entfernung von Funktionären wegen ihres Verhaltens am 17.6. erforderlich gewesen. Es sei die gründliche Analyse in allen Bezirken und Kreisen gemäß der ZPKK-Direktive vom 1. August auch dort nötig, wo im Juni 1953 keine besonderen „faschistischen Provokationen“ erfolgten (wie in den Bezirken Rostock, Schwerin, Suhl), denn die Analyse im Bezirk Karl-Marx-Stadt habe bewiesen, daß bei einer gründlichen Untersuchung die Feindarbeit keinen geringeren Umfang hätte, als in den Bezirken, wo es offene „faschistische Provokationen“ gab. Ebenso wurde die BPKK Gera für die Aufklärung von sechs „Provokationen“ hervorgehoben. Das Ziel der Analysen bestünde in der Aufdeckung von Analogien und Feindverbindungen zwischen den Bezirken und von Untergrundbewegungen des Feindes (insbesondere vom Ostbüro angeleiteten SPD-Gruppen, die nach ihrem Auftauchen wieder im Untergrund verschwunden seien). Selbstkritisch vermerkte die ZPKK, daß sie in den letzten Monaten die Anleitung der BPKKs fast vollkommen eingestellt habe.¹⁴¹

Auf der ZPKK-Sitzung vom 23. September 1953 mit den Vorsitzenden der BPKKs stand die Analyse der Ereignisse im Bezirk Halle (der neben Berlin Schwerpunkt der Unruhen war) im Mittelpunkt der Beratungen.¹⁴² Der Vorsitzende der BPKK Halle Erich Ament stellte fest, daß sich dort in fast allen Großbetrieben rund 30% aller Arbeiter an den Streiks und Demonstrationen beteiligten und wichtige Objekte der Partei, des Staatsapparats und der Verwaltung ohne nennenswerte Gegenwehr gestürmt wurden. Die Schwerpunkte der Unruhen waren das Leuna-Werk „Walter Ulbricht“, das Buna-Werk¹⁴³, das Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“, die chemischen Großbetriebe in Bitterfeld, die Halleschen Großbetriebe und der „Thomas Münzer“-Schacht Sangerhausen. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden in Parteiverfahren von Grundorganisationen 222 Ausschlüsse (darunter 3 Werkleiter) verfügt. Die Ersten Sekretäre der Kreisleitungen Buna, Leuna und Bitterfeld wurden von ihren Funktionen abgelöst.¹⁴⁴

Die GPKK Wismut berichtete am 30. September 1953 über die Überprüfung der Arbeit der verantwortlichen Staatsanwälte und Richter am Bergbaugericht Wismut in Gera. Hier wurde „versöhnlerisches Verhalten“ am Bergbaugericht bei der Verurteilung der „faschistischen Provokateure“ des 17. Juni festgestellt, wobei die betreffenden Richter aus der Sozialdemokratie kämen und falsche Auffassungen vom sich verschärfenden Klassenkampf

141 Stellungnahme der ZPKK zu den Monatsberichten Juli-August 1953 der BPKKs, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 37ff. Die künftige bezirkliche Verantwortug der ZPKK-Mitglieder wurde hier wie folgt festgelegt: Herta Geffke für die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Berlin, Ernst Altenkirch (Dresden, Halle), Elli Hempel (Magdeburg, Gera), Otto Sepke (Cottbus, Neubrandenburg), Günter Tenner (Suhl, Potsdam), Otto Holz (Rostock, Frankfurt), Herbert Wittholz (Schwerin, Leipzig) und Heinz Juch (Erfurt, Wismut).

142 „So mußten im Bezirk Halle alle Kreissekretäre der Großbetriebe aus ihren Funktionen genommen werden, weil sie vollkommen versagt hatten.“ Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 460.

143 „Im Chemiebetrieb Buna gelang es [den Provokateuren] sogar noch ein zweites Mal, einen Streik auszulösen. Hier haben die Genossen Matern und Selbmann die Dinge untersucht und der Bezirksleitung geholfen, die provokatorischen Kräfte unschädlich zu machen und die Ursachen zu ergründen.“ Ebenda, Bl. 459.

144 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 23.9.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/447, Bl. 139ff.

hätten. Deshalb erkannten sie nicht die feindliche Haltung Fechners und fällten „die Urteile im Sinne des Feindes der Partei und der Republik“.¹⁴⁵

Aufwendig gestaltete sich die Überprüfung der BPO Reichsbahn-Bau-Union Cottbus, die nach Auffassung der BPKK Cottbus einer der zentralen Orte der Proteste vom 17. Juni war. Bemerkenswert ist das Untersuchungsergebnis hinsichtlich der Verhältnisse vor dem Aufstand: „Im März 1953 wurde fast die gesamte Betriebsleitung, einschließlich des Parteisekretärs, verhaftet. Das von der Trapo [Transportpolizei] zusammengetragene Material ... reichte zu einer Verurteilung nicht aus ... Die Genossen der Parteileitung wurden von der Verhaftung nicht informiert. Nachher bekamen sie von der Polit-Abteilung der Reichsbahn Berlin ... den Auftrag, zur Belegschaft zu sprechen. Da sie die Ursachen der Verhaftung nicht kannten, bekamen sie von (ihr) eine ausgearbeitete Rededispotion, in der auch ihre Fehler ... angegeben waren. Die Genossen sagten uns übereinstimmend, daß sie damals gegen ihre eigene Überzeugung gesprochen haben und es so gewesen sei, daß sie jeden Tag erwartet haben, selbst verhaftet zu werden ... Entscheidende Anklagepunkte entsprachen nicht der Wahrheit ... Da das ganze Belastungsmaterial von der Polit-Abteilung, Transportpolizei zusammengetragen wurde, trägt die Polit-Abteilung der Reichsbahn die Hauptschuld.“ Nach dem 17. Juni wurden 7 Parteiausschlüsse und 2 Parteistrafen sowie eine nach Auffassung der BPKK überstürzte Neubestimmung der Parteileitung auf Veranlassung der Polit-Leitung und der Kreisleitung verfügt. Dies geschah mit Beginn der Überprüfung durch die BPKK, welche in ihrem Bericht erklärte: „Von uns [aus] wird es sich als notwendig erweisen, noch 7 Ausschlüsse und 6 andere Parteistrafen auszusprechen.“ Zur aktuellen „Feindarbeit“ hieß es: „(Es) werden laufend Flugblätter auf den einzelnen Baustellen gefunden, ... auf dem normalen Postweg [verschickt]. Der Betrieb zahlte das fehlende Porto ... Der Post-Sachbearbeitende befand sich zu dieser Zeit bereits in Haft.“ Zur Abholung der sogenannten „Bettelpakete“ aus Westberlin gäbe es „Freifahrtscheine nach Berlin und ... über Berlin ... Die Überprüfung ist soweit abgeschlossen. Es findet noch eine Mitgliederversammlung statt und einige Tage später eine Belegschaftsversammlung, bei der eine Reihe von Provokateuren aus dem Betrieb entfernt werden sollen.“¹⁴⁶

Im Bezirk Suhl, in dem am 17. Juni 1953 vergleichsweise weniger Proteste als in anderen Bezirken zu verzeichnen waren, hatten die Parteikontrollorgane jedoch um so mehr Schwierigkeiten in den Monaten danach. Die BPKK Suhl hatte erstmals seit Juni wieder im September 1953 Streiks in der Kammgarnspinnerei Bad Liebenstein und im Schwermaschinenbaubetrieb VEB Katzhütte gemeldet, welche von ausgeschlossenen ehemaligen Parteimitgliedern geführt wurden. Im Porzellanwerk Veilsdorf wollten die Arbeiter Belegschaftsversammlungen erst wieder besuchen, wenn eine Besserung des Lebensstandards durch Herabsetzung der Preise erfolge. So waren bei der Versammlung am 25. September 1953 nur 40 von 700 Kollegen bei 110 Genossen im Betrieb anwesend. Hier seien nach Meinung der BPKK Parteifeinde am Werk, zumal im Kreis häufig Flugblätter mit Aufforderungen zum passiven Widerstand bei Versammlungen in Umlauf seien. Die BPKK meldete weiterhin, „negative Elemente“ hätten im Kraftwerk Breitungen die Aufnahme „provokatorischer Forderungen“ in einen Forderungsplan erzwungen, was durch das zurückweichende Verhalten der Bezirks-Sekretäre der IG Energie begünstigt wurde. Die BPKK wollte im

145 Bericht der GPKK Wismut über die Überprüfung der Arbeit der verantwortlichen Staatsanwälte und Richter am Bergbaugericht Wismut Gera vom 30.9.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/158, Bl. 123ff.

146 Zwischenbericht der Überprüfung der BPO Reichsbahn-Bau-Union Cottbus vom 2.10.53, BPKK Cottbus, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 57ff.

Auftrag des Bezirks-Sekretariats diese Genossen zur Verantwortung ziehen und durch Sekretariats-Beschluß die beiden betreffenden Gewerkschaftssekretäre ihrer Funktionen entheben. Daraufhin seien innerhalb 14 Tagen 4 Funktionäre des Zentralvorstands der IG Energie erschienen, um beide zu halten oder zu verteidigen.¹⁴⁷ Die BPKK Suhl meldete am 5. Oktober 1953 für den Bezirk insgesamt 56 Ausschlüsse, 19 betriebliche Entlassungen, 28 Parteistrafen und 11 Austrittserklärungen. Ein Mitglied der WPO Suhl rief in Erfurt zum Putsch auf und wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Universalwerk Schmalkalden wurde die Auflösung der Parteileitung beschlossen; die Rädelsführer wurden aus der Partei entfernt bzw. aus dem Betrieb entlassen. Auch im VEB Feinprüfung Schmalkalden war ein Mitglied der BPO an der Ausarbeitung der „provokatorischen Entschließung der Belegschaft“, die nach dem 17. Juni 1953 an die Regierung gesandt wurde, beteiligt. Die Resolution war außerdem noch vom Parteisekretär, vom Betriebsleiter und dem BGL-Vorsitzenden unterzeichnet. Der erste Kreissekretär der KL Schmalkalden wurde von seiner Funktion mit einer strengen Rüge entbunden und die gesamte BPL des VEB Feinprüfung aufgelöst. Die Protestresolution im VEB Werkzeugunion Steinbach-Hallenberg war ebenfalls unter Beteiligung von Parteimitgliedern verfaßt worden und auch hier wurden sie als Rädelsführer aus der Partei bzw. dem Betrieb entlassen. Der BGL-Vorsitzende, welcher die Entschließung an den FDGB weitergeleitet hatte, wurde seiner Funktion enthoben. Der hauptamtliche Sekretär der KL Neuhaus wurde aus der KL entfernt und wegen parteifeindlichen Verhaltens ausgeschlossen. Allein wegen ihrer Auffassung, daß nicht westliche Provokateure, sondern die DDR-Arbeiter, die mit der Politik der Partei nicht mehr einverstanden waren, den Aufstand verursacht hätten, wurde der Austritt zweier Genossen der OPO Mellenbach in einen Ausschluß umgewandelt.¹⁴⁸

Auf der Tagung der BPKK Magdeburg am 6. Oktober 1953 wurde eine Einschätzung der Instrukteurbrigade Gommern zur Parteiarbeit in Gommern zitiert: „Es ist alles zerfressen vom Sozialdemokratismus. Man kann sagen, daß 2/3 der PO aus der früheren SPD kommen und sie haben sich von den alten Traditionen noch nicht losgerissen.“ Der BPKK-Vorsitzende Eyer mann empörte sich in seinem Schlußwort: „Es gibt Orte wie Hornhausen und Hamersleben, wo die öffentlichen Veranstaltungen beherrscht werden von den Provokateuren und diese aber Mitglieder der Partei sind ... Aber wenn der 2. Sekretär [in Hamersleben] der Auffassung ist, jeder der da auftritt, muß verhaftet werden, was ist das? Massenarbeit nein, verhaften. Das ist ein einfaches Geschäft. Man muß die Auseinandersetzung direkt suchen. Nicht zurückweichen, der Staatsapparat kann das machen. Das ist falsch. Damit gewinnen wir die Arbeiter und werktätigen Bauern im Kreis nicht. Aber das ist die Linie bei euch im Kreis.“¹⁴⁹

Besondere Schwierigkeiten schien die BPKK Berlin bei der Vermittlung der Beschlüsse des 15. ZK-Plenums hinsichtlich Herrnstadt und Zaisser in den Westberliner Parteiorganisationen zu haben: „In einer Grundorganisation in Spandau erklärte zum Beispiel ein Genosse: Wieso ist das eine Fraktionsarbeit, wenn ich der Meinung bin, daß der Vorsitzende einer Organisation Fehler in seiner Arbeit macht und ich spreche darüber mit anderen Mitgliedern zu dem Zwecke, ihre Meinung zu hören, um gemeinsam dagegen Stellung zu nehmen.

147 Tätigkeitsbericht der BPKK Suhl und der KPKKen im Monat September 1953 (eingegangen bei der ZPKK am 21.10.53), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 316ff.

148 Bericht der BPKK Suhl vom 5.10.53 über Veränderungen in Parteiorganisationen auf Grund der Auswertung der Ereignisse nach dem 17.6.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 324ff.

149 Tagung der BPKK Magdeburg am 6.10.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl. 196ff

Überwiegend war jedoch eine solche Auffassung vertreten, daß die gegen Zaisser und Herrstadt ergriffenen Maßnahmen ... nicht ausreichend sind, während andere Mitglieder, bei denen weniger schwerwiegende Gründe vorliegen, aus der Partei ausgeschlossen wurden.“ Außerdem wurde eingeschätzt, daß Überprüfungen in Westberlin schwierig seien, weil Kommissionen die Betriebe nicht betreten dürfen und deshalb nach Feierabend einzeln mit jedem Genossen sprechen und an möglichst vielen Leitungssitzungen und Mitglieder-versammlungen teilnehmen müssen.¹⁵⁰

Vor allem im Zusammenhang mit den Entwicklungen nach dem 17. Juni 1953 an der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig hatte die BPKK Leipzig reichlich Anlaß, dort eine gründliche Überprüfung durchzuführen. Am 16. Oktober 1953 gab Johannes Vogelsang einen ersten Bericht der BPKK über ihre dortige Untersuchung an Herta Geffke von der ZKPP weiter.¹⁵¹ Seit längerer Zeit hätte es Signale über parteifeindliche Kräfte an der KMU gegeben, so in Form feindlicher Äußerungen an einzelnen Fakultäten, von Parteiaustritten an der veterinärmedizinischen Fakultät¹⁵² und von fehlender Unterstützung der FDJ-Bezirksleitung und der VP durch die Genossen Studenten am 17. Juni beim Sturm der „Provokateure“ auf die FDJ-BL. Der Aspirant R[...] für deutsche Geschichte an der Historischen Fakultät habe gegenüber Professor Engelberg die Absetzung Ulbrichts wegen dessen schweren Fehlern gefordert. Die SED-BL Leipzig verabschiedete auf ihrer 7. Sitzung eine EntschlieÙung, in der es hieß, daß es auf der Aktivkonferenz der Parteiorganisation der KMU am 24. Juni 1953 eine überspitzte Fehlerdiskussion, feindliche Ausfälle gegen die SED-BL, gegen die Leipziger Volkszeitung und gegen die Politik der SED gab, zu denen die Mitglieder der SED-BL Professor Wolf und Professor Bruhn schwiegen. Im einzelnen habe der Dozent für Marxismus-Leninismus und Leiter des Franz-Mehring-Instituts S[...]n damals auf der Aktivtagung erklärt: „Die These, daß die Hauptursache für die begangenen Fehler darin liegt, daß wir das ZK durch die Schönfärberei unten nicht richtig informiert hätten ... wird, wenn man sie in der Partei vertritt, Schaden anrichten ... Die Schönfärberei beginnt nicht unten – die Linie, die darin lag, beginnt oben ... Es werden schon wieder wesentliche Fehler gemacht ... Wir behandeln die Massen wie kleine Kinder, denen man Märchen erzählen muß und sie reagieren darauf wie kleine Kinder, nämlich, daß sie sich um die Ratschläge ihrer Lehrer nicht kümmern ... Wir gebrauchen schon wieder Phrasen, wir sprechen vom 'Neuen Kurs' ... (sie [die Massen]) sagen dann, ... beweist uns das erst einmal.“ Gemäß den Erkenntnissen der BPKK führte die PO der KMU in Reaktion auf die solche Ausführungen verurteilende BL-EntschlieÙung eine feindliche Diskussion gegen diese EntschlieÙung: So forderte die zentrale Parteileitung (ZPL) der PO der KMU unter der Leitung des 1. Sekretärs in der Anleitung der Sekretäre der Grundorganisationen der 29 Fakultäten der KMU diese auf, gegen die EntschlieÙung der BL Stellung zu nehmen. Dies erfülle nach Maßgabe der BPKK den Tatbestand der Fraktionsbildung durch den 1. Sekretär der ZPL

150 Bericht der BPKK Berlin über die Arbeit im Monat September 1953 vom 20.10.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/7, Bl 449ff.

151 BPKK Leipzig (Vogelsang) an ZPKK (Geffke) vom 16.10.53, Bericht über die Untersuchung an der KMU Leipzig, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 109ff.

152 Gemäß einer später gefaÙten „EntschlieÙung der Parteileitung der Parteiorganisation der KMU“ zu den Vorgängen an der KMU nach dem 17. Juni 1953 häuften sich die Parteiaustritte an der KMU besonders an der Veterinärmedizinischen, Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Fakultät. EntschlieÙung der Parteileitung der PO der KMU (Internes Parteimaterial), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 139ff.

gegen die SED-BL. Am 19. September 1953 wurde auf einer weiterer Parteiaktivtagung der Beitrag der Genossin Lübeck vom Bezirksleitungssekretariat durch Pfeifen und Trampeln fast verhindert und eine nach Meinung der BPKK völlig unzureichende Entschließung verabschiedet. Das Sekretariat der BL lud daraufhin am 24. September 1953 die gesamte ZPL zur Erörterung der Lage an der KMU zu sich. Hier übte die ZPL endlich Selbstkritik.¹⁵³ Der 1. Sekretär der ZPL wurde mit sofortiger Wirkung seiner Funktion enthoben und die BPKK mit der Eröffnung eines Parteiverfahrens gegen ihn beauftragt. Der Direktor des Franz-Mehring-Instituts S[...]n wurde aus der Leitung entfernt, weil sein Beitrag am 24. Juni auf der Linie von Zaisser/Herrnstadt gelegen hätte. Er kapitulierte und erklärte nun zu seinem damaligen Verhalten: „Ich bin den kleinbürgerlichen Schwankungen völlig erlegen ... Ich habe ... diesen Eindruck gewonnen ..., daß in der Parteiaktivtagung, wo Genossin Lübeck sprach, ich direkt zum Parteifeind gestempelt werden sollte ... Wenn ihr mir das sagt, dann hängt ihr mich auf, denn da[nn] ist mein ganzes Leben umsonst gewesen.“

Die BPKK stellte in ihrer Untersuchung der KMU fest, daß der 1. Sekretär der ZPL, ein alter Kommunist, der wegen illegaler Arbeit von den Nazis mehrfach verhaftet wurde, „(es nicht) verstand ..., den ideologischen Zustand an der Universität zu verbessern und die Partei zur führenden Kraft an der Universität zu machen“, woraufhin ihm versöhnlerisches Verhalten attestiert wurde. Daß der 1. Sekretär der GO der ABF und Mitglied der ZPL in der Anleitung der Sekretäre der Grundorganisationen über die Anerkennung der Beschlusses der 7. BL-Sitzung diskutierte, wurde von der BPKK folgendermaßen eingeschätzt: „Das war nicht das erste Mal, daß Gen[osse] S[...]r gegen einen Beschluß der Partei Stellung nahm. So glaubte er, daß er einen Beschluß des Zentralrates der FDJ [!], der unmittelbar nach dem 17.6.53 gefaßt wurde, erst auf seine Richtigkeit überprüfen zu müssen. Er beauftragte sogar eine Genossin, auf der Aktivkonferenz der FDJ des Bezirkes Leipzig, im Namen der ABF gegen diesen Beschluß offen Stellung zu nehmen. Vertretern des FDJ-ZR erklärte er, daß er selbst Beschlüsse des ZK erst diskutieren würde, ehe er sie durchführe.“ Die ZPL beschloß gemeinsam mit der Parteileitung der ABF die Funktionsenthebung von S[...]r. Daß an der KMU nicht nur parteifeindliche Tendenzen, sondern sogar eine „Untergrundbewegung des Ostbüros“ vorhanden sei, ginge nach Auffassung der BPKK daraus hervor, daß mit Zustimmung der Parteileitung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät „der parteifeindliche Artikel des Leipziger Schriftstellers Loest 'Elfenbeinturm und Rote Fahnen', der am 4.7.53

153 In der im Ergebnis der gemeinsamen Sitzung von ZPL der KMU und BL-Sekretariat verabschiedeten „Entschließung der Parteileitung der Parteiorganisation der KMU“ hieß es später, daß an der Universität nach dem 17. Juni eine Fehlerdiskussion für wichtiger gehalten wurde, als der Kampf gegen die Provokateure in Form des „Bundes freier Chemiker“ an der KMU, der gegen Parteifunktionäre Mordhetze betrieb und in einer Resolution zum Sturz der Regierung aufrief. Ein Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und ein ehemaliger Arbeiterstudent haben behauptet, „die von der Partei organisierten Kampfgruppen (vertieften) die Kluft zwischen Partei und Massen“. Weiterhin wurde in dieser Entschließung eingeschätzt, daß nicht nur kleinbürgerliche Schwankungen, sondern auch eine ausgesprochen parteifeindliche Tätigkeit in der PO der KMU aufgetreten sei. Neben der erwähnten Äußerung des Aspiranten R[...] für deutsche Geschichte an der Historischen Fakultät wurde der Fall eines als Parteifeind bezeichneten ehemaligen Arbeiterstudenten und Assistenten am Psychologischen Institut benannt, der in seiner „erschlichenen“ Funktion des 1. Sekretärs der GO Philosophie-Psychologie während des „faschistischen Putsches“ seinen Parteiaustritt erklärte, weil er mit der Parteilinie nicht mehr einverstanden sei. Ein anderer „Provokateur“, Student an der GO Sprachwissenschaft, freute sich während des faschistischen Putsches darüber, „daß die Arbeiter ... endlich den Rest ihrer revolutionären Tradition dokumentieren“. Ebenda.

im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel veröffentlicht war, in der Universität an der Mitteilungstafel ausgehangen ... und als ein 'Meisterwerk marxistischer Kritik' bezeichnet (wurde).“

Die Parteileitung der GO der Historiker empfahl am 26. Oktober 1953 in der Angelegenheit des 1951 wegen „Titosmus“ aus der SED ausgeschlossenen Professor Walter Markov (damals Leiter des Instituts für die Geschichte der Völker der SU), daß „in der PO des Instituts für allgemeine Geschichte der Neuzeit ... noch einmal die Linie eines klaren Verhaltens gegenüber Markov herausgearbeitet werden (muß)“, damit „die Genossen sich von Markov in keiner Weise beeinflussen lassen“ und legte fest, „man muß sich Markov gegenüber wie bei allen anderen bürgerlichen Professoren verhalten“. Anlaß waren Fragestellungen Markovs über die Möglichkeit von Kriegen zwischen sozialistischen Ländern. Die Parteileitung stellte hierzu fest: „Markov ist ein Anbeter der Dialektik ... Deshalb ist die Fragestellung [Markovs] in bezug auf Kriege im sozialistischen Lager für Markov typisch.“¹⁵⁴ In ihrem abschließenden Bericht über die Untersuchungen der PO der KMU Leipzig stellte die BPKK Leipzig am 1. Dezember 1953 fest, daß Markov mit seiner Frage nach Kriegen innerhalb des sozialistischen Lagers Unklarheiten in prinzipiellen Fragen bewirke. Die BPKK schlug eine gründliche Untersuchung mit dem Ziel der Entfernung Markovs von der KMU vor. Zusätzlich zu den schon bisher verfügten Parteistrafen wurden zwei weitere Wissenschaftler der Medizinischen bzw. der Historischen Fakultät als Parteifeinde ausgeschlossen. Ein weiterer Genosse der Historischen Fakultät weigerte sich, an der ersten FDJ-Demonstration nach dem 17. Juni teilzunehmen, weil er „nicht unter dem Schutz von Bajonetten“ demonstrieren wolle und kam mit einer Rüge davon. Die BPKK stellte fest, daß am Veterinärmedizinischen Institut ein Parteimitglied zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Agententätigkeit für die KGU verurteilt wurde und weitere 17 Agenten am Institut teils verhaftet, teils geflohen seien. Nach dem 17. Juni traten 7 Genossen Doktoren aus der Partei aus. Auch am Chemischen Institut habe es eine Plattformbildung mit feindlichen Forderungen und „negative Diskussionen“ unter den Studenten gegeben.¹⁵⁵

In einer weiteren Zwischenbilanz bemängelte die ZPKK auf ihrer ersten November-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKK: „Die Berichte der PKK enthalten bisher noch keine konkreten Hinweise, wo besondere Arbeit des Ostbüros feststellbar ist ... Es muß aber festgestellt werden, welche Zusammenkünfte die Gegner unserer Partei, insbesondere die vom Ostbüro, bevorzugen, wie sie sich tarnen, wie sie praktisch arbeiten und an welchen Stellen sie besonders sitzen ... In der Hauptsache sind nicht die Passiven die Agenten, sondern oft diejenigen, die viel arbeiten und sich bei allem vordrängen.“ Auch über die Konsequenzen der Reorganisation der Staatsicherheitsorgane nach den Juni-Ereignissen und der

154 Protokoll der Leitungssitzung der PO der Historiker vom 26.10.1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 133ff.

155 Bericht der BPKK Leipzig über die Untersuchungen der PO der KMU Leipzig vom 1.12.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/417, Bl. 116ff. Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 14.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/449, Bl. 17. Allerdings verfügte die ZPKK am 1.9.54 in einer Direktive an die BPKK im Ergebnis der Sitzung der ZPKK vom 25.8.54 mit den Vorsitzenden und den Mitgliedern der BPKK der Bezirke Leipzig und Dresden: „Die KPKK der Stadtleitung Leipzig überprüft die Parteiausschlüsse der Parteiorganisation Universität Leipzig. Im Ergebnis findet eine Auswertung dieser Überprüfung mit der Parteileitung und evtl. in der Parteiorganisation statt.“ Direktive der ZPKK vom 1.9.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 139f. Die Unsicherheit der ZPKK geht offenbar auf einen Bericht der Überprüfung der Arbeit der BPKK Leipzig vom 24.8.54 zurück, der eine insgesamt schlechte Arbeit dieser BPKK feststellte. Ebenda, Bl. 141ff.

Ablösung von Zaisser für die Parteikontrolltätigkeit wurde informiert: Die PKK des als Staatssekretariat für Staatssicherheit zurückgestuften Organs würde zunächst von der ZPKK direkt angeleitet und die PO der Staatssicherheit vom ZK, obwohl das Staatssekretariat keine zentrale Parteiorganisation mehr habe. Auf Bezirks- und Kreisebene seien die BPKK für die Kontrollorgane der Dienststellen des Staatssekretariats zuständig.¹⁵⁶ Auf der nächsten Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 26. November 1953 bekräftigte Matern, daß nach wie vor „der Kampf um die Einheit Deutschlands ... die Hauptaufgabe der Partei“ bliebe. Der Weg der Verhandlungen um diese Frage mit Bonn träfe auf den dortigen Widerstand derer, welche die DDR „befreien“ wollten. Die wieder steigenden Zahlen von Republikflüchtigen, vor allem qualifizierter Arbeiter, Techniker und Ingenieure besonders in den Bezirken Suhl und Erfurt führte Matern auch auf unverhältnismäßige Drohungen der Staatsorgane mit Inhaftierungen zurück: „Wo mehr Leute flüchten, müssen wir die Ursachen untersuchen und wir werden finden, daß sehr viele Ursachen bei uns liegen.“ Zur Lage auf dem Land und den dort immer noch angewandten administrativen Methoden erklärte Matern: „Mir scheint, wir erleben seit einiger Zeit den 17. Juni im Dorf.“¹⁵⁷

Als die ZPKK in ihrer Sitzung vom 14. Januar 1954 ihren ersten Quartalsarbeitsplan bestätigte, mußte sie in der Vorbemerkung zu diesem Plan einräumen: „Bei den durchgeführten Mitgliederversammlungen und der Neuwahl der Leitungen in den Grundorganisationen gelang es nicht, in allen Grundorganisationen wirklich kämpferisch politisch-ideologische Auseinandersetzungen zu führen und den Einfluß des Klassenfeindes auszuschalten.“ Dementsprechend orientierte der Quartalsplan Januar bis März 1954 neuerlich darauf, dies besonders in den damaligen Zentren der Unruhen vom 17. Juni mittels Überprüfungen zu fördern, die neu gewählten Parteileitungen auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen und die Delegiertenkonferenzen jener Großbetriebe und sonstiger Orte durch die Parteikontrolle zu beobachten, welche Zentren sektiererischen und opportunistischen Verhaltens waren.¹⁵⁸ Auf der ZPKK-Sitzung vom 27. Januar 1954 mit den Vorsitzenden der BPKK äußerte der Berliner BPKK-Vorsitzende Erich Eichholz Unbehagen über die Praxis der Staatssicherheitsorgane, die Parteikontrollorgane an der Aufnahme ihrer Untersuchungen (etwa im RAW Schöneweide auf Ostbürotätigkeit) zu hindern, um die eigenen Ermittlungen nicht zu gefährden. Ebenso mißbilligte er die Panik auslösende Form der Informantenanwerbung für das Sfs im Betrieb.¹⁵⁹ Neuerlich wurden Klagen wiederholt, daß die Parteikontrolle insbesondere auf Kreisebene zwar beträchtliche Zahlen ausgeschlossener Parteifeinde aufzubielen habe, aber die Wurzel deren parteifeindlicher Tätigkeit, gemäß den Weisungen des 15. ZK-Plenums zu suchen in vom Ostbüro angeleiteten sozialdemokratischen Untergrundbe-

156 Protokoll der 87. ZPKK-Sitzung November 1953, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/448, Bl. 78ff. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde am 23.7.1953 in ein Staatssekretariat für Staatssicherheit (Sfs) im Ministerium des Innern zurückgestuft. Die Rückbenennung und erneute Konstituierung als selbständiges Ministerium erfolgte am 24.11.55.

157 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 26.11.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/448, Bl. 128ff.

158 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 14.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/449, Bl. 17.

159 „Das geht so vor sich, daß die Betreffenden zum Zimmer 17 bestellt werden. Jeder im Werk weiß, wer im Zimmer 17 sitzt ... Die meisten, die dorthin bestellt werden, haben dann Angst und sagen zu ihren Kollegen, ... wenn (sie) nicht wiederkommen, wissen sie, wo (sie) abgeblieben [sind]. Daß die Staatssicherheit Mitarbeiter braucht, ist richtig, aber nicht richtig ist die Methode, wie sie arbeiten. Unsere Genossen kommen dadurch in eine bestimmte Angst-Psychose.“ Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 27.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/449, Bl. 41.

wegungen, nicht aufzuklären imstande sei.¹⁶⁰ Am 29. Januar 1954 wies Herta Geffke deshalb auch die BPKKen an, zur politischen Schichtanalyse aller am 17. Juni der Partei ergebenen, schwankend bzw. feindlich eingestellten Parteimitglieder überzugehen und auch die Ausgeschlossenen nach ihrer politischen Herkunft zu analysieren.¹⁶¹

Im Februar und März 1954 hatten die Parteikontrollkommissionen Gelegenheit, die Delegiertenkonferenzen zum bevorstehenden Parteitag und die Parteiwahlen sowie die damit verbundene Berichtstätigkeit für ihre Kontrollarbeit und Kontrollagitation auszunutzen. Die in diesem Zeitraum entstandenen Berichte stellen ein ausgezeichnetes Material sowohl hinsichtlich der sich herausbildenden Untersuchungsrichtungen der Parteikontrollorgane, als auch hinsichtlich der Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Ereignisse am 17. Juni in den Bezirken und ihrer Interpretation dar. Hier allerdings wird auch deutlich, daß mehr und mehr die Interpretation dieser Ereignisse durch diese weisungsgebundenen zentralen Orientierungen geprägt sind und sich damit die wirklichen Vorgänge verzerrt widerspiegeln. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in der ZK-Sekretariatssitzung vom 4. Februar 1954 anläßlich des Berichts von der Kreisdelegiertenkonferenz der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, dem größten Betrieb der DDR, Beschwerde geführt wurde über die defizitäre massenpolitische Arbeit und die unzureichenden Diskussionen und Ergebnisse zur Tätigkeit des Ostbüros und der westdeutschen Konzernpolitik in den Leuna-Werken.¹⁶² Auch der Rechenschaftsbericht der GPKK Wismut vom 19. Februar 1954 bilanzierte den Kampf gegen feindliche Agenturen (Ostbüro) und gegen feindliche und negative Erscheinungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni (Entlarvung der Parteifeinde und Provokateure) als völlig ungenügend.¹⁶³ Bemerkenswert ist ebenso der Bericht der BPKK Frankfurt/Oder auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 23. Februar 1954: Demnach wurden 1953 im Bezirk von den Grundorganisationen zwar 787 Parteiausschlüsse vollzogen, jedoch zeigen sich dem Bericht zufolge ganze Parteioorganisationen versöhnlerisch gegenüber feindlichen Ideologien. Als Beispiel wurde die Tatsache angeführt, daß ein Instrukteur der KL Strausberg Kenntnis erhielt von der Parteinahme eines Genossen der PO Klosterdorf für die Linie des ausgeschlossenen Rudolf Herrnstadt, ohne dies zum Gegenstand einer Auseinandersetzung in der PO zu machen und den Sachverhalt statt dessen einfach der Kreisleitung meldete. Nicht der natürlich dann in seiner GO folgende Ausschluß des denunzierten Herrnstadt-Anhänger als Parteifeind war das gewünschte Resultat: In diesem wie in vielen anderen Fällen hatten die Parteikontrolleure Anlaß zum Unmut über die sich abzeichnende Ersetzung der eigentlichen angestrebten und für die Parteiführung notwendigen parteierzieherischen Kampagne in den Grundorganisationen durch bloße formale Abstrafungen von abweichenden Genossen. Daß die Kampagnenwut der Linienschrittmacher nach den Maßgaben der Parteikontrolleure jedoch auch sektiererische Auswüchse produzieren mußte, war folgerichtig: Die BPKK Frankfurt/Oder berichtete über einen offensichtlich der Plattform-Hysterie aus dem Herrnstadt/Zaisser-Fall entspringenden Parteiausschluß eines ehemals der SPD angehörenden Arbeiters wegen Bildung einer fraktionellen Gruppe im Betrieb. „Bei näherer Überprüfung stellte sich heraus, daß diese Gruppe ... sich zusammenfand, um insbesondere

160 Ebenda, Bl. 43f.

161 Schreiben der ZPKK vom 29.1.54 an alle Bezirke, Wismut und Berlin, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 135.

162 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 4.2.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/417, Bl. 3f.

163 Rechenschaftsbericht der GPKK Wismut an die 7. Delegiertenkonferenz der PO Wismut vom 19.2.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 371ff.

betriebliche Angelegenheiten zu regeln. Der Ausschluß wurde rückgängig gemacht. Das Sekretariat Bernau hatte B. ausgeschlossen, ohne mit ihm persönlich überhaupt Rücksprache zu führen.¹⁶⁴

Auch in der ZPKK-Sitzung vom 24. Februar 1954 konnte in Anwesenheit der BPKK-Vorsitzenden trotz aller Beschönigungsversuche keine optimistischere politische Bilanz der Säuberungsanstrengungen gezogen werden: „Das Zurückweichen vor ideologischen Auseinandersetzungen und dem offenen Kampf gegen den Sozialdemokratismus ist am stärksten in den Parteiorganisationen der Verwaltungen, Schulen und Dörfer ausgeprägt.“ Gerügt wurde insbesondere das „Versöhnlertum“ in den Kreisen Görlitz und Zittau: gemäß dem Bericht der Brigade des ZK über Ostsachsen waren Genossen der BL der Auffassung, daß mit dem Ausschluß des 1. Kreissekretärs alle Fragen gelöst seien. „Obgleich den Genossen im Kreise bekannt war, daß am 17.6. provokatorisch verkündet wurde, die SPD zu gründen, wurde der Kampf gegen das Ostbüro sehr schleppend und zögernd geführt. Mit dem Kampf gegen das Ostbüro wurde eine Kommission beauftragt, deren Vorsitzender der ehemalige Vorsitzende der KPKK war, der selbst am 17.6. kapituliert hatte.“ Besondere Aufmerksamkeit widmete die ZPKK der Wahl von ehemals parteifeindlichen Gruppierungen angehörenden Genossen in die Parteileitungen: Insgesamt als zahlenmäßig gering veranschlagt, verwies die ZPKK jedoch vor allem auf den Bezirk Dresden, wo 234 Genossen (1,04% aller im Bezirk gewählten Leitungsmitglieder) ehemals solchen Gruppierungen angehörten und ihre stärkste Konzentration im Kreis Löbau aufwiesen. In Bezirk Karl-Marx-Stadt waren dies 248 Genossen (1,07%). Unter den gewählten Parteisekretären aller Bezirke waren insgesamt 219 Sekretäre Angehörige ehemals parteifeindlicher Gruppierungen (0,5% aller gewählten Sekretäre). Besonders hoch war ihre Zahl in Dresden (mit 64 Sekretären), Karl-Marx-Stadt (51), Berlin (29), Potsdam (21), Gera (17), Halle (14) und Leipzig (14). Hinsichtlich der Wahl von ehemals in sowjetischer bzw. in westlicher oder jugoslawischer Gefangenschaft befindlicher Genossen in die Parteileitungen konstatierte die ZPKK „ein eigenartiges Bild“: Deren Verhältnis war in Frankfurt/Oder gleichgewichtig (1.154 Genossen oder 20,4% der Parteileitungsmitglieder in sowjetischer bzw. 1.025 Genossen oder 18,1% in westalliiert/jugoslawischer Gefangenschaft), während in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl ein mehr als dreifaches Übergewicht der Genossen aus ehemaliger westlicher oder jugoslawischer Gefangenschaft zu verzeichnen war.¹⁶⁵

Dem Rechenschaftsbericht der BPKK Rostock auf der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 26. bis 28. Februar 1954 ist zu entnehmen, daß entgegen der im Bericht zitierten Maxime Lenins („Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen.“) „es ... noch Beispiele (gibt), daß Menschen, die in ihren Eingaben und Beschwerden über Mängel berichten, dafür Verfolgungen ausgesetzt werden.“ Der Versuch der Parteikontrolle, parteifeindliche Untergrundbewegungen als Agenturen des Ostbüros aufzudecken, mißlang: „Nach den Hinweisen der ZPKK überprüften die Partei-Kontrollkommissionen die Parteiorganisationen der Betriebe, wo es am 17./18.6. zur Arbeitsniederlegung kam. Die Partei-Kontrollkommissionen

164 Bericht der BPKK Frankfurt/Oder auf der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 23.2.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 82ff.

165 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 24.2.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/449, Bl. 131ff; siehe auch die Aufzeichnungen von Altenkirch vom 2.3.54 über die Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 24.2.1954, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 129ff.

leisteten durch diese Überprüfung wohl eine große Arbeit, aber Hinweise, wer die eigentlichen Organisatoren des faschistischen Putsches in den Betrieben waren, konnten sie nicht geben.“ Es sei angesichts der ungenügenden Auswertung des 15. ZK-Plenums „nicht verwunderlich, daß noch jetzt Werk tätige in der Warnow-Werft der Meinung sind, daß der Neue Kurs durch ihre Forderungen am 17. Juni hervorgerufen wurde.“ Im Zusammenhang mit dem 17. Juni habe es im Bezirk Rostock 104 Parteiverfahren mit 85 Ausschlüssen gegeben. Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1953 waren in 411 Parteiverfahren 222 Ausschlüsse verfügt worden, wobei in 91 Parteiverfahren gegen Arbeiter die überaus hohe Zahl von 69 Ausschlüssen zu verzeichnen waren, was die Berichterstatter zu der Frage trieb, ob nicht zu wenig andere Parteistrafen als Erziehungsmittel in Anwendung gebracht würden. In Ribnitz-Damgarten wären 80% der Ausschlüsse im 2. und 3. Quartal wegen Republikflucht ergangen. „Der erzieherische Wert der Auswertung von Parteiverfahren in der Presse wird noch unterschätzt. Weder die Parteileitungen noch die Kontrollkommissionen werten typische Beispiele zum Nutzen der allgemeinen Parteierziehung in der Presse aus.“¹⁶⁶

Optimistischer klangen die Berichte aus dem Bezirk Gera. Die BPKK Gera teilte in ihrem Monatsbericht für Februar 1954 mit, daß auf Kreisdelegiertenkonferenzen zur Vorbereitung des IV. Parteitags (bei denen jeweils ein Mitglied der BPKK teilnahm), „mehr als bisher über vorhandene feindliche und falsche Auffassungen prinzipielle politisch-ideologische Auseinandersetzungen stattgefunden haben und im Ergebnis solcher Auseinandersetzungen verschiedenen Delegierten das Mandat entzogen und die weitere Teilnahme an der Kreisdelegiertenkonferenz abgesprochen wurde.“ Dies habe insbesondere in Gera-Mitte stattgefunden und in Schleiz wegen der feindlichen Linie eines Genossen der BPO des Gewerkschaftsaktivs gemäß der Linie Zaisser/Herrnstadt gegen den Parteiapparat und wegen „Nurgewerkschaftlertum“, weshalb auch gleich die ganze BPO des Gewerkschaftsaktivs des FDGB überprüft werden würde. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz in Greiz gab es auf der Grundlage des KPKK-Berichts eine Auseinandersetzung über die Tätigkeit einer Reihe ehemaliger SAP-Mitglieder aus Elsterberg. Die KPKK Greiz begann in Auswertung dieser Kreisdelegiertenkonferenz sofort mit der Überprüfung der Ortspartei- sowie der Betriebsparteiorganisationen in Elsterberg wegen fraktioneller Tätigkeit ehemaliger SAP-Mitglieder, die entlarvt und „zerschlagen“ werden müsse.¹⁶⁷ Dagegen seien auf Delegiertenkonferenzen des Bezirks Suhl starke sozialdemokratische Tendenzen (Eisfeld, Schleusingen und Bad Liebenstein) zu beobachten.¹⁶⁸ Auch im Bericht der BPKK Karl-Marx-Stadt über die Bezirksdelegiertenkonferenz Anfang März 1954 wurde die Überprüfung des Kreises Glauchau als jahrelanger Schwerpunkt des Sozialdemokratismus auf eine Tätigkeit des Ostbüros durch die BPKK angekündigt. Immerhin konnte die BPKK auf die Aushebung einer „Agentenzentrale des Ostbüros“ im VEB Spinnerei- und Zwirnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt verweisen, die durch die dortige PO nicht entlarvt und mit der sich nicht auseinandergesetzt wurde. Allerdings berichtete die BPKK auch über sich häufende Beschwerden von Genossen und Parteilosen bei der BPKK und den KPKK (250 im Jahr 1953 allein bei BPKK) über die Unterdrückung der Kritik durch leitende Funktionäre, über unrechtmäßige Entlassungen und schlechte Zustände in den Betrieben sowie über die Nichteinhaltung des Statuts

166 Rechenschaftsbericht der BPKK Rostock auf der Bezirksdelegiertenkonferenz vom 26.–28.2.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 2ff.

167 Monatsbericht Gera vom Februar 1954, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 218.

168 Berichte über Delegiertenkonferenzen im Bezirk Suhl Februar 1954, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 291ff.

bei Parteiversammlungen. „Eine Gefahr für die Partei besteht auch darin, daß zum Beispiel strenge Rügen fast ausschließlich mit Funktionsentzug verbunden sind ... Der Funktionsentzug ist keine Parteistrafe, sondern eine Maßnahme der Partei zur Sicherung der Leitungen in Partei, Staat und Wirtschaft. Wenn diese schädliche Praxis in der Partei fortgesetzt wird, dann wird Hunderten von Funktionären ... die Möglichkeit genommen ihren Fähigkeiten entsprechend in Funktionen zu arbeiten und gleichzeitig bei ihnen der Eindruck geschaffen, daß sie auch durch den Funktionsentzug durch die Partei hart bestraft wurden.“¹⁶⁹

Die Bezirksparteikontrollkommissionen waren auch angewiesen, gemäß der offiziellen Lesart des 17. Juni als „faschistischem Putsch“ nach Konzentrationen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere zu suchen, was den eingehenden Berichten zufolge jedoch im Erfolgsfalle keineswegs auch den Nachweis der Rädelsführerschaft bei den Juni-Streiks bedeutete. Jedoch führte etwa die Feststellung einer Konzentration faschistischer Elemente und militärischer Dienstgrade unter den leitenden Wirtschaftsfunktionären die BPKK Erfurt zur Überprüfung der BPO im VEB „Einheit“ Mühlhausen.¹⁷⁰

Alarmierend klang der Bericht der BPKK Dresden auf der II. Bezirksdelegiertenkonferenz am 5./6. März 1954. Dieser Bericht wertete, daß die Ergebnisse des 17. Juni die bisherige Vernachlässigung des Kampfes gegen das Ostbüro zeigten. Beispielhaft werde dies in Ebersbach deutlich, wo 218 Mitglieder ausgeschlossen wurden. Ebersbach (mit 12.000 Einwohnern) und Neugersdorf (mit 13.000 Einwohnern) liegt zusammen mit Eibau (6.000 Einwohner) an der Grenze zur CSR. In Eibau verlor die SPD ehemals bei der Gründung der SAP 2/3 ihrer damaligen Mitglieder. In allen drei Orten fielen 225 Ausgeschlossene und Gestrichene zum Teil aus der Überprüfung an. Insgesamt kämen bei 1.896 Mitgliedern, davon 1.157 über 50 Jahre alt, auf 3 Mitglieder und Kandidaten der Partei ein irgendwann ausgeschlossenes ehemaliges Parteimitglied. Insbesondere die Schwäche der Partei hinsichtlich ihrer Verjüngung sei also ein glänzendes Operationsfeld für das Ostbüro. So habe der „Agent des Ostbüros“ L[...], tätig in einem Parteibetrieb, am 17. Juni auf dem Leninplatz in Görlitz die Gründung der SPD ausgerufen. Im Plattenwerk vertrat ein Mitglied den Standpunkt, daß es in der SED eine Fraktion der SPD geben müsse. Im Feinstmaschinenbau sprach ein Kollege von der Unterdrückung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten in der SED und von der Vergewaltigung der SPD bei der Vereinigung 1946 sowie von „Russifizierung“. Im VEB Chlorodont-Werke forderte ein früheres Parteimitglied am 17. Juni die Bildung einer SPD-Gruppe. Im Straßenbahnhof Mickten forderte ein ehemaliges Mitglied den Rücktritt der Regierung. Er wurde wieder in die Leitung gewählt und auf die Kreisdelegiertenkonferenz Dresden VIII delegiert; erst dort erfolgte seine Entlarvung und der Verweis von der Konferenz. Zudem laufe derzeit die Untersuchung eines Netzes einer Agentengruppe im Straßenbahnhof Coswig unter der Führung des 1. Sekretärs der Parteigruppe. In den ostsächsischen Kreisen (Görlitz, Niesky, Zittau) hätten „faschistische Elemente“ die Provokationen angeführt. In diesen Kreisen mußten auch die Vorsitzenden der KPCKen wegen ihres Verhaltens am 17. Juni und den folgenden Tagen zur Verantwortung gezogen werden. Nahezu 100 Provokateure seien in der Stadtorganisation Dresden entlarvt worden. Eine KPCK-Analyse ergab für einen Kreis, daß von 18 Leitungsmitgliedern bei der Parteivereinigung 1946 jetzt 9 ausgeschlossen wurden, die alle in wichtigen Funktionen waren und

169 Bericht der BPKK Karl-Marx-Stadt für die 2. Bezirksdelegiertenkonferenz am 4.–7. 3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 317ff.

170 Rechenschaftsbericht der BPKK Erfurt auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 5.–7.3.54 in Eisenach, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 229ff.

zersetzende Arbeit gegen die Partei leisteten. Jedoch sei das „gut organisierte Netz des Ostbüros in der Stadt und im Bezirk Dresden noch nicht vollständig aufgeklärt“. Im 4. Quartal 1953 seien in insgesamt 1.185 Parteiverfahren durch die Grundorganisationen 718 Ausschlüsse vollzogen worden. In der gleichen Zeit wurden von den 26 Parteikontrollkommissionen im Bezirk Dresden nur noch 55 Parteiverfahren durchgeführt. Dies zeige die Erfolge bei Verlagerung der Durchführung von Parteiverfahren von den Parteikontrollkommissionen hin in die Grundorganisationen.¹⁷¹

Selbst im Bezirk Neubrandenburg, wo am 17. Juni nur wenige Streikereignisse zu verzeichnen waren, vermeinte die BPKK viele Beispiele von Sozialdemokratismus nachweisen zu können. So wurde nach ihrem Bericht im staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Malchow nach Ausschluß des ehemaligen Forstinstruktors und des ehemaligen Betriebsleiters wegen Verbreitung feindlicher Ideologie unter den Forstarbeitern mit Duldung des BGL-Vorsitzenden im Forst-Betrieb eine Solidaritäts-Protestaktion mit Streikandrohung organisiert. Der BGL-Vorsitzende erhielt dann lediglich eine Rüge und blieb BGL-Vorsitzender. Im Bezirk gab es insgesamt 37 Parteiausschlüsse wegen feindlicher Einstellung und 55 Parteistrafen wegen schwankender Haltung.¹⁷²

Im Bezirk Magdeburg konstatierte die BPKK ein Versagen der Sicherheitsorgane am 17. Juni. Ebenso wurde jedoch auch selbstkritisch festgestellt, die Parteikontrollorgane hätten ebenso ihre Hauptaufgabe (den Kampf gegen die Agenturen des Ostbüros) nicht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. In exemplarischer Projektion der verordneten parteioffiziellen Sichtweise auf den 17. Juni wurde erklärt, seit Dezember 1952 seien wohl in Magdeburger Großbetrieben Parteifeinde entlarvt worden, jedoch nicht alle Agenten des Ostbüros. Deshalb wäre im Thälmannwerk am 17. Juni die Verbreitung „faschistischer Losungen“ durch Agenturen des Ostbüros und faschistische Agenturen sowie die Organisation des Streiks möglich gewesen. Schwankende und irregeleitete frühere Sozialdemokraten seien diesen Parolen gefolgt. Die Einschätzung gipfelte in der Feststellung: „Genosse Stalin lehrt, daß es unmöglich ist, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in den Reihen der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben ... Es gibt keinen Unterschied zwischen den faschistischen Agentenzentralen und dem Ostbüro der SPD.“ Wegen des Streiks im Thälmannwerk würde nun im Auftrag der ZPKK von der BPKK eine Überprüfung aller Grundorganisationen, der Parteileitung und des Parteisekretariats im Thälmann-Werk durchgeführt. Hier wäre der Betrieb 06 Ausgangspunkt der „faschistischen Provokation“ gewesen. Mitteilung wurde auch von der federführenden Beteiligung des Vorsitzenden des Bezirksvorstands der IG Post an den Protesten gemacht. Dieser sammelte nach dem 17. Juni nicht weniger als 55 Forderungen aus dem Bezirk und sandte sie an die Regierung. Im Anschreiben seines Briefes an die Regierung hieß es: „Werter Kollege Minister! Wir schlagen Ihnen vor, daß das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen eine gründliche Argumentation ausarbeitet, die am 31.7. beim Bezirksvorstand sein muß, damit wir am 1. August in der Lage sind, diese unseren Werktätigen bekannt zu geben.“ Der IG-Bezirksvorstandsvorsitzende wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Streikschwerpunkte des Bezirks waren die Kreise Magdeburg, Halberstadt, Wernigerode, Staßfurt und Schönebeck. „In Halberstadt versammelte der Vorsitzende des Rates des Kreises ... die sogenannten

171 Bericht der BPKK Dresden auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz am 5./6.3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 298ff.

172 Rechenschaftsbericht der BPKK auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz Neubrandenburg, versandt an die ZPKK am 6.3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 60ff.

Streikleitungen zu einer Konferenz im Gebäude des Büros des Rates des Kreises. Er legalisierte und sanktionierte damit die faschistische Provokation.“ Zunächst mit einer strengen Rüge und 2 Jahren Funktionsentzug bestraft, wurde dieser Genosse nach weiterer parteizer-setzender Tätigkeit durch die Kreisdelegiertenkonferenz aus der SED ausgeschlossen. 30 Parteimitglieder der BPO des Eisenhüttenwerks Tangermünde wollten unter dem Einfluß des Parteifeinds H[...], der eine „fraktionelle Gruppierung“ geschaffen hatte, aus der SED austreten. H[...] wurde als Rädelsführer entlarvt und zusammen mit denen, die sich mit ihm solidarisierten, aus der Partei ausgeschlossen und aus dem Betrieb entfernt. Ein SED- und BGL-Mitglied hatte am 17. Juni zum Streik in der Diamant-Brauerei aufgerufen mit den Worten: „Wenn wir es heute verpassen, geht es uns wie 1933.“ Die alte Parteileitung beschloß in ihrem Versöhnlerturn nur eine Rüge. Der betreffende Genosse wurde später als Parteifeind ausgeschlossen.¹⁷³

Ähnlich schätzte die BPKK Halle für ihren Bezirk ein, daß die „faschistische Provokation“ in Bitterfeld am 17. Juni möglich war infolge einer feindlichen und sozialdemokratischen Hegemonie im EKB (insbesondere in der GO Abteilung Rechnungswesen mit einer sozialdemokratischen Gruppe um den Abteilungsleiter und seinen Stellvertreter), im Farben und Film Wolfen (insbesondere in der GO „Werner Seelenbinder“ um den Parteisekretär) sowie in den Orten Raguhn und Wolfen. In Bitterfeld sei es aber bis jetzt nicht gelungen, die Agentenzentrale des Ostbüros zu entlarven. Ernste Erscheinung der Austrittsbewegung mit Massencharakter habe es in Friedenshall, Nachterstedt, Towa, Raguhn, Bitterfeld und im Hydrierwerk Zeitz gegeben, die von der BPKK und der KPKK noch zu untersuchen seien. Unter den Mängeln der Parteikontrolltätigkeit zählte die BPKK auf, daß Parteistrafen oftmals Charakter der Vergeltung hätten, statt ihren erzieherischen Charakter zu entwickeln und daß Verletzungen der innerparteilichen Demokratie durch Beschlüsse von Parteistrafen durch Parteileitungen ohne ihre Behandlung in der GO stattfänden. Dazu gehörten auch verspätete oder unterlassene Mitteilungen von Parteistrafen gegenüber den Betroffenen, die Unterlassung der Erläuterung korrigierter Parteistrafen gegenüber den Grundorganisationen und übermäßige Härte bei kleineren Vergehen.¹⁷⁴

Die BPKK Gera benannte die Städte Jena und Gera als Schwerpunkte der Unruhen am 17. Juni. Als begünstigend wurden Mängel und Schwächen der Parteiorganisation Jena Stadt und der Kreisleitung Jena Land ausgemacht. Aufgrund deren „kapitulantenhafter Linie“ hätten die „Provokateure“ vorübergehend die Stadt beherrscht. In Gera wurden die BPOen des VEB EKM Kompressorwerk und VEB Roto Record überprüft. Dort habe es über Jahre die Festigung gegnerischer Positionen unter den Augen der Kreisleitung gegeben. Die beiden Hauptprovokateure seien zwar kurzzeitig inhaftiert worden, jedoch wurden sie von einer damals „knieweichen Justiz“ vorübergehend wieder entlassen, im Betrieb mit Blumen empfangen und einer der beiden „Provokateure“ sogar zur Kur geschickt. Beide wurden jetzt entlarvt, aus dem Betrieb entfernt und der andere „Provokateur“ durch die staatlichen Organe wegen „verbrecherischer Tätigkeit“ wieder inhaftiert. Von Juli bis Dezember 1953 habe es 165 Ausschlüsse wegen Inaktivität gegeben. Häufig seien Ausschlüsse wegen Inaktivität und Republikflucht ohne jede Ursachenanalyse durch Grundorganisationen oder Kreisleitungen (so in Gera-Stadt und Eisenberg) gegeben. So könnten (zu Recht) verärgerte Arbeiter

173 Rechenschaftsbericht der BPKK Magdeburg zur Delegiertentagung vom 11.–14.3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 112ff.

174 Bericht der BPKK zur 2. Bezirksdelegiertenkonferenz 12.–15.3.54 in Halle, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 144ff.

genauso wie Parteifeinde wegen Inaktivität ausgeschlossen worden sein. Auch hier stand am Schluß des Berichts die Mitteilung, daß zwar feindliche Elemente, jedoch keine feindlichen Agenturen entlarvt werden konnten.¹⁷⁵

Die BPKK Berlin berichtete, daß im Betrieb Bewag-Trafo Lichtenberg 6 Mitglieder der BPO (die innerlich zersetzt sei) 11 organisierten SPD-Mitgliedern gegenüber stünden, wobei letztere den überwiegenden Teil der 62 Beschäftigten auf ihrer Seite hätten. In der AGL, wo es kein SED-Mitglied gäbe, sei der Vorsitzende ein „überzeugter Anhänger der Ziethenstraße“ (dem Westberliner Sitz der SPD) und trage mit seinem Stellvertreter feindliche antisowjetische Stimmungen in die Belegschaft. Der in der BPO für Agitation verantwortliche Genosse „bezeichnete die Genossen der KPKK Lichtenberg bei der Überprüfungsarbeit als 'Bonzen, die die Arbeiter im entscheidenden Moment sowieso im Stich lassen'.“ Problematisch sei die Nachahmung periodisch erscheinender Zeitschriften der SED durch den Feind bei Anwendung „unserer Terminologie“. So habe es die irrtümliche Verteilung der Zeitschrift „,Neue Zeit“ gegeben. Wieder wird als Schwäche die fälschliche Anwendung von Parteistrafen als Vergeltung und nicht als Erziehungsmittel und die Überspitzung vieler Parteistrafen benannt. So habe die BPKK 1953 40% der Strafen infolge Einspruch abmildern oder aufheben müssen wogegen sie nur bei 2,7% verschärft wurden. Ursachen lägen in der häufig fehlenden Berücksichtigung der geringen Erfahrung junger Genossen oder des gesamten Parteilebens von alten Genossen, die Fehler gemacht hatten. Wegen häufiger Statusverletzungen bei Parteiverfahren und nur formalen Bestätigungen von Parteistrafen durch die Sekretariate von Kreisleitungen plädierte die BPKK Berlin sogar dafür, im neuen Parteistatut Ausschlüsse nur mit Bestätigung durch die Bezirksleitung wirksam werden zu lassen. Erwartungsgemäß wurde auch hier beklagt, daß häufig Beschwerden wegen oft tatsächlich unberechtigter Entlassungen infolge Parteistrafen eingingen. „Mehrfach mußte deshalb eingegriffen werden, um diesen Genossen eine neue Existenzgrundlage zu schaffen.“¹⁷⁶

In Gestalt der ersten Bestandsaufnahme noch im Juli 1953, der direktivengesteuerten genaueren Analyse der Vorgänge bis zum Herbst und der dann folgenden verordneten Suche nach dem inneren und äußeren Klassenfeind zeigen die in dieser Darstellung ermittelten drei Phasen der Aufarbeitung des Aufstands durch die Parteikontrolleure deren Scheitern beim Versuch, dessen Ursachen zu begreifen. Die seit Januar 1954 betont angewiesene Suche nach Ostbüro-Agenten und federführenden Nazis auf den Kommandohöhen der Revolte war trotz aller Beflissenheit der beteiligten Kontrolleure im wesentlichen ergebnislos.¹⁷⁷ Hierbei zeigte sich jedoch auch, daß die Sympathien insbesondere unter Arbeitern für die Sozialdemokratie trotz der Stigmatisierung des „Sozialdemokratismus“ beträchtlich waren und daher

175 Entwurf des Berichts der BPKK Gera auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz vom 12.–14. März 1954 (Entwurf vom 6.3.54 zur Kenntnisnahme für die ZPKK), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 189ff.

176 Bericht der BPKK Berlin an die Bezirksdelegiertenkonferenz am 12.–14.3.1954, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 356.

177 Man half sich über fehlende Resultate mit kursorischen Feststellungen hinweg, wie etwa in dem Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen vom IV. Parteitag bis zum November 1954: „So wurde eine Überprüfung der Parteiorganisationen der Bau-Unionen und anderer volkseigener Baubetriebe durchgeführt, weil die Baustellen dieser Betriebe am 17.6.1953 Ausgangspunkte der faschistischen Provokation waren ... Der Bericht der ZPKK an den IV. Parteitag enthält das konkrete Ergebnis dieser Überprüfung, bei der eine starke faschistische, militaristische und konzernhörige Konzentration in den Leitungen der Bau-Unionen und im Fachministerium festgestellt wurde.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 173ff.

die Kampagne gegen diesen keineswegs als grundlos einzuschätzen ist.¹⁷⁸ Trotz aller Verbiegungen in den PKK-Analysen wurde trotzdem deutlich, in welchem Umfang Mißstände in den Betrieben und die allgemeine Versorgungslage, die Wut der Bevölkerung über das Regime der Parteifunktionäre und die Praxis der Justiz sowie die weitverbreitete Ablehnung des politischen Systems in der DDR für den Aufstand verantwortlich waren. Vor allem aber hatte sich herausgestellt, daß in erheblichem Maße Parteimitglieder, vielfach sogar Parteileitungsmitglieder, an den Protesten beteiligt waren und zum Teil sogar an den Streikleitungen teilnahmen oder sie sogar anführten. Hauptsächlich hatten sich die Parteikontrollorgane infolge der Ereignisse des 17. Juni um die Abrechnung mit den unzuverlässigen, schwankenden, zurückweichenden, parteischädlichen oder parteifeindlichen Parteimitgliedern zu kümmern.¹⁷⁹ Tatsächlich war das Verhalten von Parteimitgliedern am 17. Juni ein viel zuverlässigerer „Lackmustest“, als die allgemeine und panische Suche nach „Parteifeinden“, wie sie Ulbricht und das Politbüro noch am 3. März 1953 geplant hatten. Zwischen Juli 1953 und März 1954 wurden 23.173 Mitglieder und Kandidaten ausgeschlossen. Unmittelbar nach dem Aufstand traten 1.266 Mitglieder und Kandidaten aus.¹⁸⁰ Diese Parteisäuberung sollte auch mit einem Kadertausch verbunden sein: Es wurden bis 1954 rund 62% der Bezirksparteileitungsmitglieder, 53% aller Kreisleitungssekretäre und fast 50% der Grundorganisationsfunktionsträger, die 1952 gewählt worden waren, ausgewechselt.¹⁸¹

178 Die BPKK Suhl bezog sich 1954 in ihrem Rechenschaftsbericht bei der Bezirksdelegiertenkonferenz zum IV. SED-Parteitag auf die Beschlüsse der 15. ZK-Tagung, in denen es hieß, es „ist ein offener unerbittlicher Kampf gegen die Anhänger des Ostbüros der SPD zu führen, die als Agenten der imperialistischen Spionageorganisation entlarvt werden müssen“. Andererseits erklärte die BPKK Suhl in ihrem Bericht jedoch auch, die „Meinung, daß jeder ehemalige sozialdemokratische Genosse von vornherein vom Sozialdemokratismus befallen sei, (ist) eine sehr gefährliche und falsche Schlußfolgerung, denn sie würde die Einheit der Partei zerstören.“ Schließlich hieß es speziell für den Bezirk Suhl: „Als eine sehr wichtige Aufgabe erachtete die BPKK Suhl den Kampf gegen die Überreste der ehemaligen parteifeindlichen Gruppierungen der KPO und des Leninbundes.“ 1953 wurden im Bezirk Suhl ca. 800 Ausschlüsse vollzogen, davon 75% aus politischen Gründen (Parteifeindlichkeit, Hetze gegen die SU, Fragebogenfälschung, Republikflucht). Besonders hoch war der Anteil Republikflüchtiger bei den Ausschlüssen. 40% der Ausgeschlossenen waren Arbeiter, 38% leitende Angestellte, 4% leitende Funktionäre, 4% Bauern, 8% Gewerbetreibende, 6% Hausfrauen oder Rentner. Die BPKK Suhl führte 16 eigene Parteiverfahren durch. Rechenschaftsbericht der BPKK Suhl und der KPKKs auf der Bezirksdelegiertenkonferenz zum IV. Parteitag, o. D. (1954), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 257ff.

179 Eine ebenso kurioser wie überraschender Hinweis auf feindliche Arbeit nach 1953 ist Herta Geffkes Erinnerungen zu entnehmen: Demnach waren in der Blindenzeitschrift der DDR antisozialistische Artikel erschienen, die längere Zeit der Aufmerksamkeit des Ministeriums für Kultur entgingen. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 479.

180 Vgl. Malycha, „Die SED ...“, a.a.O., S. 487. Der Arbeiteranteil lag bei ungefähr 35%.

181 Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1989, S. 250.

7. Krise der Parteikontrollarbeit und Neubestimmung der Richtlinien 1954

Das Jahr 1954 sollte für die Parteikontrolltätigkeit hinsichtlich ihres Aufgabenbereichs einschneidende Veränderungen mit sich bringen. Nachdem die Richtlinien über die Durchführung von Parteiverfahren im Jahr 1952 diese Verfahren hauptsächlich an die Grundorganisationen zurückverwiesen hatte¹⁸², sollten in der Folgezeit die „eigentlichen Aufgaben“ der Parteikontrollorgane (Kontrolle der Erledigung solcher Parteiverfahren, Wahrung der „Einheit und Reinheit der Partei“, Entlarvung von parteifeindlicher oder parteischädlicher Tätigkeit etc.) in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. Jedoch wurde deren Kapazität erheblich durch die Heranziehung von immer mehr Aufgaben der Kreis- und Bezirksparteileitungen absorbiert, weshalb die Kontrolle und Bestätigung von anhängigen Parteiverfahren ins Hintertreffen geriet. Die unerledigten (einspruchsbehafteten) Parteiverfahren häuften sich. Daher beauftragten die Parteileitungen zunehmend die Abteilung Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen mit der Erledigung solcher Fälle.¹⁸³ Auch aus diesem Grunde nahm der Einfluß dieser vom neuen Politbüromitglied Schirdewan geleiteten Abteilung (auf Kosten der Parteikontrollorgane) immer mehr zu. Im Zusammenhang mit der nun offensichtlich anstehenden Neubestimmung der Parteikontrollaufgaben auf dem bevorstehenden IV. Parteitag und im Zusammenhang mit den Mitteilungen des sowjetischen Referenten auf der vom 15. bis 21. Dezember 1952 abgehaltenen Schulungskonferenz der ZPKK mit den BPKK in Leipzig zur Praxis und zu den Erfahrungen der sowjetischen Parteikontrollorgane (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.5.) waren die folgenden Überlegungen der Magdeburger Parteikontrollreure auf der Delegiertentagung vom 11. bis 14.3.54 in Vorbereitung des IV. Parteitags interessant: Die Festlegung des Parteistatuts, daß die Parteikontrolle (neben dem Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei und der Ahndung von Verletzungen der Parteidisziplin und von Parteibeschlüssen) die Durchführung der Beschlüsse der Parteitage und des ZK durch die Parteiorganisationen zu überprüfen hat, habe in den Kreissekretariaten Zerbst und Staßfurt zu der politisch falschen Auffassung geführt, daß den KPKK die Kontrolle der Durchführung aller von den Kreissekretariaten gefaßten Beschlüsse übergeben wurde. „Es ist deshalb richtig, wenn jetzt in den Thesen zum Bericht des Genossen Schirdewan auf dem IV. Parteitag gesagt wird: 'Eine Neuformulierung der Aufgaben der Parteikontrollkommission ist auch deshalb richtig, weil die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und die Überprüfung der Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen im ZK der Partei konzentriert sind. Es kommt darauf an, immer mehr die kontrollierende und überprüfende Tätigkeit des ZK und der leitenden Organe zu verstärken.'“¹⁸⁴ In manchen Grundorganisa-

182 Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen, PB-Beschluß vom 29.7.52, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 100ff.

183 „Das heißt letzten Endes, daß bei der Abteilung Leitende Organe ... eine neue Art Schiedsgerichte entstehen. Dadurch, daß die Grundorganisationen noch nicht in der Lage sind, die Dinge richtig durchzuführen, entstehen also neue Einrichtungen. Wir drehen zurück und dieser Zustand ist offensichtlich falsch.“ Matern in der Diskussion zum Bericht der ZPKK, Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 3.11.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 3. Vgl. auch Mähler, Die SED ..., a.a.O., S. 456.

184 Die hier mit Zustimmung der BPKK Magdeburg zitierte Position Schirdewans, welche auch in den Beschlüssen des IV. Parteitags ihren Niederschlag fand, sollte ihm später als Beginn einer seither an-

tionen sei auch die irrige Meinung verbreitet, Parteiverfahren wären durch die Parteikontrolle durchzuführen. Diese sind aber laut Statut in der Regel von den Grundorganisationen durchzuführen und von den Kreisleitungen zu bestätigen. Damit wären die Kreispartei kontrollorgane imstande, sich ihren eigentlichen Aufgaben zuzuwenden. Übergeordnete Leitungen und Parteikontrollorgane könnten allerdings solche Verfahren durchführen.¹⁸⁵ Auch die BPKK Halle bestätigte diese Sichtweise: Gemäß dem Entwurf des neuen Parteistatuts, welches der IV. Parteitag beschließen solle, seien die Beschlußkontrolle und die Überprüfung der Arbeit der Parteileitungen künftig im ZK zu konzentrieren. Die Parteikontrolle dagegen schützt die Einheit und Reinheit der Partei, entlarvt und vernichtet feindliche Agenturen in der Partei, kämpft gegen fraktionelle Tätigkeit, entfernt Verräter aus der Partei, kontrolliert die Einhaltung der Parteidisziplin, prüft Verletzungen von Beschlüssen, Statut, Parteistatus, Staatsdisziplin und der Parteimoral. Ebenso prüft und entscheidet sie Berufungen gegen Beschlüsse der Bezirks- und Kreisleitungen über Ausschlüsse und andere Parteistrafen.¹⁸⁶ Die ZPKK schloß sich in ihrer „Disposition zur Berichterstattung der Parteikontrollkommission auf dem IV. Parteitag“ noch vor dem Parteitag dieser Sichtweise an.¹⁸⁷

Auf dem IV. Parteitag vom 30. März bis 6. April 1954 wurde dann auch die Beschlußkontrolle den Parteikontrollorganen entzogen und definitiv dem Aufgabenbereich der Parteileitungen zugeordnet. Die Vorsitzenden der Parteikontrollkommissionen wurden nun auch Mitglieder der Büros der Parteileitungen.¹⁸⁸ Damit sollte auch administrativ klargestellt werden, daß die Parteikontrolle keine zweite Körperschaft im Bezirk, sondern ein Organ des Büros (Sekretariats) und ihm verantwortlich ist.¹⁸⁹ Von erstrangiger Bedeutung für die Stellung der Parteimitglieder zu den Parteikontrollorganen und umgekehrt war die Neudefinition des Artikels 1 des auf dem IV. Parteitag verabschiedeten Statuts, der den Schutz der „Einheit und Reinheit der Partei“, die Wahrung der Partei- und Staatsdisziplin, die Förderung der Kritik und Selbstkritik sowie das Gebot, aufrichtig und ehrlich gegenüber der Partei zu sein und die Partei- und Staatsgeheimnisse streng zu wahren, zu den Pflichten jedes Parteimitglieds erhob. Damit war ein universell und „flexibel“ anwendbarer Disziplinierungs- oder Ausschlußgrund für Parteimitglieder geboren, der quasi als Generalvollmacht für die Produktion von Ausschlußgründen wegen Statutenverstoß zur Wirkung gebracht werden konnte, wenn es die politische Zweckmäßigkeit verlangte. Andererseits betonte das neue Statut die „Leninschen Normen des Parteilebens“, insbesondere die „Kollektivität des Parteilebens“.

Trotzdem kam Matern am 3. November 1954 zu folgender Einschätzung:

„Offensichtlich laufen die Dinge mit den Parteiverfahren und der Parteierziehung augenblicklich falsch. Es ist unrichtig, daß in der Abteilung Leitende Organe beim

dauernden Tendenz zur Neutralisierung der Parteikontrolltätigkeit zur Last gelegt werden, obwohl die erwähnte Position sich in Übereinstimmung mit der sowjetischen Parteikontrollpraxis befand.

185 Rechenschaftsbericht der BPKK Magdeburg zur Delegiertentagung vom 11.–14.3.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 112ff.

186 Bericht der BPKK zur 2. Bezirksdelegiertenkonferenz 12.–15.3.54 in Halle, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/4, Bl. 144ff.

187 „Disposition zur Berichterstattung der Parteikontrollkommission auf dem IV. Parteitag“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 33ff.

188 Statut der SED, Beschluß des IV. Parteitages, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band V, Berlin 1956, S. 90ff.

189 Matern in der Diskussion auf der ZPKK-Sitzung vom 10.5.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/450, Bl. 3.

*ZK, den Abteilungen P und M in den Bezirken und Kreisen neue Institutionen entstehen, die sich mit Parteiverfahren beschäftigen ... Wir haben im Wesen mit dem Lauf der Parteierziehung und mit Parteiverfahren nichts mehr zu tun ... Die Organisation und richtige Steuerung der Parteiverfahren ist unsere Aufgabe – nicht die Aufgabe einer Abteilung, sonst können wir uns liquidieren. Wir müssen eine ganze Wendung in unserer Arbeit machen ... Wir müssen unsere ganze Kraft organisieren auf die richtige Durchführung von Parteiverfahren. Sonst entstehen neue Schiedsgerichte oder neue Einrichtungen in Abteilungen der Partei. Das ist nicht der Sinn des Beschlusses des IV. Parteitages. Das hat niemand gewollt und steht auch nicht im Statut ... Irgendwie ist bei uns die Aufgabenstellung nicht richtig klar. Die Richtlinien sollte man so ändern, daß sie unsere jetzigen Aufgaben klar aufzeigen.*¹⁹⁰

Diese düstere Sicht auf den Zustand der Parteikontrollorgane, ihr desolates Arbeitsregime und die Unsicherheit in bezug auf ihr eigentliches Aufgabengebiet wurde auch im ZPKK-Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen vom IV. Parteitag bis zum November 1954 bestätigt. Hier hieß es:

„Sollen die Parteikontrollkommissionen, wenn Parteibeschlüsse verletzt oder nicht durchgeführt werden und niemand von diesem Zustand Kenntnis nimmt, solche Beschlußverletzungen untersuchen und feststellen oder nicht? Es gibt jedoch auch Überprüfungen von ähnlichem Umfang, die nicht den Aufgaben der Parteikontrollkommissionen entsprechen. So wurde nach dem IV. Parteitag eine Überprüfung der politischen Arbeit der Parteiorganisationen und der Genossen in der IG Metall und der Gewerkschaft Land und Forst durchgeführt ... Diese Überprüfung ist ... ein Beispiel dafür, daß aus den 'Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen' teilweise falsche Schlußfolgerungen gezogen wurden ... Sie veranlaßte die ZPKK zu einer Veränderung der Richtlinien für die Arbeit der Parteikontrollkommissionen, um sie mit dem Statut des IV. Parteitages in Übereinstimmung zu bringen ... In den bisherigen Richtlinien sind die Aufgaben der Parteikontrollkommissionen, ausgehend von dem auf dem III. Parteitag angenommenen Statut, festgelegt, in welchem es unter anderem heißt, daß die ZPKK 'überprüft, wie die Beschlüsse des Parteitages und des ZK durch die Parteiorganisationen durchgeführt werden.' Diese Aufgabenstellung war zu allgemein und zu umfassend,

190 Matern in der Diskussion zum Bericht der ZPKK, Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 3.11.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 16f. Resultat dieser Aussprache war dann die Bildung einer Kommission aus Matern, Sens und Geffke zur Überarbeitung der ZPKK-Richtlinien von 1952. Ebenda, Bl. 17. Herta Geffke bemerkte in ihren Erinnerungen zu der von Schirdewan geleiteten ZK-Abteilung Organisation: „Schirdewan hatte in seiner Funktion durchgesetzt, daß in jedem Bezirk ein sogenannter Berater eingesetzt wurde. Dieser Berater erhielt im Laufe der Zeit eine ziemlich bestimmende Stellung als Vertreter des ZK in der Bezirksleitung ... In vielen Fällen wurden dadurch die gewählten Organe in ihren Befugnissen gehemmt, wenn nicht sogar ausgeschaltet ... Erst nachträglich ist mir zu Bewußtsein gekommen, daß Schirdewan schon damals begonnen hatte, die Fäden des gesamten Parteiapparates in seine Hände zu bekommen, denn durch seine Berater war er schon damals besser über die gesamte Partei unterrichtet, als W[alter] U[lbricht]“. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.68, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 472f.

da die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse des Parteitag und des ZK durch die Parteiorganisationen durchgeführt werden.“¹⁹¹

Bei der nun anstehenden Überprüfung der alten Richtlinien und ihrer Neufassung spielten auch die Ergebnisse der Untersuchungen während der Volkskammerwahlen eine wesentliche Rolle. Aus diesen Ergebnissen ging hervor, daß „es nicht wenige Parteiorganisationen gibt, in denen feindliche Elemente ungehindert diskutieren können, ... daß ... man sich ... mit solchen Feinden in der Partei ... häufig nur administrativ (beschäftigt), ... daß es in der ganzen Partei ... eine große Anzahl von verschleppten Parteiverfahren gibt, ... daß ... die Anzahl der Parteiverfahren an sich unvorstellbar hoch ist, ... besonders die Zahl der Parteiverfahren gegenüber Arbeitern.“ Als „erschreckend“ bezeichnete Max Sens die Zahl von 4.477 Parteiverfahren in den Grundorganisationen, darunter 2.474 Ausschlüsse, in den Monaten Juli und August 1954.¹⁹² Arbeiter, deren Anteil an beiden überproportional hoch sei, erhoben unverhältnismäßig selten Einspruch gegen verhängte Parteistrafen. Als einen der Gründe für diese inflationäre Entwicklung auf dem Gebiet der Parteiausschlüsse wurde von Sens die Maßgabe der alten Richtlinie von 1952 ausgemacht, bei wiederholten Verstößen strenger zu urteilen, als beim vorherigen Verstoß. Dies habe zu absurden Ausschlüssen bei wiederholt bestraften Genossen wegen geringfügiger Vergehen geführt, als beim Erstverstoß. Ebenso habe die Verfügung, Genossen mit hohem Parteialter oder höherer ideologischer Reife strenger zu bewerten, als junge Parteimitglieder, dazu beigetragen, undifferenziert und überspitzt zu bestrafen.¹⁹³ Zur Frage der Beschlußkontrolle bekräftigte Matern: „Nach dem III. Parteitag haben wir einen energischen Kampf geführt, von den Parteiverfahren wegzukommen, weil im Statut stand, daß wir alle Beschlüsse kontrollieren sollen. Offensichtlich war diese Feststellung falsch. Dadurch entstand die Arbeit allgemeiner Überprüfungen ... Dann kam das abgeänderte Statut vom IV. Parteitag ... Wäre der Passus weiter im Statut verblieben, ... hätte sich daraus die Gefahr der Bildung einer zweiten Leitung ergeben.“ Zum allgemeinen Zustand der Partei im Jahre 1954 erklärte Matern: „Wir haben die Erscheinungen, daß im Parteiapparat das moralische Abgleiten zunimmt – im Staatsapparat auch. Das ... kann man doch nicht einfach damit abtun, daß die Genossen zu viel Geld bekommen ... Das war die Theorie zur Verkleisterung ihrer Schweinereien ... mit der Entwicklung der Perspektive der Festigung der Grundlagen unseres Lebens ... bekamen die Menschen einen für ihre Weiterentwicklung notwendigen Halt ... Wenn sich bei einer solchen Lage der moralische Zustand der Menschen verschlechtert, ist das ein Zeichen, daß in der Perspektive im Kopf mancher Menschen etwas nicht stimmt ... Wenn sich solche zeigen, müssen wir doch

191 Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen vom IV. Parteitag bis zum November 1954 vom 8.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 173ff. Der Bericht wurde auf der PB-Sitzung vom 14.12.54 bestätigt.

192 Diese von Max Sens auf der ZPKK-Sitzung vom 10.12.54 angegebenen Zahlen finden sich auch im „Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen vom IV. Parteitag bis zum November 1954“ vom 8.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 172ff. In letzterem Bericht wird auch darüber informiert, daß die ZPKK selbst im Berichtszeitraum 42 Parteiverfahren durchgeführt habe (darunter ein „Ausschluß wegen feigen Verhaltens vor der westdeutschen Polizei und Preisgabe von Parteigeheimnissen“) und 22 Parteiverfahren, die im Apparat des ZK von den Grundorganisationen der Partei im ZK durchgeführt wurden, vor der Bestätigung durch das ZK-Sekretariat überprüft habe, weil diese bestraften Parteimitglieder keine Möglichkeit hatten, Einspruch zu erheben.

193 Erläuterungen von Max Sens zum Entwurf der Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und der Arbeit der PKK, Protokoll der ZPKK-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKK vom 10.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 167, Bl. 183ff.

in der Partei Krach schlagen ... Hier werden moralische Erscheinungen signalisiert, daß in Teilen der Partei die Einheit der Partei nicht gesichert ist.“¹⁹⁴

Die den Teilnehmern der ZPKK-Sitzung vom 10. Dezember 1954 im Entwurf vorliegenden „Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und zur Durchführung der Arbeit der Parteikontrollkommissionen“ wurden entsprechend dem Beschluß des Politbüros vom 14. Dezember 1954¹⁹⁵ den Mitgliedern und Kandidaten des PB in der umgearbeiteten und verkürzten Form zur Bestätigung im Umlaufverfahren zugestellt. Gemäß diesen neuen Richtlinien¹⁹⁶ trugen sowohl die Kreis- und Bezirksleitungen, als auch die bei ihnen bestehenden Parteikontrollkommissionen die Verantwortung. Die Richtlinien bekräftigten, daß Parteiverfahren in der Regel in den Grundorganisationen, in denen der betreffende Genosse Mitglied ist, durchzuführen seien, wobei allerdings ein vom Büro ermächtigter Vertreter bzw. Beauftragter der Kreisleitung oder der KPKK teilzunehmen habe, um für den geregelten Ablauf zu sorgen. Die Verantwortung für die entsprechende Anleitung der Grundorganisationen und der von den Kreis- oder Bezirksleitungen solcherart ermächtigter Genossen liege bei den Parteikontrollkommissionen. Im Mittelpunkt von Parteiverfahren habe die parteierzieherische Wirkung solcher Verfahren zu stehen, wobei die statuarischen Rechte der angeschuldigten Genossen zu wahren seien. Hauptgesichtspunkt blieb die unnachsichtige Entfernung von Teilnehmern an parteifeindlichen Gruppierungen, Trägern feindlicher Ideologien, bewußten Linienabweichlern und Verrätern.¹⁹⁷ Dagegen sollte bei Korruption, Vorteilsnahme, „Vetternwirtschaft“ und Fragebogenfälschungen zwar streng bestraft, aber „nur in den schwersten Fällen der Ausschluß aus der Partei zur Anwendung gebracht werden“. Die Parteikontrollkommissionen könnten selbst oder im Auftrag des ZK, der Bezirks-

194 Diskussionsbeitrag von Matern, Protokoll der ZPKK-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKKen vom 10.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 198f.

195 Protokoll der PB-Sitzung vom 14.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/396, Bl. 6. Auf dieser Sitzung hatte die ZPKK auch über ihre Vorschläge zur „Bestrafung einiger Genossen aus der Gebietsparteilitung Wismut“ zu berichten. Der 1. Sekretär der GPL wurde mit anderen Sekretariatsmitgliedern der GPL der PO Wismut der Cliquenbildung, unmoralischen Verhaltens und der Unterdrückung von Kritik beschuldigt. Er wurde wegen parteischädigenden und parteiersetzens Verhaltens streng gerügt und mit Funktionsverbot für gewählte Organe der Partei und der Massenorganisationen belegt. Der ehemalige 2. Sekretär der GPL Wismut, Horst Dohlus, sollte zudem auch wegen des gegen ihn anhängigen Parteiverfahrens vom Jahreslehrgang der PHS der KPdSU in Moskau zurückbeordert werden. Die gegen Dohlus dann verhängte Rüge wegen Verstoßes gegen die Parteimoral und parteischädigenden Handelns wurde nach Bewährung als Parteiorganisator des ZK und Parteisekretär beim Kombinat „Schwarze Pumpe“ durch das Politbüro am 14.1.58 gelöst.

196 Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und zur Durchführung der Arbeit der Parteikontrollkommissionen, in: Dokumente der SED, Band V, Berlin 1956, S. 201ff; siehe auch Anlage zum Protokoll der ZPKK-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKKen vom 10.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 202ff bzw. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, 149ff. Die neuen Richtlinien wurden am 21.12.54 vom PB beschlossen. Protokoll der PB-Sitzung vom 21.12.54 (Anlage), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/397, Bl. 49ff.

197 „Die strengste Beurteilung müssen diejenigen erfahren, die innerhalb der Partei feindliche Gruppierungen, Cliquen oder Fraktionen organisieren und damit die Einheit der Partei untergraben und ihre Kampfkraft schwächen. Für solche Elemente ist in der Partei kein Platz. Ebenso unversöhnlich muß man sich gegenüber denen verhalten, die bewußt feindliche Ideologien in die Partei hineinbringen, vorsätzlich von der Linie der Partei abweichen, Doppelzünglerei betreiben und auf diese Weise die Geschäfte des Klassenfeindes besorgen. Schließlich sind Verräter von Partei- und Staatsgeheimnissen als Verbrecher an der Partei und der Arbeiterklasse unnachsichtig aus der Partei zu entfernen.“

Stadt- und Kreisleitungen Parteiverfahren durchführen.¹⁹⁸ „Es ist unzulässig, ein Mitglied oder einen Kandidaten der Partei oder einen Ausgeschlossenen lediglich wegen der Parteistrafe von seinem Arbeitsplatz zu entfernen. Wenn sich aus der Art des begangenen Vergehens die Notwendigkeit der Entfernung vom Arbeitsplatz ergibt, so ist eine Entlassung nur auf Beschluß des Büros der Kreisleitung zulässig. Dem Betroffenen muß eine andere Arbeit zugewiesen werden.“ Einsprüche gegen Parteistrafen behandelten die Parteikontrollkommissionen. Zur diffizilen „Frage der Aufgaben der Parteiorganisation innerhalb der ZPKK“ hieß es in einer Arbeitsbesprechung: „Über die Aufgaben der Parteikontrollkommission kann die Parteiorganisation keine Beschlüsse fassen, da im Gegensatz zu den Abteilungen des ZK die ZPKK ein gewähltes und beschließendes Organ des ZK ist.“¹⁹⁹

Es wurde immer offensichtlicher, daß die jenseits jeder Normalität sich verfestigenden krisenhaften innerparteilichen Zustände eines Wandels bedurften, auch um einen Zuwachs an Stabilität zu erreichen. Dieser 1954 einsetzende Wandel sollte zukünftig immerhin bewirken, daß eine Praxis der permanenten Säuberungen, wie sie 1949 bis 1953 in der SED stattfanden, sich nicht mehr wiederholen sollte. Die Stärkung der gewählten Parteiorgane gegenüber dem Parteiapparat führte jedoch keineswegs zu einer Beendigung von dessen Allmacht.

8. Zwischen Normalisierungsanstrengungen und Säuberungsvollzug

Die Kampagnenwellen bei der Jagd auf Parteifeinde in den vergangenen fünf Jahren schlugen sich naturgemäß entweder in Überspitzungen in anhängigen Parteiverfahren durch die unter Druck stehenden Parteileitungen bzw. Kontrollorgane besonders auf Kreisebene nieder oder mündeten (falls diese Kampagnen nicht durchschlugen) in Passivität besonders bei den Grundorganisationen und ihren Leitungen. Wechselseitig rügte dies die ZPKK immer wieder als „Überspitzungen“ bzw. „Versöhnlerum“. Namentlich solche „Überspitzungen“ führten dazu, daß in einigen Parteiorganisationen bis zu 80% der Beschlüsse aus Parteiver-

198 „Über die Durchführung von Parteiverfahren durch die Parteikontrollkommissionen: In allen Fällen, wo in Parteiorganisationen Anzeichen über das Vorhandensein feindlicher Agenturen, fraktioneller Tätigkeit oder Verrat von Partei- und Staatsgeheimnissen oder moralische Versumpfung oder Korruption vorliegen, sind die Partei-Kontrollkommissionen verpflichtet, von sich aus die Durchführung von Parteiverfahren vorzunehmen ... Das Zentralkomitee, die Bezirks-, Stadt- und Kreisleitungen können den bei ihnen bestehenden Partei-Kontrollkommissionen Aufträge zur Durchführung von Parteiverfahren erteilen, soweit diese den im Statut festgelegten Aufgaben der Parteikontrolle entsprechen ... Die Kommissionen prüfen das vorliegende Material, hören die Beschuldigten und Zeugen, tragen alle Unterlagen zusammen und unterbreiten sie der Mitgliederversammlung mit einem Vorschlag zur Diskussion. (Anmerkung: Ergibt sich bei der Untersuchung, daß es sich um ein gerichtlich zu verfolgendes Verbrechen handelt, so übergeben die Kommissionen die Untersuchung an die staatlichen Organe. Steht die Schuld des Betroffenen eindeutig fest, so ist er aus der Partei auszuschließen.) Bei ihrer Beschluffassung sollen die Partei-Kontrollkommissionen die Diskussion der Mitgliederversammlung berücksichtigen. Nach der Bestätigung des Beschlusses der Partei-Kontrollkommission durch die zuständige Leitung ist der Beschluß in der Grundorganisation zu erläutern.“

199 Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 18.12.54 zur neuen Arbeitsteilung in der ZPKK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/12, Bl. 62f.

fahren durch die Parteikontrollorgane abgeschwächt und dabei ein großer Teil der Ausschlüsse aufgehoben werden mußten.²⁰⁰ Auch das von den Mitgliedern der Grundorganisationen zu beherzigende Imperativ der „Kritik und Selbstkritik“ hatte sich (wie deren Auslegung durch Herrnstadt bewies) als zweischneidig erwiesen. Es trieb allerdings, wenn es formalistisch gehandhabt wurde, mitunter seltsame Blüten.²⁰¹

Ebenso rissen die Klagen der Parteikontrollorgane über Fehlleistungen der Justiz und der schlechten Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen nicht ab.²⁰² So informierte die BPKK Potsdam Matern am 18. August 1954 von zwei dort im Juni/Juli eingeleiteten Prozessen. Einer endete mit einem Freispruch für 5 Techniker nach 8 Wochen U-Haft und der andere mit der Haftentlassung von 3 Technikern bzw. Wissenschaftlern vor Prozeßbeginn durch das Eingreifen des Büros der BL ebenfalls nach 8 Wochen U-Haft wegen erwiesener Unschuld. Die zwischenzeitlich entstandene Unruhe zeitigte 8 Republikfluchten und 5 Kündigungen im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“. Die staatlichen Sicherheits- und Justizorgane (Staatliche Kontrolle, Staatssicherheit, Staatsanwaltschaft und Gericht) leisteten diesem Bericht zufolge lückenhafte Arbeit. Die Untersuchungsorgane arbeiteten unverantwortlich und oberflächlich. Überhaupt sei in Betrieben ein sektiererisches Verhalten gegenüber der Intelligenz verbreitet.²⁰³ Die BPKK Frankfurt/Oder stellte in ihrem Monatsbericht Juli-August 1954 bei der Prüfung eines Gerichtsverfahrens fest: „Urteilsbegründung ist auf bewußtes, feindliches Handeln des Beschuldigten aufgebaut, trotzdem das in keinem Falle ermittelt noch erwiesen wurde. Die Argumente des Beschuldigten wurden fast nicht geprüft. Der Genosse Richter R[...] berief sich immer wieder ... auf die Anweisung und Anzeige der Bezirksleitung ... Wenn, wie hier im Falle S[...] ... ein Hinweis oder eine Anzeige der Bezirksleitung erfolgt, führen sie das strikt durch, auch wenn sie wissen, daß es falsch ist.“²⁰⁴ Die bemängelte schlechte Kooperation mit den Sicherheitsorganen signalisierte offenbar ein vorwiegend einseitiges Kooperationsdefizit, denn „in allen Fällen, wo es im Ablauf von Untersuchungen der Parteikontrollkommissionen Hinweise und Feststellungen einer vorhandenen und organisierten Sabotage- und Agententätigkeit gab, wurden die Sicherheitsorgane unterrichtet. In einer ganzen Reihe von Fällen konnte durch die Arbeit der Parteikontrollkommissionen den Sicherheitsorganen Material, z. T. vollkommen abge-

200 Matern in der Diskussion zum Bericht der ZPKK, Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 3.11.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 3.

201 In den Auswertungen der Berichte der BPKK für die Monate Mai und Juni 1954 durch die ZPKK findet sich ein Bericht über einen Aushang der BGL, BPO und der Niederlassungsleitung (vermutlich des DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau Zwickau), der verkündete: „Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sagt: Kritik und Selbstkritik ist das Entwicklungsgesetz der Partei. Um die Kritik und Selbstkritik auch in unserer Niederlassung zur vollen Entfaltung zu bringen, hat sich die Niederlassungsleitung entschlossen, monatlich eine Summe von 10.- für die beste Kritik des Monats bereitzustellen. Die Kritiken sind schriftlich in den dafür vorgesehenen Briefkasten einzuworfen. Die Entscheidung über die beste Kritik fällt das Leitungskollektiv.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 58ff.

202 Die ZPKK konstatierte im Frühjahr 1954 nach Durchsicht der Monatsberichte der BPKK eine ungenügende Verständigung mit der Partei bei Verhaftungen und der Vorbereitung von Prozessen. So konnten erst durch das Eingreifen der BPKK Potsdam zwei Prozesse gegen die Intelligenz in Rathenow verhindert werden. Ebenda.

203 Mitteilung der BPKK Potsdam (Warnke) an die ZPKK (Matern) vom 18.8.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/158, Bl. 137f.

204 Monatsbericht Juli-August 1954 der BPKK Frankfurt/Oder, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/158, Bl. 135ff.

geschlossenem Belastungsmaterial, übergeben werden, welches den Sicherheitsorganen ermöglichte, diese Agentennester zu liquidieren.“²⁰⁵

Während sich also die Parteikontrollorgane innerhalb der Grenzen ihres Auftrags gegen allzu offensichtliche Rechtsbeugungen der Justiz- und Sicherheitsorgane engagierten, gab es immer noch eine Reihe von ehemaligen Parteifunktionären, die seit geraumer Zeit in Haft saßen und über deren Schicksal nun endlich entschieden werden mußte. Bei ihnen gab es keinerlei skrupulöse Erwägungen jener Art, welchen die Parteikontrollorgane angesichts oben geschilderter Beispiele klaren Justizterrors nachhingen: Die Verhaftung der seit Jahren einsitzenden Kommunisten war im Kontext der beschriebenen zurückliegenden Kampagnen (insbesondere während der Field-Untersuchungen) erfolgt, welche zwar inzwischen ihren Stellenwert deutlich verändert hatten, was jedoch den wachsenden Druck, diese ehemaligen Funktionäre nach anhaltender Inhaftierung unter allen Umständen rechtskräftig zu verurteilen, keineswegs minderte. Gegen sie waren politische Prozesse zu führen. Unter anderem betraf dies Fritz Sperling, Paul Merker, Bruno Goldhammer, das Ehepaar Schlotterbeck, Max Fechner und Hans Schrecker. Außerdem gab es Funktionäre, die (ebenso wie Merker) prädestiniert gewesen wären für einen Schauprozeß nach dem Prager oder Budapester Vorbild, die aber (anders als Merker) nicht in Haft waren. Hier handelte es sich um Franz Dahlem, Wilhelm Zaisser²⁰⁶ und Gerhart Eisler. Offensichtlich war 1954 der Zeitpunkt verpaßt, wo ein solches Unterfangen politisch zweckvoll gewesen wäre.²⁰⁷ Ihre Inhaftierung hätte 1954 nur noch in diesem Kontext Sinn gemacht, doch eine solche Perspektive hatte sich politisch entwertet. Daß die Parteikontroll- und Sicherheitsorgane 1954 trotzdem weiterhin Jagd auf „Field-Agenten“ machten, belegen die Bemühungen der BPKK Berlin Anfang 1954, eine „SAP-Gruppe“ beim FDGB-Bundesvorstand aufzuklären, wobei auch die Sicherheitsorgane ermittelten, weil einer der Betroffenen 1948 zu Field Kontakt gehabt haben soll.²⁰⁸ Die Frage von Verhaftungen in diesem Kontext verblieb also durchaus noch im Bereich der Möglichkeiten, obwohl angenommen werden kann, daß nun verhaltener vorgegangen wurde. Bei den bereits Inhaftierten aber bediente man sich nun des Instruments der Geheimprozesse.

Unbeschadet der Tatsache, daß nach Stalins Tod und mit der Ausschaltung von Berija der Instinkt der Parteiführung immerhin dahingehend wirkte, daß die in Vorbereitung befindlichen Prozesse besser nicht als Schauprozesse stattfinden sollten, ist das im Parteiarchiv der SED aufgefundene Material zur Vorbereitung der Verfahren gegen Merker und Fechner beispiellos: Die mit dieser Vorbereitung befaßte Justizkommission beim ZK schlug dem Politbüro die zügige Durchführung dieser Prozesse als Geheimprozesse („unter Ausschluß der Öffentlichkeit“) beim Obersten Gericht vor und empfahl auch gleich die Besetzung des Vorsitzes und des Anklagevertreters. Im Falle Fechners stellte diese Kommission (unter Teilnahme von Plenikowski, Benjamin, Melsheimer und Kern) angesichts des ihr vom Staatssekretariat für Staatssicherheit vorgelegten Schlußberichts fest, daß dieser „nicht in genügendem Maße die staatsfeindliche Tätigkeit Fechners ausweist. Was im Schlußbericht

205 Bericht über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen vom IV. Parteitag bis zum November 1954 vom 8.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8. Bl. 173ff.

206 „Die Behandlung der Angelegenheit Zaisser hält das Politbüro noch für verfrüht“. Protokoll der PB-Sitzung vom 13.7.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/392.

207 Hermann Weber sagt zutreffend, dieser Zeitpunkt wäre im Frühjahr 1953 gewesen. Weber, Schauprozeßvorbereitungen, a.a.O., S. 481.

208 Aktennotiz der BPKK Berlin vom 19.1.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2/28.

als Ergebnis zusammengefaßt ist, bedurfte nicht der Untersuchung von der Dauer eines Jahres. Es wurde empfohlen, die Anklage stärker zu fundieren durch die Ausführung einiger Tatsachen, welche die staatsfeindliche Tätigkeit Fechners im Ministerium für Justiz noch besonders deutlich machen. Der Genosse Mielke soll gebeten werden, etwaiges Material [!] in dieser Beziehung dem Generalstaatsanwalt zu übergeben ... Die Anklageschrift wird vor Durchführung des Prozesses von der Kommission beraten.“ Im Falle Merkers legte die Kommission fest, „daß in der Anklage die Verbrechen des Merker nach 1945 gegen die deutsche Arbeiterklasse und gegen das deutsche Volk stärker hervorgehoben werden sollen, wobei seine Verbindungen zu Agenten westlicher Geheimdienste und seine Versuche, unter Ausnutzung seiner Funktion solche Agenten in das Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone einzuschleusen und somit dem amerikanischen Imperialismus personelle Positionen zu verschaffen, als besonders verbrecherisch zu werten sind.“ Tatsächlich sind beide der Kommission vorliegenden Abschlußberichte nichts anderes als Konvolute nicht justitierbarer politischer und persönlicher Verleumdungen gewesen. Dies war aber für die Kommission lediglich Anlaß für die Befürchtung, die unter allen Umständen zu erhebende Anklage sei gefährdet. Beide Kommissionsvorlagen für das Politbüro gipfeln daher in den Empfehlungen, daß das Untersuchungsorgan dem Generalstaatsanwalt gegenüber im Falle Fechner „nachzulegen“ hätte und im Falle Merker die Anklage noch tendenziöser umgeschrieben werden solle, wobei sogar schon die Richtung dieser Interpretationsverschärfung angegeben wurde. Und ungeachtet der dünn unteretzten Anklage etwa gegen Merker, in der wieder ausdrücklich auf Noel H. Field Bezug genommen wurde, informierte die Vorlage der Kommission das Politbüro dahingehend, daß der Generalstaatsanwalt beabsichtige, eine Strafe von 15 Jahren Zuchthaus zu beantragen. Das am 17. August 1954 zusammentretende Politbüro verfügte, daß angesichts der entlarvenden Mängel beide Vorlagen erneut überarbeitet einzureichen seien.²⁰⁹

Die Angelegenheit zögerte sich jedoch weiter hinaus und neuerlich änderten sich die Bedingungen zu Lasten der Anklage: Inzwischen war Field am 1. November 1954 aus ungarischer Haft entlassen worden.²¹⁰ Im Wortprotokoll der ZPKK-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKKen vom 10. Dezember 1954 findet sich eine Passage, die im Gegensatz zu allen anderen Passagen nicht wörtlich ausgeführt ist: Materns Hinweis auf die Notwendigkeit, nach einer im ND veröffentlichten Erklärung der polnischen Regierung einzelne Beschlüsse in der Field-Angelegenheit zu ändern.²¹¹ Allerdings ist anzunehmen, daß Matern diese peinliche Wendung in einer Sache, die lange Zeit Schwerpunkt der Überprüfungsarbeit der ZPKK war, nicht sehr ausführlich erläutert haben wird, zumal die konkreten Schlußfolgerungen daraus noch gar nicht gezogen werden konnten.

Am 8. März 1955 empfahl die Sicherheitskommission der SED in Anwesenheit von Ulbricht, Matern, Schirdewan, Stoph, Wollweber und Röbbelen für den immer noch nicht begonnenen Prozeß nur noch, daß das Strafmaß für Merker und auch für Fechner nunmehr 6

209 Protokoll der PB-Sitzung vom 17.8.54, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/377 und J IV 2/2/A369.

210 Noel H. Field und Hertha Field waren 1949 in der ČSR entführt und nach über 5 Jahren Haft in Ungarn am 1.11.1954 von allen Beschuldigungen freigesprochen sowie ihr Antrag auf politisches Asyl bewilligt worden. (Vgl. auch den Brief der ungarischen Parteiführung vom 10.9.56 an das ZK der SED, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.) Dies zu melden konnte am 19.11.1954 auch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nicht umhin – natürlich in gebotener Unauffälligkeit.

211 Diskussionsbeitrag von Matern, Protokoll der ZPKK-Sitzung mit den Vorsitzenden der BPKKen vom 10.12.54, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/452, Bl. 199.

Jahre nicht zu unterschreiten habe.²¹² Merker wurde ohne Publizität (also auch ohne Relevanz für die Partei) am 30. März 1955 in einem Geheimprozeß zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt – also zu einem Zeitpunkt, wo Field in Ungarn seit November 1954 bereits entlastet war und sich für Beschuldigungen derart, wie sie zu Merkers Inhaftierung 1952 führten, immer weniger Raum bot. In der nunmehr modifizierten Anklage blieben die Denunziation Merkers als Zionist aufgrund seiner Veröffentlichungen im mexikanischen Exil zur Entschädigung der Juden sowie ein verbleibendes Residuum von Konstruktionen im Zusammenhang mit der Slánský-Sache bestehen. Die schäbige Rolle, welche Abusch in diesem Prozeß spielte, indem er als Zeuge die Denunziation der Tätigkeit Merkers als Herausgeber von „Freies Deutschland“ in Mexiko mit der Selbstkritik verband, als Chefredakteur den Abdruck von Merkers Beiträgen zur Judenfrage nicht unterbunden zu haben²¹³, sagt viel über Abuschs moralische Qualitäten, aber auch einiges über die Wirksamkeit der Zwangsmechanismen verordneter Parteiraison aus. Merker selbst hat in der dem inszenierten Prozeß vorausgehenden Untersuchung alle gegen ihn erhobenen Verleumdungen zurückgewiesen.²¹⁴

Fechner wurde am 24. Mai 1955 ebenso wie Merker wegen Verbrechens gegen den Artikel 6 der Verfassung in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive Nr. 38 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Maßstäbe für solcherart Abstrafungen von Parteifunktionären, für deren Verfolgung die Parteiführung ungeachtet des unbestreitbaren sowjetischen Drucks letztendlich verantwortlich blieb, waren schon im Jahr zuvor gesetzt worden: Bruno Goldhammer bekam am 28. April 1954 sein Urteil über 10 Jahre Zuchthaus. Sperling, 1951 wie im Jahr zuvor Müller aus der BRD in die DDR gelockt und seitdem ohne Lebenszeichen in Haft, wurde ebenfalls am 18. März 1954 vom Obersten Gericht wegen Militärspionage zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch Hans Schrecker war im Februar 1954 auf der Grundlage der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats von 1946 wegen „militaristischer Propaganda und Friedensgefährdung“ und als „Agent“ unter ausdrücklicher Bezugnahme auf im Slánský-Prozeß verurteilte oder vernommene Personen bereits mit 8 Jahren Haft bedacht worden. Dies geschah auch unter Verweis auf seine Verbindung zu dem damals überhaupt noch nicht angeklagten „Agenten Merker“.²¹⁵

Eine besonders bizarre Vorgeschichte enthüllt auch die Analyse des Vorgehens gegen das im April 1954 zu 6 bzw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilte Ehepaar Friedrich und Anna Schlotterbeck.²¹⁶ Die laut Haftbefehl „wegen verbrecherischen Beziehungen zu dem ameri-

212 Weber, Schauprozeßvorbereitungen, a.a.O., S. 482.

213 Wolfgang Kießling, Paul Merker und der „Sozialismus der dummen Kerls“, in: Mario Keßler (Hg.), Antisemitismus und Arbeiterbewegung, Bonn 1993, S. 90.

214 Vgl. Wolfgang Kießling, „Ich werde mich nicht selbst bezichtigen“, ND 30.11.1993.

215 Vgl. Wilfriede Otto, Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Kessler, a.a.O., S. 105 u. 119.

216 Friedrich Schlotterbeck, seit 1923 dem KJVD und seit 1928 der KPD angehörend, arbeitete in verschiedenen Funktionen für den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI), so als Mitglied des ZK der KJVD und als Leiter des Skandinavischen Büros der KJI in Moskau, bis er im Zusammenhang mit seiner illegalen Arbeit in Deutschland gemeinsam mit einem Teil der KJVD-Organisation Sachsens im Dezember 1933 verhaftet wurde. Er verbüßte 3 Jahre Zuchthaus, kam dann ins KZ Welzheim und wurde dort 1943 entlassen. Nach Wiederaufnahme der illegalen Arbeit entkam er nach Infiltration seiner Gruppe durch die Gestapo in die Schweiz, wo er, da seine Angaben dort nicht nachprüfbar waren, aus Sicherheitsgründen aus der

kanischen Agenten Noel H. Field²¹⁷ seit Februar 1953 durch die Staatssicherheit einvernommenen SED-Mitglieder hatten bereits 1946/47 vor Field und Bauer²¹⁸, 1949 vor Merker²¹⁹ und im Mai 1950 nochmals vor Sperling²²⁰ gewarnt. Anna Schlotterbeck legte der ZPKK ihre Verbindung zu Field im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für den CSS im August 1950 dar²²¹ und äußerte Zweifel an der Einschätzung, daß Herta Jurr-Tempi Trotzkiistin sei.²²² Delikaterweise verbanden sie den Hinweis auf ihre prophetischen Warnungen mit dem Vorwurf an Dahlem, ihre Mitteilungen über Field und Bauer mißachtet, und ihren Vorwurf an die ZPKK, fahrlässig ihre frühzeitigen Meldungen ignoriert, die Untersuchung fehlgeleitet und deshalb erst im August 1950 die deutsche Field-Filiale entlarvt zu haben. Diese Vorhaltungen gegenüber der ZPKK verschärfte die Schlotterbecks, nachdem sie infolge einer 1950 erfolgten Durchleuchtung Anfang 1951 aus der SED wegen Verbindungen zu Field bzw. wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der Gestapo ausgeschlossen wurden.²²³ Dieser Ausschluß wurde aufgrund ihrer eigenen beflissenen Mitteilungen an die

Partei ausgeschlossen wurde und arbeitete isoliert bei der „Centrale Sanitaire Suisse“ (CSS). Nach Kriegsende wurde sein Parteiausschluß rückwirkend aufgehoben und Schlotterbeck arbeitete im KPD-Auftrag als Präsident des Roten Kreuzes Württemberg/Baden und für den Aufbau der VVN. Nach Anforderung durch das SED-ZS kam er in die Ostzone, wurde 1949 rückwirkend ab Oktober 1948 in die SED aufgenommen und war bis Oktober 1950 als Stadtrat für Volksbildung in Dresden tätig. Lebenslauf Friedrich Schlotterbeck vom April 1951, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

217 Anna Schlotterbeck, Fallen, aber nicht zerbrechen, NDL 5/1990, S. 50.

218 In einem Brief von Friedrich und Anna Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht 21.7.52 verwiesen beide darauf, daß sie bereits 1945 in den Westzonen und ab 1946 in Berlin die Partei (namentlich Franz Dahlem) vor Erika Glaser und Noel Field gewarnt hatten. Überdies hieß es in diesem Brief: „Der Agent Bauer fiel uns schon im Jahr 1945 durch seine politischen und kriminellen Hochstapeleien auf, wie sie Agenten eigen sind. Der Genosse Schlotterbeck aber erhielt von dem Genossen Dahlem einen Brief, wonach er wegen seines Kampfes gegen Bauer eine Rüge bekäme, wenn er Mitglied der SED wäre.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

219 Schlotterbeck erinnerte im Januar 1953 in einem Brief an das Politbüro daran, daß Anna Schlotterbeck bereits am 7.6.49 Matern vor Merker, Fuhrmann und Sperling warnte, die ZPKK jedoch nicht tätig wurde. Brief Friedrich Schlotterbecks an das Politbüro vom 9.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

220 Die Schlotterbecks warfen der ZPKK im Mai 1950 in einem Brief vor, auf die Verschleierungsversuche der Schweizer KPD-Emigrationsleitung, alles auf Paul Bertz abzuladen, hereinzufallen, wogegen tatsächlich der gerade zum 2. KPD-Parteivorsitzenden gewählte Fritz Sperling der eigentliche Kopf der Angelegenheit gewesen sei. Ihrer Beschwerde, als Sachkundige noch immer nicht von der ZPKK gehört zu werden, folgte der Vorwurf an die ZPKK, die Parteiuntersuchung in der Field-Angelegenheit fehlzuleiten. Brief von Anna und Friedrich Schlotterbeck an Matern vom 18.5.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

221 Brief von Anna von Fischer vom 21.8.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124. Anna Schlotterbeck war vor ihrer Eheschließung mit Friedrich Schlotterbeck im Jahre 1951 verheiratet mit dem Schweizer Leiter des CSS, Hans von Fischer.

222 Brief Anna von Fischer an die ZPKK (Geffke) vom 16.9.50, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

223 Die seit Juni 1950 gegen Anna und Friedrich Schlotterbeck laufende ZPKK-Untersuchung führte zwar schon im Dezember zum Ausschlußbeschuß, der dann jedoch im Februar 1951 erneut thematisiert wurde, aber zunächst nur dazu führte, daß am 15.2.51 für beide ein 2-jähriges Funktionsverbot beschlossenen und Friedrich Schlotterbeck zusätzlich scharf gerügt wurde. Der 1. Sekretär der Sächsischen Landesleitung, Lohagen, hatte dieses Verbot unter Berufung auf „Berlin“ auszusprechen. Brief Anna von Fischer an Matern vom 5.3.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124. Erst am 26.7.51 unterrichtete die ZPKK die LPKK Sachsen vom Parteiausschluß gegen beide Genossen nach dessen Bestätigung durch das ZK-Sekretariat und versah diese Mitteilung mit dem ausdrücklichen Hinweis, nach dessen

ZPKK konstruiert. Die Sächsische Landesleitung wurde von der ZPKK angewiesen, trotz (oder gerade wegen) der Bekanntheit der Schlotterbecks und ihrer umfangreichen Verbindungen von einer Presseveröffentlichung ihres Ausschlusses abzusehen.²²⁴ Ihre dauernden Beschwerden, statutenwidrig aus der SED ausgeschlossen worden zu sein, weil sie frühzeitig klüger als die ZPKK waren, adressierten sie 1952 und 1953 nicht mehr an Matern, sondern voller Vertrauen nunmehr an das Politbüro, an Pieck und Ulbricht persönlich und an die Sicherheitsorgane sowie die sowjetischen Stellen.²²⁵ Friedrich Schlotterbeck, der inzwischen als Zimmermann unter Tage in der Wismut-AG arbeitete, fiel als verantwortlicher Redakteur einer Gewerkschaftswandzeitung seines Schachtes wegen „indirekter Anisowjethetze“ auf, weil er äußerte, man steigere hier die Arbeitsproduktivität auf den Knochen der Kumpels und breche geltende Gesetze der DDR.²²⁶ Ein letzter empörter Versuch Friedrich Schlotterbecks, brieflich dem Politbüro gegenüber auf beider ungerechtfertigte Bestrafung hinzuweisen, datiert vom Januar 1953 nach dem gerade veröffentlichten Slánský-Beschluß:

„Heute ist erwiesen, daß unsere Warnungen und Befürchtungen – nicht nur im Falle Sperling – berechtigt und begründet waren und wir sind stolz, die Partei frühzeitig darauf hingewiesen zu haben, auch wenn wir dafür mit einem statutenwidrigen Parteiausschluß durch die ZPKK büßen müssen.“²²⁷

Der Brief war mit dem Nachsatz versehen: „Da zu befürchten ist, daß dieser Brief möglicherweise das Politbüro nicht erreicht, geht eine Durchschrift an die Organe der Staatssicherheit und an die sowjetischen Freunde.“ Es kann angenommen werden, daß wenigstens die Durchschrift an das MfS den Adressaten erreichte, denn das Staatssicherheitsorgan antwortete mit beider Verhaftung: „Sie haben Briefe geschrieben. Briefe an die Partei. Wir sind hier, um die Sache zu untersuchen.“ – wurde Anna Schlotterbeck am 15. Februar 1953 von der Staatssicherheit erklärt.²²⁸ Von den dann erhobenen ursprünglichen Beschuldigungen (Beziehungen zu Field- und Tito-Agenten) wurde dann bis zum Prozeß im April 1954 Abstand genommen – nicht aber von der Verurteilung.

Verkündigung den Betroffenen die Ausschlußgründe nicht schriftlich auszuhändigen. Anna von Fischer wurde vorgeworfen, Field im Frühjahr 1941 die Adressen von Emigranten übergeben, Verbindung zu Herta Jurr-Tempi gehabt und ihre Entlarvung als Troztkistin angezweifelt zu haben. Friedrich Schlotterbeck wurde unterstellt, sich für die Gestapo als Gegenleistung für seine KZ-Entlassung als V-Mann verpflichtet zu haben, wie er in seinem Erinnerungsbuch „Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne“ selbst berichtete, dadurch seine illegale Gruppe sowie seine Familie gefährdet, mit der Troztkistin Herta Jurr-Tempi in Verbindung gestanden und als Stadtrat in Dresden feindliche Auffassungen vertreten zu haben. Sein Buch wäre einzustampfen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

224 Brief der SED-Landesleitung Sachsen an die ZPKK vom 3.8.51 und die Antwort der ZPKK an die LL vom 7.8.51, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

225 „Auch der Genosse Matern war 1949 noch kurzsichtig genug, uns zu sagen, wir sollten uns bei unseren Angaben über den Fall Field auf Deutschland beschränken. Wir haben dies zwar nicht getan aber klar ist, daß diese Einstellung dazu beigetragen hat, daß in der Schweiz, dem Hauptsitz Fields, so gut wie keine seiner Verbindungen und Agenten aufgedeckt wurden.“ Brief von Friedrich und Anna Schlotterbeck an Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht 21.7.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124. Eine Kopie dieses Briefes sandten die Schlotterbecks an die Sowjets und an das MfS.

226 Brief der Gebietsparteileitung Wismut an die ZPKK vom 29.10.52, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

227 Brief Friedrich Schlotterbecks an das Politbüro vom 9.1.53, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/124.

228 Anna Schlotterbeck, *Fallen ... a.a.O.*, S. 9.

9. Versuch einer Konsolidierung der Parteikontrollarbeit 1955

Der desolote Zustand der Parteikontrollarbeit versprach sich nach der neuen Fundierung in Gestalt der Arbeitsrichtlinien vom Dezember 1954 aus der Sicht der ZPKK scheinbar zum Besseren zu wenden. Die neuen Orientierungen wurden in bezirklichen Schulungskonferenzen mit den Kontrollorganen trainiert. In deren Auswertung wurde seitens der ZPKK jedoch kritisch festgehalten, daß der Wert der Heranziehung ehrenamtlicher Mitglieder und Kandidaten für Kontrollarbeit von den BPKKs unterschätzt werde. Ebenso sei die Anleitung der KPKKs mangelhaft. Schließlich mußte häufig an die Maßgabe des Matern-Referats auf der ZPKK-Konferenz vom 26. Januar 1955 erinnert werden, spezifische Untersuchungen statt allgemeiner „Überprüfungen“ vorzunehmen. Zum Problem zurückliegender Austritte hieß es: „Dabei gibt es solche Vorstellungen, wer vor dem IV. Parteitag ausgetreten ist, den kann man austreten lassen. Die anderen müssen ausgeschlossen werden. Demgegenüber stehen eine Reihe Beispiele, wo durch Rücksprache mit diesen Genossen die Mitgliedschaft wiederhergestellt wurde, weil sie nur aus Verärgerung das Mitgliedsbuch abgegeben hatten ... Wir sind der Meinung, daß jeder Fall nachgeprüft werden muß.“ Ferner wurde intern bedauernd darauf verwiesen, daß es Angst vor Kritik und Selbstkritik in den PKKs gäbe: So hätten Genossen der ZPKK nach der Dezember-Sitzung zum Ausdruck gebracht, die Genossin Erna Warnke, Vorsitzende der BPKK Potsdam, habe nicht mehr den Mut besessen, ihre wirkliche Meinung zu sagen, weil die Genossin Geffke so aggressiv aufgetreten sei.²²⁹

Die so kritisierte Herta Geffke äußerte sich Anfang Februar zum Thema „Das Parteiverfahren als wichtiges Mittel der Parteierziehung“. Im Namen dieses Erziehungsanspruchs argumentierte sie, ausgehend von den neuen Richtlinien, überaus mäßigend. Zur Verantwortlichkeit der Bezirks- und Kreisleitungen und der Parteikontrollkommissionen für die Durchführung von Parteiverfahren hieß es:

„Mit den neuen Richtlinien sind die Bezirks- und Kreisleitungen und die Parteikontrollkommissionen für die ordnungsgemäße Durchführung von Parteiverfahren verantwortlich gemacht. Damit wird der bisherige Zustand beseitigt, nach dem sich ausschließlich die Abteilung Partei und Massenorganisationen mit der Erledigung von neuen Parteiverfahren beschäftigte ... Bei der Durchführung eines Parteiverfahrens in der Grundorganisation muß stets das Prinzip der Erziehung im Vordergrund stehen ... Die bisherigen Erfahrungen in der Durchführung von Parteiverfahren zeigten, daß die Mehrzahl der Parteiverfahren als eine Bestrafung oder Vergeltung betrachtet wurden ... Wie oft unrichtige Entscheidungen getroffen werden, geht daraus hervor, daß bei 40% der bei der Parteikontrolle Einspruch erhebenden die Parteistrafe ganz aufgehoben oder gemildert wurde ... Eine Analyse der Gesamtzahl der Parteiverfahren ergibt, daß am häufigsten Genossen wegen Verletzung der Parteidisziplin und wegen unmoralischen Verhaltens zur Verantwortung gezogen wurden ... Die neuen Richtlinien betonen deshalb, daß durch kameradschaftliche Erziehung dem Mitglied geholfen werden muß, ein richtiges Verhältnis zur Partei zu finden ... Nach den alten Richtlinien führten die Parteikontrollkommissionen Überprüfungen in Grundorganisationen durch, wo es Signale von Feindarbeit gab. Das führte in der Regel zur Überprüfung der gesamten Arbeit der Grundorganisation. Nach den neuen Richtlinien befaßt sich die Parteikontrolle nicht mehr mit Parteiorganisationen, son-

229 Auswertung der Schulungskonferenzen in den Bezirken, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 24ff.

*dern mit den Parteimitglieder[n], deren Verhalten in irgend einer Form gegen die Prinzipien der Partei verstößt, bei denen besonders schwere Verletzungen der Parteibeschlüsse, der Parteidisziplin und des Parteistatuts vorliegen ... Die Parteikontrollkommissionen sind berechtigt und verpflichtet, Parteiverfahren durchzuführen, wo sie es für notwendig erachten. In solchen Fällen informieren sie das Büro der zuständigen Parteileitung.*²³⁰

Jedoch trat hinsichtlich der Zahl verschleppter Parteiverfahren auch im Frühjahr 1955 keine Entspannung ein. Angesichts der Tatsache, daß nach Aufhebung der monatlichen Berichtspflicht der BPKK am Jahresanfang zugunsten der operativen Meldung besonderer Vorkommnisse überhaupt keine Berichte mehr bei der ZPKK eingingen, fürchtete Herta Geffke um den Zustand der allgemeinen Wachsamkeit.²³¹

Trotzdem hatten die ZPKK allen Grund, einen moderaten Ton anzuschlagen und ihre nachgeordneten Parteikontrolleure vor allem vor jenen Überspitzungen zu warnen, die durch die Berliner Parteikontrollzentrale mit ihrem Kurs der letzten 5 Jahre selbst provoziert wurden. Immer wieder hatten sie Gelegenheit, das Ausmaß von Depression und Lähmung zu besichtigen, welches die Partei- und Staatspolitik in den harten Jahren der Säuberungen und Kampagnen über die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni bis zu den innerparteilichen Repressionen im Nachgang des Juni-Aufstands ausgelöst hatte und sich unter anderem in der Republikfluchtstatistik niederschlug. So vermeldete der Bericht einer Überprüfung der BPKK Schwerin und einiger Kreis- und Stadtparteikontrollkommissionen des Bezirks vom Juni 1955, an der Max Sens von der ZPKK teilnahm, daß im Bezirk Schwerin 96 der 104 Parteiverfahren gegen werktätige Bauern mit einem Parteiausschluß endeten und der Bezirk überdies durch den besonders hohen Anteil von Parteiverfahren wegen Republikflucht auffiel. Die insgesamt hohe Zahl an republikflüchtigen Arbeitern, Hausfrauen, Rentnern, Angestellten (und weniger der kleinstädtischen Schichten) war in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 gegenüber dem Zeitraum 1951 bis zur ersten Hälfte des Jahres 1954 tendenziell gestiegen. Der Anteil der Parteiausschlüsse wegen Verweigerung der Beitragszahlung, Interesselosigkeit und Inaktivität sei im Bezirk Schwerin sehr hoch. Im Ergebnis kam die Untersuchungskommission auch zu dem Schluß der Entpolitisierung der Parteiverfahren: Nur der zum Ausschluß führende Fall des Verstoßes gegen das Statut würde betrachtet und nicht der Gesamtzustand der GO. Daher könnten die BPKK und die KPKK auch nicht die Gründe für die hohe Republikfluchtquote und die allgemeine Interesselosigkeit bei ausgeschlossenen werktätigen Bauern nennen. Exemplarisch war der in dem Bericht geschilderte Fall eines republikflüchtigen und der SED angehörenden Neubauern im Kreis Güstrow, welcher deshalb im März 1953 ausgeschlossen wurde. Seine Flucht ging auf von ihm nicht erfüllbare Ablieferungspflichten zurück. Er habe viel gearbeitet, sein Vieh verloren und konnte das Soll nicht erfüllen. Es hieß, er habe schweren Herzens die Republik verlassen und möchte wiederkommen, habe aber Furcht wegen der Ablieferungsschulden. Es wurde nichts unternommen, um dem Genossen zu helfen. Außerdem verhielten sich Angestellte des Rates des Kreises und des Bezirks bürokratisch gegenüber Bauern, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und die KPKK verhielte sich hier passiv. So beantragten 70 Bauern die Abgabe ihres Bodens, weil sie das Soll nicht bringen könnten. „Schließlich muß man

230 Das Parteiverfahren als wichtiges Mittel der Parteierziehung, Schreiben von Herta Geffke am 4.2.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 8ff.

231 Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 20.4.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/454, Bl. 1ff.

noch hervorheben, daß die Frage der Möglichkeit von Austritten aus der Partei noch nicht restlos klar ist. Die vorliegenden Austrittsbegründungen lassen erkennen, daß man sich zwar theoretisch darüber klar geworden ist, daß es normalerweise keine Austritte aus der Partei geben kann. In der Praxis wird jedoch den Austritten Tür und Tor geöffnet, indem jetzt alle Austritte mit unheilbarer Krankheit begründet werden. Es ist auffällig, wie hoch die Zahl der unheilbar kranken Parteimitglieder plötzlich geworden ist.²³²

Das dergestalt wachsende Problem inaktiver und schließlich die Beitragszahlung verweigernder Parteimitglieder schlug sich schließlich auch in der Mitgliederstatistik nieder und setzte erneut das Problem der Parteiausschlüsse wegen Passivität auf die Tagesordnung. Berichte aus dem Bezirk Erfurt und aus dem Kreis Dessau sowie aus Berlin signalisierten die Größenordnung des Problems. In den „Feststellungen im Bezirk Groß-Berlin über das Anwachsen von Parteiverfahren im Zusammenhang mit der Bereinigung der Statistik“ hieß es: „Die Aussprache im Kreis Prenzlauer Berg zeigte ... deutlich, daß gegenwärtig die toten Seelen von einer Instanz zur anderen hin und her geschoben werden, daß sich aber schon Tendenzen abzeichnen, die toten Seelen durch Ausschluß abzusetzen ... (Es) wurde der Genossin [der KPKK Pankow] das Beispiel der Grundorganisation Sowjet-Export-Film aus dem Kreis Prenzlauer Berg vorgehalten ... Sie antwortet, wenn diese Genossen nicht zur Beitragszahlung zu bewegen sind, müssen sie durch Parteiausschluß entfernt werden ... (Sie) erklärt ..., eine andere Möglichkeit gibt es doch nicht, man kann doch nicht austreten ... In der weiteren Diskussion wurde klargestellt, daß es sich bei den 'toten Seelen' nicht um Parteiverfahren handelt ...“²³³

Bekräftigt wurde die Größenordnung des Problems, als die ZPKK in einer Überprüfung auf Grund eines Berichts der Finanzabteilungen der Bezirke vom September 1955 über die Differenz zwischen der Beitragsabrechnung und den in der Organisationsstatistik erfaßten Mitgliedern und Kandidaten feststellte, „daß in den Kreisleitungen in der Regel kein Überblick über die Zahl der ungeklärten Fälle besteht ... Die Genossen in den Kreisen gehen jetzt dazu über, die Bereinigung der Kartei durch Massenausschlüsse vorzunehmen.“²³⁴ Schließlich erkannte die ZPKK, daß Parteimitglieder, die sich infolge ihrer deprimierenden Erfahrungen von der SED zurückzogen und für die Partei verloren waren, durch ihre Behandlung durch die Parteikontrollorgane sogar zu Feinden gemacht wurden: „Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sind jetzt alle Kreise dazu übergegangen, gegen langjährige Beitragsverweigerer und seit Jahren aus der Partei Ausgetretene Parteiverfahren durchzuführen. Da Austritte nicht anerkannt werden, führt man mit diesen Menschen, soweit das möglich ist, Aussprachen durch. Dabei werden etwa 10-20% für die Partei zurückgewonnen. Bei den restlichen 80-90%, die nicht mehr zahlen wollen, bemüht man sich irgendeine feindliche Äußerung fest-

232 Bericht der Überprüfung der BPKK Schwerin, der KPKK Gadebusch, Schwerin I, II, III, Schwerin-Land und der SPKK Schwerin am 7.-10.6.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 11ff.

233 Feststellungen im Bezirk Groß-Berlin über das Anwachsen von Parteiverfahren im Zusammenhang mit der Bereinigung der Statistik. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 266ff. Ähnliche Berichte gibt es über den Bezirk Erfurt vom 30.9.1955, in dem der Vorschlag, einen verkürzten Weg der Bereinigung alter Fälle zu finden, gemacht wird (Bl. 272-277) und über den Kreis Dessau vom 1.10.1955 (Bl. 278-279).

234 Ergebnisse einer Überprüfung der ZPKK auf Grund eines Berichts der Finanzabteilungen der Bezirke vom September 1955 über die Differenz zwischen der Beitragsabrechnung und den in der Organisationsstatistik erfaßten Mitgliedern und Kandidaten vom 6.10.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 249. Demzufolge meldeten die Bezirke insgesamt 47.083 unklare Fälle und 21.487 schwebende Parteiverfahren.

zustellen, damit man sie als Parteifeinde ausschließen kann ... Wenn diese Praxis fortgesetzt wird, wird der Kreis [Berlin-]Reinickendorf in höchstens 18–20 Monaten völlig liquidiert sein. Auf diese Weise entsteht eine solche Lage, daß durch die gesamte Partei (zehntausende) von Menschen, die seit 1951, 1952 und 1953 aus der Partei ausgeschieden sind, als Parteifeinde ausgeschlossen werden, obgleich es sich in der Mehrheit der Fälle um loyale Bürger der DDR handelt. Die Bereinigung der Statistik durch die schädliche Praxis des nachträglichen Parteiausschlusses schafft der Partei also eine außerordentlich hohe Zahl von Parteifeinden, da die mit dem Parteiausschluß nicht selten eintretenden Nachteile diese Menschen unfehlbar aus loyalen Bürgern der DDR zu wirklichen Parteifeinden machen.“²³⁵

Angesichts dieser Entwicklung sonderte die ZPKK im August 1955 eine Arbeitsdirektive für die Bezirks- und Kreis-Partei-Kontroll-Kommissionen ab, in der es hieß: „Die in den Bezirken durchgeführten Arbeitskonferenzen mit den Mitgliedern und Kandidaten der KPCKen bestätigten die von der ZPKK auf der Konferenz vom 6.7.1955 getroffenen Feststellungen der ungenügenden politischen Durchführung und Auswertung von Parteiverfahren entsprechend den vom Politbüro im Dezember 1954 beschlossenen Richtlinien ... deshalb folgende Hinweise ...: Die Parteiverfahren dürfen nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Fragen der Parteiarbeit behandelt werden ... Die Parteiverfahren sind in den Grundorganisationen politisch auszuwerten ... Außer der quartalsmäßigen Auswertung [der durchgeführten Parteiverfahren durch die BPKKen und KPCKen für die Büros der BL und KL] sind besondere Erscheinungen der Zersetzungsarbeit, feindliche Tätigkeit, starkes Auftreten von unmoralische[m] Verhalten sofort politisch auszuwerten.“²³⁶

Im Dezember gab die ZPKK eine erste Einschätzung der Resultate bei der Arbeit der Parteikontrollorgane mit dieser Direktive und äußerte sich auch wieder zum latenten Problem der Massenausschlüsse wegen Passivität: Die ZPKK zog die „Schlußfolgerung ...für die Partei-Kontrollkommissionen ...: Alle früheren Fälle von Austritten oder sonstige[m] Ausscheiden aus der Partei sind keine Anlässe für Parteiverfahren für die Parteikontrolle, außer, wenn Austritte infolge Parteifeindschaft erklärt wurden, oder wenn es sich um von Parteifeinden organisierte Austrittserklärungen handelt. Was wollen wir erreichen ?

- a) Verhindern, daß Menschen, die vor Jahren aus der Partei ausgeschieden sind, nachträglich auf administrativem Wege als Parteifeinde ausgeschlossen werden.
- b) Daß die richtige Beitragskassierung nicht durch massenweisen Ausschluß von Menschen auf Grund von organisatorisch-technischen Maßnahmen, sondern durch den politisch-ideologischen Kampf in den Grundorganisationen erreicht wird.
- c) Daß die Schlamperei im Parteipparat nicht durch Parteiverfahren der PKKen aus der Welt geschafft wird.“

Überdies enthielt der Bericht ein weiteres Beispiel der Methode zur Erzeugung von Parteifeinden: „Im Kreis Fürstenwalde, Bezirk Frankfurt, gibt es eine eigenartige Methode. Wenn in einer Grundorganisation Parteiverfahren gegen Mitglieder durchgeführt werden, die feindliche Tendenzen vertreten, wird der Kreisbeauftragte des Ministeriums für Staatssi-

235 Fragmentarisch erhaltener Bericht über die Bereinigungspraxis in der Parteistatistik vom 6.10.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 253ff. Auch Matern erklärte zu einem Bericht über die Ursachen des Anwachsens der Zahl der Parteiverfahren: „Die Bereinigung der Statistik durch Ausschlüsse drängt die Partei in eine gefährliche Entwicklung hinein.“ Vertrauliches Schreiben Materns an die Bezirks- und Kreis-Partei-Kontroll-Kommissionen vom 5.11.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 280ff.

236 Arbeitsdirektive der Zentralen-Partei-Kontroll-Kommission für die Bezirks- und Kreis-Partei-Kontroll-Kommissionen vom 1.8.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 215f.

cherheit vom Büro als Beauftragter eingesetzt. Auf Einwände des Vorsitzenden der KPKK antwortet das Büro: Im Kreis Bernau hat das Büro mit dieser Methode gute Erfolge erzielt. Der Vorsitzende der KPKK Fürstenwalde ist der richtigen Meinung, daß diese Verfahren direkt von der KPKK durchgeführt werden, bzw. ein Genosse der KPKK daran teilnimmt.“ Die Überwachung der Parteimitglieder durch die Kontrollorgane hatte sich an folgender Maßgabe zu orientieren: „Gegenwärtig gibt es ... Parteimitglieder, die ... den Massen gegenüber nicht die Politik der Partei vertreten, sondern in die Partei falsche und feindliche Auffassungen hineintragen ... Die Parteikontrolle ... muß in der Lage sein, zu erkennen, wer trägt feindliche Auffassungen bewußt in die Partei hinein und welche Genossen reden auf Grund ihrer noch unentwickelten Kenntnisse von der Politik der Partei lediglich das nach, was sie irgendwo bei Diskussionen mit Parteilosen aufgeschnappt haben.“²³⁷

Die hier wiedergegebene Tendenz zeigt nunmehr deutlich, daß die Linie der Partei, mit überpolitierten Kampagnen zur Herstellung aktiver Loyalitätsbindungen beizutragen, nicht nur in der Bevölkerung versagt hatte, sondern auch in der Partei selbst gescheitert war. Diese Linie war eingebettet in das allgemeine Konzept einer Zwangsvergesellschaftung, das in immer schärferen Kontrast mit den alten Zielen und Gesellschaftsprojektionen der Arbeiterbewegung und auch des Sozialismus und Kommunismus selbst geriet, obwohl sich die SED als Arbeiterpartei gerierte und ihre Führer den Sozialismus im Munde führten. So war es kein Wunder, wenn die innerparteiliche Loyalität in Auflösung begriffen war und sich dies wegen der niedrigen Sanktionsschwellen als Passivität niederschlug. Vor allem aber waren die alltäglichen Erfahrungen aller Bürger nicht dazu geeignet, die parteioffiziellen Verlautbarungen als Beitrag zur Verbesserung ihrer Lage oder als Stärkung der Idee des Sozialismus zu erkennen.

Element dauernder Irritation war auch die bereits erwähnte Mitteilung Materns auf der ZPKK-Sitzung vom 10. Dezember 1954 hinsichtlich der Notwendigkeit, infolge der Rehabilitierung Fields in Ungarn einzelne Beschlüsse in der Field-Angelegenheit zu ändern. Die daraus resultierende Verunsicherung bei allen mehr oder weniger unrühmlich in die damaligen Säuberungen Verwickelten spiegelt sich etwa in der devoten Anfrage Henny Stibis vom 24.2.1955 an Matern wider, ob sie angesichts „gewisser Veränderungen in der Sache Field“ ihre Verbindung zu jenem in ihrem Lebenslauf weiter angeben müsse, weil sie nicht zu erkennen vermag, „worin diese Veränderungen grundsätzlich bestehen“ würden. Matern ließ ihr zwei Tage später verständnisvoll mitteilen, daß dies nicht notwendig sei.²³⁸ Es darf angenommen werden, daß Matern sehr gut wußte, „worin diese Veränderungen grundsätzlich bestehen“ und daß gerade deshalb die SED-Führung nun ein Problem hatte. Man versuchte bei der ZPKK, die neue Lage durch Beharrung auszusitzen. Exemplarisch zeigt dies ihr Umgang mit Bruno Fuhrmann, der im August 1950 die Field-Untersuchungen glimpflich mit dem Verlust aller Parteifunktionen und fortwirkendem Funktionsverbot überstand (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.2.). Fuhrmann wandte sich in der vermeintlich gewandelten Situation am 7. Mai 1955 an Ulbricht mit der Bitte, entsprechend der damaligen Festlegung nun seine Angelegenheit weiterzuführen. Am 28. Mai fand bei der ZPKK eine Aussprache Fuhrmanns mit Geffke, Sens und Tenner statt. Ungerührt protokollierte die ZPKK: „Dem Genossen Fuhrmann wurde mitgeteilt, daß bisher eine Behandlung des Beschlusses nicht erfolgte, weil

237 Referatsentwurf von Max Sens „Der gegenwärtige Stand unserer Arbeit“ vom 3.12.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 217ff.

238 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/112.

bei ihm die Zusammenarbeit mit dem Amerikaner Clark²³⁹ steht und er den Einsatz der Erika Glaser bei der amerikanischen Stelle in Wiesbaden mit befürwortet hat. Außerdem gibt es sein Schreiben vom Oktober 1945, wo er weiter die Zusammenarbeit mit gewissen amerikanischen Stellen befürwortet, in Hinblick darauf, daß die Partei eine solche Zusammenarbeit untersagte.²⁴⁰ Fuhrmann brauchte daraufhin bis Dezember 1955, um sich mit seinem Anliegen der Aufhebung des ihn betreffenden Beschlusses erneut an die ZPKK zu wenden: „Im Verlaufe des Gesprächs mit der Genossin Geffke und den anderen Genossen wurde mir auch zum ersten Male nach über 4 ½ Jahren der Beschluß vorgelesen, der meine damalige Funktionsenthebung begründete.“ Offenbar meinte Herta Geffke in dem Gespräch vom 28. Mai, ihr Hinweis an Fuhrmann, er habe ja keine Parteistrafe erhalten, erkläre diesen Umstand hinreichend. Fuhrmanns nunmehr formellen Antrag auf Aufhebung des ihn betreffenden Beschlusses begründete er in seinem Schreiben damit, daß jenes ihm zur Last gelegte Schreiben vom Oktober 1945 an das ZK der KPD damals kein Hinderungsgrund war, ihn bis 1950 in hohe Parteifunktionen (so etwa die Funktion des Abteilungsleiters der Organisations-Abteilung im Zentralsekretariat) bekleiden zu lassen.²⁴¹ Diesen formellen Antrag, den Fuhrmann am 14. Dezember 1955 per Kurier an die ZPKK und auch an Schirdewan schickte, hielt man seitens der Empfänger einer Antwort nicht für würdig.

10. Die bürokratische Logik innerparteilicher Verfolgung während der Stalinisierung der SED (Resümee)

Mit den 1948/49 geschaffenen Parteikontrollkommissionen gelang es der Parteiführung, von der „Abwehr von Parteifeinden“ zu der viel weiterreichenden Aufgabe einer wirksamen Kontrolle der Massenpartei überzugehen. Dies entsprach dem Anspruch, als im Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht allein herrschende Regierungspartei zunächst mit der Säuberung des eigenen Funktionärskörpers die Voraussetzungen für die systematische Disziplinierung aller Parteimitglieder entsprechend den jeweiligen aktuellen Interessen der Parteiführung zu schaffen. Mit dem Mittel einer regelmäßigen Säuberung der Massenpartei allein war das allerdings nicht zu erreichen. Obwohl bis in die fünfziger Jahre hinein solche Methoden einen hohen Stellenwert besaßen, war auch schon damals klar, daß die angestrebte Formierung der Massenpartei als Bedingung für den herrschaftsgestützten Durchgriff auf die gesamte Bevölkerung nur zusammen mit positiver Konditionierung erfolgreich sein konnte. So wie später der innerparteiliche Stellenwert kampagnenhafter Indoktrinationen zugunsten der Bedeutung stetiger Schulung sank, sollte auch das Mittel der groß angelegten Säuberung dem Mittel der selektiven Disziplinierung weichen. Die Fokussierung der Aufmerksamkeit auf die Institution der Parteikontrolle darf also nicht zur Überzeichnung ihrer Rolle bei der Parteiformierung verleiten. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kontrollkommissionen in der Zeit ihres Bestehens eine Vielzahl von wechselnden Verantwortlichkeiten an sich zogen, unter denen die hier hervorgehobene innerparteiliche Diszipli-

239 Fred Clark gehörte zum amerikanischen Gewerkschaftsapparat, den man bei den Field-Untersuchungen als Spionageorganisation qualifizierte.

240 Notiz vom 15.6.55, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/114.

241 Schreiben Fuhrmanns vom 12.12.55 an die ZPKK, ebenda.

nierung – insbesondere in Gestalt der Parteisäuberung – nur eine war. Daß jedoch in der SED-Geschichte der repressive Aspekt der Parteikontrolle niemals aufhörte, eine wichtige Rolle zu spielen, sagt schon hinreichend viel über den inneren Zustand dieser Massenpartei aus.

Das besondere Kapitel der Verfolgung von Kommunisten ist durchaus in den allgemeinen Kontext der frühen SED-Säuberungspraxis eingebettet: Der eigentliche Zweck des Kontroll- und Repressionsaufwands war keineswegs reaktiv, war also nicht die Antwort auf tatsächliche Widerstandsbereitschaft in der SED. Die Logik der Repressionen gerade gegenüber SED-Mitgliedern und -Funktionären folgte einem anderen Begründungszusammenhang als dem der Antwort auf solche Gegenwehr. Jene Logik wird sich vielmehr aus systemimmanenten Zwängen und den daraus entspringenden Herrschaftstechniken des in der SBZ/DDR und anderen nominalsozialistischen Ländern praktizierten Diktaturtyps ableiten lassen. Unter diesem Aspekt ist auch der vielfach als „irrational“, „dysfunktional“ oder „ökonomisch bzw. politisch kontraproduktiv“ bezeichnete Terror stalinistischer Parteiführungen gegenüber den Mitgliedern der eigenen Partei und ihrer Apparate als im System durchaus „rational“ nachweisbar. Tatsächlich ging es darum, den Stalinisierungsprozeß in der Massenpartei SED aktiv und präventiv abzusichern: Es ging um die Verwandlung der Mitgliederpartei in ein gegen Dissidenz immunisiertes Instrument der Parteiführung. Solcherart stalinistische Parteiformierung erforderte gemäß dem ambivalenten Zustand der SED in den vierziger Jahren auch die Anwendung terroristischer Methoden.

Gerade am Beispiel der stalinistischen Kommunistenverfolgung entschlüsselt sich zudem das offensichtliche Mißverhältnis von nur punktueller innerparteilicher Widerstandsbereitschaft und dem beträchtlichen Ausmaß repressiver Energie in den Parteisäuberungen. Der martialische Ton der Anklagen und die große Anzahl verfolgter Parteimitglieder darf keineswegs als Maßstab für die tatsächliche Stärke parteioppositioneller Handlungsbereitschaft in der SED geltend gemacht werden. Der Inhalt von Anschuldigungen und das tatsächliche Selbstverständnis bzw. die wirklichen Handlungen der Verfolgten oder Disziplinierten hatten selten etwas miteinander zu tun. Deshalb war die Verfolgung von sozialdemokratischen oder kommunistischen, vermeintlichen oder tatsächlichen Dissidenten aber weder irrational noch übertrieben. Die Parteisäuberungen waren jenseits ihrer bizarren Selbstlegitimation vielmehr rationaler Ausdruck der Einsicht und Entschlossenheit, Gewalt als Mittel der Zurichtung von Partei und Gesellschaft und im Sinne präventiver Abwendung von Gefährdungen des eigenen Herrschaftsmonopols einsetzen zu müssen. Jedoch wurde das Bewußtsein, Gewalt niemals als einziges Mittel oder gar als Selbstzweck, sondern immer zusammen mit ideologischer Konditionierung und kaderpolitischer Weitsicht anzuwenden, fortlaufend mit den Erfahrungen geschärft. Daß man in der Parteiführung und im Apparat sehr wohl lernte, flexibel bei der Auswahl und Anwendung verschiedener Herrschaftstechniken vorzugehen, zeigte die weitere Entwicklung.

KAPITEL 4

Poststalinistische Rekonstruktion: Die SED zwischen Entstalinisierung und Kampf gegen den Revisionismus (1956–1960)

Nach dem ernüchternden Scheitern des Versuchs, ab 1952 mit stalinistischen Methoden eine „sozialistische Gesellschaft“ aufzubauen und dergestalt einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang für die DDR zu konstruieren, bot sich 1956, nach Beginn der „Entstalinisierung“, den Bürokraten eine neue Chance: Ein neuer Anlauf zur Rekonstruktion dieses Zusammenhangs versprach, mittels einer den neuen poststalinistischen Verhältnissen anzupassenden SED nun erfolgreicher sein zu können. Die Antwort auf die gefährliche Frage, wer in der SED außer Stalin nach der antidogmatischen Umsteuerung die Verantwortung für vergangene Exzesse übernehmen sollte, ging in den Turbulenzen des ungarischen November unter. Dafür ergab sich für die Parteikontrollorgane eine neue Funktion als Schrittmacher einer weiteren Umsteuerung: Bis 1958 hatten sie den Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus zum neuen Paradigma der „Einheit und Reinheit der Partei“ gemacht. Das so gerettete Ulbrichtsche Politbüro setzte nun zum zweiten „großen Sprung“ nach 1952 an: Mit der Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ des V. Parteitags im Juli 1958 wollte man zum Überholen des Westens ansetzen. Flankierend sollten die Parteikontrollorgane in der SED Widerstände gegen diesen Kurs im Kampf gegen den Revisionismus der Schirdewan-Wollweber-Linie brechen.

1. Rehabilitierung oder Vertuschung? Das Dilemma der Parteikontrolle nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Die Praktiken der Jagd auf Parteifeinde gerieten ins Zwielflicht, als mit den Enthüllungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 sich die Furcht der SED-Parteiführung einerseits vor der berechtigten Kritik der Parteiöffentlichkeit an diesen bisher geübten Praktiken, andererseits vor den unangenehmen Folgen oder unwägbar Schwierigkeiten der Regulierung von zum Teil noch andauernden Unterdrückungsmaßnahmen namentlich gegen Parteimitglieder wieder verstärkte. Obwohl die verharmlosende Interpretation von Chruschtschows vertraulichen Darlegungen alle Fragen nach den strukturellen Ursachen des Terrors verbot und die euphemistische Formel vom „Personenkult“ die enthüllte Wahrheit sogleich wieder mystifizierte, wagte es die SED-Führung aus nachvoll-

ziehbaren Eigeninteressen nicht, der Parteiöffentlichkeit den Inhalt der Chruschtschowschen Geheimrede zu präsentieren. In aller Eile und nach sowjetischem Vorbild beschloß das Politbüro auf seiner Sitzung vom 20. März 1956 anläßlich des dort gegebenen „Berichts der ZPKK über Probleme, die vor der ZK-Sitzung bzw. Parteikonferenz geklärt werden müssen“, dem ZK „die Bildung einer Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern vorzuschlagen.“ Karl Schirdewan, der bei dieser Sitzung von Ulbricht beauftragt wurde, wenigstens dem ZK auf seiner bevorstehenden 26. Sitzung die heikle Wahrheit Chruschtschows über Stalin beizubringen, sollte zudem noch die personelle Besetzung der dann später von Ulbricht geleiteten Kommission vorschlagen.¹

Nach den Eröffnungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU zur Neubewertung der stalinistischen Repressionswellen in der sowjetischen Partei stand die Parteiführung der SED 1956 vor einem doppelten Problem: Erstens mußte diesem Deutungswandel Rechnung getragen werden, ohne dabei mit der Logik innerparteilicher Disziplinierungen während der Konstitutionsphase des Stalinismus in der SBZ/DDR zu brechen. Es ging vielmehr darum, die terroristische Phase innerparteilicher Formierung abzulösen durch differenziertere Formen der Repression, die allerdings ebenso konsequent gehandhabt werden sollten, wie zuvor die stalinistische Säuberungspraxis. Diese neuen Disziplinierungspraktiken (namentlich in der Tätigkeit der Parteikontrollorgane) sollten sich nun in Verbindung mit den gewandelten politischen Herausforderungen seit Mitte der fünfziger Jahre herausbilden und dienten nach wie vor der Wahrung des Monopols der Parteiführung auf die gesellschaftspolitischen Zwecksetzungen in der DDR sowie der Immunisierung des Parteikörpers gegen jede Form vermeintlicher oder tatsächlicher Opposition gegen den jeweiligen Kurs der herrschenden Politbürokratie.

Zweitens sahen sich seit 1956 die vormalig verantwortlichen Betreiber der Säuberungen in der deutschen Partei wegen der kaum gebrochenen personellen Kontinuität in der Parteispitze mit dem heiklen Problem der Verantwortung für die damalige Repressionspraxis angesichts befürchteter diesbezüglicher Nachfragen aus den eigenen Reihen konfrontiert. Da nun Säuberungen nach dem alten Muster obsolet geworden waren und gleichzeitig Irritationen über die Funktion von Parteikontrolle und Disziplinierungszielen vorgebeugt werden mußten, galt es, so schnell wie möglich die „Entsorgung“ stalinistischen Ballasts mit der neuen Legitimation fortgesetzter Anstrengungen für die Erhaltung der „Einheit und Reinheit der Partei“ zu verbinden. Abgesehen von machtpolitischen Demonstrationen, welche weiterhin dem Parteivolk „erzieherisch“ die Illegitimität jeglicher Kritik an der Parteiführung vermittelten, sollte allerdings jetzt von flächendeckenden Säuberungen abgerückt und eher auf Befriedungstechniken umgesteuert werden.

Der Referatentwurf Schirdewans für die ZK-Tagung ließ auch in der veränderten Lage keinen Zweifel an den unveränderten politischen Fronten. An einer Stelle hieß es über die KPdSU: „Die Partei erstarkte und wuchs in der harten Auseinandersetzung mit den parteifeindlichen Strömungen und Auffassungen der Trotzlisten, Bucharinleute und bürgerlichen

1 Protokoll der PB-Sitzung vom 20.3.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/465, Bl. 1f. Die Anweisungen lauteten im einzelnen: „In der ZK-Sitzung wird Genosse Schirdewan im Anschluß an sein Referat den vom ZK der KPdSU zugesandten vertraulichen Bericht an den XX. Parteitag der KPdSU ganz vorzulesen. Die Delegierten mit beschließender Stimme zur Parteikonferenz sind in 2 Gruppen, möglichst in der Parteihochschule, während der Parteikonferenz zusammenzunehmen, um ihnen den vom ZK der KPdSU zugesandten vertraulichen Bericht an den XX. Parteitag der KPdSU ganz vorzulesen.“

Nationalisten ... In der Zeit von 1935 bis 1937 setzten Massenrepressalien gegenüber den Gegnern des Leninismus, den Trotzlisten, Sinowjew- und Bucharinleuten ein, gegen frühere Anhänger der politisch zerschmetterten Parteien und später auch gegen viele ehrliche Kommunisten, die ... aktiv gegen die Trotzlisten und Rechten ... gekämpft haben.“ Die Verurteilung des Stalinschen Terrors gegen unschuldige Parteimitglieder, nicht aber die Überprüfung der gesamten Politik der sowjetischen Partei, die Kritik der Härte seiner Vernichtungsauslese gegenüber nach wie vor als Parteifeinde zu betrachtenden Parteimitgliedern, nicht aber die Frage nach den Gründen solcher Verfolgungen – dies also sollte die Optik der Umbewertung bleiben. Hier ging es natürlich insbesondere darum, mit der Neu- beurteilung der Rolle Stalins nicht etwa gleichzeitig das altbekannte Schreckgespenst in Frage zu stellen, in dessen Namen weiterhin auch in der SED abweichende Parteimitglieder verfolgt werden sollten – der Trotzismus: „Als Sekretär der KPdSU hat Stalin in der Zeit nach Lenins Tod, als er gemeinsam mit der Mehrheit der Partei und anderen Schülern Lenins den Leninismus im Kampf gegen die Trotzlisten und andere Parteifeinde verteidigte, große Erfolge erzielte und somit Verdienste erworben.“ Allerdings sah sich Schirdewan veranlaßt, nun in diesem Zusammenhang Grenzen zu ziehen: „Der XX. Parteitag erklärte, daß jetzt, nachdem eine genügend historische Zeit vergangen ist, man ruhig und objektiv die Frage des Kampfes mit den Trotzlisten überprüfen kann und es wird dazu gesagt, daß um Trotzki doch eine ganze Menge Leute waren, die keineswegs aus den Reihen der Bourgeoisie hervorgegangen waren, ein Teil gehörte zur Parteintelligenz und ein gewisser Teil stammte aus der Arbeiterklasse ... Der Parteitag ist der Auffassung, daß es nicht notwendig war, alle Menschen physisch zu vernichten und ist tief davon überzeugt, daß, wenn Lenin zu dieser Zeit am Leben gewesen wäre, solche Extreme gegen viele von den Oppositionellen oder den ehemaligen Oppositionellen nicht ergriffen worden wären.“ Schirdewan erklärte angesichts dieser wenig beruhigenden Aussicht über die Chancen der zukünftigen Abwendung solcher Exzesse beschwörend: „Das Leninsche Prinzip der kollektiven Leitung wurde nach dem Tode Stalins konsequent wieder aufgenommen ... Die Kollektivität der Leitung, die Wählbarkeit der Parteiorgane und ihre Pflicht, Rechenschaft abzulegen, die Kritik und Selbstkritik ...“ Nur einen Satz erübrigte Schirdewan zu einem Thema, welches das Schicksal Hunderter Kommunisten auch in der SED prägte: „Der Parteitag kritisierte die Willkür Stalins in der Außenpolitik, die z.B. zu dem Konflikt mit Jugoslawien geführt hat.“²

Die Teilnehmer der 26. ZK-Tagung am 22. März 1956 und der 2 Tage später beginnenden 3. Parteikonferenz nahmen auf die im Politbüro verabredete Weise die Informationen über den XX. Parteitag der KPdSU entgegen. Ebenso wurde am 26. März die vom Politbüro vorgesehene Kommission eingesetzt.

Am 19. April 1956 begann diese „Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern“ unter dem Vorsitz von Ulbricht zu arbeiten. Ihr gehörten unter anderem der ZPKK-Vorsitzende Matern, der Leiter der Abteilung Leitende Organe, Karl Schirdewan, der stellvertretende Generalstaatsanwalt Bruno Haid und der Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber an. Der ersten Sitzung wohnten begründeterweise auch die stellvertretende ZPKK-Vorsitzende Herta Geffke und MfS-Staatssekretär Erich Mielke bei. Die „Angelegenheiten“, welche zu klären waren, betrafen die zuvor juristisch und parteidisziplinarisch belangten ehemaligen Westemigranten (häufig

2 Die Rolle und Bedeutung Stalins und seine Stellung in der Geschichte, Entwurf des Referats Schirdewans, Anlage zum Arbeitsprotokoll der Sitzung des PB vom 20.3.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A481.

im Kontext des Field-Komplexes verfolgt), aus sowjetischer Lagerhaft und Gefangenschaft zurückgekehrte oder zurückkehrende Kommunisten³, als „Ostbüroagenten“ inhaftierte ehemalige Sozialdemokraten und politisch sowie gerichtlich verfolgte Funktionäre und Intellektuelle aus der SED und auch aus anderen Parteien. Die Zielrichtung bestand in der Regel darin, die harten Strafen zu mildern oder zurückzunehmen. In der heiklen Frage der politischen Rehabilitierung entschieden insbesondere mit Ulbricht, Matern und Geffke gerade die Verantwortlichen für viele damalige Abstrafungen; in der Frage der juristischen Rehabilitierung saß mit Mielke ein Haupteinpeitscher der Produktion von Geständnissen verfolgter SED-Mitglieder durch das MfS als Untersuchungsorgan in der Kommission. Sie waren somit prädestiniert, die Frage der Verantwortlichkeit damaligen Handelns im Kontext des Rehabilitierungsproblems bei Begnadigten im eigenen Interesse zu umschiffen und damit auch den Ruf der Partei zu schützen. Dies hieß, daß in der Regel anders als bei den aus der SU zurückkehrenden Opfern der sowjetischen Sicherheitsorgane nur sehr vorsichtig eine angemessene juristische Rehabilitierung und noch viel weniger eine politische Rehabilitierung ins Auge gefaßt und eine neue Untersuchung der damaligen Verfahren der SED-Kontroll- oder der DDR-Justiz- und Sicherheitsorgane gegen ihre Opfer höchstens intern und häufig von den damaligen Verantwortlichen für die Verfahren durchgeführt wurde.

In der ersten Kommissionssitzung wurden der stellvertretende Generalstaatsanwalt Bruno Haid als ehemaliger „Westspezialist“ der Parteizentrale⁴ und Justizministerin Hilde Benjamin, als frühere Vizepräsidentin des Obersten Gerichts verantwortlich für drakonische Urteile in Schauprozessen, mit der Ausarbeitung einer Politbürovorlage zur Haftentlassung von in Verbindung mit den Kriegereignissen Verurteilten beauftragt. Innenminister Karl Maron hatte dies zu vollziehen und das MfS sollte die Ausnahmen von den Entlassungsverfügungen (Bedenken wegen besonders schwerwiegender Verbrechen) benennen. Haid sollte auch über die Freilassung von inhaftierten Staats-, Partei- und Wirtschaftsfunktionären mitentscheiden. Insgesamt lagen der Kommission die Fälle von 1.234 inhaftierten SED-Funktionären und 569 inhaftierten Sozialdemokraten vor. Sie verfügte zunächst die sofortige Begnadigung von Bruno Goldhammer sowie die Freilassung von Max Fechner, der nach der Haftentlassung mit einer Rente abzuspäisen sei. Franz Dahlems Parteistrafe sei zu löschen und Matern habe die öffentliche Begründung dafür auszuarbeiten, ebenso wie Herta Geffke sich Begründungen für die Aufhebungen der Parteistrafen von Ackermann, Jendretzky, und Elli Schmidt „auf Grund des Verhaltens, das diese Genossen seit der Erteilung der Strafen gezeigt haben“, ausdenken sollte. Der politische Kontext der nächsten Maßgabe der Kommission, nämlich die Freilassung von „Ostbüroagenten“, ist unübersehbar: Nach dem Beitritt der BRD zur NATO 1955, der Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland sowie

3 Bereits seit September 1955 war in der ZPKK eine aus Herta Geffke, Ernst Altenkirch und Günther Tenner eingesetzte Kommission tätig, die sich mit der Rehabilitierung und Wiedereingliederung inzwischen in wachsender Zahl aus der Sowjetunion zurückkehrender politischer Emigranten befaßte. Josef Gabert (Hg.), *Zur Entlassung werden vorgeschlagen ...*, Berlin 1991, S. 7.

4 Nach seiner Tätigkeit in der Westabteilung des ZK wurde der gelehrte Jurist Bruno Haid, seit 1952 im Justizapparat von Chemnitz/Karl-Marx-Stadt, als stellvertretender Direktor des Bezirksgerichts bzw. Bezirksstaatsanwalt und ab 1954 als stellvertretender Hauptabteilungsleiter bei der Obersten Staatsanwaltschaft eingesetzt, bis er 1955 stellvertretender Generalstaatsanwalt wurde. Als bestqualifizierter ehemaliger Jäger von linken Parteidissidenten und Westabwehrspezialist verband er in seiner nunmehrigen Tätigkeit politische Sachkunde und juristischen Sachverstand dergestalt miteinander, daß man von ihm die Voraussicht etwaiger Gefährdungen der Partei bei dem heiklen Unternehmen der Begnadigungen und Rehabilitierungen erwarten konnte.

angesichts des dort drohenden KPD-Verbots war die seit September 1955 gemäß dem Vertrag mit der SU souveräne DDR daran interessiert, die Beziehungen zur potentiellen Regierungspartei SPD zu normalisieren. Als notwendige Voraussetzung dafür sah die SED zu Recht die demonstrative Einstellung der verschärften Sozialdemokratismus-Kampagne und die Freilassung von häufig als „Ostbürospione“ inhaftierten ehemaligen Sozialdemokraten an. Dafür wurde unter anderem MfS-Staatssekretär Erich Mielke verantwortlich gemacht. Um zu verhindern, daß daraufhin Zweifel an der Rechtmäßigkeit des damaligen Vorgehens gegen die Verurteilten befördert würden, beauftragte die Kommission Ernst Wollweber mit der Ausarbeitung eines Briefes an Erich Ollenhauer vom SPD-Parteivorstand, in dem die Verbindung des Ostbüros zu den westalliierten Spionagezentralen „exakt dargelegt werden“ sollte.

Für die „Angelegenheiten von KPD-Mitgliedern, die in der Sowjetunion verhaftet waren“, wurde verfügt, daß die ZPKK über die Rehabilitierung entscheiden möge.⁵

Gemäß dem auf der Politbüro-Sitzung vom 2. Mai 1956 bestätigten Protokoll der zweiten Sitzung der Kommission wurden 698 wegen Kriegsverbrechen und 84 wegen Agententätigkeit verurteilte ehemalige Sozialdemokraten freigelassenen. Unter den 86 begnadigten ehemaligen SED-Funktionären waren auch der 1954 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Max Fechner und auch Bruno Goldhammer, deren Strafen man aus dem Strafregister zu streichen hatte. Ebenso wurde die Aufhebung der Parteistrafen betreffs Elli Schmidt, Hans Jendretzky und Anton Ackermann bestätigt. Dabei legte hinsichtlich Letzterem das Politbüro Wert darauf, in der nach Vorschlag der Kommission den ZK-Mitgliedern vollständig und den Parteimitgliedern gekürzt zur Kenntnis zu gebenden Mitteilung klarzustellen, daß die gelöschte Parteistrafe nichts zu tun habe mit Ackermanns Stellungnahme über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus aus dem Jahre 1948. Zu Fragen der politischen Rehabilitation äußerte sich die Kommission nicht. Mit dem bereits im Februar 1956 aus der Haft entlassenen Paul Merker, der sich brieflich an die Kommission gewandt hatte, sollte Herta Geffke sprechen. Zu dem in der MfS-Haft unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen ehemaligen Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Willi Kreikemeyer, hieß es im Protokoll der Kommissionssitzung: „Der der Kommission vom Genossen Grotewohl übergebene Brief von Marthe Kreikemeyer, betreffend ihren Mann, wurde behandelt. Die Kommission beschloß, den Brief von Frau Kreikemeyer zur Kenntnis zu nehmen und den staatlichen Organen zu empfehlen, der Frau Kreikemeyer keine Antwort zukommen zu lassen, da sie selbst Ausländerin ist und im Ausland lebt.“ Zum Problem der verunsicherten Justiz und der Sicherheitsorgane empfahl die Kommission, Anleitungen auf internen Parteivertretungen dieser Organe vorzubereiten, wobei das Politbüro am 2. Mai die Teilnahme von Mitgliedern der Parteispitze anordnete. Dabei ist unschwer nachzuvollziehen, wie groß die Verunsicherungen bei den Kopflängern des hausgemachten SED-Terrors in der Justiz und den Staatssicherheitsorganen angesichts dieser Entwicklungen waren. So heißt es im Protokoll der Kommissionssitzung wörtlich: „Ausgehend von den Fragen, mit denen sich die Kommission beschäftigt, ergeben sich bestimmte Probleme für die Arbeit unserer Justiz und Staatssicherheitsorgane. Zur Beratung dieser Probleme wurde die Abteilung Staatliche Organe beauftragt, eine Tagung der aktivsten und verantwortlichsten Parteigenossen in der Justiz vorzubereiten, die am 10.5.1956 stattfinden soll. Genosse Wollweber wurde beauf-

5 Protokoll der ersten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 19.4.1956, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/8; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 14ff.

tragt, eine Parteiaktivtagung des MfS vorzubereiten, die am 11.5.1956 durchgeführt werden soll. Die Thesen zu den Referaten für diese Tagungen sind dem Politbüro vorher vorzulegen.“ Das Politbüro beschloß auf Grund des Kommissionsberichts, daß vom Politbüro aus an diesen Konferenzen Grotewohl, Ulbricht, Stoph, Schirdewan und Ebert teilzunehmen hätten. Es beauftragte außerdem die Kommission, einen Weg zur Verkürzung überhöhter Haftstrafen zu finden und die ZPKK über Benachteiligungen von SED-Mitgliedern wegen ihrer Westverbindungen berichten zu lassen.⁶

In der Presse wurde die verabredete begleitende Propaganda zur Kommissionstätigkeit abgesondert. Am 28. April bezeichnete das ND die Haftentlassung insbesondere der früheren Sozialdemokraten als Beitrag zur Entspannung des Verhältnisses von SED und SPD und zitierte Ulbrichts Beitrag auf der 2. Parteikonferenz vom März 1956, „daß das Leben viele Fragen auf die Tagesordnung gesetzt hat, die eine Annäherung, eine Zusammenarbeit aller Arbeiterparteien erfordern und auch reale Möglichkeiten für eine solche Zusammenarbeit bestehen ... Wir sind unsererseits bereit, alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, damit ein Näherkommen der Sozialdemokratie und der Sozialistischen Einheitspartei erreicht wird.“⁷ Mit noch deutlicheren Hinweisen auf den Zusammenhang der Haftentlassungen mit dem Bestreben der SED, eine Annäherung an die SPD zu erreichen, operierte der Brief an den SPD-Parteivorstand vom 3. Mai 1956, in dem Ulbricht und Grotewohl darauf bestanden, daß die Begnadigten wegen Verbrechen und nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit oder ihren politischen Auffassungen bestraft worden waren.⁸ Diese Deutung wurde in Reaktion auf die ablehnende Haltung des SPD-Parteivorstands auf eine solche Sichtweise in einem Grundsatzartikel des ND vom 4. Mai nochmals bekräftigt.⁹

Die Teilnehmer der dritten Sitzung der Kommission am 3. Mai 1956 beauftragen die ZPKK, die Parteimitglieder zu benennen, bei denen eine Korrektur der Parteistrafe erfolgen solle. Dazu sei eine Direktive für die untergeordneten Parteikontrollorgane zur Erledigung dieser Verfahren auszuarbeiten. Ebenso erklärten sie aufgrund des Berichts von Herta Geffke über ihr Gespräch mit Paul Merker, daß „die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ... zur Freilassung Merkers zu Beginn des Jahres (führte)“ und verfügten, daß „die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen ungenügend bewiesen sind und daß Merker durch Aufhebung des Urteils und durch Freispruch zu rehabilitieren ist.“¹⁰ Auch im Reinschriftprotokoll der Sitzung des PB vom 5. Juni 1956 wurde bezüglich der Sache Merker von einer „Nachprüfung unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte“ gesprochen.¹¹ Unverfroren ignorierte das Politbüro in seiner Diskussion über den für das ZK, die Bezirks- und Kreisleitungen gedachte Beschlußvorschlag der Kommission die eigene Verantwortung für die Verfolgung Merkers und die kriminelle

6 Protokoll der PB-Sitzung vom 2.5.56 und Protokoll der zweiten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 25.4.56 (Anlage), SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/474. Das ND veröffentlichte am 27., 28. und 29.4.56 Pressemitteilungen über die Gnadenakte des Präsidenten Wilhelm Pieck.

7 ND vom 28.4.56.

8 ND vom 3.5.56.

9 Was tut die SPD zur Verständigung? ND vom 4.5.56. Hier ließ man auch durchblicken, daß eine Auflösung des Ostbüros ein Beitrag der SPD zur Entspannung sein könnte.

10 Protokoll der dritten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 3.5.56, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/8; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 38ff.

11 Protokoll der PB-Sitzung vom 5.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/480.

Energie, mit der damals seine Denunziation betrieben wurde: Seine Verhaftung sei angeblich auf Grund der Aussagen von Angeklagten im Slánský-Prozeß erfolgt und habe eine gründliche Untersuchung notwendig gemacht. Das Arbeitsprotokoll dieser Politbüro-Sitzung enthüllt unfreiwillig die Schwierigkeiten des Erfindens einer paßfähigen Legendierung seiner bereits zu Jahresbeginn erfolgten Freilassung: Zunächst wurde vorgeschlagen, die ursprüngliche Formulierung der Kommission, daß „die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen ungenügend bewiesen sind“, sei zu streichen zugunsten von „eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen, weil sie in der Hauptsache politischer Natur sind“. Schließlich hieß es, der Zusatz „Das Urteil ist nun aufzuheben und Merker durch Freispruch zu rehabilitieren“ sei zu streichen zugunsten der Formulierung „Wiederaufnahme des Verfahrens“.¹² Ebenso wie die Kommission verhielt sich die ZPKK in einem anderen Fall: Bei der späteren Einvernahme des im Juni 1956 begnadigten Hans Schrecker durch die ZPKK im September 1956 wurde weder die Rechtmäßigkeit seiner damaligen Verhaftung, noch die Tendenz und die Methoden der gegen ihn geführten Untersuchung bestritten, sondern lediglich seine Verurteilung aufgrund nicht ausreichender Beweise bemängelt – obwohl die ZPKK dann im Dezember 1956 seine Parteimitgliedschaft wiederherstellte.¹³

Bei Dahlem redete man sich in der vom Politbüro am 5. Juni 1956 behandelten Vorlage der Kommission für das ZK darauf hinaus, die strenge Rüge und das Funktionsverbot von 1954 seien lediglich wegen seines Verhaltens während der Untersuchung von Fragen seiner Aktivitäten in der Emigration erteilt worden und nicht wegen der Untersuchungsergebnisse in dieser Sache. Nach der Umwandlung in eine Rüge und der Aufhebung des Funktionsverbots durch die 21. Tagung des ZK im November 1954 könne jetzt auch die Rüge gestrichen werden.¹⁴ Im Unterschied zu Dahlem, bei dem das ZK wie erwähnt Wert auf die Feststellung legte, er sei wegen der Vergangenheit angehörender Fragen noch nicht einmal gerügt worden, war Merker wegen solcher Fragen bekanntlich nicht nur ausgeschlossen, sondern sogar in dem erwähnten Geheimprozeß verurteilt worden.

Die Kommission übermittelte auf ihren nächsten Sitzungen weitere Listen von zur Haftentlassung vorgeschlagenen Personen an Innenminister Maron und Justizministerin Benjamin. Außerdem lief die vorbereitete Pressekampagne zur Bekräftigung der Rechtmäßigkeit der damaligen Urteile gegen nun haftentlassene Agenten weiter. Besonders bizarr ist eine Festlegung der Kommission in ihrer dritten Sitzung am 3. Mai 1956: „In der Angelegenheit des ehemaligen Ministers Hamann¹⁵ soll ein Vertreter des MfS in das leitende Büro der LDP gehen und nach Darstellung der Gründe für die Verurteilung Hamanns die Frage stellen, ob seine Freilassung gewünscht wird.“¹⁶

Die der ZPKK von der Kommission abverlangte „Direktive über die Aufhebung von Parteiverfahren, Einsprüchen gegen Parteiverfahren und Beschwerden“ lag zur vierten Sit-

12 Arbeitsprotokoll der Sitzung des PB vom 5.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A499.

13 Vgl. Otto, Antizionismus, a.a.O., S. 105.

14 Vorschlag der Kommission für die ZK-Tagung, Anlage zum Protokoll der PB-Sitzung vom 5.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/480.

15 Der Minister für Handel und Versorgung Karl Hamann, LDPD, wurde im Dezember 1952 wegen Sabotage der Versorgung der Bevölkerung verhaftet und im Juli 1954 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Begnadigung im Oktober 1956 floh er 1957 in die BRD.

16 Protokoll der dritten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 3.5.56, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/8; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 39ff.

zung am 16. Mai 1956 vor.¹⁷ In ihrer vom Politbüro am 22. Mai bestätigten und von Schirdewan unterzeichneten Fassung drängte die ZPKK auf Eile bei der Regelung der peinlichen Angelegenheiten und räumte ein, „daß es in der Vergangenheit infolge des frontalen Angriffs des Klassenfeindes in der Beurteilung des nicht parteimäßigen Verhaltens von Parteimitgliedern nicht selten Überspitzungen gegeben hat.“ Bei ausgeschlossenen ehemaligen „Splittergrupplern“ sei nunmehr „das Verhalten dieser ehemaligen Parteimitglieder in der Produktion und in der Gesellschaft“ zum Maßstab ihrer Beurteilung zu machen. Bei überspitzten gerichtlichen Strafen ehemaliger Parteimitglieder sei ihre Rehabilitierung vorzunehmen. Die von den Parteikontrollorganen 1949/50 verfügten Funktions- und sonstigen kaderpolitischen Einschränkungen für Westemigranten wären aufzuheben. Vorsichtshalber hieß es: „Die Beachtung dieser ... Gesichtspunkte darf jedoch nicht dazu führen, daß jetzt in der Beurteilung von nicht parteimäßigem Verhalten von Parteimitgliedern Versöhnlertum Platz greift.“¹⁸

In einigen Fällen zeigte die Kommission jedoch erstaunliches Beharrungsvermögen: Während einerseits die Eingliederung Bruno Goldhammers überwacht und sein Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei erst nach einem halben Jahr geprüft werden sollte, hatte die ZPKK die Kommission des Parteivorstands der KPD bei der Ausarbeitung eines Dokuments „über die Zusammenarbeit einiger leitender KPD-Funktionäre (Sperling, Goldhammer usw.) mit USA-Stellen“ anzuleiten, damit das Sekretariat des KPD-Parteivorstands über „die von diesen ehemaligen Funktionären begangenen großen Fehler“ aufgeklärt werde.¹⁹ Bei Jacob Walcher lehnte die Kommission im Falle eines Wiederaufnahmeantrags die Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur KPO und SAP ab und stellte die Anrechnung ab 1947 anheim.²⁰ Rudolf Herrnstadt wandte sich am 5. Mai 1956 aus Merseburg an die ZK-Kommission mit der Bitte, seine Angelegenheit zu überprüfen. Er berief sich dabei auf den ND-Artikel „Die leninistische Geschlossenheit unserer Partei“²¹. Gemäß einem von Herta Geffke unterzeichneten Beschluß vom 14. Juni 1956 über Herrnstadt hieß es, die Kommission „hält es gegenwärtig nicht für möglich, die Angelegenheit Herrnstadt zu überprüfen.“ Als Altenkirch am 27. Juni Herrnstadt den Beschluß mit-

17 Direktive an die Bezirks- und Kreisleitungen. Entwurf der ZPKK vom 19.5.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 285f.

18 Direktive über die Aufhebung von Parteiverfahren, Einsprüchen gegen Parteiverfahren und Beschwerden vom 23.5.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/3/7; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 76ff.

19 Protokoll der sechsten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 14.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/9; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 81ff. Am 19.6.56 beschloß das Politbüro in der Angelegenheit Sperling: „Die Kommission, die die Fragen der KPD behandelt, wird beauftragt, ein Dokument über die Beziehungen zu amerikanischen und englischen Besatzungsstellen und über die Folgen, die sich daraus ergaben, auszuarbeiten ... In Verbindung damit soll der Brief von Sperling mitbehandelt werden. Die Genossen der Staatssicherheit und die Genossen der KPD legen jeder für sich eine Einschätzung der politischen Hintergründe der damaligen Verhandlungen vor.“ Protokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/483, Bl. 4. Schirdewan, der in seinen Erinnerungen darauf verweist, als Kommissionsmitglied eindringlich die Entlassung bzw. Rehabilitierung verhafteter oder verurteilter Parteimitglieder gefordert zu haben, wurde auf entsprechende Nachfrage von Mielke nur mit dem Hinweis auf noch laufende Untersuchungen im Fall Sperling abgespeist. Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht, Berlin 1994, S. 86.

20 Protokoll der sechsten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 14.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/9; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 81ff.

21 ND vom 29.4.56.

teilte, erklärte dieser sein Unverständnis, verwies auf seine im Dezember 1953 verfaßte 37-seitige Stellungnahme, die den Vorwurf „Parteifeind und Verräter“ widerlegte, verwies auf seine Haltung von 1953 bis jetzt und auf die Feststellungen des XX. Parteitages der KPdSU.²² Alles vergeblich. Herrstadt begriff nicht, daß gerade wegen dieser Erklärung, in der er der Wahrheit die Ehre vor der Partearaison gegeben hatte, das Tor verschlossen wurde.

Am 21. Juni veröffentlichte das ND eine Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten. Dieser Mitteilung zufolge waren 691 ehemalige sozialdemokratische „Ostbüroagenten“ und 3.308 durch SMT oder deutsche Gerichte Kriegsverurteilte freigelassen worden. Die Zahl der Haftentlassenen, die wegen krimineller und anderer Delikte einsaßen, betrug rund 15.000.²³ Am gleichen Tage stellte die ZK-Kommission in einem ND-Artikel „Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit“ ihre Arbeit der Öffentlichkeit vor. Die durch sie korrigierten früheren überhöhten Strafmaße wurden hier als durch den Kalten Krieg der Amerikaner damals „notwendig und geboten“ gerechtfertigt. Zukünftig jedoch werde das Recht auf Verteidigung durch Anwälte „großzügiger gehandhabt“, wenn nicht „angesichts der unglückseligen Spaltung unseres Vaterlandes der Untersuchungszweck durch Zulassung solcher großzügigen Vergünstigungen gefährdet werden könnte.“ Der Abfassung von Protokollen, „die in der Vergangenheit oft dadurch eine einseitige Färbung bekamen, daß sie nur Belastendes für den Verhafteten enthielten“, werde die Staatsanwaltschaft nun größere Aufmerksamkeit widmen. Dem Beschuldigten werde anders als früher nun „Bleistift und Papier in die Hand gegeben, damit er seinen Standpunkt ... darlegen ... kann“, weil dies „der Achtung und Würde des Menschen“ entspreche. Daher würden auch Haftanordnungen und das Untersuchungshaftregime reformiert.²⁴

Es ist bemerkenswert, wie selbst unter den gründlich veränderten Bedingungen der Parteiführung die halbherzige Rücknahme verfügbarer Repressionen unter Ausschluß jeder Diskussion über die eigene Verantwortung für diese gelang. Überdies wurden selbst die Überprüfungen der Fälle zu Unrecht verfolgter Parteimitglieder noch zu einem Beitrag für die Bekräftigung der nach wie vor ungebrochenen Option auf unbedingte Gefolgschaftstreue umfunktioniert. Im Abschlußbericht über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission, den Ulbricht als Kommissionsvorsitzender am 19. Juni 1956 dem Politbüro vortrug und der dort gebilligt wurde, hieß es zum Beispiel: „Bei der Aufhebung von Ausschlüssen und Streichungen ließ sich die Kommission in jedem Falle davon leiten, wie sich die Betroffenen in der Zeit nach 1945 verhalten haben. Von diesen Erwägungen ausgehend wurden z.B. bei Wieland Herzfelde (KPD seit 1918), Gertrud Herzfelde (KPD seit 1924), Lisa Kierbach (SPD vor 1933) die Streichungen bzw. Ausschlüsse wegen Verbindungen zu Noel und Hermann Field während der Emigration in Frankreich und Amerika aufgehoben.“²⁵ Dies bedeutete nichts anderes, als daß frühere vermeintliche Verfehlungen – ehemals in militantester Weise zum Anlaß für Untersuchungen und Parteistrafen oder Schlimmeres herangezo-

22 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 4ff.

23 Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten, ND 21.6.56.

24 „Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit.“ Mitteilung der Kommission des Zentralkomitees der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern, ND vom 21.6.56.

25 Bericht über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission des ZK zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 12.7.1956, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/9; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 103.

gen – nun gegen parteikonformes Wohlverhalten der Delinquenten aufgerechnet werden konnten, ohne daß die damalige Strafaktion und vor allem deren Betreiber ins Zwielicht gerieten. Viele Betroffene werden dies auch so interpretiert haben, daß Nachfragen bezüglich der Berechtigung damaliger Verfolgungen in ihrem eigenen Interesse auch künftig zu unterbleiben hätten, wenn „ihr Verhalten nach 1945“ weiter als korrekt eingeschätzt werden und sich in einer befriedigenden Parteikarriere niederschlagen sollte. In der Sache selbst hätte man abzuwarten, bis die nach wie vor fest im Sattel sitzenden Einpeitscher dieser Säuberungen (an erster Stelle Ulbricht und sein Vollstrecker Matern als Chef der ZPKK) sich von der Höhe des Politbüros aus selbst dazu zu äußern geruhten.

Weiterhin verfügte man zum Beispiel gnädig: „Auch der Ausschluß von Margarethe Merker (KPD seit 1921) wurde aufgehoben. Sie war 1953 ausgeschlossen worden, weil sie es ablehnte, ihren Mann (Paul Merker) als imperialistischen Agenten zu bezeichnen.“ Notgedrungen aber verstand sich die Kommission auch zu der Empfehlung an das PB, „die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion.“ Hier also – im Falle der Aufklärung fremder Verantwortung am Terror gegen eigene Genossen durch Funktionäre einer anderen Partei – waren Fragen nach den SED-Verstrickungen nicht so sehr zu befürchten und man sprach deshalb sogar von Rehabilitierungen. Dies sollte 73 deutsche Opfer des Stalinismus in der Sowjetunion betreffen. Auch bei Paul Merker, neben den Fällen von Fechner, Schrecker und dem Ehepaar Schlotterbeck zu den krassesten Beispielen der Rechtsbeugung gehörend, wurde seine rechtliche Rehabilitierung verfügt. Und auch die Entlassung von in der DDR inhaftierten SPD-Mitgliedern (damals im Namen des Kampfes gegen das Agententum der im Solde des Imperialismus stehenden Sozialdemokratie verfolgt) wurde politisch instrumentalisiert, um dem gerade angesagten Trend der Modifikation von Beziehungen der SED zur westdeutschen SPD zu dienen: „Im Sinne der Verständigungsbereitschaft mit der SPD und der Beseitigung aller Hindernisse für eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien in Deutschland (ist) der Beschluß der Kommission, die Listen der SPD-Angehörigen zu prüfen, die wegen Agententätigkeit verurteilt waren.“²⁶

Walter Ulbricht sah sich auf der 28. ZK-Tagung vom 27.–29. Juli 1956 genötigt, in seinem Referat nochmals deutlich zu erklären, daß der ZK- und ZPKK-Beschluß vom 24. August 1950 zum Field-Komplex ebenso wie die im Gefolge der Jugoslawien-Entschließung der Kominform verabschiedeten ZK-Beschlüsse aufgehoben seien.²⁷ Da nach

26 Ebenda, S. 101ff.

27 Der „Freispruch“ Jugoslawiens machte es nun möglich, die Aussagen auch jugoslawischer Genossen zur Entlastung von aus der SED ausgeschlossenen ehemaligen Westemigranten heranzuziehen. So wandte sich Dahlem im November 1956 an zwei Kommunisten aus Beograd, um ihre Stellungnahme zum SED-Parteiausschluß zweier ehemals in Spanien und Frankreich tätigen Genossen wegen angeblich nicht einwandfreier Haltung dem ZK zugänglich zu machen. Einer der beiden angeschriebenen jugoslawischen Genossen schrieb daraufhin an Dahlem: „Es ist mir unverständlich, was für ein Gewissen und Verantwortungsgefühl jener haben muß, der behauptet, daß die beiden im Laufe des Krieges in Frankreich eine schlechte Haltung gehabt hätten ... Ich habe in Verbindung mit [...] eine schriftliche Erklärung an das ZK zu Händen des Genossen Florin gesandt.“ Der dem jugoslawischen Genossen persönlich bekannte Peter Florin war Leiter der ZK-Abteilung Außenpolitik. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/126.

der Erklärung des ZK der KP der Tschechoslowakei auch die damaligen Maßgaben im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozeß und damit die Voraussetzungen der damaligen Untersuchung gegen Franz Dahlem wegfielen, wäre auch Franz Dahlem zu rehabilitieren.²⁸ Er wurde daraufhin am 2. Februar 1957 wieder in das ZK kooptiert. Das Politbüro mußte dann auf seiner Sitzung vom 26. März 1957 auf den Brief Dahlems vom 17. Februar in seiner Angelegenheit reagieren und verabschiedete genaue Festlegungen, wie mit dem Problemgenossen zu verfahren sei, wobei wieder die Hilfe Materns vonnöten war: Es wurde veranlaßt, daß der sei 1955 als Leiter der Hauptabteilung Forschung im Staatssekretariat für Hochschulwesen Tätige dort in führender Position verbleiben solle. „Hinsichtlich der Fragen [Dahlems zu] der Arbeit und der Organisation der ehemaligen Widerstandskämpfer wird Genosse Matern mit der Prüfung dieser Frage beauftragt.“²⁹ Damit wollte die Parteiführung die Angelegenheit als erledigt betrachten. Franz Dahlem jedoch ließ in Zukunft nicht nach, auch um die Wiederherstellung seiner Parteihre zu kämpfen. Er tat dies ebenso regelrecht (im Sinne der Einhaltung des Prinzips, den Ruf der Partei nicht öffentlich zu schädigen) wie vergeblich.³⁰

28 Referat Walter Ulbrichts auf der 28. Tagung des ZK der SED, ebenda, S. 107f. Das Politbüro hatte auf seiner Sitzung vom 19.6.56 verfügt: „Auf Vorschlag der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern beschließt das Politbüro des ZK der SED, dem Zentralkomitee folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Zu dem Beschluß des ZK vom 24. August 1950 'Erklärung des ZK und der ZPKK zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field' beschließt das Zentralkomitee: Der Inhalt dieser Erklärung, soweit er sich aus den Prozessen gegen Rajk in der Volksrepublik Ungarn und gegen Kostoff in der Volksrepublik Bulgarien ergibt, wird aufgehoben.“ SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/483, S. 4.

29 Protokoll der PB-Sitzung vom 26.3.57, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/534, Bl. 4. Dahlem wurde 1957 stellvertretender Staatssekretär im Ministerium für Hochschulwesen.

30 Es verdient Erwähnung, daß Dahlem, ab 1957 wieder ZK-Mitglied und ab 1967 stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen, sich im Januar 1975 mit einem persönlichen Brief an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker wandte. In diesem Brief verwies Dahlem darauf, daß er wie 1956 vor dem Politbüro immer noch darum kämpfe, „daß die revolutionäre Ehre jener standhaften Kommunisten vollständig wiederhergestellt wird, denen im Verlaufe der Jahre 1950 bis 1953 so schweres Unrecht zugefügt worden ist. Im Unterschied zu den Parteien unserer Bruderländer haben wir noch immer keinen Schlußstrich unter jene innerparteilichen Vorgänge der genannten Jahre gezogen. Die damals gemaßregelten Genossen, in der Mehrzahl im Kampf während Jahrzehnten erprobte Kommunisten und ihre Angehörigen, sind zumindest in politisch-moralischer Hinsicht noch belastet, denn die damals gefaßten Beschlüsse des Zentralkomitees existieren nicht nur noch, sondern es besteht keineswegs darüber Klarheit, in welchem Maße sie noch als gültige Dokumente der Partei anzusehen sind“, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/1544. Das Politbüro erwiderte im Januar 1975 daraufhin ganz trocken: „Dahlem ist mitzuteilen, daß kein Grund besteht, entsprechend den Vorschlägen seines Briefes zu verfahren, da die entsprechenden Beschlüsse, die die angeschnittenen Fragen betreffen, bereits gefaßt wurden.“ Ebenda. Dies stimmt insofern, als daß das PB auf seiner Sitzung am 19.6.56 beschloß, dem ZK zu empfehlen, wenigstens einen der drei von Dahlem erwähnten ZK-Beschlüsse, nämlich den vom August 1950, teilweise aufzuheben. Dahlem war aber insofern im Recht, als daß diese Formulierung überhaupt keine Schlußfolgerungen über den Umfang, den Inhalt und die Grundlage gültig bleibender Bestandteile der Erklärung vom August 1950 zuließ. Weder hinsichtlich des aufgehobenen noch hinsichtlich der unerwähnt gebliebenen Beschlüsse des ZK der SED zum Slánský-Prozeß von 1952 und 1953, für den die Parteispitze ja sogar denunziatorische Beihilfe leistete und auf dessen Grundlage auch die hausgemachte Hauptwelle von innerparteilicher Repression losgetreten wurde, folgte 1956 oder später eine breite Auswertung zur Bekanntmachung veränderter Einsichten. Wie kampagnenhaft dagegen 1950–53 die nun in Verruf geratenen Beschlüsse in allen Parteigliederungen publik gemacht wur-

Es liegt auf der Hand, das trotz der Halbherzigkeit dieser Maßnahmen die verfügten Haftentlassungen für die Betroffenen von entscheidender Bedeutung waren, auch wenn die erforderliche Genugtuung in Form einer vollständigen Rehabilitierung überwiegend ausblieb. Immerhin waren bis Oktober 1956 etwa 21.000 Personen aus der Haft entlassen, überhöhte Strafmaße korrigiert und die Rechte der Verteidigung erweitert worden.

Wie konsequent dagegen die zynische Arroganz der Macht gegen das ohnmächtig-naive Beharren von auf Entlastung bestehenden „verbannten“ Opfern der Field-Kampagne durchgehalten wurde, zeigt das in den ZPKK-Akten dokumentierte bizarre Ringen von Bruno Fuhrmann bei der ZPKK um die Wiederaufnahme seines Falles. Schon seit Mai 1955 insistierte Fuhrmann gegenüber Ulbricht, Matern und Herta Geffke auf die Wiederherstellung seiner Parteihre und erreichte lediglich, daß ihm nach über 4 ½ Jahren wenigstens der ihn betreffende Beschluß der ZPKK von 1950 vorgelesen wurde, ohne daß damals schon an seine Aufhebung zu denken war (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 9). Am 10. März 1956 reklamierte Fuhrmann erneut bei Matern und Geffke die ausbleibende Reaktion auf seinen Antrag vom 12. Dezember 1955 zur Aufhebung des gegen ihn verhängten Funktionsverbots. Nachdem das Funktionsverbot ohne jede öffentliche inhaltliche Klarstellung oder erläuternder Rücksprache mit Fuhrmann dann im März 1956 plötzlich doch aufgehoben wurde³¹, wurde Fuhrmann vom KPKK-Vorsitzenden nachträglich darüber in Kenntnis gesetzt. Er beschwerte sich daraufhin am 11. Mai bei Matern, dies alles sei geschehen im Widerspruch zu der im ND vom 29. April 1956 wiedergegebenen Politbürobekundung, „allen Parteimitgliedern, die sich in ihrem Recht verletzt fühlen, [sei] die Gelegenheit [zu] geben, ihre Angelegenheit erneut vorzutragen.“³² Nun beauftragte die Kommission in ihrer vierten Sitzung

den, erklärte sich ja gerade aus ihrer damaligen Droh- und Säuberungsfunktion. Um so verständlicher die spätere Zurückhaltung der Verantwortlichen bei der Rücknahme dieser von ihnen verabschiedeten Erklärungen. Die während der PB-Sitzung vom 19.6.1956 verabschiedete Mitteilung des Presseamtes über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission des ZK beispielsweise enthielt kein klärendes Wort über die Umstände der SED-Parteisäuberungen. (Vgl. Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten, ND 21.6.56.). Die deshalb auch überaus devoten Vorschläge Dahlems in seinem Brief 1975 an Honecker, wie in der Partei mit der Bereinigung dieser Angelegenheit „ein Aufleben sie behindernder Fehlerdiskussion ... nicht provoziert werden darf“, weil „es im Interesse der Wahrung der Einheit der Partei und der entschlossenen Lösung der aktuellen Aufgaben des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik sicher notwendig sein (wird), die Verantwortlichen und ihre Helfershelfer für jene Vorgänge nicht zur Verantwortung zu ziehen“, gewinnen nur an einer Stelle seines Briefes an Schärfe: Es „sollte eine interne Untersuchung gegen den Hauptverantwortlichen dieser Vorfälle in unserer Partei, Hermann Matern, durchgeführt werden, deren Ergebnisse nur der Parteiführung zur Kenntnis gebracht werden sollten, damit sie die unausweichlichen Schlußfolgerungen daraus ziehen kann. Meines Erachtens sollte jedoch die Parteiführung unabhängig davon sofort die weitere Verwendung dieses Namens für öffentliche Einrichtungen, Straßen usw. unterbinden.“ SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/1544. Dahlem hatte seine Lektionen gut gelernt: Die Entlarvung von Schuldigen an der Verfolgung von Unschuldigen kann mit Rücksicht auf den Ruf der Führung am besten dann erfolgen, wenn diese Schuldigen tot sind (Matern starb 1971), hat aber aus den gleichen Rücksichten heraus ebenso geheim zu erfolgen, wie die Verfolgung Unschuldiger ehemals einer öffentlichen Jagd gleich.

31 In der Politbürositzung vom 20.3.56 hieß es: „Der ZK-Sitzung ist vorzuschlagen, die im Beschluß des Zentralkomitees vom 24.8.1950 über die Genossen Bruno Fuhrmann ..., Hans Teubner ... verhängte Funktionssperre ist aufzuheben.“ Protokoll der PB-Sitzung vom 20.3.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/465, Bl. 4. Am 22. März verfügte das 26. ZK-Plenum entsprechend.

32 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/114.

am 16. Mai 1956 die ZPKK, das von Fuhrmann verlangte Gespräch mit ihm zu führen.³³ Nach der daraufhin stattgefundenen ergebnislosen Aussprache am 29. Mai mit Geffke und Tenner war Fuhrmann waghalsig genug, in einem Schreiben vom 9. Juni an die ZK-Kommission mit Hinweis auf die damalige breite Pressepopularisierung der gegen ihn verfügbaren Maßnahmen, auf die Verweigerung von Gelegenheiten, zu den Beschuldigungen des Beschlusses vom 24. August 1950 in eigener Sache Stellung zu nehmen und schließlich auf die ihn betreffenden Überwachungsmaßnahmen an dem ihm zugewiesenen Wohn- und Arbeitsort, von Verstößen gegen das Parteistatut zu sprechen. Die Angelegenheit Fuhrmann sorgte auch andernorts für Diskussionen. Bei der Behandlung des Falles Fuhrmann auf einer Anleitung der Sekretäre der Grundorganisationen im Bezirk Potsdam fragte aus diesem Anlaß ein Parteisekretär: „Warum wurde der Genosse Dahlem nicht wieder in seine alte Funktion eingesetzt? Durch die Anwendung von Parteistrafen erzieht man unsere Genossen zu Heuchlern, daß sie nicht die Wahrheit sagen.“³⁴ Schließlich wurde der trotz aller starsinnigen Beharrung auf Rehabilitierung sich stets als braver Parteisoldat andienende Fuhrmann in einer abschließenden Aussprache am 21. Dezember 1956 von Matern und Geffke wie folgt abgespeist: „Zum Schluß wurde Genosse Fuhrmann aufgefordert, einen Artikel über seine Arbeit als Arbeitsdirektor, die 45-Stunden-Woche oder über die Arbeit der Komitees zu schreiben, der dann im 'Neuen Weg' oder 'Neuen Deutschland' veröffentlicht würde. Damit würden nach draußen die Genossen erkennen, daß bei ihm sein Verhältnis zur Partei in Ordnung sei. Eine besondere Veröffentlichung in der Presse über seine Parteiangelegenheit könnte dagegen nicht erfolgen. Mit dieser Regelung war der Genosse Fuhrmann einverstanden.“³⁵

Ein weiteres Beispiel: Als am 1. November 1954 die Rehabilitierung Fields in Ungarn erfolgte, blieb das Ehepaar Schlotterbeck, „wegen verbrecherischen Beziehungen zu dem amerikanischen Agenten Noel H. Field“ seit Februar 1953 inhaftiert (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 8.), weiter in Gefängnis. Als im Herbst 1955 mit dem Besuch Chruschtschows und Bulganins bei Tito die Wende in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen für alle Zeitungsleser offenbar wurde, saßen die Schlotterbecks, ehemals der „verbrecherischen Beziehungen zu Tito-Agenten“ bezichtigt, immer noch ein. Doch nun war auch ihre Haftentlassung nicht mehr aufzuschieben. Die Klärung ihrer Parteiangelegenheit jedoch gestaltete sich nun ebenso zäh, wie ihre Haftentlassung. Erst am 16. Februar 1957 wurde Friedrich Schlotterbeck wieder in die SED als Mitglied ohne Kandidatenzeit aufgenommen. Bekräftigt wurde, daß sein Parteiausschluß vom Februar 1951 zu Recht erfolgt sei und er nach drei Jahren Wohlverhalten die Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft beantragen könne. Zwar sei der damalige Vorwurf der Verbindung zu Field-Mitarbeitern nun hinfällig. Man erhielt jedoch den Vorwurf der Verpflichtung gegenüber der Gestapo und der Gefährdung seiner von den Nazis hingerichteten Familie und anderer Genossen infolge seiner trotzdem wieder aufgenommenen konspirativen Arbeit aufrecht. Ebenso wurde die Rechtmäßigkeit der Ein-

33 Protokoll der vierten Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 16.5.56, SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/6; zitiert nach Gabert, Entlassung, a.a.O., S. 57.

34 Schreiben der BL Potsdam an die ZPKK vom 1.11.56 in der Angelegenheit Fuhrmann, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/114.

35 Aktennotiz betr. Gen. Fuhrmann vom 7.1.57 über eine Aussprache am 21.12.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/114.

ziehung seines Erinnerungsbuches bekräftigt. Zu seiner Haftstrafe hieß es: „Dieses Urteil steht im Zusammenhang mit dem Parteiausschluß und war offensichtlich überspitzt.“³⁶

In sehr viel größere Schwierigkeiten drohte die Parteiführung durch die Interventionen einer Schlüsselfigur der zurückliegenden Säuberungsexzesse zu geraten: Noel H. Field. Das Gewicht seiner Interventionen bezieht sich nicht nur auf Ulbrichts und Materns unmittelbare persönliche Verantwortung, sondern entstand gleichermaßen aus der klaren Sprache Fields in Angelegenheiten der deutschen Partei: Die am 10. September 1956 vom ZK der ungarischen Partei offiziell übergebenen beiden Briefe Noel H. Fields an das ZK der SED dürften mit einiger Unruhe aufgenommen worden sein, weil nicht absehbar war, ob die im Umbruchsstrudel steckende ungarische Partei der Angelegenheit weitere Öffentlichkeit zu geben gewillt sein könnte. Im ersten über Ulbrichts Tisch gegangenen und an Matern weitergereichten Brief Fields vom 31. Juli 1956 hieß es unter Bezugnahme auf die berichtigte ZK-Erklärung vom August 1950:

„Ich erkläre hiermit in aller Form, daß sämtliche in diesem Dokument gegen mich und damit auch gegen alle anderen darin genannten Genossen erhobenen Beschuldigungen von A bis Z erfunden sind und jeglicher Wahrheit entbehren. Ich stelle hiermit als Mensch und Kommunist an die SED-Parteileitung die Forderung, diese ganze Angelegenheit gründlichst und schnellstens zu revidieren und daraufhin ohne Verzug mich selbst und alle in meine Angelegenheit verwickelten deutschen Genossen ebenso öffentlich zu rehabilitieren, wie sie öffentlich verleumdet wurden.“

Im zweiten Brief Fields vom 4. August 1956 erklärt dieser zur seine Angelegenheit betreffenden Passage des Kommuniqués der 28. Tagung des ZK der SED:

„Ich muß den Genossen mitteilen, daß die erwähnte Erklärung in keiner Weise meinem Brief Genüge leistet. Im Gegenteil, indem der Beschluß nur insoweit aufgehoben wird, als er sich aus den Rajk- und Kostoff-Prozessen ergibt, stellt das Kommuniqué eine ausdrückliche, wenn auch indirekte, Bestätigung aller im Beschluß enthaltenen sich nicht auf diese Prozesse beziehenden Verleumdungen dar. Ich halte deshalb meinen Brief vom 31. Juli vollinhaltlich aufrecht.“³⁷

Die Erleichterung der SED-Parteispitze, im ungarischen Krisenjahr 1956 von der dortigen Partei nicht weiter in dieser Angelegenheit behelligt zu werden (und vor allem nicht öffentlich), dürfte nach dem betretenen (öffentlichen und internen) Schweigen der herausgeforderten SED-Verantwortlichen nur zu verständlich sein.

Wie man zuweilen mit den Rehabilitierungsangelegenheiten einfacher Parteimitglieder auch noch im zweiten Halbjahr 1956 umging, zeigt besonders anschaulich der Fall von Heinrich W[...] aus Dresden, der am 3. Oktober 1956 dem ZK sein Parteibuch einschickte:

„Mit seiner Übersendung betrachte ich meine Parteimitgliedschaft als beendet und setze damit endgültig einen Schlußstrich unter einen für die Partei und mich persönlich unerträglichen Zustand. Mein Entschluß ist die Konsequenz aus meinen 5 jährigen erfolglosen Bemühungen um eine vollständige Rehabilitierung. Nachdem ich nunmehr annehme, daß die zuständigen Partei- und Staatsinstanzen mir meine vollen Rechte, die an und für sich jedem Staatsbürger nach der Verfassung garantiert werden, nicht zustehen wollen oder können, und es deswegen bei dem augenblicklichen Status belassen, sehe ich mich zu diesem Schritt veranlaßt. Dieser Zustand aber hindert mich teilweise, die Pflichten eines Mitglieds der Partei zu

36 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 16.2.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/462, Bl. 241 f.

37 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/106.

erfüllen. Ich selbst bin aus gesundheitlichen Gründen gezwungen es abzulehnen, noch weitere Jahre in dieser Lage zu leben, und als erstes zur Wiederherstellung meiner Gesundheit klare Verhältnisse zu schaffen. Da mir dies trotz großer Bemühungen in 5 Jahren nicht gelungen ist, möchte ich bitten, meinen Entschluß als endgültig anzusehen und mich mit weiteren Aussprachen in dieser Angelegenheit zu verschonen, da sie meiner Gesundheit nur schädlich sind ... Ich selbst werde versuchen, das mir zugefügte Unrecht und die Herzlosigkeit, mit der man meine Angelegenheit vom 17.11.51 bis zum heutigen Tage zum größten Teil behandelt hat, zu vergessen. „³⁸

Der Bitte von W[...], die Angelegenheit mit seinem Austritt als erledigt zu betrachten und ihn nicht weiter zu behelligen, kamen die Adressaten nicht nach, wie aus dem letzten Schreiben von W[...] an die Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 12. Dezember 1956 hervorgeht:

„Von der KPKK der Kreisleitung VII Dresden wurde mir vorgeschlagen, daß ich mich in meiner Angelegenheit erneut an das ZK wenden soll. Ich tue das, wie aus den beiliegenden Schreiben der letzten Jahre hervorgeht, nicht zum ersten Male. Und ich muß frei und offen gestehen, daß ich durch die Erfahrungen der letzten fünf Jahre leider den Glauben an eine gründliche Überprüfung meiner Angelegenheit und somit das Vertrauen auch gegenüber den höchsten Organen der Partei verloren habe. Tatsache ist doch folgendes: Vor 5 Jahren wurde ich mit Zustimmung der damaligen Landesleitung Sachsen auf die Straße geworfen. Ich wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda in der gesamten Öffentlichkeit als Saboteur und Agent gebrandmarkt, geriet mit meiner Familie in größte wirtschaftliche Notlage und hatte naturgemäß in der Folgezeit – und das bis zum heutigen Tage – Konflikte zu bestehen, die nur der ermessen kann, der sich in der gleichen Lage befindet. Trotzdem ich nun zum Verbrecher gestempelt war – denn das ist doch wohl ein Agent und Saboteur – blieb ich weiter Mitglied der Partei. Es wurde kein Parteiverfahren durchgeführt und ich erhielt also auch keine Parteistrafe. Warum? Meine Mission war erfüllt. Es galt damals, die breite Öffentlichkeit und insbesondere die Bergarbeiter wegen der in der gesamten DDR mehrere Male falsch durchgeführten Neuberechnung der Bergarbeiter-Renten zu beruhigen. man benötigte Sündenböcke, die für die Unfähigkeit zentraler Stellen ihren Kopf hinhalten mußten. Man fand diese in der Person einer Reihe von leitenden Angestellten der ehemaligen Landesgeschäftsstellen der Sozialversicherung. Deshalb ist es auch einigermaßen verständlich, daß die bisherigen Überprüfungen im Sande verlaufen sind und die Sozialversicherung weiter auf ihrem Standpunkt verharrt, daß ich ein Saboteur und Agent, also gewissermaßen ein Verbrecher sei. Schließlich hatte ja auch Ministerpräsident Otto Grotewohl, gestützt auf einen 'entsprechenden' Bericht der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, am 3.12.1951 öffentlich in Leipzig zu diesen Problemen gesprochen und deshalb führt anscheinend kein Weg mehr zur Wahrheit.“

Aus diesem Schreiben ging auch hervor, daß sich W[...] 1952 in seiner Angelegenheit verblich an den damaligen Leiter der Abteilung Leitende Organe, Heinz Glaser, und zweimal

38 Schreiben von Heinrich W[...] an das ZK der SED vom 3.10.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/36, Bl. 417.

an Hermann Matern wandte. Auch auf sein hier wiedergegebenes Schreiben blieb die Antwort aus.³⁹

2. Vom Kampf gegen den Dogmatismus zum Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus

Der Start der Parteikontrollarbeit in die Periode des Poststalinismus begann drei Jahre nach Stalins Tod mit einer Bilanz der „negativen Erscheinungen in der Partei“ in den Jahren 1954 und 1955 in Form einer Information der ZPKK an das Politbüro am 20. März 1956 über die in diesem Zeitraum durchgeführten Parteiverfahren. Bei den insgesamt 86.190 Verfahren wurden 60.104 Ausschlüsse oder Streichungen verfügt, wobei in 20.599 Fällen Arbeiter betroffen waren und 35,5% aller Ausschüsse wegen Republikflucht verhängt wurden. Die Härte der Strafen gegen Arbeiter, werktätige Bauern, Rentner und Hausfrauen (die im übrigen selten Einspruch erhoben) gegenüber dem moderateren Vorgehen gegen Angestellte, Angehörige der Intelligenz und Funktionäre signalisierten nach Auffassung der ZPKK Überspitzungen gegenüber ersterer Gruppe. Die ZPKK vermerkte in ihrem Bericht, daß dies ernste Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der Partei habe, denen die leitenden Parteiorgane gleichgültig gegenüberstünden. Mit Parteiverfahren überzogene werktätige Bauern wurden 1955 zu fast 50% ausgeschlossen und auf 6 Ausschlüsse komme etwa im Bezirk Schwerin nur eine Neuaufnahme. Zu 2/3 wurden die Parteiverfahren wegen Inaktivität, unmoralischem Verhalten und kriminellen Delikten eingeleitet. Der 52%ige Anstieg der Zahl der Verfahren von 1955 gegenüber 1954 spiegelte die Bereinigung der Partei in Gestalt der Trennung von Mitgliedern wider, welche der Partei von sich aus den Rücken gekehrt hatten (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 9). So waren etwa 50% der Ausschlüsse eigentlich nicht das Resultat von Parteiverfahren, sondern einer Karteibereinigung. Bei den regulären Verfahren sei die Zahl der Ausschlüsse 1955 nach Ausrichtung der Parteikontrollarbeit an den neuen Richtlinien vom Dezember 1954 zwar gegenüber 1954 sogar um 10% gesunken, jedoch immer noch zu hoch und zeuge weiterhin von Überspitzungen. Es wurde unter anderem der „in den Parteiapparat eingerissene Bürokratismus“ gerügt. Die hohe Zahl von Verfahren gegen leitende Funktionäre im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat signalisierten einen „Komplex moralischer und korrupter Zersetzungsercheinungen“. Schließlich hieß es: „Offensichtlich besteht der Hauptgrund für die hohe Republikflucht von Parteimitgliedern in der ungenügenden Parteierziehungsarbeit und in dem schlechten Umgang mit den Menschen.“⁴⁰

39 Schreiben von Heinrich W[...] an die Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, ZK der SED, vom 12.12.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/36, Bl. 422.

40 Vertrauliche Mitteilung der ZPKK an die Mitglieder und Kandidaten des PB, Anlage zum Arbeitsprotokoll der PB-Sitzung vom 20.3.56 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A481. Hinsichtlich der Entwicklungen bei Republikflüchtigen lag dem Politbüro auf seiner Sitzung vom 19.6.56 das Material einer „Kommission zu Fragen der Republikflucht“ vor, in dem die seit 1954 steigenden Zahlen (mit 270.115 im Jahre 1955 eine Steigerung von 56% gegenüber 1954) erklärt werden sollten. Neben der planmäßigen Organisation solcher Fluchten mittels Abwerbung und Propaganda durch „Bonner Stellen“ wurden auch innere Gründe genannt. Darunter waren „verschiedene ungesetzliche Maßnahmen“, „bürokratisches Verhalten von Funktionären“ und die materiellen Engpässe bei der Versorgung. Die Kom-

Die ZPKK-Kritik wegen Bürokratismus, Überspitzungen und Dogmatismus richtete sich nicht nur an die Adresse von Parteigremien und leitenden Genossen, sondern betraf auch die eigene bisherige Arbeit. Seit der 3. Parteikonferenz vom 24. bis 30. März 1956 war insbesondere den Parteikontrolleuren aber klar, daß der Kampf gegen den Dogmatismus und gegen Überspitzungen, welcher seitens der Parteikontrollorgane mehr oder weniger konsequent bereits im Frühjahr 1953 (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 2.) und dann wieder ab Sommer 1954 geführt wurde (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 8.), mit den Enthüllungen Chruschtschows über das Stalinsche System in einem neuen und brisanten politischen Kontext stand.⁴¹ Mit seinen Appellen für die „Kollektivität der Leitungen“, der Aufforderung, die „innerparteiliche Demokratie“ durch „Kritik von unten ungeachtet der Person“ zu stärken, der Kritik am Personenkult und schließlich die Hervorhebung der „Leninschen Normen des Parteilebens“ schien der Bericht des ZK auf der 3. Parteikonferenz Positionen zu formulieren, für die Herrstadt aus der Partei ausgeschlossen wurde. Beschwörend wurde im Bericht jedoch darauf hingewiesen, daß (anders als in der SU) in der DDR Tagungen des ZK regelmäßig stattgefunden hatten und das Politbüro in jeder ZK-Sitzung über seine Arbeit berichtete. Es war der Parteiführung klar, daß man hier beim loyalen Vollzug der sowjetischen Linie in der SED mit dem Feuer spielte und eine Wiederaufnahme der brisanten Diskussion über die fatale Rolle des SED-ZK-Sekretariats bis 1953 aus dem Juli 1953 (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 5.) drohen könnte. Hinzu kam, daß bald nicht nur der ausgewählte Kreis der Teilnehmer der 26. ZK-Tagung und der Delegierten der 3. Parteikonferenz über die Chruschtschowschen Enthüllungen umfassend unterrichtet war, sondern durch Informationen aus Kreisen der westeuropäischen kommunistischen Parteien und sowie Presse und Rundfunk des Westens mehr als nur die „ausgewählten Informationen“ Verbreitung fanden, welche die Parteiführung dem Parteivolk zudachte.⁴² Ein vom Politbüro autorisierter Artikel im ND reagierte am

mission schlug unter anderem vor, die Wiedereingliederungsbedingungen von Rückkehrwilligen zu erleichtern sowie die Post- und Reiseverkehrsverordnungen moderater zu gestalten. Anlage zum Protokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/483.

- 41 Für die Arbeit der Parteikontrolle in der SED mußte gerade in dieser Zeit die Rückkopplung mit der sowjetischen Parteikontrolle von einiger Bedeutung gewesen zu sein. Allerdings finden sich kaum Belege über solcherart Abstimmungen. 1957 fand eine (in den Akten nicht näher datierte) „Aussprache bei der PKK beim ZK der KPdSU mit dem stell[ertretenden] Vorsitzenden, Gen[ossen] Alfirow und dem Vorsitzenden der Parteikommission beim Leningrader Stadtkomitee der KPdSU, Genossen Butschkow“ statt. Die (im Dokument ungenannten) deutschen Teilnehmer dieser Begegnung erfuhren Einzelheiten zur Struktur der PKK beim ZK der KPdSU, zu ihren Aufgaben sowie ihrer Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteiorganen und den Organen der staatlichen Kontrolle. „Bis zum XVIII. Parteitag gab es PKK, die gewählt wurden, jetzt tragen sie den Charakter einer Abteilung im Apparat der Leitungen. Man nennt sie heute Parteikommissionen beim Gebietskomitee ... Bei bestimmten Gelegenheiten, wie ... (beim) Beschluß des XX. Parteitages über Fälle, die mit dem Personenkult im Zusammenhang standen, werden die Vorsitzenden der Parteikommissionen zu Beratungen herangezogen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 287ff. Das Dokument ist versehen mit der handschriftlichen Notiz „1962 vom Gen[ossen] Sepke erhalten. 1957“.
- 42 Dem Politbüro lag am 19.6.56 eine Erklärung des Politbüros der KPF vor, in der es unter anderem hieß: „Das Politbüro bedauert ..., daß ... die bürgerliche Presse die Möglichkeit hatte, Tatsachen zu veröffentlichen, die den französischen Kommunisten unbekannt waren. Ein solcher Zustand ist für die normale Diskussion dieser Probleme in der Partei nicht vorteilhaft ... Die bisher über die Fehler Stalins, ihren Ursprung und die Bedingungen, unter denen sie zustandegekommen sind, gegebenen Erklärungen sind nicht zufriedenstellend. Eine eingehende marxistische Analyse ist unerlässlich, um die Gesamtheit der Umstände zu bestimmen, unter denen sich die persönliche Macht Stalins hat auswirken können.“ Information Außenpolitik und Internationale Verbindungen über eine Erklärung des Politbüros der KPF

29. April 1956 auf die heftigen Diskussionen an der Parteibasis wegen der defizitären Informationen über den XX. Parteitag und verband die Selbstkritik an fehlerhaften Seiten bisheriger SED-Politik mit der Ablehnung einer drohenden „Fehlerdiskussion“ in der Partei.

2.1. Der Kampf gegen den Dogmatismus und seine Grenzen: Unruhe an der Berliner Universität

Der Ernst, mit dem nach den Ereignissen des XX. Parteitags der KPdSU in der SED Schadensbegrenzung im Sinne der Parteiräson versucht werden sollte, war offensichtlich. Und dieser Schaden schien in maßgeblichem Umfang vor allem an den Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen einzutreten: Viele Parteintellektuelle begannen hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie- und Diskussionsdefizite sowie der Stalin-Problematik Fragen zu stellen, die über die Grenzen dessen hinausgingen, was die Parteiführung als Maßstab zu setzen gedachte. Der Beschluß des Politbüros zur „Lage an den Parteiorganisationen der Institute, Hochschulen und Universitäten“ vom 2. Mai 1956 orientierte angesichts dieser Entwicklung auf die disziplinierende Wirkung von zum Teil dort noch zu bildenden Partei- und FDJ-Aktiven, von denen man offenbar erwartete, die fraglichen Genossen wieder unter Kontrolle zu bekommen, soweit nicht, wie im Falle der „Parteiorganisation für deutsche Geschichte“, das Politbüro gleich die ZPKK einschaltete.⁴³ Diese Parteiaktive bildeten bereits seit 1953 das Rückgrat des innerparteilichen Transmissionsprozesses (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 6.).⁴⁴ Ulbricht nahm am 13. Juni 1956 selbst an einer Tagung des Parteiaktivs der Humboldt-Universität Berlin teil, um zu Fragen des XX. Parteitags der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED Stellung zu nehmen. Deutlich formulierte Ulbricht die auch für die Parteikontrollarbeit nunmehr gültige Losung, unter der auch die Auseinandersetzung über die Mitteilungen Chruschtschows zu führen sei:

„Damit das Neue ... durchgesetzt werden kann, müssen die Hindernisse beseitigt werden, die der Entwicklung des Neuen im Wege sind. Diese Hindernisse sind der Dogmatismus, der Personenkult, der Bürokratismus und andere Verletzungen der Normen des Parteilebens ... In den Parteimitgliederversammlungen an verschiedenen Universitäten, Hochschulen und Instituten kamen viele kleinbürgerliche Auffassungen zum Vorschein, zum Beispiel bürgerliche Auffassungen über die Freiheit, Unklarheit über den demokratischen Zentralismus in der Partei und es gab sogar nihilistische Auffassungen, die die Rolle der Partei- und Staatsführung negierten.“

Ulbricht formulierte einen flammenden Appell für den wissenschaftlichen Meinungsstreit. Dabei hieß es in seiner Rede einerseits:

„Genosse Havemann hat sehr treffend gesagt: 'Manche suchen das Fehlerhafte und sehen das Neue nicht.' ... Die Klärung einiger Fragen ist an den Universitäten und Hochschulen so weit gediehen, daß die eigentliche Diskussion, nämlich der

vom Juni 1956, Anlage zum Arbeitsprotokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A503.

43 Protokoll der PB-Sitzung vom 2.5.56 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/474.

44 Damals betonte das 16. ZK-Plenum von September 1953 diese Parteiaktive als stabilisierenden Faktor in den kritischen Zeiten im Gefolge der Ereignisse des 17. Juni 1953. Vgl. auch Hermann Weber, DDR – Grundriss der Geschichte 1945–1990, S. 57, wo die Bedeutung der Parteiaktive ab 1954 hervorgehoben wird.

wissenschaftliche Meinungsstreit über das Neue beginnt und ernsthaft dem Dogmatismus zu Leibe gerückt wird.“

Andererseits erklärte Ulbricht:

„Die 'Fehlerdiskussionen', die manche Genossen führten, zeigten, daß die betreffenden ihren Blick ausschließlich nach rückwärts wandten und Fragen, die bereits auf dem IV. Parteitag und in Tagungen des ZK der SED entschieden worden waren, nochmals aufrollen wollten.“⁴⁵

Damit wurde deutlich, daß die Aufforderung zum undogmatischen wissenschaftlichen Meinungsstreit vor der Grenze kritischer Nachfragen zur Verantwortung der Parteiführung für vergangene Säuberungen haltzumachen hatte. Als sich schließlich in Ungarn die Ereignisse überschlugen, waren es letzten Endes doch wieder Drohgebärden in Form von Kampfgruppenaufmärschen gegenüber Studenten der Berliner Humboldt-Universität, Einsätze von Politbüromitgliedern vor Ort und Maßnahmen der Staatssicherheitsorgane bis hin zu Verhaftungen von Studenten und antistalinistischen Kommunisten, mit welchen ab Oktober 1956 erneut die aus dem Leim gehenden Verhältnisse zu richten versucht wurden.⁴⁶ Nachdem die angespannte Situation an den Hochschulen auch Thema der 29. ZK-Tagung vom 12. bis 14. November war, verabschiedete das ZK am 6. Dezember einen Brief „an die studentische Jugend der DDR“ mit der Forderung, „an allen Fakultäten Unruhestiftern das Handwerk zu legen“⁴⁷

Wie sich zuvor der von Ulbricht geforderte „wissenschaftliche Meinungsstreit“ gestaltet hatte, durfte der Ökonom Fritz Behrens erfahren, welcher in einem Artikel in der Fachzeitschrift „Die Wirtschaft“⁴⁸ die ökonomische Entwicklung in der DDR und der BRD verglich und von Alfred Lemnitz sowie Robert Naumann in Artikeln im SED-Zentralorgan⁴⁹ demagogisch dafür kritisiert wurde, auf die Propaganda vom „Wirtschaftswunder“ hereingefallen zu sein. Behrens zornige „Bemerkungen zu den Ausführungen von Prof. Dr. A. Lemnitz und Prof. R. Naumann“ lagen am 19. Juni 1956 dem Politbüro vor: „Ich muß gestehen, daß ich eine ganz andere Vorstellung von Kritik und wissenschaftlichem Meinungsstreit habe und finde eine solche Art der Diskussion, wie sie die Genossen Lemnitz und Naumann im 'Neuen Deutschland' praktizieren, um so sonderbarer, als sie natürlich genau wissen, daß Umfang und Leserkreis der Wochenzeitung 'Die Wirtschaft' und des 'Neuen Deutschland' sich nicht decken und daß die übergroße Mehrheit der Leser ihrer Artikel meinen Artikel nicht kennen. Statt ihre Leser erst über das zu informieren, was ich schrieb, vermitteln die Genossen Lemnitz und Naumann über Inhalt und Zweck meines Artikels dem Leser ... ein falsches Bild ... Es ist ... im Interesse unserer weiteren wissenschaftlichen Arbeit zu hoffen, daß die beiden Artikel nur ein verspäteter Nachklang des schon totgesagten Dogmatismus in der Deutschen Demokratischen Republik waren.“⁵⁰ Vorsichtig empfahl das Politbüro: „Genosse Schirdewan wird beauftragt, mit Genossen Behrens zu sprechen,

45 Redigierter Text von Ulbrichts Rede vor dem Parteiaktiv der Humboldt-Universität Berlin am 13.6.56, Anlage zum Arbeitsprotokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A503.

46 Vgl. Weber, Grundriß DDR-Geschichte, a.a.O., S. 83.

47 Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 1150.

48 Fritz Behrens, Kühne Perspektiven – Ausdruck unserer Kraft – Über die ökonomische Entwicklung in der DDR und der Bundesrepublik, in: Die Wirtschaft 12.4.56.

49 ND vom 24.5. und 26.5.56.

50 Fritz Behrens, Bemerkungen zu den Ausführungen von Prof. Dr. A. Lemnitz und Prof. R. Naumann, Anlage zum Arbeitsprotokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A503.

damit er seinen Artikel für die Veröffentlichung im 'Neuen Deutschland' kürzt. Das Redaktionskollegium des ND soll eine Antwort veröffentlichen und darauf hinweisen, daß die weitere Diskussion in der Zeitschrift 'Wirtschaftswissenschaften' geführt wird.⁵¹

Die Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn Ende Oktober/Anfang November 1956 leitete eine Wende in der Kampagne gegen den Dogmatismus ein. Es war nachgerade folgerichtig, daß die heißen Diskussionen nach dem XX. Parteitag insbesondere an den Hochschulen über die Verbrechen des stalinistischen Systems, den demokratischen Zentralismus, die Rolle der Partei und die Entstalinisierung in Ungarn während des Ungarn-Aufstands vielerorts in einer scharfen Ablehnung des sowjetischen Eingreifens gipfelten und damit die von der SED-Führung gesetzten Grenzen der Auseinandersetzungen über den künftigen Weg der SED weit überschritten wurden. Nicht nur an den Kernuniversitäten in Berlin und Leipzig, sondern auch an anderen Lehrstätten wurde der dort entbrannte „Kampf gegen den Dogmatismus“ von den Parteikontrollorganen als Kampfansage an die Partei verstanden. So wurde die aus der Sicht der ZPKK desolote Situation an der zur Humboldt-Universität gehörenden Forstfakultät Eberswalde⁵² und insbesondere der dortigen Parteileitung in einem Diskussionsbeitrag aus der Forstfakultät folgendermaßen beschrieben: „Dazu kommt ..., daß die Parteileitung der Fakultät selbst nach dem XX. Parteitag der KPdSU in völliger Verkennung des wesentlichen Inhalts seiner Beschlüsse eine Ideologie in der Fakultät geduldet und propagiert hat, die auf der Grundlage der geschilderten politischen Verhältnisse zum Zerfall der Parteidisziplin – und ermuntert durch die Vorgänge in Polen und Ungarn – zur offenen Formierung des Klassengegners führen mußte.“ Die Rede war von antisowjetischer Hetze im Zusammenhang mit dem Agieren der Roten Armee in Ungarn. „Erst durch das Eingreifen von Mitgliedern des Apparats und Büros der Bezirksleitung konnte der Parteileitung der Forstfakultät ... allmählich die Abwegigkeit und Gefährlichkeit der von ihr betriebenen Politik klar gemacht werden.“⁵³ Der nun einsetzende enorme Druck auf die Parteileitungsmitglieder war, wie in vielen vergleichbaren Fällen, erfolgreich. In der selbstkritischen Erklärung eines der Parteileitungsmitglieder der GO spiegelt sich trotzdem in eindrucksvoller Weise wider, welche Fragen mit Sicherheit nicht nur an der Forstfakultät die politisch regen Parteimitglieder bewegten. Dieser Dozent für Gesellschaftswissenschaften an der Forstfakultät Eberswalde äußerte sich „über mein Verhältnis zur Partei, zum ZK, zur Politik der Partei und über die Ursachen meiner vorübergehenden Abweichung von der Parteilinie“ wie folgt: „Ich bildete mir ein, daß man Genossen, die in irgend einer Frage anderer Meinung waren, beschimpfte und maßregelte. Dies glaubte ich aus der Presse, z.B. aus dem Artikel Lemnitz contra Behrens über den Reallohn in Westdeutschland, aus dem Vorgehen einer vom Politbüro eingesetzten Brigade, die in der Leipziger Parteiorganisation der Universität seinerzeit Ordnung schaffte ... zu entnehmen. Hinzu kommt, daß ich in Hamburg [Reise im Auftrag der FDJ-Hochschulgruppenleitung der HU] Materialien zu lesen bekam, die absolut nicht geeignet waren, diese ungesunde Einstellung zu beseitigen. Ich las zunächst die Version der internen Rede Chruschtschows in einem Sonderdruck der Hamburger 'Welt' ... und (war) erschüttert. In dieser Verfassung bekam ich einen Artikel

51 Protokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/483.

52 Die Fakultät war der Humboldt-Universität administrativ untergeordnet, hatte ca. 200 Studenten und eine PO mit 72 Genossen. Insgesamt gab es dort einschließlich der Studenten 450 Beschäftigte.

53 Aus einem Diskussionsbeitrag des Genossen J[...], Eberswalde, o. D., SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 267.

Leo Bauers über sein persönliches Schicksal in die Hand ... mit der Nuance, daß es auch unser Politbüro betraf.“⁵⁴

Der ZPKK wurde im Februar 1957 durch die SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder von der Einschätzung des Parteisekretärs der Forstfakultät und dessen Sicht auf die dortige ideologische Situation unterrichtet. Demnach würde die These von der Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse belächelt. Es würde behauptet, die Partei hätte in der Vergangenheit politische Fehler begangen, also könne die Partei irren. Die Partei werde beschuldigt, nicht von den realen Tatsachen, sondern von irgendwelchen Vorstellungen leitender Funktionäre auszugehen. „Das führt zu einer Untergrabung des Vertrauens aller Genossen in die Kraft der Partei und zur Minderung des Ansehens der Parteiorganisation bei den Parteilosern ... Darum handeln einige Genossen nach ihrer individuellen Meinung und nicht nach den Beschlüssen der Partei ... Es ergibt sich ..., daß die Genossen außerhalb der Partei eine Aktivität zur Aufdeckung von Fehlern entwickeln, weil sie glauben, innerhalb der Partei dazu keine Möglichkeit zu haben ... Dabei fordern sie die Partei auf, im gleichen Maße ihre Aktivität bei der Beseitigung der Fehler zu steigern, wie sie selbst ihre eigene Aktivität innerhalb der Partei vermindern ... Das führt zur Zersetzung der Parteiorganisation ... und ein ausgeprägter Objektivismus (öffnet) dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie Tür und Tor. Die ganze Situation nimmt in unserer Grundorganisation solche Ausmaße an, daß jeder Genosse, der ... nicht bereit ist, sich von den Prinzipien der Partei loszusagen ..., des Mangels an eigener Meinung und objektivem Denkvermögens bezichtigt wird und als Dogmatiker oder als Stalinist hingestellt wird.“⁵⁵

2.2. Die Tätigkeit der ZPKK im Fall Harich und Genossen

Spätestens mit der Ungarn-Krise war endgültig klar, wie gefährlich eine ausufernde innerparteiliche Diskussion über den „Dogmatismus“ und das unkontrollierte Infragestellen der bisherigen stalinistischen Parteilinie auch für die Parteiführung der SED werden könnte. Um dies in der Partei klarzustellen, war es nötig, auf Methoden zurückzugreifen, die im Bereich des schon in Verruf gekommenen Arsenal innerparteilicher und juristischer Repressionen lagen.

Am 29. November 1956 wurden Wolfgang Harich, Bernhard Steinberger und Manfred Hertwig⁵⁶ verhaftet. Am 6. Dezember folgte Walter Janka und im März 1958 waren auch Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf⁵⁷ inhaftiert. Der hier erfaßte Kreis von Parteintellectuellen, denen nun stellvertretend für alle derartigen Kreise – einer Formulierung von

54 Erklärung von Peter W[...] (Dozent für Gesellschaftswissenschaften an der Forstfakultät Eberswalde und Mitglied der Parteileitung) vom 4.1.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 278f.

55 Einschätzung der ideologischen Situation an der Forstfakultät Eberswalde. Schreiben der BL Frankfurt/Oder vom 18.2.57 an die ZPKK (Geffke), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 244ff.

56 Wolfgang Harich war damals Mitherausgeber und Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, (DZfPh), an der auch Manfred Hertwig als Redaktionssekretär tätig war. Bernhard Steinberger war nach seiner Haftentlassung im Jahre 1955 aus dem Straflager in Workuta ab 1956 Aspirant an der Akademie der Wissenschaften. Er erwirkte 1956 seine Rehabilitierung als SED-Mitglied.

57 Walter Janka leitete den Aufbau-Verlag. Gustav Just wurde am 20.1.57 als stellvertretender Chefredakteur des „Sonntag“ beurlaubt und am 8.3.57, dem zweiten Tag der Hauptverhandlung gegen Harich und andere, ebenso wie der Chefredakteur Heinz Zöger und auch Richard Wolf, nach seiner Zeugen aussage verhaftet.

Gerhard Zwerenz folgend – ihr „17. Juni“ bereitet werden sollte⁵⁸, hatte mit der ihnen verfügbaren Konsequenz Alternativen zur bisherigen Politik der SED, zur personellen Änderung der Parteiführung, über die Ursachen stalinistischer Deformationen in der Sowjetunion, über den 17. Juni 1953 in der DDR, die Ereignisse in Polen und Ungarn sowie (allerdings weniger folgerichtig und vor allem von Harich initiiert) zum Kurs der SED in der deutschen Frage diskutiert. Letzterer sah nach Harichs Maßgaben (unter anderem weitreichende Kooperation mit der SPD, zu der er auf eigene Faust Kontakt aufnahm⁵⁹), ganz anders aus, als ihn die SED-Führung sich vorstellte. Wie sich die SED-Führung die Entwicklung der deutschen Frage dachte, war den auf der 30. ZK-Tagung formulierten Vorbedingungen für eine deutsche Konföderation (Liquidierung der Herrschaft der Monopole, Beseitigung der Vormacht der Großgrundbesitzer, Volksabstimmungen zur Überführung der Schlüsselindustrien in Volkseigentum, Schulreform etc.) zu entnehmen. Entscheidend waren jedoch auf dieser ZK-Tagung die längst fälligen massiven Revisionismus-Vorwürfe gegen die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary,⁶⁰ gegen den Agrarökonom Kurt Vieweg und gegen den Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski. Auch der Leipziger Philosoph Ernst Bloch und andere Wissenschaftler und Kulturschaffende wurden angeprangert. Wegen einer während des Kampfes gegen den Dogmatismus befürchteten Intellektuellenrevolte war von der SED-Führung nun offiziell der „Kampf gegen den Revisionismus“ ausgerufen worden. Auf der ZK-Tagung wurden dazu passend die „konterrevolutionären Pläne“ der „Gruppe Harich“ erwähnt. Und wiederum wurde in dieser Situation den Parteikontrollorganen der Rücken gestärkt: Neben einer Präzisierung der Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren wurde demonstrativ bekräftigt, daß die Parteikontrolle ihre „Hauptaufmerksamkeit auf den Schutz und die Festigung der Einheit und Reinheit der Partei“ zu richten habe. Neuerlich wurde so klar gemacht, daß gerade den Parteikontrollorganen eine Schlüsselrolle bei inszenatorisch eingeleiteten Kursverschärfungen, hier also im Namen der Kampfes gegen revisionistische Abweichungen, zukam.

Die Angelegenheit war für die Parteiführung um so leichter in den Griff zu bekommen, je mehr sie darauf vertrauen konnte, daß die am 17. Juni 1953 geschlagene Arbeiterklasse ruhig blieb. Drei Jahre nach diesem Aufstand, also drei Jahre zu spät und ohne Beteiligung derer, in deren Namen diese Rebellen Besseres zu erreichen trachteten, war der Aufstand der Parteintellectuellen nicht geeignet, die Verhältnisse ernsthaft in Frage zu stellen.

Am 11. Februar 1957 gab der stellvertretende Minister des MfS, Erich Mielke, an Matern genaue Anweisungen, wie nach dem Stand der Ermittlungen sich die ZPKK mit den Inhaftierten und den in der Angelegenheit Vernommenen parteimäßig zu befassen habe:

„In der Anlage überreiche ich Dir die Aussagen Harichs und die Auszüge aus den Vernehmungen folgender Mitglieder unserer Partei: Caspar, Horst; Düwel, Wolf; Klein, Fritz; Kosing, Alfred. Zu diesen 4 Genossen muß die ZPKK nach der Untersuchung feststellen, welche Parteistrafen verhängt werden müßten. Just, Gustav; Schu-

58 Zum Prozeß und seiner Vorgeschichte vergleiche: Der Prozeß gegen Janka und andere (Dokumentation), Hamburg 1990; Gustav Just, Zeuge in eigener Sache, Berlin 1990; Walter Janka, Spuren eines Lebens, Berlin 1991; Walter Janka, Die Unterwerfung, München/Wien 1994; Wolfgang Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993.

59 Vgl. Harich, Keine Schwierigkeiten, a.a.O., S. 72ff.

60 Politbüro und Sekretariat des ZK beschäftigten sich zur Jahreswende 1956/57 mit der „Angelegenheit Behrens/Benary“ anläßlich deren Broschüre „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“.

bert, Günter; Zöger, Heinz; Wolf, Richard: Diese 4 Genossen sind so belastet, daß nur der Ausschluß durch die ZPKK ausgesprochen werden kann. Es ist jedoch für die Führung des Prozesses notwendig, daß der Ausschluß den Genossen erst nach Abschluß des Prozesses zur Kenntnis gebracht wird. Bei Just und Wolf besteht die Möglichkeit, daß der Generalstaatsanwalt während der Führung des Prozesses die Festnahme beantragt. Diesbezüglich erfolgt eine Rücksprache mit Genossen Melsheimer. In der Anlage überreiche ich noch eine Aussage von Harich zu Just, Zöger, Schubert auf einem Dokument. Von den Festgenommenen müssen ausgeschlossen werden: Harich, Wolfgang; Janka, Walter; Steinberger, Bernhard; Hertwig, Manfred. Als Unterlagen für die ZPKK zur Herbeiführung des Beschlusses 'Ausschluß', der sofort getroffen werden mußte, bevor die Hauptverhandlung eröffnet wird, können dienen: a) die in Händen der Partei beim Leiter des Büros des Politbüros Genossen Otto Schön befindlichen Sachstandsberichte, b) für Janka der in der Anlage befindliche Auszug aus den Belastungen, c) für Steinberger und Hertwig die beiliegenden persönlichen Niederschriften, die sie gefertigt haben. Es wird weiterhin gebeten, die Genossen Dr. Johannes R. Becher; Bodo Uhse durch die ZPKK nach den aufgestellten Fragen, die beiliegen, zu befragen. Die Beantwortung dieser Fragen ist für die weitere Vernehmung der Festgenommenen sehr wichtig. Ferner den Genossen Merker persönlich ... hören, damit er danach dem Genossen Janka gegenübergestellt werden kann. Janka bestreitet trotz der Belastung durch die Festgenommenen als auch durch die Aussagen der Zeugen seine Beteiligung an dem Staatsverrat. die Gegenüberstellung könnte ihn evtl. dazu veranlassen, endlich ein Geständnis abzulegen.⁶¹

Das MfS erlaubte sich hier, den Parteikontrollorganen das Ergebnis bevorstehender Parteiverfahren vorzuschreiben. Dafür waren die Informationen Mielkes anders als sonst umfassend und auch die so häufig geäußerten Beschwerden der Parteikontrolle über schlechte Kooperation⁶² wären in diesem Fall verfehlt gewesen: Hier waren der ZPKK vom MfS ermittlungsbefördernde und sogar prozeßentscheidende Untersuchungsaufgaben zugeteilt worden. Offenbar war das stets von der ZPKK bekräftigte Prinzip, daß die Parteikontrolle nicht die Arbeit der Staatssicherheitsorgane machen sollte, in diesem Fall außer Kraft gesetzt.⁶³

Hinsichtlich des Hauptakteurs, Wolfgang Harich, dem bereits vom 7. bis 9. März 1957 der Prozeß gemacht wurde⁶⁴ und der sich zuvor offenbar anders als Janka entschlossen hat-

61 Mielke, 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, an Matern vom 11.2.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 256ff.

62 Vgl. etwa die Ausführungen des Berliner BPKK-Vorsitzenden Erich Eichholz auf der ZPKK-Sitzung vom 27.1.54 (Kapitel 3, Abschnitt 6.) oder die Einschätzungen von Bezirkskontrolleuren im August 1954 (Kapitel 3, Abschnitt 8.).

63 Vgl. etwa die Ausführungen von Max Sens auf der ZPKK-Sitzung vom 20.5.53 (Kapitel 3, Abschnitt 1.).

64 Harich wurde wegen Boykotttette im Sinne von Artikel 6 der Verfassung vom Obersten Gericht zu 10 Jahren, Steinberger zu vier und Hertwig zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine ebenso bezeichnende wie groteske Episode stellt das Schreiben des Leiters des Presseamtes an die Agitationskommission (Horst Sindermann) vom 13.3.57 dar. Dem aufmerksamen Berichterstatter war aufgefallen, daß am Tage nach Harichs Verurteilung in einem BZ-Kreuzworträtsel nach Harich geraten werden sollte („sozialistischer Schriftsteller, Heinrich-Mann-Preisträger 1953“). Seine Empfehlung bestand darin, „sich den ... verantwortlichen Redakteur ... näher anzusehen und in der Parteiorganisation beim Berliner Verlag

te, umfassend auszusagen,⁶⁵ konnte sich die ZPKK anhand des vom MfS zugestellten Materials umgehend ein Urteil bilden: Gemäß ihrem am 4. März gefaßten und vom Politbüro am 12. März 1957 bestätigten Beschluß wurde „Dr. Wolfgang Harich ... wegen Bildung einer konterrevolutionären Gruppierung aus der Partei ausgeschlossen.“ Begründet wurde dies mit der ideologischen Vorbereitung einer Plattform, in deren Kontext Harich während einer Mitgliederversammlung der BPO des Aufbau-Verlags behauptete, der Personenkult habe sich aus dem (fehlerhaften) System in der SU ergeben, das theoretische Zentrum habe sich von Moskau in die Peripherie (nach Jugoslawien, Ungarn und Polen) verlagert und die Theorieentwicklung in der DDR wäre unter den Bedingungen der Spaltung sehr erschwert. Harich sei bei der Ausarbeitung dieser feindlichen Plattform von der Behauptung einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch den Aufbau des Sozialismus in der DDR zur konterrevolutionären Plattform der Forderung einer Restaurierung des Kapitalismus in der DDR übergegangen. In Ausdehnung der konterrevolutionären Plattform über die Parteiorganisation des Aufbau-Verlags hinaus hätten fraktionelle Besprechungen im Aufbau-Verlag und in der Redaktion des „Sonntag“ stattgefunden. Neben dem Eindringen in andere Parteiorganisationen und der Verbindungsaufnahme zum SPD-Ostbüro habe er die Veröffentlichung seiner Plattform in der Westpresse und westlichen Rundfunksendern vorbereitet.⁶⁶

Ebenso wurde Bernhard Steinberger von der ZPKK am gleichen Tag wegen Teilnahme an der konterrevolutionären Gruppierung Wolfgang Harichs zum Ausschluß aus der Partei vorgeschlagen, was das Politbüro ebenfalls am 12. März 1957 billigte. Sein Fall ist tragisch zu nennen. Angesichts seiner der ZPKK vorliegenden „Rechenschaftslegung über meine geistige Entwicklung bis heute“, die er vom 4. bis 9. Januar 1957 in der Untersuchungshaft beim MfS niederschrieb, wurde der Zynismus deutlich, von dem sich Parteikontroll- und Staatssicherheitsorgane auch noch 4 Jahre nach Stalins Tod und 1 Jahr nach dem XX. Parteitag der KPdSU leiten ließen. In dieser eindrucksvollen Rechenschaftslegung von Steinbergers politischem Leben als Kommunist, die gleichermaßen eine sehr persönliche Beschreibung des real existierenden Stalinismus in der KPdSU und der SED sowie des Dogmatismus der Parteikontrollorgane darstellt, schrieb er:

„Sowjetische Organe verhafteten mich [am 9. Juni 1949] in Leipzig und warfen mir 'Spionage und Sabotage zu Gunsten einer imperialistischen Macht, gerichtet gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die sowjetische Besatzungszone Deutschlands' vor ... November 1950 ... entschied ... ein anonymer Ausschuß, über

eine ... Untersuchung durchzuführen ... Allerdings gebe ich ... den auf der staatlichen Ebene in Betracht kommenden Organen einen entsprechenden Hinweis.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 239f. Am 12.3.57 hatte der Amtsleiter auch Matern informiert. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 241.

65 In den von Mielke der ZPKK zugestellten Aussagen Harichs hieß es: „Von Just, Zöger und Schubert kann gemeinsam gesagt werden: 1. Sie unterstützten meine Konzeption und wollten sie in der Partei durchsetzen und realisieren. 2. Sie waren entschiedene Gegner Walter Ulbrichts, traten für seinen Sturz ein, hielten überhaupt einen Führungswechsel in der Partei für nötig und setzten ihre Hoffnungen in erster Linie auf Paul Merker, in zweiter Linie auf Franz Dahlem ... 4. Sie wußten nichts von meiner SPD-Ostbüro-Beziehung ... 5. Sie wollten den 'Sonntag' zum Organ einer gegen den sog. 'Stalinismus' gerichteten Intellektuellen-Diskussion nach der Art des Petöfi-Clubs machen. 6. Sie strebten grundsätzlich danach, aus der Isolierung des kleinen Kreises, wie er im Aufbau-Verlag bestand, herauszutreten und weitere Anhänger für unsere gemeinsamen Ideen zu gewinnen. 7. Sie waren stark von mir beeinflusst und übten ihrerseits einen Einfluß auf mich aus. Sie drängten mich wiederholt, meine Konzeption auszuarbeiten.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 232.

66 Beschluß der ZPKK vom 4.3.57 zu Wolfgang Harich, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl.15ff.

mein Schicksal. Durch Administrativentscheid, ohne Gericht, ohne Zeugen, Beweise, Verteidigung etc. wurde ich für 15 Jahre in ein sowjetisches Arbeitslager verbracht. D. h., ich mußte an meinem Leibe eine Praxis der Rechtswillkür durch [das] MWD erleben, wie wir Kommunisten sie als typische Zeichen des Faschismus (z.B. Schutzhaft, KZ) allzeit bekämpft hatten ... Massenhafte neue Eindrücke im Arbeitslager ... ließen mir allmählich Stalin, die KPdSU und die UdSSR in einem neuen Licht erscheinen ... Offensichtlich beschönigte die Presse die soziale Lage der Bevölkerung und malt ein Bild des bereits nahen Kommunismus ... Offensichtlich ist es gar nicht mehr in erster Linie die Partei, die die Werktätigen der SU anführt, sondern Stalin, gestützt auf eine ihm lobhudelnde Propagandamaschine und auf den Geheimdienst, der jedem etwaigen Widerstand in der Partei und im Volke durch Terror zuvorkommt ... Schließlich neigte (ich) der Auffassung zu, daß in der SU ... es dem sowjetischen Geheimdienst gelungen ist, – ähnlich wie die SS – alle entscheidende Staatsmacht in seinen Händen zu konzentrieren und sich hinter dem Schild der marxistischen Theorie und Propaganda zum eigentlichen Staat im Staate zu machen ... Statt in einem abgeschlossenen Revisionsverfahren rehabilitiert worden zu sein, wurde ich aus der Sowjetunion mit Tausenden anderen als 'amnestierter deutscher Kriegsverbrecher' entlassen ... Ich ... fuhr ... am ... 11. Oktober 1955 nach Berlin, um meine Rehabilitierung beim ZK zu betreiben ... Als ich bereits daran war, Mut und Geduld zu verlieren, ... wurde ich zu einer ZPKK-Aussprache nach Leipzig eingeladen (27.12.55). Anwesend waren die Genossin Herta Geffke und noch zwei Genossen. In beruflicher Hinsicht wurde mir Unterstützung zugesagt, dagegen in parteilicher Hinsicht wenig Hoffnung gemacht ... Ich hatte ... gehofft, daß die Ereignisse seit Stalins Tod dazu geführt haben müßten, nach Kräften vergangenes Unrecht an deutschen Genossen initiativ wieder gutzumachen ... Genosse Fritz Sperling ... scheint schlimmeres durchgemacht zu haben, als ich, spricht aber nicht darüber. Seine Rehabilitierung ist ebenfalls mit Schwierigkeiten verbunden, obwohl die ihm zur Last gelegten Verbrechen genau so erfunden waren ... All diese Vorkommnisse riefen in mir den Verdacht wach, daß Gen[ossi]n Geffke und auch Matern zu den Leuten gehören müßten, die in der Partei an einer Überwindung der Fehler aus den Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit wenig oder gar nicht interessiert seien, die an den vergangenen Fehlern schuldig oder mitschuldig sind und aus persönlichen Gründen deren Liquidierung verzögern. Im Übrigen zweifelte ich nicht daran, daß unter den aus deutschen Haftanstalten entlassenen Personen ebenfalls unschuldige oder ... zu hart bestrafte Personen gewesen sind und bezog die selbstkritischen Äußerungen über vorgekommene Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit in der DDR durch Justizminister H. Benjamin und Generalstaatsanwalt Dr. Melsheimer darauf. Unter solchen Umständen schienen mir diese Funktionäre reif für den Rücktritt ... Es ist unmarxistisch, die Partei mit ihren gewählten Führern blind zu identifizieren und die Parteiführer nicht in die unerläßliche und dauernde Kritik einzubeziehen ... ich war wie nie in meinem Leben so empört und verzweifelt, daß die ungarische Tragödie von der SU und der DDR aus sofort als Konterrevolution gekennzeichnet wurde, während in Wirklichkeit erst die 1. sowjetische Intervention den positiven Charakter der öffentlichen Willensbekundungen in antisowjetischen Chauvinismus und dann allmählich in Konterrevolution verkehrte ... Ich sah in dem sowjetischen Verhalten ge-

gen Volksungarn eine umgekehrte Parallele zu der Niederwerfung der Commune 1870–71.“

Ebenso freimütig äußerte sich Steinberger zur Frage der ökonomischen Strategie in der DDR:

„Die derzeitige Planungsmethode ist administrativ-bürokratisch ... Unter Sozialismus verstehe ich eine Gesellschaft, die ... nach einem gesellschaftlichen (Wirtschafts)plan produziert ... Meiner Ansicht nach ist für die DDR die Zeit gekommen, wo die sozialistische Wirtschaft durch das Wertgesetz anstelle des kap[italistischen] Mehrwertgesetzes reguliert werden muß, auf dem der gesellschaftliche Gesamtplan die Perspektive bestimmt (siehe Behrens).“⁶⁷

Steinberger war nicht nur im MfS, sondern auch in der ZPKK nun wieder denen ausgeliefert, die er in seiner Rechenschaftslegung so trefflich beschrieb. Letztere hatten jetzt keine Schwierigkeiten, sich über ihn ein Bild zu machen. Mit seiner Erklärung hatte er sich selbst ans Messer geliefert: In der Ausschlußbegründung hieß es, der im Oktober 1955 aus einem sowjetischen Arbeitslager Entlassene habe sich anscheinend als treues Parteimitglied, dem schweres Unrecht widerfuhr, an die Partei zwecks Wiederherstellung seiner Parteimitgliedschaft gewandt, aber tatsächlich die Politik der Partei abgelehnt. Er strebe insbesondere eine Revision der ökonomischen Politik an. Überdies sei durch ihn die Hinterlegung seines Rehabilitierungsantrags bei einem Westberliner Rechtsanwalt zur Veröffentlichung im Falle seiner Verhaftung erfolgt. Steinberger habe durch Manfred Hertwig die Verbindung zu Harich erhalten, mit dessen Darlegungen auf zwei fraktionellen Zusammenkünften er sich einverstanden erklärte und dann die Ausarbeitung des ökonomischen Teils der konterrevolutionären Plattform übernahm. Schließlich hieß es, Steinberger hätte Harich einen Kommentar im Deutschlandsender verschafft, um auch am Staatlichen Rundfunk-Komitee eine feindliche Gruppierung bilden zu helfen.⁶⁸

Der Beschluß der ZPKK zum Parteiausschluß Manfred Hertwigs wegen Teilnahme an der konterrevolutionären Gruppierung Wolfgang Harichs stützte sich auf dessen Niederschrift zu seinem Lebenslauf. Hertwig, der als Dozent für Marxismus-Leninismus an der HU Berlin bereits wegen Liberalismus abgelöst wurde, war bis 1955 Assistent im Philosophischen Institut bei Kurt Hager, danach freiberuflich tätig und schließlich Sekretär der DZfPh, wo er die Verbindung mit Harich bekam. Der Vorwurf, parteifremd, und mit Zweifeln an der Politik der Partei behaftet zu sein, weshalb er Harichs Auffassungen unterstützte, war belegt durch Hertwigs eigene Ausführungen: „Weiterhin sprachen wir [Hertwig und Steinberger am 7. November 1956] über die Ausführungen des Gen. Ulbricht im Fernsehinterview, über seine Äußerung, daß bei uns das Prinzip der kollektiven Führung immer schon durchgeführt worden wäre. Wir hielten das für falsch. Wir waren der Meinung, daß es auch bei uns Erscheinungen des Personenkults gegeben hat.“⁶⁹

Die Begründung des Walter Janka betreffenden Ausschlusses als Teilnehmer an Harichs Plattform vermerkte seine Tätigkeit als persönlicher Referent Merkers, die Mißachtung der

67 „Rechenschaftslegung über meine geistige Entwicklung bis heute“, von Steinberger während der Untersuchungshaft beim MfS zwischen dem 4. und 9. Januar 1957 niedergeschrieben. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl.194ff.

68 Beschluß der ZPKK vom 4.3.57 zu Bernhard Steinberger, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl.18f.

69 Beschluß der ZPKK vom 4.3.57 zu Manfred Hertwig, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl.20f. und Niederschrift Manfred Hertwigs zu seinem Lebenslauf (o. D.), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl.167.

Parteidisziplin in seiner 1948 begonnenen Tätigkeit als DEFA-Direktor bei der Orientierung auf westliche Filmleute (Absetzung ohne Parteistrafe), ideologische Schwächen und mangelnde Wachsamkeit. Er sei Harich im Aufbau-Verlag niemals entgegengetreten und als Verlagsleiter hauptverantwortlich für die Entfaltung Harichs im Verlag. Weiterhin wurde seine Teilnahme an fraktionellen Besprechungen mit Beiträgen zu notwendigen Veränderungen in Partei und Regierung, seine Rolle als Organisator des Treffens Harich-Merker in Jankas Wohnung⁷⁰ und die unterlassene Meldung über Harichs Absichten (insbesondere über dessen Veröffentlichungspläne in westlichen Zeitungen) an die Partei benannt. Schließlich hieß es, er wäre der Initiator des Plans der Bildung eines Verlagsrates nach jugoslawischem Muster am Aufbau-Verlag gewesen.⁷¹

Nachdem alle erwähnten ZPKK-Beschlüsse vom Politbüro am 12. März 1953 bestätigt wurden, legte die ZPKK am 18. März 1957 mit einer weiteren Serie von Parteiausschlüssen nach: So wurde auch Gustav Just wegen Teilnahme an der konterrevolutionären Harich-Gruppe aus der Partei entfernt. Er wurde bereits 1953 aus dem ZK-Apparat wegen seiner fehlenden Bereitschaft entbunden, die Politik der Partei in Intelligenzkreisen zu vertreten und weil ihm vorgeworfen wurde, statt dessen vielmehr als deren Interessenvertreter aktiv gewesen zu sein. Die Verbindung mit Harich stellte Just als Redakteur des „Sonntag“ und im Einvernehmen mit dem Chefredakteur Heinz Zöger her. Alle setzten sich für eine breite Fehlerdiskussion bezüglich des Kurses der SED bis zum Juni 1953 ein und wollten durch breite Diskussion in liberaler Atmosphäre den „Generalfehler der Partei“ finden. Die Suche nach der (fehlenden) theoretischen Begründung der veränderten Parteipolitik nach dem Juni 1953 sei nach Auffassung der ZPKK als Korrektur der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat zu werten.⁷² Vorgeworfen wurden ihm auch der gemeinsam mit Zöger durchgeführte Besuch in der polnischen Botschaft nach dem 8. ZK-Plenum der polnischen Partei und ihre dortigen Äußerungen ihrer gegensätzlichen Auffassungen zur Politik der SED bezüglich der Berichterstattung über die Ereignisse in Polen sowie die ausbleibende Meldung an die Partei über die staatsfeindlichen Pläne Harichs.⁷³

Dem Parteiausschluß des freischaffenden Journalisten Richard Wolf wegen Teilnahme an der Harich-Gruppe ging schon seine Entlassung und eine Parteirüge beim Deutschlandsender wegen seiner Weigerung, einen Kommentar über die Konterrevolution in Ungarn auszuarbeiten, voraus. Gemeinsame Auffassungen teilte er mit Steinberger, welchen er aus der Schweizer Emigration kannte, insbesondere in Fragen der ökonomischen Politik. Die ZPKK beschuldigte ihn, Steinberger zugesagt zu haben, für die Veröffentlichung dessen bei einem Westberliner Anwalt hinterlegten Materials im Falle der Verhaftung Steinbergers zu sorgen. Durch Steinberger kam Wolf mit Harich in Verbindung und sei mit dessen Plattform einverstanden gewesen. Sein Versuch, sich von Harich wieder zu lösen, sei nicht als Distanzierung

70 Merker mußte wegen dieses Treffens im Prozeß als Zeuge aussagen und wurde dort von Melsheimer bedroht, um sein gefügiges Aussageverhalten insbesondere gegen Janka zu erzwingen.

71 Beschluß der ZPKK vom 4.3.57 zu Walter Janka, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 22f.

72 Im Protokoll der Befragung Gustav Justs durch Geffke, Eichholz und Sens in seinem Parteiverfahren bei der BPKK Groß-Berlin vom 26.2.1957 findet sich folgende Passage: „Es wurde ihm ... vorgehalten, daß die marxistisch-leninistische Staatstheorie sowohl für die Zeit vor als auch nach dem Juni 1953 völlig ausreichend sei. Wenn man also eine theoretische Begründung brauche, könne sie nur gegen die Lehre von der Diktatur des Proletariats gerichtet sein. Darauf erklärte er, das sei eben das, was ihm in der Partei nicht gefalle, wenn man etwas sagt, werde man immer gleich bezichtigt, daß man an den grundsätzlichen Fragen rütteln wolle.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 135.

73 Beschluß des ZPKK vom 18.3.57 über Gustav Just, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 29f.

von dessen Plattform, sondern als Folge seiner Furcht wegen Harichs Unvorsichtigkeit zu bewerten.⁷⁴

Bei Heinz Zöger begründete die ZPKK den Parteiausschluß wegen Gruppenbildung, daß er als stellvertretender Chefredakteur des Aufbau-Verlags mit Harich/Just insbesondere in der Frage der Fehlerdiskussion übereinstimmte und mit Just die polnische Botschaft besuchte.⁷⁵

Glimpflich kamen bei der ZPKK Fritz Klein (Chefredakteur beim Verlag „Rütten und Loening“) mit einer strengen Rüge und Absetzung, Günter Caspar (stellvertretender Cheflektor im Aufbau-Verlag) mit einer Rüge wegen mangelnder Wachsamkeit, Wolf Düwel (stellvertretender Cheflektor im Aufbau-Verlag) mit einer Belehrung ohne Parteistrafe, Günter Schubert (wissenschaftlicher Mitarbeiter im Aufbau-Verlag) mit einer strengen Rüge und der Hochschullehrer Alfred Kosing (stellvertretender Lehrstuhlleiter für Philosophie am Gesellschaftswissenschaftlichen Institut beim ZK) mit einer Rüge und seiner Absetzung davon.

Auch Ralf Schröder, 1953–57 Lehrbeauftragter für russische Literatur und Geschichte an der Karl Marx Universität Leipzig, wurde im Zusammenhang mit der Harich-Sache aus der SED ausgeschlossen und verhaftet. Er saß von 1957 bis 1964 im Zuchthaus Bautzen ein.

In der Politbüro Sitzung vom 26. März 1957 wurden alle erwähnten von der ZPKK gefaßten Beschlüsse bestätigt. Hier legte die ZPKK dem Politbüro auch ihren am 18. März fertiggestellten „Bericht über die Entstehung und Entwicklung der konterrevolutionären Gruppe des Wolfgang Harich in der Parteiorganisation des Aufbau-Verlages“ vor. Dieser Gesamtbericht konstatierte bei Harich eine systematische, konspirative und später immer offenere Verfolgung seiner Absichten, da an der PO des Aufbau-Verlags dafür ein günstiger Boden wegen dort verbreiteter Vorbehalte gegen die Politik der Partei gewesen sei. Harich habe erklärt, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU beschriebenen Erscheinungen wären keine Fehler des Genossen Stalin, sondern eine folgerichtige („historisch notwendige“) Systementwicklung aufgrund der äußeren Bedingungen (imperialistische Umkreisung der SU vor dem 2. Weltkrieg) gewesen, in der die SU erstarrt sei und die nach dem 2. Weltkrieg auf die Volksdemokratien ausgedehnt worden wäre. Es ginge nun um die Überwindung dieses fehlerhaften Systems. Für die DDR bedeute dies insbesondere die Auflösung der unrentablen LPGen, die Förderung des Mittelstands, die Auflösung der Handwerksgenossenschaften, sowie eine Dezentralisierung der Wirtschaft und des Staatsapparats. Dies habe die Zustimmung der Mehrheit der PO des Aufbau-Verlags und von Just und Zöger beim „Sonntag“ gefunden). Nach Just sei bis 1953 die Politik der Partei eine Politik ohne die Massen gewesen, die durch den neuen Kurs korrigiert wurde, jedoch keine theoretische Grundlage habe, die Harich schaffen könne. Harich habe erklärt, die Spaltung Deutschlands dürfe nicht vertieft und daher der Aufbau des Sozialismus nicht überstürzt werden und die Parteiführung sei zu verändern. So entstand die Gruppe Harich/Janka/Just/Zöger/Schubert, die von der Mehrheit der PO toleriert wurde. Durch Matthäus Klein (Institut für Gesellschaftswissenschaften) und Alfred Kosing hätten die Genossen Möwald, Herder und Diehl von der Abteilung Wissenschaft beim ZK und teilweise auch der ZK-Sekretär Kurt Hager vom (vergeblichen) Versuch des Chefredakteurs der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Wolfgang Harich gewußt, in der DZfPh einen parteifeindlichen Artikel zu bringen, Klein als stellvertretenden Chefredakteur der DZfPh durch den von Harich beeinflussten Kosing zu ersetzen

74 Beschluß des ZPKK vom 18.3.57 über Richard Wolf, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 35f.

75 Beschluß des ZPKK vom 18.3.57 über Heinz Zöger, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 37f.

und im „Sonntag“ (mit Erfolg) parteifeindliche Artikel zu veröffentlichen. Es sei nichts gegen Harich unternommen worden, weil man befürchtete, Professor Bloch als Mitherausgeber der DZfPh zu verärgern. Als am 10. November 1956 Harich im Aufbau-Verlag beim Rund-Tisch-Gespräch mit Johannes R. Becher seine konterrevolutionäre Plattform ziemlich offen darlegte, forderte das ZK-Mitglied Becher Harich auf, diese interessanten Gedanken niederzuschreiben und einem Fachgremium der Partei zu unterbreiten, da dies nicht der Ort zur Diskussion solcher Fragen sei. Er (als ZK-Mitglied) trat Harich nicht entgegen, was auf die PO nicht ohne Einfluß geblieben sei, für die Schubert dann (mit einmütiger Zustimmung der Mitglieder) festlegte, daß Harich seine Auffassungen schriftlich niederlegen solle. „Damit war also eingeleitet, daß die Harich-Plattform in der Parteiorganisation diskutiert und beschlossen werden konnte.“ Schließlich habe Janka in der Präsidialratssitzung des Kulturbundes am 23. November 1956 die Bildung eines Verlagsrats für den Aufbauverlag beantragt, für den er (unter Berufung auf die Volkskammersitzung vom 2. November 1956 über die Demokratisierung des öffentlichen Lebens) eine Struktur nach dem jugoslawischen Vorbild forderte, die den Verlag vom Ministerium für Kultur unabhängig machen sollte: „Der Verlagsrat ist in seinen Beschlüssen souverän. Eine Genehmigungs- und Bestätigungspflicht durch andere staatliche und organisatorische Einrichtungen besteht nicht.“ (Abschnitt aus dem Statutenentwurf).⁷⁶ Der Vorschlag Jankas wurde einstimmig angenommen, ohne daß die Partei informiert wurde.⁷⁷

Der Bericht wurde vom Politbüro am 26. März 1957 zur Kenntnis genommen. Großes Gewicht wurde in der ZPKK-Untersuchung also auf die kritische Bewertung des Verhaltens am Rande Beteiligter (wie J. R. Becher) gelegt, wobei Maßstab parteimäßigen Verhaltens die Bereitschaft zur Denunziation ungewöhnlicher Auffassungen von Genossen bei den entsprechenden Parteileitungen war. In der Begründung des Parteiausschlusses von Zöger wird dessen Versuch, ein Zusammentreffen mit dem gerade aus der Haft entlassenen Paul Merker als harmlos hinzustellen, die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Möglicherweise hat diese Sammlung zum Teil läppischer „Schuldbeweise“ das PB auf seiner Sitzung vom 26. März 1957 auch veranlaßt, das MfS zu beauftragen, „eine eigene Analyse über die konterrevolutionäre Gruppe Harich vorzulegen.“⁷⁸

76 Die Abschrift eines laut handschriftlicher Notiz von Klaus Gysi auf dem Original niemals abgegangenen Schreibens von Janka an Becher vom 26.11.1956 enthält den Hinweis auf den einstimmigen zustimmenden Beschluß des Präsidialrats. Die Namensvorschlagsliste für den Verlagsrat enthielt die Namen Bredel, Hermlin, Strittmatter, Uhse, Hans Mayer, Kantorowicz, Bloch, Fischer/Slawist, Dudek/Slawist, Anselm Schlösser/Anglist, Manfred Naumann/Romanist, Herbert Ihering/Schriftsteller und Kritiker, Erich Wendt/Verleger und Walter Janka mit einem Hinweis darauf, daß alle bereit sind, die Funktion anzunehmen. Der Statutenentwurf mit Hinweis auf Wegfall der bisher üblich gewesenen Druckgenehmigungspflicht für Manuskripte mit Berufung des Verlagsrats war mit dem Wunsch nach schneller Bestätigung des Vorhabens durch Becher noch in diesem Jahr verbunden. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414.

77 Bericht über die Entstehung und Entwicklung der konterrevolutionären Gruppe des Wolfgang Harich in der Parteiorganisation des Aufbau-Verlages, Vorlage der ZPKK an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros vom 18.3.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 1ff und Vorlage der ZPKK zur Politbürositzung vom 26.3.57, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/534, Anlage 2, Bl. 16ff.

78 Der zweite Prozeß gegen Janka, Just, Zöger und Wolf fand dann vom 23. bis 26. Juli 1957 statt. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Bruno Haid war von Amts wegen mit dem Fall Janka befaßt und erklärte gegenüber Schirdewan, „daß er nach gründlichem Aktenstudium keinen Grund sehe, gegen Janka und seine Mitarbeiter im Aufbau-Verlag einen Prozeß zu führen. Die von Janka geführten Diskussionen gaben keinen Anlaß für eine strafrechtliche Verfolgung.“ Auf Empfehlung Schirdewans und

An diesem Tag legte die ZPKK auch ihren Abschlußbericht der Untersuchung gegen den Agrarökonom Kurt Vieweg vor. Viewegs Vorschläge für ein Agrarprogramm der SED waren am 15. Februar 1957 vom Politbüro zum Untersuchungsgegenstand der ZPKK erklärt und auf der 30. ZK-Tagung als konterrevolutionär qualifiziert worden. Die Vorschläge Viewegs zielten auf die Verlangsamung des Tempos der Kollektivierung, die Vielfalt der Formen des Übergangs zum Sozialismus in der Landwirtschaft und auf eine Agrarpolitik auch für solche Bauern, die nicht in die LPGen einzutreten bereit waren.⁷⁹ Dies entsprach nicht den deutschlandpolitischen Maßgaben der Parteiführung, wie sie das 30. ZK-Plenum formulierte. Das Parteiverfahren der ZPKK gegen Vieweg und seine Assistentin Marga Langendorf wurde gemäß den Vorschlägen des ZPKK-Berichts vom Politbüro im Sinne des Ausschlusses beider entschieden. Die „Ausarbeitung konterrevolutionärer Vorschläge für die Agrarpolitik“ sei auch von parteifeindlicher Gruppenbildung am Institut für Agrarökonomie begleitet gewesen.⁸⁰ Am 27. März 1957 floh Vieweg über Westberlin in die BRD.

2.3. „Jugoslawischer Revisionismus“ an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“

Ein weiteres Problem entstand aus der sowjetischen Revision des Kominform-Bannfluchs über Jugoslawien, was für die SED das Abrücken von ihrer Kampagne gegen den „Tito-Faschismus“ im Gefolge des „Jugoslawien-Beschlusses“ des SED-Parteivorstands vom September 1948 bedeutete. Damals war gleichzeitig die prinzipielle Kritik am besonderen deutschen Weg zum Sozialismus wiederholt und unter Hinweis auf das sowjetische Vorbild bekräftigt worden. Die Revision der Haltung gegenüber Jugoslawien schien für viele Genossen Rechtfertigung genug für die Beschaffung und das Studium jugoslawischer Schriften über den dortigen Selbstverwaltungssozialismus zu sein. Daher sah sich auch die 30. ZK-Tagung vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 gehalten, unter anderem gegen den „jugoslawischen Weg“ und gegen die Theorien vom „nationalen Kommunismus“ Stellung zu nehmen und neuerlich die sowjetische Führungsrolle zu bekräftigen.

Daß diese Klarstellung höchst dringlich war, konnte die ZPKK anhand ihrer Untersuchung der Vorgänge an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ nur unterstreichen. Sie nahm zunächst Kenntnis von einer Einschätzung der Delegiertenkonferenz der dortigen Parteiorganisation vom 15./16. Dezember 1956. Angesichts von Diskussionen zur jugoslawischen Staatsfrage im Institut für Staat und Recht sollte die Jugoslawienfrage im Akademiesenat behandelt werden. Ein Diskussionsredner auf der Delegiertenkonferenz erklärte zu den Folgen unangeleiteter Beschäftigung mit der jugoslawischen Frage: „Herausgekommen ist die Tendenz eines völlig neu entdeckten mehr oder

unter Berufung auf ihn schrieb Haid dann in diesem Sinne einen Brief an Ulbricht. Dies sollte dann Schirdewan später als mangelnde Wachsamkeit vorgeworfen werden. Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 120f. Janka erhielt 5 Jahre Zuchthaus, Just vier, Wolf drei und Zöger 2½ Jahre Zuchthaus wegen Boykottetze in Verbindung mit dem Artikel 6 der Verfassung.

79 Michael F. Scholz, *Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste*, Berlin 1997, S. 196ff.

80 Protokoll der Politbürositzung vom 26.3.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV J 2/2/534, Bl. 6ff.

weniger interessanten Weges zum Sozialismus. Es gibt solche Auffassungen, die Arbeiterkomitees bei uns sind eine Übernahme jugoslawischer Erfahrungen.⁸¹

Am 12. Februar 1957 übermittelte der Leiter der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen, Klaus Sorgenicht, der ZPKK Informationen über den Bezug von Material für die Akademie von der Jugoslawischen Militärmission in Westberlin nebst Erklärungen der dafür verantwortlichen Mitarbeiter der Akademie. Außerdem enthielt das Schreiben eine Aufstellung über die Verbreitung von Vervielfältigungen dieses Materials, unter anderem an wissenschaftliche Mitarbeiter des Bereichs Lehre und Forschung bzw. des Bereichs Grundstudium der Akademie Babelsberg (200 bzw. 70 Exemplare der Oslo-Rede von Kardelj), an wissenschaftliche Mitarbeiter im Bereich Fernstudium einschließlich der Leiter der Außenstellen in der DDR (30 Exemplare), an das Institut für Theorie des Staates und des Rechts der HU Berlin auf Bitten von Professor Steininger (3 Exemplare), an den Sekretär des Rates des Bezirks Dresden als Fernstudent, an einen Genossen der Hochschule für Ökonomie und Planung und mehrere Exemplare an die KMU Leipzig.⁸² In einem anderen Schreiben hieß es, die Verbreitung der von der Akademie herausgegebenen Broschüre von Kardelj „Die sozialistische Demokratie der jugoslawischen Praxis“ an den juristischen Fakultäten in Leipzig und Berlin spiele für die Jugoslawien-Diskussion keine geringe Rolle. Jeder Genosse des in Babelsberg durchgeführten Völkerrechtslehrgangs habe die Broschüre Ende vergangenen Jahres erhalten. Die Absolventen wurden dann an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, an den juristischen Fakultäten Berlin, Leipzig, Halle, Jena, im Apparat des Außenministeriums und in der Abteilung Außenpolitik des ZK eingesetzt. Weiterhin sei die Broschüre von der Akademie in Babelsberg an alle Institute für Staats- und Verwaltungsrecht der Universitäten versendet worden. Ebenso habe ein Dozent für sozialistisches Staatsrecht am Institut für Staats- u. Rechtstheorie in Jena, gleichzeitig Parteisekretär der Fakultät, die Broschüre auf eigene Anforderung von der Babelsberger Akademie erhalten. Schließlich sei die Schrift an das Institut für Zivilrecht Leipzig vergeben worden. Dort wurde sie auf einer speziellen Institutssitzung diskutiert, wo der Genosse S[...] erklärte, hinsichtlich der Staatsfrage seien für uns Schlußfolgerungen, so Einschränkungen der Zentralgewalt des Staates zur Verhinderung von Überorganisation, zu ziehen. Die revisionistischen Auffassungen dieses Genossen würden in Versammlungen des Lehrkörpers einer Auseinandersetzung unterzogen.⁸³

Damit war klar, daß mit hoher Intensität sowohl eine unkontrollierte Verbindung zur Jugoslawischen Militärmission in Westberlin unterhalten, als auch jugoslawisches Material gezielt über einen breiten Interessentenkreis verteilt wurde. Die ZPKK wurde tätig und befragte Ende März 1957 einen Mitarbeiter des Instituts für Staatstheorie und Staatsrecht an der KMU Leipzig, der bei dieser Gelegenheit auch die wachsende Distanz des Direktors des Instituts für deutsche Geschichte, Professor Ernst Engelberg, zur SED anzeigte, welche sich nach dessen Meinung von den Massen entferne. Außerdem habe Engelberg angeblich Verbindung mit jugoslawischen Stellen aufgenommen. In Diskussionen der FDJ-Universitätsgruppe zu Harich (vgl. Abschnitt 2.2.) erklärte Professor Bloch (der mit Dr.

81 Einschätzung der Delegiertenkonferenz der PO der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ am 15./16.12.56, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 21ff.

82 Schreiben von Sorgenicht (Abt. Staats- und Rechtsfragen) an Matern vom 12.2.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 31ff.

83 Verbreitung der Broschüre von Kardelj „Die sozialistische Demokratie der jugoslawischen Praxis“ an den juristischen Fakultäten, Schreiben vom 27.2.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 52f.

Markov, der in Belgrad geboren ist und jetzt Vorlesungen über die Partisanenbewegung in Jugoslawien halte, befreundet sein solle), solange Harich nicht verurteilt sei, wäre er für ihn ein Gentleman.⁸⁴

Die Entwicklung tendierte aus der Sicht der ZPKK zum „Liberalismus“, insbesondere in Form des unkontrollierten Zugangs zu politisch bedenklicher Literatur an den Universitäten. Mittels Nachfragen der ZPKK etwa bei der Akademie Babelsberg Anfang April 1957 wurde Sorge dafür getragen, daß diese Tendenzen nicht von Dauer waren: Der Leiter der Bibliothek an der Akademie Babelsberg erklärte in diesem Zusammenhang, „daß bis zum XX. Parteitag die Forschungsbibliothek sehr genau kontrolliert wurde, wer berechtigt war, sich der Bücher zu bedienen. Nach dem XX. Parteitag wurde sie zum Teil auch den Studenten zugänglich, auch die Kontrolle hat nachgelassen. Nach dem 30. Plenum wurde dies wieder geändert.“⁸⁵ Der Rektor der Akademie Babelsberg, Professor Kröger, gab am gleichen Tag der ZPKK die von ihm begangenen Fehler zu Protokoll: Er handelte in der Annahme, daß nach Regelung der staatlichen Beziehungen UdSSR-Jugoslawien ideologische Koexistenz in den ideologisch-parteilichen Beziehungen herrsche. Zudem habe er Fehlerdiskussionen durch die ZPL und die Akademieleitung nach dem XX. Parteitag zugelassen und verantwortete die Anordnung des Drucks der Kardelj-Broschüre sowie die der direkten Materialbeschaffung von der Jugoslawischen Militärmission in Westberlin, um beim Westgeldfond zu sparen. Die ZPKK räumte ein, daß Kröger selbst die Parteilinie in der Jugoslawienfrage nicht verletzt habe, wie seinem Vortrag „Dogmatismus und Prinzipienfestigkeit“ zu entnehmen sei, jedoch sei keine politische Führung am Institut vorhanden gewesen. Beunruhigend für die ZPKK dürfte vor allem folgende Feststellung Krögers gewesen sein: „Genosse Kröger betont, daß die Herausgabe der Broschüre und auch seine Stellungnahme zur Einbeziehung Jugoslawiens in den Lehrplan der Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK bekannt war. Er bekam dort keine Hinweise, daß sein Weg falsch sei.“⁸⁶ Anlaß für einen Besuch der ZPKK in Leipzig war die Bemerkung eines dort am Institut für Literatur tätigen und ehemals an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, Institut für Sprache und Literatur, arbeitenden Mitarbeiters über Ulbricht sowie die Regierung und deren fehlende Verbindung zu den Massen. Er erklärte, die Informationen Krögers für die Studenten und Lehrer der Akademie über die 3. Parteikonferenz habe eine „Fehlerdiskussion“ (Rajk, Slaňský, Dahlem, Kreikemeyer und die „angeblichen Fehler unserer Führung“) produziert, die bis Dezember 1956 auch Schwankungen bei dem Befragten bewirkt hätten. Bei der 1. Delegiertenkonferenz der Akademie übte er Selbstkritik. Heute sei er am Institut für Literatur in Leipzig gezwungen, den Marxismus-Leninismus gegen die am Institut dominierenden Auffassungen von Lukács und Mayer zu verteidigen.⁸⁷

84 Befragung des Genossen B[...] vom Institut für Staatslehre und Staatsrecht an der Universität Leipzig in der BPKK Leipzig mit Tenner und Scharrer von der ZPKK am 27.3.57 zur Verbreitung der Kardelj-Broschüre, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 58f.

85 Aktenvermerk über eine Aussprache mit Genossen G[...], Leiter der Bibliothek an der Akademie Babelsberg am 8.4.1957 in der BPKK Potsdam. Anwesend: Tenner, Scharrer (ZPKK), Genossin Warnke (BPKK Potsdam), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 72f.

86 Aktenvermerk über eine Aussprache mit Genossen Kröger, Professor und Rektor der Akademie Babelsberg am 8.4.1957 in der BPKK Potsdam. Anwesend: Tenner, Scharrer (ZPKK), Genossin Warnke (BPKK Potsdam), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 74f.

87 Aktenvermerk über eine Aussprache mit Genossen B[...], Dozent am Institut für Literatur, Leipzig, am 16.4.57 in der BPKK Leipzig. Anwesend: Tenner, Scharrer (ZPKK), Genossin Peters (BPKK Leipzig), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 76ff.

Auch an der Akademie gingen die „Abweichungen“ über das Problem der Verbreitung jugoslawischer Literatur hinaus, wie ein Bericht über die dortige erweiterte Parteileitungssitzung Ende April 1957 zeigte: Anlässlich der erfolgreichen Behauptung der neuen polnischen Parteiführung unter Gomułka gegenüber sowjetischer Einmischung wurden gemäß einem Bericht des damaligen Parteisekretärs auf dieser Parteileitungssitzung in der Diskussion zu einer zwei Tage zuvor stattgefundenen Vorlesung über die Leninschen Parteinormen mehrheitlich parteischädigende Auffassungen geäußert. So hieß es, die Parteiführung isoliere sich von den Massen und in der Partei, wenn sie nicht wie die Presse der Bruderparteien der kapitalistischen Länder ihre Mitglieder ganz anders als das ND informiere. Zur Rehabilitierung von Imre Nagy fehle in der Parteipresse die vollständige Begründung. Die Bündnispolitik sei angesichts der Fluchtzahlen von Bauern offenbar fehlerhaft. Ein weiterer Teilnehmer fragte, ob nicht über den „Personenkult“ hinaus eine Basis für das alles existiere. Sei im Brief des ZK an die Hochschulen nicht eine Tendenz für die Rechtfertigung des Personenkults für die Zukunft enthalten? Der ehemalige Parteisekretär der GO Fachstudium fragte: Wo sind die Garantien, daß sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen? Die verspäteten Informationen über die Situation durch Presse und Rundfunk und durch die Parteiführung seien selbst Rudimente des Alten, ebenso der Bürokratismus und die Ignorierung der Meinung von Wissenschaftlern. Ein anderer Diskutant erklärte, wegen der defizitären Berichte informiere man sich in Westsendern, die zu widerlegen man sich hinterher bemühe. Schließlich hieß es, die Haltung der Partei(führung) würde den Gegner unterstützen. Das Verhältnis zu den Bruderparteien (insbesondere zur polnischen Bruderpartei) sei enger zu gestalten. Wie stehen wir zu Gomułka und zu Rákosi? Der Realitätssinn mancher Parteibeschlüsse müsse bezweifelt werden. Alle Genossen verteidigten das Westsenderhören, da sie es für ihre Arbeit brauchten.⁸⁸

Am 2. Mai 1957 gab die ZPKK ihren Abschlußbericht der „Untersuchung über die an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften ‘Walter Ulbricht’ aufgestellte und propagierte revisionistische Theorie in der Staatsfrage“. Demnach waren nach dem XX. Parteitag der KPdSU starke Schwankungen besonders im Lehrkörper im Verhältnis zu Partei und Staat sowie Zweifel an der marxistisch-leninistischen Theorie infolge ungenügender parteilicher Informationen über das Chruschtschow-Referat während der 3. Parteikonferenz durch den Rektor Kröger zu verzeichnen gewesen. Die allgemeine Fehlerdiskussion (auch seitens der Zentralen Parteileitung) wurde unter der Parole des Kampfes gegen den Dogmatismus geführt. Nicht Fehler und Mängel an der Akademie, sondern Zweifel an der richtigen Politik der Parteiführung und der Regierung hätten im Mittelpunkt gestanden. Der Liberalismus in der ZPL führte zur Ignorierung der fast schon feindlichen Tendenzen in Grundorganisationen und Parteigruppen. So wurde am Institut für Philosophie die These vertreten, der Klassenkampf in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus verschärfe sich nur, wenn Partei und Regierung Fehler machten. Im Institut für Staat und Recht hieß es, die Bewußtseinsbildung der Genossen solle „frei und selbständig“ ohne Beeinflussung durch die Partei vor sich gehen. Für zwei Genossen, die Ulbricht und Stoph kritisierten, wurde bereits verfügt, daß sie ihre Parteiverbundenheit nun in einem Betrieb unter Beweis stellen könnten. Auf dem Boden dieser Stimmungen wurde „die auf dem 30. und 31. Plenum unseres ZK aufgezeigte revisionistische Theorie in der Staatsfrage und der Verneinung der führenden Rolle der Partei in Vorlesungen und Druckschriften propagiert ..., ohne daß ein ent-

88 Bericht über parteifeindliche Auffassungen nach dem 8. ZK-Plenum der PVAP vom 25.4.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 47ff.

schiedener prinzipieller Kampf von seiten der Parteiorganisation dagegen aufgenommen wurde.“ Der Hauptverantwortliche Rektor Kröger habe die Verbreitung antimarxistischer feindlicher Auffassungen (Absterben des Staates und Verneinung der führenden Rolle der Partei) legalisiert. Wegen Verletzung der revolutionären Wachsamkeit wurde von der ZPKK die Parteistrafe der Rüge und die Prüfung empfohlen, ob Kröger weiter Rektor bleiben könne. Für den Beschaffer des jugoslawischen Materials, dem keine bewußt feindliche Handlungsweise nachweisbar war, sollte wegen Verbreitung revisionistischer und feindlicher Auffassungen sowie wegen Verletzung der Prinzipien der revolutionären Wachsamkeit eine strenge Rüge erteilt und die Beendigung seiner Tätigkeit als Wissenschaftler empfohlen werden. Für einen weiteren Genossen wurde wegen der unkontrollierten Auftragserteilung für einen Vortrag über die Staatstheorie Jugoslawiens eine Rüge wegen mangelnder Wachsamkeit bei Prüfung seiner Leitungsfunktion vorgeschlagen. Dem Leipziger Genossen, welcher zuvor an der Akademie tätig war und dem die Äußerung nachgewiesen werden konnte, er habe politisch-ideologisch und in Fragen der Strategie und Taktik von Polen und Ungarn mehr gelernt, als vom XX. Parteitag, wurde eine strenge Rüge wegen des Vertretens feindlicher Auffassungen zugebracht. Der ZPKK-Bericht enthielt auch die Mitteilung, daß am Ort des gravierendsten Verstoßes, nämlich in der Grundorganisation der Abteilung Staats- und Rechtsfragen im ZK-Apparat, beschlossen wurde, die beiden verantwortlichen Genossen wegen fahrlässiger Behandlung der Kardelj-Broschüre an der Akademie aus dem ZK-Apparat zu entfernen.⁸⁹ In ihren flankierenden Untersuchungen kam die BPKK Potsdam zu dem Schluß, daß der Umfang der Verbreitung der Broschüre von Kardelj kaum kontrolliert werden könne, „da sie nach unserer Information im Bezirk Leipzig und auch in [den] Kreisen vervielfältigt wurde.“ Nach der Aufzählung eines Dutzends von Genossen, die feindliche Auffassungen verbreitet hätten, hieß es: „Es ist ... offensichtlich, daß die feindliche Plattform Harich von allen genannten Genossen in irgend einer Form vertreten wurde. Es ist uns bisher nicht gelungen festzustellen, wer der Inspirator ist und ob eine organisierte Form bestanden hat.“⁹⁰

Das Finale der Affäre fand auf einer Sitzung der Zentralen Parteileitung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften am 3. Juli 1957 nach der Bestätigung des Untersuchungsberichts der ZPKK in Anwesenheit der Vorsitzenden der BPKK Potsdam, Erna Warnke, dem 1. Sekretär der Stadtleitung Potsdam, dem Vorsitzenden der SPKK Potsdam, sowie Sepke und Scharrer von der ZPKK statt. Es wurde beschlossen, den ZPKK-Bericht und seine Schlußfolgerungen in allen Grundorganisationen der Akademie auszuwerten. Der uneinsichtige Leipziger Genosse weigerte sich, den ZPKK-Beschluß zu akzeptieren und begründete dies mit einer Untersuchung in Buna, wo er erschreckende Feststellungen über die Differenzierung in der Arbeiterklasse gemacht habe, die Partei praktisch keine Massengrundlage habe und nicht wüßte, was in den einzelnen Betrieben los sei. Alle Genossen waren sich einig, daß dieser Genosse nicht länger Oberassistent am Leipziger Institut für Literatur

89 Untersuchung über die an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ aufgestellte und propagierte revisionistische Theorie in der Staatsfrage vom 2.5.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 3ff.

90 Mitteilung der BPKK Potsdam (Warnke) über den Stand der Untersuchungen an der Akademie, eingegangen bei der ZPKK am 19.5.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 55ff.

sein könne und in einen Betrieb gesteckt werden müsse, „wo er arbeiten lernt und die Verbindung zur Arbeiterklasse erhält.“⁹¹

2.4. Der Kampf gegen den Revisionismus an der Parteihochschule „Karl Marx“ 1957

Wie nun der auf dem 30. ZK-Plenum ausgerufene „Kampf gegen den Revisionismus“ geführt wurde, zeigen exemplarisch die Vorgänge an der Parteihochschule „Karl Marx“, an der seit April 1957 die Diskussionen des Jahres 1956 im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU neu aufgerollt wurden. Hanna Wolf, Direktorin der PHS, bekannt als glühende Stalinistin, war auch der ZPKK vertraut als Denunziantin des in Ungnade gefallenen Wilhelm Zaisser, der es ihren Bekundungen zufolge gewagt hatte, an der Schuld Slánskýs zu zweifeln (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 5.). Ihr Stuhl begann unter dem Druck der im Frühjahr 1956 beginnenden Diskussionen an der PHS zu wackeln. In die Kritik an ihr stimmte damals überraschend auch ein ehemaliger Student und bis 1955 Parteisekretär der PHS, Georg Gläser, ein, der nach seinem Studium Mitarbeiter von Schirdewans Abteilung Leitende Organe und dort zuständig für Parteischulen war. Gläser nahm an der Parteiversammlung der Gruppe Unterricht am 24./25. September 1956 teil und äußerte dort noch sehr vorsichtig:

„Warum sind nicht auf dem XX. Parteitag alle führenden Genossen aufgetreten und haben gesagt, daß sie schuldig oder mitschuldig daran sind? Dabei haben die Genossen, die diese Frage so gestellt haben, völlig übersehen, daß gerade die führenden Genossen der kommunistischen Partei der Sowjetunion seit einigen Jahren ernsthaft kämpfen um die Überwindung all dieser Dinge, die in der KPdSU durch den Personenkult aufgetreten sind. Ich denke, auch von dieser Seite her war der Beitrag der Genossin Wolf nicht befriedigend ... Mir scheint, daß ... der konkreteste Kampf auch gegenwärtig an der Parteihochschule gegen den Dogmatismus geführt werden kann ... Besteht nicht gegenwärtig bei der Demokratisierung ... die Gefahr, daß der demokratische Zentralismus bei uns etwas unterhöhlt wird? ... Ja, sicher! ... Aber diese Gefahr ist jetzt nicht das Wichtigste ... da es doch offensichtlich keine hohen Wellen und keine großen Schwankungen in der Parteiorganisation der PHS gegeben hat ... [Genossin Wolf] müßte mit der Unduldsamkeit gegenüber allen Genossen ... Schluß machen ... Manchmal hat man den Eindruck, als ob viele dieser Erscheinungen in ihrem Verhältnis zu den Menschen, von denen hier die Rede ist, etwa von der Sorge getragen wären, ja nichts von der Autorität zu verlieren, die sie als Direktor und als Parteimitglied hat ... Ich muß sagen, es ist schade, daß diese Kritik an der Arbeit der Genossin Wolf nicht schon früher in dieser offenen und sachlichen Art erfolgt ist.“⁹²

Doch erst die Mitteilung einer aufmerksamen Studentin der PHS an die ZPKK vom April 1957 über die „bewußte Arbeit der Parteileitung gegen die Direktorin Hanna Wolf“ veranlaßte die ZPKK fast ein Jahr später, die Ereignisse an der PHS unmittelbar nach dem XX.

91 Sitzung der ZPL der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften am 3.7.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/170, Bl. 12ff. Der Leipziger Genosse übte dann am 21.7.57 die von ihm erwartete Selbstkritik, wobei er überdies eine weitere Genossin als Inspiratorin denunzierte. Ebenda, Bl. 92ff.

92 Auszug aus der Parteiversammlung vom 24./25. September 1956 der Gruppe Unterricht, Beitrag Gläser, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 53ff.

Parteitag der KPdSU zu untersuchen.⁹³ Inzwischen hatten sich aber jene Bedingungen grundsätzlich gewandelt, unter denen die Debatte über den XX. Parteitag im Frühjahr 1956 noch unter dem Motto der „Kritik am Dogmatismus“ lief. Mitte 1957 ging es um den Kampf gegen den Revisionismus, vor dessen Hintergrund die damaligen Diskussionen in etwas anderem Licht erschienen: Gegenüber einer auf Initiative der ZPKK eingesetzten Kommission der Parteihochschule äußerte sich am 18. Juni 1957 der stellvertretende Direktor der Parteihochschule, Heinz Kurze, in Anwesenheit von Herta Geffke zu einer Lehrerkonferenz der Parteihochschule und einer darauffolgenden Mitgliederversammlung im Mai 1956. Die ZPKK notierte: „Damals gab es im Lehrerkollektiv und besonders in der Parteileitung dieser GO eine solche Vorstellung, jetzt kann man alles sagen. Nach seiner [Kurzes] Meinung begannen die Differenzen an der Parteihochschule zwischen Teilen des Lehrerkollektivs und der Genossin Wolf, nachdem diese in einem Schreiben an das Politbüro um ihre Abberufung gebeten hatte ... Als die Genossin Hanna Wolf vor der Parteihochschule über die Auswertung des 28. Plenums sprach, waren die Genossen nicht einverstanden ... Ihm [Kurze] (wurde) gesagt, ... daß es bei ihnen darum ging, den Marxismus-Leninismus zu revidieren.“ In der letzten Versammlung der GO habe man „die besten Genossen aus der Parteileitung herauswählen können.“⁹⁴ Im Bericht einer Kommission der ZPL an der PHS vom 22. Juli 1957 hieß es dazu:

„Die Aktivtagung der BPO der PHS vom 5.4.1957 verurteilte die falsche politische Orientierung der GO Unterricht durch ihre damalige Leitung (GO-Sekretär Genosse Eberhard Schlorke). [Es] ... wurde festgestellt, daß die Leitung der GO Unterricht die Genossen ungenügend zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus mobilisiert, respektive die prinzipielle Diskussion um das richtige Verständnis der Fragen des XX. Parteitages und der Politik unserer Partei direkt verhinderte ... Auf der Grundlage der falschen Orientierung der Leitung konnte es geschehen, daß in der Parteilinie Diamat [dialektischer Materialismus] starke Tendenzen der Koexistenz in ideologischen Fragen existierten und ein parteifremdes revisionistisches Referat zum Thema: 'Partei – Klasse und Masse' entstand ... Auf der Sitzung der ZPL vom 5.4.1957 wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, die den Auftrag erhielt, die noch offenen Fragen zu untersuchen ... Einige Genossen ..., im wesentlichen sind es einige Mitglieder der alten Leitung der GO Unterricht, aber auch ... der Genosse Bähr, Sekretär der PO der PHS, versuchen die PO zurückzuzerren auf die alte prinzipienlose Diskussion und stören dadurch die Arbeit der PHS.“

Genannt werden die Genossen Kurze, Nawroth, Schlorke und Wissussek, die Stimmung gegen die Genossin Wolf bzw. gegen die Kommission machten.

„Die Kommission ist der Meinung, daß es in der GO Unterricht im vergangenen Jahr eine Gruppe von Genossen gab, die die Beschlüsse des XX. Parteitages kleinbürgerlich aufgefaßt hat ... Daraus ergab sich ihre Forderung. 'Es müsse alles an der Schule verändert werden.' Um eine solche Veränderung herbeiführen zu können, sollte jeder Schritt der Vergangenheit an der Schule ... unter die Lupe genommen werden. Sie faßten die Linie der Partei in der Frage des Kampfes gegen den Dogmatismus und um den Meinungsstreit in der Richtung einer Liberalisierung auf. Es

93 Bericht von Hilde Z[...] an die ZPKK über die Hochschule „Karl Marx“ vom 18.4.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 19f.

94 Aktennotiz der ZPKK betreffs Genossen Heinz Kurze, stellvertretender Direktor der Parteihochschule „Karl Marx“, vom 21.6.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 21ff.

wurde in der PO praktisch die Fahne der Diskussion erhoben, ohne das Prinzip der Lenin'schen Parteilichkeit zu wahren, ohne zu beachten, ob Zeit und Umstände eine solche Diskussion zuließen.“

Mitverantwortlich wurden die Genossin Jackel, der Genosse Kurze (Mitglied der Leitung und Leiter der Lehrerabteilung), die Genossin Marianne Lange und der Genosse Wissusseck (beide Mitglieder der alten Parteileitung, zu der Lange nicht mehr kandidierte) gemacht. Der Hauptbegünstigte der falschen Diskussionen sei jedoch der Genosse Bähr gewesen, „der in der Parteiversammlung im September erklärte, daß in unserer Partei mit dem demokratischen Zentralismus Mißbrauch getrieben wurde, ... daß ein Parteimitglied nicht das Recht habe auf eine eigene Meinung, sondern immer die Meinung der Partei haben müsse,“ und der im Dezember „noch einmal bestätigte: 'Ich nehme kein Wort zurück'.“

„So konnte es geschehen, daß es der ZPL der PHS nicht gelang, rechtzeitig zu bemerken, daß in einer ihrer führenden Grundorganisationen – der Gruppe Unterricht – sich der Boden für eine Gruppierung herausbildete. In dieser Periode wurde, wie in den Resolutionen der Wahlversammlungen der Grundorganisation Unterricht sowie der letzten Parteiaktivtagung festgestellt, ein prinzipienloser Kampf gegen den Direktor geführt und seine Anweisungen mißachtet. Alle Fragen wurden mit dem Genossen Kurze als Mitglied der Leitung und [in] seiner Funktion als Stellvertreter des Direktors besprochen und entschieden. Somit entstanden faktisch zwei Leitungen an der Schule. Unter Duldung der Leitung der GO kam es zu Demonstrationen gegen die Genossin Wolf (Pfei-Rufe). Die Genossen Kurze, Schlorke und Bähr stellten ... die Frage der Unabhängigkeit der Lehrstühle und der Parteiorganisation vom Direktor Eine Reihe Genossen aus der ehemaligen Leitung der GO haben ... unter Benutzung berechtigter Kritiken an der Arbeit des Direktors der Schule Methoden des prinzipienlosen Kampfes angewandt, wie sie für Gruppierungen charakteristisch sind. Autorisiert wurden sie durch die Haltung der Genossen Schlorke und Bähr.“

Der Bericht schätzte ein, daß die Genossen Nawroth (Beauftragter der ZPL für die GO Unterricht) und Bähr (Sekretär der PO der PHS) Versöhnler wären: „Genosse Bähr war, wie einige andere Genossen, der Meinung, daß man bei uns für ein humanes Parteileben kämpfen muß. Es ging also nicht um eine leninistische und prinzipienfeste Parteiarbeit und Parteileben ... Genosse Kurze hat als Mitglied der Schulleitung politisch versagt ... Die ZPL empfiehlt aus diesem Grunde der Schulleitung, den Genossen Kurze von seiner Funktion zu entbinden.“ Dieser Bericht wurde, wie Herta Geffke anmerkte, am 13. Juli 1957 von der zentralen Parteileitung der PHS mit 13 gegen die Stimmen der Genossin Jackel und des Genossen Nawroth beschlossen.⁹⁵

Die unter der Kontrolle der ZPKK stattgefundene Arbeit der Kommission war jedoch noch nicht das Ende der Angelegenheit. Die Kommission selbst hielt es für nötig, daß die ZPKK selbst tätig werde: In einem Anhang zu ihrem Bericht vom 27. Juli 1957 schätzte sie ein: „Die Kommission [ist] der Auffassung, daß die Ereignisse und Diskussionen an der Parteihochschule im Jahre 1956 nicht nur an der Schule entstanden sind oder ohne Einfluß von Mitarbeitern des ZK im Hause der Einheit geblieben sind.“ Die Kommission wies die ZPKK darauf hin, daß Kurze, Bähr und Schlorke sich auf Beratungen mit den Genossen Fritz Kleinert und Georg Gläser (Abteilung Leitende Organe) beriefen und Kurze zusätzlich sogar auf Kurt Hager. Ein Instrukteur beim ZK kündigte den Lehrern der PHS im Militärla-

⁹⁵ Bericht der Kommission an die ZPL der PHS vom 22.7.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 24ff.

ger vom April 1956 die Ersetzung von Hanna Wolf durch Karl Mewis (1. Sekretär der BL Rostock) an. Weiterhin gäbe es einen Briefwechsel von Bähr mit den Genossen der Abteilung Leitende Organe beim ZK über das Parteistatut der PHS, wobei Bährs Vorschlag zum Statut auf Drängen der Abteilung Leitende Organe entstanden und mit Wissen der Abteilung die Einbeziehung der ZPL der PHS unterblieben sei. Schließlich habe Bähr im September 1956 auf der Mitgliederversammlung der GO Unterricht in Anwesenheit Gläasers führende Funktionäre der Partei des Mißbrauchs des demokratischen Zentralismus bezichtigt. Gläser dagegen habe damals die Kritik an Hanna Wolf für die Hauptaufgabe und die politischen Schwankungen an der Schule für zweitrangig gehalten. „Diese Fragen können aber nicht von uns von der PHS aus geklärt werden. Wir bitten deshalb, diese Fragen im Interesse der Partei von euch aus zu klären.“⁹⁶

Damit war die dem ZK-Sekretär Schirdewan bis Ende Januar 1957 zugeordnete Abteilung Leitende Organe unversehens ins Visier der Kämpfer gegen den Revisionismus geraten. Dagegen war die Situation an der PHS selbst im Sinne der Parteilinie so gut wie bereinigt: Heinz Kurze, inzwischen in die PHS versetzt und als Dozent am Lehrstuhl Internationale Arbeiterbewegung tätig, übte in der Parteiversammlung der GO Unterricht am 13. September 1957 nach einem Jahr endlich die von ihm erwartete umfassende Selbstkritik seines Verhaltens des vergangenen Jahres in allen Punkten: So hätten er und seine Unterstützer in der Septemberversammlung der GO des Vorjahres sich „sogar an die Spitze dieser kleinbürgerlichen Welle von Kritik gesetzt“, die sich gegen Hanna Wolf richtete.⁹⁷ Helmut Bähr, inzwischen auf eigenen Antrag seiner Funktion als Parteisekretär enthoben, erklärte an gleicher Stelle ebenso umfassend: „Ich habe nicht genügend berücksichtigt, daß das Wichtigste an XX. Parteitag nicht die Fragen waren, die im Zusammenhang mit der Kritik am Personenkult standen, sondern habe mitunter gerade die Fragen, die sich daraus ergaben, in den Mittelpunkt meiner Arbeit gestellt.“⁹⁸ Eberhard Schlorke versuchte in dieser Versammlung, in seiner obligatorischen Selbstkritik gleichzeitig die nun drohende Einordnung der damaligen Akteure als parteifeindliche Gruppe abzuwenden: „[Die] Grundorganisation (hat) im vergangenen Jahr unter meiner Leitung eine falsche politische Orientierung erhalten ... Die Ursache dafür liegt besonders darin, daß ich den XX. Parteitag nicht richtig begriffen habe ... Die Linie, ... die, wie sich gezeigt hat, eine falsche Linie war, wurde in der Leitung erarbeitet ... Ich möchte ... sagen, daß ich mit keinem Genossen hinter dem Rücken der Leitung in irgend einer Form Absprachen geführt habe, so daß es mir schwer fällt, einzusehen, daß hier eine Gruppierung bestanden hat. Denn für mich ist eine Gruppierung gleichbedeutend mit einer bestimmten politischen Plattform, die darauf gerichtet ist, hinter dem Rücken gegen eine gewählte Leitung zu arbeiten ... möchte ich auch hier noch kurz erklären, daß mir im Zusammenhang mit der Frage des Auftraggebers ... niemand in irgendeiner Form den Auftrag gegeben hat ... irgendetwas zu organisieren ...“⁹⁹

Was hier in der Luft lag, war klar: Gab es etwa in der ehemals von Schirdewan geleiteten ZK-Abteilung Leitende Organe „Hintermänner“ oder „Auftraggeber“ für parteifeindliche

96 Anhang zum Bericht der Kommission vom 27.7.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 33f.

97 Tonbandprotokoll des Beitrags von Heinz Kurze in der Parteiversammlung der GO Unterricht vom 13.9.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 43ff.

98 Tonbandprotokoll des Beitrags von Helmut Bähr in der Parteiversammlung der GO Unterricht vom 13.9.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 46ff.

99 Tonbandprotokoll des Beitrags von Eberhard Schlorke in der Parteiversammlung der GO Unterricht vom 13.9.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 50ff.

Gruppenbildung an der PHS? Die ZPKK begann nun selbst, die Untersuchung zu führen. Sie lud am 30. September 1957 Georg Gläser vor. Gläser versuchte abzuwiegeln und erklärte Herta Geffke, Erich Ament und Max Sens zu den Diskussionen in der Parteihochschule, daß die Abteilung Leitende Organe nur bis Mai 1956 für die PHS voll verantwortlich gewesen sei; danach wäre die Anleitung für ideologische Fragen wieder der Abteilung Propaganda übertragen worden. Kurze und Schlorke hätten ihm und Fritz Kleinert von der Abteilung Leitende Organe im Sommer 1956 von der stattgefundenen Lehrerkonferenz und der dort geübten starken Kritik und der Unzufriedenheit mit der Schulleitung berichtet. Das Protokoll der Konferenz wäre an Schirdewan gegangen. Hanna Wolf sei auf der Parteiversammlung der GO Unterricht im September 1956 (bei der Gläser Gast war) auf die Kritik kaum eingegangen und es kam zu Mißfallensbekundungen: „Man braucht ein humanes Parteilieben; die Genossin Wolf hat die Parteilinie in Erbpacht genommen“. Daraufhin sprach gemäß Gläsers Bericht Hanna Wolf am zweiten Tag nochmals und korrigierte einiges. Geffke, Ament und Sens hielten Gläser jedoch vor, daß Hanna Wolf auch von einigen politischen Unklarheiten der Lehrer an der PHS sprach.¹⁰⁰ Dieser Vorhalt erwuchs natürlich aus der Darstellung der Kommission vom 27. Juli, daß Gläser genau dies als zweitrangig erachtet hätte. Der Abteilungsleiter der Abteilung Leitende Organe, Fritz Kleinert, ebenfalls am 30. September von der ZPKK befragt, stellte klar, daß für die politisch-ideologische Anleitung der PHS ZK-Sekretär Schirdewan verantwortlich war; der Abteilung Leitende Organe oblagen lediglich Kader- und organisatorische Fragen. Auf Kleinerts Erklärung, bei der Versammlung im September habe es außer der Kritik an Hanna Wolf, deren Umgang mit den Kadern schlecht sei, nichts Bemerkenswertes gegeben, hielten Geffke, Ament und Sens Fritz Kleinert vor, daß es an der PHS große Diskussionen über das Togliatti-Interview, den Polyzentrismus, Fragen des Staates und über die führende Rolle der Partei gegeben habe.¹⁰¹ In der Befragung Helmut Bähres durch die ZPKK zur Rolle der Abteilung Leitende Organe bei der Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Statuts der PHS erklärte dieser, in den Diskussionen sei der Vorschlag der Einräumung von Rechten einer Kreisleitung für die PHS im Einvernehmen mit der ZK-Abteilung Leitende Organe gemacht worden. Bähres Entwurf enthielt die faktische Gleichstellung des Parteisekretärs mit einem ZK-Abteilungsleiter, was allerdings in den Vorschlägen der ZK-Abteilung nicht enthalten war. Kleinert habe der Genossin Wolf in einem Gespräch, an dem auch Bähr teilnahm, erklärt, die Septemberversammlung des Jahres 1956 sei genau nach den Vorstellungen der ZK-Abteilung gelaufen.¹⁰² An der PHS sei die Genossin Wolf als eine Art „großer Stalin“ eingeschätzt worden.

Am 11. November 1957 hatte die ZPKK ihren Untersuchungsbericht fertiggestellt. Die „Hinweise über Vorkommnisse an der PHS und das Verhalten der Genossen in der damali-

100 Protokoll der Befragung des Genossen Georg Gläser am 30.9.1957 durch Herta Geffke, Erich Ament und Max Sens zu den Diskussionen in der Parteihochschule, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 66ff.

101 Protokoll der Befragung des Genossen Fritz Kleinert am 30.9.57 durch Herta Geffke, Erich Ament und Max Sens zu den Diskussionen in der Parteihochschule, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 78ff. Das Interview Togliattis über die Rede Chruschtschows hatte auch in der SED Diskussionen ausgelöst, so daß das Politbüro am 19. Juni 1956 dazu einen Artikel im ND in Auftrag gab. Protokoll der PB-Sitzung vom 19.6.56 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/483.

102 Protokoll der Befragung des Genossen Helmut Bähr am 1.10.1957 durch Herta Geffke, Erich Ament und Max Sens zu den Diskussionen in der Parteihochschule, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 88ff.

gen Abteilung Leitende Organe beim ZK“ ergaben den Befund, daß ideologische Schwankungen unter den Lehrern der PHS nach dem XX. Parteitag der KPdSU zu Tendenzen des Polyzentrismus und zu Unklarheiten zu Fragen des Staates und zur führenden Rolle der Partei geführt hätten. So habe die Lehrstuhlleiterin für Kunst und Literatur, Marianne Lange, kritisiert, daß die SED nicht selbständig im Sinne deutscher Politik reagiere, sondern auf Beschlüsse der KPdSU warte. Der Sekretär der Zentralen Parteileitung, Helmut Bähr, habe behauptet, in der SED sei mit dem demokratischen Zentralismus Mißbrauch betrieben worden und an der PHS müsse ein wirklich humanes Parteileben entfaltet werden. Ein anderer Genosse habe für die Ausarbeitung einer Lektion über den XVII. Parteitag der KPdSU den Wortlaut der im Westberliner „Tagesspiegel“ veröffentlichten Rede Chruschtschows über den Personenkult auf dem XX. Parteitag angefordert und sei dabei vom Lehrstuhlleiter Geschichte, Wissensseck, und von Genossin Jackel (stellvertretende Lehrstuhlleiterin für Philosophie) unterstützt worden. Die von Genossin Hanna Wolf und Genossen Abraham geübte Kritik daran hätte das Kollektiv der Lehrer als unberechtigt zurückgewiesen. Auf der Lehrerkonferenz am 29. Juni 1956 in Abwesenheit von Hanna Wolf habe Kurze in seinem Referat massierte Kritik an Methode und Arbeitsstil der Genossin Wolf als Schulleiterin formuliert. Diese Linie wurde auch nach dem 28. ZK-Plenum von Bähr, Kurze und der Parteileitung der GO Unterricht fortgesetzt. Nur Genosse Abraham sei gegen diese einheitliche ideologisch-politische Orientierung aufgetreten, deren hartnäckigste Vertreter Bähr, Kurze, Jackel, Nawroth, Wissensseck und Schlorke als Parteisekretär der GO Unterricht waren. „Sie taten dies unter dem Vorwand, daß die Methoden der Genossin Wolf im Umgang mit den Menschen die Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper erschwere bzw. unmöglich mache. In Wirklichkeit verbargen sich dahinter politisch-ideologische Abweichungen, die revisionistische Tendenzen zum Ausdruck brachten und auch in dieser Richtung eine Linie erkennen ließen, die sich gegen die Grundlagen der Partei und des demokratischen Zentralismus richteten.“ Der Vorschlag Hanna Wolfs für ein Seminar über Lenins „Staat und Revolution“ wurde als Versuch der Ablenkung von ihren Fehlern ausgelegt und das Seminar nicht durchgeführt. Die fehlerhaften Methoden Hanna Wolfs seien als Hauptschwächen der Schule dargestellt und in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden. Statt Wolf zu unterstützen, hätten die Genossen der ZK-Abteilung Leitende Organe den Genossen Bähr zur Ausarbeitung eines Entwurfs über den Organisationsstatus der Parteiorganisation der PHS aufgefordert. In diesem Entwurf wurde der unmittelbare Einfluß der Schüler und Lehrer auf den Lehrplan und auf Kaderentscheidungen und (nach dem Vorbild Ungarns vor den Oktoberereignissen) die Zuweisung des Status eines ZK-Abteilungsleiters für den Parteisekretär der PHS gefordert. Diesen Entwurf habe zwar die ZK-Abteilung Leitende Organe abgelehnt, jedoch führte sie keine Auseinandersetzung mit Bähr darüber. Die ZPKK schätzte ein, daß Kleinert und Gläser die politisch-ideologischen Schwächen an der PHS nicht erkannten bzw. ignorierten, obwohl Gläser das Protokoll der Lehrerkonferenz kannte und an der Parteiversammlung im September 1956 teilgenommen hatte. Nach dieser September-Versammlung habe Kleinert in einer von ihm zu Fragen des Organisationsstatuts der PO der PHS einberufenen Besprechung mit Bähr und Wolf geäußert, daß nicht die Organisationsfragen, sondern die prinzipiellen Differenzen zwischen Wolf und Bähr die Hauptfrage sei und die Ergebnisse der Septemberversammlung bekräftigt. Damit seien die Genossen der PHS in ihrer falschen politisch-ideologischen Linie bestärkt worden.

Aus diesem Befund zog die ZPKK folgende Schlußfolgerungen: „Die Genossen Kurze und Schlorke haben in kleinbürgerlicher Manier intrigiert und persönliche Konflikte vor die

politisch-ideologischen Probleme, wie sie an der Parteihochschule standen, gestellt.“ Kurze, Bähr, Schlorke, Jackel wären aus dem Kollektiv der Lehrer zu entfernen und woanders einzusetzen. Zukünftig sei für eine konsequentere Kontrolle der PHS durch die verantwortliche Abteilung beim ZK mit Vorrang der politisch-ideologischen Anleitung zu sorgen.¹⁰³

2.5. „Aufweichungserscheinungen auf kulturellem Gebiet“: Die Untersuchungen der ZPKK im Ministerium für Kultur und im Rundfunk

Die 32. ZK-Tagung vom 10.–12. Juli 1957 sah sich offenbar nicht ohne Grund veranlaßt, das Politbüro zu beauftragen, eine Kommission zur Überprüfung des Apparates der literaturverarbeitenden Institutionen zu bilden und eine Kulturkonferenz einzuberufen. Zuvor war bereits auf der 30. ZK-Tagung Ende Januar 1957 der antirevisionistische Kampf in den Wirtschafts-, Staats-, und Rechtswissenschaften eröffnet und Bloch als Repräsentant des „philosophischen Revisionismus“ kritisiert worden. Das Mißtrauen, unter DDR-Parteintellektuellen könne sich nach dem ungarischen Vorbild des „Petöfi-Kreises“ eine informelle Strömung herausbilden, war in der Parteiführung virulent. Nachdem also Philosophen, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler auf dem 30. ZK-Plenum kritisiert wurden, war es nur folgerichtig, daß der dort geortete Revisionismus auch im Bereich der Kultur anzutreffen sein mußte. Hier ging es nicht nur um das 1954 gebildete Ministerium für Kultur, sondern auch um die mit Kultur-, Kunst- und Propagandafragen befaßten ZK-Abteilungen. Zunächst geriet jedoch tatsächlich dieses Ministerium sowie der Rundfunk in das Blickfeld der Überprüfung.

Am Beginn der Angelegenheit stand ein Brief des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK), Ernst Wabra, an Ulbricht am 4. September 1957 zur Ministerratsvorlage des Ministeriums für Kultur (MfK).¹⁰⁴ Aufgrund eines Berichts der ZKfSK vom 20. August 1957 schätzte Wabra ein „... daß unsere Kulturpolitik zu einer tiefgreifenden Abhängigkeit von Westdeutschland geführt hat. Wegen des Komplexes Deutsche Schallplatte ... hat die ZKSK inzwischen die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit aufgenommen.“ Ausgerechnet auf Horst Sindermann, den Leiter der ZK-Abteilung Agitation und Propaganda, der vertrat, „daß keine ökonomischen Hemmungen bestehen dürfen, wenn eine bestimmte Politik über den Rundfunk durchgesetzt werden müsse“ und damit nur die Herabsetzung von Honoraren an hervorragende Künstler kritisierte, beriefen sich diesem Brief zufolge die Verantwortlichen, zum Beispiel der kaufmännische Leiter des Staatlichen Rundfunkkomitees, um dies jedoch in ihrem Apparat sehr viel weit-

103 Hinweise über Vorkommnisse an der PHS und das Verhalten der Genossen in der damaligen Abteilung Ltd. Organe beim ZK. Untersuchungsbericht der ZPKK vom 11.11.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 98ff.

104 Diese Vorlage gab Auskunft über die Zahlungen aus Urheber- und Verlagsrechten an die BRD und an das Ausland, wobei auch ersichtlich wurde, daß der Deutschlandsender und der Berliner Rundfunk über 50% U-Musik aus der BRD und dem kapitalistischen Ausland spielten. Bei Tanzmusik läge die Quote bei etwa 2/3. Bericht vom 20.8.57 über die Ministerratsvorlage 206, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 53ff. Die Vorlage zielte auf die zusätzliche Bereitstellung von 4,5 Millionen DM Devisen-Verrechnungseinheiten. Ulbricht hatte wegen der Ministerratsvorlage des MfK auf der Parteilinie den amtierenden Vorsitzenden der ZKSK mit der Anfertigung eines Berichts über die Devisenpolitik des MfK beauftragt. Hausmitteilung von Ulbricht an Matern vom 14.10.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 48.

gehender auszunutzen. Am 31. August 1957 habe daraufhin eine erste koordinierende Besprechung mit Vertretern aller Beteiligten (aus allen Ministerien) im MfK stattgefunden, wo verabredet wurde, mit Beschluß des Staatlichen Rundfunkkomitees die Beschäftigung westdeutscher Künstler sofort einzustellen.¹⁰⁵

Auf die geharnischte Beschwerde des Staatssekretärs im MfK, Alexander Abusch, bei Ulbricht am 30. September über den Bericht der ZKSK¹⁰⁶ folgte am 4. Oktober die ablehnende Stellungnahme des MfK zum Bericht der ZKSK vom 20. August. In deren Einspruch wurde auf Maßnahmen, wie den Stopp der Valutaverpflichtungen verwiesen. Weiter hieß es unter anderem, das MfK sei in den letzten 2 Jahren von Jazz-Diskussionen seitens der FDJ und Programmgestaltern des Rundfunks überrollt worden. Das MfK traf kaum ausreichende administrative Maßnahmen, sondern habe nur auf dem Wege der Überzeugung zu wirken versucht. Seit Jahren bestehe die Anweisung des MfK mit der Verfügung „50:50 Ost-West“ bei der Tanzmusikproduktion des VEB Deutsche Schallplatte.¹⁰⁷

Am 14. Oktober 1957 schlug Ulbricht in einer Hausmitteilung an Matern vor, die ZPKK mit der Untersuchung zu beauftragen und dem Politbüro Bericht zu erstatten.¹⁰⁸ Die Verhältnisse hatten sich aus der Sicht der Parteiführung dahingehend entwickelt, daß die 33. ZK-Tagung vom 16.–19. Oktober 1957 über die Verantwortlichkeiten für feindliche ideologische und für konterrevolutionäre Positionen und Aktivitäten unter der Intelligenz und den Kulturschaffenden nach dem XX. Parteitag der KPdSU debattieren mußte. Paul Wandel wurde als ZK-Sekretär für Kultur von seiner Funktion entbunden und eine Kommission für Kultur beim Politbüro unter der Leitung von Alfred Kurella gebildet. Die am 23./24. Oktober 1957 folgende Kulturkonferenz diente dazu, die SED-Linie einer parteilichen „sozialistischen Kultur“ gegen Erscheinungen der „bürgerlichen Dekadenz“ zu bekräftigen. Damit war auch die Linie der ZPKK in der ihr übertragenen Untersuchung unzweideutig bestimmt.

In einer Aussprache mit Genossen der ZKSK am 25. Oktober 1957 zur Frage der ideologischen Probleme im MfK machten die staatlichen Kontrolleure im Ministerium deutlich, daß dort die ökonomische Seite der Kulturarbeit mißachtet und dies durch die ZK-Abteilung Kultur begünstigt würde. Zur Ursache hieß es, im MfK, besonders in der Hauptabteilung kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, bestünde die Auffassung, daß das Auftreten von westdeutschen Künstlern in der DDR der Einheit Deutschlands diene.¹⁰⁹ Von der Aussprache mit Genossen von der ZK-Abteilung Kultur am 26. Oktober notierte die ZPKK: „Im Ministerium gäbe es folgende Diskussion: Die Geschichte der Kultur der DDR zähle eigentlich erst ab Januar 1954, d[as] h[eißt] also, seit der Gründung des Ministeriums für Kultur. Vorher habe es die Staatliche Kunstkommission unter Leitung der Genossen Holzhauser, Girmus und [Ernst] Hoffmann gegeben. Diese Kommission sei aber Terror, Bürokrati-

105 Schreiben des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (Wabra) an Ulbricht vom 4.9.57 zur Ministerratsvorlage Nr. 206 des MfK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 50ff.

106 „Ich habe bereits beim Genossen Rau, in Gegenwart des Genossen Kästner von der Zentralen Kontrollkommission gegen die ganze diffamierende und verleumderische Art dieses Berichts über die Arbeitsweise unseres Ministeriums protestiert. In diesem Bericht werden Tatsachen und Zusammenhänge grob entstellt und Maßnahmen des Ministeriums einfach verschwiegen.“ Brief des Staatssekretärs Alexander Abusch an Ulbricht vom 30.9.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 49.

107 Stellungnahme des MfK vom 4.10.57 zum Bericht der Zkfsk vom 20.8.1957, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 181ff.

108 Hausmitteilung von Ulbricht an Matern vom 14.10.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 48.

109 Aktennotiz vom 5.11.57 über eine Aussprache mit Genossen der ZKSK am 25.10.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 302ff.

tie und Administration gewesen. Mit der Gründung des Ministeriums für Kultur sei dann die Auffassung aufgekommen, der Künstler soll die Kunst selbst machen und bei dieser Freiheit werde sich alles sehr frei entwickeln können. In der Praxis hat diese Auffassung dazu geführt, daß z.B. in der Bildenden Kunst die ganze sozialistische Thematik beseitigt wurde. In Wirklichkeit hätten jedoch die Genossen Holzauer, Girmus und Hoffmann im Zusammenhang mit der 3. Kunstausstellung eine progressive Rolle gespielt. Aber diese progressive Rolle wolle man im Ministerium für Kultur nicht anerkennen.¹¹⁰

Damit war für die ZPKK nun allerdings eine Vielzahl von Signalen gegeben, die über Fragen der ökonomischen Sorglosigkeit im MfK hinauswiesen und auf ideologische Linienabweichungen hindeuteten. Die Frage war nun, wie nachhaltig solche Linienabweichungen unter den Künstlern aller Professionen und unter den Rundfunkjournalisten auszumachen seien. Nahrung erhielten solche Mutmaßungen auch durch die denunziatorischen Mitteilungen eines ehemaligen Mitarbeiters der ZK-Kulturabteilung, welcher inzwischen im IML tätig war. Dieser Mitarbeiter teilte der ZPKK beflissen mit, „daß der Klassengegner aller Wahrscheinlichkeit nach die Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der Bildenden Kunst als eine Art 'Aufhänger' benutzt hat, um von der ideologischen Seite her destruktiv zu arbeiten. Deshalb muß man sich mit den Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Bildenden Kunst in der nächsten Zeit besonders gründlich befassen ... Es sind nicht immer 'Beweise', die ich vorbringen kann, sondern Hinweise, die mir mehr vom proletarischen Instinkt diktiert werden.“ Konkreter wurde der Berichtstatter allerdings in seiner „Beobachtung des Kreises der Genossen Künstler René Graetz, Wittkugel, Sandberg, Mohr, Cremer.“ Es hieß:

„Auf Grund der Tatsache, daß ich während meiner Tätigkeit in der Kulturabteilung des ZK sechsmal an Kunstdiskussionen in der Kunsthochschule in Weißensee teilnahm ..., fiel mir auf, daß fünf Künstler sehr schwer davon zu überzeugen waren, daß naturwahre Gestaltung, die mehr oder weniger eine der Forderungen des sozialistischen Realismus ist, nichts mit 'Naturalismus' oder 'Postkartenstil' gemein habe ... Hauptsächlich die Genossen Sandberg, Wittkugel, Mohr, Cremer und allen voran der Genosse René Graetz machten die größten Schwierigkeiten in diesen Diskussionen. Diese fünf Genossen schienen mir eine derartige Einheit des Widerstandes zu sein, an welcher alle Teilerfolge immer wieder zu scheitern drohten ... Ich vermute, daß diese ... fünf Künstler öfter zusammenkamen, um 'eine Linie' festzulegen. Bestä-

110 Aktennotiz vom 5.11.57 über eine Aussprache mit Genossen der ZK-Abteilung Kultur am 26.10.1957, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 305ff. In einem nicht datierten Protokoll einer Aussprache zur Kritik des 33. ZK-Plenums am MfK erklärte einer der Teilnehmer: „Es hat keine organisierte Auseinandersetzung über die Arbeit der Genossen in der Kunstkommission gegeben ... Einige Renegaten versuchten, die führende Rolle der Partei in der Kultur anzugreifen, sie wandten sich gegen des Einfluß des Staates auf die Kultur. Es wurde beschlossen, gegen den sozialistischen Realismus aufzutreten. Damals gab es einige weiche Erscheinungen auf dem Gebiete der Kultur im Zusammenhang mit der Durchführung des neuen Kurses (Beispiel 3. Kunstausstellung) ... Künstler vertraten die Meinung: [Die] Sowjetunion erkennen sie [als] politisch führend an, aber nicht künstlerisch ... Genosse Bredel hat erwirkt, daß unsere Genossen nicht mehr an den Sitzungen des Schriftstellerverbandes teilnehmen können. Er erklärte es damit, daß andere Parteien dann auch das Recht haben könnten ... Wir haben Genossen Wandel darauf hingewiesen und er sagte uns, wir sollten daran nicht mehr teilnehmen. Das verstößt gegen die anleitende Kraft unserer Partei. Ähnlich ist es uns mit dem Genossen Becher gegangen.“ Ein anderer Teilnehmer erzählte: „Sandberg und Grätsch [gemeint ist René Graetz] vertraten die Meinung, sowjetische bildende Kunst sei ihrer Form nach bürgerlich ... Gegen Sandberg und Grätsch [Graetz] wurde nur intern vorgegangen.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 291ff.

tigt wurde diese Vermutung ... durch den Genossen B[...], dem bekannt war, daß sie sich öfter in der Wohnung des Genossen René Graetz trafen ... Erstaunlich ist die Regsamkeit des Genossen Graetz. Er führte eine Kunstdiskussion mit der Bevölkerung in Friedrichshagen anläßlich eines Plastikenwettbewerbs durch, um die Bevölkerung 'geschmacksbildend' zu beeinflussen ... Er äußerte schließlich in letzter Zeit, daß der Expressionismus das einigende Element für die deutsche Kunst sei ... Man muß Graetz zu verstehen geben, daß er die Auffassungen der Partei nicht vertritt ... Man muß auch versuchen, daß Kulturfunktionäre in diesen engeren Kreis eindringen und an diesen Diskussionen teilnehmen. Die Gereiztheit, mit der Genosse Cremer auf der Kulturkonferenz den Zwischenruf machte, daß 'aber auch mit dem Mythos der Kulturfunktionäre' gebrochen werden müsse, weil vorher davon die Rede war, daß man mit 'dem Mythos des Künstlers Schluß machen müsse', zeigt, daß auch der Genosse Cremer ... gewillt ist, nach dem bisherigen Rezept zu verfahren.“¹¹¹

Die ZPKK bezog bei ihren Untersuchungen auch den Rundfunk ein. In der Aussprache mit Karl Eduard von Schnitzler vom Deutschlandsender am 4. Dezember 1957 bei der ZPKK, die Sepke, Holz, Ament und Weiss führten, ging es um die Frage, warum der Rundfunk mit westlicher Musik überschwemmt sei. Schnitzler erklärte, daß trotz des niedrigen Niveaus westlicher Künstler der Deutschlandsender mit seinem Programm doch nach Westdeutschland ausstrahlen solle. Im Bericht hieß es über Schnitzler, „gegen die amerikanische Jazzmusik habe er ständig gekämpft“ und er hätte „Schwierigkeiten ... mit der Jugend- und Sportredaktion, die hauptsächlich die entartete Musik forderten. Weiter betonte er die Atmosphäre des Mißtrauens, die sich vor allem seit dem Beschluß des Politbüros des ZK über westliche Emigration und Kriegsgefangenschaft zeigte [und] ihm gegenüber zugenommen hat. Er war auch in englischer Kriegsgefangenschaft und hat während dieser Zeit beim Rundfunk gearbeitet.“ Nach den Beiträgen der Genossen Kuba (Kurt Barthel) und Fröhlich auf dem 32. Plenum habe er in Diskussionen mit Intellektuellen festgestellt, daß diese Beiträge die Intellektuellen verärgert hätten und man habe die Schlußfolgerung gezogen, daß nun ein harter Kurs beginne.¹¹²

Ein Mitglied des Rundfunkkomitees schrieb der ZPKK, „der Genosse Eisler empfahl ... sich das damals gerade neugegründete Staatliche Jazz-Orchester in Polen anzuhören, weil ... wir vielleicht einiges davon lernen könnten. Ich habe mir selbst das Orchester daraufhin angehört und festgestellt, daß auf Grund westlicher Einflüsse Tendenzen vorhanden sind, die von uns keinesfalls akzeptiert werden können.“¹¹³

Am 7. Januar 1958 unterzeichnete Matern für die ZPKK den „Bericht über die politischen Ursachen für die Verletzung der Parteidisziplin und die Vergeudung von Staatsgeldern durch Genossen des Ministeriums für Kultur“. Das „verstärkte Eindringen westlicher imperialistischer Unkultur auf den verschiedensten Gebieten des kulturellen Lebens in der DDR, wie z.B. in der Musik, des Tanzes, des Films und in der Literatur“ sei infolge der Vernachlässigung der führenden Rolle der Partei auf kulturpolitischem Gebiet durch das MfK entstanden. Das MfK habe im Oktober 1954 eine verschwommene Programmmerk-

111 Mitteilung von Hans S[...], IML, vom 17.11.57 an die ZPKK (Elli Hempel), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 259ff.

112 Aktennotiz vom 6.12.57 über eine Aussprache mit dem Genossen Karl Eduard v. Schnitzler, Staatliches Rundfunkkomitee (Deutschlandsender) am 4.12.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/165, Bl. 372ff.

113 Brief von Franz S[...] an die ZPKK (Sepke) vom 5.12.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/165, Bl. 378ff. Gerhart Eisler war seit 1956 stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkkomitees.

rung herausgebracht, die deshalb von führenden Funktionären anderer Institutionen falsch interpretiert wurde. Der Bericht zählte eine Vielzahl von Beispielen überhöhter oder unnötiger Devisenaufwendungen im Bereich der Musik, des Films, von Gastkünstlerauftritten, im Verlagswesen und der Schallplattenproduktion auf. Bei den Filmkünstlern gäbe es politisch ideologische Aufweichungserscheinungen. Auf einer Konferenz volkseigener Verlage im Dezember 1956 in Leipzig habe der stellvertretende Minister Genosse Hagemann erklärt, „daß man jetzt von einer Zensur – gemeint war die Druckgenehmigung – der herauskommenden Werke durch die Hauptverwaltung abkommen und den einzelnen Verlagen übertragen könne. Eine solche Konzeption entsprach der Auffassung des verurteilten Janka. Er hatte am 23.11.1956 in einer Sitzung des Ausschusses des Präsidialrates des Kulturbundes den Vorschlag gemacht, den Verlagen die absolute Selbständigkeit zu geben.“¹¹⁴ Hauptverantwortlich wurden Gerhart Eisler als stellvertretender Vorsitzender im Staatlichen Rundfunkkomitee, Heinz Priess (ehemaliger Intendant des Deutschlandsenders), Karl-Eduard von Schnitzler (Sendeleiter des Deutschlandsenders) und der verantwortliche Genosse für musikalische Sendungen des Deutschlandsenders gemacht. Eisler verfolgte demnach die Linie, die Sender müßten westliche Schlager bringen, damit die Massen (insbesondere die Jugendlichen) unseren Rundfunk hörten. Priess und Schnitzler hätten den von Eisler propagierten „weichen Kurs“ in der Praxis durchgeführt. Seit Januar 1957 wurde von der Parteiorganisation im Staatlichen Rundfunkkomitee der Kampf gegen das Überschwemmen mit westlicher Musik aufgenommen. Aber erst seit dem 32. ZK-Plenum und seit der Kulturkonferenz vom 23./24. Oktober habe Klarheit geherrscht. Am 16. April 1957 faßte das Komitee den Beschluß, daß keine Westkünstler mehr in Veranstaltungen des Komitees auftreten dürfen und keine Westmusiker mehr angestellt werden. Die Abteilung Unterhaltung wurde auf Beschluß des Komitees aus dem Aufgabenbereich Eislers herausgenommen und den einzelnen Sendern angegliedert. Priess wurde als Intendant des Deutschlandsenders abgelöst. Schnitzler wurde als Sendeleiter abgelöst und als fester Mitarbeiter entlassen. „Bei den Auseinandersetzungen [mit der] Parteileitung zeigten sich bei ihm weitere feindliche Tendenzen. So erklärte er anläßlich der Verurteilung der Harich-Gruppe, daß die Verurteilung zu Unrecht erfolgt ist und die Genossen Fröhlich und Kuba Rabauken und Schmierfinken seien. Gen[osse] Schnitzler kam nach der Republikflucht von Kantorowicz zur Parteileitung und erklärte, daß K. ein guter Freund von ihm war und er dies der Parteileitung mitteilen möchte. Er wolle sich damit von K. distanzieren, hätte aber bei Zusammenkünften mit K. nicht festgestellt, daß Kantorowicz andere Auffassungen hätte als er selbst!“¹¹⁵

Auf der Grundlage dieses Berichts entstand am 10. Januar 1958 eine Beschlußvorlage der ZPKK für das Politbüro. Gemäß dem Auftrag des 33. ZK-Plenums, „jene Genossen zur Verantwortung zu ziehen, die für die ersten Aufweichungserscheinungen auf kulturellem Gebiet und für die damit verbundenen unzulässigen Ausgaben von Devisen schuld sind“, habe die ZPKK das MfK und die Parteiorganisation des Staatlichen Rundfunkkomitees überprüft. Beide Einrichtungen hätten die Aufgabe der konsequenten Durchführung der Kulturpolitik der Partei ungenügend erfüllt. Vor allem nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED duldeten sie das „Eindringen der amerikanischen Unkultur und damit das Eindringen der bürgerlichen Ideologie.“ Wegen der Überschwemmung

114 Vgl. dazu Abschnitt 2.2.

115 Bericht vom 7.1.58 über die politischen Ursachen für die Verletzung der Parteidisziplin und die Vergeudung von Staatsgeldern durch Genossen des Ministeriums für Kultur, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 9ff.

der DDR mit diesen Dingen habe es dafür auch noch ein hohes Devisenaufkommen zu ihrer Bezahlung gegeben. Es habe die Tendenz der ideologischen Koexistenz an der Kulturfront, ein Ausweichen vor dem Klassenkampf bei einigen Staatsfunktionären gegeben. Der Minister Becher sei seinen Pflichten kaum nachgekommen. „In den entscheidenden Situationen der letzten anderthalb Jahre zeigten sich bei ihm in politisch-ideologischer Beziehung Schwankungen ...“ Der Staatssekretär Abusch, inzwischen amtierender Minister, habe die fehlerhafte politische Richtung erkannt, aber „hat ... versäumt, diese Erkenntnis zum Anlaß einer kritischen Überprüfung der Arbeit der einzelnen Abteilungen zu nehmen.“ Die Rolle der Parteiorganisation im Ministerium sei von den leitenden Genossen des Ministeriums (dem Kollegium) unterschätzt worden: Sie hätten die Parteileitung und den Parteisekretär nicht von der Kritik der ZKSK informiert und an ihnen vorbei einen Gegenbericht verfaßt. Der 1. Sekretär der Parteiorganisation wäre ideologisch den Aufgaben des Ministeriums nicht gewachsen und weiche vor den leitenden Genossen des Ministeriums zurück. Rügen und strenge Rügen sowie Funktionsentzug schlug die ZPKK für Funktionäre der Abteilung kulturelle Beziehungen zum kapitalistischen Ausland und zu Westdeutschland vor. Auch in der Parteiorganisation des Staatlichen Rundfunkkomitees stellte die ZPKK Aufweichungserscheinungen vor allem auf dem Gebiet der Musik fest: Dekadenter Musik sei breiter Spielraum geboten worden, so die Förderung der „Diskussion über den angeblich ‘hohen kulturellen Wert’ der Jazzmusik“ womit „entscheidend zu einer zersetzenden Beeinflussung bei einem Teil unserer jungen Menschen“ beigetragen wurde. Genossen des Staatlichen Rundfunkkomitees kümmerten sich fälschlich nur um die politischen Sendungen. „Für diesen Zustand trugen die Genossen Gerhard Eisler und Karl-Eduard von Schnitzler die Hauptverantwortung. Beide versuchten sogar die ‘Notwendigkeit’ einer solchen Programmgestaltung theoretisch zu begründen ... Die Parteileitung ... führte mit den Genossen Eisler, von Schnitzler und anderen ernsthafte ideologische Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Genossen das Falsche ihrer Auffassungen einsahen ... Dem Genossen Eisler wurde die Verantwortung auf dem Gebiete der Musik und leichten Muse entzogen und der Gen. Schnitzler wurde als Leiter des Deutschland-Senders abgesetzt ... Die ZPKK berücksichtigt beim Genossen Schnitzler, daß er seine begangenen ernsten Fehler und Schwankungen einsieht. Nach unseren Feststellungen gibt es auch keine Beweise dafür, daß er feindliche Auffassungen in der Öffentlichkeit vertreten hat ... Der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees wird beauftragt, die Kündigung des Vertrages mit dem VEB Schallplatte zum 31. Dezember 1957 zurückzunehmen und den mit der westdeutschen Schallplatten-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag zu annullieren.“¹¹⁶

Nachdem das Politbüro am 18. März 1958 das Untersuchungsergebnis der ZPKK bestätigt hatte, informierte Ulbricht die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED am 29. März in einem Brief über die Schlußfolgerungen, wobei wegen der inzwischen erfolgten Inhaftierung eines der damals verantwortlichen Abteilungsleiter für kulturelle Beziehungen mit dem kapitalistischen Ausland und mit Westdeutschland die Parteistrafe auf Ausschluß korrigiert wurde.¹¹⁷ Jedoch sollte sich bald erweisen, daß die ergriffenen Maßnahmen nicht geeignet waren, die Kontrolle und den Durchgriff der Parteiführung auf die Kunst, insbesondere auf Musik und Literatur, zu sichern.

116 Beschlußvorlage der ZPKK vom 10.1.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 2ff.

117 Brief Ulbrichts an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED vom 29.3.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/164, Bl. 27ff.

Im Jahr 1958 wurden auch im Bereich der schöngeistigen Literatur Zeichen gesetzt für das Ende der Duldung allzu kritischer Anmerkungen zur bisherigen Politik und Geschichte kommunistischer Parteien. So führte die ZPKK auf Beschluß des ZK-Sekretariats vom 5. März 1958 Parteiverfahren gegen den Verlagsleiter und zwei Lektoren des Verlages „Neues Leben“ wegen der geplanten Veröffentlichung des bereits als Fortsetzungsroman in der „Berliner Illustrierten“ erscheinenden zweiten Bands des Romans von Boris Djacenko „Herz und Asche“ durch. Der Abdruck des Romans in der Zeitschrift wurde zuvor „wegen seiner politisch falschen und antisowjetischen Konzeption“ nach drei Fortsetzungen eingestellt.¹¹⁸ Die Parteileitung des Verlags gab am 18. März 1958 eine Stellungnahme ab, in der es hieß, die Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU und während der polnischen und ungarischen Ereignisse „war eine Zeit, in der alle Kraftanstrengungen gemacht werden mußten, um die Reaktion in die Schranken zu weisen Besonders in der Literatur blühten solche ‚Theorien‘, wie die vom ‚harten Realismus‘; sie sollten dem sozialistischen Realismus den Garaus machen. Dabei ging es den Erfindern ... nicht um die Revidierung falscher Literaturtheorien, sondern um die Revision der politischen Machtverhältnisse im sozialistischen Lager.“ Die ZPKK überwachte am 20. März die „Vergabe“ der Rügen an die Verantwortlichen durch die Verlags-GO und der FDJ-Zentralrat führte eine Untersuchung der Tätigkeit des Verlages durch.¹¹⁹ Prinzipielle Entscheidungen zur Neubefestigung der politischen Kontrolle über das geschriebene Wort fielen dann auf Beschluß des Politbüros am 22. Juli 1958 mit seinen Maßgaben zur Arbeit der Hauptabteilung Literatur und Buchwesen.¹²⁰

118 Das Buch enthielt Andeutungen über den Terror in der SU und die Verfolgung von Bürgern infolge gewagter politischer Äußerungen, über die Phrasendrescherei der Funktionärskaste („Menschen mit eigenem Denken (sind) bei uns so selten geworden“, „deklamierender Groschenautomat“) und deren Zynismus („Und ich werde sie fallen lassen müssen, auch wenn Ihnen ein noch so großes Unrecht widerfahren sollte! Merken sie sich, Pertuchow, auch ich habe Feinde, gegen die ich bestehen muß“), über „Schwindelberichte“, über die Verurteilung eines rückkehrenden sowjetischen Westflüchtlings und seiner Frau („Verschickung“ nach Nowosibirsk – „Und weil er so gutgläubig war, kriegte er 15 Jahre? – Ja“) und die Vergewaltigung einer von den Nazis ins KZ verschleppten Deutschen nach deren Befreiung aus dem KZ durch sowjetische Soldaten. Überdies thematisierte das Buch den Fall eines für die Sowjets gewonnenen deutschen Raketenwissenschaftlers. Das Erscheinen des Buches kurz nach dem Start des ersten sowjetischen Sputniks hätte daher falsche Signale gesetzt. In einer Information an das ZK-Sekretariat hieß es dazu: „Es ist klar, daß dieses Buch nicht durch Entfernen solcher Stellen druckreif wird. Deshalb mußte auch der Abdruck als Fortsetzungsroman in der Berliner Illustrierten eingestellt werden.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/259, Bl. 4ff.

119 Der Vorgang ist dokumentiert in SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/259, Bl. 1ff.

120 „Die Genossen in der Leitung des Ministeriums für Kultur werden beauftragt, die Arbeit im Ministerium methodisch und strukturell so zu verändern, daß eine einheitliche Anleitung auf allen Gebieten der Literaturverbreitung die Entwicklung und Durchsetzung der sozialistischen Literatur, vor allem die Herstellung kulturpolitisch richtiger Proportionen in der Herausgabe der Literatur gewährleistet und das Erscheinen feindlicher, liberalistischer und revisionistischer Bücher verhindert. Hierzu ist eine Hauptabteilung Literatur und Buchwesen zu bilden, die alle Sektoren des Literaturgebietes einschließlich Literaturpropaganda und -verbreitung umfaßt und in dieser die 1956/57 zerfallene Begutachtung wieder herzustellen.“ Aus dem Beschluß des PB vom 22.7.58 zur Verbesserung der Arbeit der literaturverbreitenden Institutionen, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/3/18.

3. Neubefestigung der Autorität des Politbüros und der „große Sprung“ 1958

Ende 1958 war die Gefahr für Ulbricht und sein Politbüro fast vorüber. Die inkonsequente Entstalinisierung unter Abwendung allen Autoritätsverlusts des Ulbrichtschen Politbüros setzte sich mit Hilfe der neuen Disziplinierungsoption „Kampf gegen den Revisionismus“ durch. Die Rekonstruktion der Machtarroganz und ein wieder stärkerer Kurs innerparteilicher Disziplinierung bestimmte die Repressionspraxis in der poststalinistischen Übergangsperiode bis in das Jahr 1960 hinein. Der Prozeß gegen die Harich-Gruppe 1957 hatte eindeutig der Vermittlung dieser Linie zur Wiederbefestigung der Autorität des angeschlagenen Politbüros gedient. Die 1957/58 erfolgende Abrechnung mit der fälschlich als „Fraktion“ verurteilten Gruppierung um Schirdewan, Oelßner, Selbmann, Wollweber und Ziller hatte diesen Kurs zu bekräftigen. Weit entfernt von jedem parteioppositionellen Selbstverständnis sollte sich deren Dissens zur dominierenden Ulbricht-Linie als ein innerbürokratischer Rationalitätskonflikt erweisen. Nach solchen machtpolitischen Demonstrationen, wie die Zuchthausstrafen für die Teilnehmer an der Harich-Gruppe, welche weiterhin dem Parteivolk „erzieherisch“ die Illegitimität der Ausarbeitung von Alternativen zur herrschenden Parteilinie oder jeglicher Kritik an der Parteiführung vermittelten, rückten erst Anfang 1960 wieder verstärkt Befriedigungsmomente in den Vordergrund. Die Parteikontrollorgane nahmen dies allerdings schon 1959 partiell vorweg.

3.1. Revisionismus im Politbüro: Die Abrechnung mit der Schirdewan-Wollweber-„Fraktion“ 1958

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatten im Politbüro angesichts der heiklen Situation, daß den dort agierenden Stalinisten der Vollzug der Entstalinisierung zugemutet worden war, die Spannungen rasch zugenommen. Fred Oelßner erklärte am 3. Juli 1956 vor der bevorstehenden 28. ZK-Tagung im Politbüro:

„Gibt es in der SED einen Personenkult? Jawohl, es gibt ihn und im Zusammenhang damit ein persönliches Regime, das hauptsächlich vom Genossen Ulbricht ausgeübt wird. Nach dem XX. Parteitag ist es – unter dem Druck des Feindes – sogar stärker geworden. Jede öffentliche Kritik am Genossen Ulbricht ist als unzulässig erklärt ... Dieses persönliche Regime besteht seit langem. Im Jahre 1953 wurde vor dem 15. Plenum der Versuch im Politbüro unternommen, es zu beseitigen. Der Fall Zaisser-Herrnstadt hat uns daran gehindert, die Sache zu Ende zu führen ... im Wesen hat sich nichts geändert. Viele Genossen in der Partei und im ZK sind mit dem Regime unzufrieden, jedoch fürchten sie sich, das offen auszusprechen. Sie haben Angst, als Parteifeinde bezeichnet zu werden ... Das Hauptargument gegen das offene Aussprechen dieser Dinge ist die fanatische Hetze des Klassenfeindes ... Wir lassen uns damit unser Handeln vom Gegner aufzwingen ... Darum sollte über diese Dinge auf dem Plenum des ZK offen gesprochen werden. Die Einheit der Partei wird dadurch nicht gefährdet, sondern im Gegenteil zu einer aktiven Einheit gemacht, die lähmende Erstarrung wird überwunden. Es ist für die Partei besser, wenn Gen[osse]

*Ulbricht in seinem Referat selbst diese Mängel ausspricht, als wenn andere Mitglieder des ZK dazu gezwungen sind.*¹²¹

Damit war Oelßner 1956 auf der Linie Herrstadts gelandet, den er 3 Jahre zuvor wegen solcher Auffassungen zum Parteifeind gemacht hatte. Auch Ulbricht wird dies erkannt haben und die von Oelßner gewünschte Erörterung unterblieb auf der 28. ZK-Tagung zugunsten einer allgemeinen Selbstkritik. Doch Oelßner geriet nun wie ehemals Herrstadt selbst in den Verdacht der Fraktionsbildung. Bis zur offenen Kampfansage der Ulbricht-Gruppe an ihn und Schirdewan mußten jedoch noch die Eskalationsstationen „Ungarn-Polen-Krise“ sowie die internationale Konferenz der Arbeiterparteien im November 1957 mit ihrer Festlegung auf den „Kampf gegen den Revisionismus“ absolviert werden.

Schirdewan verwies in seinen Erinnerungen darauf, daß Ulbricht und Honecker ihn bereits während der Vorbereitung der 29. ZK-Tagung vom November 1956 für sein Beharren auf zu ziehende Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag kritisierten und ihm vorwarfen, dagegen die Vorgänge in Ungarn und Polen zu verharmlosen.¹²² Vor dem Hintergrund der Turbulenzen in Polen, wo sich Gomułka gegen Chruschtschow durchsetzte und der blutigen Intervention sowjetischer Truppen in Ungarn war klar, daß einer unverändert unter Ulbricht amtierenden Parteiführung höchste Gefahr drohte, wenn eine innerparteiliche Opposition personelle und inhaltlich-politische Alternativen zu präsentieren und zu propagieren begönne. Als Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber von seinem Besuch in Polen zurückkehrte, der zum Zeitpunkt des Wechsels in der Parteiführung von Bierut zu Gomułka stattfand, begrüßte Wollweber gegenüber Ulbricht zu dessen Unwillen die dortige Wende.¹²³ Zukünftig sollte Wollweber ebenso wie Oelßner und Schirdewan auch zunehmend auf Distanz zu unrealen wirtschaftlichen Zielsetzungen gehen.

Die brisanten Entwicklungen im Osteuropa des Jahres 1956/57 führten auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder im November 1957 auch außerhalb der DDR wieder zur Losung des „Revisionismus als Hauptfeind“.¹²⁴ Im Schatten dieser Maßgabe konnte Ulbricht nun zum Schlag gegen seine Opponenten in der Parteiführung ausholen. Gleichzeitig waren die politischen Weichen für die Parteikontrollarbeit neu gestellt worden.¹²⁵ In der DDR wurde der Boden selbst moderater Kritik an

121 Erklärung Fred Oelßners vor dem Politbüro am 3.7.56, Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 182f.

122 Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 108f. Erich Honecker, Kandidat des Politbüros und Sekretär der Ulbricht unterstellten Sicherheitsabteilung, behauptete dazu später auf dem 35. ZK-Plenum, daß es zu dem im Oktober 1956 von Schirdewan vorgelegten Berichtsentwurf von Ulbricht den Einwand gab, in ihm „wurde von Demokratisierung gesprochen, aber nicht von der Notwendigkeit, Sicherungsmaßnahmen gegen die Unterminierungsarbeit des Gegners zu treffen.“ Auf Ulbrichts Vorschlag, die Tätigkeit von feindlichen Gruppen zu erwähnen, habe Schirdewan „provokatorisch“ von einem „Rückfall in die alte Zeit“ gesprochen und Ulbrichts Politik mit der Rákosis in Ungarn verglichen. Berichterstattung von Erich Honecker auf der 35. Tagung des ZK am 3.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/195; zitiert nach: *Die SED (Handbuch)*, a.a.O., S. 541ff.

123 Jan von Flocken/Michael F. Scholz, Ernst Wollweber, Berlin 1994, S. 172ff.

124 „Während die kommunistischen Parteien den Dogmatismus verurteilen, sehen sie unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr im Revisionismus oder in anderen Worten im rechten Opportunismus als einer Ausdrucksform der Ideologie, die ... die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fordert.“ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. Berlin 1958, S. 4ff.

125 Nach dem V. Parteitag der SED wurde auf einer ZPKK-Schulungskonferenz diese Weichenstellung rückblickend folgendermaßen charakterisiert: „Ausgehend von den damaligen gezogenen Lehren aus den konterrevolutionären Bestrebungen, die unter Ausnutzung der vorhandenen opportunistischen

der aktuellen Politik der Parteiführung, namentlich wenn sie aus dem engen Führungskreis heraus formuliert wurde, nun immer dünner. Die Kritik des Politbüromitglieds Schirdewan, als ZK-Sekretär für Kaderfragen zuständig, und des Staatssicherheitsministers Ernst Wollweber, Mitglied des ZK, war wie zuvor auch die von Herrnstadt/Zaisser eine aus innerbürokratischen Rationalitätskonflikten erwachsende Orientierung einerseits auf innerparteiliche Reformen, die weiter gehen sollten, als es die Mehrheit des Politbüros unter Ulbricht zuzulassen bereit war, und andererseits auf einen Zugewinn an Realismus hinsichtlich wirtschaftspolitischer Zielsetzungen. Gerhart Ziller als ZK-Sekretär für Wirtschaft sollte ebenfalls dieser neuen „Fraktion“ zugerechnet werden. Schirdewan, Oelbner, Wollweber, Ziller und andere agierten bis zu ihrer Ausschaltung ausschließlich im Apparat und die Parteimitgliedschaft erhielt erst mit den gegen sie ergriffenen Maßnahmen Kenntnis von ihren „Abweichungen“. Sie betonten zu Recht, daß ihre Kritik nicht auf Gruppenbildung und Absprachen beruhte. Gemeinsamer Gegenstand ihrer kritischen Einwände war allerdings der Kurs der „Ulbricht-Gruppe“ selbst, die als solche im Gegensatz zu ihrer tatsächlich existierte, und die Kritik resultierte aus den im Land real existierenden Widersprüchen. Die Apparat-„fraktion“ Zaisser/Herrnstadt verdient unter anderem deshalb noch weniger als die „partei-feindliche Gruppe“ von Harich/Janka und anderen die Bewertung „innerparteiliche Opposition“. Abgesehen davon, daß Harich/Janka und Genossen auch nie von jener „Fraktion“ unterstützt wurden und die „Fraktionäre“ ansonsten die schwere Verantwortung für innerparteiliche Verfolgungen der Vergangenheit stets mittrugen, fiel etwa Fred Oelbner, der ihr auch zugerechnet wurde, bei der vorausgegangenen Abrechnung mit Herrnstadt diesem besonders feige in den Rücken¹²⁶ und war früher als Parteiideologe stets für die einschlägigen Feierorgien der Person Stalins mitverantwortlich. Die Konflikte von Schirdewan, Wollweber, Ziller, Oelbner und Selbmann mit der „Ulbricht-Gruppe“ bestand in ihrem zumeist vorsichtigen und niemals offenen Widerspruch gegen die Ulbricht-Linie in der Parteiführung. Ulbricht gab ebenso wie seine Sekundanten Matern, Honecker und andere in der Tat wegen ihrer rigiden Verweigerung gegenüber noch so kleinen Öffnungen des innerparteilichen Diskurses zu Fragen der Parteivergangenheit und der innerparteilichen Demokratie mehr als genug Anlaß zur Infragestellung ihres Kurses selbst in den Grenzen politbürokratischer Rationalität.

Ulbricht hatte bereits auf dem 30. ZK-Plenum am 30. Januar/1. Februar 1957 begonnen, den Radius Schirdewans in der Parteiführung einzuschränken, indem er ihm seinen als ZK-Sekretär zugeordneten Bereich Leitende Parteiorgane entzog und Schirdewan im ZK-Sekretariat nur noch für den Bereich Kader verantwortlich blieb. Wandels Ablösung im Oktober 1957, die gemäß einer Aussage von Ziller nicht im Sekretariat behandelt wurde,¹²⁷ war ein weiterer Schritt von Schirdewans Isolierung. Im Anschluß an eine außerordentliche Politbüro-Sitzung am 13. Dezember 1957, auf der Ziller und das ZK-Mitglied Fritz Selbmann, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, über ihre kritischen Bemerkungen zur

Strömungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung von den Feinden versucht wurden auszunutzen, orientierte die ZPKK die Organe der Parteikontrolle, ihre Hauptaufmerksamkeit – entsprechend der Feststellung der Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien vom September 1957 – auf die Bekämpfung aller revisionistischen Erscheinungen und Bestrebungen als die Hauptgefahr in der internationalen Arbeiterbewegung zu richten.“ 5-tägige Schulungskonferenz der ZPKK zur Auswertung des V. Parteitags, o. D., SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 43f.

126 Vgl. Herrnstadt-Dokument, a.a.O., S.119 f, S.139 f.

127 Schirdewan, Aufstand, a.a.O., S. 135.

politischen Linie der Parteiführung¹²⁸ nach einer Vorstandssitzung der SDAG Wismut am 9. Dezember 1957 befragt wurden, verübte Ziller am 14. Dezember 1957 Selbstmord.¹²⁹ Der inzwischen veröffentlichte Abschiedsbrief Zillers an Grotewohl dokumentiert die Erschöpfung, die den Skeptiker Ziller angesichts des von ihm als aussichtslos angesehenen Kampf um Vertrauen in seine Lauterkeit und der ihm unberechtigt abverlangten Selbstkritik befallen hatte.¹³⁰ Sein Verzicht auf eine direkte Anklage Ulbrichts zeugt keineswegs, wie Schirdewan meint, „von seinem hohen Verantwortungsgefühl für die Einheit der Partei“¹³¹, sondern dokumentiert vielmehr die Tragik seiner Selbstbindung in den Fesseln verinnerlichter verkehrter Loyalität: Zillers Freitod war das Ergebnis der Verfälschung kommunistischer Treue zur gemeinsamen Sache in die ausweglose Unterwerfung gegenüber einer nur durch sich selbst legitimierten diktatorischen Führung.

Schirdewan hatte offenbar im November noch die Absicht, auf der bevorstehenden 35. ZK-Tagung Ulbricht anzugreifen. Insbesondere wollte er die schon von Herrstadt 1953 thematisierte alte Frage der mangelnden Kollektivität der Parteiführung anschnitten.¹³² Dagegen erwartete Ulbricht im Dezember von Schirdewan eine Selbstkritik seiner revisionistischen Abweichungen.¹³³ Schirdewan reagierte nun mit einer defensiven Erklärung, die jedoch den Vorwurf des Revisionismus unter Hinweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung im Politbüro zurückwies.¹³⁴ Als in der Politbüro-Sitzung vom 11. Januar 1958 über die Zusammensetzung einer Delegation für Gespräche mit dem Präsidium des ZK der KPdSU abgestimmt wurde, entschied die Mehrheit gegen die Teilnahme von Schirdewan und Fred Oelßner. Beiden sollte die Gelegenheit verwehrt werden, vor dem ZK der KPdSU zum Plan der Politbüro-Mehrheit Stellung zu nehmen, Schirdewan wegen des Versuchs der Zersetzung der Parteiführung von seiner Funktion als ZK-Sekretär abzusetzen. Hier stimmte allerdings auch Grotewohl gegen die Absicht der Politbüro-Mehrheit, dies dem ZK der SED vorzuschlagen. Das Protokoll dieser Sitzung vermerkt wieder Einmütigkeit darüber, die Vorgänge bei der Wismut und die Diskussionen mit Schirdewan und Oelßner zum Gegenstand des Berichtes des Politbüros im ZK zu machen. Zuvor war Schirdewans Erklärung zurückgewiesen worden.¹³⁵

Gemäß dem Vorschlag des Politbüros auf seiner außerordentlichen Sitzung am 1. Februar 1958 entthob das ZK auf seiner 35. Sitzung vom 3. bis 6. Februar 1958 Karl Schirdewan wegen Fraktionstätigkeit seiner Funktionen als Mitglied des PB und als Sekretär des ZK und

128 Unter anderem wurde Ulbricht hier beschuldigt, unter der Losung des Kampfes gegen den Revisionismus den neuen Kurs abzubauen. Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 133. Honecker erklärte später auf der 35. ZK-Tagung, Ziller habe an diesem Abend die Offensive Schirdewans, Oelßners, Zillers, Wollwebers, Selbmanns und Wittkowskis auf dem 35. Plenum angekündigt. Selbmann habe seinen Kampf und den von Schirdewan in den KZ's der Nazis unter Lebensgefahr gegen den Faschismus hervorgehoben, während „andere ... aus sicheren Stellungen heraus über den Rundfunk zu den Soldaten in den Schützengräben gesprochen“ hätten. Berichterstattung von Erich Honecker auf der 35. Tagung des ZK am 3.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/195; zitiert nach: *Die SED (Handbuch)*, a.a.O., S. 541ff.

129 Arbeitsprotokoll der außerordentlichen Politbürositzung vom 12./14.12.57, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/598.

130 Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 136 f.

131 Ebenda, S. 137.

132 Hier zitiert Schirdewan den Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber als Zeugen für diese Absicht. Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 128ff.

133 Schirdewan, *Aufstand*, a.a.O., S. 140.

134 Stellungnahme Schirdewans vom 1.1.58, ebenda, S. 184ff.

135 Protokoll der Politbürositzung vom 11.1.58, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/575.

sprach ihm eine strenge Rüge aus. Fred Oelßner wurde wegen Verletzung der Politbürodisziplin und „der Weigerung, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen“, ebenfalls aus diesem Gremium ausgeschlossen.¹³⁶ Ernst Wollweber, schon Ende 1957 als Minister für Staatssicherheit von Erich Mielke abgelöst, schied wegen Verstoßes gegen das Parteistatut aus dem ZK aus.¹³⁷ Die Anklagerede auf dem ZK-Plenum hielt Erich Honecker und qualifizierte sich damit endgültig für seine auf dem V. Parteitag bevorstehende Erhebung zum Politbüro-Vollmitglied und ZK-Sekretär. In seiner Rede erklärte Honecker unter anderem auch, daß „Vertreter der Abteilung Leitende Organe, die von Genossen Schirdewan orientiert wurden, ... an der Parteihochschule den Kampf einseitig gegen den Dogmatismus (führten)“¹³⁸ (vgl. Abschnitt 2.4.). Das Politbüro beschloß am 1. Februar auch, Grotewohl zu ersuchen, Fritz Selbmann wegen seines Auftretens vor der SDAG Wismut aus deren Vorstand und dem Forschungsbeirat abzuberufen und dem ZK vorzuschlagen, Selbmanns Verhalten schärfstens zu mißbilligen.¹³⁹

In diesem Zusammenhang ist ein Brief Fritz Selbmanns an das PB vom 9. März 1959 interessant. Dieser Brief ist ein Musterbeispiel für die Unterwerfungs- und Selbstbezichtigungsrituale von in den Verdacht der Fraktionsmacherei geratener Parteifunktionäre, die ihrer Ächtung vorzubeugen suchten. Gleichzeitig gibt er Auskunft über die von der Politbürokratie damals besonders gefürchteten Haltungen innerhalb der SED. So heißt es in Selbmanns Brief zu seinen Verbindungen zu Schirdewan unter anderem:

„Als alter Parteifunktionär mußte ich wissen, daß es sich um fraktionelle Gruppenarbeit handelte, in die ich mich, ob dies mir nun bewußt war oder nicht, hineinziehen ließ. Ebenso hätte ich schon damals erkennen müssen, daß diese fraktionelle Gruppenbildung die Partei schädigte, die Einheit der Führung der Partei gefährdete und die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei gerade in den schwierigen Situationen in den Jahren 1956 und 1957 schwächte. Daß ich dies nicht erkannte, ist mein Fehler und meine Schuld gegenüber der Partei, die ich zutiefst bedaure. Aus langjähriger Parteierfahrung weiß ich, daß Fraktionsarbeit und Gruppenbildung in der Partei unzulässig und ein der Partei gegenüber feindliches Verhalten ist. Aus voller Überzeugung verurteile ich darum auf das Schärfste die fraktionelle Arbeit der Gruppe Schirdewan und auch mein eigenes Verhalten ihr gegenüber. Ich verurteile sie vor allem auch deshalb, weil ich mir heute darüber klar bin, daß die Partei durch sie daran gehindert wurde, an die Lösung wichtiger und

136 Der offizielle Vorwurf gegen Oelßner lautete, seine Vorschläge zur Auflösung unrentabler LPGen und zur „Aufrechterhaltung der Überzentralisierung in verschiedenen Teilen des Staatsapparats“ zu einem prinzipiellen Kampf gegen Ulbricht und das Politbüro gemacht und damit der Gruppe Schirdewan, Wollweber, Ziller Schützenhilfe geleistet zu haben, ohne ihr anzugehören. Berichterstattung von Erich Honecker auf der 35. Tagung des ZK am 3.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1/195; zitiert nach: Die SED (Handbuch), a.a.O., S. 541ff.

137 Hier warf Honecker auf dem 35. ZK-Plenum Wollweber vor, Anfang 1957 den Versuch unternommen zu haben, per Befehl alle Informationen des MfS an Ulbricht und Grotewohl zu kontrollieren und die Mitarbeiter seines Ministeriums zu verpflichten, ihm über ihre Kontakte mit Mitgliedern des Politbüros und des Sekretariats zu berichten. Dies wertete er als Versuch, das MfS über die Partei zu stellen. Weiterhin habe er im falschen Verständnis der Entspannungs- und Koexistenzpolitik den Kampf gegen das Ostbüro faktisch eingestellt und nach Rückkehr von seiner Reise nach Polen vorgeschlagen, sein Ministerium um 15 bis 20% zu reduzieren. Ebenda.

138 Ebenda.

139 Protokoll der Politbürositzung vom 1.2.58, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/578.

zur Entscheidung herangereifter Aufgaben heranzugehen, wie auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik, des Schulwesens und all jener Aufgaben zur Beschleunigung des Tempos des Aufbaus des Sozialismus, die in dem auf dem 30. Plenum beschlossenen großen Programm enthalten sind.“

Wenn Selbmann ähnlich wie Schirdewan zuvor die verhängnisvollen Konsequenzen einerseits der Reformfeindlichkeit und andererseits eines 1958 auf dem V. Parteitag dann tatsächlich eingeleiteten wieder forcierten ehrgeizigen Wirtschaftskurses mit der unrealen Zielsetzung, Westdeutschland bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch bei Nahrungsmitteln und Konsumgütern zu übertreffen, erkannte, so war diese Erklärung in höchstem Maße verlogen. Tatsächlich führte dieser Kurs die DDR dann 1960/61 auch in die nach 1952/53 zweite große wirtschaftliche Krise.

An anderer Stelle heißt es in diesem Brief:

„Die Schirdewan-Gruppe zog, für mich erkennbar (von) Beginn des Jahres 1956 an, eine falsche Lehre aus den Feststellungen des XX. Parteitages und ich muß zugeben, daß hierin auch bei mir Schwankungen bestanden. Diese falsche Schlußfolgerung bestand darin, daß behauptet wurde, daß auch in unserer Partei Erscheinungen des Personenkults und der Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens vorhanden seien, über die die Partei diskutieren und die man beseitigen müsse.“

In Anbetracht der Tatsache, daß selbst einfache Parteimitglieder mehr und mehr die gesamte bisherige Geschichte der SED als eine unablässige Folge der Verletzung Leninscher Parteinormen zugunsten Stalinscher erkannten, ist auch diese (Selbst-)Bezeichnung besonders heuchlerisch. Trotzdem war das PB auch mit einem solchen Brief nicht zufriedenzustellen: In seiner Stellungnahme vom 23.6.1959 empfahl Selbmann nach Einsicht in Schirdewans Erklärung die seine zu ergänzen.¹⁴⁰

Auffällig bleibt eine merkwürdige Duplizität der Fälle Herrstadt und Schirdewan: Beide übernahmen vor ihrer Ausschaltung durchaus heikle und sogar brisante Aufträge. Herrstadt sollte 1953 den „Parteiteil“ der ZK-Resolution zum neuen Kurs schreiben und begab sich mit seinen die Vorgaben weit überschreitenden Vorschlägen auf den Schleudersitz. Schirdewan erhielt 1956 den undankbaren Auftrag, die Parteiprominenz über die Stalinschen Verbrechen ins Bild zu setzen und geriet nun mit seinen die Vorstellungen der Politbüro-mehrheit weit überfordernden Ansichten zur Entstalinisierung ins Abseits. Am Beginn beider Vorgänge standen erhebliche Legitimationskrisen einer Parteiführung, die ihre Restabilisierung mit der Entlarvung von „Fraktionen“ organisierte, in denen auf merkwürdig verkehrte Weise jene Gefahren abgestraft wurden, die sich an der Parteibasis bilden könnten. Es kann in beiden Fällen nicht davon gesprochen werden, daß diese aus innerbürokratischen Rationalitätskonflikten gespeisten Konstruktionen, die letztlich der Stabilisierung der

140 Protokoll der Politbürositzung vom 23.6.59, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/655. Die selbstkritischen Erklärungen von Schirdewan, inzwischen als Leiter der staatlichen Archivverwaltung nach Potsdam abgeschoben und ebenfalls zur Korrektur seiner Stellungnahme genötigt, und von Selbmann sind in der Zeitschrift „Neuer Weg“ 18/1959 veröffentlicht worden. Der wegen „Managertums“ vom ZK streng gerügte Selbmann wurde sinnigerweise zum stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission gemacht. Oelßner, der im März alle bisherigen Funktionen im Staats- und Parteiapparat verlor und als Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der AdW der DDR Verwendung fand, übte im September 1959, als sich alle seine Warnungen zum wirtschaftspolitischen Kurs der SED zu bestätigen begannen, öffentliche Selbstkritik wegen „Opportunismus und politischer Blindheit“ in den Jahren 1956/57.

Ulbricht-Führung und der Einschüchterung der Parteibasis dienten, als „Opposition“ im Politbüro bewertet werden können.

3.2. Die Rekonstruktion der Machtarroganz beim Kampf gegen den Revisionismus und die neuerliche Verschärfung des innenpolitischen Kurses der SED

Für die SED waren unter dem Stichwort „Schirdewan-Wollweber-Fraktion“ nunmehr Zeichen gesetzt worden. Im Apparat des ZK erinnerte man sich an die Rolle des Leiters der ehemals von Schirdewan geführten Abteilung Leitende Organe, Fritz Kleinert und des dort für Parteischulen zuständigen Mitarbeiters Georg Gläser bei der Affäre um revisionistische Erscheinungen an der PHS „Karl Marx“. Die ZPKK hatte damals in ihrem Abschlußbericht vermerkt, daß sie „die Genossen der PHS in ihrer falschen politisch-ideologischen Linie bestärkt“ hätten (vgl. Abschnitt 2.4.). Die „Entschließung der Tagung des Parteiaktivs im Apparat des Zentralkomitees vom 8. und 10.2.1958 zur Auswertung des 35. Plenums des Zentralkomitees“ hielt nach der obligatorischen Begrüßung der Beschlüsse des 35. ZK-Plenums zur Vorbereitung des V. Parteitages und der Verurteilung der fraktionellen Gruppe Schirdewan/Wollweber fest, daß nunmehr die Auseinandersetzung mit denjenigen Genossen, die aufgrund ihrer eigenen Unklarheiten für die fraktionelle Tätigkeit der Gruppe ausgenutzt werden sollten, zu Ende geführt werden könne. „Die Parteiaktivtagung ist mit dem bisherigen Auftreten der Genossen Gläser und Kleinert nicht einverstanden. Sie haben aus der Tatsache, daß sie die revolutionäre Wachsamkeit in ideologischen Fragen gegenüber der Parteihochschule verletzen und daß der Genosse Gläser revisionistische Erscheinungen im Jahre 1956 im Lehrkörper und den prinzipienlosen Kampf einiger Genossen Lehrer der Parteihochschule duldeten und bagatellisierten, nicht die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Die Leitung der Parteiorganisation und die Grundorganisation der Abteilung Organisationspolitik und Kaderfragen sollten die notwendigen Auseinandersetzungen mit beiden Genossen führen und Schlußfolgerungen daraus ziehen.“¹⁴¹

Dieses Nachtreten gegen vermeintliche und tatsächliche Parteigänger Schirdewans im Anschluß an dessen Ausschaltung befahl 1958 gerade (ehemalige) Mitarbeiter der Abteilung Leitende Organe, die wußten, daß diese ehemals Schirdewan unterstehende ZK-Abteilung nun besonders argwöhnisch betrachtet würde. In der Regel waren solche „gefährdeten“ Genossen gut beraten, mit Selbstkritik oder Selbstanzeige der „Entlarvung“ zuvorzukommen. So erklärte am 13. März 1958 der 1956 Gläser unterstellte Mitarbeiter L[...] der Abteilung Leitende Organe im Sektor Schulung und Förderung der Kader, er habe damals im Auftrag von Georg Gläser einen „Vorschlag zur Stellung der PO der PHS im Status der Partei“ ausgearbeitet (vgl. Abschnitt 2.4.), der die faktische Gleichstellung des PHS-PO-Sekretärs mit einem ZK-Abteilungsleiter enthielt. Im März oder April 1956 habe die Genossin Wolf in ihrem Bericht über ihre Tätigkeit als Direktorin der PHS an das Politbüro die Abteilung Leitende Organe kritisiert. Dieser Bericht empörte Schirdewan und Kleinert. Schirdewan habe einmal nach einer Aussprache mit Hanna Wolf erklärt: „Das ist eine ausgesprochen kleinbürgerliche Frau, in deren Nähe möchte ich nicht arbeiten.“ L[...] habe

141 Entschließung der Tagung des Parteiaktivs im Apparat des Zentralkomitees vom 8. und 10.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/414, Bl. 251ff.

dann ab September 1956 selbst an der PHS studiert und Stillschweigen über die ihm bekannten Sachverhalte gewahrt, was er jetzt selbst als Fehler einschätze. „Seit der Aussprache mit der Genossin Wolf, welche einige Tage nach dem 35. Plenum des ZK stattfand, habe ich dann auch ernst überprüft, ob es bei mir Erscheinungen gab, daß ich mit der Politik unserer Partei nicht einverstanden war oder bin ... Ich begrüße den Beschluß des 35. Plenums unserer Partei über die fraktionelle Tätigkeit der Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere, welche versuchten, die Politik unserer Partei zu ändern und die Einheit unserer Partei zu zerstören. Ich stehe fest hinter dem ZK unserer Partei unter der Führung seines ersten Sekretärs, Genossen Walter Ulbricht.“¹⁴²

Die 1956 erheblich unter Druck geratene Stalinistin Hanna Wolf konnte 1958 also wieder triumphieren: Ulbrichts Sieg über Schirdewan war auch ihr Sieg über die Abteilung Leitende Organe. Fritz Kleinert wurde als Leiter der ZK-Abteilung abgelöst und als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oranienburg abgeschoben. Gläser wurde ohne Parteistrafe nach Grimma als Ratsvorsitzender des Kreises versetzt.

Auch die Parteikontrollorgane hatten nach der Ausschaltung der Kritiker im Politbüro unter der Chiffre „Schirdewan-Wollweber-Fraktion“ einen realen Bezugspunkt, unter dem nun der Revisionismus in der SED politisch verfolgt werden sollte. Die Verurteilung der „konterrevolutionären Harich-Gruppe“ führte gleichzeitig zum vorläufigen Ende des seit 1956 moderateren Umgangs der Justiz mit politischen Abweichlern. Das Strafrechtsänderungsgesetz vom Dezember 1957 verschärfte zuvor das politische Strafrecht insbesondere durch Einführung einer zusätzlichen Palette neuer Straftaten. Im März 1958 beschäftigte sich das Politbüro erneut mit dem Fall Vieweg. Kurt Vieweg war im Oktober 1957 freiwillig in die DDR zurückgekehrt und seither im „Schutzhaft“-Gewahrsam des MfS. Nach Wollwebers Maßregelung durch das ZK im Februar verwandelte sich im März 1958 bei Vieweg die Obhut durch das MfS in regelrechte Untersuchungshaft. Mielke berichtete im Politbüro über das Verfahren gegen Vieweg, und Albert Norden wurde beauftragt, mit den Staatssicherheitsorganen über die öffentliche Auswertung des Materials zu sprechen.¹⁴³ Im Oktober 1959 wurde Vieweg dann zu 12 Jahren Zuchthaus wegen Staatsverrats verurteilt.

Das Jahr 1958 bedeutete auch eine Wende in der Karriere des für die Partei bisher unersetzlichen Parteisoldaten Bruno Haid, der sich als Abwehrspezialist und in der Westarbeit enorme Verdienst bei der Wahrung der „Einheit und Reinheit der Partei“ erworben hatte (vgl. Kapitel 1 sowie 2 dieser Monographie) und 1956 als stellvertretender Generalstaatsanwalt in der „Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern“ die Folgen auch seiner Arbeit begutachtete (vgl. Abschnitt 1.). Haid war von Amts wegen mit dem Fall Walter Janka befaßt und äußerte Zweifel an der Justitiabilität der gegen Janka erhobenen Vorwürfe (vgl. Abschnitt 2.2.).¹⁴⁴ Daraufhin

142 Erklärung des Genossen L[...] vom 13. März 1958, Hausmitteilung der Direktion PHS „Karl Marx“ beim ZK an die ZPKK (Adamitz) vom 21.12.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/71, Bl. 103ff.

143 Protokoll der Politbürositzung vom 25.3.58, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/586.

144 Herta Geffke teilte dazu in ihren Erinnerungen mit: „Als die Verhaftung von Wolfgang Harich erfolgt war, erfuhr ich das von Bruno Haid ... Er teilte mir das so mit, als wenn jetzt erneut Verhaftungen erfolgen ohne konkrete Beweise und er deutete an, daß er darüber mit Schirdewan gesprochen habe. Ich bekam einen Schreck, weil er auch andeutete, daß Schirdewan die gleichen Bedenken hatte. Darauf fragte ich Haid, ob die Verhaftung genügend begründet ist, worauf er mit den Schultern zuckte ... Nachdem sich herausstellte, daß die Verhaftung von Harich und Janka vollauf berechtigt war, hegte ich den Verdacht, daß auch Schirdewan in einigen Fragen mit dieser Plattform übereinstimmte.“ Herta

befafte sich die ZPKK mit Bruno Haid. Ihr Beschluß vom 17. März in dieser Angelegenheit lag dem Politbüro am 1. April 1958 vor. Er empfahl die Ablösung von Bruno Haid als stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR. Der den ZPKK-Bericht bestätigende Politbüro-Beschluß sprach neben dieser Ablösung zuzüglich die Rüge als Parteistrafe aus, „da er den notwendigen Kampf gegen Feinde der DDR vernachlässigt hat.“ In der Begründung des ZPKK-Vorschlags für die Bestrafung Haid's wurden drei Verfehlungen benannt. Zunächst hieß es:

„Genosse Haid schrieb am 8.12.1956 einen Brief an den 1. Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, in dem er die Freilassung des Mitverschworenen des Konterrevolutionärs Harich, Walter Janka forderte, weil dieser angeblich an keinem 'Komplott' teilgenommen hat. In Bezug auf den Angeklagten Steinberger bringt er in dem gleichen Brief zum Ausdruck, daß seine Beteiligung an dem 'Komplott sehr mager sei.' Schließlich verneint er, mit Ausnahme des Hauptangeklagten Harich, beinahe jede strafbare Handlung, in dem er schreibt: 'Bei dem jetzigen Stand erhebt sich die Frage, was das Verfahren einbringen soll. Wollen wir tatsächlich bei diesem sehr geringen Umfang von Gruppenbildung in der Öffentlichkeit groß mit der Frage 'Absetzung Ulbrichts' auftreten?'“

In Anbetracht der Tatsache, daß es in der SED neben Paul Laufer wahrscheinlich keinen qualifizierteren Spezialisten für parteifeindliche Gruppenbildungen gab, als den ehemaligen Abwehrspezialisten Bruno Haid, war dieser Brief Haid's an Ulbricht der vermutlich unvoreingenommenste Beleg dafür, daß unabhängig von der Person Harich's die Verhaftung aller anderen Beteiligten ausschließlich dazu gedient hatte, den Fall Harich zur Gruppenbildung aufzublähen, um parteiöffentlich die Gefährlichkeit revisionistischer Komplote plausibel zu machen. Daß jetzt das Parteiverfahren gegen Haid wegen dessen Einspruch in der Janka-Sache über ein Jahr nach dem Zeitpunkt seines Protests an Ulbricht, andererseits aber auch erst nach der Abrechnung mit der Schirdewan-, „Fraktion“ stattfand, belegt, daß das Parteiverfahren gegen Haid wiederum in den Dienst der Kampagne gegen diese Fraktion gestellt werden sollte:

„In der Einschätzung konterrevolutionärer Gruppen befand sich Genosse Haid also auf der gleichen Position wie die Gruppe Schirdewan, Wollweber u. a.“

Zum zweiten erinnerte sich die ZPKK an einen noch länger zurückliegenden Vorfall aus dem Jahre 1956, um zu beweisen, daß „ein solch falsches Verhalten gegenüber Feinden der Deutschen Demokratischen Republik ... beim Genossen Haid nicht einmalig (war)“: Die ZPKK warf ihm vor, die Prozeßwiederaufnahme des Falles eines unberechtigterweise zu einer drakonischen Haftstrafe verurteilten Bürgers zugelassen zu haben, bei dem „das Bezirksgericht in Leipzig ... sich alle Mühe (gab), in diesem Prozeß zu beweisen, daß das Ministerium für Staatssicherheit unzulässige Untersuchungsmethoden anwandte.“ Die seitens Haid vorgenommene Beratung der prozeßführenden Juristin, die „von ihm ein Vorgehen in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt gegen das Ministerium für Staatssicherheit zu erreichen“ suchte, wurde von der ZPKK als durch Haid zu verantwortende Behinderung des „richtigen politischen Kampfs der Bezirksleitung der SED Erfurt“ gegen die auf eine „falsche Entscheidung des Obersten Gerichts“ zurückzuführende Haftentlassung des betreffenden Bürgers verurteilt. Haid gab der Juristin damals „den Ratschlag, von ihrem Recht der Gerichtskritik Gebrauch zu machen, damit sich die Genossin Benjamin in ihrer Eigenschaft als

Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.10.69, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 486f.

Minister für Justiz mit den Vorwürfen gegen das Ministerium für Staatssicherheit befassen müsse.“

Die ZPKK rechtfertigte hier die Einflußnahme auf ein Justizverfahren durch die SED-Bezirksleitung Erfurt, gegen die sich Haid unter Berufung auf die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit solcher Verfahren wandte. Damit bekräftigte die ZPKK das Prinzip der politischen Einflußnahme der Partei auf die Justiz, welches sich jedoch nicht immer, wie hier von der Bezirksleitung beabsichtigt, nur zum Nachteil von juristisch Verfolgten auswirkte. Jedoch war in politischen Verfahren fast immer „die SED“ letztendlich verantwortlich für ihre Einleitung, selbst wenn sie dann für Mäßigung zu sorgen sich veranlaßt sah. Doch im Fall von Bruno Haid war 1958 dessen möglicherweise aus seiner Tätigkeit in der Kommission von 1956 erwachte Hang zur Mäßigung für die ZPKK Anlaß, ihn noch in einem dritten Vorgang parteischädigenden Handelns zu zeihen: Seine Bemühungen um materielle Hilfe für den – wie es im ZPKK-Bericht zynisch hieß – „vorübergehend inhaftierten Genossen Schrecker“ (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 8. und Kapitel 4, Abschnitt 1.) wurde, da dieser nicht vollständig rehabilitiert worden war und insofern keinen Anspruch auf Entschädigung hatte, als „politische Demonstration“ gewertet, „bei der solche Parteimitglieder, die vorübergehend inhaftiert, aber nicht vollständig rehabilitiert wurden, besonders popularisiert werden.“ Gerügt wurde insbesondere, daß diese Unterstützung „im Wohnbezirk des Genossen Schrecker in Leipzig allgemein bekannt geworden“ sei. Diese entlarvende Begründung verdeutlicht unfreiwillig die Furcht selbst vor indirekter Kritik früherer Disziplinierungen.¹⁴⁵

Der Rechenschaftsbericht der ZPKK an den V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958 formulierte prägnant den Inhalt der vorausgegangenen Umsteuerung und nutzte die Gelegenheit, die alten Differenzen mit der Abteilung Leitende Organe aus dem Jahre 1954 (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 7.) nun vor dem Hintergrund von Schirdewans Ausschaltung politisch aufzuladen: Nachdem mit dem veränderten Parteistatut auf dem IV. Parteitag die bisher der ZPKK obliegende Beschlußkontrolle im Vollzug kontrollfreier innerbürokratischer Arbeitsteilung Teil der Führungstätigkeit der leitenden Parteiorgane wurde, habe sich die ZPKK nun auf ihre eigentliche Hauptaufgabe, also auf den Schutz der Einheit und Reinheit der Partei, der Entlarvung und Vernichtung feindlicher Agenturen, den Kampf gegen fraktionelle Tätigkeit und die Entfernung von Verrätern konzentriert. Dem hätten auch die vom Politbüro im Dezember 1954 beschlossenen Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen Rechnung getragen. Die Fraktion Schirdewan/Wollweber habe jedoch versucht, die Parteikontrollkommissionen von dieser „Hauptaufgabe ab(zu)drängen und sie lediglich auf die Behandlung von Einsprüchen gegen beschlossene Parteistrafen (zu) orientieren.“ Besonders nach der 3. Parteikonferenz vertrat diese Fraktion die Auffassung, die Parteikontrollkommissionen hätten kein Recht, eigene Parteiverfahren durchzuführen. Dies wäre ein Lähmungsversuch der Parteikontrolle im

145 Sitzung der ZPKK vom 17.3.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/468, Bl. 320ff; Protokoll der Politbürositzung vom 1.4.58, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/587; siehe auch Rechenschaftsbericht der ZPKK an den V. Parteitag der SED 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1. Haid war danach als Justitiar tätig und wurde ab März 1960 als Sektorenleiter und dann als Leiter der HV Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur eingesetzt. Haid's Rüge wurde auf dessen Antrag am 31.1.62 von der ZPKK gelöscht. Information der Abteilung Kaderfragen vom 12.2.63 an das ZK-Sekretariat zum „Beschluß des Sekretariats des ZK vom 30.1.1963 – Einsatz des Genossen Bruno Haid als Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur“, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/277.

Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei auf der Grundlage einer opportunistischen Auslegung der Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU gewesen. Die Fraktion Schirdewan/Wollweber habe in diesem Zusammenhang das Bestehen von feindlichen Gruppierungen auf dem Boden der DDR gelehnet. Deshalb also, so lautete die zweifelhafte Interpretation der 30. ZK-Tagung vom Januar 1957 durch Matern, sei damals der erwähnte Beschluß über die Arbeit der Parteikontrollkommissionen gefaßt und so die Schirdewan/Wollweber-Fraktion geschlagen worden. Vor dem 30. Plenum sei die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen hauptsächlich auf die Korrektur der Überspitzungen von Parteiverfahren der früheren Jahre und die Behandlung von Einsprüchen gegen Parteistrafen gerichtet gewesen. Nach dem 30. Plenum habe der Kampf gegen Revisionismus, feindliche Gruppierungen und Versuche der Untergrabung der Einheit der Partei im Mittelpunkt der Arbeit gestanden.

Zu den aktuellen Aufgaben der Kontrollorgane hieß es, sie seien durch die ZPKK angewiesen worden, ideologische Auseinandersetzungen mit westreisenden Parteimitgliedern und der „Annahme von Bestechungsgeldern der Adenauerregierung“ zu beginnen. Der Frage der Republikflucht und der Abwerbung sei erst nach dem Aufrollen dieser Fragen durch die Parteikontrollkommissionen und einer Einschätzung dieser Frage auf dem 33. Plenum die nötige Beachtung geschenkt worden. Passend dazu wurde von durch die BPKK Potsdam und Schwerin festgestellten Aufweichungserscheinungen im Parteiapparat berichtet und Meldungen der KPKK Saalfeld sowie der KPKK Cottbus-Stadt über das Eindringen des Ostbüros in die Partei und die bewaffneten Organe kolportiert. Auch der Fall Bruno Haids, der „die Freilassung fast aller Angeklagten der konterrevolutionären Harich-Gruppe verlangt“ habe, und die Entscheidungen hinsichtlich leitender Genossen im Ministerium für Kultur wurden von der ZPKK im Zusammenhang mit ihrem Bericht über Untersuchungen der Parteiorganisationen im Staatsapparat erwähnt (vgl. Abschnitt 2.5.). So hätten weder das MfK, noch das Staatliche Rundfunkkomitee die Kulturpolitik der Partei durchgeführt. Das Eindringen „amerikanischer Unkultur“ und bürgerlicher Ideologie habe vor allem nach dem XX. Parteitag KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED um sich gegriffen.¹⁴⁶

Wovon die Delegierten bei der Feier des Sieges über die revisionistische Schirdewan-Fraktion nichts erfuhren, war das „Memorial der Genossin Else Zaisser ... an den V. Parteitag der SED im Juli 1958“ vom 10. Juni 1958, in dem sie an die vorausgegangenen „Politbüro-Verschwörer“ erinnerte (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 5.). Angesichts ihrer unmißverständlichen Anklagen insbesondere gegen Matern und Mielke war es nur zu verständlich, daß in ihrem Fall das jedem Parteimitglied zustehende Recht, sich in seinen Angelegenheiten an den Parteitag zu wenden, von der Parteiführung gebrochen wurde. Zudem verkannte sie möglicherweise wegen der Arbeit der 1956 tätigen Kommission zur Regulierung vorausgegangener Repressionen, welche allerdings Herrnstadt im Mai 1956 schon abgewiesen hatte (vgl. Abschnitt 1.), daß sich mit Schirdewans Ausschaltung der Wind inzwischen wieder gedreht hatte. Else Zaisser versandte ihr Memorial mit einem Begleitschreiben an Ulbricht zur Weiterleitung an den V. Parteitag und an Chruschtschow, in dem sie schrieb:

„Diese 5 Jahre (1953–1958) ... (hat) die Partei doch kreuz und quer rehabilitiert ... Vergeblich hatte er [Zaisser] sich um Überprüfung an den IV. Parteitag gewandt. Warum wurde bei ihm die Aufklärung, die Überprüfung unterdrückt fast ein halbes Jahrzehnt lang? ... Ich sehe nur eine Erklärung: Weil schwerstes Unrecht an ihm begangen war und zugleich an der Partei, weil es bei einem so standhaften ...

146 Bericht der ZPKK an den V. Parteitag, Entwurfsfassung vom 20.5.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 44ff.

Kämpfer nicht möglich war, zu 'begnadigen', sondern weil hier bekannt werden mußte, und weil man das um keinen Preis tun wollte ... Unsere Parteiführung erklärt seit dem XX. Parteitag der KPdSU, daß sie begangene Fehler im Vorwärtsschreiten, im offensiven, siegreichen Kampf gegen den Klassenfeind bereinigen wollte ... Das Bestürzende ist nur, daß die praktische Durchführung beim Vorwärtsschreiten nicht immer zu einer Korrektur der Fehler führt, aber immer dazu, daß diejenigen, die die Fehler begingen ... bewahrt werden ... vor der Notwendigkeit, die Fehler zu bekennen.“

An die Delegierten des V. Parteitags gerichtet hieß es:

„Die unmittelbare Ursache für den Tod meines Mannes war die am 25. Februar 1958 im 'Neuen Deutschland' veröffentlichte Rede des Genossen Hermann Matern auf der 35. Tagung des Plenums des ZK der SED. Mein Mann entnahm aus der hochmütigen Formulierung von den 'paar ehemaligen Genossen', daß auch nach einem halben Jahrzehnt darauf bestanden wird, ihn vor der Partei und der Öffentlichkeit in der Rolle des Feindes, Kapitulanten, Fraktionisten und Mannes ohne Vergangenheit zu belassen und jede normale Überprüfung durch Unvoreingenommene zu verhindern ... Er konnte sich nicht beruhigen über die Gleichsetzung von Zaisser/Herrnstadt mit Schirdewan-Oelßner ... Es irritierte meinen Mann, daß auf dem 35. Plenum des ZK der SED der Karrierismus Schirdewans und die opportunistischen Tendenzen Oelßners als etwas Neues hingestellt wurden, während er doch im Jahre 1953 sich gerade dadurch den besonderen Haß zuzog, daß er auf den Karrierismus Schirdewans hinwies und die Entfernung Oelßners aus dem Politbüro der SED ... mit der gleichen Begründung vorhersagte, die nun wörtlich vom 35. Plenum ausgesprochen wurde ... Deshalb wende ich mich ... an die Delegierten des V. Parteitags der SED mit der Bitte, ... den Antrag zu stellen: Der Parteitag beschließe, ein aus unbeteiligten Genossen bestehendes Gremium einzusetzen, das den Fall Zaisser-Herrnstadt allseitig überprüft.“¹⁴⁷

Erleichtert dürfte Ulbricht die Hausmitteilung von Otto Schön aus dem Büro des Politbüros vom 25. Juli 1958 aufgenommen haben. Hier teilte Schön mit, daß in Reaktion auf den Brief von Else Zaisser an das ZK der KPdSU wegen der Rehabilitierung ihres Mannes gemäß der offiziellen Mitteilung des ZK der KPdSU die Behandlung der Sache als innere Angelegenheit der SED angesehen werde, in die es sich nicht einmische. Dies werde der Genossin Zaisser in der sowjetischen Botschaft mitgeteilt.¹⁴⁸ Ähnlich wie Else Zaisser ging es auch Herrnstadt mit seinem Antrag an den V. Parteitag und seinen Briefen an Chruschtschow und Ulbricht vom 28. November 1959 (vgl. Kapitel 3, Abschnitt 5).

147 Begleitschreiben zu dem „Memorial der Genossin Else Zaisser, Mitglied der Partei der Arbeiterklasse seit 1926, an den V. Parteitag der SED im Juli 1958“ vom 10.6.1958 an Ulbricht zur Weiterleitung an den V. Parteitag, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 47, an Chruschtschow (ebenda, Bl. 48ff) und an die Delegierten der V. Parteitags (ebenda, Bl. 57ff) mit Abschriften an Grotewohl, Rau, Stoph, Buchwitz, Mikojan und Suslov.

148 Hausmitteilung Schön an Ulbricht vom 25.7.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 168.

3.3. Parteikontrolltätigkeit während der Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“

Die politische Wende im Zeichen des Kampfes gegen den Revisionismus spiegelte sich ebenfalls kaderpolitisch wider. Unabhängig von den politisch begründeten Umbesetzungen war die Situation auch generell merklich angespannt: Der Dresdner BPKK-Vorsitzende Ullrich meldete am 16. Dezember 1957 vermehrt Abgänge aus dem Parteiapparat wegen Arbeitsüberlastung und wies darauf hin, daß der (monetäre) Verdienst im Parteiapparat geringer als im Betrieb sei.¹⁴⁹ Daß jedoch auf der höchsten Bezirksebene andererseits auch Privilegienwirtschaft nichts Unbekanntes war, zeigen die Einlassungen des Geraer BPKK-Vorsitzenden Toni Fischer: „Was die Jagd anbelangt, so ist es so, daß ich niemals ein Sonderjagdgebiet für mich besessen habe. Es gab in der Tat – etwa im Jahre 1954 kann es gewesen sein – ein solches Bemühen vom Rat des Bezirks, jedem Büromitglied ein solches Sonderjagdgebiet zuzuweisen.“¹⁵⁰ Seine Stellungnahme stand im Zusammenhang mit einer Kritik des ND und dann auch des ZK vom Juni/Juli 1958 an der politischen Führungsarbeit im Bezirk Gera.¹⁵¹ Den für Agitation und Propaganda sowie für Handel, Versorgung und Landwirtschaft verantwortlichen Büromitgliedern wurde unter anderem Unterdrückung der Kritik und selbstherrlicher Arbeitsstil vorgeworfen und sie schieden aus. Gravierender waren jedoch die politischen Maßnahmen: Dem V. Parteitag im Juli 1958 gingen wieder umfangreiche kaderpolitische Umordnungen voraus. In Neuwahlen wurden kritische Funktionäre abgelöst und nahezu ein Drittel der hauptamtlichen Parteiarbeiter in den SED-Bezirksleitungen ausgewechselt.¹⁵²

Das wichtigste Ergebnis des V. Parteitags war jedoch das „Kampfprogramm“ zur Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“: Die Volkswirtschaft sei an Anlehnung an die Zielstellungen sowjetischer, chinesischer und anderer kommunistischer Parteien so zu entwickeln, daß zum Nachweis der Überlegenheit des „Sozialismus“ in der DDR der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung in „allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern“ den in Westdeutschland bis 1961 „erreicht und übertrifft“. Es wurde Kurs genommen auf die „sozialistische Rekonstruktion“ der Produktion und die „sozialistische Umgestaltung“ des Handwerks, der „kapitalistischen Kleinindustrie“ und der Landwirtschaft. Diese Zielstellungen wurden durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1957 und 1958 begünstigt: Es war gelungen, sowohl den Lebensstandard der Bevölkerung spürbar zu verbessern und gleichzeitig ehrgeizige Industrialisierungsaufgaben in Angriff zu nehmen.¹⁵³ Damit wies die Parteiführung zum zweiten Mal seit 1952 einen „großen Sprung“ an, der nach anfänglichen Erfolgen binnen kurzem wieder katastrophal scheitern sollte und dessen

149 Bericht von Ullrich an Matern vom 16.12.57, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/29, Bl. 118.

150 Schreiben von Fischer (BPKK Gera) an Sepke (ZPKK) vom 4.9.58, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/77, Bl. 1.

151 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/77, Bl. 11ff und 16ff.

152 Weber, Grundriß DDR-Geschichte, a.a.O., S. 79

153 Die Rationierungen für Grundnahrungsmittel wurden im Mai 1958 aufgehoben, die Konsumgüterindustrie wuchs beträchtlich und gleichzeitig konnten parallel zur Koordinierung der nationalen Volkswirtschaftsplanung mit den Plänen der SU und den Ostblockländern ehrgeizige Industrialisierungsprojekte (Bau des Braunkohlekombinats „Schwarze Pumpe“ und – nach dem Juli-Parteitag im November 1958 – das Chemieprogramm) in Angriff genommen werden. Gleichzeitig begannen 1958 mit der Verbesserung der Versorgung und dem wachsenden Umfang an Sozialleistungen die Flüchtlingszahlen zu sinken.

Kosten wieder die Bevölkerung zu tragen hatte. Die Warner vor diesem Kurs (insbesondere Oelßner hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik und Ziller) waren ausgeschaltet. Das Scheitern der gesellschaftsstrategischen Zwecksetzung der Politbürokraten sollte diesmal nicht zum Arbeiteraufstand, sondern zur Explosion der Flüchtlingszahlen führen.

Wie auch die Parteikontrollorgane die wirtschaftspolitischen Zielstellungen abzuschirmen versuchten und welche Erscheinungen bei der Umsetzung dieser Zielstellungen auftraten, vermittelt beispielhaft die Schulungskonferenz der BPKK (Magdeburg) mit den Vorsitzenden, Mitgliedern und Kandidaten der KPKKen im Oktober 1958:

„Die ökonomische Hauptaufgabe, die wir uns bis 1961 stellen, ist nicht die Vollendung des Sozialismus, aber irgendwie ist das von manchen Genossen so aufgefaßt worden. Das ist aber falsch, denn es kann keine Terminstellung in diesem Sinne für die Vollendung des Sozialismus geben. Daraus haben sich eine Reihe von Überspitzungen und Entstellungen in der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages oder man kann auch sagen, in der Anwendung der ökonomischen Gesetze ergeben. Das 2. ZK-Pleum nahm auf seiner Tagung am 18. und 19. September 1958 dagegen Stellung, indem gesagt wird, daß der Sieg des Sozialismus nicht mit Befehlen oder Beschlüssen herbeigeführt werden kann ... Darum ist es falsch und eine Entstellung der Politik der Partei ... wenn die Meinung vertreten wird ... bis Ende 1961 alle werktätigen Einzelbauern, privaten Einzelhändler und Handwerker in die Produktionsgenossenschaften zu überführen und alle noch bestehenden kapitalistischen Unternehmen zu beseitigen. Die Einbeziehung der Mittelschichten in den Aufbau des Sozialismus ist ein langwieriger Erziehungsprozeß ... Die Nichtbeachtung dieser Tatsache führte auch in unserem Bezirk zu schädlichen Überspitzungen und entstellte in einigen Fällen die sozialistische Mittelstandspolitik unserer Partei und Regierung. So forderten die Abteilungsleiter bei den Räten der Kreise Oschersleben, Wernigerode und Haldensleben administrativ, daß die Fleischermeister ihre Betriebe und Läden an HO und Konsum übergeben ... Ein grundsätzlicher Verstoß war auch die Anwendung des ökonomischen Drucks unter Mißachtung des Prinzips der politisch-ideologischen Überzeugung bei den Räten der Kreise, Einzelhändler zur Aufgabe ihrer Läden bzw. zum Abschluß von Kommissionsverträgen zu zwingen, indem ihnen nach der Aufhebung der Lebensmittelkarten die Zuteilung stark gekürzt bzw. ganz entzogen wurde. Mit solchen schädlichen Maßnahmen wurden Lücken in der Versorgung der Bevölkerung organisiert, so daß dadurch einzelne Angehörige der Mittelschichten wegen Perspektivlosigkeit republikflüchtig wurden ... Die Überspitzungen veranlaßten unsere Partei, zur Überwindung solcher Fehler Stellung zu nehmen.“

Damit hatten die Parteikontrollorgane schon sehr frühzeitig das Bündel der Probleme erkannt, mit welchem die SED in den nächsten Jahren befaßt sein sollte. Ebenso, wie vernünftigerweise darauf hingewiesen wurde, daß der Sozialismus nicht per Dekret eingeführt werden könne, waren aber die von der BPKK Magdeburg ansonsten formulierten Warnungen überwiegend folgenlos, weil die benannten Erscheinungen weniger aus Überspitzungen bei der Durchführung der Parteibeschlüsse, sondern eher aus Überspitzungen bei der Formulierung dieser Linie selbst durch die Parteiführung resultierten.

Zur politischen Kontrollarbeit stellte die BPKK Magdeburg durch, daß der Revisionismus als Hauptgefahr zu bekämpfen sei. Insbesondere wurde auf die ungarischen Ereignisse, die revisionistische Schirdewan-Gruppe, auf Benary, Behrens, Vieweg und die Harich-

Gruppe verwiesen. So habe im Bezirk Magdeburg der Sekretär der APO 53 der GO des Ernst-Thälmann-Werks (bis 1956 Dozent für ML an der Fachschule für Bauwesen) mit dem Vorschlag der Auflösung unrentabler LPGen Positionen von Fred Oelßner in der Landwirtschaftspolitik vertreten. Überdies vermerkte die BPKK beunruhigt, daß Großbauern versuchten, nach ihrem LPG-Eintritt Vorsitzende zu werden, wie in Klein-Rodensleben mit Hilfe eines Gremiums aus Mittel- und Großbauern geschehen. In den eigenen Reihen machte ein KPKK-Kandidat in Seehausen die Politik der Stärkung der individuellen Wirtschaften auf Kosten der LPG mit und wurde abgelöst. Im Bericht der BPKK wurde betont, daß auf der 30. ZK-Tagung die revisionistische Konzeption von Benary und Behrens zurückgewiesen wurde, welche die „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ empfahl. Selbmann habe die Auffassung der wichtigen Rolle von „Industriekapitänen“ (Managern) vertreten und sich damit gegen die Auffassung von der bewußt handelnden Arbeiterklasse unter der Führung der Partei und gegen die Auffassung der aktiven Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion gewandt.

Die strategische Bedeutung der internationalen Tagung der Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung in Moskau vom November 1957 und des V. SED-Parteitags vom Juli 1958 charakterisierte die BPKK Magdeburg als Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus, insbesondere über das revisionistische Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und der revisionistischen Theorien der Wirtschaftsdemokratie und des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 habe es eine revisionistische Verfälschung der Kritik am Personenkult mit den reaktionären bourgeoisen Losungen vom Stalinismus und Antistalinismus gegeben, worauf in der Moskauer November-Tagung 1957 eine gebührende Antwort gegeben worden sei. Die Korrektur von Stalins falscher These vom Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie statt gegen die Bourgeoisie als Hauptfeind nach dem XX. Parteitag wäre also nicht das Ende des Kampfes gegen den Revisionismus gewesen.

Als Erscheinungsform des modernen Revisionismus wurde unter anderem die Auffassung charakterisiert, daß Beschlüsse erst unten diskutiert werden müßten. So habe Schirdewan die Durchführung von Parteiverfahren durch die PKKen als Beeinträchtigung der Selbständigkeit der GOen bezeichnet. In Polen verbreite sich die Tendenz, jede GO könne selbständig ihre Linie beschließen. In Ungarn habe der Petöfi-Kreis die Liquidierung des demokratischen Zentralismus betrieben. Die gefährlichste Theorie sei jedoch die des Nationalkommunismus.¹⁵⁴

Im Dezember 1958 berichtete die ZPKK dem Politbüro über die „Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen bei der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitags“.¹⁵⁵ Dieser Bericht stellt eine ausgezeichnete Momentaufnahme der Verhältnisse und Widersprüche in der DDR nach dem V. Parteitag dar. Überdies sah die ZPKK nach dem 35. Plenum den Stellenwert der Parteikontrollarbeit endlich wieder aufgewertet und feierte mit der Niederlage von Schirdewan und Genossen ihren speziellen kleinen Triumph: Einerseits hieß es in dem von Max Sens verfaßten Bericht, „daß die politische Erziehungsarbeit unter den Massen die Hauptmethode unserer Arbeit sein muß“, andererseits aber „die Partei ... auf eine

154 Referat zur Schulungskonferenz der BPKK Magdeburg mit den Vorsitzenden, Mitgliedern und Kandidaten der PKKen vom 9.–15.10.1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 45ff.

155 Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen über die Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages, Bericht der ZPKK an das Politbüro im Dezember 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 51ff. Weitere Zitate, sofern nicht anders vermerkt, aus dieser Quelle.

verstärkte Feindarbeit und auf eine Verschärfung der Sabotage eingestellt sein“ müsse. Nach der Zurückweisung der Absicht der fraktionellen Schirdewan-Gruppe, im Interesse der Verwirklichung ihrer Konzeption die revolutionäre Wachsamkeit einzuschläfern, ergäbe sich für die Partei-Kontrollkommissionen daraus die Aufgabe, an Schwerpunkten parteifeindlicher oder parteischädigender Tätigkeit wieder gründliche Untersuchungen durchzuführen und sich auf den Kampf gegen den in der DDR besonders gefährlichen Revisionismus und Opportunismus zu konzentrieren. Warnend stellte Max Sens klar, daß revisionistische Auffassungen an den Universitäten und Hochschulen gleich denen, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU auftauchten (so die Theorie vom Nationalkommunismus und die Propagierung des jugoslawischen Wegs zum Sozialismus), fortbeständen. Stolz präsentierte Sens die letzten Erfolge der Parteikontrollarbeit: So habe die BPKK die Parteiorganisation der TH Dresden untersucht, wo einige Parteimitglieder ihre feindliche und schädliche Plattform in Referaten und Diskussionen propagierten und Einfluß auf die Kaderpolitik ihrer Fakultät zu nehmen versuchten. Sie wurden entlarvt und zwei Ausschlüsse sowie einige Parteistrafen wegen Duldung und Zurückweichens ausgesprochen. Die BPKK Dresden untersuche gegenwärtig am gleichen Institut das Eindringen einer feindlichen Agentur in die FDJ in Verbindung mit ihrer gesamtdeutschen Arbeit. Außerdem untersuche die BPKK den Sachverhalt, daß zwei Genossen der APO 9 des Rates des Bezirks Dresden in Parteiversammlungen unwidersprochen mit der verleumderischen Auffassung hervortraten, „daß die Parteiführung in der Vergangenheit die rechte SPD-Führung als Verbrecherorganisation charakterisiert hätte und es an der Zeit (wäre), diese falsche Einschätzung offen und ehrlich zu revidieren“. Die SPKK Magdeburg entlarvte eine konterrevolutionäre Gruppe in der PO des Georgi-Dimitroff-Werkes, die seit Anfang 1957 westdeutsche Zeitschriften organisiert vertrieb und 7 Parteimitglieder in ihre feindliche Tätigkeit einbezog. Hier wurden vier Agenten entlarvt, ein Genosse aus der Partei ausgeschlossen und vier Parteistrafen verhängt. Bemerkenswert waren auch die Mitteilungen von Sens zu überaus kreativen Versuchen, die Parteilinie in der Landwirtschaft durchzuführen: So habe der ehemalige Sekretär für Landwirtschaft der BL Frankfurt/Oder veranlaßt, über den Rat des Bezirks und ohne Zustimmung der BL zwecks Beschleunigung der Einbeziehung von Einzelbauern in die LPG eine ungesetzliche Sollherabsetzung von 10% festzusetzen und eine Vordatierung ihres LPG-Eintrittsdatums zu akzeptieren, obwohl viele erst nach Einbringung der individuellen Ernte eintraten. Trotz Einspruch durch den ZK-Sekretär für Landwirtschaft Erich Mückenberger habe er darauf beharrt. Nach Aufhebung dieser Maßnahmen traten zahlreiche Bauern wieder von ihrer Beitrittsverpflichtung zur LPG zurück.

Andererseits blieb die ZPKK trotz des ausgerufenen Kampfes gegen den Revisionismus und Opportunismus auch bei ihrer Linie, Sektierertum und Überspitzungen vorzubeugen. Unter dem Stichwort „sektiererische Ungeduld“ hieß es in dem Bericht: „So kommt es manchmal zu überspitzten Beschlüssen gegenüber solchen Parteimitgliedern, die sich von ihren religiösen Bindungen nicht sofort lösen wollten, sich sonst aber erfolgreich um die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben bemühten. Die Parteikontrollkommissionen haben in vielen solchen Fällen korrigierend eingegriffen. In einigen Fällen gingen die Überspitzungen soweit, daß man die Notwendigkeit der Streichung als Mitglied der Partei gleichsetzte mit der Entfernung vom Arbeitsplatz.“ Als negatives Beispiel erwähnte Sens den Fall eines gestrichenen ehemaligen Parteimitglieds, das in diesem Zusammenhang als Arbeitskräftenlenker aus dem VEB Flugzeugwerke Dresden wegen Ablehnung des Atheismus als Teil der marxistisch-leninistischen Weltanschauung entlassen wurde, weil angeblich so keine Ge-

währ der richtigen Anwendung der Gesetze der sozialistischen Ökonomie gegeben sei. Sens vermerkte vorwurfsvoll, daß es in der Begründung der Ablehnung der Klage des Entlassenen durch das Arbeitsgericht Dresden hieß: „Aus der Beantwortung der Grundfrage der Philosophie, wie sie der Kläger entwickelt, ist jedoch die Spaltung der Philosophie in zwei feindliche Lager erkennbar. Es ist aber unmöglich, mit dem einen Bein im Lager des Materialismus und dem anderen im Lager des Idealismus zu stehen, sich über diese beiden Lager zu erheben und sich mit dem Kopf außerhalb dieser beiden kämpfenden Parteien zu stellen und unparteiisch im theoretischen Klassenkampf zu sein.“ Sens kommentierte vorwurfsvoll: „Entsprechend diesem Urteil darf also niemand, der noch nicht vollkommen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, eine Funktion in der sozialistischen Wirtschaft ausüben.“

Die im Bericht benannten „ernsten Erscheinungen in den Parteiorganisationen der Deutschen Volkspolizei“ besonders in den VP-Kreisämtern betrafen in der Regel Verstöße gegen die sozialistische Moral, politische Unklarheiten, die Begünstigung von Verbrechern (VPKA Malchin, Ückermünde, Reichenbach, Jena, Halle, Wismar, Greifswald sowie in den VP-Inspektionen Berlin-Friedrichshain und Lichtenberg), „moralische Versumpfung“ (BdVP Magdeburg und VPKA Osterburg) sowie das regelmäßige Abhören westlicher Rundfunk- und Fernsehsendungen und Westkontakte (BdVP Erfurt). Hier sei die offensichtlich fehlerhafte Arbeit der HVdVP parteimäßig zu untersuchen.

„Der Kampf gegen Hemmnisse bei der Durchführung der ökonomischen Hauptaufgabe“ förderte gemäß Sens' Bericht unter anderem zutage, daß mancherorts die Parteileitungen die Bevorzugungen von Fachleuten auf Kosten der Heranziehung von Arbeitern durch die Betriebsleitungen tolerierten (EKB Bitterfeld und BKW Mücheln) und Feindseligkeit ignorierten. „Solche Zustände waren nur deshalb möglich, weil ein Teil der Genossen des damaligen Büros der Bezirksleitung in der Schirdewan'schen Konzeption befangen waren.“

Untersuchungen der Bezirkskontrollorgane zur „Politik im Dorf zur Entwicklung des Sozialismus in der Landwirtschaft“ ergaben unter anderem, daß einige Rostocker VdGB-Funktionäre gegen die Bildung der LPGen aufgetreten seien. So erklärte ein Zentralvorstandsmitglied der VdGB Ribnitz „offen, daß er gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist. Er vertrat die Vieweg-Konzeption und die opportunistischen Auffassungen des Genossen Oelbner.“ Administrative Maßnahmen und ökonomischer Zwang anstelle von Überzeugungsarbeit bei der Gewinnung von Einzelbauern für die LPG seitens staatlicher Einrichtungen werde häufig damit begründet, daß dies von der SED gefordert werde: Der VEB KWV Anklam begründete im September 1958 die Kündigung von 83 Pachtverträgen mit der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitags. In Wismar beschloß der Rat des Kreises die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus auf dem Lande bis 1961. Dabei sollte unter anderem die Kündigung aller Pachtländereien von Einzelbauern erfolgen. Vertragswidrig leisteten die MTS häufig den Einzelbauern nur unzureichend Hilfe (Perleberg). Das Argument von MTS-Direktoren lautete: Wenn den Einzelbauern geholfen werde, fehle bei denen das Motiv, in die LPG einzutreten.¹⁵⁶

156 In nichtdatierten „Bemerkungen zum Bericht über 'Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen über die Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages'“, die ebenfalls Max Sens verfaßte, wurde der Berichtersteller noch deutlicher. In der Einleitung des Berichts (gemeint ist hier wahrscheinlich eine Entwurfsfassung) werde nach Sens' Auffassung auf Entstellungen der Politik der Partei nicht prinzipiell genug eingegangen: Nicht nur eine „fälsche Auslegung“ oder „überspitzte Anwendung“ sei zu konstatieren, sondern „große Teile der Partei (haben) die Beschlüsse des V. Parteitags nicht verstanden“, was auch für Parteikontrollkommissionen zuträfe. „Auf Seite 8 wird im Punkt 2 gesagt, daß manche Genos-

Die „Einschätzung der Arbeit der Parteikontrollkommissionen in den Parteiorganisationen der bewaffneten Kräfte“ verwies darauf, daß ihnen von der ZPKK auf Schulungskonferenzen unter anderem die Aufgabe gestellt wurde, das Spießertum bei Offizieren zu bekämpfen und jene Parteimitglieder unter den Offizieren unnachsichtig zur Verantwortung zu ziehen, die Verletzungen des sozialistischen Verhältnisses zwischen Offizieren und Soldaten begingen.¹⁵⁷

Der scharfe Kurs der Partei während der Anti-Revisionismus-Kampagne und die mitunter militanten Aktionen insbesondere auf dem Dorf bei der Kollektivierung dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß der definitive Abschied von bestimmten Verfolgungs- und Benachteiligungskriterien, wie sie die SED noch Anfang der fünfziger Jahre prägten, inzwischen vollzogen war. Die nahende Jahrzehntwende brachte so auch moderatere und sogar selbstkritische Tendenzen im Umgang mit den Mitgliedern der eigenen Partei. Ein Beispiel für ersteres ist die Frage der „Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft bei Parteimitgliedern, die vor 1933 einer parteifeindlichen Gruppe angehörten.“ Die 1951 tätige Überprüfungscommission rechnete früher diese Mitgliedschaft im Falle des Ausschlusses oder Austritts aus der KPD oder SPD zugunsten der Beteiligung an parteifeindlichen Gruppierungen erst ab Wiedereintritt an. Nur wer als SAP-Mitglied früher weder der KPD, noch der SPD oder wer früher nur der SPD angehörte, bekam die ununterbrochene Mitgliedschaft angerechnet (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.3.). Wie gefährlich damals eine Parteivergangenheit mit ehemaliger Mitgliedschaft in als parteifeindlich eingestuften Organisationen während der Zeit der massiven präventiven Säuberungen war, ist vielfach belegt. Im Januar 1959 schlug nun das Politbüro dem ZK vor: „Bei der Überprüfung von Anträgen von Parteimitgliedern auf Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft, die vor 1933 parteifeindlichen Gruppierungen angehörten, darf man nicht allein nach der Zugehörigkeit zu einer parteifeindlichen Gruppierung entscheiden. Im Vordergrund der Beurteilung muß stehen: Hat dieser Genosse politische richtige Schlußfolgerungen aus seinem damaligen Verhalten gezogen; war sein Verhalten während der Nazizeit einwandfrei und hat er in den illegalen Gruppen aktiv mitgearbeitet? Ferner sollte man sich auch davon leiten lassen, wie sein Verhalten nach 1945 war und was er bis heute in Produktion und Gesellschaft geleistet hat.“¹⁵⁸

Diese unscheinbare Verfügung, die allerdings in den Handlungsrichtlinien der ZPKK schon seit einiger Zeit umgesetzt wurde, hatte über die Befriedigung von Bedürfnissen mancher SED-Mitglieder nach einem höheren Parteialter hinaus eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung: Ungeachtet der hier enthaltenen Aufforderung zur Fortschreibung von Subalternität als Verrechnungseinheit für politische Sünden demonstrierte diese Anweisung

sen glauben, sie könnten 'konsequente' Maßnahmen gegen die Warenproduzenten und das Kleinbürgertum anwenden ... Die Partei ist immer für konsequente Maßnahmen ... Diese Genossen ... wünschen die administrative Liquidierung der Mittelschichten, aber das hat mit Konsequenz überhaupt nichts zu tun. Wenn wir uns so ausdrücken, geraten wir in den Verdacht, daß wir den gleichen Wunsch haben, nur nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Partei ist jedoch für die Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau und sogar für die Einbeziehung der kapitalistischen Reste und eben auf diese Weise werden sie dann auch liquidiert. Die Politik der Partei ist also 'konsequent' und die Taktik der zurückgebliebenen Parteileitungen ist sektiererisch, also inkonsequent.“ Bemerkungen zum Bericht über 'Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen über die Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages', SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 87ff.

157 Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen über die Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitages, Bericht der ZPKK an das Politbüro im Dezember 1958, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 51ff.

158 Protokoll der Politbüro-Sitzung vom 6.1.59, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/626.

tendenziell das Ende der a-priori-Verurteilung von früherem organisiertem Abweichlertum, also das Ende von bisherigen Praktiken der vierziger und fünfziger Jahre. Man hielt offenbar die Zeit für gekommen, das erzieherische Mittel der Erzeugung von Furcht vor terroristischer Disziplinierung zugunsten neuer Angebote zur Integration abzulösen. Daß dies keineswegs den Verzicht auf Repression in Fällen politischer Zweckmäßigkeit bedeutete, sollte sich noch erweisen.

Ein Beispiel für die erwähnten nachdenklichen Nuancen der Parteikontrollorgane hinsichtlich repressiven Vorgehens gegen Genossen wegen ihrer Verfehlungen insbesondere seitens der Justiz finden sich im Protokoll einer Arbeitstagung der BPKK Magdeburg im Januar 1959. Zunächst trat hier jedoch Herbert Wittholz von der ZPKK mit einer ganz anderen Maßgabe auf: Er wies anlässlich der parteifeindlichen Äußerungen eines im Kreis Halberstadt tätigen ehemaligen Studenten der Martin-Luther-Universität Halle darauf hin, daß in Halle seitens der Studenten die Ablösung Walter Ulbrichts gefordert wurde, es zu Studentenunruhen gekommen und höchste Wachsamkeit geboten sei. Der Genosse hätte als Parteifeind ausgeschlossen werden müssen, da er wegen eventuell noch vorhandener Verbindungen „noch heute die studentische Jugend zersetzen und seinen Einfluß auch noch an anderen Stellen geltend machen kann.“ Eine dieser harten Linie entgegengesetzte Botschaft hatte ausgerechnet der Bezirksstaatsanwalt in die Debatte einzubringen, welcher in der Arbeitstagung zur Frage der strafrechtlichen Verfolgungen im Bezirk Magdeburg Bericht erstattete. Einem gemeinsamen Beschluß von ZK und Staatsanwaltschaft zufolge werde die ZPKK in Zukunft hinsichtlich der bisher nicht erfaßten Parteizugehörigkeit der Straftäter informiert. Zum Fall der herzlosen Verurteilung eines durchaus verdienstvollen Halberstädter Kreisbaudirektors und seines Buchhalters zu zwei Jahren Zuchthaus erklärte er: „Die Frage in Halberstadt ist die, ob es politisch zu verantworten ist ... Hier stand also die Frage, ob es nützlich ist, den S[...] zu verurteilen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die rechtliche Einschätzung daneben ging. Bei S[...] ging es darum, daß er seine Aufsichtspflicht vernachlässigt hat. So etwas kann nur politisch bekämpft werden, das ist eine ideologische Frage. Hier muß man auf der politischen Ebene ringen, nicht durch formales, dogmatisches Herangehen.“ Im Falle eines technischen Leiters (vor 33 KPD, Überläufer zur Roten Armee, NKFD, vor Kriegsende Erfüllung eines Sonderauftrags in Deutschland) und eines Werkleiters eines Magdeburger Mühlenbetriebs, denen „Jonglieren“ bei der Planerfüllung und Prämienzahlung sowie das Anlegen von Schwarzbeständen und ausgeprägtes „Nurgewerkschaftlertum“ vorgeworfen wurde, hieß es seitens des Staatsanwalts:

„Die Genossen von uns ... haben ... den Verbrecher in den Vordergrund gestellt und die Dinge nicht so dargestellt, wie sie sind. Sie haben es so dargestellt, daß eine Gefährdung der Versorgung vorliegt und gesagt, dafür kann er bis zu drei Jahren Zuchthaus kriegen ... Jetzt wird der Fall nochmals durch einen Genossen untersucht ... Wenn man die Dinge jetzt einmal von Seiten der Pflichten eines Parteimitglieds betrachtet, dann kommt man zu der Feststellung, daß er sich daneben benommen hat. Das ist aber keine Frage, die nur mit Zuchthaus beantwortet werden kann. Verurteilt werden muß er aber bedingt ... Wir sind noch nicht über den Zustand hinaus, daß es gegenüber Mitgliedern unserer Partei im Gerichtssaal zu einem anderen Verhalten kommt. Es heißt im Urteil und im Antrag des Staatsanwalts, er mußte wissen, er ist ein Mitglied der SED, hat agitiert, ... er muß die doppelte Strafe erhalten. Das ist politisch falsch.“

Zur allgemeinen Einschätzung der Justiz erklärte er: „Wir haben in der Vergangenheit ... eine sektiererische Kritik auch bei uns in der Staatsanwaltschaft und bei einigen Betrieben, wo wir uns schämen müssen ... Es wird viel ungereimtes Zeug gequatscht und da werden nur die Festlegungen schön klar getroffen, daß damit der Tatbestand der staatsgefährdenden Hetze nach § 19 des Strafrechtsergänzungsgesetzes und der Tatbestand der Staatsverleumdung nach § 20 ... erfüllt ist. Das läuft auf Dogmatismus hinaus.“ Als Alternative bot er an: „Ein Arbeiter, der straffällig wird, mit dem beschäftigt sich die VP, die muß es der Staatsanwaltschaft vorlegen ... Der Staatsanwalt sieht es an und prüft, ob die gesellschaftliche Erziehung in Betracht kommt ... Das ist das, was früher bei uns abgelehnt wurde mit der Bezeichnung Betriebsjustiz ... Die Belegschaft soll ihm ihre Meinung sagen und die Belegschaft soll die Verantwortung übernehmen, daß er nicht wieder straffällig wird ... dann müssen (dabei) die Parteiorganisationen und Gewerkschaftsleitungen eine große Rolle spielen.“

Auch ein Kreisparteiinspektor aus Halberstadt stellte seine Beklemmungen am Beispiel des Vorgehens des MfS in der örtlichen Fleischfabrik zur Diskussion: „Ich halte es nicht für richtig, daß man Arbeiter belügt. Genosse B[...], Werkleiter und Genosse H[...], Buchhalter, haben einen Anruf bekommen, nach Berlin zu kommen. Auf dem Wege nach Berlin sind sie festgesetzt worden. Als die beiden Genossen weg waren, wurde unter dem Vorsitz des Genossen S[...] eine Belegschaftsversammlung durchgeführt, in der ein Genosse die Frage stellte, wann solche Belegschaftsversammlung organisiert wird, ob es nicht besser wäre, wenn der Werkleiter mit zugegen ist, worauf der Genosse ... sagte, Genosse B[...] befindet sich in Berlin zu einer Planbesprechung ... Es ist auch nicht in Ordnung, daß vom Bezirk eine Brigade geschickt wird, ... die wochenlang Überprüfungen durchführt, dann den Betrieb verläßt und die Auswertung dann nicht im Betrieb, sondern in Magdeburg vorgenommen wurde ... Auf der Schulungskonferenz in Bergen wurde gesagt, zuerst die Angelegenheit in der Partei zur Diskussion stellen ... Wir sollen jetzt die Parteiverfahren durchführen gegen den Genossen Planungsleiter, den Genossen Buchhalter, den Genossen Werkleiter. Ich fühle mich dabei nicht wohl.“¹⁵⁹

Die BPKK Berlin beschäftigte sich im Februar/März 1959 mit Versuchen von Agenten, die Westberliner Einheitspartei zu infiltrieren. Sie meldete der ZPKK am 16. Februar 1959, daß gemäß einem Bericht des Büros der KL Wedding dortige Genossen von Agenten aufgesucht würden, die unter Vorlage einer „Bestätigung“ versuchten, die Parteidokumente einzuziehen. In einer Arbeitsbesprechung sei außerdem bekannt geworden, daß etwa in Wilmersdorf mittels der gefälschten Unterschrift des KPKK-Vorsitzenden und in Kreuzberg andere Agenten versucht hätten, Genossen zur Ausfüllung eines Fragebogens zu veranlassen. In einem Fall habe ein Weddinger Genosse leichtfertig die Information an die Agenten weitergegeben, wann und wo die Zeitung „Die Wahrheit“ angeliefert werde, was zur zeitweiligen Verhaftung von 3 Genossen und vorübergehenden Einziehung der Zeitungen führte. Die Fragebögen konzentrierten sich (neben der Aufnahme der persönlichen Daten und zur Organisiertheit) auf die sowjetische Berlin-Note und die sowjetischen Friedensvorschläge, die Frage der Konföderation und des Abzug aller Besatzungstruppen.¹⁶⁰ Als am 20.

159 Arbeitstagung der BPKK Magdeburg, o. D. (Eingangsstempel der ZPKK 31. 1.59), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl 131ff.

160 Am 27.11.58 forderte die UdSSR in Noten an die Westmächte, die BDR und die DDR Verhandlungen mit den Westmächten zur Herstellung des Status von Westberlin als „entmilitarisierte freie Stadt“, anderenfalls die UdSSR ihre Berlin-Rechte an die DDR übertragen werde. Am 10.1.59 folgte ein sowjetischer Friedensvertragsentwurf für Deutschland und ein Vorschlag zur Einberufung einer Friedenskon-

Februar deutlich wurde, daß die gesamte Aktion Wedding, Wilmersdorf, Kreuzberg, Reinickendorf, Tempelhof und Neukölln erfaßt hatte und Ausweise der Agenten mit der gefälschten Unterschrift des Sekretärs für Westberlin, Bruno Baum, benutzt wurden, war am 14. Februar die Großaktion mit allen Vorsitzenden der Kontrollkommissionen zur Abwehr der Aktion schon angelaufen: Eine schriftliche Warnmeldung ins ND informierte alle Abonnenten und es wurde eine Dokumentenkontrolle bei allen Genossen in Westberlin vorgeschlagen. Am 24. Februar bewertete die BPKK in ihren „Thesen über Agententätigkeit und Beispiele der Vernachlässigung der revolutionären Wachsamkeit aus dem Staatsapparat“ der ZPKK gegenüber auch diese Vorgänge: Neben ideologischer Zersetzungstätigkeit der „Brandt-Briefe“¹⁶¹, in denen die Schirdewan-Gruppe unterstützt und gegen das ZK gehetzt wurde, verzeichnete das Dokument neben den erwähnten Aktionen auch gefälschte Einladungen zu Mitgliederversammlungen, Briefaktionen gegen Kandidaten der Partei während der Abgeordnetenhauswahlen und den Versuch der Zersetzung der Genossen in der BL mit Postsendungen von Hetzmaterial an nicht existierende Adressaten (wonach die Sendungen auf Grund des gefälschten Siegels der BL wieder an den vermeintlichen Absender zurückgingen). Schließlich war von Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gegen Genossen und von Werbungen von Genossen durch fingierte Beauftragte des MfS zwecks späterer Erpressung zur Agententätigkeit gegen die Partei die Rede. Am 25. Februar wurde der 1. Sekretär der Berliner BL, Paul Verner, von der BPKK im Begleitschreiben zu den erwähnten Thesen darauf aufmerksam gemacht, daß ein hoher Grad an sträflicher Vernachlässigung revolutionärer Wachsamkeit es den Agentenzentralen ermöglichte, sich verhältnismäßig leicht einen Überblick über weiche Stellen und Verbindungen in der Partei zu verschaffen.¹⁶²

Im Februar 1959 orientierte die ZPKK mit einem Brief an den Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle auf die verstärkte Kooperation beider Kontrollinstanzen. Die anberaumte Aussprache zielte seitens der ZPKK auf die Beihilfe der ZKSK zugunsten der parteimäßigen Bestrafung von Genossen, die wegen Vergehen gegen Verordnungen und Gesetze der DDR disziplinarisch oder gerichtlich bestraft wurden. Ferner ging es um die Lokalisierung der Schwerpunkte feindlicher Einflüsse, Sabotage, Managertum und schuldhaft oder absichtliche Nichtplanerfüllung insbesondere im Bereich der Exportprogramme. Auch die Parteikontrollorgane wollten augenscheinlich ihre Kontrolltätigkeit verstärkt in den Dienst der Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ stellen.¹⁶³ Wie nachhaltig hier beide Kontrollinstanzen Einfluß auf staatliche Organe (insbesondere die Justiz) ausübten, zeigt ein Beispiel aus Potsdam: Nach der am Verwaltungsdirektor gescheiterten Überführung des volkseigenen Objekt Gaststätte „Historische Mühle“ im Park Sanssouci aus den Händen des privaten Pächters an die HO, wobei Letzterer sich auch beim Bezirksgericht durchsetzte, wurde der Vorsitzende der KPKK Potsdam informiert und der Verwaltungsdirektor in der BPO-Parteiversammlung bearbeitet. Der Bevollmächtigte der ZKSK im Bezirk

ferenz. Die Konföderationsvorschläge der DDR datieren von der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 (vgl. Abschnitt 2.2.).

161 Der 1953 abgelöste Sekretär für Agitation der Berliner BL, Heinz Brandt, war im September 1958 nach Westberlin geflüchtet und sandte von dort aus an verschiedene ihm bekannte Parteifunktionäre Briefe mit Erklärungen zu seiner Flucht.

162 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/415, Bl 10ff.

163 Brief der ZPKK an die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (Vorsitzender Wabra) vom 23.2.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/10, Bl 29f.

Potsdam teilte seiner Zentrale mit: „Über die Arbeitsweise der Justizorgane wurde die Bezirksleitung informiert mit dem Hinweis, daß eine parteimäßige Einflußnahme auf das Bezirksgericht notwendig ist, um zu erreichen, daß eine richtige Entscheidung herbeigeführt wird ... Daraufhin erfolgte durch die für den Justizapparat verantwortlichen Genossen der SED-Bezirksleitung eine Auseinandersetzung mit dem Leiter des Bezirksgerichts sowie mit dem Parteisekretär über die formal juristische Arbeit. Im Ergebnis wurde eine richtige Entscheidung zugunsten der HO herbeigeführt.“¹⁶⁴

In der Februar-Sitzung der ZPKK mit den BPKK 1959 wurden die Bezirkskontrolleure an den Bericht der ZPKK vor dem Politbüro über die Erfahrungen der ZPKK bei der Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitags erinnert. Denn auf dem 4. ZK-Plenum zur Durchführung der Beschlüsse des V. Parteitags hatte Ulbricht die ungenügende Vermittlung typischer Beispiele der ZPKK-Arbeit an leitende Funktionäre und gegenüber der Presse gerügt. Im Politbüro war Kritik an der Arbeit der Parteikontrollkommissionen laut geworden, weil diese nicht gemäß dem entsprechenden Beschluß des 30. ZK-Plenums erfolge. Die in diesem Beschluß genannte Reihenfolge der Aufgaben der Parteikontrolle¹⁶⁵ sei nicht zufällig gewesen. Real stünden aber Untersuchungen wegen parteifeindlicher Aktivitäten nicht an der Spitze der Tätigkeit der Parteikontrollorgane, sondern die Bearbeitung von Einsprüchen und von Parteiverfahren, die aus den GOen kämen. Es gäbe verstärkt Anzeichen dafür, daß die Kontrollkommissionen Untersuchungen durchführten, die nichts mit den Aufgaben der Parteikontrolle zu tun haben. So untersuchte die BPKK Erfurt die PO des FDGB auf Beschlusseinhaltung. Die Beschlußkontrolle sei aber Sache der leitenden Parteiorgane. Ebenso sei die Kontrolle der ökonomischen Planerfüllung Sache der staatlichen Organe und nicht der Parteikontrolle, auch wenn beim 30. Plenum vom Kampf gegen die Sabotage der Durchführung von Parteibeschlüssen die Rede war. Die Gefahr von Tendenzen der Entwicklung einer zweiten Leitung sei also zu bannen. Zum (eigentlichen) Schwerpunkt „Feindtätigkeit“ hieß es: „Die grundsätzlichen Fragen der Untersuchung sollten offen in den Grundorganisationen dargelegt werden, so daß alle Parteimitglieder an der Aufdeckung parteifeindlicher und parteischädigender Handlungen mitwirken können ... Dort, wo Untersuchungen oder auch einzelne Parteiverfahren durchgeführt werden, ergibt sich natürlich eine erzieherische Wirkung ... Daher müssen die typischen Erscheinungen in der Parteiöffentlichkeit ausgewertet werden.“ Zum erkannten Problem der „ungenügenden Signalisierung“ lautete die Forderung: „Es ist also nötig, schon vor der Untersuchung, wenn bei uns das erste Signal aufgetaucht ist, die leitenden Parteiorgane zu verständigen. Es ist doch häufig nötig, nicht nur die Schuldigen zu bestrafen, sondern sofort und unverzüglich bestimmte Maßnahmen von seiten des Staatsapparats zu treffen, um eine Wiederholung der festgestellten Erscheinungen an anderer Stelle zu verhindern.“

164 Brief des Bevollmächtigten der ZKSK im Bezirk Potsdam an die ZKSK Berlin vom 12.3.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/10, Bl. 45ff.

165 In dem Beschluß des 30. Plenums hieß es damals: „Die Parteikontrollkommissionen richten ihre Hauptaufmerksamkeit auf den Schutz und die Festigung der Einheit und Reinheit der Partei. Sie führen Parteiverfahren gegen solche Parteimitglieder durch, die feindliche Auffassungen in die Partei hineinbringen, führende Genossen der Partei verleumden, eine fraktionelle Tätigkeit entfalten, die Durchführung der Parteibeschlüsse sabotieren und dadurch versuchen, die Einheit der Partei zu untergraben. Desgleichen führen sie Parteiverfahren durch, wenn in Parteiorganisationen oder Parteileitungen Erscheinungen von moralischer Versumpfung die Einheit und Reinheit der Partei gefährden. Neben dieser Aufgabe darf die sorgfältige Behandlung von Einsprüchen gegen Parteiausschlüsse und Parteistrafen auch aus den vergangenen Jahren nicht vernachlässigt werden.“

Im Protokoll fand sich auch die Statistik der jüngsten Parteiausschlüsse: Von 1957 bis 1958 stieg die Zahl der Ausschlüsse von 5.942 auf 7.857 (also um 35%) und sank die Zahl der Ausschlüsse wegen Republikflucht von 13.126 auf 10.585 (also um 20%). „In der gesamten Partei sind 1,9% der Mitglieder und Kandidaten bestraft oder ausgeschlossen worden. In den Parteiorganisationen der Volkspolizei (ohne Deutsche Grenzpolizei und ohne Bereitschaftspolizei) ist der Prozentsatz doppelt so hoch ... Die BPKK Dresden bearbeitet im Monat an 100 Ausschlüsse, davon werden 90 persönlich gehört. Die übrigen kann man nicht hören, weil sie verhaftet sind.“¹⁶⁶

Wie wichtig die ZPKK die Rolle der Parteikontrollorgane bei der „Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe“ und ihre Verklammerung mit dem politischen Kampf gegen den Revisionismus der Schirdewan-Gruppe nahm, zeigt ihre scharfe Kritik an der BPKK Magdeburg und insbesondere an ihrem Vorsitzenden Richard Eyer mann im April 1959. Eyer mann umging demnach in seiner Rede auf der 4. Bezirksdelegiertenkonferenz Magdeburg das Hauptproblem der Aufgabe der BPKK bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgaben zugunsten „nicht im Vordergrund stehender Probleme“ (gemeint war die Entfernung krimineller Elemente aus der Partei). Es gäbe Unverständnis in der BPKK Magdeburg gegenüber den Feststellungen im Referat des 4. ZK-Plenums über den Schaden durch die Schirdewan-Gruppe: Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz wären keine Beispiele aus dem Bezirk über die Auswirkungen der Theorie des Selbstlaufs, der Duldung niedriger Pläne, das Aufhalten der sozialistischen Entwicklung und über den Kampf gegen Vertreter solcher Theorien gegeben worden. Statt dessen sei durch das Hervorheben gesetzwidriger Handlungen von Parteimitgliedern der Eindruck erweckt worden, die Schirdewan-Gruppe sei eine hauptsächlich kriminelle Angelegenheit. Die ZPKK wies die Stellungnahme der BPKK zur diesbezüglichen Kritik von Genossen des ZK-Apparats als unsachlich, arrogant und selbstzufrieden zurück und mißbilligte das Verhalten von Eyer mann.¹⁶⁷

Nach dem Vorbild der Sowjetunion, in der auf dem außerordentlichen XXI. Parteitag der Übergang zur Siebenjahresplanung beschlossen wurde, sollte auch die SED-Partei führung 1959 den laufenden Fünfjahrplan abrechnen und ebenfalls zur Planperiode 1959–65 übergehen. Diese Umstellung wurde im Februar in einer ZK-Erklärung angedeutet. Als die 5. ZK-Tagung im Mai die Aufgabenstellung der sozialistischen Rekonstruktion zur Erfüllung des Siebenjahrplans mittels „umfassender Rationalisierung, Spezialisierung und Konzentration“ formulierte, wurde definitiv Anlauf zum „großen Sprung“ in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der DDR genommen. 1959 zeichneten sich in der DDR jedoch bereits die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab.

Es war offensichtlich, daß die ZPKK nach der Neutralisierung aller gegenkonzeptioneller Ansätze zum ökonomischen Kurs des V. Parteitags eine Schwerpunktsetzung bei der Jagd auf Parteifeinde im Bereich der Wirtschaft formulierte und dies auch nach Kräften den

166 Sitzung der ZPKK mit den BPKK im Februar 1959, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 147ff.

167 Beschluß der ZPKK vom 28.4.59 über die Stellungnahme der BPKK Magdeburg vom 25.3.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 50f. Im Mai 1960 stand Eyer mann neuerlich im Zentrum der Kritik, als sich die Abteilung Leitende Organe über Äußerungen Eyer manns auf der Kreisdelegiertenkonferenz Salzwedel bei Ulbricht und ZK-Sekretär Alfred Neumann beschwerte und Letzterer diese Kritik an Erich Ament von der ZPKK weiterreichte. Eyer mann hatte sich dort über noch nicht zu Ende geführte Untersuchungen der BPKK im Büro der Kreisleitung Salzwedel verbreitet. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 52f. Diese Untersuchungen führten dann allerdings Anfang Juni 1960 zum Parteiausschluß eines Kreisleitungsmitglieds wegen staatsfeindlicher Verbindungen, provokatorischem Verhalten und Cliquenbildung, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 66ff.

Kontrollorganen auf Bezirksebene zu vermitteln suchte. Das Referat auf der ZPKK-Konferenz mit den Vorsitzenden der BPKK und deren Stellvertretern am 29. April 1959 stellte die Aufgaben der Parteikontrollkommissionen bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe in den Mittelpunkt. Ihre Lösung sei nicht allein eine ökonomische, sondern auch eine friedenspolitische Aufgabe, die außenpolitisch mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland verbunden sei. „Im Zusammenhang mit der in Vorbereitung der Außenministerkonferenz verstärkt auftretenden Feindarbeit hat die BPKK Berlin Untersuchungen darüber angestellt, wie es mit der revolutionären Wachsamkeit in der Partei bestellt ist ... Eine Durchsicht von Zimmern im Staatsapparat und VVB's förderte die tollsten Dinge zu Tage. Es konnte Einsicht genommen werden in Plenarunterlagen, Regierungsaufträge, Listen mit Namen von Genossen für den Westeinsatz.“ Zur Deutschlandpolitik hieß es, angesichts der widersprüchlichen Tendenzen und sich verschärfender Gegensätze in der SPD hinsichtlich der Aufrüstung und Militarisierung Westdeutschlands sei die Vertiefung und Beschleunigung der Auseinandersetzung in der SPD zwischen rechter Parteiführung und linken Kräften zu befördern. Der Brief des ZK vom 2. April an den Parteivorstand der SPD und die Mitgliedschaft habe an die fast gleichen Auffassungen (gegen Atomrüstung, zur Frage der Verständigung über die Konföderation) angeknüpft. Jedoch habe der Deutschlandplan des SPD-Parteivorstands vom März bei manchen Genossen in der SED die Illusion der Möglichkeit des Dritten Wegs zu Frieden und Einheit wachgerufen, weshalb solche Fragen prinzipiell vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus behandelt werden müßten. Zu organisieren sei auch eine Kampagne gegen Parteiausschlüsse von SPD-Mitgliedern aus der SPD.

Die Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche signalisierte die ZPKK unter Hinweis auf die Landwirtschaft. Dort sei die Lage vom Standpunkt der Marktproduktion sehr kritisch insbesondere in Gestalt der Nichterfüllung der Pläne und des Rückgangs der Ackerfläche. Weder die Bezirks- und Kreisleitungen, noch die Parteikontrollorgane hätten dies erkannt. Erst eine Politbüro-Intervention auf der Grundlage von Überprüfungen durch die ZKSK habe dies an den Tag gebracht. Dies zeige, daß die Parteikontrolle über die wirkliche Lage nicht im Bilde sei.

Erfolgreich habe die BPKK Neubrandenburg gearbeitet: Ihre Untersuchung im Staatsapparat des ehemaligen Spitzenkreises Anklam wegen des starken Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion 1957/58 ergab: „Im Rat des Kreises Anklam hat sich eine opportunistische parteifeindliche Plattform herausgebildet, die die führende Rolle der Partei angreift.“ Das ehemalige Mitglied des Büros der Kreisleitung und Vorsitzende des Rates des Kreises P[...], der ehemalige Parteisekretär der GO und andere Mitarbeiter „führten einen offenen und versteckten Kampf gegen die Partei ... Während der Untersuchung bezeichnete P[...] die Genossen der BPKK als Schnüffler.“

Zum gegenwärtig zentralen Problem der Arbeit der Parteikontrolle („Wann werden die Parteikontrollkommissionen Untersuchungen durchführen?“) orientierte die ZPKK auf Ausführungen von Schwernik (Vorsitzender der Parteikontrollkommission der KPdSU) während des XXI. KPdSU-Parteitages: Zukünftig sei ein strengerer Maßstab bei der Beurteilung des Verhaltens von Genossen zum Plan als Gesetz, dem sich alle Genossen unterzuordnen hätten, anzulegen. Dies bedeute auch, „daß die Arbeit der Parteikontrollkommissionen der KPdSU als Richtung und Maßstab auch für unsere Arbeit in den PKK gelten muß.“¹⁶⁸

168 Referat auf der Konferenz mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der BPKK am 29.4.59 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 163ff. Die am 13.7.59 in der „Prawda“ veröffentlichten

Die Orientierung auf das Vorbild der sowjetischen Parteikontrolle wurde auch auf der Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKKen am 25. November 1959 bekräftigt, wo Otto Sepke¹⁶⁹ über die Reise einer Parteidelegation in die SU berichtete. Im Mittelpunkt der Sitzung standen jedoch wiederum die Aufgaben der Parteikontrollkommissionen im Bereich der Wirtschaft, diesmal im Zusammenhang mit dem Gesetz über den 7-Jahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR, zu dem auf der 6. ZK-Tagung im September die Entwürfe beraten worden waren, bevor sie von der Volkskammer Gesetzeskraft erhielten. Auf der ZPKK-Tagung hielt hierzu Ernst Altenkirch das Hauptreferat.¹⁷⁰ Bemerkenswert an der Tagung waren aber die Berichte aus den Bezirken: So war beim Berichterstatter aus Halle die Rede von Brandstiftungen, angeblichen Sabotageakten (Sodafabrik Bernburg, EKB) und von Lohnforderungen, unter anderem bei Buna, dort verbunden mit einer Arbeitsniederlegung der Bauarbeiterbrigade, die angeführt wurde von einem Parteimitglied, das bereits im Juni 1953 als Provokateur aufgefallen war. Dazu bemerkte der Berichterstatter aus Gera, die „Methode des Klassenfeindes besteht darin, daß er alle Unzulänglichkeiten und Mängel aufgreift und sich als Interessenvertretung der Werktätigen ausgibt und dabei solche Menschen mitzieht, die in Wirklichkeit nicht Feinde unserer Entwicklung sind.“ Beispiele im Bezirk seien dafür Jena-Stadt und die Keramischen Werke Hermsdorf. Zum Kampf gegen den Revisionismus hieß es, der „Kreis um Harich und andere Theorien sind noch nicht ausgestorben.“

Der Berichterstatter aus Dresden meldete die Konzentration ehemaliger KPO-Leute, Anarchisten und Syndikalisten in einer PO des Sachsenwerks Niedersiedlitz. „So zeigte sich, daß eine ganze Zeit hindurch in dieser Parteiorganisation einer vom anderen wußte, aber es wurde nichts gesagt.“ Die SPKK habe sich bei Untersuchung abdrängen lassen. Im Juli/August wurde dort ein Streik inszeniert, der wegen administrativer Methoden der Wirt-

Maßgaben „Neue Organisationsformen der Parteikontrolle“ in der KPdSU wurden am 30. Juli von Matern im Umlaufverfahren „allen Mitgliedern und Kandidaten zur Kenntnis“ gegeben. Wegen der Verletzung der Leninschen Prinzipien des demokratischen Zentralismus beim Wirtschaftsaufbau durch Funktionäre einiger Wirtschaftsorganisationen und Betriebe und schwacher Parteikontrolle der termingerechten Planerfüllung wurde in der UdSSR die Bildung von Kommissionen zur Parteikontrolle in den Grundorganisationen der Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlichen Forschungsinstitute sowie der Verwaltung veranlaßt. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8.

169 Der ehemalige Vorsitzende der LPKK Mecklenburg und Kandidat der ZPKK, Otto Sepke, war seit 1952 Vollmitglied der ZPKK.

170 Möglicherweise sind die nicht näher datierten Notizen „November 1959“ in den ZPKK-Akten Teile dieses Referats. Neben den üblichen Verweisen auf Sabotage, Feindtätigkeit und ideologische Zersetzung findet sich dort der Hinweis, die BL Rostock sei von ZK-Sekretariat kritisiert worden, weil sie es zugelassen habe, daß die feindliche Auffassung ‚Der Maisanbau ist unwirtschaftlich‘ sich in breitem Maße durchgesetzt habe. Die Untersuchung der PO der LPG Briesensee durch die KPKK Lübben ergab, „daß solche revisionistischen Theorien von der wirtschaftlichen Stärkung des Einzelbauern, wie sie Genosse Oelßner vertrat, noch nicht überwunden sind.“ In dem Berliner Betrieb Elektroprojekt riet der hauptamtliche Parteisekretär „einem Genossen zur Durchsetzung einer Forderung der Arbeiter, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeiter hatten sich über die Werkleitung beschwert, weil diese ihre Hinweise und Beschwerden mißachtete.“ Als Beispiel für Sektierertum, Zwang und die Anwendung administrativer Maßnahmen anstelle von Überzeugung findet sich die Mitteilung: „In der letzten Zeit erhielt das Zentralkomitee eine Reihe von Beschwerden verschiedener Bauern. Darin wurde mitgeteilt, daß Bauern durch die Volkspolizei vom Feld geholt wurden und nicht eher wieder an die Arbeit gehen durften, bis sie ihren Eintritt in die LPG erklärten.“ Material „November 1959“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 274ff.

schaftsverwaltung eine breite Basis erhalten habe.¹⁷¹ In Dresden hätten Genossen eine führende Rolle bei Arbeitsniederlegungen. „In diesen Auseinandersetzungen stellten wir fest, daß es in den grundsätzlichen Fragen zum Staat, in der Frage der Machtausübung der Arbeiterklasse in den Fragen der Gewerkschaft keine Klarheit gibt ... Diese Arbeitsniederlegungen [anläßlich Lohnfragen] muß man offen als Streik bezeichnen ... Aber leider gehen unsere Parteiorganisationen diesen Auseinandersetzungen aus dem Wege.“ Dieser Interpretation der Vorgänge wurde vom Geraer Vertreter widersprochen: „Ich bin nicht der Meinung, daß die Charakterisierung des Genossen ... über die Zusammensetzung der Parteiorganisation in Dresden richtig ist ... Wir haben in Jena eine Untersuchung durchgeführt, wo ähnliche Probleme standen, dort war die KPO stark. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das nicht eine Frage der KPO usw. ist, sondern wir sind der Meinung, daß man daran sieht, wie haben die Kreisleitungen es verstanden, die Linie der Partei durchzusetzen.“

Der Vertreter aus Karl-Marx-Stadt betonte anläßlich massiver Forderungen aus den Betrieben, den Reformationsstag ausbezahlt zu bekommen: „Es gab auch einige Streiks. Ich bin der Meinung, daß es Streiks und keine Arbeitsniederlegungen waren ... Meiner Meinung nach gibt es einen Zusammenhang zwischen den Streiks oder Arbeitsniederlegungen am 30.10.1959 und dem FDGB-Kongreß. Anläßlich des Kongresses traten schon solche massiven Forderungen auf.“

Bei der BPKK Schwerin waren Meldungen über die schlechte Stimmung wegen der mangelhaften Butterversorgung eingetroffen: „In den Arbeiterzügen wird folgende Losung verbreitet: 'Keine Butter, keine Sahne, auf dem Mond die rote Fahne!'“¹⁷² Überdies wurde besorgt vermerkt: „In Güstrow gibt es einen Richter, der vertritt die Meinung, daß er nur Recht sprechen kann, wenn er unbeeinflusst von allem ist, also von der Partei. Das ist auch die Meinung eines ganzen Teiles anderer Richter.“

Auch aus Gera wurde über Streiks, so von dem einer Baubrigade in Zeulenroda wegen Lohnforderungen und schlechter Arbeitsorganisation, berichtet. Der Magdeburger BPKK-Vorsitzende Eyer mann bemerkte zu den Skrupeln in der Partei, Streiks beim Namen zu nennen: „Arbeitsniederlegung oder Streik? Streik im Kapitalismus, bei uns Arbeitsniederlegung, das wird verniedlicht, das will man nicht wahrhaben.“ Auch im Bezirk Magdeburg waren Streiks im Dimitroff-Werk zu vermelden, weil dort „Disziplinlosigkeit“ und „Liberalismus“ herrschten.

Matern faßte in seinem Schlußwort die aus seiner Sicht wichtigsten Problemlagen zusammen: „Es ist klar, wenn wir bis 1965 im wesentlichen den Aufbau des Sozialismus vollenden wollen, daß wir in der Landwirtschaft noch weit zurück sind ... Die Bauern sind zwar für alles, aber ohne LPG.“ Zur Parteikontrolle im Betrieb bemerkte er: „Es ist klar, im Laufe der Jahre gibt es zwei Konzentrationen, einmal im Betrieb konzentrieren sich Ausgeschlos-

171 Im Beschluß des ZK zu den Erscheinungen in der PO des VEB Sachsenwerk Niedersiedlitz hieß es, der Klassenfeind habe die PO zersetzt und die BPKK eine Untersuchung unterlassen. Mitglieder der SED hätten Streiks organisiert. Es wurden dann falsche Maßnahmen (nämlich die Entlassung von leitenden Wirtschaftsfunktionären) ergriffen. „Damit wurde den Absichten des Gegners Rechnung getragen.“ Auf dem 6. ZK-Plenum wurde dies als „Hand in Hand von Opportunismus und Sektierertum“ bezeichnet. Zitiert nach: Material „November 1959“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 274ff.

172 Mit dem Unternehmen „Luna 2“ gelang es sowjetischen Raumflugtechnikern im September 1959 erstmals, den Mond zu treffen. Die Mondsonde „Luna 3“ lieferte 3 Wochen später im Oktober die ersten Aufnahmen der erdabgewandten Seite des Mondes. Im sowjetischen Block wurde diese neuerliche Bestätigung der Überlegenheit damaliger sowjetischer Raumflugtechnik gegenüber der US-amerikanischen als Symbol der allgemeinen Überlegenheit der SU gefeiert.

sene, die in der Regel feindlich sind, Ausnahmen bestätigen die Regel. Oder aber wir erleben eine Konzentration von Leuten, die aus Westdeutschland kommen. Das eine ist gefährlich und das andere noch mehr ... Natürlich sind wir dafür, daß manche zurückkommen und daß Westdeutsche übersiedeln, die schauen wir uns aber an. Nicht konzentrieren und nicht an Knotenpunkten einsetzen ... Wir sollten auch ... Ausgeschlossene nicht aus den Augen verlieren. Wenn wir z.B. in Dresdener Betrieben untersuchen würden, wo an Knotenpunkten Ausgeschlossene sitzen, würdet ihr euer blaues Wunder erleben ... daß das keine offene Feindarbeit ist, aber trotzdem Feindarbeit. Sie verstehen, unsere Gesetze auszunutzen.¹⁷³

Im Dezember 1959 waren die inzwischen empfindlich spürbaren Versorgungsprobleme infolge der entstandenen Rückstände im Sektor Landwirtschaft Thema der 7. ZK-Tagung. Der fatale Lösungsvorschlag bestand in der weiteren Beschleunigung der „sozialistischen Umgestaltung“ mit dem Ziel der vollständigen Vergenossenschaftlichung. Die Werbetätigkeit wurde verstärkt und mit ihr verstärkten sich auch die Spannungen auf dem Dorf. Der Bezirk Halle lag im Januar 1960 auf dem Spitzenplatz hinsichtlich des erreichten kollektiven Bewirtschaftungsgrads der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Während der Arbeitstagung der BPKK Halle am 5. Januar 1960 wurde dazu allerdings festgestellt, daß der Landwirtschaftssektor von der Parteikontrolle unterschätzt werde: 50% aller Staatsverbrechen und 75% aller Waffendelikte im vergangenen Jahr hätten auf dem Land gelegen. Dabei sei die Brandstiftung als Sabotageform am gefährlichsten. Überdies habe es an einigen Stellen im Bezirk Halle im Sektor Landwirtschaft administrative Methoden gegeben, was auch auf dem 7. ZK-Plenum im Dezember 1959 kritisiert worden war. Die BPKK selbst schätzte dies für die Kreise Sangerhausen und Köthen auch so ein. Hier habe es Überspitzungen und Verletzungen des Prinzips der Freiwilligkeit bei der Gewinnung werktätiger Bauern für die LPG durch moralischen Druck mittels Flugblätter gegeben, in denen sie zu Feinden gestempelt und mit Kriegshetzern wie Adenauer und Brentano auf eine Stufe gestellt wurden. Dies sei sogar von der KPKK dieser Kreise befördert oder geduldet worden.

Der angeblich schlagartige Anstieg der Havarien und Störungen im November 1959 (Filmfabrik Wolfen, Farbenfabrik Wolfen, EKB Bitterfeld, Buna) führte die BPKK Halle auf Gegnerarbeit (Diversion, Sabotage), „aber besonders (auf) ... massive ideologische Aufweichungs- und Zersetzungsarbeit“, gerichtet gegen die Verwirklichung des 7-Jahr-Plans (im Bezirk besonders bei Chemiebetrieben) und gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zurück. Dabei seien aber die 43 Havarien (vom 1.1. bis 30.10.1959) im Sodawerk Bernburg trotz Hinweisen der BPKK nicht von der KPKK untersucht worden. In den Buna-Werken (Energiewerkstatt) habe es Unterschriftensammlungen für Lohnforderun-

173 Sitzung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKKen am 25.11.59, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 217ff. Auf dieser Sitzung informierte der Berichterstatter der Berliner Parteikontrollorgane auch über die besondere Problemlage der Parteiorganisationen in Westberlin. Hier arbeiteten Genossen im Auftrag westlicher Agentenorganisationen in der Partei. Es werde Feindmaterial in schriftlicher Form den Parteimitgliedern an ihre Wohnadresse geschickt, aber nur in geringem Umfang abgeliefert. Diese Schriften propagierten den dritten Weg des jugoslawischen Opportunismus, enthielten Verleumdungen der führenden Genossen und Verdrehungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. „Agenten gehen zu Genossen und stellen sich als Beauftragte der Sicherheitsorgane vor und fordern die Genossen zur Mitarbeit auf. Der Genosse, der darauf reingefallen ist, hat sein Dokument abgegeben. Nach einigen Tagen kamen andere Leute, die sich als Angehörige des Verfassungsschutzes vorstellten, sie haben ihm eine Erklärung vorgehalten, die er dem 'Beauftragten' der Sicherheitsorgane übergeben hatte und er mußte darauf eingehen und hat sich verpflichtet, für den Verfassungsschutz zu arbeiten und vor allem weitere Genossen als Agenten zu werben. Der Genosse, den er werben wollte, kam zu uns.“

gen der Normierer mit Unterstützung von Parteimitgliedern gegeben. Der Parteigruppenorganisator stellte sich an die Spitze dieser „Provokation“ und trat in der Abteilung Arbeit für die Lohnforderungen ein. Nachdem ihm nachgewiesen wurde, daß er sich ohne Wissen und Zustimmung der Staatsorgane 3 Wochen in Westberlin aufgehalten hatte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Die BPKK bemängelte die Duldung von Konzentrationen politisch unzuverlässiger Menschen an wichtigen Schwerpunkten der Chemiebetriebe und Braunkohletagebaue. Dies sei Unterstützung der Feindarbeit durch grobe Verletzung der Kaderprinzipien. „Lohnforderungen treten in fast allen Kreisen in Erscheinung.“ Schwerpunkte seien die Chemieindustrie, der Maschinenbau, das Bauwesen und die Reichsbahn. „Ein großer Teil dieser Lohnforderungen und Arbeitsniederlegungen hat einen organisierten, provokatorischen Charakter ... Zum Teil werden Lohnforderungen aber auch durch administrative Maßnahmen von Staats- und Wirtschaftsfunktionären hervorgerufen.“ Schließlich gab die BPKK Halle den Hinweis, daß im Bezirk die Republikflucht von Wirtschaftsfunktionären im letzten Jahr angestiegen sei.¹⁷⁴

Bevor das ZK der SED im Januar 1960 die Bezirkssekretäre anwies, bis zur Frühjahrsbestellung eine massive Kampagne zur Gewinnung aller Bauern für die Genossenschaften einzuleiten, stand die Januar-Arbeitstagung der BPKK Magdeburg ganz im Zeichen der Abwehr angeblich stark zunehmender Feindarbeit im Bezirk. Offensichtlich nahm die fieberhafte Suche nach dieser Feindtätigkeit in dem Maße zu, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anstiegen, da deren Zurückführung auf die wirtschaftsstrategische Zielplanung der Parteiführung obsolet blieb. Ein anderes Ventil war der reflexhafte Hinweis auf zurückliegende angebliche Bestrebungen der „Schirdewan-Fraktion“, die Parteikontrolle zu entwerfen. Herbert Wittholz verwies als Gast der Magdeburger Arbeitstagung auf die Einlassungen des BPKK-Vorsitzenden: „Genosse Eyer mann hat richtig gesagt, daß der Klassengegner verstärkt arbeitet ... Auf dem 30. Plenum wurde noch einmal an die Aufgabenstellung der Parteikontrollkommissionen ernsthaft erinnert. Die Parteiführung hat Schlußfolgerungen gezogen, hat sich die Frage selbst vorgelegt, warum konnte es soweit kommen, daß bestimmte Dinge nicht in Ordnung waren. Kräfte, die bestrebt waren, Ventile zu öffnen, die Parteikontrollkommissionen aufzulösen. Glaubt nicht, daß solche falschen Auffassungen nicht noch bestehen, auch wenn sie versteckt sind ... Heute haben wir euch allen bewiesen, daß der Klassengegner das Störfeuer verstärkt ... Die Parteikontrollkommissionen müssen die Menschen herausfinden, die für den Klassengegner arbeiten ... Wer die Parteikontrollkommissionen von ihrer Arbeit abdrängt, betreibt die Schirdewansche Politik.“

In ihrer Beflissenheit griffen manche KPKK-Vorsitzende zu wahrhaft revolutionären Techniken. So erklärte der Vertreter der KPKK Staßfurt: „Ich möchte herausstellen, ... daß wir uns ständig damit beschäftigen, wie der Klassengegner arbeitet und wo er sich konzentriert. Dabei haben wir uns ein Hilfsinstrument geschaffen, das heißt, wir haben uns ein Buch angelegt, wo wir alle Vorkommnisse der Feindtätigkeit eintragen.“ Daß solche Attitüden für die in der Nähe des Parteikontrollleurens arbeitenden Werktätigen durchaus nicht ungefährlich waren, sagte der Staßfurter Vertreter auf der Tagung am Beispiel des Sodawerks Staßfurt gleich selbst: „Mitte August habe ich in diesem Betrieb meinen körperlichen Einsatz geleistet¹⁷⁵ und zwar in einem Schwerpunkt, wo Feindarbeit aufgetreten war. Ein Teil der Feindtätigkeit wurde von parteilosen Personen durchgeführt. Wir haben sie den staatli-

174 Arbeitstagung der BPKK Halle am 5.1.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 257ff.

175 Auf der 4. ZK-Tagung im Januar 1959 war beschlossen worden, daß die Mitarbeiter des Parteiapparats „jedes Jahr mindestens einen Monat körperliche Arbeit in der Produktion“ leisten sollten.

chen Organen übergeben.“ Nachdem Stalins These vom sich verschärfenden Klassenkampf inzwischen suspendiert worden war, meinte der Vorsitzende der KPKK Wanzleben sich zu erinnern, daß der Klassenkampf laut Lenin während der Diktatur des Proletariats nicht verschwunden sei, sondern in bestimmten Perioden sogar verstärkt in Erscheinung trete. „Eine dieser Perioden ist die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Auch in unserem Kreis hat sich die Feindarbeit, besonders nach dem 6. Plenum, weiter verstärkt.“ Völlig unreflektiert berichtete ein Parteikontrolleur aus Klötze: „Wir führen jetzt den Kampf mit der letzten Gemeinde, die noch nicht dem sozialistischen Sektor angehört. In diesem Grenzdorf ist es uns noch nicht gelungen, eine LPG zu gründen. Auf Grund eines Beschlusses des Büros der Kreisleitung wurde dort eine Brigade eingesetzt mit der Zielsetzung, eine LPG ins Leben zu rufen ... Auf Grund dessen, daß bei uns nicht alle Einzel- und Großbauern ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber nachgekommen sind, wurde ein Großbauer inhaftiert. Was taten die Kräfte, die das Gründungskomitee zur Bildung einer LPG ins Leben gerufen haben? Es wurde ein Ultimatum gestellt, daß sie an der Bildung einer LPG weiter arbeiten werden, wenn der Großbauer wieder frei gelassen wird. Die Gemeinde faßte den Beschluß, daß die Bauern noch nicht bereit sind, eine LPG zu gründen. Das sind jetzt die Methoden, um die Bildung des sozialistischen Sektors in dieser Gemeinde zu verhindern.“ Der Vertreter aus Burg vermerkte immerhin nüchtern, „daß die Republikfluchten gegen 1958 nachgelassen haben, daß sich aber die Republikfluchten in die LPG'en verlagern.“¹⁷⁶ Dies mag sich im Verlauf der Vergenossenschaftlichungskampagne bis zu ihrem offiziellen Abschluß im April 1960 nicht nur im Bezirk Magdeburg noch verstärkt haben. Während der Unmut überall in der Bevölkerung zunahm, brachten sich die Mitglieder des Politbüros per eigenem Beschluß vom Mai 1960 in der geschlossenen Waldsiedlung in Wandlitz in Sicherheit.

Gerade im Bezirk Magdeburg wurde schlaglichtartig deutlich, wie stark im Verlauf des Jahres 1960 angesichts schnell anwachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Fixierung auf mutmaßliche Feindtätigkeit die Untersuchungspraxis der Parteikontrollorgane leitete. In seinem Diskussionsbeitrag auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz vom 9. bis 12. Juni 1960 verwies der BPKK-Vorsitzenden Eyer mann auf verstärkte gegnerische, von außen organisierte Wühl-, Sabotage- und Spionagetätigkeit. Die Parteierziehung habe folglich auf Wachsamkeit und Unduldsamkeit gegenüber Liberalismus und Versöhnertum zu orientieren. Der Gegner benutze Lohn- und soziale Fragen als Anknüpfungspunkte zur Organisierung von Arbeitsniederlegungen. So sei es im September 1959 durch liberalistische und versöhnlerische Auffassungen zur Arbeitsmoral und Planerfüllung sowie begünstigt durch Mängel in der Parteiarbeit zu Arbeitsniederlegungen bei der Schweißerbrigade im VEB Schwermaschinenbau Georgi-Dimitroff-Werk gekommen. Ebenso sei die Entlarvung eines parteifeindlichen Elements in der Abteilung Betriebswirtschaft im Karl-Marx-Werk, Betriebsteil Erich-Weinert-Werk gelungen. Besondere Bedeutung käme der Erhöhung der Wachsamkeit an den Wasserstraßen im Bezirk Magdeburg zu: Die Feindtätigkeit an Binnenwasserstraßen, wo sich der Interzonenverkehr abspielt, habe zugenommen. Dies habe in Magdeburg die Entlarvung eines parteifeindlichen Elements in der Deutschen Binnenrederei durch die PKK bestätigt. Ein Genosse der Wasserschutzinspektion wurde von Westschiffen korrumpiert und war behilflich bei der Schleusung von republikflüchtigen Personen nach Westdeutschland. Wieder wurden die Risiken von Konzentrationen von aus der Partei Ausgeschlossener sowie die Verhinderung ihres Einsatzes in wichtigen Funktionen betont und in diesem Zu-

176 Arbeitstagung der BPKK Magdeburg vom Januar 1960, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 177ff.

sammenhang auf die Verhältnisse im Stahl- und Apparatebau Magdeburg verwiesen, wo 7 von 20 Ausgeschlossenen in wichtigen Betriebsfunktionen arbeiteten. Bei der zweiten „Risikogruppe“, nämlich den Übersiedlern und Rückkehrern aus Westdeutschland, wurde deren Konzentration in Havelberg, Stendal sowie ihr Einsatz in vielen wichtigen Funktionen besonders in der Landwirtschaft bemängelt.¹⁷⁷

Auch aus Rostock wurden im Juni 1960 Streiks unter anderem wegen Lohnkürzungen aufgrund der Verletzung gesetzlicher Vorschriften bezüglich der Übergangszeit für Werk-tätige bei der Einführung neuer Technik gemeldet. Schwerpunkte der LPG-Austrittsbewegung waren Wolgast, Greifswald und Grimmen. Aus Wolgast und Ahlbeck wurden die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern und aus Warnemünde am 16. bzw. 17. Juni 1960, dem Jahrestag des Aufstands von 1953, die Anfertigung einer „Hetzlosung“ „Wir fordern Freiheit“ (Großbuchstaben mit Sand auf der Straße) bekannt.¹⁷⁸

Auf der Beratung der ZPKK mit den Bezirksparteikontrollorganen am 29. Juli 1960 wurde die Orientierung auf massive Feindtätigkeit insbesondere auf dem Lande noch verschärft. Nun hieß es seitens des BPKK-Vorsitzenden von Neubrandenburg, Alfred Quitschau, der Klassenfeind habe sich auch unter Genossenschaftsbauern eine Basis geschaffen. Ulbricht ließ auf dem 9. Plenum verlauten, Neubrandenburg hätte sich zu einem Zentrum der Konter-revolution herausbilden können. Dies sei auch eine Kritik an der Parteikontrolle. Bis 15. Juli 1960 habe es 360 Austrittserklärungen aus der LPG (mit dem Schwerpunkt Teterow wo allein 166 Austritte anlagen) gegeben. Hinzu kam die hohe Viehsterblichkeit. Selbstkritisch bekannte Quitschau, daß die BPKK von allem meist erst hinterher erfahre, da die KPCKen kein Verantwortungsbewußtsein hätten.

Der Leipziger BPKK-Vorsitzende Johannes Vogelsang bestätigte den Hinweis Materns, daß in Altenburg eine besonders starke Feindtätigkeit zu verzeichnen sei. Hier gäbe es die höchste Republikfluchtquote aller Kreise des Bezirks. Bei einer Ortsdelegiertenkonferenz seien Genossen offen gegen die Parteipolitik aufgetreten, so daß die Konferenz wiederholt werden sollte. Ein anderes Zentrum solcher Erscheinungen sei Döbeln.

Aus Dresden berichtete ein BPKK-Mitglied, daß dort Bad Schandau und Riesa Zentren der Feindtätigkeit seien. Die KPCK Riesa mußte eingreifen, als der technische Leiter einer MTS in der Belegschaft diskutierte, „daß doch die Gewerkschaften die Forderung der Arbeiter durchsetzen sollten. In Westdeutschland könnte ja auch jeder Arbeiter streiken.“ Generell sei „in den letzten Wochen und Monaten ... bei uns ein Ansteigen der Streiks zu bemerken.“

Auch Günther Tenner verwies für die ZPKK auf den Streik einer Brigade in Karl-Marx-Stadt am Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni. Weiter bezog auch er sich auf Ulbrichts Ausführungen, denen gemäß der Feind sich besonders in Neubrandenburg und Magdeburg konzentriert habe, „nachdem er in Dresden mehr oder weniger eine Abfuhr erlitten hat.“ Er verwies auf westlich gesteuerte Feindarbeit gegen die sozialistische Umgestaltung in Neubrandenburg, Neustrelitz, Malchin und Röbel. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz Neustrelitz und der Bezirksdelegiertenkonferenz Neubrandenburg wurden diese Dinge nicht behandelt und die ZPKK habe aktiv werden müssen. „Wir werden als ZPKK nicht richtig informiert, nicht nur von Neubrandenburg, sondern auch noch von anderen Bezirken.“

177 „Diskussionsbeitrag der BPKK auf der V. Bezirksdelegiertenkonferenz am 9. bis 12. Juni 1960“, gehalten von Eyermann, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/16, Bl. 55ff.

178 Auszug aus einem Bericht der BPKK Rostock über die Feindarbeit im Monat Juni 1960, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 81ff.

Der Berliner BPKK-Vorsitzende Ernst Packhäuser wies auf die Diskrepanz zwischen einer sinkenden Zahl von Parteiverfahren und gleichzeitig sich verstärkten Angriffen des Gegners auf allen Gebieten hin, um zu schlußfolgern, daß die Parteikontrollorgane nicht auf der Höhe der Aufgaben seien. „Im Friedrichshain ... (haben) sich Genossen Bürgermeister an die Spitze einer ungerechtfertigten Lohnerhöhung gestellt ..., kollektiv Unterschriften beigebracht und gekündigt ...“ Als im Kreis Mitte der Parteiausschluß eines Genossen erfolgte, der keine Beschlüsse der Partei anerkennt, „wurde diesem Parteifeind gesagt, er kann gegen diesen Beschluß Einspruch erheben ... Das ist ein opportunistisches Verhalten, wenn man zu einem Parteifeind sagt, er kann Einspruch erheben.“ Die Schwerpunkte der Abwerbung und der Republikflucht seien Betriebe der Elektroindustrie, des Maschinenbaus und der Textilindustrie. Bei Abwerbungen müsse man nur darauf achten, wo in Westberlin ein neuer Betrieb aufgemacht habe. Der Druck auf den Lohn ergäbe sich aus Drohungen wie denen, daß bei Verweigerung der Forderungen die Abwanderung nach Westberlin angekündigt werde.

Ein Vertreter der BPKK Magdeburg berichtete von einer Untersuchung der Karl-Liebknecht-Werke Magdeburg wegen des Streiks zweier Brigaden im Juni wegen Norm- und Lohnfragen. Die in der Schmiede des Werkes vertretenen „falschen Auffassungen“, daß in der Gewerkschaft jeder das Recht habe, zu streiken, daß in der DDR die Menschen ebenso ausgebeutet würden, wie in Westdeutschland und daß die Arbeiter im Kampf um die Erhaltung der bestehenden Normen solidarisch handeln müßten, wurden auf Ostbüro-Einflüsse zurückgeführt. Die BPO sei der heiklen Frage der Normüberprüfung (Einführung technisch begründeter Normen) ausgewichen und Wirtschaftsfunktionäre sowie die Abteilung Arbeit versuchten, das Problem administrativ zu lösen. Die logische Folge war Widerstand bei den Kollegen und selbst bei einem großen Teil der Genossen.

Ernst Altenkirch (ZPKK) kritisierte scharf die Arbeit des Büros der Bezirksleitung und der BPKK in Karl-Marx-Stadt. Verschiedene Streiks und Streikdrohungen im Bezirk (unter anderem im Kreis Stollberg) zeigten, daß die BPKK schlecht arbeite. In VEB Elite Diamant habe es im März den Mißbrauch des demokratischen Zentralismus durch Parteileitungen gegeben, woraus unter Ausnutzung dessen durch den Feind der Kampf gegen den demokratischen Zentralismus überhaupt begonnen wurde. Ein Vertreter der BPKK Karl-Marx-Stadt ergänzte dazu, daß in diesem Betrieb auf der Berichtswahlversammlung der „... Parteisekretär, der auf Anweisung der SBL gewählt werden sollte, über 130 Stimmen weniger bekommen hatte“ und damit dieser Angriff auf den demokratischen Zentralismus eröffnet wurde. Der Fehler der BPKK bestünde darin, ihre Arbeit wegen der Richtungsweisung des 30. ZK-Plenums (Sicherung der ökonomischen Hauptaufgabe) auf ökonomische Untersuchungen eingeschränkt zu haben. Im Bezirk gäbe es viele Arbeitsniederlegungen. Ostbüro-Schwerpunkt im Bezirk sei Crimmitschau. Dort würden im VEB Volltuchwerk offen Lösungen des Ostbüros vertreten und angeblich Gruppenarbeit betrieben.

Aus dem Bezirk Frankfurt wurde der Versuch der Einflußnahme der evangelischen Kirche auf die LPG-Bildung in Gestalt des Versuchs eines Pfarrers im Kreis Beeskow, Vorstandsmitglied der LPG zu werden, gemeldet und dies als „Organisierung der 5. Kolonne“ eingeschätzt.“

Matern versuchte in seinem Schlußwort angesichts der sich offenbar ausbreitenden „Feindhysterie“ bei den Bezirkskontrolleuren, für welche die ZPKK allerdings selbst mitverantwortlich war, mäßigend zu wirken: Eine falsche Auffassung müsse nicht immer feindlich sein. Allerdings verwies er auf den Brief Ulbrichts an den Bezirk Magdeburg: „Ihr

verhindert die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe.“ Die überstürzte Einführung der LPG Typ III habe negative Auswirkung auf die Marktproduktion. Als Zentren jahrelanger Feindarbeit hob Matern Oebisfelde, Salzwedel, Haldensleben und auch Bitterfeld/AGFA Wolfen hervor.¹⁷⁹

In der sich anspannenden Situation war eine Erhebung der Situation in den Grenzkreisen naheliegend. Diese Überprüfung erfolgte im September 1960 in Form eines Erfahrungsaustauschs der ZPKK mit den BPKKen Erfurt, Gera, Suhl, den KPCKen der Grenzkreise im Bezirk Erfurt, Gera und Suhl sowie Plauen und mit den PKKen der Grenzbrigaden Erfurt und Rudolstadt. In der Diskussion bemängelte Kurt Hausmann, Kandidat der ZPKK, die mangelhafte Zusammenarbeit der territorialen Parteikontrollorgane mit der Parteikontrolle der Deutschen Grenzpolizei, welche auch Anlaß der Zusammenkunft sei. Während die Parteikontrollreure aus Bad Salzungen und Schleiz die bisherige Zusammenarbeit als gut bewerteten und in Schleiz sogar auf eine Zusammenkunft mit dem Parteisekretär der Kompanie Hirschberg, der Sicherheitskommission, dem MfS, der Untersuchungsorgane und den Parteisekretären der Schwerpunktbetriebe verweisen konnten, bezeichnete der Vorsitzende der KPCK Rudolstadt die Kooperation mit der Grenzpolizei und dem MfS als schlecht. Aus diesem Kreis wurde von Flugblattaktionen im Grenzbereich, Bedrohung der Grenzsoldaten (zum Teil mit Schußwaffen) oder ihrer Ermunterung zur Fahnenflucht berichtet. In Großzoborn seien allerdings 20-35% der Grenzgänger mit Hilfe der Grenzbevölkerung gefaßt worden. Dem Vorsitzenden der KPCK Worbis war bekannt, daß das Hören von Westsendern in der Grenzkompanie und andere Aufweichungserscheinungen bei den Grenzkompanien in den Kreisen Heiligenstadt und Worbis verbreitet seien, sowie daß „das Gesetz aus dem Jahr 1952 zur politischen Bereinigung der Grenzdörfer nur eine vorübergehende Wirkung hatte. 1953 schon kamen eine Reihe auf Grund des neuen Kurses wieder zurück. Diese Menschen bilden einen ständigen Unsicherheitsfaktor ... binden eine Anzahl Kräfte des Partei- und Staatsapparates in bezug auf ihre dauernde Beobachtung.“ Die BPKK Erfurt vermeldete, daß die Zahl der Rückkehrer unter ehemaligen Republikflüchtigen einige Hundert betrage. Außerdem gäbe es allein in Eisenach 300 Rückkehrer in die Grenzgebiete. Der Vorsitzende der BPKK Erfurt, Hermann Fischer, führte das aktuelle Problem der Kontrollarbeit auf seine vermeintlichen politischen Ursachen zurück: „Wir wurden nicht informiert, daß es in diesem Ort [Kreis Nordhausen] so viele negative und unsichere Elemente gibt. Hier müssen wir noch überlegen, was ist die Ursache ... Das zeigt, daß wir den Sinn des 30. Plenum nicht begriffen haben und die Auseinandersetzungen mit Schirdewan und anderen. Damals hätten wir die Schlußfolgerung ziehen müssen, daß wir dort, wo Revisionismus vorhanden war, untersuchen müssen. Das haben wir erst einige Jahre zu spät getan. Das ist meine Einschätzung. Dieser Liberalismus hat seine Ursachen in unserem Bewußtsein.“ Ein Major der 4. Grenzbrigade Rudolstadt betonte: „Die heutige Beratung muß dazu führen zu erkennen, daß es notwendig ist, zwischen unserer Tätigkeit an der Grenze und Eurer Tätigkeit mit den örtlichen Parteiorganisationen eine enge Wechselwirkung herzustellen.“ Auch der Vorsitzende der BPKK Suhl, Robert Holland, erläuterte an einem Beispiel, worum es eigentlich ging: „Wir erwarten von der heutigen Beratung für die Zukunft ein Zusammenwirken der örtlichen Parteiorgane und der Deutschen Grenzpolizei an der Staatsgrenze West, was es bisher noch nicht gab ... In Behringen, Kreis Meiningen ging ein ganzer Geleitzug über die Grenze. Von einer Brigade wurde untersucht, welche Organe haben hier versagt. Es stellte

179 Sitzung der ZPKK am 29.7.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 318ff.

sich heraus: Die Genossen der Grenzpolizei und die örtliche Parteileitung hatten von einigen Erscheinungen Kenntnis, einiges wußten auch die Genossen der Kreisleitung. Aber diese Organe haben sich nicht zusammengefunden, um das noch rechtzeitig zu verhindern ... Weil die Lage im Grenzgebiet so ernst ist, müssen die Vorsitzenden der BPKK und der KPCKen dafür sorgen, daß die Lage an der Staatsgrenze West ständig und systematisch in den Büros behandelt wird.“ Entlarvend war der Beitrag eines Oberst der Grenzbrigade Erfurt: „Bezüglich der Grenzsicherung haben wir eine interessante Schlußfolgerung. Vom Westen her haben wir erst 5 Durchbrüche im ganzen Jahr zu verzeichnen, alle anderen haben wir gefaßt. Von drüben brechen sie uns nicht mehr durch. Was zeigt sich aber bei unseren Genossen? Sie merken nicht, daß der Feind im eigenen Land steckt ... Wir haben bis jetzt noch nicht einen Hinweis bekommen, der eine Republikflucht mit Kühen verhindert hätte ... Die Frage bezüglich der Arbeit an der Grenze ist eine Arbeit der Parteikontrollkommissionen, eine Arbeit der gesamten Staatsorgane und aller Organe im Grenzgebiet.“

In diesem Sinne zog auch Otto Sepke für die ZPKK das Resümee: „Feindliche Erscheinungen im Grenzgebiet (haben) in den letzten Jahren zugenommen ... (Der) Druck des Feindes (hat) eine solche Stärke angenommen, daß selbst in einer großen Anzahl von Parteioorganisationen im Grenzgebiet Unglauben an die Kraft der Partei und der Arbeiterklasse ... erzeugt wird ... Ich möchte das Ergebnis auch so zusammenfassen: Anstatt daß wir nach drüben aufklären und offensiv auftreten, gestatten wir in ganzen Teilen der Partei, daß der Feind bei uns aufweicht und praktisch das Handeln ganzer PO bestimmt.“ Angesichts der Verunsicherung der Parteikontrollleute hinsichtlich der Rückführung von Ausgesiedelten und der befürchteten Einschleusung von Agenten unter den Rückkehrern erklärte Sepke: „(Es) gibt ... Parteioorganisationen, die ... überhaupt nicht mehr gekämpft haben, vor allem, weil immer wieder feindliche Elemente, die 1952 bei der Bereinigung der Grenze ausgesiedelt wurden, zurückkamen ... falsch, solche Elemente mittels einer großen Kampagne wieder herauszuschmeißen. Die PKK sollten diese Frage in den Büros der Kreis- und Bezirksleitungen auf die Tagesordnung stellen ... Wir müssen außerdem beginnen, durch Untersuchungen – schwerpunktmäßig – feindliche Elemente in der Partei zu entlarven und dafür zu sorgen, wenn man ihnen Feindarbeit nachweisen oder auch kriminelle Delikte zur Last legen kann, daß sie offiziell verurteilt und damit auch aus dem Grenzgebiet entfernt werden ... Orte feindfrei machen ... müssen breit auswerten, daß wir ... in kürzester Zeit siegen werden.“¹⁸⁰

Die Parteikontrolltätigkeit nach dem V. Parteitag stand also im Zeichen zweier Maximen: Zunächst war zur Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ die Kontrolle der Parteilinie gemäß dem ambitionierten neuen wirtschaftspolitischen Kurs der SED als Schwerpunktzielsetzung abzuschern. Die Überpolitisierung dieser Kontrolltätigkeit erinnerte an die Militanz der Phase nach der 2. Parteikonferenz 1952, auch wenn sie bei weitem nicht deren Schärfe erreichte. Damals stand die angepeilte Parteisäuberung nicht derart vordergründig im Dienst ökonomischer Zielsetzungen, obwohl diese ehemals nicht weniger anspruchsvoll ausfielen, sondern die Kampagne gegen Agententätigkeit, Westemigranten und „Splittergruppeler“ diente zur politischen Konditionierung der Parteibasis und des Funktionärskörpers. Sie war ein wichtiges Mittel zur Stalinisierung der SED. Der „Sieg“ der Parteiführung über die Parteibasis war ein Phyrussieg. Die Konsequenzen in Form einer Umsteuerung im Zeichen des

180 Erfahrungsaustausch der ZPKK mit den BPKKen Erfurt, Gera, Suhl, den KPCKen der Grenzkreise im Bezirk Erfurt, Gera und Suhl sowie Plauen und mit den PKKen der Grenzbrigaden Erfurt und Rudolstadt am 27.9.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/14, Bl. 366ff.

„Antidogmatismus“ begannen 1956 und wurden durch den 1958 beginnenden „Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus“ unterbrochen. Letzterer war die zweite Maxime der Parteikontrolltätigkeit nach dem V. Parteitag und die politisierende Komponente des Beitrags der Parteikontrollorgane zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe. Auch dieser scharfe überpolitisierte Anlauf zum zweiten „großen Sprung“ sollte wie der erste von 1952 in einer Bruchlandung enden. So wie damals vor allem die Arbeiterklasse (jedoch nicht sie allein) Opfer selbstherrlicher Bürokratenpolitik wurde, waren es nun in erster Linie, aber wieder nicht allein, die Bauern. Während damals der „große Sprung“ im Aufstand endete, stiegen nun die Zahlen der Flüchtlinge in den Westen immer mehr an. Die Lösung, welche die Parteiführung nun suchte, bestand nicht allein in der gewaltsamen Unterbrechung des Flüchtlingsstroms, sondern auch in einer erneuten innenpolitischen Umsteuerung und der Erprobung neuer innerparteilicher und gesellschaftlicher Konsensbildungen. Die Invariante solcher Experimente blieb weiterhin die Verteidigung des politbürokratischen Monopols gesellschaftlicher Zwecksetzungen.

KAPITEL 5

Abgrenzung und Konsensbildung: Reformpolitik als politbürokratisches Integrationsprojekt (1960-1965)

Anfang der sechziger Jahre entwickelten sich moderatere und sogar selbstkritische Tendenzen im Umgang mit den Mitgliedern der eigenen Partei. Die Parteispitze wollte dabei weiterhin jeglicher Infragestellung ihres Machtmonopols massiv vorbeugen. Sie wollte aber – trotz des unbestreitbaren Erfolgs ihres bisherigen repressiven innerparteilichen Formierungskonzepts – zeitgemäßere und unter den neuen Bedingungen effektivere Disziplinierungsmethoden ausarbeiten. In diesem Sinne galt es, auch öffentlich Abschied von „alten Methoden“ zu nehmen und damit einen Zugewinn an Glaubwürdigkeit und Vertrauen anzustreben. Die auch bisher immer beachtete Maxime, niemals allein durch Gewalt, sondern parallel auch durch ideologische Formierung Partei und Gesellschaft zu kontrollieren, mußte auf neue Weise umgesetzt werden. Dies galt um so mehr, als der 1958 begonnene wirtschaftspolitische Kurs sich immer deutlicher als abenteuerlich herauszustellen begann. Die Parteikontrolle verband die nun dringlich gewordene Suche der Parteiführung nach neuen Wegen in der Politik und der Ökonomie schon sehr früh (also noch vor Beginn der eigentlichen Reformpolitik 1963) mit selbstkritischen Reminiszenzen insbesondere bei der Bewertung bisheriger Parteikontrollpraxis. Angesichts der 1960/61 explodierenden Flüchtlingszahlen war es auch sinnlos, die wirtschaftlichen Mißerfolge und die Fluchtwellen allein gemäß der Linie nach dem 35. ZK-Plenum auf „Feindtätigkeit“ zurückzuführen und deshalb womöglich noch die Jagd auf Saboteure zu steigern.

1. Der Übergang vom Kampf gegen den Revisionismus zum Kampf gegen Überspitzungen und Sektierertum

1.1. Der Umtausch der Mitgliedsbücher 1960/61

Die Ergebnisse und Erfahrungen der Parteikontrollorgane bei dem vom Politbüro am 1. November 1960 beschlossenen Umtausch der Mitgliedsbücher 1960/61 lieferten bereits erste Anhaltspunkte dafür, daß die Kriterien für eine Bewertung der Lage in der SED zu

verändern seien. Schon am 31. Oktober 1960 wurden gemäß einem Sekretariatsbeschlusses die Richtlinien für die Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen zur Durchführung des Umtauschs der Parteidokumente bekanntgegeben. Demgemäß seien die ersten außerordentlichen Mitgliederversammlungen zwischen dem 27. November und 11. Dezember 1960 durchzuführen. Dort sollten die Mitglieder den Ergänzungsfragebogen für die Grundbucheintragen in den Kreisleitungen und die Kandidaten ein Aufnahmefragebogen erhalten. Der GO-Sekretär habe der Mitgliederversammlung zu empfehlen, welche Genossen das Parteidokument erhalten sollen, „oder ob einzelne Mitglieder, für die eventuell der Punkt 6 des Beschlusses des Politbüros [möglicher Ausschluß wegen Parteifeindlichkeit] zutrifft, genannt werden.“ Dann werde über jeden einzelnen abgestimmt. In der zweiten Mitgliederversammlung habe die Leitung bzw. die Kommission über die Ergebnisse der Aussprachen zu berichten und Vorschläge zu unterbreiten. Die Beschlußfassung durch die Grundorganisationen und die Übergabe der neuen Dokumente seien in feierlicher Form durchzuführen.¹ Am 2. November folgten die Instruktionen für die Bezirks-, Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksleitungen zur Vorbereitung und Durchführung des Umtauschs der Parteidokumente. Den untersuchenden Koordinierungskommissionen auf der jeweiligen Ebene, die vom zweiten Sekretär zu leiten seien, hätte der Vorsitzende der Parteikontrollkommission anzugehört.² Die ZPKK hatte offenbar bald Anlaß, die Arbeit ihrer Bezirkskontrolleure in diesen Koordinierungskommissionen zu bemängeln:

„Wir haben den Eindruck, daß die Genossen der Parteikontrolle, die in den Koordinierungskommissionen tätig sind, sich zu wenig mit den Fragen des Wirkens feindlicher Einflüsse während des Umtausches der Parteidokumente beschäftigen. Eure Aufgabe besteht aber gerade darin, den Genossen der Koordinierungskommission in dieser Beziehung Hinweise zu geben und Maßnahmen für den Kampf zur Entlarvung und Beseitigung der feindlichen Einflüsse vorzuschlagen... Das ist nicht nur wichtig in Bezug auf die Sicherung der richtigen Durchführung der Umtauschaktion, sondern auch in Verbindung mit der richtigen Einschätzung der Lage in der Partei ... Um einen solchen Überblick zu bekommen ist es notwendig, die vom Feind ausgestreuten Losungen und Diffamierungen sowie ihr Einwirken auf die Mitglieder der Partei und das Reagieren der Parteiorganisationen besonders der Leitungen zu kennen ... Wir bitten euch, uns schnellstens eine Information in Verbindung mit einer Einschätzung solcher Mitglieder, die aus der Partei entfernt werden müssen, zuzustellen.“³

Daß solcher Wachsamskeitseifer auch zu unerwünschten Folgen führen konnte, wurde ebenfalls deutlich. Bereits am 18. November berichtete die Abteilung Leitende Parteiorgane von Problemen im Resultat der ersten Wochenberichte der Kreisleitungen und der Instrukteure der Abteilung: Es gäbe „starke sektiererische Tendenzen“, besonders in den Parteiorganisationen des Bezirks Suhl. Die Rede sei dort von einer „notwendigen Parteisäuberung“ und mindestens 50% der Mitglieder dürften kein neues Dokument erhalten.⁴ Am nächsten Tag

1 Richtlinien für die Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen zur Durchführung des Umtauschs der Parteidokumente vom 31.10.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 95ff.

2 Richtlinien für die Bezirks-, Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksleitungen zur Vorbereitung und Durchführung des Umtauschs der Parteidokumente vom 2.11.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 85ff.

3 Entwurf eines Schreibens der ZPKK an die BPKK, o. D., SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 203f.

4 Mitteilung der Abteilung Leitende Parteiorgane vom 18.11.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 115.

wurden diese Warnungen noch verstärkt: Die Abteilung Leitende Parteiorgane meldete von den Beauftragten des Sekretariats und der Bezirksleitungen zum Umtausch der Parteidokumente, dieses Sektierertum sei in den Wohnparteiorganisationen bei alten Genossen besonders verbreitet. „Der Vorsitzende der KPKK Glauchau erklärte, daß Genossen, die aus der Partei ausgeschlossen werden, unbedingt als Feinde der Republik und der Partei betrachtet werden müssen.“ Es entstehe bei vielen Genossen der Eindruck, es handle sich tatsächlich um eine Überprüfung und nicht um die Verbesserung der massenpolitischen Arbeit. Andererseits gäbe es zahlreiche feindliche Äußerungen und Kapitulationserscheinungen. Ein Genosse im MAB Schkeuditz, Bezirk Leipzig habe erklärt: „So haben die Nazis auch angefangen.“ Im Bericht hieß es weiter: „In diesem Betrieb kapitulierte die Leitung der APO I. Die Leitungsmitglieder wollten ihre Arbeit niederlegen und lehnten es in der Mehrheit ab, in ihrem Betrieb den Umtausch der Dokumente durchzuführen ... Im Kreis Potsdam Land verstärkt sich die Flugblattätigkeit des Gegners.“⁵ Am 26. November berichtete die Abteilung Leitende Organe aus dem Bezirk Schwerin von sektiererischen Tendenzen im Kreis Hagenow gegenüber Handwerkern und Gewerbetreibenden. Auch in Boitzenburg existiere der Hang, Handwerker und Gewerbetreibende aus der Partei zu drängen. Im Bezirk Rostock würde die Handhabung der Aktion in die Tendenz einer Parteiüberprüfung verwandelt. So würde in der Parteiorganisation Überseehafen nach altem Muster geprüft, wer früher aus der SPD kam. Das Büro der Bezirksleitung habe daraufhin alle Kreisleitungen nochmals darauf hingewiesen, alle Überspitzungen zu vermeiden und mehr Feingefühl gegenüber der Intelligenz zu zeigen.⁶ Die BPKK Potsdam schlug am 7. Dezember regelrecht Alarm bei der Auswertung des bisherigen Verlaufs der Umtauschaktion. So war die Rede von groben Verstößen und Fehlinterpretationen des Umtauschbeschlusses etwa durch die BPO des LEW Henningsdorf: Dem zweiten Sekretär der BPO war die verabredete Einschätzung der Genossen durch die Parteileitung nicht genug und er wies an, in den 23 APOen mit 700 Mitgliedern eine schriftlich verfaßte Beurteilung jedes Genossen in den Mitgliederversammlungen zu diskutieren und dann zu beschließen. In diesen mindestens dreifach (für die APO, ZPL und KL) erarbeiteten Beurteilungen waren Sachverhalte wie Kirchenzugehörigkeit, Westberlineinsätze, Funktionen und politische Einschätzungen enthalten. Hier sei dem nur 5 Minuten entfernt in Westberlin sitzenden Klassegegner praktisch Vorschub geleistet worden. Dies sei völlige politische Blindheit in bezug auf die revolutionäre Wachsamkeit. „Die andere Seite dieser prinzipienlosen Haltung leitender Funktionäre zeigt sich darin, daß das Hauptproblem [der Umtauschaktion], nämlich die ideologisch-politische Erziehung der Mitglieder und damit die weitere Stärkung und Festigung der Partei nicht genügend zur Geltung kam.“⁷

Diese Einschätzung zeigt deutlich, wohin die zurückliegende Antirevisionismuskampagne geführt hatte: Eine im Gegensatz zu früheren Umtauschkampagnen diesmal nicht auf Säuberung, sondern auf die Verbesserung der massenpolitischen Arbeit zielende Aktion wurde häufig fehlinterpretiert und konsequenterweise vielfach als Höhepunkt des „Kampfes gegen den Revisionismus“ verstanden. Die sich verbreitende Atmosphäre des „Durchrüttelns“ drohte, künstlich eine Krisenstimmung zu verstärken, welche angesichts der real sich

5 Mitteilung der Abteilung Leitende Parteiorgane vom 19.11.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 118ff.

6 Mitteilung der Abteilung Leitende Parteiorgane vom 26.11.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 128ff.

7 Bericht der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 7.12.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 203ff.

vertiefenden Wirtschaftskrise nicht im mindesten willkommen war. Andererseits waren viele Parteileitungen, die das gleiche (falsche) Verständnis von den Absichten der Parteiführung hatten, nicht bereit, die Jagd auf Revisionisten in den eigenen Reihen fortzusetzen. Dies belegen auch einige Passagen des Berichts der Abteilung Parteiorgane vom 10. Dezember 1960 aus Informationen der Beauftragten des ZK und der Bezirksleitungen: Es gäbe Signale, daß einige Kreisleitungen die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Partei vernachlässigten und keinen Kampf gegen opportunistische und revisionistische Auffassungen führten. Genannt wurden die Kreisleitungen Löbau, Bautzen, Dresden Land, Niesky, Görlitz, Oranienburg, Borna, Altenburg, Stadtleitung Magdeburg, Brandenburg-Stadt, Potsdam-Stadt, Gera-Stadt und Jena-Stadt. Die BL Schwerin berichtete, „daß nicht ein einziger Fall im Bezirk bekannt ist, wo durch Auseinandersetzungen über ideologische Fragen ein Feind der Partei entlarvt werden konnte.“ Dabei gäbe es eine Vielzahl feindlicher Tendenzen: Ein Parteimitglied aus der Leinenzwirnerei Schweiditz (Kreis Löbau) erklärte, „daß ihm erst durch den Besuch der Kreispartei-schule die Augen aufgegangen sind: Parteidisziplin sei für ihn Parteidiktatur.“ Schwerpunkte feindlichen Einflusses im Kreis Dresden-Land seien Radeberg und Radebeul; in Magdeburg-Stadt seien dies vor allem die Großbetriebe, wo Streiks, Provokationen und andere feindliche Aktionen sich verstetigten. Wo Parteimitglieder mit falschen oder feindlichen Auffassungen hervortraten, legten die Kreisleitungen oft die Wiederholung solcher Versammlungen fest. Andererseits sei vielfach Passivität der für die Mitgliederversammlungen Verantwortlichen angesichts von Provokationen zu verzeichnen. In Garz (Kreis Angermünde), wo die Mitgliederversammlung der Orts-PO ebenfalls wiederholt werden mußte, sei ein Genosse, Vater des 1952 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Leiters der KgU in Garz, besonders aggressiv gegen die Aussprachen aufgetreten. Ein „negativer Schwerpunkt“ sei das LEW Henningsdorf im Bezirk Potsdam. Bei Aussprachen nach Punkt 6, wo die Aushändigung des Parteidokuments in Frage gestellt ist, gäbe es oft überspitztes und herzloses Herangehen durch die Parteileitungen.

In der Benennung von Beispielen positiver Effekte der Umtauschaktion benannte die Abteilung Parteiorgane gleichzeitig recht klar den eigentlich angestrebten Zweck des Unternehmens: Es gäbe wertvolle Selbstverpflichtungen, konkrete Vorschläge, Kritik an der Arbeit der Kreisleitungen und staatlichen Organe, besonders in Potsdam. Hier wird auch deutlich, daß der Zweck der Umtauschaktion nicht zuletzt auch auf den Aufschwung der Aktivität der Grundorganisationen zielte.⁸

Wie groß dagegen Erschöpfung und Resignation in weiten Teilen der Partei geworden war, zeigte beispielsweise die Mitteilung des neuen Leiters der Abteilung Parteiorgane, Horst Dohlus, vom 14. Dezember an die ZPKK über symptomatische Äußerungen aus der Parteibasis: Die BL Rostock habe aus dem Kreis Grevesmühlen die Äußerung eines ehemaligen SPD-Mitglieds übermittelt, „daß jetzt die Letzten aus der Partei herausgeworfen werden.“ Im Fischkombinat Rostock hieß es: „Der Bürokratismus in der Partei wird immer größer.“ Im Bezirk Potsdam sagte ein Jungingenieur der PO des RAW Brandenburg West anläßlich der Bildung des Staatsrats⁹: „Walter Ulbricht hat alle Macht an sich gerissen, jetzt

8 Bericht der Abteilung Parteiorgane über Probleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des Umtauschs der Parteidokumente (aus Berichten der Beauftragten des ZK und der Bezirksleitungen) vom 10.12.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 167ff.

9 Nach dem Tod des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck am 7.9. und gemäß dem Vorschlag der 10. ZK-Tagung am 9.9. beschloß die Volkskammer am 12.9.1960 die Bildung eines Staatsrates der DDR und wählte Walter Ulbricht als dessen Vorsitzenden.

fehlte nur noch der Marsch zur Feldherrnhalle.“ Am 7. Dezember 1960 habe die BPKK Rostock gemeldet, daß der Vorsitzende der LPG Rethwisch (Kreis Doberan) seinen Parteiaustritt erklärte, weil er „jetzt sieht, daß er als Mitglied der Partei einer schlechten Sache dient. In der DDR gibt es keine Demokratie, sondern eine Herrschaft der Funktionäre.“ Eine Untersuchung durch die KPKK sei eingeleitet.¹⁰

Die 11. ZK-Tagung vom 15. bis 17. Dezember 1960 mußte die Mißerfolge bei der Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms endlich zur Kenntnis nehmen. Es wurde notgedrungen beschlossen, die Ziele des Siebenjahrplans und des Jahresplans 1961 zu korrigieren. Unbequem wurde für die Parteiführung allerdings, daß die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung den geächteten Kritikern des „großen Sprungs“ von 1958 recht zu geben schien und dies vereinzelt auch an der Parteibasis erkannt worden war: Die KPKK Bautzen berichtete am 19. Januar 1961 an die BPKK Dresden, „in Taubenhain wurde der Genosse S[...] als Parteifeind entlarvt. Er vertritt die Meinung, daß Oelßner und Schirdewan recht hatten und er sich schäme, in der Partei zu sein.“¹¹ Von der BPKK Potsdam war am 21. Januar 1961 zu vernehmen, daß „die in der Vergangenheit gemachten Fehler bzw. sektiererisches Verhalten gegenüber der Intelligenz ... jetzt größerer Anstrengungen (bedürfen), um dies zu korrigieren. Manchmal sind die Auswirkungen so stark, daß jegliche Überzeugungsarbeit versagt.“¹²

Die ZK-Abteilung Parteiorgane konnte der ZPKK schließlich die vorläufige Auswertung der statistischen Berichte mit dem Stand vom Januar 1961 aus den Bezirken im Ergebnis des Umtauschs der Parteidokumente mitteilen: Der Bestand der Partei vor dem Umtausch betrug 1.454.982 Mitglieder und 103.732 Kandidaten (also insgesamt 1.558.714). Ihre Mitgliedsbücher hatten 1.764 Mitglieder nicht umgetauscht; 9.803 Mitglieder und 1.418 Kandidaten waren gestrichen und 1.593 Mitglieder sowie 130 Kandidaten waren ausgeschlossen worden. Bei Berücksichtigung der Neuaufnahmen und Kandidatenzugänge war die Mitgliederzahl im wesentlichen stabil geblieben.¹³

1.2. Der Beginn des Kampfes gegen Überspitzungen und Sektierertum

Der am 30. Januar 1961 verabschiedete Rechtspflegeerlaß des Staatsrats setzte das lange überfällige Signal für eine differenziertere Bewertung normwidrigen Verhaltens, das nicht nur im Bereich der Justiz Bedeutung erlangen sollte. Jene in ihm enthaltenen Aufforderungen, die Kompliziertheit der konkreten Bedingungen und die Besonderheiten der individuellen Bewußtseinsentwicklung der Menschen zu berücksichtigen, eine zurückhaltendere Strafpraxis einzuüben und über die Gesetzlichkeit von Verfahren zu wachen, war nicht nur an die Adresse der Staatsanwälte und Richter gerichtet. Den Parteikontrollorganen war seit

-
- 10 Hausmitteilung der Abteilung Parteiorgane (Dohlus) vom 14.12.60 an die ZPKK über den Beginn der laufenden Übermittlung von Auszügen aus Berichten der ZK-Beauftragten und der Bezirksleitungen über feindliche Auffassungen von Parteimitgliedern während des Umtauschs der Parteidokumente, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 187ff.
 - 11 Meldung der KPKK Bautzen an die BPKK Dresden vom 19.1.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 185ff.
 - 12 Mitteilung der BPKK Potsdam an die ZPKK (Hempel) vom 21.1.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 210ff.
 - 13 ZK-Abteilung Parteiorgane an die ZPKK, vorläufige Auswertung der statistischen Berichte aus den Bezirken vom Januar 1961, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/40, Bl. 63ff.

längerer Zeit zur Kenntnis gelangt, daß sie mit den bisherigen Praktiken weder imstande waren, auf die wirklichen Stimmungen insbesondere an der Parteibasis adäquat zu reagieren, noch die in der Partei sich entwickelnden Tendenzen überhaupt zu erkennen. Eine solche Entkopplung von der Wirklichkeit hatten auch die Parteikontrollorgane längst als gefährlich erkannt und es wurden Neuorientierungen für die Parteikontrollarbeit gesucht, die sich an der Linie der Staatsratserklärung orientieren sollten. Daß solche Einsichten nicht nur in der Zentrale, sondern auch bei den Bezirksparteikontrollorganen um sich griffen, zeigte das Geraer Beispiel: Die BPKK Gera führte am 8. Februar 1961 eine Arbeitsberatung mit allen KPCKen durch. Der Kandidat der ZPKK, Kurt Hausmann, verwies dort als Gast auf feindliche Erscheinungen, bei denen Parteimitglieder nicht nur teilnahmen, sondern oft sogar die Urheber waren. Unter anderem seien dies die Verbreitung der Ideologie des Ostbüros, Unterschriftensammlungen und Streiks im Zusammenhang mit provokatorischen Forderungen. Allerdings verlautete aus Gera-Stadt, gemäß einer Analyse seien 70% der untersuchten Republikfluchten in der Verärgerung über falsche Behandlung begründet. „Wir haben einen solchen Zustand, daß in Parteiorganisationen festgestellt wird, es gibt unklare oder feindliche Auffassungen von Parteimitgliedern, aber die Parteiführung wird nicht informiert, sondern die Genossen Parteisekretäre – es gibt einige – die melden es unmittelbar den Sicherheitsorganen und damit ist für sie die Sache abgetan ... Die Genossen sollen das, wenn es sich um gefährliche Erscheinungen handelt, natürlich den Sicherheitsorganen mitteilen, und oft bekommen wir dann über diese auch den entsprechenden Bescheid. Aber da, wo es um unklare oder feindliche Auffassungen von Parteimitgliedern geht, Genossen, bin ich der Auffassung, muß die Partei Bescheid wissen ... Es kann sich sonst ein Brennpunkt entwickeln, und wir stehen dann da und wissen nichts.“ In seinem Schlußwort vermerkte Hausmann beunruhigt: „Wir haben ... festgestellt, nicht in Gera aber in einigen anderen Kreisen, daß ... die Streiks und die Arbeitsniederlegungen im Jahre 1960 vom 1. zum 2. und vom 2. zum 3. Quartal sich ständig gesteigert haben.“¹⁴

Am 11. Februar 1961 reagierte die ZPKK und Matern übermittelte dem Politbüro eine Vorlage zur Beschlußfassung: „Die ZPKK unterbreitet den Vorschlag, die Kreis- und Bezirksleitungen zu veranlassen, vorliegendes Material in Verbindung mit den bei ihnen aufgetretenen Erscheinungen in den Büros und den gewählten Leitungen auszuwerten.“ Dieses Material dokumentierte, daß gemäß den Untersuchungen der ZPKK und anderer Parteikontrollkommissionen die Parteileitungen nur ungenügend Schlußfolgerungen aus der Staatsratserklärung gezogen hätten. Es werde nicht in gleichem Maße wie gegen opportunistische und revisionistische Auffassungen sowie gegen die Ostbürotätigkeit auch gegen sektiererische und dogmatische Erscheinungen vorgegangen. Darunter wären die falsche Beurteilung und Behandlung von Fehlern und Schwächen, die Nichtbewertung der positiven Arbeit, die formale Behandlung von Beschwerden, unberechtigtes Eingreifen in die Rechte anderer Massenorganisationen und Apparate, offene Gesetzesverletzungen und die mangelnde Bereitschaft zur Korrektur dieser Mißstände zu zählen. Das Material enthielt eine Reihe von Beispielen für massive Überspitzungen, so eine Informationen über den Fall der fristlosen Entlassung des verdienstvollen Leiters der Abteilung Frakturmaschinen im Büromaschinenwerk Sömmerda (Bezirk Erfurt) und seinen Ausschluß als Parteifeind. „Das Parteiverfahren stützte sich auf unbegründete Verdächtigungen der Genossen des MfS, Kreis Sömmerda. Repräsentationsgeschenke von Vertretern des kapitalistischen Auslandes, die im

14 Protokoll über die Arbeitsberatung der BPKK Gera mit allen KPCKen vom 8.2.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/17, Bl. 8ff.

Auftrag des Betriebes bei ihm übernachteten, wurden zur Beweisführung seiner feindlichen Tätigkeit in den Mittelpunkt gestellt ... Die bei einer Haussuchung aufgefundenen ... Westwaren wurden zusammen mit leeren Zigarrenkisten und leeren Weinflaschen auf einem Tisch fotografiert und dieses Photo in einem Artikel, der sich in seinem Inhalt praktisch gegen die Intelligenz richtete, in der Betriebszeitung veröffentlicht.“ Die BPKK Erfurt veranlaßte die Rücknahme der Kündigung und hob den Parteiausschluß auf. Der Direktor der „Heinrich-Mann-Oberschule“ in Brandenburg-Stadt weigerte sich, der BPKK gegenüber eine Einschätzung der Arbeit des Büros der dortigen Kreisleitung abzugeben: „Genossen, ich sage nichts mehr. Ihr kommt aus Potsdam und geht wieder weg. Ich sitze aber hier und man haut mir die Beine weg ... Hier wagt doch keiner mehr, Kritik zu üben. Der verantwortliche Sekretär der Kreisleitung ... läßt keine andere Meinung gelten ... In Brandenburg hat sich so ein Satz unter den Lehrern herausgebildet: Keine Widerrede, in Brandenburg wird positiv diskutiert.“ Weiterhin wartete das Material mit mehreren Beispielen von willkürlichen oder voreiligen Verhaftungen auf, an denen in einem Fall ein Leipziger SED-Stadtbezirkssekretär diese Inhaftierung mittels „falscher Anschuldigungen und Intrigen“ mitzuverantworten hatte. „Solche und ähnliche Beispiele, wie die hier angeführten, gibt es in allen Bezirken ... Da der Dogmatismus und das Sektierertum die aktive Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten beim sozialistischen Aufbau erschwert, muß mit der Nachlässigkeit und Unterschätzung im Kampf gegen diese Erscheinungen aufgehört werden ... Die Parteikontrollkommissionen müssen dem Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum eine stärkere Beachtung schenken, und dabei gewisse sektiererische Erscheinungen in der Arbeit einiger Parteikontrollkommissionen überwinden.“¹⁵

Am 21. Februar 1961 bestätigte das Politbüro den auf der Sitzung gleichzeitig vorgelegten „Bericht der ZPKK über Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Arbeit im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei“ und beschloß, deren Material dem Vorschlag der ZPKK entsprechend den Bezirks- und Kreisleitungen zur Auswertung zu übermitteln.¹⁶ Der dem Politbüro am 21. Februar vorliegende ZPKK-Bericht¹⁷ wurde in seiner Endfassung am 14. März „zur Auswertung und weiteren Verbesserung der Arbeit“ an die Parteikontrollorgane der Bezirke versandt.¹⁸ Interessant ist, daß dieser bemerkenswerte Bericht in seiner ersten Entwurfsfassung vom 1. Dezember 1960 ausdrücklich den Kampf gegen die Oelßner-Schirdewan-Linie betonte und diese Passage in der vom Politbüro bestätigten Fassung getilgt war.¹⁹ Obwohl auch die Endfassung des Berichts wieder die Hauptgefahr „Opportunismus und Revisionismus“ betonte, sollte offenbar die Erwähnung der alten Kampagne keine Irritationen bei der Vermittlung des neuen Mottos „Kampf gegen Sektierertum und Dogmatismus“ bzw. „Überspitzungen“ erzeugen.

Der Bericht verwies einerseits auf die bei der Umtauschaktion der Parteidokumente offenbar gewordene Inaktivität vieler Parteimitglieder und andererseits darauf, daß viele Par-

15 Vorlage der ZPKK für das Politbüro vom 11.2.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/38, Bl. 69 und Anlage 10 zum Protokoll der Politbürositzung vom 21.2.61, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/751.

16 Protokoll der Politbürositzung vom 21.2.61, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/751.

17 Anlage zum Protokoll der Politbürositzung vom 21.2.61, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/751.

18 Rundschreiben der ZPKK vom 14.3.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/38, Bl. 1ff.

19 „Die einheitliche und geschlossene Ablehnung und Verurteilung der revisionistischen, opportunistischen Auffassungen von Schirdewan, Oelßner u. a. durch das ZK unserer Partei haben die Kampfkraft der Partei gestärkt ... „Entwurf des Berichts der ZPKK über Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Arbeit im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei vom 1.12.60, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/38, Bl. 38ff.

teileitungen aus der Staatsratserklärung hinsichtlich ihres Umgangs mit den Menschen unzureichende Schlußfolgerungen gezogen hätten. Hinsichtlich der nach wie vor existierenden Hauptgefahr des Opportunismus/Revisionismus (Ablehnung der führenden Rolle der Partei, Mißachtung des demokratischen Zentralismus, Verfälschung der Parteipolitik, Verbreitung der Politik des Ostbüros) argumentierte die ZPKK noch ganz nach alten Mustern: So habe die ZPKK bei ihrer Analyse des Zurückbleibens der Edeltahlerzeugung und der Nichtverwirklichung des Beschlusses über die Unabhängigmachung des Rohstoffbezugs für die Filmindustrie von Westdeutschland festgestellt, daß die verantwortlichen Genossen falsche Vorstellungen in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands hatten, welche im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals lagen und der wirtschaftlichen Festigung der DDR Schaden zufügten. In den Kreis- und Bezirksvorständen des FDGB gäbe es in Fragen der Lohnpolitik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie zur Durchführung der ständigen Produktionsberatungen und zur Bildung der sozialistischen Brigaden Opportunismus: Gewerkschaftsfunktionäre vertreten Auffassungen von der Neutralität und Unabhängigkeit der Gewerkschaften und pflegten den Gewerkschaftsgedanken aus der kapitalistischen Epoche. Immerhin wurde jedoch festgestellt, die sich verstärkenden feindlichen Ideologien in Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Neubrandenburg (in der Partei herrschten Zwang und Diktatur, die Politik sei zu hart, es gäbe keine Freiheit in der Partei) seien nicht nur äußeren Einflüssen geschuldet, sondern auch Folge der Verletzung Leninscher Parteinormen durch Funktionäre. In der OPO Gornau wurde laut einem Untersuchungsbericht der KPKK Zschopau offen vertreten, daß die Parteiwahlen undemokratisch seien, die Zulassung der SPD in der DDR wünschenswert wäre und daß in der SED Diktatur herrsche. In der PO des VEB Holzverarbeitungswerkes Klosterfelde wurde die Forderung nach einem „menschlichen Sozialismus“ erhoben und mit einem neuen 17. Juni gedroht. In der APO Entwicklungsbau Pirna forderte eine parteifeindliche Gruppe in der Parteileitung Einschränkungen des aufgeblähten Parteiapparats und entfaltete eine „offene Hetze gegen Partei und Regierung ...“, die von dem größten Teil der Mitglieder unterstützt und geduldet wurde ... Es wurden solche Äußerungen gemacht, daß die DDR kurz vor dem Zusammenbruch stände und unsere Zeitungen die Massen beschwindeln ... Die Hauptprovokateure wurden aus der Partei ausgeschlossen.“ Vielerorts würden Unterschriftensammlungen zur Entlassung von inhaftierten Personen organisiert, an denen auch Mitglieder und Funktionäre der Partei unter dem Vorwand eines „demokratischen Vorgehens“ teilgenommen hätten. Hinzu kämen Entsendungen von Delegationen zur Durchsetzung verschiedener Forderungen und organisierte Austrittsbewegungen aus LPGen, etwa im Bezirk Potsdam.²⁰

20 In dieser Fassung des ZPKK-Berichts vom 14.4.61 fehlte im Abschnitt „Opportunismus und Revisionismus“ ein in der Fassung vom 1.12.60 enthaltener Abschnitt, welcher das Eingreifen der Bezirksleitungen Erfurt und Potsdam gegenüber Genossen aus dem Partei- und Staatsapparat beschrieb, die eigenmächtig die landwirtschaftlichen Pläne herabsetzten, weil sie diese als zu hoch angesetzt erachteten. „Im Bezirk Erfurt begründeten dabei einige Genossen der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes ihr opportunistisches Verhalten damit, daß der 17. Juni 1953 bewiesen habe, daß das ZK nicht immer Recht habe mit seinen Beschlüssen.“

Der Bericht wartete auch mit einer Streikbilanz dreier Bezirke des Jahres 1960 auf:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Dresden	3	21	52	8
Karl-Marx-Stadt	7	9	18	14
Erfurt	2	11	10	-

Im VEB Ausbau Dresden West habe es allein im Dezember 3 Streiks gegeben. Die Beteiligung an den Streiks umfaßten 1960 meist 5–25 Kollegen, wobei die Arbeitsniederlegungen im Durchschnitt etwa 1-2 Stunden anhielten. In der Stadt Magdeburg gab es vom 1. Juni 1960 bis 7. Januar 1961 20 Streiks mit 177 Beteiligten. Im Bereich Landwirtschaft wurden die Melkerbrigadenstreiks in Schöneberg, Krüden und Leppin (Kreis Seehausen, Bezirk Magdeburg) wegen der Einführung neuer Arbeitsnormen erwähnt. Neuerdings werde besonders in den Bezirken Rostock und Neubrandenburg mit Streiks unter Hinweis auf den Streik der belgischen Arbeiter gedroht. Im VEB Vacoma Magdeburg streikten am 5. August 1960 3 Genossen und 6 Parteilose, am 4. November 1960 10 Genossen und 4 Parteilose. Häufig seien Zugezogene aus Westdeutschland oder Rückkehrer federführend. Die Streikursachen seien auch hier häufig administrative Maßnahmen leitender Wirtschaftsfunktionäre bei Normen-, Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsänderungen. Die Untersuchungen hätten ergeben, daß Streikende nicht immer aus feindlicher Einstellung zu Staat und Regierung handelten, sondern oft wegen „falscher Auslegung der sozialistischen Demokratie“.²¹

Auch das neuralgische Thema der Republikfluchten fehlte in dem Bericht nicht. 1960 gab es demnach 5.823 Republikfluchten von Parteimitgliedern (1959: 5.846). Im 1. Halbjahr 1960 habe es einen starken Rückgang, im 2. Halbjahr 1960 ein Ansteigen der Republikflucht in allen Bezirken um ca. 100% gegeben.

„Die engstirnige Auffassung ‘Es ist nicht schade um ihn, wieder ein Feind weniger’ ist noch nicht überwunden ... In der Behandlung der Republikflucht gibt es noch Sorglosigkeit und politisches Unverständnis... Der letzte unmittelbare Anlaß zur Republikflucht liegt oft in der Unduldsamkeit mancher Parteileitungen und Funktionären bei politischen Auseinandersetzungen, in einer sektiererischen und intellektuellenfeindlichen Haltung, in der falschen, bürokratischen Behandlung von Beschwerden und der herzlosen und überheblichen Behandlung von Genossen. Auch das falsche politische Verhalten von Genossen der Sicherheitsorgane führte in einigen Fällen zur Republikflucht ... In der LPG Typ I in Wolfsberg, Kreis Sangerhausen, wurden in der Vollversammlung am 6.7.1960 negative Diskussionen geführt ... Das Büro der Kreisleitung Sangerhausen beschloß daraufhin, daß in Wolfsberg eine Komplexbrigade eingesetzt wird ... in dieser Brigade (wurden) vorwiegend Genossen unserer Sicherheitsorgane [aus der MfS-Kreisdienststelle und des VPKA] eingesetzt ... Die Arbeit der Genossen wurde im wesentlichen konspirativ durchgeführt. Durch diesen Einsatz wurde nicht nur in der LPG, sondern im ganzen Ort eine Unruhe und

21 In dieser Fassung des Berichts fehlten die am 1.12.60 noch genannten Streikkonzentrationen im Kreis Stollberg (Bezirk Karl-Marx-Stadt) und im Kreis Schmalkalden (Bezirk Suhl). Ebenso fehlte die Mitteilung, daß zwischen April und August 1960 im Kreis Sömmerda in der Landwirtschaft sechsmal gestreikt wurde. In einer LPG im Kreis Sondershausen hätten 120 Beschäftigte gestreikt. Der Streik in der Güterabfertigung des Hauptbahnhofs Erfurt am 5. August 1960 sei von BPO-Leitungsmitgliedern geführt worden.

Unsicherheit geschaffen, z.B. durch solche Maßnahmen, daß von 5 Bürgern wegen Verdacht auf Republikflucht die Personalausweise eingezogen wurden. Noch während des Brigadeinsatzes wurden der Vorsitzende der LPG sowie der stellvertretende Vorsitzende mit ihren Familien republikflüchtig ... Zum Teil wurden Genossen inhaftiert und gerichtlich bestraft, wo eine andere gesellschaftliche Erziehungsmaßnahme durch Partei und Gewerkschaft richtiger und zweckmäßiger gewesen wäre.“

Ernst sei die Republikflucht unter Genossen Intelligenzlern, besonders bei Ärzten und Lehrern. 1959 wurden 682 Fälle registriert, was einem Anteil von 11,6% aller geflüchteten Genossen entsprach und 1960 774 Fälle (13,27%). Beunruhigt vermerkte die ZPKK, der Anteil langjährig in der Partei Organisierter (über 10 Jahre Parteialter) unter den republikflüchtigen Parteimitgliedern sei mit mehr als 50% sehr hoch.

Generell schätzte die ZPKK ein, daß der Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum vernachlässigt werde. Besonderes Gewicht räumte die ZPKK den Verletzungen des Prinzips der Überzeugung gegenüber Genossenschaftsbauern, den Intellektuellen sowie den (städtischen) Mittelschichten ein. Es habe Drohungen gegenüber Intellektuellen selbst von Mitgliedern der Parteikontrollorgane (KPKK Jena-Stadt) gegeben, die zur Ursache von Republikflucht wurden.

„Das Büro und die PKK der Kreisleitung Hainichen [Bezirk Karl-Marx-Stadt] konstruierten aus einer berechtigten Kritik [des Rates des Kreises] an ihrer Arbeit eine Gruppenbildung gegen die Kreisleitung. Mit kriminalistischen Methoden versuchten sie, die Feindlichkeit der Gruppe nachzuweisen. Obwohl die Beschuldigung gegen die Genossen nicht zutraf und die Kreisleitung in einer Mitgliederversammlung des Rates des Kreises dies zugeben mußte, bekam der Parteisekretär trotzdem eine Parteistrafe. Erst [nach der] Auseinandersetzung mit dem Büro und der Partei-Kontrollkommission der Kreisleitung Hainichen zogen die Genossen die richtigen Schlußfolgerungen ... Die ZPKK stellt fest, daß eine Reihe von Kreis- und Bezirksleitungen berechtigten Kritiken schwer zugänglich sind. Das zeigt sich auch darin, daß sie nur zögernd falsche Entscheidungen mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen korrigieren. Ein Grund für dieses Verhalten ist die falsche Auffassung, daß dadurch ihre Autorität leiden würde.“

Die ZPKK kritisierte auch die engen Auffassungen von sozialistischer Moral: „So wurden verheiratete Genossen, die Verhältnisse eingingen, aus der Partei ausgeschlossen oder erhielten hohe Parteistrafen mit Funktionsentzug ohne Berücksichtigung ihrer sonstigen politischen und fachlichen Arbeit.“

Insgesamt gab es dem Bericht zufolge 1960 16.412 Parteistrafen (1959: 19.507). In zwei Jahren wurden 5.728 Funktionäre im Wirtschafts-, Staats- und Parteiapparat zur Verantwortung gezogen. Im Laufe des Jahre 1961 wurden allein im Bezirk Potsdam 13 Kreisleistungssekretäre abgelöst. Außerdem wurden der 1. Kreisleistungssekretär Zwickau, der Kreissekretär Havelberg, der Kreissekretär Anklam, der Sekretär der Stadtbezirksleitung II Karl-Marx-Stadt, der Kreissekretär Freital und der Abteilungsleiter für Sicherheit der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt ihrer Funktion enthoben. „Auch die Anzahl der Parteiverfahren im Staatsapparat ist relativ hoch ... In der FDJ gibt es ähnliche Erscheinungen ... Die von der ZPKK durch ihre Untersuchung 1959 festgestellten Zustände der größtenteils Vernachlässi-

gung der Wachsamkeit und der ernststen moralischen Versumpfungerscheinungen in den VPKA haben sich ... seitdem nicht wesentlich verbessert.“²²

Die häufige Kritik an der Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit bei der Werbung der Bauern für die Genossenschaften ignorierte tapfer die Tatsache, daß der hier kritisierte Druck mindestens im Zeitraum Dezember 1959 bis April 1960 von der Parteiführung selbst in Gestalt der von ihr durchgedrückten Kollektivierungskampagne erzeugt wurde. Trotzdem war offensichtlich, daß sich Anfang 1961 ein Richtungswechsel der Parteikontrollarbeit vollziehen sollte. Dies durchzustellen und abzustimmen, war die Aufgabe einer überaus bedeutsamen Arbeitstagung der ZPKK mit allen Vorsitzenden, Mitgliedern und Kandidaten der BPKK in Berlin am 29. März 1961 mit dem Schwerpunkt des Kampfes der Parteikontrollorgane gegen die Republikflucht. Die Diskussionsbeiträge auf dieser Arbeitskonferenz vermittelten ein gutes Bild der 1961 sich verfestigenden Protesthaltungen nicht nur von Parteimitgliedern gegen den Kurs der Parteiführung und die diktatorischen Funktionspraktiken. Gleichzeitig wurde deutlich, in welchem Maße diese Praktiken zu dieser Protesthaltung beigetragen hatten, was von den Parteikontrollleuten auch so reflektiert wurde.

Der Vorsitzende der BPKK Karl-Marx-Stadt, Max Schäller, berichtete von über 48 Arbeitsniederlegungen im Bezirk aus dem vergangenen Jahr 1960 bei einer unbekanntenen Anzahl von verschwiegenen Streiks. Im 1. Quartal des laufenden Jahres wisse man bereits von 9 Arbeitsniederlegungen auf Grund administrativer Anweisungen der Werkleitungen. Der Gedanke an Republikflucht entstände bei den Menschen zum Teil Jahre vor ihrer Vollendung, weil „dieser Mensch nicht richtig behandelt wurde.“

Der Vorsitzende der BPKK Halle, Fritz Menzel, sprach von zahlreichen Überspitzungen (Sektierertum, Dogmatismus, Administrieren, Kommandieren, herzloser Umgang) besonders in Leuna, Bitterfeld und in den chemischen Werken Buna. Die Justiz sei starr und lebensfremd; hier gäbe es Überspitzungen in allen Kreisen des Bezirks. Die Linie der „abschreckenden Beispiele“ (Bernburg, Artern, Sangerhausen, Naumburg) in Verfahren gegen Wirtschaftsfunktionäre und Genossenschaftsbauern sei verhängnisvoll. Ein Beispiel sei das Urteil von 7 Monaten Gefängnis für einen Kreisbauleiter und seinen Stellvertreter im Kreis Bernburg wegen Nichterfüllung des ländlichen Bauprogramms. Für diesen Fehlschlag waren jedoch Genossen des Staatsapparats und der Kreisleitung verantwortlich, während im Urteil den Verurteilten sogar bescheinigt wurde, „in ihrer Funktion dem Staat so viel wie möglich zu geben.“ Die KPKK habe beide aus der Partei ausgeschlossen; die BPKK mußte das korrigieren. Somit habe sich gezeigt, daß die Staatsratserklärung in ihrem Sinn von vielen Kreisleitungsbüros noch nicht verstanden werde. Es habe im Kreis Artern 1960 mit Wissen der Kreisleitung 15 Ermittlungsverfahren gegen Genossenschaftsbauern gegeben, von denen mehr als die Hälfte eingestellt werden mußten. In diesem Jahr waren bis März trotzdem wieder 6 Ermittlungsverfahren durchgeführt worden, die erst nach Eingreifen der BPKK und des Büros der Bezirksleitung eingestellt wurden.

Der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Suhl erklärte: „Im Beschluß des Politbüros wird auch erneut darauf verwiesen, daß die falsche Behandlung von Genossen und Parteilosen dem Klassenfeind sichere Angriffsmöglichkeiten geben und darin eine der Ursachen von Republikfluchten begründet ist.“ Die Analyse der 1960 durchgeführten Parteiverfahren habe ergeben, daß Republikfluchten langjährig organisierter Parteimitglieder im Verhältnis zu den übrigen überwogen, was auf ernste Mängel in der Erziehungsarbeit hindeute. Daher

22 Bericht der ZPKK über Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Arbeit im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei, versandt an die BPKK am 14.3.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/38, Bl. 38ff.

habe auch der Brief des ZK an alle 1. Bezirks- und Kreissekretäre vom 24. Januar 1961 gefordert, jede Republikflucht ehemaliger Parteimitglieder in den zuständigen Parteiorganisationen zu behandeln und mit der Prüfung des Stands der Parteiarbeit zu verbinden. Auch die 12. ZK-Tagung habe den Kampf gegen die Abwanderung und die Ermittlung ihrer Ursachen gefordert.

Erich Ament erklärte für die ZPKK, daß beim Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum seitens der PKKen so gut wie nichts geschehen sei. In Dresden gäbe es den Versuch, opportunistische, revisionistische und kleinbürgerliche Auffassungen, die im Bezirk Dresden besonders stark vorhanden seien, mit sektiererischen Methoden zu bekämpfen. „Der größte Teil der Mitglieder, der auf irgendeine Weise mit der Partei in Konflikt kommt, sind Menschen, die keine bewußten, ... Störabsichten haben ... (Es) werden manchmal dem Genossen Beschuldigungen vorgeworfen, die in der Tendenz ihn praktisch als Feind charakterisieren.“ Beispiele aus dem Bezirk Dresden zeigten, daß verdienstvolle Genossen wegen ideologischer Unklarheiten mit Parteistrafen, Funktionsverboten und Disziplinarverfahren überzogen würden und anderen vorgeworfen werde, mit Losungen des Ostbüros die Ideologie des Staatsapparats zu untergraben. „Mit diesem Begriff ‘Ostbüro’ – Genosse Matern machte vorhin schon den Hinweis – wahrscheinlich verschmilzt ... das Ostbüro in immer stärkerem Maße oder wird aufgesaugt durch die direkten Agentenorganisationen der Imperialisten. Man sollte also das Ostbüro gar nicht mehr so überspitzt betonen.“

Erna Warnke (Kandidatin der ZPKK und Vorsitzende der BPKK Potsdam) berichtete, daß im Kreis Rathenow Belegschaftsangehörige und ein Teil der Genossen eines Betriebes die Ablösung des selbstherrlichen Parteisekretärs forderten und zur Durchsetzung dieser Forderung streikten. Initiatoren der Streiks waren Menschen, die am 17. Juni 1953 in der Streikleitung eines Rathenower Betriebs waren.

Eindrucksvoll war die Schilderung eines Mitglieds der BPKK Leipzig: Im Metallgußwerk Leipzig seien vor zwei Jahren zwei Genossen (einer von ihnen der ausgezeichnete Ingenieur K[...]) aus fragwürdigen Gründen aus der Partei ausgeschlossen und fristlos entlassen worden. Einer von ihnen war 7 Monate ohne Arbeit, der andere wurde Meister in einem Handwerksbetrieb.

„Der Kollege G[...] ist nach den Veröffentlichungen in der Presse der Programmatischen Erklärung von Walter Ulbricht ... zu uns gekommen, er wollte also seine Sache geklärt haben und bat [um] eine Unterredung mit unserem [BPKK-] Vorsitzenden Genosse Vogelsang ... Genosse Matern, ... G[...] hat uns ein Schreiben gezeigt ... aus Nürnberg, von einem, der weggegangen war und da steht u[nter] a[nderem] drin, also lieber Herr K[...] usw., ihr Mißgeschick rechtfertigt wohl die Annahme, daß im Werk immer noch die gleichen zweifelhaften Genossen, ... ihr Unwesen treiben können. Es ist doch wohl eine völlige Verkennung der Tatsachen, wenn man leichthin von Republikflüchtigen spricht und uns zu Feinden des Staates stempelt. Man sollte vielmehr untersuchen, welche Gründe der Anlaß zu diesem Schritt waren, man sollte doch nicht glauben, daß F[...], Q[...] und ich so ohne weiteres eine sichere Existenz, Hab und Gut aufgeben, um den Schritt zu tun der doch mit einem Risiko verbunden war. Wir alle sind doch nicht vor dem Staat geflohen, sondern vor der verständnislosen dogmatischen Haltung der tonangebenden Genossen im Werk. Es war kein leichter Entschluß ... Ich hoffe, daß in ihrem Fall letzten Endes doch die Vernunft, Gerechtigkeit und klare Einsicht die Oberhand

behalten ... So, das war der Brief, der vom Westen gekommen war, schon vor zwei Jahren, da war die programmatische Erklärung noch nicht veröffentlicht.“

Ein anderer Fall sei der eines Eisenbahners im Kreis Borna, der als Perspektivkader nicht die Konsequenz zog, aus der Kirche auszutreten. Nachdem er vom Druck seitens der Kreisdelegiertenkonferenz erzählte, wurde er in der Mitgliederversammlung als SED-Mitglied gestrichen. Er kündigte und fand nirgends mehr Arbeit, bis er schließlich Handweichenwärter werden durfte. „Die Kaderabteilung ... in Brähna sagte, es ist eben kaderpolitisch nicht vertretbar, er ist aus der Partei entfernt worden und man kann ihn in keine Abteilung tun, wo keine Parteigenossen sind ... Er ist also nicht republikflüchtig geworden, aber wenn solche Menschen wirklich republikflüchtig werden, kann man also manchmal sagen, ja die Menschen wußten oftmals in der Verzweiflung nicht, was sie tun sollten. Genossen, man soll ... sehen, daß eben wir als Partei selber ein[en] großen Teil Schuld tragen, wenn solche fehlerhaften Schritte getan werden.“ Zwei Genossenschaftsbauern in Döbeln, die im Zusammenhang mit dem Einsatz der Operativstäbe zur Ernte im vorigen Jahr einen Streik organisierten, um eine berechtigte Forderung durchzusetzen, wurden aus der Partei ausgeschlossen, gingen in Haft und wurden wegen gemeinschaftlicher staatsgefährdender Hetze zu 7 bzw. 6 Monaten Haft verurteilt. Beide seien ausgezeichnete Bauern und Funktionäre, hätten eine politisch einwandfreie Biographie und waren keinesfalls Staatsfeinde. Zwar sei der Streik verwerflich gewesen, aber durchgeführt würden „manchmal Schnellverfahren und was dabei herauskommt, sind dann solche Produkte und niemand hatte dazu getrieben, solcherart Schnellverfahren durchzuführen ... Ich habe ... mich zufällig mit unserem Genossen unterhalten, der diese Fragen bearbeitet. Der sagt, bei den Fällen von Staatsverleumdung sind z.B. 80% Arbeiter, 60% davon bis 25 Jahre alt ... und 51% in Trunkenheit. Ob das alles wirklich diese Staatsverleumdung ist, wenn also solche jungen Menschen ... mal ein lautes Wort riskieren, Genossen, das bliebe wahrscheinlich auch noch einer etwas gründlicheren politischen Untersuchung vorbehalten.“

Elli Hempel (ZPKK) vermerkte kritisch, daß gemäß der Jahresanalyse der BPKK von 1960 die BPKK Dresden einen erheblichen Anstieg der Parteiverfahren wegen parteifeindlicher Handlungen zu verzeichnen habe. Sie fragte: Nimmt in Dresden die Parteifeindlichkeit oder die Prinzipienfestigkeit (wie das die BPKK Dresden und auch die BPKK Leipzig selbst einschätzt) zu? Gerade Leipzig solle sich diese Einschätzung noch einmal überlegen und sehen, ob nicht gemäß dem hier gehaltenen Leipziger Diskussionsbeitrag andere Dinge maßgebend sind. Denn wenn parteischädigende oder -feindliche Handlungen anstiegen, sei in erster Linie mit der politisch-ideologischen Massenarbeit etwas nicht in Ordnung.

Der Vorsitzende der BPKK Schwerin, Hermann Maschke, übte Selbstkritik wegen der im Politbüro-Beschluß vom 21. Februar und im Bericht der ZPKK an das Politbüro geäußerten Kritik an der BPKK Schwerin wegen sektiererischen Verhaltens. Auch er berichtete von Überspitzungen bei Prozessen gegen Parteimitglieder: Es zeigt sich, daß bei den Kreisleitungen eine unzureichende Wachsamkeit diesbezüglich vorhanden sei „und unsere Sicherheitsorgane in den Untersuchungen sehr verantwortungslos in der Behandlung dieser Angelegenheiten vorgehen.“ Im Fall eines LPG-Bauern in Ludwigslust, der nach vertraulicher Anzeige und Verhaftung die Unterschlagung von 230 dz Getreide gestand, konnte dieser in zwei Gerichtsverhandlungen nicht verurteilt werden und mußte inzwischen aus der Haft entlassen werden. Unterdessen sei gegen ihn ein Parteiverfahren mit Ausschluß durchgeführt worden.

„Wir ... gingen zu ihm ... und anschließend zur Staatsanwaltschaft. Und jetzt haben wir die Frage gestellt: Genossen, was glaubt ihr, wird bei dieser dritten Verhandlung, die ihr jetzt 3 Tage vor Weihnachten durchführen wollt, herauskommen? Das Resultat war nach gründlichem Überlegen ein Achselzucken und schließlich und endlich das Eingeständnis, daß man ja verurteilen muß, da er ¼ Jahr in Untersuchungshaft gesessen hat. Wir haben uns dann mit den verantwortlichen Funktionären der Oberstaatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt und mit ihnen veranlaßt, daß dieser Prozeß abgebrochen, daß seine Mitgliedschaft wiederhergestellt wird. Denn, Genossen, in der ersten Verhandlung blieben von den 230dz noch 80 übrig, in der zweiten Verhandlung waren es noch 40. Eine neuerliche Untersuchung der Abt. K. brachte schließlich und endlich zum Ausdruck, daß er eigentlich überhaupt nichts unterschlagen hat ... Das gleiche Beispiel, sogar noch in größerer Form, ereignete sich in Sternberg. Wir ... hoffen, daß in den Organen in dieser Beziehung eine Änderung eintritt in der Arbeit.“

Der Vorsitzende der BPKK Erfurt, Hermann Fischer, erklärte: „Die Leute, die falsch behandelt werden, ... die schätzen die Lage nicht so ein, daß sie sagen, nun also die große politische Linie, die Entwicklung ist richtig, aber der einzelne Mitarbeiter des Staatsapparates oder der einzelne Parteiarbeiter macht einen Fehler, sondern sie schätzen das anders ein. Sie schätzen das so ein, auf der einen Seite sprechen sie solche schönen Worte und auf der anderen Seite muß ich am eigenen Leib ... spüren, daß ein Widerspruch besteht zwischen dem, was sie sagen und dem was sie tun.“ Im Kreis Weimar-Stadt sei die Zahl der Parteiverfahren um 72% angestiegen. Bei der Überprüfung der Parteiverfahren von 1960 habe sich gezeigt, daß 30 der insgesamt 60 Beschlüsse überspitzt waren. So habe etwa der Vorsitzende der KKPP Langensalza dem Bürgermeister mit Verhaftung gedroht und die KPKK hat ihn letztendlich in den Kandidatenstand zurückversetzt und als Bürgermeister abgelöst, weil seine parteilose Frau 1960 bei einer Faschingsveranstaltung das Westfernsehen eingestellt hatte.

Richard Eyer mann (Kandidat der ZPKK und Vorsitzender der BPKK Magdeburg) versuchte, angesichts dieser massiven „Kritik und Selbstkritik“ aus den Bezirken, die auch schon in den Bereich einer Kritik an der bisherigen Parteilinie heranreichte, beschwichtigend einzuwirken. Er betonte, daß trotz der Mängel im Kampf gegen sektiererische und dogmatische Erscheinungen auch der Bericht der ZPKK an das Politbüro nach wie vor den Opportunismus und Revisionismus als Hauptgefahr benannt habe. Genossen der Kripo beschwerten sich bereits, „daß die Staatsanwaltschaft bei Vorgängen mit hoher Gesellschaftsgefährlichkeit die Inhaftierung der Personen ohne Einleitung von Ermittlungsverfahren unter Bezugnahme auf die Staatsraterklärung ablehnt.“ Es gäbe auch zahlreiche Fälle von Republikflucht nach der Freilassung aus der U-Haft bei unterbliebenen Strafverfahren.

Paul Hornick, Vorsitzender der BPKK Cottbus, stellte zur Untersuchung der Republikfluchten, besonders derer, die sich während und nach dem Dokumentenumtausch ergaben, fest:

„Aus allen Begründungen der Grundorganisationen ging eine Tatsache hervor, es gibt keinen Anlaß, daß falsche Arbeit der Partei oder ungenügende Sorge um den Menschen der Anlaß zur Republikflucht war. Als wir uns natürlich die Sachen etwas näher ansahen, nun, da kommen wir zu der Feststellung, daß ein großer Teil unserer leitenden Parteigenossen und auch Kreisleitungen den großen politischen Schaden nicht erkennen, den eine Republikflucht eines Parteigenossen verursacht ... Ein großer Teil unserer Parteileitungen (hat) kein richtiges Verhältnis zu den Menschen

... Von all diesen 5 Punkten, die im Bericht der ZPKK an das Politbüro aufgezeigt sind ... ist der Punkt, Parteigenossen und einige Parteileitungen und auch Staatsorgane von den falschen Handlungen zu überzeugen, am allerschwersten ... (Es) fehlt der Mut, es zu korrigieren im Interesse der 'Autorität'.“

Herbert Wittholz (ZPKK) bekräftigte,

„der letzte unmittelbare Anlaß zur Republikflucht ist oft die überhebliche und herzlose Behandlung von Genossen bei Auseinandersetzungen, überspitzte Maßnahmen, mehrmalige Bestrafungen, nicht immer gerechtfertigter Funktionsentzug und Einschränkung der Berufsausübung, keine Hilfe bei der Beschaffung eines neuen Arbeitsplatzes, sektiererische und intelligenzfeindliche Haltung und falsche, bürokratische Behandlung von Beschwerden. Auch falsches politisches Verhalten von Angehörigen der Sicherheitsorgane war in manchem Fall der letzte unmittelbare Anlaß zur Republikflucht.“

Der Anteil der Arbeiter an Republikfluchten sei mit durchschnittlich 27,8% (in Industriebezirken bis 32%) besonders hoch. Auf dem 9. Plenum habe Ulbricht Beispiele dafür gebracht, wie Arbeitern in Produktionsberatungen das Wort verboten wurde und ihre Vorschläge ignoriert wurden. Es gäbe administrative Änderungen der Normen durch Wirtschaftsfunktionäre ohne Begründung gegenüber Arbeitern. Der Anteil der Intelligenz an den Republikfluchten sei gegenüber 1959 angestiegen. In Halle seien 1960 275 Angehörige der technischen Intelligenz, davon 107 aus der Chemie geflohen. 50% von ihnen waren nicht älter als 30 Jahre. Republikfluchten unter Ärzten wiesen sei 1960 quartalsweise eine steigende Tendenz auf und waren zumeist in ungelösten Wohnungsproblemen, unzureichenden medizinisch-technischen Mitteln, Arbeitsüberlastung und administrativen Arbeitsplatzveränderungen durch den Staatsapparat ohne Absprache mit den Ärzten begründet. Die Republikflucht unter Lehrern habe sich in einigen Bezirken 1960 gegenüber 1959 verdoppelt. Auch hierzu habe Ulbricht auf dem 12. ZK-Plenum Stellung genommen: „Der Sieg des Sozialismus ist ... nach dem Beschluß des V. Parteitages bis 1965 vorgesehen, aber manche wollen die alte Intelligenz schon 1961 als Marxisten-Leninisten sehen. Das sind doch unnötige Überspitzungen.“ Als Beispiel für Überspitzungen erwähnte Wittholz, daß der Operativstab in der Filmfabrik Wolfen mit ihrer Kommandiererei und ihren Maßregelungen gegenüber der Werkleitung und der Intelligenz eine Reihe von Republikfluchten auslöste. Auch beim Abschied von Repressionen auf dem Lande berief sich Wittholz auf Ulbrichts Beitrag auf dem 12. ZK-Plenum: Die Förderung schwacher LPG's sei zu praktizieren „ohne Sturmbrigaden, ohne Stäbe und ohne ähnliche, in Zeiten der Revolution manchmal notwendige aber gegenwärtig in der DDR überflüssige Institutionen.“

Der Vertreter der NVA berichtete zu den Hauptursachen der Fahnenflucht insbesondere im Militärbezirk V, welcher an der Spitze der Fahnenfluchten innerhalb der Armee stehe, daß unter anderem Verletzungen der Menschenwürde, seelenloses und herzloses Verhalten der Vorgesetzten gegenüber Untergebenen, grobe Beschimpfungen, Schikanen und Anschreien hier maßgeblich wären. Dies geschehe oft mit Kenntnis und Duldung der Parteileitungen. In den Parteiorganisationen wären die Genossen eingeschüchtert, wenn etwa der Regimentskommandeur Mitglied der Parteileitung sei.

Ein Vertreter der BPKK Gera beichtete, daß die Untersuchung der KPKK Jena-Stadt gegen einen Ingenieur im VEB Zeiss (auch erwähnt in Bericht der ZPKK) mit dem voreingenommenem Standpunkt, ihn als parteifeindliches oder zumindest parteischädliches Element zu entlarven, durchgeführt wurde. In seiner Einvernahme in Verhören von 6 Stunden igno-

rierte die KPKK seine beträchtlichen Verdienste, unter anderem bei der Entwicklung des Rechenautomaten ZTR 1 und ZTR 2 und die Hinweise des ZK-Mitglieds und stellvertretenden Werkleiters sowie der zentralen Parteileitung. Die KPKK habe es auch unterlassen, über ihre Untersuchung zu informieren. Die Folge wäre dann die Republikflucht des Ingenieurs gewesen.

Ein Westberliner Mitglied der BPKK Berlin berichtete zur Lage bei der Deutschen Reichsbahn. Von den rund 7.000 Eisenbahnern bekommen 90% ihr Geld anteilig in 60% Westgeld und 40% Ostgeld, wobei letzteres in Westberlin in Westgeld getauscht wird. Diejenigen, die avisiert von der Gewerkschaft der Eisenbahner im Westen zum Tausch kämen, würden unter Druck gesetzt, irgendwelche Aufgaben zu übernehmen, wer aber von den Genossen positiv auftritt, dem werde als Komplize der DDR der Umtausch verweigert. Bei der Deutschen Reichsbahn landeten viele alte Genossen aus dem Parteiapparat, weil sie (nachdem sie dort wegen Erreichens der Altersgrenze nicht mehr beschäftigt würden) nicht in einem privatkapitalistischen Betrieb untergebracht werden konnten. Dort sind sie oft unzufrieden und wirken negativ. Im RAW Tempelhof gäbe es beispielsweise 48 Genossen, die ehemalige Kreissekretäre der FDJ, der Partei oder Instruktoren waren. Daher beschäftige sich die PKK Westberlin in erster Linie mit Fragen der Deutschen Reichsbahn, wo fast die Hälfte der Westberliner Parteiorganisationen bestünden. Der Gegner infiltrierte die Forderung nach 100% Westgeld als Entlohnung und Parteimitglieder (etwa im RAW Tempelhof) machten sich zum Sprachrohr dieser Forderung, verbunden mit der Erwartung, daß die verständnislosen Genossen im ZK abzulösen seien. „Ein Teil der Westberliner Genossen (sieht) nicht im Westberliner Senat den Klassenfeind, sondern sehen den Klassenfeind in ihrem eigenen Klassenbruder, der jetzt 100% Westgeld ausgezahlt erhält.“ Die Eisenbahner seien zum Teil fortschrittlich; so hätten im RAW Tempelhof 350 Kollegen die DDR-Fahne verteidigt und die Polizei auf die Straße gejagt.

Der neue Berliner BPKK-Vorsitzende Paul Behring (seit September 1960 in dieser Funktion) ergänzte: „Unsere Partei hat Erfolge in der Arbeit und diese haben sich auch auf die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt. Ihnen ist klar, daß es so nicht weitergeht, obwohl sie wünschen, daß es ruhig so bleiben mag, weil ja für sie effektiv einiges dabei herauskommt, besonders für die Grenzgänger. Aber andererseits ist ihnen klar, daß der Zustand nicht bleiben wird. Sie fürchten also irgend etwas.“ Verunsichert war Behring offenbar in der Frage, was von den laufenden Diskussionen der Parteikontrollorgane öffentlich werden sollte: „Wie ich meinen Antrittsbesuch machte beim Genossen Matern habe ich ihn gefragt, ob wir etwas aus der Arbeit popularisieren sollen. Er hat damals darauf geantwortet mit nein. Jetzt steht in dem Bericht drin, daß man einige Dinge aus der Arbeit der Kontrollkommission popularisieren soll im 'Neuen Weg' usw.“²³

Die von Elli Hempel so scharf kritisierte BPKK Dresden führte am 18. und 19. April 1961 ihre Arbeitsberatung mit allen Parteikommissionen des Bezirks durch, um das 11. und 12. ZK-Plenum sowie die letzte Tagung der ZPKK auszuwerten. Der Kurswechsel in der Partei und der Parteikontrollarbeit mußte, um Irritationen vorzubeugen, eingeordnet werden. Dazu gehörte auch die neuerliche Klarstellung im Hauptreferat der Arbeitstagung, daß Opportunismus und Revisionismus weiterhin die Hauptgefahr darstellten, auch wenn das Schwergewicht der aktuellen Parteikontrollarbeit gegenwärtig auf den Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum verlegt würde:

23 Protokoll der Arbeitstagung der ZPKK mit den Vorsitzenden, Mitgliedern und Kandidaten der BPKKen am 29.3.61 in Berlin, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/15, Bl. 1ff.

„Es geht nicht darum, wie einige Genossen meinen, daß die neuen Methoden der Verbesserung der Qualität der Arbeit deshalb notwendig wäre, da die Partei in der 'Vergangenheit Fehler gemacht habe' daß es einen 'weichen' oder 'harten' Kurs gibt ... Wir sagen das so deutlich, weil sich der Dogmatismus und das Sektierertum in der gegenwärtigen Situation vor allem in der Nichtbeachtung der Menschen auch hierin äußert, in der Unterdrückung ihrer Initiative, der Ablehnung und Nichtbeachtung ihrer Kritik, der Behinderung der durchaus von unseren Menschen gewünschten größeren Aktivität aller unserer Bürger ... Es entstand eine solche Tendenz, opportunistische Erscheinungen in sektiererischer Art und Weise zu bekämpfen. Die Methode des Operativstabes brachte es doch vielerorts mit sich, daß gegenüber den gewählten Organen der Städte, Gemeinden und Kreisräten oder den LPG-Vorsitzenden eine Einengung der Entfaltung der sozialistischen Demokratie bzw. des genossenschaftlichen Lebens eintrat ... Die falsche Behandlung von Genossen und Parteilosens gibt dem Klassenfeind günstige Angriffsmöglichkeiten und ist oft eine der Ursachen für Republikflucht.“

Die Notwendigkeit, den „antirevisionistischen Kampf“ auch gegenwärtig weiterhin fortzusetzen, wurde durch Beispiele der Entlarvung von Parteigängern Schirdewans und Oelßners im VEB Entwicklungsbau Pirna und der Streikführerschaft von Genossen im VEB Kuppelungs- und Triebwerksbau sowie im VEB Ostglas Großschwepnitz bekräftigt. Um Beispiele dogmatischen und sektiererischen Verhaltens war man in Dresden aber auch nicht verlegen: Abstrafung und Funktionsenthebung unangepaßter Genossen, welche nicht nach den Maßgaben der Partei- oder Betriebsleitungen handelten, Behinderungen der Arbeitsaufnahme gemäßregelter ehemaliger Parteimitglieder oder ihre Streichung wegen kirchlicher Bindungen wurden bei der Arbeitsberatung zuhauf und mit vorwurfsvollem Gestus aufgezählt. „Der Anteil der Arbeiter [an den Republikflüchtigen] betrug 1960 ... 35%. Schwerpunkt der Republikflucht in unserem Bezirk sind die Kreise Görlitz, Dresden-Stadt, Riesa, Meißen, Großhain, Dippoldiswalde ... Nach wie vor ernst ist die Republikflucht unter den Genossen der Intelligenz. Besonders hoch ist die Republikflucht bei Lehrern und Ärzten ... Unter den republikflüchtigen Parteimitgliedern ist ... mehr als die Hälfte ... über 10 Jahre Mitglied der Partei, ja, sogar lange vor 1933 organisiert ...“ Deutlich wurde man auf der Arbeitstagung hinsichtlich bisheriger parteidisziplinarischer Fehlentscheidungen: „Es gibt nicht wenige Fälle, wo manchmal Genossen als Vertreter der Ostbüro-Ideologie hingestellt werden oder zu Agenten gestempelt werden, die es nicht sind ... Feinde und moralisch verkommene Elemente werden aus der Partei ausgeschlossen. Aber niemals dürfen wir dulden, daß Mitglieder und Kandidaten wegen ideologischer Unklarheiten bestraft oder sogar aus der Partei entfernt werden.“

In der Diskussion zum Hauptreferat ergänzten Kreis- und Stadtparteikontrolleure die Liste der negativen Fallbeispiele des Hauptreferats. Dresdner Stadtteil-Parteikontrollkommissionen mußten zugunsten von streikbeteiligten Genossen und gegen die Einschüchterung von privaten Einzelhändlern eingreifen. Der Vorsitzende der KPKK Görlitz berichtete von einer untadligen Genossin, die zusammen mit ihrer Tochter ständigen Diskriminierungen ausgesetzt war, weil ihr Sohn wegen seiner Weigerung, zur KVP zu gehen, deshalb aus dem Betrieb entlassen wurde und 1953 in den Westen ging. „Man hat sie nicht zu ihrer sterbenskranken Mutter nach WD fahren lassen ..., durfte aber dann zu ihrer Beerdigung fahren.“

Jetzt ist sie nach Westdeutschland abgehauen.“²⁴ Der Vorsitzende der SPKK Dresden kommentierte den Einsatz von Wasserwerfern gegen 500 Jugendliche auf dem Fucik-Platz wie folgt: „Stellt euch doch vor, Genossen, in Dresden ist für die Jugend sowieso nicht viel los und dann ist auf dem Fucik-Platz Vogelwiese, alle Jugendlichen kommen dort zusammen, wenn dann was passiert machen wir große Probleme daraus, aber so geht es doch nicht, wir müssen den Jugendlichen helfen, den richtigen Weg zu finden.“

Der Mitarbeiter der ZPKK Hartmann räumte ein, daß

„wir mit den alten Methoden, wie wir sie zum Teil vor 10 Jahren angewandt haben, diese Menschen nicht mehr gewinnen und auf sie Einfluß nehmen können ... Bei der Behandlung der Mitglieder haben wir auch das Statut außer Acht gelassen. Im Statut gibt es Pflichten und aber auch Rechte für das Mitglied ... Es gibt bei uns keine weiche Welle, es gibt nur die Linie der Partei ... Das Sektierertum und der Dogmatismus steckt bei manchen tief drinnen. Wir sind aber so erzogen worden. Wenn ich mir Beschlüsse von vor 10 Jahren ansehe, lege ich diese jetzt weg. Aber wir sind doch Dialektiker. Der Mensch hat sich verändert und wir auch, aber mancher Genosse kommt nicht mit ... Ich sprach gestern mit dem Genossen ..., der die Kaderleiter zusammen hatte. Er sagte, es sind alles alte, ehrliche Genossen, die fest zur Partei stehen, während des Faschismus zur Partei standen, aber bei ihnen hat sich nichts verändert, sie arbeiten noch wie 1952, ... schreiben die Beurteilungen noch in der alten Form.“²⁵

Der Vorsitzende der PKK Dresden-Süd erinnerte an eine Äußerung Ulbrichts zur Republikflucht: „Walter Ulbricht sagte auf der zweiten Tagung der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz: '50% der Republikfluchten sind auf die Dummheit der Staats- und Parteiorgane zurückzuführen.“²⁶

Auch die BPKK Leipzig mußte auf ihrer Arbeitstagung am 26. und 27. April 1961 ähnliche Verhältnisse konstatieren: „Das abgelaufene Jahr zeigt doch, daß es bei uns auch noch möglich ist, Streiks zu organisieren, an denen sich auch Parteimitglieder beteiligen, wie das im VEB Fräs- und Schleifmaschinen oder im Werk 'Motor' der Fall war. Bei den Streiks ging es vorwiegend um Unzulänglichkeiten und den Einsatz von Technik; das wurde durch politisch falsches Verhalten oder bürokratische Maßnahmen noch erleichtert ... So z.B. streikte in Grimma eine Jugendbrigade. Sie war bisher die einzige, die immer den Plan erfüllte und auf einmal kam eine Anweisung von Berlin, die die Normen änderte und jetzt bekamen sie 100 DM weniger ... So kann man das nicht einfach machen ... niemand wird ... für solche Dinge einmal zur Verantwortung gezogen.“

24 Der ZPKK-Mitarbeiter Hartmann erklärte: „Ich glaube es besteht keine richtige Klarheit über die Direktive [zu Westreisen von Genossen]. Darin heißt es, daß die Genossen nur nach Westdeutschland fahren können mit Zustimmung der Partei. Es ist also in keinem Beschluß dokumentiert, daß es den Genossen prinzipiell verboten ist, nach Westdeutschland zu fahren.“

25 Erich Ament erklärte auf der Arbeitstagung: „Bei uns ist eine solche Gepflogenheit im Zentralkomitee, daß niemand die Kaderakte dieses einen oder anderen Nomenklaturkaders bekommt, der unmittelbar mit ihm in Verbindung steht und in der Tätigkeit zusammenarbeitet, denn er muß den Menschen einschätzen, so wie er mit ihm arbeitet ... Also kein politischer Mitarbeiter bekommt die Kaderakte, das gilt für alle Funktionäre.“

26 Arbeitsberatung der BPKK Dresden mit allen Parteikommissionen des Bezirks am 18. und 19.4.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/17, Bl. 246ff.

Die Arbeitstagung lieferte auch einen konkreten Beitrag zur Frage der beträchtlichen Zahl republikflüchtiger Genossen mit hohem Parteialter²⁷: Ein alter Genosse (seit 1922 Gewerkschaftsmitglied, seit 1930 KPD, Rote Hilfe und RFB, seit 1945 VVN, bis 1957 Sicherheitsinspektor beim VEB Straßen-, Gleis- und Tiefbau Leipzig) wurde nach sechswöchiger Krankheit infolge der Spätwirkungen durch die faschistischen Verfolgungen Vorhaltungen vom Kaderleiter wegen „mangelnden Bewußtseins“ gemacht und seine Bitte, ihn wegen Überlastung von seinen Funktionärspflichten (Gruppenorganisator) zu entlasten, ignoriert. In seiner Erschöpfung durch zusätzliche Belastungen beantragte er vergeblich seinen Parteiaustritt. Der Betriebsleiter erklärte: „Aus der Partei austreten gibt es nicht, da mußt Du erst etwas verbrechen, dann schmeißen wir Dich raus.“ Der Genosse kündigte und wurde später beim Rat der Stadt Lösnitz selbst fristlos gekündigt. Nach Abgabe des Parteidokuments war er wegen der Beurteilung der Kaderleitung des Leipziger VEB mit 76 vergeblichen Stellengesuchen 2 Jahre arbeitslos „Hier führte ausgesprochener Dogmatismus und Sektierertum der Kaderleitung dieses Betriebes zur Republikflucht.“

Bemerkenswert war auch hier die Erklärung des Vertreters der ZPKK, Hartmann:

„Es kommt darauf an zu erkennen, daß es nicht eine augenblickliche Kampagne ist, sondern das ist der Stand der Entwicklung, wo Dogmatismus und Sektierertum jetzt am stärksten hemmt ... Dann können wir auch nicht den Fehler machen, daß wir sagen: Gestern haben wir hart geurteilt und heute machen wir es anders ... Die Zeit ist nicht mehr so, wie vor 10-12 Jahren, wo der Feind noch so stark einwirken konnte, trotzdem hört der Feind nicht auf, zu versuchen, einzuwirken ... Kritisch spricht auch Walter Ulbricht [auf dem 12. Plenum] über die Methoden. Nehmen wir ... die Operativstäbe und Sturmbrigaden ... und das 11. Plenum nimmt dagegen Stellung ... Die Sturmbrigade hat einfach die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beiseite geschoben ... Die unteren Organe, ... genauso wie große Teile der Bevölkerung, denen wir das Recht gaben, mitzuarbeiten, zu planen und mit zu regieren, werden ausgeschaltet durch solche sektiererischen Einrichtungen ... Oder nehmen wir die Einhaltung der Gesetzlichkeit ... Wir ... können nicht dulden, daß sie verletzt werden ... durch Organe, die sich einfach darüber hinwegsetzen, Menschen einsperren durch falsche Beschuldigungen usw. Aus der Vergangenheit wissen wir, daß sich die Leitungen in dieser Weise manches erlaubt haben vor 5-10 Jahren. Heute können wir uns das nicht mehr erlauben Es sind eine Reihe Menschen, die unsere Republik verlassen, weil sie mit einigen Methoden von leitenden Funktionären nicht einverstanden sind ...“

Ein Mitglied der PKK Nordost berichtete: „Ein Lehrer ist Mitglied einer Blockpartei und kirchlich ganz stark gebunden. Ausgerechnet dieser Lehrer wurde beauftragt, am 1. Osterfeiertag die Urkunden anlässlich der Jugendweihe seinen Schulkindern auszuhändigen. Er ist doch innerlich in Konflikt gekommen ... Auch er ist republikflüchtig. Wir organisieren doch direkt solche Republikflucht.“ Erich Ament erklärte für die ZPKK: „Wir haben den Eindruck, daß die Genossen manchmal die Einschätzung dieser Erscheinungen zu sehr vereinfacht haben ... Dogmatismus und Sektierertum (haben sich ...) gerade in den PKK eingewurzelt.“²⁸

27 1959 waren nach Mitteilungen auf der Arbeitstagung im Bezirk Leipzig mehr als 1/3 der republikflüchtigen Genossen über zehn Jahre Mitglied der Partei und 1960 mehr als die Hälfte.

28 Arbeitstagung der BPKK Leipzig am 26. und 27.4.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/17, Bl. 139ff.

Es entsteht der Eindruck, daß nach der Anleitung der Bezirkskontrollkommissionen durch die ZPKK am 29. März 1961 die Bezirkskontrolleure sich mit dem verordneten Kurswechsel geradezu erleichtert der eigenen Exzesse der Vergangenheit durch ihre Benennung zu entledigen suchten. Die in diesen Monaten stattgefundenen Arbeitstagungen legten wie bei einem Dambruch Dutzende von Beispielen parteidisziplinarischer und kaderpolitischer Willkür offen, an deren Zustandekommen auch die beichtenden Parteikontrolleure erheblichen Anteil hatten. Vielfach war aus den Beiträgen der berichtenden Funktionäre die Erschütterung und manchmal sogar die Fassungslosigkeit über das eigene bisherige Tun abzulesen. Diese Berichte spiegeln einen der in der Geschichte der SED sehr seltenen Lichtblick kurzzeitiger Reflektion und Besinnung durchaus linientreuer Parteifunktionäre über den auch nach ihren Maßstäben verhängnisvollen und kontraproduktiven bisherigen Kurs wider. Während die Kritik an der Parteiführung ebenso wie deren Selbstkritik sakrosankt blieb, sollten die Genossen der mittleren und unteren Funktionärebene die Sünden der obersten und für diese Exzesse hauptverantwortlichen Parteiführung auf sich nehmen. Um so wichtiger war es, daß die Schockwirkung solcher Einsichten durch feste Kursvorgaben umgehend in neues Selbstbewußtsein bei den an der Basis tätigen Funktionären umzulenken war. Im Falle der Parteikontrolle war dies die Aufgabe der ZPKK. Dort wiederum liefen die Schlüsselinformationen zur Ableitung eines Bildes der wirklichen Lage im Land zusammen. Und dieses Bild war alles andere als erfreulich: Aus der Optik der Parteikontrolle war an der beunruhigenden Entwicklung der Flüchtlingszahlen und an der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die anwachsenden Versorgungsprobleme ablesbar, daß einerseits kurzfristig einschneidende Maßnahmen zur umgehenden Besserung der Situation nötig waren (die aber im Kernbereich der Entstehung solcher Probleme, nämlich der Wirtschaft, nur mittelfristig erreicht werden könnten), aber andererseits die Rückkehr zu repressiven Praktiken das Problem nur verschärfen würde.

2. Die Herstellung „innerparteilicher Normalzustände“ nach dem 13. August 1961

Die steigenden Flüchtlingszahlen²⁹ und die immer mehr anwachsenden gesellschaftlichen Spannungen führten auf der 13. ZK-Tagung Anfang Juli 1961 dann doch zu Maßnahmen der Drosselung des innerdeutschen Reiseverkehrs und gegen die Republikflucht. Besonders in Berlin wurde die Lage immer kritischer. Die Kampagnen gegen die „Grenzgänger“ (im Osten lebende, aber im Westteil der Stadt arbeitende Bürger) und den „Schwindelkurs“ von Ost in Westmark prägten die Parteipropaganda, aber auch die immer härteren Gerichtsurteile gegen Menschenhändler und „verbrecherische Abwerbungsagenturen“ bestimmten das Bild. Am Vortag des „Mauerbaus“ berichtete die BPKK Groß-Berlin der ZPKK über die Lage der Parteiorganisationen in der Stadt. In ihnen waren (mit dem Stand vom 1. April)

29 Während 1959 ca. 143.000 Personen geflüchtet waren, stiegen die Zahlen 1959 auf 199.000 an und explodierten 1961 förmlich: Von den über 181.000 Flüchtlingen der Monate Januar bis August entfielen allein 47.433 auf den Monat des Mauerbaus. Hermann Weber, DDR, Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991, S. 95; Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 249.

90.048 Mitglieder und Kandidaten (davon ein Drittel im Kreis Mitte) organisiert. In den Parteiorganisationen Westberlins waren 6.000 Mitglieder in 12 Berliner Westkreisen tätig. Opportunistische Tendenzen und Revisionismus im „Demokratischen Berlin“ sei besonders bei den Parteiorganisationen der Institute und Labors unter der medizinischen und technischen Intelligenz verbreitet: „Die Führung der Partei kennt die Lage nicht“, „Beschlüsse falsch“, „Warum propagiert die Partei die ökonomische Hauptaufgabe und korrigiert sich dann?“, „Hatten Oelßner und Schirdewan nicht doch recht?“ Gehäuft seien Ärzte in Pankow aus der SED ausgetreten. Dogmatismus und Schematismus gäbe es besonders bei Genossen im Staatsapparat und in der Parteipropaganda. Am gefährlichsten sei (in beiden Teilen Berlins) das Sektierertum insbesondere bei Wahlkämpfen gegenüber der Intelligenz, sozialdemokratischen Arbeitern und religiösen Menschen. Viele Genossen „arbeiten nicht unter der Kontrolle der Parteileitungen“ und träten (wie die Parteiorganisation der Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Weißensee) unwidersprochen gegen die Parteibeschlüsse auf. Die steigenden Republikflucht-Zahlen gingen einher mit dem Rückgang der Teilnahme an und der Durchführung von Mitgliederversammlungen.

In Westberlin bestünde der aktive Kern der Partei aus bis zu 30% der Mitglieder; der Rest sei passiv oder nähme kaum am Parteileben teil. Vermehrtes Zurückweichen vor dem Druck des Gegners gäbe es in einigen Reichsbahnbetrieben. Die Kernfrage des Friedensvertrags würden mit Gegenargumenten wie: „Wenn entmilitarisierte Stadt, dann kein Westgeld“, „Warum nicht freie Wahlen in ganz Berlin“, „Durchbruch mit Panzern, wenn Sperrung der Verkehrswege nach Westberlin.“ Abschließend hieß es: „Als die BPKK feststellte, daß sie unter den gegenwärtigen Bedingungen in Westberlin den Kampf nicht erfolgreich gegen Opportunismus und feindliche Tätigkeit führen konnte, wurden neue Vorschläge zur Veränderung der Arbeitsweise und der Struktur der Kreispartei kontrollkommissionen in Westberlin ausgearbeitet und nach Zustimmung des Genossen Hermann Matern und Genossen Gerhard Danelius, 1. Sekretär der Westberliner Leitung, im Büro behandelt und ihnen zugestimmt.“ Die BPKK solle nun durch vier politische Mitarbeiter für Westberlin verstärkt werden.³⁰

Diese düstere Lagebeschreibung veranlaßte die ZPKK zu einer Überprüfung der Berliner Parteikontrolltätigkeit. Der Bericht einer Arbeitsgruppe der ZPKK über die Untersuchung der PKK Groß-Berlins vom 18. August 1961 konstatierte ausgerechnet am Brennpunkt der Krise ein Zurückbleiben der BPKK Berlin gegenüber den anderen BPKKs sowie eine besondere Klassenkampflage in Groß-Berlin. „Dem Klassenfeind ist es in einzelnen Fällen gelungen, in die Partei einzudringen.“ Genannt wurden das Rettungsamt Prenzlauer Berg, die PO Köpenick Nord und das Berliner Bremsenwerk. Eine ehemalige politische Mitarbeiterin der KPKK Mitte sowie ein Instrukteur der KL Lichtenberg und Absolvent der BPS 1959/60 seien zum Feind übergelaufen. Letzterer habe dem Verfassungsschutz bzw. westlichen Geheimdiensten Charakteristiken von über 30 Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären übergeben. Er wurde bei seiner Rückkehr verhaftet und dann verurteilt.³¹

Die militärische Abriegelung der Sektorengrenzen am 13. August 1961 wurde in der ZK-Erklärung vom 4. Oktober 1961 als Rettung des Friedens und der DDR vor einer geplanten Aggression gerechtfertigt. Wovor die DDR tatsächlich gerettet wurde, indem die Parteifüh-

30 Bericht der BPKK Groß-Berlin an die ZPKK vom 12.8.61, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/79, Bl. 12ff.

31 Bericht der Arbeitsgruppe der ZPKK über die Untersuchung der PKK Groß-Berlins vom 18. August 1961, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/79, Bl. 1ff.

rung die weitere Indienstnahme der Bürger des Landes für ihre Gesellschaftsstrategie absicherte und damit quasi die finale Inbesitznahme dieser Bürger einzuleiten versuchte, war den Bevölkerungsstatistikern, Wirtschaftsplanern und nicht zuletzt auch den Parteikontrolleuren durch ihre bisherigen Analysen vollkommen klar. Die einschneidende Verbesserung der äußeren Randbedingungen für den weiteren politbürokratischen „Aufbau des Sozialismus“, der zuvor auch im zweiten Anlauf gescheitert war, fand in dem Moment statt, als die innerparteiliche und gesellschaftliche Entspannung („Kampf gegen Dogmatismus und Sekterertum“), die im Januar/Februar 1961 eingeleitet wurde, keinen Einfluß mehr auf die sich zuspitzende Krise erlangen konnte und im Sommer von sich wieder verschärfenden Kampagnen gegen Feindtätigkeit (Abwerbung und Grenzgängertum) überlagert wurde. Es war nun fraglich, ob das Abflachen innerparteilicher Repression und der Zugewinn an Realismus ab Frühjahr 1961 den Gewaltakt überleben würden, welcher die „Verhaftung“ der DDR-Bevölkerung darstellte. Der Tendenz, mehr Freiräume innerhalb der „Retorte DDR“ im Schutz der Mauer öffnen zu können, stand die Maxime gegenüber, daß nun der Abrechnung mit allen „feindlichen Elementen“ keine unkontrollierbaren äußeren Faktoren mehr entgegenstünden.

Falco Werkentin verweist in seiner Arbeit über politische Strafjustiz in der DDR auf die intensivierten Kampagnen gegen „faschistische Provokateure“, welche auch das gegen sie ausgeübte „Faustrecht“ legitimierten, die Einrichtung von Arbeitslagern, Zwangsumsiedlungen im Bereich der Staatsgrenze, die FDJ-Aktionen gegen den Empfang westlicher Sender und vor allem auf das Ansteigen der Zahl abgeurteilter Staatsverbrecher in 2. Halbjahr 1961.³² Unbestreitbar gab es diese Zuspitzung³³ und gerade die reflexive Revitalisierung von während 15 Jahren eingeübter Praktiken, die nur 1956 für kurze Zeit und seit Januar 1961 erst für 7 Monate unterbrochen waren, erschien in einer derart angespannten Situation wie der im August 1961 nur zu naheliegend.³⁴ Jedoch kann trotz mehrerer gegenläufiger Ten-

32 Der enorme Anstieg abgeurteilter Staatsverbrechen nach §§ 15–19 und 21–26 StEG von 1.521 Fällen im ersten auf 7.200 Fälle im zweiten Halbjahr 1961, bei Staatsverleumdung von 904 auf 4.566 und bei Verstößen gegen das Paßgesetz von 2.017 auf 6.531 belegt jedoch beim Vergleich mit dem Jahr 1960 eher den enormen Rückgang rechtskräftiger Urteile in diesen Deliktgruppen im 1. Halbjahr 1961 gegenüber den Quoten des Jahres 1960 und damit die Folgen des Entspannungskurses ab Januar 1961: Mit insgesamt 8.721 Staatsverbrechen 1961 gegenüber 6.130 im Jahr 1960 (bzw. 5.506 gegenüber 4.008 bei Staatsverleumdung und 8.546 gegenüber 7.554 bei Verstößen gegen das Paßgesetz) wurde 1961 deshalb das Niveau von 1960 nicht in dem Maße übertroffen, wie dies nach dem Mauerbau und der strafrechtlichen Unterdrückung damit verbundenen Widerstands zu erwarten gewesen wäre. Zahlen nach Werkentin, Strafjustiz, a.a.O., S. 268.

33 Die BPKK Potsdam meldete beispielsweise seit dem 13. August im Bezirk ein sprunghaftes Ansteigen der Parteiverfahren. 1/3 der Parteiverfahren endeten mit Ausschlüssen und Streichungen, 4/5 wurden wegen politischer Vergehen wie Parteifeindlichkeit, politischer Blindheit, Zurückweichen, parteischädigendem Verhalten durchgeführt. Schwerpunkte waren Potsdam/Stadt, Nauen, Oranienburg, Brandenburg/Stadt und Rathenow. Schulungskonferenz der BPKK Potsdam, o. D. (Anfang 1962), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/18, Bl. 12ff.

34 „Offensichtlich war es so, daß wir im Bezirk von rechts nach links gependelt sind und uns nicht schnell genug in den komplizierten Fragen zurechtgefunden haben und eine klare parteiliche Linie entwickelten ... Nach dem 13. August wurde über das Ziel hinausgeschossen und die Meinung vertreten, daß die Staatsratserklärung keine solche Bedeutung mehr hat und man zur Anwendung einer harten Politik übergehen kann, da ja die Grenzen dicht sind. Das wirkte sich so aus, daß man ... mit Druck vorging, die Normen des Parteilebens und die bestehenden Gesetze des Staates verletzte und mißachtete.“ Ebenda.

denzen nach dem 13. August 1961 diese Phase nicht als Kurswechsel gegen die gerade begonnene Tendenz der Entspannung im Sinne eines Rückfalls in die Politik des zweiten „großen Sprungs“ seit 1958 eingeordnet werden³⁵, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte.³⁶

Als weitere einschneidende Randbedingung waren inzwischen im Oktober 1961 weitergehende Maßgaben zur Fortsetzung der „Entstalinisierung“ durch den XXII. Parteitag der KPdSU hinzugetreten, denen in der DDR zunächst durch die Tilgung des Namens „Stalin“ aus Orts-, Straßen- und sonstigen Benennungen sowie durch die obligatorische Zustimmungserklärung auf der 14. ZK-Tagung im November 1961 Rechnung getragen wurde. Ohne daß die Signale aus Moskau die Inkonsequenz des XX. Parteitags in der Frage des eigentlichen Charakters des stalinistischen Systems durchbrechen konnten und wollten, weckten sie aber auch bei Mitgliedern der SED gewisse für die Parteiführung zunächst durchaus bedrohliche Erwartungen weitergehender antidogmatischer Sichter neuerungen, die schließlich neuerlich zu verhaltenen Diskussionen zum Thema Demokratie und Sozialismus führten.

Außerdem führte die Volkskammer im Januar 1962 die allgemeine Wehrpflicht ein, was die innergesellschaftlichen Spannungen wieder erhöhte. Zunächst verhielt sich die ZPKK abwartend und veranlaßte, die Schulung ihrer Bezirkskontrolleure zu intensivieren und arbeitsteilig die einlaufenden Untersuchungsberichte aus den Bezirken einzuschätzen. Der Mitarbeiter Hartmann, welcher bereits im Sommer 1961 an bezirklichen Arbeitstagungen der Parteikontrollorgane teilnahm, wurde im Januar 1962 beauftragt, ein Anleitungsmaterial zu Erscheinungen des Dogmatismus und des Sektierertums auszuarbeiten. Eine alle 3 bis 4 Monate wechselnde Arbeitsgruppe der ZPKK aus zwei Mitgliedern und zwei politischen Mitarbeitern sollten die zentrale Auswertung und Einschätzung vornehmen. Zwei weitere Mitarbeiter hatten die statistisch-politischen Auswertungen der Analysen vorzunehmen sowie wichtiges Material nach den Kategorien Revisionismus/Opportunismus, Sektierertum/Dogmatismus, Feindarbeit und Parteierziehung/Kaderfragen zu ordnen.³⁷

Wie groß die anfängliche Verunsicherung der Bezirkskontrolleure über den künftigen Kurs war, zeigt das Beispiel der Schulungskonferenz der BPKK Groß-Berlin am 9. und 10. Februar 1962 für ihre zehn KPKKen. Der Bericht der ZPKK über diese Konferenz vermerkte, daß die Schulung zuvor „auf unser Anraten ... verschoben (wurde), da der vorgelegte Entwurf des Referats nicht den Anforderungen entsprach ...“ Der Vorsitzende der BPKK Groß-Berlin, Paul Behring, habe den politisch-ideologischen Teil des Referats überarbeitet, hätte aber trotzdem die „nationale Frage“ ungenügend angesprochen. Im Seminar

35 „Man kann nicht glauben, daß wir mit Justiz und Polizei die Politik der Partei durchsetzen können ... Der Genosse Matern hat darauf hingewiesen, daß administrative und Zwangsmaßnahmen manchmal notwendig sind, jedoch nur in einzelnen Fällen. Sie müssen das Ergebnis großer politischer Auseinandersetzungen sein und keine Massenbestrafungen.“ Ebenda.

36 „Solche Genossen, die glaubten, daß nach dem 13. August 1961 die Staatsratserklärung nicht mehr die Gültigkeit hat und jetzt mehr mit Methoden des Druckes gearbeitet werden kann, befinden sich auf dem Holzwege.“ Aus dem Referat auf der Arbeitsberatung der BPKK Karl-Marx-Stadt, o. D. (Anfang 1962), SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/17, Bl. 465ff.

37 „Schlußfolgerungen der ZPKK aus der Durchführung und Vorbereitung der Schulungskonferenz zur Verbesserung unserer Arbeit“ vom 6.1.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/18, Bl. 10f.

seien unklare Vorstellungen der Seminarteilnehmer über Erscheinungsformen des modernen Revisionismus in den kommunistischen und Arbeiterparteien zutage getreten.³⁸

An der Berliner Schulungskonferenz nahmen die Vorsitzenden, Mitglieder und Kandidaten der KPKKen, die politischen Mitarbeiter der KPKKen, einige ehrenamtliche Mitglieder der KPKKen, der Schulleiter und der Parteisekretär der Bezirksparteischule, der Parteisekretär der Berliner Verwaltung des MfS und der Parteisekretär des Präsidiums der Deutschen Volkspolizei Berlin teil. Behring schilderte in seinem Referat zunächst kurz die Lage der Westberliner Parteikontrollarbeit nach dem 13. August. Bereits vor dem Tag des Mauerbaus wurde beschlossen, die Arbeit in Westberlin auf ehrenamtliche Basis zu stellen (was nach dem 13. August sowieso notwendig gewesen wäre). Die Arbeit der Westberliner KPKKen sei halblegal; ihre Mitarbeiter liefen ständig Gefahr, beim Verfassungsschutz denunziert zu werden, wenn sie mit Parteifeinden Aussprachen führen. Die Parteioorganisationen tagten in Wohnungen, die Zeitung „Die Wahrheit“ sei zwar nicht verboten, aber die Druckerei besetzt.

Die SPD (mit ihrer Theorie des dritten Wegs) sei nun nach den Maßgaben des 13. und 14. ZK-Plenums als bürgerliche Partei zu bezeichnen. Opportunismus und Reformismus in der SPD haben zur offenen Unterstützung des imperialistischen Systems geführt. Die „SPD-Führer verherrlichen nicht mehr nur den bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Staat, sondern bekennen sich zum klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat.“

Nachdem Erich Ament am 29. März 1961 noch unwidersprochen die Bedeutung des Ostbüros abwerten konnte (siehe Abschnitt 1.2.), wies Behring nach dem 13. August wieder auf den Haupteinpeitscher Ostbüro der SPD, dessen „Gefährlichkeit ... bis auf den heutigen Tag bei manchen Genossen nicht klar (ist).“ Als Erscheinungsformen des Revisionismus in der Berliner PO galten Haltungen wie die der Sekretäre der GO der Ingenieurschule Lichtenberg bei der Wochenendschulung der KL Lichtenberg, daß unbedingtes Vertrauen in Beschlüsse der Partei falsch und Personenkult sei; es gelte vielmehr, den kritischen Blick zu bewahren. Insbesondere sei die ultimative Terminstellung für einen Friedensvertragsabschluß ein taktischer Fehler, die DDR-Wirtschaft würde nie den Stand Westdeutschlands erreichen und sowjetische Hilfe wäre nicht spürbar. Weiterhin werde in der Berliner Parteioorganisation vertreten, daß die Wahl der leitenden Parteiorgane unmittelbar und direkt durch die Parteimitglieder erfolgen müßte. Ulbricht und die Parteiführung seien wenig selbstkritisch und inkonsequent, die Partei müsse ihr Verhältnis zu den Massen ändern, da sie sich von ihnen gelöst hätte. So würde die Landwirtschaftspolitik von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt. Schließlich hieß es, die Wirtschaftspolitik der SED müsse geändert werden. Der ehemalige Parteisekretär im Physikalisch-Technischen Institut erklärte: „Ich bin für den Sozialismus, wie er in den Büchern geschrieben steht, aber nicht für den Sozialismus, wie er in der DDR praktiziert wird.“ Außerdem gäbe es die Auffassung, die NVA und die Kampfgruppe seien aufzulösen. Behring schätzte ein, daß alle diese Auffassungen auf die Liquidierung des demokratischen Zentralismus und die Leninsche Parteiführung zielten, eine Nachtrabpolitik und das Aufgeben der erzieherischen Rolle der Partei bewirkten und gegen den sozialistischen Staat und seine planende und regulierende Rolle gerichtet wären. Die Forderung der Auflösung der NVA sei ein direkter Angriff auf den Staat. Solche opportunistischen Auffassungen wären vor allem in der Intelligenz (besonders in der künstlerischen und pädagogi-

38 Bericht der ZPKK von der Schulungskonferenz der BPKK Groß-Berlin 9./10.2.62 für die 10 KPKKen der Hauptstadt vom 15.2.1962, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/18, Bl. 90f.

schen), unter Wirtschaftskadern und unter Arbeitern in Betrieben mit schwacher Parteierziehungsarbeit verbreitet.

Eine besondere Kritik übte der ehemalige Direktor der Volkshochschule Friedrichshain: Er habe „in Verbindung mit der Auswertung der Probleme des Personenkults auf dem XXII. Parteitag erklärt, daß der Genosse Walter Ulbricht als Vorbild für die Jugend aus verschiedenen Gründen nicht geeignet sei. Außerdem seien alle Genossen, die bis zu Stalins Tod nicht gegen Stalin aufgetreten sind, ebenfalls dem Personenkult verfallen gewesen. Auswirkungen des Personenkults in der DDR seien in der Tatsache zu finden, daß Herrnstadt und Zaisser, aber auch Dertinger, ohne öffentliche Verfahren von der Bildfläche verschwunden seien. Zu all den Dingen jetzt nicht Stellung zu nehmen, sei Opportunismus.“ Er wurde wegen feindlicher Haltung aus der Partei ausgeschlossen. Ein Genosse der BPO Epka Berlin-Pankow sei im Oktober/November 1961 mit der Auffassung hervorgetreten, in der SED würden die demokratischen Prinzipien nicht eingehalten, Ulbricht sei ein Alleinherrscher, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft sei diktatorisch durchgeführt worden. Seit der Kritik an Stalin ab 1954 wäre er skeptisch gegenüber den Beschlüssen und der Politik der Partei eingestellt. Auch über ihn wurde der Parteiausschluß wegen feindlicher Haltung verfügt.

Zur Entwicklung nach dem 13. August schätzte Behring ein, daß die Auseinandersetzungen mit revisionistischen und anderen feindlichen Auffassungen sowie nichtparteimäßigem Verhalten prinzipieller geführt würden und gleichzeitig ein Anwachsen der parteifeindlichen Handlungen und der Verletzung der Parteidisziplin zu verzeichnen wäre: Verfahren gegen Agenten, Spione, Verräter, Revisionisten seien um mehr als das doppelte, bei Verletzung der Wachsamkeit, der Partei- und Staatsdisziplin sowie der Unterdrückung der Kritik um das Dreifache angestiegen. Es gäbe eine hohe Zahl von Überläufern zum Klassenfeind trotz der geschlossenen Grenzen, besonders unter jungen Intelligenzlern. An der ABF existierte eine Gruppe zur Organisierung von Republikfluchten unter Mitwirkung von Parteimitgliedern. „Dadurch, daß Parteifeinde in der Partei keine Basis finden ... und infolge der Schließung der Grenzen keine Möglichkeit mehr haben, zum Klassenfeind überzulaufen, werden sie versuchen, ihre Methoden ständig raffinierter zu gestalten. Das erfordert eine höhere Wachsamkeit.“ Unter Hinweis auf die Rede Schwernicks (Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU) auf dem XXII: Parteitag vermerkte Behring, daß eine aufmerksame Arbeit mit den Zuschriften und Eingaben der Werktätigen nötig sei. Viele Menschen sähen sich gezwungen, sich an die höheren Organe zu wenden, weil vor Ort diese Sorgfalt nicht waltet.³⁹

Einen weiteren Beleg für temporäre Verunsicherungen der Bezirksparteikontrollorgane über den Kurs nach dem 13. August und die gegenwärtige Linie in bezug auf die SPD offenbarte die ZPKK-Kritik der Schulungskonferenzen der BPKKen mit den KPCKen vom 20. Februar 1962. Altenkirch und Juch vermerkten etwa zur BPKK Neubrandenburg vorwurfsvoll, dort sei die SPD im Referat als „in ihrer Gesamtheit auf der Position des Imperialismus stehend“ bezeichnet und „zum Hauptzentrum der Konterrevolution“ erklärt worden. Der Revisionismus werde zum Teil gleichgesetzt mit offener Feindarbeit. In anderen Referaten der Bezirkskontrollure gab es Auffassungen wie, die SPD sei eine Arbeiterpartei, es gäbe drei Strömungen in der SPD oder die SPD sei eine einheitliche reaktionäre Masse. In Potsdam und Karl-Marx-Stadt wären Genossen der Parteikontrolle für eine harte Politik

39 Referat für die Schulungskonferenz der BPKK am 9./10.2.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/18, Bl. 105ff.

gegenüber der Intelligenz nach dem 13. August eingetreten.⁴⁰ Andererseits ließen sich die Arbeiter offenbar nicht einschüchtern, wie etwa die Meldung über einen Streik im VEB Deutsche Spedition Leipzig vermuten läßt. Hier hatten gemäß dem Ergebnis einer Untersuchung der PKK Leipzig-Mitte der Parteisekretär, der Betriebsleiter und der BGL-Vorsitzende größtenteils die Kritik und Hinweise der Arbeiter mißachtet.⁴¹

Im Juni zog die ZPKK eine Bilanz der Arbeit der Parteikontrollkommissionen seit dem V. Parteitag und insbesondere nach dem 13. August 1961: „Die Erfahrungen aus der Arbeit der Parteikontrollkommissionen unterstreichen die Feststellung des Zentralkomitees, daß der Opportunismus/Revisionismus die Hauptgefahr in der Partei darstellt.“ Neben Hinweisen zu Aufweichungserscheinungen und Verzerrungen der Parteilinie hinsichtlich Beschlüssen über die Beseitigung von Abhängigkeiten von der westdeutschen Rohstoffindustrie (VEB Chemische Fabrik Finowtal und Edelstahl- und Walzwerke) hieß es zur Bekräftigung der Linie vom Februar 1961: „Ein Hemmnis für die sozialistische Bewußtseinsbildung bestand in der Unduldsamkeit der Parteileitungen im Umgang mit den Menschen. Sie führte zur falschen Behandlung von Parteimitgliedern.“ Außerdem hieß es, die PKK „helfen, (die) falsche Praxis verschiedener Parteileitungen zu beseitigen, mit Parteistrafen zugleich andere ungerechtfertigte Maßnahmen, wie Entfernung aus den Arbeitsstellen u. a. zu verbinden.“ Noch also blieb der Kampf gegen Dogmatismus, Sektierertum, Administrieren und Subjektivismus im Blickpunkt der Parteikontrolltätigkeit.⁴² So bemängelte die ZPKK am 15. Februar 1962 in ihrem Bericht über die Arbeit der BPKK Gera die Verletzung der Rechte der Parteimitglieder durch die KPKK Saalfeld (Parteiverfahren ohne Anhörung des Genossen) und stellte am Beispiel der KPKK Stadtroda fest, daß die Tendenz zu Überspitzungen bei Parteistrafen ebenso wie die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit der Korrektur fehlerhafter Entscheidungen noch nicht überwunden sei.⁴³

Am 10. Mai 1962 fand vor dem Obersten Gericht der Prozeß gegen Heinz Brandt, Karl Raddatz und Wilhelm Fickenscher statt. Dieser Prozeß tendierte in Richtung eines Rückfalls hin zu den Praktiken des Harich-Janka-Prozesses von 1957. Heinz Brandt war nach seiner Ablösung als Sekretär für Agitation im Juli 1953 dann im September 1958 nach Westberlin geflohen. Seine Briefe an Freunde und Funktionäre, in denen er die Gründe für seine Flucht schilderte und deren die Parteikontroll- bzw. Staatssicherheitsorgane habhaft wurden, dürften bei letzteren erheblichen Unmut ausgelöst haben.⁴⁴ Die seit 1957 laufende intensive

40 ZPKK-Einschätzung der Schulungskonferenzen der BPKK mit den KPKK vom 20.2.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/18, Bl. 1ff. Die harte Linie der Parteikontrollorgane in Potsdam schlug sich dann offenbar auch in der Parteiausschlußbilanz in diesem Bezirk für das Jahr 1962 nieder: Am 7.11.62 meldete die BPKK Potsdam 195 bestätigte Parteiausschlüsse, davon 40 wegen Parteifeindlichkeit, 14 wegen parteischädigenden Verhaltens, 55 wegen krimineller Delikte, 86 wegen Überlaufens zum Klassenfeind (Republikflucht). Dem standen nur 17 Aufhebungen oder Veränderungen von Ausschlüssen (wovon 6 in Streichungen umgewandelt wurden) entgegen. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/79, Bl. 179.

41 Bericht der ZPKK vom 28.4.62 über die Auswertung der Untersuchungsberichte der BPKK und KPKK vom 2.1.-15.3.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/35, Bl. 96ff.

42 Bericht der ZPKK über die Arbeit der Parteikontrollkommissionen vom 7.6.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/8, Bl. 313ff und SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/1, Bl. 75ff.

43 Bericht der ZPKK über die Arbeit der PKK im Bezirk Gera vom 15.6.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/19, Bl. 90ff.

44 In einem der Briefe hieß es: „Ich habe mich ... für innerparteiliche Demokratie, eine objektive Information über die polnische und jugoslawische Bruderpartei und den humanen Sozialismus eingesetzt. Aber Gegnerschaft zu Ulbricht (der die KPD zerstört hat, der den Sozialismus schändet und kompromittiert,

Überwachung Brandts durch das MfS setzte sich auch in der Bundesrepublik bzw. Westberlin fort und gipfelte in seiner Entführung am 16. Juni 1961 aus Westberlin. Karl Raddatz war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung am 22. Juni 1960 im Ausschuß für Deutsche Einheit tätig. Wilhelm Fickenscher, der allerdings nicht nur als freiberuflicher Übersetzer, sondern tatsächlich auch für den BND gearbeitet haben soll,⁴⁵ ging am 21. Juni 1960 in Haft. Das Konstrukt, nach denen Brandt, Raddatz und Fickenscher angeklagt werden sollten,⁴⁶ faßte auf ähnlich abenteuerliche Weise die Erkenntnisse bisheriger Parteikontrollverfahren und Ermittlungen des MfS zusammen, wie in den Prozessen Harich-Janka.⁴⁷ Noch vor dem

der täglich den restaurativen Kräften in der Bundesrepublik Auftrieb gibt), ist kein Grund, die DDR zu verlassen – im Gegenteil ... Ich bin ... deshalb gegangen, weil ich nach zehn Jahren Nazikerker ... keine Lust verspüre, in Mielkes Stasi-Keller zu landen ... der Harich-Prozeß hat noch einmal bewiesen, daß noch viel weniger als bei der kapitalistischen Klassenjustiz ein totalitärer Stasi-Prozeß die Möglichkeit bietet, die eigene politische Überzeugung öffentlich darzulegen.“ Dieser Brief von Brandt vom Oktober 1958 wurde dem Autor freundlicherweise von Wilfriede Otto zur Verfügung gestellt. Zum Prozeß gegen Brandt und andere vgl. auch Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie, Berlin 2000, S. 303ff.

45 Otto, Mielke, a.a.O., S. 306.

46 In einer MfS-Einschätzung von Raddatz, datiert auf den 18.6.1960, wird dessen operative Beobachtung mit einer „Mitteilung der befreundeten Dienststelle“ begründet, in der es hieß, daß Raddatz V-Mann des Ostbüros und vom Mitarbeiter des Ostbüros Siegfried Weigel gesteuert sei. Herangezogen wurde auch die strenge Rüge und die Absetzung von Raddatz als VVN-Generalsekretär im März 1949 (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 3.1.) und das später von der ZPKK abgegebene Parteiausschlußverfahren der KPKK Lehnitz (Kreis Niederbarnim) vom Juli 1951, in der es hieß: „Durch Raddatz ... wurden die proletarischen Elemente in Lehnitz an die Wand gedrängt“. Raddatz' Freundschaft mit dem wegen Troztkismus 1953 inhaftierten Dr. Karl Steiner, für dessen Freilassung sich Raddatz einsetzte und der 1955 tatsächlich freikam, wurde ebenso in Rechnung gezogen, wie die Tatsache, daß Steiners Freilassung wiederum auf Raddatz' Bekanntschaft mit dem dann geächteten Ernst Wollweber zurückgeführt wurde. Seine Verbindung zu Schirdewan, ein Zusammentreffen mit Herrmstadt und seine Bekanntschaft mit Brandt wurden ebenfalls als belastend eingestuft. BStU, ZA, AU 228/90, Bl.1ff. Das MfS sammelte über Raddatz Belastungsmaterial seit dem 13.5.59 in einem Überprüfungsvorgang. BStU, ZA, 4615/63, Band 1, Bl. 28f. Raddatz wurde dann vom MfS im OV „Knolle“ weiterbearbeitet. BStU, ZA, 4615/63, Band 2–4. Der Sachstandsbericht zum operativen Vorgang „Rüssel“ (Heinz Brandt) vermerkte, daß der seit 1931 in der KPD organisierte Brandt versöhnlerisch gegenüber der Brandler-Gruppe eingestellt war. Seine Parteistrafen waren ebenso wie seine revisionistischen Auffassungen im Zusammenhang mit Ereignissen in Polen und Ungarn 1956 und die von ihm in den Osten gesandten „Hetzbriefe“ vermerkt. Die Untersuchungsrichtung ging auch hier in Richtung Arbeit für das Ostbüro, welche durch die Bekanntschaft Brandts mit Sigi Neumann erhärtet werden sollte: „Es ist anzunehmen, daß er ... Informationen dem Ostbüro der SPD zuleitete.“ BStU, ZA, AU 228/90, Bl. 34ff.

47 Von dem geflüchteten ehemaligen Aspiranten des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Siegfried W[...], hieß es in diesem Konstrukt, er wäre „getarnt für das Ostbüro tätig“ und mit Brandt sowie Gustav Just von der Harich-Gruppe gut bekannt. Auch von dem „Verräter Heinz Brandt“ war als getarntem Angestellten der IG Metall in Frankfurt/Main die Rede, der tatsächlich schon vor seiner Flucht für das Ostbüro tätig war und W[...] einige seiner Verbindungspersonen übergeben habe. Schließlich sei der 1957 in den Westen geflohene „Verräter“ Gerhard Zwerenz „fanatischer Anhänger der revisionistischen Theorie von Bloch“ und „Verfasser von Hetzschriften wüstester Art“. Er sei dabei, in Bonn eine Gruppe aus ehemaligen Bloch-Schülern zu bilden und wäre ebenfalls zersetzend für das Ostbüro tätig. Die Verbindung von Bloch und Zwerenz mit Harich und Dozenten bzw. Assistenten und Studenten der KMU Leipzig diene deren Gewinnung für eine staatsfeindliche Tätigkeit, jedoch gäbe es dafür „noch keine konkreten Beweise“. Spekulativ hieß es in dieser „Einschätzung des hauptamtlichen Mitarbeiters des Ostbüros der SPD Siegfried W[...]“: „Man erkennt also, in welch gefährlicher und breiter Front das Ostbüro der SPD versucht, seine politisch-ideologische Zersetzungstätigkeit gegen unsere Republik zu organisieren.“ BStU, ZA, AU 228/90, Bl. 28ff.

Prozeß gab Mielke am dritten Sitzungstag der 15. ZK-Plenartagung am 23. März seinen Zwischenbericht über die „Entlarvung“ der Agenten Brandt/Raddatz/Fickenscher. Der Abschlußbericht der Untersuchung, welcher dem Politbüro am 27. März 1962 vorlag, spitzte die Betonung einer Verbindung Brandt-Raddatz-Wollweber-Schirdewan noch zu. Das Politbüro jedoch entschied, den Schirdewan-Wollweber-Bezug aus dem Bericht herauszunehmen.⁴⁸ Die Urteile wurden dann am 10. Mai 1962 gesprochen: Heinz Brandt erhielt 13 Jahre Zuchthaus wegen Spionage, Hetze und staatsgefährdender Propaganda; Karl Raddatz wurde zu 7½ Jahren Zuchthaus wegen Spionage und Verletzung von Amtsgeheimnissen verurteilt und Wilhelm Fickerscher bekam 12½ Jahre wegen Spionage.

Während die ZPKK im Frühjahr 1961 die bis dahin andauernden Seitenhiebe auf die „Schirdewan-Wollweber-Fraktion“ bereits zurückschraubte (vgl. Abschnitt 1.2.), war für die Sicherheitsorgane der Höhepunkt der Abrechnung mit ihr offenbar erst zum Zeitpunkt dieses letzten stalinistischen Prozesses gegen Parteifunktionäre erreicht. Und die Justiz agierte im gerade erwähnten Prozeß konform zu den Vorgaben des Untersuchungsorgans des MfS. Eine gewisse Gegenläufigkeit dieses eine harte Gangart signalisierenden politischen Prozesses auch zum aktuellen justizpolitischen Klima ist unverkennbar: Nachdem Mielke selbst auf einer Kollegiumssitzung im Dezember 1961 immerhin noch davor warnte, die Gegenreaktionen zum Mauerbau weiterhin mit hohen Inhaftierungsquoten in den Griff bekommen zu wollen, bemängelte bereits im Februar 1962 ein Bericht der ZAIG des MfS wieder die mangelnde Entschlossenheit der Justiz beim Vorgehen gegen Staatsverbrecher. Im April 1962 verabschiedete dagegen das Politbüro eine Vorlage für den Ministerrat, in der die Justizfunktionäre zu differenzierteren Entscheidungsfindungen und zur Zurückhaltung bei Haftbefehlen aufgefordert wurden.⁴⁹ Damit signalisierte die Parteiführung, daß sie ungeachtet des gerade ins Haus stehenden Prozesses gegen Brandt und andere den moderateren Kurs beibehalten wolle. Die Linie entlang der Staatsratserklärung zur Rechtspflege vom Januar 1961 war offenbar gerade im MfS und namentlich bei seinem Untersuchungsorgan schwer umzusetzen: Während Mielke in seinen Ausführungen zum Prozeß gegen Brandt und andere auf dem 15. ZK-Plenum im Mai 1962 nicht nur die Staatsorgane, sondern sogar die Verfassung der DDR den Beschlüssen der Partei unterordnete⁵⁰, findet sich in einer Ulbricht übermittelten Einschätzung der Ursachen von Rechtsbrüchen beim MfS von Mitte 1962 die Erkenntnis, solche Schwächen resultierten aus der falschen Vorstellung, „nicht ein Teil des Staatsapparates, sondern ein Organ der Partei“ zu sein.⁵¹ Daß angesichts der trotzdem fortwirkenden realen Unterordnung des Untersuchungsorgans und auch der Justiz unter die Maßgaben der Parteiführung solche Erkenntnisse nicht der Heuchelei entbehrten, ist ebenso klar, wie die Ernsthaftigkeit, mit der die Abkopplung der Unmittelbarkeit dieser Unterordnung gelockert werden sollte, um das Vertrauen der Bevölkerung in die verrufenen Rechtspflegeorgane zu verbessern.

Im Mittelpunkt der Sitzung der ZPKK am 27. Juli 1962 mit den Vorsitzenden der BPKK und deren Stellvertreter in Berlin standen Fragen der Volkswirtschaft. Der Vorsitzende der BPKK Halle, Fritz Menzel, stellte die Frage, ob die zum Teil „zu ökonomisch gestellten Aufgaben“ der Parteikontrolle nicht eigentlich Aufgaben der Wirtschaftsfunktionäre seien.

48 Vgl. Otto, Mielke, a.a.O., S. 303 und 307.

49 Werkentin, Strafjustiz, a.a.O., S. 271ff.

50 Mielke erklärte: „Auch die Verfassung beruht auf den Beschlüssen der Partei. Das sind doch höhere Beschlüsse“, Otto, Mielke, a.a.O., S. 307

51 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/202/62; siehe auch Otto, Visionen, a.a.O., Band 2, S.347.

Richard Eyer mann verwies dagegen als Vorsitzender der BPKK Magdeburg auf Materns Richtlinie, in der Volkswirtschaft eine Kampagne zur Hebung der Verantwortlichkeit zu starten. Dazu gehörten auch Untersuchungen in Großbetrieben zu deren Art des Wirtschaftens. Insgesamt aber waren die wichtigsten Debatten auf dieser Sitzung Fragen der Unzufriedenheit in der Partei und der weiterhin zu verzeichnenden sektiererischen Tendenzen gewidmet. Heinz Juch, der 1961 vom Mitarbeiter zum Mitglied der ZPKK aufgestiegen war, berichtete, es „gibt ... eine ganze Reihe von Untersuchungen, die feststellen, daß es in einigen Grundorganisationen Opposition gegen die neugewählten Parteisekretäre gibt.“ Erhard Neubert (Vorsitzender der BPKK Dresden) sprach über Sektierertum und Dogmatismus im Bezirk Dresden: Im Kreis Meißen wurden 26 Bürgermeister wegen Fehler in der Arbeit sofort abgelöst. Die Folge bestand im wesentlichen darin, daß der Kreis bei der Ernte am weitesten zurückblieb. Im Kreis Sebnitz habe man einen Genossenschaftsbauern mit Unklarheiten gleich des Kreises verwiesen. Er ging in den Kreis Kamenz; seine Frau blieb in ihrem Häuschen in Sebnitz und kam mit der Bestellung des ½ ha-Ackers nicht zurecht. Der Mann, der wußte, daß er sich in Sebnitz nicht sehen lassen durfte, zog Frauenkleider an und half seiner Frau, das Feld zu bestellen. In Hohenstein habe man einen aus der Stadt ausgewiesenen Genossenschaftsbauern verhaftet, als er von seinem Aufenthaltsort Großenhain aus anläßlich einer Jugendweihe nach Hause fuhr. Andererseits führte die BPKK unter der Rubrik „Revisionismus“ eine Auseinandersetzung mit Gesellschaftswissenschaftlern der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden an, weil der dortige Arbeitskreis sozialistische Jugenderziehung Forschungsfragebogen mit anonym zu beantwortenden Fragen zu Vorbildern der Jugend verschickte. Unter den 400 Antworten gab es keine, die Ulbricht als Vorbild nannte, sondern es wurden überwiegend Personen wie zum Beispiel Albert Schweitzer aufgeführt. Der Hauptverantwortliche für diese Aktion „(ist) ... schon vier mal auf solche Art und Weise mit der Partei in Konflikt gekommen ..., weil er versuchte, auf diese Art und Weise einer kapitalistischen Meinungsforschung unseren Aufbau zu stören und die Studenten irre zu machen.“ Der von der ZPKK vorbestrafte Leiter der Schule für DSF verlaublich, daß Ernst Thälmann noch leben könnte, „denn Walter Ulbricht habe in der Sowjetunion nicht mitgemacht, als ausgetauscht wurde ... Man kaufte auch für die Schule nur ein kleines Bild von Walter Ulbricht. Es wurde damit begründet, wenn man ein größeres Bild kaufen würde, dann wäre das Personenkult.“ Gerda Holzmacher (Vorsitzende der BPKK Gera) schätzte hinsichtlich des Kampfes gegen das Sektierertum ein: „Die Staatsratserklärung hat eine ganze Reihe Überspitzungen in der Arbeit mit den Menschen beseitigt. Nach dem 13.8. gab es in dieser Hinsicht wieder einen starken Einbruch. Manche Genossen haben das so verstanden, wir können jetzt nicht mehr mit Überzeugung arbeiten, wir arbeiten jetzt mit dem Mittel des Drucks, denn die können ja nicht mehr weg ... In diesem Punkt sind wir noch nicht wesentlich weiter gekommen ... Mit den Maßnahmen, die jetzt wieder festgelegt worden sind, weil es in der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit einige Mängel gab, werden wir einen Schritt vorankommen.“ Eyer mann berichtete von Sektierertum bei Parteistrafen wie im Fall eines aus der SED Ausgeschlossenen, dem auch die VdN-Rente entzogen und der zudem fristlos entlassen wurde. Anderenorts seien zwei alte Genossen (60 und 80 Jahre alt, mit über 40 Jahren Mitgliedschaft) wegen Inaktivität gestrichen worden. Der Vorsitzende der BPKK Erfurt, Hermann Fischer, berichtete Beunruhigendes aus dem Bereich der Volkspolizei. Dort seien die Parteiverfahren um 30% angestiegen. Überdies hätten inzwischen verhaftete Volkspolizisten aus dem Haftlager für den „Tag X“ geplant, wie sie die Häftlinge befreien und mit ihnen nach Westdeutschland durchbrechen wollten. Bei in-

zwischen aus der SED ausgeschlossenen Mitarbeitern der Kreisleitungen habe es bis vor kurzem organisiertes Westfernsehen gegeben. Genossen des FDGB hätten sich gegen die Kreisleitungen Weimar-Stadt, Sömmerda und Bad Langensalza gestellt. Ernst Altenkirch stellte in seinem Schlußwort klar, es sei nicht richtig, daß (wie Menzel in der Diskussion anklingen ließ) die Parteikontrolle im gesamten Kreis die Probleme der Landwirtschaft untersuchen solle. Dies sei die Aufgabe der Abteilung Landwirtschaft in den SED-Kreisleitungen. Die Parteikontrolle müsse dort anknüpfen, wo die Linie der Partei verzerrt werde. Als besonders drastisches Beispiel für Überspitzungen nannte er den Bezirk Gera, wo die BPKK in 70% der von ihnen behandelten Einsprüche von Genossen gegen Überspitzungen der sie abstrafenden Kreisleitungen und Grundorganisationen korrigierend eingreifen mußte. Dogmatismus und Sektierertum habe sich auch im Bezirk Dresden besonders negativ ausgewirkt. Offenbar seien dort bestimmte Feststellungen des XXII. Parteitags der KPdSU und des 14. ZK-Plenums ignoriert: „Die von Stalin verfochtene These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus ist noch nicht überwunden.“⁵²

Der nahende VI. Parteitag und die von der 17. ZK-Tagung Anfang Oktober 1962 vorgelegten Programm- und Statutentwürfe prägten das Thema der ZPKK-Sitzung vom 28. November 1962 mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der BPKK. Hermann Matern schlug vor, die Löschung von Parteistrafen auf der Grundlage einer systematischen Beobachtung der Entwicklung bestrafter Genossen zwischen den Parteitaggen bzw. im Zeitraum von vier Jahren durch die Parteileitungen zu entscheiden. Vorschläge in Richtung einer Einschränkung des Parteiapparates und insbesondere der Parteikontrollkommissionen sowie des hauptamtlichen Status deren Funktionäre auf Kreisebene bezeichnete er als in der jetzigen Lage gefährlich: „Denn, Genossen, der Parteiapparat ist das Rückgrat der Partei, damit keine Illusionen entstehen.“ Kritisch schätzte Matern die Frage der Informationsgewinnung aus der Parteikontrollarbeit ein: „Genossen, ich kenne natürlich durch meine Arbeit in der Parteiführung die Lage und den Zustand der Partei ... Die wenigsten Informationen bekomme ich von den Parteikontrollkommissionen ... Also Staatssicherheit, Volkspolizei, Regierungsapparat, Parteiapparat – das kriege ich alles in sehr reichlichem Maße. Aber innerparteilich kriege ich von den Partei-Kontrollkommissionen fast nichts.“

Erich Ament stellte die im Statutentwurf angedachten Veränderungen des innerparteilichen Sanktionenkatalogs vor: Die Verwarnung solle als Parteistrafe gestrichen werden, da das Erziehungsmittel des kameradschaftlichen Einwirkens nicht ins Grundbuch eingetragen gehöre. Ebenso solle die Möglichkeit der Abberufung aus öffentlichen Funktionen in Verbindung mit Parteistrafen gestrichen werden, da dies keine Bestrafung sein könne, sondern Sache der Beurteilung der Eignung des Bestraften sei. Ein Parteiausschluß erfordere nach dem Statutenentwurf nun eine 2/3-Mehrheit der auf der Versammlung anwesenden Parteimitglieder und die Bestätigung der Beschlüsse durch die Kreis- und Bezirksleitungen. Das Statut orientiere auf diese Weise auf mehr Sorgfalt bei Ausschlußverfahren. Bis zur Bestätigung behalte der Betreffende sein Parteidokument und hat das Recht, an Parteiversammlungen teilzunehmen. Damit würden die Rechte der Parteimitglieder gestärkt.⁵³ Allerdings

52 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 27.7.62 mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der BPKK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/15, Bl. 118ff

53 Das Statut des VI. Parteitags definierte die Parteierziehungsmaßnahme „Versetzung in den Kandidatenstand auf die Dauer eines Jahres“ als letzte Strafe vor dem Ausschluß. Die im Sanktionenkatalog enthaltene Rüge und strenge Rüge konnten allerdings einige Jahre und nicht nur ein Jahr wirksam sein. Dies war auch im Statut des IV. Parteitags von 1954 so, wo diese Parteistrafe erstmals in das Statut

seien Staatsvergehen von dieser Verfahrenspraxis ausgeschlossen. Die Grundorganisationen könnten nun dem übergeordneten Organ, dem ihr Mitglied angehört, ihre Meinung über die Verhängung einer Parteistrafe unterbreiten. Damit würden die Rechte der Grundorganisationen erweitert. Anzeigepflicht gegenüber Ermittlungsorganen bei Vergehen werde gestrichen, da dies sogar Bürgerpflicht sei. Die Kandidatenzeit (bisher für Arbeiter ½ Jahr; für Intellektuelle, Studenten., Angestellte bisher zwei Jahre) werde auf ein Jahr vereinheitlicht mit der Option auf 1 Jahr Verlängerung. Ament wies besonders nachdrücklich auf die statutarische Wachsamkeitspflicht für Parteimitglieder hin: „Die Parteimitglieder haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß die innerparteiliche Demokratie nicht von Feinden der Arbeiterklasse ausgenutzt werden kann, die Parteilinie zu entstellen, den Willen einer unbedeutenden Minderheit der Mehrheit der Partei aufzuzwingen oder durch die Bildung von fraktionellen Gruppierungen die Einheit der Partei zu zerstören oder Spaltungsversuche zu unternehmen.“ Die neue (präzisere) Formulierung der Aufgabenstellung der Parteikontrolltätigkeit besage, daß die Hauptgefahr revisionistisch-opportunistischer Auffassungen zu bekämpfen, aber auch gegen dogmatisch-sektiererische Entstellungen vorzugehen sei. Die Formulierung „Kampf gegen Agenturen“ werde gestrichen, da nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ihnen die sozial-ökonomische Basis entzogen wurde und dieser Kampf an Bedeutung verloren habe. Trotzdem sei besonders nach dem 13. August 1961 die Erhöhung der Wachsamkeit erforderlich. Insgesamt werde das neue Statut die Parteikontrollorgane auf eine stärkere Betonung ihrer erzieherischen Rolle verweisen.

Hanny Gläser erklärte zu Fragen des Kampfes gegen Dogmatismus/Sektierertum im Namen der ZPKK vorwurfsvoll: „Die Hinweise der Parteiführung, daß es nach dem 13.8.1961 Erscheinungen gab, daß man administrierte anstatt zu überzeugen, ... Menschen ... als Feinde eingeschätzt und so behandelt wurden, waren nur für wenige PKK Anlaß, einmal zu analysieren, warum kam es zu unberechtigten Bestrafungen, warum kam es zur Verletzung der Prinzipien des Umgangs mit den Menschen?“ Sie verwies auf Lenin's Sicht, er sehe das Ziel der Kontrollarbeit darin, „nicht nur und nicht einmal so sehr 'zu fangen', 'zu entlarven' (das ist die Aufgabe des Gerichts), als vielmehr zu korrigieren. Eine geschickte und rechtzeitige Korrektur, das ist die Hauptaufgabe.“ Nach Hinweisen auf eine Vielzahl noch zu korrigierender Gerichtsurteile und statutenwidriger Parteiausschlüsse kritisierte sie die BPKK Magdeburg wegen ihrer Mißachtung des Problems dort grassierenden Dogmatismus und Sektierertums. Insgesamt habe es im 3. Quartal eine große Zahl von Arbeitsniederlegungen wegen administrativer Maßnahmen gegeben. Ursachen waren die Verärgerung der Werktätigen wegen Nichtbeachtung von Vorschlägen und Kritiken der Werktätigen.

Der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Halle erinnerte daran, daß die Festlegungen im alten Statut und im Beschluß des 30. Plenums über die Aufgaben der Parteikontrolle strikt auf die Entlarvung von Agenturen und parteifeindlichen Fraktionen in der Partei orientierten. Dies sei in der Situation unmittelbar vor und nach dem V. Parteitag sowie nach dem XX. Parteitag der KPdSU richtig gewesen; jetzt aber ginge es um die politisch-ideologische Festigung der Partei und der Bevölkerung. Wer nach dieser alten Orientierung des 30. Plenums weiter nach Agenturen sucht, würde keine finden. Die neue Orientierung

aufgenommen wurde. Im Kandidatenstand durfte ein Genosse nicht wählen oder gewählt werden und keine Funktionen ausüben. Ein Versuch der BPKK Berlin im November 1965, den Sinn dieser Parteistrafe zu problematisieren, scheiterte an der ZPKK. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/15, Bl. 145ff und 150ff.

sei der Kampf gegen feindliche Einflüsse und gegen Verletzungen der Leninschen Normen des Parteilebens, vor allem der Kampf um die Wahrung der Rechte der Mitglieder.

Der Vorsitzende der GPKK Wismut, Kurt Jung, erklärte zum Problem der Überspitzungen im Zusammenhang mit dem 13. August und danach durch die Justizorgane: „Ich habe mich einige Nächte hingesetzt und habe mir die ganzen Vernehmungsprotokolle angeguckt. Die sind natürlich so geführt, daß am Ende ein Feind draus gemacht wird ... Einfach rausgerissen und einige Fakten aufgezählt, mit der Vorstellung, so muß ein Mitglied der Partei sein, ... und wenn du nicht so bist, dann mußt du eingesperrt werden. Solche Dinge gibt es.“

Richard Eyer mann (Vorsitzender der BPKK Magdeburg) erklärte anläßlich von Streiks im Knäcke brotwerk Burg und in der Putzerei/Materialversorgung der Georgi-Dimitroff-Werke, die Linie sei, überall, wo gestreikt werde, die KPKK untersuchen zu lassen und der ZPKK diese Erscheinungen zu signalisieren. Erhard Neubert (Vorsitzender der BPKK Dresden) berichtete über den obskuren Fall des VPKA-Sekretärs Dippoldiswalde, der dem LDPD-Vorsitzenden den Parteauftrag gab, in einer bestimmten Frist Abonnenten für das ND und die Sächsische Zeitung zu werben. Ewald Munschke, Kandidat der ZPKK und Vorsitzender der PKK VIIa der PHV der NVA äußerte sich zu den Ursachen von Fahnenflucht, deren Schwerpunkt natürlich beim Kommando Grenztruppen lag. Die PKK des Kommandos Grenztruppen habe die Methoden des Klassenfeinds bei der Verleitung von Soldaten zur Fahnenflucht (feindliche Rundfunk- und Fernseh-Stationen) analysiert.⁵⁴ Jedoch trat hinzu, daß Parteiorganisationen und Politorgane noch Verletzungen der Menschenwürde, grobes Verhalten, falsche Anwendung der Disziplinarordnung und Drill bei der Forderung der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft im Zusammenhang mit der Kuba-Krise duldeten. Auch im Bereich der bewaffneten Organe gab es eine Vielzahl von überspitzten Parteiaustrafen und Verstöße gegen das Statut sogar durch die PKK der Grenztruppen, die einen ungerechtfertigten Parteiausschluß wegen staatsgefährdender Hetze zu verantworten habe, wo der Genosse zum Verfahren noch nicht einmal gehört wurde. Gustav Kipsch (Vorsitzender der BPKK Frankfurt/Oder) berichtete, daß die Furcht, „liberal“ zu erscheinen, zu einseitigen Beurteilungen unter Mißachtung der Leistungen von Beschuldigten führten.⁵⁵

Die November-Tagung der ZPKK zeigte deutlich, daß Überspitzungen überwiegend das Resultat der peniblen Einhaltung einer inzwischen veralteten Parteilinie waren. Dies erklärte auch die hohe Zahl von Erscheinungen dieser Art, jedoch belegte die Arbeitstagung auch, daß die ZPKK auch nach dem 13. August 1961, wo diese Praktiken wieder zunahmen, bei ihrem Kurs blieb, diese zu bekämpfen.⁵⁶ Unübersehbar war jedoch der Anstieg der inner-

54 Im Januar 1963 wurde dann die Paßkontrolle und die Paßfahndung aus dem Kommando Grenze herausgelöst und an das MfS übertragen. Information von Borning (Abteilung Sicherheitsfragen) an Honecker vom 11.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/12/131.

55 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 28.11.62 mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der BPKK, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/15, Bl. 171.

56 In einem nicht näher datierten Bericht der ZPKK von Ende 1962 zu den Überprüfungsergebnissen der Arbeit der BPKKs und verschiedener Kreisleitungen der Bezirke Magdeburg, Halle und Potsdam durch Elli Hempel, Erich Ament und Otto Sepke fanden sich sogar vorsichtige Aussagen zu den Gründen dafür, warum von Maßgaben und Beschlüssen der Partei (etwa der Staatsratserklärung und dem PB-Beschluß vom Februar 1961) abgewichen werde: „Die Genossen befürchten, in kritischen Situationen die Lage nicht mehr zu beherrschen – darum wird zugeschlagen, hart durchgegriffen.“ Neben der Benennung verbreiteter Nervosität bei Schwierigkeiten, wegen der dann leicht vom Überzeugen zum Administrieren übergegangen werde, hieß es verallgemeinernd: „Das Wort ‘lieber Sektierer als Versöhner’ ist in der Partei noch nicht ausgestorben ... Es gibt solche Erscheinungen, wenn von einem Bü-

parteilichen Disziplinierungen nicht nur im Verantwortungsbereich von Verfechtern einer „harten Linie“, wie in Potsdam, sondern auch anderswo: Die in Berlin vorgenommene Analyse der Erfurter Parteiorganisation deckte auf, daß die Zahl der Parteiverfahren 1962 mit 1.208 um 255 gegenüber 1961 angestiegen war, womit zwar ein Rückgang parteifeindlicher Handlungen einherging, dabei aber ein Anstieg des Anteils der Arbeiter bei parteifeindlichen Handlungen zu verzeichnen war. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß 1962 im Bezirk mit 15 Streiks bei insgesamt 262 beteiligten Kollegen das Niveau von 1961 (9 Streiks) übertroffen wurde. Die Zahl der Parteiverfahren wegen Opportunismus, Revisionismus und Fraktionsmacherei hatte sich im Bezirk gegenüber 1961 verdoppelt. Der Anstieg auf 138% bei Parteiverfahren wegen krimineller Delikte gegenüber 1961 besonders bei Arbeitern, Funktionären (ehemaligen) VP-Angehörigen konnte nicht erklärt werden. Feindeinflüsse vermeinten die Analytiker im Falle des aus der SED ausgeschlossenen hauptamtlichen FDJ-Sekretärs der Ernst Abbe-Oberschule Eisenach (Anbringen von Hetzlogen) ermittelt zu haben.⁵⁷

Zur Konstruktion innerparteilicher Normalität auch in der 2. Phase der Entstalinisierung nach dem XXII. Parteitag der KPdSU gehörte für die SED-Parteiführung auch das nun schon zur lästigen Routine gewordene Zurückweisen der Rehabilitierungsbegehren von Rudolf Herrnstadt und der für ihren verstorbenen Mann streitenden Else Zaisser. Am 22. September 1962 stellte Rudolf Herrnstadt an die ZPKK einen erneuten Antrag auf Überprüfung seiner Parteiangelegenheit, als nach dem XXII. Parteitag der KPdSU die öffentlichen Beschuldigungen wieder zugenommen hatten und „in den Rang einer historischen Wahrheit erhoben werden sollten“: In der letzten „Einheit“, die den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ veröffentlichte, welche als Grundlage der geplanten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gedacht war,⁵⁸ hieß es im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953: „Der Politik des Klassengegners arbeitete die revisionistische Gruppe Zaisser-Herrnstadt in die Hände ... Sie wollte den Aufbau des Sozialismus in der DDR hinausögern und vor den imperialistischen Kräften der westdeutschen Bundesrepublik kapitulieren. Das Zentralkomitee der SED zerschlug unter der Leitung des Genossen Walter Ulbricht die Fraktion dieser Kapitulanten, die vom Parteifeind Berija unterstützt worden waren und festigte so die Einheit und Geschlossenheit der Partei.“⁵⁹ In einer handschriftlichen Bemerkung von Matern vom 27. September auf dem Antrag von Herrnstadt heißt es dazu: „Mir scheint, solange Herrnstadt nicht die geringste Neigung zeigt, zu seinen Fehlern ernsthaft kritisch Stellung zu nehmen und damit zeigt, daß er Lehren gezogen hat, besteht keine

ro der Kreisleitung etwas liberalisiert wird, dann kommen die Genossen der Bezirksleitung, manchmal auch vom Apparat des ZK, und fallen über die Genossen her. Aber wenn überspitzt wird, meldet sich kaum einer ... Oftmals kommen auch Funktionäre bei der Behandlung von Parteiverfahren zu Überspitzungen, wenn sie ihre eigenen Fehler und Schwächen verdecken oder bagatellisieren wollen.“ Bericht der ZPKK, o. D. (1962), SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/79, Bl. 197ff.

57 „Analyse Erfurt“ vom 3.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/96.

58 Die 16. ZK-Tagung vom 26.–28. Juni 1962 bestätigte den unter der Leitung von Walter Ulbricht ausgearbeiteten Entwurf eines „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und beauftragte Parteihistoriker mit der Ausarbeitung einer umfanglichen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

59 Sonderheft „Einheit“ vom August 1962, S. 164.

Veranlassung, irgend etwas zu untersuchen.“⁶⁰ Daraus wurde eine gleichlautende Mitteilung an Ulbricht zur Kenntnisnahme für das Politbüro.⁶¹

Noch nachdrücklicher meldete sich Else Zaisser zu Wort. Im Vorfeld des nahenden VI. SED-Parteitags schrieb sie am 5. Januar 1963 an die Justizministerin Hilde Benjamin, die diesen Brief und das beiliegende Schreiben Else Zaisers an die Delegierten des VI. Parteitags umgehend an Matern weiterreichte.⁶² Else Zaisser bat neuerlich um öffentliche Rehabilitierung von Wilhelm Zaisser. Auch sie wies empört auf die „Grundriß“-Veröffentlichung im August-Heft der Einheit hin und erklärte selbstbewußt:

„Gerade die Tatsache, daß der Genosse Willy Zaisser in den kritischen Jahren Minister für Staatssicherheit war, bot die Gewähr dafür, daß es in der DDR zu keinem Rajk- und Kostoff-Prozeß kommen konnte, obwohl Tendenzen dazu vorhanden waren (Dahlem) ... Ich habe allen Anlaß zu der Vermutung, daß mit diesen gegen meinen Mann gerichteten Verleumdungen von den wirklichen Verletzungen und Verletzern der Gesetzlichkeit abgelenkt werden sollte ... Zu diesem Zweck beantrage ich: 1. Die gegen den Genossen Zaisser gerichteten Verleumdungen zu untersuchen, die zu seinem Tode führten; 2. zu untersuchen, auf wessen Veranlassung die Genossen Max Fechner, Kreikemeyer, Lex Ende, Paul Merker und andere verhaftet wurden, wer für die Verleumdungskampagne gegen den Genossen Franz Dahlem verantwortlich ist und ob die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden; 3. zu untersuchen, auf wessen Veranlassung im August/September 1953 in meinem Hause ein Abhörgerät eingebaut wurde.“

Sie schrieb an Hilde Benjamin, damit sowohl das ZK als auch die Justizbehörden informiert seien, nachdem statutenwidrig alle bisherigen Anträge unbeantwortet blieben und auch ihr früheres Schreiben nicht an den V. Parteitag weitergeleitet wurde. Else Zaisser erinnerte Hilde Benjamin an den Staatsratserslaß zur Rechtspflege und insbesondere an die Verpflichtung der Gerichte, ihnen bekannt gewordene Gesetzesverletzungen zu verfolgen und an die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Feststellung der vollen Wahrheit und des Schutzes der Bürger vor ungesetzlichen und unbegründeten Beschuldigungen. Wiederum sandte sie eine Kopie dieses Briefes an Chruschtschow.⁶³

Ihr Brief an die Delegierten des VI. Parteitags erinnerte an den unbeantworteten Antrag vom 6. Juni 1958 an den V. Parteitag und an ihre Schreiben an Ulbricht vom 17. Juli 1961 sowie an Matern vom 30. Juni 1954, die statutenwidrig unbeantwortet blieben. Ihre erneute Bitte an die Delegierten um Überprüfung durch eine Kommission aus unbeteiligten Genossen kommentierte sie wie folgt:

„Wie mir die verstorbene Genossin Martha Jendretzky mitteilte, hatte Genosse Matern schon 1957 Mitgliedern des ZK, die ihn fragten, wann denn nun Zaisser und Herrstadt rehabilitiert würden, geantwortet: 'Wir wollen die Sache ja in Ordnung bringen, aber Zaisser wollte ja auspacken, und da kommt es natürlich nicht in Frage.' ... Auf dem 15. Plenum ... hielt er [Zaisser] sich streng in den selbst gesteckten Grenzen ... Er hat sich in den letzten Lebensjahren die schwersten Selbstvorwürfe gemacht wegen einiger Angaben, zu denen er sich im Inquisitionsverfahren

-
- 60 Brief von Rudolf Herrstadt an die ZPKK vom 22.9.62, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 257ff.
61 Mitteilung Matern an Ulbricht mit handschriftlicher Anmerkung „Umlauf PB“, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 256.
62 Brief Hilde Benjamins an Matern vom 9.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl.260, 9.1.1963.
63 Brief Else Zaisers an Hilde Benjamin vom 5.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl.262ff.

vor der PKK 'im Interesse der Partei' hatte verleiten lassen. Dafür und für die angewandten Methoden wollte er Rechenschaft verlangen. Heißt das 'auspacken?'"

Nachdem im Oktober 1959 die ZK-Thesen zum 10. Jahrestag der DDR die Zaisser-Herrstadt-Fraktion nicht mehr in der Liste der überwundenen Abweichungen aufzählte, erinnerte sie neuerlich und nun in der bisher schärfsten Form daran, daß in der Redensammlung Ulbrichts von Ende 1960 die bis dahin schwerste Verleumdung Zaisers zu finden war: Ulbricht schrieb damals, „Nur bürgerlich Entartete und Feiglinge konnten ... ihre Überzeugung verlieren, den Weg des Kapitulantentums beschreiten. Zu diesen Menschen gehörten Herrstadt und Zaisser.“ ... Dafür wird sich Genosse Ulbricht einmal verantworten müssen ... Willy Zaisser war nie ein Feigling. Er war zum Beispiel auch in Moskau während der ernsten Zeit des Stalinkults nicht zu feige, sich für verhaftete deutsche Genossen einzusetzen.“ Offenbar um nach dem XXII. Parteitag Maßnahmen zur Überprüfung besonders eklatanter Fälle „nicht zu ergreifen, erschien es zweckmäßig, die Verleumdungen gegen Zaisser und Herrstadt noch einen Schritt weiterzutreiben.“ Sie nannte hier das 14. ZK-Plenum im Dezember 1961 und die „Grundrisse“. „Der Personenkult in der DDR blieb anonym ... Durch meisterhafte Regie mit Unterstützung solcher Leute wie Fred Oelßner und Fritz Lange wurden den ZK-Mitgliedern die 'Verbrecher' Zaisser und Herrstadt vorgeführt ... Vor allem seit 1951 hat Willy Zaisser im Polit-Büro gekämpft gegen die ständige Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens, gegen die mangelnde Kollektivität, gegen den Personenkult, gegen die Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit (in dieser Beziehung gab es, wie ich von meinem Manne weiß, ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm einerseits und Erich Mielke und dem Genossen Walter Ulbricht andererseits). Das alles wird eine objektive Untersuchung an den Tag bringen.“ Sie rief zum Beweis den Bericht Zaisers vom März 1952 vor dem Politbüro mit seiner Kritik an der Sekretariatsarbeit und die Aufforderung zur kollektiven Leitung in Erinnerung: Das Politbüro sei die formale, das Sekretariat die tatsächliche Leitungsinstanz gewesen. Grotewohl habe in der Ministerratssitzung vom 11. Juni 1953, welche Maßnahmen zur Korrektur von Mißständen auf der Grundlage des Politbüro-Beschlusses vom 9. Juni 1953 verabschiedete, die Verhältnisse als „Zustände wie unter einer Militärdiktatur“ charakterisiert. Die Maßnahmen kamen zu spät und nicht Zaisser/Herrstadt, sondern der Personenkult und die Isolierung von den Massen hätten der Konterrevolution in die Hände gearbeitet. Bereits in ihrem Schreiben an den V. Parteitag habe Else Zaisser die Rekonstruktion der Politbüro-Sondersitzung bei Grotewohl vom 9. Juni 1953 und der dramatischen Politbüro-Nachtsitzung vom 7. Juli 1953 gefordert. Später sollte der 9. Juni dann vergessen gemacht werden. Die von Herrstadt und Rau vorgelegte Ausarbeitung zum politisch-ökonomischen Teil der Kommissionsvorlage für das Politbüro zum Entschließungsentwurf für die bevorstehende ZK-Sitzung sei später als Anklageschrift gegen die Partei bezeichnet und im Kontext des 15. Plenums demagogisch entstellend bewertet worden. Insbesondere sei aus Herrstadts Formulierung „Partei des Volkes“ dann „sozialdemokratische Volkspartei“ gemacht worden. Auf dem 15. Plenum habe Ulbricht jenseits des gemeinsam vom Politbüro gefaßten Beschlusses einen weitaus schärferen Text vorgetragen und aus taktischen Gründen die Reihenfolge auf der Rednerliste geändert, damit erst Hager mit seinen Angriffen auf Zaisser/Herrstadt und nach Zaisser dann Oelßner mit seiner unwahren Schilderung der 2. Kommissionssitzung zum Zuge kämen. Bezeichnend sei der Auftritt Langes auf dem ZK-Plenum gewesen. Hier verwies Else

Zaisser auf Lenin und seine Bemerkungen zum Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern.⁶⁴

Kopien ihres Schreibens sandte Else Zaisser an Ebert, Leuschner, Kurella, Stoph, Herrstadt und Chruschtschow. Der in seiner Parteitreue schwer zu übertreffende Politbüro Kandidat Alfred Kurella erkannte richtig, daß eigentlich die vom Else Zaisser erhobenen Vorwürfe jedem anderen Parteimitglied in kürzester Zeit den Parteausschluß eingebracht hätten. Daher antwortete er Else Zaisser am 8. Januar 1963 vorsichtshalber auch: „Werte Genossin Zaisser! Deinen Brief vom 6. Januar 1963 habe ich erhalten ... Deine Argumentation überzeugt mich nicht, aber auch gar nicht davon, daß mit dieser Deiner Initiative unserer Partei ein Dienst erwiesen werden könnte; im Gegenteil. Aus diesem Grunde habe ich das gesamte Schriftstück an die Zentrale Parteikontrollkommission übergeben.“⁶⁵ Hier verkannte Kurella freilich, daß ein Parteiverfahren gegen Else Zaisser notgedrungen genau die Dinge zur Sprache gebracht hätte, von denen die verantwortlichen Genossen, an ihrer Spitze Matern und Ulbricht, gerne jede Aufmerksamkeit abgelenkt wissen wollten. Und dies bot wiederum Else Zaisser Schutz.

3. Reformpolitik nach dem VI. Parteitag 1963

Der VI. SED-Parteitag vom 15. bis 21. Januar 1963 stellte den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ in der DDR fest und beschloß das angekündigte neue Parteistatut mit der darin enthaltenen verlogenen Betonung der „Leninschen Normen des Parteilebens“ und der Beschwörung der „Kollektivität der Leitung“. Das neue Parteiprogramm wies auf die erforderliche „qualitativ neue Stufe der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ hin und bezeichnete den „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ als „Hauptinhalt und grundlegendes Entwicklungsgesetz der Epoche.“ Dieser historische Optimismus reflektierte nicht ganz ohne Stolz das Bewußtsein der Parteiführung, in der Deckung der Mauer einen dritten Anlauf, nunmehr als „Reform von oben“ mit längerem Atem und größerer Substanz als 1952 und 1958, zur Formung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR erfolgreich unternehmen zu können.

Tatsächlich schien der ausgerufenen „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ die Vollzugsmeldung jener 1952 auf der 2. Parteikonferenz verkündeten abenteuerlichen Lösung vom „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ zu sein, welche alsbald durch den „Neuen Kurs“ korrigiert werden mußte. Der Optimismus, mit dem die politische Führung der DDR nach den enttäuschenden Resultaten ihres erneut abenteuerlichen Wirtschaftskurses der späten fünfziger Jahre dann 1963 im Schutze der Mauer den „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR“ verkündete, konnte nur als Flucht nach vorn verstanden werden. Allerdings war diese faktische Absage an jegliche Annäherung geschweige denn Wiedervereinigung von DDR und BRD immer noch mit der nominellen Option auf die „deutsche Konföderation“ friedlich koexistierender deutscher Staaten verkoppelt. Doch waren bislang neben den Versuchen des Akzeptanz- oder Legitimationsgewinns der politi-

64 Brief Else Zaisser an die Delegierten des VI. Parteitags vom 5.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 265ff.

65 Brief von Alfred Kurella an Else Zaisser vom 8.1.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/392, Bl. 315.

schen Führung bei der Bevölkerung auch alle Anstrengungen der Effektivierung von Wirtschaftsleitungsprozessen unter erweiterter Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen gescheitert. Die Benennung der nun bevorstehenden Periode als „Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft“ stellte die Parteiführung angesichts gravierender Diskrepanzen zwischen den realen Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnissen einerseits und den Ansprüchen der Bevölkerung an wenigstens lebenswerte Verhältnisse andererseits vor beträchtliche Probleme.

Den Parteikontrollorganen blieb es weiterhin vorbehalten, sich auch während dieser „historischen Epoche“ mit den Niederungen der Realität zu befassen, die den Kontrolleuren in Gestalt widersprechender, anpassungsunwilliger, „zurückgebliebener“ oder sogar feindlich gestimmter Parteimitglieder gegenübertrat. Jedoch war schon lange klar, daß es der Parteiführung nicht zuletzt mit Hilfe der Parteikontrolle nachhaltig gelungen war, die Entstehung politisch relevanter oppositioneller oder sogar widerständiger Strömungen innerhalb der Partei zu verhindern. Dennoch war allein durch die Politiksetzungen der Parteiführung und die sich dadurch periodisch verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüche ebenso klar, daß gerade innerhalb der Partei immer wieder Ansätze für Alternativen zur politbürokratischen Diktatur formuliert wurden und unterdrückt werden mußten, auch wenn sich diese Diktatur in den sechziger Jahren durch ihre Reformprojekte als realitätstüchtiger erwies, als im zurückliegenden Jahrzehnt.

Die „neue Epoche“ begann für die ZPKK untypischerweise mit dem Auftrag, nach dem Ausschluß des ZK-Mitglieds Karl Heinz Bartsch am 9. Februar 1963 wegen Verschweigens seiner Zugehörigkeit zur Waffen-SS diese Angelegenheit weiter zu untersuchen. Eine fassungslose Nachfrage an der Parteibasis gegenüber ihrer Kreisleitung, wie etwa durch die Mitgliederversammlung der BPO Waldhaus Buch vom 11. Februar, welche beschloß, die KL Berlin-Pankow zu fragen, wie es um die Wachsamkeit in der Partei bestellt sei, wurde von dieser als „Vorkommnis“ eingestuft und selbst als Untersuchungsanlaß bewertet: „Die Parteileitung des Klinikums wurde beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen, inwieweit der Klassengegner seinen Einfluß in der Parteiorganisation hat und wie weit diese Parteiorganisation ideologisch zersetzt ist. Die Auseinandersetzung mit den Genossen der Parteiorganisation haben begonnen.“⁶⁶ Der Vorsitzende der KPKK Pankow gab in einer Arbeitsberatung der BPKK Berlin davon Kenntnis, woraufhin Behring die Sache am 22. März sogar an die ZPKK weitermeldete. Offenbar war man im Umgang mit rufschädigenden Ereignissen dieser Art noch ungeübt.⁶⁷

Dagegen bewiesen die Parteikontrollorgane außerordentliche Hartnäckigkeit beim Versuch der Verstopfung des nach der Grenzschließung noch offenen Kanals westlicher Infiltration via Rundfunk und Fernsehen. Als Indikator für die Bereitschaft, insbesondere von Parteimitgliedern, sich infiltrieren zu lassen, galt die Intensität ihres Bemühens um die illegale Herstellung der technischen Voraussetzungen für den Empfang des westlichen zweiten Fernsehprogramms. Die KPKK Köpenick berichtete am 26. März 1963 der BPKK Berlin über den illegalen Bau von Konvertern zum Empfang des 2. Programms des Westfernsehens. Die BPKK hielt das für bedeutsam genug, um es an die ZPKK weiterzuleiten. In ihrem Bericht erinnerte die KPKK daran, daß im August/September 1961 die erste große Auseinandersetzung im Funkwerk Köpenick wegen dieses illegalen Konverterbaus stattge-

66 Brief der SED-KL Pankow an die BPKK Berlin (Behring) vom 20.3.63, SAPMO-BArch, DY 30, A IV 2/4/87, Bl. 220.

67 Behring (BPKK Berlin) an Juch (ZPKK) am 22.3.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/87, Bl. 219.

funden habe. Eine Untersuchung der BPKK unter Einbeziehung der KPKK ergab damals, daß mit Kenntnis von Genossen im Betrieb und unter Beteiligung einiger von ihnen im Betriebsteil Oberschöneweide 1961 etwa 50 Konverter gebaut worden waren. Die am Bau beteiligten Kollegen wurden ermittelt und die SED-Mitglieder unter ihnen parteimäßig zur Verantwortung gezogen. Wie fruchtlos diese Aktion war, zeigte sich Anfang 1963: Die Kreisdienststelle Köpenick des MfS stellte fest, daß im Funkwerk Köpenick nach wie vor illegale Unterlagen bzw. fertigestellte Konverter vorhanden seien. Beteiligt am Bau war unter anderem ein Mitglied der Kreisleitung Köpenick und einige Kollegen hätten sogar über Original-Siemens-Zusatzgeräte verfügt. Folglich war der Bau nach 1961 nie unterbrochen worden. Die Auswertung dieser fatalen Sachverhalte erfolgte in Mitgliederversammlungen der zuständigen APOen und in einer Gesamt-Mitgliederversammlung des Werkes in Anwesenheit des 1. Kreissekretärs Köpenick, Hans Modrow. Betriebliche Verweise und strenge Verweise, entsprechende Parteistrafen für Genossen sowie der Ausschluß des erwischten Genossen aus der Kreisleitung und schließlich ein von der GO vorgeschlagener Parteiausschluß (bei dem die KPKK nur eine strenge Rüge empfahl) sollten die nötige Klarheit schaffen.⁶⁸

Nach Vorbereitung durch eine Pressekampagne im Dezember/Januar 1962/63 wegen eines zu Unrecht wegen Staatsverleumdung verurteilten und dann in Korrektur freigesprochenen Schlossers⁶⁹ folgte am 4. April 1963 der bereits in der Politbürositzung vom 27. November 1962 vorbereitete Staatsratserlaß „über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege“ und am 17. April die Verabschiedung der Gesetze über eine neue Gerichtsverfassung sowie über die Staatsanwaltschaft durch die Volkskammer. Die neuerliche Betonung der Notwendigkeit einer sorgfältigeren Unterscheidung zwischen echten Feinden und ideologisch Zurückgebliebenen und die Bestimmungen über die Beschneidung der Anleitungsbefugnisse des Ministeriums für Justiz zugunsten des Obersten Gerichts und andere Bestimmungen hatten den Charakter einer Justizreform. Dieser Schritt befestigte die Absicht der Parteiführung, mit dieser Justizreform höhere Standards der Rechtssicherheit in den Dienst des nun anstehenden Reformkurses zur Entwicklung der Gesellschaft zu stellen. Jedoch hatte sich in der Zeit zwischen dem ersten und diesem zweiten Rechtspflegeerlaß gezeigt, daß die Umsetzung dieser Politik an die Grenzen der während des „alten Kurses“ verfestigten politischen und juristischen Paradigmen stieß.⁷⁰ Und damit waren wieder in erster Linie die Parteikontrollorgane konfrontiert: Die BPKK Halle übermittelte der ZPKK Ende April 1963 ihren Bericht über Ermittlungsverfahren

68 Bericht der KPKK Köpenick zum illegalen Bau von Konvertern vom 26.3.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/87, Bl. 14ff.

69 Werkentin, Strafrecht, a.a.O., S. 275f. Im ND vom 11.1.63 wurde dem fehlurteilenden Kreisgericht Hainichen vorgeworfen, mit der Verurteilung des Schlossers die staatlichen Organe in Mißkredit gebracht zu haben. „Heute können unklare Auffassungen ... nicht mehr so einfach vom Gegner ausgenutzt werden. Staat und Gesellschaft sind nach außen sicher geschützt und innerlich so gefestigt, daß sie, wie im Rechtspflegeerlaß des Staatsrates hervorgehoben wird, die ... Kraft entwickeln, zu erziehen und auch Gestrauchelten zu helfen.“ ND 11.1.63.

70 Daß insbesondere auch der Strafvollzug einer Reform bedurfte, versteht sich von selbst. Die BPKK Dresden meldete am 14.5.63 der ZPKK: „Die Strafgefangenen des Haftlagers im Stahlwerk Riesa haben nachstehende Losung anlässlich des 1. Mai angeschrieben: 'Die 8. Brigade verpflichtet sich, zum 1. Mai die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Wir kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit.' Die Losung stand 8 Tage an der Wand, ohne daß sie beanstandet wurde.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/94, Bl. 141.

gegen Genossen im Jahre 1962 und ihre parteimäßige Behandlung in den Grundorganisationen. Von insgesamt 14.395 Ermittlungsverfahren (EV) gegen Bürger 1962 im Bezirk waren 961 (6,6%) gegen SED-Mitglieder geführt worden. Von letzteren waren 18 noch nicht abgeschlossen, wurden 236 eingestellt und waren 313 von den Staatsanwaltschaften und den KPKA an die Konfliktkommissionen abgegeben worden. 90 endeten im Ergebnis mit Freiheitsentzug, 246 mit Bewährungsstrafen, 47 wurden mit öffentlichem Tadel oder Geldstrafen bestraft und 11 Beschuldigte freigesprochen. Die Delikte schlüsselten sich auf in 337 Straftaten der Deliktgruppe Unterschlagung, Betrug und Diebstahl, 55 Sittlichkeitsverbrechen, 51 Staatsverleumdungen und andere politische Delikte, 93 Körperverletzungen und 155 Verkehrsdelikte. Ernst seien der hohe Anteil an Eigentumsdelikten, darunter Delikte zum Nachteil gesellschaftlichen Eigentums, begangen zum großen Teil in direktem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit, besonders im Verkaufs- und Gaststättengewerbe. Unterschlagungen wurden häufig im Zusammenhang mit ehrenamtlicher Tätigkeit (Kassierer in gesellschaftlichen Organisationen) begangen. Die BPKK habe 1962 in der Einschätzung der Statistik über Parteiverfahren herausgearbeitet, daß in bestimmten Situationen bei Genossen ernste Schwankungen, politische Aufweichungserscheinungen und teilweise offen parteifeindliches oder -schädliches Verhalten (etwa Beteiligung an Arbeitsniederlegungen) auftraten. Ermittlungsverfahren wurden nur in Fällen schwerer politischer Vergehen durchgeführt. So hätten politische Delikte wie Staatsverleumdung nur geringen Anteil an den Ermittlungsverfahren. Ideologische Diversion sei 1962 vor allem in Gestalt politischer Witze in Erscheinung getreten. Gemäß dieser BPKK-Einschätzung werde in den Grundorganisationen und KL-Apparaten die Behandlung parteiwidrigen Verhaltens in Gestalt von Gesetzesverletzungen grob vernachlässigt: Ermittlungsverfahren ohne Auseinandersetzung in der GO gab es in 316 Fällen (32,8%); solche mit parteierzieherischen Maßnahmen in 365 Fällen (38%); und Ermittlungsverfahren mit Auseinandersetzungen und Mißbilligung in 280 Fällen (29,2%). Parteistrafen und Auseinandersetzungen gab es im wesentlichen nur bei Verurteilungen zu bedingten oder unbedingten Freiheitsstrafen. Vielfach werde in Parteiverfahren Doppelbestrafungen und nicht der Parteierziehungsaspekt gesehen. Und neuerlich vermerkte auch dieser Bericht, daß die Ermittlungsorgane nicht in allen Fällen die zuständigen Kreisleitungen von gegen Genossen eingeleitete Ermittlungsverfahren und in den seltensten Fällen die Grundorganisationen und Parteileitungen informieren.⁷¹

Es ist offensichtlich, daß die Kontrollorgane auch die Übersicht über die Struktur der begangenen Straftaten von Parteimitgliedern und die Identität der Straftäter selbst behalten wollten, um über die Partei den Erziehungs- oder wenn nötig Disziplinierungsprozeß bis hin zum Ausschluß unter Maßgabe des neuen rechtspolitischen Kurses überwachen zu können. Die geübte implizite und manchmal ausdrückliche Kritik am Mißbrauch gesetzlicher Ausnahmebestimmungen und an daraus folgenden Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit bei der Durchführung von Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren und gegen allgemeine Rechtsnormen schloß auch die Tätigkeit des MfS-Untersuchungsorgans sowie die Verletzung der staatsanwaltschaftlichen Aufsichtspflicht über dieses ein. Die einsetzende partielle Öffnung wurde flankiert durch ein etwas liberaleres Kommunalwahlgesetz, eine mehr den wirklichen Bedürfnissen folgende Jugend- und Bildungspolitik und eine seit 1962/63 (bis 1965) liberalere Kultur- und Medienpolitik. Wie schwer es werden würde, das

71 Bericht der BPKK Halle über Ermittlungsverfahren gegen Genossen im Jahr 1962 und ihre parteimäßige Behandlung in den Grundorganisationen (bei der ZPKK eingegangen am 29.4.63), SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/115, Bl. 1ff.

verspielte Vertrauen in der Bevölkerung und insbesondere bei der Jugend wiederzugewinnen, zeigte eine Meldung der BPKK Gera vom 15. Mai 1963 an die ZPKK über Vorkommnisse an Jenaer Schulen. Eine Lehrerin hatte an einer Erweiterten Oberschule im Staatsbürgerkundeunterricht der 9. Klasse zu den Volkswahlen in der DDR eine Parteienwahl zur Probe in der Klasse durchgeführt (17 CDU, 5 LDPD, 2 SED). Die Lehrerin „ist sich ihrer falschen Handlungsweise voll bewußt.“⁷²

3.1. Die SED und der Konflikt mit China

Nach dem Beschluß des Politbüros am 26. Februar 1963 zur „Leitung der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip“, welcher zur Bildung von Büros für Industrie und Landwirtschaft sowie von Agitations- und Ideologischen Kommissionen führte, waren die beiden einschneidenden Ereignisse mit Fernwirkung des Sommers 1963 zunächst eine „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL), beschlossen von der Wirtschaftskonferenz des ZK und des Ministerrats am 24. und 25. Juli sowie die Verurteilung des „linkssektiererisch-dogmatischen und nationalistischen Kurses der chinesischen Führer“ durch die 3. ZK-Tagung am 29./30. Juli gemäß den sowjetischen Vorgaben. Nicht ohne Folgen für den innerparteilichen Frieden – jedoch fast ausschließlich mit den Parteintellectualen – sollten auch die Auseinandersetzungen um Robert Havemann bleiben.

Ein offener Bruch zwischen der KP Chinas und der KPdSU zeichnete sich schon lange vor 1963 ab. Der kaum verhohlene Unmut der chinesischen Parteiführung über die Behandlung der „Stalin-Frage“ durch Chruschtschow 1956, die besonderen „Thesen zur Frage des friedlichen Übergangs“ der chinesischen Partei auf der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Herbst 1957, die abenteuerlichen Eskalationsstrategien Chinas gegenüber Taiwan 1958 und gegenüber Indien 1959 und die Distanz der chinesischen Partei zur Politik der friedlichen Koexistenz auf der Moskauer internationalen Beratung von 1960 gipfelten im „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung vom 14. Juni 1963“. Die VR China bemühte sich, die Führung einer dritten internationalen Kraft gegen den von den USA organisierten imperialistischen Block sowie gegen den „modernen Revisionismus“ des von der sowjetischen Partei geführten Blocks zu übernehmen. Die Wortführer dieser Bestrebungen in der chinesischen Partei entwickelten dieses strategische Konzept auf der Grundlage ihrer „Theorie der Zwischenzonen“.⁷³ Mit dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 verschlechterten sich die Beziehungen weiter. Die „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ entfaltete sich 1963 aus einem Briefwechsel zwischen der KPdSU und der KPCh (sowjetisches Schreiben am 30. März 1963 und chinesische Antwort am 14. Juni), der am 14. Juli 1963 in einem Offenen Brief der KPdSU an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion mündete, in dem der Bruch dort öffentlich gemacht wurde. Die chinesische Parteiführung antwortete darauf am 6. September 1963 mit ihrem ersten Kommentar „Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns“ zu diesem Offenen Brief und weiteren neun Kommentaren bis zum Juli

72 Meldung BPKK Gera an ZPKK vom 15.5.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 153.

73 Die Außenpolitik der VR China, Berlin (Ost) 1971 (Übersetzung aus dem Russischen 1971), S. 7–45.

1964 und über den Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 hinaus, welche die Lage noch weiter verschärfen.⁷⁴

Bereits am 6. Juli 1963 sah sich Behring (BPKK Berlin) veranlaßt, an Juch (ZPKK) über den Versand chinesischen Propagandamaterials, verschickt an die Redaktion der Zeitschrift *Deutsche Außenpolitik*, und seine Übergabe an den 1. Sekretär der Berliner BL, Paul Verner, zu berichten.⁷⁵ Am 10. Juli folgte im Rahmen einer „kurzen Einschätzung des zwischen Februar und Juni 1963 eingegangenen Feindmaterials“ die beunruhigte Mitteilung, daß nach dem VI. Parteitag verstärkt Materialien von und über die chinesischen Genossen verbreitet werde, so der kleinformatige Abdruck der Neuen Züricher Zeitung vom 9. März 1963 „Das Ultimatum Peking gegen Moskau“ aus der Schweiz mit weiteren Bezugshinweisen für Broschüren und eine Sondernummer des Bulletin aus der Botschaft der VRCh in der DDR mit der Antwort des ZK der KPCh auf den Brief der KPdSU vom 30. März 1963. Letztere Quelle wurde übergeben an Parteisekretäre von Betrieben durch Angestellte der chinesischen Botschaft in mehreren hundert Exemplaren. Die Verbreitung chinesischen Materials per Post werde trotz Protesten des stellvertretenden DDR-Außenministers an die Adresse der chinesischen Botschaft fortgesetzt. Doch auch anderes Propagandamaterial machte in Berlin die Runde: Behring berichtete über vorwiegend auf dem Postweg aus Westdeutschland oder Westberlin an Bürger, staatliche Betriebe und Einrichtungen sowie SED-Kreisleitungen versandtes Material unter anderem des SPD-Ostbüros, der CDU, von der „Vereinigung freier Sozialisten“ sowie der „Gruppe Demokratischer Sozialisten“. Ebenfalls kursierte Material, das von DDR-Bürgern selbst angefertigt und verteilt werde und sich gegen Ulbricht, Chruschtschow, Gomulka und die „Mauer“ richte.⁷⁶

Im Zeitraum Juli 1963 bis Juni 1964 stellte die ZPKK systematisch alles aus den Bezirken kommende Material über die Auswirkungen des Konflikts mit China zusammen und analysierte die ideologischen Auswirkungen auf die übrigen Konfliktfelder innerhalb der Partei. Gemeldet wurden merkwürdige chauvinistische und rassistische Reflektionen des Konflikts („Die gelbe Gefahr“), Sympathien mit den chinesischen Querulanten⁷⁷, eine Zunahme des Abhörens westlicher Rundfunksender infolge von Zweifeln an der Stichhaltigkeit der sowjetischen Position, vereinzelte Parteiaustritte und Kritik von „sowjetfeindlichen Positionen“ aus.⁷⁸ Beschwerden über die parteioffizielle Informationspolitik sowie prochinesische Argumente zum Konflikt Chinas mit Indien führten zu Untersuchungen der BPKK Gera wegen des Verdachts der Existenz einer parteifeindlichen Gruppierung an der Ingenieurschule Unterwellenborn und gipfelten in ersten Parteistrafen.⁷⁹ Die Verbreitung von

74 Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Übersetzung aus dem Chinesischen 1965), Berlin (West) 1971.

75 Behring (BPKK Berlin) an Juch (ZPKK) am 6.7.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 199.

76 Kurze Einschätzung des Februar-Juni 1963 eingegangenen Feindmaterials. BPKK Berlin (Behring) am 10.7.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 200ff.

77 Information über erste Diskussionen zu den Briefen der KPdSU und KPCh, BPKK Halle an die ZPKK vom 19.7.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 170ff.

78 Einschätzung der Diskussion in der Parteiorganisation Wismut zu dem Offenen Brief der KPdSU und dem Brief der KP Chinas vom 14.6.1963, GPKK Wismut am 29.7.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 314ff.

79 Bericht der BPKK Gera über die Untersuchung in der PO der Ingenieurschule Unterwellenborn, Kreis Saalfeld, vom 14.10.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 40ff. Auslöser war ein nie veröffentlichter prochinesischer Leserbrief am 24.8.63 zum ND-Leitartikel vom 20.7.63. Der Leserbrief be-

Materialien der Kommunistischen Partei Chinas aus Westdeutschland per Post und über die chinesische Botschaft⁸⁰ dauerte an. Die Verteidigung des chinesischen Standpunkts auf Mitgliederversammlungen und Funktionsniederlegungen wurden gleichfalls bekannt.⁸¹ Hier wurden Parteiverfahren eingeleitet.⁸²

Die Diskussionen über den Konflikt mit China kulminierten nochmals im Mai/Juni 1964 nach den Ausführungen Suslovs auf dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU. Bei der ZPKK liefen nun auch die ersten Meldungen aus dem Bezirk Rostock über dortige politisch bedenkliche Diskussionen an den Schulen ein.⁸³ Die BPKK Dresden meldete den Parteiaus-schluß eines Verehrer Stalins und Parteigängers Chinas sowie Auseinandersetzungen mit prochinesischen vietnamesischen Studenten an der Fakultät für Forstwirtschaft.⁸⁴ Wider-stand gegen die Beschlagnahme illegalen Schriftmaterials aus China⁸⁵, Erscheinungen ideologischer Aufweichung⁸⁶ und der Beginn einer vermehrten Suche nach Gruppenbildun-gen⁸⁷ wurden bei der ZPKK registriert. Genossen argumentierten mit der in der DDR ver-breiteten Zeitschrift „China im Bild“ und berieten sich, inwieweit man sich mit alledem strafbar laut Parteistatut (welches die freie Meinungsäußerung garantiere) mache. Originell war das Zustandekommen des Erhalts chinesischen Materials von westdeutschen Splitter-grupplern bei einem Genossen: „Wir kamen nach Absprache mit dem 1. Kreissekretär zu der Festlegung, daß seitens des Sekretariats mit einer Reihe alter Genossen Aussprachen geführt werden müssen, die unsererseits Adressenmaterial zur Verfügung gestellt bekom-men, um unsererseits sozialistische Briefe nach Westdeutschland zu schicken, daraus sich aber Verbindungen wie beim Genossen S[...] ergaben.“⁸⁸ Nur zum Teil werde chinesisches Material, verschickt auch von der koreanischen Botschaft, von staatlichen Einrichtungen und Massenorganisationen an die Partei und das MfS abgeliefert.⁸⁹ Einerseits verließen „einzelne Genossen den Klassenstandpunkt und wollen sich gegen China mit den imperiali-stischen Ländern zusammenschließen“, andererseits werde den chinesischen Führern mit-

zeichnete angesichts des Poms zu Ulbrichts 70. Geburtstag am 30.6.63 auch die offizielle Kritik am Personenkult als Heuchelei. SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 317ff.

80 Kurze Information zu den Auseinandersetzungen mit der Führung der KPCh von der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 4.9.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 197ff.

81 Information zu Vorgängen im Zusammenhang mit China, Behring (Vorsitzender der BPKK Berlin) an Paul Verner (1. Sekretär der BL Berlin) vom 17.9.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 30ff.

82 Protokoll der Mitgliederversammlung der BPO Krankenhaus Prenzlauer Berg vom 19.9.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 33ff. Der dort benannte Genosse wurde dann im Mai 1964 gestrichen. Ebenda, Bl. 41.

83 Informationsbericht aus dem innerparteilichen Leben, BPKK Rostock an die ZPKK vom 14.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3.

84 Berichtsentwurf der BPKK Dresden vom 15.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 83ff.

85 Information zu China, BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK am 13.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 200ff.

86 Bericht der BPKK Frankfurt/Oder an die ZPKK vom 19.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 126ff. Hier findet sich die Wiedergabe skeptischer Haltungen von Parteimitgliedern: „1960 haben wir noch Mao Tse Tung als großen Meister der Dialektik gelehrt bekommen, besonders sein Werk 'Über die Widersprüche' ... Wann hat unsere Partei vor der Politik des großen Sprungs gewarnt? In welchem Dokument wurde das veröffentlicht?“

87 Information der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 20./21.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 270ff.

88 KPKK Plauen an die BPKK Karl-Marx-Stadt am 22.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 227.

89 BPKK Berlin an die ZPKK vom 27.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 41ff.

unter in ihren ökonomischen Auffassungen Recht gegeben in Verbindung mit hiesigen Mängeln, Fehlern, administrativem Handeln und für falsch gehaltenen Auffassungen im Bereich materieller Interessiertheit der Intelligenzpolitik.⁹⁰ Auch in Karl-Marx-Stadt werde argumentiert, „die Sowjetunion müsse sich jetzt unbedingt mit den USA arrangieren. Wenn es zu für die UdSSR günstigen wirtschaftlichen Abmachungen mit den USA käme, würde die Sowjetunion eventuell die DDR 'verkaufen'“. ⁹¹

Am 16. Mai 1964 hatte Erich Ament Hinweise der ZPKK für die Arbeit der Bezirksparteikontrollorgane insbesondere zur China-Frage gegeben und ein Rücklauf angefordert. Darauf Bezug nehmend meldete die BPKK Erfurt am 28. Mai 1964 an die ZPKK: „Von jungen Menschen wurde besonders die Frage gestellt: Was sind trotzkistische Abweichungen?“ 40 Studenten aus 19 afro-asiatischen Ländern an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar würden für die Politik Chinas eintreten.⁹² Die BPKK Cottbus meldete am 1. Juni 1964 an die ZPKK wieder einen zunehmenden Umfang der Diskussionen über China seit der letzten Erklärung der KPdSU.⁹³ Bemerkenswert war eine informatorische Einschätzung der BPKK Halle vom 19. Juni 1964: Im Parteilehrjahr der Parteiorganisation Chemie an der Martin-Luther-Universität wurde unter Verweis auf heute für ungültig erklärte Schriften (Stalin, Mao Tse Tung) auch die Möglichkeit der Entwertung hiesiger Theorien erwogen, wofür es schon Beispiele (etwa die ökonomische Hauptaufgabe) gäbe, und gefragt, ob die Widersprüche zwischen den Führern der KP Chinas und dem sozialistischen Weltsystem antagonistisch seien. Ein Dozent aus der GO der Martin-Luther-Universität sei wegen der Weigerung, seine Billigung der Politik der chinesischen Führer zu korrigieren und wegen gegen Walter Ulbricht gerichteter parteifeindlicher Theorien ausgeschlossen worden.⁹⁴

Am 26. Juni 1964 formulierte Heinz Juch für die ZPKK eine vorläufige Gesamteinschätzung der ZPKK „über die Auswirkungen der Spaltungspolitik der Führer der KP Chinas auf Mitglieder der SED und über einige andere Erscheinungen in der Partei“: „Es muß ... festgehalten werden, daß eine Reihe von Zustimmungen [zur Linie des ZK gemäß den Dokumenten zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung von 1957 und 1960] einen sehr formalen Charakter tragen, mehr gefühlsmäßig erfolgen, ohne daß die wirkliche Bedeutung der Streitfragen und die Gefährlichkeit der chinesischen Spalterpolitik voll erfaßt wird. Es zeigt sich, daß ... eine Reihe Parteimitglieder mit ihrer Meinung zurückhalten ... Einige Genossen schlußfolgern, daß China vor einem Krieg gegen die Sowjetunion nicht zurückschrecken wird, daß daher vom Imperialismus nicht mehr die Hauptgefahr kommt und China jetzt zum Hauptfeind geworden ist.“⁹⁵

Die Berichte zeigen deutlich die Mehrschichtigkeit des für die Parteikontrollorgane äußerst unangenehmen Bildes innerparteilicher Abweichungen im Zusammenhang mit der „China-Frage“: Einerseits bewirkte die Kontroverse über die Generallinie einen gewissen

90 Bericht der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 27.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 205ff.

91 Diskussionen der Bevölkerung zur Spaltungspolitik der chinesischen Führer, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 230ff.

92 BPKK Erfurt an die ZPKK vom 28.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 94ff.

93 BPKK Cottbus an ZPKK (Hausmann) vom 1.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 67ff.

94 BPKK Halle an die ZPKK vom 19.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 184ff.

95 Text von Heinz Juch (ZPKK) vom 26.6.1964 „Über die Auswirkungen der Spaltungspolitik der Führer der KP Chinas auf Mitglieder der SED und über einige andere Erscheinungen in der Partei“ SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 1ff.

Aufschwung altstalinistischer Resentiments besonders bei früheren KPD-Mitgliedern höherer Parteialters gegen die poststalinistische Wende in der SED, weil sie den Umschwung von 1956 nie akzeptieren konnten. Ihr vermeintlich mächtiger „Verbündeter“ China, der das Erbe Stalins schätzte, konnte sie natürlich nicht vor der innerparteilichen Ächtung in der SED bewahren: Es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß „alte Auffassungen“, so sehr sie früher auch ihre Gültigkeit gehabt haben mögen und so brutal damals auch jede Abweichung vom ehemals gültigen stalinistischen Wertekanon verfolgt wurde, heute selbst ernsthaft zum Parteiausschluß führen könnten.

Zum zweiten war der zunehmende Widerwillen vieler Genossen der ersten „SED-Generation“ angesichts eines neuerlichen Schismas gegen eine kommunistische Partei eingedenk des noch gut erinnerlichen Fehlgriffs in der Jugoslawien-Frage folgerichtig. Solche meist sarkastisch argumentierenden Genossen riskierten nicht so viel wie ihre stalinistischen „Kokritiker“, nahmen in der Regel nicht Partei für China, aber verharren in Distanz zur verordneten Parteilinie. Beide Gruppen hatten inhaltlich so gut wie nichts gemein und trafen sich lediglich in ihren unterschiedlich vertieften Zweifeln an dieser Linie.

Zum dritten konstatierten vor allem jüngere und durchaus antistalinistisch gestimmte SED-Mitglieder, daß in dem „Kampf der Generallinien“ die Attacken der SED-Führung auf die chinesische Partei unabhängig vom Inhalt der Kontroverse, in der diese Mitglieder zumeist durchaus der sowjetischen Position zugeneigt waren, selbst wieder den doktrinären Mustern der Unterdrückung sogar der adäquaten Information über den Konflikt folgten. Zumeist projizierten sie in ihren Unmut über die Jagd der Kontrollorgane auf jene, die über Quelleninformationen verfügten oder sie sich zu verschaffen suchten, auch ihre Kritik an den verschiedensten Mißständen in der SED und der DDR. Damit war der chinesisch-sowjetische Konflikt auch Katalysator von in der Partei ohnehin existierendem Kritik- und Widerspruchspotential.

Und letztlich war die Parteikontrolle keineswegs erbaut über ihre Beobachtung, daß unter den Parteigängern der von der SED-Führung verordneten „antichinesischen“ Linie auch Kolporteurs durchaus chauvinistisch-rassistischer Klischees („die gelbe Gefahr“) auffielen, deren Verlautbarungen für die Glaubwürdigkeit der Parteilinie abträglich waren. Besonders eifrige Agitatoren der Parteilinie schossen auch fatal über das Ziel hinaus, indem sie nun China anstelle des von den USA imperialistischen Blocks als Hauptfeind festmachten.

3.2. Kontrolle des Normalzustandes: Die Suche nach dem Gleichgewicht

Nach den unablässigen Wellen zur Säuberung der Partei von diversen Sorten Parteifeinden und Agenten in den vierziger und fünfziger Jahren, dem Kampf gegen „innerparteiliche Fraktionen“ und Opportunisten/Revisionisten in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, den beiden verunglückten „großen Sprüngen“ 1952 und 1958 und schließlich dem gegensteuernden Anlauf zur Dämpfung von Überspitzungen seit 1960 unter dem Motto „Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum“ schien sich erstmals in den Jahren 1963/64 so etwas wie „innerparteiliche Normalität“ herauszubilden.⁹⁶ Neben den beunruhigenden, aber letzt-

96 Der Fall einer Krankenschwester des Klinikums Berlin-Buch, die 1952 als Betriebsschutzangehörige eines Betriebs in Rathenow gegen die Befehlslage in der VP wegen eines Unglücksfall ihrer Tochter durch die Westsektoren fuhr und deshalb als Agentin und Parteifeindin aus der SED ausgeschlossen wurde, zeigte die Wirkungsdauer solcher Verdikte: Erst im Januar 1964 gab die ZPKK ihrem Einspruch

lich beherrschbaren Turbulenzen in Gefolge des Bruchs mit China seitens des Sowjetblocks (vgl. Abschnitt 3.1.) wurde der innerparteiliche Friede scheinbar nur noch durch die Irritationen in Intellektuellenkreisen infolge der Maßregelung Robert Havemanns (vgl. Abschnitt 3.3.) und die Schwierigkeiten der Vermittlung von Chruschtschows Ablösung bedroht. Ein neues Dauerthema waren allerdings die „Vorkommnisse“ an der militärisch gesicherten Staatsgrenze geworden. Daß dabei nicht „nur“ die Abwehr oder Folgenbereinigung von begangenen oder versuchten Grenzdurchbrüchen Themen auch der Parteikontrollorgane waren, zeigte eine Meldung aus Potsdam: Als ein Rentnerhepaar aus Potsdam-Babelsberg, welches bei einem genehmigten Verwandtenbesuch in Westberlin am Kontrollpunkt Friedrichstraße zurückgewiesen wurde, weil es bei der Ausreise nach den Formalitäten für die ständige Übersiedlung fragte, am 17. November 1964 Selbstmord verübte, meldete die BPKK Potsdam: „Das Sekretariat der Kreisleitung Potsdam wurde durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung beauftragt, im Wohngebiet zu überprüfen, ob es in bezug auf den Selbstmord Diskussionen gibt und, falls erforderlich, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, damit rückständigen Kräften nicht die Möglichkeit gegeben wird, auf Grund dieses bedauerlichen Vorkommnisses Stimmung gegen unseren Staat zu machen.“⁹⁷

Der Alltag der Parteikontrolle⁹⁸ erschöpfte sich 1963/64 neben der Ahndung üblicher ideologischer Abweichungen und dem Ringen um die Aufrechterhaltung der Wachsamkeit gegenüber vermuteter Feindtätigkeit vor allem in der Beobachtung und Abwendung von Streiks sowie der immer noch anhaltenden Überspitzungen im Bereich der Justiz. Daß inzwischen das Selbstbewußtsein und die Erfolgsquote von Auflehnungen insbesondere von Arbeitern gegen Willkürakte von Funktionären zunahm, registrierten die Parteikontrollorgane zum Beispiel anhand von Meldungen aus Potsdam: Am 6. August 1963 berichtete die BPKK, daß allein infolge geäußerter Unzufriedenheit im VEB Hutfabrik Luckenwalde wegen Lohnneinbußen durch Normenneufestsetzung nach der Einführung neuer Technik eine Wiederaufnahme der Entlohnung nach den alten Normen veranlaßt werden mußte. Nach einer Information der KPKK Pößneck (Bezirk Erfurt) vom 21. August 1963 war eine Arbeitsniederlegung der Jugendbrigade „Philipp Müller“ im VEB Streichgarnspinnerei Pößneck am 23. Juli von einem Schreiben dieser Brigade begleitet. Die Mitglieder dieses als Brigade der sozialistischen Arbeit ausgezeichneten Jugendkollektivs, dem 3 Kandidaten der SED angehörten, erhoben Lohnforderungen und drohten mit weiteren Arbeitsniederlegungen aus Anlaß der Einführung einer neuen Lohnzahlungsform. Deren Diskussion war nach Erkenntnissen der KPKK möglicherweise unterblieben, oder fehlerhaft durchgeführt worden. „Von den Sicherheitsorganen wurde untersucht, ob die Arbeitsniederlegung auf feindliche Einflüsse bzw. organisierte feindliche Tätigkeit zurückzuführen ist. Im Ergebnis der Untersuchung wurde jedoch solche Feststellung nicht getroffen. Es wird vielmehr eingeschätzt, daß die Ereignisse und ihre Ursachen in der ungenügenden Leitungstätigkeit und in

statt und machte den Parteiausschluß rückgängig. Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 21.1.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/142, Bl. 1f.

97 BPKK Potsdam am 2.12.64, Mitteilung des Sektors Information, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 111f.

98 Im Jahr 1964 setzte sich die Anzahl der PKKen wie folgt zusammen: Im Bezirk Halle gab es 26 KPKKen, im Bezirk Karl-Marx-Stadt 24, Magdeburg 22, Potsdam 18, Dresden 18, Erfurt 16, Cottbus 15, Leipzig 15, Neubrandenburg 15, Rostock 14, Gera 14, Berlin 12, Schwerin 12, Frankfurt/Oder 11 und im Bezirk Suhl 9 KPKKen. Damit arbeiteten neben der ZPKK (und ohne die Kontrollorgane der bewaffneten Organe) insgesamt 241 PKKen (226 KPKKen und 15 BPKKen) sowie die GPKK Wismut. SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/30, Bl. 3.

der nicht ausreichenden Arbeit mit den Menschen zu suchen sind.“ Nachdem die Brigade sich von ihrer falschen Verfahrensweise distanzierte, wurde „der Werkleiter ... für seine Versäumnisse zur Verantwortung gezogen. Er erhielt einen Verweis und bis Ende des Jahres Prämienentzug.“⁹⁹

Meldungen über Streiks gab es nicht nur aus Betrieben, sondern auch aus Universitäten. Die BPKK Rostock berichtete am 7. April 1964 an die ZPKK über einen Streik von Studenten des 2. Studienjahres an der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock mit einer Resolution zur Durchsetzung von Forderungen zur Studienorganisation, wobei Genossen und FDJler an der Spitze des Streiks standen und der Lehrkörper sich nicht parteimäßig verhielt.¹⁰⁰

Von der BPKK Cottbus wurden im 1. Halbjahr 1964 im Bezirk 4 Arbeitsniederlegungen auf Grund bürokratischen und administrativen Verhaltens bei Lohnfragen und Fragen der Arbeitsbedingungen (so im Trikotagenwerk Lübben und in der Gießerei der Maschinentabrik Guben) registriert.¹⁰¹ Die BPKK Potsdam berichtete am 24. November 1964 über den Streik von 30 Aushilfskellnern im Kreis Luckenwalde wegen administrativer Herabsetzung des Stundenlohns und der Nachtzuschläge. Die Maßnahme wurde daraufhin vom Büro für Industrie und Bauwesen Luckenwalde ausgesetzt. Im Bericht hieß es, das Sekretariat der KL Luckenwalde werde Maßnahmen zur Bekämpfung administrativer Arbeitsweisen einleiten. In der HO-GO erfolge eine parteimäßige Aussprache mit den für die administrative Arbeitsweise verantwortlichen Genossen. Nicht geklärt sei die Rädelsführerschaft des Streiks. In der bevorstehenden Aussprache mit den Kellnern solle der Streik als Beschwerdeform gegen administrative Arbeit als nicht akzeptabel charakterisiert werden.¹⁰²

Das wachsende Selbstbewußtsein ließ sich auch bei inzwischen um sich greifenden Unterschriftenaktionen beobachten: Am 17. September 1963 erfolgte gemäß dem Bericht der KPKK Rheinsberg eine erfolgreiche Unterschriftensammlung mit Beteiligung von Genossen im AKW Rheinsberg wegen der katastrophalen Wohnsituation und zu Fragen der Wohnraumverteilungsgerechtigkeit unter Beschäftigten des AKW. Hier protestierten die Unterzeichnenden unter anderem gegen das Anlocken von Kollegen nach Rheinsberg mit falschen Versprechungen hinsichtlich bereitzustellenden Wohnraums.¹⁰³ Eine andere Unterschriftenaktion fand in Teupitz (Kreis Königswusterhausen) statt: Die BPKK Potsdam meldete am 23. Januar 1964 der ZPKK eine Unterschriftenaktion für ein Gnadengesuch zugunsten des wegen eines Republikfluchtversuchs zu 3½ Jahren Freiheitsentzug verurteilten Arztes und ehemaligen Pfarrers. Hier allerdings wurden die Unterschriftenlisten durch die Sicherheitsorgane eingezogen. Erfolgreicher waren die Bürger der Gemeinde Bücknitz, die sich gemäß dem Bericht der BPKK Potsdam Ende Januar 1964 mit ihrer Unterschriftenaktion für zwei Jugendliche einsetzten, die wegen Rowdytums und Körperverletzung zu 6 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Der Parteisekretär der LPG verfügte über 5 Listen mit 400 Unterschriften, wobei der Ort 525 Einwohner hatte. Die eingezogenen Unterschriften wurden dem Staatsanwalt übergeben. Ein Genosse erklärte auf der dann vom Staatsanwalt anberaumten Einwohnerversammlung, daß im Arbeiter- und Bauern-Staat keine Jugendli-

99 Information der KPKK Pössneck vom 21.8.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 163f.

100 Meldung der BPKK Rostock an die ZPKK vom 7.4.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 290ff.

101 Bericht der BPKK Cottbus an die ZPKK vom 1.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/3, Bl. 67ff.

102 BPKK Potsdam am 24.11.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 105ff.

103 Informationen der BPKK Potsdam vom 6.8. und 17.9.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 44 und 49ff.

chen verurteilt werden können. Der Staatsanwalt habe es dem Bericht zufolge sehr schwer gehabt und vorgeschlagen, das Urteil zu revidieren, wenn die Einwohner des Ortes die Partnerschaft über die Jugendlichen übernähmen.¹⁰⁴

Es war klar, daß mit Beginn des Reformprojekts NÖSPL im Jahre 1963, das auf der 5. ZK-Tagung im Februar 1964 zu einem in sich geschlossenen System erklärt wurde, eine sich steigernde Unzufriedenheit unter den Arbeitern mehr als hinderlich war. Nicht zuletzt deshalb (und natürlich auch infolge der nach wie vor auf bürokratische Tendenzen in staatlichen Leitungen gerichteten Kritik im Rahmen der Kampagne gegen Dogmatismus) behandelte man in der Regel streikende Arbeiter verhältnismäßig nachsichtig. Dies hieß jedoch nicht, daß die Parteikontrollorgane nicht in jedem Fall von der Zentrale dazu aufgefordert wurden, ihre Kontrolle auf „Feindeinflüsse“ auszuüben: Als am 29. August 1963 infolge der Mängel in allen Bezirken bei der Organisation der Arbeit nach dem im Februar festgelegten Produktionsprinzip von der ZPKK der Entwurf einer Konzeption zur Überprüfung der Arbeit der PKKen im Bezirk Potsdam und Magdeburg vorgelegt wurde, war zunächst der Ansatzpunkt der Suche nach Ursachen die Nichtbeachtung der Einheit von Ökonomie und Politik, verbreitetes Administrieren und dogmatische Züge in der Arbeit, also ein weiter praktizierter „alter Arbeitsstil“. Die aus Altenkirch (als Leiter), Hempel, Ament, Hausmann, Galetzka, Quasdorf sowie den hinzugezogenen Eyer mann und Erna Warnke bestehende Arbeitsgruppe der ZPKK für die Untersuchung der Bezirke Potsdam und Magdeburg behauptete darüber hinaus am 17. Oktober 1963, daß vielfach Verstöße gegen die Arbeitsmoral, Ablehnung von neuen Normen und die festgestellte Verhinderung einer Parteiversammlung durch die Mitglieder der Partei auf politisch-ideologische Unklarheiten anstatt angeblich richtigerweise auf Feindeinflüsse zurückgeführt würden. Viele Genossen glaubten fälschlich, daß nach dem 13. August 1961 und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse der Druck des Feindes auf die Parteiorganisationen nachgelassen habe, wogegen er nur die Methoden geändert habe.¹⁰⁵

Namentlich aus Grenzkreisen und in der Nähe Berlins waren solche Meldungen über Feindtätigkeit folgerichtig. So berichtete die BPKK Berlin von Streuzettelaktionen aus Ballons in Friedrichshagen, im Waldgebiet Möllensee und den Randgebieten. Die größte Aktion fand zu den Volkskammerwahlen (Versendung der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ 8/63 per Post mit Überschrift „Ulbrichtwahlen werden SED nicht retten“ sowie von Tarnschriften wie der „Presserundschau für bewaffnete Organ“ und „Neues Deutschland“ im Kleinformat) statt.¹⁰⁶ Die KPKK Königs Wusterhausen informierte am 2. Dezember 1963 über Flugblätter aus Ballons im Kreisgebiet oder in Briefkästen aus der normalen Postzustellung (Mittenwalde, Gräbendorf); meist handele es sich um das „Informationsblatt 1963 Berlin-Zehlendorf für die mitteldeutsche Bevölkerung“. Die Rede war auch von tätlichen Angriffen auf mit der SED in Verbindung stehende Personen, Grenzdurchbruchversuche und über eine Brand-

104 Informationen der BPKK Potsdam vom 23.1 und 30.1/1.2.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 71ff und 80ff.

105 Entwurf der Konzeption und Bericht einer AG der ZPKK über die Untersuchung der Arbeit der PKKen im Bezirk Potsdam und Magdeburg vom 19.8 bzw. 17.10.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/30, Bl. 10ff und 15ff.

106 Kurze Einschätzung des von September 1963 bis Januar 1964 eingegangenen Feindmaterials und einiger feindlicher Aktionen anlässlich der Wahlen zur Volkskammer am 20.10.63 durch die BPKK Berlin vom 7.2.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 217ff.

stiftung Anfang November 1963 in einer LPG Typ III in Mittenwalde.¹⁰⁷ Die KPKK Potsdam meldete am 31. Januar 1964, daß nach Information der KD Potsdam des MfS 35 mittels Kinderdruckkästen selbstgefertigte Hetzflugblätter gegen Walter Ulbricht und die Grenzsicherungsmaßnahmen im Raum Teltow-Stahnsdorf verbreitet wurden, die inhaltlich ähnlich den Anfang Oktober 1963 im gleichen Raum verbreiteten 10 Flugblättern seien.¹⁰⁸

Nötig schien es der BPKK Potsdam auch, am 9. Dezember 1963 über Diskussionen in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Ermordung Kennedys zu informieren: Es sei ein verstärktes Abhören von westlichen Rundfunk-Stationen zu verzeichnen und man erkenne häufig eine Überbetonung der Rolle des amerikanischen Präsidenten. Neben der mehrheitlichen Einschätzung, daß die Tat ein Versuch der Ultras sei, die internationalen Beziehungen zwischen der SU und den USA zu stören, gäbe es Einzelstimmen, die hinter dem Mord linke Kreise und Kommunisten vermuteten. Besonders an Schulen existiere die verbreitete Neigung der Schüler, schuleigene Trauerappelle durchzuführen, die DDR-Fahne auf Halbmast zu setzen oder Staatstrauer in der DDR vorzuschlagen.¹⁰⁹

Die Arbeitstagung der ZPKK am 11. Dezember 1963 hatte die Aufgabe, den Bezirkskontrolleuren gegenüber den neuen Stil im Umgang mit dem Parteivolk zu bekräftigen und die Turbulenzen infolge der verfügten Umorganisation der Arbeit auch der Parteikontrolle nach dem Produktionsprinzip zu regulieren. Heinz Juch erklärte in seinem Referat: „Entsprechend den Beschlüssen des VI. Parteitages hat die Partei eine Wende in der Arbeit mit den Menschen eingeleitet.“ Doch werde häufig der Sinn der neuen Parteibeschlüsse noch nicht erkannt bzw. formal durchgeführt. So administrierte die Stadtleitung Karl-Marx-Stadt die Regelung von Lohn- und Normenfragen mit der Folge, daß sich 12 Arbeitsniederlegungen im 1. Halbjahr 1963 in der Stadt ereigneten. Die SPKK habe (obwohl die Stadtleitung mit dieser Praxis Parteibeschlüsse verletzte) nicht eingegriffen. Nach wie vor sei die Partei auf dem Lande außerordentlich schwach verankert: In 3.665 LPGen Typ I und in 162 LPGen Typ III gäbe es weder eine PO noch ein LPG-Aktiv. In Karl-Marx-Stadt-Land existierten in 75 LPGen vom Typ I mit 2.400 Genossenschaftsbauern ganze 4 POen mit insgesamt 20 Mitgliedern. Als Gründe wachsender Inaktivität der ländlichen Parteiorganisationen gab Juch feindliche Beeinflussung, Unterdrückung der Kritik, Nichteinhaltung gegebener Versprechen, Mißstände und Schlampereien sowie die Vernachlässigung der ländlichen Parteiorganisationen durch die Büros für Landwirtschaft an. Zur Frage des politisch-moralischen Zustands der Partei mußte Juch einräumen: „Es gibt Parteimitglieder, die an Streiks und Unterschriftensammlungen teilnahmen, die sich an gelungenen und mißlungenen Grenzdurchbrüchen beteiligten, die Hetzlosungen anschierten und Sabotageakte verübten.“ Zur Frage des politischen Arbeitsstils hieß es: „Einige Leitungen führen den Kampf gegen feindliche Auffassungen, gegen das Abhören westdeutscher Sender usw. ausschließlich mit administrativen Mitteln. Sie glauben, allein mit organisatorischen Maßnahmen Ordnung schaffen zu können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die 'Antennenaktion' [gemeint war das Verdrehen oder Beschädigen von auf westliche Stationen gerichtete Empfangsantennen]. Auch die Ausschlüsse von Parteimitgliedern, die pazifistische Illusionen hegen oder mit den Maßnahmen vom 13. August nicht ganz zurecht kommen, aber ansonsten

107 Mitteilung der KPKK Königs Wusterhausen über Feindtätigkeit vom 2.12.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 55.

108 Bericht der KPKK Potsdam vom 31.1.64 über Feindtätigkeit, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 78f.

109 BPKK Potsdam vom 9.12.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 56ff.

aktive Menschen sind, zeugen von einem falschen und engstirnigen Herangehen.“ Die BPKK Erfurt war bei ihrer Streik-Analyse zu dem Ergebnis gekommen, daß die Ursachen ausschließlich in falschen Leitungsmethoden und in ungenügender Arbeit mit den Menschen liegen. Hier mahnte Juch allerdings die nach wie vor notwendige Beachtung des Faktors feindlicher Beeinflussung an: „Es ist ... eine Aufgabe der PKK, bei Untersuchungen wegen der Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens auch ... zu beachten, ob dabei feindliche Einflüsse eine Rolle gespielt haben.“ Zu den anhaltenden Mißständen in den Parteiorganisationen der bewaffneten Organe hieß es: „Es scheint, daß manches zu sehr mit Befehlsgewalt und dienstlichen Anweisungen abgeschirmt wird.“ Zum Problem der hohen Zahl von Streichungen von Parteimitgliedschaften (so standen den 1.787 Streichungen durch Parteiverfahren 2.313 Streichungen durch die Abteilungen Organisation/Kader gegenüber) vermutete Juch, dies deute auf ein Zurückweichen vor Auseinandersetzungen hin und schlug vor: „Wir sollten ... alle Streichungen von Parteimitgliedern über die PKK gehen lassen.“

Zum hohen, durch Parteimitglieder zu verantwortenden volkswirtschaftlichen Schadensanteil bei Eigentumsdelikten (von 2¼ Mill. DM Schaden im Bezirk Halle waren allein (510.000 DM von ehemaligen Mitgliedern der Partei unterschlagen oder gestohlen worden) erklärte der Vorsitzende der BPKK Halle, Fritz Menzel: „Mitglieder unserer Partei (stellten) ihre persönlichen egoistischen Interessen über die gesellschaftlichen Interessen und versuchten, auf Kosten anderer ein schmarotzerhaftes Leben zu führen ... Durch Freundschaftspolitik, Mißbrauch der Funktion, Unterdrückung der Kritik, besonders bei parteiwidrigem Verhalten von leitenden Funktionären ... herrscht eine unparteimäßige Atmosphäre.“ Paul Behring ergänzte für die BPKK Berlin, daß Parteiverfahren inzwischen meist nur bei eindeutig kriminellen Vergehen und unmoralischem Verhalten durchgeführt würden. „Die anderen, die wenigen, sind die gegen Opportunisten und Revisionisten ... und dann gibt es die Tendenz, daß man zurückschreckt vor denen, die leitende Funktionen haben. Dort wird es ... ein bißchen kavaliersmäßig behandelt.“ Der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Leipzig wußte dazu ein Beispiel: Ein Assistent an der Deutschen Hochschule für Körperkultur habe mündlich und schriftlich die von der chinesischen Botschaft erhaltenen Materialien verbreitet. Man hatte ihn gestrichen wegen moralischer Verfehlungen und sei so der Auseinandersetzung mit seiner politischen Konzeption ausgewichen. Erna Warnke (Kandidatin der ZPKK und Vorsitzende der BPKK Potsdam) erklärte etwas ratlos zu den negativen Diskussionen, dem Pessimismus und der Unzufriedenheit als Folge des Westfernsehens und des RIAS-Hörens, dies „wird geduldet ... weil insgesamt nach dem 13. August 1961 ... ja bei uns auch hinterher kritisiert (wurde), daß einige administrative Maßnahmen überspitzt durchgeführt worden sind.“ Ein Mitglied der BPKK Magdeburg sprach vom organisierten Westfernsehen von Genossen. Noch ratloser äußerte sich die Vorsitzende der KPKK Schwerin: „Große Schwierigkeiten ... haben wir ..., was den feindlichen Einfluß auf Mitglieder der Partei betrifft. Wir wissen wohl, daß feindlicher Einfluß vorhanden ist, aber wo und wie er konkret zum Ausdruck kommt, darüber wissen wir sehr wenig und das möchte ich hier auch sagen ... Zumal es darüber auch im Parteiapparat selbst keine genügende Übersicht gibt ... Trotz Ausnutzung aller Informationsquellen, die uns zur Verfügung stehen.“ Sie bestätigte die Ausführungen von Menzel zum Ansteigen des Anteils der Verwicklungen von Genossen in kriminelle Delikte: „Auch bei uns zeichnet sich eine Tendenz ... ab, daß im letzten halben Jahr die Vergehen an Volkseigentum und andere kriminelle Vergehen von Mitgliedern der Partei zugenommen hat.“ Der Anteil sei im Kreis von 1,8% an allen Parteiverfahren im 1. Halbjahr 1963 auf über 50% im 2. Halbjahr angestiegen. Ebenso bestätigte sie die Ausfüh-

rungen von Behring und Juch zu den Auseinandersetzungen mit Genossen im Apparat und leitenden Funktionären: Gesammelte Materialien gehen manchmal bis zur ZPKK hoch (was peinlich für die Genossen sei) und das werde dann abzuschwächen versucht.

Erhard Neubert (Vorsitzender der BPKK Dresden) ging auf die erheblichen Probleme ein, welche durch das neue Konzept der Leitung der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip für die Arbeit der Parteikontrollorgane entstanden. Neu war nun, daß die der Bezirksleitung unterstellten Parteiorganisationen zukünftig auch organisatorisch von den neu geschaffenen Büros für Industrie und Bauwesen, Landwirtschaft und der Ideologischen Kommission erfaßt würden. Das hieße, viele Fragen, die jetzt noch in den Kreisen entschieden werden, müßten in der Perspektive in den Büros bzw. in der Ideologischen Kommission der BL entschieden werden. Ab dem 1. Januar 1964 solle nun die Anleitung und Kontrolle der Parteigrundorganisationen der zentral geleiteten Industrie („Z-Industrie“) Elektrotechnik, Maschinenbau etc. unmittelbar von der BL erfolgen. In diesem Zusammenhang würden die Kommissionsmitglieder der BPKK und die politischen Mitarbeiter in Arbeitsbereiche (Industrie, Landwirtschaft, Ideologische Kommission) zusammengefaßt. Allerdings berate und entscheide die BPKK als berufenes Organ alle Fragen (gleich ob Untersuchungen, Beschwerden, Parteiverfahren aus der Industrie oder der Landwirtschaft) gemeinsam. Hermann Fischer (Vorsitzender der BPKK Erfurt) schlug vor, die KPCKen sollten wie bisher auch in der Perspektive die Parteiverfahren aus den zentral geleiteten Betrieben, die der BL unterstellt worden sind, vorbereiten. Ihr Vorschlag ginge zur Bestätigung nicht an das Sekretariat der KL, sondern direkt an die BPKK. „Die bisherige Anleitung der KPCKen nach dem Territorialprinzip ist vollständig überholt ... Die Mitglieder der BPKK, die entweder in einer Sache auf dem Gebiet des Büros für Industrie und Bauwesen oder des Büros für Landwirtschaft oder der Ideologischen Kommission in einem Kreis Aufgaben zu erledigen haben, müssen ... Genossen in der KPCK ... helfen, ihre Arbeit zu verbessern.“¹¹⁰

Am 10. Januar 1964 bemerkte die ZPKK zu 45 vorliegenden Untersuchungsberichten aus den Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder: „Der größte Teil der KPCK schätzt ein, daß die Ursachen der Aufweichungserscheinungen zurückzuführen sind auf persönliche Differenzen der Genossen untereinander, Gleichgültigkeit gegenüber den Beschlüssen der Partei, Bereicherung am Volks- oder genossenschaftlichen Eigentum und ähnlicher Erscheinungen ... Es wird nicht immer erkannt, daß die Ursachen der Aufweichungserscheinungen im Eindringen der bürgerlichen Ideologie zu suchen sind.“¹¹¹ In einer weiteren, speziell die bis zum 25. Januar 1964 vorliegenden Untersuchungsberichte aus den Parteiorganisationen der Industrie betreffenden Auswertung stellte die ZPKK fest, daß es kein wirklich kämpferisches Parteilieben gäbe. Verbreitet sei die Auffassung, man könne sagen, was man will, geändert würde doch nichts. Die Teilnahme am Parteilehrjahr würde immer geringer und die Durchführung immer unregelmäßiger. Selbst in einer Reihe von Betrieben mit guten ökonomischen Ergebnissen gäbe es feindliche Äußerungen und Streiks. Mehrere Untersuchungen erbrachten Hinweise, „daß Feiern am 17.6. stattfanden, an denen sich auch Parteimitglieder beteiligten, ohne daß darauf seitens der Parteiorganisationen und Parteileitungen reagiert wurde.“ In der PO des VEB Zwirnerei und Spinnerei Naunhof deckte erst die KPCK auf, daß der stellver-

110 Protokoll der Arbeitstagung der ZPKK mit den BPKK und einigen Vorsitzenden der KPCKen am 11.12.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/10, Bl. 12ff.

111 Aktennotiz der ZPKK vom 10.1.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 4ff.

tretende Parteisekretär, der sich an der Feier beteiligte, am 17. Juni 1953 wegen seiner Beteiligung an den Unruhen inhaftiert war.¹¹²

Berlin war nach wie vor Indikator für Tendenzen in der Parteikontrolltätigkeit. In seinem Referat auf der Konferenz der Berliner PKK am 10. und 11. Januar 1964 konstatierte Paul Behring seit dem V. Parteitag eine abnehmende Zahl von Parteiverfahren: Berlin hatte 1958 (inklusive der Westsektoren) viermal soviel Parteiverfahren wie 1963 (wo Westberlin allerdings nicht mehr erfaßt war). Seit dem VI. Parteitag könne in Anwendung des neuen Statuts von der Möglichkeit der Anwendung des Mittels der Parteierziehung (Kritik, Mißbilligung, Verwarnung) anstatt der Rüge oder strengen Rüge Gebrauch gemacht werden. Streichungen könnten laut Parteistatut auf Beschluß der GO-Mitgliederversammlung und Bestätigung durch die Kreisleitung im Falle des Unwillens des Mitglieds, den Pflichten eines Mitglieds nachzukommen, erfolgen. Die BPKK erhalte also in der Regel nur Kenntnis von Streichungen, wenn diese aus einem Parteiverfahren erwachsen und dies sei die Minderheit der Fälle. Daher habe es Ende 1963 eine Analyse aller Streichungen gegeben: Von im zweiten Halbjahr 1963 gestrichenen 138 Mitgliedern und 47 Kandidaten erfolgten von den PKK 35 Streichungen, von der Abteilung Organisation/Kader 146 Streichungen und die Grundorganisationen strichen 23 Genossen. Bei den 63 erklärten Austritten waren 17 ehemalige Genosse mit den Grenzsicherungsmaßnahmen nicht einverstanden und 32 verweigerten sich der weiteren Teilnahme am Parteileben, ohne Gründe anzugeben, 7 waren mit der Politik der Partei nicht einverstanden. Unzufriedenheit alter Genossen mit der Rente wäre verbreitet. 1963 habe es keine parteifeindlichen oder opportunistischen Gruppen in der Berliner PO gegeben. Zwar gab es viele abweichende Auffassungen zu politischen Grundfragen oder Nichteinverständnis mit der Politik der Partei, aber nur wenige darauf zurückgehende Ausschlüsse. Zu nennen seien hier Auseinandersetzungen zwischen Paul Verner und Mitgliedern der Ideologischen Kommission einerseits und Professor Havemann von der Humboldt-Universität andererseits über dessen abweichende Auffassung zu Grundfragen des dialektischen Materialismus. „Wir haben es als BPKK nicht für unsere Aufgabe angesehen, das zu untersuchen, zumal Genosse Professor Hager auf dem 4. ZK-Plenum bereits darauf geantwortet hat, indem er sagte: 'Gegenwärtig befassen sich einige Naturwissenschaftler mit dem Verhältnis der modernen Naturwissenschaft zum dialektischen Materialismus ... und kritisieren das Zurückbleiben der marxistisch-leninistischen Philosophie bei der theoretischen Verallgemeinerung dieser neuen Erkenntnisse. Dabei schießen sie manchmal über das Ziel hinaus und rufen den berechtigten Widerstand der Philosophen hervor.'“ Wie sehr Behring die Brisanz dieses sich anbahnenden Konflikts im Dezember 1963 noch unterschätzte, sollte sich dann im Verlauf des Frühjahrs 1964 zeigen (vgl. Abschnitt 3.3.). Als häufigste Abweichungen benannte Behring die Ablehnung der Grenzschließung, Sektierertum („Wenn unser Staat eine Grenze aufmacht, dann ist es die nach Sibirien“ – Äußerung eines Kaderleiters im Pflegeheim Blankenburg), und Objektivismus (Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen). Unter den Einzelfällen zählte Behring die Verteidigung der falschen Auffassungen der chinesischen Führer durch zwei Genossen auf. Andere hielten den Personenkult in der DDR und SED nicht für überwunden. Wegen antisemitischer Äußerungen eines Mitarbeiters der Ideologischen Kommission der BL sei gegen diesen ein Parteiverfahren eröffnet worden. Der Schriftsteller Franz Leschnitzer sei wegen seiner Auffassungen aus der Partei ausgeschlossen worden. Nach seiner Ansicht sei die SED „verpreußt“ durch Aufnahme

112 Auswertung der Untersuchungsberichte in POen der Industrie vom 25.1.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/30, Bl. 53ff.

ehemaliger Offiziere des NKFD und betreibe Becher-Kult. Leschnitzer glaube, der Sozialismus könne nur durch Krieg errungen werden und halte die Politik der friedlichen Koexistenz für ein taktisches Manöver zur Täuschung der Imperialisten. Der in Geld ausgedrückte Umfang der kriminellen Delikte von Genossen habe sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1963 auf 516.835 DM verdoppelt. Bei 73 Parteiverfahren mit einem Ausschluß aus solchen Gründen sei das gleiche Niveau wie im 1. Halbjahr mit 70 Parteiverfahren gehalten worden.

Altenkirch äußerte sich für die ZPKK auf der Beratung der Berliner BPKK durchaus kritisch zu Behrings Bericht. Er verwies auf Ulbrichts Bemerkung, das Politbüro habe Mängel nicht zuerst in Betrieben etc., sondern in den Leitungsgremien gesucht – also in der Leitung der Plankommission, dem Präsidium d. Ministerrats etc.). Für die Parteikontrolle heiße dies, zu untersuchen, wie die Leitungstätigkeit der Parteileitungen gegenüber ihren Grundorganisationen aussähe. Auf der Beratung der ZPKK mit den BPKKs ist darauf hingewiesen worden, daß es im Werk für Fernsehetelektronik in Berlin parteifeindliche Tendenzen gäbe. Paul Verner sprach auf dem 9. ZK-Plenum sogar von Gruppen feindlicher Kräfte, die zu den Volkswahlen mit Flugblättern gearbeitet hätten. Angesichts all dessen, so Altenkirch, spräche Genosse Behring nur von aufzuholenden Rückständen.

Rudi Kock (Mitglied der BPKK Berlin und Vorsitzender der KPKK Köpenick) vertiefte in seinem Beitrag das Problem der vermehrten Fälle des Vergehens von Genossen am sozialistischen Eigentum: Veruntreuungen im VEB TRO, KWO, KWK (wo es Unterschlagungen hoher Summen, unter anderem von Gewerkschaftsgeldern, gab), FW Köpenick und im WF wurden von ihm aufgezählt. Im VEB KWK wurde nach der Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern für einen Beitragsstreik Stimmung gemacht. „In der Tat ... mehren sich die Fälle, daß Genossen, die das Gesetz in dieser Beziehung verletzen, nicht immer entsprechend den Gesetzen belangt werden oder daß selbst krasse Erscheinungen von Unterschlagungen von den Grundorganisationen schleppend behandelt werden ... In der BPO KWO wurde durch den stellvertretenden Parteisekretär gesagt: Auseinandersetzungen mit leitenden Genossen Funktionären ... sind seiner Meinung nach schwierig; es sei schwer, den Genossen nachzuweisen, daß sie bewußt gegen die Anweisung der Partei handeln.“¹¹³

In einer Einschätzung ihrer Arbeitstagung erklärte die BPKK später gegenüber der ZPKK zu den Konsequenzen der Umstellung der Parteiarbeit auf das Produktionsprinzip für die Parteikontrolle: „Die Erfahrungen lehren, daß die Leitung nach dem Produktionsprinzip notwendig macht, bestimmte Elemente dieses Prinzips auch in der Arbeit der Bezirksparteikontrollkommission anzuwenden. Das geschieht gegenwärtig am besten durch Bildung von Arbeitsgruppen aus den Mitgliedern, Kandidaten und Mitarbeitern der BPKK, die aus bestimmten Arbeitsbereichen die Parteimaterialien studieren und auch engen Kontakt halten mit den jeweiligen Genossen der Büros und der ideologischen Kommission der Bezirksleitung.“¹¹⁴

Die Arbeitstagung der Berliner Parteikontrolle wurde von der ZPKK scharf kritisiert: Das Referat von Behring „gab keine klare Orientierung in der Arbeit für die KPKK, wie sie auf der Beratung der ZPKK mit den BPKK am 11.12.1963 gestellt war ... Es wäre angebracht gewesen, einige dogmatische sowie formale Züge in der Arbeitsweise der BPKK und KPKK's aufzugreifen und auf Veränderung zu drängen ...“ Die Feindarbeit werde unter-

113 Konferenz der Berliner PPK am 10.–11.1.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 18ff.

114 Einschätzung der Konferenz der Berliner PPKs am 10./11.1.64 vom 24.1.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85.

schätzt. „Im Vergleich zu anderen Bezirken entsteht der Eindruck, in der Berliner Parteior-
ganisation ist hinsichtlich dieser Frage alles in bester Ordnung.“¹¹⁵

Am 6. Februar 1964 verschaffte sich die ZPKK einen Überblick anhand „charakteristi-
scher Beispiele aus den Untersuchungsberichten der Parteikontrollkommissionen über das
Verhalten der Genossen zu den Beschlüssen der Partei“. So gab es 120 Gegenstimmen zum
Kandidaten der Parteileitung zur AGL-Wahl im EKO, GO Erzaufbereitung und einen weite-
ren ähnlichen Vorgang ebenfalls in einer GO des EKO. In der PO VEB Modesta (Johann-
Georgenstadt) sei Gruppenbildung festgestellt worden. In der GO im VEB Meßgerätewerk
Baiersfeld sei von Genossen Kritik an der Untätigkeit der Parteileitung angesichts der un-
verständlichen Ablehnung von 40% der Verbesserungsvorschläge geäußert worden. Als
diese Kritik von der Parteileitung zurückgewiesen wurde, verließen daraufhin 23 Ingenieure,
Technologen und Abteilungsleiter den Betrieb. Die Fülle solcher Beispiele signalisiere den
schlechten Zustand der Parteileitungen im Sinne fehlerhafter und unkritischer Einschätzun-
gen, Versöhnertum, administrativen und selbstherrlichen Leitungsstils sowie politischer
Schwankungen. Vermerkt wurde auch die Zunahme von Unterschriftensammlungen im
Jahre 1963 namentlich im Bezirk Potsdam: Beteiligt waren 466 Kollegen (darunter 34 Ge-
nossen) in 8 Betrieben und dem Krankenhaus Kleinmachnow. Die größte Sammlung erfolgte
im AKW Rheinsberg wegen der Wiedereinführung der 6-Tage-Woche. Beteiligt
waren hier 129 Kollegen aus 14 Brigaden im 2. Halbjahr 1963. Im Bezirk Potsdam streikten
1963 38 Kollegen (darunter 6 Genossen). 4 drohende Streiks bzw. Aufrufe zum Streik wur-
den durch sofortige Reaktionen verhindert.¹¹⁶ „Am 17. Juni 1963 feierten Handwerker des
VEB Spinnerei und Zwirneri Nauenhof den faschistischen Putschversuch 1953. Ein Genos-
se ... und der stellvertretende Parteisekretär nahmen an dieser Feier teil.“ Der fragliche stell-
vertretende Parteisekretär war 1953 unter den Verhafteten, wurde 1957 in die SED aufge-
nommen, wurde 1960 Parteileitungsmitglied und 1961 stellvertretender Parteisekretär. Es
gäbe große Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Arbeiter-Kandidaten für die Partei.¹¹⁷

Am 27. Februar 1964 verfügte die ZPKK auch über die Statistik der Parteiverfahren
1963, wobei aus gegebenem Anlaß die Verfahren in Grundorganisationen der VP gesondert
erfaßt wurden:

115 Einschätzung der Beratung der BPKK Berlin mit den KPKK am 10.1.64 durch Altenkirch (ZPKK) am
11.2.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 4f.

116 Auch die BPKK Dresden meldete am 3.3.64 drohende Arbeitsniederlegungen im VEB Stahlgießerei
Copitz, im Sächsischen Kunstseidenwerk Pirna und in der Schuhfabrik Wesenstein und anderen Betrie-
ben. Dort wurde versucht, Maßnahmen im Plan neue Technik (neue Normen) administrativ durchzuset-
zen. Bericht der BPKK Dresden vom 3.2.1964, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/94, Bl. 37ff.

117 Charakteristische Beispiele aus den Untersuchungsberichten der Parteikontrollkommissionen über das
Verhalten der Genossen zu den Beschlüssen der Partei, ZPKK 6.2.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A
2/4/123, Bl. 13ff.

	1962	1963
Parteiverfahren insgesamt/in Parteiorganisationen (PO) der VP	16.000/1.439	12.388/1.157
- wegen Opportunismus/Revisionismus insgesamt/in PO der VP	758/37	243/7
- wegen parteischädlicher Handlungen insgesamt /in PO der VP	1.338/101	2.627/226
- wegen krimineller Handlungen insgesamt /in PO der VP	148/10	2.440/180
- wegen Fragebogenfälschung insgesamt /in PO der VP	2.802/173	1.823/101
- wegen Verletzung der Parteidisziplin insgesamt /in PO der VP	4.505/352	3.760/302
- wegen moralischem Fehlverhalten insgesamt /in PO der VP	4.299/641	3.534/501
Ausschlüsse insgesamt/in PO der VP		2.183/149
- wegen Opportunismus/Revisionismus insgesamt/in PO der VP		112/4
- als Parteifeind, Agent usw. insgesamt/in PO der VP	356/36	133/11
- wegen Republikflucht insgesamt/in PO der VP	900/20	268/9
- wegen Fragebogenfälschung insgesamt /in PO der VP		111/3
- wegen Verletzung der Parteidisziplin insgesamt /in PO der VP		73/7
- wegen moralischem Fehlverhalten insgesamt /in PO der VP		148/14
Streichungen insgesamt/in PO der VP		3.340/61
- wegen Opportunismus und Revisionismus insgesamt/in PO der VP		37/-
- wegen Fragebogenfälschung insgesamt /in PO der VP		680/5
- wegen Verletzung der Parteidisziplin insgesamt /in PO der VP		2.024/24
- wegen moralischem Fehlverhalten insgesamt /in PO der VP		451/22

Zu beachten ist, daß nach dem neuem Parteistatut vom VI. Parteitag „von der Möglichkeit der Anwendung von Parteierziehungsmaßnahmen (Mißbilligung, Kritik, Verwarnung) größerer Gebrauch gemacht“ wurde. Diese Parteierziehungsmittel wurden in der Statistik nicht erfaßt. Neben dem Rückgang der Parteiverfahren gegenüber 1962 ist das Ansteigen krimineller Vergehen besonders auffallend. Dabei war die Erfassung krimineller Vergehen nach Parteiverfahren unvollständig, da viele gerichtlich bestrafte Genossen (noch) nicht parteimäßig zur Verantwortung gezogen worden waren. Zur Lage in den Grundorganisationen der VP hieß es: „Die übermäßige Anzahl von Offizieren in der Parteileitung, die zumeist verantwortliche Leiter sind, hindert und hemmt die Entwicklung einer kritischen Atmosphäre.“¹¹⁸ Es war in diesen Monaten nicht nur üblich, daß die Parteikontrollorgane etwa die

118 Material der ZPKK „Einige Probleme aus der Arbeit und den Erfahrungen der Parteikontrollkommissionen“ vom 27.2.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/30, Bl. 67ff.

Kreisleitungen wegen Bürokratismus und Überspitzungen kritisierten (wie die KL Saalfeld durch die BPKK Gera in ihrem Untersuchungsbericht vom 2. April¹¹⁹), sondern auch, daß die übergeordneten Kontrollorgane untere Parteikontrollorgane wegen der gleichen Delikte zur Rechenschaft zogen.¹²⁰

Hinsichtlich des seit der Justizreform anhaltenden Dauerthemas der Behandlung von straffällig gewordenen Parteimitgliedern hatte die BPKK Berlin bereits am 2. September 1963 der Arbeitsgruppe Staat und Recht der Bezirksleitung ihre Anfrage vom 27. Juli betreffend das Auftreten von Mitgliedern der Partei als Angeklagte vor Gericht beantwortet. Laut Statut sei ein Parteimitglied, das gerichtlich verfolgt wird und dadurch Partei- u. Staatsinteressen schädigte, auszuschließen, wenn seine Schuld eindeutig festgestellt ist. Die Zeit zwischen dem bekannt werden des Vergehens und dem Prozeß reiche in der Regel für ein Parteiverfahren aus. Die Staatsanwaltschaft müsse aber den Vorgang der Grundorganisation mitteilen. Wenn ein Genosse wegen schwerer Vergehen vor Gericht erscheint, sei er in der Regel bereits ausgeschlossen. Ansonsten ist der Ausschluß nicht zwingend und oft müsse seine Schuld erst durch den Prozeß festgestellt werden. „Es bleibt aber eine andere Frage, inwieweit es überhaupt notwendig ist, die Mitgliedschaft in der Partei in offiziellen Prozessen aufzurollen.“¹²¹

Am 20./21. Mai 1964 informierte die BPKK Potsdam die ZPKK über ihre Beobachtungen der Justizarbeit: „Die Genossen der Justiz (lassen) sich nicht in allen Fällen davon leiten, daß ihre Maßnahmen genau der Linie der Partei entsprechen, der unbedingten Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit dienen und das Vertrauen der Werktätigen zur Partei und zum Staat festigen ... Das Wesen der Staatsratserklärung wird noch nicht zur Grundlage aller anfallenden Vorgänge gemacht. Es gibt immer wieder Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften bei der Durchführung von Gerichtsverfahren. In der Einschätzung politischer Delikte wie Staatsverleumdung, Hetze und Verstöße gegen die Wirtschaftsstrafverordnung besteht nach wie vor eine große Unsicherheit ... dabei tritt sowohl Sektierertum als auch liberales Verhalten in Erscheinung.“¹²² An Beispielen bestand offenbar kein Mangel: So habe sich im Maschinenbaubetrieb Rathenow durch das entgegen dem Beschluß und den Verordnungen der Partei und des Staatsapparats praktizierte falsche, dogmatische und sektiererische Verhalten der Justizorgane sowie der VP(K) eine Frau das Leben genommen. „Auf Grund dieses Vorfalles wurde die Partei in Mißkredit gebracht. Es wurde eine Unterschriftensammlung in dieser Betriebsabteilung durchgeführt, die sich gegen die Arbeitsweise unserer staatlichen Organe richtete. Solche Vorkommnisse beruhen auf der falschen Arbeitsweise mit den Menschen entgegen des Rechtspflegeerlasses des Staatsrates.“ Ein weiterer Fall: „Auf Grund ungeprüfter Anschuldigungen und inoffizieller Ermittlungen durch eine Gruppe der BdVP wurde der Betriebsleiter des VEB Bau Potsdam ... inhaftiert.“ Die Ermittlungen wegen des Vorwurfs nicht erbrachter gemeldeter Produktionsleistungen

119 Bericht über eine Untersuchung der BPKK im Sekretariat und Apparat der KL Saalfeld vom 2.4.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 79ff.

120 So wurde zum Beispiel die KPKK Apolda von der BPKK Erfurt wegen Voreingenommenheit, überspitzter Strafen ohne Beachtung der Priorität des Erziehungsaspekts und Mißachtung der Rechte von Parteimitgliedern angegriffen. Einschätzung der BPKK Erfurt über ihre Arbeitstagung mit den Vorsitzenden der KPKK und ihren Stellvertretern am 18.3.1964 an die ZPKK vom 24.3.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/96, Bl. 22ff.

121 Schreiben der BPKK Berlin an die Arbeitsgruppe Staat und Recht der BL Berlin vom 2.9.63, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/85, Bl. 204ff.

122 Bericht der BPKK Potsdam vom 20./21.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 270ff.

von 1,5 Millionen DM wurden ein dreiviertel Jahr hinausgeschleppt. Das Urteil vom April 1964 vermerkte nur ein Vergehen gegen die planende und kontrollierende Tätigkeit des Staates und die Kosten des Verfahrens wurden dem Beklagten auferlegt. „Seine Verhaftung widersprach dem Rechtspflegeerlaß des Staatsrates.“¹²³

Trotz der hohen Zahl von Rügen an der Arbeit der Justiz durch die Parteikontrolle kann nicht die Rede davon sein, daß damals Verurteilungen von „klaren Fällen“ politischer Straftaten gebremst wurden. Unter den Berichten an die ZPKK über die Justizarbeit findet sich zum Beispiel der Fall eines am 7. Januar 1964 vom Kreisgericht Jüterbog verurteilten Bürgers wegen Staatsverleumdung gemäß § 20 (2), (1) zu 5 Monaten Gefängnis: „Er hat ... die Mitarbeiter der Kreisleitung der SED und des Rates des Kreises Jüterbog dadurch verleumdet und verächtlich gemacht, daß er über sie äußerte, sie seien Verbrecher und Strolche, die nur auf den Knochen der Arbeiter leben würden ... (Es) ist ersichtlich, daß er den genannten Personenkreis wegen seiner staatlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit verleumdete und verächtlich machte. Der Angeklagte gab diese Äußerungen ... öffentlich ab ... Darüber hinaus hat er ... die Tätigkeit der staatlichen Einrichtungen und der gesellschaftlichen Organisationen insoweit verleumdet, daß er behauptete, die Politik der DDR wäre 'Scheiße'.“¹²⁴

Skepsis über das ökonomische Programm der Partei seit dem 5. ZK-Plenum wurde von den Parteikontrollorganen schon sehr früh registriert. Beinahe prophetisch (angesichts später tatsächlich eintretender Fehlentwicklungen) klangen die von der BPKK Halle im April 1964 aufgenommenen Meinungen zum Chemieprogramm¹²⁵ und zur Preisentwicklung: „Warum stecken wir alles in die Chemie? Das geht auf Kosten des Wohnungsbaus.“ ... Solche Diskussionen gibt es in allen Zweigen der Industrie ... unter ... Teilen der Bevölkerung gibt es in Zusammenhang mit der Industriepreisreform die Befürchtung, daß diese Maßnahmen eine Kette von Preiserhöhungen nach sich ziehen wird ... 'Die Preiserhöhungen für Konsumgüter werden gewiß unter dem Deckmantel einer besseren Qualität erfolgen.'“¹²⁶

Im April/Mai 1964 registrierten die BPKK Halle und Rostock verstärktes Abhören westlicher Rundfunksender (was vermutlich nicht zuletzt auch auf die Auseinandersetzungen mit der KPCh zurückging) und die BPKK Rostock konstatierte eine zunehmende Neigung zur Republikflucht besonders bei Jugendlichen. In Rostock stellte sich bei Untersuchungen der KPKK Rügen im Kinderheim Lohme und in der Jugenddurchgangsstation beim Rat der Stadt Rostock durch die SPKK Rostock zudem heraus, daß die Prügelstrafe als Gewohnheitsrecht praktiziert wurde, wobei in Lohme sadistische Methoden angewandt wurden.¹²⁷ Auch an anderen Orten kümmerten sich wegen des Versagens der staatlichen Organe die Parteikontrollkommissionen sogar um die Situation in den Jugendwerkhöfen. So wurde durch eine Untersuchung der KPKK Gera-Land in der BPO des Jugendwerkhofes in

123 Material über „Einige ernste Vorkommnisse betreffs der Verletzung der Strafgesetzzordnung im Bezirk Potsdam.“ vom 26.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 334ff.

124 Aus dem Material „Zur Arbeit der Genossen im Justizapparat“, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 341ff.

125 Die zentrale Chemiekonferenz des ZK und der SPK am 3. und 4. November 1958 in Halle hatte im Rahmen des dort beschlossenen Chemieprogramms der DDR die vorrangige Entwicklung der chemischen Industrie und den Aufbau der Petrochemie beschlossen. Auf Beschluß der 5. ZK-Tagung im Februar 1964 sollte dann die Chemieindustrie zum führenden Volkswirtschaftszweig entwickelt werden.

126 BPKK Halle an die ZPKK vom 16.4.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 175ff.

127 BPKK Halle an die ZPKK vom 16.4.64 und BPKK Rostock an die ZPKK vom 14.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3.

Bad Köstritz offenbar, daß die Heimleitung, die Wirtschaftsleiterin, der Parteisekretär sowie der LPG-Verantwortliche des Jugendwerkhofs hohe Unterschlagungen begangen bzw. die Jugendlichen mißhandelt hatten, so daß Inhaftierungen verfügt wurden. Es habe gemäß dem Bericht der KPKK ein diktatorisches Regime, den Aufbau von massiven persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen und schwere Mißhandlungen der zum Teil geistig behinderten Jugendlichen (Schläge mit allen möglichen Gegenständen, Treten mit den Füßen, Kahlscheren der Köpfe, Einschließen schon bei nichtigen Anlässen, brutalste und gemeinste Mißhandlungen mit Verletzungsfolgen) gegeben. Die häufig flüchtenden Jugendlichen hätten sich nach Ergreifung geweigert, wieder in den Jugendwerkhof zurückzugehen. Die Heimleitung habe ihre langjährige Parteimitgliedschaft (Unfehlbarkeit als „alte Kommunisten“) und Drohungen mit dem MfS (wegen dort arbeitender Angehöriger) zu Befestigung ihrer Machtposition mißbraucht und Wirtschaftsgüter (Produkte aus dem Jugendwerkhof) nach Berlin verschoben. Der untätigen Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises waren die Zustände seit spätestens 1960 bekannt. Zur nach Wertung der KPKK unverantwortlichen Arbeitsweise in der Abteilung Volksbildung gehörte, daß sie sich selbst durch Annahme von Geschenken in einem Abhängigkeitsverhältnis vom Werkhof verding. Es wurde von der KPKK empfohlen, den Kreisschulrat abzulösen. Es wurden Parteiausschlüsse gegen die Verantwortlichen wegen diverser Vergehen und Rügen gegen Erzieher wegen des Schlagens der Jugendlichen verfügt.¹²⁸

Einiges Aufsehen verursachte Mitte April 1964 der Sekretär des Rates des Kreises Lobenstein, der in einem eigenmächtigen Briefwechsel mit westdeutschen Grenzgemeinden „partei-feindliche und der Parteilinie widersprechende“ Offerten für Gespräche über einen kleinen Grenzverkehr machte. Die BPKK Gera bemerkte dazu: „Zusammenfassend muß gesagt werden, daß – angefangen beim Sekretariat der KL – die Genossen des Staatsapparates und der Massenorganisationen die politische Bedeutung der Westarbeit unterschätzen und diese ... nebenbei mit erledigen. Die Westarbeit wird noch nicht als unmittelbarer Teil der politischen ... Partearbeit betrachtet und oft als eine konspirative Tätigkeit und Aufgabe einzelner Genossen angesehen.“ Der Kreissekretär erhielt eine strenge Rüge (partei-feindliche Handlung wegen politischer Blindheit), verbunden mit der Empfehlung an die staatlichen Organe, ihn als Sekretär des Rates des Kreises abzulösen.¹²⁹

Im Bericht der BPKK Berlin vom 27. Mai 1964 meldete Behring der ZPKK, daß der Schwerpunkt der Anlässe für Parteiverfahren auf kriminellen Delikten (63 von insgesamt 229 in der Zeit 1.1.–30.4.1964) läge. Beunruhigend seien Tendenzen bei Kaderleitern, eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Furcht zu erzeugen und sich dabei sogar über die Partei zu stellen, oder zu versuchen, Kritiker mundtot zu machen. So habe es ein Verfahren der KPKK Mitte gegen den Kaderleiter des Instituts für Dokumentation mit dem Ergebnis seiner Ablösung gegeben.¹³⁰

Die BPKK Erfurt berichtete der ZPKK am 28. Mai 1964: „In jedem Kreis gibt es Beispiele, wo bei der Einführung neuer Lohnformen administriert wird, ohne die Arbeiter vorher von der Notwendigkeit und Richtigkeit zu überzeugen.“ Die Folgen seien Arbeitszu-

128 Bericht über die Untersuchung der KPKK Gera-Land in der BPO des Jugendwerkhofes in Bad Köstritz (bestätigt vom Sekretariat der KL am 6.3.64), SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 63ff.

129 Bericht der BPKK Gera vom 16.5.64 über die Untersuchung der Ursachen der konzeptionslosen Westarbeit des Rates des Kreises Lobenstein, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 102ff.

130 Bericht der BPKK Berlin (Behring) an die ZPKK vom 27.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 41ff.

rückhaltung, Arbeitsverweigerung, und Nichtzahlen der Gewerkschaftsbeiträge. Der Rückgang der Agenten- und Spionagetätigkeit werde von einer Zunahme des ideologischen Einflusses durch Westfernsehen und -rundfunk begleitet. „Eine Einwohnerin aus Lengefeld/Stein forderte in einem Schreiben [an den] Kreisstaatsanwalt Auskunft darüber, welche Rechtsgrundlage es gibt für die Forderung zum Ausbau der Westkanäle aus dem Fernsehgerät. Sie forderte jetzt die Rückgabe ihres ausgebauten Kanals.“ Im Kreis Gotha wurden im April 2.300 Hetzschriften und Flugblätter abgegeben. Besonders unter Jugendlichen gäbe es zahlreiche Grenzdurchbrüche und Durchbruchversuche bis hin zu Gruppendurchbruchversuchen etwa in den Grenzkreisen Heiligenstadt, Worbis und Mühlhausen sowie in Erfurt und im Kreis Weimar. Die Bevölkerung sei verärgert wegen schleichender Preiserhöhungen und der Herausnahme billiger Konsumgüter aus dem Sortiment und schlechter Qualität.¹³¹

Aus Cottbus meldete die BPKK am 1. Juni 1964 zur Situation der Künstler im Bezirk, es gäbe noch Diskussionen über angeblichen Dogmatismus und Enge in der Kultur- und Kunstpolitik. Die Ausführungen von Professor Fritz Cremer auf dem V. Verbandskongreß¹³² würden von bildenden Künstlern teilweise begrüßt. So werde gesagt, das ZK mache auch Fehler, das ZK komme den berechtigten Forderungen Cremers nicht nach. Cremer kritisiere einen verlogenen Realismus, dessen mittelmäßige Produkte sich an den Maßgaben von Kulturfunktionären orientieren müßten, wenn sie Geld einbringen sollten. Die Künstler müßten jedoch die Freiheit der Gestaltung haben.¹³³

Richard Eyer mann mußte der ZPKK am 6. Juni 1964 für die BPKK Magdeburg ähnlich wie schon die BPKK Cottbus am 1. Juni von Problemen in der Industrie berichten: Infolge des Ministerratsbeschlusses „Neue Technik – Neue Normen“ sank in der Pumpenfabrik Oschersleben mit Einführung der neuen Lohnformen (Einführung des Prämienstücklohns und Prämienzeitlohns) in einer Brigade der Durchschnittslohn um 0,50 DM pro Stunde bei Steigerung der Arbeitsproduktivität um 7,8%. In der Schiffswerft Frohse (Kreis Schönebeck) traten nach administrativer Einführung der neuen Lohnformen auf der Grundlage der Bestzeit 2 Brigaden in den Streik. Eine Einschätzung unter Werk t ä t i g e n im Zusammenhang mit der Durchsetzung des NÖSPL lautete: „Die Industriepreisreform wird sich ... auch in der Preiserhöhung für den Verbraucher auswirken.“ Die BPKK schätzte dazu ein: „Es zeigen sich Tendenzen, daß Volkseigene Betriebe versuchen, die höheren Kosten, die durch die Industriepreisreform für ihren Betrieb entstehen, auf die Bevölkerung abzuwälzen. Die Par-

131 Bericht der BPKK Erfurt an die ZPKK vom 28.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 94ff.

132 Auf dem V. Kongreß des Verbandes der bildenden Künstler im März 1964 hatten Fritz Cremer und Bernhard Heisig die Kulturpolitik der SED scharf kritisiert. Cremer sagte unter anderem: „Wir brauchen einen XX. bzw. XXII. Parteitag auf dem Gebiet der Kultur ... Ich bin der Meinung, daß in den Shdanowschen Ansichten über sozialistischen Realismus ... der erste Kern einer idealistischen ... Denkweise enthalten ist ... Wir brauchen die Erkenntnis, daß der sogenannte kritische Realismus ... auf einer neuen, höheren Stufe auch zur Breite dessen gehört, was wir sozialistische Kunst nennen ... Wir brauchen die Erkenntnis, daß der Zweifel, die Kritik ... ein Grundelement historisch-materialistischen Denkens ist ... Und wir brauchen keine Verhaltensweisen, die jeder kleinsten Regung von irgend etwas Neuem, Unbekanntem mit politischen Verdächtigungen begegnen ... Und wieder mal kommen wir hier auf das alte Wort, daß wir aus Angst, unserer Sache zu schaden, unserer Sache schaden ... Wir brauchen keine volkstümliche Kunst ... schließlich haben wir im tausendjährigen Reich eine solche Periode von Muff und Staub verlogener Kleinbürger und heroischer Volkstümler hinter uns.“ Diskussionsbeitrag Fritz Cremers auf dem V. Kongreß des Verbandes Bildender Künstler 1964, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 2000, S. 165ff.

133 Bericht der BPKK Cottbus an die ZPKK vom 1.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 67ff.

teileitungen treten ungenügend gegen solche Manipulationen der Betriebsleitungen auf.“ So gäbe es Preiserhöhungen bei Fahrrädern der Marke „Mifa“ von 146 Mark auf 171 Mark. „Es sind Anzeichen vorhanden, daß preisgünstige Waren nicht mehr angeboten werden.“ Zum immer mehr in den Mittelpunkt rückenden Problem der „Feindsender“ hieß es, daß das Abhören und Sehen von NATO-Sendern in der Bevölkerung und auch bei Genossen weit verbreitet sei, denn schließlich sei es nicht verboten. „Die meisten Unklarheiten gibt es unter allen Schichten der Werktätigen zu den Problemen der nationalen Politik unserer Partei. Viele Werktätige stellen immer wieder die Frage: ‚Warum dürfen wir nicht nach Westdeutschland fahren?‘ ... Es wird nicht erkannt, daß die Revanchepolitik der Bonner Ultras auch die Schwierigkeit im Reiseverkehr ist.“¹³⁴

Hellsichtige Prognosen aus der Bevölkerung kolportierte die BPKK Potsdam am 8. Juni 1964 unter der Rubrik „negative Erscheinungen“: Ein Genosse Kraftfahrer bei der Produktionsleitung des Kreislandwirtschaftsrats Luckenwalde bemerkte: „Stalin ist gestorben und Genosse Chruschtschow ist an die Macht gekommen. Auch er stirbt eines Tages und der dann neu an die Macht kommt, wird ebenfalls sagen, daß die Auffassung von Chruschtschow falsch war.“ Anderenorts hieß es, falls einmal Meinungsverschiedenheiten zwischen der DDR und UdSSR so wie jetzt zwischen der SU und China aufträten, die SU die Erdöllieferungen sperren würde und unsere chemische Industrie still läge. „Wir befinden uns ... in einem politischen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion.“¹³⁵

Ausgesprochen scharf fiel die Einschätzung Heinz Juchs (ZPKK) vom 26. Juni 1964 zum Thema Dogmatismus, Sektierertum und Administrieren aus:

„[Es] ist ... zu verzeichnen, daß selbst in einigen Apparaten von Kreisleitungen bei der Klärung von Meinungsverschiedenheiten, die auf politisch-ideologischer und ökonomischer Ebene liegen, ... die Anwendung von unsachlichen Methoden noch nicht überwunden ist ... Manchmal werden im Laufe unbedingt notwendiger Auseinandersetzungen die Machtbefugnisse überschritten und gesetzliche Bestimmungen mißachtet ... Bei einem erneuten Busausfall [im Kreis Sonneberg] äußerte ein Genosse [Aktivist] ..., daß in der Kreisleitung Pfeifen sitzen, die ihr Geld erst verdienen müssen. Ein ... anwesender Mitarbeiter der Kreisleitung schwieg dazu. Er meldete es dem 1. Kreissekretär. Der veranlaßte ohne große Überprüfung ... [den] Parteiausschluß (des betreffenden Genossen) und seine gerichtliche Bestrafung. Erst durch die BPKK Suhl wurden die Dinge korrigiert ... Der Betriebsleiter des VEB Bau Potsdam, Genosse S[...] (wurde) auf Grund ungeprüfter Anschuldigungen und inoffizieller Ermittlungen ... inhaftiert ... die Ermittlungen (wurden) ein ¼ Jahr hinausgeschleppt. Seine Verhaftung widersprach dem Rechtspflegeerlaß des Staatsrates. Er mußte freigesprochen werden ... Formales, administratives Vorgehen zeigt sich in vielen Bezirken auch bei der Klärung von Norm- und Lohnfragen ... Im Bezirk Erfurt sind auf Grund dieser Arbeitsweise in fast allen Kreisen Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen.“

Juch konstatierte in allen Bezirken ein Nachlassen des Kampfes gegen das Konsumieren von Westsendern und arbeitete sich an skurrilen Beispielen ab: „In Großwelsbach mußte eine Aktivtagung der Nationalen Front ausfallen, weil an diesem Abend im Westfernsehen ein Kriminalfilm gezeigt wurde. Im VEB Deutal Treffurt (Sperrgebiet) verließen fast alle

134 Bericht der BPKK Magdeburg an die ZPKK vom 6.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 257ff.

135 Bericht der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 8.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 277ff.

Angehörigen des Betriebes die 2. Schicht 30 Minuten früher, um zu der Krimiserie 'Ein Fall für Koki' im westlichen Fernsehen zurechtzukommen ... Im Kulturraum der LPG Typ III in Altmersleben, Kreis Kalbe/Milde wurde das Westfernsehen 2 Jahre lang organisiert durchgeführt ... Dann beschloß der Vorstand einfach, den Fernsehapparat zu verkaufen. Er glaubte, mit dieser administrativen Maßnahme die ideologischen Fragen lösen zu können.“ Zu den in allen Bezirken verstärkt auftretenden Parteiaustritten erklärte Juch: „Viele dieser Genossen ... sind nicht einverstanden mit den Maßnahmen von Partei und Regierung, die sich zur Sicherung der DDR notwendig machten.“ Eine sich neu andeutende Tendenz, mit der die Parteikontrollorgane später vermehrt befaßt waren, beschrieb Juch so: „Der bisherige Parteisekretär der LPG Schmiedeberg, Kr[ei]s Angermünde, ... lehnte seine Wiederwahl ab, weil für ihn jetzt alle sozialen Probleme – ein eigenes Haus, Auto usw. – gelöst sind ... Parteiverfahren wegen krimineller Delikte ... sind nach wie vor verhältnismäßig hoch ... Zu einem großen Teil handelt es sich dabei um ... Parteimitglieder, die ein verhältnismäßig hohes Einkommen haben.“¹³⁶

Es ist auffällig, daß seit Anfang 1964 in den zentralen Anleitungen der ZPKK die vertraulichen Informationen über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage ein wachsendes Gewicht beanspruchten. Infolge der zunehmenden Komplexität der Probleme und Widersprüche ging man in der ZPKK richtigerweise davon aus, daß ein fehlerarmes Agieren der nachgeordneten Parteikontrollorgane mehr und mehr vom richtigen Verständnis der gerade geltenden politischen Maßgaben abhing. Da solche Maßgaben immer seltener auch öffentlich verkündet werden konnten, vermitteln die internen Informationen der ZPKK zur allgemeinen politischen Lage mitunter höchst interessante Einblicke in die Leitlinien politischer Entscheidungsfindung und die Kriterien der Lagebeurteilung auf höchster Ebene, die sich noch nicht einmal in den Dokumenten des Politbüros und des Sekretariats abbilden konnten. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür ist die ZPKK-Arbeitstagung vom 8. Juli 1964 mit den Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollorgane.

Trotz der vielfach nicht gerade zuversichtlich stimmenden Berichte aus dem Alltag der Parteikontrolle schwang sich Hermann Matern in seinem Referat auf dieser Arbeitstagung zu dem für jene Jahre typischen Gestus des historischen Optimismus auf, der erstmals in der Geschichte des Landes nicht ganz unbegründet zu sein schien: Die ursprünglichen Befürchtungen in der DDR und bei befreundeten sozialistischen Ländern wegen des Tempos der Vergesellschaftung in der Landwirtschaft hätten sich nun als unbegründet erwiesen. Die Landwirtschaft entwickle sich in schnellem Tempo und der 13. August habe Stabilität und die Ausschaltung von Störungen gebracht, die von Westdeutschland ausgingen. Zum brennenden Thema des ideologischen Kampfes erklärte Matern ausgehend von den Erfolgen der SED:

„Ich erinnere an den Vorschlag vom Genossen Ulbricht in Bitterfeld, einen Zeitungsaustausch mit Westdeutschland zu machen – das hätten wir vor einigen Jahren noch nicht machen können – jetzt machen wir es. Ein paar Jahre weiter werden wir wahrscheinlich noch ganz andere Vorschläge machen können. Das hängt ... naturgemäß mit der politisch-ökonomischen Entwicklung zusammen. Ihre Störungen werden jetzt weitgehend ausgeschaltet, sie sind aber immer noch durch den Interzonenhandel vorhanden ... Bonn hat [auf den Vorschlag des Zeitungsaustauschs] ... ablehnend reagiert. Sie haben gesagt, können wir nicht. Die SED ist in West-

136 Text von Heinz Juch (ZPKK) vom 26.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 1ff.

deutschland verboten ... auch die Kommunistische Partei, auch ihre Zeitungen sind verboten ... Sie müssen Gesetze ändern, wenn sie mit der 'Sowjetzone' ... Zeitungs-austausch machen wollen. Das heißt, der Genosse Ulbricht hat (sie) mit seinem Vorschlag ... völlig durcheinander gebracht ... Es ist doch klar, wir sagen doch nicht, wenn wir unsere Zeitungen dort verbreiten können, dann verbreiten wir auch eure aus Objektivität, sondern das ist doch ein Kampf wer – wen! Und keine Frage der Objektivität ... Wir wären doch Trottel, wenn wir nicht nach Westdeutschland mit allen möglichen Mitteln arbeiten würden ... Was ist jetzt unsere Aufgabe? Aufzupassen, daß ihre Einflüsse bei uns nicht wirksam werden ... Ich behaupte, das Drehen der Antennen nach dem Westen ist eine Kapitulation. Das dürfen wir doch nicht zulassen. Eigenartig, ... bei uns wird jetzt nicht davon geredet. Wir hatten mal so eine Tour, da wurden die Kanäle rausgenommen aus dem Apparat. Das hat zwar keinen Sinn, aber das wurde gemacht ... Aber einen politisch-ideologischen Kampf ... mit diesen Aufgeweichten, den haben wir nicht ... Ich weiß nicht, ob die Genossen in der ideologischen Kommission es richtig verstanden haben, daß sie nicht bloß Theoretiker sind, sondern daß sie auch den politischen Kampf leiten müssen ... Darum geht es. Wir haben zwei Staaten mit völlig verschiedenen Gesellschaftsordnungen, die bestehen nebeneinander ... Ich meine, lange können wir nicht ... so nebeneinander bestehen ... Wir müssen also verstehen, daß unsere ganze Arbeit und alle unsere Maßnahmen [darauf] ausgerichtet sein müssen, die Positionen bei uns ... und die Positionen in der Arbeiterklasse und der Friedens- und Fortschrittskräfte in Westdeutschland zu stärken.“

Matern gab auch bemerkenswerte Informationen über die Weiterungen des andauernden Konflikts mit China preis. Das Wortprotokoll seiner Rede ermöglicht einen außerordentlich interessanten Einblick in die wirkliche Sicht der Lage durch die SED-Führung und verrät den bemerkenswerten Grad an Nüchternheit, mit der sie die politischen Handlungsspielräume der neuen Sphäre „sozialistische Innenpolitik im internationalen Maßstab“ auslotete. Daß Matern diese Einsichten auf der Ebene der Bezirkskontrolleure zu teilen bereit war, gehörte nicht zu den alltäglichen Erscheinungen: „Ich möchte einiges über die Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung sagen. Aber Genossen, das ist eine Information, über die man natürlich draußen nicht diskutieren soll. Jedenfalls nicht so, wie ich das hier tue.“ Matern listete daraufhin in kommentierter Form eine komplette Liste aller unter chinesischen Einfluß geratenen kommunistischen Parteien auf und erklärte dann:

„Die Chinesen ... wollen jetzt Zeit gewinnen. Sie wollen keine internationale Konferenz ... Wir sind ... der Meinung, daß man die Konferenz gründlich vorbereiten muß, ... wobei ich der Meinung bin, daß wir eine solche Entschließung wie 1960 wahrscheinlich nicht mehr zustande bringen. Wir werden uns in der Hauptsache verständigen können über die Grundfragen ... aber ... bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete taktische Fragen, die kann man wahrscheinlich nur für eine Gruppe von Staaten oder Parteien machen, aber nicht mehr für alle ... Der prinzipielle ideologische Kampf gegen die Auffassung und die Politik der Führer der KP Chinas muß durch die öffentliche Darlegung der Politik unserer Partei weitergeführt werden ... Es (gibt) Vorstellungen von Genossen, daß man eigentlich alles veröffentlichen müßte, um objektiv zu sein ... Ich möchte die Frage prinzipiell stellen. Genossen, verdient die Führung unserer Partei Vertrauen oder nicht? Wenn die Parteiführung sagt, so ist das, dann genügt das einigen nicht, sie wollen das Chinesische auch noch haben ...

Wer jetzt sagt, er will alles selber lesen, der sagt also, die Parteiführung sagt nicht die Wahrheit – oder was sonst? ... Dann gibt es also solche Fragestellung: Gehört China zum sozialistischen Lager? Selbstverständlich, zu was denn sonst? Sie haben dabei eine falsche Vorstellung. Die chinesischen Führer glauben, sie könnten die ganzen Schwierigkeiten durch einen Krieg überspringen ... Die Frage, ob es durch die Politik der chinesischen Führer zum Weltkrieg kommen kann – das kann sein, aber ich glaube es nicht. Oder aber es müßten in Amerika Verrückte an die Macht kommen ... selbstverständlich gibt es keinen Krieg zwischen den sozialistischen Ländern ... Nicht China ist die Hauptgefahr – der Imperialismus.“

Matern erklärte, man könne nicht von einer „gelben Gefahr“ sprechen. „Es ist ... klar, auch wenn bei uns in der Partei darüber nicht viel gesprochen wird, so bin ich doch der Meinung, daß viele Genossen sich über diese Dinge Gedanken machen und darüber auch an allen möglichen Stellen diskutieren ... Bei uns kann hier und da so ein Querkopf auftreten, der auch in bestimmten Kreisen Verwirrung schaffen kann – siehe Havemann. Trotzdem ich bei Havemann der Meinung bin, da steckt eine ganze Menge mehr [da]hinter als nur Abweichung.“

Nicht weniger bemerkenswert waren Materns Ausführungen zur wirtschaftlichen Kooperation der sozialistischen Länder: Die Entwicklung im RGW „geht ... sehr viel langsamer, als wir uns das manchmal gedacht haben.“ Die imperialistischen Länder (USA, Westdeutschland) hätten versucht, neben der Embargo-Politik und während der Verwirklichung der Beschlüsse der RGW-Ratskonferenz vom Juni 1962, wo die Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung umrissen wurden, auf zentrifugale nationalistische Kräfte zu setzen. Dazu hätten sie zum Beispiel ihre Handelspolitik mit einzelnen sozialistischen Ländern (etwa mit Bulgarien) auf die Nachfrage jener (Industrie-)Produkte konzentriert, an deren (weiterer) Produktion der RGW (gemäß obiger Beschlüsse) nicht mehr interessiert sei.

Zum internationalen Klassenkampfgeschehen bemerkte Matern, in den USA konkurrierten die Kennedy-Johnson-Linie (eine flexible Politik der Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten zur Aufweichung der sozialistischen Länder) und die Goldwater-Linie (Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten, um den Kommunismus zu schlagen). Der Besuch Ulbrichts in der UdSSR und das im Juni 1964 geschlossene Freundschafts- und Beistandsabkommen demütigte Spekulationen über eine eventuelle Vereinnahmung oder den Verkauf der DDR als Unsinn.

Abschließend bekräftigte Matern die aktuell gegen Überspitzungen gerichtete Linie der Parteikontrollpolitik: „Es gibt eine Menge ... Fälle ..., wo ... Mitglieder der Partei nicht richtig behandelt werden. Mit den Menschen richtig umgehen, ... daß man immer solange er nicht ausgeschlossen ist, das Mitglied der Partei sehen muß ... Das dürfen wir auch bei den notwendigen Auseinandersetzungen nicht vergessen ... Wir müssen darauf achten, wie im Verlauf der Zeit die Spaltertätigkeit der chinesischen Führer auf manche Genossen wirkt. Das tritt meistens in Erscheinung bei Intellektuellen und bei Kulturschaffenden. Aber das gibt es auch bei Arbeitern ... darauf zu achten, daß mit den Menschen und den Parteimitgliedern richtig umgegangen wird, daß keine überspitzten Maßnahmen beschlossen werden, aber daß wir doch dafür sorgen, daß in der Partei die vorhandene Einheit nicht nur erhalten bleibt, sondern sie sich noch weiterentwickelt und festigt.“

Erich Ament ergänzte die Sicht der ZPKK auf den Stand des Kampfes gegen Dogmatismus und Sektierertum in der Partei: Da immer noch und immer wieder in manchen Grund-

organisationen eine falsche Arbeitsweise mit den Menschen, insbesondere sektiererisches und engherziges Verhalten von Parteifunktionären zu beobachten sei, stelle sich die Frage, „ob die bis jetzt gegen diese Erscheinungen angewandten Maßnahmen und Methoden ausreichen ... Ich denke ..., daß man in bestimmten Fällen, wo von Funktionären und Leitungen solche Prinzipien grob verletzt wurden, die erforderliche Korrektur [Parteistrafe] in der Presse veröffentlicht.“ Ament verwies auch auf das sich in der SED immer deutlicher als gravierend herausbildende Problem der Verletzung der Parteimoral in Form krimineller Eigentumsdelikte, besonders im Handel, in Gaststätten und in den Kassenverwaltungen namentlich gesellschaftlicher Organisationen, wo der Umgang mit Geld eine größere Rolle spiele. Eine Ursache seien überhöhte Anforderungen wegen der kostspieligen Lebensweise von Verantwortungsträgern oder eine angenommene Perspektivlosigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, wie die BPKK Schwerin sicher zu Recht, aber ohne Beweise vermute.

Erhard Neubert übte für die BPKK Dresden Selbstkritik wegen der Unterbewertung des Kampfes gegen den falschen Umgang mit den Menschen. Als Beispiel nannte er die Parteientfremdung von 8 Genossen der GO Gaswerk Dresden-Heidenau, die wegen der Unterdrückung der Kritik und von Produktionsverbesserungsvorschlägen durch die Werkleitung aus der SED austreten wollten. Auf solchem Boden entwickelte sich dann sogar parteifeindliche Ideologie und Resignation. Ein Mitglied der BPKK Halle berichtete, daß der Parteisekretär des VEB Straßenbau Halle mit Rückendeckung des verantwortlichen Genossen des Büros für Industrie und Bauwesen aus dem Apparat der Bezirksleitung gegen drei Genossen der Partei- und Werkleitung in einer Leitungssitzung die unsachliche Beschuldigung der Fraktionsmacherei gegen die Parteilinie in der Frage der Prämierung erhob. Die Stellungnahme der diese Beschuldigung zurückweisenden Genossen wurde nicht geprüft und der verantwortliche Genosse des Büros für Industrie und Bauwesen veranlaßte in der Pause der Wahlberichtsversammlung, daß die Ablösung der 3 Genossen von ihren Funktionen gefordert wurde, was dann auch geschehen sei. Richard Eyermann (Kandidat der ZPKK und Vorsitzender der BPKK Magdeburg) berichtete zur Streiksituation im Bezirk über zahlreiche Arbeitsniederlegungen von Traktoristen in LPGen des Bezirks wegen ihrer Entlohnung. Zum Anstieg der Straftaten teilte Eyermann mit, daß in 13 von 21 Kreisen eine Zunahme der Parteiverfahren wegen krimineller Delikte vorläge. 1962 seien deshalb 217 und 1963 154 Genossen zur Verantwortung gezogen worden. Zur Diskussion über China berichtete Eyermann, in den Schulparteiorganisationen müßten die Lehrer mit der Tatsache fertig werden, daß im neuen Lehrbuch von 1960, aus dem ohne Überarbeitung nur einige Abschnitte über China aus dem alten Lehrbuch von 1959, das sich noch in den Händen der Lehrer und Schüler befindet, herausgenommen wurden. Dies beträfe die Abschnitte über die Volkskommunen und den „großen Sprung“. Manchmal unterrichteten die Lehrer nach dem alten Buch und würden von den Kindern darauf hingewiesen, daß dies nicht mehr stimme. Die Lehrer in den Schul-Parteiorganisationen Schönebeck und Möser (Kreis Burg) seien den Fragen der Schüler, die Westsender hören, hinsichtlich China hilflos ausgeliefert. Als nach Kenntnisnahme des Protokolls einer Diskussion darüber in der PO-Mitgliederversammlung durch die KL gleich die KPKK bei ihnen erschien, „haben (sie) erklärt, das ist das erste Mal, daß eine übergeordnete Parteileitung so schnell reagiert, wenn sie ein Protokoll an die Kreisleitung schicken.“ In der Tendenz sagten besonders viele alte Genossen, die bereits die Frage des Personenkults unter Stalin nicht akzeptierten, Mao mache wie ehemals auch Stalin die richtige Politik. Die SU und die sozialistischen Länder sähen zu, wie in Afrika und an-

dern Ländern Hunderttausende an Hunger sterben und jene, die mit Waffen um die Befreiung kämpfen, durch blutige Kriege niedergehalten würden. Anstatt ihnen durch Waffen zu helfen, scheuten die sozialistischen Länder den Kampf für die Vernichtung des Weltimperialismus.¹³⁷

Ernst Altenkirch sagte in seinem Schlußwort dazu: „Heute müssen wir erleben, daß ... Genossen, die sich Kommunisten nennen, die eine kommunistische Erziehung genossen haben, geschult und gestärkt im Klassenkampf sind, ... in bestimmten Fragen nicht mehr übereinstimmen mit der Politik ... der Mehrheit der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Nun, da soll nicht der eine oder andere Genosse manchmal in Zweifel geraten ...? Das ist doch verständlich. So muß man ... die Dinge ... vom Standpunkt der Erziehung ... sehen. Selbstverständlich kann dabei das eine oder andere Mitglied sich zu einem Gegner entwickeln ... Es kann sein, daß man sich tatsächlich von ihm trennen muß.“¹³⁸

3.3. Der Fall Havemann und die Kontrolle der Auswirkungen in der SED

Die Wolken über Robert Havemann begannen sich bereits Ende 1963 zusammenzuziehen. Havemann war ordentlicher Professor und Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Humboldt-Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie und korrespondierendes Mitglied der DAW. Infolge der Kontroversen über seinen Vortrag auf der Leipziger Tagung „Die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts“ im September 1962 und wegen einiger von Havemann in diesem Zusammenhang begangenen Regelverletzungen wurde er Ende August 1963 nach Interventionen Paul Verners (1. Sekretär der Berliner BL) bei Kurt Hager (ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur) aus der Universitätsparteileitung ausgeschlossen. Im Oktober 1963 begann Robert Havemann an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Vorlesungsserie. Er distanzierte sich in dieser Vorlesungsreihe über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ vom Oktober 1963 bis Januar 1964 unter anderem von antimarxistischen Vulgarisierungen in der offiziellen Sichtweise auf die stalinistische Periode.¹³⁹ Er fragte als Marxist konsequenterweise nach systemimmanenten Entstehungszusammenhängen dieser Periode jenseits der politisch feigen Formel vom „Personenkult“ und verwies darauf, daß Sozialismus ohne Demokratie nicht zu realisieren sei.

Dieses Unternehmen ordnete sich sowohl in die sehr kreative internationale antidogmatische Debatte von Marxisten in Frankreich (Roger Garaudy), Österreich (Ernst Fischer und

137 Am 27. Juli 1964 ergänzte die BPKK Magdeburg diese Angaben Eyemanns bei der ZPKK-Arbeitstagung in ihrem „Bericht über Abweichungen in bezug auf die Spaltertätigkeit der Führer der KP Chinas unter besonderer Berücksichtigung der Lage in den Schul-Parteiorganisationen“. In der POS „Karl-Liebknecht“ Schönebeck erklärten demnach einige Lehrer: „Wir sind vorsichtig geworden, weil früher alles [zu den Meinungsverschiedenheiten] unterdrückt wurde.“ Eyermann erklärte zum Aufschwung der Genossen, die mit den Beschlüssen des XX. und XXII. Parteitag der KPdSU nicht zurechtkamen, nach wie vor Stalins Politik für richtig hielten, daher auch die Auffassungen Mao's teilen und die Veröffentlichung der chinesischen Positionen forderten: „Diese Parteimitglieder wollen nicht begreifen, daß die marxistisch-leninistischen Kampfparteien noch nie Verleumdungen gegen sich selbst veröffentlicht haben.“ SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/115, Bl. 102ff.

138 Protokoll der Arbeitstagung der ZPKK mit den BPKK am 8.7.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/11, Bl. 9ff.

139 Vgl. Robert Havemann, *Dialektik ohne Dogma?*, Hamburg 1964.

Franz Marek), Italien (Palmiro Togliatti), Polen (Adam Schaff und Leszek Kolakowski) und der ČSSR (Eduard Goldstücker), als auch in das gerade relativ offene politische Klima der Diskussion um Kunst, Literatur und Wissenschaft in der DDR ein.¹⁴⁰ Gerade war im „Jugendkommuniqué“ des Politbüros vom 17. September 1963 zur Beendigung der Denunziation „unbequemer Fragen“ insbesondere Jugendlicher als „Provokation“ aufgerufen und das selbständige Denken im Ringen um neue wissenschaftliche Erkenntnisse betont worden.¹⁴¹ Ulbricht selbst kritisierte Paul Verner auf einer Tagung der Berliner BL am 18. November 1963 wegen seiner administrativen Methoden des Abwürgens „geistig-kulturellen Lebens“.¹⁴² Doch wenn solche Freiräume etwa durch Vorlesungen wie denen von Havemann ausgefüllt wurden, war dies für die „Einheit und Reinheit der Partei“ nicht unproblematisch. Aber die angemahnte kreative Atmosphäre war für den ernsthaft betriebenen reformerischen Aufbruch mit seinem Zentrum der Wirtschaftsreform NÖSPL eine notwendige Komponente der Parteiführungsstrategie. Ulbricht forderte im Dezember 1963 auf einer PB-Sitzung in seinem Redebeitrag zu Verners Bericht „über die Maßnahmen, die sich aus der Bezirksleitungsitzung Berlin ergeben“ an die Adresse der Berliner BL:

„Aus normalen Fragen macht man 'heiße Eisen'. Die Lyrikabende z.B. haben geholfen, dann hat man wieder aufgehört, weil man die Gedichte nicht überprüfen konnte. Nun, jetzt hat man wieder angefangen. Aber können wir nicht übergehen zu einem normalen politischen Leben in der Hauptstadt. Ich war ... im Maxim-Gorki-Theater. Nach der Vorstellung organisieren sie dort Aussprachen mit den Besuchern. Das, was die Leute dort sagen, das würde ich mir als Sekretär von Berlin aufschreiben lassen und darüber berichten, dann haben wir in solchen Diskussionen die ganzen Probleme der menschlichen Beziehungen drin. Man muß doch eine solche Massensarbeit machen, die zum normalen Leben gehört. In den Klubs muß man solche interessanten Aussprachen machen. Ich bin dafür, daß die Abteilung Parteiorgane feststellt, welche Veranstaltungen in den Bezirken stattfinden, welche Wissenschaftler dort sprechen. Ihr müßt in Berlin das geistige Leben organisieren, sonst wird euch das der Havemann organisieren. Wenn Havemann solche Sachen organisiert, dann kann sich die ZPKK damit befassen, wenn ihr aber nicht das geistige Leben organisiert, dann werden wir euch kritisieren. Das gilt auch für die Ideologische Kommission. Alle Bedingungen sind da, die Probleme sind im wesentlichen klar, hemmen tut uns nur der Bürokratismus.“¹⁴³

Ermutigt von solchen Tönen griff die UPL mit seinem Sekretär Werner Tzschoppe an der Spitze Paul Verner an und die PO der Chemiker an der HU forderte im Dezember 1963 die Wiedereinsetzung Havemanns in die UPL. Nun war der Bogen überspannt und mit Duldung Ulbrichts griff Hagers ZK-Abteilung Wissenschaft durch. Die publizistische Kampagne gegen den bekennenden Kommunisten Robert Havemann im Zentralorgan „Neues Deutschland“ und in der Studentenzeitschrift „Forum“ hatte noch während der Vorlesungsreihe begonnen. Sie wurde in parteioffizieller Gestalt mit Angriffen Horst Sindermanns und Hanna Wolfs auf der 5. ZK-Tagung im Februar 1964 und Revisionismusanlagen Kurt

140 Vgl. Silvia Müller/Bernd Florath (Hg.), Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften, Berlin 1996, S. 21 ff.

141 Kommuniqué des Politbüros der SED vom 17. September 1963 „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“, Dokumente der SED, Band IX, Berlin 1965, S. 679 ff.

142 Müller/Florath, Havemann, a.a.O., S. 25.

143 Protokoll der Politbürositzung vom 2.12.63, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/A 1001.

Hagers auf einer Aktivtagung der Humboldt-Universität fortgesetzt. Unter dem Druck der Berliner Bezirksleitung erfolgte am 3. Februar 1964 die Absetzung Tzschoppes als Parteisekretär. Auf der 5. ZK-Tagung am 5. bis 7. Februar 1964, welche einerseits bekräftigte, daß Dogmatismus und Bürokratismus auch in der Wissenschaft unvereinbar seien mit der Durchführung des NÖSPL, wurden andererseits die Auffassungen Havemanns ebenso wie Positionen einiger marxistischer Philosophen im Zusammenhang mit der 1963 in Prag absolvierten „Kafka-Konferenz“ als Revisionismus stigmatisiert. Die Absetzung der Vorlesungen Havemanns traf auf den Widerspruch von Wolfgang Heise und der GO der Chemiker an der HU sowie vieler Studenten und Angehöriger des Lehrkörpers.¹⁴⁴

Die ersten Probleme ergaben sich zu Zeiten relativer Ruhe an klassenkämpferischen Fronten und während des kreativen Reformaufbruchs der Partei also wieder folgerichtig in der Kultur und der Wissenschaft. Soweit sich Disziplinierungen kampagnenhaft gegen Personen richteten, war das Vorgehen gegen Robert Havemann beispielhaft – nicht so sehr wegen der Schärfe dieses Vorgehens, sondern als Beispiel für die neuen Randbedingungen parteipolitischer Repression. Unter Ausnutzung des Vorwands eines Interviews Havemanns für das „Hamburger Echo“ beschloß das ZK-Sekretariat am 12. März 1964 seine Ablösung als Fachrichtungsleiter und Abberufung als ordentlicher Professor mit Lehrstuhl an der Humboldt-Universität. Ein Parteiverfahren gegen Havemann an der HU mit anschließender demonstrativer Parteiaktivtagung zur Beschlußbegründung und zwecks Produktion affirmativer Stellungnahme in dieser Sache wurde ebenso angeordnet, wie die entsprechende Parteiversammlung der Grundorganisation Chemie. Verbunden wurde dies mit einschlägigen von Hager zu veranlassenden Pressemitteilungen.¹⁴⁵ Am 12. März wurde Havemann durch den Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen seine fristlose Entlassung mitgeteilt. Die Begründung des Staatssekretärs für die Entlassung (die eigentlich nur dem Rektor zustand) lautete Verletzung der Treuepflicht; die Begründung für das Parteiverfahren vor der UPL mit dem Ergebnis seines Parteiausschlusses am gleichen Tag war statutenwidriges Verhalten. Der Sekretariatsbeschluß ist am 17. März vom Politbüro bestätigt worden.¹⁴⁶ Das Sekretariat des ZK bestätigt in seiner Sitzung am 16. Juli 1964 auch die Ablehnung des Einspruchs Havemanns gegen seinen Parteiausschluß vom 13. März 1964 durch die ZPKK. Daß deren Beschluß und die Begründung an alle Bezirks- und Kreisleitungen zu übersenden waren, belegt die Bedeutung, welche der Angelegenheit durch die Parteiführung eingeräumt wurde: Der Fall Havemann sollte zum Maßstab für die Grenzen jener undogmatischen Kreativität werden, welche Ulbricht so nachdrücklich einforderte. Die ZPKK bescheinigte Havemann in ihrem Beschluß vom 24.6.1964 parteifeindliches Verhalten, wobei vor allem seine geplante Publikationstätigkeit in der BRD ins Gewicht fiel. Tatsächlich aber werden die Wirkungen von ihm gehaltener Vorlesungen an der Humboldt-Universität für sehr viel gefährlicher eingeschätzt worden sein. In der dem Sekretariatsbeschluß beigefügten Information über die Aussprachen mit Havemann hieß es zu seinen „offenen und versteckten Angriffen gegen die Linie und Beschlüsse der Partei“: „Diese fortgesetzten Angriffe beziehen sich auf die Wirtschafts- und Kulturpolitik der Partei und auf Grundfragen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ... Bereits 1956, zur Zeit der Ungarn-Ereignisse, vertrat er parteifeindliche Auffassungen. Er meinte damals: 'Die Ereignisse in Ungarn und Polen würden lehren, daß die Volksmassen nach Demokratisierung drängen. Sollte die Par-

144 Müller/Florath, Havemann, a.a.O., S. 28ff.

145 Protokoll der Sekretariatsitzung vom 12.3.64, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/958.

146 Protokoll der Politbürositzung vom 17.3.64, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/924.

tei das zu bremsen versuchen, wird sie von den Massen getrieben und über diese Bremser (die Partei) wird die Geschichte hinweggehen.“ Zu Havemanns Würdigung von Ulbrichts Äußerungen auf dem 5. ZK-Plenum als „den bedeutendsten Schritt zur Überwindung der starren ökonomischen Prinzipien der Stalin-Ära“ hieß es: „Der Sinn seiner Darlegungen liegt einerseits in der Rechtfertigung seiner bisher vertretenen Ansichten und andererseits im Versuch, der Parteiführung zu unterstellen, daß sie sich mit den auf dem 5. Plenum gefaßten Beschlüssen praktisch seinem Standpunkt angleicht.“ Zusätzlich legte das Sekretariat Wert auf die Sicherung der Abberufung Havemanns als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie der DAW und die ideologische Bearbeitung der Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie.¹⁴⁷ Ebenso wurde schließlich rechtswidrig seine Streichung aus der Mitgliederliste der Akademie verfügt.¹⁴⁸ Hier sollte die gesellschaftliche und politische Isolierung durch Berufsbehinderungen und Berufsverbote, früher als selbstverständliche, aber eher ergänzende oder flankierende Maßnahme bereits üblich, zum Hauptinstrument der Repression werden, wenn die politischen Unkosten einer Inhaftierung zu hoch schienen. Mit dem Lehr-, Forschungs- und Hausverbot für Havemann an wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR wurde ein Prozeß eingeleitet, in dessen Verlauf sich das verhängte Berufsverbot später in den siebziger Jahren sogar zu dem Versuch der kompletten Isolierung des unbeugsamen Wissenschaftlers in Gestalt eines Hausarrests steigerte.

Nun war es Sache der Parteikontrollorgane, besonders an den Universitäten, Hochschulen und Schulen die Wirkung der Abstrafung Havemanns daraufhin zu kontrollieren, ob der angestrebte Zweck erreicht würde. Andererseits waren sich möglicherweise hervorwagende Sympathisanten „parteimäßig“ gleich mit zu behandeln. Die Gelegenheit dafür erschien außerordentlich günstig, da eine gefährliche Welle der Empörung nicht zu erwarten war und man schon 1956–58 gelernt hatte, daß selbst eine (unwahrscheinliche) singuläre „Intellektuellenrevolte“ ohne Hineinwirken in die Arbeiterschaft oder andere Teile der Bevölkerung leicht niederzuhalten war.

Die BPKK Rostock berichtete am 7. April 1964 der ZPKK, daß der Direktor des Instituts für Gerichtsmedizin der Universität Greifswald und ein Genosse der GO Hauptmechanik der Neptunwerft Havemann verteidigten. Dabei sei ersterer mit einer feindlichen Plattform aufgetreten, die vom Studentenforum gebilligt worden wäre. Die BPKK kündigte eine Klärung an.¹⁴⁹ Während die BPKK Halle am 16. April 1964 noch wenig Diskussionen zur Havemann-Sache (noch am stärksten im akademischen Bereich) meldete,¹⁵⁰ berichtete die BPKK Dresden einen Monat später eine Verstärkung der Diskussionen über seine Abberufung als Hochschullehrer seitens der Studenten an der TU Dresden: Man hätte noch nicht einmal die Freiheit, Havemanns Äußerungen selbst auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, weil diese systematisch verschwiegen würden, womit sich zeige, daß Havemann mit seinen Auffassungen Recht habe (APO I, Technologie). Andere Genossen der TU meinten, ein Havemann-Artikel von Dr. Horst Wessel sei unwissenschaftlich und ignoriere die Verdienste von Havemann beim Kampf gegen den Faschismus und den westdeutschen Imperialis-

147 Protokoll der Sekretariatssitzung vom 16.7.64, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/994.

148 Das Szenario der Entlassung Havemanns aus der Akademie der Wissenschaften, dessen Durchführung sich bis zum März 1966 hinzog, ist nachzulesen bei Silvia Müller, Ein „akademie-internes“ Szenario, in: Müller/Florath, Havemann, a.a.O., S. 41ff.

149 Bericht der BPKK Rostock an die ZPKK vom 7.4.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 290ff.

150 Bericht der BPKK Halle an die ZPKK vom 16.4.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 175ff.

mus. Er solle nun fertiggemacht werden. Der Bericht vermerkte, die Havemann-Diskussion betreffe aber nicht die Masse der Studenten.¹⁵¹

Am 25. April 1964 bilanzierte der Vorsitzende der BPKK Berlin, Paul Behring, für die ZPKK „die Auswirkung der revisionistischen Tätigkeit Havemanns in der Berliner Parteiorganisation“. Havemanns Kampf gegen die Grundlagen des dialektischen und historischen Materialismus und gegen die Politik der Partei unter der Flagge des Kampfes gegen den Dogmatismus und Tzschoppes direkt gegen das Sekretariat der BL Berlin gerichteter Kampf hatte den Parteiausschluß von Havemann und die Funktionsenthebung von Tzschoppe zur Folge. Das Parteiverfahren der BPKK Berlin habe eine fraktionelle Tätigkeit des Genossen Tzschoppe in Richtung einer Arbeitsteilung von Havemann und Tzschoppe ergeben: Tzschoppe habe die Möglichkeit des Abhaltens von Lektionen „des Havemann“ gesichert und die Verhinderung des Kampfes der Partei dagegen organisiert. Es gäbe vielerorts kein Einverständnis mit den ergriffenen Maßnahmen. An der GO Chemie der HU liefen zur Zeit 10 Parteiverfahren. Ein Parteiausschluß an der Deutschen Hochschule für Musik sei wegen kulturpolitisch-ideologischer Abweichungen ergangen und nach Informationen der KPKK Treptow gäbe es Auseinandersetzungen mit zwei parteifeindlichen Strömungen an der PO des Forschungszentrums Adlershof im Institut für Foto-Chemie sowie im Institut für Katalyse-Forschung wegen deren Parteinahme für Havemann. Die APO Dramatische Kunst äußerte den Wunsch nach Aussprachen über Havemann und über die Kafka-Diskussion in Prag. Insgesamt erfasse die Diskussion über den Fall Havemann meist nur Kreise der Intelligenz.¹⁵²

Die BPKK Karl-Marx-Stadt berichtete der ZPKK am 27. Mai 1964, es gäbe in letzter Zeit Beispiele dafür, daß gemäßregelte (ehemalige) Mitglieder oder/und Funktionäre der Partei eine verdeckte Geschäftigkeit entwickeln bzw. aus der KPD ausgeschlossene trotzkistische oder sonstige undurchsichtige Elemente versuchen, in die Partei zu kommen. Über Havemann gäbe es kaum Diskussionen in Betrieben und in der Landwirtschaft; einzelne Diskussionen fänden in Stadtparteiorganisationen, wissenschaftlichen Instituten und Künstlerverbänden statt. Polen und die ČSSR würden als Länder mit größerer künstlerischer Freiheit angesehen. Es wurde von zwei Genossen der GO Bildende Künstler gegen Entschließungen zu falschen Auffassungen des Genossen Fritz Cremer gestimmt. Forderungen nach größerer Freiheit erhoben Künstler der Plauener Bühne.¹⁵³

Die BPKK Erfurt erfuhr gemäß ihrem Bericht vom 28. Mai 1964 von der KPKK Weimar, daß Schriften Havemanns an Professoren und Dozenten der Franz-Liszt-Hochschule Weimar nach den Vermutungen der Sicherheitsorgane an deren Privatadressen geschickt worden seien. In Sondershausen und Eisenach gäbe es im Oberschulbereich bei Lehrern zustimmende Äußerungen zu Havemanns Freiheitsbegriff und außerdem Kritik an seinem Parteiausschluß.¹⁵⁴

Die BPKK Potsdam wußte der ZPKK am 8. Juni 1964 zu berichten, daß ein Genosse aus dem Bereich Materialwirtschaft der Verkehrsbetriebe Potsdam erklärte: „Wie kann man einen alten, verdienten Genossen, wie den Genossen Havemann aus der Partei ausschließen,

151 Bericht der BPKK Dresden an die ZPKK vom 15.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 83ff.

152 Bericht der BPKK Berlin (Behring) an die ZPKK vom 27.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 41ff.

153 Bericht der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 27.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 205ff.

154 Bericht der BPKK Erfurt an die ZPKK vom 28.5.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 94ff.

nur weil er eine andere Meinung hat als das ZK. Genauso verhält es sich im Großen zwischen China und der KPdSU.“¹⁵⁵

Die BPKK Halle gab der ZPKK am 19. Juni 1964 eine „informativische Einschätzung“ unter anderem zu Havemann und Fritz Cremer. Es hieß, die falschen Auffassungen Havemanns und Cremers fänden im allgemeinen wenig Widerhall. Diskussionen gäbe es nur bei der naturwissenschaftlichen, künstlerischen und pädagogischen Intelligenz. Die beiden Tendenzen wären Unverständnis für die lange Geduld der Partei mit Havemann und andererseits eine Verniedlichung seiner revisionistischen Auffassungen. Es gäbe auch Tendenzen der Solidarisierung mit Havemann und seinen Ansichten sowie die Einschätzung seines Partiausschlusses als Akt der Intoleranz (Martin-Luther-Universität). In einigen Chemiebetrieben hieß es: „Die Maßnahmen gegen Havemann beweisen einmal mehr, daß es in der DDR keine Redefreiheit gibt“ (Arbeiter im Betonwerk Gölzau) und „Havemann müßte man ein Werturteil über den Freiheitsbegriff zugestehen, denn er habe ja schließlich 12 Jahre lang als Kommunist den Hals in der Schlinge gehabt.“ Zu Fritz Cremer hieß es im Bericht der BPKK:

*„Ein Teil der bildenden Künstler (erkennt) nicht die Tragweite der Haltung des Genossen Krämer [d. i. Fritz Cremer] auf dem letzten Kongreß des Verbandes bildender Künstler ... Es werden Entschuldigungen gebracht, wie, ... er habe nicht die Absicht gehabt, gegen die Partei aufzutreten, sondern einige echte Schaffensfragen darzulegen ... Diese Ansichten wurden auch von dem Maler Genossen Sitte vertreten. In Auswertung des Kongresses wurde von einigen Genossen der Grundorganisation des Verbandes bildender Künstler die Auffassung vertreten, den Diskussionsbeitrag des Genossen [Cremer] vollinhaltlich zu veröffentlichen, weil damit eine offene Diskussion und ein besseres Zurückweisen seiner Forderung durch die Künstler selbst möglich wäre. Unter parteilosen Künstlern wurde die Meinung vertreten, daß der Diskussionsbeitrag des Genossen [Cremer] der beste des Kongresses gewesen sei ... Sie werden in dieser Meinung dadurch bestärkt, daß der Genosse Bentzin ... sich ... sehr loyal ... gegeben hat und der Genosse Siegfried Wagner vom ZK zu [Cremer] überhaupt keine Stellung bezog, so daß die Ausführungen [Cremers] mit einigen Einschränkungen für die offizielle Linie der Partei gehalten wurden. Nach der Bitterfelder Konferenz sind die Diskussionen um [Cremer] in den Hintergrund getreten.“*¹⁵⁶

Heinz Juch resümierte am 26. Juni 1964 zum Fall Havemann: „Die Diskussionen über die Ansichten von Havemann sind gering. Sie treten besonders in den Kreisen der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz, bei Studenten und Künstlern auf. Dabei stehen im Mittelpunkt die Fragen des Freiheitsbegriffes und der allseitigen Information, wie sie Havemann forderte ... In der Franz-Liszt-Hochschule Weimar und der Bergakademie Freiberg erhielten Professoren und Dozenten Materialien vom Sekretariat Havemann.“¹⁵⁷

155 Bericht der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 8.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 277ff.

156 Bericht der BPKK Halle an die ZPKK vom 19.6.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 184ff.

157 Text von Heinz Juch (ZPKK) vom 26.6.1964 SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/3, Bl. 1ff.

3.4. Kursverschärfung zwischen Chruschtschows Ablösung und „Kulturplenum“

Die Regulierung der andauernden innerparteilichen Diskussionen über den Konflikt mit der chinesischen Partei wurde durch die Meldung von der Ablösung Chruschtschows als 1. Sekretär, Mitglied des ZK-Präsidiums und Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR am 14. Oktober 1964 nicht gerade erleichtert. In der Tat befürchtete die SED-Parteiführung neue Glaubwürdigkeitsprobleme bei der Vermittlung auch der eigenen politischen Wegweisungen. Schon zwei Tage nach Chruschtschows Ablösung verschaffte sich die Parteikontrolle „erste Meinungen zum Beschluß des KPdSU-ZK-Plenums vom 14.10.64“ vom Sektor Parteinformation der Abteilung Parteiorgane in der BL Dresden. Nach der Meldung über die Ablösung Chruschtschows wurden sofort Maßnahmen zur verstärkten massenpolitischen Arbeit durch das Sekretariat der BL eingeleitet. Es gäbe verbreitet Zweifel, ob „die ganze Wahrheit“ gesagt wurde und Schwierigkeiten, selbständig zu reagieren. Überraschung, Bestürzung und Unverständnis habe der sonst übliche fehlende Dank für Chruschtschows bisherige Arbeit in der TASS-Pressemeldung ausgelöst, weshalb auch Skepsis über die Stichthaltigkeit der angeführten „gesundheitlichen Gründe“ und die Annahme, Chruschtschow sei abgesetzt worden, dominierten. Hauptsächlich würden Erwägungen darüber angestellt, ob die Ablösung mit dem Konflikt mit China zusammenhänge. Verbunden damit würde die Frage gestellt, ob nun ein Kurswechsel bevorstünde und ob die „Chinafreunde“ jetzt in der SU den Ton angäben. Die Genossen in der SED seien derzeit nicht in der Lage, zu argumentieren.¹⁵⁸ Umgehend rapportierten die KPdSKen bei ihren BPKKs und diese wiederum der ZPKK. Die SPKK Dresden berichtete an die BPKK am 16. Oktober 1964 gleich zweimal; unter anderem war die Rede von Befürchtungen in den Parteiorganisation wie: „Es wird doch jetzt hoffentlich keinen Kurs wie bei Stalin wieder geben“. Der Vorsitzende der BPKK Halle, Friedrich Menzel, kolportierte am 21. Oktober 1964 an die ZPKK Meinungen in den Parteiorganisationen wie: „So wie Molotow [1958] abgesägt wurde wegen seiner falschen Politik zu Jugoslawien, so jetzt auch Chruschtschow wegen seiner Haltung zu China“. Es gäbe zum Teil fieberhafte Diskussionen über dieses Ereignis. Im November meldete die BPKK Halle: „Eine Anzahl von Parteisekretären, darunter ... hauptamtlich tätig gewesene, ließen sich von der Fülle der Argumente, die aus westlichen Quellen stammten, in die Defensive drängen und waren somit der Lage nicht mehr gewachsen. Das ging soweit, daß sich Genossen Agitatoren und Parteileitungsmitglieder des EKB weigerten, anhand der ersten Informationen mit ihren Kollegen zu diskutieren.“ Die BPKK Karl-Marx-Stadt berichtete am 17. Oktober 1964 an die ZPKK, „der Rücktritt des Genossen Chruschtschow (wird) sehr bedauert ... Weiter wurde uns mitgeteilt, daß am 16.10.64 der Genosse F[...], Karl-Marx-Stadt bei der SPKK sein Dokument abgab mit der Bemerkung, er sei mit der Ablösung des Genossen Chruschtschow nicht einverstanden. Er wäre ein großer Staatsmann gewesen, der den goldenen Mittelweg gegangen sei. Mit der Wahl des Genossen Breznev und des Genossen Kossygin sei er nicht einverstanden, da beide Stalinisten wären ... und einen harten Kurs verfolgen würden. Weiter erklärte er, er sei mit der Politik des Genossen Ulbricht nicht einverstanden, weil dieser auch ein Stalinist sei ... Jetzt würde auch in der DDR der alte stalinistische Kurs durchgesetzt werden. Auf den harten Kurs des Genossen

158 Information der BL Dresden, Abteilung Parteiorgane, Sektor Parteinformation vom 16.10.64 über erste Meinungen zum Beschluß des KPdSU-ZK-Plenums vom 14.10.64, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/4, Bl. 3ff.

Ulbricht seien auch viele Republikfluchten zurückzuführen ... Wie wir inzwischen erfahren konnten, war F[...] bis vor Jahren Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in Rostock.“ Am 20. Oktober 1964 hieß es aus Karl-Marx-Stadt (wie auch von der BPKK Neubrandenburg am 26. Oktober), „daß auch unter den Genossen in der letzten Zeit das Hören westlicher Sender stärker zunimmt.“ Matern forderte das ZPKK-Mitglied Heinz Juch am 22. Oktober 1964 auf: „Wir müssen in allen Kreisen aufmerksam registrieren, wo Unsicherheit und wo feindliche Diskussionen sind, um verfolgen zu können, ob bei anderen Fragen der Politik immer wieder abweichende Diskussionen und feindliche Tätigkeit auftreten.“ Am gleichen Tag berichtete die BPKK Karl-Marx-Stadt: „Von der Mehrzahl der KPCKen wird berichtet, daß nach der Bekanntgabe des Kommuniqués des Politbüros der SED und dem Prawda-Artikel mehr Klarheit vorhanden ist ... Die erste Durchsage [von TASS] ... steht im Widerspruch zum Kommuniqué. Erst Begründung wegen Alter und Krankheit und im Kommuniqué geht es um politische Fehler.“ Unter charakteristischen Kommentaren von Parteimitgliedern seien solche wie: „Das Bekämpfen der Gruppen und das sich Stürzen liegt diesem System inne“ und „Ihr belügt uns sowieso und habt offenbar vergessen, was sich 1956 in Ungarn abgespielt hat, weil die Menschen auch von der Führung belogen worden sind“.¹⁵⁹

Auf der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKs und SPKKs am 20. Januar 1965 informierte Matern zunächst über die Konsequenzen aus der Kritik der 7. ZK-Tagung an der Vernachlässigung der ideologischen Arbeit infolge der im Februar 1963 eingeführten Umorganisation der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip.¹⁶⁰ Er kommentierte im Zusammenhang mit einer Beschreibung des Verhältnisses zur internationalen Sozialdemokratie dabei auch die aktuelle parteioffizielle Sichtweise auf Dogmatismus und Revisionismus:

„(Die) Zusammenarbeit erfordert die Achtung der Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit der entsprechenden demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der

159 Meldungen der BPKKs und KPCKs zur Ablösung Chruschtschows, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/4, Bl. 8ff.

160 In der ZK-Tagung wurde erklärt, die SED sei keine „Wirtschaftspartei“. Es wurde in diesem Zusammenhang verordnet, daß Produktions- und Territorialprinzip künftig sinnvoll zu kombinieren sei. Auf der ZPKK-Arbeitstagung schätzte Erhard Neubert (BPKK Dresden) rückblickend ein, es sei eine Überspitzung der Umorganisation nach dem Produktionsprinzip, wenn buchstäblich alle zentralgelenkten Betriebe und damit 50.000 Parteimitglieder in 378 Grundorganisationen direkt der BL unterstellt wären. Daher waren im letzten halben Jahr 178 Parteiverfahren, die früher sachgerecht von den KPCKs bearbeitet worden wären, von der BPKK bearbeitet worden. Wegen der verordneten Unterstellungsstruktur der Grundorganisationen habe zum Beispiel die SPO Dresden nichts mehr zum enormen Baugeschehen in der Stadt zu sagen, da der Stadtbau direkt der BL unterstellt ist. Das BL-Sekretariat habe nun beschlossen, daß die Stadtverordneten nichts zu sagen hätten und auch die SPO könne das nur zur Kenntnis nehmen. Dies sei Verletzung der Demokratie. Die enormen Parteigeldunterschlagungssummen (im letzten halben Jahr 40.000 MDN) ergäben sich auch daraus, weil heute das niemand kontrolliere, was früher von den Kreisleitungen kontrolliert wurde. Im FDGB wurden im gleichen Zeitraum 70.000 MDN unterschlagen. Matern verwies in der ZPKK-Arbeitsberatung darauf, daß die Kontrolle der Beschlußdurchführung und der ideologischen Arbeit an die Ideologische Kommission beim Politbüro zurückgehe. Die Abteilung Parteiorgane des Büros für Industrie und Bauwesen und die Abteilung für ideologische Arbeit des Büros für Industrie und Bauwesen beim Politbüro würden aufgelöst. Die vom Büro für Industrie und Bauwesen beim Politbüro übernommenen Instrukteure der Abteilung Parteiorgane des ZK würden in der Regel in diese Abteilung zurückgeführt. Beim Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen seien Arbeitsgruppen für die verschiedensten Aufgaben zu bilden. Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung vom 20.1.65, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/12, Bl. 13ff.

Jugend ... usw. Von besonderer Bedeutung ist ... in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Verständigung und Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten und den Gewerkschaftsorganisationen ... Es besteht nicht die Absicht, die sozialdemokratischen Parteien zu zerstören ... Die Grundlage des Sektierertums ist die falsche Auffassung, die Sozialdemokratie sei der Hauptgegner der revolutionären Arbeiterbewegung ... Eine Hauptgefahr für die kommunistische Bewegung ist gegenwärtig der Nationalismus ... Die kommunistischen Parteien führen stets einen Kampf gegen Dogmatismus und Revisionismus ... Die eine wie auch die andere [Abweichung] kann zur Hauptgefahr einer Partei oder innerhalb der kommunistischen Weltbewegung werden. Gegenwärtig ist die Gefahr des Dogmatismus, des linken Opportunismus in den Vordergrund getreten ... Eine öffentliche Polemik [zwischen Bruderparteien] sollte tunlichst vermieden werden. Ist sie unvermeidlich geworden, so ist die Tatsache gebührend zu berücksichtigen, daß die imperialistischen Kräfte einen allseitigen kalten Krieg gegen die kommunistische Bewegung führen.“

Matern thematisierte in seinem Schlußwort die für die Parteipolitik tatsächlich zum Problem werdenden Hunderttausende Begegnungen mit Menschen aus Westdeutschland und fortdauernden Kontakte: Die Partei sei anders als auf den meisten anderen Gebieten hinsichtlich der korrumpierenden Folgen solcher Begegnungen und durch finanzielle Vergünstigungen für DDR-Bürger, die nach Westdeutschland reisten, nicht in der Offensive. Matern wies darauf hin, daß viele Rentner nicht über ihre Besuche in Westdeutschland sprächen, wenn sie von dort zurückkommen. Die Partei müsse diese Diskussionen lenken. Auf der Arbeitstagung bestätigte sich auch, daß sich die Parteikontrollorgane vermehrt mit Problemen der Eingabentätigkeit und Beschwerden von Bürgern zu beschäftigen hatten. Irmgard Vielhauer berichtete für die BPKK Neubrandenburg, daß sich die Beschwerden von 1963 auf 1964 verdoppelt hätten und $\frac{1}{4}$ von ihnen bereits kollektive Beschwerden seien. „(Die) Bürger ... haben ... kein Verständnis mehr dafür, wenn ihre Angelegenheiten administrativ oder hinter verschlossenen Türen beschlossen und entschieden werden.“¹⁶¹

Die ZPKK-Arbeitstagung am 24. März 1965 bot Otto Sepke Gelegenheit, den BPKK-Vorsitzenden mitzuteilen, daß Erscheinungen der Unterdrückung und Mißachtung von Kritik durch Funktionäre des Wirtschafts-, Staats- und Parteiparates sowie Mißbrauch der Gesetze in allen Bezirken gleichermaßen verbreitet seien. Die Maxime „gegen kritisierende Genossen wird zurückgeschlagen“ oder das Prinzip des „Weglobens“ werde allgemein angewandt. Hier stelle sich die Frage, ob eher die Dienstfunktion als das Statut die Beziehungen von Genossen bestimme. 1964 seien mehrere Millionen unterschlagene Gelder anhängig. Leitende Wirtschaftsfunktionäre überschritten gesetzwidrig und maßlos in ihrer betrieblichen Position unter Mißbrauch ihrer Befugnisse den Rahmen der Dienstleistungen und der Abgabe von Material an Belegschaftsmitglieder zum Beispiel zum Bau von Wochenendhäusern, Garagen etc. (so in der APO Werkstatt des Fortschrittsschachtes Mansfeldkombinat). Unberechtigtes Zuschancen von Prämien hätten zu Ermittlungsverfahren wegen Betrug gegen ehemalige Generaldirektoren im VVB Öl- u. Margarineindustrie und

161 Ebenda. Die BPKK Gera hatte bereits am 26.11.64 berichtet, daß von den 54 Eingaben, welche vom 1. bis 20. November auf den Tisch der BPKK gelangten, 21 gegen die Arbeit leitender Parteiorgane, davon 15 gegen Kreisleitungen, gerichtet waren und vielfach statutenwidrige Anweisungen zur Entlassung von Bürgern aus ihren Arbeitsverhältnissen sowie Überspitzungen betrafen. SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 97ff.

im VVB Kühl- u. Lagerwirtschaft geführt. Auch bei den Beschwerden sei 1964 mit 4.300 ein Anstieg gegenüber 1963 zu verzeichnen.

Sepke bemängelte, daß kaum noch den Erscheinungen feindlicher Ideologie in den Kontrollberichten nachgegangen werde. Es gäbe den organisierten Bau von Konvertern für das 2. Fernsehprogramm. So erfolgte im Kreis Klingenthal-Plauen der Verkauf und der Einbau von 200 Zusatzgeräten durch Arbeiter und Angestellte aus Rundfunk-Werkstätten und Zirkelteilnehmern des Kreisradioclubs mit Plänen aus der Berufsschule Plauen. „Die daran beteiligten Mitglieder der Partei haben entweder mitgemacht oder geschwiegen.“ Im Glühlampenwerk Plauen beauftragte der Parteigruppenorganisator einen Kollegen zum Einbau des Konverters in das Gerät des technischen Direktors. Zwei Radiofachgeschäfte in Plauen stellten Konverter serienmäßig zu den Kosten von 150 bis 200 MDN her und verkauften sie für 500–600 MDN. Schließlich erklärte Sepke, 1964 seien 108 Ausschlüsse wegen Agenten- und Spionagetätigkeit erfolgt. Im Bezirk Erfurt sei mit 17 gegenüber 10 solchen Fällen im Jahr 1963 und im Bezirk Magdeburg mit 22 gegenüber 12 Fällen die Zunahme besonders hoch. Sepkes Auslassungen zu Streiks ließen eine deutliche Nuancierung erkennen: Administrative Maßnahmen von Wirtschaftsfunktionären seien von feindlichen Kräften (in einigen Fällen von aktiven Parteifunktionären wie in Cottbus) zur Auslösung von Arbeitsniederlegungen ausgenutzt worden.

Die nun schon Jahre anhaltende Kampagne gegen Funktionärswillkür schien, wie viele Berichte aus den Bezirken auch auf dieser Arbeitstagung belegten, nur wenig Wirkung zu zeigen. Auch die schon auf der letzten Arbeitstagung dargelegte Praxis, besonders krasse Fälle in der Bezirkspresse zu veröffentlichen, schien keine Besserung erwarten zu lassen. Unter den 440 Beschwerden, von denen ein Parteikontrolleur aus Dresden berichtete, war auch der Fall einer als zuverlässige Arbeitskraft bekannten Genossenschaftsbäuerin, die von leitenden Funktionären zur Räumung ihrer Wohnung gezwungen wurde, weil der neue Vorsitzende dort einziehen wollte. Als man ihr die Möbel auf die Straße stellte, hat sie die Funktionäre beschimpft. Sie wurde aus der Partei ausgeschlossen und wegen Staatsverleumdung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Beschwerde wurde das korrigiert und Schlußfolgerungen die Genossen betreffend, welche das veranlaßt hatten, gezogen. Die Beschwerde der drangsalierten Bäuerin bei der Partei wurde als Ausdruck des Vertrauens in die Parteiorgane gewertet.

Auch in der Beurteilung der Arbeit der Justizorgane stieß die Parteikontrolle immer wieder auf Fälle von Willkür, die sich kaum von denen vor dem Staatsratserlaß zur Rechtspflege des Januar 1961 unterschieden. So berichtete Eva Naujoks (Vorsitzende der BPKK Schwerin), daß die Parteikontrolle beim Durcharbeiten von Gerichtsakten Widersprüche zwischen den Ermittlungsakten der Untersuchungsorgane und den Vorwürfen bei der Gerichtsverhandlung aufgedeckt habe. In einem Veruntreuungsfall blieben von den behaupteten 27.000 MDN nur eine ganz kleine Summe übrig, für die dieser Genosse verantwortlich war. „Er wurde aber trotzdem zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Eigentlich hätte dieser Betrug überhaupt nicht für eine Verurteilung ausgereicht, aber weil diese ganze Sache zu verfahren war, wurde dieses Urteil gefällt. Es gibt bei uns eine ganze Reihe Fälle, wo Genossen wegen einer bestimmten Summe verurteilt werden, die überhaupt nicht bewiesen ist und bewiesen werden kann.“ Richard Eyer mann bekräftigte dieses Bild durch seine Darlegungen über die Bearbeitung von 387 Beschwerden im Bezirk Magdeburg. Sie belege die

vielfach dogmatische und bürokratische Arbeitsweise sowie das herzlose und sektiererische Verhalten von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären.¹⁶²

Anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen vom 10. Oktober untersuchte die BPKK Magdeburg am 18. September 1965 die Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung. Zu den „Unklarheiten und falschen Auffassungen“ über die weitere Entwicklung des Wahlsystems und der sozialistischen Demokratie berichtete die BPKK, in den Diskussionen zum neuen Wahlgesetz wurde häufig geäußert, daß Partei und Regierung jetzt wohl erkannt hätten, daß das alte Wahlgesetz undemokratisch und eine Einschränkung des freien Willens der Wähler gewesen sei. Mit Ausnahme der Möglichkeit der Streichung von Kandidaten sei trotz neuem Wahlgesetz alles beim alten geblieben und dies sei nicht demokratisch. Die Form der Mandatsverteilung auf die Parteien und Massenorganisationen sei bereits ein Eingriff in die sozialistische Demokratie. Die Frage nach Kandidatenvorschlägen sei Heuchelei, da alles bereits vorherbestimmt wäre. Außerdem teilte die BPKK Magdeburg mit, daß in den Kreisen Osterburg und Wanzleben nicht die Mehrheit der SED-Vertreter in den Gemeindevertretungen gesichert sei. Wahlverweigerungen zum Teil aus Verärgerung wegen Reisebeschränkungen und Wohnungsproblemen nähmen zu.¹⁶³

In Materns Referat auf der ZPKK-Arbeitstagung vom 24. November 1965 mit den BPKKen klang auch der bevorstehende und im Namen von „Kultur und Moral“ geführte Großangriff der Bürokraten auf das fragile Geflecht künstlerischer und jugendkultureller Freiheit an, das sich in der DDR seit Anfang der sechziger Jahre entfaltete: Matern warnte vor Zersetzung als Import der Beat-Musik und der Gammeler-Kultur, die sofort auch in der DDR Fuß fasse.¹⁶⁴ Außerdem attackierte er die Tendenz, statt die Parteilinie zu vertreten, an allem zu zweifeln. Angeblich würden „Havemann, Janka usw. munter werden.“

Altenkirch kritisierte die anwachsenden Tendenzen der Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit in den Parteiorganisationen gegenüber feindlichen Erscheinungen. Aus den BPKKen erreichten die ZPKK Meldungen über Einzelfälle der Entlarvung von langjährigen Parteimitgliedern in beachtlichen Funktionen als Agenten. Auch Altenkirch führte (wie schon Sepke auf der letzten ZPKK-Tagung) eine bemerkenswerte Akzentverschiebung in die Diskussion ein: Es seien einige sehr milde Urteile gegen bewußte Feinde wegen falscher Auslegung der Staatsratserklärung zur Rechtspflege zu verzeichnen. Daß dies jedoch keine Kurswende signalisieren sollte, stellte Altenkirch umgehend klar: „Während gegenüber verantwortlich arbeitenden Werktätigen nicht immer entsprechend der Staatsratserklärung gehandelt wird, die sozialistische Demokratie z[um] T[eil] grob verletzt wird, ist gegenüber ausgesprochen feindlichen, negativen Erscheinungen oftmals ein fauler Liberalismus zu verzeichnen.“ Altenkirch berichtete, in Wismar seien illegal aufgezeichnete Tonbandmitschnitte von Gesprächen mit sich beschwerenden Arbeitern gegen sie verwandt worden. Zu kritisieren wäre auch, daß bei 2.000 gerichtlichen Bestrafungen in Erfurt gegen Genossen nur 90 Parteiverfahren durchgeführt wurden.

Behring berichtete aus Berlin, daß das Kulturministerium und der Zentralrat der FDJ die „Sache mit den Beat-Gruppen“ erst in Gang gebracht habe. Sogar ein Wettbewerb in der

162 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung vom 24.3.65, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/13, Bl. 3ff.

163 Bericht der BPKK Magdeburg vom 18.9.65 über ungesunde Erscheinungen in der Vorbereitung zu den Kommunalwahlen im Bezirk Magdeburg, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/115, Bl. 148ff.

164 Zu der seit dem Spätsommer 1965 in Gang gekommenen massiven Kampagne gegen die „Beat-Gruppen“ vgl. Michael Rauhut, DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression. in: Agde, Kahlschlag, a.a.O., S. 122ff.

Sporthalle war geplant und Gitarren-Gruppen sollten Zuschüsse aus den Betrieben erhalten, was beides verhindert wurde.

Aus der BPKK Frankfurt/Oder war von zunehmenden Übergriffen auf sowjetische Soldaten und anderen sowjetfeindlichen Aktivitäten die Rede. Fritz Menzels Auslassungen für die BPKK Halle zum Problem der „Gammler“ war offensichtlich auf Zuspitzung aus: Das BL-Sekretariat habe festgelegt, daß „nicht in voller Kraft alles weggemacht wird, sondern daß nur dort angefaßt wird, wo die negativsten Erscheinungen sind ... Das Fernsehen hat auch dazu beigetragen ... daraus haben sich ... jetzt solche negativen Elemente entwickelt, die nicht nur spielen, sondern auch direkte Verbrechen gegen die Staatsmacht oder die Bevölkerung begehen.“ Der neue Vorsitzende der BPKK Leipzig, Kurt Kohn, verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß „Gammler“ im Prinzip nur kleine Gruppen darstellten; größer sei die Zahl der Anhänger. „Auch dürfen wir nicht verkennen, daß es bei uns verschiedene Menschen gibt, darunter auch Persönlichkeiten, die diese oder jene Art unterstützen.“¹⁶⁵ ... Als wir nach einigen Artikeln in der Presse, die sich gegen diese ganze Tendenz richteten, die Auseinandersetzung in der Partei auslösten, führte das bereits dazu, daß einige Initiatoren dazu übergingen, Jugendliche zur Zusammenrottung zu mobilisieren. Da uns die Dinge bekannt waren, war es möglich, das im Keime zu ersticken.“ Kohn berichtete außerdem daß ein großer Teil der Studenten der Theater-Hochschule zusammen mit Pädagogik-Studenten während eines gemeinsamen GST-Lagers in Thüringen mit Zustimmung der Parteileitung eine demagogische Resolution auf Grund eines Vortrags durch einen Luftschutz-Offizier zum Thema Maßnahmen bei atomarer Verseuchung verfaßten, das auch mit Begleitschreiben an die Studentenzeitung „Forum“ zur Veröffentlichung geschickt wurde. Von dort wurde sie an das ZK gegeben. Die BPKK habe daraufhin eine Untersuchung bei den Studenten der Theater-Hochschule durchgeführt: „Die Frage des Zweifels steht im Mittelpunkt. Mit Worten sind sie für den Sozialismus, aber sonst haben sie ihre eigenen individuellen Auffassungen.“

Auch Erhard Neubert aus Dresden trug zur offenbar angesagten Atmosphäre der demonstrativen Prinzipienfestigkeit bei: „Ich denke, es gibt viel(e) ... Leute, die mit dem Zweifel Politik machen wollen ... Es gibt in Berlin einen Ausgeschlossenen aus der Partei – Biermann. Das ist ein Gedichtemacher. Dieser Mann wird auf der zentralen Ebene im Fernsehen eingesetzt und der macht auch einen Film. Dieser Mann wollte ausgerechnet seine Gedichte vorlesen in Rossendorf, wo unser Atomreaktor steht. Wir haben das gerade zwei Tage vorher erfahren und haben es verhindert. Aber ich denke, daß es auf dem Gebiet der Kultur eine ernste Verletzung der Wachsamkeit gibt.“ Seinen Kunstverstand bewies der oberste Dresdner Parteikontrolleur durch seine Bemerkungen zur Kunstaussstellung Leipzig und der Grafik-Ausstellung in Berlin, wo auch westliche Kunst gezeigt werde: „Wir haben kein Interesse, Bilder auszustellen, wo man erst darunter schreiben muß, was es darstellen soll ... Warum gibt es bei den Jugendlichen einen solchen Drang, sich nach dem Westen zu orientieren? ... Erkundigt euch mal, was die Kinder in der Schule für Lieder singen. Ob noch die Lieder der Arbeiterbewegung gesungen werden.“ Zu den „Gammlern“ erklärte er: „Genosse Matern stellte die Frage, gibt es Verbindung unter den Gammlern von Bezirk zu Bezirk, von Kreis zu Kreis. Wo in Leipzig die Sache war“¹⁶⁶, da waren auch 13 aus dem Bezirk Dresden

165 Kohn nannte in diesem Zusammenhang Gisela May.

166 Als im Sommer 1965 die bisher eher wohlwollende Haltung zu den „Gitarrengruppen“ in scharfe Ablehnung umschlug, die Medien eine regelrechte Kampagne gegen den Beat als Unkultur entfachten, „Gammler“ unter Berufung auf eine Verordnung vom 24. August 1961 in Arbeitslager eingewiesen

dabei ... Wir hatten vier Gammler, die mußten vor das Kreisgericht. Während das Gericht tagte, sind Gammler aus den anderen Bezirken gekommen und haben vor dem Gericht mit den Motorrädern so eine kleine Demonstration durchgeführt ... Ich sehe da folgendes ...: Daß wir genau so energisch den Kampf führen müssen gegen den Dogmatismus und Sektierertum wie bisher. Aber es gehört auch dazu, daß wir den Kampf führen müssen gegen ... Liberalismus ... Als wir die Sache von Leipzig erfuhren da haben wir uns gefreut und waren der Meinung, daß es höchste Zeit war, hier einzugreifen.“¹⁶⁷

Während die seit 1964 eskalierende Kriminalitätsrate bei Eigentumsdelikten von Genossen ebensowenig in den Griff zu bekommen war, wie Korruption und Vorteilsnahme bei Funktionären, schien die Ratlosigkeit insbesondere der Parteikontrollorgane bei der ebenfalls registrierten unkontrollierten Ausbreitung der Jugendkultur („Beat-Gruppen“) und des für die Parteikontrolle unerklärlichen Zugs vieler Jugendlicher hin zum Aussteigen aus der verordneten Gesellschaftlichkeit („Gammler“) ein Ende zu finden: Der Schlüssel schien in der Beendigung von Erscheinungen in der Kultur (insbesondere der Film- und Fernsehkunst) und der Literatur zu liegen, deren „Machwerke“ nicht nur fernab von den Vorstellungen der Funktionäre von „volkstümlich“ und „sozialistischem Realismus“ lagen und womöglich als „staatsfeindlich“ gelten konnten, sondern auch die Jugend verderben. Die Doppelschere des Imports „westlicher Unkultur“ (Matern auf dem ZPKK-Arbeitstreffen vom 24. November) und der Parteinahme von Vertretern der Kulturprominenz für die jugendlichen Randgruppen (Kurt Kohns Beitrag auf derselben Tagung) verband sich auch zu einem Erklärungsmuster für den seit Jahren registrierten Anstieg der Jugendkriminalität (die Ausführungen Fritz Menzels auf der Arbeitstagung). Diesem in Kreisen der Bürokratie sich verfestigenden Interpretationsansatz folgte bestimmt nicht zufällig auch der von Ulbricht anberaumte Lokaltermin bekannter Schriftsteller im Staatsrat am Tage nach der ZPKK-Arbeitstagung am 25. November 1965: Hier wurden die Künste einer Mitschuld am „Rowdytum“ der Jugend und an ihrer Erziehung zum Skeptizismus bezichtigt, was die anwesenden Schriftsteller nicht unwidersprochen hinnahmen.¹⁶⁸ Auch die danach in Vorbereitung des 11. ZK-Plenums zusammengestellte „Lesemappe“ zur Disqualifizierung mißliebiger Künstler und ihrer Kunstwerke suggerierte den Zusammenhang solcherart Kunst und Jugendkriminalität. Praktisch lief diese Konstruktion auf eine substanzielle Entwertung des vergleichsweise überaus fortschrittliche Akzente setzenden „Jugendkommuniqués“ des Politbüros vom 17. September 1963 hinaus.

Das im Dezember 1965 durchgeführte berichtigte 11. „Kulturplenum“ des ZK ist inzwischen weithin ausgewertet worden.¹⁶⁹ Mit dieser Offensive gegen „Skeptizismus“, „ideologische Aufweichung“ und „Diversion“ sollten nicht nur Schriftsteller, Wissenschaftler wie

werden sollten und die Leipziger Behörden fast alle Amateurbands der Stadt verboten, protestierten am 31. Oktober 1964 in Leipzig mehrere Hundert Jugendliche gegen diese Entwicklung. Die Demonstration wurde mit massivem Polizeieinsatz aufgelöst.

167 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKern vom 24.11.65, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/14, Bl. 5ff.

168 Zur Vorgeschichte dieses „Tests auf das 11. Plenum“ vgl. Günter Agde, Zur Anatomie eines Tests, das Gespräch Walter Ulbrichts mit Schriftstellern und Künstlern am 25. November 1965 im Staatsrat der DDR, in: Agde, Kahlschlag, a.a.O., S. 134ff. Alexander Abusch und Otto Gotsche bereiteten seit September 1965 in einer Arbeitsgruppe konservativer Partei-Kulturmanager und Gesellschaftswissenschaftler den Angriff der Parteiführung auf die Kunstschaffenden vor, während Kurt Hager das Politbüro mit Beispielen inkriminierter Kunstprodukte versorgte.

169 Vgl. Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 2000.

Heym, Havemann und Biermann oder Filmemacher und Drehbuchautoren als Personen getroffen werden, sondern unter der Legende einer stärkeren Einflußnahme der demokratischen Öffentlichkeit auf Literatur und Kunst wurde in Wirklichkeit der bürokratische Durchgriff der Parteiführung auf diese Bereiche verstärkt. Dissidente Wortmeldungen von einzelnen anpassungsunwilligen SED-Genossen auf den schwerer beherrschbaren Gebieten der Wissenschaft und der Kultur, namentlich der Gesellschaftswissenschaften und der Literatur, sollten nun wieder konsequent verfolgt und unterdrückt und als „Gruppenaktivitäten“ aufgewertet wurden. So erfolgte die erwähnte Streichung der Akademiemitgliedschaft Havemanns im Kontext der Kampagne nach diesem 11. ZK-Plenum. Hier erklärte Ulbricht in seinem Schlußwort, bei dem „Kreis Havemann, Heym, Biermann ... handelt (es) sich also nicht um den Dichter Biermann als solchem oder um eine Frage der Dichtkunst, sondern es handelt sich um eine Gruppe, die einen politischen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zielbewußt geführt hat und führt.“¹⁷⁰ Tatsächlich erneuerte Robert Havemann in einem „Plädoyer für eine neue KPD“ mit seiner Forderung der Aufhebung ihres Verbots in Westdeutschland auch die Forderung einer Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen des Stalinismus in KPD sowie SED und bekräftigte seine Auffassungen über einen demokratischen Sozialismus und die Notwendigkeit einer Arbeiterdemokratie in der DDR.¹⁷¹ Wie schon 1964 bei seinem Parteiausschluß und der Entfernung von der Universität diente die Veröffentlichung dieses Aufsatzes im Westen¹⁷² der Parteiführung als Vorwand für seine Entfernung aus der Akademie. Die Suggestion der Existenz einer „Gruppe“ sollte der Öffentlichkeit und vor allem dem Parteivolk die Gefährlichkeit dieses Denkens vermitteln und die relative Härte der Maßnahmen plausibel machen. Die Regie der Abrechnung mit den mißliebigen Künstlern und Wissenschaftlern auf dem 11. Plenum führte ZK-Sekretär Erich Honecker, der zuvor den Promotor des Jugendkommuniqués Kurt Turba, Leiter der Jugendkommission, mit fragwürdigen Dossiers der Honecker unterstellten Abteilungen Sicherheitsfragen und Parteiorgane zur Jugendkriminalität und zum Rowdytum in seiner Funktion geschwächt hatte und ihn schließlich im Januar 1966 ausschaltete.¹⁷³ In der Folgezeit wurde ein Beirat für Film beim Ministerium geschaffen und die Gründung der Verbände der Theater- sowie der Film- und Fernsehschaffenden veranlaßt. Mit dieser Operation wurde der durchaus emanzipatorische und gesellschaftskritische Züge entwickelnde kulturelle und künstlerische Aufbruch der frühen sechziger Jahre und das bereits erste Krisensymptome aufweisende ökonomische Reformprojekt entkoppelt.

Damit wurde der seit 1963 begonnene ambitionierte Modernisierungsanlauf in der DDR-Gesellschaft endgültig auf ein rein ökonomistisches und technokratisches Rationalisierungsprojekt verkürzt.¹⁷⁴ Der Aufschwung, den die Reformgegner und -skeptiker der SED-Führung durch Chruschtschows Ablösung bekamen, wurde durch die Klemme, in die das NÖSPL durch die aus der Sicht von Reformern wie Erich Apel gescheiterten Verhandlungen mit der UdSSR über das dann doch für unterzeichnungsreif erklärte Handelsabkommen geriet, noch verstärkt. Für das Wirtschaftsreformkonzept verengten sich die Spielräume

170 Walter Ulbricht, Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED, in: Agde, Kahlschlag, a.a.O., S. 271.

171 Vgl. Robert Havemann, Die Partei ist kein Gespenst. Plädoyer für eine neue KPD, in: Robert Havemann, Texte. Herausgegeben von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko. Berlin 1990.

172 Der Spiegel Nr. 52, 1965.

173 Vgl. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1997, S. 167ff.

174 Vgl. dazu auch Wolfgang Engler, Strafgericht über die Moderne – Das 11. Plenum im historischen Rückblick, in: Agde, Kahlschlag, a.a.O., S. 16.

durch die enormen Liefermengen für die Investitionsbeteiligungen in der UdSSR als Gegenleistung zu den für die DDR-Wirtschaft essentiellen Rohstofflieferungen. Die Planungssicherheit nahm ebenso wie die ökonomischen Spielräume für die Verbesserung des Lebensstandards ab. Der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der SPK Erich Apel, einer der schärfsten Kritiker dieser Entwicklung, verübte am 3. Dezember 1965 Selbstmord.

Der schärfere Wind, der seit Chruschtschows Entmachtung auch in der SED zunächst wieder zu wehen begann, war keineswegs eine Reaktion allein auf die deshalb entstandenen nicht unerheblichen Turbulenzen in der Parteimitgliedschaft. Die Parteikontrollorgane hatten bereits bei der „Bereinigung“ der Unruhe wegen des Konflikts mit China ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Nun jedoch war nicht einfach nur eine weitere „singuläre Irritation“ zu regulieren, sondern man hatte es jetzt mit „verketteten“ Faktoren zu tun, die in ihrer Verbindung um so mehr geeignet waren, entstandene (nicht nur innerparteiliche) Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit parteipolitischer Kursverordnungen zu verstärken. Daß Chruschtschows Ablösung überdies die konservativen Kräfte ermutigte, wurde schon erwähnt. Außerdem wurde etwa auf der ZPKK-Arbeitstagung vom 24. März 1965 deutlich, daß Erscheinungen der Unterdrückung und Mißachtung von Kritik durch Funktionäre des Wirtschafts-, Staats- und Parteiapparates andauerten, sowie Mißbrauch der Gesetze durch Funktionäre in allen Bezirken sich verstärkten. Wenn nun, wie geschehen, das Scheitern der Parteikontrollorgane bei der innerparteilichen Abstellung solcher Erscheinungen durch das Aufgreifen solcher Konflikte durch eine sich emanzipierende Film- und Literaturproduktion kompensiert wurde, schrillten bei den Parteikontrolleuren die Alarmglocken: Denn die eine solche Ersatzfunktion erfüllenden Kulturschaffenden wandten sich ganz offen an ihr Publikum, ohne sich taktischen oder parteidisziplinarischen Selbstbeschränkungen zu unterwerfen. In einem solchen Fall wurde in den Augen der Kontrolleure Kritik zur „Hetze“. In den sich immer komplizierter gestaltenden Zeiten von trotz Mauer andauernder „Westinfiltration“ (vgl. die Erhebungen der Parteikontrolle zu den Westreisen und zum Konverterbau) war eine solche „Kulturopposition“ im Keime zu ersticken. Es bot sich dabei an, gleichzeitig eine sich immer mehr der Kontrolle entziehende Jugendkultur (die „Sache mit den Beat-Gruppen“) unter der Rubrik „Gammler“ zu diskreditieren und in ein kriminelles Licht zu rücken. Das 11. ZK-Plenum bewies, daß diese Angelegenheit wichtig genug war, sie auf hoher Parteiebene zu exekutieren.

KAPITEL 6

Das Ende des Aufbruchs – Entwickelte poststalinistische Praxis der innerparteilichen Repression und Disziplinierung (1966-1971)

Nach erfolgreicher ideologischer „Straffung“ der innerparteilichen Verhältnisse mittels des 11. ZK-Plenums schienen aus politbürokratischer Sicht unkontrollierbare „Auswüchse“ des Reformprozesses wieder gebannt. Allerdings geschah dies durch Unterbrechung des bis dahin anhaltenden innenpolitischen Entspannungskurses, den die Parteiführung zugunsten dieses Reformprojekts nicht einzustellen gedachte. Die parteidisziplinarische Normalität unter Ulbricht während der sechziger Jahre stellt sich so als Schwanken zwischen disziplinarischem Rigorismus und dem Bemühen um mehr Realismus bei der Beherrschung sich entwickelnder Widersprüche dar. Die entspannungsgeleiteten Kursmodifikationen waren herrschaftsbewußter Ausdruck des Wissens um die Grenzen terroristischer Gesellschaftsformierung unter den neuen Bedingungen poststalinistischer Entwicklung. Die positive Konsolidierungsbilanz 1961–65 verhiess günstige Voraussetzungen für eine flexiblere Politik zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Ausdruck dessen waren spürbare soziale Verbesserungen für breite Volksschichten trotz seit 1964 zusehends sich verschlechternder ökonomischer Reformkonditionen. Herrschaftsstabilisierende Integration statt terroristischer Formierung und flexible Anpassung an die Realbedürfnisse statt autoritärer Indoktrination sollten den Normalzustand bestimmen. Außerhalb dieses Normalzustands kehrte man (wie Ende 1965 und dann im Jahre 1968) temporär zu den „alten Methoden“ zurück, ohne daß in der Schärfe ihrer Anwendung oder der Nachhaltigkeit im Sinne ihrer Aufwertung zur „Linie“ eine Rückkehr zur alten Säuberungsmentalität verfloßener Jahrzehnte erfolgte. Diese Herrschaftstechniken waren eine notwendige Bedingung für die Wirtschaftsreformversuche der sechziger Jahre. Die neuen Techniken funktionierten jedoch nur bis zu den systemimmanenten Grenzen des sich nun herausbildenden poststalinistischen Politbürokratismus. Dessen autoritärer Kern war das unangetastete Monopol der Richtlinienkompetenz einer Parteiführung, die durch nichts als durch sich selbst legitimiert war. Schien dieses Monopol gefährdet (wie durch befürchtete Auswirkungen der tschechoslowakischen Krise 1968/69 auf die DDR), schreckte, wie sich zeigen sollte, die Parteiführung nicht vor disziplinarischen Großoffensiven zurück. Jedoch hatte diese Parteiführung inzwischen ein entwickeltes Gefühl für die Risiken permanenter gesellschaftlicher Ausnahmezustände. Auch die Schwerpunkttransformation des MfS-Abwehrprofils vom reinen Repressions- zu einem Überwachungs- und Präventionsorgan war adäquater Ausdruck des oben beschriebenen politischen Wandels der Herrschaftstechniken. Dieser Wandel schlug sich natürlich ebenfalls in den innerparteilichen Repressionstechniken nieder.

1. Die Ernte des 11. Plenums: Versuch der Isolierung von Parteidissidenten

Im Februar 1966 ging es um die „weitere Taktik zur politisch-ideologischen Zerschlagung der Ansichten Havemanns, Heyms, Biermanns und Bieler und ihrer politischen Isolierung“¹. So lautete ein im bizarren Bürokratendeutsch formulierter Tagesordnungspunkt der Sitzung des ZK-Sekretariats am 23.2.1966. Dies allerdings klang stark nach der Anwendung alter Strafmuster. Unter Bezugnahme auf das 11. Plenum hatten die Abteilungen Wissenschaft und Kultur beim ZK die „weitere Auseinandersetzung mit den falschen und parteischädigenden Auffassungen“ der genannten Protagonisten in den Grundorganisationen ihres Anleitungsbereichs zu organisieren. Die ZK-Abteilung Wissenschaft sollte einen Presseplan ausarbeiten, um „die philosophischen und politischen Ansichten Havemanns“ zu „zerschlagen“ und ein „detailliertes Material über Biermanns schädliche Auffassungen und eine Analyse seiner Machwerke“ war vom Sekretariat des Deutschen Schriftstellerverbands (DSV) dessen Bezirksverbänden zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich sollte Biermann auf die strafrechtliche Relevanz des illegalen Vertriebs seines Buches „Die Drahtharfe“ oder anderer seiner Schriften hingewiesen² und auf ein Arbeitsverhältnis in einem kleineren oder mittleren Betrieb orientiert werden. Verantwortlich für die Verwirklichung jener letzten, vom Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur (MfK) zu vollziehenden Maßnahme war nach dem Willen des Sekretariats übrigens Bruno Haid.³ Weiterhin hatte der DSV in Verantwortung seines Sekretariats „eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Heyms politische Auffassungen ... besonders seit 1956 analysiert. Von dieser Gruppe muß nachgewiesen werden, daß es sich nicht um diese oder jene Einzelercheinung handelt, sondern um ein zusammenhängendes System politischer Auffassungen Heyms. Die im DSV begonnene Auseinandersetzung ist weiterzuführen.“ Die Agitation im Ausland sollte ebenfalls das Sekretariat des DSV mit Hilfe des MfAA organisieren. Die Bearbeitung Heyms zum Zwecke der Unterbindung seiner „Propaganda gegen die Politik der DDR und der weitere(n) Propaganda für sein Buch 'Tag X'“ sollte wiederum Bruno Haid seitens des MfK in die Wege leiten.

Dem Autor Manfred Bieler sollte auf Initiative des DSV sein ČSSR-Dauervisum genommen werden und das DSV-Sekretariat hatte ihn in ein festes Arbeitsverhältnis einzureihen. Darüber hinaus hatte der DSV zu eruieren, ob Bieler die in der DDR verfeimten „Machwerke“ („Das Kaninchen bin ich“ und „Zaza“) im Ausland unterzubringen versuchte oder entsprechende Angebote hatte.⁴

In diesen Maßnahmen zeigte sich im übrigen auch die in der DDR nun verstärkt praktizierte Form des Berufsverbots: Nicht die Unterbindung, sondern die administrative Verfü-

1 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 23.2.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV J 2/3/1155, Anlage 2.

2 Dieser Hinweis bezog sich auf die „illegale Verbreitung westdeutscher und westberliner Druckschriften“, da das benannte Buch Biermanns vom Westberliner Wagenbach-Verlag verlegt wurde.

3 Der gemäßregelte ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt Bruno Haid (vgl. Kapitel 4, Abschnitt 3.2.) war auf Beschluß des Sekretariats des ZK vom 30.1.1963 als Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur eingesetzt worden. SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3/277.

4 Protokoll der Sitzung des ZK-Sekretariats vom 23.2.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV J 2/3/1155, Anlage 2.

gung in Form restriktiver Zuweisung von Beschäftigung nach Kriterien politischer Zweckmäßigkeit war der Inhalt solcherart Disziplinierung. Hier war die berufsgebundene Möglichkeit oppositionellen Handelns zu verhindern. Diese Form von Repression sollte später im Nachbarland ČSSR nach der militärischen Intervention 1968 zur Beendigung des „Prager Frühlings“ in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß praktiziert werden. Tausende von Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern und ehemaligen Parteifunktionären wurden dort im Vollzug von Husak's „Normalisierungspolitik“ aus ihren Berufen geworfen. Die DDR hat in den siebziger Jahren hier dem Prinzip nach ganz sicher von der ČSSR gelernt. Die gesellschaftliche und politische Isolierung durch Berufsbehinderungen und Berufsverbote erhielt aber schon in den sechziger Jahren wachsendes Gewicht.

Die Auswertung der Analysen der BPKKen durch Heinz Juch auf der ZPKK-Arbeits-tagung mit den BPKKen am 23/24. März 1966 verband die im Mittelpunkt stehende Diskussion über Konsequenzen aus dem 11. ZK-Plenum mit einer Bilanz der ideologischen Schwachpunkte innerhalb der SED. Die vor der Tagung eingegangenen Analysen der BPKKen konstatierten, wie nicht anders zu erwarten, besonders an Schulen und Universitäten erhebliche „Schwankungen“. So hätten Genossen der PO der Pestalozzi-Oberschule im Kreis Stralsund die Hetze einer aus der SED entfernten Lehrerin gegen die führende Rolle der SED unterstützt.⁵ Eine bedenkliche Wiederkehr „objektivistischer“ Tendenzen wurde in Greifswald festgestellt: Genossen Studenten der Universität Greifswald verteidigten offen die vom 11. ZK-Plenum kritisierten Auffassungen einiger Angehöriger der künstlerischen Intelligenz. Die ZPL beschloß daraufhin, Biermann-Gedichte zu besorgen und auf dieser Grundlage die Diskussion zu führen. In seinem Referat jedoch konstatierte Juch im allgemeinen eine wachsende Verbundenheit der Bürger zu ihrem Staat und lobte den durchaus wirksamen Einfluß der Ideologiemittler auf das Bild der Bürger insbesondere von Westdeutschland. Juch hob die Lübke-Entlarvung, die Berichterstattung über den Vietnamkrieg und den Film über den Söldner „Kongo-Müller“ hervor. Andererseits thematisierte Juch die Schwerpunkte westlicher Feindeinflüsse, nämlich das zunehmend liberal behandelte Abhören von Westsendern und den Brief- und Päckchenverkehr. Er wies auf die Modifizierung der Methoden der gegnerischen ideologischen Diversion in Form einer Differenzierung zwischen den anerkannten Leistungen der DDR und der Rolle der SED dabei hin. Besonders anfällig seien die POen von Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen gegenüber feindlichen Einflüssen: Hier entstünden Zweifel und Mißtrauen, gäbe es Aufweichungser-scheinungen, offene Zersetzungsarbeit und sogar die Bildung von staatsfeindlichen Gruppen an einigen Oberschulen auch unter Beteiligung von Kindern leitender Funktionäre. Juch vermerkte kritisch, daß bei Reisen nach Westdeutschland nur eine Minderheit der Genossen ihr Parteidokument vor ihrer Reise bei der Kreisleitung hinterlegten. Außerdem sei entweder Passivität oder ein provokatorisches Auftreten einiger westreisender Genossen Rentner nach ihrer Rückkehr vor ihren GOen zu verzeichnen. Eine Tendenz zur Passivität und eine Vielzahl von Streichungen signalisiere die Entfernung vieler Genossen zur SED. Andererseits gäbe es häufig unbegründete Ablehnungen der Wiederaufnahme von vor längerer Zeit aus der Partei Ausgeschlossenen trotz klassenmäßigen Verhaltens der Antragsteller, weshalb sie sich als praktisch auf ewig abgestempelt sähen. Wieder sei anhand der durchgeführten Parteiverfahren ein sich verstärkender Anteil von Delikten funktionsbedingter zum Teil maßloser materieller Vorteilsnahme festzustellen. In Karl-Marx-Stadt seien 1965 nur 292 von 548

5 Auswertung der Analysen der BPKKen nach dem 11. ZK-Plenum, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/15, Bl. 51ff.

rechtskräftig verurteilten Genossen parteimäßig zur Verantwortung gezogen worden und in Halle erhielten nur 179 von 932 Genossen mit einem Ermittlungsverfahren auch ein Parteiverfahren. Ähnliche Verhältnisse herrschten in Erfurt und Gera. Die in letzter Zeit sich verbreitende Überbetonung ökonomischer Fragen, losgelöst von ideologischen Fragen und politischen Grundproblemen, sei zu korrigieren. Besonders die kollektiven Beschwerden zeigten, daß Mitarbeiter des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparats unter Berufung auf den Demokratischen Zentralismus diktatorisch Maßnahmen ohne Beratung mit den unteren Organen durchführten und sich über Kritik hinwegsetzten.

Juch präsentierte auch die Jahresbilanz der Parteikontrolltätigkeit von 1965:

	1964	1965
Parteistrafen insgesamt	12.848	11.628
- wegen parteifeindlicher Handlungen	498	559
Parteiverfahren wegen Opportunismus/Revisionismus		167
Parteiverfahren wegen parteischädigender Handlungen ⁶	4.426	3.800
Parteiverfahren allein wegen krimineller Handlungen		2.283
Einsprüche		388
		(260 anerkannt)
Ausschlüsse insgesamt	2.140	2.055
- wegen Opportunismus/Revisionismus		124
- wegen parteifeindlicher Handlungen	414	516
- als Agenten, Spione, Verräter		63
- wegen Überlaufens zum Klassenfeind		329
- wegen parteischädigender Handlungen	1.551	1.377
- allein wegen krimineller Vergehen		1.247
Streichungen insgesamt	4.156	3.903

Juch forderte dazu auf, Übersiedlern aus Westdeutschland oder Rückkehrern stärkere Beachtung zu schenken, da hier oft der Parteieintritt mit dem Ziel erfolgte, Zersetzungsbau zu leisten.

Erna Warnke berichtete für die BPKK Potsdam eine verstärkte Tendenz zum Westfernsehen im Bezirk und zum Konverterbau, welcher in Teltow einen großen Umfang angenommen habe. Irmgard Vielhauer (BPKK Neubrandenburg) beschwerte sich über das MfS im Zusammenhang mit einem Genossen, der wegen krimineller Delikte bereits gerichtlich und parteimäßig zur Verantwortung gezogen wurde: „Er hätte damals [nach einem tätlichen Angriff auf zwei Volkspolizisten] schon ausgeschlossen werden müssen. Die Genossen der Sicherheitsorgane haben über den Staatsanwalt gearbeitet und ihn für ihre konspirative Arbeit gewonnen. Die ganze Frage hat sich so weit ausgewirkt, daß er nicht nur Aufträge erfüllt hat, sondern zuletzt eigene Handlungen vorgenommen hat. Und als er sich festgerannt hat, ist er aufgetreten, er arbeitet für bestimmte Stellen. So provozierte er die Menschen, daß sie ihre wahre Meinung sagen ... Ist es richtig, einen Genossen, der gestraucht ist, der aber noch in der Partei bleibt, für eine solche Arbeit zu nehmen? ... Ich bin der Meinung, ... das schädigt ... unsere Partei.“ Hermann Schuldt (Vorsitzender der BPKK Rostock) berichtete über eine Untersuchung der BPKK über die von Juch bereits erwähnten Vorfälle in der PO

⁶ Dies waren kriminelle Vergehen, Verstöße gegen die Gesetzlichkeit, Cliquenbildung, Versöhnertum usw.

der Universität Greifswald. Man habe die schwankende Haltung von Studenten und Fehlerdiskussionen im Zusammenhang mit dem 11. Plenum und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft ermittelt.⁷ „Daß die Probleme der 11. Tagung über Fragen der Kunst und Literatur zur Diskussion über Biermann gemacht wurden, ist Schuld der Parteileitung der Universität Greifswald. So wollten diese Genossen ... [die] ... Diskussionen über Biermann ... damit bekämpfen, daß Gedichte von Biermann verlesen werden sollten. Schwerpunkt an der Universität ist der Bereich Chemie, der seit Jahren dafür bekannt ist.“ Eine ähnliche Situation bestünde an der Universität Rostock, hier aber kämpfe die Partei. Weitere Schwerpunkte von Abweichungen bei der künstlerischen Intelligenz gäbe es in den Kreisen Rügen und Wolgast, wobei Schuldt darauf hinwies, daß Biermann gegenwärtig im Kreis Wolgast lebe.

Erhard Neubert berichtete für die BPKK Dresden von der Zerschlagung einer parteifeindlichen Gruppe am Institut für Kernphysik in Rossendorf. Mit Hilfe des Sekretariats wurden Parteiausschlüsse und Funktionsablösungen verfügt. Die Gruppe behauptete in ihrer parteifeindlichen Plattform, in der SED gäbe es keine Demokratie und bezog sich auf den XX. Parteitag der KPdSU. Sie strebte Verbindungen zu anderen oppositionellen Gruppen an. Diese jungen Genossen, vorgesehen als Entwicklungskader, besuchten jahrelang die Hochschule in Moskau, erhielten Feindmaterial in russischer Sprache und hatten angeblich mit Biermann und nach dem 11. Plenum mit Havemann Kontakt aufgenommen. Das Beispiel Rossendorf zeige nach Neuberts Auffassung die Dringlichkeit einer Regelung der Zuständigkeiten der Bezirke oder Kreise für Grundorganisationen im Sinne einer Rückgabe der Verantwortung für bestimmte Betriebe an die Kreise.

Doch nicht nur parteifeindliche Kontakte in die Sowjetunion, von wo also plötzlich auch „Feindmaterial“ zu gewärtigen war, sondern vor allem Feindeinflüsse aus dem Westen beschäftigten weiterhin die Parteikontrolle. In seinem Referat bemerkte Hermann Matern zum Problem des Westfernsehen etwas ratlos:

„Wir können die Sendungen ... nicht stören ... Und eine Mauer in der Luft können wir auch nicht bauen ... die westdeutschen Kommunisten und die Kommunisten in den anderen kapitalistischen Ländern sind alle Tage dem Trommelfeuer des Feindes

7 Zitat aus einem Artikel eines Studenten: „Wenn ich durch die blanken Fenster meines Büros blicke und auf den Mopeds die Bullen mit den Rucksäcken vorbeibrauten unter der Losung ‘Jede kunstvoll besamte Kuh – ein Sargnagel für Adenauer’ gewann ich jeden Wettbewerb ... Zu jeder Gelegenheit erschien eine Losung von mir in unserer Heimatzeitung. Zur Frühjahrsbestellung: ‘Jede Fuhr Mist – ein Meilenstein auf dem Wege zum Fortschritt’. Zur Getreideernte: ‘Jeder volle Sack – ein Schlag gegen die Bonner Ultras’. Ging es um die Erhöhung der Milchproduktion: ‘Jede über[er]füllte Kanne – ein Tritt ins Butterfaß der Kriegstreiber’ und zur Kartoffelernte: ‘Jede von der Hand des Studenten gesammelte Kartoffel – ein Schritt vorwärts zum Weltniveau’ ... Leute, ihr habt meinen großen Wert für die sozialistische Landwirtschaft erkannt. Macht mich zum Landwirtschaftsminister und der Fortschritt ist nicht mehr aufzuhalten.“ In einem anderen Artikel hieß es: „Wer in einem gewissen Alter nicht merkt, daß er von Dummköpfen ... umgeben ist, der merkt es aus einem ganz bestimmten Grunde nicht. Man sollte alle Politiker in einen zoologischen Garten stecken und aus dem Eintrittsgeld die Welt sanieren.“ Gerda Holzmacher, eigentlich Vorsitzende der BPKK Gera, ergänzte später diese Informationen durch die Mitteilung, daß Biermann oft die Uni Greifswald besuchte (das letzte Mal im April 1965) und seither Besuchsverbot hatte. Die UPL hatte Anweisung, auf der Grundlage des Artikels von Klaus Höpke (verantwortlicher Redakteur im Redakteurskollegium des ND für Kultur, Kunst und Literatur) die Auseinandersetzung mit den Literaturwissenschaftlern um Biermann zu führen. „Dabei sind die beiden Gedichte zustande gekommen ... Das spielte sich vor der Veröffentlichung der Materialien des 11. Plenums ab. Drei Genossen Physiker bezogen auf einer Parteiversammlung im Januar Stellung für Biermann.“

ausgesetzt und werden trotzdem keine kapitalistischen Anhänger. Aber sie sind gezwungen, sich mit der imperialistischen Ideologie auseinanderzusetzen und das müssen wir auch tun ... Wenn Schnitzler in seinen Sendungen montags noch mehr Ausschnitte bringt, dann brauchen sie nicht mehr umstellen. Dasselbe wird kommen mit Filmen, die noch mehr ausgetauscht werden sollen ... Das heißt, bei unseren Bürgern muß doch langsam hineinkommen, daß wir bei uns alles haben können ... Das ABC in unserer Partei ist bei allem, daß wir keine Sekunde, auch nicht mit einem Gedanken, unsere Staatsmacht auf's Spiel setzen ... Hier ist kein Risiko zulässig. Das muß klar sein!“

Die Vorsitzende der BPKK Schwerin, Eva Naujoks, schilderte das Parteiverfahren gegen einen mit Biermann befreundeten Schauspieler am Landestheater Parchim, der seinen Kollegen noch nach dem 11. Plenum den Gedichtband von Biermann zur Verfügung stellte. Es zeigte sich, daß viele junge Schauspielabsolventen (die Biermann selbst kannten) ähnliche Auffassungen hatten und Biermann als zu Unrecht kritisiertes unbequemes Talent verteidigten, der für die DDR und den Sozialismus eintrete. „Ihr habt uns zum Mitdenken erzogen jetzt tun wir es und das wird unbequem.“ In der BPO des VEB Zellstoff- und Zellwollewerkes Wittenberge gäbe es in einer liberalistischen Atmosphäre offene Diskussionen über das Westfernsehen und die Verteidigung des Abhörens von Westsendern sowie Arbeitsverweigerungen und eine Hetze gegen die SU und Ulbricht.

Der Vorsitzende der PKK VII (Politische Hauptverwaltung der NVA) Ewald Munschke berichtete Erstaunliches zur Feindarbeit und ideologischen Diversion bei den Grenztruppen bzw. Truppenteilen der Stadtkommandantur Berlin: Es gäbe Geschenke, Schokolade und Einladungen von jenseits der Grenze zu einem Glas Bier. „Wir haben die Feststellung gemacht, daß sich solche Besuche oftmals bis zu 2 Stunden ausdehnen. Unsere Genossen Soldaten gehen zum Bundesgrenzschutz in voller Bewaffnung und kommen mit voller Bewaffnung wieder zurück. Wir sagen ihnen, daß [der] Bundesgrenzschutz ... uns als Waffenträger direkt feindlich gegenübersteht ... Wir müssen also immer wieder die Diskussion führen, wer ist Freund und wer ist Feind.“ Im Ausbildungsregiment habe niemand der Soldaten die Frage bejaht, ob er die Notwendigkeit des Dienstes in der NVA einsieht, was auf Mängel der patriotischen Wehrerziehung hindeute.

Ein Mitglied der BPKK Magdeburg verwies darauf, daß Rückkehrer besonders in Grenzkreisen eine negative Rolle spielten und berichtete von Versuchen organisierter Jugendgruppen, die Grenze zu durchbrechen (Niederodeleben – Kreis Wolmirstedt). Ein Genosse der PO der EOS Geschwister Scholl Gardelegen habe mit seinen Schülern der 11a Zersetzungsarbeit in Form einer provokatorischen Wandzeitung unter dem Titel „Herbstlaub“ gegen die Wandzeitung der 12 Klasse zum Manöver „Oktobersturm“ betrieben und sich in der parteilichen Auseinandersetzung als Leser Havemanns, Sartres und Jüngers entlarvt. Hier behauptete er, daß das 11. Plenum die Auffassungen Havemanns entstellt habe und er einer solchen Partei, wie sie Havemann anstrebt, angehören wolle. Es folgte sein Parteiausschluß und die Entlassung als Lehrer; er arbeite jetzt als Drucker.

Von einer Mitarbeiterin der BPKK Berlin war zu hören, daß an der PO der HU zwei Genossen der GO Kunsthistoriker gestrichen wurden, weil sie statt einer klaren Stellungnahme zum 11. Plenum ihren Parteiaustritt erklärten. Weiterhin weigerte sich der Dekan der Philosophischen Fakultät, Wolfgang Heise, eine Erklärung von Philosophie-Studenten zu einem Artikel der „Unita“ über Havemann zu unterschreiben, weil er die Parteiausschlüsse von Havemann und Tzschoppe bedaure. Er könne nun nicht mehr länger schweigen. „Den Ge-

nossen an der Humboldt-Universität geht es darum, Genossen Dr. Heise wieder auf den Weg der Partei zurückzuführen. Wenn das jedoch nicht möglich ist, werden die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet.“⁸ Werner Tzschoppe, der frühere Parteisekretär der HU, vor 1½ Jahren wegen opportunistischen Verhaltens in der Sache Havemann abgelöst mit strenger Rüge, wurde jetzt von der GO des Instituts für Zeitgeschichte aus der Partei ausgeschlossen. Tzschoppe habe erklärt: „Obwohl ich zu einer Reihe Thesen Havemanns und zu einigen Gedichten Biermanns kritische Bemerkungen zu machen habe, kann ich mich doch dem Verdammungsurteil der leitenden Parteiorgane gegen diese beiden Kommunisten in gar keiner Weise anschließen.“ In der SED herrsche im Gegensatz zu anderen Parteien, wo die volle Freiheit der Kritik bestehe, Gewissenszwang. Die BPKK-Mitarbeiterin teilte mit: „Bis jetzt sind ... in Berlin im Zusammenhang mit dem 11. Plenum 3 Genossen aus der Partei entfernt worden.“ Im Schriftstellerverband „(hindern bzw. hemmen) solche Leute wie Stephan Hermlin, Heym und andere mit Rang und Namen, die besonders bei jungen Schriftstellern Autorität genießen, ... eine fortschreitende progressive Diskussion. In der letzten Bezirksleitungssitzung gab es eine heftige Debatte mit dem Genossen Maxim Vallentin ... Er wollte alles auf schlechte Leitungstätigkeit ablenken und sein Versagen als Kommunist bemängeln ... Genosse Verner wies ihm anhand des Dramas 'Moritz Tasso' von Hacks, das in der Volksbühne zeitweilig gespielt wurde, nach, daß das zwar eine perfekte Aufführung war, ... daß es aber einen schlechten Inhalt hatte.“⁹

Die ZPKK verschaffte sich auch Einschätzungen vom Sektor Parteinformation über die Wirkung der Einschüchterungsversuche gegenüber den „Kulturschaffenden“. Am 29. März 1966 erhielt sie eine „Information über eine Versammlung des BV der Schriftsteller Potsdam gemeinsam mit der PO und leitenden Funktionären der FDJ und jungen Arbeitern zu Jugendproblemen in Auswertung des 11. Plenums“. Hier hieß es, Christa Wolf sähe die Lage der heutigen Jugend gekennzeichnet durch seelische Sparsamkeit und Scheu, geistige Trägheit, starkes Freiheitsbedürfnis, Mangel an Allgemeinbildung, Suche nach einem Vorbild, völligem Fehlen an Servilität sowie Resignation und fehlende Ausdauer. In der Information wurde eingeschätzt, daß in Christa Wolfs Ausführungen der Klassenstandpunkt fehlte und ihre Schilderung losgelöst von den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR unter den Bedingungen der schärfsten Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus sei. Sie ignoriere die Rolle der FDJ und die Ausführungen auf dem 11. Plenum. Der Schriftsteller Eduard Claudius und der Parteisekretär des Schriftstellerverbandes vertraten die Auffassung, man müsse von den Jugendlichen und nicht vom Erziehungsziel oder den Aufgaben der Jugend ausgehen. Das Auftreten der FDJ-BL, der FDJ-Betriebsfunktionäre und des Genossen der SED-BL sei belächelt worden. Der Schriftsteller Fred Wander erklärte, er hätte nicht die Absicht gehabt, sich mit arroganten Funktionären zu unterhalten, sondern mit Jugendlichen. Unter Bezugnahme auf das Jugendkommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ wurde geäußert, niemand frage, ob die Jugendlichen auch zur Partei Vertrauen haben. „Die Genossen Herbert Otto, Gerhard

8 Wolfgang Heise wurde wegen seines Eintretens für Havemann bereits 1964 als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften entpflichtet.

9 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKern am 23./24.3.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/15, Bl. 5ff.

Wolf, Walter Kaufmann, Franz Fabian, Bernhard Seeger, Anna Schlotterbeck haben in dieser Veranstaltung keine Position bezogen.“¹⁰

Die Ergebnisse der ZPKK-Arbeitstagung machten deutlich, daß in Kreisen anpassungs-unwilliger Intellektueller (Wissenschaftler und Künstler) die beabsichtigten ideologischen „Linienbegründungen“ durch die seit 1964 begonnene Eskalationsstrategie gegen Dissidenten eher mißlangen und die oppositionellen Positionierungen eines Teils von ihnen sogar noch verstärkten. Die disziplinierenden Intentionen der Kampagne, gerichtet auf die Gesamtheit der Intellektuellen, war dagegen erfolgreich: Die nicht „umerziehbaren“ Dissidenten konnten mehr oder weniger wirksam isoliert und der Einbruch ihrer Themen in die wissenschaftlich und kulturpolitische Debatte trotz vielfach gegenläufiger Tendenzen in diesen sehr viel freieren Diskursen unter Intellektuellen, etwa in Polen und auch in der ČSSR, unterbunden werden.

2. Die Methoden der Parteikontrolle bei der Immunisierung der Partei

Nach den Teilerfolgen der Parteiführung beim Versuch der Disziplinierung ihrer Parteintellectuellen und der Jugendbewegung begannen sich die Bedingungen des „ideologischen Kampfes“, für den die Maxime der friedlichen Koexistenz nicht zu gelten hatte, komplizierter zu gestalten. So erwähnte Heinz Juch bereits während der ZPKK-Tagung vom März 1966 unter anderem den Offenen Brief der SED an die SPD, der erstmals von der SPD auch beantwortet wurde.¹¹ Zu diesem Offenen Brief an die SPD erklärte Matern auf der gleichen Tagung nicht ohne Selbstbewußtsein, daß die Antwort des SPD-Parteivorstands im ND veröffentlicht werde:

„Eine breite Diskussion setzt aber voraus, daß in der Partei eine große Festigkeit vorhanden ist. Wir gehen damit ein gewisses Risiko ein ... (es) war uns von vornherein klar, daß sie solche Dinge wie die Mauer, den Schießbefehl ... usw. enthalten würde ... Zunächst geht es um die 6 Punkte des Genossen Walter Ulbricht in seiner Neujahrsansprache ... sie [die Sozialdemokraten] schlagen vor, zu garantieren, daß jeder Politiker frei und offen sprechen kann. Das diskutieren wir noch. Soll ich zum Beispiel als Kommunist drüben sprechen? Aber die Kommunistische Partei Deutschlands ist drüben verboten.“¹²

Nachdem im März 1966 das ZK der SED dem SPD-Vorstand gemeinsame Versammlungen politischer Vertreter beider Parteien in beiden deutschen Staaten vorschlug, wenn die per-

10 Information des Sektors Parteiinformation im ZK vom 29.3.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 144ff.

11 Am 7. Februar 1966 schlug das ZK der SED in einem offenen Brief an den Dortmunder Parteitag der SPD und alle SPD-Mitglieder eine „gesamtdeutsche Beratung“ und Gespräche zwischen beiden Parteien über die Wiedervereinigung Deutschlands vor. In diesem Brief versicherte das ZK der SED, es gäbe „kein Hindernis für eine loyale Zusammenarbeit mit der SPD“. Der SPD-Vorstand stellte in seiner Antwort vom 19. März fest, daß für eine Zusammenarbeit alle Voraussetzungen fehlten, begrüßte aber eine „offene Aussprache aller Parteien in allen Teilen Deutschlands“.

12 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKen am 23./24.3.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/15, Bl. 5ff.

sönliche Sicherheit auch der SED-Redner in der Bundesrepublik garantiert sei und der SPD-Vorstand dem im April zustimmte, wurden die technischen Gespräche zur Vorbereitung eines „Redneraustauschs“ aufgenommen. Auch wenn dieser Austausch wegen einer Absage der SED-Führung im Juni nicht stattfand, weil das durch den Bundestag verabschiedete Gesetz „über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ von SED-Funktionären durch Albert Norden als „Handschellengesetz“ zur juristischen Sanktionierung der Alleinvertretungsanmaßung zurückgewiesen wurde, mußte dieser Vorgang innerparteilich neuerlich „Aufweichungserscheinungen“ unter SED-Mitgliedern in Form von Illusionen „ideologischer Koexistenz“ oder „sozialdemokratischer Tendenzen“ befürchten lassen. Trotzdem verstärkte die SED-Führung ihre Politik des Brückenschlags, diesmal in Form eines Offenen Briefes an die Mitglieder und Freunde der SPD und alle BRD-Bürger im Juli 1966 für einen „nationalen Dialog“, der mit seiner Offerte einer friedenspolitischen „Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten“ vor allem im Dienst des Bodengewinns einer staatlichen Annerkennung der DDR stand. Es war klar, daß diese Dialogstrategie der SED gegenüber der SPD durch erhöhte Anstrengungen für eine „ideologische Immunisierung“ der SED-Mitgliedschaft vor der Versuchung begleitet werden mußte, noch zu ganz anderen zuvor tabuisierten Themen einen (allerdings innerparteilichen) Dialog zu beginnen.

Das auch die Parteikontrollorgane unduldsam gegenüber jeglicher Art von Feindtätigkeit zu bleiben gedachten, belegte auch die Meldung der BPKK Erfurt vom 2. August 1966 an die ZPKK, in der für das 1. Halbjahr 1966 acht Parteiausschlüsse wegen parteifeindlicher Handlungen unter der Rubrik „Agenten Spione, Verräter“ und vier Parteiausschlüsse wegen parteifeindlicher Handlungen unter der Rubrik „Opportunisten“ (zweimal wegen Hetze und zweimal wegen Staatsverleumdung) bilanziert wurden.¹³ Von der BPKK Erfurt kamen am 2. September auch Berichte zu Diskussionen im Bezirk über angebliche Preiserhöhungen und Gerüchte über bevorstehende Mieterhöhungen sowie Preiserhöhungen bei Lebensmitteln.¹⁴

Die wichtige ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKs am 19. und 20. Oktober 1966 bot eine erste Gelegenheit, auch die deutschlandpolitischen Ereignisse der letzten Monate aus der Sicht der Parteikontrolltätigkeit zu bewerten und die innerparteilichen Folgen zu resümieren. Zur SPD erklärte Matern: „Wir machen Einheitsfronttaktik auf allen Ebenen. Auch auf der Ebene des Parteivorstandes der SPD.“ Beide deutsche Staaten würden lange Zeit nebeneinander bestehen, da die Einheit Deutschlands ohne vorherige größere Veränderung der Machtverhältnisse nicht möglich sei. Die Zielstellung der SED bleibe die Fortsetzung des entfalteten Aufbaus des Sozialismus. Der gerade zum April 1967 einberufene Parteitag werde nicht den vollendeten Aufbau des Sozialismus proklamieren, obwohl die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hätten. Jetzt beginne die 2. Etappe des NÖS (Bildung der gesellschaftlichen Räte als beratende und kontrollierende Organe für die Entwicklung der VVB) und die dritte Etappe der Industriepreisreform (zur Messung der wirklichen Produktionskosten bei Erhaltung der Stabilität der Konsumpreise). „Je größer die Verantwortlichkeit der VVB und die des Generaldirektors wird, um so notwendiger ist der Ausbau der Kontrolle.“ Matern berichtete, daß auf dem 13. Plenum der frühere Werkleiter von Leuna aus dem ZK ausgeschlossen wurde: Dieser habe gesagt, er wäre vom Werkleiter (der ein Haus mit 15 Zimmern bewohnte) zum Minister (mit Wohnung von 6 Zimmern und 2.000.-

13 Information der BPKK Erfurt an die ZPKK vom 2.8.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/96, Bl. 119ff.

14 Information der BPKK Erfurt an die ZPKK vom 2.9.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/96, Bl. 153ff.

Mark weniger Gehalt) degradiert worden. Die um sich greifende Unzufriedenheit bei Leuten mit hohem Einkommen signalisiere Verspöterung.

Elli Hempel erklärte für die ZPKK, daß die ideologische Diversionstätigkeit des Gegners gewisse Erfolge zu verzeichnen habe. So verstießen Genossen gegen die Entschließung ihrer GO, nach Verabschiedung des Handschellengesetzes im Bundestag auf den Besuch Westdeutschlands zu verzichten. Es gäbe keine parteimäßige Übersicht über Zahl und Verhalten von rentnerreisenden Genossen und keine Auseinandersetzung mit ihnen nach der Rückkehr. Ebenso sei nach wie vor der Verzicht auf die parteimäßige Verhandlung von durch die Konfliktkommissionen oder Gerichte mit (bedingten) Strafen abgeschlossenen Vorgänge zu rügen. Der Standpunkt, dies sei eine Doppelbestrafung, sei falsch. Es ginge weniger um eine Bestrafung, als um die Auseinandersetzung, um Klarheit in der Frage zu gewinnen, was mit unseren Genossen los ist.

Heinrich Mosler (Vorsitzender der BPKK Cottbus) berichtete von Arbeitsniederlegungen im Glaswerk Döbern wegen administrativer Normenerhöhungen durch den Werkleiter im September zum Zwecke des Abbaus der Lohnfondüberschreitungen. Die Untersuchung der BPKK endete mit einer Rüge des Werkdirektors und einer Verwarnung des Parteisekretärs.

In AWG-Versammlungen in Cottbus, in der Bauingenieurschule Cottbus und an anderen Stellen des Bezirks traten Parteimitglieder gegen Regierungsmaßnahmen der Preisregulierung und gegen kostendeckende Preise bei den Mieten auf. In einer AWG-Versammlung von 220 Menschen bei vielleicht 40 Genossen konfrontierte ein Mitarbeiter des Bezirkswirtschaftsrates (ein Genosse) die Erfolgsmeldungen über das Cottbuser Baugeschehen in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ mit den wirklichen Mängeln und Fehlern in der Bauführung, der tatsächlichen Beschaffenheit der Wohnungen und der Preise usw. und erhielt riesigen Beifall. Die Versammlung habe sich zu einer großer Provokation ausgewachsen. Es sei ein Fehler gewesen, eine große Versammlung zur Behandlung eines so heiklen Themas bei so wenigen Genossen zusammenzutrommeln. Die KPKK, die Genossen der KL und des Rates der Stadt hätten sich mit den Genossen, die teilgenommen hatten, vergeblich auseinandergesetzt, da die Genossen nicht bereit gewesen waren, ihren falschen Standpunkt aufzugeben.

Paul Behring (BPKK Berlin) betonte, daß Fragen von Genossen zur Industriepreisreform, der kostendeckenden Miete, des Handels usw. nicht schon feindliche Tätigkeit seien. Nach Behrings Beschwerde, daß die Entlarvung von Agenten (zuletzt eines Mitglieds der zentralen Parteileitung im Funkwerk Köpenick und Kampfgruppenkommandeurs sowie des stellvertretenden Direktors der Berolina-Werbung und Parteisekretärs) fast ausschließlich das Werk der Sicherheitsorgane sei, folgte das bedrückende Ergebnis der Untersuchungen der BPKK Berlin bei der VP in den Bereitschaften und den Industriebetrieben: Korruption, Ausnutzen der Dienststellung, moralische Verkommenheit. Bei der Untersuchung des parteischädigenden Verhaltens der Offiziere der 17. Bereitschaft Basdorf im März und der 18. Bereitschaft sowie im Kommandanturbereich Basdorf im September/Oktober 1966 gab es bei letzterer Untersuchung allein 6 Ausschlüsse, 7 Entfernungen von Offizieren und Wachtmeistern aus der VP sowie Degradierungen. Offenbar seien keine Schlußfolgerungen aus der ersten Untersuchung im März gezogen worden, was auf ein Versagen der Abteilung Sicherheit der BL Berlin hindeute. Auch die Untersuchung der Arbeit der Parteileitung des Transformatorenwerks „Karl Liebknecht“ Berlin-Oberschöneweide ergab, daß dort eine Atmosphäre der Angst, Abhängigkeit und Korruption geherrscht habe. Schließlich klagte Behring wiederum darüber, daß mit dem Übergang zum Produktionsprinzip mit der direkten Unterstellung vieler Parteiorganisationen unter die BL Berlin die BPKK so zur größten

„Kreispartei kontrollkommission“ geworden sei. Der BL wären direkt 27–28.000 Mitglieder unterstellt. Von 506 Parteiverfahren bis Oktober 1966 habe die BPKK allein 157 behandelt (davon 10 eigene der BPKK, 105 aus den Z-Betrieben, 3 aus der Landwirtschaft, 39 aus den bewaffneten Organen der VP). „Ich halte, offen gesagt, diese Arbeitsteilung nicht für richtig und sie entspricht, wenn ich das genau nehme, auch nicht dem Sinn des Statuts, weil bei diesen ganzen Parteiverfahren das Einspruchsrecht der betreffenden Genossen eingeschränkt wird. Sie können sich ... nur an die ZPKK wenden.“

Kurt Seebach aus Erfurt berichtete, daß gemäß einer Untersuchung der KPKK Heiligenstadt (Grenzgebiet) die BPO des VEB Schraubenwerks völlig in der Defensive gegenüber westlichem Einfluß sei. Es würden Westfernsehsendungen von der Belegschaft in den Pausen mit dem betriebseigenem Fernsehgerät gesehen. Erna Warnke (BPKK Potsdam, Kandidatin der ZPKK) wußte von einem Grenzdurchbruch mit blechverstärkter Planierdraupe aus Magdeburg im Grenzkreis Nauen/Staaken. Weiter berichtete sie: „Im Kreis Luckenwalde hatten eine Reihe von Betriebsparteiorganisationen an den SPD-Parteivorstand vor einigen Monaten geschrieben als Protest zum Vietnamkrieg. Zurückgekommen sind in eine Reihe von Betrieben Briefe des SPD-Parteivorstandes, die eine ganz grobe Hetze gegen uns und unseren Staat und unsere Politik enthielten. In einem Betrieb blieb dieser Brief 12 Tage an der Wandzeitung und erst durch Zufall ... wurde ... klar, daß man hier also praktisch eine Tribüne für die Propaganda des SPD-Parteivorstandes geschaffen hatte.“ Ein Mitglied der BPKK Rostock teilte die Ergebnisse einer Untersuchung im VEB Holzwerk Rostock und im Hafen mit: Genossen der Parteileitungen, Betriebsleitungen, leitende Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und die BGL stellten sich selbst an die Spitze von Urlaubs- und höheren Geldeinnahmeforderungen für die Belegschaftsmitglieder. Die BGL der Warnow-Holzwerke drohte mit Rücktritt, falls die Forderungen nach mehr Urlaub gemäß dem RKV zwischen Volkswirtschaftsrat und Zentralvorstand der IG Bau/Holz (mehr Urlaub für schwere Arbeit) nicht erfüllt würden. In den Warnow-Holzwerken streikten deshalb die Arbeiter der Nachtschicht im Maschinenraum. Dies alles (insbesondere die unklare Haltung der Leitungen) wäre eine Verletzung der Parteibeschlüsse gewesen. Erst das Eingreifen der BPKK bereinigte die Situation der bisher unklaren Haltung der leitenden Genossen dazu. Von der BPKK Rostock kam auch ein Hinweis auf um sich greifende Methoden der Erzielung von Extraverdiensten: Vermehrt würden Maschinen abgezogen, um sie im sogenannten 2. Arbeitsverhältnis (Feierabendarbeit sowie Sonn- und Feiertagsarbeit oder Einsatz zum Beispiel bei privaten Unternehmern) zu nutzen, weil dort mehr Geld zu verdienen ist. Hier habe es Verfahren gegen mehrere Staats- und Wirtschaftsfunktionäre gegeben. Kurt Kohn (Vorsitzender der BPKK Leipzig) hatte festgestellt, daß der Anteil der jungen Menschen an den Streichungen und Parteiverfahren höher sei, als ihr Anteil in der Partei. Irmgard Vielhauer (Vorsitzende der BPKK Neubrandenburg) konstatierte eine beschämende Anbiederei von Funktionären an Westbesucher sowie den Mißbrauch von Feierabendbrigaden und die Verfügungsgewalt über Bauressourcen zur persönlichen Bereicherung (Eigenheimbau). Der Vorsitzende der BPKK Dresden Erhard Neubert rühmte sich der erfolgreichen Verhinderung von Gammeltreffen in Dresden durch die VP. Eva Naujoks (Vorsitzende der BPKK Schwerin) bestätigte, daß die Bildung der Feierabendbrigaden die Bummel- u. Ausfallstunden in die Höhe schießen ließe. Dabei verbreite sich die „Ausleihe“ von Material im Betrieb. Die Betriebsbelegschaft des Baumontagekombinats habe eine Reihe von Forderungen erhoben: Die Mieten müßten stabil bleiben, die Butter müsse billiger werden, die Lenkungsmaßnahmen [preisregulierende Maßnahmen] müßten aufgehoben werden, die Exqui-

sitläden müßten verschwinden und der Lohn müsse erhöht werden. Im Bezirk Schwerin seien alle Grundorganisationen (bis auf die GO des Pädagogischen Instituts Güstrow), die bisher der BL unterstellt waren, an die Kreise zurückgegeben worden. Kurt Jung (Vorsitzender der GPKK Wismut) erklärte, einige leitende Wirtschaftsfunktionäre „haben soviel Geld, die wissen wirklich nicht, was sie damit machen sollen ... Sie ... bauen keine Wochenendhäuser, (sie) bauen Villen ... Die waren wahrscheinlich teurer, als wenn man sich ein normales Haus baut ... Weil es natürlich schlecht mit dem Material ist, gibt es Verstöße gegen bestehende Verordnungen ... (Sie) vergehen sich gegen unsere Gesetze.“ Robert Holland (Vorsitzender der BPKK Suhl) berichtete, die Arbeiter im Simson-Werk hätten unter Verweis auf den (vom VVB Automobilbau/Fahrzeuge unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen) gewährten Zusatzurlaub im Suhler Ernst-Thälmann-Werk für die gleiche Arbeit (Produktion von Jagdwaffen) auch den Zusatzurlaub von 6 Tagen gefordert. Sie kamen nicht zum Zuge und „da sprang der Gedanke auf, dieser Forderung, da man nicht streiken darf, wie sich Einzelne äußerten, durch Niederlegung des FDGB-Mitgliedsbuches Nachdruck zu verleihen ... Sie hatten einen Teilerfolg ... Sie erhielten 3 Tage Zusatzurlaub ... Kurze Zeit danach trat in gleicher Weise das gesamte Kollektiv am Montageband für Mopedfahrzeuge ... für die gleiche Forderung auf ... An diesen Geschichten waren auch Genossen beteiligt.“

Hermann Matern teilte in seinen Abschlußbemerkungen mit den Bezirkskontrolleuren seinen Erfahrungsschatz zu dem auf der Arbeitstagung als immer prekärer erscheinenden Problem der Funktionärskorruption: Früher und in den kapitalistischen Ländern seien die Menschen aus Überzeugung und nicht aus materieller Interessiertheit in die Partei gegangen. Ihre „materielle Interessiertheit“ hatte den Charakter des Klassenkampfes mit dem Kapital. Gerade im Faschismus hätten sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt. In der SU bekam ein Kommunist bis 1926 225 Rubel im Monat. Andere verdienten das 10fache und manche das 100fache. Mit der Vorbereitung des ersten 5-Jahrplans war das Parteimaximum 400 Rubel. Nach Wiederherstellung der Volkswirtschaft und mit Beginn des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus sei die zweifache Gehaltsregelung aufgehoben worden und die Kommunisten wurden anderen gleichgestellt (Bezahlung nach Leistung). Nach marxistischen Kriterien sei auch die Herstellung und die Reproduktion der Arbeitskraft eines ungelerten Arbeiters und eines Ingenieurs verschieden. „... manche Genossen sind über die Teppiche gestolpert, die sie früher gar nicht hatten ... Kapitalismus ist Korruption ... Dabei ist das, was erzählt wurde über den Spesenverbrauch ... nicht gerade angenehm, aber das ist doch nichts im Vergleich [damit], was die Monopole Leuten von uns in die Taschen stecken können ... Es ist doch kein Zufall, daß von den Leuten dann plötzlich welche draußen bleiben ... für sie ist das soziale Problem gelöst und dann sind sie weg ... Wir müssen also Bewußtsein und materielle Interessiertheit miteinander in die richtige Verbindung bringen ... das ist gar nicht so einfach.“

Heinz Juch (ZPKK) wußte keine bessere Schlußfolgerung aus der Arbeitstagung zu ziehen, als daß die Probleme des Liberalismus, der Passivität, der Verantwortungslosigkeit, der materiellen Bereicherung und der schlechten Leitungstätigkeit nur durch die Erziehung zu einer klaren parteilichen Haltung zur DDR lösbar wären. Weitaus handfester war seine Mitteilung, daß im Resultat der bisherigen Erfahrungen in den Städten Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Magdeburg laut ZK-Sekretariatsbeschluß wieder Stadtbezirksleitungen gebildet worden seien, die jedoch nicht den Charakter von Kreisleitungen hätten. Folglich würden dort insbesondere keine Parteikontrollkommissionen berufen, weshalb die Ergebnis-

se von Parteiverfahren weiter zur Bestätigung an die Stadtleitung gingen. Erhard Neubert berichtete dazu, daß es in Dresden-Stadt für 57.000 Genossen mangels Stadtbezirks-Partei-kontrollkommissionen nur die SPKK gäbe, so daß die SPKK zu einem Verwaltungsapparat für Parteiverfahren geworden sei und infolge Überlastung keine eigenen Untersuchungen führen könne.¹⁵ Was sich zwischen Januar 1963 (dem Monat des VI. Parteitags) und Juni 1966 in Dresden abgespielt hatte, ist auch insofern interessant, als im „Tal der Ahnungslosen“ die Infiltration durch das Westfernsehen ausfiel. Diese Informationen sind einem im Auftrag der BPKK Dresden erstellten Bericht der SPKK Dresden vom 15. November 1966 über Parteiverfahren, Beschwerden, Untersuchungen und Einsprüche zu entnehmen. Damals – im Mai 1963 wurden mit den SED-Stadtbezirksleitungen (SBL) auch die Parteikontrollkommissionen der SBL aufgelöst; die Aufgaben wurden von der SPKK für die ganze SPO Dresden übernommen. Im Mai 1963 wurde auch ein großer Teil der Parteiorganisationen der Stadt Dresden der BL zur Anleitung direkt unterstellt. Für diese Grundorganisationen hatte die BPKK die Parteikontrolle übernommen. Am 15. September 1966 erfolgte dann die Übergabe aller Grundorganisationen an die SPO Dresden, für die dann auch die SPKK Dresden die Parteikontrolle übernahm, was in dem Bericht noch nicht erfaßt war:

	1963	1964	1965	1966/ 1.Hj.
Rüge	85	69	69	25
strenge Rüge	41	30	25	13
Versetzung in Kandidatenstand	14	13	2	3
Streichung	49	17	4	4
Ausschluß	60	67	41	15
Parteifeindliche Handlungen (alles Ausschlüsse)				
Agenten, Spione, Verräter	2	2	1	2
Überläufer	3	-	4	1
Opportunismus	-	2	2	-
Parteischädliche Handlungen				
a) kriminelle Vergehen/davon Ausschlüsse (30 % aller PVen)	61/37	76/53	33/29	17/9
b) Cliquenbildung, Karrierismus, Fragebogen- fälschung, Verschweigen von parteischäd- lichen Handlungen, politische Blindheit, Versöhnlerturn/davon Ausschlüsse	24/1	8/3	6/1	2/-
Verletzung der Parteidisziplin (besonders hoher Anteil: unmoralisches Verhalten – 29,8% aller PVen)				
	81/6	57/3	32/-	16/3

Schwerpunkte bei den Parteiverfahren lagen bei den Parteiorganisationen der VP mit 82 Parteiverfahren, davon 44 wegen unmoralischem Lebenswandel und 16 wegen krimineller

15 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKern vom 19./20.10.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/16, Bl. 6ff.

Vergehen. Weiterhin war ein Anstieg der Parteiverfahren in den staatlichen Organen zu verzeichnen.¹⁶

Auch die BPKK Magdeburg zog am 23. November 1966 Bilanz über die Signale und Informationen der KPCKen vom 1.7.1966 bis 31.10.1966. Hier hieß es, es habe negatives und feindliches Auftreten von Parteimitgliedern vor allem in den Kreisen Gardelegen, Wanzleben, Tangerhütte, Stendal und in den Grenzkreisen Osterburg, Salzwedel, Oschersleben gegeben. Registriert wurden Äußerungen wie, die DDR sei eine Kolonie der Russen; der Schießbefehl sei Mordbefehl; es gäbe keine Freiheit, aber dafür Diktatur und Personenkult in der DDR; man sei nicht einverstanden mit der Ablösung des Genossen Chruschtschow. In mehreren Betrieben des Bezirks würden Konverter zum Empfang des 2. Programms des Westfernsehens hergestellt und verkauft. So seien die im Antennenwerk Blankenburg hergestellten 50 Konverter über den Konsum verkauft worden.¹⁷

Nach Eintritt der SPD in die Regierung der großen Koalition am 1. Dezember 1966 wurde der Ton gegenüber den Sozialdemokraten wieder schroffer. Auf der 14. ZK-Tagung im Dezember 1966 bewertete Ulbricht die Regierungserklärung des Kiesinger-Brandt-Kabinetts als Ausdruck des Verzichts der SPD auf eine „Alternative“ in Westdeutschland, was dort zu einer neuen Situation geführt habe: Nun sei die SPD Handlanger der rechten CDU/CSU-Notstandspolitik geworden. Daß im Klima eines zuvor von der SED-Führung angebotenen Zeitungs- und Redneraustauschs aber viele SED-Mitglieder auf den Gedanken kommen konnten, sich nun selbst auch Informationen aus Westdeutschland zu beschaffen, war folgerichtig. Solchen Mißverständnissen vorzubeugen und unmißverständlich Signale zu setzen, daß die private Beschaffung politischer und zeitgeschichtlicher Literatur aus Westdeutschland auch zu beruflichen Zwecken nach wie vor nicht toleriert werde, war nicht zuletzt auch Aufgabe der Parteikontrollorgane.

Ein typisches Fallbeispiel lieferte ein Bericht über die Untersuchung der KPCK Lobenstein in der PO der EOS Lobenstein. Anlaß war eine Information an das KL-Sekretariat, daß der Parteisekretär H[...] der EOS aus Westdeutschland Schul- und andere Bücher bezöge. Diese Literatur benötigte H[...], der an der Pädagogischen Hochschule Potsdam Fernstudent war, für seine Staatsexamensarbeit „Die Darstellung der Oktoberrevolution in der westdeutschen Schulgeschichtsliteratur“. Das Thema war ihm vom Pädagogischen Institut für Marxismus-Leninismus in Erfurt aufgegeben worden. H[...] hatte für seine Arbeit eine Bibliographie von ca. 80 Titeln (Beschlüsse und Dokumente des ZK, Geschichtsliteratur der DDR, Fernleihitel und Titel aus Beständen der Universitäten) erhalten, mit denen angeblich die Voraussetzungen für die Staatsexamensarbeit gegeben wären. Die KPCK schätzte dies wie folgt ein: „Wenn sich Genosse H[...] dennoch Schulbücher aus Westdeutschland verschaffen wollte, ... hat H[...] als Partei- und Staatsfunktionär durch diese verwerfliche Handlungsweise ein parteischädigendes Verhalten an den Tag gelegt. Er hat die revolutionäre Wachsamkeit verletzt, indem er dem Klassegegner die Gelegenheit zum Einschleusen feindlicher Ideologie gab. Damit wurde zugleich die führende Rolle der Partei an der EOS gegenüber dem ganzen Lehrer- und Schülerkollektiv in Mißkredit gebracht und somit das Ansehen und die Autorität der Partei gröblichst verletzt.“ Es fehlte auch nicht der Hinweis, daß dies zudem „ein Verstoß gegen die Verordnung über den Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 5.8.1954“ sei. An-

16 Mitteilung der Stadtparteikontrollkommission (SPKK) Dresden vom 15.11.1966, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/95, Bl. 95ff.

17 Mitteilung der BPKK Magdeburg vom 23.11.66, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/115, Bl. 161ff.

geblich gab es bereits früher Versuche des Genossen H[...], dessen Unterricht nach Aussagen der Leitungsmitglieder jedoch auf hohem Niveau stände, westdeutsche Schulbücher in den Unterricht einzubeziehen. Als weitere „ideologische Entgleisung“ wurde H[...] das „Aufsuchen der Wahlkabine zu den Volkswahlen“ zur Last gelegt. Sein Sündenregister umfaßte nun insgesamt ideologische Unklarheiten, Objektivismus, Unterschätzung der Gefährlichkeit der ideologischen Diversion und Mißachtung früherer Kritik durch Genossen der GO, die jedoch ihren Aufgaben nicht gerecht wurden. Folgen dieses liberalen Verhaltens zeigten sich nach Meinung der KPKK darin, daß Schüler des Internats der EOS wiederholt westliche Musiksendungen hörten. Die KPKK schlug dem Sekretariat der KL vor, den KPKK-Bericht in der Mitgliederversammlung der Schulparteiorganisation und durch die Parteileitung der PO EOS Lobenstein auszuwerten, die SPO künftig durch die Abteilung Propaganda/Agitation der KL zu unterstützen, die Angelegenheit im nächsten Anleitungseminar mit allen Parteisekretären der Schulen auszuwerten und den Parteisekretär H[...] wegen parteischädigenden Verhaltens zu rügen sowie als GO-Sekretär und Mitglied der Schul-Parteileitung abzulösen. Am 14. März 1967 wurde zwischen der KPKK Lobenstein und Altenkirch sowie Quasdorf von der ZPKK vereinbart, diesen Bericht an die ZPKK zu schicken. Der Bericht und die Schlußfolgerungen der KPKK wurden am 23. März 1967 bestätigt. Die Pädagogische Hochschule Potsdam erklärt zu den Fragen der KPKK Lobenstein über das Zustandekommen des Themas der Examensarbeit von H[...] etwas kleinlaut: „Nach unserer Anleitung aller auswärtigen Betreuer müssen einige grundsätzliche Hinweise gegeben werden, jedoch ist die Erarbeitung einer relativ umfassenden Literaturzusammenstellung zum jeweiligen Thema eine Aufgabe der Staatsexamensarbeit ... Sollte sich das eingeleitete Parteiverfahren gegen den Genossen H[...] auf die illegale Literaturbeschaffung aus Westdeutschland beziehen, dann müssen wir eingestehen, daß bisher die Fernstudenten nicht nachdrücklich über die gesetzlichen Bestimmungen zur Einfuhr von westdeutschem Schriftgut in unsere Republik belehrt wurden, weil wir der Auffassung waren, daß diese Bestimmungen jedem Lehrer und insbesondere jedem Geschichtslehrer bekannt sein müssen.“ Im Begleitschreiben an die KL Potsdam wird von der Hochschul-Parteileitung angekündigt, daß in Auswertung des PB-Beschlusses vom 10. Januar 1967 Maßnahmen gegen die verstärkte ideologische Diversion (etwa unter der Losung von der „gesamtdeutschen Wissenschaft“) und diesbezügliche Kontaktversuche getroffen würden.¹⁸

In der Politik der SED nahm man nun auch öffentlich von der bisher obligatorischen Wiedervereinigungsrhetorik Abschied. Dies signalisierten die Umbenennung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Frage in eines für westdeutsche Fragen und das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR vom Februar 1967. Die Vokabel von der deutschen Nation blieb in der Begrifflichkeit zweier deutscher Staaten auf deutschem Boden jedoch erhalten.

Während 1963 der VI. Parteitag der SED nach dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ die Phase des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ verkündet hatte, versah der VII. Parteitag vom 17. bis 22. April 1967 die Vorstellung von der „Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ von nun an mit der (durchaus unmarxistischen) Attitüde einer vom bevorstehenden Kommunismus „relativ selbständigen sozialökonomischen Formation“. Ohne Zweifel kaschierte dies auch den sich vollziehenden verstärkten Rückgriff der Bürokratie auf warenwirtschaftliche Regulationsmethoden. Es war

18 Bericht über die Untersuchung der KPKK Lobenstein in der Schul-PO der EOS Lobenstein und Stellungnahme der Pädagogischen Hochschule Potsdam vom 3.3.67 zu den Fragen der KPKK Lobenstein vom 13.2.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/102, Bl. 131ff und Bl. 145f.

einerseits die pragmatische Ideologisierung eines Wirtschaftsreform-Kurses, dessen Fortschrittsgläubigkeit sich nicht mehr an unglaublichen Zukunftserwartungen, sondern an der Idealisierung greifbarer Erfolge in einer selbst schon idealisierten bestehenden Gesellschaft orientieren sollte. So apologetisch die besagte Formel auch war (und als solche später von Rudolf Bahro „gewürdigt“ wurde¹⁹), spiegelte sie doch auf eigentümliche, unbegriffene Weise zugleich die reale Erfahrung der Bürokraten vom gänzlich anderen Charakter und historisch abweichenden Sinn jener Ordnung wider, die sie unentwegt und in krasser Differenz nicht nur zum Inhalt des Marxschen Begriffs der sozialistischen Übergangsperiode zum Kommunismus, sondern auch zur Wirklichkeit der Gesellschaft als „Sozialismus in der DDR“ verkauften. Sowenig sich die Apologeten und Kopflanger des bürokratischen Herrschaftssystems vom legitimatorischen Kontext des Sozialismus zu lösen wagten, so sehr erschien es ihnen zweckmäßig, angesichts der ernüchternden Realitäten in der DDR wenigstens den Kommunismus in noch weitere Ferne zu rücken: Solange die „selbständige Gesellschaftsformation Sozialismus“ noch nicht komplett entwickelt war, konnte nicht mit dem vorgeblich angestrebten Kommunismus zu rechnen sein. Die Angst der Herrschenden vor einem revolutionären Sprung der mit diesem „relativ selbständigen Sozialismus“ unzufriedenen Massen spiegelte das Wort „relativ“: Bei Bedarf konnte es diesen Übergang zwischen zwei selbständigen Formationen auch als evolutionär erklären. Denn in einer solchen Revolution wäre es gegen sie selbst, also gegen die Bürokratie gegangen. Daß gerade sie es soweit treiben würde, daß letztlich immer weniger Menschen an diese sozialistische Perspektive glauben mochten, wurde nach 1968 schnell transparent.²⁰

Die ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKen am 17. Mai 1967 gab den Bezirkskontrolleuren erste Richtlinien im Gefolge des VII. Parteitag.²¹ Heinz Juch, der diesmal anstelle von Matern die schon obligatorisch gewordenen internen Sichten der SED-Führung auf die internationale Lage referierte, verwies auf die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary vom April, welche er wegen der dortigen einstimmigen Annahme des Dokuments zur europäischen Sicherheit als wichtigste internationale Konferenz dieser Art seit 1960 bezeichnete. Außerordentlich scharfe Angriffe richtete Juch in diesem Zusammenhang gegen die rumänische Partei: „Die Führung der Rumänischen Kommunistischen Partei ... (verficht) nach beiden Seiten ihre nationalen eng begrenzten Interessen ..., (geht) faule Kompromisse mit imperialistischen Ländern ein ... um für sich etwas herauszuholen.“ Die schließlich doch verabschiedete einheitliche Erklärung aller Teilnehmer mit der

19 Rudolf Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln 1979.

20 Als dann übrigens Anfang der siebziger Jahre in der DDR die Formel von der „relativ selbständigen sozialistischen Gesellschaftsformation“ zugunsten der Phrase vom „real existierenden Sozialismus“ wieder über Bord geworfen wurde, signalisierte dieses neuerliche Eingeständnis des Scheiterns wiederum nur die feige Beharrung auf dem schönen Schein gegenüber der tristen Wirklichkeit. Jede Berufung auf sozialistisch-emanzipatorische Revision dieser Wirklichkeit war dann gegen den „real existierenden Sozialismus“ gerichtet und somit „objektiv konterrevolutionär“. Die Kritiker waren bestenfalls realitätsfremde Nörgler, die irgendwelche Mängel der Gesellschaft zu systembedingten Defekten aufwerteten und mit ihrem politischen Bekenntnis zu irgend einem eingebildeten Sozialismus nur noch gefährlicher für die Träger des real existierenden wurden. Es empfahl sich daher, sie gemäß ihrer „objektiven Rolle“ auch subjektiv weiterhin als staatsfeindlich zu behandeln, wie dann erneut der Fall Havemann zeigen sollte.

21 Auf der 1. (konstituierenden) ZK-Tagung vom 22. April wurde wiederum Hermann Matern als ZPKK-Vorsitzender gewählt. Die alte Zusammensetzung der ZPKK war (bis auf den neu hinzukommenden Hermann Pruß) auch die neue. Heinz Juch wurde Sekretär der ZPKK.

Resolution zum System der kollektiven Sicherheit in Europa enthalte die Maximen der Untastbarkeit aller Grenzen, der Anerkennung der beiden deutschen Staaten, des Verzichts der BRD auf Kernwaffen sowie der Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an. Damit sei die Position der DDR gegenüber Westdeutschland gestärkt worden. Dagegen sei Rumänien mit den am 31. Januar vereinbarten diplomatischen Beziehungen zu Westdeutschland ausgesichert. Als Konsequenz aus dieser Bilanz verkündete Juch, die Parteikontrolle habe nun darauf zu achten, daß nach Karlovy Vary nicht weiter durch eine Mängel- und Fehlerdiskussion die Geringschätzung der großen Leistungen bewirkt werde. Er selbst wandte auf dieser ZPKK-Arbeitstagung dieses Prinzip umgehend an, indem er behauptete, daß das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus, dessen Kernstück das Ökonomische System des Sozialismus sei, gegenwärtig bereits durch eine feste moralisch-politische Einheit des Volkes, neue sozialistische Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten und ein hohes Staatsbewußtsein charakterisiert sei. Dies stand nun freilich in vollkommenem Widerspruch zu allen bisherigen Analysen der Parteikontrollarbeit in den Bezirken und auch der ZPKK selbst. Doch Juch erklärte auch unmißverständlich: „Nichts ist ungeeigneter, als mit den alten Methoden, die vor Jahren vielleicht noch angebracht waren, erziehen zu wollen.“ Er kritisierte, daß genau dies aber noch einige PKKs in Form ihrer überspitzten Entscheidungen praktizierten. All dies war ein offenkundiger Appell zur parteidisziplinarischen Mäßigung im Dienste des schönen Scheins, der auch angesichts der profunden Erkenntnisse der Parteikontrollorgane über die wirkliche Lage durchgehalten werden sollte. Doch mußte auch Juch seine beschwörende Versicherung, in der Einheit von materieller Interessiertheit und sozialistischer Bewußtheit stünden die gesellschaftlichen Interessen an erster Stelle, durch die Bemerkung relativieren, daß für manche Menschen „die hohen Ideale des Sozialismus, ihre Widerspiegelung und Bestätigung ... allein im Erwerb persönlicher Güter (finden) ... sie (empfinden) jedes Mehr an notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben ... praktisch als lästige Pflicht.“ Ebenso mußte er selbst de facto das Ausmaß an Funktionärselbstgerechtigkeit eingestehen, als er die Verletzung der innerparteilichen Demokratie am Beispiel des TRO Berlin kommentierte: Ein Mitarbeiter der BL hatte zwei beschwerdeführende Genossen einfach „abfahren“ lassen: „Ihr seid doch nur zwei, die sich beschweren, aber was sagen die anderen 145, die noch in der Partei sind?“ Ja, Genossen, genügt das nicht, wenn zwei die Wahrheit sagen?“

Hermann Fischer (Vorsitzender der BPKK Erfurt) berichtete aus seinem Bezirk, daß viele Genossen meinten, der VII. Parteitag habe die Spaltung Deutschlands besiegelt und die Vereinigung abgeschrieben. Georg Jury (Vorsitzender der BPKK Frankfurt/Oder) erklärte erleichtert, aufgrund der Veränderungen im Parteistatut durch den Parteitag verlagere sich der Schwerpunkt der Parteikontrolle: Die Verantwortung für die Bestätigung der höchsten Parteistrafe läge wieder im Kreis. Gemeint war die auf dem VII. Parteitag beschlossene Maßgabe im Parteistatut, wo wieder das Territorialprinzip beim Parteiaufbau betont wurde. Auch die Vorsitzende der BPKK Neubrandenburg, Irmgard Vielhauer, ging auf die Statutenänderungen ein: Die Aufhebung der Parteistrafe „Versetzung in den Kandidatenstand“ habe die Konsequenz, daß Anleitungen der KPKKs noch gründlicher erfolgen müßten, denn die KPKKs können nun nicht mehr einer klaren Entscheidung ausweichen. Im Bezirk existierten im übrigen an vielen Orten keine FDJ-GOs mehr. Dafür verstärkte regional die Kirche im Bezirk wieder ihren Einfluß. Ebenso bedrohlich sei der Mitgliederrückgang auf dem Lande. So gäbe es eine GO einer LPG im Kreis Templin, wo es einmal über 100 Genossen gab und jetzt nur noch 30. Gleichzeitig seien in einigen GOs von LPGs auch die

Ausschlüsse am höchsten. Der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Magdeburg warnte davor, daß es dem Westen gelänge, mit im Rundfunk verbreiteten Phrasen von der Menschlichkeit die revolutionäre Wachsamkeit einzuschläfern. Es gäbe überdies verstärkt Versuche gegnerischer Kontaktaufnahmen zu Angehörigen von Institutionen (unter anderem der TH „Otto von Guericke“) mit Honorarversprechungen und mit Angeboten zur Aufnahme wissenschaftlicher Beziehungen, zum Austausch wissenschaftlicher Zeitschriften und Fachbücher oder Übersetzungen. Auch für Magdeburg wurde die steigende Tendenz von Parteiverfahren gegen leitende Funktionäre des Parteiapparates, gewählte KL-Mitglieder oder Parteisekretäre, hauptamtliche Staatsfunktionäre und Wirtschaftsfunktionäre besonders in den Kreisen Magdeburg, Burg, Osterburg, Staßfurt, Genthin bestätigt. 58 von insgesamt 114 Parteiverfahren erfolgten wegen Verletzung der Partei- und Staatsdisziplin, unmoralischem Verhalten, Verletzung der Wachsamkeit, Unterdrückung der Kritik und Betrugereien.²²

Dieser Befund war nicht nur für Magdeburg typisch und lenkte neuerlich die Aufmerksamkeit der ZPKK auf die Funktionärgesellschaft. Unter anderem wurde festgestellt, daß in einigen VVB die Parteisekretäre illegal aus dem Direktorenfond der VVB bezahlt würden, was die Gefahr der Abhängigkeit der Sekretäre bewirkte.²³ Daß die parteidisziplinarische Überwachung von Funktionären in Schlüsseleinrichtungen, die namentlich in Berlin lokalisiert waren, nicht ganz unproblematisch war, belegt ein Bericht der BPKK Berlin: Sie erklärte am 28. September 1967 in ihrer allgemeinen Einschätzung zur Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen in den staatlichen Organen bzw. zentralen Kreisleitungen der Hauptstadt, daß die Mitglieder der Parteiorganisationen der SPK, der Außenwirtschaft, der zentralen Finanz- und Bankorgane und der zentralen Organe der Gewerkschaften einen weit über das Berliner Territorium hinausgehenden und bis ins Ausland reichenden Einfluß hätten. „Aus diesem Grunde erfolgt die politische Anleitung in den betreffenden Kreisleitungen durch die zuständigen politischen Abteilungen des Zentralkomitees bzw. durch die Sekretäre des ZK selbst.“ Beschlüsse über parteierzieherische Maßnahmen würden jedoch durch das zuständige Sekretariat nach Prüfung durch die Parteikontrollkommissionen der genannten Einrichtungen bestätigt. Bei Untersuchungen durch diese Parteikontrollkommissionen müsse immer das Einverständnis des Kreissekretariats vorliegen. „Bei der Parteikontrollkommission der Außenwirtschaft ... (hatte) die PKK es unternommen ..., sich ein Urteil anzumaßen über die Tätigkeit einzelner Sekretäre der Kreisleitung und über das Kollektiv der KL insgesamt. Das wurde zurückgewiesen durch das Sekretariat; die PKK hat ihre Analyse ... geändert.“²⁴ Altenkirch teilte der BPKK Berlin im Ergebnis einer Beratung der ZPKK mit den PKKen der zentralen staatlichen und Gewerkschaftsorgane vom 4. Oktober 1967 mit, daß die vier erwähnten zentralen Organe laut Beschluß nun selbständige Parteiorganisationen mit den Rechten einer Kreisleitung hätten. Ansonsten sei darüber hinaus in vielen Einrichtungen zu beobachten, daß Leiter von ihren Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen würden, aber unter Verletzung des Parteistatuts unabhängig von ihrer zuständigen Parteiorganisation. So entstände bei Parteimitgliedern verstärkt der Eindruck, es gäbe zweierlei

22 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKen vom 17.5.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/17, Bl. 2ff.

23 Aktenvermerk über eine Aussprache der Arbeitsgruppe der ZPKK (Hempel, Altenkirch, Simon) mit der BPKK der PO Außenhandel zur Vorbereitung der Durchführung einer Arbeitsberatung mit den PKKen der Zentralen Organe am 1.9.167, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/18, Bl. 8ff.

24 Allgemeine Einschätzung der BPKK Berlin vom 28.9.67 zur Tätigkeit der PKKen in den staatlichen Organen bzw. zentralen Kreisleitungen der Hauptstadt, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/18.

Disziplin. Die Parteikontrollkommissionen müßten weg von der Konzentration auf Parteiverfahren (wo sie die Arbeit der Grundorganisationen erneut verrichteten) hin zu Untersuchungen, der Bearbeitung von Beschwerden und Eingaben sowie zu Hilfen für eine bessere Führungstätigkeit der jeweiligen Leitung kommen.²⁵ Altenkirch verwies weiterhin darauf, daß wegen der gegnerischen Infiltrationen große Aufmerksamkeit den Kaderauswahlprinzipien für den Einsatz im kapitalistischen Ausland (fachliches Können, Westverwandschaft, politisches Verhalten) gewidmet werden müsse. Er berichtete ebenfalls von Versuchen der Korruption durch westliche Zulieferfirmen des Düngemittelanlagenbau Schwedt in Form von Geschenken (Wechselsprechanlage, 3 Schreibmaschinen, 6 Handrechner), um zu günstigeren Vertragsabschlüssen zu kommen.²⁶ Der Vorsitzende der PKK Außenwirtschaft berichtete, daß von 1966 bis zum 1. Halbjahr 1967 ein stellvertretender Minister, 4 Generaldirektoren von Außenhandels-Unternehmen, 8 Handelsattachés und andere leitende Funktionen abgelöst worden seien.²⁷

Die Situation in den Betrieben war Gegenstand einer Untersuchung der BPKK Potsdam in der BPO des IFA-Automobilwerkes im September 1967. Anlaß waren Forderungen nach Lohn- und Rentenerhöhungen in Vorbereitung des VII. Parteitages sowie Schmierereien gegen die SED im Betrieb, was die Parteikontrolle zunächst auf den Einfluß von Feindtätigkeit schließen ließ. Es zeigte sich, daß keine ständigen Produktionsberatungen durchgeführt und die Planvorgaben nach Aussage des BGL-Vorsitzenden als nur auf dem Papier stehend empfunden wurden. Direktoren hätten den Werkleiter falsch informiert, um dadurch Mängel der eigenen Arbeit zu vertuschen. Ein Brief der Genossen der Parteigruppe Kipperfertigung an den Werkleiter verlangte von den leitenden Genossen mehr Verbindung mit den Arbeitskollektiven. Es wurde von den Parteikontrollorganen Verletzungen der Leninschen Normen des Parteilebens im Sinne fehlender Kollektivität der Leitung festgestellt, was zu mangelhafter Arbeitsorganisation führte.²⁸

Trotzdem verhiessen die weitergeführten Versuche, das NÖSPL auch in seiner zweiten Stufe umzusetzen, ungeachtet der Rückschläge 1965/66 günstige Voraussetzungen für eine flexiblere Politik zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Ausdruck dessen waren spürbare soziale Verbesserungen für große Teile der Bevölkerung, wie Schicht- und Jahresendprämien, Urlaubsverbesserungen, die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche 1967 oder die Erhöhung der Mindestlöhne und -renten.

Die ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKK vom 13. Dezember 1967 zog eine Bilanz der Monate nach dem VII. Parteitag. Matern wies darauf hin, daß, nachdem der VI. Parteitag ein Parteiprogramm des Sozialismus beschlossen hatte, man mit der Entwicklung des sozialistischen Staats zurückgeblieben sei und daß das nun aufgeholt würde. Dazu gehöre auch die Ausarbeitung einer neuen sozialistischen Verfassung als Perspektive auch für Westdeutschland. Dagegen sei die SPD in Westdeutschland mit ihrer Politik des sozialen Frisierens des kapitalistischen Staates selbst in die Krise geraten. Aus einer Arbeiterpartei sei eine „Volkspartei“ geworden. Matern erklärte, der Teil der Arbeiterklasse, der in Westdeutschland den

25 Notiz der BPKK Berlin vom 11.10.67 über die Beratung der ZPKK mit den PKK der zentralen staatlichen und Gewerkschaftsorgane vom 4.10.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/18, Bl. 32ff.

26 Referat Altenkirch (ZPKK) auf der ZPKK Beratung vom 4.10.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/18, Bl. 59ff.

27 Beitrag auf der ZPKK-Beratung vom 4.10.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/18, Bl. 35.

28 Untersuchung der BPKK Potsdam vom 4.9.67 in der BPO des IFA-Automobilwerkes, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/123, Bl. 150ff.

Sozialismus wolle, wäre sehr klein. Aber auch die Reformisten kämen inzwischen in Widerspruch zur sozialdemokratischen Parteiführung. Das Bestreben von gewerkschaftlich organisierten Arbeitergruppen in der SPD für Arbeiterinteressen diene (auch wenn Wehner nicht mit ihnen einverstanden ist) aber in Wirklichkeit der Erhaltung der SPD. Matern vermeinte in der eingetretenen Situation eine Polarisierung der Klassenkräfte ähnlich wie 1930/31 zu sehen. Es gäbe linke Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD (so Teile der Studenten), von denen die fortgeschrittensten Kräfte auf die Arbeiterklasse orientieren; jedoch gäbe es auch anarchistische Wirkköpfe. Der SDS nähme immer mehr marxistisch-sozialistische Positionen ein; nur vereinzelt gäbe es maoistische Tendenzen. In Baden-Württemberg entstehe erstmals eine demokratische Linke als Zusammenfassung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Unorganisierten, was über den Ansatz der DFU hinausgehe. „Meine Meinung ist, daß die KP keine neue Kommunistische Partei gründen kann von Gnaden des Bundesverfassungsschutzes.“ Statt dessen sei es richtig, im legalen Rahmen an der Aufhebung des Verbots der KPD zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zu arbeiten.²⁹

Otto Sepke zog für die ZPKK eine Bilanz der Ergebnisse bisheriger Parteikontrollarbeit. Die Arbeit mit den Menschen mit dem Ziel der Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit in der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ spiegle sich auch in der Arbeit der Parteikontrollorgane mit Beschwerden wider, die sich stark verbessert habe. „Solche Behandlung von Beschwerden ist im eigentlichen Sinne schon ein Stück unserer vorbeugenden Arbeit.“ Das hier formulierte Ziel der Parteikontrolltätigkeit, „zu einer größeren vorbeugenden Arbeit [zu] kommen“, reproduzierte sich auch im beginnenden Strukturwandel des MfS: So sollte der Personalbestand des gesamten Ministeriums von 19.100 im Jahre 1961 auf bereits 52.707 im Jahre 1973 wachsen³⁰. Sepke berichtete, daß 25% der Beschwerden bei der ZPKK wegen Verletzung der Kaderprinzipien eingingen. Die Mehrzahl der Beschwerden in der BPKK Magdeburg betrafen schlechte Leitungstätigkeit und die Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens. Ein weiterer Schwerpunkt bei Beschwerden gäbe es in der Frage der Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft ehemals ausgeschlossener Parteimitglieder, deren Anträge von Kreis- und Bezirksleitungen abgelehnt worden seien.

Erhard Neubert berichtete, die SPKK Dresden habe den 1. Sekretär der Stadtbezirksleitung West in einer Untersuchung der Verletzung der innerparteilichen Demokratie gegenüber Grundorganisationen überführt. Weiter habe der Fall eines Professors an der Forstakademie Tharandt die Verletzung der revolutionären Wachsamkeit durch das KL-Sekretariat erwiesen. Jene Lehrkraft habe in seinem Artikel „Lenin und die Forstwirtschaft“ im Band 16 des Archivs für Forstwesen, der offiziell auch in Westdeutschland vertrieben wurde, unbehindert und unkontrolliert sinnenstellte, provokatorische, die Politik der KPdSU und den Kommunismus diskriminierende Positionen vertreten können. Es handle sich um den Versuch, „zu beweisen, daß einiges bei uns nicht in Ordnung ist ... Die Genossen haben festgestellt, daß wir diesmal nicht halt gemacht haben, weil der Genosse ein Professor ist.“ Heinz Juch wiederholte anlässlich des Falls der Entlassung eines Schulrates in Potsdam die nun schon seit 10 Jahren regelmäßig wiederholte Mahnung: „Wir sollten ... darauf achten, daß

29 Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde am 25. September 1968 gegründet.

30 Wilfriede Otto, Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Klein/Otto/Grieder, Visionen, a.a.O., Band 2, S. 348. Dieser Personalanstieg war allerdings nicht nur der verstärkten präventiven Orientierung der Sicherheitsorgane, sondern auch der Prämisse einer notwendiger Abwehr zunehmender „ideologischer Diversion“ geschuldet.

Genossen, ... die sich in irgendeiner Weise Verfehlungen zuschulden kommen ließen und die parteimäßig zur Verantwortung gezogen werden müssen, dann nicht sofort automatisch und unter Außerachtlassung der ... bestehenden gesetzmäßigen Bestimmungen aus der Arbeit entlassen werden ... Das kann nicht ein Sekretär einer Kreisleitung in selbstherrlicher Weise machen.“ Gemeint war natürlich, daß solche Maßnahmen der Abstimmung bedurften und nicht routinemäßig zu verhängen waren. Dies war um so wichtiger, als daß gezielten politisch motivierten Berufsverboten eine immer größere Bedeutung zukommen sollten.³¹

3. Die tschechoslowakische Krise

Das folgenschwere Jahr 1968 begann in der DDR mit der Verabschiedung eines neuen Strafgesetzbuches am 12. Januar. In ihm wurden die rechtsförmigen Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung politischer Opposition erweitert: Dieses Strafgesetzbuch der DDR brachte, so fortschrittlich es auch ansonsten war, eine Ausweitung und Verschärfung des politischen Strafrahmens mit sich. Im April folgte die Annahme einer neuen „sozialistischen Verfassung“ durch Volksentscheid. Während man seit dem VII. Parteitag der SED permanent im Erfolgsgefühl des reformgespeisten wirtschaftlichen Aufschwungs schwelgte, begann Ulbricht bereits die Beziehungen zur UdSSR zu strapazieren: Das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ als relativ selbständige sozialökonomische Formation machte die DDR so zum Vorreiter der Entwicklung und holte die UdSSR, welche nominell seit 1936 den Kommunismus aufbaute, auf den Boden des Sozialismus zurück. Die sowjetische Verstimmung über Ulbricht war vorprogrammiert. Im Rahmen des weiter präzierten „Ökonomischen System des Sozialismus“ wurden aus den ökonomischen Hebeln „Preis“, „Gewinn“, „Geld“ Kategorien planmäßigen sozialistischen Wirtschaftens. In der ČSSR, wo man mit Ota Šik noch einen Schritt weiter in Richtung „sozialistischer Marktwirtschaft“ zu gehen im Begriffe war (und dessen Buch „Ökonomie, Interessen, Politik“ in der DDR für kurze Zeit offizielles Lehrbuch an der Berliner Hochschule für Ökonomie wurde), gab es jedoch noch einen für die Herrschenden aller anderen osteuropäischen Länder alarmierenden sozialistischen Demokratisierungsprozeß, der sofort die Front der Bürokratien wieder einte. Offenbar gewann die tschechoslowakische Wende ein wachsendes Maß an Sympathien in der DDR-Bevölkerung. In den Unterlagen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS findet sich zum Beispiel eine „Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sog[enannten] neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der ČSSR, über ihre Auswirkungen in der ČSSR und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der ČSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR“ von Anfang Mai 1968. Es heißt hier, infolge der Entwicklung in der ČSSR „kommen bei Teilen der Studenten und der Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen, der Kulturschaffenden und der Angehörigen der Intelligenz solche Tendenzen wieder zum Durchbruch, wie sie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über Havemann und vor dem 11. Plenum des ZK der SED festzustellen waren.“ Insbesondere „bemängeln Mitglieder der SED und

31 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKen vom 13.12.67, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 8ff.

andere progressive Kräfte, daß es ihnen schwer fällt, mit den durch unsere Publikationsorgane veröffentlichten Fakten und Einschätzungen den Einschätzungen und Argumenten ... des Tschechischen Rundfunks und der ČSSR-Presse entgegenzutreten.“ Der Bericht konstatierte vor allem an der Hochschule für Ökonomie und im Schriftstellerverband größere Unruhe.³² Die Ereignisse in der ČSSR während des Jahres 1968 und ihre Besetzung im August durch Truppen der Warschauer Vertragsstaaten sollten gerade für die Mitgliedschaft der SED erheblichere Auswirkungen haben.

Im Juli begann sich die publizistische Kritik an der neuen tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung unter Dubček zu einer Kampagne in Abstimmung mit sowjetischen Positionierungen zu verdichten.³³ Von diesem Monat an ließen sich die ZPKK und auch die BPKK permanent über die Auswirkungen des Konflikts auf die Parteimitglieder unterrichten. Gemeldet wurden zunächst die zunehmenden Beschlagnahmen von Druckerzeugnissen im grenzüberschreitenden Verkehr ČSSR – DDR³⁴. Die Abteilung Parteiorgane unterrichtete die ZPKK am 19. Juli über zum Teil sehr kritische und sogar feindliche Bevölkerungsmeinungen im Zusammenhang mit dem gemeinsamen offenen Brief an das ZK der KPTsch vom 15. Juli³⁵ und die Argumentation des ZK der SED gegenüber Prag.³⁶ Erste Parteiverfahren gegen kritische Parteimitglieder³⁷, Berichte über die Bildung von Agitations- und Informationsgruppen zur Auswertung der Stimmung und Meinungen in der Bevölkerung sowie über erste Mitgliederversammlungen zur Erörterung des offenen Briefes und des Agitationsmaterials des ZK folgten sogleich. Ein ehemaliger NVA-Offizier in den Leuna-Werken drohe seinen Parteiaustritt im Falle des Einmarschs in die ČSSR an.³⁸ Die BPKK Karl-Marx-Stadt berichtete über Mutmaßungen in allen Kreisen über einen Einmarsch der Sowjetunion in die ČSSR in Analogie des Einmarschs der Sowjetunion 1939 in Polen bzw. Finnland.³⁹ Nach dem Treffen von Bratislava⁴⁰ mehrten sich Forderungen besonders im Bereich Volksbildung, die Antwort der KPTsch auf den gemeinsamen Brief von Warschau im vollen Wortlaut zu veröffentlichen und die Ankündigungen, sich andernfalls auch anderswo zu informieren.⁴¹

Am 21. August erfolgte der Einmarsch der Truppen zur „Zerschlagung der Konterrevolution“. Von diesem Tag an wuchs die Dichte der Meldungen an die ZPKK über die Reak-

32 BStU, ZA – ZAIG, o. Nr.

33 Vgl. ND vom 12., 13., 14., 17. und 20. Juli 1968.

34 KPKK Dippoldiswalde an BPKK Dresden vom 11.7.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 47ff.

35 Die kommunistischen Parteien der UdSSR, Polens, Bulgariens, Ungarns und der DDR betonten in ihrem Brief die „gemeinsame Verantwortung“ der sozialistischen Länder für die Abwehr konterrevolutionärer Kräfte in der ČSSR und forderten die KPTsch auf, Maßnahmen gegen die „Reaktion“ zu treffen.

36 Information der Abteilung Parteiorgane am 19.7.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 55ff.

37 Information der SPKK Dresden an die BPKK Dresden vom 17.7.68 und der BPKK Dresden an die ZPKK vom 22.7.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 44ff.

38 Information der BPKK Halle (Menzel) an die ZPKK vom 24.7.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 110ff.

39 Information der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 29.7.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 125f.

40 Am 7. August 1968 fanden in Bratislava Gespräche der Führer fünf kommunistischer Parteien mit der KPTsch statt, denen am 12. August ein Treffen zwischen Delegationen des ZK der SED und der KPTsch folgte.

41 Information der BPKK Schwerin (Naujoks) an die ZPKK vom 19.8.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 225ff.

tionen der Parteibasis. Aus Karl-Marx-Stadt wurden noch am Tage des Einmarsches zwei Parteiaustritte signalisiert.⁴² Horst Dohlus, Leiter der Abteilung Parteiorgane, gab der ZPKK fortlaufend „Informationen über parteifeindliches Verhalten von Genossen im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen der verbündeten sozialistischen Länder in der ČSSR“. Meldungen über massive Kritik innerhalb der Partei, vollzogene und angekündigte Parteiaustritte, Funktionsniederlegungen sowie Verhaftungen einzelner Genossen machten deren Inhalt aus.⁴³ Alle BPKKs meldeten von nun an die jeweils erreichte Zahl von Parteiverfahren und Strafen (insbesondere Ausschlüsse). Schwerin meldete, unter den protestierenden Genossen seien ein Parteisekretär und ein Kampfgruppenbefehlshaber. In einer GO im Kreis Ludwigslust sei die Annahme einer vorbereiteten Zustimmungserklärung gescheitert. „Es gab in dieser Versammlung nicht einen Genossen, der vom Klassenstandpunkt ausging.“ Gemeldet wurden auch die Konzentrationsräume von negativ argumentierenden Genossen und die Orte, in denen Hetzlosungen („Rettet die ČSSR, Helft der ČSSR, Freiheit für die ČSSR, Dubček ja, Stalin nein!, Es lebe die Freiheit!“ (Schwerin) zu sehen waren. Es wurden zwei Verfahren wegen Staatsverleumdung eröffnet. Wie in Schwerin der Umgang mit in der DDR weilenden Touristen aus der ČSSR gehandhabt wurde, belegte folgende Schilderung: 32 jugendliche tschechische Touristen in der Jugendherberge „Kurt Bürger“, Schwerin, lehnten in einer Aussprache mit einem Mitglied des Sekretariats der KL Schwerin die angebotenen Argumente ab (eine tschechische Studentin, Mitglied der KPTsch erklärte, die TASS-Erklärung sei Quatsch) und informierten sich im Klubraum statt dessen über einen tschechischen Radiosender, der offenbar konterrevolutionäre Propaganda betrieb und gerade meldete, daß er seine Übertragung vermutlich einstellen müsse, da er von bewaffneten Kräften umstellt sei. „Vom Sekretariat der Kreisleitung Schwerin wurde eine Arbeitsgruppe unter Leitung eines Sekretariatsmitglieds eingesetzt. Da die Jugendlichen auch weiterhin ihr Verhalten nicht geändert haben, wurden sie des Landes verwiesen.“ Ein anonymes Brief an die KL Perleberg hatte folgenden Wortlaut:

„Nicht der von Nazis und Kriegsverbrechern durchsetzte deutsche Staat war es, der seine Truppen gewaltsam in ein anderes Land einmarschieren ließ, ... sondern dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat kommt diese traurige Ehre zu. Eine militärische Intervention gegen ein sozialistisches Land! Weder von der Regierung der ČSSR, noch von der Bevölkerung gebeten, marschieren Truppen unter Verhöhnung des Artikels 2 – Ziele und Grundsätze – Absatz 3 und 4 sowie der Artikel 1, 2.1, 2.2, 3, 19 und 28 der UNO-Menschenrechtserklärung und schließlich gar der Bestrebungen des Warschauer Vertrages und des Potsdamer Abkommens in der ČSSR ein. Ich schäme mich, einem solchen Staat anzugehören. Mein einziger Trost ist, daß es noch genügend aufrechte Kommunisten gibt, die diese Intervention verurteilen ... Ein weiterer Trost ist es mir, daß ich in meinem Verwandten-, Bekannten- und Kollegenkreis (einschließlich Parteigenossen) nur Ablehnung gegen unsere 'Hilfsaktion' gefunden habe ... Ich weiß, daß es bei uns gefährlich ist, eine abweichende Meinung zu haben (siehe ČSSR) ... ein Grund übrigens, weshalb Sie nur schöngefärbte Stellungnahmen

42 Information der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 21.8.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 125f.

43 Information der Abteilung Parteiorgane vom 23.8., 26.8. und 3.9.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 14f, 16f und 18ff.

*bekommen und so muß ich auch auf die Angabe meines Namens verzichten. Jemand, dem die Sache des menschlichen Sozialismus am Herzen liegt.*⁴⁴

Nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten informierte auch das MfS über vereinzelte Parteiaustritte bzw. deren Ankündigung.⁴⁵ In diesem Dokument war wie schon in der MfS-Analyse vom Mai davon die Rede, daß sich im Querschnitt die innerhalb der Partei geäußerten kritischen Haltungen zu den Vorgängen in der ČSSR nicht von denen in der Bevölkerung unterschieden.

Seit Ende August ähnelten sich die BPKK-Berichte sogar bis hin zur Wortwahl, was ihren Charakter als Bericht beschädigt. Dies deutete darauf hin, daß inzwischen geklärt worden war, wie der Widerspruch und die widerständigen Handlungen aus der Sicht der Parteikontrolle zu kategorisieren waren, obwohl ein solches Dokument nicht gefunden werden konnte. Am 5. September berichtete die BPKK Rostock der ZPKK von 11 eingeleiteten Parteiverfahrungen und 102 Vorkommnissen.⁴⁶ Die BPKK Magdeburg meldete einen Solidaritätsstreik Jugendlicher zum Generalstreik in Prag am 23. August, den das MfS weiter untersuche und der mit Parteiausschlüssen bedacht werden solle.⁴⁷ In Bezirk Karl-Marx-Stadt war Plauen ein Schwerpunkt von Protesten, wo es auch „Provokationen“ von Jugendlichen beim Durchmarsch der sowjetischen Truppen und angebrachte Losungen gegeben habe. Es gäbe verbreitet Zweifel unter Genossen an der Authentizität des Hilferufs aus dem Präsidium der KPTsch und am Einverständnis des tschechoslowakischen Volkes mit den Hilfsmaßnahmen. Außerdem würden Vergleiche der Maßnahmen mit dem Überfall der USA auf Vietnam gezogen. Vereinzelt weigerten sich Parteimitglieder, die verfaßten Zustimmungserklärungen zu unterschreiben. Schließlich gäbe es vereinzelt eine öffentliche Parteinarbeit für das im Frühjahr in Prag erschienene „Manifest der 2000 Worte“. Ein Meister in einem halbstaatlichen Betrieb in Lichtenstein erklärte am 21. August seinen Parteiaustritt und erklärte, er schäme sich für die SED, Walter Ulbricht sei ein Arbeiterverräter und rief vergeblich zum Streik auf. Im VEB Industriewerke Karl-Marx-Stadt gab es organisierte und gezielte Unterschriftenaktionen gegen den Einmarsch.⁴⁸

Am 10. Oktober forderte die ZPKK neuerlich von allen Bezirksparteikontrollorganisationen Berichte über die Lage in den Parteiorganisationen der Bezirke an. Die BPKK Dresden übermittelte neben der laufenden Disziplinierungsstatistik zur ČSSR-Frage auch Informationen zum früheren Verhalten bestrafter Parteimitglieder: „Die Genossen (traten) erst immer bei einer komplizierten Situation offen negativ in Erscheinung. Diese Genossen verstanden es größtenteils geschickt, sich in den Mitgliederversammlungen der Grundorganisation zu tarnen und beteiligten sich nicht an der Auseinandersetzung zur Klärung politisch-ideologischer Fragen ... Erst jetzt, durch die Maßnahmen der 5 Bruderparteien, wurde der größte Teil dieser Mitglieder, die sich wiederholt gegen die Beschlüsse der Partei stellten, aus der Partei entfernt ... Es bedurfte oftmals prinzipieller Auseinandersetzungen mit den

44 Information der BPKK Schwerin (Naujoks) an die ZPKK vom 26.8. und 27.8.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 232ff und 241ff.

45 BStU, ZA – ZAIG, Nr. 1568

46 Information der BPKK Rostock an die ZPKK vom 5.9.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 212ff.

47 Information der BPKK Magdeburg an die ZPKK vom 12.9.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 183ff.

48 Information der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 26.9.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 131ff.

Parteileitungen, bis sie den erzieherischen Wert erkannten.“ Hier wird wiederum deutlich, daß die „Bewährungsprobe“ 21. August als „Lackmustest“ der Parteitreu überall zweckdienlich war. Hauptschwerpunkte feindlicher Diskussionen seien die TU Dresden (insbesondere die Parteigruppe elektrische Anlagen), das Uhrenwerk Dippoldiswalde, der VEB Elbchemie Riesa, die Pestalozzischule Neukirch/Bischofswerda und das IRK Bitterfeld (Werk Pirna).⁴⁹ Im Verantwortungsbereich der BPKK Cottbus dominierten unter den „falschen Auffassungen“ die Diffamierung des proletarischen Internationalismus und der Hilfsmaßnahmen als Okkupation oder Intervention. Viele Proteste wären antisowjetisch gefärbt und verteidigten die konterrevolutionären Forderungen der antisozialistischen und revisionistischen Kräfte in der ČSSR. So würde behauptet, in der ČSSR sei durch den Einmarsch der „Demokratisierungsprozeß“ aufgehalten worden. Es gäbe Angriffe auf die führende Rolle der Partei, der eine Fehlerdiskussion aufgezwungen werden solle. Es war von zwei Inhaftierungen die Rede.⁵⁰ Aus Neubrandenburg meldete die BPKK aus der GO der PGH Dargun (Kreis Malchin) eine mangelnde Bereitschaft der Distanzierung vom Antisowjetismus eines aus der SED ausgeschlossenen Mitglieds.⁵¹ Die BPKK Gera legte in ihrem Bericht an die ZPKK das Schwergewicht auf die Übermittlung der Erfolge im Bezirk bei der Handhabung der tschechoslowakischen Krise, meldete aber auch Konzentrationen negativer und feindlicher Auffassungen und das Anbringen feindlicher Losungen. Unter den aus der Partei Ausgetretenen war der Schriftsteller Rainer Kunze aus Greiz, SED-Mitglied seit 1951 und verheiratet mit einer ČSSR-Bürgerin, der erklärte, seine SED-Mitgliedschaft gegenüber seinen tschechischen Genossen nicht mehr verantworten zu können.⁵² Potsdam meldete unter anderem Fälle von Verweigerung der Teilnahme an der Kampfgruppenausbildung.⁵³ Seitens der BPKK Erfurt wurde neben der auch von allen anderen Kontrollkommissionen übermittelten laufenden Statistik der Parteiverfahren wegen der ČSSR-Ereignisse auch von der Entpflichtung eines Genossen des VPKA Worbis berichtet, weil „er vor dem 21.8.68 als Schüler einer VP-Schule im Grenzgebiet zur ČSSR ihm bekannt gewordene militärische Maßnahmen seinen Angehörigen mitteilte.“⁵⁴ Anders als in anderen Berichten aus den Bezirken hieß es aus dem Bezirk Schwerin, daß mehrheitlich Problemfälle unter für ihre Arbeit anerkannten Arbeitern und Genossenschaftsbauern aufgetreten seien, die überwiegend bisher nicht gegen die Politik von Partei und Regierung aufgetreten waren.⁵⁵ Aus der BPKK Suhl war von Fällen parteifeindlichen Verhaltens, der Verbreitung von Hetzschriften und Ver-

49 Information der BPKK Dresden an die ZPKK vom 31.10.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 61ff.

50 Information der BPKK Cottbus an die ZPKK vom 8.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 34ff.

51 Information der BPKK Neubrandenburg an die ZPKK vom 12.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 202ff.

52 Information der BPKK Gera an die ZPKK vom 12.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 96ff.

53 Information der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 14.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 206ff.

54 Information der BPKK Erfurt an die ZPKK vom 14.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 71ff.

55 Information der BPKK Schwerin an die ZPKK vom 14.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 249ff.

leumdung die Rede.⁵⁶ Die GPKK Wismut berichtete unter anderem, ein später ausgeschlossener KFZ-Schlosser aus Karl-Marx-Stadt habe mit seiner Verweigerung des Unterzeichnens der Zustimmungserklärung auch andere Werktätige dazu gebracht, nicht zu unterschreiben. „Weit mehr, als im Bericht genannt, bezogen in dieser Zeit eine passive und abwartende Haltung. Auffallend war, daß am 21.8. viele Mitglieder kein Parteiabzeichen mehr trugen.“⁵⁷ Generalmajor Ewald Munschke gab am 15. November seine „Einschätzung über in der NVA erfolgte Auseinandersetzungen mit Parteimitgliedern im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR“. Dieser Bereich war wegen des militärischen Charakters der „Hilfsaktion“ für die ČSSR natürlich besonders wichtig. Es habe 234 Auseinandersetzungen und Parteiverfahren, 20 Ausschlüsse (darunter 8 Offiziere und 2 Politoffiziere), 5 Streichungen, 32 strenge Rügen und 37 Rügen gegeben. Der Anteil junger Parteimitglieder bei den Parteistrafen war ebenso wie der Anteil der Offiziere bis zum Dienstgrad Hauptmann (45 von 106) sehr hoch. Der ehemalige Parteisekretär des Stabes eines Verbandes, mit umfangreichem theoretischen Wissen ausgestattet, hörte Radio Prag und griff die Politik der Partei an. Bei den Landstreitkräften gab es 32 Parteiverfahren, davon 12 gegen Parteileitungsmitglieder, 3 gegen Parteigruppenorganisatoren und eines gegen einen FDJ-Sekretär.⁵⁸ Im Bereich der BPKK Frankfurt/Oder waren die Kreise Strausberg und Seelow Schwerpunkte der Diskussionen mit Lehrern und der Kreis Beeskow Schwerpunkt im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion.⁵⁹ Die BPKK Karl-Marx-Stadt war am 15. November bereits soweit, die charakteristischen abweichenden politischen Haltungen in der Partei mittels einer „Rangliste“ zu rubrizieren: Es waren dies: Zweifel an der „Sieghaftigkeit des Sozialismus“ im Zusammenhang mit Rumänien, Jugoslawien, China usw. (54 Genossen), Objektivismus als Kritik an der Informationspolitik (41 Genossen), Zweifel an der Richtigkeit der Parteibeschlüsse im Zusammenhang mit den Maßnahmen vom 21. August (33 Genossen), Ablehnung des proletarischen Internationalismus und der sozialistischen Demokratie in Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR und Forderungen nach politischer Freiheit (17 Genossen), antisowjetische Hetze (12 Genossen), Kritik an Regelungen des innerdeutschen Reiseverkehrs anlässlich der Ereignisse in der ČSSR (9 Genossen), Fehlerdiskussion zur Entwicklung in der DDR (5 Genossen) und Kriegsangst (4 Genossen). Hoch sei der Anteil an Meistern und Lehrern an den Problemfällen.⁶⁰ Die BPKK Rostock meldete aus den Schwerpunkten VEB Geophysik Reinkenhagen, Kreis Grimmen und VEB Bau, Kreis Grevesmühlen: Die „Genossen (traten) als Wortführer negativer oder feindlicher Auffassungen auf“. Parteiverfahren wurden gegen eine Reihe von FDJ-Funktionären, darunter der 1. FDJ-Sekretär auf der Neptun-Werft und der FDJ-Kreisleitungssekretär für Agitation und Propaganda aus Grimmen, eröffnet.⁶¹ Seitens der BPKK Berlin wurde eingeschätzt, der

56 Information der BPKK Suhl an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 264ff.

57 Information der GPKK Wismut an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 274ff.

58 Information der PPK der politischen HV der NVA an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 292ff.

59 Information der BPKK Frankfurt/Oder an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 83ff.

60 Information der BPKK Karl-Marx-Stadt an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 245ff.

61 Information der BPKK Rostock an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 215ff.

Gesamtumfang der Turbulenzen wäre sehr gering. Anhängig seien eine Reihe noch nicht abgeschlossener Vorgänge betreffend bekannter Schriftsteller und Künstler (Krepp, Hunzinger, Diehl) bzw. betreffend „Genossen, deren Kinder versagten oder staatsfeindliche Handlungen begingen (siehe Prozeß vor dem Stadtgericht vom 21. bis 28. Oktober gegen Havemann, Brasch, Hunzinger, Berthold usw.).“ Zu „Parteimitgliedern, die sich in den Augusttagen als Parteifeinde erwiesen“, hieß es: „Alle 9 Personen, die sich als Parteifeinde erwiesen, waren oder sind noch inhaftiert. Alle werden sich vor Rechtspflegeorganen zu verantworten haben ... In 4 Fällen handelt es sich um Hetze gegen die Parteiführung und Regierung in Wort und Schrift (Flugblätter, Losungen), in einem weiteren um Aufforderung zur Arbeitsniederlegung. Es handelt sich um 3 Kulturschaffende, einen Mitarbeiter des Zentralrats der FDJ und 5 Arbeiter. Bei letzteren ist einer ... Betriebsschlosser und Parteigruppenorganisator.“ Ausschußentscheidungen der Grundorganisationen bei vorangegangenen Parteiaustritten basierten auf der Wertung, daß „allein der Austritt aus der Partei gerade am 21.8. als Verrat und feindliche Handlung gewertet werden muß, auch wenn die Betroffenen weder öffentlich negativ auftraten noch feindliche Handlungen begingen.“ Es gäbe Parteiaustrittsbegehren mit Begründungen, die „die ganze Skala der konterrevolutionären und revanchistischen Argumente“ enthielten. „Einige von ihnen treten als ‘dem Sozialismus treu ergebene’ Leute auf, die ‘nur mit der außenpolitischen Linie’ der Partei nicht übereinstimmen und ‘ehrlich und offen’ diesen Standpunkt vertreten ... So unterschiedlich die Formulierungen sind, so einheitlich ist ... zu erkennen, daß es sich um die direkten Losungen und taktischen Anweisungen der imperialistischen Ideologen in Westfernsehen und Rundfunk handelt.“ Unter Genossen Historikern und bei den Philosophen der HU gäbe es Schwankungen, weshalb Sofortmaßnahmen der PPK der HU und eine Untersuchung des Gesamtzustands der Grundorganisationen unter Beteiligung der BPKK eingeleitet wurden. Schwankungen seien auch im medizinischen Bereich der HU eingetreten, die mit dem Einsatz von 15 Genossen der Wirtschaftswissenschaften behoben würden.⁶² Aus dem Bezirk Leipzig kam die auch für andere Bezirke charakteristische Einschätzung: „Obwohl bei der Klärung von falschen Auffassungen bzw. parteischädlichem Verhalten der größte Teil der Parteileitungen der Grundorganisationen gekämpft hat, ist festzustellen, daß Genossen aus diesen Grundorganisationen, teilweise sogar eine größere Zahl, geschwiegen haben. In nicht wenigen Fällen betrifft das sogar verantwortliche Funktionäre dieser Betriebe oder Einrichtungen ... Sehr hoch ist der Anteil der im Lebens- wie im Parteialter jüngeren Genossen, bei denen sich ... negative Erscheinungen zeigten. Dabei traten hauptamtliche und ein großer Teil ehrenamtliche FDJ-Funktionäre in Erscheinung ... In 6 Fällen traten kleinere und größere Gruppen von Genossen auf, die ... offen darlegten, daß sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind.“⁶³ Im Bezirk Halle lehnten 20 Genossen die weitere Teilnahme an der Kampfgruppenausbildung ab. Einige Reservisten kündigten ihre Weigerung an, im Falle der Einberufung in die ČSSR einzumarschieren. Mit insgesamt 78 Fällen sei der Anteil der politisch negativen Erscheinungen unter Intellektuellen relativ hoch. Ein Schwerpunkt sei das Thomas Müntzer-Theater Eisleben.⁶⁴ Die BPKK Magdeburg meldete unter anderem zwei Straf-

62 Information der BPKK Berlin an die ZPKK vom 15.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 22ff.

63 Information der BPKK Leipzig an die ZPKK vom 16.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 164ff.

64 Information der BPKK Halle an die ZPKK vom 18.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 114ff.

verfahren wegen Hetze gegen die SU und Staatsverleumdung.⁶⁵ Ausgerechnet an der SPO der Agrar-Ingenieurschule „Hermann Matern“ in Haldesleben beteiligte sich ein Student dieser Schule, der vom 27. Juli bis 15. August während eines Studenten- und Dozentenaustauschs in der Slowakei weilte, an Protesten slowakischer Studenten gegen sowjetische Manöver-Streitkräfte.⁶⁶

Im November richtete die ZPKK an einige Bezirksparteikontrollkommissionen die Anfrage nach der Zusammensetzung der Parteiverfahren gegen Angehörige der Intelligenz. Es hatte sich nun bestätigt, daß dort und weniger in anderen Schichten der Bevölkerung Unruhe wegen des Einmarsches in die ČSSR verbreitet wurde. Erhard Neubert antwortete am 26. November: Von insgesamt 60 Parteiverfahren wurden 26 gegen Ingenieure der Industrie und 23 gegen Pädagogen geführt.⁶⁷ Erna Warnke teilte der ZPKK am 6. Dezember mit, daß unter den 46 Parteiverfahren gegen Angehörige der Intelligenz 15 gegen Pädagogen, 15 gegen Ingenieure (davon 2 Ausschlüsse), 5 gegen Mediziner, 3 gegen Diplom-Landwirte, 7 gegen Juristen und eines gegen einen Wissenschaftler der Akademie für Staat und Recht (mit dem Ergebnis seiner Streichung) durchgeführt wurden.⁶⁸

Am 12. Dezember zog die ZPKK Bilanz der Folgen des militärischen Eingreifens der verbündeten Armeen in der ČSSR für den politisch-ideologischen Status der Parteiorganisationen. Ihre „Information über Auseinandersetzungen mit Mitgliedern und Kandidaten der Partei, die im Zusammenhang mit den militärischen Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Länder vom 21.8.1968 durchgeführt wurden“, war das Resultat der Auswertung aller eingegangenen Berichte der BPKKs und KPKKs: Bis auf wenige Ausnahmen wurde volle Zustimmung in den Grundorganisationen und sogar mehrheitlich selbständige Reaktionen der Parteiorganisationen auf die Lage in der Tschechoslowakei konstatiert. Überdies gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen über die der Parteilinie widersprechenden Verhaltens von Parteimitgliedern: Mit insgesamt 3.358 Mitgliedern und Kandidaten in ca. 2.500 Parteiorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen, einschließlich der in den bewaffneten Organen, gab es Auseinandersetzungen wegen unklarer Auffassungen, Schwankungen, parteischädigendem Auftreten und parteifeindlichen Haltungen. Mindestens 234 Angehörige der NVA, 13 des Mdl, 2 des MfS und 97 der VPKA/BdVP waren beteiligt. Bei 2.017 Genossen erfolgte der Abschluß ohne parteierzieherische Maßnahmen. 50% der betroffenen Mitglieder war bis 30 Jahre alt. Es gab 522 Parteistrafen, davon 223 Ausschlüsse, 55 Streichungen, 109 strenge Rügen, 135 Rügen sowie 297 Verwarnungen und Mißbilligungen. In den Parteiorganisationen der NVA wurden 20 Mitglieder (vor allem aus Stäben und Stabseinheiten) ausgeschlossen, davon 8 Offiziere, von denen zwei Dienstgrade Politoffiziere waren. In der wichtigen Berliner PO wurden 9 der 22 ausgeschlossenen Mitglieder wegen ihres feindlichen Verhaltens inhaftiert. 12 Mitglieder der Berliner PO erklärten ihren Parteiaustritt wegen der Maßnahmen vom 21. August und der Politik der Partei. Schwerpunkte der Abweichungen waren die Parteiorganisationen der Forschung, Entwicklung und

65 Information der BPKK Magdeburg an die ZPKK vom 19.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 188ff.

66 Information der KPKK Haldesleben an die ZPKK vom 13.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 194ff.

67 Information der BPKK Dresden an die ZPKK vom 26.11.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 58.

68 Information der BPKK Potsdam an die ZPKK vom 6.12.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 211.

Projektierung, kultureller Einrichtungen, der Hochschulen, des Gesundheitswesens sowie der privaten und halbstaatlichen Betriebe. Dem Charakter nach betrafen die parteischädigenden und parteifeindlichen Erscheinungen Grundfragen der Rolle der SU, ihrer internationalen Verantwortung beim Aufbau des Sozialismus und bei der Erhaltung des Friedens, wobei vereinzelt bis zur Antisowjettheze gegangen wurde. Weiterhin äußerten sich diese Erscheinungen in der Propagierung der sozialdemokratischen Losung vom „demokratischen Sozialismus“, der Ablehnung des Demokratischen Zentralismus und in Forderungen bürgerlicher Freiheiten bis hin zur Verbreitung von Flugblättern und der Durchführung von Unterschriftenaktionen. Das Verhältnis der Mehrheit der zur Verantwortung gezogenen Parteimitglieder zur Partei wäre schon vorher und zum Teil über längere Zeit (1953, 1956, 1961) distanziert. „Die Erfahrungen aus den bisher vorliegenden 3.358 Auseinandersetzungen unterstreichen die Notwendigkeit, daß die Parteikontrollkommissionen den Prozeß der klassenmäßigen Erziehung in den Grundorganisationen noch wirksamer unterstützen.“ Die ZPKK bewertete die Angelegenheit als von großem erzieherischen Wert und als wertvolle Bewährungsprobe.⁶⁹

Das anhand der bei der ZPKK eingegangenen Berichte entstehende Bild vermittelt den Eindruck, daß es den Parteikontrollorganen offenbar in den verfloßenen zwei Jahren gelungen war, nach der Funktionspartei SED auch die Massenpartei wirksam gegen Proteststimmungen zu immunisieren. Verglichen mit den Turbulenzen infolge des Konflikts mit China und der Ablösung Chruschtschows 1964 und gemessen am viel gravierenderen Anlaß der Okkupation eines sozialistischen Landes durch andere markierte bereits der nur verhaltene und isolierte Widerspruch nach dem „Kahlschlag-Plenum“ 1965 relativ stabile Verhältnisse in der SED. Die Parteikontrollorgane hatten erfolgreich gearbeitet.

4. Der Ausgang des Reformexperiments und die Stabilisierung des innerparteilichen Normalzustands

Die 9. ZK-Tagung im Oktober 1968 leitete aus den Ereignissen der tschechoslowakischen Krise eine „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ ab und bezeichnete die psychologische Kriegsführung als „gegenwärtige Hauptmethode des imperialistischen Kampfes gegen den Sozialismus“. Es wurde die Notwendigkeit der offenen Auseinandersetzung mit dem Revisionismus „rechter und linker Prägung“ betont und in diesem Zusammenhang die Bekämpfung der Konzeption des demokratischen Sozialismus und der Konvergenztheorie gefordert. Im Verlaufe des Jahres 1969 wurde das innenpolitische Klima neuerlich durch die Suche nach Abweichlern, noch mehr jedoch von publizistischen Großoffensiven gegen abweichende ideologische oder politische Auffassungen bestimmt. Zwar rissen die Proteste gegen die Einordnung der DDR in die Breznev-Doktrin durch die SED-Führung auch und gerade innerhalb des Parteivolks auch 1969 nicht ab, aber diese Proteste waren sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei weder konzeptionell rückgebunden, noch (wie 1953)

69 Bericht der ZPKK vom 12.12.68, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/20, Bl. 2ff. Eine andere Quelle spricht für 1968/69 von Parteistrafen gegen 2.883 SED-Mitglieder wegen „unklarer Auffassungen, schwankenden Verhaltens, parteischädigenden Auftretens und parteifeindlicher Handlungen“. SAPMO-BArch, DY 30, NL 76/157.

sozial fundiert, also in ihrer Breite und Tiefe äußerst begrenzt. Nun sah man deutlich die Erfolge der Doppelstrategie, Widerspruch entweder durch Reintegration zu absorbieren oder durch massive und demonstrative Einschüchterung zu „liquidieren“. Die Anwendung von Methoden wie in den vierziger und fünfziger Jahren verbot sich hierbei. Der trotzdem periodisch wiederkehrende innerparteiliche Widerspruch und punktuelle Widerstand von der Basis her gegen die herrschende Parteilinie konnte sich weder organisieren noch politisch stabilisieren.

Doch wie brüchig das MfS selbst diese „Befriedung“ einschätzte, zeigen die umfangreichen Maßnahmepläne der Abwehr während der Zuspitzung der inneren Situation in der ČSSR im Januar 1969.⁷⁰ Die Unberechenbarkeit künftiger innerparteilicher Entwicklungen wurde noch durch zwei weitere Umstände verstärkt: Zunächst haben die Renaissance linken und marxistischen Denkens in der BRD und die in den Diskussionen der Außerparlamentarischen Opposition sowie der „Neuen Linken“ seit Mitte der sechziger Jahre thematisierten Inhalte gerade auf jüngere Intellektuelle der damaligen DDR zumindest punktuellen Einfluß gehabt. Namentlich die Wiederentdeckung von durch die stalinisierten kommunistischen Parteien verfeimten linken Theoretikern, die Anti-Vietnam-Kriegsbewegung und der neue Politikstil in diesem Milieu vor der Versektung eines Teils der Neuen Linken in diversen K-Gruppen der siebziger Jahre hatten auch für junge kritische SED-Mitglieder eine hohe Attraktivität. Zweitens traten die neuen Momente eurokommunistischen Denkens in den westeuropäischen kommunistischen Parteien, mit denen die SED-Führung immer schwerer fertig zu werden verstand, hinzu. In der DDR wurde die Jugend der sechziger Jahre in der Breite jedoch viel mehr von der gleichzeitig kulminierenden antiautoritären Subkultur des Westens beeinflusst. Direkt politisch wurde sie aber höchstens an ihren linken Rändern „infiziert“ und staatlicherseits (wenn Disziplinierung zu aufwendig erschien) postwendend instrumentalisiert. Ein „originelles“ Manipulationsrelikt politisierter Jugendbewegung in der DDR blieb über lange Jahre die sich nonkonformistisch gebärdende, aber mehr und mehr und bis zur totalen politischen und moralischen Korruption degenerierende „Singebewegung“ des Jugendverbands.

Mit immer massiverer Betonung der Notwendigkeit, endlich völkerrechtliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herzustellen, wollte die SED-Führung das Gegengewicht zur „konterrevolutionären Ostpolitik“ der Kiesinger-Brand Regierung (9. ZK-Tagung) bilden. Hier wurde der internationale Schulterschuß innerhalb des Sowjetblocks nach dem Fiasko in Gestalt des Botschafteraustausches Rumäniens mit der BRD 1967 gerade für die DDR besonders wichtig. Ein bedeutsames Ereignis war auch in diesem Kontext die internationale Beratung von 75 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau vom 5. bis 17. Juni 1969. Noch vor der Bestätigung deren Ergebnisse durch die 11. ZK-Tagung Ende Juli 1969 orientierte sich auch die ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKern am 10. und 11. Juli 1969 an der Moskauer Konferenz, als es galt, eine Schlußbilanz der innerparteilichen ideologischen Feldbereinigung nach der ČSSR-Krise zu ziehen und eine Statuserhebung der allgemeinen Situation in der SED zu erstellen.

Hermann Matern gab zu Beginn den obligatorisch gewordenen und tatsächlich auch aus der Sicht innerparteilicher Kontrolle immer wichtiger werdenden Überblick zur internationalen Lage auf der Grundlage der Ergebnisse der Moskauer Beratung. Diesmal verstand er es auf originelle Weise, den China-Konflikt mit der ČSSR-Krise zu verbinden, ohne die

70 Otto, Visionen, in: Klein/Otto/Grieder, Visionen, a.a.O., Band 2, S. 381.

Situation in der ČSSR selbst zu benennen. In Moskau, so Matern, hätte die Mehrheit der Teilnehmer den proletarischen Internationalismus verteidigt und den Antisowjetismus sowie die chinesische Spaltertätigkeit verurteilt. Insbesondere sei kleinbürgerlich-nationalistischen und linksrevisionistischen bzw. linksradikalen Kräften eine Abfuhr erteilt worden. Der Nationalismus sei heute das Haupthindernis für die weitere schnellere Entwicklung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und für den revolutionären Weltprozeß.

„Genosse Husak hat auf der internationalen Beratung den Klasseninhalt des Begriffs 'Souveränität' begründet und auch andere Genossen – insbesondere Genosse Breznev – gingen darauf ein, daß die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und den kommunistischen und Arbeiterparteien nicht mit irgendwelchen verschwommenen, dem bürgerlichen Arsenal entlehnten Prinzipien geregelt werden können, sondern daß sie primär Klassenfragen sind, bestimmt durch die Prinzipien des proletarischen und sozialistischen Internationalismus. Nur die Einhaltung dieser Prinzipien garantieren die Unabhängigkeit jedes sozialistischen Staates, jeder kommunistischen und Arbeiterpartei, und zwar vom Klassenfeind, vom Imperialismus ... Wir würden die Augen verschließen und die Gefahren von revisionistischer und linksopportunistischer Seite nicht sehen, wenn wir nicht beachten, daß solche Lösungen wie von der 'Souveränität und Unabhängigkeit' vor allem gegen die KPdSU und die UdSSR gerichtet sind ... Denken wir nur an die von den Imperialisten in Umlauf gesetzte Lüge von einer angeblichen begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten ... Genosse Breznev hat auf der Weltberatung diese Lügen und ihre Hintergründe treffend als antisowjetische Hetze charakterisiert.“

Matern grenzte sich mit seinen Bemerkungen zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung eindeutig vom italienischen und rumänischen Standpunkt ab. Zur Abkehr Chinas vom Marxismus-Leninismus bemerkte Matern, daß die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Schaffung einer sozialökonomischen Basis, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, nicht automatisch „ein dem Sozialismus entgegengesetztes System der militärisch-bürokratischen Diktatur aus(schließt)“. Genau dies sei in China im Verlauf der Kulturrevolution geschehen, als die KP, die gewählten Organe der Staatsmacht sowie der Massenorganisationen zerschlagen wurden. Die Auseinandersetzung mit der Politik der „Mao-Clique“ sei nicht mehr nur eine Meinungsverschiedenheit, sondern diese Politik sei „eine verbrecherische, gegen den Sozialismus gerichtete und den aggressiven Plänen der Imperialisten Vorschub leistende Politik.“

Matern nutzte auch die Gelegenheit, vor den Bezirksparteikontrolleuren ausführlich aus einer Studie des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen zu zitieren und in der Adaption der westdeutschen Ost-Experten, die viele Zuschreibungen der SED-Propaganda, insbesondere die ausgeschalteten Spitzenfunktionäre betreffend, übernahmen, zu schweigen⁷¹: „Ich wollte ... zeigen, wie sie das alles genau verfolgen und wie sie spekulieren. Also

71 Matern zitierte vor den Parteikontrolleuren unter anderem folgende Passagen aus der Studie des Wehner-Ministeriums: „Das SED-Regime ... hat sich in den letzten 12 Jahren als in bemerkenswertem Maße zielstrebig, flexibel, stabil und in seiner Führungsgruppe zunehmend homogen erwiesen. Aus dem bloßen Vollzugsorgan ... der sowjetischen Besatzungsmacht ist die SBZ ... zu einem wirtschaftlich, militärisch und ideologisch wichtigen zunehmend selbständigen und selbstbewußter agierenden Partner der Sowjetunion geworden ... Die Wiedervereinigung Deutschlands durch Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes ... wie sie in den fünfziger Jahren angestrebt wurde, ist in der vorausschaubaren Zukunft ebenso wenig mehr ein realisierbares Ziel der deutschen Außenpolitik wie die Befreiung Osteuro-

wir dürfen uns nicht einbilden, Genossen, daß der Kampf um die Einheit der Partei eines Tages mal aufhört.“

Der stellvertretende Vorsitzende der PKK VIIa (Parteikontrollkommission der NVA) referierte die häufigsten Fragestellungen in den Parteiorganisationen der Armee. So wurde gefragt, warum die KP Italiens dem Hauptdokument nur bedingt zugestimmt hat und warum die Partei der Werktätigen Vietnams nicht und die KP Kubas nur als Beobachter teilgenommen haben. Der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Magdeburg erweiterte diesen Fragenkatalog durch die Nennung einer häufig auftretenden Anfrage von Genossen, warum die Kommunistischen Parteien Belgiens, Italiens und andere nicht die Richtigkeit der Hilfe für die ČSSR eingesehen hätten.

Ernst Altenkirch ging in seinem Referat auf Probleme ein, die sich aus der militanter gewordenen Atmosphäre der Jagd auf Verfechter des Revisionismus „rechter und linker Prägung“ (9. ZK-Tagung) insbesondere in der Justiz nach den Ereignissen in der ČSSR ergaben:

„Genossen! Aus der letzten Zeit liegen uns mehrere Beispiele vor, wo auf Hinweise von Parteikontrollkommissionen und auf der Grundlage ihrer Materialien Gerichtsorgane Prozesse gegen Parteimitglieder durchführten ... Materialien der Parteikontrollkommissionen haben nichts in Gerichtsunterlagen zu suchen. Wir halten auch nichts von solchen, praktisch eine Anweisung bedeutenden Hinweisen von Partei-

pas vom Kommunismus ernsthaft noch ein Ziel der westlichen Politik sein kann ... (Es hat) bisher zwei sozial und politisch labile Lagen [in der DDR] gegeben, in denen größere Teile der Bevölkerung und ... Teile der ... strategischen ... Führungsclique sowie Vertreter der ... technischen und kulturellen Intelligenz globale Alternativen zu der dann doch obsiegenden Politik der Ulbrichtgruppe diskutiert und durchzusetzen versucht haben ... Sommer 1953: ... Vor dem Hintergrund einerseits der Streik- und Protestbewegung der Arbeiter um den 17. Juni, andererseits der von der Gruppe Berija und Malenkov in Moskau erwogenen Politik einer Preisgabe der sozialistischen Errungenschaften in der SBZ zugunsten eines weltpolitischen Arrangements ... mit den Westmächten über ein neutralisiertes wiedervereinigtes Deutschland, die von der Politbürogruppe Herrstadt/Zäisser, Jendretzky u. a. vertretene Verwerfung des Sozialismus in einem halben Lande, verbunden mit der Bereitschaft zu einer durchgreifenden Demokratisierung der SED inklusive Sturz Ulbrichts ... 1956/57: Die soziale Labilität gründete sich diesmal ... in der Tatsache, daß ... 3/4 der Landwirtschaft ... noch nicht kollektiviert, das ganze Handwerk noch privat und ein nicht unbedeutender Rest der kleineren Industriebetriebe noch im privaten Eigentum waren, wobei die Reformer darauf hinweisen konnten, daß privat wirtschaftende Bauern durchschnittlich wesentlich höhere Erträge aufwiesen als die LPG. Politisch war die Labilität der Lage bedingt nicht so sehr durch Chruschtschows Angriff auf die ideologische Autorität Stalins ... sondern durch die gleichfalls auf dem XX. Parteitag ... von Chruschtschow abgegebenen Erklärung, daß der Weg der Sowjetunion nicht unbedingt für alle anderen kommunistischen Länder verbindlich sein müsse ... Globale Alternativen wurden vor allem von der wirtschaftlichen und philosophisch-ideologischen Intelligenz vorgelegt. Vergleiche das Eintreten von Prof[essor] Behrens, Dr. Benary, Prof[essor] Kohlmey u. a. für eine sozialistische Marktwirtschaft, ... (das) Plädoyer Ernst Blochs für einen offenen ... Marxismus in ausdrücklicher Polemik gegen den herrschenden Dogmatismus, schließlich Harich mit seinem Programm einer totalen Demokratisierung, dessen Hauptziel noch einmal wie 1953 die Wiedervereinigung war. Globale Alternative zur Ulbricht-Politik kann ... nur mit einer gewissen Einschränkung als Kennzeichnung der ... 1956 noch einmal aufgetretenen strategischen Gegenelite um Schirdewan, Wollweber, Ziller dienen: Umfassende Demokratisierung im Sinne Harichs, sozialistische Marktwirtschaft oder offener Marxismus waren nicht die Ziele dieser, die die Ulbricht-Politik 1956/57 teils offen, teils versteckt bekämpften ... auf jeden Fall ... soziale Labilität ... Vergleiche das Eintreten Oelßners für die Auflösung unrentabler LPG, vergleiche die versöhnlerische Haltung der ganzen Gruppe um Schirdewan gegenüber der oppositionellen Intelligenz.“

kontrollkommissionen auf Durchführung eines Gerichtsprozesses. Wenn so etwas erforderlich ist, dann muß das auf den dafür vorgeschriebenen Wegen gehen und auch der Praxis unserer sozialistischen Gesetzlichkeit entsprechen. Wir sagen das auch deshalb, weil es Fälle gab, in denen überspitzt wurde und sie dann nachträglich korrigiert werden mußten ... Wir dürfen nichts in unzulässiger Weise vereinfachen, wie das ... offensichtlich in einer Reihe von Fällen eben noch geschieht. Wir meinen damit die Praxis, ungesunde Erscheinungen ... von vornherein zurückzuführen ausschließlich auf die Einflüsse feindlicher Ideologie ... Es ist viel, was auf unsere Genossen gegenwärtig zukommt ... Er [der Genosse] ist noch gewohnt an alte Arbeitsweisen, an alte Arbeitsmethoden vergangener Jahrzehnte ... wer hier von unseren Parteikontrollkommissionen nicht klar unterscheidet, wer von vornherein von einer prinzipiell falschen Position aus an die Lösung der Frage herangeht, wer das Neue ... und die damit verbundene Kompliziertheit, Belastung und Verantwortung nicht beachtet, dem ... kann es nicht gelingen, die Fragen umfassend zu lösen ... Wir möchten aber nicht falsch verstanden werden, Genossen. Natürlich steht für uns immer der Kampf um die Erhöhung der politischen Wachsamkeit, gegen politische Sorglosigkeit ... Der Kampf gegen Dogmatismus und Opportunismus bleibt immer eine Aufgabe für eine marxistisch-leninistische Partei.“

Altenkirch betonte, daß es bei der Steigerung der Kampfkraft in der jetzigen Periode der Erziehung und Selbsterziehung der sozialistischen Menschen vor allem um gute Menschenkenntnis und Einfühlungsvermögen bei der Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit im Kollektiv gehe.

Eine konkrete Bestätigung von Altenkirchs Befürchtungen lieferte der Vorsitzende der BPKK Suhl, Günter Steigleder. Er berichtete, daß infolge der Anzeige eines Betriebsleiters in einem halbstaatlichen Betrieb und verdienten Aktivisten durch einen Parteilosen beim 1. Sekretär der KL Neuhaus wegen Staatsverleumdung in Form negativer Bemerkungen über die KL dieser erste Sekretär den denunzierten Genossen ohne weitere Rückfrage den Sicherheitsorganen übergab.

„Nach drei- bis viermonatiger Untersuchung konnte man die Staatsverleumdung nicht aufrechterhalten. Jetzt mußte noch etwas hinzukommen. Jetzt drängte man die Kreispartei kontrollkommission in die Linie: Untersuchung in dem Betrieb durchführen. Der Bericht [der KPKK] mußte dem Sekretariat dreimal vorgelegt werden, weil er nicht negativ genug war, weil sie daraus nichts machen konnten, um den Genossen jetzt parteilich und auch von Seiten der Justiz zur Verantwortung zu ziehen. Dabei kam es soweit, daß man selbst die Werk tätigen in diesem Betrieb, die eine gute Brigadearbeit leisteten, noch in ihren Leistungen negierte ... Statt ... den Genossen zu sehen ... in der Vielfalt seiner ... Probleme, wurde dieser Genosse ... nun auf die Linie gedrängt, daß er den Glauben ... an die Partei überhaupt verlieren konnte. Er hat ihn nicht verloren, weil er sich beschwerdeführend an die ZPKK wandte und die Dinge richtig ausgewertet wurden. Der 1. Sekretär wurde parteimäßig zur Verantwortung gezogen. Er wurde von seiner Funktion abberufen ... Der KPKK-Vorsitzende wurde ... mit einer Verwarnung zur Verantwortung gezogen ... Wir haben es mit 6 Beispielen dieser Art ... im letzten ¼ Jahr zu tun.“

In Bad Salzung habe es ein Kesseltreiben gegen einen jungen Genossen seitens des Mitarbeiters für Sicherheit der Kreisleitung gegeben, weil jener Genosse einmal an der Kampfgruppenausbildung nicht teilgenommen hatte. Er wurde von seinem Arbeitsplatz mit 80

Mark Lohneinbuße versetzt und zusammen mit seinem Vater, einem ehemaligen Ortspartei-sekretär, der sich bei der KL ohne Erfolg beschwerte, 1968 aus der Partei gestrichen. Steigleder berichtete außerdem, daß 53,8% der Parteiverfahren im 1. Halbjahr mit der Entfernung aus der Partei endeten, wobei es erhebliche Unterschiede von Kreis zu Kreis gäbe. Die Extremfälle: Im Kreis Ilmenau seien von 10 Parteiverfahren gegen Arbeiter 9 aus der Partei entfernt worden und im Kreis Hildburghausen bei 12 Parteiverfahren 10 Ausschlüsse erfolgt. Der Vorsitzende der BPKK Erfurt Kurt Seebach berichtete, daß im Kreis Weimar 27 Mitglieder der Kampfgruppen Republikflucht begangen hätten. Der Konverterbau für das 2. Westprogramm habe sich wieder verstärkt. So seien im Grenzkreis Eisenach 27 Genossen darin verwickelt und der Verkauf erfolge auf regelrechten Vertriebswegen bei Entnahme von Material zu deren Bau aus den Betrieben. Im Kreis Nordhausen gab es 5 Parteiverfahren mit Ausschluß infolge von Verfehlungen gemäß § 220 (Staatsverleumdung). Nach dem Studium der Unterlagen kam die BPKK zu der Einschätzung, daß diese Ausschlüsse überspitzt seien. Auf Veranlassung der BPKK studierte der Bezirksstaatsanwalt nochmals die Gerichtsakten und die Bezirksstaatsanwaltschaft teilte dann mit, daß nur einer der fünf berechtigt wegen Staatsverleumdung hätte verurteilt werden dürfen. Nach Prüfung weiterer Verfahren zeigte sich, daß von 30 Verfahren wegen Staatsverleumdung 20 überspitzt waren. So zum Beispiel im Falle eines Bereichsleiters einer Fabrik, der einen Fahrer des MfS beschimpfte, von dem er wußte, daß dieser mit Gummireifen und Autodecken Schwarzhandel betrieb. Dazu äußerte er, der Fahrer verrate die Partei. Dies war Ausgangspunkt der Anklage wegen Staatsverleumdung.

Irmgard Vielhauer vertiefte in ihrem Bericht für die BPKK Neubrandenburg eine sich ausbreitende Form der im Grenzbereich des Kriminellen angesiedelten Erlangung zusätzlicher Einkommen von staatlichen Leitern: „Es mehren sich die Parteiverfahren gegen leitende Genossen, die besondere Brigaden leiten im zweiten Arbeitsverhältnis.“ Hier ging es auch um das Zuschancen von Aufträgen an bestimmte PGH, die dann wieder zurückfließen an die Leiter im volkseigenen Sektor, wodurch hunderttausende Mark verloren gingen. Allein im Kombinat Lauchhammer seien 7 Verfahren anhängig, wobei bereits eine Inhaftierung verfügt wurde. Wegen Manipulationen mit Geld und Material wurde bereits der persönliche Mitarbeiter des 1. Sekretärs der Neubrandenburger Parteiorganisation aus der SED ausgeschlossen. Überdies gäbe es Auseinandersetzungen mit Lehrern, die offen revisionistische Ansichten von der wachsenden Rolle der Intelligenz und nicht der Arbeiterklasse vertreten. Auch der stellvertretende Vorsitzende der BPKK Frankfurt/Oder berichtete von Verletzungen der staatlichen Ordnung bei den Feierabendbrigaden. Diese Zustände hätten im Bauwesen unverantwortliche Ausmaße angenommen. Insbesondere Berliner Baubetriebe würden Bauarbeiter des WBK Frankfurt für Feierabendbrigaden durch Bezahlung und sonstige ungesetzliche Vergünstigungen abwerben. Kurt Jung (Vorsitzender der GPKK Wismut) berichtete, daß bei den meisten Genossen, die wegen des 21. August 1968 parteimäßig zur Verantwortung gezogen wurden, kein Umdenken zu verzeichnen sei. Ein Mitglied der BPKK Rostock erklärte: „So konzentrierte Hetze gegen die Sowjetunion hat es in unserem Bezirk bei einzelnen Parteimitgliedern – wenn [es] auch nur verhältnismäßig wenige Parteimitglieder sind – in der letzten Zeit nicht mehr gegeben, als in diesem Jahr ... In diesem Zusammenhang ist interessant, daß bei einigen Leuten die Konvergenztheorie und revisionistische Auffassungen eine entscheidende Rolle spielen.“ Nach langem Zögern habe an der Universität Rostock in der Parteiorganisation der Sektion Kunstwissenschaft endlich die prinzipielle Auseinandersetzung mit einem Professor begonnen, der „unter dem Deckmantel

des Kampfes gegen den Dogmatismus und Enge in der Kunst die Politik der Partei angreifen konnte ... Die Parteiorganisation ... hat ... aus den Auseinandersetzungen mit dem parteifeindlichen Auftreten einiger Mitglieder im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR richtige Schlußfolgerungen gezogen ... Und dabei stellte sich heraus, daß Professor R[...] zu eingefleischten Revisionisten ... in der ČSSR [und] nach Jugoslawien ganz enge Beziehungen hat, daß er zu ... bürgerlichen Professoren des kapitalistischen Westens ganz enge Beziehungen unterhält ... Unserer Meinung nach ist es völlig richtig gewesen, daß die Genossen an der Universität den Ausschluß durchführten ... Der war so geschickt, daß er Ausstellungen oder Faltblätter von Ausstellungen benutzte, um seine falschen Auffassungen praktisch massenwirksam werden zu lassen.“

Paul Behring berichtete für Berlin, daß laut Halbjahresanalyse in der Berliner Parteiorganisation bei 110.000 Parteimitgliedern⁷² bis jetzt 103 Parteiverfahren wegen der Ereignisse vom 21. August 1968 stattfanden, darunter 23 Ausschlüsse, 26 Streichungen, 30 Parteistrafen und einen Ausschluß eines Genossen aus einer Kreisleitung. Eine Konzentration gäbe es (wenn überhaupt) höchstens in der HU. Die Genossen Lothar Berthold, Charlotte Hunzinger und andere wurden für das Verhalten ihrer Kinder am 21. August 1968 und danach parteilich zur Verantwortung gezogen. Hier fielen der Umgang mit den Söhnen von Robert Havemann und die sich daraus entwickelnde nichtsozialistische Haltung ins Gewicht.

Während also auch im Brennpunkt Berlin die ČSSR-Krise bestanden schien, zeigte sich gerade hier, daß der Umfang krimineller Delikte (insbesondere Eigentumsdelikte) nicht abgremst werden konnte: In den ersten 5 Monaten des Jahres 1969 habe es 52 Parteiverfahren wegen Betrugs, Unterschlagung gesellschaftlichen Eigentums, Diebstahl usw. gegeben. 1958 gab es im ganzen Jahr 158 solche Fälle, die damals alle mit Parteiausschluß geahndet wurden. 1959 endeten 83%, 1961 77%, 1963 60% und 1968 52% der Fälle mit Parteiausschluß. Behring erklärte: „Das heißt, wir haben im Laufe der Jahre zugelassen, daß die feste Position der Partei zu Eigentumsdelikten verlassen wurde ... Parteikontrollkommissionen sind letzten Endes keine Rechtsanwaltsbüros, die nur nach mildernden Umständen zu suchen haben. Eigentumsdelikte und andere kriminelle Vergehen dürfen in der Partei keinen Platz haben.“

Heinz Juch verwies in seinem Schlußwort darauf, daß sich neue Probleme aus den wirtschaftlichen Beziehungen zu kapitalistischen Unternehmern für die solche Beziehungen pflegenden Genossen ergäben. Hier helfe nur ein fester Klassenstandpunkt. Es dürfe keine

72 Paul Behring hatte zur Struktur der Berliner Parteikontrollorgane bereits auf der ZPKK-Tagung vom 28. November 1962 mitgeteilt, daß nach der Bildung einer selbständigen PKK in Westberlin in der Hauptstadt acht KPCKen, eine PKK des Volkswirtschaftsrats, eine PKK bei der SPK und eine PKK beim Außenhandel existierten. Die Berliner Parteiorganisation gliederte sich nach einigen Umstrukturierungen seit 1969 in 8 territoriale, 7 an zentrale staatliche Organe bzw. Massenorganisationen gebundene und 3 mit der ganzen Stadt verbundene Kreisparteiorganisationen und den zugehörigen Kreisleitungen. Die 7 Kreisparteiorganisationen der zweiten Gruppe waren die des Außenhandels, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, der zentralen Finanz- und Bankorgane, der Staatlichen Plankommission, der zentralen Organe der Landwirtschaft und Nahrungsgüter sowie der zentralen Organe der Gewerkschaften. Die drei mit der ganzen Stadt verbundenen Kreisparteiorganisationen waren die der Humboldt-Universität, des Bauwesens und des Präsidiums der VP. Die Berliner PO umfaßte am 31.12.1969 insgesamt 115.856 Mitglieder und Kandidaten; den 7 nichtterritorialen Kreisleitungen waren 11.668 Mitglieder und Kandidaten zugeordnet. Bericht über Probleme und Besonderheiten der Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen von 7 nichtterritorialen Kreisleitungen in Berlin vom 11.2.70, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/88, Bl. 2ff.

Toleranz mehr gegenüber Diebstählen geben. Die Probleme krimineller Bereicherung durch Mißbrauch im Rahmen der zweiten Arbeitsverhältnisse in Feierabendbrigaden seien natürlich Resultat des Arbeitskräftemangels. Die Linie müsse darin bestehen, zu kontrollieren, daß das erste Arbeitsverhältnis nicht darunter leiden dürfe. Noch immer gäbe es das Problem des Dogmatismus vieler alter Genossen, etwa in den VdN-Kommissionen bei der Beurteilung von anderen Genossen, die aus der SPD kommen. So wurde ein Genosse, der in einem Streik 1932 eine andere Position einnahm, als die KPD, bei den Nazis 5 Jahre Zuchthaus bekam und bei der Vereinigung nach 1945 eine positive Rolle spielte, plötzlich wegen der Sache von 1932 als politischer Denunziant bzw. Verräter bezeichnet. Alles andere zählte nicht. „Mit solchen Methoden kann man nicht arbeiten.“ Weiterhin erklärte Juch: „Staatsverleumdungen müssen wir ernst nehmen, immer und in jedem Fall. Nur einfach machen dürfen wir es uns dabei nicht ... Wenn erst begonnen wurde, die große Kurbel zu drehen, kann viel Schaden angerichtet werden.“⁷³

Nach der ZPKK-Arbeitstagung vom Juli 1969 wurde in den Bezirken eine Auswertung der Ergebnisse vorgenommen. Die von der ZPKK vorgenommene Einschätzung dieser Arbeitsberatungen bekräftigte das beunruhigende Bild ansteigender krimineller Verfehlungen von Parteimitgliedern. So sprach der Bezirksstaatsanwalt Cottbus auf der Arbeitsberatung der BPKK Cottbus davon, daß 10% aller anfallenden Eigentumsdelikte und allgemeiner Kriminalität von Mitgliedern der Partei begangen würden, die ganz selten von den zu ihrer Verhinderung geschaffenen Kontrollorganen (Finanzrevision, Revisionskommissionen usw.) aufgedeckt würden. Auf der Arbeitstagung der BPKK Frankfurt/Oder war im Zusammenhang mit der Feierabendarbeit davon die Rede, daß manche Brigaden dafür bereits eigene Grundmittel anlegten. Nach den Erkenntnissen der KPKKen Strausberg, Bernau und Fürstenwalde ginge der Einfluß der Partei unter den Angestellten und leitenden Angestellten in den Baubetrieben zurück. Die KPKKen der Grenzkreise meldeten verstärkt Versuche von Jugendlichen zur Republikflucht.⁷⁴

Nicht die massive Krise nach dem Einmarsch in die ČSSR, sondern die kriminelle Bereicherung seitens häufig durch ihre Parteifunktionen begünstigter Funktionäre, welche auch die sich für sie im Rahmen des NÖSPL/NÖS ergebenden besonderen materiellen Chancen zu nutzen wußten, beschäftigte also die Kontrollorgane und die Justiz im Jahre 1969. Dies signalisierte einerseits den nachhaltigen Erfolg insbesondere der Parteikontrolltätigkeit bei ihren 1968/69 absolvierten Versuchen, politische Unruhen zu verhindern. Es sollte 7 Jahre dauern, bis wieder eine ähnlich kritische Situation zu bewältigen war, obwohl in diesen Zeitabschnitt auch die Krise in Polen 1970/71 fiel, welche weitaus größeres Gewicht hatte, als die Turbulenzen um die Biermann-Ausbürgerung 1976 mit ihren Folgen. Andererseits konnte man hinter der Fassade ansteigender Kriminalität und Bereicherungslust das bereits erreichte Entpolitisierungsniveau auch in der SED ablesen. Aus solchen Komponenten sollte sich auch zukünftig jene „Normalität“ speisen, von der auch die inneren Zustände in der Massenpartei SED bestimmt sein sollten: Wegen wachsender Entpolitisierung entbehrlich gewordene Energien zur politischen Disziplinierung wurden durch erhöhte Aufwendungen substituiert, um der anwachsenden Latenz zur materiellen Bereicherung und der zunehmen-

73 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKEn vom 10./11.7.69, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/22, Bl. 11ff.

74 Einschätzung der Arbeitsberatungen der BPKKEn zur Auswertung der Tagung der ZPKK vom 10./11.7.1969, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/22, Bl. 325ff.

den Gleichgültigkeit gegenüber parteipolitischen Normensetzungen und Ideologisierung zu begegnen.

Gemäß den Vorgaben des VII. Parteitag waren in der DDR der zweiten Hälfte des Jahrzehnts weitere Schritte zur Normierung der gesellschaftlichen Verhältnisse überfällig, die dem neu definierten „Charakter der Epoche“ entsprachen. Als 1969 die neue sozialliberale Koalition unter Brandt/Scheel eine neue ostpolitische Offensive einleitete, konnte dies nur unter Berücksichtigung von inzwischen geschaffenen Realitäten zweier deutscher Staaten geschehen, woraufhin zunächst dann auch die Verträge mit der UdSSR und Polen zur Fixierung des europäischen Status quo zustande kommen sollten und den Weg für die späteren Verträge über Berlin und mit der DDR bahnten. So erfolgreich die DDR also Ende der sechziger Jahre außenpolitisch agierte, so fatal sollte sich die eigentlich als Basis aller Politik gedachte Wirtschaftspolitik entwickeln. Gegenüber dem allgemeinen Wirtschaftseinbruch 1959/60 war die sich mit dem Wachstumsabfall nach 1966/67 anbahnende Krise 1969/70 eine Strukturkrise, also auf einem anderen, höheren Entwicklungsniveau stattfindend. Entsprechend der in den sechziger Jahren ablaufenden Wirtschaftsentwicklung (extensive Reproduktion mit intensiven Merkmalen) kam es aufgrund irrealer Zielformulierungen und Fehlregulationen des bis dahin so erfolgreichen Wirtschaftsmechanismus zu Überinvestitionen und Disproportionen, welche noch durch die schlechte demographische Arbeitskräftebilanz verschärft wurden. In der Konsumgüterversorgung, im Wohnungs- und Städtebau, der Energiewirtschaft, dem Maschinenbau und in der chemischen Industrie waren die Pläne nicht mehr zu erfüllen. Der harte Winter 1969/70 tat ein übriges.

Als Anfang April 1970 die ZPKK mit den Bezirksparteikontrollkommissionen eine erneute Zwischenbilanz zog, hatte gerade am 19. März das Treffen des Bundeskanzlers Willy Brandt mit dem Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph stattgefunden und liefen seit dem 26. März die Viermächteverhandlungen über Berlin. Es war klar, daß mit dem Vollzug der neuen Ostpolitik Brandts genau jene dialogorientierte Politik, welche die SED-Führung seit 1966 forderte, nun tatsächlich praktiziert werden konnte und damit erhebliche Probleme für die Wahrung der ideologischen Resistenz von SED-Mitgliedern entstanden, die dies als Aufforderung zur eigenen Auseinandersetzung mit den strittigen Politikfeldern mißverstanden. Diese Situation prägte auch die ZPKK-Arbeitstagung vom 1. und 2. April 1970.⁷⁵ Der stellvertretende ZPKK-Vorsitzende Heinz Juch erklärte in seinem Eröffnungsreferat, die SPD habe die „Förderung der Transformation“ der sozialistischen Länder, ihre „Durchdringung“ zur Maxime erhoben. Das sei die Maxime der lautlosen Konterrevolution und ihr folge die Brandt-Scheel-Regierung. Brandts Demagogie der „menschlichen Erleichterungen ... erzeugen bei einer Anzahl von Menschen in der DDR und auch bei Genossen Illusionen. Die Begrüßung von Brandt in Erfurt ist dafür ein Beispiel.“⁷⁶ Diesen Ideologen des Imperialismus leisteten die „modernen Marxisten“ Schützenhilfe: Sie verleumdete den wirklichen Sozialismus als „bürokratisch“ und folgen damit einer kleinbürgerlich-idealistischen Utopie. Auf dieser Grundlage stellte Juch die Frage nach der politisch-ideologischen Verbundenheit der DDR-Bürger mit „ihrem“ Staat DDR: „In einer Meinungsumfrage unter Arbeitern der bezirksgeleiteten Industrie im Bezirk Dresden sahen 67,3% der befragten

75 Das Gründungsmitglied der ZPKK, Herbert Wittholz, war am 30.3.70 verstorben. Herrmann Matern fehlte wegen seiner schweren Erkrankung auf dieser Arbeitstagung.

76 In seinem Schlußwort ergänzte Juch, daß vielfach die Meinung vertreten wurde, unsere Zeitungen zerredeten die relativ erfolgreiche Annäherung beider Seiten beim Brandt-Besuch in Erfurt. Daraus folge, die klassenmäßige Erziehung sei noch ungenügend.

Arbeiter in der DDR ihren Staat, ihr sozialistisches Vaterland. Aber 32,7% der Befragten äußerten sich negativ bzw. wollten sich nicht äußern. Nur 42,9% der befragten Jugendlichen beantworteten die Frage, ob die DDR wenn notwendig auch mit der Waffe verteidigt werden muß, mit ja. Das zeigt ein Zurückbleiben der Wehrbereitschaft ... Lediglich 46,7% brachten zum Ausdruck, daß die DDR konsequent die Lebensinteressen des deutschen Volkes vertritt ... 50% der Arbeiter waren überzeugt, daß dem Sozialismus die Zukunft in Deutschland gehört.“

Der zweite Schwerpunkt der Arbeitstagung betraf die sich zuspitzende wirtschaftliche Situation. Zur Lage in den Betrieben teilte Juch zunächst mit, daß es nach den Erkenntnissen der ZPKK sorglose und manchmal prinzipienlose Beziehungen volkseigener Betriebe zu westdeutschen Betrieben und Einrichtungen, teilweise mit Erscheinungen der Korruption, gäbe. Regional (etwa in der Region Bad Salzungen) gehe der Anteil der VEB an der Bruttoproduktion und der Anteil der Beschäftigten zurück (so in den letzten 4 Jahren von 86,5% auf 83,7% bei der Bruttoproduktion bzw. von 77,9% auf 76,9% bei den Beschäftigten in der Region Bad Salzungen) und es wuchs entsprechend der Anteil der privaten Industrie bzw. der Betriebe mit staatlicher Beteiligung. „Das ist eine Entwicklung, Genossen, die nicht nur für den Kreis Bad Salzungen zutrifft. Sie widerspricht unserer strategischen Zielsetzung ... Solche Erscheinungen müssen daher schneller überwunden werden ... Man ... muß das staatlich geschickt steuern und lenken.“ Weiterhin erklärte Juch, es sei „unvorstellbar, wie verantwortungslos, leichtfertig und zum Teil direkt verbrecherisch gesellschaftliche Mittel verschwendet werden. Bei den sogenannten Feierabendbrigaden und anderen Praktiken wurde das Prinzip der materiellen Interessiertheit praktisch direkt in sein Gegenteil verkehrt ... Die Parteikontrollkommissionen ... (müssen) diese Dinge noch prinzipieller ... ergründen.“ Die Untersuchung der ZPKK im Stahl- und Walzwerk Brandenburg (SWB) habe folgende Ergebnisse erbracht: „Es gibt aufgebauschte, schöngefärbte Erfolgsmeldungen ... Manche Leiter ... benehmen sich wie kapitalistische Manager, ... setzen sich über gesetzliche Festlegungen hinweg, ... selbstherrliches Auftreten, ... großzügiger Umgang mit betrieblichen Mitteln ... Nicht durchdachte Anordnungen ... z.B. bei Kombinatbildungen (Dresden u. a. Bezirke), ... ernste Versäumnisse in der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolltätigkeit (SWB) ... 30% aller durchgeführten Parteiverfahren 1969 [betreffen] kriminelle Delikte. Das alles läßt nur die Schlußfolgerung zu, die Erziehung zur politischen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und zur hohen Moralauffassung entschieden zu verstärken.“ Es gelte „Schluß (zu) machen mit Erscheinungen der Schönfärberei und die kommunistische Sachlichkeit zu einem festen Prinzip der Parteiarbeit ... (zu) machen.“ Die Parteikontrollorgane würden verstärkt beginnen, „zur Durchsetzung der Strukturpolitik und anderer wichtiger ökonomischer Fragen Untersuchungen in bestimmten Schwerpunktbereichen im Bezirk durchzuführen ... Die Bildung der Kombinate ... geht über die Bereiche eines Kreises bzw. Bezirkes hinaus. Das heißt, es gilt manchmal die Zusammenarbeit auf neue Art zu organisieren.“ Zu den in diesem Zusammenhang notwendigen Auftragsuntersuchungen zur konzentrierten Aufdeckung von Sachverhalten, auch bei Untersuchungen über die Ursachen bei Streichungen (in die alle KPKK einbezogen waren) verwies Juch darauf, daß gemäß dem Parteistatut und der Aufgabenstellung der Parteikontrollkommissionen jede Untersuchung mit einem schriftlichen Bericht abgeschlossen und durch das Sekretariat bestätigt werden müsse. Beschlüsse zu parteierzieherischen Maßnahmen seien durch das Sekretariat bestätigen zu lassen. „Bei einer ganzen Anzahl von Untersuchungen werden die Parteiverfahren von der eigentlichen Untersuchung abgetrennt und von den Grundorganisa-

tionen dann selbständig behandelt ... die Selbständigkeit der Grundorganisationen wird keinesfalls herabgemindert, wenn die Parteikontrollkommissionen entsprechend der Untersuchungsergebnisse bestimmte Beschlüsse auch über Genossen fassen.“

Erhard Neubert aus Dresden berichtete über eine Untersuchung im VEB Planeta Radebeul, Produzent von Druckmaschinen und ausgezeichnet mit der Goldmedaille der Leipziger Messe. Die BPKK reagierte hier auf die Eingabe eines Arbeitsökonomen, der fingierte Planerfüllung, Verletzung der demokratischen Prinzipien, Verletzung der Parteiarbeit und die Verletzung der Prämienordnung anklagte. Hier gab es zuvor den Versuch, diesen Ökonomen, als er diese Praktiken kritisierte, aus dem Betrieb zu drängen und als Kreistagsabgeordneten zu diskreditieren.

Die Bilanz für 1969 ergab insgesamt 13.102 Parteiverfahren mit 4.728 Streichungen und 2.474 Ausschlüsse. 55% aller Parteiverfahren endeten also mit Entfernung aus der Partei. Weiterhin gab es 1969 insgesamt 3.484 Eingaben, davon 193 von Kollektiven. Die meisten Beschwerden betrafen bürokratisches Verhalten von Funktionären des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates (insgesamt 732 Fälle von Funktionären des Staatsapparates bis zur Bezirksebene sowie 473 Fälle von hauptamtlichen Mitarbeitern der Kreis- und Bezirksleitungen) sowie abweisende Bescheide auf Eingaben seitens der unteren zuständigen Instanzen (insgesamt 1.600 Fälle; davon wurden zuvor durch die zuständigen Organe 885 nicht abgeschlossen, falsch entschieden oder gar nicht bearbeitet.)

Juch instruierte die Bezirkskontrollreue abschließend über den bevorstehenden Umtausch der Parteidokumente: Hier ginge es um Aussprachen mit allen Genossen mit dem Ziel, die führende Rolle und die Kampfkraft der Partei zu erhöhen. Zugleich solle die Erfassung aller Mitglieder über EDV erfolgen. Es sei der ZPKK bekanntgeworden, daß in einem Cottbusser Betrieb festgelegt wurde, daß vorher 15% der Parteimitglieder des Betriebs aus der Partei entfernt werden sollten, davon 62% Arbeiter. Bei der Aktion müsse überall klar sein, daß die Erziehung im Mittelpunkt stünde und keine Säuberung beabsichtigt sei. Es gäbe eine klare Richtlinie, wer überhaupt das neue Mitgliedsbuch nicht ausgehändigt bekommt, nämlich einzelne Mitglieder, die in ernstesten Situationen schwankend waren oder die Durchführung von Beschlüssen bewußt hintertreiben.⁷⁷

Als am 21. Mai 1970 auch das zweite Treffen Brandts und Stophs in Kassel stattgefunden hatte, gab es insbesondere wegen der Ovationen für Brandt bei der ersten Begegnung in Erfurt genug Anlaß, solche Treffen als Sicherheitsproblem nicht nur im Sinne des Personenschutzes, sondern vor allem des Schutzes der ideologischen „Gesundheit“ der Bevölkerung zu behandeln. Dessen sollten sich nicht nur die Parteikontrollorgane annehmen. So erreichte den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Erich Honecker am 3. Juni eine Information über die MfS-Kollegiumssitzung vom 29. Mai, deren Thema die Auswertung der Aktion „Konfrontation 1 und 2“ (Gespräche in Erfurt und Kassel) war. Das MfS formulierte als Hauptaufgabe die Abwehr der durch die Brandt-Scheel-Regierung raffinierter und stärker gewordenen politisch-ideologischen Diversion und die Weiterführung der Arbeit zu: „Wer ist wer?“ Es gab eine selbstkritische Stellungnahme vom ersten stellvertretenden Minister Bruno Beater zu den begangenen Fehlern, die zu den Vorkommnissen in Erfurt führten.⁷⁸

Diese Vorgänge, vor allem aber der laufende Umtausch der Parteidokumente, standen im Mittelpunkt der Arbeitsberatung der ZPKK mit den Vorsitzenden der BPKK am 23. Sep-

77 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKern vom 1./2.4.70, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/23, Bl. 7ff.

78 Mitteilung an Honecker vom 3.6.70, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/12/131.

tember 1970.⁷⁹ Hier sollte sich zeigen, daß neben dem mit der Parteibuchumtauschaktion verbundenen Erziehungs- und Mobilisierungszweck ebenso der Effekt einer verlässlichen Informationsgewinnung über die wirkliche Stimmung und die Probleme an der Parteibasis für den Parteiapparat sehr bedeutsam waren. Heinz Juch, der anstelle des kranken Hermann Matern wiederum das Hauptreferat hielt, erklärte:

„Der Umtausch der Parteidokumente gibt viele Aufschlüsse für die Aktivierung und Verbesserung des Parteilebens einer Grundorganisation ... (Es) werden gleichzeitig Erscheinungen sichtbar, die sich hemmend auf die weitere Entwicklung der Kampfkraft auswirken ... Wir dürfen nichts untergehen lassen. Auch solche Fragen, die berechnete Verärgerung in der Bevölkerung hervorrufen, müssen beachtet, analysiert und gestellt werden ... Beim Umtausch ist also darauf zu achten, welche Argumente es gibt ... und (wie) dafür gesorgt wird, daß kein Genosse zurückbleibt ... jeder Genosse, der zu den Aussprachen geht, muß fühlen: Ich bin gleicher unter gleichen, hier gibt es keine Distanz, sondern eine aufgeschlossenen Atmosphäre.“

Im Namen der Priorität der Parteierziehungsarbeit sei in den Aussprachen jeder Schematismus und jedes Sektierertum zu vermeiden. „Von den Aussprachen wird kein Protokoll, kein Fragespiegel und sonst was angefertigt.“ Allein Aufzeichnungen über Vorschläge, Wünsche, Probleme etc., müßten für die Auswertung in der Parteileitung und den Grundorganisationen sowie zur Verdichtung in den Kreisleitungen verfaßt werden. Juch bemängelte, daß keine BPKK es für nötig erachtet habe, die ZPKK über ihre Gespräche mit den Mitarbeitern des Parteiapparats zu informieren. Bei Weigerungen, die Fragebögen auszufüllen, „ist die Sache zu entscheiden über den Weg ordnungsgemäß durchgeführter Parteiverfahren.“ Der festgestellte Anteil von 56% der Parteiverfahren, die mit der Entfernung aus der Partei endeten, sei schon seit Jahren auf diesem Niveau. 2.200 Verfahren wurden wegen Verletzung der Parteidisziplin durchgeführt und der Anteil der mittleren und leitenden Kader an kriminellen Vergehen und Gesetzesverletzungen steige, wobei „nicht einmal die Hälfte der gerichtlich bestraften Genossen ... eine Parteistrafe (erhielt).“ Juch kritisierte auch die bei der ZPKK eingegangenen Analysen aus den Bezirken: Es seien kaum Informationen über feindliche, zersetzende, aufweichende Erscheinungen im Zusammenhang mit den jüngsten politischen Ereignissen (die Gespräche Brandt-Stopf, die Politik der Brandt-Scheel-Regierung und der am 12. August unterzeichnete Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR über Gewaltverzicht und die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen) enthalten. Ebenso fehlten klare Aussagen über Agenten, Spione und Republikfluchten.

Anton Fischer (Vorsitzender der BPKK Karl-Marx-Stadt) berichtete zur Mitgliedsbuch-Umtauschaktion, 99,5% der Parteimitglieder im Bezirk hätten die Fragebögen ausgefüllt und nur 522 Genossen dies verweigert. Entfernungen aus der Partei seien überwiegend Streichungen im Umfang von ca. 1.000 Mitgliedern im Bezirk. Unzufriedenheit gäbe es bei älteren Genossen besonders in der Frage der Renten, „die natürlich zu niedrig sind“, wobei „in letzter Zeit immer konzentrierter und stärker auch bei den Aussprachen mit alten Genossen ein Empfinden von Ungerechtigkeit hervortritt.“ Es würden vom Parteitag Veränderungen erwartet, sonst drohe ihr Austritt aus der Partei. Einige beschwerdeführende Genossen hatten in der Nazizeit arbeitsmäßige Nachteile und wollen, wenn der Staat nicht mehr Geld für Renten hat (was sie verstehen würden) dann auch, daß alle nicht mehr bekämen: So

79 Anstelle des verstorbenen Herbert Wittholz wurde Helmut Kasch, zuvor stellvertretender Vorsitzender der BPKK Potsdam, in die ZPKK berufen. Eyer mann und Munschke schieden als Kandidaten der ZPKK aus.

seien die Renten für Intelligenzler zu hoch. „Die Schreiben dieser drei Genossen haben wir an die ZPKK gegeben. Offensichtlich wurde das ein bißchen abgesprochen und organisiert. Aber man muß ihre Argumente sehen.“ In Karl-Marx-Stadt gäbe es bei der Umtauschaktion Fälle, in denen Standardreferate vorgegeben oder Fragespiegel ausgegeben wurden, „die ... Fragen beinhalteten, die auf eine Parteiüberprüfung hinausliefen.“ Auch Kurt Seebach (Vorsitzender der BPKK Erfurt) bestätigte die bei der Parteiüberprüfung zutage tretende Unzufriedenheit von Parteiveteranen wegen ihrer Altersversorgung. Er hatte im Bezirk 507 Verweigerer der Umtauschaktion. Unter den Verweigerern seien Genossen wie jener aus der WPO 14, Kreis Eisenach, KPD-Mitglied seit 1923. Er erduldet in der Nazizeit Repressalien, wurde arbeitslos und erhielt dadurch heute knapp 200 M Rente, während Lehrer unter den Nazis und heutige Angehörige der Intelligenz höhere Renten bekommen. Ein anderer Genosse erhält als Arbeiter 178 M Rente, während ein ehemaliger Bauingenieur, der schon zur Nazizeit auf Baustellen leitend tätig war und jenen Genossen in dieser Zeit nachteilig behandelte, heute 850 M Rente bekäme. Seebach erklärte: „Meiner Meinung nach sind dies echte Probleme“. In diese Bewertung schloß er auch die wegen Wohnungsproblemen und wegen lieblosem Umgang mit Parteiveteranen die Überprüfung verweigernde Genossen ein. Überdies berichtete er: „Es gibt eine Verfügung, in der es wörtlich heißt, daß Prämienzahlungen ... an die politischen Mitarbeiter ... durch die Betriebe nicht erfolgen können. Aber was ist die Regel? In der Regel werden Parteisekretäre in die Jahresendprämie ... einbezogen. Das geschieht, indem der Generaldirektor den Parteisekretär holt und sagt ... hier das Kuvert, 1500 Mark Jahresendprämie. Der steckt es ein und geht ... Jetzt sage ich, wenn der Sekretär Fragen anspricht und auch den Generaldirektor in die Parteierziehung einbezieht, dann sagt der Generaldirektor, mein lieber Freund, hier ist Schluß oder keine Prämie mehr ... Der Parteisekretär befand sich im Schlepptau des Werkdirektors. Oder: Die Parteileitung befand sich im Schlepptau der Werkleitung.“ Für leitende Genossen (etwa den Werkleiter) wird bei Bezirksparteischuldelegation der Lohnausgleich zum Stipendium vom Betrieb gezahlt; der kleine Arbeiter auf der gleichen Bank der BPS erhält nichts. „Als das bekannt wurde, gab es eine Revolte.“

Walter Mothes (Vorsitzender der BPKK Halle) bilanzierte in seinem Bezirk unter den 220.625 Mitgliedern und Kandidaten 1.227 Verweigerer und bisher 232 Parteiverfahren im Rahmen der Überprüfung. Für den Bezirk Potsdam wußte die BPKK-Vorsitzende Erna Warnke von 177 Streichungen in den ersten 3 Monaten des 2. Halbjahres (davon 72 im Zusammenhang mit der Umtauschaktion) zu berichten.

Der stellvertretende Vorsitzende der GPKK Wismut hatte festgestellt, daß Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Lohn- u. Wohnungsfragen definitiv bevorzugt würden, weshalb Arbeiter dazu neigten, ihr Parteibuch hinzuschmeißen. Deshalb sei auch der Arbeiteranteil der Entfernungen aus der Partei in der Wismut höher, als anderswo. „Da ist doch etwas nicht in Ordnung in der Arbeit mit unseren Arbeitern.“ Irmgard Vielhauer (Vorsitzende der BPKK Neubrandenburg) berichtete, eine zusammen mit der KPKK Neubrandenburg durchgeführte Untersuchung des Panzerreparaturwerks deckte auf: „Gäbe es dort nicht so klassenbewußte und parteitreue Genossen und Arbeiter, sowie die dort teilweise vorhandene militärische Disziplin, wäre es schon längst zur Arbeitsniederlegung gekommen. (Dort) ... war es möglich, daß der Werkdirektor zum Teil mit Duldung der Parteileitung durch sein Verhalten die Beziehungen zwischen den Werkträgern, der Parteileitung und der Werkleitung erheblich stören ... (konnte).“

Kurt Winter (Vorsitzender der BPKK Cottbus) informierte über die Aufdeckung der Veruntreuung staatlicher Mittel in großem Umfang im Kreis Spremberg, des persönlichen Verbrauchs gesellschaftlicher Mittel und des Betrugs beim Aufbau des Naherholungszentrums Talsperre im Raum Cottbus-Spremberg durch die BPKK: Die Feierabendbaubrigade des Rates des Kreises mutierte zu einem Betrieb mit 70-100 Beschäftigten aus privaten und volkseigenen Baubetrieben (wo Arbeitskräftemangel herrscht), welcher voll im Plan bilanziert wurde. Daraus folgten Schäden durch Nichtabführung von Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträgen, ungerechtfertigte Berechnung von Verbrauchsabgaben, durch Mehrerlöse sowie falsche Preisberechnungen. Außerdem hatte die BPKK in einer WPO aufgrund des Briefes eines Genossen der WPO an die Bezirksredaktion der „Lausitzer Rundschau“ eine Untersuchung durchgeführt: Dieses Schreiben war ein massiver Angriff auf die Parteipresse mit Zitaten von Lenin und revisionistischen Gedanken von Ernst Fischer mit einer Aufforderung zur Leserdiskussion etwa über die Energiepolitik der Partei. Dem für westliche Propaganda anfälligen federführenden Genossen war die WPO nicht gewachsen.

Erhard Neubert (Vorsitzender der BPKK Dresden) hatte 0,74% Verweigerer im Bezirk. Ein Verweigerungsgrund sei die Unzufriedenheit über die hohen Parteibeiträge. Neubert erwähnte die Häufung von Selbstmorden unter Genossen (20 vollendete und 4 versuchte) im letzten Halbjahr. Die Ursache war Sektiererei von Genossen der GO, wenn dem Betroffenen ein Fehler nachgewiesen wurde. In einem Fall waren die eifrigsten Sektierer die Gesellschaftswissenschaftler der TU Dresden. Ein besonderer Fall war die persönliche Bereicherung bei der sogenannten Testvergabe von Autos an Ärzte und Handwerker, mitunter auch von Heften für den unentgeltlichen Verbrauch von Benzin. Die Gegenleistung: bestand in der Vergabe von Kuren.

Heinz Juch warnte in seinem Schlußwort vor Verallgemeinerungen der Kritik von Neubert an den Gesellschaftswissenschaftlern, da „diese in der Mehrheit gerade diejenigen Kader sind, die mehr oder weniger konsequent die Linie der Partei durchzukämpfen versuchen“. Nachdrücklich verwies Juch auf die zutage getretenen Illusionen über die Politik der westdeutschen Regierung, den Sozialdemokratismus und die Politik der friedlichen Koexistenz in vielen Schichten der Bevölkerung und bei Genossen im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluß zwischen der SU und der BRD, von denen aus vielen Bezirksparteikontrollkommissionen berichtet wurde. Betont werden müsse, daß der Vertrag das Ergebnis einer einheitlichen Kampfposition der Parteien der sozialistischen Länder sei; die Anpassung der Methoden des Imperialismus an die veränderten Verhältnisse ändere keinen Deut am System selbst. „Brandt und die Schiedskommission der SPD haben eine eindeutig ablehnende Stellungnahme zu den Fragen der Zusammenarbeit mit Kommunisten ... abgegeben. Von dieser Warte her, die die Verschärfung des ideologischen Kampfes nur unterstreicht, ist aufmerksam jeder feindliche Einfluß auf die Partei zu beachten ... und alle Parteioorganisationen in die Offensive im Kampf gegen solche Erscheinungen zu bringen.“ Zu den von den Bezirkskontrolleuren berichteten Ungleichbehandlungen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung erklärte Juch: Wenn bei Maßnahmen Arbeiter infolge strukturentwickelter Arbeitsplatzveränderungen Einbußen hätten oder die Intelligenz und Handwerker bevorzugt bedient oder versorgt würden, „dann wird bei uns einiges auf den Kopf gestellt ... Wir müssen uns mit solchen Leuten und solchen Erscheinungen viel prinzipieller auseinandersetzen.“ Zu Mißwirtschaft und Vorteilsnahme von Funktionären hieß es: „Leider ist es so, daß 'großzügig' wirtschaftende Genossen in ihren falschen Auffassungen noch dadurch bestärkt werden, daß sie – wie das Beispiel des Rates des Kreises Spremberg zeigt – von übergeord-

neten staatlichen Organen noch Unterstützung finden.“ Juch erklärte zu dem offenbar immer gravierender den Unmut in der Partei steigernden Rentenproblem, daß es im Rentensystem Härten gäbe, weil die Mittel nicht gesteigert werden könnten und der Rentneranteil im Wachsen begriffen sei. „Wir alle wissen, wie hart viele ehrliche Genossen, die seit 1945 ununterbrochen im Parteiapparat gearbeitet haben, betroffen wurden, bevor die neue Rentenregelung durch die Partei erfolgte. Bei vielen Genossen, die in den Massenorganisationen und im Staatsapparat eine ausgezeichnete gesellschaftliche Arbeit leisten, gibt es noch solche Härten. Wir können diese Dinge nur Zug um Zug langsam einer Klärung zuführen.“ Außerdem verwies Juch nochmals auf die klare Richtlinie, daß, wer trotz Aussprache den Fragebogen verweigere, ein Parteiverfahren erhalte.⁸⁰

Im September 1970 leitete die notwendig gewordene Plankorrektur eine scharfe Kritik am bisherigen Kurs ein und bahnte den Weg für die spätere Entmachtung Ulbrichts. Das Politbüro befaßte sich am 8. September sowohl mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auch mit den zutage getretenen Versorgungsmängeln und deren Behebung. Eine andere Dynamik bestimmte die deutschlandpolitischen Entwicklungen: Die am 27. November beginnenden Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD über Transitfragen und der Abschluß des Vertrages zwischen Polen und der BRD „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ am 7. Dezember setzten weitere Randbedingungen für die dann 1971 und 1972 zustande kommenden Verträge.⁸¹

Die Parteiführung sah genau, daß sich hier von zwei Seiten Risiken verschärften: Einerseits drohten die wirtschaftlichen Folgen der Strukturverwerfungen im Wohnungsbau und der Versorgung der Bevölkerung den Unmut zu steigern, kaum daß die politischen Turbulenzen der ČSSR-Krise bewältigt waren; andererseits war der Preis des Bodengewinns der DDR an völkerrechtlicher Akzeptanz eine wachsende Bereitschaft auch innerhalb der SED-Mitgliedschaft, sich mit den Thesen insbesondere des in der Regierung verantwortlichen sozialdemokratischen Verhandlungspartners der SED auseinanderzusetzen. Hinzu trat die Auseinandersetzung mit dem ebenfalls für viele SED-Mitglieder attraktiven Eurokommunismus und den Positionen der Neuen Linken.

Es war daher mehr als überfällig, daß die ZPKK sich ab April 1971 systematisch mit dem „Wirken der imperialistischen Ideologie in der Partei“ befaßte. Zunächst waren alle BPKKen aufgefordert, Einschätzungen über die „ideologische Situation“ aus ihren Bezirken zu liefern. Diese Berichte waren dann durchaus geeignet, solche Befürchtungen zu bestätigen:

Die BPKK Neubrandenburg berichtete am 26. April 1971 an die ZPKK erwartungsgemäß von der zunehmenden Rolle des „Objektivismus“, womit vornehmlich der zur Gewohnheit werdende Konsum des Westfernsehens gemeint war. Die GO PGH Löcknitz (Kreis Pasewalk) mußte aufgelöst werden, da im Zuge von Parteiverfahren von den 5 Parteimitgliedern drei aus der Partei entfernt wurden. Es würden zunehmend die persönlichen Interessen über die gesellschaftlichen gestellt und mit dem Parteiaustritt gedroht bzw. er wird vollzogen,

80 Protokoll der ZPKK-Arbeitstagung mit den BPKKen vom 23.9.70, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/24, Bl. 7ff.

81 Am 3. September 1971 wurde das vierseitige Abkommen der Westmächte und der UdSSR unterzeichnet. Die DDR wertete dies als Anerkennung ihrer staatlichen Existenz durch die Westmächte und des besonderen politischen Status von Westberlin. Am 26. Mai 1972 folgte der Verkehrsvertrag zwischen der DDR und der BRD, bis dann am 21. Dezember 1972 schließlich der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD unterzeichnet wurde.

wenn Westreisegenehmigungen verwehrt werden. Es gäbe Tendenzen der Verherrlichung des Westens, der Politik der SPD bzw. der Brandt-Scheel-Regierung und die Propagierung des bürgerlichen Freiheitsbegriffs.

Die BPKK Cottbus gab am 26. April eine „Einschätzung zu einigen Problemen im Zusammenhang mit der Durchführung von Parteiverfahren wegen parteifeindlichen Verhaltens“ für den Zeitraum 2. Halbjahr 1970 bis 31. März 1971. Es wurden 66 Parteiverfahren wegen feindlichem Verhalten (58 Ausschlüsse, davon 35 Ausschlüsse von Arbeitern) durchgeführt. Die meisten Ausschlüsse erfolgten wegen der Verbreitung klassenfeindlicher Ansichten, Antikommunismus, Hetze gegen die SU und den proletarischen Internationalismus sowie Diffamierung und Hetze gegen führende Partei- und Staatsfunktionäre. 7 Ausschlüsse wurden wegen versuchter Republikflucht verhängt. Die sieben ausgeschlossenen Angehörigen der Intelligenz erlagen Auffassungen des modernen Revisionismus. Die Parteiverfahren wegen parteifeindlichen Verhaltens bildeten allerdings den geringsten Anteil aller Parteiverfahren.

Die BPKK Leipzig gab am 27. April ihre „Information über die Wirkungsweise bürgerlicher Ideologien auf Genossen“ an die ZPKK weiter. Insgesamt wurden 1970/71 1.551 Parteiverfahren und 55 Untersuchungen durchgeführt; allerdings fehlen in diesen Informationen Angaben über den Anteil der Parteiverfahren wegen parteifeindlicher Handlungen an allen Parteiverfahren. Besorgt wurde in dem Bericht vermerkt, daß „einige Genossen ... auf überholten Positionen beharren und wieder von der 'Einheit Deutschlands', 'Wiedervereinigung', 'Annäherung zwischen der DDR und BRD' sprechen.“ Oberflächliche Vergleiche des Lebensstandards seien verbreitet; es gäbe Zweifel an der Notwendigkeit der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft und der vorrangigen Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder, da die DDR inzwischen ein „Staat der Werktätigen“ sei. Politisch sorgloses Verhalten zeige sich zum Beispiel darin, daß es zwei Studentendelegationen aus den USA gelang, persönliche Kontakte zu Studenten der Karl-Marx-Universität aufzunehmen. Gegenüber den Studenten wurden Einladungen westdeutscher und US-amerikanischer Gäste in die BRD/USA ausgesprochen.

Eva Naujoks berichtete aus dem Bezirk Schwerin von Fällen der Ablehnung der Ausbildung in der Kampfgruppe in den Kreisen Hagenow und Schwerin. Häufig würden Zweifel an der Richtigkeit der sozialistischen Planwirtschaft und der ökonomischen Politik der SED geäußert.

Die 11 Rentner, welche im Bezirk Erfurt in der letzten Zeit als Parteimitglieder gestrichen wurden, waren gemäß dem Bericht der BPKK vom 29. April alle besuchsweise in Westdeutschland.

Erna Warnke konstatierte am 29. April für die BPKK Potsdam, daß der Einfluß der bürgerlichen Ideologie auch bei mittleren und leitenden Kadern, Funktionären von Massenorganisationen und des Staats- sowie Parteiapparats zunehme. Es häuften sich Untersuchungen gegen leitende Staatsfunktionäre wegen politischer Blindheit, Verletzung der Wachsamkeit, Verlassen des Klassenstandpunkts. Hier wurde die Verbreitung eines parteifeindlichen Pamphlets festgestellt, das sich gegen die sozialistische Planwirtschaft und den Demokratischen Zentralismus richtete. Beispiele sorglosen unpolitischen Verhaltens zu parteifeindlichen Veröffentlichungen, die sich ebenfalls gegen die Planwirtschaft und den Demokratischen Zentralismus richteten, wurden ebenfalls im Kreis Jüterbog bei einer Untersuchung der dortigen KPKK Jüterbog im Februar 1971 gefunden. Wegen kleinbürgerlicher Lebens- und Verhaltensweisen wurden im letzten Halbjahr 6 Parteiverfahren in der GO des Rates des

Bezirks durchgeführt und 13 Funktionäre im Kreis Potsdam zur Verantwortung gezogen. Das Eindringen der bürgerlichen Ideologie wurde in den Kreisleitungen der SED Wittstock und Neuruppin (Verletzungen des Demokratischen Zentralismus) sowie in Nauen (private Nutzung von der LPG entzogenem Boden) nachgewiesen. Erna Warnke berichtete außerdem von Streichungen berenteter Genossen nach deren Rückkehr von genehmigten Westreisen und von Auseinandersetzungen mit 6 leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären im Kreis Oranienburg wegen verschleierte enger Beziehungen zu westdeutschen Verwandten. Schließlich berichtete sie von 7 Ausschlüssen auf Grund des wachsenden Einflusses von Kirche und Sekten in Oranienburg und drei weiteren Ausschlüssen in Wittstock und anderen Kreisen aus gleichen Gründen.

Für die BPKK Frankfurt/Oder meldete der Vorsitzende Georg Jury der ZPKK am 29. April insgesamt 23 Ausschlüsse wegen parteifeindlicher Haltungen bzw. feindlichen Handlungen im Berichtszeitraum des letzten halben Jahres, davon 7 Arbeiter und 3 Angehörige der Intelligenz. 13 Ausschlüsse erfolgten wegen Republikflucht. Auch Jury berichtete von Fällen der Weigerung von Parteimitgliedern, an der Kampfgruppenausbildung teilzunehmen.

Der Vorsitzende der BPKK Rostock, Karl Deuscher, gab am 29. April seine „Einschätzung des Wirkens imperialistischer Ideologien im Bezirk Rostock“. Schwerpunkte solcher Einwirkungen fand die BPKK im Bereich der Schifffahrt, des Fischfangs, der See- und Hafenwirtschaft sowie in einzelnen Bildungseinrichtungen. Auffällig sei die Verbreitung westlicher Lebensgewohnheiten und Konsumideologie sowie das Wachstum krimineller Bereicherung: „Skrupellos bereichern sich ... Mitglieder der Partei auf Kosten der Gesellschaft, um ihre übertriebenen persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne der Gesellschaft dafür die entsprechenden Leistungen zu geben.“ Dies wurde natürlich ebenso als Ausdruck bürgerlicher Ideologie rubriziert, wie die um sich greifende Ideologie des Sozialdemokratismus, das Abhören von westlichen Rundfunk- und Fernsehsendungen, die persönlichen Kontakte nach Westdeutschland und die westliche Einflußnahme auf Reise- und Auslandskader. Registriert wurden auch die zunehmenden Aktivitäten von jungen Pfarrern, häufig wegen gesellschaftlicher Inaktivität abgelehnte Studienbewerber, die dann aus Protest Theologie in der DDR studierten und gegen den Sozialismus eingestellt waren. Diese hätten sich mit Duldung der Partei durch ihre zeitgenössische Interpretation der christlichen Lehre und einer attraktiven Jugendarbeit mit Wanderungen, Beat-Abenden etc. eine Basis schaffen können. So habe Pastor S[...] aus Zirchow, Kreis Wolgast, der dortigen Oberschule die Hilfe der Kirche bei der Erziehung der Kinder angeboten. Ein Pastor sei Mitglied des Elternbeirats und Vorsitzender der Kommission für sozialistische Elternziehung an der Käthe-Kollwitz-Oberschule Greifswald und seine Tochter wäre Gruppenratsvorsitzende der Pioniergruppe ihrer Klasse. Ein Pastor in Chemnitz habe vom Direktor der Oberschule die Berücksichtigung des Christenlehre-Unterrichts bei der zeitlichen Stundenplangestaltung gefordert. Gemäß Untersuchungen der BPKK an der EOS in Marlow (Kreis Ribnitz) habe eine Gruppe feindlich eingestellter Pastoren ihren Einfluß in der Bevölkerung, besonders unter Jugendlichen in der Schule ausdehnen können, so daß die Kinder von Genossen wieder getauft würden bzw. an der Konfirmation teilnahmen. Die Anzahl der Mitglieder der Jungen Gemeinde wachse ganz allgemein.

Für den Verantwortungsbereich der BPKK Suhl berichtete der Vorsitzende Günter Steigleder am 3. Mai der ZPKK die Entfernung von 165 Genossen aus der Partei, worunter 60 Selbstantragsteller auf Streichung waren. Es gab 14 Ausschlüsse wegen partei- und

staatsfeindlicher Hetze zwischen dem ersten Januar und 20. April 1971. Haupteinflußfaktoren imperialistischer Ideologie seien Funk und Fernsehen des Westens sowie die Wirkungen dekadenter imperialistischer Kultur. Verbreitet sei die Meinung: „Mein Staat ist, wo ich anständig verdiene.“ Anhaltend sei auch die Kritik an der Rentenpolitik des Staates. In diesem, wie in fast allen anderen bei der ZPKK eingehenden Berichten zur ideologischen Situation in den Parteiorganisationen hieß es: „(Die) Auseinandersetzung mit der feindlichen Ideologie (ist) nicht systematisch, offensiv und auf die konkrete Situation der Parteiorganisation bezogen ... Genossen Rentner werden z.B. nicht mehr wie in der Vergangenheit vor Reisen nach Westdeutschland politisch-ideologisch vorbereitet und nach den Reisen (wird) nicht ein klärendes Gespräch geführt.“

Die BPKK Berlin gab am 5. Mai ihre „Einschätzung über Tendenzen und Erscheinungen des Wirkens der imperialistischen Ideologie, besonders des Sozialdemokratismus, auf Mitglieder und Kandidaten der Partei“ an die ZPKK weiter. Zu diesen Erscheinungen gab es 8 Untersuchungen im letzten Halbjahr 1970. Im ersten Halbjahr 1971 wurden bisher 52 Parteiverfahren durch die Grundorganisationen und Parteikontrollkommissionen durchgeführt, in denen der Einfluß der imperialistischen Ideologie und des Sozialdemokratismus Gegenstand war. Insgesamt wurden 6 Parteiverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze bzw. parteischädlicher Handlungen, 6 Parteiverfahren wegen Überlaufens zum Klassenfeind bzw. versuchten Verrats, 20 Parteiverfahren wegen Nichteinverständnis mit der Politik der Partei, 10 Parteiverfahren wegen Nichteinverständnis mit den Grenzsicherungsmaßnahmen und Reiseverkehrsregelungen nach Westdeutschland und 8 Parteiverfahren wegen Verletzung der Wachsamkeit abgeschlossen. Im Ergebnis wurden 13 Ausschlüsse, 30 Streichungen und 9 andere Parteistrafen verhängt.

Auch der Vorsitzende der BPKK Halle, Walter Mothes, mußte am 5. Mai an die ZPKK häufige Fälle der Korruption von Reisekadern und Kontaktpersonen westlicher Konzernvertreter berichten. Erhard Neubert gab in seinem Informationsbericht der BPKK Dresden am 10. Mai der ZPKK bekannt, daß besonders im Kreis Dippoldiswalde viele Unklarheiten und feindliche Haltungen festgestellt wurden. Ein Ingenieur an der LPG-Hochschule wurde wegen Vertretens der Position des dritten Weges aus der Partei ausgeschlossen. Immer häufiger verweigerten Genossen die Übernahme von Parteifunktionen womit das Reservoir an Kaderreserven defizitär werde. Im VEB PREFO (Dresden Nord) mußte der Spruch „1971: überstürzen ohne einzustürzen“, entfernt werden, was eine außerordentliche Leitungssitzung in der GO PREFO zur Auswertung dieser Provokation nach sich zog.

Der neue Vorsitzende der PPK der Politischen Hauptverwaltung der NVA Rudolf Bossenz gab am 11. Mai seine „Einschätzung über Erscheinungen der feindlichen ideologischen Diversion bei Mitgliedern und Kandidaten der Partei“. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen Versuche, unter Ausnutzung der Waffen- und Kampftechnik fahnenflüchtig zu werden, ohne daß Bossenz dazu nähere Angaben machte. Verbreitet sei das Abhören westlicher Rundfunksender während des Ausgangs, des Urlaubs und in den Kasernen. Von Januar bis April 1971 gab es 9 Parteiausschlüsse wegen parteifeindlicher Handlungen, darunter 3 Offiziere, 4 Unteroffiziere (davon 3 fahnenflüchtig) und 2 Soldaten. Anhaltend seien auch Versuche der (verbotenen) Kontaktaufnahmen mit westdeutschen Verwandten. Es gab einen Parteiausschluß wegen Verrats militärischer Geheimnisse durch einen Leutnant an seinen westdeutschen Vater, einen Parteiausschluß eines Oberstleutnants der Marine wegen Sozialdemokratismus, Negierung der führenden Rolle der Partei, Revisionismus und Verbin-

dungsaufnahme zum BBC. Gegenstand mehrerer Parteiverfahren war die Methode des Parteiaustritts als Weg, vorzeitig aus dem aktiven Wehrdienst auszuschneiden.

Die BPKK Karl-Marx-Stadt meldete am 18. Mai für 1971 bisher 441 Streichungen (davon 100 infolge der Einflüsse imperialistischer Ideologie) und 14 Ausschlüsse. „Ernst ist ... die Tatsache zu werten, daß einige Genossen ... den Blick für die erreichten Erfolge in unserer Entwicklung verlieren und statt zur Klärung der Probleme beizutragen, sich an den Fehlerdiskussionen beteiligen. In diesem Zusammenhang treten immer wieder ... Argumente auf wie, daß die Schwierigkeiten mit der sozialistischen Planung und Leitung der Volkswirtschaft ursächlich verbunden wären, ... daß wir ohne die SED in der wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik schon weiter wären.“

Am 28. Mai 1971 konnte die ZPKK ihre „zusammenfassende Einschätzung über das Wirken der imperialistischen Ideologie auf Mitglieder und Kandidaten der Partei“ erstellen:

Anzahl	1966	1967	1968	1969	1970
Parteiverfahren (PV)	15.384	17.057	17.215	14.981	24.843
davon PV wegen parteifeindlicher Handlungen	532	542	651	468	637
davon Agenten, Spione, Verräter	66	53	42	34	26
Überläufer zum Klassenfeind	76	204	206	174	262
Opportunisten, Revisionisten, Fraktionisten u. a.	206	285	404	260	349

Die Verfahren wegen feindlicher Handlungen stellten einen relativ geringen gleichbleibenden Anteil an allen Parteiverfahren dar. Dies wurde von der ZPKK zu Recht als Ausdruck der Stabilität, Einheit und Geschlossenheit der Partei bewertet. Ob allerdings diese Raten auch Ausdruck der Wirkungslosigkeit feindlicher Propaganda wären, wie die ZPKK einschätzte, darf bezweifelt werden. Dies war unzulässig, weil eine stete Klage der Parteikontrollorgane auch darin bestand, daß in den Parteigrundorganisationen mitunter sträflich „liberalistisch“ mit abweichenden und auch mitunter mit feindlichen Auffassungen umgegangen werde. Im übrigen dementierte der Inhalt vieler Berichte aus den Bezirken der letzten Jahre eine so weitgehende Einschätzung von der Wirkungslosigkeit „imperialistischer Propaganda“. Und schließlich war die falsche Reduktion der Ursachen parteifeindlicher Handlungen als Folge der Wirkung solcher Propaganda verzerrend: Die Berichte belegen eindeutig, daß die Ursachen von Kritik, Unzufriedenheit und Dissidenz bis hin zu parteifeindlichen Einstellungen gerade innerhalb der Parteimitgliedschaft zu sehr starken Anteilen „hausgemacht“ waren. Dieser Deutungszugang war jedoch für die Parteikontrollorgane während der gesamten Geschichte der SED nur temporär (wie etwa zu Beginn der sechziger Jahre) zulässig, sonst aber in der Regel selbst Ausdruck ideologischer Abweichung. Unzweifelhaft war jedoch, daß aktive Konsequenzen politischer Art aus der viel höheren Latenz von SED-Mitgliedern zu abweichenden Haltungen, als die ZPKK einzuräumen bereit war, von diesen Mitgliedern selten gezogen wurden. Dies war auch das Qualitätskriterium

der Parteikontrolltätigkeit. Hier hatten die von der ZPKK angeleiteten Parteikontrollorgane auch in den schwierigen Zeiten der sechziger Jahre überaus erfolgreich gearbeitet.

Die ZPKK konstatierte in ihrer Analyse, daß in bestimmten Bewährungssituationen (während der ČSSR-Krise 1968 und beim Umtausch der Parteidokumente 1970) verstärkt politisch-ideologische Unklarheiten auftraten. Unklarheiten und feindliche Auffassungen gab es nach den Erkenntnissen der ZPKK auf dem Gebiet der Einschätzung des Klassencharakters und der Politik beider deutscher Staaten, etwa in Form des Auftretens gegen die vollständige Abgrenzung der DDR von der BRD, weitgehend gestützt auf die Behauptung, mit der Brandt-Regierung habe sich die politische Situation grundlegend verändert. Dies belege Illusionen über die Politik der SPD sowie die Vertragsabschlüsse der BRD mit der SU bzw. mit der VR Polen. Außerdem werde die Position der DDR gegenüber der BRD als starr und unnachgiebig, dogmatisch und stur charakterisiert. Dazu gehörten auch Forderungen nach mehr (Reise)freiheit und die Anerkennung der Brandt'schen 20 Punkte von Erfurt. Positionen des Sozialdemokratismus äußerten sich in der Ablehnung der führenden Rolle der Partei, in Zweifeln an der Überlegenheit des Sozialismus, am Demokratischen Zentralismus und an der Richtigkeit der Politik der SED (insbesondere der Wirtschaftspolitik) sowie der sozialistischen Planwirtschaft. Verbreitet sei auch die Beurteilung der Politik der beiden deutschen Staaten anhand der vom Gegner publizierten Vergleiche einzelner Seiten des Lebensstandards. Im Bericht wurde die zentrale Rolle des Westfernsehens bei der ideologischen Aufweichung (Objektivismus) im Zusammenhang mit Kritik am Fernsehen der DDR benannt. Rentnerreisen verstärkten den Impuls der feindlichen Ideologie. „Die BPKK Suhl macht darauf aufmerksam, daß einige Mitglieder der Partei regelrecht den Tag der Erreichung des Rentenalters herbeisehnen, um dann sofort die Reise nach der BRD anzutreten.“ Kapitalistische Firmen, die in mehreren DDR-Bezirken an der Durchführung von Vorhaben der Automatisierung beteiligt seien, nutzten diese günstige Möglichkeit der ideologischen Diversion. Ebenso gäbe es Fälle der Korrumpierung von Reisekadern. Die ZPKK bemängelte auch die exzessive Orientierung auf den westlichen Industrie- und Wissenschaftsstandard in Gestalt der unkritischen Übernahme revisionistischer Formulierungen aus westlicher Fachliteratur. Höchst zweifelhaft war angesichts der Fülle von Meldungen der Bezirkskontrollorgane über die nur in Funktionärskreisen mögliche und dort stark ansteigende Kriminalität durch Mißbrauch ihre Dienststellung: Kriminelle Verfehlungen hätten oft ihren Ursprung in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Moral- und Lebensauffassungen, wenn sich die Täter skrupellos auf Kosten der Gesellschaft bereicherten. Hier regiere Dünkel, Egoismus und spießhaftes Verhalten. Schwerpunkte vermochte die ZPKK aus den Berichten der BPKK nicht zu erkennen.⁸²

Als die ZPKK ihre Stuserhebung zur ideologischen Lage in der SED vorlegte, war Walter Ulbricht auf der 16. ZK-Tagung am 3. Mai 1971 kurz vor dem VIII. Parteitag bereits von seiner Funktion als Erster Sekretär des ZK abgelöst und durch Erich Honecker ersetzt worden. Die am 21. Januar 1971 von der Mehrheit des Politbüros mit ihrem Brief an KPdSU-Generalsekretär Breznev begonnene Initiative zur Ablösung Ulbrichts war unter Honeckers Führung erfolgreich gewesen. Damit erhielt auch das Reformexperiment des NÖS von der konservativen Politbürokratiefraktion Honeckers den Todesstoß. Von nun an unterblieb es, den angeblich der Systemtheorie entlehnten Begriff des „entwickelten gesell-

82 Wirken der imperialistischen Ideologie in der Partei. Berichte aus den BPKKs und der PKK der Politischen HV der NVA von April/Mai 1971 sowie die zusammenfassende Einschätzung der ZPKK vom 28. Mai 1971, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/6, Bl. 2ff.

schaftlichen Systems des Sozialismus“, der auf dem VIII. Parteitag aus dem Vokabular der Parteitagsredner verschwand, zu benutzen. In gleicher Weise wurde Ulbrichts Phrase von der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ als Verwischung der realen Klassengegensätze zugunsten der Betonung der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ auch gegenüber der von Ulbricht immer stärker aufgewerteten wissenschaftlich-technischen Intelligenz entsorgt. Auch erinnerte man sich plötzlich daran, daß die Formel vom Sozialismus als „relativ selbständiger Gesellschaftsformation“ den Zusammenhang beider Phasen des Kommunismus (in der der Sozialismus die erste zu sein hatte) verwische. Honecker als Gegner der Dialogpolitik Ulbrichts mit der westdeutschen Sozialdemokratie hatte mit seiner Skepsis auch in Breznev den entscheidenden Verbündeten.⁸³

Noch vor Ulbrichts politischem Tod war der physische Tod Hermann Materns nach schwerer Krankheit am 24. Januar 1971 das Ende einer ähnlich beispiellosen personellen Kontinuität an der Spitze eines zentralen Apparats der SED. Anders als der Wechsel von Ulbricht zu Honecker sollte der Wechsel von Matern zu dem zuvor als 1. Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt/Oder tätigen früheren Sozialdemokraten Erich Mückenberger an der Spitze der ZPKK von keinem einschneidenden Strategiewechsel begleitet werden.

Auf der ersten ordentlichen Sitzung der ZPKK nach dem VIII. Parteitag war es dem neu-gewählten Vorsitzenden am 28. Juni 1971 vorbehalten, den obersten Parteikontrolleuren die Politikwende unter Honecker zu übersetzen: „Auf dem VIII. Parteitag hat unser Erster Sekretär, Genosse Honecker, präzise unter anderem auch die Probleme der Kollektivität der leitenden Organe unserer Partei betont und gefordert – das beziehe ich auch auf uns, ohne etwa nur im geringsten mir ein Urteil über die hinter uns liegende Zeit, was die Tätigkeit der ZPKK betrifft, erlauben zu wollen. Das ist auch nicht notwendig ... So, wie ihr alle durch unseren unvergeßlichen Genossen Hermann Matern in eurer Tätigkeit erzogen wurdet ... so wollen wir es auch weiter halten ... Bereits der Umtausch der Parteidokumente sowie die Parteiwahlen ... belegen: Noch nie war unsere Partei so einheitlich und geschlossen wie heute.“ Nunmehr laute die Losung gemäß den Beschlüssen des VIII. Parteitags: „Weiterer Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“ Mückenberger erklärte: „Teilweise – Genossen, ich sage das ganz offen ... – wurde die Bedeutung unserer Partei [in ihrer Wertschätzung durch die ausländischen Gäste des VIII. Parteitags] etwas überbetont ... die italienischen Genossen (wollten) mir einreden ...: Wir können doch viel mehr als die SU ... Wir stehen auf einem anderen Standpunkt ... Wenn unser Parteitag einen derart günstigen Verlauf genommen hat, das ... seine Begründung darin erfährt, daß wir die großen Erkenntnisse und Erfahrungen des XXIV. Parteitages der KPdSU auf unserem Parteitag ... auswerten konnten.“ Mückenberger wies darauf hin, daß sich die Widersprüche und die Konkurrenz der imperialistischen Hauptmächte sowie die Klassenkämpfe verschärften.“ Es (kann) keinen geläuterten Kapitalismus oder sogar einen sogenannten dritten Weg geben.“ Insbesondere die Gegensätzlichkeiten zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik verstärkten sich, so „daß darum der Prozeß der Abgrenzung zwischen beiden deutschen Staaten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefgehender werden wird.“ Dies sei besonders an die Adresse des Parteivorstands der SPD gerichtet. „International gesehen gibt es bei Parteiführungen, wie z.B. [bei] den rumänischen Genossen, Illusionen zur SPD-Politik. Auch mit den italienischen Genossen habe ich [mich] mehr als einmal darüber unterhalten.“ Die rechten und revanchistischen Kräfte „haben das Ziel, die Ratifizie-

83 Vgl. Kaiser, Machtwechsel, a.a.O., S.370 ff.

zung der Verträge [Polen-BRD/SU-BRD] zu verhindern bzw. zumindest auf längere Zeit hinauszuschieben, indem sie auch diese Verträge mit dem Problem Westberlin – was gar nichts damit zu tun hat – verbinden. Gleichzeitig wollen sie dadurch auch die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz verhindern.“ Die Tätigkeit der Parteikontrolle würde sich also zukünftig weiterhin „unter den Bedingungen des verschärften ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus ... vollziehen ... Wir sehen es ... als unsere Parteipflicht an, allen Versuchen von Revisionisten, ganz gleich ob von rechts oder links, rechtzeitig zu begegnen. Auch dazu hat ... die Parteikontrollkommission an erster Stelle mit beizutragen“. Mückenberger verwies zur nationalen Frage auf den Bericht Honeckers an den VIII. Parteitag, der sich in ihm wiederum auf das Kommunistische Manifest von Marx und Engels berief: „Die sozialistische Revolution ... erneuert auch von Grund auf die Nation, indem das Proletariat ... die politische Macht erobert, erhebt es sich zur nationalen Klasse, konstituiert es sich selbst als Nation.“ Folglich entwickle sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auch die sozialistische Nation in der DDR, bis (wie es schon im SED-Programm des VI. Parteitags hieß) „die Arbeiterklasse ... eines Tages ... einen wird, was der Imperialismus gespalten hat und dann der gesamtdeutsche – ich formuliere sinngemäß – sozialistische deutsche Nationalstaat entstehen wird.“ Vorsichtig hieß es dann: „Ich schenke [es] mir, Ausführungen dazu zu machen, was die Entwicklung ... zwischen dem VII. und VIII. Parteitag betrifft ... auch wenn nicht alle Positionen des Planes voll erfüllt wurden, (haben wir) durchaus keinen Grund, ... Fehlerdiskussionen vom Stapel zu lassen.“ Abweichend von dieser Maßgabe verstand sich Mückenberger aber dann doch zu kritischen Bemerkungen zur bisherigen Wirtschaftspolitik. Er bezog sich auf die von Honecker formulierte Hauptaufgabe gemäß der Zielstellung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus: Die Wirtschaft sei Mittel zum Zweck der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen unseres Volkes. So gut auch das ÖSS sei, vertrage es aber keine außerplanmäßigen Wunder. Dies sei eine Selbstkritik der Leitung der Partei, wie auf der 14. und 16. ZK-Tagung und dem VIII. Parteitag geübt. Der Plan sei aber auch kein Fetisch; die Zielstellungen müßten ausgewogener und voll bilanziert sein, um den aufgetretenen Disproportionen vorzubeugen. Manche erwarteten vom Parteitag, daß gesagt werde, wer die Verantwortung dafür trägt, daß der Plan bisher nicht richtig funktioniert habe, was der Parteitag jedoch nicht getan habe.⁸⁴ „In einem Staat der Arbeiter und Bauern, der die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufbaut, gibt es Unterschiede ... zwischen den verschiedensten Eigentumsformen ... Es ist nicht notwendig, darüber in der Öffentlichkeit eine Diskussion herauszufordern, andererseits sollte man aber den Hinweis des VIII. Parteitages ... in den Leitungsorganen und auch in den Parteikontrollkommissionen sehr ernst nehmen und es gilt den Einfluß der Partei und der Gewerkschaft in den halbstaatlichen und privaten Betrieben und in den PGH schneller und spürbarer zu erhöhen und zu sichern.“ Wichtig sei es nun, den Subjektivismus zu bekämpfen, für Plandisziplin einzutreten und zukünftig überspitzte Konzepte (wie jenes, daß jeder Absolvent der 10. oder 12. Klasse studieren solle, während doch Facharbeiter gebraucht würden), vermieden werden.

Mückenbergers Ausführungen vor der ZPKK entbehrten also nicht der versteckten Seitenhiebe gegen Ulbricht und er empfahl sich Honecker damit als disziplinierter Verbündeter. In der Parteileitungsarbeit stünde künftig die Kollektivität der Leitungen, die innerparteiliche Demokratie und die Aufgeschlossenheit gegenüber Kritik im Mittelpunkt. „Auch künf-

84 Das Scherbengericht über Ulbricht und seine Verantwortung für die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sollte auf der Politbürositzung vom 26. Oktober 1971 stattfinden. Ebenda, S. 448ff.

tig kommt es in der Arbeit der Parteikontrollkommissionen darauf an, der Erziehung zur festen Partei- und Staatsdisziplin, zu hoher Parteimoral, große Aufmerksamkeit zu schenken und darauf zu achten, daß alle Genossen durch ihr Verhalten dem Namen des Parteimitgliedes Ehre machen.“⁸⁵

85 Protokoll der ZPKK-Sitzung vom 28.6.71, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/4/9, Bl. 1ff.

Schlußbemerkungen

Anfang der siebziger Jahre, mit Beginn der Ära Honecker und am Schluß des Untersuchungszeitraums dieser Monographie, war ein Entwicklungsabschnitt vollendet, in dessen Verlauf sich die soziale Struktur der nominalsozialistischen DDR-Gesellschaft herausgebildet hatte, also ihre Schichten- und Klassenbildung sowie ihre „Verkehrsformen“ entwickelt waren. Die herrschende politische Bürokratie hatte hinsichtlich ihrer sozialen und funktionalen Differenzierung „zu sich selbst“ gefunden. Die Führung der SED verteidigte konsequent ihr Monopol auf gesellschaftspolitische Zwecksetzung gegenüber allen anderen Institutionen, die potentiell Ort alternativer Ansätze hätten sein können. Dieses Richtlinienmonopol der SED-Politbürokratie war über die anderen Parteien hinaus auch gegenüber allen Massenorganisationen, Verbänden und im Staatsapparat gesichert.

Der Weg bis zum Erreichen dieses Entwicklungsniveaus, auf dem sich von nun an „realsozialistische“ Gesellschaftlichkeit entfalten sollte, war außerordentlich steinig. Beim Versuch, die Herausbildung dieses Gesellschaftstyps zu verstehen, erweist sich das Studium der Geschichte des Parteikontrollapparats als konstituierender Bestandteil der Parteigeschichte. Dieses Studium eröffnet aber andererseits auch einen Zugang, die Logik des Funktionierens von politbürokratischen Systemen zu erklären, deren Widersprüchlichkeit sich auch in der Verfolgung abweichenden Verhaltens abbildet. Hier hatte sich das Primat des Politischen direkt gegen eine Wirklichkeit durchzusetzen, deren Bändigung durch den Apparat gleichzeitig ihre Kenntnis wie ihre Verleugnung voraussetzte: Die bei guter Analysearbeit in den realistischeren Befunden der Kontrollorgane aufscheinenden Hinweise auf die essentiellen Defekte politbürokratischer Zwangsvergesellschaftung waren umgehend zu ignorieren, um das System nicht in Frage stellen zu müssen. An dieser heillosen Aufgabe mußte mit der Parteiführung auch die Parteikontrolle letztlich scheitern, so vermeintlich perfekt und wirksam dieses Instrument auch bis zuletzt arbeitete.

Den erwähnten Abschluß einer „Selbstwerdung“ der staats- und parteibürokratischen Schichten haben wir für die DDR in den siebziger Jahren zu konstatieren. Ihre Politik sollte in den Niedergang des Systems während der achtziger Jahre münden. Die Parteikontrolltätigkeit deckte unfreiwillig die schichtenspezifische soziale Dynamik in der Entwicklung der Interessenlagen staatsbürokratischer Funktionsebenen und der Angehörigen des Parteiapparates auf. Allerdings beschränkte sich die Erhellung dieser Dynamik durch die Parteikontrolle auf die besondere Erscheinung von amtsgebundenem Mißbrauch oder Vorteilsnahme staatlicher Leiter bzw. der Willkür von Parteifunktionären unter Mißbrauch ihrer Komman-

dovollmacht. Die Parteikontrollorgane hatten die Aufgabe, im Auftrag der Politbürokratie solche Mißbräuche zu bekämpfen, wenn sie sich als dysfunktional im Sinne der von der Politbürokratie organisierten gesellschaftlichen Synthesis oder als zersetzend innerhalb der von der Politbürokratie gewollten sozialen Hierarchie auswirkten. Die Abwehr der gefährlichsten Herausforderung des politbürokratischen Monopols gesamtgesellschaftlicher Zwecksetzung wurde dabei nie aus dem Auge verloren: Vor allem war es die Aufgabe der Parteikontrollorgane, politisch widerständige Tendenzen in der SED zu ersticken bzw. zu zerschlagen, Träger politischer Dissidenz und von politischem Widerspruch zu reintegrieren oder zu isolieren und in erster Linie die Parteibasis vor solchen Unternehmungen zu immunisieren. Nachdem bis etwa 1951 alle oppositionellen Strömungen und widerständigen innerparteilichen Gruppen und konspirativen Zellen zerschlagen waren, rechnete die Parteiführung mit Hilfe der Parteikontroll- oder Staatssicherheitsorgane danach in den fünfziger und sechziger Jahren mit Funktionären ab, die im Kontext innerbürokratischer Rationalitätskonflikte wahrheitswidrig der staatsfeindlichen Gruppenbildung oder der parteifeindlichen Fraktionsbildung beschuldigt wurden. Unablässig mußten sich die Kontrollorgane dabei aber ebenso mit widerspenstigen, und sehr viel weniger, aber doch stetig, auch mit widerständigen Genossen auseinandersetzen. Doch seit etwa 1963 wurde bei den Parteikontrollorganen das Gewicht der Untersuchungen wegen Funktionsmißbrauchs immer größer. Hier wurde zugleich deutlich, daß die Parteikontrollorgane häufig im Namen der Stabilisierung des Gesamtzusammenhangs die Parteibasis vor Funktionärswillkürakten zu schützen gewillt und die Interessen von Bürgern gegen staatsbürokratische Entgleisungen zu vertreten bestrebt war.

Wie komplex und vielschichtig die Indienstnahme der Parteikontrollorgane durch die Politbürokratie für ihre Partei- und Gesellschaftsformierungspläne von Beginn an war, zeigt der Anspruch gleich mehrerer einander widersprechender Zwecksetzungen: So mußte die Parteiführung während der Phase der Stalinisierung der SED eine dem Anschein nach hysterische Jagd auf Agenten und Parteifeinde mit dem gleichermaßen verfolgten Anspruch verbinden, in der SED entstehe eine mehr und mehr gefestigte, nicht nur von der Masse ihrer Mitglieder, sondern auch von der Bevölkerung aktiv getragene führende Kraft, die dank einer unfehlbaren Leitung unangefochten die Geschicke des Landes zu gestalten beginne. Die frühen Wachsamkeitskampagnen, welche zeitweilig den Eindruck förderten, die Partei sei auf allen Ebenen durchsetzt mit noch zu enttarnenden Verrätern und gefährlichen Spionen, sollten deshalb andererseits keinen Zweifel am offiziellen Bild vermeintlicher Massenloyalität gegenüber der SED nähren. Es durfte nicht der Eindruck entstehen, die politische Führung habe die Macht nicht mehr fest in den Händen. Die Antwort auf die Frage, warum eine so komplizierte Dualität überhaupt formuliert wurde, ergibt sich aus dem eigentlichen Zweck der Säuberungswellen: Die vorliegende Untersuchung hat belegt, daß diese Säuberungen keine Reaktion auf anwachsende tatsächliche Widerstandsneigungen in der Partei waren, sondern präventive und einschüchternde Kampagnen für ihre Zurichtung, um sie letztlich in eine funktionierende Transformationsmaschine politbürokratischer Zwecksetzungen zu verwandeln, in der gar nicht erst nennenswerte Gegenwehr entstehen konnte. Daher blieb auch die Frage wirklicher „Schuld“ abgestrafter Säuberungsopfer zweitrangig. Denn trotz weitgehender Abwesenheit dauerhaft widerständiger Strömungen in der SED machte die unzureichende aktive Massenloyalität auch innerhalb der SED jenes Disziplinierungskonzept unumgänglich: Gerade weil diese Loyalitätsbindung unterentwickelt

blieb, durfte noch nicht einmal Widerspruchsneigung toleriert werden, wenn das fragile innere Gefüge der Herrschaftspyramide nicht ins Wanken geraten sollte.

Doch der Versuch, in den ersten zwanzig Jahren SED-Herrschaft durch zum Teil militante Überpolitisierung stabile *aktive* Loyalitätsbindungen über den Kreis ergebener Parteifunktionäre und hochmotivierter Parteimitglieder hinaus in der Bevölkerung zu installieren, scheiterte. Jedoch gelang es der Parteiführung nicht zuletzt mit Hilfe der Parteikontrollorgane dann schließlich doch, über den Parteiaktivistenkern hinaus relativ dauerhafte, wenigstens *passive* Loyalitätsbindungen in der Bevölkerung zu verankern, die bis in die achtziger Jahre hinein hielten. Dieser Zugewinn an Akzeptanz und Normalität hatte viel mit dem allmählichen Übergang vom Primat der Säuberung und Verfolgung hin zum Prinzip der Erziehung und Prävention zu tun, das sich trotz periodischer „Rückfälle“ in Form regressiver Kursverschärfungen als Linie durchsetzte. Der Parteikontrolle kam hier eine Schlüsselrolle zu. Als Grundlage entstehender Loyalitätsbindungen erwies sich in den siebziger Jahren aber ein „impliziter Gesellschaftsvertrag“, der den Bürgern für ihr duldenes politisches Wohlverhalten ein Angebot an materieller und sozialer Sicherheit in Aussicht stellte, das überdies mit übersichtlichen Karriere- und Wohlstandsangeboten aufwartete: Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ löste das auf polischem Enthusiasmus und neuer ökonomischer Rationalität basierende Ulbrichtsche „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL/NÖS) ab, welches zum letzten Mal die Verbindung von politischer Identifikation der Bevölkerung mit dem System und der Modernisierung der Wirtschaft anpeilte. Mit dem Scheitern dieses Versuchs bildete sich hinter dem Rücken aller Akteure als Grundlage des neuen Honeckerschen „Gesellschaftsvertrags“ die reale Entpolitisierung gesellschaftlicher und sozialer Beziehungen hinter der aufrechterhaltenen Fassade einer fortgesetzten Phraseologie des Politischen heraus. Daß dies der SED möglich wurde, ist nicht zuletzt den „Erziehungserfolgen“ der Parteikontrolle zu verdanken. Die erste Phase dieses Prozesses sollte der hier vorliegende Abriß der Parteikontrollgeschichte transparenter machen, welcher am Ende seines Untersuchungszeitraums bis 1971 den Beginn dieser seltsamen „Entpolitisierungsetappe“ Anfang der siebziger Jahre gerade noch abbildet. Eine Darstellung seines Ausgangs muß künftigen Untersuchungen der letzten 20 Jahre SED-Parteikontrolltätigkeit vorbehalten bleiben.

Es ist folgerichtig, daß sich ein besonderes Verhältnis der SED und ihrer Apparate, speziell des Parteikontrollapparats, zu den staatlichen Sicherheitsorganen, insbesondere zum MfS, zur Polizei und zum Justizapparat, ergab. Der gewöhnliche DDR-Bürger war dem mäßigen Erziehungsdruck der gesellschaftlichen Organisationen (FDJ, FDGB etc.) oder den normativen Prägungen etwa des Arbeitskollektivs bzw. der staatlichen Leitungen ausgesetzt. Im Falle strafrechtlich relevanten „abweichenden Verhaltens“ war er dann „nur“ mit den dafür zuständigen Staatsorganen konfrontiert – im Falle politischer Abweichung hinreichend gravierenden Ausmaßes meist mit dem MfS. War man jedoch „Genosse“, so hatte man es häufig bereits im Vorfeld solcherart Verfehlungen, aber auch schon bei geringfügigen Abweichungen mit den Parteikontrollorganen zu tun. Andererseits erwartete man im SED-Parteiparat natürlich von den staatlichen Sicherheitsorganen eine Form der informellen Zusammenarbeit, die nicht nur die zusätzliche „parteimäßige“ Abrechnung mit Abweichlern ermöglichte, sondern solche Abweichungen schon im Vorfeld verhinderte oder eindämmte. Von den Parteikontrollorganen aufgedeckte strafrechtlich relevante politische Verfehlungen (also Vergehen oder Verbrechen nach dem jeweils geltenden politischen Strafrecht) an die Staatsorgane weiterzumelden, verstand sich von selbst. Es ist gezeigt worden, daß diese

Abstimmung, wenn sie auch generell funktionierte, doch vor allem seitens der Sicherheitsorgane in Richtung Parteiapparat oft mangelhaft war. Im Kern reicht zur Charakterisierung des Zusammenspiels von Partei und Staat wohl der Gemeinplatz aus, daß es in politbürokratischen Regimen weder Gewaltenteilung, noch unabhängige Gerichte, noch eine Verfassungsgerichtsbarkeit, noch sonstige rechtssichernde Instanzen der Bürger gegen die Staatsapparate geben konnte und die Staatsorgane letztlich nur als Instrumente des SED-Politbüros funktionierten. Diese Abstimmung reichte allerdings soweit, daß die Staatsorgane nicht einfach nur auf Weisung der Partei, insbesondere der Parteikontrollorgane, Personen, insbesondere Parteimitglieder, verfolgten und Sanktionen justizförmig umsetzten, sondern solche Personen durch Parteiweisungen auch unter Umgehung aller Rechtswege diesen staatlichen Sanktionen entzogen werden konnten. Letzteres geschah etwa, wenn die Umsteuerung weg von allzu repressiver Formierung zu mehr Konsensorientierung erfolgte oder (wie mitunter in den achtziger Jahren) sich politische Verfolgung aus Opportunitätsgründen verbot. Parallel dazu war mitunter ein aus solchen Gründen vom Parteiapparat informell angewiesener Verzicht auf die justizförmige Verfolgung zu beobachten. Der jeweilige Aufwand zur Legitimierung dieser Praktiken besonders im Kaderbereich der Partei war oftmals erheblich und auch hier erwies sich der Parteikontrollapparat als außerordentlich hilfreich.

Maßgeblichen Anteil an der über Jahrzehnte anhaltenden relativen Stabilität des über die SED vermittelten Herrschaftssystems hatten die Parteikontrollorgane. Die mit ihrer Hilfe verwirklichte Konditionierung der Funktionärs- und Massenpartei SED ermöglichte es der Parteiführung, unangefochten von den Parteimitgliedern und unter Berufung auf diese auf dem Rücken der Bevölkerung die politbürokratischen Zielprojektionen zu verfolgen. Hier muß unmißverständlich ausgesprochen werden, welche Rolle die SED im politbürokratischen Herrschaftssystem zu spielen hatte. Die Parteibürokratie unterschied sich nicht nur in Entstehung und Struktur, sondern auch in der Funktion von der „dienenden“ Bürokratie klassischen Zuschnitts bzw. von den Apparaten „verstaatlichter“ oder „staatstragender“ Parteien und Institutionen bürgerlicher Demokratien im Westen. Die eigentliche Funktion politbürokratischer Herrschaft bestand nicht einfach nur in der Bewahrung existierender gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern viel weitergehender in der Herstellung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs selbst in Gestalt politbürokratischer Zwangsvergesellschaftung. Ihr Eigeninteresse in der Wahrung der Exklusivität dieser Aufgabe (als Verteidigung ihres Monopols der Herstellung gesellschaftlicher Synthesis) kann von diesem ihrem „gesellschaftlichen Sinn“ nicht abstrahieren. Die politbürokratischen Herrschaftstechniken bei der Zwangsauslese in den Apparaten, die Disziplinierung der Parteimitgliedschaft oder die Installierung von „Sozialverträgen“ mit dem bevormundeten Staatsvolk waren nie machtbestimmter Selbstzweck, sondern müssen als Mittel zur Verwirklichung politbürokratischer Gesellschaftsformierung verstanden werden. Privilegiensumpf, Machtarroganz und Vetternwirtschaft waren höchstens für gewisse untere oder mittlere Kader handlungsleitend und motivationsbildend. Typisch für die konkreten Mechanismen politbürokratisch gestalteter Gesellschaftlichkeit war zum Beispiel die weitgehende Absorption zivilgesellschaftlicher (nominell „staatsfreier“) Strukturen, wie wir sie aus modernen bürgerlichen Ordnungen kennen, durch staatliche oder von der herrschenden Partei dominierte Apparate – selbst dann, wenn diese Strukturen formal erhalten blieben. Das Ausmaß dieser meist unverblühten parteidominierten oder staatlichen Regulierung zivilgesellschaftlicher Bereiche charakterisierte gerade in den poststalinistischen Politbürokratien viel mehr als der offene Terror stalinistischer Diktaturen die Art und Weise der Zwangsstrukturierung dieses Gesell-

schaftstyps, in denen sowohl geltendes Recht, als auch die herrschende Ideologie rein instrumentelle oder legitimierende Funktion verordneter Politik waren. Jedoch hatte etwa die Ideologie, obwohl vor allem der Legitimation dienend, durchaus Aufgaben, die Politbürokratien von reinen Autokratien (in denen die mit oft terroristischen Mitteln Regierenden sich nicht um die „Meinungen“ ihrer Untertanen scheren) unterschieden. Ihr entsprang nicht nur die Legitimation aktueller Politik in instrumentalisierter Form, sondern auch die Legitimation der Bürokratie selbst sollte hier in entpersonalisierter Form abgeleitet werden. Kodifiziert fand sich dieser Anspruch dann unter anderem im geltenden Recht wieder und konstituierte damit politbürokratische „Rechtsstaatlichkeit“.

Die alltägliche Integration der Individuen (ihre Subsumtion unter die bestehende Gesellschaftlichkeit) durch die staatlichen und sonstigen Institutionen funktionierte viel komplexer, als sie in den Begriffen der Repression seitens darauf spezialisierter Teile des Geheimdienstes, der Parteikontrollorgane oder der politischen Justiz in der DDR reflektiert wird. Die Herrschaftstechniken in dieser Gesellschaft und die Unterschiede zu bürgerlichen Integrations- und Herrschaftsmustern lassen sich mittels der hier angedeuteten Begriffe politischer Selbstlegitimation einer Zwangsvergesellschaftung politbürokratischen Typs identifizieren: „Politik“ wurde im DDR-„Sozialismus“ eben nicht primär als Ausdruck praktischen Willens gesellschaftlicher Klassen, Gruppen oder Individuen im Streit um Alternativen verstanden, sondern als parteiliche Umsetzung a priori wahrer, wissenschaftlicher Erkenntnisse der siegreich aus dem Klassenkampf hervorgegangenen Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner. Die Partei als „kollektiver Ort wissenschaftlicher Politik“ argumentierte vom Kriterium der „wissenschaftlichen Wahrheit“ aus, um gar nicht erst die Frage der Legitimation für ihre Politik zuzulassen. Schlüsselbegriff war jener der „gesellschaftlich-historischen Notwendigkeit“. Die „Partei“ (in Wirklichkeit also die herrschende Politbürokratie) und ihre Politik als Ausdruck dieser „Notwendigkeit“ behandelte die Individuen und Klassen als Vollstrecker eines geschichtlichen Prinzips und reduzierte die so zu instrumentalisierende menschliche Praxis als „Widerspiegelung“ der allein „der Partei“ und ihrer Kopflanger sich erschließenden adäquaten Theorie. Diese vor allem aus marxistischer Sicht unzulässige Trennung von Erkenntnis und Handeln, die mechanische Suspensierung von historischem und dialektischem Materialismus nahm sowohl dem Begriff des Handelns, als auch dem Begriff der Erkenntnis ihren kritischen Inhalt, funktionalisierte Praxis als Hörigkeit und denunzierte Subjektivität durch Verkehrung des Inhalts dessen, was als „objektive Wahrheit“ unantastbar gemacht wurde. Damit wurde Wissenschaft zur Legitimationstheorie, wurden Individuen zu Multiplikatoren einer geweihten Politik degradiert und diese Individuen der Gesellschaft auch in der alltäglichen Praxis abstrakt gegenübergestellt: In allen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen trat den Bürgern Politik als etwas ihnen Fremdes und sie Unterwerfendes direkt gegenüber. Scheinbare Befreiung davon erlebten sie nur im „Privaten“.

Wie weitreichend die Folgen dieses antiemanzipatorischen Politik- und Gesellschaftsverständnisses waren, zeigte sich besonders kraß am ökonomischen Voluntarismus (als Fehlverständnis des Inhalts dessen, was als „ökonomische Gesetze“ und der Spezifik ihres Funktionierens verstanden wurde) und den sozialen Folgen der Exekution einer Erziehungsdiktatur. Der hohe Konformitätsdruck durch Methoden der Integration und Ausgrenzung seitens der Funktionsträger staatlicher und gesellschaftlicher Macht, das System von Disziplinierung von Anpassungsunwilligen und der Prämierung von Wohlverhalten, die Verwandlung des Prinzips „Treue zur Sache“ zum Prinzip „Loyalität gegenüber der Partei“

führte schließlich dazu, daß die Individuen in immer größerem Ausmaß sich als Objekte, als passiv, verstanden. Während die Doppelung des bürgerlichen Menschen in ein privates und gesellschaftliches Wesen etwa durch sein Dasein als Konsument und durch die Erfahrung des über die Geldanonymität zustande kommenden Zusammenhangs zur Gesellschaft als „natürlich“ und scheinbar herrschaftsfrei vermittelt erlebt wird, erfuhr das Individuum in den bürokratischen Gesellschaften seine Doppelung in ein privates und ein abstrakt-gesellschaftliches Wesen als direkt „von oben“ vermitteltes und sich selbst legitimierendes Zwangsverhältnis. Die wirkliche Ausformung dieses in der DDR sich während der sechziger Jahre bahnbrechenden Gesellschaftstyps erfolgte in den siebziger Jahren unter Honecker. Weil dabei auch weitgehend bürgerliche Normen tradiert wurden (etwa die protestantische Arbeitsethik, Ordnung, Disziplin, Leistung, Individualität als Flucht vor der Verantwortung, Pflicht, Ehre, Bescheidenheit, Erziehung zur Familie innerhalb einer tradierten Sexualmoral ect.), ohne daß die dazu nötigen bürgerlichen Verkehrsformen in ihr Recht gesetzt wurden, verstärkte sich diese Passivität und wuchs die Attraktivität originär bürgerlicher Werte sowie der Wunsch nach Wiederherstellung authentisch bürgerlicher Verkehrsformen (Liberalität, Menschen- und individuelle Freiheitsrechte). Die Atomisierung und apolitische Privatisierung der Individuen im Sinne des kompensierenden Rückverweises auf ihre noch halbwegs schöpferisch ausgestaltbare Sphäre bescheidenen Wohlstands, Konsums und sozialer Sicherheit wurde mit den wachsenden Disproportionalitäten dieser Gesellschaft geradezu die Überlebensbedingung des Systems. Der Honeckersche „Sozialvertrag“ (privatistischer Rückverweis des Individuums auf entpolitisierte Räume und soziale Sicherheit für politische Enthaltbarkeit oder konforme Anpassung) mußte allerdings um so schärfer kontrolliert werden, als daß er sich nicht „naturwüchsig“ wie in bürgerlichen Ordnungen herstellte. Die „Bürgerlichkeit“ der so entstandenen Ordnung hatte daher sehr eigentümliche Züge: Individuelle Rechte und Bedürfnisse wurden nur insoweit anerkannt, als sie im „gesellschaftlichen Gesamtentwurf“ aufgehoben schienen, individuelle Freiheit durfte nicht die Schwelle konformer Teilhabe in Richtung Selbstorganisation überschreiten, die Wirtschaftsbürokratie konnte wegen fehlender Massenkontrolle nur durch Selbstbindung über das (Wirtschafts)recht gezügelt werden, das „sozialistische“ Recht gab dem Schutz des Staates vor seinen Bürgern einen höheren Stellenwert, als das bürgerliche Recht und verneinte lange Zeit die Notwendigkeit des Schutzes der Bürger vor „seinem“ Staat.

Eines der Stereotype, denen alle ehemals herrschenden Parteien stalinistischer Prägung folgten, war die rigide Abwehr selbstkritischer Reflexion eigener bisheriger Politik. Kurswechsel wurden immer mit abstrusen Legitimationen verbunden, deren Zweck mehr die Verschleierung der wirklichen Umstände solcher jähen Wendungen war, als ihre Erhellung. Die Muster propagandistischer Bemäntelung waren stets die gleichen: „Verschwörungen des Klassenfeinds“ waren die Ursache für Rückschläge, sein Eindringen in die eigenen Reihen war der Grund für Säuberungen und Verfolgungen. Stets hielten Verweise auf den Feind dafür her, sowohl die Allmacht des Apparats in der eigenen Partei zu reproduzieren, als auch das Politikmonopol der Parteiführung gegen jede Kritik zu immunisieren. Die einfache Wahrheit, daß draußen der „Feind des Sozialismus“ steht, wurde selbst zum Feind jeder Erneuerung im Inneren gemacht, so daß der ärgste Feind all dessen, worauf die Mächtigen sich immer weniger zu Recht beriefen, schließlich in Gestalt des Parteiapparats sowie der zu seinem Instrument degradierten Partei entstehen konnte. Daß in der SED eine solche Politik nicht alle Mitglieder zu akzeptieren bereit waren, war folgerichtig. Nach den zum Teil rigiden innerparteilichen Disziplinierungen und martialischen Abrechnungen mit „Abweich-

lern“ während der späten vierziger Jahre und in den fünfziger Jahren war die SED im zweiten Jahrzehnt des Bestehens der DDR weitgehend immunisiert von für die Parteiführung unberechenbaren Entwicklungen. So war der potentielle Raum abweichenden politischen Agierens eindeutig bestimmt: Entweder mußten sich die Akteure streng konspirativ und damit illegal organisieren und konnten so gut wie überhaupt nicht darauf rechnen, mit ihren Alternativen ungestraft in die Öffentlichkeit zu treten, oder sie beschränkten sich darauf, innerhalb der legalen Organisationen vorsichtig Kerne nonkonformer Kommunikation zu installieren. Der Gefahr, auch hier immer an der Schwelle zur politischen Ächtung oder Kriminalisierung zu stehen, wurde meist mit einer lähmenden Gratwanderung zwischen scheinbarer Anpassung, echten Rückziehern oder resignierender Aufgabe begegnet. Insofern kann es nicht verwundern, daß in den sechziger Jahren lediglich Turbulenzen innerhalb der zugelassenen Organisationen und Disziplinierungen von „Querdenkern“ innerhalb der SED, des Staatsapparats oder direkt von ihr abhängiger Organisationen wahrnehmbar wurden. Die Geschichte der niemals öffentlich gewordenen Repressionsakte außerhalb der SED und des Spektrums legaler Institutionen sowie die vielen Widerstandshandlungen Einzelner wird wohl erst jetzt anhand von Zeitzeugen oder mit Hilfe inzwischen geöffneter Archive geschrieben werden können.

Nach der Zerschlagung aller organisierten widerständigen politischen Zusammenhänge und der Liquidierung offen oppositioneller Strömungen innerhalb der SED sowie der anderen Parteien und Massenorganisationen bis Ende der vierziger Jahre artikulierte sich Dissidenz wegen des erheblichen systemimmanenten Abschreckungsaufwands in der Regel nicht als Opposition geschweige denn als Widerstand, selbst wenn sie bereits selbstbewußter Ausdruck von beidem war. Dies war natürlich auch außerhalb der SED der Fall. Die Parteikontrollorgane hatten es jedoch vorwiegend mit innerparteilichem Widerspruch zu tun. Anhand der aufgeführten Fallbeispiele wurden die „normale“ Kanalisierung dissidenter Haltungen und die politische Sozialisation ihrer Träger deutlich, sowie die Impulse für die Herausbildung manifester Opposition oder Widerstand bei einer Minderheit unter ihnen nachweisbar. Wer innerhalb der SED und ihrer Gliederungen durch eigene Anstrengungen politischen Wandel zu bewirken hoffte, mußte sich (meist durch Erfahrungen, deren Ausgang solche Pläne dann ad absurdum führten) von der Illusion lösen, dies unter Aufrechterhaltung der verordneten Loyalität zum Parteiapparat tun zu können. Zum zweiten war Abstand zu nehmen von der Illusion, dieser Aufgabe als ideeller „Einzelkämpfer“ gewachsen zu sein, geschweige denn, sie so erfolgreich zu meistern. Zum dritten wäre der Weg offener solidarischer Opposition von Gruppen dissidenter Parteimitglieder innerhalb der SED die gefährlichste Herausforderung für die herrschende Politbürokratie gewesen, was selbst diejenigen, welche diesen Schritt nie bewußt zu vollziehen wagten, zu spüren bekamen, wenn man sie entgegen den Tatsachen „partei-feindlicher Plattformbildungen“ zieh und verurteilte. So war also der Weg in die „Konspiration innerhalb der Partei“ für jene wenigen SED-Mitglieder vorprogrammiert, die in Kenntnis dieser politischen Randbedingungen darauf beharrten, Ernst zu machen mit dem Anspruch, innerhalb der Partei Widerstand zu leisten. Dann wurde zugleich die für sie geltende Gefährdungsschwelle zusätzlich noch durch den strafrechtlichen Vorwurf der staatsfeindlichen Verschwörung gesenkt. Die Tatsachen – nicht nur der sechziger Jahre – sprechen dagegen, daß solcherart Konspiration in relevantem Ausmaß stattfand.

Was unterschied nun die Formen politisch abweichenden Verhaltens innerhalb der SED oder bei vielen linken Zirkeln auch außerhalb dieser Partei von denen bei anderen „Ab-

weichlern“? Die „bürgerliche Dissidenz“ verharrte überwiegend in „innerer Emigration“ oder Anpassung bei zumeist stillschweigender Ablehnung des herrschenden Systems. Ihr gemeinsamer Nenner bestand in der Enttäuschung über fortgesetzte Einschränkungen bzw. über die Abschaffung elementarer bürgerlicher, insbesondere politischer, Freiheitsrechte und in andauernder Unzufriedenheit über die dürftigen Möglichkeiten der Befriedigung individueller materieller und immaterieller Entfaltungsmöglichkeiten und Konsumbedürfnisse. Die Widerspruchsbereitschaft kritischer, aber zumeist integrationswilliger Bürger (oft SED-Mitglieder) speiste sich dagegen aus der erlebten Differenz zwischen verkündetem nominalsozialistischem Anspruch und erfahrener Realität, blieb jedoch zumeist dem als „sozialistisch“ etikettierten politischen System in Loyalität verhaftet. Diese Selbstbindung funktionierte hauptsächlich als eine über die SED vermittelte Immunisierung innerparteilicher Kritiker gegenüber der Versuchung oppositioneller Gegenkonzeptbildung. Sowohl im Lager der bürgerlichen als auch der linken Dissidenz vollzog nur eine kleine Minderheit bewußt den Schritt zu Opposition bzw. zu individuellem oder kollektivem politischem Widerstand. Die Vertreter *bürgerlicher Opposition* akzeptierten die herrschende Selbstdarstellung des verhaßten Systems als „sozialistisch“, und ihre Vertreter kommentieren ihre damalige Praxis heute als antisozialistischen oder antikommunistischen Widerstand. Die Entstehung *linker antistalinistischer Opposition* (die es natürlich auch außerhalb der SED gab) war dagegen hinsichtlich ihres Selbstverständnisses und ihrer politischen Praxis an einige andere Voraussetzungen gebunden: Sie mußte gerade dann, wenn ihre politische Sozialisation zunächst in konforme Widerspruchsbereitschaft mündete, im nächsten Schritt die herrschenden Verkündungen über die „sozialistische“ Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse verwerfen. Diese Opposition akzeptierte, indem sie dies tat, ihre Praxis als „staatsfeindlich“ und verstand sich (entgegen der staatsoffiziellen Etikettierung solcherart Opposition als „antisozialistisch“) zumeist als sozialistische, mindestens aber als linke antistalinistische Opposition. Sie ist auch heute, anders als die gefeierte antikommunistische Opposition, wenig bekannt, da sie vom SED-Parteiapparat nicht nur verfolgt, sondern auch verschwiegen wurde und im Westen in der Regel nur im Rahmen einer instrumentellen „Vermarktung“ gemäß antikommunistischer Propagandaziele interessant war. Nicht zuletzt sollte dieser Opposition und den Zellen linken Widerstands, die mit der SED verbunden waren, in dieser Monographie zu mehr Kenntlichkeit verholfen werden.

Einer künftigen Untersuchung bleibt es vorbehalten, zu untersuchen, wie es den Parteikontrollorganen gelungen oder mißlungen war, den von der Politbürokratie geschaffenen gesellschaftlichen Zusammenhang in den siebziger und achtziger Jahren zu stabilisieren. Die Ereignisse in Polen hatten einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Formulierung des erwähnten „Sozialvertrags“ in der Honecker-Ära: Die eskalierende wirtschaftliche Krise und der offensichtliche Verrat an den Arbeitern Polens (1971 wurden sie in Gdansk auf Veranlassung Gomułkas zusammengeschossen und dann von Gierek betrogen) machten drastisch klar, wie gefährlich soziale Friktionen aufgrund wirtschaftlicher Einbrüche werden konnten. Die wirtschaftlichen Probleme ausgangs des Ulbrichtschen NÖSPL deuteten sich in der DDR gerade an. Hier schlugen sich beide Sachverhalte nun auf ihre Weise nieder: Die Furcht der DDR-Bürokraten vor „polnischen Verhältnissen“ im eigenen Land leitete die innenpolitische Befriedigungsstrategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ unter Honecker ein: Obrigkeitsstaatlich gewährte Wohlfahrt für jeden gegen politisches Wohlverhalten aller sollte der Furcht der Bürokratie vor Massenempörung abhelfen. Dieser zynische „Sozialvertrag“ schien lange Zeit auch nicht schlecht zu funktionieren. Doch der Schein war

trügerisch. Er produzierte nicht nur massenhaft (nun durchaus gewollte) politische Apathie, sondern setzte auch die flächendeckende Leistungsverweigerung und „passive Sabotage“ der immer stärker demoralisierten subalternen Schichten der Bevölkerung in wachsendem Ausmaß fort: Die Arbeiterklasse war trotz allumfassender politischer Überwachung und Disziplinierung durch den Apparat des MfS ökonomisch so gut wie überhaupt nicht erpressbar und die technische Intelligenz wurde anders als in den Zeiten des NÖSPL/NÖS in Erfahrung sich verstärkender dilettantischer Gängelei durch Bürokraten zunehmend demotiviert. Der scheinbare Ausweg sollte sich als Sackgasse erweisen: Leistungsschwäche und Innovationsträgheit waren die Kennzeichen einer dirigistischen Ökonomie, die immer weniger im selbst ausgerufenen „Systemwettbewerb“ zu bestehen vermochte und schließlich in den achtziger Jahren auch zunehmend die vielgepriesenen sozialen Errungenschaften gefährden sollte. Der wachsenden gesamtgesellschaftlichen Desillusionierung entsprang aber damals keineswegs die Sprengkraft subversiver oder gar revolutionärer Massenpotentiale. Das andererseits zunehmende intellektuelle Protestpotential blieb abgeschottet von den eigentlichen Opfern dieser Entwicklung. Auch für innerparteiliche Oppositionelle, nach wie vor unter erheblichem Verfolgungsdruck stehend, gab es in den siebziger Jahren so gut wie keine Möglichkeiten, sich anders als konspirativ zu betätigen. Auch hier hatte der Parteikontrollapparat zuverlässig gearbeitet – bis dann in den achtziger Jahren die Dämme brachen und die Herrschenden im Sinne des Wortes die Kontrolle über die von ihnen geschaffenen Verhältnisse verloren.

Abkürzungsverzeichnis

AAUD	Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands
ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
AKW	Atomkraftwerk
APO	Abteilungsparteiorganisation
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BdS	Bund demokratischer Sozialisten
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BL	Bezirksleitung
BND	Bundesnachrichtendienst
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPL	Betriebsparteileitung
BPO	Betriebsparteiorganisation
BPS	Bezirksparteischule
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BdVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CIC	Counter Intelligence Corps
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CSS	Centrale Sanitaire Suisse
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSV	Deutscher Schriftstellerverband
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern

DVP	Deutsche Volkspolizei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
DZV	Deutsche Zentralverwaltung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EKB	Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EKO	Eisenhüttenkombinat
EOS	Erweiterte Oberschule
FAUD	Freie Arbeiterunion Deutschlands
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FKPD	Freie Kommunistische Partei Deutschlands
FSS	(engl. Geheimdienst)
FW	Funkwerk Köpenick
GO	Grundorganisation der SED
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GPKK	Gebietspartei kontrollkommission
GPU	Gosudarstvennoe politiceskoje upravlenie – Staatliche Politische Verwaltung
GRU	Glavnoe rasvedyvatelnoe upravlenie – Hauptverwaltung Aufklärung
HA	Hauptabteilung
HICOG	High Commissioner for Germany
HO	Handelsorganisation
HU	Humboldt-Universität
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung im MfS
HVDVP	Hauptverwaltung für die Deutsche Volkspolizei im Mdi
Ifo-Dienst	Informationsdienst
IG	Industriegewerkschaft
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
K 5	Kommissariat 5
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KAU	Kommunistische Arbeiterunion

KI	Kommunistische Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Kreisleitung
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig
KOMINFORM	Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens/PCI Partito Comunista Italiano
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPD-O (KPO)	Kommunistische Partei Deutschlands - Opposition
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KV	Kreisvorstand
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KWK	Kabelwerk Köpenick
KWO	Kabelwerk Oberspree
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
KZ	Konzentrationslager
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LL	Landesleitung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPKK	Landesparteikontrollkommission
LV	Landesvorstand
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
MASCH	Marxistische Arbeiterschule
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfK	Ministerium für Kultur
MdI	Ministerium des Innern
MDN	Mark der Deutschen Notenbank
MELS-Institut	Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
MWD	Ministerstwo vnutrennich del – Ministerium für innere Angelegenheiten
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front (des Demokratischen Deutschland/der DDR)
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland

NKWD	Narodnyj komissariat vnutrennich del - Volkskommissariat des Innern
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NÖSPL/NÖS	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NVA	Nationale Volksarmee
OdF	Opfer des Faschismus
OMGUS	Office of Military Government of the United States in Germany
OPO	Ortsparteiorganisation
OSS	Office of Strategic Services
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PHS	Parteihochschule Karl Marx
PKK	Parteikontrollkommission
PO	Parteiorganisation
PB	Politbüro
PPA	Abteilung Personalpolitik
POS	Polytechnische Oberschule
PV	Parteivorstand
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RAW	Reichsbahnausbesserungswerk
RBD	Reichsbahndirektion
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGASPI	Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Gesellschaft
RIAS	Radio im Amerikanischen Sektor
RKV	Rahmenkollektivvertrag
SAG	Sozialistische Arbeitsgemeinschaft
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPK	Staatliche Plankommission
SPKK	Stadtparteikontrollkommission
SPO	Stadtparteiorganisation
StVA	Strafvollzugsanstalt
SU	Sowjetunion
SV	Sozialversicherung
SWB	Stahl- und Walzwerk Brandenburg
TRO	Transformatorenwerk Oberspree
UAPD	Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands
UGO	Unabhängige Gewerkschaftsopposition
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UPL	Universitätsparteileitung
USC	Unitarian Service Committee
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USSBS	United States Strategic Bombing Survey
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VdN	Verfolgte des Naziregimes
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizei-Kreisamt
VR	Volksrepublik
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WBK	Wohnungsbaukombinat
WF	Werk für Fernsehelektronik
WPO	Wohnparteioorganisation
ZA	Zentralausschuß
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission (der DWK)
ZKSK	Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
ZPKK	Zentralparteikontrollkommission
ZPL	Zentrale Parteileitung
ZS	Zentralsekretariat
ZV	Zentralvorstand

Personenregister

- Abraham, Heinz 119, 307
Abusch, Alexander 165, 180, 258, 309, 313, 424
Ackermann, Anton 19, 21, 42, 119f., 139, 206ff., 210f., 217f., 220, 229, 271f.
Adenauer, Konrad 80f., 198, 341, 431
Alfirow 284
Altenkirch, Ernst 102, 106, 155, 159, 170, 131, 133, 185, 234, 242, 271, 275, 339, 345, 373, 378, 395, 400f., 412, 422, 441, 444f., 458f.
Ament, Erich 234, 306, 311, 337, 360, 366f., 372, 378ff., 391, 395, 410f.
Apel, Erich 425f.
Arp, Erich 82, 85ff., 92
Axen, Hermann 141, 157, 178, 220, 222
- Bähr, Helmut 303–308
Bahro, Rudolf 442
Barthel, Kurt 311
Bartel, Walter 143, 165, 181–184, 190, 195
Bartsch, Karl Heinz 385
Baum, Bruno 335
Baumgärtner, Heinz 182
Bauer, Leo 97, 100, 135ff., 140–144, 147, 162, 179, 195, 259, 288
Beater, Bruno 465
Becher, Johannes R. 290, 296, 310, 313, 400
Behrens, Fritz 286f., 289, 293, 328f., 458
Behring, Paul 364, 371ff., 385, 389f., 397ff., 400, 405, 416, 422, 436, 461
- Ballachowski 182
Benary, Arne 289, 328f., 458
Bender 74, 77
Benjamin, Hilde 198, 256, 271, 274, 292, 323, 382
Bentzin, Hans 417
Bergmann, Herta 216
Bergmann, Theodor 53, 55f., 127
Berija, Lawrentij Pavlovic 163, 206, 209, 212, 218–223, 225, 230, 256, 381, 458
Berthold, Lothar 453, 461
Bertz, Paul 136f., 179, 259
Besser, Erich 102, 105f., 123
Beurton, Ursula 190
Beyling, Fritz 170, 174, 176f., 202
Biel, Ullrich 39, 71, 74, 85, 88
Bierut, Boleslaw 316
Bieler, Manfred 428
Biermann, Wolf 423ff., 428f., 431ff., 462
Bloch, Ernst 289, 296, 298, 308, 375, 458
Bock, Hellmuth 181
Böhme, Kurt 22
Böttcher, Paul 152
Bohn, Emil 57, 61f., 64
Bokov, Fedor Efimovic 25
Bolze, Waldemar 53f.
Bondy, Francois 137
Borchers 85
Bossenz, Rudolf 472
Bournes, Emil 191
Brämigk, Albert 115
Brandler, Heinrich 48, 52–55, 125, 127, 375

- Brandt, Heinz 183, 335, 374ff.
Brandt, Willy 74–77, 80, 440, 463, 465f.
468, 470, 474
Brasch, Horst 453
Braun, Ernst 102
Bredel, Willi 296, 310
Breznev (Breshnew), Leonid 418, 455,
457, 474f.
Brill, Hermann 21f.
Bruhn 237
Brundert, Willi 115
Buber-Neumann, Margarete 157, 162
Buchholz, Adolf 190
Buchwitz, Otto 39, 101ff., 106, 326
Bulganin, Nikolaj Aleksandrovic 280
Bullerjahn, Hans 83, 88
Burde, August 83
Busse, Ernst 182
Butschkow 284
- Carlebach, Emil 157
Caspar, Günter 295
Caspar, Horst 289
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 15,
217, 223ff., 268f., 280, 184f., 287,
300, 306f., 316, 325f., 382, 384, 388f.,
393, 407, 417ff., 425f., 440, 455, 458
Churchill, Winston 230
Chwalek, Roman 231f.
Clark, Fred 265
Claudius, Eduard 433
Cremer, Fritz 310f., 406, 416f.
- Dahlem, Franz 28f., 30, 32, 34, 36f.,
40ff., 55, 77, 80ff., 84, 86, 96f., 99ff.,
119, 135f., 143, 161f., 165f., 176–179,
181–184, 188, 190, 195f., 212ff.,
217ff., 222, 229, 256, 259, 271, 274,
277–280, 291, 299, 382
Dahlem, Käthe 196, 213f.
Dahrendorf, Gustav 19
Daladier 195, 229
Daub, Philipp 45, 118
Dertinger, Georg 373
Dettleffs 85
Dettmann 85
- Diehl 295, 453
Dimitroff, Georgij 139
Djacenko, Boris 314
Dohlus, Horst 252f., 449
Draeger, Käthe 52ff.
Drescher, Fritz 46
Dubček, Alexander 448f.
Dudek, Slatan 296
Duncker, Hermann 51, 129
Düwel, Wolf 289, 295
Dymschitz, Aleksandr 142
- Ebert, Friedrich 120, 206, 273, 384
Eggerath, Werner 53, 68
Eichholz, Erich 37f., 240, 290, 294
Eichler, Willi 58
Eisler, Gerhart 114, 135, 143, 160, 164f.,
190, 195, 256, 311ff.
Eisler, Otto 165
Elflein, Paul 56
Elsner, A. 85–88
Ende, Lex 135, 140, 382
Enderlein 81
Engelberg, Ernst 184, 224, 237, 298
Engels, Friedrich 41, 121, 476
Engert, Otto 54, 129
Eyermann, Richard 102, 134, 156, 236,
337, 340, 342ff., 362, 377, 380, 395,
406, 411f., 421, 466
- Fabian, Franz 434
Fechner, Max 21, 32, 198, 202f., 217,
223, 225, 229, 235, 256ff., 271f., 277,
382
Fedotow 162
Feistmann, Rudolf 137, 179
Fickenscher, Wilhelm 374ff.
Field, Hermann 276
Field, Hertha 257
Field, Noel 131, 134–144, 161f., 179ff.,
182ff., 195, 229, 256f., 259f., 265,
278, 280f.
Fisch, Walter 36
Fischer 296
Fischer, Anna von 170f.
Fischer, Anton 466

- Fischer, Ernst 412, 468
Fischer, Hans von 259
Fischer, Hermann 346, 362, 377, 398, 443
Fischer, Kurt 179
Fischer, Ruth 48, 58, 81, 134, 162
Fischer, Toni 327
Florath, Walter 141f.
Florin, Peter 277
Florstedt, Alfred 134
Frank, Max 115
Franklin 74, 81
Freund, Hans 179
Freund, Walter 142
Freyka, Ludwig 166
Fröhlich, Paul 311f.
Frölich, Paul 48
Fuhrmann, Bruno 135ff., 140, 259, 265f., 279
Funk, Otto 148
- Galetzka 395
Galinski, Heinz 179
Galm, Heinrich 78
Garaudy, Roger 412
Geffke, Herta 25, 28, 95, 97, 102f., 106, 111, 123, 136, 152, 182, 184, 190–193, 200ff., 210, 212–215, 218, 222, 225ff., 231f., 234, 237, 241, 248, 251, 259, 261f., 265f., 270–273, 275, 279f., 288, 292, 294, 303f., 306, 322f.
- Gebhardt, Willy 96
Gerbing, Emma 102
Gerstenberg 74, 78
Gertich, Karl 64
Geschke, Ottmar 28, 166, 168, 170
Geske, Erich 82f., 88
Geye 37
Gierek, Edward 485
Girnus, Wilhelm 121, 309f.
Gläser, Georg 302, 304ff., 307, 321f.
Gläser, Hanny 379
Glaser, Erika 140–144, 259, 266
Glaser, Heinz 154, 282
- Gniffke, Erich W. 21f., 24, 30, 32, 34ff. 38f., 46, 74f., 77f., 80, 85f., 87, 89, 115
Goldhammer, Bruno 130, 135ff., 140, 142, 179, 256, 258, 271f., 275
Goldstücker, Eduard 412
Gomułka, Władisław 117, 300, 316, 389, 485
Gotsche, Otto 424
Gould, Joe 191
Graetz, Renè 310f.
Große, Fritz 27, 40
Grotewohl, Otto 21, 25, 30, 32, 39, 46, 70, 86, 94, 103, 112, 119, 121, 139, 162, 197f., 201f., 204, 206, 219f., 225, 227, 231, 272f., 282, 318f., 326, 383
Grüber, Heinrich 166
Grünert 81, 85
Gscheitle, Paul 102
Guillaume, Günter 28
Guljajew 139
Gundelach 86
Gutsche 210
Gysi, Klaus 296
- Haas, Walter 57
Hacks, Peter 433
Hansel 167–171, 177f., 180
Härtling, Heinz 125
Hagemann 312
Hager, Kurt 118f., 190ff., 221, 293, 295, 304, 324, 383, 399, 412ff.
Haid, Bruno 28ff., 34, 39–42, 44, 47, 49, 51, 61, 69, 83, 87, 95–101, 157, 168, 270f., 296f., 322–325, 428
Hamann, Karl 274
Hammer, Fritz 177
Hansky, Herbert 181
Hansky, Erika 181
Harich, Wolfgang 141, 144, 166, 288–291, 293–296, 298f., 301, 312, 315, 374f., 458
Hartmann 366f., 371
Haufe, Arno 46
Hauffe, Karl 143
Hausmann, Kurt 346, 354, 391, 395

- Havemann, Robert 142, 285, 388, 393, 399, 410, 412–417, 422, 424, 428, 431ff., 442, 447, 453, 461
- Heartfield, John 137
- Heine, Fritz 74ff., 89, 99
- Heinrich 37
- Heise, Wolfgang 50, 414, 432f.
- Heisig, Bernhard 406
- Hempel, Elli 189, 234, 311, 353, 361, 364, 380, 395, 436, 444
- Hempel, Paul 127
- Henschke, Erich 191
- Herber, Richard 102, 148
- Herder 295
- Hermlin, Stefan 296, 433
- Herrnstadt, Rudolf 201, 203–225, 229f., 236ff., 241, 243, 255, 275f., 284, 315–318, 320, 325f., 373, 375, 381–384, 458
- Hertwig, Manfred 288, 290, 293
- Herwegen, Leo 115
- Herzfelde, Gertrud 276
- Herzfelde, Wieland 137, 276
- Heumos 78
- Heyer, Otto 127
- Heym, Guido 134
- Heym, Karl 134
- Heym, Stefan 424f., 428, 433
- Hilbert, Werner 182
- Hippe, Oskar 56f., 59f., 64, 92, 94
- Hitler, Adolf 19f., 34, 48, 78, 139
- Hoffmann, Ernst 85, 309f.
- Hoffmann, Heinrich 22, 438
- Holland, Robert 346, 438
- Hollitscher, Walter 166
- Holstein, Hans 141–144
- Holz, Otto 234, 311
- Holzhauser 309f.
- Holzmacher, Gerda 377, 431
- Honecker, Erich 15, 206, 278f., 316ff., 319, 380, 425, 465, 474ff., 478, 480, 485
- Hornick, Paul 362
- Hubert 74, 76, 78
- Huhn, Willy 80
- Hunzinger, Charlotte 453, 461
- Husák, Gustav 117
- Ihering, Herbert 296
- Jamin, Erich 45, 121, 274
- Janka, Walter 288f., 290, 293–297, 312, 317, 322f., 374f., 422
- Jakl/Jackel 304, 307f.
- Jendretzky, Hans 41, 54f., 142, 161, 206ff., 210, 215–218, 229, 271f., 458
- Jendretzky, Martha 382
- Jesse, Willi 37, 46
- Juch, Heinz 234, 373, 377, 385, 389, 391, 396ff., 407f., 417, 419, 429f., 434, 438, 442f., 446, 461–466, 468f.
- Jung, Kurt 380, 438, 460
- Jungclas, Georg 57
- Jungk, Robert 137
- Jungmann, Rudolf 22
- Jurr-Tempi, Herta 184, 259f.
- Jury, Georg 443, 471
- Just, Gustav 288ff., 294f., 291, 296f., 375
- Kafka, Franz 414, 416
- Kahn, Siegbert 191
- Kantorowicz, Alfred 296, 312
- Kardelj 298f., 301
- Kasch, Helmut 466
- Katten, Fritz 179
- Kaufmann, Walter 434
- Kaulfuß, Curt 44
- Keilson, Margarete 27, 32, 34, 136
- Kern 256
- Kierbach, Lisa 276
- Kiesinger, Kurt Georg 440, 456
- Kipsch, Gustav 380
- Kischkat, Wilhelm 74, 77, 83f., 87f., 90
- Klein, Fritz 289, 295
- Klein, Heinz 50
- Klein, Matthäus 295
- Kleinert, Fritz 304, 306f., 321f.
- Knepler, Georg 166
- Kock, Rudi 400
- Koenen, Wilhelm 190ff.
- Kogon, Eugen 182
- Kohlmeier, Gunther 458

- Kohn, Kurt 423f., 437
Kolakowski, Leszek 412
Konitzer, Paul 32
Korsch, Karl 58
Kosing, Alfred 289, 295
Kossygin, Alexej 418
Kostoff, Traitscho 117, 221f., 278, 281, 382
Kotikov, Aleksandr Georgewic 141
Krause, Heinrich 52ff
Kreikemeyer, Marthe 272
Kreikemeyer, Willi 135f., 140, 272, 299, 382
Krepp 453
Kreutzer, Paul 115
Kröger 299ff.
Krüger, Heinz 84f., 88f.
Kuczynski, Jürgen 121, 165, 190ff., 195, 189
Kuczynski, Ursula 190
Kuhn, Harry 170f., 181
Kunze, Rainer 451
Kurella, Alfred 309, 384
Kurze, Heinz 303–307
Kusminow 98
- Lange, Fritz 212, 223, 225, 383f.
Lange, Marianne 304, 307
Langendorf, Marga 297
Langhoff, Wolfgang 140, 142
Last 210
Laufer, Paul 28ff., 32, 36, 38, 45, 51ff., 69, 83, 96ff., 100f., 112, 121, 126, 155, 157, 187
Ledwohn 81
Lemnitz, Alfred 141, 286f.
Lenin, Wladimir Iljitsch 42, 63, 79, 111, 120, 163, 242, 270, 307, 343, 379, 384, 468
Leonhard, Wolfgang 90, 105, 109, 118ff., 132, 187
Leschnitzer, Franz 399f.
Leßig, Kurt 55f., 95
Leuschner, Bruno 384
Lieberasch, Arthur 127
Liebing, Walter 134
- Lindau, Rudolf 119
Löwenthal 77
Lösche, Alexander 27, 32
Loest, Erich 238
Lohagen, Ernst 44, 153ff., 169, 213, 259
Lohrenz, Wilhelm 94
Long 74
Lubersac du 182
Lukács, Georg 299
Luxemburg, Rosa 54, 63
- Malenkov (Malenkov), Georgij 161, 163f., 217, 458
Mao Tse Tung 390f., 411f.
Marek, Franz 412
Markov, Walter 123, 125, 142, 239, 299
Markow 85
Maron, Karl 216, 271, 274
Marx, Karl 41, 76, 476
Maschke, Hermann 361
Maslow, Arkadi 123, 134, 201
Matern, Hermann 14, 24, 26ff., 49f., 61, 70, 72f., 89, 101–106, 109–112, 114, 117ff., 121–124, 131, 135ff., 142, 144, 148–151, 154ff., 161f., 164ff., 168, 180–186, 188ff., 201, 204, 206–223, 229, 234, 240, 249–253, 255, 257, 259ff., 264f., 270f., 277–281, 283, 289f., 292, 298, 308f., 311, 317, 325ff., 339f., 344ff., 354, 360, 364, 369, 377f., 381f., 384, 408ff., 419f., 422ff., 371, 431, 434f., 438, 442, 445f., 454, 456f., 463, 466, 475
Mattick, Kurt 71ff., 76, 87
Mattick, Paul 62
May, Gisela 423
Mayer, Hans 137, 296, 299
Meier, Heinrich 82, 89
Meithmann 86
Menzel, Fritz 210, 359, 376, 378, 397, 418, 422, 424, 448
Melsheimer, Ernst 198, 256, 290, 292, 294
Merker, Margarethe 277, 290

- Merker, Paul 30, 54, 135ff., 139ff., 160–163, 165f., 179, 195, 256–259, 272ff., 277, 290f., 293f., 296, 382
- Mertens, Alfred 46
- Mertius 74
- Metzger, Adam 63f.
- Mewis, Karl 154, 213f., 305
- Meyer, Ernst Hermann 190
- Meyer, Julius 166, 179f.
- Mielke, Erich 45, 120, 144, 157, 210, 212f., 219f., 222, 257, 270ff., 275, 289, 290f., 319, 322, 325, 375f., 383
- Mikojan, Anastas Ivanovic 326
- Mitzenheim, Moritz 150
- Modrow, Hans 386
- Möhring, Hermann 77, 80, 90
- Möller 50, 142
- Möwald 295
- Moewes 74, 76, 79, 80
- Mohr, Arno 310
- Molotow, Vjaceslav Michajlovic 32, 217, 418
- Montagnana, Mario 166
- Morris 22, 39
- Mosler, Heinrich 73, 102, 106, 131, 436
- Mothes, Walter 467, 472
- Mückenberger, Erich 134, 148, 169, 178, 206, 330, 475f.
- Mühsam, Erich 29, 51
- Mühsam, Kreszentia 29, 51
- Müller, Kurt 117, 162, 258
- Müller, Oskar 28
- Müller, Hermann 213
- Münzenberg, Willi 58
- Munschke, Ewald 148, 380, 432, 452, 466
- Munter, Arnold 83
- Naas 142
- Nagy, Imre 300
- Naujoks, Eva 421, 432, 437, 448, 450, 470
- Naumann, Manfred 296
- Naumann, Robert 286
- Nawroth 303f., 307
- Nelson, Leonard 58
- Neubert, Erhard 377, 380, 398, 411, 419, 423, 431, 437, 439, 446, 454, 465, 468, 472
- Neumann, Alfred 337
- Neumann, Franz 35, 74, 83, 87
- Neumann, Heinz 213
- Neumann, Sigmund (Siggi) 99, 127, 375
- Nieke 77, 100
- Norden, Albert 322, 435
- Oelßner, Fred 118ff., 127, 197, 204, 206f., 209, 215, 219ff., 315–320, 326, 328f., 331, 339, 353, 355, 365, 369, 383, 458
- Opel, Fritz 49
- Orlow 189
- Otto, Hans 169ff.
- Otto, Herbert 433
- Packhäuser, Ernst 345
- Panin 141f., 144
- Panjukin, A. S. 26, 50
- Parisot, Paul 65
- Patrascanu 117
- Pauli 65
- Pieck, Wilhelm 19, 21, 25f., 28f., 32, 46, 63, 70, 73, 102, 109, 119, 123, 135, 160, 175, 179, 181, 183, 231, 259f., 273, 352
- Plenikowski, Anton 45, 118, 202, 256
- Pohl, Walter 121
- Prieß, Heinz 312
- Pruß, Hermann 442
- Quitschau, Alfred 344
- Quasdorf 395, 441
- Raddatz, Karl 160, 166, 172, 183, 374ff.
- Rajk, Lázló 117, 130, 134–137, 163f., 179, 221f., 278, 299, 382
- Rákosi, Mátyás 135, 300, 316
- Rapoport, Mitja Samuel 166
- Rau, Heinrich 206, 216, 219, 222, 225, 309, 326
- Reimann, Max 157, 225
- Reitersleben, Max 102, 106, 111

- Remmele, Hermann 162
Reuter, Karl-Ernst 148, 171
Riemer, Kurt 102, 106
Rocker, Rudolf 51
Röbelen, Gustav 257
Rompe, Robert 100, 141–145, 165, 190, 195
Rousseau 182
- Sandberg, Herbert 310
Schaff, Adam 412
Schäller, Max 359
Scharrenberg, Paul 122
Scharrer 299, 301
Scheel, Walter 463, 465f., 470
Schellenberg, Walter 128
Schemjakin 142
Schilling, Erich 44
Schipko 96
Schirdewan, Karl 28f., 89, 168, 176, 201, 208, 219, 221, 226f., 249, 251, 257, 266, 268ff., 273, 275, 286, 296f., 302, 305f., 315–326, 328–331, 335, 337, 342, 346, 353, 355, 365, 369, 375f., 458
Schliericke 36
Schlör, Jacob 55
Schlorke, Eberhard 303–308
Schlotterbeck/von Fischer, Anna 170f., 256, 258ff., 277, 280, 434
Schlotterbeck, Friedrich 256, 258ff., 277, 280
Schlömer, Otto 63, 66–70, 74–80, 90, 93
Schlösser, Anselm 296
Schmedemann 86
Schmidt, Alfred 34, 54ff., 94, 129
Schmidt, Elli 148, 165, 201, 206, 209f., 217–220, 229, 271f.
Schmidt, Ernst 102, 106, 121, 125
Schmidt, Heinz 130
Schneiderheinze, Anton 128
Schnitzler, Karl Eduard von 311ff., 432
Schön, Otto 148, 153, 290, 326
Schönfeld, Ernst 44
Scholz, Arno 45
Scholz, Karl-Heinz 70ff., 74–79
- Schrecker, Hans 160, 180, 192, 256, 258, 274, 277, 324
Schröder, Karl 49, 61ff.
Schröder, Ralf 295
Schubert, Günter 268, 290f., 295f.
Schuldt, Hermann 430f.
Schumacher, Kurt 21f., 27, 32–47, 64, 72f., 80, 82, 86, 89, 94, 97, 104ff., 108, 111–115, 122f., 127, 130, 132, 146, 170
Schumacher, Marga 170
Schumann 129, 143, 198
Schweitzer, Albert 377
Schwellin 74
Schwernick 373
Seebach, Kurt 437, 460, 467
Seeger, Bernhard 434
Seigewasser, Hans 34
Selbmann, Fritz 216, 234, 315, 317–320, 329
Semenov, Vladimir Semenovic 135, 160, 165, 197, 204, 206, 216f.
Sens, Max 49, 73, 90, 102, 106, 121, 128, 134, 143f., 147f., 158, 183–186, 188–191, 198f., 203, 213, 218, 251f., 258, 262, 264f., 290, 294, 306, 308, 329ff.
Sepke, Otto 102, 136, 190ff., 229, 234, 284, 301, 311, 327, 339, 347, 380, 420ff., 446
Serow 25
Seydewitz, Max 150f.
Shdanow, Andrej Aleksandrovic 406
Siewert, Robert 128
Šik, Ota 447
Silberstein, Walter 57
Simon 144
Simoné, Andre 162, 165f.
Sindermann, Horst 130, 290, 308, 413
Sitte, Willi 417
Slánský, Rudolf 117, 130, 160f., 163–167, 177, 179ff., 187f., 195, 210, 227, 258, 260, 274, 278, 302
Smolka, Petr (Smollet) 80, 166
Sobottka, Gustav 19
Sorgenicht, Klaus 298

- Sperling, Fritz 82, 137, 162, 256, 258ff., 275, 292
Stahlmann, Richard 30, 36
Stalin, Josif Vissarionovic 17, 19, 21, 23, 32, 41, 53, 56, 63, 79, 110, 116, 120, 127, 132, 139, 156, 163f., 197, 206, 218, 220, 245, 256, 269f., 283, 291f., 295, 306, 317, 343, 371, 372, 378, 388, 390ff., 407, 411f., 418, 449, 458
Stanislawski, Felix 102, 106
Stark, Erna 181
Steigleder, Günter 459, 471
Steinberger, Bernhard 135, 137, 179, 288, 290f., 293f., 323
Steinberger, Ibolya 135, 137
Steininger, Peter Alfons 298
Sternberg 65, 74f., 78, 80
Streblow, Ilse 118f.
Stoph, Willi 216, 257, 273, 300, 326, 384, 463, 465f.
Stroh, Huldreich 69, 74, 97
Strittmatter, Erwin 296
Süß, Arthur 127
Suhr, Otto 72
Sullivan 144
Suslov, Michajl Andreevic 326, 390
Szillat, Paul 115
Szöny, Tibor 135

Tastesen 86
Tausch, [Franz?] 74
Teubner, Hans 136, 279
Tenner, Günter 144, 182, 190ff., 212ff., 216, 234, 265, 271, 280, 299, 344
Tesloff 86
Thälmann, Ernst 49, 128, 162, 169, 208, 377
Thalheimer, August 48, 52ff., 125
Thiele, Ilse 218
Tillich, Ernst 157
Tito, Josip Broz 104, 108ff., 116f., 119, 121, 130, 132, 134, 162, 280
Tittel, Hans 127
Tjul'panov (Tjulpanow), Sergej Ivanovic 25, 37, 39
Togliatti, Palmiro 306, 412

Töpfer 38, 55f., 96f., 95
Trabalski, Stanislaw 46
Trautzsch, Walter 98, 169, 189, 206
Trotzki, Leo 48f., 117, 129, 133, 163, 169, 230, 270
Turba, Kurt 425
Tzschoppe, Werner 142f., 413, 416, 432f.

Uhse, Bodo 290, 296
Ulbricht, Walter 14, 19f., 25, 28f., 32, 54, 64, 85f., 92, 95f., 112, 118f., 136, 142, 146, 148, 155, 157, 161, 175, 101, 130, 139, 154, 166, 186, 191, 195–198, 204, 206–212, 214ff., 218ff., 222f., 225, 227, 229, 231, 233f., 237, 241, 248, 257, 259f., 265, 269ff., 273, 275–279, 281, 285f., 291, 293, 297–301, 308f., 313, 315–319, 321ff., 325f., 333, 336f., 344f., 352, 360, 363, 366ff., 372ff., 376f., 381–384, 389ff., 395f., 400, 408ff., 413f., 418, 424f., 427, 432, 434, 440, 447, 450, 458, 469, 474ff.
Ullrich, Arthur 73, 102, 106, 128, 131, 155, 169f., 327

Vallentin, Maxim 433
Verner, Paul 146, 148, 215, 335, 389f., 399f., 412f., 433
Vielhauer, Irmgard 420, 430, 437, 443, 460, 467
Vieweg, Kurt 289, 297, 322, 328, 331
Vogelsang, Johannes 229, 237, 344, 360
Volkmann, Paul 36

Wabra, Ernst 308f., 335
Wagner, Siegfried 81, 417
Wahrhaftig, Samuel L. 144
Wald, Eduard 82, 84, 87
Walter, Otto 37f., 61f.
Walter 210
Walcher, Jakob 48, 52, 128f., 275
Wandel, Paul 100, 120, 142ff., 154, 219, 309f., 317
Wander, Fred 433

- Warnke, Erna 232, 255, 261, 299, 301, 360, 395, 297, 430, 437, 454, 467, 470f.
- Watt, Richard 144
- Wehner, Herbert 74, 76, 85, 195f., 446, 457
- Weikert 210
- Weiland, Alfred 26, 48, 57–64, 72, 78, 90, 92f.
- Weiß 311
- Weiterer, Maria 135f., 140
- Wend, Arno 46
- Wendt, Erich 296
- Weinstock, Rolf 170, 172
- Werner, Ruth 190
- Wessel, Horst 415
- Westphal 86
- Wieland, Heinz 148
- Williams 81
- Winter, Kurt 468
- Wissussek, Kurt 303f., 307
- Wittholz, Herbert 102, 106–109, 131, 185, 229, 234, 333, 342, 363, 463, 466
- Wittkugel, Klaus 310
- Wittkowski, Margarete 190f., 318
- Wölk, Arthur 36
- Wolf 237
- Wolf, Christa 433
- Wolf, Friedrich 50
- Wolf, Gerhard 434
- Wolf, Hanna 208ff., 219, 302–307, 321f., 413
- Wolf, Richard 288ff., 294f., 297
- Wollenberg, Erich 28f., 140
- Wollweber, Ernst 30, 212, 257, 268, 270, 272f., 315–319, 321–325, 375f., 458
- Wyschinski, Andrej Januar'evic 164
- Xoxe, Koci 117
- Zaisser, Wilhelm 186, 196, 203f., 206–224, 228ff., 236ff., 240f., 243, 256, 302, 315, 317, 325f., 373, 381ff., 458
- Zaisser, Else 219–222, 225f., 381–384
- Ziegelmeier 74, 77
- Ziller, Gerhard 222, 315, 317ff., 328, 458
- Zimmering, Max 165
- Zöger, Heinz 288, 290f., 294–297
- Zuckermann, Leo 180
- Zwerenz, Gerhard 289, 375